Zu 670 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XV. GP

ANLAGE

zum Bericht des Untersuchungsausschusses im Zusammenhang mit dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien

Wortprotokolle über die Zeugeneinvernahmen

(einschließlich des Berichtes des Präsidenten des Rechnungshofes und des Lokalaugenscheines)

Band 6

Seite 1587 b bis Seite 1937 a

Inhaltsverzeichnis siehe Band 1

2 von 352Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 6 (Seite 1587b bis 1937a) (gescanntes Original)

27. Sitzung: 24. Feber 1981

Beginn: 9 Uhr 10 Minuten

Obmann Dr. **Steger** eröffnet die Sitzung.

Zeugeneinvernahme von Dr. Rudolf Gruber

Obmann Dr. **Steger:** Herr Dr. Gruber, wir haben hier aufgrund eines Beschlusses des Nationalrates zu untersuchen die Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO bzw. von Subaufträgen und deren Abwicklung, wir haben zweitens zu untersuchen die Vorgänge im Zusammenhang mit angeblichen gesetzwidrigen finanziellen Zuwendungen durch die Firma Siemens bzw. von anderen Firmen, die am Projekt beteiligt sind, und drittens — das ist der Punkt, zu dem Sie wahrscheinlich in erster Linie befragt werden — zur Untersuchung der Vorwürfe betreffend angebliche Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen. *(Nach Vorhalt des § 153 StPO):* Ich bitte Sie, wahrheitsgemäß alles zu beantworten und darf Sie ersuchen, uns Ihre Generalien bekanntzugeben.

Dr. **Gruber:** Mein Name ist Dr. Rudolf Gruber, geboren bin ich am 28. 12. 1933, von Beruf bin ich Vorstandsvorsitzender der Newag und der Niogas, und ich wohne in Baden, Trostgasse 7.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Dr. Gradischnik.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Her Doktor! Haben Sie an einer Fraktionssitzung der ÖVP zur Vorbereitung der heutigen Sitzung des Untersuchungsausschusses teilgenommen?

Dr. **Gruber:** Nein.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Haben Sie über diese Einvernahme mit einem Untersuchungsausschußmitglied gesprochen?

Dr. **Gruber:** Nein.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Haben Sie mit einem Experten darüber gesprochen?

Dr. **Gruber:** Was verstehen Sie unter „Experten"?

Abg. **Gradischnik** (SPÖ): Jene Herren, die also sonst immer hier anwesend sind: Klubsekretäre etc.?

Dr. **Gruber:** Nein.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Kennen Sie das Protokoll der Sitzung des Untersuchungsausschusses vom 10. Dezember 1980?

Dr. **Gruber:** Nein.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Doktor, wie hoch ist jene Summe, die Sie von Rabelbauer übernommen haben beziehungsweise die die ÖVP von Rabelbauer übernommen hat?

www.parlament.gv.at

Dr. **Gruber:** Ich möchte einmal feststellen, daß ich von Rabelbauer nichts übernommen habe.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Ich habe gesagt „beziehungsweise".

Obmann Dr. **Steger:** Das ist ja a priori nichts Ehrenrühriges.

Dr. **Gruber:** Auch wenn es nicht ehrenrührig ist, es ist die Wahrheit. Also wenn ich gefragt werde, muß ich ja sagen, daß ich vom Herrn Rabelbauer nicht einen Schilling übernommen habe. — Der ÖVP wurden rund 10 Millionen Schilling zugewendet, wobei nicht der Herr Rabelbauer der Einzahlende war, sondern die Sache über einen damals Angestellten der ÖVP-Bundesparteileitung in der Kassa der ÖVP eingezahlt wurde. Das war der Herr Bergmann, der Abgeordnete Bergmann.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wie ist das verbucht worden? Unter welchem Namen des Einzahlers ist das verbucht worden?

Dr. **Gruber:** Das ist verbucht woden nicht unter dem Namen Rabelbauer, denn die Situation war so ... Es ist vielleicht ganz gut, wenn ich das schildere. Es wurde mir ungefähr — ich kann es nicht mehr auf den Tag genau sagen — Mitte des Jahres oder Anfang Herbst 1978 vom damaligen Bundesparteiobmann Dr. Taus mitgeteilt, daß eine Gruppe Vorarlberger Industrieller die Absicht hat, Fragen der Bürgerrechte eine besondere Bedeutung beizulegen im Rahmen der Bundesparteileitung, und dafür bereit ist, auch Geld herzugeben für die Errichtung eines Sekretariats für Bürgerrechte oder so ähnlich hat das gelautet. Und ich habe damals, wie mir der Herr Bundesparteiobmann das gesagt hat, gedacht, na ja bitte, das ist die Frage, ob man ein Sekretariat für Bürgerrechte einrichten soll oder nicht, das kann ich als Finanzreferent der ÖVP nicht beurteilen. Ich warne sozusagen nur vor den Folgekosten. Also man kriegt einmal Geld, um so ein Sekretariat einzurichten, dann stellt man irgendwelche Leute an, und die bringt man dann schwer mehr an, wenn die, die das gerne bezahlen wollen, nicht mehr zahlen. Ich habe eher gewarnt davor, das zu machen rein aus der Perspektive des Finanzreferenten. Lange Zeit habe ich dann nichts mehr gehört davon, und dann sind in 2 Teilbeträgen — das genaue Datum kann ich jetzt nicht sagen — zu meiner Überraschung, und das war teilweise dann schon nach der Wahl im Jahr 1980, teilweise im Jahr 1979, ein Teil im Jahr 1979, ein Teil im Jahr 1980, rund 10 Millionen Schilling eingegangen. Also ich persönlich, wenn Sie das hören wollen, habe den Namen Rabelbauer — das kann ich ganz genau eruieren — zum erstenmal in meinem Leben am 29. August 1980 in Düsseldorf anläßlich von Verhandlungen mit der deutschen Ruhrkohle AG., die ich für mein Unternehmen geführt habe, von meiner Sekretärin gehört, das war nämlich der Tag, als in der „AZ" diese Headline war.

(Abg. Dr. Kohlmaier: Da sieht man, wie informativ die „AZ" ist!)

Vorher hat das bei mir unter dem Namen „Vorarlberger Industrielle" fungiert, und ich war auch irgendwie überrascht, daß dieser Betrag, der damals in Aussicht gestellt wurde, wirklich eingegangen ist. Ich habe den Herrn Rabelbauer auch nie gesehen, nie gesprochen, also gesehen im Fernsehen dann, als er die Diskussion geführt hat.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Doktor! Wissen Sie, in welchen Währungen das Geld übergeben wurde?

Dr. **Gruber:** Ja, jetzt nachträglich weiß ich es. Damals, als es eingezahlt wurde, habe ich es nicht gewußt.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Also Sie beziehungsweise die ÖVP-Kasse hat das in Schilling-Beträgen bekommen.

Dr. **Gruber:** Es ist in Schilling eingegangen, es ist in Schilling verbucht worden. Das heißt, was sozusagen Fremdwährung war, wie sich nachher herausgestellt hat, ist vorher umgetauscht worden, bevor es in die Kassa eingegangen ist und verbucht wurde.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Ist das üblich, daß mehr oder weniger das anonym verbucht wird, wenn man hineinschreibt, Vorarlberger Industrielle, daß das überbracht wurde von jemandem, von dem der Name nicht aufscheint, oder ist das eher unüblich?

Dr. **Gruber:** Die Frage ist so nicht unbedingt zu beantworten. Ich meine, es ist auf jeden Fall unüblich, daß solche Beträge sozusagen verbucht werden. Aus meiner Perspektive war klar: Eine Gruppe Vorarlberger Industrieller gibt das. Also es ist nicht anonym in dem Sinne gewesen, weil ich durchaus der Meinung war, daß das Vorarlberger Industrielle waren, daß das nur ein Mann war, ist mir erst später, wie ich eben vorhin geschildert habe, bekannt geworden. Es gibt natürlich, wenn Sie fragen, ob es üblich ist oder nicht üblich ist, Leute, die, was weiß ich, einmal 500 S schicken oder was. Das ist durchaus nicht immer ganz klar, wer das ist, der sozusagen etwas spendet aus irgendeinem besonderen Anliegen oder aus einer Emotion heraus. Normalerweise muß man aber sagen: Bei größeren Beträgen weiß man natürlich, wer der ist, der die Parteispende gibt. Man kann nicht sagen, es ist üblich, es ist nicht üblich, es ist beides möglich.

4 von 352Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 6 (Seite 1587b bis 1937a) (gescanntes Original)

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wissen Sie Näheres über den Spendenvorgang beziehungsweise über die Geldübergabe, die in mehreren Akten vor sich gegangen ist, teilweise in Wien, teilweise nicht in Wien?

Dr. **Gruber:** Ich habe das in der Zeitung gelesen. Ich habe das alles erst nachträglich aus der Zeitung erfahren.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Doktor! Dieser Betrag ist ja zurückgezahlt worden.

Dr. **Gruber:** Ja.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Aber ohne Zinsen. Es sind die 10 Millionen an und für sich zurückbezahlt worden, also da hat die ÖVP insofern einen Zinsgewinn von etwa einer Million Schilling, wenn man es grob rechnet.

Dr. **Gruber:** Ich habe es nicht ausgerechnet.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Also der Betrag ist ohne Zinsen zurückgezahlt worden?

Dr. **Gruber:** Ja.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wo wurde dieses Geld hiefür aufgenommen? — Man hat gelesen, die ÖVP mußte einen Kredit aufnehmen.

Dr. **Gruber:** Sie wissen, in dem Augenblick, das war ja Ende August, am 29. August oder 30. August oder in den ersten Septembertagen, als das bekannt geworden ist, hat sich der Bundesparteiobmann der ÖVP, Dr. Mock, entschlossen, diesen Betrag zurückzuzahlen. Das war durchaus nicht selbstverständlich, weil man zum damaligen Zeitpunkt und auch heute noch sagen kann: Es kann jeder einer politischen Partei Geld geben, das ist ja nichts Ehrenrühriges, zu fragen, woher das Geld kommt, ist im Prinzip auch nicht etwas, was irgendwo vorgeschrieben ist.

Natürlich haben wir 10 Millionen nicht in der Kassa gehabt und haben mit der Genossenschaftlichen Zentralbank A. G. einen Antrag auf Kreditgewährung in dieser Höhe gestellt, und die Genossenschaftliche Zentralbank hat gegen Sicherheiten und marktübliche Verzinsung diesen Kredit kurzfristig gewährt, sodaß wir in der Lage waren, binnen ganz weniger Tage diesen Kredit sofort zurückzuzahlen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Doktor! Können Sie die Höhe der Verzinsung angeben?

Dr. **Gruber:** Ja. Die Konditionen — ich habe mir das mitgenommen, weil ich angenommen habe, daß Sie fragen — waren 10,5 Prozent, kontokorrentmäßig berechnet, zuzüglich einer Provision von einem Viertelprozent pro Kalenderquartal, sodaß sich Konditionen von insgesamt 11,5 Prozent daraus rund ergeben.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Doktor! Haben Sie überprüft, ob es sich bei diesen Spenden um versteuertes Geld gehandelt hat, oder ist das keiner Überprüfung unterzogen worden?

Dr. **Gruber:** Nein. Aus meiner Perspektive war auch gar kein Anlaß da. Das Geld ist eingezahlt worden.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Doktor! Wissen Sie, wer das Zusammentreffen zwischen der ÖVP-Spitze und Rabelbauer anläßlich der Geldübergabe im Parlament arrangiert hat?

Dr. **Gruber:** Nein. Mir ist das nachträglich aus der Zeitung, auch diese Sache hier im Hause, erst bekanntgeworden. Nicht einmal durch persönliche Information.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Herr Generaldirektor! Sie haben gesagt, es wurde Ihnen angekündigt, dieses Geld stamme von einer Gruppe Vorarlberger Industrieller. Nun sind 10 Millionen ein großer Betrag. Haben Sie da eigentlich nie nachgefragt, wer denn diese Vorarlberger Industriellen seien?

Dr. **Gruber:** Das habe ich nicht. Ich habe, wie gesagt, zunächst einmal Bedenken gehabt, dieses Sekretariat einzurichten. Ich habe auch, wenn Sie das hören wollen, bezweifelt, daß überhaupt diese Summe Geld eine Gruppe Vorarlberger Industrieller gibt, weil die Summe hoch ist. Es war ja dann auch so, daß eigentlich über lange Zeit das Geld nicht gekommen ist.

Es war ungefähr, wie gesagt, Mitte 1978, als ich von Dr. Taus diese Mitteilung bekommen habe, und die erste Rate ist dann, glaube ich, im Herbst 1979 gekommen und dann 1980. Also ich habe eigentlich mit dem Eingang dieses Geldes überhaupt nicht mehr gerechnet.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Also diesen Zweifel über die Spendefreudigkeit verstehe ich schon. Aber dann ist das Geld ja gekommen und wurde Ihnen vom Herrn Abgeordneten Bergmann übergeben.

Dr. **Gruber:** Es wurde nicht mir übergeben, sondern in die Kasse eingezahlt.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Bei der Gelegenheit wäre doch sicherlich der Zeitpunkt gewesen, umso eher, als Sie das ja eigentlich vorher als unerwartet betrachtet haben, dann näher zu fragen: Wer ist denn eigentlich da dahinter?

Dr. **Gruber:** Ich meine, das muß Ihnen doch klar sein, daß ein Finanzreferent sich freut, wenn Industrielle etwas spenden, überhaupt, sagen wir, bei den Finanznöten, die man im Zuge eines Wahlkampfes hat. Aber darüberhinaus einer politischen Partei Geld zu spenden,

ist bitte nirgends verboten, und daher war das auch nicht eine Frage, die mich besonders bewegt hat.

Und der Zusammenhang, der hier gemacht wird mit dem AKH oder was, war ja überhaupt nicht da. Ich wäre überhaupt nicht auf die Idee gekommen, daß das AKH-Gelder sein könnten. Ich glaube es auch nicht, daß es das ist. Aber bitte, das ist meine private Meinung.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Ist das nicht ein bißl eine gefährliche Einstellung. Es ist zwar verständlich, daß sich ein Finanzreferent freut, wenn er Geld bekommt. Aber daß er sich einfach freut, egal, woher das Geld kommt? Sie sind ja auch politischer Funktionär.

Dr. **Gruber:** Ja schon.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Es muß Ihnen doch bewußt sein, daß Sie ... Nehmen wir an, jetzt ein Extremfall, das kommt von der Mafia. Das kann doch nicht sehr erfreulich sein, wenn Sie dann hier Folgeprobleme haben.

Dr. **Gruber:** Schauen Sie, Herr Abgeordneter! Der Ausdruck „Mafia", ich weiß nicht, in welchem Zusammenhang Sie den hier sehen.

Sagen Sie mir bitte, welche Bestimmungen, welche Vorschriften ich verletze, wenn ich Geld von irgendeinem Spender annehme. Das müssen Sie mir sagen! Ich habe es nicht erkannt.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Ich habe auch nicht behauptet, Herr Generaldirektor, daß Sie irgendwelche gesetzlichen Bestimmungen verletzt haben. Ich möchte nur festhalten, daß hier doch geäußert wurde, die ÖVP nimmt Geld und freut sich über jedes Geld, das sie bekommt, ohne zu fragen, woher es kommt. Das ist Ihre Aussage gewesen.

Dr. **Gruber:** Das haben Sie jetzt gesagt, das war nicht meine Aussage.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Das war sinngemäß das, was Sie gesagt haben.

Dr. **Gruber:** Ich habe Ihnen gesagt, daß ich mich als Finanzreferent natürlich gefreut habe, daß eine Gruppe Vorarlberger Industrieller hier Geld gibt. Und das ist ja auch durchaus etwas Verständliches.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Ich halte aber fest, daß Sie, obwohl Sie vorhin ausdrücklich gesagt haben, daß es ungewöhnlich ist, 10 Millionen Schilling Spenden zu zahlen, nicht gefragt haben, von wem es kommt, weil es Ihnen sozusagen Hauptsache ist: Wir bekommen das Geld — egal, woher.

Dr. **Gruber:** Das stimmt nicht, Herr Abgeordneter. Mir wurde gesagt, eine Gruppe Vorarlberger Industrieller hat dieses Geld eingezahlt. Es ist nicht so, daß ich nicht gewußt habe, von wem es kommt. Ich habe nur geglaubt, daß das stimmt, was man mir gesagt hat. Das konzediere ich: Ich habe geglaubt, daß das stimmt, was man mir gesagt hat, daß eine Gruppe Vorarlberger Industrieller zur Errichtung dieses Bürgerrechtsbüros oder Bürgerservicebüros Geld spendet. Das habe ich geglaubt und habe dann — nachdem über ein Jahr lang nichts eingegangen ist — gezweifelt, ob das eben wirklich so sein wird, und zur Überraschung ist es dann gekommen.

Für mich war es nicht anonym. Wenn mein Parteiobmann mir eine solche Mitteilung macht, so ist es ja auch nicht unplausibel, daß ich das also auch als bare Münze nehme.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Anonym war das Geld insofern, als Sie keinen Namen gewußt haben. Das ist doch festzuhalten.

Dr. **Gruber:** Das ist eine Auslegungssache, wie Sie das jetzt sehen.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Haben Sie einen Namen gewußt oder nicht?

Dr. **Gruber:** Nein. Ich habe Ihnen gesagt: eine Gruppe Vorarlberger Industrieller. Das wurde mir mitgeteilt.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Gibt es aus Ihrer Kenntnis als Finanzreferent der Bundes-ÖVP Zuwendungen an die ÖVP in irgendeiner Form von Unternehmen, die an der Errichtung des AKH beteiligt sind?

Dr. **Gruber:** Das habe ich untersuchen lassen und ich habe keinen Hinweis, daß irgendeine der Firmen, die im Zuge des AKH-Untersuchungsausschusses genannt sind, daß also aus AKH-Geldern und daß irgendein Zusammenhang mit AKH-Geldern und mit den geschilderten Zusammenhängen hier ist. Überhaupt keiner.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Darf ich die Frage ein bissel präzisieren. Ich habe jetzt nicht gemeint: AKH-Gelder — das ist ja auch schon etwas schwierig, dann im einzelnen zu verfolgen, ...

Dr. **Gruber:** Insgesamt.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): ... sondern Unternehmen, die am Bau, an der Errichtung des AKH beteiligt sind. Das ist ja eine zweite Frage, ob das AKH-Gelder sind, in diesem Sinn hat ja Geld kein Mascherl, sondern Unternehmen, die am Bau des AKH beteiligt sind.

Dr. **Gruber:** Ist mir nicht bekannt.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Können Sie auch indirekte Verbindungen ausschließen? Also etwa, daß über die Industriellenvereinigung im

6 von 352Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 6 (Seite 1587b bis 1937a) (gescanntes Original)

Wege von Mitgliedsbeiträgen hier Gelder dann an die ÖVP gekommen sind?

Dr. **Gruber:** Sie haben selbst gesagt, das Geld hat kein Mascherl. Es ist ja allseits bekannt, daß die Industriellenvereinigung die ÖVP unterstützt, und ich kann jetzt nicht sagen, also sozusagen woher das Geld der Industriellenvereinigung kommt. Die Industriellenvereinigung — das ist ja allseits bekannt — unterstützt die ÖVP bei Wahlen mit Zuwendungen. Woher das Geld kommt, müssen Sie die Industriellenvereinigung fragen.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Sie haben also diese Spende von 10 Millionen Schilling, die Sie hier bekommem haben, als doch auffallend hoch bezeichnet. *(Dr. Gruber: Ja.)* Wenn Sie das jetzt gegenüber den Zuwendungen, die Sie von seiten der Industriellenvereinigung bekommen, vergleichen: In welcher Relation ist das etwa zu sehen?

Dr. **Gruber:** Herr Vorsitzender, bitte, steht das jetzt in einem Zusammenhang mt dem Gegenstand hier?

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter, wenn Sie, bitte, den Zusammenhang herstellen.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Der Zusammenhang ist in zweifacher Weise gegeben: erstens, um abzuschätzen, welche Bedeutung die Spende Rabelbauer bzw. Vorarlberger Industrieller im Rahmen der Finanzierung gespielt hat, weil das ja auch dann die Relevanz dieses Faktums erläutert, ... *(Zwischenruf des Abg. Bergmann.)*

Obmann Dr. **Steger:** Lassen Sie den Abgeordneten Dr. Nowotny ...!

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es war ein Zwischenruf.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): ... und zweitens geht es eben um den ganzen Bereich indirekter Finanzverflechtungen. Das ist ja wahrscheinlich der schwierigste Bereich, den wir hier zu klären haben. *(Abg. Bergmann: Er hat keinen guten Tag!)*

Obmann Dr. **Steger:** Das ist so ähnlich ...

Dr. **Gruber:** Ich verstehe die Frage nicht.

Obmann Dr. **Steger:** ... daß dieFirma MEDIPLAN was verdient hat und allenfalls über Umwege etwas zurückgekommen ist, so ist hier dieselbe Vermutung, daß allenfalls Firmen, die dort etwas verdienen, und weil sie ins Geschäft gebracht worden sind, über Umwege angeblich etwas zurückgekommen ist. In diese Richtung will der Herr Abgeordnete hier versuchen, eine Beweisführung vorzutragen.

Dr. **Gruber:** Da kann ich nur sagen, daß ich keinerlei derartigen Zusammenhang sehe.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Das hat aber meine Frage nicht beantwortet. Das möchte ich nur festhalten.

Dr. **Gruber:** Na bitte, stellen Sie sie noch einmal. Ich verstehe die Frage nicht.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Die Frage lautet: Sie haben selber gesagt, daß diese Spende von 10 Millionen Schilling Ihnen als ungewöhnlich erschienen ist. Jetzt würde mich interessieren: In welcher Relation ist diese Spende zu sehen zu den Zuwendungen, die Sie von seiten der Industriellenvereinigung bekommen?

Dr. **Gruber:** Ich muß noch einmal festhalten, Herr Vorsitzender ... *(Zwischenruf: Sie sind schon nervös!)* — nein, ich nicht. *(Zwischenruf: Nein, nein! Nicht Sie!);* ich werde nicht nervös.

(Abg. Dr. Kohlmaier: Das ist wirklich keine AKH-Frage!)

Ich möchte noch einmal festhalten, daß diese 10 Millionen, so wie sie mir zur Kenntnis gekommen sind, sozusagen eine Gegenleistung erwartet haben, daß das ja nicht eine Spende, was weiß ich, für den Wahlkampf oder für irgend etwas ist, sondern die Auflage war: Vorarlberger Industrielle geben 10 Millionen Schilling und wollen die Errichtung eines Bürgerservicebüros im Rahmen der Kärntnerstraße 51.

Also man kann das überhaupt in dem Sinn nicht vergleichen mit Zuwendungen der Industriellenvereinigung z. B. für die Nationalratswahl 1979. Die Industriellenvereinigung hat natürlich für die Nationalratswahl 1979 der ÖVP eine Zuwendung gemacht. Das hat sie auch bei früheren Wahlkämpfen gemacht. Also man kann das eine mit dem anderen überhaupt nicht vergleichen.

Nein, Sie wollen wissen, wieviel die Industriellenvereinigung der ÖVP spendet, und das, glaube ich, ist der eigentliche Grund. *(Zwischenruf: Das ist ein großes Geheimnis!)* Und da sehe ich keinen Zusammenhang mit dem AKH. Den müssen Sie mir erklären.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Okay. Danke schön.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge, wie lange sind Sie Kassier der Österreichischen Volkspartei?

Dr. **Gruber:** Seit März 1977. *(Zwischenruf: Der Finanzreferent ...!)* Es heißt Bundesfinanzreferent. Ist ein wunderbarer Titel.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Bon! Bundesfinanzreferent. Ich wollte Sie durchaus nicht kränken. Aber beim Bankgeschäft dürfte der Titel „Kassier" auch nicht schlecht sein.

Nur: Wie hoch sind im Schnitt Spenden, über die Sie Gelegenheit haben, sich zu freuen als Bundesfinanzreferent?

Dr. **Gruber:** In unterschiedlicher Höhe. Sehr viele kleine Spenden. Der größte Teil, wenn man es der Zahl nach sieht, ist natürlich durch kleine Spenden. Ich würde sagen: 100 000 Schilling — Spenden sind hoch, und ich habe ...

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Ich will nicht so sehr ins Detail.

Dr. **Gruber:** Ja.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Ich möchte Sie nur gern fragen: War die Spende des Herrn Rabelbauer oder der angeblichen Vorarlberger Industriellen eine Spende, die aus dem üblichen Niveau weit herausragt?

Dr. **Gruber:** Ja. Das habe ich ja vorhin schon gesagt. Aber sie wurde, wie ich schon dem Herrn Abgeordneten Nowotny gesagt habe, auch nicht von mir als Spende in diesem Sinn gesehen, weil mir klar war: Wir müssen dort irgendwelche Sekretäre, Sekretärinnen aufnehmen, ein Büro einrichten.

Das war ja auch der Grund, warum ich den Dr. Taus gewarnt habe, das überhaupt zu machen, weil ich gefürchtet habe, daß sie eben einmal Geld hergeben und dann nicht mehr und wir dieses Bürgerservicebüro haben und den Personalstand wieder höher, usw. Das heißt, ...

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Ja, Herr Zeuge, ich verstehe Sie vollkommen. Nur hätte ich da eine Zusatzfrage.

Dr. **Gruber:** Als Spende, als Spende ...

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Sie sind ein Mann der Wirtschaft und Sie hätten doch sicherlich die Möglichkeit, potente Geldgeber zu beurteilen, und Sie hätten Ihren Bundesparteiobmann sicherlich von dieser Sorge etwas befreien können, wenn Sie die Namen der Spender gewußt haben, weil Sie ja dann eruieren könnten oder es in Ihren Möglichkeiten gestanden wäre zu eruieren, ob auch später von diesen Spendern noch Geld zu erwarten ist. Haben Sie sich nie für die Spender interessiert?

Dr. **Gruber:** Ja das kann ich Ihnen sehr genau beantworten.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Haben Sie niemanden gefragt?

Dr. **Gruber:** Das kann ich Ihnen sehr genau beantworten. Ich habe den Herrn Bundesparteiobmann, den damaligen Bundesparteiobmann der ÖVP, Dr. Taus, der genau wie ich oder mehr als ich ein Mann der Wirtschaft ist, nicht gefragt, wer die Leute sind, und ich habe auch keinen Zweifel gehabt, daß er das entsprechend beurteilt.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Sie haben sich also vollkommen auf Taus verlassen .....

Dr. **Gruber:** ... vertraut. Ja.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): ... und haben nicht gefragt, nur das Geld für die ÖVP vereinnahmt.

Dr. **Gruber:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, sagen Sie jetzt auf diese Frage noch eine Antwort dran, denn die war sicher nicht im Mikrophon, wenn es gleichzeitig gesagt wird. — War das jetzt noch eine Frage?

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Also eine Feststellung. Wollen Sie dazu noch etwas sagen, Herr Zeuge?

Dr. **Gruber:** Ich kann nur das wiederholen, was ich gerade gesagt habe.

Obmann Dr. **Steger:** Dann wiederholen Sie es zur Sicherheit, damit es ...

Dr. **Gruber:** Ich habe auf die sozusagen Beurteilung des Herrn Bundesparteiobmannes, des damaligen Bundesparteiobmannes, Dr. Taus, vertraut und habe nicht gefragt, wer namentlich diese Vorarlberger Industriellen sind, die das Geld hergegeben haben.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge, sind Sie in Ihrer Tätigkeit, in Ihrer politischen Funktion als gewählter Bundesfinanzreferent der ÖVP, je in irgendeiner auch entferntesten Weise mit dem Bau des AKH in Berührung gekommen?

Dr. **Gruber:** Gott sei Dank nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie oder hat nach Ihrem Wissen irgendein Funktionär der ÖVP, mit dem Sie in Kontakt und Berührung sind, sich in dieses Bauvorhaben in irgendeiner Weise eingeschaltet?

Dr. **Gruber:** Das ist mir nicht ersichtlich. Ich habe mir aber darüber auch nicht den Kopf zerbrochen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Haben Sie selbst Beziehungen oder Miteigentum oder stille Partnerschaft oder sonst etwas zu Firmen, die beim AKH-Bau beteiligt waren?

Dr. **Gruber:** Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge, es ist — wie Sie und ich wissen — nach Bekanntwerden dieser ganzen AKH-Angelegenheit die Frage aufgetaucht, ob die Österreichische Volkspartei mit dieser Angelegenheit irgendwo

8 von 352Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 6 (Seite 1587b bis 1937a) (gescanntes Original)

in Berührung gekommen ist. Sie haben selbst gesagt, Sie haben das überprüfen lassen. Hat irgendeine dieser Recherchen oder Überprüfungen oder sonst etwas einen Zusammenhang zum AKH-Bau oder zu Firmen, die im Zusammenhang mit dem AKH-Bau in der Öffentlichkeit genannt wurden, ergeben?

Dr. **Gruber:** Ich möchte das wiederholen, was ich vorhin schon auf eine Frage gesagt habe: Ich habe das überprüfen lassen und habe keinen Spender in einem Zusammenhang mit dem AKH feststellen können.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Haben Sie auch nie für Firmen interveniert, daß sie beim AKH-Bau zum Zuge kommen?

Dr. **Gruber:** Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Letzte Frage, und dann bin ich fertig: Sie kennen die finanziellen Sorgen der ÖVP. Bis zu einem gewissen Grad gehört da auch immer eine Beobachtung der anderen. Haben Sie auf Grund Ihrer Tätigkeit den Eindruck, daß die Sozialistische Partei Österreichs über mehr Geld verfügt als die Österreichische Volkspartei?

Dr. **Gruber:** Ja.

Abg. Dr. **Nowotny** (SPÖ): Woraus schließen Sie das?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aus den vielen Inseraten, die Sie gerade wieder fälschlicherweise ...

Dr. **Gruber:** Ja. Das ist richtig. Ganzseitige und halbseitige Inserate zur Sache Rabelbauer. Da muß man sehr viel Geld haben, wenn man in der „Kronen Zeitung" und im „Kurier" solche Inserate machen kann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Vor allem, wenn man dann noch die Entgegnungen zahlen muß. Dafür braucht man dann sehr viel Geld.

Dr. **Gruber:** Da muß man sehr viel Geld haben. Aber bitte, es gibt ja auch einen finanziellen Rechenschaftsbericht der SPÖ, aus dem eindeutig hervorgeht, daß die SPÖ mehr Geld hat als die ÖVP, wenn Sie das mit dem Status der beiden vergleichen. *(Zwischenruf.)* Bitte, darauf kann ich Ihnen keine Antwort geben, Herr Abgeordneter. Das heißt, ich kann Ihnen schon eine Antwort geben: Diese beiden Rechenschaftsberichte sind durch Wirtschaftsprüfer geprüft. Das ist dann eine Sache, die eigentlich unabhängige Wirtschaftsprüfer betrifft, die ihre Unterschrift druntersetzen. *(Abg. Bergmann: Heute hat der Nowotny ... !)*

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Darf ich bitten, daß wir zu den gestellten Fragen und Ihren Antworten zurückkehren. Und darf ich die Herren Abgeordneten bitten, daß sie hier mitwirken, daß wir wieder eine ruhige Fragerunde machen können.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Bitte, können wir einen Moment unterbrechen?

Obmann Dr. **Steger:** Es ist der Antrag auf Unterbrechung. Herr Zeuge, ich bitte Sie, draußen zu warten. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Gradischnik.)* Ihre Einvernahme ist unterbrochen, Herr Zeuge, wenn Sie, bitte, draußen warten. *(Abg. Dr. Nowotny: Ich wußte nicht, daß ich so, ich kann nur sagen tierernsten Leuten gegenübersitze, daß man ... !)*

Dr. **Gruber:** Soll ich warten draußen?

Obmann Dr. **Steger:** Bitte, es ist eine Unterbrechung, von Ihrer Fraktion gewünscht. *(Dr. Gruber verläßt den Saal.)*

Obmann Dr. **Steger** *(nachdem Dr. Gruber wieder in den Saal gerufen wurde):* Herr Zeuge, ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen. — Der Herr Abgeordnete Dr. Nowotny hat zurückgenommen, daß aus gesicherten Unterlagen hier hervorgehen sollte, daß eine der beiden Großparteien ehrlicher als die andere wäre, und ich habe das gerne als Vorsitzender bestätigt.

Damit darf ich zur nächsten Fragerunde kommen.

Herr Zeuge! Was sagen Ihnen die Firmennamen Alpha/Media Service-Gesellschaft m. b. H. ?

Dr. **Gruber:** Die Alpha/Media Service-Ges. m. b. H. ist eben eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die die Zeitschrift „Plus" für die ÖVP herausbringt.

Obmann Dr. **Steger:** Wer ist der Eigentümer dieser Firma?

Dr. **Gruber:** Die ÖVP.

Obmann Dr. **Steger:** Die Bundespartei oder Landespartei?

Dr. **Gruber:** Ja. Bundespartei.

Obmann Dr. **Steger:** Die Heimat-Werbung?

Dr. **Gruber:** Hat mit der Bundesparteileitung nichts zu tun. Es gibt meines Wissens — aber das kann ich Ihnen nicht präzise beantworten — verschiedene Firmen unter dem Titel „Heimatwerbung" in einzelnen Bundesländern. Also in Niederösterreich gibt es eine, das ist mir bekannt, in Oberösterreich gibt es eine, ich weiß nicht, ob es in Vorarlberg auch eine gibt, aber jedenfalls mehrere, aber die haben mit der Bundesparteileitung selbst anteilmäßig

nichts zu tun; natürlich mit Geschäftsbeziehung, daß sie Werbeaufträge entgegen nehmen.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt, Sie haben dort gar keine Einsicht in die Finanzen dieser Firmen?

Dr. **Gruber:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Ist Ihnen bekannt, ob es eine Querverbindung zum Beispiel zwischen Alpha/Media Service-Gesellschaft m. b. H. und Heimatwerbung gibt? Also eine wechselseitige Beteiligung dieser Firmen?

Dr. **Gruber:** Meines Wissens nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Was sagt Ihnen der Name Internationale Werbegesellschaft m. b. H. ?

Dr. **Gruber:** Ist eine alte renommierte Werbegesellschaft.

Obmann Dr. **Steger:** Ist daran die Österreichische Volkspartei beteiligt?

Dr. **Gruber:** Die Bundesparteileitung nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Ist Ihnen etwas über sonstige Parteibeteiligungen an dieser Firma bekannt oder wechselseitig zu den vorher genannten?

Dr. **Gruber:** Zur Alpha nicht, zur Kärntner Straße, zur Bundesparteileitung, auch nicht, und wie die sonstigen Beteiligungen dort aussehen, weiß ich nicht. Aber es steht sicher in einem Zusammenhang mit den Organisationen der ÖVP.

Obmann Dr. **Steger:** Der Österreichische Wirtschaftsverlag, sagt Ihnen das etwas? — Wieder wegen Eigentümerschaft, ... Beteiligungen?

Dr. **Gruber:** Dieselbe Situation. So wie bei IWG. Der Österreichische Wirtschaftsverlag gehört, glaube ich, dem Wirtschaftsbund, ob zu 100 Prozent oder nicht, weiß ich nicht. Und kein Zusammenhang mit Kärntner Straße 51, also beteiligungsmäßig, und auch nicht mit der Alpha.

Obmann Dr. **Steger:** Österreichischer Agrarverlag?

Dr. **Gruber:** Die gleiche Antwort.

Obmann Dr. **Steger:** Wahrscheinlich Bauernbund.

Dr. **Gruber:** Bauernbund und kein Zusammenhang. Es ist keine Verflechtung da.

Obmann Dr. **Steger:** Sodaß nach Ihren Worten jetzt die „Heimatwerbung" jedenfalls nicht in einer Bundes-ÖVP-Beteiligung oder in einem Bund der Bundespartei in der Beteiligung steht.

Und die Internationale Werbegesellschaft eigentlich auch nicht, wenn ich das richtig verstanden habe?

Dr. **Gruber:** Bitte, für die Bünde kann ich hier nicht reden, Herr Vorsitzender *(Zwischenruf: Aha!)*, ich kann nur für die Bundesparteileitung sprechen, und da ist es nicht der Fall.

Obmann Dr. **Steger:** Ich frage deswegen, weil hier ein Antrag vorliegt, von allen diesen Firmen etwas beizuschaffen. —

Den Antrag habe ich nicht zugelassen, aber es interessiert mich natürlich inhaltlich, falls er neu eingebracht wird, womit zu rechnen ist nach den Erklärungen, die öffentlich abgegeben wurden von der Sozialistischen Partei, wo hier allenfalls ein Bezug hergestellt werden könnte, wie es also mit den Eigentumsverhältnissen ausschaut. — Gibt es über irgendeine dieser Firmen etwas, wo Sie bereits Näheres berichten könnten? Welche dieser Firmen ist Ihnen näher bekannt? Eigentlich nur die Alpha/Media Service, wenn ich das richtig sehe?

Dr. **Gruber:** Ja. Wobei die Alpha/Media Service-Ges. m. b. H. eigene Organe hat und ich also sozusagen unmittelbar mit der Gestion nichts zu tun habe.

Obmann Dr. **Steger:** Wer sind diese eigenen Organe? Können Sie da namentlich was bekanntgeben? — Also wer repräsentiert sie, diese Organe? ...

Dr. **Gruber:** Es gibt eine Geschäftsführung, und — ich kann das aber jetzt nicht genau sagen — einer der Geschäftsführer, also der Geschäftsführer, nicht einer, sondern der Geschäftsführer war oder ist Herr Bokandl *(phonetisch)*, der Angestellte der Bundesparteileitung war und der Ihnen wahrscheinlich hier bekannt ist. Der ist aber aus der Bundesparteileitung ausgeschieden, und es wird oder ist bereits ein neuer Herr bestellt worden. Ich weiß nur nicht, ob das schon durchgeführt wurde oder nicht, weil ich unmittelbar damit nichts zu tun habe.

Also das müßte sich feststellen lassen. Das könnte ich Ihnen mitteilen oder können wir irgend jemanden anderen fragen. Das ist kein Geheimnis.

Obmann Dr. **Steger:** Einsicht in die Finanzen der Teilorganisationen haben Sie nicht?

Dr. **Gruber:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Nicht einmal irgend etwas wird Ihnen vorgelegt oder Abschlußberichte?

Dr. **Gruber:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Rechtlich vollkommen getrennt wird das geführt?

Dr. **Gruber:** Ja.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Im Parteistatut der Österreichischen Volkspartei steht im § 31 Z. 2:

Die Landesfinanzreferenten und die Finanzreferenten der Teilorganisationen bilden zusammen mit dem Bundesfinanzreferenten den Bundesfinanzausschuß der ÖVP. Dieser berät unter dem Vorsitz des Bundesfinanzreferenten Fragen des Finanz- und Beitragswesens sowie des Parteivermögens und richtet erforderlichenfalls Anträge und Gutachten an die Bundesparteileitung. —

Sie haben jetzt auf die Frage des Obmanns gesagt, über die Teilorganisationen wissen Sie nichts. Wenn Sie aber jetzt hier im Statut vorgesehen haben unter 31/2, daß der jeweilige Bundesfinanzreferent — daß er den Bundesfinanzausschuß bildet, so muß man doch annehmen, daß Sie über die Finanzen der Teilorganisationen reden, weil Sie ja damit auch wissen, welche Beiträge Sie von ihnen als Bundesparteileitung fordern können. Also ganz so kann das nicht sein, daß Sie nichts darüber wissen.

Dr. **Gruber:** Herr Abgeordneter Hobl! Es ist so, wie ich gesagt habe. Das Mittelaufkommen aus den Beiträgen geht über die Bünde, also die Bünde kassieren, geben Mittel den Landesparteiorganisationen, und die Landesparteiorganisationen geben Mittel an die Bundesparteiorganisation. Also die Sache ist umgekehrt. Die Bündefinanzreferenten und die Landesfinanzreferenten schauen in mein Budget hinein, ohne daß ich eine Möglichkeit habe, in ihre Budgets Einblick nehmen zu können. Also genauso, wie ich es Ihnen gesagt habe, das heißt, das ganze arbeitet verkehrt, als es vielleicht hier aus den richtig zitierten statutarischen Bestimmungen herausgelesen werden könnte.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Weil ich da lese, wenn ich mich wiederholen darf: Dieser berät — also der Bundesfinanzausschuß der Volkspartei — ...

Dr. **Gruber:** Ja.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Dieser berät unter dem Vorsitz des Bundesfinanzreferenten — das sind gegenwärtig Sie, Herr Generaldirektor — Fragen des Finanz- und Beitragswesens sowie des Parteivermögens — und dann Anträge und Gutachten.

Also ich hätte gemeint, daß Sie sagen: Meine Herren in den Bünden und Teilorganisationen ...! — Ich meine, das war ja das Problem, warum Dr. Taus als Bundesparteiobmann zurückgetreten ist, daß die Finanzhoheit der Bundesorganisation nicht in dem Maße gestaltet wurde, wie er es gewünscht hat.

Ich würde halt da nur herauslesen, daß Sie sagen könnten jetzt als der zuständige Bundesfinanzreferent: Wir brauchen ein bissel mehr Geld in der Bundespartei! Gebt uns was! Wie schaut das bei euch aus?

Ich hätte das eben so herausgelesen aus Ihren statutarischen Bestimmungen.

Dr. **Gruber:** Es ist genauso, wie Sie sagen. Diese Fragen habe ich gestellt und auch diese Aufforderungen mehrfach getan, nämlich vor allem auf Erhöhung der Mitgliedsbeiträge, was also das unmittelbare Thema ist und das schwierige Thema natürlich ist.

Aber ich habe keine Einblickmöglichkeit in die finanzielle Gestion der Bünde oder der Landesorganisationen. Also de facto keine. Und ich habe auch keine Möglichkeit — ich kann es nur bei Aufforderungen belassen, habe aber von meiner Seite keine Möglichkeit, zum Beispiel Beiträge zu erhöhen. Ich habe mehrfach diese Aufforderung gestellt, ich hoffe auch, daß es irgendwann einmal zu einem Erfolg führt.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Der Herr Dr. Wolfsberger hat uns als Zeuge hier berichtet, daß es regelmäßig vorkommt, daß Parteien Spenden wollen, und er hat auch berichtet, daß es öfters passiert, daß unmittelbar nach einer Auftragsvergabe Vertreter von Parteien oder von Zeitungen, die einen ganz bestimmten Obolus kassieren wollen, erscheinen. Ist Ihnen über derartiges etwas bekannt?

Dr. **Gruber:** Nein. Kommt in der Kärntner Straße 51, also soweit ich das überblicke, nicht vor.

Obmann Dr. **Steger:** Sie werden ja sicher solche Gespräche nicht selbst führen über diese tatsächlichen Finanzaufträge, und da wird es ja Angestellte, Beschäftigte, Untergebene geben. Oder führen Sie diese Gespräche selbst?

Dr. **Gruber:** Es wurde von mir niemand aufgefordert, solche Handlungen zu setzen, und ich selbst habe sie auch nicht gesetzt, wie Sie es beschrieben haben oder wie es der Herr Wolfsberger beschrieben hat.

Obmann Dr. **Steger:** Wieviel Angestellte gibt es denn, die sich mit Finanzfragen in der Bundesgeschäftsstelle der ÖVP beschäftigen? Und wer ist das?

Dr. **Gruber:** Ja es gibt zwei Damen, die dort arbeiten, dann einen Herrn, also eigentlich in der Kärntner Straße 51 sind es drei Personen, die das machen.

Obmann Dr. **Steger:** Na ja, machen die Buchhaltung oder haben die auch damit zu tun, ...

Dr. **Gruber:** Die Buchhaltung wird außerhalb gemacht gegen Vergütung. Also die Buchhaltung, auch die Lohnverrechnung wird außerhalb des Hauses gemacht gegen Verrechnung.

Obmann Dr. **Steger:** Na ja, was haben die drei Personen dann für Kompetenzen und für Aufgaben?

Dr. **Gruber:** Na ja, der eine Herr macht die Lohnauszahlung und die im Zusammenhang mit dem Personal stehenden finanziellen Dinge, und die zwei Damen haben — eine hat die Kasse zu betreuen, und die andere hat sozusagen normale Belege und alles, was: also den normalen finanziellen Ablauf hier zu bearbeiten.

Obmann Dr. **Steger:** Da gibt es eigentlich überhaupt niemanden, der dort Spendenaktionen organisiert oder betreut?

Dr. **Gruber:** Spendenaktionen werden natürlich vom Bundesparteivorstand oder vom Bundesparteiobmann im Einvernehmen mit dem Finanzreferenten beschlossen, wenn wir also, was weiß ich, irgendeine Erlagscheinaktion oder sonst etwas machen, und dann im Rahmen des allgemeinen Stuff durchgeführt.

Aber das hat nicht unmittelbar jetzt mit diesen Damen zu tun. Also die gehen nicht akquirieren, also Spenden oder so.

Obmann Dr. **Steger:** Bei größeren Spenden: Wer geht dann akquirieren? Also bitte, aus meinem Informationsstand ist das politisch ja nicht unüblich, daß es so etwas gibt. Ich will eigentlich nur auf den Personenkreis einmal hin, der allenfalls etwas wissen könnte darüber.

Dr. **Gruber:** Ja, es ist sicher die Aufgabe von mir, Spenden zu akquirieren, also es dreht sich ja im wesentlichen vor Nationalratswahlen. Und natürlich auch der Bundesparteiobmann bittet um Geld, das ist ja auch ganz plausibel.

Obmann Dr. **Steger:** Und dabei haben Sie noch nie erlebt, daß Ihnen allenfalls ...

Dr. **Gruber:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Sie sagen schon nein, bevor ich die Frage fertigstelle.

Herr Zeuge! Dann haben Sie noch nie erlebt, daß allenfalls auch jemand anderer aus dem politischen Bereich sagt: Na ja, die sind jetzt so gut ins Geschäft gekommen durch uns, da sollte man schon einmal fragen, ob die nicht eine entsprechende Spende geben.

Dr. **Gruber:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** So ein Gedankengang ist überhaupt noch nie geäußert worden in Ihrem Beisein?

Dr. **Gruber:** Ich würde es nicht machen. Ich würde es nicht machen und ich habe es nicht erlebt.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge! Sie haben schon ausgeführt, daß diese 10 Millionen nicht eine Spende im üblichen Sinne waren, sondern daß mit dem Geld etwas hätte geschehen sollen, ein Sekretariat hätte eingerichtet werden sollen. Können Sie etwas Näheres sagen, was mit dem Geld hätte geschehen sollen?

Dr. **Gruber:** Nicht mehr, als ich vorhin schon zu beschreiben versuchte. Also es ist ja derzeit bei den Politikern Mode, Bürgerservice und Bürgernähe mehr unter Beweis zu stellen im Rahmen der politischen Tätigkeit, und da ist eben der Gedanke aufgetaucht und auch im Zuge der allgemeinen Entwicklung der ganzen Bürgerbewegungen und Umweltschutzbewegungen und so weiter. Ich habe also durchaus Verständnis dafür und im Rahmen meines Berufes leidvolle Erfahrungen mit solchen Aktivitäten gemacht, und die Idee, das sozusagen administrativ zu ordnen und zu organisieren, ist mir also nicht abwegig erschienen.

Daher habe ich eigentlich dafür Verständnis gehabt. Denn es kommen — bitte nicht zu mir; ich habe damit nichts zu tun — ununterbrochen Briefe und Delegationsvorsprechungen von Leuten mit „Rettet das Kamptal gegen Kernenergie" oder „gegen die Straße" oder „gegen das Nockgebiet" und so weiter. Die kommen natürlich sofort immer zu den politischen Spitzen. Die sind ununterbrochen damit beschäftigt, Briefe zu beantworten, Leute zu empfangen, die irgendeine Eiche nicht umgeschnitten haben wollen oder sonstiges.

Und das ist — sozusagen jetzt in einem Sekretariat — an sich ja nicht so unverständlich. Ich habe nur Angst gehabt, daß das eben sehr viel kostet — und sehr viel zusätzlich kostet — der Kärntner Straße.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Aber es besteht ja eine Korrespondenz zwischen dem ehemaligen Bundesparteiobmann Dr. Taus und Rabelbauer. Da sind ja einige Punkte aufgelistet. Wissen Sie etwas, was da näher abgesprochen wurde?

Dr. **Gruber:** Ich kenne die Korrespondenz nicht. Ich habe erst dann nachträglich erfahren von Gesprächen, wie es schon in der Zeitung gestanden ist. Ich habe auch das vorher nicht gewußt. Der Dr. Taus hat mich nicht informiert darüber.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge! Sie haben angeführt, daß dieses Geld von einigen Industriellen aus Vorarlberg gekommen sein soll. Jetzt hat uns aber Rabelbauer anläßlich seiner Zeugeneinvernahme gesagt, daß das Geld von ihm selbst stammt, also von seinem Firmenbereich. Wann haben Sie erfahren, daß das Geld nicht von den Industriellen aus Vorarlberg kommt, sondern daß es anders sei?

Dr. **Gruber:** Nach Ihnen. Denn ich glaube, das ist ja hier erst bekannt geworden im Zuge des Untersuchungsausschusses, und ich habe es in der Zeitung gelesen.

Aber es sind andere Dinge, die Ihnen vielleicht weiterhelfen, Herr Vorsitzender. Mir ist dann auch nachträglich zum Beispiel ein Name im Ohr geblieben. Irgendwo stand im Zusammenhang mit dem Herrn Rabelbauer der Vorarlberger Industrielle Fend. Ich weiß nicht mehr, in welchem Zusammenhang: Ich glaube, mit der VOEST und mit Provisionen und so weiter. Ich weiß nur: Es stand in irgendeiner Tageszeitung. Und da ist mir in Erinnerung — ich bin ja Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der ÖIAG; das mag zwei Jahre her sein; jedenfalls noch in der Ära des Generaldirektors Geist —, daß Herr Geist eines Tages zum Herrn Präsidenten Hrdlitschka und zu mir kam und gesagt hat, er hat da so ein wunderbares Projekt, das ein Vorarlberger Industrieller an ihn herangetragen hat, die Errichtung einer Eisenbahnlinie quer durch Costa Rica vom Atlantik zum Stillen Ozean. Das ist eine Gruppe, sehr einflußreich, die dort drüben ist, und man könnte da für die verstaatlichte Industrie, also sprich SGP — Waggons — und VOEST und Elin, Geschäfte machen; die Herren verlangen aber, daß man, bevor man in Verhandlungen eintritt mit ihnen, ein Provisionsabkommen macht.

Ich habe dem Herrn Geist und dem Herrn Hrdlitschka damals gesagt: Für mich kommt das überhaupt nicht in Frage, meine Zustimmung zu einer solchen Vorgangsweise nicht; es hat auch nichts mit der ÖIAG zu tun; wenn die Herren so etwas machen wollen, dann sollen sie zur VOEST gehen; die VOEST hat Erfahrung in internationalen Geschäften und kann beurteilen, ob eine Eisenbahnlinie in Costa Rica eine gescheite Sache ist oder nicht und ob man ein Provisionsabkommen in dieser Form abschließen kann oder nicht.

Damit war das vom Tisch weg und wurde bei uns nicht mehr behandelt. Dann habe ich jetzt irgendwann einmal in der Zeitung gelesen, daß der Herr Fend anscheinend mit dem Herrn Rabelbauer — ich meine jetzt nachträglich ist das so — das weiter verfolgt hat. Allerdings ohne Erfolg. Es ist also nichts daraus geworden.

Hilft Ihnen das weiter in der Sache?

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Hatten Sie bei diesem Gespräch, Herr Zeuge, den Eindruck, daß Präsident Hrdlitschka dieser Sache eher aufgeschlossen gegenüber eingestellt war?

Dr. **Gruber:** Nein.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Hat er sich neutral verhalten?

Dr. **Gruber:** Er hat sich meiner Meinung angeschlossen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Hat er sich neutral verhalten oder sich Ihrer kritischen Meinung angeschlossen?

Dr. **Gruber:** Ja. Er hat sich meiner Meinung angeschlossen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): War Herr Geist begeistert?

Dr. **Gruber:** Geist war sehr begeistert davon.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Geist stand dem positiv gegenüber.

Dr. **Gruber:** Ja, der war sehr begeistert davon. Der Herr Derdak war auch dagegen. Das ist ein Vorstandsdirektor. Der hat auch gesagt: Bitte, Hände weg, wer weiß, was das für Leute sind. — Es hat aber auch so fantastisch geklungen. — Aber der Herr Geist war sehr begeistert.

Ich habe dann irgendwann einmal gehört, daß der Herr Fend auch beim Herrn Bundeskanzler in der Sache war. Ob das aber tatsächlich stattgefunden hat oder nur eine Behauptung war mit diesem Projekt, kann ich nicht sagen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): War außer Herrn Geist noch irgend jemand in dieser Sache eher positiv eingestellt nach Ihrem Eindruck?

Dr. **Gruber:** Bitte, das ist mir nicht erinnerlich.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge! Sie haben vorhin ausgeführt, daß Sie bei der Rückzahlung dieser 10 Millionen einen Kredit haben aufnehmen müssen und daß Sie auch hier Sicherheiten dafür geboten haben. Bitte: In welcher Form bestand diese Sicherheit?

Dr. **Gruber:** Die Sicherstellung dieses Kredites ist in der Form erfolgt, daß wir unsere Ansprüche auf Grund des Parteiengesetzes — Bundesgesetz vom 2. Juli 1975 — hinsichtlich dieses Teilbetrages abgetreten haben, der jeweils zur Bedienung von Kapital und Zinsen dieses Kredites erforderlich ist.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge! Können Sie mir jetzt bitte sagen, wie diese 10 Millionen — jetzt wieder zur Einzahlung — dann letztlich in die ÖVP-Kasse gelangt sind?

Die sind ja in Teilbeträgen gekommen. Sie sind teilweise via Koffer — wie wir ja wissen — hergebracht worden. Wie sind die dann in die ÖVP-Kasse gekommen? Ist das jetzt dort auch erlegt worden?

Dr. **Gruber:** Das Geld ist bar erlegt worden.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Es ist bar erlegt worden. In Teilbeträgen?

Dr. **Gruber:** Ja, es ist in zwei oder drei Teilbeträgen bar erlegt worden.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Ist das eigentlich ein üblicher Vorgang? Was sagen Sie eigentlich als Finanzfachmann dazu, daß man solche Summen bar erlegt?

Dr. **Gruber:** Ist sicher nicht üblich.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Ist unüblich.

Und Sie haben sich dabei keine Gedanken gemacht, ob das schon versteuertes Geld sein könnte oder nichtversteuertes Geld sein könnte?

Dr. **Gruber:** Ich habe es erst nach dem Erlag erfahren, daß es erlegt wurde. Es wurde mir nicht avisiert. Ich habe erst nachträglich erfahren: Das Geld ist — was weiß ich, wie hoch der erste Betrag war; ich weiß nicht, waren es 4 Millionen, waren es 6 Millionen — erlegt worden.

Ich habe das eigentlich erst nachträglich zur Kenntnis genommen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Haben Sie das, wenn ich das richtig verstehe, erst aus den Büchern gesehen?

Dr. **Gruber:** Das wurde mir mitgeteilt vom Personal. Bei solchen Beträgen ruft man mich schon an und sagt: Bitte schön, das ist eingegangen und das ist geschehen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Da hat sich auch das Personal gefreut.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): So ist es.

Dr. **Gruber:** Wir haben uns gewundert, daß es eingegangen ist. Das gestehe ich ganz offen: Gewundert.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge! Im Rechenschaftsbericht der ÖVP für das Jahr 1979 scheint unter dem Titel „Sonstige Zuwendungen" der Betrag von rund 46 Millionen auf und unter „Sonstige Erträge" der Betrag von etwa 6 Millionen.

Sind jetzt diese 10 Millionen, die die ÖVP vom Herrn Rabelbauer erhalten hat, unter dem Titel „Sonstige Zuwendungen" verbucht worden?

Dr. **Gruber:** Ja, die sind ja unter dem Titel „Sonstige Zuwendungen" verbucht worden. Die sind in den zirka 46 Millionen enthalten.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Sind in den restlichen 36 Millionen Spenden ähnlicher Größenordnungen drinnen?

Dr. **Gruber:** Da sind drinnen die Zuwendungen der Industriellenvereinigungen und sonstige Spenden.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Sind bei den „Sonstigen Spenden" Spenden ähnlicher Größenordnungen vorhanden?

Dr. **Gruber:** Nein. Nicht annähernd. Also überhaupt in keiner Relation. Die Summe setzt sich aus kleineren Beträgen zusammen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! In dem Rechenschaftsbericht nach § 4 des Parteiengesetzes über das Jahr 1979, den Sie mit dem Herrn Bundesparteiobmann, wie es die Satzungen vorschreiben, unterfertigt haben, sind die Einnahmen und Ausgaben so ausgewiesen, wie meiner Meinung nach das Parteiengesetz es vorschreibt. Aber wenn ich da die Einnahmen des Jahres 1979 mit 105 371 622,80 S anschaue und die Ausgaben mit rund 122 Millionen, so gibt es da schon ein nicht unbeträchtliches Defizit. Und da wird bei Ihnen — sicherlich zu Recht — ausgewiesen: Der Saldo aus Einnahmen und Ausgaben wurde aus Reserven und durch Fremdmittel gedeckt.

Wenn ich jetzt zusammenzähle von 1975 bis 1979 die Ausweise, die Sie da haben mit Titel Rechenschaftsbericht, so ergibt sich immerhin das nicht unbeträchtliche Minus von mehr als 63 Millionen Schilling. Das heißt, es wird nirgends im Rechenschaftsbericht ausgewiesen, wieviel von den 63 Millionen oder — bleibe ich nur beim Jahr 1979 — wieviel von den 17 Millionen, die Sie Abgang haben, aus Fremdmitteln gedeckt wurden oder aus Reserven. Wie legen Sie Ihre Reserven an, wie bilden Sie die? Das ist ja eine Frage, die in diesem Zusammenhang entsteht. Und: Wie hoch ist der Fremdmittelanteil?

Obmann Dr. **Steger:** Bitte einen „leichten" AKH-Bezug herzustellen. Vielleicht sagen Sie, wo Sie da hinauswollen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Den stelle ich ganz gern her.

Es wäre denkbar, daß Sie sich an eine der Firmen, die am AKH-Bau gute Geschäfte machen, Milliardenumsätze machen, wenden

14 von 35Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 6 (Seite 1587b bis 1937a) (gescanntes Original)

und sagen: Könnt ihr uns nicht ein bisserl helfen?, weil man ungefähr feststellen kann — und Ihnen als Finanzfachmann wird das gar nicht so schwerfallen —, daß da ganz ein schöner Cash flow bei der einen oder anderen Firma ist.

Dr. **Gruber:** Herr Abgeordneter Hobl! Wenn Sie den Zusammenhang so herstellen, dann beantworte ich die Frage gern. Es ist kein Zusammenhang mit AKH-Firmen, AKH-Geldern, keine Kredite. „Fremdmittel" heißt natürlich Kredite. „Reserven" heißt Ansparen im Laufe der Jahre. Aber es ist auch da kein mir ersichtlicher Zusammenhang zwischen AKH-Firmen in direkter oder indirekter Weise zu diesem Status gegeben.

Wenn Sie mich jetzt fragen, ich soll das aufschlüsseln hier, dann würde ich sagen: Bitte, dann müssen es alle Parteien machen. Wenn Sie es beschließen, werde ich es selbstverständlich tun.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter! Bei der Frage: Wie legen Sie Ihre Reserven an?, sehe ich keinen Bezug. Anders bei der Frage: Welche Gelder kommen in die Reserve?

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Man könnte auch Siemens-Aktien kaufen mit Geldern, die man anlegen will, Herr Obmann.

Obmann Dr. **Steger:** Es ist aber der AKH-Bezug ...

Dr. **Gruber:** Herr Abgeordneter Hobl! Aber nicht österreichische Siemens-Aktien, sondern deutsche, und die ...

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Lassen Sie mich bitte ausreden.

Daß man mit dem Geld, das man aus irgendwelchen legalen oder vielleicht illegalen Quellen kriegt, dann ganz bestimmte Aktien kauft, ist kein AKH-Bezug mehr nach meiner Interpretation.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Ich würde nur wünschen, Herr Obmann — ich sage Ihnen das so vor dem Zeugen, weil Sie das auch so sagen —, daß Sie diese Beziehungen bei anderen Fragen, die Kollegen in diesem Untersuchungsausschuß stellen, genauso suchen, wie Sie diese bei mir jetzt suchen. Das möchte ich Ihnen nur sagen. Aber fühlen Sie sich nicht berührt davon, Herr Zeuge.

Das heißt also: Die Fremdmittel nehmen Sie normalerweise bei Kreditinstituten auf und nicht bei anderen?

Dr. **Gruber:** Ich würde sagen: Nur bei Kreditinstituten.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Also nur bei Kreditinstituten. — Ich weiß nicht, ob meine Freunde schon über die Konditionen bezüglich der 10 Millionen gefragt haben. *(Rufe: Ja!)* Danke.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Diese Frage der Möglichkeit eines Abschlusses eines Vertrages im Zusammenhang mit dem Costa-Rica-Projekt hat uns schon einigemale hier beschäftigt. Ich hätte nun eine Frage.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Wo ist der AKH-Bezug?

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter! Diese Frage ist bei einer Befragung durch einen SPÖ-Abgeordneten aufgetaucht. Es ist im Zusammenhang damit die Antwort gekommen. Also eine Zusatzfrage zur Frage.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Costa Rica hat der Zeuge in das Gespräch hineingebracht und kein Abgeordneter, Herr Obmann.

Obmann Dr. **Steger:** Ich habe es so in Erinnerung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Meine Frage: Ist es richtig — die ÖIAG hat nichts bezahlt —, daß VOEST oder Töchter der VOEST an den Herrn Rabelbauer oder an diese Gruppe, die hier an einem Provisionsvertrag interessiert war, irgendwelche Zahlungen geleistet hat?

Dr. **Gruber:** Das ist mir nicht bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das können Sie als Aufsichtsratsvorsitzender-Stellvertreter der ÖIAG auch gar nicht prüfen.

Dr. **Gruber:** Das kann ich nicht prüfen. Aber soweit ich es gehört habe, hat man bei der VOEST zwar mit diesen Herren darüber gesprochen — über Wunsch des Herrn Geist —, aber es hat, glaube ich, keinen Abschluß gegeben. Es war auch sehr ungewöhnlich diese Art. Ich möchte nicht mit Costa Rica einen Zusammenhang herstellen. Nur weil Sie mich immer wieder fragen: Vorarlberger Industrielle, ob ich weiß, ob der Rabelbauer allein war oder nicht?, habe ich den Namen Fend genannt. Jetzt auch wieder: post festum, nachträglich.

Obmann Dr. **Steger:** Ich bitte alle Mitglieder des Untersuchungsausschusses — damit wir halbwegs den Zeitplan einhalten können; also auch im Zusammenhang mit dieser Eisenbahn-Geschichte —, etwas stärker wieder den Bezug herzustellen zum Themenkreis, nicht zuletzt deswegen, weil auch der Herr Klubobmann Fischer mich ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht hat, daß ich dafür zu sorgen habe, daß der Bezug jeweils vorhanden ist.

Zur Frage Costa-Rica-Geschäft möchte ich ins Gedächtnis bringen, daß hier im Ausschuß

berichtet wurde, daß es einen Zusammenhang zwischen Rumpold und Rabelbauer möglicherweise wegen dieses Costa-Rica-Geschäftes gibt. Es war daher sicher sinnvoll, da Rumpold einer der Hauptzeugen in dem Bereich ist, hier nachzufragen, welches Wissen es über diese Bereiche gibt.

Herr Zeuge! Gibt es in Ihrem Bereich von jenen Firmen, die in irgendeiner Form beschäftigt sind beim AKH — das muß nicht nur Siemens sein; Sie können im Zweifelsfall dann auch sagen, Sie kennen nicht alle Firmen —, dienstfreigestellte Angestellte bei solchen Firmen, die ihren Dienst statt dessen als Beschäftigte der Österreichischen Volkspartei leisten?

Dr. **Gruber:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Sie antworten zögernd. Gibt es so etwas überhaupt nicht in der Österreichischen Volkspartei?

Dr. **Gruber:** Bitte: In welchem Zusammenhang sehen Sie das jetzt mit dem AKH? Ich sage Ihnen: Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Allenfalls im Zusammenhang mit Firmen, die dort beschäftigt sind.

Dr. **Gruber:** Im Zusammenhang mit Firmen, die mit dem AKH zu tun haben, ist mir nichts bekannt, daß irgendeine Dienstfreistellung ist.

Obmann Dr. **Steger:** Da Sie sagen, das ist Ihnen nicht bekannt, aber Sie mit Sicherheit nicht alle Firmen kennen, war die nächste Frage, ob es so etwas überhaupt nicht gibt.

Dr. **Gruber:** Ich kann es nur für die Kärntner Straße sagen. Aber das steht in keinem Zusammenhang zum AKH, Herr Vorsitzender.

Obmann Dr. **Steger:** Aber wenn es so etwas gibt, müßte ich Ihnen dann als nächstes bei Gelegenheit einmal die Firmenliste zukommen lassen.

Dr. **Gruber:** Bitte.

Obmann Dr. **Steger:** Das „bitte" kann ich so werten, daß es an sich solche Dienstfreistellungen schon gibt, aber Sie glauben, bei keiner AKH-Firma.

Dr. **Gruber:** Sie fragen mich, ob AKH-Firmen offensichtlich irgendwelche Mitarbeiter der Kärntner Straße bezahlen. Ich sage Ihnen: Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Die Firmenliste würden Sie aber doch gern sehen, also um welche Firmen es sich handelt.

Dr. **Gruber:** Soweit mir bekannt ist: Ich kenne nicht alle AKH-Firmen, die damit im Zusammenhang sind. Das können Sie auch von mir wirklich nicht verlangen. Ich beschäftige mich mit dem AKH durch Zeitungslektüre und lese dort die verwunderlichsten Dinge. Aber ich weiß natürlich nicht: Beim AKH sind ja sicher Hunderte Firmen beschäftigt.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Es gibt eine ständige Behauptung, daß Spenden absichtlich zum Teil so gezahlt werden, daß sie über das Ausland transferiert werden, daß also Postfachfirmen, so wie sie der Herr Winter gegründet hat, dazu gegründet werden, daß österreichische Firmen dorthin einzahlen, dadurch keine Steuer zu zahlen brauchen, weil es eine Betriebsausgabe ist, wenn es entsprechende Fakturen gibt, und das dann zurückkommt als Spenden, wo man sich das Steuerzahlen erspart hat. Haben Sie so etwas je erlebt oder davon gehört?

Dr. **Gruber:** Das habe ich mit Verwunderung gelesen, aber noch nicht erlebt.

Obmann Dr. **Steger:** Gibt es weitere Fragen? — Ist nicht der Fall. Ich danke Ihnen, Herr Zeuge. *(Dr. Gruber verläßt den Saal.)*

Zeugeneinvernahme von Architekt Karsten Becker

Obmann Dr. **Steger:** Herr Karsten Becker! Ich begrüße Sie als Zeuge im Untersuchungsausschuß und bitte Sie, vor den Mikrophonen Platz zu nehmen.

Herr Zeuge! Sie sind geladen in diesen Untersuchungsausschuß, der drei Punkte zu untersuchen hat auf Grund eines Beschlusses des Nationalrates.

Und zwar erstens wurde er eingesetzt zur Untersuchung der Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO beziehungsweise von Subaufträgen und deren Abwicklung.

Zweitens zur Untersuchung der Vorwürfe im Zusammenhang mit angeblich gesetzeswidrigen finanziellen Zuwendungen durch die Firma Siemens beziehungsweise von anderen Firmen, die am Projekt beteiligt sind.

Und drittens zur Untersuchung der Vorwürfe von angeblicher Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen. Auf Grund unserer Geschäftsordnung, nach der wir vorzugehen haben, ist die Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden. In der Strafprozeßordnung ist die Verpflichtung zur Zeugenablegung umschrieben, und dort ist auch festgehalten, daß ein Zeuge wahrheitsgemäß alle an ihn gerichteten Fragen, soweit sie mit diesem Untersuchungsauftrag im Zusammenhang stehen, zu beantworten hat. Es gibt nur einen Bereich der Entschlagungsmöglichkeit, der für Sie relevant ist: Das ist der § 153 Strafprozeß-

ordnung, den ich Ihnen wörtlich zitiere. *(Obmann Dr. Steger verliest den Wortlaut des § 153 StPO.)*

Das heißt: Sie haben wahrheitsgemäß zu antworten. Es gibt drei Fälle, wo Sie sich darauf berufen können, daß Sie ein Entschlagungsrecht haben: Wenn Ihnen oder einem nahen Angehörigen Schande, die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder ein unmittelbarer und bedeutender vermögensrechtlicher Nachteil droht. In so einem Falle müßten wir beschließen, was höherwertig ist: Ihr Nachteil, den Sie zu befürchten haben, oder das Interesse an der Beantwortung dieser Frage für uns. Und wir würden Ihnen dann allenfalls unsere Entscheidung bekanntgeben.

Ich bitte Sie daher, alles wahrheitsgemäß und direkt zu beantworten und dabei möglichst in die Mikrophone hineinzusprechen, damit wir das auch richtig haben. Das ist auch in Ihrem Interesse, daß nicht etwas falsch protokolliert wird, weil es nur ungenau oder verstümmelt vorhanden ist.

Ich darf Sie am Beginn bitten, daß Sie Ihre Generalien bekanntgeben; Vor- und Zuname, Beruf, Geburtsdatum, Anschrift und in Ihrem Fall auch die Staatsbürgerschaft bitte.

Becker: Mein Name ist Karsten Becker, ich bin am 22. Februar 1941 geboren, bin Staatsbürger der Bundesrepublik Deutschland, mein Beruf ist Architekt, ich wohne Am Wientagger Weg 7a in D 2000, Hamburg 85.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Welchen Beruf üben Sie jetzt aus? Das heißt: Welche Stellung haben Sie als Architekt in welchen Firmen?

Becker: Ich bin als Architekt tätig, bin Mitarbeiter der MEDIPLAN in Hamburg und bin weiterhin Geschäftsführer der MEDIPLAN in Wien.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Was wissen Sie über den Auftrag an die ARGE ORP im Ausmaß von 46,5 Millionen Schilling, den die MEDIPLAN Hamburg gemeinsam mit Professor Riethmüller seinerzeit erhalten hat?

Becker: Darüber weiß ich eine ganze Menge, denn ich bin von seiten MEDIPLAN Projektleiter, ich leite dieses Projekt und ich glaube, da ganz gut informiert zu sein. Wenn Sie das vielleicht etwas näher eingrenzen könnten.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Wie sind diese beiden Teilnehmer, also MEDIPLAN Hamburg und Professor Riethmüller, zu dem Auftrag gekommen? Haben Sie sich darum bemüht oder hat man Sie angeschrieben?

Becker: Da kann ich Ihnen vielleicht keine ganz erschöpfende Auskunft geben, aber ich werde versuchen, aus meinem Wissen das zu rekonstruieren.

Vielleicht zur Klärung der Anfangssituation: Der Auftrag selbst wurde seinerzeit von der Geschäftsführung der MEDIPLAN Hamburg und Herrn Professor Riethmüller verhandelt. Ich war bei diesen Auftragsverhandlungen nicht dabei. Ich habe das Projekt erst übernommen, nachdem der Auftrag — zumindest möglich — so weit verhandelt war, daß die Arbeit begonnen werden konnte 1976.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Wissen Sie etwas über die Ursachen der Verzögerung hinsichtlich der Leistungserbringung durch die MEDIPLAN Hamburg bei diesem Auftrag?

Becker: Die Hauptursache bestand wohl darin, daß wir mit der AKPE steuerliche Fragen zu klären hatten. Das heißt: Sitz der ARGE und Heranziehung bei der Versteuerung. Es war von vornherein klar, daß wir umsatzsteuerpflichtig sind. Das ist unbestritten. Aber weitere Steuern wollten und sollten wir als ausländisches Unternehmen nicht bezahlen. Und das war sowohl unseren Steuerberatern, die wir zuzogen, als auch den Fachleuten der AKPE nicht restlos bekannt.

Meiner Meinung nach — das weiß ich aber nicht genau — hat die AKPE auch noch eine Absprache beim Ministerium gestartet, um diese Sache zu klären. Oder beim zuständigen Finanzamt; ich kann Ihnen das nicht so genau sagen.

Und daher ist der Vertrag dann erst im Juli 1976 unterschrieben worden.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Wie kam es im Zuge der Verhandlungen mit der AKPE zu den Preiserhöhungen?

Becker: Zunächst einmal gab es ja eine Kalkulationsgrundlage der AKPE gegenüber. Sie werden ja wahrscheinlich den Kontrollamtsbericht der Stadt Wien kennen. Da ist diese Kalkulation über zwei Wege: Das heißt, einmal über einen Mann-Monats-Nachweis, also eine Aufwandskalkulation, und zum anderen eine Gegenrechnung über eine Gebührenordnung für Ingenieure — also eine deutsche Gebührenordnung für Ingenieure — aufgeführt und, ich glaube, richtig wiedergegeben. Das war Grundlage des Vertragsabschlusses.

In der Folge der Bearbeitung hat es dann erhebliche zeitliche Verzögerungen gegeben, und zwar — ich darf da vielleicht ein bißchen weiter ausholen —: Die Leistung war in drei Phasen zu erbringen:

Die Phase 1 war die Arbeit am sogenannten Grundsatzprojekt. Das Grundsatzprojekt ist

weitgehend termingerecht abgewickelt worden. Das heißt: Wir haben im April 1976 begonnen und haben den Schlußbericht zum Grundsatzprojekt im September 1976 vorgelegt. Das sollte eigentlich noch etwas früher sein nach dem Wunsche der AKPE ursprünglich, also bei Arbeitsbeginn, aber die Verzögerung — ich kann Ihnen das jetzt nicht mehr in Wochen und Tagen sagen — war relativ gering.

Dann hat sich die Freigabe des Grundsatzprojektes für die weitere Bearbeitung bis zum Jahresende hingezogen. Ich vermute, weil die Zustimmung der entsprechenden Gremien auf der Bauherrenseite nicht vorlag. Und wir konnten dann mit Beginn des Jahres 1977 mit der nächsten Stufe, das heißt der Verfeinerung der einzelnen Betriebsstellen — in diesem Vertrag hieß es: Elemente — beginnen. Das heißt also: Bereich für Bereich des Krankenhauses durcharbeiten.

Dabei wurden dann in der Abstimmung und in der Zustimmung zu den einzelnen Elementen die Nutzer in wesentlich stärkerem Maß eingeschaltet, als das bei Vertragsabschluß wohl Absicht gewesen ist. Jedenfalls gestaltete sich dann die Bearbeitung doch als wesentlich schwieriger, als ursprünglich angenommen, und es enstanden zeitliche Verzögerungen in ganz erheblichem Ausmaß.

Wir sind dann — ich glaube, im Herbst 1977 — an die AKPE herangetreten und haben ihr mitgeteilt, daß wir nun außerhalb des terminlichen Ablaufes liegen. Ursprünglich war der Vertrag so abgeschlossen, daß wir im Februar 1978 mit der Gesamtbearbeitung fertig sein sollten. Wir waren im Herbst 1977 ja noch lange nicht so weit, daß diese Stufe 2 überhaupt sich dem Ende näherte, und haben die AKPE darauf hingewiesen, daß durch diese zeitliche Streckung bei uns Mehraufwendungen entstehen, und haben dann — im November war das, glaube ich, 1977 — mit der AKPE verhandelt um eine Honorarverschiebung zunächst. Da wurde dann vereinbart, das Honorar der Stufe 3 zum Teil in die Stufe 2 mit hereinzunehmen, um dann die Stufe 3 in einem verkürzten Verfahren unter Umständen abzuwickeln und um im Gesamthonorar zu bleiben. Es wurden auch die Termingrundlagen stärker fixiert beziehungsweise im Rahmen der Verhandlung wurden Terminpläne der APAK herangezogen, auf die wir uns dann berufen haben. Diese Terminplanungen wurden aber wiederum nicht eingehalten, und so haben wir uns im Jahr 1978 erneut mit der AKPE in Verbindung gesetzt und verhandelt. Es wurde wieder im November oder Anfang Dezember schlußendlich verhandelt, und es kam eine Honorarerhöhung zustande, wiederum mit einer weiteren Präzisierung und Grundlage auf einem Terminplan der APAK, und im Jahr 1979 ging das gleiche Spiel von vorne los, und wir haben zum Jahresende 1979 eine Schlußvereinbarung dann mit der AKPE getroffen dahin gehend, daß die Leistungen im wesentlichen abgeschlossen werden sollten. Das sah folgendermaßen aus: Wir hatten uns dann geeinigt, unsere sogenannten Schlußarbeitspapiere für jedes einzelne Element, also für jeden einzelnen Bereich, auf den Stand zu erstellen, der 1979, Dezember, erreicht war. Dort, wo nicht sowieso das Planungsende, das heißt der Entwurfsstand fertig vorlag. Und ein und wenige Elemente darüber hinaus im Jahr 1980 im Rahmen einer Beratung auf Abruf weiterhin zu bekleiden. Über diese Beratung im Jahr 1980 haben wir dann im Januar eine separate Vereinbarung getroffen, die festlegte, welche Elemente das im einzelnen zu sein haben und auf welcher Basis wir diese Bearbeitung durchführen. Es ist da vereinbart worden, daß wir nach einem Mann-Monatssatz bezahlt werden, und zwar nur gegen Aufwand, das heißt also, unsere Mitarbeiter wurden per Telex 14 Tage vorher aufgefordert, zu einem bestimmten Zeitpunkt in Wien zu erscheinen, und für dieses Erscheinen wurde jeweils ein Bruchteil eines Mann-Monatssatzes angesetzt.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Mit wem haben Sie da bei der AKPE verhandelt, wenn die Fristüberschreitungen waren, Ihre Honorarforderungen dadurch entstanden sind und nicht zuletzt auch dann 1980 mit den Mann-Monatssätzen, die Sie zuletzt erwähnt haben? Wer waren da Ihre Verhandlungspartner von seiten der AKPE?

Becker: Verantwortliche Verhandlungspartner waren Herr Direktor Parzer für den technischen Teil — wir waren sozusagen bei ihm fachlich angebunden — und für die kaufmännische Seite Herr Dr. Schwaiger.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Welchen Gewinn hat die MEDIPLAN Hamburg aus dem ARGE-ORP-Auftrag erwirtschaftet? Können Sie uns da etwas sagen? Vorsteuer und Nachsteuer.

Becker: Darüber kann ich Ihnen noch keine erschöpfende Auskunft geben, einfach weil die Verarbeitung noch nicht zu Ende ist. Ich müßte erst in meinen Unterlagen einmal nachsehen. Ich bin informiert, daß diesem Ausschuß von dem Herrn Marsch eine Unterlage unseres Steuerprüfers, unseres Wirtschaftsprüfers in Hamburg vorgelegt wurde über die Gewinne der Jahre 1976 bis 1979. Die Zahlen würde ich dann lieber genau zitieren, nicht aus dem Kopf. Wir haben dieses Projekt nicht schlußabgerechnet bisher, weil es einfach in der Bearbeitung nicht zu Ende ist und weil auch der Schlußeinbehalt, der vertraglich mit 5 Prozent, glaube ich, vereinbart war, von der AKPE nach wie vor

zurückgehalten wird und wir gerade jetzt mit der AKPE im Gespräch sind, eine Schlußdokumentation über alles zu erstellen. Das ist der Wunsch dort. Wir sind auch sehr daran interessiert, daß diese Leistung endlich zu Ende kommt, daß wir sie sozusagen bei uns abrechnen können. Ich habe damals, als wir mit der AKPE die letzten Verhandlungen hatten, im 79er Jahr, damit gerechnet, daß wir als Mediplan, das heißt Vorsteuer, nicht Nachsteuer, Nachsteuer kann ich nicht sagen, weil das bei uns im Rahmen des Konzerns dann hin- und hergerechnet wird, etwa auf 10 Prozent kommen werden. Ich glaube nicht, daß das zu halten ist, denn wir haben doch durch die laufenden Vereinbarungen eigentlich eine Verschlechterung unserer Kalkulationsbasis erfahren. Aber, wie gesagt, ich kann es Ihnen nicht genau sagen, weil es einfach nicht zu Ende ist.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Das heißt, wenn Sie die Honorare nicht erhöht hätten oder erhöht bekommen hätten, wäre vom ursprünglichen Pauschalpreis her gesehen sicher ein Verlust zu erwarten, wenn Sie jetzt mit einer 10-Prozent-Quote ...

Becker: Ja, ganz gewiß. Ganz gewiß. Denn ich darf das vielleicht nochmals zurückführen auf die Ausgangskalkulation. Damals beim Vertrag lagen diese beiden geschilderten Kalkulationsansätze vor, auf denen die AKPE bestand, und zum anderen aber auch eine sehr genaue Eingrenzung der Leistung, und zwar einmal wurde im Vertrag genau beschrieben, was in den einzelnen Stufen zu leisten ist, jeweils pro Element, und das Ganze war in einem großen Terminplan, der von uns zum Vertrag erstellt worden ist und der Vertragbestandteil ist, aufgeführt, und zwar nach einzelnen Bearbeitungen, also nach Arbeitspapieren und Besprechungen in Wien aufgeteilt, Besprechung Nutzer — Architekten und insgesamt, und wenn man den damaligen Stand mit dem heutigen Stand vergleicht, dann ist das also schlicht eine Vervierfachung. Ich glaube, wir sollten etwa an die 500 Besprechungen führen. Ich habe das müssen, werde das auch genau nachschlagen, und wir haben, als wir mit der AKPE Ende November verhandelten, November/Dezember, hatten wir etwa 1 300 Besprechungen tatsächlich geführt, oder sind es 1 400 ungefähr, 1 440.

Auch bei der Anzahl der Arbeitspapiere ist durch die häufige Überarbeitung, die wir einfach machen mußten, und zwar nicht nur kleinere, sondern wir haben teilweise auch bei ganz anderen Grundlagen bei einigen der Teilelemente wieder von vorne angefangen, eine erhebliche Wiederholungs- und Mehrarbeit entstanden, so daß wir ohne diese weiteren Honorierungsvereinbarungen mit der AKPE in ganz ungeheure Verluste hineingekommen wären. Da bin ich ganz sicher.

Wir haben ja jeweils mit zunehmender Zeit auch sehr, ich möchte fast sagen, erbittert verhandelt, es war also gerade so am Jahresende 1979 nicht einfach, zu einer Vereinbarung zu kommen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Was sagen Sie dann unter diesem Gesichtspunkt zu dem, angeblich bestimmte Kommentare zum Kontrollamtsbericht, den Sie zuerst erwähnt haben und den wir natürlich in diesem Untersuchungsausschuß kennen, da gibt es Kommentare, daß die Mediplan Hamburg um das doppelte Geld die halbe Leistung erbracht hat, also eigentlich — das steht nicht im Kontrollamtsbericht, aber manche der Leser des Kontrollamtsberichtes kommen zu dieser Schlußfolgerung und sagen daher, von Preisangemessenheit kann da überhaupt keine Rede sein. Die Mediplan hat also in Wahrheit für eine halbe Leistung, wenn man es liest, was sie erbringen müßte, das doppelte Geld erhalten. Was sagen Sie zu diesem Vorwurf, der in der österreichischen Öffentlichkeit gemacht wird?

Becker: Der Vorwurf ist für uns sehr ärgerlich. Und ärgerlich und geschäftsschädigend. Und schon von unserer Seite so natürlich nicht zu sehen. Und ich glaube, es werden die falschen Passagen verglichen. Es wird dabei — ich kann das also nur vermuten — herangezogen ein Leistungsstand im Kontrollamtsbericht, und zwar vom Mai 1979, wenn ich mich recht erinnere, wo gesagt wird, daß etwa 50 Prozent des Leistungsstandes vorhanden sind. Und dann wird dem gegenübergestellt sozusagen die Summe der Honorarvereinbarung, die Ende 1979 mit der AKPE vereinbart war. Diese beiden Dinge wurden gegenübergestellt, und das ist unrichtig. Erstens, weil vom Mai bis zum Jahresende bekanntlich mehr als ein halbes Jahr vergangen ist, in dem eine ganze Menge noch bearbeitet wurde. Aber das ist gar nicht das Wesentliche, sondern auch der Stand, wie er in dem APAK-Protokoll zum Mai 1979 dargestellt wird, stellt dar, welcher Leistungsstand bei der Entwurfsplanung, also ob der Entwurfsstand oder Vorentwurfsstand erreicht ist oder nicht erreicht ist. Der wird dargestellt. Bei uns handelt es sich aber durch die zeitliche Streckung ja um erhebliche Wiederholungsleistungen, das heißt, daß wir einige Leistungsschritte ja nicht einmal, sondern mehrmals gemacht hatten pro Element, die immer wieder sozusagen von vorne begonnen haben. Insofern ist das im Verhältnis zu dem, was Sie mit der AKPE verhandelt haben und wofür auch wir honoriert wurden, gar nicht miteinander vergleichbar. Das ist einfach, das ist nicht stimmig.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Sie haben vorhin erwähnt, so fragend, ob wir auch den Kontrollamtsbericht haben, ich nehme daher an, daß Sie ihn haben. Können Sie mir sagen, wie Sie zum Kontrollamtsbericht gekommen sind?

Becker: Zunächst einmal, ich habe ihn nicht vollständig, sondern wir haben ... Ich könnte es auch nachschauen. Jedenfalls, soweit es sich um die ARGE—ORP handelt. Ich habe diese Seite sogar zweifach, und zwar einmal hat uns das Herr Anton Fürst zugeschickt. Wir hatten ihn einmal angeschrieben, weil er uns sozusagen innerhalb einer Pressekonferenz da sehr stark angegangen ist, und er hat uns diese Seiten geschickt, und zum anderen hatten wir auch die AKPE gebeten um ein Exemplar. Und auch sie hat uns einige Seiten, zwar weniger, zugeschickt.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! In Österreich wird auch immer wieder von bestimmter Seite der Vorwurf erhoben, daß im Zusammenhang mit dem AKH-Auftrag, den Ihre Firma Mediplan erhalten hat, also diesen Auftrag ARGE—ORP, irgendwelche Gelder an die Sozialistische Partei Österreichs oder ihr gehörige Firmen direkt oder indirekt geflossen sind. Sie haben in der Geschäftsführung der Mediplan Platz oder sind Sie Geschäftsführer?

Becker: Ich bin nicht Geschäftsführer der MEDIPLAN Hamburg, sondern nur der MEDIPLAN Wien.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Aber haben Sie da irgend etwas, könnten Sie als Mitarbeiter der Mediplan in der Richtung feststellen, also der MEDIPLAN Hamburg?

Becker: Von der MEDIPLAN Hamburg kann ich mit ganz großer Sicherheit sagen, daß Gelder nicht geflossen sind.

Zur Verdeutlichung dessen vielleicht: In dem Prüfungsbericht unseres Wirtschaftsprüfers ist ja auch ganz deutlich zu sehen, daß im Jahre 1976 bei der Mediplan Gewinne gemacht wurden und in den folgenden Jahren Verluste. Also in den Verlustjahren wäre es auch gar nicht möglich gewesen, irgendwelche Zahlungen zu leisten. Und in dem Jahr, wo Gewinne geflossen sind, das war ein Lichtblick, aber Gelder sind nicht geflossen. Da bin ich ganz sicher, das weiß ich auch.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Müßten Sie das wissen in Ihrer Eigenschaft als Mitarbeiter der MEDIPLAN Hamburg, wenn so ein Geldfluß gewesen wäre, oder wäre das eher eine zufällige Information?

Becker: Nein, von meinem Status dort müßte ich das nicht unbedingt wissen. Ich bin Architekt und in dem Sinne technischer Mitarbeiter und bin für die kaufmännische Abwicklung nicht zuständig. Aber Sie können sich vorstellen, bevor ich hierher gefahren bin, habe ich mich bei uns im Hause doch umgehört, habe einige Herren, die dafür zuständig sind, befragt, und die haben mir einhellig gesagt, daß solche Zahlungen nicht erfolgt sind.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Sind Ihnen Vereinbarungen zwischen der Neuen Heimat und der österreichischen Firma Tractus oder Vereinbarungen der Neuen Heimat mit dem Verein Eisenbahnerheim im Zusammenhang mit dem Erwerb der 50prozentigen Beteiligung an der Infrabau bekannt?

Becker: Ja bekannt, das, was in der Presse gestanden hat, weiterhin eigentlich nicht. Jedenfalls aus unserem Hause her habe ich da keine Informationen.

Weil es ist nicht mein Metier, und ich habe mich dafür auch nicht besonders interessiert.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Sind Ihnen, Herr Zeuge, Vereinbarungen zwischen der Vorwärts AG und der Pilgram-Zentrum GesmbH im Zusammenhang mit dem Verkauf der Gebäude der Vorwärts-Gruppe in Margarethen bekannt und die Fragen der Rückgängigmachung dieses Kaufvertrages? Haben Sie da etwas gehört in Ihrer Eigenschaft als Mitarbeiter der MEDIPLAN Hamburg?

Becker: Nein. Hier gilt das gleiche, was ich vorher gesagt habe. Ich kenne es aus der Presse, aber detaillierte Kenntnisse darüber habe ich nicht.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Es wird auch in diesem Zusammenhang behauptet, daß anläßlich der Erteilung des Auftrages ARGE ORP an MEDIPLAN und Riethmüller die Neue Heimat Zuwendungen gemacht hat an die genannten Firmen, also Vorwärts und Verein Eisenbahnerheim. Da haben Sie auch nichts gehört in Ihrer Tätigkeit? Hat man nicht gesagt, seid fleißig, schaut, daß ihr es möglichst billig macht, damit viel Geld übrig bleibt, das wir da verwenden können?

Becker: Nein, in diesem Zusammenhang nicht. Die Mahnung, seid fleißig, die geht bei uns generell, weil es nicht ganz einfach ist, mit Planungsdienstleistungen immer ausreichend Geld zu verdienen. Aber diesen Weg sozusagen, um damit irgendwelche Zuwendungen zu erreichen, den halte ich für ganz ausgeschlossen.

Auch wenn Sie unsere Situation der Mediplan sehen, eben als Dienstleistungsbetrieb auf dem Planungssektor, da können Sie namhafte Gewinne auf Dauer gar nicht erzielen. Das ist eine Sache, die mehr oder weniger Null für Null aufgeht.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Die Mediplan Hamburg hat einen Beirat. Steht die Gründung des Beirates bei der MEDIPLAN Hamburg im Jahr 1976 irgendwie mit dem ORP-Auftrag im Zusammenhang?

Becker: Nein, die steht nicht im Zusammenhang. Da darf ich vielleicht ein bißchen weiter ausholen, weil das ja gerade so ganz frisch in der letzten Woche hier in der Presse abgehandelt wurde.

Die MEDIPLAN hat 1976 diesen Geschäftsführungsbeirat erhalten, genau wie alle anderen Tochtergesellschaften der Neuen Heimat Städtebau auch. Wir haben in den letzten Jahren bei der Neuen Heimat Städtebau und den Tochtergesellschaften immer wieder so gewisse Umorganisationen erlebt, und zwar weil die einzelnen Gesellschaften sich sehr verschiedenen Gesellschaftszwecken widmen und es nicht ganz einfach war, sozusagen von der Konzernmutter, die immer in der richtigen Weise zu kontrollieren. Deswegen ist 1976 der Geschäftsführungsbeirat gegründet worden, der mit einer weiteren Straffung des Unternehmens 1979 wieder aufgelöst worden ist. 1979 ist wieder eine sozusagen generelle Umorganisation der Neuen Heimat Städtebau passiert, eine Reihe von Tochtergesellschaften sind aufgelöst worden beziehungsweise in den Abteilungen umgewandelt worden, und es gibt nur noch wenige Spezialgesellschaften. Die MEDIPLAN ist eine der wenigen, die sozusagen dabei übriggeblieben ist, und der Geschäftsführungsbeirat als doch sehr kopfstarkes Gremium wurde auch abgeschafft, und der Gesellschafter, das heißt die Neue Heimat Städtebau, nimmt sozusagen als Gesellschafter direkt auf die Geschäftsführung Einfluß, also im Sinne von Gesellschafterversammlung.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Es hat also einer Regel entsprochen, daß Beiräte waren, und war da wieder der Vorsitzende oder der Vorsitzende-Stellvertreter der Neuen Heimat in diesen Beiräten maßgeblich tätig?

Becker: Ja, das war in allen Gesellschaften so, daß der Vorstandsvorsitzende und zumindest sein Stellvertreter und dann jeweils derjenige im Vorstand, der für den Bereich fachlich zuständig war oder regional zuständig war, in diesen Beiräten Sitz und Stimme hatte.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Welche Herren waren das, als der Beirat bei MEDIPLAN Hamburg noch installiert war? Waren das die Herren Vietor und Iden?

Becker: Ja, Vietor und Iden auf jeden Fall. Ich meine, ich könnte Ihnen die weiteren Namen auch sagen, da müßte ich aber dann nachschauen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Wir haben in einer Aufzeichnung des Dipl.-Ing. Winter vorgefunden eine handschriftliche Notiz von ihm, MEDIPLAN under pressure. Haben Sie jemals oder ein anderer Vertreter der MEDIPLAN Hamburg mit Dipl.-Ing. Winter verhandelt, sodaß man vermuten könnte, er hat sich da unter Druck gesetzt gefühlt? Haben Sie also mit Winter irgendwann oder einer Ihrer Kollegen aus der MEDIPLAN Hamburg verhandelt?

Becker: Ich glaube, daß Herr Winter bei den Vertragsverhandlungen der ARGE ORP mitanwesend war. Das kann ich nicht genau sagen, weil ich, wie gesagt, diese Vertragsverhandlungen im Frühjahr 1976 nicht mitgemacht habe.

Ich kann mir aber nicht vorstellen, daß von uns aus da er unter Druck gesetzt worden wäre, ich wüßte auch nicht womit.

Ich persönlich habe mit Herrn Winter in Auftragsdingen nicht verhandelt, aber ihn sehr wohl bei Planungsbesprechungen bei der AKPE gesehen, wir kannten uns auch, aber eine Verhandlung oder irgend etwas, eine Besprechung, die dieses Unterdrucksetzen irgendwo zuließe, dieses Vokabel dafür ist mir nicht erinnerlich, und ich kann es mir auch nicht vorstellen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Meine letzte Frage, Herr Zeuge, durchaus in dem Zusammenhang. Bei den Gesprächen über Ihre Arbeit, wo Dipl.-Ing. Winter dabei war, hat er irgendwie einmal einfließen lassen, daß er eigentlich mit MEDIPLAN Hamburg nicht zufrieden wäre, aber er wurde da von österreichischer politischer Seite stimuliert, doch mit ihnen die Arbeit zu machen. Haben Sie irgendwie in Erinnerung, daß Winter sich in diese Richtung hin gegenüber Ihnen oder anderen MEDIPLAN Hamburg-Vertretern geäußert hat?

Becker: Ist mir nichts bekannt. Mir selber gegenüber nicht. Das kann ich mit Sicherheit sagen, und ich kann es mir auch nicht vorstellen, daß es irgend jemand anderer von MEDIPLAN oder auch von der Neuen Heimat in der Richtung von ihm informiert worden ist, denn das müßte ich eigentlich wissen, da bin ich ziemlich sicher.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Danke.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Dr. Feurstein, bitte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Becker, Sie haben gesagt, daß Sie sich mit der MEDIPLAN beraten haben, informiert haben über den ganzen Sachverhalt im Zusammenhang mit dieser Befragung. Haben Sie sich auch bei der Neuen Heimat, bei Ihrer Muttergesellschaft, wo Sie beschäftigt sind, in gleicher Weise über die

Geschäftsbeziehungen erkundigt im Zusammenhang mit dem AKH?

Becker: Ja, soweit es uns und die MEDIPLAN-Dinge schon betraf, das wollte ich. Gerade, z. B. wenn es um Zuwendungen und um Gelderfluß gegangen ist, habe ich mich schon bei uns im Hause erkundigt, auch bei unserer Muttergesellschaft. Die anderen Dinge, Beteiligung Infrabau und weitergehende nicht, denn das ist nicht mein Metier, das schien mir auch für mich jetzt nicht angebracht zu sein, mich in eine Materie einzuarbeiten, von der ich nichts weiß und von der ich auch wenig verstehe.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie sich über die Firmengründung Tractus und alles, was damit zusammenhängt, nicht erkundigt, obwohl diese Frage in der österreichischen Presse eine sehr große Rolle gespielt hat? Sie haben vorhin gerade verwiesen, Sie hätten sich über eine besondere Frage erkundigt, weil dieses Thema in der österreichischen Presse eine Rolle gespielt hat, nämlich die Gründung dieses Beirates.

Becker: Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben es nicht für notwendig erachtet, sich zu erkundigen, inwieweit Neue Heimat beteiligt war an der Gründung von Tractus, eine Geschäftsbeziehung Infrabau, zum Pilgramzentrum, usw.?

Becker: Nein, denn das wäre für mich sehr weitgehend, denn ich müßte mich dann doch über Konzernabsichten sehr stark informieren und eigentlich zu Absichten, Hintergründen etwas sagen, und das ist nun in so einem Konzern wie der Neuen Heimat, mit fast 5 000 oder über 5 000 Mitarbeitern, gibt es dafür andere Leute, die dafür zuständig sind. Ich muß ehrlich sagen, ich wäre auch nicht unmittelbar bereit gewesen, hier einzusteigen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber die ganzen Geschäftsbeziehungen der Neuen Heimat zu Österreich haben ja der MEDIPLAN vom Ansehen her geschadet. Nachdem der Name MEDIPLAN immer mit der Neuen Heimat verwendet worden ist, ist also auch der Ruf der MEDIPLAN durch diese Geschäftsbeziehung der Neuen Heimat eigentlich in Mitleidenschaft gezogen worden.

Becker: Ohne Frage, ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben es nicht für notwendig erachtet, sich auch intern im Rahmen der Neuen Heimat, Sie sind Geschäftsführer der MEDIPLAN Wien, zu erkundigen, was hier wahr ist und was nicht wahr ist?

Becker: Nein, das habe ich nicht getan.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie sich mit Herren in Österreich über die Einvernahme heute beraten?

Becker: Ich habe mich mit meinem Kollegen Sajbl beraten, denn er ist ja auch Geschäftsführer der MEDIPLAN Wien. Ich habe mich mit einem Anwalt hier in Wien beraten, mit dem wir auch einige andere Dinge in diesem Zusammenhange besprochen haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dr. Amhof?

Becker: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie heißt er?

Becker: Der Dr. Burger, und zwar einfach über die Art des Untersuchungsausschusses, im wesentlichen, was der Vorsitzende mir vorgelesen hat.

Obmann Dr. **Steger:** Es ist mit Sicherheit nicht strafbar, wenn Sie sich in Österreich mit einem Anwalt in einer Rechtsfrage besprechen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nein, ich glaube, es ist überhaupt nicht strafbar, wenn sich der Herr Becker mit irgend jemandem in Österreich berät, bevor er hier einvernommen wird, daran ist überhaupt nichts auszusetzen.

Becker: Nein, nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es gibt eine ganze Reihe von Herren, die hier erschienen sind und uns berichtet haben, daß sie mit dem und dem Herrn Kontakt hatten vor einer Einvernahme. An einer solchen Handlung ist überhaupt nichts auszusetzen. Nur damit das ganz klargestellt ist, haben Sie mit Herren, die hier anwesend sind, irgendwelche Gespräche geführt?

Becker: Ich habe mich noch nicht so umgesehen, aber ich werde es sogleich tun. Ich habe Herrn Dr. Hofbauer einmal gesehen. Aber in diesem Sinne keine Beratung über diesen Kreis. Wir haben uns einmal kennengelernt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mit Zentralsekretär Marsch haben Sie nicht ...

Becker: Ja doch, ich habe Herrn Zentralsekretär Marsch informiert über einige Dinge. Er hat bei mir nachgefragt, z. B. über die jüngste Sache mit den Beiräten. Davon wußte er nichts. Ich habe ihm erklärt, wie das zusammenhängt. Im wesentlichen auch das, was ich gerade hier dargestellt habe.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Funktion hat Vietor? Welche Aufgaben hat Herr Vietor im Rahmen der Neuen Heimat?

Becker: Er ist Vorsitzender des Vorstandes der Unternehmensgruppe.

22 von 352u 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 6 (Seite 1587b bis 1937a) (gescanntes Original)

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Unternehmensgruppe?

Becker: Von der Neuen Heimat, und zwar einmal der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft und auch der Neuen Heimat Städtebau.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was hat Herr Vietor mit MEDIPLAN zu tun?

Becker: Die MEDIPLAN Hamburg ist eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Neuen Heimat Städtebau Hamburg, und insofern ist er als Gesellschafter der MEDIPLAN der erste Mann und nimmt von Zeit zu Zeit auch auf gewisse Dinge Einfluß.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Er vermittelt auch Aufträge, ist das richtig? Oder trägt dazu bei, daß die MEDIPLAN Hamburg Aufträge erhält?

Becker: Ja, das ist durchaus möglich. Wenn wir der Meinung sind, daß wir irgendwo im Rahmen der Akquisition die Unternehmensspitze heranziehen müssen oder auch einmal vorführen müssen, sehen wir schon zu, daß wir Mitarbeiter des Vorstandes dazu bewegen können.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist Ihnen bekannt, daß Herr Vietor mit dem Herrn Bundeskanzler Dr. Kreisky in Bad Oedeshofen im Sommer 1975 zu diesem Zweck ein Gespräch geführt hat?

Becker: Das habe ich der Presse entnommen. Ich wußte es von Herrn Vietor nicht. Ich weiß aber, daß die beiden sich kennen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat das Gespräch, das Herr Vietor mit dem Bundeskanzler geführt hat, auf die weitere Beteiligung, Befassung der MEDIPLAN Hamburg, im Zusammenhang mit Aufträgen von AKPE irgendeinen Einfluß gehabt?

Becker: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Herr Vietor hat mich über dieses Gespräch nicht informiert. Ich weiß es daher nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie kam es zur Beauftragung der Herren Seitz, Sienkowitc, Kaufmann im Jahre 1975, Auftragsvolumen, wenn ich richtig informiert bin, 15 Millionen Schilling? Sie sind ja, wenn ich richtig informiert bin, einer der Mitarbeiter an diesem Gutachten.

Becker: Das ist richtig. Die drei Gutachter haben den Auftrag übernommen; wie sie im einzelnen dazu gekommen sind, vermag ich nicht zu sagen. Ich glaube, es hatten alle drei Gutachter Kontakte in Wien, die sie instandsetzten, diesen Auftrag zu erhalten. Aber Einzelheiten dazu kann ich nicht sagen. Herr Prof. Seitz hat dann die MEDIPLAN gebeten, für ihn gewisse Ausarbeitungen zu machen, und im Rahmen dieser Ausarbeitungen der MEDIPLAN habe ich da mitgearbeitet, das ist richtig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum hat Prof. Seitz die MEDIPLAN ersucht, hier mitzuarbeiten? Hat Prof. Seitz gar nicht die Mitarbeiter, den Stab, eine solche Untersuchung zu machen?

Becker: Prof. Seitz hatte — soweit ich weiß — zu dem Zeitpunkt kein Büro, das das vollinhaltlich hätte erbringen können. Denn es war ja in sehr kurzer Zeit eine sehr umfangreiche Arbeit zu leisten. Er hat uns da um Mithilfe gebeten. Wir haben diese Arbeit dann sozusagen als Unterauftragnehmer hier angetreten und haben sie dann erbracht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Liege ich richtig, wenn Prof. Seitz seinen Anteil an diesem Auftrag, an diesem Gutachten, zu 100 % durch Mitarbeiter der MEDIPLAN erledigen ließ?

Becker: Nein, das ist nicht richtig, denn er selber hat sehr viel mitgearbeitet. Er ist sehr oft sehr wohl in Wien gewesen, hat auch direkt an der Ausarbeitung mitgearbeitet. Ich kann jetzt nicht sagen, zu wieviel Prozent er Leistungen an uns weitergegeben hat, es war deutlich über 50 Prozent, aber keine 100 Prozent.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich habe hier eine Liste von — wenn ich richtig bin — 6 Namen der MEDIPLAN Hamburg, die hier mitgearbeitet haben. Zu welchem Anteil haben Sie — Sie werden wahrscheinlich über die anderen nicht Auskunft geben — an diesem Teil, Prof. Seitz an diesem SSK-Gutachten mitgearbeitet?

Becker: Ich habe in dem Zeitraum — das muß Anfang Oktober 1975 gewesen sein — bis zur Abgabe — am 1. März war es, glaube ich — sehr wesentlich daran gearbeitet, also 100 Prozent meiner Zeit nicht, ich war gleichzeitig auch in der Niederlassung München Niederlassungsleiter und hatte da auch einiges zu tun. Es ist bestimmt so die normale Arbeitszeit von 40 Stunden pro Woche gewesen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War die AKPE informiert, daß die Arbeit eigentlich von Mitarbeitern der MEDIPLAN im wesentlichen gemacht wird?

Becker: Davon gehe ich wohl aus. Jedenfalls habe ich damit nicht hinter dem Berg gehalten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Daß Sie Mitarbeiter von der MEDIPLAN sind?

Becker: Ich hatte auch keinerlei Direktiven und Auflagen, daß ich mich nicht als solcher zu erkennen geben könnte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das gilt also auch für die anderen Herren, ich muß jetzt nicht die Namen vorlesen?

Becker: Ich würde sagen ja. Wobei — ich darf das vielleicht ausführen — noch andere Leute eingeschaltet waren. Wenn Sie mir die Liste mit den Namen rübergeben, kann ich ja mal nachschauen. — *(Abg. Dr. Feurstein überreicht dem Zeugen eine Liste.)* Es sind noch weitere gewesen. Das sind Mitarbeiter der MEDIPLAN in Hamburg, und seinerzeit hatten wir aus München, glaube ich, auch noch drei Mitarbeiter. Und noch Mitarbeiter eines Ingenieur-Büros in Hamburg, die auch für Herrn Professor Seitz gearbeitet haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie hoch war der Anteil von Herrn Professor Seitz an diesem SSK-Gutachten überhaupt? Von diesen rund 15 Millionen Schilling.

Becker: Ich glaube, 50 Prozent.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Also rund 7 Millionen Schilling.

Becker: Sie fragen mich ein bißchen viel, ich habe die Zahlen nicht mehr. Ich weiß nicht, wieviel Honorar das war. Ich bin da nicht so informiert, weil ich mit der kaufmännischen Abwicklung nichts zu tun hatte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie erfolgte die Bezahlung? Direkt an die MEDIPLAN Hamburg oder hat Professor Seitz dann das Geld an die MEDIPLAN Hamburg weitergegeben?

Becker: Also nach meiner Information ist das direkt an Seitz erfolgt. Oder so ein Gemeinschaftskonto. Wir haben bei der AGUAP ein Extrakonto gebildet, und ich bin nicht sicher, ob das nicht auch beim Gutachten der Fall gewesen ist. Aber ich möchte doch mit großer Sicherheit sagen, nicht an die MEDIPLAN.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie ist die MEDIPLAN gegenüber der AKPE aufgetreten im Rahmen dieses Gutachtens?

Becker: Gegenüber der AKPE ist die MEDIPLAN überhaupt nicht aufgetreten, sondern wir haben das schon über Prof. Seitz gemacht, also Kontakte und Besprechungen. Mir ist also keine Besprechung bekannt mit der AKPE, an der zum Beispiel Professor Seitz nicht teilgenommen hätte. Einzelbesprechungen damals, um Material zu eruieren, um Unterlagen herbeizuschaffen, überhaupt um uns zu informieren, sind natürlich von einzelnen Mitarbeitern und insofern auch einzelner MEDIPLAN-Mitarbeiter genauso wie von Mitarbeitern von Herrn Kaufmann oder von Herrn Dr. Sienkiewicz gemacht worden. Da mußten wir uns schon aufteilen, denn es war ja sozusagen eine erhebliche Menge von Leuten, die auch in kurzer Zeit hier zu arbeiten hatten. Aber offizielle Besprechungen bei der AKPE, soweit ich dabei gewesen bin — und ich glaube, ich bin so ziemlich bei allen dabei gewesen im Rahmen der Auftragsabwicklung —, haben immer unter Beteiligung der Gutachter stattgefunden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich glaube, ich bin richtig, wenn ich feststelle, daß Professor Seitz seine Arbeiten im Zusammenhang mit diesem Gutachten bei der MEDIPLAN gemacht hat?

Becker: Zum Teil, zum Teil auch bei sich im Hause.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In seinem Privathaus?

Becker: Ja, er hat ein Haus, das es auch zuläßt. Wir sind auch manchmal dort gewesen zu Besprechungen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie können nicht sagen, wie groß der Anteil war, der an die MEDIPLAN Hamburg von diesem Auftrag gegangen ist?

Becker: Nee, das kann ich Ihnen so nicht sagen, das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich möchte jetzt vorläufig noch den ORP-Auftrag überspringen und Sie zunächst befragen über den ABO-Auftrag. Sie wissen, daß die MEDIPLAN Hamburg sich beworben hat, und zwar etwas überraschend im Oktober 1977 an diesem ABO-Auftrag. Wie ist es zu dieser Angebotsabgabe gekommen? Können Sie uns das kurz schildern? Darf ich Ihnen als Gedächtnisstütze nur sagen, daß von der MEDIPLAN Hamburg festgestellt wurde, daß die Angebotsfrist für sie nur sehr kurz war, nur eine Woche, im Gegensatz zu anderen Anbietern, sodaß gewisse Probleme für die MEDIPLAN Hamburg entstanden sind, weil sie so kurzfristig aufgefordert wird, ein Angebot zu legen. Das nur als Gedächtnisstütze.

Becker: Das ist mir auch noch sehr bekannt, denn diese kurze Zeit fiel mir sozusagen voll auf die Füße.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat Sie aufgefordert?

Becker: Aufgefordert hat uns dann die AKPE letztlich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer? Bei der AKPE wissen es die Herren nicht.

Becker: Ich meine, wir haben da ein Fernschreiben gekriegt, daß wir die Unterlagen abholen sollen. Von wem das unterzeichnet war, müßte ich ... Nee, dabei habe ich das nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer könnte das sein?

Becker: Ich möchte fast annehmen: Winter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Rolle hat Ing. Hogl dabei gespielt? Wir sind immer noch vor der Angebotslegung.

Becker: Vorher nicht. Ich zumindest habe mit Herrn Hogl über Betriebsorganisation vorher nicht gesprochen. Ich kannte Herrn Hogl auch vorher schon. Er hat mich damals einmal gefragt, als diese Ausschreibung für die Küche gemacht werden sollte, so als Firmenwettbewerb, und wir hatten so etwas in Göttingen gemacht — das hatte er erfahren —, wie das vom Verfahren gelaufen ist. Daher kannte ich Herrn Hogl, weil ich ihm dort ein bißchen Informationsmaterial gegeben hatte.

Aber nun auf die Ausschreibung Betriebsorganisationsplanung zurückkommend: Wir waren ja hier seit April 1976 als ARGE ORP tätig und interessierten uns natürlich auch für den Betriebsorganisationsauftrag. Denn Betriebsorganisation im Krankenhaus ist ja ein relativ junger Markt sozusagen. Eine Aufgabe in der Größenordnung war, glaube ich, für zumindest alle Planungsbüros im deutschsprachigen Raum eine sehr interessante Geschichte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich bezweifle nicht, daß Sie sich interessiert haben. Es war sicher ein Auftrag, den Sie gerne übernommen hätten, das hätte jeder. Mich interessiert nur, wie ist es dazu gekommen? Sie haben ein Fernschreiben bekommen?

Becker: Ja, wir hatten uns dann auch . . .

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat das Fernschreiben veranlaßt?

Becker: Ich komme dazu, ich darf vielleicht etwas mehr ausholen. — Wir haben dann schon bei der AKPE uns erkundigt, über wen das laufen würde, über welchen Vorstandsbereich, und ich hatte sowohl Herrn Winkler als auch Herrn Winter gegenüber unser Interesse daran bekundet . . .

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wann war das?

Becker: Das muß so im Frühsommer, Sommer 1977 gewesen sein. Da verdichtete sich das etwas, daß es auch sein müßte, vor allem weil die ORP-Bearbeitung doch wiederholt ins Schleppen geriet und sehr detaillierte Fragen zur Betriebsorganisation gestellt wurden. Es gab ja diese BO-Interim, die doch immer ihre Schwierigkeiten hatte. Es war also allgemein bekannt, daß das von der AKPE ausgeschrieben würde, und Winter hat mir gegenüber auch einmal gesagt, selbstverständlich werden Sie auch mit aufgefordert, das war für uns eigentlich klar.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sind Sie nicht aufgefordert worden?

Becker: Dann sind wir nicht aufgefordert worden. Ich weiß das noch. Ich bin ja alle 14 Tage hier in Wien zu Planungsbesprechungen gewesen. Oktober muß es gewesen sein. Ich habe plötzlich gehört, daß diese Ausschreibung bereits raus ist und das schon läuft, und war eigentlich darüber sehr erstaunt, daß wir eben nicht aufgefordert worden sind. Ich hatte dann versucht, Herrn Winter zu erreichen. Der war nicht da oder ließ sich nicht sprechen. Und dann habe ich zu Hause in Hamburg Herrn Professor Seitz angerufen, unsere Geschäftsführung angerufen und mit ihr gesprochen und gesagt, was können wir da machen, da müssen wir zumindest die Gelegenheit bekommen, ein Angebot abzugeben.

Ich weiß zum Beispiel, daß Herr Professor Seitz mit Herrn Winter gesprochen und gefragt hatte, warum er uns nicht aufgefordert hätte, und daraufhin kriegten wir dann dieses Fernschreiben, daß wir uns die Ausschreibungsunterlagen abholen könnten in Wien.

Und ich habe dann bei der INFRA BAU angerufen und gefragt, ob es da nicht jemanden gebe, der die Mappe abholen und uns nach Hamburg schicken könnte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie sind Sie auf die INFRABAU gekommen?

Becker: Ganz einfach, weil die INFRABAU und die MEDIPLAN Hamburg jeweils zu 50 Prozent in MEDIPLAN-Wien als Gesellschafter da waren, Kollege Sajbl und ich waren Geschäftsführer. Ich habe Kollegen Sajbl angerufen, der auch gleichzeitig Geschäftsführer der INFRABAU ist, und ihn gefragt, ob er das nicht abholen lassen könnte. Da hat er jemanden losgeschickt und es abgeholt und uns abends in Schwechat ins Flugzeug gegeben, und nächsten Tag hatten wir die Unterlagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann haben Sie also doch Kontakt gehabt mit der INFRABAU?

Becker: Ja selbstverständlich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann wissen Sie auch über die Gestionen, Geschäftsbereiche der INFRABAU Bescheid?

Becker: Nein. Nicht detailliert. Das, was in der Presse gestanden ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich werde Sie nachher noch dazu befragen, weil Sie jetzt gesagt haben, daß Sie den Herrn Sajbl sehr gut gekannt haben und daß Sie so gute Beziehungen haben, daß Sie von der INFRABAU jeman-

den hinschicken können zur AKPE, um dort Angebotsunterlagen abzuholen. Ich finde schon, daß hier ein sehr nahes Verhältnis zu einer zweiten Firma vorhanden ist, wenn man ihr so viel vertraut, daß man Angebotsunterlagen abholt.

Die Unterlagen sind dann zu Ihnen gekommen. Hat Professor Seitz mit anderen Herren gesprochen, außer mit Direktor Winter?

Becker: Ist mir nicht bekannt. Glaube ich auch nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Politiker eine Rolle gespielt?

Becker: Kann ich mir nicht vorstellen, es war ja so wenig Zeit. Irgendwelche großen Drähte in Gang zu setzen, wäre meiner Meinung nach gar nicht machbar gewesen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Beim SSK-Gutachten hat immerhin Bundeskanzler Kreisky sich irgendwo interessiert gezeigt, um es jetzt ganz neutral zu formulieren.

Becker: Ich glaube, in diesem Falle nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Könnte es Finanzminister Androsch gewesen sein?

Becker: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum nicht?

Becker: Das halte ich für unwahrscheinlich, weil mir auch nicht bekannt ist, daß zum Beispiel Professor Seitz irgendwelche Beziehungen zu Herrn Androsch hatte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War Androsch in einer Gegenposition vielleicht zu Professor Seitz? War ein gutes Verhältnis zwischen Prof. Seitz und Finanzminister Androsch?

Becker: Also von einem guten Verhältnis ist mir nichts bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Eher ein schlechtes Verhältnis?

Becker: Eher gar kein Verhältnis.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie hat sich Finanzminister Androsch überhaupt zur MEDIPLAN verhalten oder das Finanzministerium? Fragen wir einmal ganz generell, das Finanzministerium, damit Sie nicht so fixiert sind auf eine Person.

Becker: Also mir sind irgendwelche Verhaltensweisen in Richtung MEDIPLAN nicht bekannt. Mir ist nur bekannt, daß Herr Professor Seitz wohl mit Sektionschef Waiz im Rahmen der Gutachtertätigkeit einige Gespräche gehabt hat. Aber mehr ist mir nicht bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In welche Richtung gingen die Gespräche Seitz — Waiz, wenn ich jetzt die Titel weglasse?

Becker: Es war damals im Rahmen der Gutachterbearbeitung. Über genaue Inhalte hat Prof. Seitz mich nicht informiert.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat sich Sektionschef Waiz für den Inhalt des ORP-Gutachtens interessiert?

Becker: Nie, also jedenfalls nicht mir gegenüber und auch nicht der Geschäftsführung der MEDIPLAN Hamburg gegenüber. Also mir ist da nichts bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wofür hat sich Sektionschef Waiz interessiert? Es gab Gespräche Waiz — Seitz.

Becker: Ja im Rahmen der SSK-Bearbeitung. Um welche Themen es da ging, kann ich nicht sagen. Ich weiß es nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber Sie wissen, daß es solche Kontakte gegeben hat?

Becker: Ich weiß, daß es solche Kontakte gegeben hat. Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Im Rahmen der ORP-Planung?

Becker: Keine.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Im Zusammenhang mit der Beauftragung Betriebsorganisationsplanung?

Becker: Nie! Also mir ist nur das eine bekannt, wie gesagt, daß ich Seitz angerufen habe, weil ich wußte, daß ja auch Seitz Winter kennt, und er solle da noch einmal so als ja eben doch Bekannter und gesetzter Herr anrufen und nochmals fragen. Ich war ja richtig abgeblitzt dort.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bei Winter?

Becker: Ja. Ja aber ich hatte ja hier geschildert, ich habe davon erfahren, daß diese Ausschreibung raus ist, und wollte dann fragen, eben einfach fragen, warum wir nicht mitaufgefordert worden sind. Und da war Winter nicht zu sprechen, und da gab es für mich eigentlich ein ganz kurzes Überlegen, wo gibt es da eine Möglichkeit, und da ist mir als einziger Seitz eingefallen, weil ich weiß auch im Rahmen der Gutachterbearbeitung, daß dann relativ oder wollen wir sagen, daß gerade Winter zu Herrn Seitz immer so als gewisse Autorität aufgeblickt hatte, wenn ich das so einmal sagen soll ein bißchen. Ja, so würde ich es ruhig formulieren.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat denn die-

ses Angebot 26. Oktober 1977 abgegeben? Sie unterschreiben das.

Becker: Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie das formuliert?

Becker: Nicht alleine. Aber im wesentlichen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was heißt das Zeichen TLS?

Becker: Das war damals mein Diktatzeichen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ihr Diktatzeichen?

Becker: Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es würde also bedeuten, daß Sie dieses Angebot im wesentlichen formuliert haben?

Becker: Ich habe es mit zwei Mitarbeitern in Hamburg formuliert. Ja. Ich bin Architekt, ich bin kein Betriebswirt. Deswegen mußte ich mich anderer Herren bei uns bedienen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum hat Hamburg dieses Angebot abgegeben? Sie waren ja Geschäftsführer von der MEDIPLAN Wien zu der Zeit?

Becker: Ja. Weil wir in Wien kein Personal hatten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie sind Geschäftsführer von Wien, Sie sind nicht Geschäftsführer von Hamburg! Sie unterschreiben auch nur im Auftrag. Sie diktieren das und unterschreiben in Vertretung (i. V.).

Becker: Ja. Wobei auf Papier MEDIPLAN Hamburg.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Eben. Warum? Das ist meine Frage. Sie schreiben das Angebot, Sie formulieren das Angebot im wesentlichen mit einem Mitarbeiter, Sie unterschreiben i. V., sind Geschäftsführer der MEDIPLAN Wien?

Becker: Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Erklären Sie mir das!

Becker: Ja weil das zeitlich gar nicht anders machbar war. Wir hatten für das Angebot sechs Tage Zeit. Und das ging unter äußerster Pression, und wir haben das als MEDIPLAN Hamburg geschrieben, und bei der MEDIPLAN Hamburg bin ich nur i. V. zeichnungsberechtigt. Ich bin ja kein Geschäftsführer dort, bei uns ist Grundsatz — auch bei der MEDIPLAN Wien —, daß Angebote von dieser Tragweite eben immer von zwei Personen unterschrieben werden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hätte den Auftrag die MEDIPLAN Hamburg ausführen sollen?

Becker: Nein. Das hätte die MEDIPLAN Wien ausführen sollen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War das zu dem Zeitpunkt bekannt?

Becker: Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wieso war Ihnen das bekannt, daß die MEDIPLAN Wien diesen Auftrag ausführen hätte sollen?

Becker: Ich verstehe diese Frage nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wenn die MEDIPLAN Hamburg der AKPE Angebot legt, da muß man wohl annehmen, daß diese Firma — MEDIPLAN Hamburg — auch den Auftrag ausführt, sollte er erteilt werden, und daß nicht eine andere Firma diesen Auftrag ausführt. Das steht ja auch nicht in diesem Angebot, daß die MEDIPLAN Wien mit der Durchführung beauftragt wird. Ich habe es auf jeden Fall nicht gelesen.

Becker: Aber der Sinn der MEDIPLAN Wien-Gründung war ja, Aufträge in Österreich in Österreich abzuwickeln. Denn so einen Beratungsauftrag wie diesen, der sich über Jahre hinzieht, mit einem solchen Leistungsvolumen über die Entfernung sinnvoll zu erbringen, vor allem weil da ja ein ganz wesentlicher Teil von Beratungsleistungen drinnen ist. Wir haben ja auch unser Angebot bewußt so aufgebaut, daß also nicht fernab akademisch etwas erarbeitet wird, was dann spätere Betreiber und Nutzer fressen müssen, sondern daß eine ganz wesentliche Zusammenarbeit und Beratung in Wien stattfindet, das können sie nur am Ort überhaupt machen, zumindest wenn sie auch ihren Sitz und die Personen, die es machen, in der Nähe des Auftragsortes wohnen und arbeiten haben, sonst ist das rein wirtschaftlich und auch organisatorisch gar nicht abzuwickeln.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es fanden Gespräche statt mit den Vertretern der AKPE?

Becker: Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mehrere?

Becker: Ich glaube zwei.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer war Ihr Gesprächspartner?

Becker: Im wesentlichen Ing. Hogl.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): An wen haben Sie sich sonst gewandt oder die Mitarbeiter der MEDIPLAN Hamburg, MEDIPLAN Wien?

Becker: Also andere Mitarbeiter der MEDIPLAN Hamburg haben sich in dieser Angele-

genheit nicht alleine gewandt, sondern ich habe das weiter verfolgt, habe diese Gespräche mit Herrn Hogl gehabt, habe ihm ja auch noch zwei Briefe geschrieben, weil er um einige Klärungen gebeten hatte — einer dieser Briefe ist auch in der Presse teilweise als Faksimile abgedruckt worden —, haben einige Preise noch präzisiert, und dann war Schluß. Wir haben eine Absage erhalten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben gesagt, das Angebot der MEDIPLAN Hamburg, das hat drei Seiten, ist sehr allgemein gehalten ...

Becker: Es ist ja nur das Anschreiben zum Angebot. Das ist ja nicht das Angebot. Das Angebot selber war ja, ich würde sagen, 40 Seiten stark oder so etwas.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das ist dann im wesentlichen — ich weiß nicht, ob ich jetzt richtig bin, 2. Februar 1978 — MEDIPLAN Wien, Josefstädter Straße 74, ausgearbeitet worden. Auch wieder das Zeichen TLS.

Becker: Ja, mein Zeichen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das bedeutet also, daß die wesentlichen Teile des Angebotes von der MEDIPLAN Wien gemacht worden sind.

Becker: Hören Sie, Sie verwechseln das jetzt. Denn es ist so. Wir haben doch ein Angebot abgegeben im Oktober 1977, zu dem Zeitpunkt, wo dieses Angebot gelegt werden sollte, also zu dem genannten Termin. Dann habe ich Gespräche mit Herrn Hogl geführt, wo er noch einige Zusatzinformationen haben wollte, wo wir über einige Leistungspunkte gesprochen haben und wo wir einige Leistungspunkte überarbeitet haben. Und dieses Schreiben vom 2. Februar ist ja nicht ein neues Angebot, sondern ein Zusatz zum Hauptangebot.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben mir jetzt gesagt, das Angebot konnte durch die MEDIPLAN Wien nicht gemacht werden, weil das Personal dort fehlte.

Becker: Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Am 2. Februar 1978 liefern Sie einen Zusatz — ich habe die Seiten nicht gezählt —, der mindestens an die 80, 90 Seiten hat.

Haben Sie in der Zwischenzeit Personal bei der MEDIPLAN Wien eingestellt?

Becker: Nein. Das, was sie da zitieren, ist ja zum Teil lediglich aus anderen Ausarbeitungen kopiert, das heißt Arbeitsbeispiele, die stammen aus Hamburg. Ich persönlich habe das gemacht, ich habe das in Hamburg zusammengestellt und habe in Wien die Sache fertiggestellt. Ich selber.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): MEDIPLAN Hamburg und MEDIPLAN Wien, ihr seid eine Einheit, das ist genau das gleiche. Man tritt das eine Mal unter dem Namen MEDIPLAN Hamburg auf, das andere Mal unter dem Namen MEDIPLAN Wien. Welche sind die Gründe für diesen Wechsel Hamburg—Wien?

Becker: Ich hatte es am Anfang schon gesagt, Aufträge sind über die große Entfernung schlecht abzuwickeln. Dazu muß ich etwas weiter ausholen. Die MEDIPLAN hatte bis 1976, Anfang 1977, zwei Niederlassungen, eine in Hamburg, eine in München. Von der Münchner Niederlassung aus sind einige Aufträge in Österreich abgewickelt worden. Insgesamt war es aber nicht mehr machbar, die Niederlassung München weiter zu betreiben. Sie war zirka 20 Mitarbeiter stark, und in einem solchen Dienstleistungsunternehmen wie dem unseren ist es schwierig, an sehr vielen verschiedenen Orten zu arbeiten.

In München war die Auftragslage schlecht geworden, einfach weil im süddeutschen Raum einige Dinge verlorengegangen waren. Wir haben uns entschlossen, die MEDIPLAN München dann aufzulösen und die Mitarbeiter nach Hamburg zu überführen. Damit war eine rein geographische Nähe nicht mehr gegeben.

Wir waren aber gleichzeitig der Meinung, daß sowohl aus dem, was wir bisher in Österreich getan hatten, als auch aus der Einschätzung der gesamten Lage des Marktes Krankenhausplanungen in Österreich Chancen für weitere Aufträge bestehen würden. Als Basis für eine ortsnahe Bearbeitung haben wir uns dann entschlossen, die MEDIPLAN Wien zu gründen, um im Falle von Aufträgen dann von hier aus auch arbeiten zu können, das heißt, zunächst einmal bestimmt von Hamburg Leute nach Wien zu versetzen. Ganz gewiß, denn diese Art der Planungen sind nicht mit Mitarbeitern zu machen, die man irgendwo ad hoc auf dem freien Arbeitsmarkt aufliest. Das ist ein langer Prozeß, bis man da den richtigen Mitarbeiterstab hat.

Das haben wir in Hamburg. Wir haben in Hamburg auch Mitarbeiter, die so weit beweglich sind, daß sie zu solchen Versetzungen bereit sind. Aber es war auch erklärte Absicht, im Falle von Aufträgen — das ist ja zum Beispiel ein ausgesprochener Riesenauftrag, diese Betriebsorganisation —, auch hier sich dann mit Personen in Österreich sozusagen auszustaffieren, also den Personalstand zu kriegen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Betriebsorganisationsplanung haben Sie ja nicht bekommen.

Becker: Nein.

28 von 35Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 6 (Seite 1587b bis 1937a) (gescanntes Original)

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wissen Sie, warum?

Becker: Weil sie andere gekriegt haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sicher, aber was hat man Ihnen gesagt? Damit haben Sie sich sicher nicht zufriedengegeben.

Becker: Uns hat man eine ganz kurze Absage erteilt, und damit war Schluß.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Argumente haben eine Rolle gespielt?

Becker: Also ich weiß nicht, welche Argumente da eine Rolle gespielt haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was hat man Ihnen gesagt?

Becker: Gar nichts hat man uns gesagt. Eine ganz kurze Absage haben wir erhalten. Es ist in solchen Fällen immer sehr schwierig, die Gründe für Absagen zu eruieren. Hier in Wien, also jedenfalls bei der AKPE, war niemand bereit, dazu etwas zu sagen. Ich wußte ja auch, welche Gruppe beauftragt worden ist. Man hatte mir so hinter der Hand gesagt, daß man das eigentlich von vornherein so gedacht hätte, daß die das kriegen. Ich habe gesagt: Naja, dann war das wohl nichts.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was heißt von vorneweg gedacht?

Becker: Ja schauen Sie. Es war doch so, die Summen, es war dann bekannt, daß die ABO die erste Stufe für — ich weiß nicht — jedenfalls über 100 Millionen Schilling erhalten hat. Rein inhaltlich — wir haben das dann einmal an Hand der Ausschreibung uns angeguckt, was das sein könnte — fand ich das sehr viel Geld, und ich konnte mir nicht vorstellen, daß das rein über einen Preiswettbewerb passiert wäre. Das muß ich eben einmal sagen. Und daß da vielleicht andere Absprachen mitgewesen sind. Unser ARGE-Partner, Prof. Riethmüller, saß in dieser ABO ja auch mit drinnen, und auch er war wenig bereit, darüber etwas zu sagen. Es war ihm wahrscheinlich uns gegenüber ein bißchen peinlich.

Ich habe es dann aufgegeben, ich fand es dann sinnlos, noch hinterher zu forschen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat Professor Seitz mit irgendwelchen Herren Kontakt aufgenommen und noch versucht, in dieser Phase Feber bis Juni einen Meinungsumschwung zu erreichen?

Becker: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sind Sie nicht an den Professor Seitz herangetreten, haben ihn informiert über die fehlgeschlagenen Bemühungen?

Becker: Ich bin an ihn nicht herangetreten. Und ich glaube auch nicht, daß er da etwas getan hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nur im Oktober.

Becker: Ja. Ja, da habe ich ihn ja direkt angeredet, habe ich hier geschildert, da habe ich ihn direkt darum gebeten. Aber ich war dann nicht der Meinung, daß das zielführend sei.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hatten Sie den Eindruck, daß man besonders gute Beziehungen zu bestimmten Herren, die im Dunstkreis des AKH nun aufgetreten sind, haben muß, um diesen Auftrag zu bekommen?

Becker: Daß da Beziehungen eine Rolle spielen würden oder gespielt hätten, das habe ich mir dann eigentlich schon gedacht. Mußte ich ja, denn, wie gesagt, rein wenn ich die Preise verglich, auch mit denen, was wir angeboten haben, dann konnte es ja eigentlich nicht der Billigste gewesen sein. Das ist mir aufgefallen, und damit war für mich ja eigentlich Ende der Fahnenstange.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Als solche Personen wird uns immer Dr. Wilfling genannt.

Sind Sie mit Dr. Wilfling irgendwann einmal in Kontakt getreten, haben Sie ihn gekannt, haben Sie etwas gehört über Dr. Wilfling?

Becker: Ich bin einmal bei Herrn Dr. Wilfling gewesen in seinem Büro. Das war aber, nachdem die ABO beauftragt worden ist. Ich habe praktisch über das, was wir können und nicht können, gesprochen, über Krankenhausplanung, aber es war wenig konkret. Ich wollte eigentlich da von dem Gespräch so ein bißchen mehr wissen über Krankenhausplanung oder, sagen wir so, was als Absichten noch im Raume steht, ob für uns eine Chance da wäre. Aber es war eigentlich ein Gespräch ohne greifbare Ergebnisse.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche anderen Personen: Dr. Bauer, Dipl.-Ing. Rumpold, Dr. Kunze, haben aus Ihrer Sicht noch eine Rolle gespielt in dem Zusammenhang? Gehen wir sie der Reihe nach durch: Dipl.-Ing. Rumpold?

Becker: Ja ich kann ja einmal der Reihe nach durchgehen, welche Personen ich kannte oder welche ich nicht kannte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nicht grundsätzlich, sondern nur im Zusammenhang mit dem AKH.

Becker: Nein, nein, in der Zeit, in der Zeit durchaus. In der Zeit kannte ich bereits Herrn Rumpold und Herrn Kunze.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Den kannten Sie von früher. Sie waren ja bei der ARGE auch

befaßt. Ich komme nachher noch einmal darauf zurück.

Becker: Ja. Aus dieser Geschichte kannte ich die beiden. *(Abg. Dr. Feurstein: Ja!)* Und ich habe mit Herrn Rumpold auch über den ABO-Auftrag gesprochen, und als wir eine Absage erteilt hatten, hatte er mir dann angeboten, ob wir nicht als Subauftragnehmer für die ABO tätig werden könnten, und das habe ich abgelehnt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum haben Sie das abgelehnt?

Becker: Ich hatte mich auch mit meinen Geschäftsführern der MEDIPLAN Hamburg besprochen, und wir hatten einfach keine Lust, so als fünftes Rad am Wagen in dieser Bearbeitung mitzuspielen, vor allen Dingen, weil mir das auch zuwenig greifbar war. Es war also nicht irgendwie so, daß gewisse Leistungsfelder oder ganz bestimmte Bearbeitungsschwerpunkte oder so etwas herausgestellt wurden. Auch diese Arbeitsgemeinschaft von 4 Partnern schien mir schon als Arbeitsgemeinschaft so groß, daß es nun nicht unbedingt noch irgendwelcher anderer Aufpfropfungen bedarf, um da eine bessere Leistung herauszukriegen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Zu welchem der vier Partner würden Sie im nachhinein Vorbehalte anmelden oder hatten Sie damals Vorbehalte anzumelden: ÖKODATA, Riethmüller, ODELGA, also MED-CONSULT?

Becker: Ja der Reihe nach: Professor Riethmüller ist Partner bei uns in der ARGE ORP. Wir haben mit Professor Riethmüller in Deutschland auch noch zwei andere Arbeitsgemeinschaften, wir kennen uns also seit längerer Zeit. Wir kommen in einigen Bereichen gut miteinander aus, auch fachlich, und in anderen weniger gut, aber das sind Dinge, wo ich eigentlich weniger sagen kann, daß das Büro deswegen irgendwie gut oder schlecht sei. Ich halte das Büro Riethmüller für ein qualifiziertes Büro, und die Zusammenarbeiten haben auch gezeigt, daß solch eine Arbeitsgemeinschaft zu gedeihlichen Ergebnissen führt.

Der nächste Partner, DKI — ich gehe zuerst einmal die deutschen durch, weil ich die von der fachlichen Seite besser kenne —, ist bekannt im deutschen Raum und auch darüber hinaus. Ich glaube, da ist an der fachlichen Qualität nichts zu deuteln.

Und die beiden österreichischen Partner ODELGA und ÖKODATA: Die ODELGA war uns als Betriebsorganisationsplaner überhaupt nicht bekannt, insofern hatte ich seinerzeit schon erhebliche Vorbehalte. Denn der Krankenhausplanungsmarkt im deutschen Sprachraum ist ja nun nicht so groß, und die beteiligten Büros sind nicht so zahlreich, als daß man sie nicht ungefähr kennen würde, wenn wirklich Substantielles geleistet worden wäre. Die ODELGA war mir in dem Sinne unbekannt, und da hatte ich Vorbehalte. Und eigentlich galt das gleiche auch für die ÖKODATA, zwar nicht in dem Maße, denn ich wußte, daß bei der ÖKODATA Betriebsorganisationsplanung betrieben worden ist oder daß es Betriebswirte dort gab. Ob die im Krankenhausbereich gearbeitet hatten, war mir nicht bekannt. Aber, wie gesagt, es waren mir keine größeren Arbeiten bekannt, die es mir ermöglicht hätten, über die Qualifikation sozusagen etwas Positives zu sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Waren Ihnen die Personen bekannt, die in der ÖKODATA aufgetreten sind?

Becker: Ja, ich kannte eben durch diese Kontakte, die wir im Rahmen der ARGE Kostenrechnung damals hatten für diesen Themenkomplex — Sie wollten daher auch noch fragen — den Herrn Rumpold, den Herrn Kunze.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kunze war nicht ÖKODATA.

Becker: Ach so, für mich war das ... Ja, gut, streng genommen nicht. Aber in dem Hause sind die beiden Herren immer oder fast immer gemeinsam aufgetreten. Nein, zu dem Zeitpunkt kannte ich aber weitere Mitarbeiter so direkt — ich hatte einmal welche gesehen — namentlich eigentlich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber Sie wußten, daß Dr. Bauer auch der wesentliche Eigentümer, der Mehrheitseigentümer der ÖKODATA ist?

Becker: Das wußte ich zu dem Zeitpunkt ... Oder ja, irgendwo zu dem Zeitpunkt. Es ist einmal zu der Zeit auch hier in der „Wochenpresse" so ein großer Artikel erschienen, wo diese ganzen Beteiligungen darauf waren Das war so eine ganz große Seite, an die erinnere ich mich noch sehr genau, ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie wußten auch, daß die ÖKODATA ein besonderes Naheverhältnis zum Herrn Finanzminister hat?

Becker: Ja. Genaues über das Naheverhältnis oder Nicht-Naheverhältnis ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich sage ja darum: Naheverhältnis.

Becker: Aber, wie gesagt, gerade in diesem zitierten Artikel waren da hier so einige Querverbindungen aufgezeigt, und das wußte ich ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich darf Sie vielleicht so gar nicht fragen, Sie werden es wahr-

scheinlich ablehnen: Aber man gewann schon den Eindruck, daß dieses Naheverhältnis das Vermitteln von Aufträgen vermutlich erleichtern könnte. Sie müssen mir jetzt keine Antwort geben auf diese Frage.

Becker: Ja, die Antwort würde auch sehr spekulativ ausfallen. Aber ich dachte nur damals, um mir das noch einmal so in Erinnerung zu rufen, als wir diese Absage erhielten und als ich dann auch kurz danach wußte, wer nun diese Arbeitsgemeinschaft wirklich ist: Na ja, also da bist du wohl doch irgendwie zu weit weg gewesen. Ob das nun geographisch oder sonstwie zu verstehen ist, das war mir gar nicht so klar, und ich kann das auch nicht beantworten, aber irgendwo hatte ich das Gefühl für uns, daß wir an der Nase herumgeführt worden sind.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Von der?

Becker: Ja, letzten Endes von der AKPE eigentlich als Auftraggeber.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und von den Personen, die im Hintergrund gestanden sind, genauso?

Ich kann Ihnen helfen, ich habe nämlich auch den Eindruck, daß Sie an der Nase herumgeführt worden sind. Sie gründen die MEDIPLAN Wien. Sie müssen sich mit Mühe als Bewerber, als Angebotsleger aufdrängen, Sie verhandeln noch im Februar, als die ganze Sache entschieden ist, mit der AKPE über die Auftragsvergabe und müssen dann feststellen, daß alles umsonst gewesen ist. Und nun habe ich einfach eine Frage, wo ich noch nicht recht Zugang bekomme: Irgend jemand muß Ihnen gesagt haben: Hier bietet sich eine Möglichkeit an, Aufträge in Wien zu bekommen. Darum gründen Sie die MEDIPLAN Wien.

Wer war diese Person oder diese Gruppe oder auch diese Firma — ganz gleichgültig, wer —, diese Institution, die Ihnen gesagt hat: Gründen Sie die MEDIPLAN Wien, es besteht hier die Chance, Aufträge im Zusammenhang mit dem AKH zu bekommen, weil Sie eine renommierte Firma sind, Sie haben bereits mitgearbeitet, SSK-Gutachten, ORP-Planung und so weiter, Sie haben sich eingearbeitet, Sie sind prädestiniert. Von wem kam dieser Druck, die MEDIPLAN Wien zu gründen?

Becker: Also, diese MEDIPLAN Wien-Gründung haben wir in Hamburg ausbaldowert. Ich muß da noch einmal zurückkommen auf das, was ich vorhin gesagt habe mit der Aufgabe der Niederlassung München der MEDIPLAN Wien. Ich bin 1975 sozusagen da hinunter geschickt worden aus Hamburg, um diese MEDIPLAN Wien zu führen, und hatte ziemlich schnell festgestellt, daß das eben aus wirtschaftlichen Gründen nicht weiter tragbar ist, und mußte nun und wollte durchsetzen, daß man die schließt, um das in Hamburg im wesentlichen zu konzentrieren, auch Dokumentationen und all solche Geschichten stärker zu konzentrieren.

Auf der anderen Seite war es ja so, daß wir zu dem Zeitpunkt von München aus einige Aufträge noch hier hatten und es doch auch so aussah, wie ich das schon gesagt habe, daß hier in Österreich durchaus noch ein Markt war. Denn in Österreich war es ja so, rein geschichtlich betrachtet, daß wenige große Krankenhausbauvorhaben durchgeführt worden sind. Man hat sehr viel kleinteilig investiert in die Krankenhäuser. Wir erwarteten eigentlich, daß irgendwo doch einmal sozusagen auch so ähnlich, wie es bei uns in Deutschland gewesen ist, durch Krankenhausfinanzierungsgesetz oder ähnliches ein stärkerer Schub in die Planung, Neuplanung, Reorganisationsplanung von Krankenhäusern hineinkommen würde.

Und wesentliche Kritiker, zum Beispiel Kritiker meiner Person mit der Aufgabe MEDIPLAN München, waren immer: Da sind wir da aus dem süddeutschen und österreichischen Raum völlig weg, dann geht das alles an uns vorbei. Und in diesem Zusammenhang ist dann der Gedanke geboren — ich kann Ihnen gar nicht mehr sagen, von wem —, sich eben doch dann mit einer Gesellschaftsgründung in Wien niederzulassen, um dann, wenn sozusagen sich auch dort das positiv anläßt, richtig mit Personal und mit eigenständiger Geschäftsführung ein zweites Bein wieder aufzubauen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie sagen mir jetzt: Es gibt keinen Politiker, es gibt keinen, der irgendwo in der Politik Einfluß hat —ich rede jetzt nicht von Politikern —, es gibt keine Person in Wien, die Einfluß hat, mit der Sie nicht Kontakt aufgenommen haben und von der Sie sich nicht irgendwo Zusicherungen geben haben lassen, daß Chancen bestehen, bei Stadt Wien, Bund, AKH irgendwo Aufträge zu bekommen. Sie gründen einfach auf die Hoffnung hin eine Firma MEDIPLAN Wien.

Becker: Ja. Also mir zumindest sind solche direkten Zusagen oder auch Hoffnungen nicht gemacht worden, und auch wenn von seiten unserer Muttergesellschaft, der „Neuen Heimat Städtebau", so ein direktes Zusageverhältnis bestanden hätte in irgendeine Richtung, hätte ich das bestimmt gewußt. Denn es ist ja unsinnig, jemand loszuschicken zur Akquisition und ihn nicht mit dem notwendigen Informationsmaterial auszurüsten. Aber mir ist so etwas nicht gesagt worden, mir sind auch keine dementsprechenden Hinweise gegeben worden, und insofern bin ich da sehr sicher, daß diese Beweggründe, die Sie da eben schilderten, nicht stattgefunden haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Würden Sie als Privatmann unter diesen Voraussetzungen, die Sie jetzt geschildert haben, eine Firma MEDIPLAN Wien gründen? Ins Blaue hinein?

Becker: Das könnte ich mir finanziell gar nicht leisten. Aber es ist ja nun so, daß die MEDIPLAN Hamburg und auch die dahinter stehende „Neue Heimat Städtebau" ja kein ganz kleiner Laden sind. Und ich meine, eine Gesellschaftsgründung hier in Wien mit 100 000 S Kapital — und dafür hatten wir die Hälfte zu tragen, und die andere Hälfte hat die Infrabau übernommen — ist ja, wollen wir sagen, kein so übermäßig großes Risiko, daß man so einen Schritt nicht versuchen könnte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Am 18. 3. 1976 gab es einen Politikergipfel Androsch, Firnberg, Mayr, Stacher. Bei diesem Politikergipfel wurde beschlossen, was allerdings dann wieder nicht realisiert worden ist, einer projektbegleitenden Tätigkeit durch die Firma MEDIPLAN Hamburg zuzustimmen. Ist Ihnen dieses Ergebnis der Beratungen des Politikergipfels im März 1976 bekannt?

Becker: Von diesem Politikergipfel ist mir nichts bekannt, aber von dieser projektbegleitenden Beratung weiß ich sehr wohl, ja, oder von den Absichten, so etwas zu tun.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wann wurde die MEDIPLAN Wien gegründet?

Becker: Am 28. Dezember ist die Gründung beim Notar erfolgt, und die Eintragung ins Handelsregister ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): 28. Dezember 19..?

Becker: 1976. Und 1977, glaube ich, am 4. Januar, war die Eintragung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und diese Zusage, diese Zustimmung war auch nicht entscheidend, daß es zur Firmengründung MEDIPLAN Wien gekommen ist?

Becker: Nein. Die zeitliche Abfolge hat damit zu tun, wie wir sozusagen diesen Übergang oder diese Änderung MEDIPLAN München, MEDIPLAN Hamburg bewerkstelligen mußten. Ende 1975, Anfang 1976 wurde dann in der Geschäftsführung beschlossen, die Niederlassung München aufzulösen und in dem Zusammenhang in 1976 die Auflösung dieser Münchner Niederlassung zu exekutieren.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat sich um diese projektbegleitende Planung durch die MEDIPLAN bemüht von seiten der MEDIPLAN? Ich kann mir vorstellen, daß die Politiker nicht zufällig daraufgekommen sind. Kommen sie zufällig darauf?

Becker: Nein, es hat Angebote gegeben an die AKPE, wobei das ja so eine Zusammenarbeit war zwischen MEDIPLAN und den Gutachtern des SSK-Gutachtens. Ich bin dabei gewesen bei einigen Besprechungen, wo es um die Leistungsinhalte dieses Gutachtens in Hamburg gegangen ist, habe auch einmal eine Ausarbeitung dafür gemacht, habe das zusammengetragen, eine Personalschätzung gemacht, ja so als Kurve aufgetragen, um überhaupt einmal eine Größenordnung zu greifen. Direkte Gespräche habe ich nicht geführt. Unsere damalige Hamburger Geschäftsführung hat meiner Meinung nach da wohl ein oder zwei Gespräche mal geführt, aber ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie fragen, wer von den Politikern, die hier aufscheinen, der MEDIPLAN eher positiv gegenüberstand, wer eher negativ. Stacher?

Becker: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich habe mit Herrn Professor Stacher einmal ein Gespräch gehabt mit unserem damaligen Hamburger Geschäftsführer Weiss *(phonetisch)*.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mayr? Wenn Sie nur sagen: positiv oder negativ.

Becker: Ich kann es Ihnen nicht sagen, denn irgend etwas Positives in der Richtung habe ich nicht gemerkt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer von diesen Politikern kann für die MEDIPLAN eingetreten sein? Jemand muß für die MEDIPLAN eingetreten sein von diesen 4.

Becker: Das ist eine Frage, die Sie mir ... Das weiß ich nicht, das kann ich Ihnen nicht beantworten. Ich habe solch positive Wertschätzungen unserer Arbeit nicht bemerken können, auch im Laufe der ganzen Arbeit hier.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich darf Sie dann fragen: Ist es richtig, daß — das ist nur eine Zwischenfrage — die Firma MEDIPLAN im Zusammenhang mit der ARGE Kostenrechnung die ermittelten Kennzahlen, die für die Kostenrechnung ermittelt worden sind, mit ausländischen Richtwerten verglichen und interpretiert hat?

Becker: So etwas ist richtig, ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie der ARGE Kostenrechnung dafür Rechnung gestellt?

Becker: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kostenlos gemacht?

Becker: Ja, das war eigentlich lächerlich. Ich hatte seinerzeit mit Herrn Kunze und Herrn Rumpold einmal Kontakt gehabt. Die waren an

uns herangetreten, und wir haben uns darüber unterhalten, was hier sozusagen als Planungsvolumen, Organisationsplanung oder ähnliches in Österreich möglich oder nicht möglich ist. Und von der Seite der Herren Rumpold — Kunze wurde uns geschildert, daß derzeit gerade eine Bearbeitung für das Gesundheitsministerium gemacht würde. Sie haben uns das damals nicht als ARGE Kostenrechnung verkauft, sondern sie seien als Mitglieder einer Rationalisierungskommission hier tätig und müßten eine Ausarbeitung liefern, und da stecke der Herr Kaufmann mit drinnen, und mit dem hätten sie so Schwierigkeiten, ob wir ihnen da nicht einmal ein bißchen helfen könnten. Und mir schien es schon interessant, da einmal hineinzuriechen, und da sind zwei Mitarbeiter von uns zwei Tage dort im Hause gewesen und haben sich ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In der Neulerchenfelder Straße?

Becker: In der Neulerchenfelder Straße. Sie haben dort so Basisdaten der Krankenhausplanung — so ein bißchen kleines Einmaleins — verglichen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kostenlos?

Becker: Kostenlos, ja. Aber auch ein Posten, der im Rahmen von Akquisitionen an sich nicht so bedeutend ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat Ihnen Ing. Rumpold aus diesem Grunde vielleicht angeboten, als Subunternehmer bei der ABO mitzuwirken?

Becker: Ja, wir hatten damals auch schon über die Betriebsorganisation im Allgemeinen Krankenhaus gesprochen, auch schon damals waren diese Kontakte, und er hatte auch sein Interesse dafür bekundet, und wir hatten auch mal überlegt, ob eine Kooperation zwischen der MEDIPLAN und der ÖKODATA machbar sei. Ich hatte dafür auch mal so ein Dispositionspapier gemacht, das ein bißchen fachspezifisch geteilt war. Aber von seiten Rumpolds war da wenig Entgegenkommen dann später. Aber in der Phase, als wir über mögliche Kooperationen gesprochen haben, war auch diese Beratungsleistung da, und als das nachher eben nichts wurde, habe ich mich — das waren ja Mitarbeiter der MEDIPLAN Hamburg — bei unserer Geschäftsführung dafür verwendet, das nicht in Rechnung zu stellen, weil ich da weitere Auseinandersetzungen über die Angemessenheit oder nicht als nicht zielführend ansah.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie den Dr. Bauer?

Becker: Herrn Dr. Bauer bin ich einmal vorgestellt worden. Das muß vor 2 Jahren gewesen sein.

Abg. Dr. **Feurstein:** (ÖVP): 1979/78?

Becker: 1979 würde ich sagen, im Herbst.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In welchem Zusammenhang?

Becker: Das war im Zusammenhang ... Ja einen Zusammenhang hatte das eigentlich wenig. Wir haben uns in den Jahren 1978/79 sehr intensiv um Planungsleistungen im Allgemeinen Krankenhaus Linz bemüht. Und ich wußte, daß auch eine Bietergruppe dabei war, wo Wiener Architekten dabei waren und auch die ÖKODATA dabei war, und die hatten sehr früh herausbekommen —das war ja ausgeschrieben worden; ich weiß selbst nicht, ob Sie das so im Detail wissen —, daß sie da aus dem Rennen sind, und die hatten dann wiederum umgekehrt bei uns nachgefragt, ob sie nun nicht bei uns kooperieren könnten. Und in dem Zusammenhang bin ich mal dem Herrn Bauer vorgestellt worden. Es war so ein Gespräch von einer Viertelstunde vielleicht.

Obmann Dr. **Steger:** Ich muß die Einvernahme unterbrechen, da wir jetzt einige Anträge zu erledigen haben.

(Architekt Karsten Becker verläßt den Saal.)

(Die Sitzung wird um 12 Uhr 45 Minuten unterbrochen und um 14 Uhr 20 Minuten wieder aufgenommen.)

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl** *(nachdem Architekt Karsten Becker wieder in den Saal gerufen wurde):* Bitte, Herr Zeuge, wenn Sie wieder auf dem Platz, den Sie schon kennen, Platz nehmen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wir sind vormittag stehen geblieben beim Dr. Bauer. Was können Sie uns noch sagen über die Einflußnahme von Dr. Bauer bei Vertragsabschlüssen ganz generell? Hat Dr. Bauer hier irgendwo nach Ihrem Eindruck eine Einflußmöglichkeit gehabt?

Becker: Ich glaube nicht, daß er für uns positiv etwas getan hat oder getan haben könnte. Jedenfalls wüßte ich auch nicht, wann, wieso. Und inwieweit gegen uns, kann ich eigentlich auch nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber Dr. Bauer hat auf Grund seines Einflusses die Möglichkeit, auf Vertragsvergaben Einfluß zu nehmen. Das war nur eine neutrale Frage. Ich habe nicht gefragt, ob er für die Mediplan etwas getan hat.

Becker: Das kann ich Ihnen auch nicht beantworten, weil Herr Dr. Bauer meines Erachtens ja keine offizielle Funktion bei der AKPE oder sonstwie gehabt hat. Er wurde mir

gegenüber manchmal so als graue Eminenz gehandelt. Aber ich kann Ihnen da nichts Konkretes darüber sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Von wem wurde er als graue Eminenz gehandelt?

Becker: Es fällt mir im Moment schwer, das präzise zu sagen.

Abg. **Feurstein** (ÖVP): In welchem Kreis wurde er als graue Eminenz gehandelt?

Becker: Den Namen Bauer habe ich häufiger gehört, sowohl bei Gesprächen, die sich so im Rahmen der ORP-Bearbeitung ergaben, das heißt am AKH, sei es von APAK-Mitarbeitern oder AKPE-Mitarbeitern, aber auch bei der Infrabau. Der Kollege Sajbl hat mir bestimmt auch mal von Herrn Dr. Bauer berichtet.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Als graue Eminenz?

Becker: Also das ist meine Vokabel.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie sich vorstellen, daß Dipl.-Ing. Winter sagte, die Mediplan ist nicht — jetzt zitiere ich es wörtlich — unbedingt prädestiniert für betriebsorganisatorische Beratungen?

Becker: Ob er so was gesagt haben sollte? Das könnte ich mir vorstellen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum kann er das gesagt haben?

Becker: Das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bezieht sich das auf Riethmüller oder auf Mediplan?

Becker: Also wenn ich sage, daß ich es mir vorstellen kann, ist es eigentlich mehr so, daß ich mir vorstellen kann, daß er es gesagt hat, aber nur so ganz en passant. Von uns aus selber kann ich das eigentlich nicht sagen oder finde es auch sehr unwahrscheinlich, denn wir haben solche Leistungen erarbeitet und erbracht und das auch mit Erfolg, und jeder wußte darum. Wir haben eben ja auch wohl deutlich gemacht, daß wir in Deutschland gearbeitet haben und auch erfolgreich gearbeitet haben auf dem Gebiet.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Würden Sie das auch bestätigen, was andere Zeugen bereits gesagt haben: Wenn man Aufträge bekommen wollte oder möchte im Zusammenhang mit dem AKH, muß man sich mit Dr. Bauer einerseits und Dr. Wilfling in Richtung Stadt Wien gutstehen? Würden Sie dies, den gleichen Eindruck wiedergeben?

Becker: Ja, gutstehen: Wie gesagt, ich hab ja von Herrn Dr. Bauer als Graue Eminenz gesprochen. Daß beide Herren Bedeutung hatten und vielleicht auch Einfluß, ist mir klar, wobei bei Wilfling das eigentlich näherliegend war, weil er auch von Amts wegen mit dem Krankenhauswesen der Stadt Wien betraut war.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bei Dr. Wilfling fallen also Funktion und Einfluß zusammen, während bei Bauer der Einfluß als Tatsache, als Faktum allein bleibt?

Becker: Ja. Das war mir klar, daß Dr. Bauer keine offizielle Funktion in dem Sinne hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es war Ihnen auch bekannt, als Sie das in dieser Weise feststellten, daß Dr. Bauer Partner von Finanzminister — damals Finanzminister — Androsch war? Der Zusammenhang war Ihnen klar?

Becker: Zu dem Zeitpunkt, als wir das Angebot Betriebsorganisation machten, oder in der Zeit davor, ich will jetzt mal sagen, Sommer 1977, und in der Zeit darnach, bis wir eine offizielle Absage erhielten, war für mich das eigentlich noch gar nicht so klar. Ich hatte wohl den Namen Bauer mal gehört, aber eigentlich weniger so im direkten Zusammenhang. Ich habe Ihnen ja vorhin gesagt, damals diese Erläuterung in der „Wochenpresse", da war er auch namentlich, glaube ich, aufgeführt, wenn ich mich recht erinnere. Aber für mich war zu dem Zeitpunkt eigentlich so Ökodata und direkt Rumpold... oder ich hätte sie so eingeschätzt, daß Ökodata-Rumpold eigentlich direkten Einfluß hat und wohl auch irgendwo stärkeren Kontakt zur AKPE, weil auch bei der AKPE der Name Rumpold häufiger gefallen ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wissen, daß sich in den Notizen von Winter der Hinweis findet: Mediplan under pressure. Ich deute das so, daß Winter hier unter Druck gesetzt worden ist, er sollte die Mediplan beschäftigen, auch daß er grundsätzlich meint, die Mediplan ist nicht geeignet für betriebsorganisatorische Beratungen, und er weiß das auch, daß hier jemand versucht hat, Winter in dem Zusammenhang unter Druck zu setzen, die Mediplan zu engagieren. Wer könnte das gewesen sein, der Winter hier unter Druck gesetzt hat?

Becker: Ich habe vorhin schon gesagt auf eine ähnliche Frage, daß ich mir nicht vorstellen kann, daß von unserer Seite, das heißt also von seiten Mediplan oder auch von seiten Neue Heimat, ein Druck auf Winter ausgeübt worden ist, weil ich einfach nicht weiß, über welchen Draht das hätte passieren können.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nun, Winter war bei Ihnen in Hamburg.

Becker: Ja, nicht nur Winter, sondern auch

die beiden Herren des Vorstandes, soviel ich weiß.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mehrmals? Einmal?

Becker: Das kann ich Ihnen jetzt nicht genau sagen. Ich weiß von einer Reise, wo die Herren auch bei uns in Hamburg gewesen sind.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Diese Reise hat die Neue Heimat bezahlt?

Becker: Da bin ich im Moment überfragt. Mich hat man damals ein bißchen „ausgeschnopst", wie man hier so sagt. Ich war zu der Zeit gerade in Wien, und die Geschäftsführung in Hamburg hat mich da nicht dazu gebeten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer war Partner, wer hat die Gespräche von der Neuen Heimat mit den AKPE-Direktoren geführt?

Becker: Unsere seinerzeitige Geschäftsführung Mediplan Hamburg. Es ist wohl auch ein Gespräch bei Vietor gewesen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und?

Becker: Und — weiß ich nicht. Also auf jeden Fall mit der Geschäftsführung der Mediplan Hamburg, der seinerzeitigen Geschäftsführung Mediplan Hamburg.

Ab. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer wäre das?

Becker: Das waren seinerzeit die Kollegen Schmidt und Weiß.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie noch kurz fragen zur ORP-Planung. Sie wissen, daß hier manche Vertragsbestimmungen nicht eingehalten worden sind, eine ganze Reihe. Es wurde schon damals in Aussicht gestellt, in Wien ein Büro einzurichten. Es ist nicht eingerichtet worden. Das sind Dinge, die das Kontrollamt festgestellt hat und eigentlich feststehen.

Meine Frage lautet nun: Sie haben gesagt, daß sich nach und nach herausstellte, daß das Pauschalhonorar — es ist ein Pauschalhonorar vereinbart worden, keine Abrechnung, es mußte von Ihnen keine Abrechnung gelegt werden, sondern es ist ein Pauschalhonorar vereinbart worden ... Haben Sie — oder ich meine hier die Mediplan — Unterlagen, wie die tatsächliche Kostenentwicklung war? Haben Sie also der AKPE Unterlagen zur Verfügung gestellt über den tatsächlichen Aufwand, der für die ORP-Planung von Ihnen geleistet worden ist?

Becker: Wir haben jeweils zu den einzelnen Verhandlungsphasen der AKPE eine Gegenüberstellung gegeben, was wir getan haben, was wir mehr geleistet haben. Das hat zu den einzelnen Verhandlungsphasen unterschiedlich ausgesehen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das Kontrollamt kommt aber zu dem Schluß, daß einzelne Leistungen zweimal honoriert worden seien. Sie kennen diese Feststellung?

Becker: Es ist mir im Moment in diesem Zusammenhang nicht bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich lese Ihnen das vor auf Seite 242 des Kontrollamtsberichtes.

Becker: Diese Seite habe ich nicht. Wir haben nur Seiten am Anfang, 40 bis weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie können auch eine andere Numerierung haben. Es steht hier: „Da die BO-Planung" — und zwar hängt das zusammen mit der Betriebsorganisationsplanung — „naturgemäß bei der Entwicklung des ORP" — also der ORP 1978 — „als Grundlage für die abermalige Vorentwurfs- und Entwurfsplanung des Kerns der Anlage mitzuwirken hatte, beriet der BO-Planer Professor Riethmüller den ORP-Planer Professor Riethmüller. Da durch die Trennung der Leistungen zwei Verträge bestanden, wurde die als Einheit anzusehende Beratungsleistung auch zweimal honoriert."

Diese Formulierung bezieht sich — ich gebe es zu — vor allem auf Professor Riethmüller. Aber Sie bildeten ja eine Arbeitsgemeinschaft mit Professor Riethmüller, sodaß Sie nicht sagen können: Die Mediplan distanziert sich von der Leistung von Riethmüller, sondern gegenüber der AKPE sind als Einheit aufgetreten. Gegenüber der AKPE — Sie haben das ja vorhin, glaube ich, bereits einmal erwähnt — ist eine gemeinsame Honorierung erfolgt, es ist nicht Riethmüller getrennt und Mediplan getrennt honoriert worden. Und auf Grund dieser Doppelfunktion Ihres Partners entstand hier eine doppelte Honorierung, und auf Grund dessen wird behauptet, daß gewisse Kosten zweimal bezahlt worden sind, also nicht Kosten, sondern Leistungen zweimal honoriert worden seien.

Sind Sie mit dieser Aussage des Kontrollamtes von seiten der AKPE konfrontiert worden? Ist die AKPE an Sie herangetreten, und hat sie Ihnen mitgeteilt, daß hier der Verdacht besteht, daß ein und dieselbe Leistung zweimal bezahlt worden ist?

Becker: Nein, die AKPE ist in diesem Zusammenhang nicht an uns herangetreten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat Professor Riethmüller Ihnen gegenüber diesen Sachverhalt erläutert?

Becker: Nein, auch nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wissen also davon in dem Fall nur aus der Presse?

Becker: Also diese Formulierung, wie Sie sie mir soeben vorgelesen hatten, höre ich jetzt das erstemal.

Ich muß dazu sagen, daß ich vielleicht auch die Presse nicht so ganz lückenlos verfolge, wie das hier bei Ihnen der Fall ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich weiß nicht, ob es in der Presse stand.

Meine Frage nun dazu, weil hier also offensichtlich manche Leistungen zweimal bezahlt worden sind. Wir müssen das zur Kenntnis nehmen, daß das vom Kontrollamt festgestellt wird. Meine Frage wäre nun: Besteht eine klare Abrechnung zwischen Riethmüller und Mediplan? Oder wie erfolgte die Abrechnung des Gesamtauftrages 46 Millionen Schilling zwischen Riethmüller und Mediplan?

Becker: Ich darf vielleicht der Reihe nach das schildern. Wir haben eine gemeinsame Rechnungslegung gegenüber der AKPE. Diese Rechnungstellung jeweils ist von Prof. Riethmüller gemacht worden. Das war im Rahmen der Arbeitsteilung so vorgesehen. Die Arbeitsgemeinschaft hat in Tübingen ein Sonderkonto, auf das jeweils die Zahlungen überwiesen worden sind. Prof. Riethmüller hat Zugriff zu diesem Konto und hat dann jeweils unseren 50prozentigen Anteil weiter verrechnet, also an unser Hamburger Mediplan-Konto.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War das also echt 50:50, die Aufteilung?

Becker: Eine echte 50:50-Arbeitsgemeinschaft, ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wie würden Sie die Leistungen beurteilen?

Becker: Genauso, ja. Wir haben uns in der Arbeitsgemeinschaft intern am Anfang lange darüber unterhalten, um diese 50:50-Abgrenzung hinzukriegen, was zugegebenermaßen nicht ganz schwierig war. Aber auch vom heutigen Standpunkt aus betrachtet glaube ich, daß wir da eine richtige und gerechte Lösung gefunden haben. Jedenfalls, beide Partner sind bisher damit zufrieden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben gesagt, daß diese Arbeitsgemeinschaft immer noch eine Planung für das AKH durchführt und daß zeitweise Ihre Mitarbeiter angefordert werden. Gilt das für Riethmüller und Mediplan, oder gilt das für die Arbeitsgemeinschaft, oder gilt dieser Vertrag, die Fortführung dieses Vertrages nur für Mediplan?

Becker: Nein, der gilt für die Arbeitsgemeinschaft insgesamt. Die Arbeitsgemeinschaft besteht noch. Die Arbeitsgemeinschaft insgesamt hat eine Vereinbarung mit der AKPE für diese Leistung auf Nachweis im Jahre 1980. Im Jahre 1980 sind auch Besprechungen geführt worden, wobei dabei die 50:50-Teilung aufgehoben ist insofern, weil Mitarbeiter ja ganz gezielt für einzelne Leistungsbereiche abgefordert werden und wir lageintern das auch so abrechnen, daß da, wo die Leistung angefallen ist, auch das Geld hingeht, also wenn ein Mitarbeiter von Riethmüller gefordert wurde, daß das Geld an Riethmüller geht, und wenn einer von uns gefordert wird, das Geld an uns geht. Die Abrechnung sieht das auch getrennt. Also die Vereinbarung mit der AKPE sieht das auch so vor. Sie besteht aus zwei Teilen, also rein mannbezogene Kosten und auf der anderen Seite Reisekosten, die von Tübingen und Hamburg unterschiedlich angesetzt sind.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gibt es hier einen neuen Vertrag, denn im ORP-Vertrag ist diese Form der Honorierung nicht enthalten?

Becker: Darüber gibt es eine Vereinbarung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie diese Vereinbarung zufällig mit? Die kennen wir leider nicht.

Becker: Ich habe sie nicht mit, aber ich könnte sie Ihnen zustellen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns diese Vereinbarung zur Verfügung stellen auf kurzem Wege an den Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses?

Becker: Das läßt sich machen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wann ist die datiert? Ungefähr.

Becker: Wir haben darüber im Januar 1980 verhandelt und haben das Verhandlungsergebnis in Form eines Briefes an die AKPE gegeben, ohne dafür eine Bestätigung erhalten zu haben. Also wir haben die Gegenzeichnung der AKPE nicht in Händen. Ich kann Ihnen also insofern auch nur unseren Brief in die Hand geben. Es ist aber nach dieser Vereinbarung gehandelt worden. Also wir sind nach dieser Vereinbarung aufgefordert worden zu kommen und wir haben nach dieser Vereinbarung die Leistung abgerechnet. Im Jahre 1980. Im Jahre 1981 sind wir bisher noch nicht gefordert worden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie hoch war das Leistungsvolumen, die Honorarsumme in etwa für diese zusätzlichen Leistungen? Das könnten wir bei der AKPE auch erfragen.

Becker: Das kann ich nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ungefähr, die Größenordnung?

Becker: Das weiß ich nicht, weil der Anteil der Mediplan relativ kleiner war. Also der Anteil Riethmüller ist in dieser Beratungsklasse größer gewesen, weil seine Bereiche noch nicht so weit geklärt waren in zwei, drei Fällen. Deshalb kann ich das nicht sagen, ich müßte völlig raten, und ich möchte das nicht tun.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was ist der Gegenstand der Beratung? Oder können Sie uns einige Themen der Beratung nennen, vielleicht besser?

Becker: Es gibt einige Bereiche, also wie es in dem Vertrag heißt Elemente, das sind Abteilungen, wenn Sie so wollen, des Krankenhauses, die noch nicht so weit fertiggeplant waren, daß der Entwurfstand erreicht ist, und bei denen die AKPE das weitere Dabeisein der Arge-ORP im Planungsprozeß bis zum Fertigstellen des Entwurfes gerne gesichert haben wollte. Ich kann von Mediplan-Seite dazu sagen, daß es sich dabei einmal um die Apotheke handelt, weil es da erhebliche Schwierigkeiten gegeben hatte, und auf der anderen Seite um Teile der Forschungslaboratorien. Bei Prof. Riethmüller handelt es sich im wesentlichen um die Bereiche der Strahlentheraphie und der tierexperimentellen Abteilung. Also das so als die wesentlichen Punkte. Es gab noch ein paar kleine Bereiche, die aber, glaube ich, nicht so wesentlich waren.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie können uns nicht die ungefähre Summe der Honorare sagen? Sind es 2 Millionen, sind es 5 Millionen, sind es 10 Millionen?

Becker: Eine ganz grobe Schätzung. Ich würde sagen, das dürfte so in der Größenordnung von vielleicht 60 000, 70 000 Mark liegen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Also ungefähr 400 000, 500 000 S?

Becker: Es sind Teilrechnungen gestellt worden, und die richten sich immer so in der Größenordnung von 20 000, 25 000 Mark. Ich nehme jetzt an, daß drei oder vier Teilrechnungen gestellt wurden. Also so in der Größenordnung müßte es sein. Aber ich müßte wirklich nachschauen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie noch einmal im Zusammenhang mit der ORP-Planung fragen: Können Sie sagen, wie hoch Ihre Selbstkosten sind? Wir haben Sie schon einmal gefragt. Das können Sie nicht.

Becker: Nein, das kann ich Ihnen so auch nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber die Summe, die Honorierung beträgt 46,5 Millionen Schilling, das ist richtig?

Becker: Ja. Also von Umrechnungsschwankungen abgesehen ist das im groben richtig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Davon sind 50 Prozent zu Mediplan?

Becker: 50 Prozent Mediplan und 50 Prozent Riethmüller.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie können also nicht exakt sagen, Sie haben keine exakte Abrechnung zwischen den beiden Partnern, was die Leistung für diesen Auftrag betrifft?

Becker: Nein. Ich habe Ihnen das ja geschildert. Wir haben eine Rechnungsstellung auf Grund des erreichten Standes erstellt und haben diese Rechnung eingereicht, bezahlt bekommen und dann jeweils die Summen 50:50 aufgeteilt, wobei die Arbeitsgemeinschaftspartner sich gegenseitig über ihren Aufwand in Personal- und Sachkosten auch keine Rechenschaft geben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie sind ja Geschäftsführer der Mediplan Wien. Die Mediplan Wien hat sich eigentlich, soweit ich weiß, nur um einen einzigen Auftrag beworben, und zwar auch nur teilweise, im Feber 1978, nein, 1977, ich müßte nachschauen.

Becker: Im Oktober.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Im Feber 1978, BO-Auftrag, hat sich die Mediplan Hamburg beworben. Im Feber 1978 taucht dann ...

Becker: Nein, nein, das ist nicht richtig. Die Mediplan Hamburg im Namen der Mediplan Wien.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, sicher. Aber das Papier stammt von der Mediplan Hamburg. Das erste Mal haben wir das Mediplan-Wien-Papier in diesem Schreiben vom Feber 1978.

Becker: Ja, gut.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das ist richtig?

Becker: Das ist richtig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Alle anderen Arbeiten sind in Hamburg gemacht worden? Das erste Mal kommt das Schreiben vom 2. Feber 1978 mit der Mediplan Wien.

Becker: Es gibt meiner Meinung nach ein Schreiben davor, das auch schon von der Mediplan Wien kommt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Von wann wäre das?

Becker: Im Frühjahr sind zwei Schreiben gemacht worden, eines im Januar und eines im Februar.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Genau, das mag sein. Januar und Februar. Also hier scheint sie bei uns im Jänner, Feber 1978 das erstemal auf. Scheint die Mediplan Wien später noch einmal irgendwo auf?

Becker: Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wo?

Becker: Wir haben uns zum Beispiel in Linz beworben um das Allgemeine Krankenhaus Linz.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Weitere Beispiele? Da waren Gespräche mit Dr. Bauer.

Becker: Ein einziges kleines Gespräch, ja.

Aber in Linz haben wir uns beworben. Es ist ja seinerzeit die Planungsleistung ausgeschrieben worden. Dann haben wir uns um Planungsleistungen in Tirol beworben, und zwar ging es damals um das Nervenkrankenhaus Solbad-Hall und um eine Planung für den Gesundheitssprengel in Tirol. Aber das sind alles Sachen, die nicht zum Auftrag geführt haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es gibt also Bewerbungen?

Becker: Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es gibt aber keine Beauftragungen?

Becker: Es gibt keine Beauftragungen, nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In keinem einzigen Fall?

Becker: In keinem einzigen Fall.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Meine letzte Frage in diesem Zusammenhang: Warum hat man dann eigentlich den ORP-Auftrag nicht der Mediplan Wien zur Ausführung übergeben?

Becker: Es bestand eigentlich keine Notwendigkeit, das zu tun. Es war eine deutsche Arbeitsgemeinschaft, die ja mit viel Mühe in allen Richtungen, auch steuerrechtlich, abgesichert war. Es bestand eigentlich keine Notwendigkeit. Also ich muß hier sagen: Ich habe mir diese Frage auch nie gestellt. Sie überrascht mich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie sind Geschäftsführer, und wenn ich Geschäftsführer eines Unternehmens bin, hätte ich Interesse, daß dieses Unternehmen auch zum Arbeiten kommt.

Becker: Das ist richtig, ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Tatsächlich ist die Mediplan Wien eigentlich nie zum Arbeiten gekommen. Sie wurde 1976 gegründet, und 1981 besteht sie immer noch.

Becker: Ja, das Interesse an neuen Aufträgen, das ist richtig, Aufträge dahin zu übertragen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie lange wird die Mediplan Wien noch bestehen?

Becker: Das kann ich nicht sagen. Wenn wir nicht irgendwann zu Aufträgen kommen, nicht mehr allzu lange, schätze ich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Eigentlich müßte die Mediplan Wien mit einem Verlust abschließen. Es müssen gewisse Angebote ausgearbeitet werden.

Becker: Ja, ein normaler Bilanzverlust. Der entsteht ja einfach durch Prüfungsgebühren und sonstiges.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie groß ist der jährliche Verlust der Mediplan Wien?

Becker: Es waren im letzten Jahr, glaube ich, 60 000 S.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und in den früheren Jahren auch?

Becker: Etwa, ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer trägt diesen Verlust?

Becker: Die beiden Gesellschafter je zur Hälfte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Infrabau?

Becker: Und die Mediplan Hamburg, ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie das Verhältnis Tractus — Infrabau?

Becker: Ich habe vorhin schon gesagt: Aus der Presse und aus Verlautbarungen, aber Detailkenntnisse habe ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Über Herrn Sajbl?

Becker: Nein, ich habe keine detaillierten Kenntnisse. Er wollte mir das Ganze einmal erklären, aber ich habe ihm gesagt, daß mich das nicht besonders interessiert, das ist nicht meine Zuständigkeit. Warum soll ich mich um solche komplizierten Sachverhalte kümmern, wenn es mich nicht tangiert?

Ich habe ja nicht die Absicht, da irgendwo einzugreifen, irgend etwas zu tun. Ich habe da echt kein Interesse daran.

Obmannstellvertreter Ing. **Hobl:** Eine Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Steinbauer.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Was mir nur nicht

38 von 352u 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 6 (Seite 1587b bis 1937a) (gescanntes Original)

einsichtig ist, Herr Becker, daß Sie sich um das nicht kümmern, aber auch um die Mediplan Wien, die Ihnen jährlich 60 000 S kostet. Wozu erhält man eine solche Gesellschaft, die einem jährlich 60 000 S minus schafft, nun schon seit Jahren? Wozu wird die überhaupt weiter erhalten?

Becker: Wir haben für das Allgemeine Krankenhaus Linz im Herbst 1978 ein Angebot abgegeben, haben uns im weiteren sehr stark akquisitorisch bemüht und haben im Frühjahr, im Jänner 1980 zum Beispiel, dort die endgültige Absage erhalten. Also da sind wir akquisitorisch tätig gewesen. Im Moment läuft nichts, und es könnte auch sein, daß wir die Gesellschaft bald aufgeben, das kann schon sein. Aber wir haben das ja nicht auf das AKH bezogen, sondern wir wollten in Österreich insgesamt tätig sein, so wie wir es von München aus auch früher gewesen sind.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Kann es möglich sein ...

Becker: Darf ich das vielleicht noch zu Ende führen. Ich meine, ein Bilanzverlust von 60 000 Schilling ist zwar nicht schön, aber es ist auch im Rahmen von Akquisitionsaufwendungen, die wir insgesamt betreiben müssen, nicht ein Betrag, der uns sozusagen umschmeißt oder der uns in Bedrängnis geraten läßt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Besteht eine Hoffnung, daß man vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt dann mit den Nutzern im dauerhaften Betrieb des AKH zum Zug kommt, oder sind solche Überlegungen angestellt worden?

Becker: Nein, solche Überlegungen sind bei uns bisher nicht angestellt worden, und wir sind auch auf solche Sachen nicht angesprochen worden.

Obmannstellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Abgeorneter Dr. Feurstein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bezieht Herr Sajbl, der Geschäftsführer der MEDIPLAN Wien, ein Honorar für seine Geschäftsführertätigkeit?

Becker: Nein, genausowenig wie ich dafür ein Honorar beziehe.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer ist gewerberechtlicher Geschäftsführer? Sie wissen, Sie brauchen eine Gewerbeberechtigung in Österreich.

Becker: Da muß ich passen, das kann ich im Moment nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat die MEDIPLAN Wien einen gewerberechtlichen Geschäftsführer?

Becker: Ich glaube nicht. Ich weiß es nicht. Ich kann Ihnen das im Moment nicht sagen. Ich habe zwar neulich einmal gebeten, daß da ein Jurist dazu befragt wird, aber ich habe da noch keine endgültige Auskunft.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie bewerben sich um Aufträge beim AKH in Linz, in Tirol, Sozialsprengel Tirol, und Sie wissen nicht, ob Sie eine gewerberechtliche Konzession haben?

Becker: Ich sagte, ich habe mich darum bemüht, aber ich kann Ihnen das endgültige Ergebnis nicht sagen. Am Anfang der Gründung hat man immer gesagt, das wäre keine Schwierigkeit. Ich habe mich darauf verlassen. Aber da das ja gerade im Zusammenhang mit einigen AKH-Beauftragungen so sehr in den Vordergrund gespielt wurde, habe ich da nochmal hinterher nachgefragt, aber ich habe das im Moment nicht endgültig da. Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Sajbl hat keine Gwerbeberechtigung im Rahmen der Betriebsorganisationsplanung?

Becker: Nein, ich glaube nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Damit bin ich am Ende.

Obmannstellvertreter Ing. **Hobl:** Eine Zusatzfrage: Dr. Gradischnik.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge! Das Pauschalhonorar von 3,9 Millionen D-Mark war auf Stundensatz-Basis aufgebaut. Lag dem ein üblicher Tarif zugrunde?

Becker: Sie meinen das Pauschalhonorar ARGEORP.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wie ist das ermittelt worden?

Becker: Das ist ein Durchschnitt-Mann/Monats-Satz, damit ist das nachgewiesen worden, eine Mischung gewisser Mitarbeiter. Es ist immer sehr schwierig, so einen Nachweis zu führen, vor allem wenn es sich um zwei Büros handelt. Der AKPE ist, soweit mir bekannt ist, dieser Stundensatz erläutert worden anhand der tatsächlichen Kosten plus ein Overflow für allgemeine Geschäftsunkosten.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Ich meine, das ist nicht einfach hingeschätzt worden, sondern schon ermittelt worden? Wenngleich es ein Pauschalhonorar war?

Becker: Ja, ja. Das geht ja auch nicht ganz so einfach, denn erfahrungsgesmäß gibt es ja auch Vergleiche. Gerade viele Beratungsleistungen werden ja auf solcher Mann/Monats-Basis vergeben. Das ist für uns nichts Unge-

wöhnliches. Erstens wird dann meist schon nachgefragt, und dann gibt es auch häufig Vergleichsmöglichkeiten. Ich bin sicher, daß sich damals die AKPE um solche Vergleichsmöglichkeiten gekümmert hat. Ich kann es nicht sagen, ich habe damals die Verhandlung nicht geführt, aber ich möchte es mit Sicherheit annehmen, daß dem so war.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Zweite Zusatzfrage. Herr Zeuge! Wir haben hier ein Gutachten des Dozenten Dr. Leopold Mayer, der unter anderem ausgeführt hat, daß die MEDIPLAN Wien in der Zeit zwischen ihrer Gründung — 27. Dezember 1976 bzw. 4. Jänner 1977, also Eintragung im Handelsregister — und dem 31. Dezember 1979 weder direkt noch indirekt irgendwelche Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Neubau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien ausgeführt hat. Können Sie das bestätigen?

Becker: Das ist so, ja. Also wenn es beauftragte Tätigkeiten waren. Daß wir uns beworben haben, das nehme ich in dem Sinn nicht als Tätigkeit, sondern als Akquisition.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Sie haben sich also lediglich beworben, aber Sie haben keine Tätigkeit ausgeübt?

Becker: Nein.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Ich danke schön.

Obmannstellvertreter Ing. **Hobl:** Bitte, Herr Abgeordneter Bergmann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge! Wieviel Zeit haben Sie in Österreich verbracht, so im Zusammenhang mit Ihrem beruflichen Engagement? Engen wir es ein auf die Jahre 1976, 1977, 1978.

Becker: Alle 14 Tage war ich drei bis vier Tage in Wien. Urlaub abgezogen, Feiertage und so.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Da Sie eine Firma ohne Personal hatten, wo haben Sie dann Ihre dienstlichen Arbeiten durchgeführt?

Becker: Im Hause der Infrabau.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Im Sekretariat des Herrn Sajbl, oder wie genau?

Becker: Da gibt es einige Räume, wo ich arbeiten konnte. Nicht immer den gleichen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben dort sozusagen als Gastarbeiter auf Wanderschaft gearbeitet, oder wie kann man das bezeichnen?

Becker: Ja, das ist so. Ich würde mich da nicht als Gastarbeiter auf Wanderschaft bezeichnen, aber in einer saloppen Formulierung, wenn Sie das gerne wollen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie da irgendeine Miete, Untermiete oder Kostenanteile bezahlen müssen für die Bürotätigkeit?

Becker: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Im wesentlichen haben Sie aber Ihre Arbeiten in Hamburg erledigt und haben das dann nur nach Wien mitgenommen?

Becker: Ich bin insgesamt mehr in Hamburg gewesen als in Wien.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist Ihnen im Zuge Ihrer oftmaligen Aufenthalte in Wien, wo Sie ja sicher nicht nur in der Infrabau waren, sondern auch mit vielen anderen Menschen noch zu tun hatten, die massive Kritik bekanntgeworden, die nicht von allen, aber die es auch an Professor Riethmüller und seinen Leistungen gibt?

Becker: Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Können Sie das ein bißchen präzisieren, was Sie da gehört haben?

Becker: Ja, Professor Riethmüller wurde häufig vorgeworfen, eine — ja, wie soll ich sagen — von der unmittelbaren Nutzerbezogenheit zu abgerückte Planungstätigkeit zu entwickeln. Besonders stark war dieser Vorwurf auch wiederholt zu hören bei Nutzerabstimmungen im Rahmen der ORP-Arbeit. Da ist teilweise sehr handfest von uns auf Professor Riethmüller geschimpft worden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie diese Kritik geteilt?

Becker: Ja, das ist eine schwierige Frage. Ich muß sagen: ja und nein. Das bezieht sich aber nicht auf Riethmüller allein, sondern auf die Art von betriebsorganisatorischen Tätigkeiten im Krankenhaus überhaupt. Wir haben auch bei uns bürointern häufig Streitereien, weil es eine Tätigkeit ist, die schwer zu fassen ist. Auf der einen Seite bedarf es einer sehr qualifizierten theoretischen Vorarbeit. Dazu braucht man Leute, die zu dieser theoretischen Arbeit fähig sind. Das sind oft Leute, die sich in direkten Konfrontationen mit anderen nicht so bewähren. Dann braucht man aber dazu auch Leute, die so im Sinne des Beraters mit den dort Nutzenden umgehen können. So ist es immer — auch bei uns zum Beispiel —, daß die Leute, die mehr so im stillen Kämmerlein arbeiten, diese Art Tätigkeit am liebsten so strukturieren, daß sie sozusagen zu Hause bleibt, nur umfangreiche und schön formulierte Papiere auf den Tisch bringt, mit denen meistens die Nutzenden nicht viel anzufangen wissen. Die anderen

sind also der anderen Meinung. Diesen Widerstreit gibt es.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Heißt das, daß der zentrale Vorwurf war, daß der Riethmüller ein — um das jetzt auch pointierter zu formulieren — Schaumschläger war?

Becker: Also solche Äußerungen sind wohl von Zeit zu Zeit mal gekommen, ja. Das teile ich persönlich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sind diese Äußerungen eher aus dem Bereich des einen Eigentümers, nämlich der Gemeinde Wien, der Stadt Wien, Vertretern der Stadt Wien, oder des Bundes gekommen?

Becker: Ja, doch, Gemeinde Wien schon, aber auch von der anderen Seite ist Kritik gekommen, vielleicht manchmal nicht ganz so direkt, aber sie ist auch gekommen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist es dann kein Widerspruch, daß ausgerechnet der Professor Riethmüller mit Ihnen eine Arbeitsgemeinschaft eingeht, die dann auch noch einen Auftrag kriegt?

Becker: Ja, Widerspruch hin, Widerspruch her. Ich sagte Ihnen ja, daß es so immer diese beiden Pole gibt. Wir haben auch in Deutschland mit Professor Riethmüller Arbeitsgemeinschaften und müssen uns über solche Dinge natürlich immer wieder ein bißchen streiten und haben da auch interne Auseinandersetzungen im Rahmen unserer Arbeit.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Heißt das, daß im Rahmen des Baues in Aachen diese Schwierigkeiten auch aufgetreten sind?

Becker: In Aachen gibt es das auch. In Augsburg haben wir auch eine Arbeitsgemeinschaft für die Betriebsorganisation, und da hat es sie teilweise auch gegeben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Warum sind Sie dann diese Arbeitsgemeinschaft eingegangen, wenn solche Probleme da sind? Gibt es in ganz Europa keinen anderen Partner, oder wären Sie imstande gewesen, den Auftrag auch allein durchzuführen?

Becker: Häufig hat daher der Auftraggeber ein ganz gewichtiges Wörtchen mitzureden, wer als Partner in Frage kommt und wer nicht. Da wirft sich für uns dann meistens die Frage auf: Auftrag ja oder nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren Sie der Meinung, daß es eine starke Empfehlung des Auftraggebers gibt, eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Professor Riethmüller einzugehen?

Becker: Sie meinen jetzt hier in Wien?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja. Beim ORP-Auftrag.

Becker: Ich vermute, daß dem so war. Ich kann es nicht sagen. Ich habe damals die Vertragsverhandlungen nicht mitgemacht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat an den Vertragsverhandlungen eine der grauen Eminenzen teilgenommen?

Becker: Welche „Grauen Eminenzen"?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Sie vorhin genannt haben: Dr. Bauer oder Dr. Wilfling.

Becker: Ich glaube nicht. Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben für den Abgeordneten Marsch ein oder zwei Gutachten erstellt. Wie gut kennen Sie denn den Abgeordneten Marsch?

Becker: Ich habe ihn zweimal gesehen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ausschließlich im Zusammenhang mit diesem Gutachten jetzt oder vorher schon?

Becker: Nein, vorher nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer hat denn diese Gutachten eigentlich bezahlt?

Becker: Ich weiß es nicht. Können Sie mir sagen, welche Gutachten das sind?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP) *(dem Zeugen Unterlagen vorlegend)*: Und hier von der Mitte dann, Dr. Maier. Ist der Maier überhaupt Wirtschaftsprüfer der MEDIPLAN in Wien? Wer ist Wirtschaftsprüfer der MEDIPLAN Wien?

Becker: Die Alpen-Treuhand.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie das in Auftrag gegeben?

Becker: Nein. Es ist darüber gesprochen worden, daß diese Sachen gemacht werden sollen, aber wir haben dafür keine Aufträge erteilt. Wir haben unsere Zustimmung dazu gegeben, daß diese Dinge überarbeitet werden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben nicht die Ausarbeitung des Gutachtens dann bezahlt?

Becker: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist das nicht im Honorar des Wirtschaftsprüfers drinnen? Was ist denn Ihrer Meinung nach der Wert dieser beiden Gutachten?

Becker: Jetzt meinen Sie den Honorarwert? Oder?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein. Der Wert im Sinne der Aussage. Was ist der Aussagewert dieser Gutachten?

Becker *(die Unterlage des Abg. Dr. Feurstein durchblätternd)*: Ich muß sagen, dieses erste, ich weiß, daß es erstellt worden ist, ich lese sogar dieses jetzt zum ersten Mal, das ist an sich nur eine Kommentierung einer Unterlage, die unser Hamburger Wirtschaftsprüfer geliefert hat. Und in der Interpretation dessen kann ich nicht sagen, ob das richtig ist. Ich bin da zuwenig zu Hause.

Die Ausgangsdaten dafür, die von der Treuhand-Gesellschaft in Hamburg gekommen sind, die sind richtig dafür, das weiß ich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mit dem 46,5-Millionen-Auftrag der MEDIPLAN, ORP-Auftrag haben Sie gesagt, wurde ausschließlich die MEDIPLAN Hamburg und nicht die MEDIPLAN Wien befaßt.

Becker: Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn es daher — hypothetisch — zu einer Gegenleistung der Neuen Heimat gekommen wäre, der Neuen Heimat in Richtung von SPÖ-Firmen, Sie haben sicher davon gelesen . . .

Becker: Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): . . . , dann wäre diese Gegenleistung Ihrer Meinung nach doch sicher nicht über die MEDIPLAN Wien abgewickelt worden?

Becker: Das ist eine hypothetische Frage. Ich kann Ihnen nicht sagen, worüber die abgewikkelt worden wäre. Sie ist nicht abgewickelt worden!

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber von einer Gegenleistung, von einer Absicht, über die MEDIPLAN Wien eine Gegenleistung abzuwikkeln, ist Ihnen nichts bekannt?

Becker: Nein. Ich hätte ja das schon versucht anfangs darzustellen. Wenn es solche Sachen gegeben hätte, bin ich sicher, daß man mich davon informiert hätte, denn das ist ja, wie man's auch immer macht, ein Akquisitionsvorteil. Und derjenige, der draußen akquiriert, dem hätte man das ja erzählt. Man hat mir nichts erzählt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Eben. Und daher ist der Wert dieses einen Gutachtens, das darstellen soll, daß die MEDIPLAN Wien nichts gemacht hat außer dem, was man „eh" weiß — nämlich nichts —, eigentlich ein Null-Wert, ist eine Null-Aussage.

Zum zweiten Gutachten: Wie weit sind Sie denn informiert über dieses Bestreben der Neuen Heimat, mit SPÖ-Firmen ins Geschäft zu kommen? INFRABAU, Tractus, PILGRAM-Zentrum?

Becker: Ja ich weiß, daß die INFRABAU von der Seite der Neuen Heimat eine 50prozentige Beteiligung hat, das weiß ich mittlerweile, das ist ja breitgetreten worden, und ich weiß auf der anderen Seite, daß es sozusagen Prinzip aller Beteiligungsgesellschaften in der Neuen Heimat International ist, daß die Gesellschaft, die die ganze Auslandsbeteiligung hält, jeweils etwa zu 50 Prozent in den Ländern vertreten zu sein hat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es ist mittlerweile hier bekannt, daß Gelder von der Neuen Heimat in den SPÖ-nahen Firmenbereich geflossen sind. Waren Sie in diese Aktion jemals eingebunden? Haben Sie davon Kenntnis gehabt?

Becker: Nein. Ich habe davon keine Kenntnis.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Könnte das „Austricksen" oder wie immer Sie einen herrlichen deutschen Ausdruck verwenden, den ich gar nicht gekannt habe, daß Sie bei der einen Dienstreise des AKPE-Vorstandes nach Hamburg nicht eingeladen worden sind, in Zusammenhang damit stellen, daß hier über Aufträge hinaus auch andere Dinge verhandelt worden sind, die nicht in die Kompetenz des Geschäftsführers der Wiener MEDIPLAN fallen?

Becker: Das halte ich für sehr unwahrscheinlich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber Sie können es nicht ausschließen?

Becker: Nein. Ausschließen kann ich es nicht. Ich bin nicht dabei gewesen, so kann ich es nicht ausschließen. Ich halte es aber insofern für unwahrscheinlich, weil ich mir nicht vorstellen kann, wenn so etwas gewesen ist und auf so hoher Ebene angesiedelt, daß man sich dann mit dem AKPE-Vorstand darüber detailliert unterhalten hätte. Daß man mich damals nicht dabei gehabt hat, ist einerseits eine ganz praktische Sache, weil ich in Wien zu tun hatte, und auf der anderen Seite habe ich mich seinerzeit mit einem unserer Geschäftsführer nicht so furchtbar gut verstanden. Falls es irgendwo Erfolg gibt, will sich das jeder an die Brust heften, und da hat er mich fern gehalten. Das ist mein Eindruck damals gewesen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es hat um diese eine Reise und um die erste Hälfte des Jahres 1976 überhaupt eine offenkundig rege Reisetätigkeit nach Hamburg gegeben. Ist Ihnen eine Reise der Herren Hogl, Glanninger, Aufmesser *(alle phonetisch)* zur Neuen Heimat aus dem März 1976 in Erinnerung?

Becker: Na ja, ich weiß, die sind, glaube ich, bei der Bau-Data gewesen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Herr Nebl ebenfalls wenige Tage später. Dann kommt zu der großen Reise um den ORP-Auftrag der ganze Vorstand. Dann war im August noch einmal der Herr Glanninger in Hamburg.

Becker: Das ist mir neu. Das wußte ich auch noch nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Dann hat es am 19. und 20. 7., da könnten Sie uns hier einen guten Dienst erweisen, einen Vertreter der AKPE, dessen Name uns nicht bekannt ist, gegeben, der bei der Firma MEDIPLAN in Hamburg einen Besuch abgestattet hat.

Becker: Wann war das?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das war, wahrscheinlich für Sie schwierig, 19., 20. 7. 1976.

Becker: Nein. Das weiß ich nicht mehr.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Könnten Sie uns den Gefallen tun und nachschauen, vielleicht steht das in Ihren Repräsentationsabrechnungen oder sonstwo dabei?

Becker: Ich werde nachforschen. Ich darf mir das mal aufschreiben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Bitte.

Becker: Es ist das Datum dann ja doch wichtig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Vereinbarung mit der AKPE über die Weiterführung der Beratungstätigkeit . . .

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das war der 19. und 20. Juli 1976, ein Vertreter der AKPE.

Wie hat denn eigentlich der Professor Seitz reagiert, als er von der Erfolglosigkeit der Bewerbung um den BO-Auftrag erfahren hat?

Becker: Mir ist eine besondere Reaktion jetzt nicht erinnerlich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber er hat sich ja extrem bemüht, sich sehr hochrangig bemüht, Fürsprache für die MEDIPLAN in Wien zu bekommen. Da muß doch die Enttäuschung extrem hoch gewesen sein.

Becker: Also mir ist es nicht erinnerlich, und ich meine, es ist an sich nichts Besonderes, daß man mal eine Absage kriegt, auch bei Dingen, wo wir sozusagen bis zum Vorstandsvorsitzenden versucht haben, die Wege zu ebnen. Das kommt leider Gottes vor.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie haben Sie denn versucht, die Wege zu ebnen?

Becker: In diesem Falle nicht. Aber es gibt andere Fälle. Weil vorhin gefragt wurde, inwieweit auch Vorstandsherren, beispielsweise Beiratsmitglieder, versuchen einzuschreiten. Das ist durchaus üblich, und, ich glaube, nicht so verwunderlich, daß, wenn irgendwo Kontakte bestehen, wir schon zusehen, daß uns da Türen geöffnet werden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nun ist es wahrscheinlich für eine so große Firma wie die Ihre nicht ungewöhnlich, daß man bei einem Auftrag nicht zum Zug kommt, aber die Enttäuschung ist vielleicht dann etwas größer, wenn man der Meinung ist, daß bei dieser Auftragsvergabe vielleicht nicht alles gestimmt hat oder zumindest Dinge vorgegangen sind, die man sich nicht erklären kann. Sie haben gemeint, ÖKODATA und ODELGA haben immerhin nicht die internationale Erfahrung mit auf den Tisch legen können, und Sie waren der Meinung, daß die Preise auch nicht darauf hingedeutet haben, daß es sich um den Bestbieter gehandelt hat.

Findet man sich da ab, wenn man ohnehin schon festgestellt hat, daß es sich um eine politische und nicht um eine fachliche Entscheidung handelt?

Becker: Ja, ich kann Ihnen nur sagen, was ich selber dann in diesem Falle tue. Ich versuche das schon auch bei uns im Hause bei Geschäftsführung und Vorstand dann damit bewenden zu lassen. Ich meine, Information, warum man jeweils durchgefallen ist, ist ja auch für andere Akqusitionen auch sehr wertvoll, gerade wenn es sich um Sachen des Preises handelt, dann versuche ich schon, da noch Informationen einzuholen. Aber wenn ein Auftraggeber einen Auftragnehmer, auch wenn er von sich selbst der Meinung ist, er ist der tüchtigste und beste, ihn absolut nicht haben will, dann ist es ja auch sinnlos, sich noch weiter anzustrengen. Ich kann mir aber nicht vorstellen, daß das eine vernünftige Zusammenarbeit ergibt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Gibt es ein Schriftstück oder einen Aktenvermerk von Ihnen nach Hamburg, eine Analyse, warum Sie den Auftrag nicht bekommen haben?

Becker: Ich habe seinerzeit da einen Aktenvermerk an den Vorstand formuliert.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie glauben, daß dieser Aktenvermerk für uns zugängig ist?

Becker: Ich weiß jetzt nicht mehr so genau, was ich da geschrieben habe, aber . . .

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was immer es ist, es interessiert uns.

Becker: Da müßte ich mir das Okay meiner Geschäftsführung holen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Um wieviel haben Sie denn das ABO-Offert für zu hoch gehalten?

Becker: Das kann ich Ihnen jetzt so in Schilling nicht genau eingrenzen, vor allen Dingen, weil ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Können Sie es prozentmäßig ein bißchen?

Becker: Ich darf da vielleicht ein bißchen ausholen: Es wurde ja seinerzeit, also im Vorfeld der Ausschreibung, eigentlich bevor diese Ausschreibung draußen war, ob wir auch davon wußten und auch ja bei der AKPE deponiert hatten, daß wir uns dafür interessieren, wurden von verschiedenen Mitarbeitern dort und auch Mitarbeitern der APAK immer so eine Größenordnung von 300 Millionen Schilling als Auftragssumme gehandelt, und ich habe das für sehr viel gehalten. Vor allen Dingen konnte ich mir nicht vorstellen, daß man mit einer Ausschreibung, wie präzise sie auch immer geartet ist, eine so hohe Beratungsleistung für präzise Ausschreibung anbieten könne. Und Sie haben ja, wie ich hier gesehen habe, doch auch unser Angebot doch relativ lückenlos vorliegen. Wir haben ja auch deutliche Abgrenzungen da gemacht, weil einige Sachen einfach in so einem so frühen Stadium nicht so einzugrenzen sind.

Wenn ich aber jetzt unser Angebot mal nehme, da wären wir wohl bei so etwas über 200 Millionen Schilling gelandet. Das war so meine Schätzung seinerzeit.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Oder 430?

Becker: Welche 430? Das weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Oder 300? — Das heißt ein Drittel, 30 Perzent.

Becker: Ja, also etwas mehr als zwei Drittel dessen, was so gehandelt wurde.

Mich hat dann gewundert, daß eben für über 100 Millionen Schilling eine erste Stufe herausging, wobei ich die exakte Leistungsabgrenzung der ersten Stufe nicht weiß. Das ist uns ja nicht bekanntgegeben worden, und auch im Rahmen der weiteren Planung oder unserer weiteren Beteiligung bei der ORP-Planung habe ich das so exakt nicht feststellen können, also jedenfalls so als Beobachter. Aber ich hatte schon den Eindruck, daß das recht üppig ist, vielleicht auch üppig in der Leistungsanforderung. Aber das ist ja im Grunde genommen genau das gleiche. Ich meine auch, daß solche Planungen, auch wenn man sich die Leistungsanforderungen zu hoch schraubt, auch einfach nicht machbar sind. Es gibt ja eine Grenze, wo man einfach mit einer vorausbestimmten und vorausgedachten Leistung sagt, das ist es, das machen wir dafür, und die in Größenordnungen einfach nicht abgreifbar ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn Sie es begutachten müßten, würden Sie das Angebot der MEDIPLAN als das seriösere Angebot betrachten?

Becker: Ich kenne die anderen Angebote nicht. Aber wir haben uns seinerzeit in der Kürze der Zeit schon bemüht, eben auch eine stärkere beraterbezogene Leistungspalette aufzubauen. Ich weiß nicht, ob Sie es so im Detail gelesen haben, aber wir haben ja seinerzeit auch ganz deutlich gesagt, daß wir eine solche Planung nur als sinnvoll erachten können, wenn der Berater und Planer am Anfang einen sehr hohen Leistungsanteil hat, der sich zur Errichtung und Inbetriebnahme immer mehr ausdehnt, und daß der andere Partner, der sozusagen durch diese Ausdehnung offen wird, durch Mitarbeiter des Nutzers ausgefüllt werden muß, sodaß bei der Inbetriebnahme ein relativ sicherer Personalstand des Nutzers da ist, der in diesem ganzen planerischen Überlegungen, wie man diesen großen Apparat wird in Bewegung setzen können und ihn in Gang setzen können, zu Hause ist, um dann sozusagen als Multiplikator in dem Betrieb arbeiten zu können. Das unterschied sich ganz im wesentlichen von dem, was eigentlich in der Ausschreibung gefordert war. In der Ausschreibung gefordert war eigentlich sozusagen eine perfekte Leistung ohne einen allzugroßen Anteil auf der anderen Seite. Es war zwar nach einer Abschätzung der Nutzerleistungen gefragt, aber, wie wir das jedenfalls verstanden haben, in einer sehr zurückgenommenen Form.

Und insofern ist dieser Vergleich ein bißchen schwierig, wenn Sie jetzt sagen: seriöser. Aus unseren seinerzeitigen Erkenntnissen standen auch die Schwierigkeiten, die wir in anderen Stellen, zum Beispiel in Aachen, gehabt haben, nämlich mit der Übertragung des Geplanten in die Realität, waren wir zu dem Zeitpunkt der Meinung, es geht nur so, wenn man das stärker nutzerbezogen, stärker beraterbezogen, stärker mit den Leuten macht und diese auch dann eben eine wirklich mannstarke Truppe auf der Nutzerseite sozusagen als richtiges Planungsteam mit einarbeiten, die nachher in Schlüsselstellungen arbeiten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn Sie dem schon ausweichen, was ich durchaus verstehen kann, daß Sie sagen, das eine Angebot ist seriöser als das andere, so kann es ja auch sein, daß die Ausschreibung unseriös war. Haben Sie den Eindruck gehabt, daß sie auf etwas Bestimmtes zugeschnitten war?

Becker: Nein, den Eindruck hatte ich nicht, auch im nachhinein nicht, daß sie jetzt auf eine

44 von 35Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 6 (Seite 1587b bis 1937a) (gescanntes Original)

bestimmte Bietergruppe schon zugeschnitten war, sondern eigentlich mehr so die Naivität ein bißchen eines Menschen, der damit anfängt. Das ist vielleicht jetzt eine etwas harte Aussage, aber ich weiß, daß seinerzeit in Aachen solche Leistungen ausgeschrieben wurden und die Ausschreibenden genauso hilflos davor saßen und eigentlich das, was ausgeschrieben wurde, nochmals in Vertragstexte gegossen wurde, sich einfach mit der Realität nachher nicht mehr deckte. Und ich hatte hier auch den Eindruck, daß der Praxisbezug ein bißchen fehlte bei dem, was man wollte von den Bietern.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sind Sie der Meinung, daß die APAK imstande ist, das alles zu beurteilen, was an Ausschreibungen hereinkommt?

Becker: Ja, Leute sind es genug, aber ob die Qualifikation immer da ist, weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie waren in der Frage ÖKODATA — ODELGA heute etwas präziser. Sind Sie bei der APAK Leuten begegnet, die Sie von der ÖKODATA her schon gekannt haben?

Becker: Nein. Also mir sind da keine begegnet.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Würden Sie einen der APAK-Partner als international renommiert bezeichnen?

Becker: International, ich weiß nicht, wie weit man den Bogen spannen will, also die Architekten Marchart, Moebius und Partner sind uns bekannt, wir haben mit denen zusammengearbeitet in Deutschland, sie sind uns als gute Krankenhausarchitekten bekannt. Also das kann ich schon sagen. Die beiden anderen Partner der APAK kenne ich aus irgendwelchen Zusammenarbeiten nicht, weiß allerdings, daß die Austroplan beispielsweise international tätig ist. Aber ich habe da keine spezielleren Kenntnisse, gerade was krankenhausspezifische Planungsleistungen betrifft.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie Probleme in diesen Bereichen gehabt?

Becker: APAK?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja.

Becker: Die APAK mußte unsere Rechnungen prüfen, insofern haben wir uns machmal auseinandergesetzt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es ist eine Frage, ob Sie den Eindruck hatten, daß das jemand versteht oder daß das eher in einer hilflosen Form betrieben wird.

Becker: Also in dem Bereich der ORP-Planung war das doch eigentlich von einem sehr starken Bemühen gekennzeichnet, sich da einzuarbeiten und zu Hause zu fühlen, so die krankenhausspezifischen Schwierigkeiten und Kenntnisse aus wirklich langjähriger Erfahrung vielleicht nicht so stark.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Halten Sie die Konstruktion, mit der Sie ja zu tun hatten, AKPE — APAK, Betriebsorganisation ABO, mit Subaufträgen rundherum für eine überschaubare, auf Grund Ihrer internationalen Erfahrungen im Vergleich zu anderen für eine überschaubare Konstruktion, die imstande ist, rasch und rationell oder — in der Diktion des Wiener Bürgermeisters — optimal zu arbeiten?

Becker: Ich halte sie für zu kompliziert. In der personellen Zusammensetzung nicht immer ideal, muß ich schon sagen. Ich glaube, daß die AKPE und die APAK beide sich um die Erledigung von Aufgaben mehr streiten, als sie zu lösen, weil zu viele Kompetenzüberschneidungen und auch personelle Überschneidungen da sind. Ich kann das nur als Beispiel nehmen, wenn ich Ihnen das einmal ausführen darf.

Als wir hinkamen, die Neue Heimat in Hamburg, haben wir ja für niedersächsische Hochschulen seinerzeit ein Ausbauprogramm gemacht, hatten ja eigentlich so eine Funktion, die in Teilbereichen denen der APAK entsprang, als Gesamtbetreuer dieser Maßnahme. Es gab ein Gegenstück letzten Endes zur AKPE, das war die niedersächsische Hochschul-Baugesellschaft. Dort war es so, daß vor allen Dingen sehr zielführende Konstruktionen, daß die Bauherrngesellschaft, also die Hochschul-Baugesellschaft, mit wenig Personal ausgestattet war und die Aufgaben an den Betreuer delegierte und noch kontrollierende Funktion hatte beziehungsweise gewisse Schlüsselentscheidungen zu treffen hatte.

Seinerzeit, ich kann Ihnen das jetzt nicht genau sagen, war die HBG, das war die Abkürzung, hatte ungefähr 25 oder 30 Mitarbeiter, als dieses Programm lief.

Ich würde sagen, es schiene mir sinnvoller zu sein, eine ähnliche Konstruktion zu finden, das heißt also, als Bauherrngesellschaft sich entweder stärker auf die rein kontrollierende Funktion zurückzuziehen, auf sozusagen grundsätzliche Entscheidungsfunktion, einen Projektmanager oder Betreuer oder wie man das nennen will, da gibt es mittlerweile viele Ausdrücke, stärker die Arbeit machen zu lassen, der nur an wesentlichen Stellen zu kontrollieren, aber sehr viel Tiefes. Oder eben die Arbeit selbst zu machen, was ich mir auch vorstellen könnte, daß eine Gesellschaft das alles selbst macht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie bei dieser Betrachtung irgendwann Wahrnehmungen gemacht, daß Firmen im Subauftrag aufscheinen, die zuerst eine Leistung erbringen und dann im Bereich der APAK als Subunternehmer diese Leistungen zu beurteilen haben?

Becker: Es wurde manchmal gerüchteweise von der AGIPLAN und Prof. Wojda gesprochen, aber ich habe da keine genauen Kenntnisse, ich weiß das nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Außer dem Prof. Wojda — das wissen wir schon —, außer dem Prof. Wojda haben Sie nichts gehört?

Becker: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer war Ihr Partner bei der APAK im Hinblick auf die Anerkennung der Honorarforderungen ?

Becker: Es waren zwei Herren, der Herr Miller-Aichholz und der Herr Wolf. *(phonetisch.)*

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Zu welcher Gruppe gehören die beiden Herren? Zu welchem Partner der APAK?

Becker: Meiner Meinung nach Austroplan, aber ich weiß es nicht genau. Ich weiß nur, daß Herr Miller manchmal noch internationale Sachen hatte und immer wegreisen mußte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum war es eigentlich so, daß Sie bei der APAK mit Ihren Zusatzforderungen besser durchkamen als bei der AKPE?

Becker: Den Eindruck hatte ich gar nicht, daß wir da besser durchkamen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das Kontrollamt stellt fest, daß Ihre Honorarforderungen im Oktober 1977 von der AKPE abgelehnt worden sind und dann von der APAK dem Grund nach nicht bestritten wurden. Sie haben also bei der APAK mehr Anteilnahme gefunden mit Ihrer Nachforderung als bei der AKPE. Was war der Grund?

Becker: Das kann ich nur vermuten. Wahrscheinlich weil die Herren besser im Detail zu Hause waren. Ich habe das auch gelesen, aber mir ist da keine Erinnerung bekannt. Wir haben zum Beispiel keine definitiv endgültige Ablehnung der AKPE in der Hand, die durch eine APAK-Geschichte aufgeweicht wurde. Das muß im Rahmen einer Verhandlungsrunde gewesen sein, daß es da intern Streitigkeiten gegeben hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist Ihnen bekannt, daß im Oktober 1977 die AKPE Ihre Forderungen abgelehnt hat, 3. Oktober 1977, dann 3 Wochen später die APAK eine positive Stellungnahme abgegeben hat, die dann zu diesem Arrangement geführt hat.

Becker: Im Oktober, im Herbst 1977, haben wir Forderungen gestellt, ich kann Ihnen das jetzt nicht genau sagen, und haben mehrere Verhandlungsrunden in Wien unterhalten. Es ging da ziemlich hart her. Und was die APAK dazugetan hat, also ein Papier der APAK dazu, habe ich nicht in Händen, kann ich Ihnen nicht sagen. Aber da die APAK ja zuarbeiten mußte der AKPE, das wurde auch jeweils gefordert, wir wurden ja auch immer, wenn wir unsere Forderungen auf den Tisch gelegt haben, sozusagen zeitlich vertröstet, und es wurde gesagt: Es muß erst durch uns die APAK geprüft werden. Ich persönlich hatte nicht den Eindruck, daß wir so dort irgendwo bevorzugt werden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Besser oder schlechter behandelt?

Becker: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge! Ein sanfteres Thema zwischendurch. Wenn Sie so in Wien waren, haben Sie da ja auch gesellschaftliche Dinge manchmal gepflogen. Sind sie gelegentlich im Club 45 vorbeigekommen? Wissen Sie, was der Club 45 ist?

Becker: Aber ich bin dort nie gewesen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie waren auch nie eingeladen?

Becker: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat der Herr Dr. Wilfling je mit Ihnen über sein Institut geredet?

Becker: Nein.

Ab. **Bergmann** (ÖVP): Hat auch nie das Ansinnen gestellt, irgendwelche finanzielle Unterstützungen für eine Veranstaltung oder etwas ähnliches zu erhalten?

Becker: . . .

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sind Sie ein SPD-Mitglied?

Becker: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben auch mit der ARGE Kostenrechnung zu tun gehabt.

Becker: Ja, wie ich vorhin schon geschildert habe.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und Sie haben uns vorhin gesagt, daß Sie so nicht genau gewußt haben, ob der Herr Kunze jetzt ein ÖKODATA-Mann oder ein ARGE-Mann ist oder ein Consultatio-Mann oder wo immer er auftaucht. War das der Gesamteindruck, Ihr Gesamtein-

46 von 352u 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 6 (Seite 1587b bis 1937a) (gescanntes Original)

druck, daß das eine Büro- und Firmeneinheit ist?

Becker: Also ich kann mich erinnern, daß, wenn ich da mit den Herren gesprochen habe, ich habe einmal mit Herrn Kunze allein geredet und sonst eigentlich immer mit Rumpold, Kunze gemeinsam, deswegen für mich war das so eigentlich eines. Wo sich das abgrenzte — ich meine, daß Herr Rumpold Geschäftsführer der ÖKODATA war —, das wußte ich. Aber ich war der Meinung, daß auch Kunze da irgend zumindest Angestellter ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie in Richtung ARGE Kostenrechnung ein ähnlich präzises Urteil, wie Sie es heute zu anderen Fragen schon hatten?

Becker: Ja, wir haben ja seinerzeit in diese zweimal zwei Manntage da, also zwei Mitarbeiter an zwei Arbeitstagen gesessen und sich mit dem dortigen Bearbeiter unterhalten und haben dort eben, was sie so mitgebracht hatten an Bemessungs- und Bedarfswerten der Krankenhausplanung, mit ihm diskutiert und ausgetauscht. Und das war für uns damals nicht so ganz klar einzuordnen, wofür das eigentlich sein sollte. Als es später dann ARGE Kostenrechnung hieß und ich das also auch präziser wußte, damals hieß es Rationalisierungskommission, war mir das dann klar beziehungsweise war es mir an sich noch weniger klar, weil das zu dieser Kostenrechnungsgeschichte ja nur am Rande eigentlich zum Tragen kam. Uns interessierte das dann eigentlich nicht mehr so stark, weil wir an Kostenrechnungsverfahren oder an deren Entwicklung als MEDIPLAN nicht so stark interessiert waren.

Was mich persönlich und auch einige meiner Kollegen interessierte, war, schon für eine oder für einen übergeordneten Bedarfsträger, zum Beispiel hier für die Bundesregierung, so Forschungs- oder Entwicklungsaufträge zu erhalten, die sich im wesentlichen mit den Kosten-Leistungs-Verhältnissen im Krankenhaus befassen, aber im wesentlichen, um überhaupt einmal Basisarbeit aufzuarbeiten. Es fehlt da im deutschen Sprach- und zumindest aber auch international sehr stark an Unterlagen und Material, und wir haben uns parallel auch in Deutschland um solche Fragen beworben, aber auf Grund solcher Aufträge . . . aufträge beworben, haben auch einige gekriegt. Aber das war hier jedenfalls über diesen, das, was die Herren Rumpold und Kunze mit ihrer damaligen Bearbeitung im Visier hatten, zu stark uns auf die Kostenrechnung bezogen, also ein Kostenrechnungssystem eigentlich bezogen, und da war unser Interesse auch relativ gering.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist Ihnen die Niki Lauda Limited ein Begriff?

Becker: Nein. Niki Lauda ja, aber eine Limited nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich möchte gern, daß mein schon unruhig gewordener Kollege Steinbauer . . .

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bitte, ich hätte nur ein paar Fragen. Eigentlich tue ich mir schwer, Sie einzuordnen. Könnten Sie mir ein bißchen helfen, indem Sie mir Ihren beruflichen Werdegang kurz andeuten?

Becker: Ich habe Schulen besucht, dann habe ich eine Lehre gemacht, eine Maurerlehre, dann bin ich zu einer Fachhochschule für Bauwesen gegangen, meinen Abschluß dort gemacht, habe während meiner Studienzeit immer schon in einem Hamburger Architektenbüro gearbeitet, in der Krankenhausplanung von vornherein, habe dann den Wehrdienst verweigert, habe eineinhalb Jahre im Krankenhaus gearbeitet, und hinterher bin ich wieder in die Krankenhausplanung gegangen, in der war ich im Büro, wo ich schon einmal gearbeitet hatte, und bin dann 1968 zur „Neuen Heimat" gegangen in die dortige Abteilung für Krankenhausbau und bin nun seit 1972 dann in die MEDIPLAN übernommen worden, also 1972 hat die „Neue Heimat" die MEDIPLAN gekauft, und diese Abteilung wurde mit der MEDIPLAN zusammengelegt, und seitdem bin ich MEDIPLAN-Mitarbeiter.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Jenen letzteren Teil wollte ich eigentlich nur wissen, aber ich danke auch für die sonstige Information.

Sind Sie jetzt noch irgendwo Geschäftsführer oder Gesellschafter oder Vorstandsmitglied in anderen Firmen, die noch nicht genannt wurden?

Becker: Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Frage: Die „Neue Heimat Städtebau-GesmbH", ist das die „Neue Heimat" nur mit vollem Titel, oder ist das eine andere?

Becker: Nein, es gibt — die Unternehmensgruppe „Neue Heimat" setzt sich aus zwei großen Gesellschafts . . . zusammen. Einmal der Neuen Heimat Wohnungsbaugesellschaft, das ist eine gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft, und einmal der Neuen Heimat Städtebau, das ist jener Teil, der sich außerhalb des Gemeinnützigkeitsgesetzes bewegen kann, um sozusagen für gewerbliche und kommunale Auftraggeber Aufträge, Planungsaufträge und . . . aufträge abwickeln zu können, die nicht im engeren Sinne gemeinnützigen Wohnungsbau betreffen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und sie ist also der Hundert-Prozént-Eigentümer der MEDIPLAN?

Becker: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wer ist der Eigentümer der Neuen Heimat Städtebau GesmbH?

Becker: Der Deutsche Gewerkschaftsbund und Einzelgewerkschaften.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bund und einzelne Gewerkschaften.

Becker: Gewerkschaftsbund und Einzelgewerkschaften, ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Können wir noch einmal zur Bildung der ARGE ORP kommen, wobei es hier ja die Zusammenführung von Riethmüller und MEDIPLAN gegeben hat, wo Sie, wenn ich es richtig gehört habe, sagten, der Auftraggeber wollte diese Zusammenführung.

Becker: Ja, ich meine, daß das so gewesen ist. Ich habe jedenfalls keine anderen Informationen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wer war da für den Auftraggeber handelnd?

Becker: Der AKPE-Vorstand. Jedenfalls weiß ich aus Aufzeichnungen unseres damaligen Geschäftsführers, daß er mit dem AKPE-Vorstand und gemeinsam mit Professor Riethmüller mit dem AKPE-Vorstand verhandelt hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und da sind Ihnen nicht besonders einzelne Vorstandsmitglieder aus den Aufzeichnungen begegnet?

Becker: Nein, ich meine, seinerzeit haben wohl alle drei Vorstandsmitglieder sich in diese Verhandlung eingeschaltet.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und hat Winter hier eine besondere Rolle gespielt?

Becker: Ist mir nicht bekannt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bitte?

Becker: Ist mir nicht bekannt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Warum hat die ARGE ORP seit 5. April 1976 gearbeitet, während der Vertrag erst am 8. 7. 1976 abgeschlossen wurde?

Becker: Ja, weil es sehr eilig war, mit dieser Planung zu beginnen. So wurde so schnell wie möglich mit der Arbeit angefangen, und wir hatten uns dann, nachdem die wesentlichen Regularien ja verhandelt waren, bereit erklärt, das zu tun.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ab wann haben Sie selbst hier mitgearbeitet, gleich vom Anfang an?

Becker: Ich habe dann, als die ARGE ORP zu arbeiten begann, also Anfang April — ich kann Ihnen das Datum jetzt nicht mehr sagen, aber ich habe dann in der sachlichen Bearbeitung von Anfang an mitgearbeitet.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und war das auf der Basis von mündlichen Absprachen, oder wie haben Sie Ihren Arbeitsrahmen ...

Becker: Nein, es gab ja schon den Vertragstext, ja wie er heute da ist, mit ganz wenigen Änderungen war der ja schon vorhanden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Unser Problem ist, ob es Vorabsprachen gegeben hat. Haben Sie den Eindruck, daß hier der Vertrag schon länger absprachemäßig abgesichert war, oder sehe ich das falsch?

Becker: Nein, ich glaube nicht. Das ging nämlich alles unter sehr starkem zeitlichen Druck, und ich weiß nur, daß der Geschäftsführer von unserer Seite, der eben an den Verhandlungen da teilnahm, mir immer nur kurz gesagt hat, daß das eben so eile und ich sozusagen zusehen solle, meine übrigen Arbeiten fertig zu haben, damit dann bald angefangen werden könnte, denn ich hatte seinerzeit mit dieser Auflösung der Niederlassung München natürlich eine Menge zu tun, und es war mir immer nur bekannt, daß dort großer zeitlicher Druck herrschte, um nun zu arbeiten.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bei der Vergütung der ARGEORP stehen mir zwei Beiträge zur Verfügung, die ich nicht miteinander zusammenbringe: Einerseits sagt unser Kontrollamtsbericht, die Pauschalvergütung sei mit 3,9 Millionen DM plus 15 Prozent Nebenkosten festgelegt gewesen, andererseits gibt es eine Unterlage, die von 6,2 Millionen DM als tatsächlicher Vergütung spricht. Wieso ist dieses Auseinanderklaffen?

Becker: Es gibt ja diese Zusatzvereinbarung aus dem November 1978 und 1979, wo jeweils Honorarerhöhungen vereinbart wurden. Das schließt ab mit einer Summe von rund 5,3 Millionen. Ich könnte das genau nachschauen. Und wenn Sie dann die Nebenkosten dazurechnen, mag sein, daß das dabei rauskommt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Die Zusatzvereinbarungen, die haben ja dann doch praktisch zu einer Verdoppelung — ich sage es jetzt vereinfacht, es ist weniger als eine Verdoppelung — des Betrages geführt, wenn wir von 3,9 — nein, es ist nicht Verdoppelung, es ist 3,9 plus 15 Prozent auf 6,2.

Becker: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das ist doch ein drastischer Unterschied. Was war jeweils die Begründung der Erhöhungen?

Becker: Die Begründung der Erhöhungen ... der AKPE gegenüber, das müßte ich dann doch detaillierter aufblättern, aber zum Verständnis mal generell:

Wir hatten einen Auftrag, einen Vertrag abgeschlossen, der den Leistungsbeginn mit April 1976 und das Leistungsende mit Februar 1978 festlegte. Die letzte Vereinbarung mit der AKPE war im November 1979, wobei dann zum Jahresende 1979 dokumentiert werden sollte. Das war also eine wesentliche zeitliche Erhöhung. Wir sind in dieser Zeit ja in gleicher Weise jeweils nach Wien gerufen worden zu den jeweiligen Gesprächen. Es lag — ich hatte es vorhin schon angedeutet — dem Vertrag ja auch ein großer Terminplan zugrunde, in dem in der zeitlichen Folge die Besprechungsdichte festgelegt wurde. Daraus hatten wir dann ja gemeinsam mit der AKPE und dem ... jeweils Terminpläne erarbeitet ... Anwesenheit, der ... in den jeweils geraden Kalenderwochen vorsah, und haben uns im Laufe der Überarbeitung — zunächst war also vorgesehen, an jeweils 3 Tagen der geraden Kalenderwoche in Wien anwesend zu sein. Wir haben das nachher erhöht, indem wir die ganze Woche in den geraden Kalenderwochen in Wien hier anwesend waren.

Also daraus ist praktisch die gleiche Arbeitsintensität über die gesamte wesentlich längere Zeit zu ergründen. Sie können das auf der anderen Seite sehen, daß ... — ich hatte es vorhin auch schon einmal gesagt — in diesem Terminplan rund 500 Abstimmungsgespräche mit Nutzern, Architekten und Bauherren vorgesehen waren. Wir hatten bis zum Jahresende 1979 1 300, und im weiteren waren auch ja die einzelnen jeweiligen Papiere, die wir zu liefern hatten, festgelegt, sowohl zur Stufe 1, zur Stufe 2 und 3, und auch da haben wir mit den ganzen Wiederholungsleistungen eben wesentlich mehr, das kann ich Ihnen jetzt nicht an Zahlen so schnell sagen ... auszählen, aber wesentlich mehr geleistet und geliefert, als der Vertrag seinerzeit vorgesehen hatte.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wenn wir Termin-Soll und -Ist nach Ihrer Erinnerung vergleichen: Stufe 1 sollte am 9. 7. 1976 beendet sein. Können Sie sich erinnern, wann es in etwa tatsächlich ...?

Becker: Es war September, unser Schlußbericht zum Grundsatzprojekt datiert vom September 1976.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): 1976. Stufe 2 wäre im Februar 1977 fällig gewesen.

Becker: Da hatten wir gerade eben erst seit zwei Monaten angefangen. Wir haben erst am 1. Januar 1977 praktisch mit der Stufe 2 begonnen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wann wurde sie fertig?

Becker: Das kann ich Ihnen nicht beantworten, weil die Stufen 2 und 3 sich immer mehr ineinander verschoben und vermengten. Wir haben also keine so exakte Trennung der einzelnen Stufennachhänge gehabt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wann würden Sie sagen, daß die abschließende Beendigung der Stufen 2 plus 3 beziehungsweise der Dreier gewesen ist?

Becker: Ja, unserem vertraglichen Leistungsinhalt entsprechend, das heißt, eine Schlußbearbeitung aller Elemente in Form eines endgültigen Arbeitspapieres ist ja für das Jahresende 1979, also auf dem Stand XII/1979, vereinbart worden und auch abgegeben worden. Das heißt, wir haben für alle diese Elemente unser Schlußarbeitspapier gemacht mit der Dokumentation sowohl der historischen Entwicklung als auch der sachlichen Inhalte. Insofern haben wir im wesentlichen das bis dahin abgeschlossen. Es waren dann, glaube ich, 14 oder 16 Elemente noch über, die in diese Beratungsphase in das Jahr 1980 hineinragten. Da sollte die Schlußdokumentation erst dann erfolgen, wenn diese Beratungsphase abgeschlossen ist. Das heißt, ein Detail aus dem Vertrag, das heißt also, die Schlußdokumentation wurde dann noch vorhergeschoben und die Beratungsphase auf Nachweis zwischengeschaltet. Diese Leistung ist immer noch nicht abgeschlossen, und wir bemühen uns gerade bei der AKPE, doch jetzt irgendwo einmal ein Leistungsende zu finden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und jetzt haben Sie mir vorhin gesagt, durch soundsoviel Gespräche, Abstimmungsgespräche et cetera, 500 war da die Zahl, glaube ich, kam es zu der Verzögerung. Aber das muß ja auch eine Verzögerung von irgendeiner Seite ausgelöst haben, daß größere Probleme auftauchten, als man ursprünglich angenommen hat, oder warum diese Verzögerung in diesem Ausmaß?

Becker: Ja, ich glaube, die AKPE ist von einer ganz anderen Machtstellung ausgegangen, als der Verrag mit der Arbeitsgemeinschaft ORP verhandelt wurde, als das im nachhinein der Fall war. Die AKPE ist seinerzeit davon ausgegangen, daß sie sehr autonom handeln und entscheiden kann. Das heißt, entscheiden auch gegen Nutzerforderungen. Und im Laufe der Bearbeitung hat sich dann herausgestellt, daß sie doch gezwungen wurde, woher weiß ich nicht, aber gezwungen wurde, in wesentlich stärkerem Maße eine wirkliche Abstimmung bis zu einer, also die Zustimmung der Nutzer zu allen einzelnen Planungsschritten zu erhalten. Und das war schwierig, weil

einfach die Nutzerwünsche auf der einen Seite und das, was die AKPE flächenmäßig konzedieren wollte, auf der anderen Seite immer auseinanderklafften. Und vielfach auch die Probleme sozusagen auf uns, die ARGE ORP, ab- oder zusammen mit den Architekten geschoben wurden, daß wir diesen Konflikt zu klären hatten. Und das ist eine Aufgabe, die eben teilweise fast nicht machbar ist.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber Frage: Kann es nicht auch schon andere Faktoren für die Verzögerung gegeben haben, etwa: Mir ist nicht ganz einsichtig, aber vielleicht können Sie mir helfen, ob dies unbedingt die richtige Logik ist, wenn ich zuerst das Raumfunktionsprogramm mache und dann die Betriebsorganisation. Müßte man nicht, oder haben Sie bei anderen Projekten nicht den umgekehrten Weg beschritten, erst die Organisation und dann ein darauf abgestimmtes Raumfunktionsprogramm entwickeln?

Becker: Ja, auch das ist eigentlich folgendermaßen zu erklären: Die Raum- und Funktionsprogramme früherer Vergangenheit sind eigentlich immer Auflistung von Räumen aus einem gewissen Erfahrungsschatz ohne besondere Herleitung der dort zu erbringenden Leistung. Es hat sich aber im Laufe der siebziger Jahre doch immer mehr so entwickelt, daß die Raumprogramme mit jeweils Leistungsdaten auch organisatorischen Grundvorstellungen unterfüttert wurden, also sozusagen eine gewisse organisatorische Grundvorstellung und Rahmenbedingung auch Bestandteil des Raumprogramms war. Davon sind wir als ARGE ORP auch ausgegangen und haben die jeweiligen Festlegungen auch an unseren Grundsatzprojektpapieren und auch in den einzelnen Arbeitspapieren zu den Elementen festgelegt und festgehalten. Aber aus den vielen Konflikten, die sich eben ergaben aus anderen betrieblichen Vorstellungen der Nutzer oder auch divergierenden Vorstellungen verschiedener Beteiligter, gab es also immer mehr die Forderung nach ganz detaillierten Aussagen zu dieser Betriebsorganisation, die, wenn Sie mich als Fachmann fragen, zu dem frühen Zeitpunkt noch nicht ... Das ist einfach das Spiel ums letzte Wort, was dann auf der scheinbar fachlichen Ebene ausgetragen wird.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja aber kommt es da nicht unweigerlich zu Dubletten mit dem, was nachher die Betriebsorganisation ...

Becker: Ja, ja, wir haben uns ja auch mit der Betriebsorganisation nachher in vielen Punkten erheblich auseinandergesetzt, weil unsere Rahmenvorstellungen etwas andere waren, als die im Detail nachher von der ARGE BO ausgearbeitet wurden. Das ist richtig.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Widersprüchliche, weil andere Grundsatzauffassungen?

Becker: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Jetzt an einem Beispiel: Jetzt hat das Seitz-Sienkiewicz-Kaufmann-Gutachten, das ja auch dann die Basis war für den Politikergipfel 18. März 1976 für den Grundsatzbeschluß, zum Beispiel enthalten keine Notwendigkeit für Doppelkliniken oder den Auftrag Überarbeitung der Organisationsstrukturen des Raumprogramms unbedingt erforderlich.

Dies ist aber dann doch nicht durchgeführt worden, etwa die Doppelkliniken. Da kam es zu Umplanungen.

Warum kam es etwa in diesen beiden Punkten dann doch wieder zu Entscheidungen entgegen dem Seitz-Sienkiewicz-Kaufmann-Gutachten?

Becker: Wir sind damals, als wir einstiegen, war ja das SSK-Gutachten auch Vertragsbestandteil und Vertragsgrundlage für die Bearbeitung. Und gerade um das Thema Doppelkliniken haben wir als ARGE ORP hier auch gerungen. Wir wollten schon, daß der Weg von den Doppelkliniken Platz greifen würde, weil es einfach, auch wenn wir andere Doppelkliniken im europäischen oder auch außereuropäischen Raum vergleichen, eigentlich immer üblich ist, solche Doppelkliniken zu machen, und sind damit aber nicht durchgekommen. Wir konnten solche Sachen ja nicht klären, wir sind ja nicht diejenigen, die sozusagen Entscheidungsgewalt haben. Planer und Berater haben ja sozusagen nur Vorschläge zu machen. Und wir wurden von der AKPE dann doch aufgefordert, eine räumliche Lösung zu finden, die auch ein Doppelklinik-Konzept zuläßt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber jetzt ist mir nicht verständlich, auf der einen Seite war ja das SSK-Gutachten bindender Bestandteil für die Grobvorstellung, für die Ordnungsvorstellung des gesamten Baues.

Becker: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie konnte man dann in einer doch erheblichen Frage wie etwa der Doppelkliniken zu einer anderen Lösung kommen?

Sie waren ja bei beiden dabei, einerseits beim SSK-Gutachten, andererseits dann in der Arge ORP. Wie hat man argumentiert, daß man entgegen dem Gutachten und entgegen dem Politikerbeschluß, dem Rahmenbeschluß hier plötzlich organisieren soll?

Becker: Wir haben ja im Sinne des SSK-Gutachtens weiter argumentiert. Das war klar.

Abg. **Steinbauer:** (ÖVP): Aber Sie haben gegenläufige Order bekommen?

Becker: Aber wir haben gegenläufige Order bekommen, ein räumliches Konzept zu finden, das beides zuläßt, weil die Doppelklinikstruktur derzeit einfach nicht abzuschaffen ist.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber verrät das nicht eine unendliche Planungsunsicherheit von seiten des Auftraggebers, wenn er Ihnen einmal einen Politikergipfel, also einen Grundsatzbeschluß, mitgibt und auf der anderen Seite dann nach einiger Zeit — Zwischenfrage: Wann? — eine gegenläufige Order gibt?

Becker: Ja, von großer Sicherheit zeugt das nicht, das ist klar. Wir waren darüber damals auch ziemlich, ja, es hat uns eigentlich sehr getroffen, weil wir es als sehr ungut fanden. Und es war auch räumlich sehr schwer zu realisieren. . . . bestimmt bessere Lösungen . . .

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wann und wie wurde Ihnen diese gegenläufige Order mitgeteilt?

Becker: Da bin ich jetzt überfragt . . .

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ungefähr, zeitpunktmäßig.

Becker: Also ich würde so einmal sagen, irgendwann im Laufe des Jahres 1977 . . .

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das heißt, man ist also das ganze Jahr . . .

Becker: . . . rekonstruiere, denn wir sind ja Anfang 1977 in die Stufe 2 eingetreten, das heißt, wir mußten dann Elemente . . ., das heißt, Abteilung für Abteilung durcharbeiten. Und da stießen wir dann natürlich ganz massiv auf diese Problematik, und auch in der Abstimmung mit dem Nutzer, wir wurden dann ja sozusagen in die Abstimmung mit den Nutzern gehetzt, um das einmal so salopp zu sagen, und da kam es ja natürlich beinhart, da wurde uns von der anderen Seite vorgehalten: Wieso habt ihr nur eine Klinik? Seid ihr verrückt geworden?

Und wir konnten das ja nicht klären, wir haben diese Frage dann zurückgegeben an die AKPE, und die AKPE hat uns dann gesagt: Ja es muß also eine Lösung geben sowohl — als auch.

Faktisch ist es heute so, daß der grobe Knick . . . Planung eingeflossen ist. Es gibt überall zwei Chefarztbereiche zu klären.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das heißt, es wurde also der Rahmenbeschluß der Politiker vom März 1976 eineinhalb Jahre später oder ein Jahr später bereits wieder aufgegeben in der zentralen Frage, der Frage: Doppelkliniken — ja oder nein?

Becker: Das können Sie so sagen, ja. Ich müßte jetzt, wie gesagt, nachschauen, wie das wirklich formal gelaufen ist. Für uns war — faktisch bestand dann eine andere Vorgabe.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und Sie beurteilen das aus Ihrer Erfahrung mit internationalen Vergleichen in einer zentralen Frage eine unbefriedigende Entscheidung?

Becker: Ja, ich halte es für nicht befriedigend, weil es . . . Also andere Planungen gerade im Hochschulbereich zeigen, daß eine so stark auf so eine chefarztbezogene Klinikstruktur, und das alles noch doppelt, nicht besonders zielführend ist.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und jetzt war in dem SSK-Gutachten der eine Punkt auch Überarbeitung der Organisationsstruktur im Raumprogramm unbedingt erforderlich. Und da frage ich mich jetzt: Wieso, wie war das zu verstehen, welche Motivation war in dieser Punktation bei den wesentlichen Aussagen — es ist . . . Punkt 4 oder 5 —, was war damit gemeint? Erste Frage.

Und zweite Frage: Wie hat sich das hinsichtlich Riethmüller ausgewirkt, der ja dann trotzdem wieder dabei war?

Becker: Ich verstehe Sie jetzt doch nicht ganz. Sie meinen jetzt, daß die — ach so, überhaupt, daß die Überarbeitung des Raum- und Funktionsprogrammes erforderlich ist?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Einer der wesentlichen Punkte aus dem Seitz-Sienkiewicz-Gutachten ist, daß eine Überarbeitung notwendig ist.

Becker: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Was war die Motivation?

Becker: Es war ja auf Grund dieses Gutachtens die Bettenzahl um etwa 600 Betten zurückgenommen worden. Das heißt, damit auch die ganzen Leistungswerte, die ja Ausgangspunkt einer Raumprogrammierung sind. Leistungswerte, Patientenfrequenzen oder Analysefrequenzen, Untersuchungsfrequenzen, die ja gerade für die medizinischen Bereiche die Grundlagen für die räumliche Bemessung sind.

Wenn Sie sozusagen den Ausgangswert, das heißt, Patientendurchsatz per anno, völlig verändern — und der war völlig verändert —, müssen Sie automatisch zumindest den ganzen medizinischen Teil überarbeiten.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das heißt, es hat dieser Punkt nichts mit einer Kritik an den vorher erarbeiteten Organisationsvorstellungen zu tun, weil sie ja nur mit dem Input, In- und Out-

put zu tun hat, wenn ich das richtig verstanden habe.

Becker: Ja. Im wesentlichen mit dem In- und Output ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das heißt, Riethmüller konnte aus dieser Sicht nachher ruhig wieder weiterarbeiten, weil seine Raum- und Organisationsvorstellungen waren ja nicht tangiert.

Becker: Sie mögen in allen möglichen Bereichen auch kritisiert worden sein, aber in so wesentlichem Maße nicht. Die wesentliche Motivierung war, die ich Ihnen gesagt habe.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie mit Winkler viel zu tun gehabt? Das war die rechte Hand vom Winter.

Becker: Ich weiß, ich kenne Herrn Winkler. Denn mit Herrn Winkler habe ich zu tun gehabt seinerzeit im Rahmen der SSK-Bearbeitung, aber später habe ich ihn eigentlich nur einmal gesehen, aber zu tun gehabt haben wir nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): In dem Sinn, im engeren Sinn nicht.

Becker: Allerdings jetzt im Jahre 1980 habe ich mit Herrn Winkler zu tun gehabt. Wir hatten da eine Anfrage seitens der AKPE zur Vorstellung der medizin-technischen Planungsleistung. Da habe ich nur mit ihm zu tun gehabt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie war Ihr Eindruck vom technischen Know-how in der Spitalsorganisation, Spitalserfahrung hinsichtlich der Vorstandsmitglieder der AKPE?

Becker: Also jetzt muß ich das trennen. Damals bei der Gutachtenbearbeitung hatte ich schon den Eindruck, daß Herr Winter, zumindest was die Gebäude- und Haustechnik anbelangt in Krankenhäusern, Bescheid wußte, weil er auch in den Diskussionen mit den jeweiligen Fachingenieuren ein fachlich versierter Gesprächspartner gewesen ist.

Bei der ORP-Bearbeitung hatten wir dann im wesentlichen mit Herrn Direktor Parzer zu tun. Herr Ing. Parzer hatte eindeutig, so wie ich das beurteile, keine Krankenhauserfahrung, sondern er sah das mehr so als jemand, der allgemein aus dem Baufach kommt, und daß er das ... mehr beurteilt, also nicht so krankenhausspezifisch.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und haben Sie die Enthüllungen oder Teilenthüllungen über Winter überrascht? Haben Sie je einen Ansatzpunkt wo gehabt, daß Bestechungen oder ähnliches hier laufen könnten vor den Veröffentlichungen in den einschlägigen ...

Becker: Also ich habe da nie so spezifiziert ..., ob das mit Bestechung machbar wäre oder nicht machbar wäre. Ich meine, auch so bei uns, es sind ... kleine Dinge, wie — ob Weihnachtsgruß oder eine kleine Gratifikation. Das ist ja eigentlich so etwas im Bereich des üblichen, aber so in der Größenordnung, daß man das als Bestechung werten könnte?

Aber daß nun unmittelbar eine Bestechlichkeit von Herrn Winter oder anderen Herren zur Diskussion steht, war mir eigentlich nicht so naheliegend. Das wäre für mich gedanklich auch zu ungewöhnlich gewesen, daß jemand in einer solchen Position dafür empfänglich ist.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun ist der Weihnachtsgruß klar. Was ist Ihrer Meinung nach die Weihnachtsgratifikation?

Becker: Bei uns ist das so, daß wir bei Leuten, mit denen wir zusammenarbeiten und wo die Zusammenarbeit eben gut und vertrauensvoll läuft, beispielsweise dann ein Buch oder so etwas versenden. Etwas Wertvolleres, ein Buch, sei es fachlich oder über Hamburg oder so etwas.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hat es nach Ihrem Wissen entweder von MEDIPLAN oder damit verwandten Firmen irgendwelche größere Sachleistungen, ich sage es einmal so, Reisen oder sonstige Sachleistungen, die über Geschenke — im Sinne von einem Buch, auch wenn es ein Tausendschillingbuch ist — hinausgehen, an den Winter gegeben?

Becker: Nein. Ich habe davon keine Kenntnis. Hier wurde vorhin gesagt, daß Herr Winter, daß die Herren der AKPE auf Einladung der Neuen Heimat in Hamburg gewesen sind. Ich weiß das nicht. Es könnte sein. Ich kann aber darüber nichts sagen, da ich es nicht weiß.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Jetzt der ganze Plan ...

Becker: Darf ich noch sagen, im engeren Kreis von MEDIPLAN nicht, da bin ich sehr sicher.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Jetzt der ganze Komplex auf die Person Wilfling bezogen?

Becker: Nein, da würde ich sagen, überhaupt nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ist von diesem Genannten auch nie an Sie herangetreten worden auch nur mit Zwischentönen, da wäre doch schön, wenn ... Und Sie haben es dann weggeschoben und nicht erfüllt?

Becker: Nein. Also auch gerade in Richtung Reisen. An mich ist nie ein solches Ansinnen herangetragen worden oder so auch keine Andeutung in der Richtung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Kann das sein, weil Sie ganz einfach über so etwas nicht zu disponieren hatten, daß schon von der Organisationsstruktur Sie die falsche Adresse gewesen wären?

Becker: Ja, in der Anfangsphase vielleicht, aber nachher habe ich zum Beispiel die ganzen Verhandlungen, also die Vertragserarbeitung mit der AKPE, geführt, da wäre das durchaus denkbar gewesen, daß man mich auch anspricht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich danke.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Bergmann!

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben über den Gesellschaftsbeirat am Beginn der Besprechungen gesprochen, über die Gründung, ich glaube, „Gesellschaftsbeirat" ist der richtige Ausdruck?

Becker: Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Diesem haben der Herr Vietor und der Herr Iden?

Becker: Soll ich gleich einmal nachschauen, dann können wir das ganz genau sagen? Es sind die Herren Vietor, Iden, Gekamp von seiten der ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie war der dritte Name?

Becker: Gekamp, Rolf Gekamp, auch Mitglied des Vorstandes der Neuen Heimat und dann als Arbeitnehmervertreter, denn der Gesellschaftsplaner war ja paritätisch besetzt, die Herren Lapas und Gänsewich und die Frau Bözing, und nachher sind dann noch, es ist eine Abwahl gewesen, weil eine Betriebsratsänderung gekommen ist und auch eine Änderung im Vorstand, da ist für den Vorstand der Herr Kollege Dresel dazugekommen, und beim Betriebsrat sind die Kollegen Gänsewich und Bözing ausgeschieden und dafür die Kollegen Karsten und Schönfeld hineingekommen und statt des Kollegen Lapas der Kollege Vater.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und der Herr Peter Diesel?

Becker: Dresel!

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Dresel, ja!

Becker: Der ist technischer Vorstand der Neuen Heimat und ist ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist irgend jemand von denen im Bereich der Infrabau tätig?

Becker: Zumindest von Herrn Vietor weiß ich, daß er auch im Aufsichtsrat der Infrabau sitzt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und der Herr Iden?

Becker: Von ihm vermag ich das nicht mit Sicherheit zu sagen. Es könnte aber gut sein, ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und die beiden Genannten sind auch im Vorstand der Neuen Heimat?

Becker: Der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft Neue Heimat und der Neuen Heimat Städtebau, ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und in dem Gesellschafterbeirat, der aus der Sicht der letzten Tage etwas einen Entmündigungscharakter für die Geschäftsführung der MEDIPLAN gehabt hat?

Becker: Entmündigungscharakter ist vielleicht übertrieben, aber doch mit sehr starker ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Frage hat gelautet, ob der Gesellschafterbeirat eine Art Entmündigungscharakter für die Geschäftsführung der MEDIPLAN gehabt hat.

Becker: Nein, das würde ich so nicht sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie würden Sie es sagen?

Becker: Es war das Kontrollorgan, so wie Sie sonst den Aufsichtsrat haben. Das war eine Konstruktion, die man eben gewählt hat in einer Gesellschaft, um das auf eine offene einheitliche Grundlage zu stellen. Es haben auch vorher, wie auch heute wieder, eigentlich die Gesellschafter im Sinne einer Gesellschafterversammlung Einfluß genommen. Man wollte damals unbedingt von den Beiräten auch die Parität, die zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber bei uns besteht, stärker zum Tragen bringen und hat diesen Beirat ins Leben gerufen. Ich würde aber nicht entmündigen sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, aber der Beirat ...

Becker: Die Geschäftsführung ist innerhalb ihrer Zuständigkeiten genauso frei und unfrei gewesen wie vorhin.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber der Beirat hat mehr Funktionen als eine Gesellschafterversammlung?

Becker: Insofern als die Gesellschafterversammlung ja nur einmal im Jahr tagen muß. Der Gesellschafterbeirat tagte mindestens zweimal im Jahr und hatte so mehr eine beratende Funktion ... der Geschäftsführung.

Ich würde sagen, diese Entmündigung, das scheint mir auch mit der Tendenz falsch zu sein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt, das ist ein zu präziser Begriff für das, was beabsichtigt war?

Becker: Nein, nein, ich würde es direkt als falsch bezeichnen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das ist gar so zum Lachen, denn je weniger der zum Reden hat, umso unwahrscheinlicher ist, daß diese Herren, die alle mit dem Geldfluß zu tun hatten, auch noch in der Infrabau gesessen sind, das nur als ein ...

Obmann Dr. **Steger:** Bitte, keine langen Erläuterungen, denn sonst kennt sich der Zeuge nicht ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sonst fragt er mich wieder, was der Zusammenhang ...

Obmann Dr. **Steger:** Bitte Ihre Fragen an den Herrn Zeugen!

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Vorsitzender, ich muß mich rechtfertigen, denn sonst fragt er mich wieder, was der Zusammenhang mit dem Untersuchungsauftrag des Ausschusses ist.

Ich habe nur mehr eine Frage an den Zeugen. 3. 5. 1976, Gründung oder Ins-Leben-Rufen dieses Gesellschafterbeirates. 8. 7. 1976, ARGE ORP erhält den ORP-Auftrag. Hat das eine sachliche Komponente gehabt, daß man bei diesem großen Auftrag mit Riethmüller zusammen jetzt vorher diesen Gesellschafterbeirat in die MEDIPLAN setzt?

Becker: Nein. Schauen Sie, diese Gesellschafterbeiräte sind in der gesamten Neuen Heimat Städtebau eingeführt worden und sie sind 1979 auch in allen Spezialgesellschaften, die es da noch gegeben hat, ich hatte vorhin erläutert, daß die eine ganze Reihe von Gesellschaften, die als Abteilungen eingemeindet worden sind, wieder abgeschafft haben, das hat organisatorische Gründe, die ... Gesellschaft Neue Heimat Städtebau liegen, und schon die Größenordnung macht das deutlich. Die Neue Heimat Städtebau hat laut Jahresbericht 1979/80 einen Jahresumsatz von 1,4 Milliarden Mark, und ich glaube nicht, daß man in einer Gesellschaft dieser Größenordnung ... installiert, weil Ihr ORP-Auftrag ja damals von 3,9 Millionen, da von uns die Hälfte zu erwarten stand, das scheint mir schon ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nur, es hätte in der Folgewirkung natürlich auch höhere Aufträge geben können, Bewerbungen um den ABO-Auftrag und so.

Becker: Aber insgesamt, glaube ich, wenn Sie die Größenordnung betrachten, ist es sehr unwahrscheinlich, daß man in einem solchen großen Gesellschafts-Paket solche Sachen einführt, um irgendwo an der ... zu erreichen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Da ich vorhin gesagt habe, es ist die letzte Frage, noch eine allerletzte: Wieviel Prozent sind von dem ARGE-ORP-Auftrag noch offen? Ungefähr?

Becker: Es sind wenige Prozente, ich kann das so schwer sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): 5,10 Prozent?

Becker: Unter 5.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Ich danke Ihnen, Ihre Einvernahme ist beendet. Ich hoffe, Sie haben noch ein paar nettere Stunden in Wien, bevor Sie wieder nach Hamburg fliegen. *(Architekt Karsten Becker verläßt den Saal.)*

(Die Sitzung wird auf kurze Zeit unterbrochen.)

Zeugeneinvernahme von Mag. Stefan Willibald Sajbl

Obmann Dr. **Steger:** Herr Mag. Stefan Sajbl, ich bitte Sie, vorzukommen und hier in der Mitte vor den Mikrophonen Platz zu nehmen. Ich begrüße Sie als Zeuge im parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Sie werden hier nach der Geschäftsordnung des Nationalrates einvernommen. In dieser Geschäftsordnung ist enthalten, was Ihre Verpflichtungen als Zeuge sind. Sie haben wahrheitsgemäß alle Fragen zu beantworten. Sie haben nur in ganz besonderen, im Gesetz festgelegten Fällen ein allfälliges Entschlagungsrecht. *(Obmann Dr. Steger bringt dem Zeugen § 153 StPO zur Kenntnis.)*

Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß wir nach dem Beschluß des Nationalrates, der einstimmig gefaßt wurde, einen Untersuchungsauftrag haben, wonach wir drei Punkte zu untersuchen haben. Erstens: die Frage der Betriebsorganisationsplanung ABO und Subaufträgen davon; zweitens: die Frage allfälliger unzulässiger Zuwendungen durch die Firma Siemens und andere Firmen, die am Projekt beteiligt sind; drittens: die Frage allfälliger unzulässiger Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen.

Am Beginn Ihrer Einvernahme bitte ich Sie um Ihre Generalien, das sind Vor- und Zuname, Geburtsdatum, Beruf und Anschrift.

Mag. **Sajbl:** Sajbl Stefan Willi, geboren am 5. Juni 1947, römisch-katholisch, Angestellter.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Seit wann sind Sie Geschäftsführer der Infrabau?

54 von 35Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 6 (Seite 1587b bis 1937a) (gescanntes Original)

Mag. **Sajbl:** Herr Angeordneter Hobl! Ich bin Geschäftsführer der Infrabau seit dem 23. Juli, also eigentlich seit dem 1. August, weil ich meine Tätigkeit mit 1. August angefangen habe.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Welchen Jahres?

Mag. **Sajbl:** 1976.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Sind Sie dort allein oder kollektiv Geschäftsführer?

Mag. **Sajbl:** Wir sind zwei Geschäftsführer, also Kollektivgeschäftsführung.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Wer ist der zweite?

Mag. **Sajbl:** Der zweite Geschäftsführer ist ein Herr Dkfm. Richard Teufl *(phonetisch)*.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Wo sitzt der? Auch bei Ihnen in der Josefstädter Straße?

Mag. **Sajbl:** Mit dem selbigen Firmensitz.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Können Sie uns sagen, Herr Zeuge, warum die MEDIPLAN Wien gegründet wurde?

Mag. **Sajbl:** Die MEDIPLAN Wien wurde gegründet aus den Überlegungen, daß die MEDIPLAN Hamburg Tätigkeiten bereits vor meiner Zeit in Österreich ausgeführt hat und es das allgemeine Interesse war, in Österreich im Gesundheitswesen tätig zu sein. Man wollte also auf diesem Wege eine Gesellschaft aufbauen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Sind Sie auch dort Geschäftsführer?

Mag. **Sajbl:** Ich bin Geschäftsführer der MEDIPLAN Wien.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Auch mit einem zweiten Herrn?

Mag. **Sajbl:** Auch mit einem zweiten Herrn, das ist der Herr Karsten Becker, Architekt, der aus der MEDIPLAN Hamburg kommt.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Hat die MEDIPLAN Wien Aufträge im Rahmen des Baues des neuen Allgemeinen Krankenhauses in Wien erhalten?

Mag. **Sajbl:** Die MEDIPLAN Wien hat im Zusammenhang mit dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses keinen Auftrag bekommen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Haben Sie sich um solche Aufträge beworben als MEDIPLAN Wien?

Mag. **Sajbl:** Die MEDIPLAN Wien hat sich um den Betriebsorganisationsauftrag beworben, der ist aber nicht zustande gekommen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Es wurde auch hier im Untersuchungsausschuß schon von Abgeordneten die Frage erörtert, ob eine Tochterfirma der Infrabau, die das Grundstück am Schwarzenbergplatz hatte, beim Erwerb oder beim Verkauf Grunderwerbssteuer bezahlt hat. Was können Sie uns dazu sagen? Haben Sie also, wie Sie erworben haben, Grunderwerbssteuer bezahlt?

Mag. **Sajbl:** Ich darf dazu sagen, daß die Bezahlung der Grunderwerbssteuer vereinbarungsgemäß nach dem Kaufvertrag sofort erfolgt ist und daß damals über 7 Millionen Schilling an Grunderwerbssteuer abgeführt wurden. Ich bin auch bereit, dem Hohen Ausschuß die Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Es wird im Zusammenhang mit den Aktivitäten der Firma Infrabau auch immer wieder die Firma Pilgram-Zentrum Ges.m.b.H. — so, glaube ich, heißt sie — erwähnt. Und da werden vor allem Fragen erörtert, die im Zusammenhang mit der Auflösung des Kaufvertrages zwischen dieser Pilgram-Zentrum Ges.m.b.H. und der „Vorwärts"AG waren. Wissen Sie etwas darüber?

Mag. **Sajbl:** Herr Abgeordneter! Hoher Ausschuß! Ich darf dazu feststellen: In meiner Zeit ist das bereits abgewickelt gewesen. Die Pilgram-Zentrum-Entwicklungsgesellschaft ist im Jahre 1973 gegründet worden, und der Kaufvertrag ist im Jahr 1975 aufgelöst worden. Ich kann also nur sagen aus meiner Zeit, daß damit dieser Fall in der Vergangenheit liegt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben bereits gesagt, daß Sie Geschäftsführer der MEDIPLAN Wien waren. Wir haben heute vormittag von Ihrem Partner gehört, daß es gewisse Verwunderungen, Überraschungen gab, daß es unverständlich war, daß die MEDIPLAN Wien, die MEDIPLAN Hamburg diesen ABO-Auftrag nicht bekommen haben. Welche Gründe waren aus Ihrer Sicht maßgebend, daß die MEDIPLAN Wien oder Hamburg, je nachdem, wie man das jetzt betrachtet, diesen Auftrag nicht bekommen hat?

Mag. **Sajbl:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Hoher Ausschuß! Ich kann dazu sagen, daß ich diesen Geschäftsfall nicht nach Gründen beurteilt habe. Ich bitte um Verständnis, ich habe nicht nur die MEDIPLAN Wien zu betreuen gehabt. Für mich war die Situation folgende: Wir haben ein Anbot abgegeben, dieses Anbot ist nicht zum Tragen gekommen, damit war für mich dieser Geschäftsfall von meiner Warte als Geschäftsführer abgeschlossen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber die MEDI-

PLAN hat sich ja sehr intensiv um diesen Auftrag bemüht?

Mag. **Sajbl:** Die Frage der Intensität kann ich von meiner Warte aus nur so beurteilen, daß die Intensität eigentlich vom Kollegen Becker gesteuert worden ist, und zwar deswegen, weil Kollege Becker meines Erachtens der Krankenhausspezialist ist, auch nach meiner persönlichen Einschätzung der erfahrene Mann im Krankenhauswesen, und dementsprechend hat er sich auch eingesetzt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum wurde dann die MEDIPLAN Wien gegründet, wenn es Ihnen so gleichgültig ist, ob ein solcher Auftrag kommt oder nicht?

Mag. **Sajbl:** Ich darf dazu sagen: Das ist also nicht als Gleichgültigkeit zu sehen, sondern die MEDIPLAN Wien wurde gegründet aus der Überlegung heraus, im Gesundheitswesen allgemein tätig zu sein. Das ist nicht als Gleichgültigkeit zu sehen, sondern ich glaube nur, man muß im Wirtschaftsleben zur Kenntnis nehmen, wenn ein Auftrag nicht zustande gekommen ist, daß das ein Faktum ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wo haben Sie sich denn sonst Aufträge erwartet, wenn nicht vom AKH?

Mag. **Sajbl:** Wir haben uns Aufträge zum Beispiel in Linz erwartet. Wir haben uns auch beim Allgemeinen Krankenhaus in Linz beworben, sind dort auch nicht zum Zug gekommen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War auch Dr. Bauer schuld daran?

Mag. **Sajbl:** Das hat mit Herrn Dr. Bauer sicherlich nichts zu tun.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Rolle hat Dr. Bauer im Auftragsdienst gespielt?

MAG. **Sajbl:** Für mich gar keine.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich frage Sie: Welche Rolle hat Dr. Bauer bei der ganzen Abwicklung, Bewerbung um diesen Auftrag gespielt?

Mag. **Sajbl:** Für uns hat in dem Fall ... Dr. Bauer kann für uns gar keine Rolle gespielt haben, bei uns hat es zwei oder drei Vorstellungsgespräche gegeben in Linz, und ich war nie ... mit dem Herrn Dr. Bauer zusammen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum konnten Sie erwarten, daß Sie in Linz einen Auftrag bekommen?

Mag. **Sajbl:** Die Erwartung, die man als Geschäftsführer knüpft, ist die, daß ich durch die Potenz der MEDIPLAN Hamburg, durch das Fachwissen, durch das Leistungsvermögen glaube, daß wir im Rennen um so einen Auftrag eigentlich gute Chancen haben, denn nach Kenntnis, wie ich es persönlich beurteile — das ist aber immer eine persönliche Beurteilung —, gibt es ja auf diesem Spezialgebiet europaweit nicht allzu viele Gesellschaften, wenn ich das so sagen darf, und dadurch ist sicherlich unsererseits eine gewisse Hoffnung daran geknüpft gewesen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat Sie dort ausgespielt in Linz?

Mag. **Sajbl:** Nach meiner Kenntnis würde ich bitten, das nicht als ausgespielt zu sehen. *(Abg. Dr. Feurstein: Das ist im übertragenen Sinne, nicht unmittelbar!)* Ich würde das so sehen, daß dort, glaube ich, in Linz Suter & Suter zum Zuge gekommen ist, und Suter & Suter gilt — das ist, glaube ich, branchenbekannt — auch als eine sehr angesehene Gesellschaft aus dem Schweizer Raum. Ich habe mich dann im Nachvollzug auch nicht mehr damit beschäftigt. Ich muß das auch sagen: Ich habe das auch aus der Situation so zur Kenntnis genommen ohne persönliche Interpretation.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich würde dem entnehmen, daß Sie in Linz einen ebenbürtigen Partner hatten. Ist das richtig?

Mag. **Sajbl:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Suter & Suter ist kein ebenbürtiger Partner für die Firma MEDIPLAN?

Mag. **Sajbl:** Das kann ich nicht beurteilen. Die Beurteilung der Ebenbürtigkeit muß der zuständige Vorstand vornehmen. Ich als Konkurrent kann diese Beurteilung nicht vorgeben. Ich glaube nur, daß die Wertschätzung in solchen Fragen ... Und ich habe da eine sehr eigene Vorstellung, daß man also auch dem Konkurrenten, der sich irgendwo bemüht, eine dementsprechende Wertschätzung entgegenbringt. Ich möchte sagen: Ich bin auch nicht imstande, die Qualifikation so genau zu differenzieren.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Wertschätzung bringen Sie den ABO-Partnern entgegen?

Mag. **Sajbl:** Da habe ich keine Meinung dazu.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War die MEDIPLAN eigentlich in der Lage, hatte sie die Berechtigung, die gewerberechtlichen Befähigungen, einen BO-Auftrag beim AKH zu übernehmen?

Mag. **Sajbl:** Diese Frage, sehr geehrter Herr Abgeordneter, Hoher Ausschuß, ist schon öfters diskutiert worden. Die Überlegung unsererseits war folgendermaßen, daß wir das dementsprechende Personal aus Hamburg beigezogen hätten und uns parallel dazu mit österrei-

chischem Personal ausgestattet haben. Ich möchte das rückblickend noch einmal so quantifizieren, ich möchte das dementsprechend so aufzeigen, daß für uns natürlich dadurch keine Personalvorhaltekosten entstanden sind, was ja in einer Gesellschaft sicherlich ein entscheidendes ökonomisches Argument ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie hat also keine Gewerbeberechtigung: die MEDIPLAN Wien?

Mag. **Sajbl:** Die MEDIPLAN Wien hat in dem Sinn keine Gewerbeberechtigung, braucht sie aber nicht zu haben, weil sie keinen Auftrag hat. Sie hätte die Gewerbeberechtigung dann haben müssen, wenn sie zu einem Auftrag gekommen wäre.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer deckt die Verluste der MEDIPLAN Wien?

Mag. **Sajbl:** Die Verluste der MEDIPLAN Wien werden in dem Fall von der Infrabau gedeckt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Zu hundert Prozent?

Mag. **Sajbl:** Das wird dann, nachdem 50 : 50 Gesellschafter sind, ... Wir haben es vorerst gedeckt als Infrabau.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wieviel haben Sie da gedeckt?

Mag. **Sajbl:** Nachdem jetzt die Abschlußarbeiten im Gang sind, nachdem diese Gesellschaft ja keine Geschäftstätigkeit in dem Sinne hat, sind das nur buchmäßige Verluste, und das wird zurzeit durch die Infrabau abgedeckt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wieviel haben Sie bisher abdecken müssen?

Mag. **Sajbl:** Ich glaube, im ... waren es 2 000 S, im ersten Jahr dann, glaube ich, oder im zweiten Jahr 30 000 S, und jetzt dürfte es bei 60 000 S liegen. Ich bin aber gerne bereit, dem Hohen Ausschuß das schriftlich zur Verfügung zu stellen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie waren auch beteiligt an der Gründung der Tractus?

Mag. **Sajbl:** Nein, an der Gründung der Tractus war ich nicht beteiligt, die ist vor meiner Zeit erfolgt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum wurden Sie eigentlich Geschäftsführer der Infrabau?

Mag. **Sajbl:** Ja warum wurde ich Geschäftsführer der Infrabau?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja haben Sie sich beworben?

Mag. **Sajbl:** Ich habe mich nicht beworben. Damals hat der Präsident Prechtl in seiner Eigenschaft als Obmann des Eisenbahnervereins mich als Geschäftsführer vorgeschlagen. Das war im Juli 1976.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und warum hat er Sie vorgeschlagen?

Mag. **Sajbl:** Ja das ist eine Frage, die ich eigentlich nicht beantworten ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wurde auch an andere Personen herangetreten, die Geschäftsführer werden sollten?

Mag. **Sajbl:** Das kann ich nicht sagen, Herr Abgeordneter, das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie kennen auf jeden Fall keine anderen Bewerber um diesen Posten?

Mag. **Sajbl:** Kenne ich eigentlich in der Form nicht. Das ist eine Frage, die über mein persönliches Vermögen geht Ihnen zu beantworten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie war das mit der Finanzierung der Anteile für die Tractus? Wissen Sie da gar nichts?

Mag. **Sajbl:** Herr Abgeordneter! Dazu möchte ich feststellen, für mich ist die Tractus der österreichische Gesellschafter. Ich war mit der Frage Tractus nie beschäftigt. Ich bin Geschäftsführer der Infrabau, ich kann dazu nichts sagen, weil ich auch nicht bei den Verhandlungen, bei den Fragen, die damals in dem Stadium aufgetreten sind, dabei war.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer tritt als Gesellschafter, als Eigentümer der Tractus Ihnen gegenüber auf?

Mag. **Sajbl:** Die Tractus ist durch ihre beiden Geschäftsführer. Das ist in dem Fall der Herr Wuchterl, jetzt der Herr Lobrunner *(phonetisch)*, früher waren es der Herr Wuchterl und der Herr Kommerzialrat Eder.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wie die Mittelaufbringung war für die Tractus?

Mag. **Sajbl:** Das ist nicht in meinen Bereich gefallen, sondern ich bin als Geschäftsführer hingekommen, und da war die neue Gesellschaft schon gegründet. Damit habe ich nichts zu tun gehabt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und kennen Sie die Firma Merkur?

Mag. **Sajbl:** Die Firma Merkur ist mit dem Verein Eisenbahnerheim der österreichische Gesellschafter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der Tractus?

Mag. **Sajbl:** Tractus.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie erfolgt eine Verlustabdeckung bei der Infrabau? Ist die Infrabau aktiv? Arbeitet sie mit Gewinn?

Mag. **Sajbl:** Die Infrabau arbeitet noch nicht mit Gewinn, aber die Infrabau arbeitet ... Ich möchte so sagen: Es ist uns im letzten Jahr gelungen, die Probleme aus der Vergangenheit abzubauen, die Verlustvorträge abzubauen, so daß wir jetzt in den positiven Bereich kommen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ab wann? Ab 1981, ab 1982?

Mag. **Sajbl:** Bei einem Bauträger ist ja die Wirtschaftsplangestaltung immer etwas schwieriger. Aber wir hoffen, daß wir jetzt 1981/82 in die positiven Jahre kommen und zugleich die Konsolidierungsbasis mit 1980 für mich als Geschäftsführer innerhalb des Bereiches abgeschlossen ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat bisher die Verluste der Infrabau getragen?

Mag. **Sajbl:** Bisher hat die Verluste die Neue Heimat getragen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Zur Gänze?

Mag. **Sajbl:** Zur Gänze.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Obwohl sie nicht zu 100 Prozent beteiligt ist?

Mag. **Sajbl:** Jawohl.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was war der Grund dafür, daß die Verluste von der Neuen Heimat getragen worden sind?

Mag. **Sajbl:** Der Grund der Verlustabdeckung — ich kann das nur aus der Sicht des Geschäftsführers sehen — war, daß die Neue Heimat in ihrer Geschäftstätigkeit davon ausgegangen ist, Verpflichtungen, die man einmal geschäftsmäßig eingegangen ist in der Republik Österreich, daß man diese Gesellschafter, die man hier aufgebaut hat, versucht in eine Konsolidierungsphase zu bringen, wie größere Unternehmer oder Konzerne es haben, daß also die Probleme, die in einem Unternehmen entstehen, dann übernimmt und versucht, diese Gesellschaft auf eine gesunde, konsolidierte Basis zu stellen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie hoch waren die Verluste der Infrabau in den Jahren, in denen Sie Geschäftsführer waren? Also 1976, 1977 bis 1980? Ungefähr, ich kann mir vorstellen, Sie wissen jetzt nicht die genauen Größenordnungen, aber ...

Mag. **Sajbl:** Wenn ich Ihnen als Kennziffer sagen kann, daß es mir gelungen ist, den Verlustvortrag in der Höhe von 18 Millionen Schilling abzubauen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Verlustvortrag 1980?

Mag. **Sajbl:** Also 1979 auf 1980 den Verlustvortrag abzubauen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wie hoch war der Verlustvortrag 1975 auf 1976?

Mag. **Sajbl:** Das kann ich Ihnen jetzt bitte nicht sagen. Ich bin aber gerne bereit, schriftlich dazu Stellung zu nehmen, soweit es dem Hohen Ausschuß dienlich ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Kapitalzuführungen erfolgten von der Neuen Heimat an die Infrabau?

Mag. **Sajbl:** Darf ich dazu feststellen: Das betrifft Geschäftsbereiche, wo die Neue Heimat als Gesellschaft zugeführt hat. Ich würde den Herrn Vorsitzenden ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das ist für uns sehr wichtig, wenn Sie die Begründung sagen.

Sie wissen, daß die Neue Heimat von der MEDIPLAN; MEDIPLAN—Neue Heimat, Aufträge vom AKH bekommen hat in der Größenordnung von weit über 46 Millionen Schilling, wie wir inzwischen wissen, mit Partnern insgesamt ... Wir kennen die genaue Größe nicht. Wir haben heute wieder festgestellt, daß ein neuer Auftrag an die MEDIPLAN Hamburg erteilt worden ist, der im Jahre 1980 ein Volumen von über einer halben Million Schilling hatte. Sie kennen den Verdacht, daß über die Neue Heimat Kapitalzuführungen in Richtung SPÖ gegangen sind. Und aus diesem Grund ist es für uns sehr wichtig, zu erfahren, wie groß die Kapitalzuführung von den Jahren 1976, 1977, 1978, 1979 an die Infrabau war?

Mag. **Sajbl:** Ich darf dazu ausführen, sehr geehrter Herr Abgeordneter, es hat Kapitalzuführungen für Projekte gegeben, wo den Verlust die Neue Heimat übernommen hat. Das waren also Großprojekte, Wohnbauprojekte, die ... Da hat es für Wohnanlagen, die frei finanziert gebaut worden sind, und zwar in Innsbruck und in Klosterneuburg. Die Verluste hatten da eine ganz schöne Größe gehabt. Ich glaube, das war allerdings aus der Vorzeit, und mein Bemühen war, das abzubauen. Die Ziffern dürften in diesem Bereich sein 14, 4, 5 und 1.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns das detaillieren?

Mag. **Sajbl:** Also für Klosterneuburg, Höhenstraße, 14 Millionen, 12 Millionen für ... Und

zwar ist das, weil diese Verluste bei so einem Projekt über mehrere Jahre entstehen. Die Verlustabdeckung ist in dem Fall von der Neuen Heimat international übernommen worden. Ich bin aber gerne bereit, Ihnen das schriftlich zu geben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Vielleicht können wir das schon jetzt gleich machen, weil sich nachher wieder zusätzliche Fragen ergeben, und wir müssen Sie dann noch einmal bitten, in den Untersuchungsausschuß zu kommen. Vielleicht können wir das jetzt soweit abklären, damit wir das konkretisieren, und dann können Sie uns noch die exakteren Zahlen mitteilen. Also es geht um Klosterneuburg, 14 Millionen Schilling Verlustabdeckung.

Mag. **Sajbl:** Das dürfte in dem Bereich ... Ich bin nicht der Betriebsrat unseres Unternehmens, aber es sind ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Innsbruck, in welcher Größenordnung?

Mag. **Sajbl:** Ich kann das jetzt nicht ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): 12 Millionen?

Mag. **Sajbl:** Es sind Summen 14, 12, 1 und 5.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was sind 5 Millionen? Was ist das für ein Projekt?

Mag. **Sajbl:** Das dürfte dann durch die Mehrjährigkeit solcher Projekte entstehen, diese ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Also bin ich richtig, wenn ich sage: 14 plus 12 plus 5 plus 1, das wären 32 Millionen Schilling Kapitalzuführung? Und zwar in den Jahren ...

Mag. **Sajbl:** Das dürfte in den Jahren 1977 bis 1980 gewesen sein. Man kann sagen 1976 bis 1980.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und kennen Sie andere Verlustprojekte Innsbruck, Klosterneuburg?

Mag. **Sajbl:** Es hat dann noch das Verlustprojekt Pilgram-Zentrum gegeben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie groß war dort der Verlust?

Mag. **Sajbl:** Die Frage des Verlustes beim Pilgramzentrum ist etwas schwieriger zu beantworten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich kann Ihnen helfen: Uns ist immer die Zahl von rund 7, 8 Millionen Schilling bekannt. Stimmt diese Größenordnung?

Mag. **Sajbl:** In meiner Zeit 1977, April, Mai, ist er zurückgeführt auf 20 Millionen. Die Restschuld. Und wir haben noch eine Forderung ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das wissen wir schon vom Zentralsekretär Marsch. Der hat uns gesagt zuerst 34 und dann 20 Millionen. Zunächst sagte er 20 bis 34, dann hat er es wieder korrigiert auf 34 plus 20 Millionen Schilling.

Mag. **Sajbl:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich kann nur dazu sagen, es wurden 39 und in meiner Zeit 20 Millionen — also das war Anfang 1977 — zurückbezahlt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): 39 und 20?

Mag. **Sajbl:** Und 20. 20 waren es zu meiner Zeit.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das sind also 59 Millionen Schilling, und wieviel ist davon jetzt Verlust? Für das Pilgram-Zentrum jetzt zunächst einmal? Sie sind ja dort auch Geschäftsführer?

Mag. **Sajbl:** Ich bin dort auch Geschäftsführer. Aus meiner Zeit entwickelte sich, würde ich also den Verlust in der Warte sehen, daß wir von unserer Seite aus ... Ich glaube, man kann das nicht so sehen. Im Pilgram-Zentrum waren mehrere Fragen strittig, nicht die alle aus der Zeit ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Vor Ihrer Zeit?

Mag. **Sajbl:** Das war vor meiner Zeit, und die Frage der Strittigkeit hat sich ergeben dadurch, daß dieses Projekt nicht zustande gekommen ist. Von unserer Warte aus. Wir haben noch eine Forderung offen von ... Ich glaube, die bewegt sich im Bereich von 3,7, und das ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Forderungen an wen?

Mag. **Sajbl:** Von PZE an den Vorwärts. Die bewegt sich deswegen, weil also in diesem Warenbereich sehr strittig war, wer übernimmt die kaufmännisch-technischen Fragen auf Grund des abgeschlossenen Betreuungsvertrages. Es wurde ja sehr genau ein Baubetreuungsvertrag abgeschlossen, und das ist die eine Seite.

Die zweite Seite ist, daß man aus der Situation, daß die Absiedlungen erfolgt sind, daß man zu viel Personal eingestellt hat für die Absiedlungstätigkeiten. Wer tragt das? Also daraus haben sich viele strittige Momente ergeben, und der Teil ist noch offen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Würde das bedeuten, daß der Vorwärts-Verlag an das Pilgram-Zentrum — oder 59 Millionen Schilling, die Sie bezahlt haben, wieder etwas zurückzahlen müßte? Oder bewegt sich das in einer anderen ...

Mag. **Sajbl:** Nein! So kann man das nicht

sagen. Die 59 Millionen Schilling waren die Schuld, die sich aus dem Kaufvertrag ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das wollte ich nur noch einmal klären. Damit das klar ist.

Dann gibt es jetzt also ein Passivum. Wenn man jetzt von der Bilanz hergeht, das Pilgram-Zentrum bilanzieren würde? Oder besteht die Firma überhaupt noch? Das ist eine Frage.

Mag. **Sajbl:** Das Pilgram-Zentrum besteht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und bilanziert es, oder hat es bilanziert?

Mag. **Sajbl:** Das Pilgram-Zentrum bilanziert und ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und ist es größer oder ...

Mag. **Sajbl:** Zu Ihrer Klärung darf ich ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kapital ...

Mag. **Sajbl:** Zur Klärung: Diese Gesellschaft ist also finanziell, wirtschaftlich und organisatorisch in der INFRABAU-Gesellschaft eingefügt. Genauso wie die anderen Gesellschaften, die ich vielleicht damit, wenn es der Hohe Ausschuß und wenn es der Vorsitzende gestattet, damit endlich einmal das mit der Firmenpyramide wegkommt.

Die INFRABAU ist im Jahre 1969 gegründet worden. Man hat dann aus der Entwicklung dieser Gesellschaft im Jahre 1972 zwei Gesellschaften gegründet. Das eine war die INFRA-Wohnungseigentumsgesellschaft, die frei finanzierte Wohnungen baute. Und die andere Gesellschaft war die Invest-Vermögensgesellschaft, die ja im Gewerbebereich tätig sein sollte.

Im Jahre 1973 hatte man das Projekt des Pilgram-Zentrums, diese Gesellschaft und dieses Großprojekt, durchzuführen, und 1974/1975 ist dann noch, glaube ich, gemeinsam war das sogar mit der Immorent, die Gesellschaft Infracenter gegründet worden, um Einkaufszentren zu bauen. Das ist eigentlich die kurze und, glaube ich, überblickbare Genesis der sogenannten Firmenpyramide, die in Wirklichkeit nur dem Zweck, von dem Unternehmen, von der Entwicklung her harmonische Entwicklung aufzubauen, daß man für den einen Bereich, für den Wohnbau, die Infra-Wohnungseigentum, um für den Käufer steuerbefreit zu kaufen; und die Invest zum Gewerbebau für Einkaufszentren ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Uns ist auch bekannt, daß das Pilgram-Zentrum — und ich bitte Sie, daß Sie mir widersprechen, wenn das nicht stimmt — kein Personal hat, daß Sie dort ...

Mag. **Sajbl:** Darf ich dazu dieses Problem auch gleich klären? Alle diese Gesellschaften haben mit der Obergesellschaft INFRABAU. Die INFRAUBAU hat mit diesen Gesellschaften Betreuungsverträge abgeschlossen, bereits in den Jahren 1972/1973. Diese Betreuungsverträge definieren genau die Pflichten der INFRABAU als Gesellschafter. Die Beteiligungsgesellschaft ist also geregelt, die Grundsatzfragen der Gesellschaft, das Personal, die Finanzierung, die Wirtschaftlichkeit. Ich bitte um Verständnis, das heißt, und da spreche ich, wenn Sie gestatten, jetzt pro domo, das ist für meine Kolleginnen und Kollegen, für das Unternehmen, das ich vertrete, immer fürchtlich. Wir sind also in der Öffentlichkeit dadurch so dargestellt worden. In Wirklich ist das Personal, das in der INFRABAU ist, für die Gesellschaften zuständig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Jetzt kommen wir noch einmal zurück. Sie haben also gesagt, 59 Millionen Schilling zurückbezahlt an den Vorwärts-Verlag. Drei Millionen Schilling sind noch unklar.

Mag. **Sajbl:** 3,7 Millionen Schilling sind noch ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer die bezahlen muß.

Mag. **Sajbl:** Sagen wir bitte so, das ist strittig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Strittig zwischen INFRABAU und Vorwärts.

Mag. **Sajbl:** Zwischen dem Pilgram-Zentrum und dem Vorwärts.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die INFRABAU, oder weil Sie gesagt haben, das Pilgram-Zentrum gehört zu 100 Prozent Infrabau.

Mag. **Sajbl:** Ja. Entschuldigen Sie, ja, ja, das stimmt schon.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Strittig zwischen INFRABAU und Vorwärts-Verlag?

Mag. **Sajbl:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das ist richtig?

Mag. **Sajbl:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): 3,6 Millionen Schilling?

Mag. **Sajbl:** Also 3,7 Millionen Schilling.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Oder 3,7 Millionen Schilling. Und können Sie uns noch einmal sagen, woraus diese 3,7 Millionen Schilling resultieren?

Mag. **Sajbl:** Diese 3,7 Millionen Schilling resultieren aus vielen Strittigkeiten, die also in

60 von 35Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 6 (Seite 1587b bis 1937a) (gescanntes Original)

den Bereich zurückfallen, zwischen den Tätigkeiten, wenn Sie wollen ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Planungstätigkeiten?

Mag. **Sajbl:** Planungstätigkeiten, Büroadaptierungen. Es hat dort Absiedlungen gegeben, es hat also die kaufmännische, technische Betreuung und ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Steuer?

Mag. **Sajbl:** Der Bereich, der strittig ist, ist aus der Zeit, wenn Sie wollen, aus 1975, wo es eben differenzierte Auffassungen gegeben hat, die ich aus meiner Zeit nur so zur Kenntnis zu nehmen hatte.

Ich möchte aber dazu noch sagen, daß mein Bemühen eigentlich war, zukunftsbezogen zu arbeiten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das ist ganz klar.

Mag. **Sajbl:** Das ist auch meine Pflicht als Geschäftsführer.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Würde ich auch tun, wahrscheinlich. Nun, was ist der INFRABAU für ein Verlust entstanden durch dieses ganze Projekt? Nennen wir das jetzt einmal Projekt Pilgram-Zentrum, nicht Firma Pilgram-Zentrum größenordnungsmäßig.

Mag. **Sajbl:** Im gesamten Verlauf dürfte ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wobei ja diese 3,7 Millionen Schilling wir noch offenlassen.

Mag. **Sajbl:** Bitte sehr, Herr Abgeordneter! Ich kann also dazu sagen, daß diese 3,7 Millionen Schilling. Dann ist noch dazugekommen ein Forderungsverzicht meinerseits, wo ich davon ausgegangen bin, das war im Jahre 1979, wollte ich also diesen Bereich einmal im Griff haben. Es hat keinen Zweck, wenn ich immer wieder versuche, mich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Und dann hat es also die Verzinsensfrage gegeben, die daraus entstanden ist. Das dürfte sich, wenn man das also dann auch summiert ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): 7 bis 8 Millionen?

Mag. **Sajbl:** Diese sieben bis acht Millionen Schilling waren also aus der PZE-Zeit von vorher gekommen, also es müßte in meiner Zeit ähnlich viel gewesen sein. Also wenn ich das auch summiere.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Also aus Ihrer Zeit, 1976 bis 1979, haben wir ungefähr sieben bis acht Millionen Schilling und aus der Zeit vor 1976 auch rund diese Größenordnung.

Und darf ich jetzt die Frage stellen: Die 3,7 Millionen Schilling sind noch offen?

Mag. **Sajbl:** Die sind offen, die sich aus der Strittigkeit ergeben, und das Problem ist ja, daß aus dieser Strittigkeit sicher das ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann würde ich auf die Summe kommen von rund 18 Millionen Schilling. 18 bis 19 Millionen Schilling Pilgram-Zentrum.

Mag. **Sajbl:** Verluste dürften von diesem Bereich, wenn man es von der INFRABAU-Seite betrachtet, kann man zu dem Bereich ... Es ist eine Frage, wie man es bewertet.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Abdeckung dieses Verlustes, ist die nun enthalten in dieser Kapitalzuführung von 32 Millionen Schilling in den Jahren 1976 bis 1980, oder muß ich zu diesen 32 Millionen Schilling Kapitalzuführung, die von 1976 bis 1980 erfolgt, ...

Mag. **Sajbl:** Nein, das ist ja die Abdeckung, die ist mit 1977 ... Nein, das ist der Infrabaubereich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die 7,6 Millionen Schilling, die in der „Wochenpresse" immer erschienen sind, die sind vorher abgedeckt worden?

Mag. **Sajbl:** Diese sind von der Neuen Heimat als Gesellschaft übernommen worden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Früher. Dann hat sie noch einmal 7,6 Millionen Schilling Verlustabdeckung. Wir haben darunter 40 Millionen Schilling, die die Neue Heimat an die Infrabau bezahlt haben muß oder haben dürfte.

Jetzt frage ich Sie, Herr Geschäftsführer: Warum macht das die Neue Heimat? Warum werden solche Beträge in der Größenordnung von 40 Millionen Schilling in etwa in etwas mehr als fünf Jahren, von 1973 bis heute, in ein solches Unternehmen hineinbezahlt?

Das ist eine Frage an Sie als Geschäftsführer, als Verantwortlicher. Sie werden sicherlich mit den Vertretern der Neuen Heimat darüber gesprochen haben, warum ein so verlustreiches Geschäft von der Neuen Heimat in Österreich aufrechterhalten bleibt?

Mag. **Sajbl:** Herr Abgeordneter! Ich darf dazu ausführen, daß diese Verluste aus der Vergangenheit gewesen sind und daß man damit — man wollte sicherlich im Bemühen, wenn Sie wollen, einen neuen Weg einschlagen, und man hat auch das Verständnis aufgebracht, daß die Vergangenheitsbewältigung in dem Fall so geschafft werden kann. Wie Sie wissen, sind Verluste für Unternehmen ... Ein Unternehmen muß also positiv arbeiten, die Zielsetzung, der Zielerreichungsprozeß eines Unternehmens, ist positiv zu arbeiten. Ich sehe das so, daß man also mit diesem neuen Beginn, der

wahrscheinlich durch die neue Geschäftsführung zustande gekommen ist, sagt, bitte, man ist bereit, auch einen Teil der Verluste, die aus der Vergangenheit entstanden sind, zu übernehmen.

Das ist, glaube ich, etwas ganz Übliches im Wirtschaftsleben, daß der Gesellschafter eigentlich das tut.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat man sich über die MEDIPLAN eine wesentlich raschere Sanierung erwartet, weil die MEDIPLAN 1976 im Herbst oder Winter gegründet worden ist, oder eine Kapitalzuführung?

Mag. **Sajbl:** Dazu darf ich sagen, daß das sicherlich nicht der Fall war und nicht der Fall sein kann. Sie werden sicherlich zustimmen, daß man im Wirtschaftsleben, daß man im Dienstleistungsbereich den Betreuungsbereich und die MEDIPLAN als Krankenhausplanungsgesellschaft — als Spezialgeschäft —, daß diese Überlegung nie in die Richtung gegangen ist, sondern das Bemühen war, daß man die Gesellschaft auf gesunde Beine stellt und versucht, einen neuen Weg zu gehen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Kollege Feurstein, darf ich eine Frage dazwischen stellen. Das schlägt sich eine Spur mit der Aussage des Herrn Zentralsekretärs Marsch, der wörtlich gesagt hat: Die Gründung der Firmenkette diente dazu, um zu verdienen, wo es etwas zu verdienen gab. *(Ruf: Das hat Eder gesagt!)*

Oder hat das der Eder gesagt? Jedenfalls ein Zeuge hier. *(Abg. Bergmann: In der „Wochenpresse"!)* Ich glaube aber, der Marsch hat es, nachdem man es vorgehalten hat, sinngemäß ja nicht bestritten. Er hat gesagt, dazu sind ja die Firmen da, daß sie etwas verdienen.

Aber ich bin gerne bereit, es vom Marsch noch einmal nachzuschauen. Also der Eder hat es gesagt.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Der Eder hat es in der „Wochenpresse" ...

Mag. **Sajbl:** Darf ich dazu sagen, Herr Abgeordneter, Sie werden mir als Liberaler zustimmen, daß die Zielsetzung eines Unternehmens sicherlich ist, eine Geschäftstätigkeit zu entwickeln. Das ist zweifelsohne, nur glaube ich, daß die Frage aus der Richtung des Abgeordneten, daß man es in von der Warte aus nicht gesehen hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich glaube, ich muß Sie noch einmal fragen. Entschuldigung, ich muß Sie wirklich noch einmal fragen.

Was war echt der Grund, daß man ein solches Unternehmen Infrabau, das solche Kapitalzuführung — nennen wir es jetzt einmal nicht Verluste, weil, ich weiß, Verluste kann man ...

Mag. **Sajbl:** Ja, ja, das ist eine Blickwinkelfrage.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, aber Kapitalzuführung ist ein echtes Problem für das andere Unternehmen, also für die Mutter sozusagen. Warum, was war die Überlegung, hier gab es Gespräche zweifellos, man sagt, Neue Heimat, wir sind bereit, in dem Maße hier Kapitalzuführungen zu leisten. Die Neue Heimat ist sicherlich ein blühendes Unternehmen, ein funktionierendes und ein sehr leistungsfähiges und anerkanntes Unternehmen, man kann hier wirklich — ich habe mich erkundigt in Deutschland: voll des Lobes —, aber trotzdem ist kein Unternehmen auf Dauer bereit, solche Verluste, solche Kapitalzuführungen zu leisten.

Ich muß Sie noch einmal fragen, entschuldigen Sie, daß ich auf diese Frage bestehe, aber ich muß Sie noch einmal fragen. Für mich ist die bisherige Erklärung nicht plausibel.

Mag. **Sajbl:** Herr Abgeordneter! Ich kann Ihnen eigentlich nur diese Erklärung geben, die ich aus meiner Kenntnis als Geschäftsführer sehe. Die Neue Heimat ist ein großes, angesehenes Unternehmen mit hervorragendem Fachpersonal, mit einem großen Umsatz und mit all den Erfahrungen, die Großunternehmungen haben. Aus meiner persönlichen Einschätzung hat man sich bemüht, diese Gesellschaft, und sicherlich, wenn Sie wollen, auch ein gewisser Vorschuß für die Geschäftsführung, auch das Verständnis und das Vertrauen in die Geschäftsführung, daß man gesagt hat, bitte sehr, wir sind bereit, die Probleme, die aus der Vergangenheit entstanden sind, zum Teil zu übernehmen, und diese Geschäftsführung soll beweisen, wieweit sie imstande ist, die Zukunftserwartungen zu erfüllen.

Das ist aus meiner Erfahrung etwas durchaus Übliches in großen Unternehmungen, weil ja diese großen Unternehmungen auch die Sicht der Probleme, die in der Vergangenheit entstanden sind, erlebt haben. Dazu kommt noch, daß alle Unternehmen, also die im Bauträgerbereich tätig sind und waren, bis zum Jahr 1973 ja sehr erfolgreich waren, aber mit 1973 sind bekanntlich im Bauindustriebereich überall weltweit Probleme entstanden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der Herr Becker hat uns heute gesagt, er hatte den Eindruck, daß man im Zusammenhang mit diesen Auftragsvergaben — ich zitiere wörtlich, ich habe das Protokoll nicht hier, aber ich erinnere mich genau, ich habe es auch aufgeschrieben — an der Nase herumgeführt wurde.

Damit kommt zum Ausdruck, daß man echt Hoffnung hatte, Aufträge zu bekommen, und

dann an der Nase herumgeführt wurde. Er hat uns allerdings nicht gesagt, wer ihn an der Nase herumgeführt hat. Nun frage ich Sie, da Sie die österreichischen Verhältnisse besser kennen und besser informiert sind, über den ganzen Einflußbereich, welche Personen waren Kontaktpersonen für die MEDIPLAN, einen Auftrag für das AKH zu bekommen?

Ich sage noch einmal: Becker hat den Eindruck gehabt, er sei an der Nase herumgeführt worden.

Mag. **Sajbl:** Dazu möchte ich sagen, Herr Abgeordneter, daß ich aktiv an dieser Akquisitionsfrage nicht teilgenommen habe, aktiv in dem Fall beim AKH aus der Sicht heraus — ich bin kein Krankenhausspezialist, und ich habe, glaube ich, nie den Fehler gemacht, daß ich mich zu sehr in ein Gebiet vorwagte, wo ich, wie man so schön sagt, stark genug bin.

Ich kann mir das nicht vorstellen. Eines steht natürlich fest, daß für denjenigen, der nicht zum Zug kommt in der konkreten Situation, daß der das halt zur Kenntnis nehmen muß. Ich glaube, jeder, der im Wirtschaftsleben tätig ist, weiß, wie schwierig das ist in einer Auftragsvergabe. Diejenigen, die nicht zum Zug kommen, die sehen das immer etwas anders, nicht?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber Sie müssen mir doch zustimmen, wenn ich sage: Es ist überraschend, man gründete eine Firma vor vier Jahren — es sind jetzt mehr als vier Jahre —, man bemüht sich um Aufträge, man hat Hoffnung, Aufträge zu bekommen, und man bekommt keinen Auftrag. Hier muß jemand mit im Spiel sein. Für mich ist es klar, ich kann nur nicht sagen, wer mit im Spiel ist.

Mag. **Sajbl:** Darf ich dazu folgendes sagen. Ich sehe das Problem auch von einer anderen Seite. Wir haben uns bemüht um diesen Auftrag, haben aber auch das Problem der Konkurrenzierung, daß wir etwas teuer sind, weil ein relativ hohes Kostenniveau auch vorhanden ist unsererseits; die Einschätzung MEDIPLAN Hamburg, Infrabauseite her. Ich kann das nur so sehen: Wir können eigentlich in dem kleinen Bereich, in den kleinen Rationalisierungsbereichen — es ist ja bekannt in der österreichischen Krankenhausplanung, ich glaube, 52 Prozent unserer Krankenhäuser bewegen sich in der Kategorie um 250 Betten herum —, das heißt also, für diese Kleinaufträge sind wir von der Personalausstattung und von der Stärke, auch weil das alles Spezialisten sind, das sind Volkswirte, Betriebswirte, Achitekten, natürlich etwas teurer. Das heißt, es kämen nur größere, etwas größere Aufträge, um die optimalen Bedingungen eines Dienstleistungsbetriebes zu erfüllen, und da ist halt nichts dazugekommen. Ich sehe nicht, daß das irgendwie böse Handlungen sind, sondern das ist einfach ein Faktum. Man steht auf dem Markt in Konkurrenz, die Konkurrenz, das muß man anerkennen, das sind sicherlich auch sehr gute Leute, ich will das nicht qualifizieren, das muß man zur Kenntnis nehmen. Es gibt Suter & Suter, es gibt in Deutschland noch Organisationen, Institute, es gibt diese bekannte dänische Gesellschaft da, und ich möchte mir nicht das Urteil anmaßen. Ich muß zur Kenntnis nehmen aus der österreichischen Szenerie, das entscheidet der zuständige Vorstand, und ich möchte auch hier im Ausschuß deponieren, nachdem ich hier einmal im Haus beschäftigt war, ich habe nirgends interveniert. Nirgends!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das vermute ich. Wenn Sie interveniert hätten, hätten Sie wahrscheinlich den Auftrag bekommen.

Mag. **Sajbl:** Nirgends.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das überrascht mich eben.

Darf ich Sie weiter fragen, und entschuldigen Sie, wenn ich hier jetzt wirklich bohren muß. Von Becker haben wir erfahren, daß die MEDIPLAN billiger gewesen wäre, 200 Millionen zu 300 Millionen, also ein Drittel weniger.

Mag. **Sajbl:** Darf ich ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Entschuldigen, darf ich zuerst weiterreden. Die MEDIPLAN hätte das also eindeutig billiger machen können, um ein Drittel billiger seitens der Kosten. Von der fachlichen Qualifikation aus hat uns der Herr Becker gesagt, daß ODELGA aus seiner Sicht nicht in der Lage gewesen wäre, diesen Auftrag auszuführen. Wir wissen inzwischen auch, daß die ODELGA gar nicht in der Lage war, den Auftrag, ABO-Auftrag auszuführen. Und bei der ÖKODATA hat er fachliche Bedenken gehabt, da hat er gesagt, sie sind in der Lage, aber fachliche Bedenken, sodaß sie auch von der fachlichen Seite her wesentlich potenter gewesen wären als die Gruppe ÖKODATA — ODELGA — ABO. Also für mich ist das Argument Preis nicht einleuchtend, weil Becker ausdrücklich gesagt hat, von der Preiskonkurrenz her wäre die MEDIPLAN zum Zuge gekommen, von der fachlichen Seite her auch die MEDIPLAN zum Zug gekommen. Also beide Argumente sind für mich nicht einleuchtend.

Welches andere Argument gibt es noch? Ich habe nämlich die Vermutung, so wie es Becker gesagt hat, daß wirklich jemand Sie nicht, aber den Herrn Becker und die anderen Herren, die hier Hoffnungen hatten, an der Nase herumgeführt hat, wenn ich dieses Wort, diese Formulierung von Herrn Becker wieder übernehme; das ist seine Formulierung.

Mag. **Sajbl:** Darf ich, Herr Abgeordneter, dazu sagen: Ich bin da mißverstanden worden. Ich habe gemeint, daß wir für kleine Aufträge, für diese kleinen Rationalisierungsaufträge wahrscheinlich ein etwas höheres Kostenniveau haben für diese kleinen Krankenhäuser mit 250 Betten. Für den großen Bereich kann ich das nicht beurteilen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber welche Gründe?

Mag. **Sajbl:** Dazu kann ich eigentlich nichts sagen.

Obmann Dr. **Steger:** Hoher Ausschuß! Darf ich ganz kurz einmal unterbrechen.

Formell brauchen wir dazu keine Abstimmung, ich bringe nur zur Kenntnis, daß wir auf den Zeugen Wuchterl für heute verzichten müssen. Er hat als äußerste Grenze, wo er uns zur Einvernahme zur Verfügung steht, 19 Uhr genannt, und wir kommen in der Zeit nicht ernsthaft durch, daß wir die Fragen alle an ihn stellen können. Daher brauchen wir auch gar nicht ihn für später noch einmal zu laden. Ich würde vorschlagen, daß wir versuchen, bis zirka 19 Uhr mit dieser Einvernahme gemeinsam fertig zu sein, und für 19 Uhr den Dr. Klauhs herbitten, den wir ja vorher weggeschickt haben. Ich bringe das nur zur Kenntnis, damit wir da einen Konsens haben, weil jetzt telephoniert wird in die Richtung. — Danke.

Bitte, Herr Abgeordneter Dr. Feurstein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich frage Sie jetzt noch einmal: Sie können mir darauf keine Antwort geben?

Mag. **Sajbl:** Nein, Herr Abgeordneter, ich kann Ihnen dazu keine Antwort geben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auch wenn ich Ihnen sage, daß Sie Geschäftsführer der MEDIPLAN sind und dafür verantwortlich sind, daß diese Firma Gewinne macht?

Mag. **Sajbl:** Hier wurde ja keiner. Es ist sicherlich bedauernswert, daß die MEDIPLAN Wien diesen Auftrag nicht bekommen hat, aber das ist ein Faktum.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie den Dr. Bauer?

Mag. **Sajbl:** Ich kenne den Dr. Bauer.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gut, schlecht? Wie ist Ihr Verhältnis zu Dr. Bauer?

Mag. **Sajbl:** Ich habe gar kein Verhältnis zu Dr. Bauer.

Obmann Dr. **Steger:** Das wird Ihnen von allen drei Fraktionen geglaubt, Herr Zeuge.

Mag. **Sajbl:** Entschuldigen, das habe ich nicht so gemeint. Ich nehme mir das auch nicht heraus, zu qualifizieren. Ich bitte um Verständnis.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie mit Dr. Bauer über solche Fragen nicht Gespräche geführt?

Mag. **Sajbl:** Habe ich nicht gesprochen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Treffen Sie Dr. Bauer privat?

Mag. **Sajbl:** Habe ich nicht getroffen, noch nie Dr. Bauer privat getroffen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Geschäftlich auf Grund Ihrer Geschäftsführertätigkeit bei einer dieser Firmen?

Mag. **Sajbl:** Ich habe den Dr. Bauer zwei-, dreimal gesprochen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In Angelegenheiten, die mit Infrabau zu tun haben?

Mag. **Sajbl:** Es ist ja damals bei uns die Beratung von der Consultatio erfolgt, und da habe ich ein paarmal mit ihm gesprochen, aber das ist eigentlich schon alles.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wenn ich richtig bin, erfolgt jetzt die steuerliche Beratung nicht mehr durch die Consultatio?

Mag. **Sajbl:** Die steuerliche Beratung erfolgt noch durch die Consultatio.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nach wie vor?

Mag. **Sajbl:** Ja. Ich darf dazu sagen, ich sehe auch aus einem persönlichen Grund nicht ein ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben ja gesagt, daß die „Neue Heimat" Kapitalzuführungen gemacht hat in der Größenordnung von 40 Millionen Schilling. Der zweite Beteiligte an der Infrabau mit dem gleichen Anteil ist die Firma Tractus. Warum hat die Firma Tractus keine Kapitalzuführungen machen müssen?

Mag. **Sajbl:** Herr Abgeordneter! Da muß ich Sie bitten, das betrifft die Gesellschafter, und ich nehme es mir nicht heraus, als Geschäftsführer die Obliegenheiten meiner Gesellschafter in Diskussion zu ziehen und zu interpretieren. Das dürfte sich aus der Gesellschaftskonstruktion ergeben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Enthält — das darf ich Sie sicher fragen, weil es ja öffentlich ist — der Gesellschaftsvertrag irgendwelche Bestimmungen in dieser Richtung?

Mag. **Sajbl:** Herr Abgeordneter! Ich kann Ihnen dazu keine Antwort geben. Da würde ich

64 von 35Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 6 (Seite 1587b bis 1937a) (gescanntes Original)

bitten, mit dem Geschäftsführer der Tractus darüber zu sprechen, weil das ist dessen Aufgabenbereich. Ich habe mich ja um diese Fragen, das möchte ich hier sagen, nicht gekümmert.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Jetzt muß ich Ihnen aber vorhalten, ich habe nämlich auch den Herrn Becker in diese Richtung gefragt, vor allem in Richtung Tractus, und jetzt zitiere ich nicht genau, aber inhaltsmäßig — wenn es falsch ist, Herr Doktor, wenn Sie mich korrigieren — hat Herr Becker gesagt: Herr Geschäftsführer Sajbl wollte mich einige Male über die Zusammenhänge Tractus informieren. Ich habe es abgelehnt, weil es mich nichts angeht.

Wenn Sie nun den Herrn Becker über die Zusammenhänge der Tractus informieren wollten, so können Sie uns auch informieren über die Zusammenhänge der Tractus.

Mag. **Sajbl:** Über die Zusammenhänge der Tractus, ja nur zu den Personen der Tractus kann ich sagen: Der eine war der von dem Verein Eisenbahnerheim delegierte Geschäftsführer, der Herr Wuchterl, der andere war der Herr Kommerzialrat Eder, der von „Merkur" in diese Funktion delegiert war.

Ich kann zu der Situation der Tractus nichts sagen. Der Herr Becker wird wahrscheinlich das gemeint haben, daß in der ersten Phase sicherlich die Frage auftritt: Bitte sehr, ich komme aus Hamburg, bin also hier in Wien, und wer sind die Herren? Und da habe ich versucht, ihm zu erklären, bitte sehr, das sind die Vertreter in unserer Gesellschaft, die die österreichische Seite wahrnimmt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber auf einer Frage muß ich bestehen, und das ist die Frage: Enthält der Gesellschaftsvertrag irgendwelche Bestimmungen über die Regelung von Kapitalzuführungen? Die Frage müssen Sie mir beantworten.

Mag. **Sajbl:** Der Gesellschaftsvertrag der Tractus?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nein, der Gesellschaftsvertrag der Infrabau.

Mag. **Sajbl:** Herr Abgeordneter, das kann ich Ihnen im Moment nicht beantworten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie einen Gesellschaftsvertrag bei sich?

Mag. **Sajbl:** Nein, habe ich nicht. Aber ich bin gerne bereit, Ihnen den Gesellschaftsvertrag zur Verfügung zu stellen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Vorsitzender, ich würde schon bitten, ich kann nicht glauben dem Zeugen, daß er den Gesellschaftsvertrag nicht kennt, wenn er Geschäftsführer ist. Das glaube ich einfach nicht, daß er ihn nicht kennt. Dann wäre er ein schlechter Geschäftsführer, wenn er den nicht kennen würde. Ich habe gefragt, ob der Gesellschaftsvertrag ...

Mag. **Sajbl:** Ich bin selbstverständlich gerne bereit, den Gesellschaftsvertrag, soweit das mit dem Ges. m. b. H.-Gesetz im Einklang steht, bin ich selbstverständlich gerne bereit. Ich bin aber mit dem Gesellschaftsvertrag in dem Sinne ... Ich kann Ihnen diese Frage jetzt ad hoc nicht beantworten.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, das war an sich eine starke Formulierung, daß Sie bereit sind, den Vertrag, soweit er mit dem Ges. m. b. H.-Gesetz im Einklang ist. Heißt das, daß es da noch andere Rechtsvereinbarungen gibt, die gesetzwidrig vorgenommen wurden? Darf ich Sie bitten, das allenfalls klarzustellen, bevor wir eine Anforderung beschließen.

Mag. **Sajbl:** Herr Vorsitzender, darf ich dazu bitte sagen, der Gesellschaftsvertrag ist eine Angelegenheit der Gesellschafter. Ich habe meine Geschäftsordnung, die den Geschäftsführer betrifft. Ich bin also nicht imstande, über einen Vertrag, den der Gesellschafter geschlossen hat, hier Interpretationen oder sonst etwas abzugeben. Aber ich gehe selbstverständlich davon aus, daß der zuständige Geschäftsführer, der Ihnen Rede und Antwort stehen wird zu diesem Vertrag, alles sagen wird können.

Obmann Dr. **Steger:** Wer ist der zuständige Geschäftsführer?

Mag. **Sajbl:** Zur Tractus ist es der Herr Wuchterl.

Obmann Dr. **Steger:** Den bekommen wir ja noch.

Dann darf ich Sie bitten, daß wir jetzt zu Protokoll geben, daß Sie erklärt haben als Geschäftsführer — wobei uns die Zuständigkeit nicht sehr interessiert; Sie sind Geschäftsführer —, daß der Vertrag uns zur Verfügung gestellt wird. Sie richten es dem Herrn Wuchterl aus *(Mag. Sajbl: Selbstverständlich, Herr Vorsitzender!)*, er soll ihn mitbringen zur Einvernahme. Denn wie wir soeben gesagt haben, kommt er heute sowieso nicht dran, er hat ja dann Zeit, das zu kopieren.

Wir nehmen zu Protokoll, daß Sie es persönlich ausrichten werden und daß Ihr Einverständnis auch hier steht. Das unterliegt dann der sonstigen Glaubwürdigkeitswertung am Schluß, wenn wir es tatsächlich bekommen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Vorsitzender, ich möchte mir vorbehalten unter Umständen, wenn sich die Notwendigkeit ergibt, daß wir den Herrn Sajbl noch einmal bitten, zu uns in den Untersuchungsausschuß zu kommen.

Wenn sich die Notwendigkeit ergeben sollte nach der Einvernahme des Herrn Wuchterl.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter, Sie haben mich so fragend angeschaut. Sie können sich alles vorbehalten, was Sie beantragen. Ich bin auch sehr optimistisch, daß Sie meine allfällige Zustimmung dann bekommen, wenn Sie einen neuen Antrag stellen. Nur formell ist es so, daß diese Vorbehalte rechtlich nichts auslösen. Jetzt müssen Sie alles fragen, was vom jetzigen Stand her Sie fragen können, und dann muß wieder ein Antrag gestellt werden — das ist ja nicht neu, das ist keine ausführliche Belehrung, sondern nur eine Klarstellung —, wobei es in der Verantwortung allenfalls derer liegt, die den Zeugen nicht zulassen, wenn Sie etwas Wesentliches nicht fragen können. Aber ich bin sicher, daß Sie nur diesen Antrag stellen werden, wenn Sie zum Ergebnis kommen, daß etwas Wichtiges noch gefragt werden muß. Bitte, Herr Abgeordneter Dr. Feurstein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich glaube, das ist nicht eine Frage, die wir hier ausdiskutieren müssen. Ich hätte noch eine letzte Frage, und zwar mit welchem Preis kaufte das Pilgram-Zentrum, nämlich die Firma, diese Gründe Pilgram-Zentrum von der „Vorwärts" im Jahre 1973? Nur damit wir das authentisch haben. Wir haben das schon einmal festgestellt, damit wir das von Ihnen auch exakt erfahren.

Mag. **Sajbl:** Herr Abgeordneter, bitte um Verständnis, nach meiner Kenntnis ist das um 57 Millionen, und 54 Millionen Schilling sind geflossen. Der Kaufpreis der Liegenschaften hat also, glaube ich, 57 Millionen ausgemacht, und 54 Millionen Schilling sind geflossen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und können Sie uns diese 3 Millionen Schilling Spanne erklären?

Mag. **Sajbl:** Das kann ich nicht, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer weiß darüber Bescheid?

Mag. **Sajbl:** Das müßten die Geschäftsführer in der Zeit wahrscheinlich wissen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer war beim Pilgram-Zentrum vor Ihnen Geschäftsführer?

Mag. **Sajbl:** Da waren dieselben Herren, die in der Infrabau waren. Da war damals eine Vierergeschäftsführung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie die Bilanzen der Vorwärts AG?

Mag. **Sajbl:** Nein, kenne ich nicht, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann nehme ich an, daß Sie mir natürlich auch nicht helfen können herauszufinden, wie der Vorwärts-Verlag überhaupt zu diesen 57 oder 54 Millionen Schilling gekommen ist.

Mag. **Sajbl:** Dazu kann ich nichts sagen, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann bin ich vorläufig zu Ende.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, ich möchte noch einmal am eigentlichen Beginn beginnen, nämlich so mit Ihrem persönlichen Werdegang. Nicht so sehr, wie Sie dort Geschäftsführer geworden sind, sondern was haben Sie vorher beruflich gemacht?

Mag. **Sajbl:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich war von 1972 bis Juli 1976 hier im Haus Klubangestellter der SPÖ-Fraktion.

Obmann Dr. **Steger:** Und anschließend?

Mag. **Sajbl:** Anschließend bin ich Geschäftsführer der Infrabau gewesen vom 23. Juli 1976.

Obmann Dr. **Steger:** War das außerhalb der Klubsekretärstätigkeit Ihre erste sonstige berufliche Funktion?

Mag. **Sajbl:** Jawohl, das war nach der Klubtätigkeit die erste wirtschaftliche Funktion.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie neben diesen Funktionen andere Funktionen gehabt irgendwo als Geschäftsführer, als Aufsichtsrat, als Gesellschafter, als Treuhänder oder irgend etwas Berichtenswertes, was Sie uns erzählen können aus Ihrer früheren Tätigkeit?

Mag. **Sajbl:** Nein, Herr Abgeordneter.

Obmann Dr. **Steger:** Irgend etwas während Ihrer jetzigen Tätigkeit, das uns im kommerziellen Bereich nicht bekannt ist? Wieder Gesellschafter, Geschäftsführer, Treuhänder, Aufsichtsrat.

Mag. **Sajbl:** Also berichtenswert für dieses Gremium sicherlich nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Und was ist das nicht Berichtenswerte?

Mag. **Sajbl:** Ich weiß nicht, in welche Richtung Sie wollen.

Obmann Dr. **Steger:** Verstehen Sie, wenn Sie sagen, es gibt etwas, was nicht berichtenswert ist, dann spitzen alle die Ohren.

Mag. **Sajbl:** Es hat einmal eine Zeit gegeben, da war ich vor vielen Jahren zum Beispiel im Österreichischen Aero-Club als Funktionär tätig.

66 von 35Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 6 (Seite 1587b bis 1937a) (gescanntes Original)

Obmann Dr. **Steger:** Sind Sie zum Beispiel Club-45-Funktionär oder Mitglied?

Mag. **Sajbl:** Bin ich nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, Sie haben heute gesagt, daß Sie mit der Akquisitionstätigkeit nichts zu tun gehabt haben.

Mag. **Sajbl:** Darf ich das vielleicht qualifizieren, Herr Abgeordneter. Die Vorstellung von uns war, daß ich ja unterstützend tätig bin meinem Kollegen Becker. Das heißt, die Akquisition im eigentlichen Sinn hat der Kollege Bekker wahrgenommen.

Obmann Dr. **Steger:** Die Frage, die ich an Sie habe, ist, ob Sie an Gesprächen zur Akquisition beteiligt waren, ob Sie sich erinnern können, daß zum Beispiel eine Personengruppe Akquisitionsgespräche geführt hat, eine Personengruppe, die ich umschrieben hätte mit Prof. Seitz, Mag. Sajbl, Horst Städter, allenfalls mit Herrn Becker.

Mag. **Sajbl:** Es war einmal ein Gespräch, das der Herr Prof. Seitz, glaube ich, der Herr Prof. Seitz ... Das war in der Anfangszeit, ich bin aber, ich muß sagen, das ist jetzt nur erinnerungsmäßig, ich könnte das nicht einmal zeitlich jetzt quantifizieren, beim Aufsichtsratsvorsitzenden Waiz, glaube ich, war das einmal, aber ich kann nicht einmal genau den Zeitabschnitt jetzt sagen.

Obmann Dr. **Steger:** Wer war dort? Die genaue Zeit wird unter anderem ab 1976 erst gewesen sein.

Mag. **Sajbl:** Ja, das war Professor Seitz, Herr Städter und ich, glaube ich.

Obmann Dr. **Steger:** Sonst niemand?

Mag. **Sajbl:** Ich kann mich nicht erinnern.

Obmann Dr. **Steger:** Was können Sie uns über dieses Gespräch noch erzählen?

Mag. **Sajbl:** Herr Vorsitzender! Ich kann über dieses Gespräch heute nichts mehr sagen, weil damals der Gesprächsführer war eigentlich der Prof. Seitz, der bekanntlich ein international sehr angesehener Mann ist, und, ich glaube, den Herrn Sektionschef Waiz gekannt hat aus seiner Tätigkeit.

Obmann Dr. **Steger:** Der Herr Abgeordnete Prechtl, gefragt, ob im Aufsichtsrat darüber berichtet wurde, über solche Gespräche — in der Mehrzahl —, sagt: „Ich kann mich nicht erinnern, ich habe nur gehört, daß Gespräche geführt wurden." — Der Herr Abgeordnete Kollege Marsch sagt — ich komme schon zur Frage, ich möchte es nur exakt vorhalten —, gefragt: Ist Ihnen, Herr Zeuge, bekannt, daß im Dezember 1976 eine Personengruppe Mag. Sajbl, Professor Seitz, Herr Städter von der „Neuen Heimat" gemeinsam sich um Aufträge beim AKH beworben haben, ohne im Detail zu sagen, für welche Firma es eigentlich erfolgen soll, sondern sie haben nur durchblicken lassen, „Neue Heimat" kann es sein, MEDIPLAN kann es sein, Infrabau, die ja personell auch damit vertreten war? Ist Ihnen darüber irgend etwas bekanntgeworden? — Marsch: Mir ist bekannt, daß sie sich um Aufträge beworben haben. Aber sie haben sich nicht direkt an mich gewendet. Mir ist nicht bekannt, daß es im besonderen um Aufträge zum AKH gegangen ist.

Was sagen Sie dazu, Herr Zeuge?

Mag. **Sajbl:** Herr Vorsitzender! Ich kann dazu nur sagen, daß es an und für sich etwas durchaus Übliches ist und auch speziell aus dem „Neuen Heimat"-Bereich, daß der zuständige Vorstandsmann — und Professor Seitz ist ja ein sehr anerkannter Experte in dem Bereich—, daß da eine Bemühung war, ein Gespräch zu führen, und das ist sicherlich dann auch erfolgt. Ich kann mich aber auf den Inhalt dieses Gesprächs nicht mehr erinnern. Das muß ich ganz offen sagen.

Obmann Dr. **Steger:** Sie legen immer so Wert auf die Einzahl: des Gesprächs. Sie sagen nicht, daß Sie sich nicht so gut erinnern können, weil es mehrere Gespräche gegeben hat. Man kennt sie nicht im Detail, das ist auch sicher nicht verwerflich. Die Gefahr ist nur, daß ich Folgefragen stelle. Bitte, Herr Zeuge.

Mag. **Sajbl:** Ich habe damit ja nicht beantwortet, wenn ich also den Zeitabschnitt ... Die MEDIPLAN ist gegründet worden im Dezember, und eingetragen worden ist sie im Handelsregister im Jänner. Also ich kann das von der jetzigen Situation gar nicht mehr so abschätzen, wann das Gespräch erfolgt ist. Weil Sie sagen ...

Obmann Dr. **Steger:** Die Mehrzahl würden Sie nach wie vor ausschließen? Daß es mehrere solche Gespräche im Wiener Raum gegeben hat, schließen Sie noch immer aus, an denen Sie beteiligt waren?

Mag. **Sajbl:** Von meiner Warte aus schließe ich das aus, ja. Außer die persönlichen Kontakte, die ich immer wieder mit Kollegen Bekker gehabt habe, wann der in der Folge in Wien war, natürlich.

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt kenne ich mich überhaupt nicht mehr aus. Sie schließen es aus, außer.

Mag. **Sajbl:** Darf ich das so quantifizieren. Beim Akquisitionsteil bei der AKPE und bei all diesen Gesellschaften hat der Kollege Becker

www.parlament.gv.at

die Gespräche geführt. Da war ich nicht beteiligt.

Obmann Dr. **Steger:** Es soll also tatsächlich nach meiner Information mehrere Gespräche gegeben haben, an denen Sie beteiligt sind. Es könnte sich ergeben, daß aus dieser Banalität womöglich eine falsche Zeugenaussage wird, wenn Sie sich so sehr auf die Einzahl kaprizieren. Ich verstehe nicht ganz, warum.

Mag. **Sajbl:** Ich möchte dazu sagen, ich kapriziere mich nicht auf die Einzahl, aber ich kann mich an das eigentlich schwer erinnern.

Obmann Dr. **Steger:** Schwer erinnern ist wieder so eine Einschränkung. Schauen Sie, ob man nur einmal im Leben — das habe ich schon einem anderen Zeugen gesagt —, ob man nur einmal in seinem Leben etwas ganz Bestimmtes gemacht hat, weiß man sehr gut. Wenn man es mehrfach gemacht hat, weiß man wieder nicht im Detail, was wo gewesen ist.

Mag. **Sajbl:** Darf ich dazu natürlich sagen, bei Gesprächen, es gibt Akquisitionsgespräche, daß ich natürlich, wo ich hingekommen bin, gefragt worden bin: Was habt ihr zu vertreten, welche Möglichkeiten hat diese Gesellschaft, ob das im Bankbereich, ob das in anderen Bereichen ist, daß ich natürlich unser Unternehmen geschildert habe. Das ist selbstverständlich, Herr Vorsitzender.

Obmann Dr. **Steger:** Wir kommen dorthin, was ja wirklich selbstverständlich ist. Daher sehe ich nicht ein, warum das so dramatisiert, bisher dramatisch erst jetzt herauskommt. Sie sollen dabei gesagt haben und angeboten haben, daß Sie neben dem AKH noch andere Aufträge anstreben und übernehmen wollen. Sie heißt wieder: aus dieser Personengruppe heraus.

Mag. **Sajbl:** Jawohl, ich sehe es aus dem Bereich und sehe es auch heute noch, daß das Bemühen unsererseits war, sicherlich, daß man mit viel Elan, wenn man anfängt als Geschäftsführer, versucht; da sind natürlich dann die Chancen und Möglichkeiten. Was daraus wird, ergibt sich dann meistens erst später aus dem Verlauf. Daß ich davon ausgegangen bin und sehr optimistisch die Entwicklung und die Zukunft gesehen habe, glaube ich, das ist verständlich.

Obmann Dr. **Steger:** Wo ist der Professor Seitz Vorstand?

Mag. **Sajbl:** Herr Vorsitzender! Professor Seitz war Vorstandsmitglied der Unternehmensgruppe „Neue Heimat" und war nach meiner Information zuständig für den technischen Bereich und hat in Deutschland, aber auch in der anderen Welt großes Ansehen, was den technisch-städtebaulichen Bereich betrifft.

Obmann Dr. **Steger:** Da gibt's aber jetzt zwei: die „Neue Städtebau" in der „Neuen Heimat" als Holding und noch eine andere Gemeinnützige. Zu welcher gehört denn der Professor Seitz?

Mag. **Sajbl:** Der Professor Seitz ist nach meiner Information jetzt schon pensioniert. Die Struktur des Konzerns ist so, daß es den gemeinnützigen Bereich gibt, städtebaulichen Bereich, dann gibt es die Spezialgesellschaften des Unternehmensbereichs und dann den internationalen Bereich, der die Anteile für die Auslandsgesellschaften hat. Wenn Ihnen aber gedient ist, Herr Vorsitzender, bin ich gerne bereit: Die „Neue Heimat" bringt jedes Jahr einen Geschäftsbericht, in diesem Geschäftsbericht ist die Struktur des Konzerns, sind aber auch die entscheidenden Daten dieses Konzerns.

Obmann Dr. **Steger:** Das können Sie dann ja auch gleich mitschicken lassen durch den Zeugen Wuchterl. Der kann es ja am Beginn vorlegen dann bei seiner Einvernahme. In welchem Bereich war der Professor Seitz Vorstandsmitglied damals?

Mag. **Sajbl:** Das kann ich jetzt nicht sagen, aber ich nehme an, da besteht Personalidentität im Vorstand, daß die Leute zugleich für den Städtebau und auch für den anderen Bereich tätig sind.

Obmann Dr. **Steger:** In diesen Gesprächen, Akquisitionsgesprächen, ist da klargelegt worden, für welche Firma eigentlich diese Aufträge hereingeholt werden? Ist da differenziert worden zwischen „Neue Heimat", MEDIPLAN, Infrabau? Ist das dazugesagt worden, oder haben Sie nur allgemein im Betriebsorganisationsplanungsbereich versucht, Aufträge zu bekommen, wo Sie dann intern entschieden hätten, wer am besten dafür geeignet ist?

Mag. **Sajbl:** Herr Vorsitzender, ich glaube, ich müßte also wissen, wann dieses Gespräch erfolgt ist. Aber nach unserer Kenntnis wird es sicherlich ein Akquisitionsgespräch gewesen sein in der Richtung, daß man sagt, bitte sehr, wir haben die und die Möglichkeiten, wir sind imstande, diese Leistungspalette anzubieten, wie halt ein Akquisitionsgespräch vor sich geht.

Obmann Dr. **Steger:** Hat sich der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky irgendwann darum bemüht, daß die „Neue Heimat"-Gruppe ins Geschäft kommt mit ihrem Leistungspaket?

Mag. **Sajbl:** Ich möchte dazu sagen, Herr Vorsitzender, ich habe mit dem Herrn Bundes-

68 von 35Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 6 (Seite 1587b bis 1937a) (gescanntes Original)

kanzler nach meiner Kenntnis nie ein Wort darüber gesprochen.

Obmann Dr. **Steger:** Ist Ihnen etwas berichtet worden im Rahmen Ihrer Geschäftsführertätigkeit, daß der Herr Bundeskanzler das unterstützt?

Mag. **Sajbl:** Ich habe erst Kenntnis davon erlangt durch die „Wochenpresse", das einmal auf das Gespräch Seitz zurückbezogen.

Obmann Dr. **Steger:** Ist Ihnen sonst im Rahmen Ihrer Geschäftsführertätigkeit mitgeteilt worden, daß wichtige Personen an sich diese Firmengruppe unterstützen bei ihrer Akquisitionstätigkeit?

Mag. **Sajbl:** Das ist mir nicht mitgeteilt worden.

Obmann Dr. **Steger:** Das wundert mich jetzt sehr, denn das wird doch praktisch jedem Geschäftsführer mitgeteilt, wo er vor allem den Markt bearbeiten kann, wohin er sich wenden soll. Es wäre auch das wieder nicht abwegig, sondern nur die Fragestellung offen, ob eine ungerechtfertigte Gegenleistung geboten wird.

Mag. **Sajbl:** Herr Vorsitzender! In dem Fall, muß ich sagen, ist das sicherlich nicht der Fall gewesen. Wir haben von unserer Warte aus ... Ich war in diesen vier, fünf Jahren damit beschäftigt, die Probleme der Vergangenheit zu lösen, unter größten und schwersten Anstrengungen, und habe eigentlich nicht den Eindruck gehabt, daß eine Unterstützung in dem Fall vorhanden gewesen ist.

Obmann Dr. **Steger:** Ein bisserl einseitig politisch orientiert sind ja schon die meisten handelnden Personen in diesem Bereich.

Mag. **Sajbl:** Herr Vorsitzender! Dazu darf ich gestehen: Ich bin Sozialist, dazu bekenne ich mich auch, ich bin auch stolz darauf, aber von der Warte aus hat es sicherlich keine Unterstützung in dem Bereich gegeben.

Obmann Dr. **Steger:** Geschadet wird es zumindest nicht haben, auch aus Ihrer Sicht.

Mag. **Sajbl:** Das will ich nicht werten, Herr Vorsitzender.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Wer von österreichischer Seite war von den Geschäften der MEDIPLAN Hamburg beim AKH informiert und wer von deutscher Seite?

Mag. **Sajbl:** Sie meinen, wer bei uns von den Geschäften informiert war. In späterer Folge, nach der Gründung der MEDIPLAN Wien, sind eigentlich nur Kurzinformationen durch den Kollegen Becker in unserem Arbeitsausschuß erfolgt, daß man also tätig ist.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist eine Verwechslung, Herr Zeuge. Ich rede von der ARGE-ORP. Da hat die MEDIPLAN Hamburg mitgearbeitet. Sie waren ja im Informationsbereich zum Teil mit drinnen. Es gibt ja Behauptungen, daß manchmal auch solche Akquisitionen über Sie gelaufen sind und dann an die Zuständigen, die halt kompetent waren in Deutschland, weitergegeben wurden. Hier ist die Fragestellung: Wer auf österreichischer Seite und wer auf deutscher Seite war Ihres Wissens informiert?

Mag. **Sajbl:** Dazu darf ich sagen, wie das Ganze war. Der Kollege Becker hat in kurzen Zügen eigentlich nur informiert, daß man am AKH tätig ist, speziell also diese ARGE-ORP.

Obmann Dr. **Steger:** Informiert wen?

Mag. **Sajbl:** Den Arbeitsausschuß. Das ist ein Gremium des Aufsichtsrates, das bei uns in gewissen Zyklen oder Perioden tagt.

Obmann Dr. **Steger:** Wer ist da drinnen?

Mag. **Sajbl:** Da sind drinnen der Herr Städter, der Herr Wuchterl, der Herr Bundesrat Schmölz und der Herr Generaldirektor Lehbrunner und der Herr Komm.-Rat Eder.

Da hat es aber im Laufe der späteren Jahre eigentlich nur eine Kurzinformation gegeben, daß der Kollege Becker berichtet hat, er ist in Wien tätig und arbeitet an einem Auftrag. Zum Beispiel die Frage 46,5 Millionen und 50 Prozent Riethmüller und 50 Prozent MEDIPLAN ist bei uns erst bekanntgeworden im letzten Jahr, wie das in der Zeitschrift „Wochenpresse" gekommen ist.

Ich muß dazu noch sagen, daß das nicht in den österreichischen Bereich hineinfällt, sondern eine Aufgabe der MEDIPLAN Hamburg war.

Obmann Dr. **Steger:** Was wurde alles im Aufsichtsrat der Firma Infrabau über die Geschäftsführung und über die Geschäfte der MEDIPLAN Österreich und Deutschland, aber vor allem MEDIPLAN Wien besprochen, Ihres Wissens?

Mag. **Sajbl:** Da hat es, sehr geehrter Herr Vorsitzender, Kurzinformationen gegeben zu den Sitzungen, wo der Kollege Becker in kurzen Sätzen berichtet hat. Dann hat es auch Kurzberichte gegeben über das Bemühen Linz und auch über das Bemühen Kleinaufträge, aber das nur in sehr knapper Form. Ich muß dazu auch sagen, daß das für die Aufsichtsratsmitglieder sicherlich nicht von solcher Wichtigkeit war, wie sie jetzt beigemessen wird.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Dr. Feurstein, bitte, eine Zusatzfrage.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Geschäftsführer Sajbl! Ich glaube, es ist nicht richtig, wenn Sie sagen, es war nicht beabsichtigt, den ORP-Auftrag in Österreich durchzuführen. Das Kontrollamt — ich könnte Ihnen das jetzt zitieren, ich habe es dem Becker auch schon vorgehalten — hat eindeutig festgestellt, daß zunächst geplant war, diesen ORP-Auftrag in Österreich durchzuführen und abzuwickeln. Und erst nachträglich ist die ganze Sache nach Deutschland transferiert worden.

Können Sie uns sagen, warum das nach Deutschland transferiert worden ist und warum die ursprüngliche Abmachung nicht eingehalten worden ist, in Österreich das durchzuführen?

Mag. **Sajbl:** Herr Abgeordneter! Dazu kann ich nichts sagen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Pilgram-Zentrum: Schon ein bisserl gefragt und auch das eine oder andere nachgefragt.

Ich möchte von Ihnen noch einmal Ihren Informationsstand hören über folgendes Geschäft: Man beschließt zu bauen beim Vorwärts, das sogenannte Pilgram-Zentrum. Wien macht einen Vertrag, und in dem Vertrag steht drinnen, daß der Bauträger, die Baufirma, die das durchführen soll, Bürgschaften übernimmt für den Bauherrn, die auch dann übernommen werden müssen, falls das Projekt nicht zur Ausführung kommt, zum Beispiel, weil es von der Gemeinde Wien nicht bewilligt wird, weil die Bauhöhe nicht stimmt, das Niveau, die Baufluchtlinien oder sonst etwas gesetzwidrig eingereicht wird.

Tatsächlich wird dieses Projekt eingereicht und nicht bewilligt, es ist eben viel zu hoch und viel zu groß und am falschen Platz, überhaupt entgegen den Bestimmungen der Wiener Bauordnung eingereicht, und es kommt diese Bürgschaft schrittweise zum Tragen.

Ich frage Sie: War der Geschäftsablauf so? Was ist Ihnen darüber bekannt?

Mag. **Sajbl:** Herr Vorsitzender! Ich glaube, es ist eine Ex-post-Analyse jedes Geschäftfalles schwer zu vollziehen, und zwar weil für ein Geschäft in dieser Größenordnung sicherlich die Rahmenbedingungen in dem Zeitpunkt, wo die Vertragspartner dieses Geschäft vorhaben und abschließen und mit allen Voraussetzungen darangehen, andere sind, als man es im nachhinein betrachtet.

Aus meiner Kenntnis heraus — bitte, ich möchte noch einmal sagen, ich bin 1976 Geschäftsführer geworden —, auf Grund des Baumanagementvertrages, auf Grund der Vorarbeiten, auf Grund der Leistungen, die dort getan wurden, gehe ich davon aus, daß es ein Geschäft war, wo sicherlich beide Beteiligten davon ausgegangen sind, daß dieses Pilgram-Zentrum in Wirklichkeit ein Pilgram-Zentrum werden sollte.

Zur Frage, die Sie gestellt haben, mit dem Baubescheid. Ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung sagen, daß es heute bei Großprojekten sicherlich die Schwierigkeit gibt, einen Baubescheid zu erlangen, aus den vielfältigsten Umständen, die von der Architektur über städtebauliche Fragen bis zu Finanzierungsfragen reichen, und das ändert sich in einem Zeitrahmen so, daß es so schwierig ist, daß einfach ein Geschäft nicht zustande kommt.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Das glaube ich Ihnen alles. Ich frage Sie nur eines: Ist es in all diesen Fällen bei Ihnen üblich, daß Sie dann immer, weil Sie gerne bauen wollen, für den, für den Sie bauen wollen, Bürgschaften übernehmen? Auch für private Schuldner. Also zum Beispiel, wenn ich jetzt mit Ihnen einen Vertrag mache: Sie sagen, für die Chance, allenfalls für mich ein Hochhaus im 1. Bezirk bauen zu dürfen, in der Schutzzone, unterschreiben Sie, daß Sie alle meine Schulden bezahlen, die ich derzeit bereits habe, wenn Sie nur bauen dürfen. Aber Sie zahlen sie auch dann, wenn keine Baubewilligung gegeben wird. Obwohl Sie kein Geschäft gemacht haben, zahlen Sie dann trotzdem alle meine sonstigen privaten Schulden. Das möchte ich Sie fragen, ob das eine übliche Vorgangsweise in Ihrer Firma ist.

Mag. **Sajbl:** Herr Vorsitzender! In der Fragestellung, wie Sie es bringen, ist es sicherlich nicht üblich. Nur glaube ich aus eigener Erfahrung und Tätigkeit jetzt nach viereinhalb Jahren, daß es durchaus manchmal auch Umstände gibt, Umstände, die also im Bereich der Verwertung und der Nutzung liegen, wo Sie als Bauträger Risken eingehen, die Sie im ersten Moment gar nicht so quantifizieren können, wie sie später sind.

Ich darf hier nur als Beispiel, weil heute noch einmal das Unfallcenter am Schwarzenbergplatz angeklungen ist, sagen: Die Erlangung des Baubescheides, die Frage der Fassadengestaltung und die Frage der Nutzer, der ausländischen Nutzer, die Interesse an dem gehabt hätten, war ein wahnsinnig schwieriger Prozeß. Und gerade an der Frage der Nutzung hat es in vielen Bereichen enorme Schwierigkeiten gegeben, und zwar Schwierigkeiten einfach dadurch, daß die ökonomische Zielsetzung des Trägers die Nutzung ist, die er braucht, um das zu verwerten. Ich gebe das oft zu, daß es viele Bereiche gibt, wo man mit dem Architekten überzeugt ist, daß man dort eine Nutzungsmöglichkeit hinbekommt, die im vernünftigen Rahmen ist.

Ich möchte also das Geschäft von der Warte aus so beurteilen: Damals müssen sich die

Beteiligten im klaren gewesen sein, daß das eigentlich möglich ist.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, noch einmal: Wie groß wäre die Bausumme für die Infrabau gewesen? Wie viele Millionen war das Volumen der Einreichung?

Mag. **Sajbl:** Herr Vorsitzender! Das weiß ich nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Annähernd auch nicht.

Mag. **Sajbl:** Nein, das weiß ich nicht. Ich bin nur Techniker, ich habe mich mit dem nicht auseinandergesetzt.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben gerade vorhin gesagt, Herr Zeuge: Bei der Größe dieses Projektes war das nicht möglich.

Mag. **Sajbl:** Das habe ich nicht gemeint. Ich habe gemeint, daß es bei anderen Projekten oft der Fall ist, daß die Nutzfläche eigentlich eine Notwendigkeit zum Zustandekommen des Geschäftes ist.

Obmann Dr. **Steger:** Wissen Sie, ich glaube, auf diese Art und Weise können Sie noch oft Verträge abschließen, daß Sie Bürgschaften übernehmen für bestehende ältere Schulden, die Sie auch dann zahlen, wenn die Bauausführung nicht zum Tragen kommt, zum Beispiel weil ich eine Unterschrift nicht leiste.

Mag. **Sajbl:** Herr Vorsitzender! Es wäre durchaus im Bereich des Möglichen gewesen — das ist meine persönliche Interpretation —, daß das Geschäft sich auch sehr positiv entwickelt hätte.

Obmann Dr. **Steger:** Damit wir weiterkommen, Herr Zeuge: Hier wird gesagt, daß es von vornherein doppelt so hoch, wie es dort bauhöhenmäßig zulässig war, eingereicht wurde. Hier wird gesagt, daß öffentliches Gut, also Straßenfläche, hätte zugebaut werden sollen nach der Einreichung und daß das nicht einmal einer SPÖ-nahen Firma in Wien möglich ist. So wird es mir gegenüber formuliert. Haben Sie davon etwas gehört?

Mag. **Sajbl:** Davon habe ich nichts gehört, Herr Vorsitzender. Ich kann nur in dem Fall aus eigener Erfahrung sagen, und das hat also jetzt nichts mit SPÖ- und ÖVP-nahe zu tun, daß es im Wirtschaftsleben enorm schwierig ist — das muß ich wirklich sagen, da möchte ich auch als Geschäftsführer bei der PZE Vorwärts und Infrabau in Schutz nehmen —, daß es im nachhinein enorm schwierig ist zu beurteilen, was machbar gewesen wäre und was nicht machbar war. Denn ich erinnere mich — nur als kleines Beispiel —: Wenn Sie im Jahre 1971/72 in diesem Haus im Bautenausschuß gesagt hätten, Sie sind für Reihenhäuser oder verdichteten Flachbau, so hätte wahrscheinlich ein jeder gesagt, das ist die Atomisierung der Landschaft. Heute ist in weiten Bereichen das Einfamilienhaus, das Reihenhaus das Interessanteste für jedermann, da ist ein riesengroßes Interesse vorhanden.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Wir verlieren uns ein bisserl. Ich darf Ihnen sagen, es gibt auch heute viele Menschen, die sagen, es soll jeder so schnell Auto fahren können, wie er nur will, überall, auch in der Stadt, und es geht trotzdem nicht, man muß trotzdem als Gesetzgeber sich etwas überlegen, daß man es allenfalls anders macht. Und möglichst ohne Ausnahmebewilligungen, damit nicht ein paar Privilegierte es gleich wieder tun dürfen.

Darf ich zurück zu dem, was ich will. Das ist ja eine Kernfrage deswegen, und Sie sind, auch wenn Sie erst zu einem späteren Zeitpunkt dort Geschäftsführer geworden sind, natürlich ein Zentralzeuge, weil es die Frage einer Methodik ist, wie man allenfalls, ohne daß man einen Koffer mit Bargeld überbringt, trotzdem Geld transferieren kann. Und als jemand, der mir beschrieben worden ist hier im Hause, als einer, der sich immer auch in die Position des anderen hineindenken konnte, sehr sachlich hineindenken konnte, der Sie gewesen sind, bitte ich Sie, jetzt sich einmal in diesen Gedankengang hineinzudenken und mir dann eine Antwort zu geben.

Es will jemand bauen, reicht ein Projekt ein, das nach vielfältiger Sicht nie so bewilligt werden konnte, weil es gesetzwidrig war, und es übernimmt die Baufirma dafür alte Schulden zur Abdeckung im Wege von Bürgschaften. Was sagen Sie zu dem Vorwurf, daß das möglicherweise Scheinwirtschaften waren, die in Wahrheit dazu gedient haben, auf eine legale Art und Weise Geld zu transferieren, zur Mutter- oder Übermuttergesellschaft, nämlich zum Vorwärts-Verlag. Was sagen Sie zu diesem politischen, allenfalls auch juristischen Vorwurf?

Mag. **Sajbl:** Davon muß ich mich distanzieren und ihn zurückweisen, denn nach meiner Kenntnis, Herr Vorsitzender, ist das nie in die Richtung gegangen. Es hat allein einen sehr detaillierten Baubetreuungsvertrag gegeben zwischen der Infrabau und dem PZE, der genau die Gliederungstätigkeiten beinhaltet hat. Also ich habe das von dieser Warte aus nie so gesehen und kann es nicht so sehen und bin auch davon persönlich überzeugt, daß das nicht die Absicht war.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Sie machen mir jetzt Bewertungen, und ich glaube Ihnen Ihre Überzeugung. Ich wollte Sie eigentlich fragen, ob Sie etwas darüber gehört haben, Informationen haben, Wahrnehmungen haben,

allenfalls diese Verträge vorgefunden haben, als Sie begonnen haben mit Ihrer Tätigkeit, die Verluste, die aus diesem Bereich ja schon vorhanden waren, abzudecken.

Mag. **Sajbl:** Es gibt bei uns die Prüfung, die nach dem Aktienrecht vorgenommen wird. Es gibt zweitens die genauen Aufzeichnungen, die sich aus den Büchern entwickelt haben, und zu dem Kaufvertrag gibt es einen genau definierten Baubetreuungsvertrag, der eigentlich die kaufmännische Betreuung, die technische Betreuung und all die Fragen, die damit im Zusammenhang stehen, genau beinhaltet.

Obmann Dr. **Steger:** Bei der SPÖ ist offensichtlich kein Fragesteller derzeit vorhanden. Daher darf ich bitten: Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier, und dann, glaube ich, kommt der Herr Abgeordnete Bergmann, wenn ich das richtig im Gedächtnis habe.

Bitte, Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Zeuge! Wie Sie sich vorstellen können, ist man manchmal gezwungen, den Ausschuß kurzfristig zu verlassen. Sollte ich Sie etwas fragen, was Sie schon vorher beantwortet haben, weisen Sie bitte darauf hin.

Mag. **Sajbl:** Selbstverständlich, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Die Firmengründungen, die sicher heute schon zur Sprache gekommen sind, fallen zeitlich zusammen mit dem Politikergipfel, wo man also die MEDIPLAN Hamburg zum Beispiel zur projektbegleitenden Tätigkeit eingeladen hat, mit der Erteilung des ORP-Auftrages an die Neue Heimat Hamburg und so weiter. Ist das ein zeitliches Zusammentreffen, oder gibt es hier ursächliche Zusammenhänge? Das war ja alles 1976, nicht?

Mag. **Sajbl:** Das war 1976. Herr Abgeordneter! Dieser ORP-Auftrag ist vor meiner Zeit erfolgt. Das war sicherlich, also nach meiner Kenntnis war da kein kausaler Zusammenhang. Den habe ich jedenfalls nie so gesehen.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Den haben Sie nicht gesehen. Aber es ist immerhin ein zeitliches Zusammentreffen, wenn Sie es rückschauend betrachten.

Mag. **Sajbl:** Das kann ich nicht qualifizieren. Ich darf vielleicht dazusagen, daß das einfach in einem großen Unternehmen so ist: Da sind also die verschiedenen Gesellschaften bemüht zu akquirieren, sie bieten ihr Leisungsquantum an, und aus dem dürfte sich wahrscheinlich dann dieser Auftrag entwickelt haben, weil man davon ausgegangen ist, daß diese Gesellschaft die Voraussetzungen hat, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sind Ihnen Beziehungen des Prof. Riethmüller zu Unternehmungen bekannt, die in dem Bereich liegen, den Sie überblicken können, oder sagen wir einfacher, die zum SPÖ-Bereich zu rechnen sind?

Mag. **Sajbl:** Herr Abgeordneter! Ich möchte Ihnen das so sagen: Mir ist der Prof. Riethmüller erst ein Begriff geworden durch die „Wochenpresse". Ich habe den Prof. Riethmüller nie gekannt, nie gesehen, ich kenne ihn nicht. Erst durch die „Wochenpresse" ist mir der Riethmüller ein Begriff geworden.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie haben nicht wahrgenommen auf Grund dieser Unkenntnis der Person Riethmüller irgendwelche Beziehungen oder Naheverhältnisse?

Mag. **Sajbl:** Ich habe erst dadurch erfahren, daß Riethmüller, ich glaube, im Krankenhausplanungsbereich seit 15, 20 Jahren ein Mann ist, der Erfahrung hat und tätig ist.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ist schon der Grund behandelt worden, warum die Vorwärts-AG eigentlich wenige Monate nach der Gründung der Pilgram ihre Anteile an die Infrabau abgetreten hat?

Mag. **Sajbl:** Die Vorwärts-AG an die Infrabau? Bitte, das verstehe ich jetzt nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Die Vorwärts-AG hat ihre Anteile an der Pilgram an die Infrabau abgegeben, aber eigentlich schon wenige Monate nach der Gründung. Ist Ihnen der Grund bekannt?

Mag. **Sajbl:** Der ist mir nicht bekannt. Das war, glaube ich, März, April 1973. *(Abg. Bergmann: Sommer 1973!)* Sommer? Ich glaube: März, April.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wie ist das Defizit der Firma Pilgram abgedeckt worden?

Mag. **Sajbl:** Das ist — das habe ich, glaube ich, dem Herrn Abgeordneten Feurstein heute schon gesagt — abgedeckt worden durch die Infrabau und vorher durch die NHI.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es gibt eine Aussage des Herrn Eder in der „Wochenpresse", die Sie sicher gelesen haben, daß es in Sitzungen der Firma Infrabau einen 300 000 S-Betrag gibt, der für die SPÖ ausgehandelt wurde. Wissen Sie dazu etwas?

Mag. **Sajbl:** Herr Abgeordneter! Davon weiß ich nichts. Dazu kann ich nichts sagen. Ich war selbst überrascht. Aber das war sicherlich nicht in der Zeit meiner Geschäftsführertätigkeit.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sie meinen, daß das vorher gewesen sein könnte?

Mag. **Sajbl:** Ich weiß es nicht. Ich kann nur aus meiner Wahrnehmung als Geschäftsführer dazu sagen, daß mir davon nichts bekannt ist.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber Sie haben die Mitteilung in der „Wochenpresse", auf die der Herr Eder mit den Worten „Welcher Schweinskerl hat Ihnen das verraten", reagiert hat, wahrgenommen? Ich meine, Sie haben ja diesen Artikel mit Interesse gelesen.

Mag. **Sajbl:** Herr Abgeordneter! Ich habe diesen Artikel wie jeden anderen Artikel gelesen. Ich kann das nicht qualifizieren und weiß auch nicht, in welcher Richtung das gegangen ist.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Waren Sie überrascht oder eher nicht?

Mag. **Sajbl:** Das darf ich wohl sagen, daß ich da sehr überrascht war.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ist der Grund schon zur Sprache gekommen, warum die Neue Heimat Hamburg die Zinsen des Kredits übernommen hat, den der Verein Eisenbahnerheim bei der Gewerkschaft der Eisenbahner aufgenommen hat?

Mag. **Sajbl:** Ich habe dazu dem Herrn Abgeordneten Feurstein . . .

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Auch den Grund?

Mag. **Sajbl:** Den Grund kenne ich nicht. Ich habe ihn gebeten, daß er dem zuständigen Geschäftsführer die Frage stellt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sind Sie mit der Frage der Finanzierung der Inseraten-Serie „Geschichten von Dr. Kreisky" je in Berührung gekommen?

Mag. **Sajbl:** Dazu kenne ich nichts, dazu weiß ich nichts, denn ich muß dazu sagen: Ich habe inseratenmäßig, Herr Abgeordneter, versucht, mich in den letzten Jahren sehr, sehr — ich sage das noch sehr betont —, sehr, sehr sparsam überall zu halten. Ich gehe nach einem bestimmten Prinzip in unseren Verkaufszielen vor und war da eigentlich sehr, sehr zurückhaltend.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber über diese spezielle Wahlserie, über die Finanzierung?

Mag. **Sajbl:** Ich kann dazu nichts sagen, denn ich weiß nichts.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ist Ihnen etwas bekanntgeworden über den Werbevertrag, der zwischen der Firma Prutscher und der Firma Niki Lauda Limited abgeschlossen wurde?

Mag. **Sajbl:** Davon habe ich keine Ahnung, nicht die geringste, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sind Firmen des Vorwärts-Konzerns von der Firma Consultatio in irgendeiner Form betreut worden?

Obmann Dr. **Steger:** Das hat er schon gesagt, nämlich mit „ja" beantwortet: Wird noch betreut. *(Abg. Bergmann: Wer?)* Die Infrabau wird noch betreut von der Consultatio.

Herr Abgeordneter Feurstein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auch die Töchter werden betreut von der Consultatio?

Mag. **Sajbl:** Auch die Töchter, ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ist der Aufenthalt Winters in Hamburg am 16. und 17. Oktober 1977 schon zur Sprache gekommen?

Mag. **Sajbl:** Habe ich nicht gewußt, weiß ich nicht, Herr Dr. Kohlmaier.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also davon, von diesem Aufenthalt ist Ihnen nichts bekannt?

Mag. **Sajbl:** Ist mir nichts bekannt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Können Sie mir etwas sagen über Beziehungen von Stadtrat Stacher zur Firma MEDIPLAN?

Mag. **Sajbl:** Dazu kann ich Ihnen nichts sagen. Es hat, glaube ich, Kollege Becker mit dem Herrn Stadtrat ein oder zwei Gespräche gehabt. Aber ich persönlich habe mit Herrn Stadtrat Stacher kein Gespräch gehabt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Sind Ihnen die näheren Umstände über die Neufassung des Gesellschaftsvertrags der Firma MEDIPLAN am 3. Mai 1976 bekanntgeworden?

Mag. **Sajbl:** Von welcher Firma?

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Der MEDIPLAN Hamburg mit der Schaffung des Gesellschaftsbeirates.

Mag. **Sajbl:** Das ist mir nicht bekannt. Das habe ich vorige Woche aus den Medien erfahren durch — ich glaube, es war der Herr Landesparteisekretär Fürst, der das gebracht hat.

Mir war das also nicht bekannt. Ich darf dazu sagen: Beiratsfunktion ist eine aufsichtsratsähnliche Funktion, die, glaube ich, nach meiner Kenntnis — ich bin kein Jurist — in Deutschland etwas durchaus Übliches ist.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und die Herren Vietor, Iden, Diesel, Vater, Karsten, Schönfeld, Lappas, Gensewich sind mit Ihnen nicht in Kontakt getreten?

Mag. **Sajbl:** Der Herr Albert Vietor ist Vor-

standsvorsitzender der Neuen Heimat und ist bei uns Aufsichtsratsvorsitzender, und auch der Herr Dr. Iden, der stellvertretender Vorsitzender der Neuen Heimat ist. Aber an und für sich ist das, glaube ich, bei einem Großkonzern fast ein durchgehaltenes Prinzip, daß die zuständigen leitenden Herren in den Gesellschaften drinnen sind.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Nur, meine Frage ging in die Richtung, ob Sie mit einem der Herren, die ich hier genannt habe, außer Vietor, irgendwie in Berührung gekommen sind. Ich wiederhole: Iden.

Mag. **Sajbl:** Herrn Dr. Iden kenne ich.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Diesel.

Mag. **Sajbl:** Der heißt Dresel. Das ist der zuständige technische Mann.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ah, das ist ein Schreibfehler hier.

Mag. **Sajbl:** Das ist ein Schreibfehler wahrscheinlich.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Vater.

Mag. **Sajbl:** Kenne ich nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Arthur Karsten.

Mag. **Sajbl:** Kenne ich nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Hans Schönfeld.

Mag. **Sajbl:** Kenne ich nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Alfons Lappas.

Mag. **Sajbl:** Kenne ich nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Franz Gensewich.

Mag. **Sajbl:** Kenne ich nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ist Ihnen etwas bekannt von den Hamburg-Reisen der Herren Hogl, Glaninger, Aufmesser?

Mag. **Sajbl:** Kenne ich nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Nebel?

Mag. **Sajbl:** Kenne ich nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Gut, danke.

Obmann Dr. **Steger:** Ich unterbreche die Sitzung auf 5 Minuten. *(Die Verhandlungen werden auf kurze Zeit unterbrochen.)*

Obmann Dr. **Steger:** Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Herr Abgeordneter Bergmann ist am Wort.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge! Es wird da wahnsinnig viel von dem Pilgram-Zentrum geredet, und vielleicht haben Sie die eine oder andere Frage schon beantwortet, weil ich einen Sprung weg war, aber ich hätte gerne von Ihnen gewußt: Was ist dieses Riesenprojekt Pilgram-Zentrum gewesen oder gibt es das Projekt noch und es ist nur auf Eis gelegt?

Mag. **Sajbl:** Dieses Projekt ist eigentlich in der Form abgebrochen worden. Es ist entstanden — ich nehme an — 1972/1973. Man hatte im Jahre 1973 die Pilgram-Entwicklungsgesellschaft gegründet, dann ist es, wie ich also schon geschildert habe, zum Kauf gekommen, und 1975 wurde dann der Vertrag abgelöst. Über die näheren Details des Projektes kann ich Ihnen nichts sagen, weil der zuständige Techniker und die Leute, die damit im Haus beschäftigt waren, eigentlich nicht mehr da sind.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es gibt keine Unterlagen mehr über dieses Projekt?

Mag. **Sajbl:** Ich müßte dazu unseren technischen Bereich fragen, wer das also damals bearbeitet hat, wer also die Entwicklung gemacht hat, wer dieses Projekt damals geliefert hat. Ich weiß das jetzt nicht mehr.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber der Vorsitzende hat vorhin gemeint, Straßenüberbauung und Verbauungen, zu hohe Höhen.

Mag. **Sajbl:** Ja, das hat also ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Da haben Sie aber nicht widersprochen. Ich habe geglaubt, Sie wissen Bescheid.

Mag. **Sajbl:** Es hat also ... Nein, nein, ich darf Ihnen, Herr Abgeordneter, dazu sagen, was der Herr Vorsitzende gemeint hat. Das war also, daß man eine Nutzung vorgesehen hat 1:5, und es wäre notwendig gewesen, zur Arrondierung ein Eckhaus und noch einen Teil dazuzubekommen, damit dieses Projekt hätte also bautechnisch durchgeführt werden können. Das hat er also gemeint, ob das üblich war, die Fragestellung, daß man also solche Risken eingegangen ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber es hat ja fertige eingereichte Pläne für dieses Projekt gegeben?

Mag. **Sajbl:** Ich kenne das nicht. Ich habe mich auch damit nicht beschäftigt, Herr Abgeordneter.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer war denn der Initiator dieses Projektes?

Mag. **Sajbl:** Das kann ich nicht beantworten. Ich weiß es nicht. Ich weiß es nicht. Ich gehe davon aus, daß die Geschäftsführungen der beiden Gesellschaften, sprich Infrabau und Vor-

wärts A. G., dieses Projekt initiiert haben dürften.

Auf der einen Seite der Bauträger, der die Bauträgerfunktion übernimmt, und auf der anderen Seite der Inhaber der Liegenschaften, und dann die Frage daraus, die sich ergibt, wie die Nutzungsüberlegungen usw. sind.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber es hat ein konkretes Projekt gegeben, das wahrscheinlich an die 200, 300 Millionen Schilling gekostet hat.

Mag. **Sajbl:** Ich kenne den Umfang und die Qualität und den Inhalt dieses Projektes nicht. Ich möchte dazu sagen, ich habe mich mit dem nicht beschäftigt. Ich bin kein Techniker, daß ich die Qualität dieses Projektes hätte beurteilen können.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie wissen auch nicht, wer eher gedrängt hat: Der Teil Vorwärts oder die Infrabau, wer der Motor für dieses Projekt war?

Mag. **Sajbl:** Das weiß ich nicht, das kann ich nicht beurteilen, ich glaube, daß das sicherlich beide Seiten gewesen sind. Und das ist jetzt eine Qualifizierung meinerseits, weil der Bauträger hat das Ziel zu bauen, und nach dem, was ich vorgefunden habe in der Gesellschaft, hat man sehr genau schon den Baubetreuungsvertrag, der genau ausgearbeitet war, wo die Pflichten genau aufgelistet waren und wie das alles zu erfolgen hat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt aber, daß Sie doch im Gefühl haben müssen, wie umfangreich dieses Projekt gewesen wäre.

Mag. **Sajbl:** Ich kann es nicht sagen. Für mich war das Vergangenheit. Ich möchte dazu, Herr Abgeordneter, noch sagen, mein Blick war eigentlich, wenn Sie wollen, zukunftsbezogen, deswegen, weil ich mich bemüht habe, unseren Absatz zu steigern und all die anderen Probleme ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber Sie sind ja in Ihrer ersten Phase gar nicht zukunftsbezogen gewesen, weil Sie ja den Klotz am Bein hatten, die Schulden oder die Verluste aus dieser Spekulation.

Mag. **Sajbl:** Der zweite Teil ist ja zurückgezahlt worden, und damit hat für mich die Frage dieses Projektes nicht mehr den Aktualitätsbezug betreffend Bau gehabt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt, für Sie war die Sache in dem Augenblick erledigt, wo die Neue Heimat die Schulden übernommen hat?

Mag. **Sajbl:** So würde ich das nicht sehen, sondern für mich war eines erledigt, aus der Erfahrung: Wenn ein Kaufvertrag nicht zustande gekommen ist in der Vergangenheit, war damit klar, daß das Projekt in der ursprünglich großen Form nicht mehr vorgesehen ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie eng sind Sie denn beruflich mit dem Zentralsekretär Marsch verbunden?

Mag. **Sajbl:** Ich bin ja nicht mit dem Zentralsekretär Marsch eng verbunden, ich habe seit meiner Tätigkeit als Geschäftsführer mich konzentriert, unsere Geschäfte als Kaufmann zu führen, und habe mit dem Zentralsekretär erst dann wieder Kontakt genommen, wie praktisch diese Pressekampagne aufgetreten ist. Da habe ich mehrmals mit ihm gesprochen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit ihm nie über dieses Projekt Pilgram-Zentrum geredet?

Mag. **Sajbl:** Nein, das habe ich nicht, weil für mich war der Herr Zentralsekretär Marsch nicht der Gesprächspartner.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War er nicht einer der Initiatoren dieses Projektes?

Mag. **Sajbl:** Das kann ich nicht beurteilen, aber ich glaube, nach meiner grundsätzlichen Auffassung des Gesellschaftsrechtes ist der Initiator immer der zuständige Vorstandsmann und der Geschäftsführer und der, der die Verantwortung trägt dafür.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es kann ja auch ein übergeordnetes Interesse — beispielsweise der SPÖ — geben, ein ordentliches Druckereizentrum zu haben, und ähnliches, und da trifft es die Geschäftsführer natürlich auch, aber nicht nur.

Wer kann uns denn über dieses Pilgram-Zentrum im Detail Ihrer Meinung nach Auskunft geben?

Mag. **Sajbl:** Sie meinen im Detail aus der damaligen ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das Projekt zu schildern.

Mag. **Sajbl:** Das Projekt zu schildern, müßte sicherlich imstande sein die damalige Geschäftsführung, auch der Vorstand.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Könnten Sie zur Abkürzung des Verfahrens mir Namen nennen?

Mag. **Sajbl:** Da war eine Vierergeschäftsführung. Damals war die Geschäftsführung vier Personen, und dann müßte auch die Geschäftsführung des „Vorwärts" Bescheid wissen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben mir trotzdem immer noch keine Namen genannt.

Mag. **Sajbl:** Damals war Geschäftsführender Vorsitzender Herr Kühberger, Herr Huber, Herr Mark und, ich glaube, Herr Schindler. Aber ich bitte um Verständnis, es kann ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das waren Ihre Vorgänger in der Leitung des Pilgram-Zentrums?

Mag. **Sajbl:** Die waren Geschäftsführer in der Infrabau, wo das Pilgram-Zentrum ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die waren gleichzeitig im Pilgram-Zentrum Geschäftsführer.

Mag. **Sajbl:** Wer die zwei Geschäftsführer im Pilgram-Zentrum damals waren, das kann ich ... Also zwei von den vieren sicherlich auf Grund der Kollektiv ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und wer ist der Techniker in Ihrer Firma, der damit befaßt gewesen sein kann?

Mag. **Sajbl:** Ich weiß jetzt nicht, in welchem Zeitraum der zuständige Mann, Herr Schindler — ich glaube, es war der Herr Schindler —, ich kenne den Herrn aber persönlich nicht, weil der war vor meiner Zeit, der ist ja schon vor meiner Zeit ausgeschieden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ausgeschieden, weil er in Pension gegangen ist, oder auf Grund der Pleite, die da gemacht worden ist?

Mag. **Sajbl:** Das weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sind Sie hingekommen, um das in Ordnung zu bringen, oder war das eine natürliche Fortentwicklung?

Mag. **Sajbl:** Ich bin in die Infrabau gekommen, und da hat es nur mehr eine Geschäftsführung von zwei Personen gegeben. In diesem Zeitraum, glaube ich, 1972/73/74/75, hat es eine Vierergeschäftsführung gegeben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer war denn der Vertragspartner bei diesem Vertrag, von dem der Vorsitzende die ganze Zeit geredet hat?

Mag. **Sajbl:** Entschuldigen Sie, das verstehe ich jetzt nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, Sie reden die ganze Zeit von dem Vertrag, der zu Ihren Lasten so viel Geld gekostet hat. Wer waren die Vertragspartner?

Mag. **Sajbl:** Da ist zwischen Pilgram-Zentrum und Vorwärts A. G. ein Kaufvertrag geschlossen worden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und wer waren die Eigentümer der noch zur Arrondierung notwendigen Häuser?

Mag. **Sajbl:** Ich glaube, das eine Haus, um das es anscheinend gegangen ist, das ist dieses Eckhaus, ich glaube, das ist ein BAWAG-Haus.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und das Pilgram-Zentrum hat sich mit der BAWAG nicht einigen können?

Mag. **Sajbl:** Das weiß ich nicht, das kann ich nicht beurteilen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat der Herr Vietor oder der Herr Iden etwas damit zu tun gehabt, mit dem Pilgram-Zentrum?

Mag. **Sajbl:** Sicherlich nur so weit, soweit sie in der Funktion des Aufsichtsrates damit betroffen sind.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn die „Neue Heimat" nicht so gnädig gewesen wäre, diese Defizite oder Verluste zu übernehmen, wer hätte die dann bezahlen müssen?

Mag. **Sajbl:** Die Frage Verluste. — Verluste übernimmt der Gesellschafter, nicht ... An und für sich ist es üblich, daß der Gesellschafter, der die Gesellschaft hält, daß die auf der einen Seite die Verluste hat — ich weiß nicht, was ich dazu noch sagen soll.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt, wenn die „Neue Heimat" nicht so gnädig gewesen wäre — ohne daß uns ein Grund bekannt ist —, viele Millionen Verluste abzudecken, hätte das der „Vorwärts" tun müssen.

Mag. **Sajbl:** Das hängt in dem Fall von der Vertragsgestaltung der beiden vertragsabschließenden Parteien ab.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe Sie aber nicht jetzt gefragt nach einer grundsätzlichen und theoretischen Frage, sondern ganz konkret: Wer hätte bezahlt, wenn die „Neue Heimat" nicht diese Geschenke gemacht hätte?

Mag. **Sajbl:** Das kann ich ja aus der Sicht jetzt nicht beantworten, weil ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie müssen ja wissen, unter welchen vertraglichen Verhältnissen das Pilgram-Zentrum lebt!

Mag. **Sajbl:** In dem Fall hätte es der Risikoträger ... das ist das Pilgram-Zentrum gewesen auf der einen Seite, und auf der anderen Seite die Vorwärts AG.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das Pilgram-Zentrum hat ja nachweislich kein Geld gehabt, sonst hätte es die Neue Heimat nicht gebraucht.

Das heißt, es wäre auf die Vorwärts AG. ...

Mag. **Sajbl:** Das wäre sicherlich eine der Möglichkeiten der beiden Parteien gewesen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nur um das zu präzi-

sieren: Wenn das Pilgram-Zentrum selber kein Geld hat — das ist unbestritten, daß es das nicht gehabt hat ... und die Neue Heimat nicht bezahlt, dann kann nicht einer der beiden die Verluste bezahlen, sondern nur einer.

Mag. **Sajbl:** Ich kann das nicht qualifizieren von meiner Sicht aus, das hat sich abgespielt 1974/75.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Rechtslage in dieser Beziehung hat sich ja nicht geändert. Es gibt einen anderen Geschäftsführer, aber die Verlustabdeckung ...

Mag. **Sajbl:** Die Rechtslage hat sich in dem Fall nicht geändert. So, wie ich das sehe, war das damals auf Grund der Umstände sicherlich, wenn man davon ausgegangen ist, daß das PZE hätte vieles schaffen sollen, daß das nicht zustande gekommen ist, hat man sich halt geeinigt, daß die beiden Seiten halt geteiltes Leid tragen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Noch einmal: Wollen Sie mit Präzision meine Fragen nicht beantworten? Wenn die „Neue Heimat" dieses Geschenk, für das uns bisher keine Begründung geliefert worden ist, nicht gemacht hätte, wer hätte die Verluste des Pilgram-Zentrums bezahlen müssen?

Mag. **Sajbl:** Die Verluste des Pilgram-Zentrums ... Es ist eine 100%-Gesellschaft der Infrabau damals gewesen. Die Verluste, die ich mit einer Hundertprozentgesellschaft mache, muß ich ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Infrabau ist ja bis zur Stunde auch nicht gerade die erfolgreichste. Also wer hätte das alles bezahlt?

Mag. **Sajbl:** Man hätte sicherlich, die Frage war, daß also der andere vertragschließende Partner ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und wer ist der?

Mag. **Sajbl:** Der war die Vorwärts AG.

Abg. **Bergmann:** Und wie hoch insgesamt, wenn Sie mir das einmal noch präzisieren können, wie hoch sind die Mittel, die unter dieser Verlustsituation von der „Neuen Heimat" zur Infrabau geflossen sind? Können Sie eine addierte Summe nennen?

Mag. **Sajbl:** Das kann ich jetzt nicht sehr genau vornehmen, aber es hat die „Neue Heimat" Verluste aus der Vergangenheit bei verschiedenen Projekten übernommen, die ich dem Herrn Abgeordneten Feurstein bereits genannt habe, die betreffen Anlagen, wo es Verwertungsschwierigkeiten gegeben hat, wo es aber gelungen ist, in der Zwischenzeit die vernünftige ökonomische ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sind Sie ein Flieger?

Mag. **Sajbl:** Ich bin einmal vor vielen Jahren, aber ganz kurz nur, geflogen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mit dem Dipl.-Ing. Winter zusammen?

Mag. **Sajbl:** Nie.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit Dipl.-Ing. Winter überhaupt nie zu tun gehabt?

Mag. **Sajbl:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Weder als Mediplan noch als Pilgram-Zentrum?

Mag. **Sajbl:** Nein. Ich war einmal ein kleiner Flugfunktionär vor vielen, vielen Jahren, noch in der Zeit meiner Klubtätigkeit, und habe dann alle meine Funktionen niedergelegt. Ich darf dazu sagen: als Segelflieger.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Consultatio ist also auch steuerberatend tätig für das Pilgram-Zentrum.

Mag. **Sajbl:** Die Consultatio ist für die Infrabau tätig und damit auch für die angeschlossenen Gesellschaften, die also wirtschaftlich, finanziell, organisatorisch eingeschlossen sind.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Für die MEDIPLAN Wien auch?

Mag. **Sajbl:** Für die MEDIPLAN Wien auch, ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie haben Sie denn reagiert, als der BO-Auftrag nicht an die MEDIPLAN Wien gegangen ist?

Mag. **Sajbl:** Wie meinen Sie das?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben sich ja Hoffnungen gemacht, daß die MEDIPLAN den BO-Auftrag an Land zieht.

Mag. **Sajbl:** Diese Frage hat der Herr Abgeordnete Feurstein schon gestellt. Ich habe das in der damaligen Situation so gesehen, daß dieser Auftrag nicht zustande gekommen ist, wo man sich als Geschäftsführer dachte, es wäre schön gewesen, wenn also das zustande gekommen wäre, aber Reaktionen in dem Sinne habe ich keine gesetzt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nun gibt es zwei konkurrierende Gruppen. Das eine ist die MEDIPLAN und diese ganze Firmenkette, die sich hier bemüht um einen großen Auftrag beim AKH, und auf der anderen Seite die Androsch-Bauer-Gruppe, die also in Form von Consultatio, Ökodata und ähnliches dann in der ABO tätig ist. Und eine der beiden Gruppen kriegt nun den großen ABO-Auftrag und die andere nicht. Nun sind Sie jemand, der zwischen die-

sen beiden Gruppen durchaus steht, weil Sie, glaube ich, mit dem Dr. Bauer recht gut sind *(Mag. S a j b l: Ich kenne ihn!)* und mit dem Dr. Androsch recht gut sind und auf der anderen Seite mit dem Zentralsekretär Marsch. Sie sind übrigens der erste Zeuge, der sich geniert, daß er Dr. Bauer gut ist.

Mag. **Sajbl:** Nein, ich geniere mich nicht, Herr Abgeordneter. Ich geniere mich bestimmt nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie würden Sie Ihre Beziehung zum Dr. Bauer ...

Mag. **Sajbl:** Ich habe schon gesagt, ich habe keine Beziehung zum Dr. Bauer, das habe ich also schon erwähnt, Herr Abgeordneter, ich möchte das noch einmal wiederholen. Es hat aus meiner Einschätzung Bewerber gegeben. Ich kann für die Gruppe, die ich vertrete, also in dem Fall MEDIPLAN Hamburg, Neue Heimat, sagen, daß das sehr hervorragende Leute sind. Mir war bekannt, daß es noch Suter & Suter gibt, daß es andere Gruppen gibt, und wie ich dann gehört habe, daß das nicht zustande gekommen ist, mußte ich zur Kenntnis nehmen, ohne daß ich da eine persönliche Wertung ... Das heißt, weil ich in all diesen Jahren davon ausgegangen bin, ich sehe das selbst, wenn wir etwas vergeben im kleinen, überblickbaren Rahmen, bei einem Bau, es ist immer die Schwierigkeit, daß diejenigen, die nicht zum Zug kommen, sicherlich den Eindruck haben, es wäre besser gewesen, wenn ich der erste gewesen wäre.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie das Gefühl gehabt, daß mit der MEDIPLAN Hamburg als Partner Sie eigentlich das qualifiziertere Angebot gemacht haben?

Mag. **Sajbl:** Mein persönlicher Eindruck ist, daß ich unsere Kollegen — Sie haben heute Gelegenheit gehabt, den Kollegen Becker kennnenzulernen —, daß ich sie schätze, daß ich sie für sehr gut halte. Zu qualifizieren einen Auftrag, das ist Aufgabe des zuständigen Vorstandes, der das entscheiden muß, der muß das auch werten. Daß die MEDIPLAN Hamburg eine gute Gesellschaft ist und Erfahrung hat, das ist, glaube ich, bekannt; ich mußte das zur Kenntnis nehmen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie auch zur Kenntnis genommen, daß die ABO dann nicht der Bestbieter war?

Mag. **Sajbl:** Das sind Dinge, die ich nicht gewußt habe. Ich muß auch dazu sagen, darum habe ich mich auch nicht gekümmert, ich habe es im Detail aus der Presse erfahren.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt der Herr Carsten Becker oder der Herr Riethmüller oder der Herr Seitz oder sonst wer hat nie mit Ihnen darüber geredet?

Mag. **Sajbl:** Ich habe nur gesagt, Herr Carsten Becker hat mit mir, wir haben also sehr oft gesprochen. Becker ist alle zwei, drei Wochen hier gewesen. Wenn er in Wien war, hat er unsere Büroräumlichkeiten benützt, er hat also darüber gesprochen, über die Situation in dem Bereich, und ich habe das dann so zur Kenntnis genommen.

Bergmann (ÖVP): Gibt es beim Pilgram-Zentrum einen Konzessionär?

Mag. **Sajbl:** Die Frage ist auch im Zusammenhang mit der Gewerbeberechtigung. Das Pilgram-Zentrum hat ja jetzt in dem Sinne keine Geschäftstätigkeit mehr. Genauso ist die Frage damit beantwortet, daß die Gewerbeberechtigung nicht notwendig ist, wie sie bei der MEDIPLAN Hamburg auch nicht notwendig ist, sondern erst in dem Moment, mit dem Eintritt eines Auftrages.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn mir der Vorsitzende eine zynische Nebenbemerkung erlaubt: So ein riesiges Defizit bauen kann man ja wirklich nicht als Geschäftstätigkeit bezeichnen.

Mag. **Sajbl:** Herr Abgeordneter, darf ich dazu sagen, da habe ich mich 3-, 4mal schon bemüht, daß diese Gesellschaft finanziell, wirtschaftlich und organisatorisch in dem Fall eingegliedert war im Betreuungsvertrag. Darf ich das so sagen, daß ich glaube, daß es dieser Geschäftsführung gelungen ist, die Gesellschaft jetzt in einen Bereich zu bringen, daß unser Unternehmen konsolidiert ist. Ich glaube auch, daß alle, die im Aufsichtsrat sind, sehen, daß die Gesellschaft da auf eine gesunde Basis jetzt gestellt ist und daß es gelungen ist, die Vergangenheit da zu bewältigen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich kann Ihre Zustimmung oder Bejahung voraussetzen, daß es eine lange Phase im Bereich der SPÖ-Firmen gegeben hat, wo man dringend, um eine finanzielle Belastung der Partei über Vorwärts-Verlag zu vermeiden, so Gnadenspender wie die „Neue Heimat" gebraucht hat.

Mag. **Sajbl:** Herr Abgeordneter! Ich sehe das nicht so, und zwar aus der persönlichen Erfahrung der Geschäftstätigkeit. Die persönliche Erfahrung ist immer der subjektive Eindruck. Ich würde die „Neue Heimat" in dem Fall nicht als Gnaden ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie legen sehr viel Wert darauf, das Ganze sehr kommerziell und geschäftlich zu sehen.

Wie würden Sie das bezeichnen, wenn einer ein Geld hergibt und weiß nicht, warum?

Mag. **Sajbl:** Ich würde das so sehen, daß, wenn ein Unternehmen in eine Expansionsphase hineingekommen ist, dann die Rahmenbedingungen in der Zeit auf einmal halt nicht mehr mit den Zielvorstellungen übereingepaßt haben und daß daraus in den verschiedensten Bereichen eben Probleme entstanden sind. Viele Unternehmungen ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja aber noch einmal. Sie erzählen es ja nur anders. Es ist unbestritten, daß, wenn die „Neue Heimat" nicht Geld in die Infrabau gepumpt hätte, die SPÖ ein Defizit hätte abdecken müssen, daß erst das Geld der Neuen Heimat Sie jetzt in die Lage versetzt, vielleicht im nächsten oder übernächsten Jahr in eine Gewinnzone zu gehen.

Mag. **Sajbl:** Ich würde das so sehen: Die Verlustabdeckungen sind ja auf Vergangenheitsprojekte bezogen, sind also Projekte, die ich persönlich nicht mehr verantworte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das war kein Vorwurf an Sie. Im Gegenteil, Sie kommen ja in die Gewinnzone.

Mag. **Sajbl:** Ich habe mich bemüht, diese Vergangenheit mit kleinen vernünftigen Schritten zu bewältigen, und ich kann sagen, das ist unserem Unternehmen gelungen. Es stimmt allerdings, es hat eine Zeit gegeben, wo es sicherlich gewisse Probleme gegeben hat, Probleme, die nicht anders geartet waren und sind, wie es also alle Probleme durch die ...

Abg. **Bergmann** (SPÖ): Sind Sie Mitglied des „Club 45"?

Mag. **Sajbl:** Ich kenne die Leute, bin aber nicht Mitglied.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist es richtig, daß bei der Gründung der Pilgram-Zentrum-Entwicklungs GesmbH die Infrabau mit 74 Prozent beteiligt war, der Vorwärts-Verlag mit 26 Prozent?

Mag. **Sajbl:** Jawohl, ich kann also nur aus der Kenntnis des Notariatsaktes sagen, nicht bei der Gründung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wann und aus welchen Gründen wurde dann die Infrabau hundertprozentige Anteilseigentümerin am Pilgram-Zentrum?

Mag. **Sajbl:** Ich weiß es nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie dazu aber gar nichts sagen?

Mag. **Sajbl:** Ich kann dazu gar nichts sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aus der Kenntnis der Gespräche, die Sie geführt haben?

Mag. **Sajbl:** Ich kann dazu wirklich nichts sagen. Ich habe dem auch nicht so eine Wertigkeit beigemessen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber der Vorwärts Verlag ist immerhin mit 26 Prozent beteiligt gewesen, scheidet aus. Gab es Zahlungen in dem Zusammenhang?

Mag. **Sajbl:** Das weiß ich nicht, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wann war es?

Mag. **Sajbl:** Ich habe gesagt, das muß März, April 1973 gewesen sein. Also ich bin, da bin ich also im Moment ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): März, April ... April 1973 war die Gründung. Es muß später gewesen sein.

Mag. **Sajbl:** Ich weiß das nicht. Das kann keine ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich habe es noch nirgends exakt feststellen können, auch bei Marsch nicht.

Mag. **Sajbl:** Darf ich, das ist ... Diese Frage kann also schnell geklärt werden, ich schicke Ihnen das schriftlich her, das ist ja nicht sehr schwierig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann hätte ich drei Bitten an Sie: Gesellschaftsvertrag, die Bilanz mit den Verlustvorträgen und die Frage der Umwandlung des Anteiles „Vorwärts" zu Infrabau. Erstens die Verlustvorträge während Ihrer Zeit von Infrabau, zweitens den Gesellschaftsvertrag und drittens den Zeitpunkt und die Gründe und die finanziellen Transaktionen im Zusammenhang mit der Auflösung der Beteiligung Vorwärts AG am Pilgram-Zentrum.

Obmann Dr. **Steger:** Der nächste ist der Herr Abgeordnete Dr. Kohlmaier.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich habe nur ein paar kleine bescheidene Fragen. Es kam heute schon zur Sprache, daß diese Firmen Tractus, Merkur, Pilgram-Zentrum das waren, was man so Briefkastenfirmen nennt. Aber dennoch gibt es hier buchhalterische Vorgänge. Wer hat denn die Buchhaltung für diese Firmen gemacht, effektiv?

Mag. **Sajbl:** Bitte, Herr Abgeordneter, für welche Firmen?

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Zum Beispiel für die Tractus.

Mag. **Sajbl:** Bei der Tractus, der Geschäftsführer, der Herr Wuchterl, die ist dort wahrscheinlich erfolgt, aber das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber diese Firmen hatten doch meines Wissens keine Angestellten in dem Sinne.

Mag. **Sajbl:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Da müssen Sie den zuständigen Geschäftsführer fragen. Der Geschäftsführer ist für die Buchhaltung der Gesellschaft verantwortlich. Die ist nicht bei uns gemacht worden, Herr Vorsitzender.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich möchte sie jetzt einmal für das Pilgram-Zentrum.

Mag. **Sajbl:** Da habe ich ja bereits ausgeführt, da ist die Infra-Wohnungseigentum, die Invest, dann Pilgram-Zentrum, diese Gesellschaften sind also in der Infrabau finanziell, wirtschaftlich und organisatorisch eingegliedert, das heißt also, das zuständige Personal der Infrabau ist auch tätig für diese Gesellschaft. Damit ist, glaube ich, auch der Vorwurf, den man angestellt hat mit den Briefkastenfirmen, hoffe ich, aus dem Raum gestellt. Und es war also für die ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bestätigt in gewisser Hinsicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das Pilgram-Zentrum ist ein „Briefkasten" von der Infrabau.

Mag. **Sajbl:** Man kann das immer nur so sehen, wenn also das Personal unseres Unternehmens für diesen Bereich, für den gesamten Bereich zuständig und tätig ist, dann entsteht in der Öffentlichkeit ein schlechter Eindruck. Und ich glaube, daß ich das meinen Kolleginnen und Kollegen schuldig bin, daß ich darauf achte, wieweit das dann gelingt ...

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Also das Personal der Infrabau wird eingesetzt, wenn irgendwelche sagen wir buchhalterische Arbeiten für das Pilgram-Zentrum zu machen waren.

Mag. **Sajbl:** Das Personal der Infrabau ist eingesetzt auch für diese Tätigkeiten.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber nicht für die Tractus.

Mag. **Sajbl:** Nicht für die Tractus.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Auch nicht für die Merkur?

Mag. **Sajbl:** Auch nicht für die Merkur.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Und dazu können Sie auch nichts sagen.

Mag. **Sajbl:** Das ist Angelegenheit der beiden Geschäftsführer der Tractus und Merkur. Ich habe mich auch darum nie gekümmert.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ist die Firma Infrabau oder die Firma Pilgram-Zentrum oder die Firma MEDIPLAN Wien je einer Steuerprüfung unterzogen worden?

Mag. **Sajbl:** Wir sind einer sehr eingehenden Steuerüberprüfung unterzogen worden im Zuge der ...

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ja, aber vorher nicht.

Mag. **Sajbl:** Vorher nicht. Ich weiß nicht, wie das vor meiner Zeit war, das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber in der Zeit, die Sie kennen, ist derartiges nicht geschehen.

Mag. **Sajbl:** Ist geschehen in den ...

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber erst, nachdem die öffentliche Diskussion eingetreten ist.

Mag. **Sajbl:** Ja, nachdem die öffentliche Diskussion eingetreten ist.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Aber in der Zeit vorher ist Ihnen nichts bekannt?

Mag. **Sajbl:** Ist mir nicht bekannt.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Mich täte noch etwas interessieren: Sie haben vorher, glaube ich, bemerkt, wenn ich es richtig gehört habe, daß Sie überzeugter Sozialist sind. Habe ich das richtig verstanden? Ich meine, das würde ich ja respektieren und akzeptieren jedes Menschen Gesinnung.

Mag. **Sajbl:** Ja.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Wieso gründet eine Partei, die sich immer gegen das kapitalistische Gewinnprinzip gestellt hat, kapitalistische Firmengebilde in großer Zahl? Wie erklären Sie sich das als Mensch, der doch auch nachdenkt über diese Dinge? Warum baut nicht einfach die SPÖ oder von mir aus „Vorwärts" als eigener Wirtschaftskörper? Warum werden hier Firmengebilde erfunden, in relativ großer Zahl, die in der Sicht der Ideologie Ihrer Partei eigentlich alle kapitalistische Gebilde sind?

Mag. **Sajbl:** Darf ich dazu folgendes sagen, Herr Abgeordneter. Ich habe eigentlich — auch das bitte jetzt persönlich zu verstehen —, mich hat Ihr Interview im Fernsehen persönlich damals erschüttert ...

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Es ist niemand beleidigt.

Mag. **Sajbl:** Die Infrabau ist im Jahr 1969 gegründet worden. Man hat im Jahr 1972 die Infra-Wohnunseigentumsgesellschaft gegründet und die Invest-Vermögensverwaltungsgesellschaft. Ich habe das — bitte um Verständnis, da waren Sie draußen — bereits ausge-

führt. Die eine Gesellschaft hat den Unternehmenszweck und die Zielsetzung gehabt, im frei finanzierten Wohnungsbereich tätig zu sein, wo ich glaube, daß auch sehr viel dem Unternehmen gelungen ist, und die Invest-Vermögensgesellschaft hat den Auftrag gehabt, im Gewerbebereich tätig zu sein. Das heißt also, in der damaligen Konstellation hat man Gesellschaften gegründet, die einen Unternehmenszweck gehabt haben, dieser Unternehmenszweck ist auch erfüllt worden. Dann ist die Gesellschaft des Pilgram-Zentrums gekommen, da hat man vorgehabt, ein großes Projekt aufzuziehen. Jetzt kommt Ihre Frage — und da komme ich wieder zum Ausgangspunkt —: Wir leben in einer Wirtschaftsordnung, deren Ziel es ist, daß gesellschaftsrechtlich Gesellschaften da sind, die ökonomisch fundiert wirtschaften. Aus meinem persönlichen Credo heraus sehe ich es sogar als eine Nützlichkeit an, wenn man Gesellschaften hat, die ökonomisch funktionieren und ökonomisch fundiert sind. Ich glaube, selbst der Herr Kardinal hat in der vorigen Woche — dazu bekenne ich mich genauso — so eine Äußerung von sich gegeben, die in dieselbe Richtung geht. Für uns war ja nur das Bedrückende, daß man dann dieses Unternehmen — ich lade Sie sehr gern persönlich ein, sich unser Unternehmen anzuschauen ...

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Die Infrabau meinen Sie?

Mag. **Sajbl:** Die Infrabau; Sie werden den Eindruck haben, dort sind nicht nur Sozialisten, sondern dort arbeiten Menschen, die nicht nur unserer Richtung angehören. Ich glaube, daß diese Leute in diesem Unternehmen sehr zufrieden sind, es als eine persönliche Herausforderung sehen, diesem Unternehmenszweck zu dienen. Aus der Sicht heraus, glaube ich, daß uns zum Teil viel gelungen ist, daß es aber auch in der Vergangenheit große Probleme gegeben hat. Ich sage noch einmal: Das Bekenntnis zu dieser Wirtschaftsordnung, zu diesem Wirtschaftssystem mit all den Facetten, die unser Land hat, glaube ich, gerade das sollte uns über die Parteien hinaus zwingen, dafür Verständnis zu haben.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich glaube, Sie haben meine Frage ein bissel mißverstanden. Ich will jetzt weniger die ideologische Seite ausleuchten, worüber man lang diskutieren könnte, was aber wirklich nicht — im Sinn des Herrn Vorsitzenden — Gegenstand ist, sondern ich will nur den Grund wissen, warum der „Vorwärts-Verlag", wenn er baut oder bauen will oder sich beteiligen will, warum die Eisenbahner, die Gewerkschaft, die Volksbuchhandlung und so weiter Firmenkonstruktionen errichten und hier nicht selbst mit offenem Visier einfach auftreten und sagen: der „Vorwärts-Verlag" will bauen. Bitte, daß man eine Wohnungsgesellschaft gründet, o. k. Aber hier sind doch mehrere Firmenkonstruktionen errichtet worden, die eigentlich die Zusammenhänge nicht ohne weiteres erkennen lassen, wenn man sehr genau darüber nachdenkt.

Mag. **Sajbl:** Herr Abgeordneter! Ich sehe das nicht so, ich sehe das wirklich nicht so. Schauen Sie, wenn man im Wirtschaftsleben tätig ist, ist man permanent konfrontiert mit gesellschaftsrechtlichen Problemen, und eine Aktiengesellschaft hat die Möglichkeit, sich zu beteiligen. Ich kenne nicht die Bewandtnis aus der Zeit, möchte aber dazu sagen, Herr Abgeordneter, daß da von der Warte aus nichts zu verheimlichen war. Das ist meine persönliche Überzeugung, daß daran nichts Verwerfliches ist. Dazu bekenne ich mich absolut.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Ich hätte gar nicht von Ihnen erwartet, daß Sie jetzt sagen, es ist was Verwerfliches dran. Ich sehe nur den Grund nicht, warum man Finanztransaktionen in solchen Schritten vollführt, daß man mehrere Firmen errichtet, wenn man die sieht oder ihr Briefpapier liest, nicht erkennen kann, wer dahintersteckt.

Mag. **Sajbl:** Ich sehe das nicht so, Herr Abgeordneter, daß man bei der Infrabau, ich glaube, daß unsere Unternehmungen ... Sie sehen, wenn Sie zu uns kommen, werden Sie groß sehen, Infrabau, dann ...

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Bitte ich konkretisiere das jetzt für Tactus etwa und Merkur. Diese Namen sagen ja überhaupt nichts. Da muß man dann erst daraufkommen: aha, da steckt der „Vorwärts-Verlag" dahinter, da steckt die Volksbuchhandlung dahinter und Eisenbahnerheim und so weiter. Warum diese zwischengeschalteten Firmenkonstruktionen? Damit Sie hier ein bissel einen Einblick haben. Sie sind ja in dem unmittelbaren Bereich tätig. Was ist das Motiv von solchen Firmengründungen?

Mag. **Sajbl:** Über das Motiv kann ich nichts sagen. Denn ich habe diese Gesellschaftskonstruktion bereits vorgefunden, und ich sehe das einfach so, daß man nach den Zielsetzungen dieser Gesellschaft etwas Positives machen wollte. Das ist die Situation, wenn Sie sagen, die Herren aus, zum Beispiel, dem Verein Eisenbahnerheim haben Bereiche, wo sie tätig sind, und da wird die Beteiligung ... Ich kann sie aber nicht qualifzieren, weil ich damit nicht betraut war.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Schauen Sie, dieser Verein Eisenbahnerheim hat ja Mitglieder, nehme ich, bin überzeugt. Die können ja auch nicht erkennen, daß sie indirekt da jetzt an

mehreren Firmen beteiligt sind. Widerspricht das nicht dem Grundsatz der Offenheit des Engagements?

Mag. **Sajbl:** Ich möchte dazu sagen, daß in unserer Gesellschaft sicherlich Transparenz absolut vorhanden ist, Herr Dr. Kohlmaier. Ich lade Sie gerne ein, zu uns einmal zu kommen, ich werde Ihnen das also zeigen. Da ist absolute Transparenz vorhanden.

Abg. Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): War die Gründung der MEDIPLAN-Wien nicht doch von dem Gedanken geleitet, hier das Odium einer ausländischen Firma zu vermeiden?

Mag. **Sajbl:** Ich habe das heute schon zweimal ausgeführt, Herr Doktor — das ist ja vor meiner Zeit entstanden —, aber man wollte im österreichischen Bereich tätig sein, hat sich hier auch einen Markt erhofft. Ich bin davon überzeugt, daß — jetzt sage ich das als Österreicher — das eine gute Sache ist, umsomehr, als es mir gelingt, in Österreich, wenn Sie wollen für mein Heimatland, als Geschäftsmann etwas zu leisten, umso besser ist es.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn Sie schon zweimal Bezug nehmen auf den Verein Eisenbahnerheim oder auch auf den Abgeordneten Prechtl, der offensichtlich Sie da geholt hat. Was wissen Sie denn oder welche Wahrnehmungen haben Sie denn gehabt im Zusammenhang mit dem Einkauf der Tractus in die Infrabau?

Mag. **Sajbl:** Diese Frage Tractus ist abgehandelt gewesen, ich habe mich dann darum eigentlich nicht gekümmert.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es hat eine Parallele zu Ihrer Firma gegeben, wo auch in die Tractus und die Neue Heimat mit Freude Geld ohne Gegenleistung gegeben wurde.

Mag. **Sajbl:** Da bitte ich um Verständnis, damit habe ich nichts zu tun gehabt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das glaube ich schon. Sie könnten ja trotzdem etwas gehört haben.

Mag. **Sajbl:** Ich will mich nicht in eine Rolle setzen, die mir nicht zusteht, zu qualifizieren, was Gesellschafter ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wußten Sie, daß im Zusammenhang mit der Tractus von der Neuen Heimat Geld bezahlt wird für Kredite, für Zinsleistungen?

Mag. **Sajbl:** Ich habe mich um diese Frage nie gekümmert.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe Sie gefragt, ob Sie es gewußt haben?

Mag. **Sajbl:** Ich habe das in späteren Jahren erst erfahren. Aber das war keine Frage, die bei uns in der Infrabau in dem Fall angestanden ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was heißt in späteren Jahren?

Mag. **Sajbl:** Ich habe mich um diese Frage nicht gekümmert und daher ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe Sie ja nicht gefragt, ob Sie sich gekümmert haben, sondern ob Sie es gewußt haben.

Mag. **Sajbl:** Ich habe es in dem Sinn nicht gewußt ... Weil man, glaube ich, als Geschäftsführer verpflichtet ist, strikte auseinanderzuhalten, was die Organe für Vereinbarungen treffen und was man als Geschäftsführer für eine Verpflichtung hat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt, Sie haben noch vor Auffliegen des AKH-Skandals gehört, daß die Neue Heimat auch ein Gönner der Tractus ist?

Mag. **Sajbl:** Ja. Ich will nicht sagen als Gönner, die Neue Heimat hat Verträge geschlossen ... Ich nehme mir nicht die Rolle heraus, die Verträge, die ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das habe ich Sie auch wieder nicht gefragt. Sie werden schneller fertig, wenn Sie nur auf das antworten, was ich Sie frage. Damit schließt sich der Kreis. Ich bin ja viel harmloser, als er Angst hat, und daher schließt sich der Kreis zu der Bemerkung meines Kollegen Kohlmaier von vorher.

Die Tractus kauft sich in die Infrabau ein und hat dazu kein Geld. Und das Geld streckt vor der andere Partner. Warum haben die das nicht gleich zu 100 Prozent übernommen? Wozu wird da eine Scheinfirma gegründet, damit es zwei Teilhaber gibt?

Mag. **Sajbl:** Ich weiß das nicht, Herr Abgeordneter.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Da bin ich jetzt ein bisserl perlex.

Mag. **Sajbl:** Ich gehe davon aus, daß die Neue Heimat als Unternehmensgruppe das Interesse gehabt hat, aus dem österreichischen Gewerkschaftsbereich einen Partner zu finden, um hier den Fortbestand dieser Gesellschaft ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn man das jetzt sehr gutwillig mit einfachen Begriffen sagt: Da werden ja eigentlich die 100 Prozent der Neuen Heimat verschleiert.

Mag. **Sajbl:** Das sehe ich nicht so. Es gibt bei uns keine Verschleierung. Das Ganze ist sehr korrekt, da gibt es keine Verschleierung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es ist doch so, daß die

82 von 35Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 6 (Seite 1587b bis 1937a) (gescanntes Original)

Neue Heimat die zweiten 25 Millionen der Infrabau-Konstruktion selber hineingepumpt hat. Zuerst hat sie ihren Anteil, dann hat sie das Geld genommen und hat das Ganze unter dem Tarnmantel Tractus mit der zweiten 50-Prozent-Beteiligung gemacht. Sind Sie jetzt eine deutsche Firma?

Mag. **Sajbl:** Nein, wir sind eine österreichische Firma. *(Zwischenbemerkung des Obmannes Dr. Steger.)*

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es war auch unter Anführungszeichen gemeint. Aber ich habe es jetzt dazu gesagt, auf Grund des zulässigen Hinweises des Vorsitzenden. Was ist das: Zu 50 Prozent geht der Gewinn an die Tractus und an die Neue Heimat und der Verlust geht zu 100 Prozent an die Neue Heimat?

Mag. **Sajbl:** Das ist eine Frage, die im Bereich der Unternehmensgruppe liegt, die ich nicht qualifizieren kann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, aber es ist so.

Mag. **Sajbl:** Ja, Sie stellen die Frage so, daß sie qualifiziert ist, wenn Sie mir das gestatten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, dann bin ich sogar bereit, aus dem Protokoll die Qualifizierung streichen zu lassen. Es ist so. Der Gewinn wird auf die zwei Firmen geteilt und das Risiko trägt ausschließlich die Neue Heimat. Das ist eh klar, denn die andere hat ja kein Geld.

Mag. **Sajbl:** Das hängt vom Vertrag ab, den die Gesellschafter geschlossen haben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und warum, glauben Sie, macht jetzt eine potente Firma wie die Neue Heimat, die sich also via MEDIPLAN ohnehin schon ihre österreichischen Standbeine gesucht hat, warum geht die jetzt her, pumpt 50 Millionen, einmal unter der Tarnkappe Tractus und einmal unter der offiziellen Bezeichnung „Neue Heimat" in eine Firma, um am Schluß das ganze Risiko zu tragen? Und sollte sich — dank Ihrer Tätigkeit — eines Tages ein Gewinn ergeben, dann gehört nur die Hälfte des Gewinnes denen. Was ist der tiefere Sinn einer solchen Konstruktion?

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter, das stimmt nicht ganz, weil wir wissen aus den Zeugeneinvernahmen, daß aus der anderen Hälfte des Gewinnes der Kredit hätte zurückgezahlt werden sollen und daß nach Rückzahlung des Kredites die andere Hälfte abgetreten worden wäre. Darf ich darum bitten, den Vorhalt korrekt zu machen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich schließe mich durchaus der Korrektur an.

Mag. **Sajbl:** Ich kann nur dazu sagen, Herr Abgeordneter, daß ich das aus meiner Sicht als Geschäftsführer so sehe, daß die Unternehmensgruppe Neue Heimat aus der Zielsetzung, über die Neue Heimat International sozusagen international tätig zu sein, aus dieser Zielsetzung heraus, sich im jeweiligen nationalen Bereich Partner sucht, die aus dem gewerkschaftlichen Bereich kommen und daß es Zielsetzungen, baumäßig tätig zu sein, Ziel der Neuen Heimat ist. Über die Vertragsgestaltung kann ich Ihnen beim besten Willen nichts sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Zielsetzung kann nicht die sein, daß man sozusagen eine Firmenkonstruktion schafft, wo einmal das Risiko ein ausländischer Partner trägt, und wenn es dann einmal trächtig wird, dann kommt via Merkur oder ähnliche der Vorwärts-Verlag mit in den Genuß der Gewinne.

Mag. **Sajbl:** Ich sehe das aus meiner Warte so, daß der potente Partner, der starke Partner, sicherlich der Träger meistens auch dann der Schwierigkeiten ist, die in einer Gesellschaft ständig sich ergeben. Das wird also durchaus üblich sein. Sie stellen mir Fragen, die ich eigentlich nicht beantworten kann, aus der Sicht heraus, weil ich nicht quantifizieren kann die Zielsetzung im damaligen Zeitpunkt der Neuen Heimat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber wenn man das alles weiter spinnt, dann kommt man als Anhängsel der Infrabau wieder zum Pilgram-Zentrum, dort wird auch hurtig auf Verlust und Nichtgewinn gemacht, und wieder trägt das volle Risiko die Neue Heimat. Das kriegt ja eine Größenordnung von wahrscheinlich 50 bis 80 Millionen Schilling, die hier von der Neuen Heimat in das SPÖ-nahe Firmenimperium eingeflossen sind, und ich habe noch keinen Zeugen gefunden, der mir begründet hat, worin, in welcher ungeheuer langfristigen Sicht — das geht ja seit dem Jahr 1976 — die Gewinnabsicht und das Geschäft für die Neue Heimat drinnen sind.

Mag. **Sajbl:** Wir haben in meiner Zeit keine Verluste mehr gemacht, aber im Bauträgergeschäft ist es doch so, daß die Verluste viel mittelfristiger wirken. Ich kann Ihnen nur dazu sagen, Herr Abgeordneter Bergmann, aus meiner Sicht als Geschäftsführer, daß die Zielsetzung war, daß man nach Österreich gekommen ist, daß man hier wollte Unternehmen aufbauen, daß es dann, was ich heute schon zweimal gesagt habe, gewisse Schwierigkeiten gegeben hat ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber glauben Sie nicht, daß man sich um 50 Millionen oder 100 Millionen Schilling in Österreich ein potentes Unter-

www.parlament.gv.at

nehmen als Partner kaufen kann und man kommt gleich in die Gewinnzonen damit?

Mag. **Sajbl:** Dazu kann ich nichts sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber Sie würden als Geschäftsmann wahrscheinlich auch mit der Infrabau zum damaligen Zeitpunkt nicht gerade dieses Volles-Risiko-und-halbe-Gewinnbeteiligung abgeschlossen haben. — Ich verzichte übrigens auf die Antwort.

Mag. **Sajbl:** Herr Abgeordneter, das weiß ich nicht, weil ich das aus der Konstellation, aus der Situation heraus nicht beurteilen kann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer ist denn mit dem Herrn Vietor besonders befreundet? — Es ist die Rede davon, daß der Herr Vietor am Ferienort des Bundeskanzlers auftritt. Nehme ich also an, die Herren kennen sich seit langem, vielleicht sind sie nicht befreundet, aber sie haben regelmäßig miteinander zu tun. Ist das richtig?

Mag. **Sajbl:** Dazu kann ich sagen, daß es durchaus üblich ist, daß angesehene Wirtschaftsführer, die im internationalen Wirtschaftsleben tätig sind, ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe Sie das nicht gefragt. — Nein, Sie brauchen sich ja nicht rechtfertigen, das weiß ich eh selber, daß es erlaubt ist, den österreichischen Bundeskanzler auf ... zu besuchen. Ich möchte nur wissen, ob es der Herr Vietor besucht hat.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): ... Sie dürfen ja auch fragen, wie Sie wollen! Sie sind immer so ungehalten zu den Zeugen!

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich bin ja nicht ungehalten! Das empfindet er ja gar nicht so, Herr Kapaun! Ich werde viel schneller fertig, ...

Obmann Dr. **Steger:** Ich bitte den Hohen Ausschuß zu bedenken, daß dann Geplänkel stattfindet, wenn in den veröffentlichten Protokollen steht ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das haben wir ja gerade freigemacht.

Mag. **Sajbl:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich kann das nicht beurteilen, ich habe das nicht gewußt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie Wahrnehmungen gemacht, daß der Herr Marsch mit dem Herrn Vietor sehr befreundet ist?

Mag. **Sajbl:** Habe ich nicht gemacht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Daß er viel mit ihm zu tun hatte?

Mag. **Sajbl:** Habe ich nicht gemacht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Daß es eine Reihe von Geschäftsbesprechungen gegeben hat?

Mag. **Sajbl:** Habe ich nicht gemacht.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, zum Unterschied vom Herrn Abgeordneten Bergmann verstehe ich schon, daß das Interesse der Neuen Heimat international besteht, allenfalls einen Partner zu haben und beteiligt zu sein. *(Abg. Bergmann: Soweit habe ich es auch verstanden!)* Was ich nicht mehr ganz verstehe, ist, daß derselbe Eigentümer dann an scheinbare oder echte Tochterfirmen wie die Tractus, diesem Verein Eisenbahnerheim, zusätzliche Leistungen erbringt. Das verstehe ich nicht ganz. Können sie dafür — nicht jetzt für den Wunsch, durch Direktkapital oder Beteiligung oder indirekt Kapital und Beteiligung eine Firma zu haben hier, denn da ist der Wunsch naheliegend und liegt offen am Tisch, man möchte ins Geschäft kommen dort, wo man glaubt, Renommee zu haben, dort, wo man glaubt, freie Kapazitäten zu haben, dort, wo man auch sachlich meint, etwas anbieten zu können. Das SSK-Gutachten war ja gar nicht so schlecht. Die Frage ist nur: Warum wird hier gleichzeitig auf anderen Wegen etwas refinanziert?

Mag. **Sajbl:** Sie meinen im Zusammenhang Tractus?

Obmann Dr. **Steger:** Verein Eisenbahnerheim, Zinsen bei dem 10 Millionen-Kredit, den der Verein bei der Eisenbahnergewerkschaft aufnimmt seit Juni 1976 plus Bankgarantie als Beispiel.

Mag. **Sajbl:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Ich muß Sie bitten, diese Frage an den zuständigen Geschäftsführer zu stellen. Ich kann Ihnen dazu keine Aus ... Ich habe mich mit dem auch nicht beschäftigt, weil das auch in den Bereich Gesellschafter gehört und ich dazu eigentlich weder konsultiert noch befragt noch in sonst irgendeiner Form dazu genommen wurde.

Obmann Dr. **Steger:** Dieselbe Vorgangsweise: Neue Heimat zahlt für die Tractus die Zinsen für 12,5 Millionen Kredit, den diese bei der Verkehrskreditbank hat, plus Bankgarantie.

Mag. **Sajbl:** Das haben sich, bitte, die Gesellschafter damals, so nehme ich an, vereinbart, und würde also bitten, daß man — ich kann dazu nichts sagen.

Obmann Dr. **Steger:** Drittes Beispiel: Die Neue Heimat verzichtet gegenüber der Infrabau auf eine Forderung von 7,6 Millionen Schilling.

Mag. **Sajbl:** Das war 1975. Ich kann das nur

84 von 35Zu 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 6 (Seite 1587b bis 1937a) (gescanntes Original)

so sagen, daß also die Neue Heimat das so genommen hat.

Obmann Dr. **Steger:** Eine offene Frage: Ist nicht ganz einfach die Erläuterung darin zu sehen, daß die Neue Heimat gemeint hat: Wenn sie in dem Bereich gute kommerzielle Kontakte hat, kommt sie besser ins Geschäft bei Auftragsvergabe, und es wird daher längerfristig eine Investition zu einer Art Geschäftsanbahnung mit Geschäftsanbahnungskosten führen?

Mag. **Sajbl:** Ich sehe das nicht so. Ich sehe das so, daß man im Jahre 1969 nach Österreich gekommen ist, daß man sich bemüht hat, hier ein Unternehmen aufzubauen, und aus der Kenntnis, auch aus der Kenntnis wahrscheinlich des eigenen deutschen Bereiches, aber auch des internationalen Bereiches, zur Kenntnis genommen hat dann im Verlauf der nächsten Jahre, daß — aber da spielen auch sicherlich die konjunkturwirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine Rolle — die Erwartungen nicht so erfüllt wurden. Und im Bauträgergeschäft denkt man ja langfristiger.

Obmann Dr. **Steger:** Genau das langfristigere Denken ist das, was ich unter der Fragestellung gesehen habe, ob das nicht Geschäftsanbahnungskosten für später kommende Geschäfte sind.

Mag. **Sajbl:** Das — das — das ...

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben jetzt sehr gezögert bei der Antwort und dann erst gesagt: Ich sehe das, ich sehe das, ich sehe das — dreimal, haben Sie es gesagt ...

Mag. **Sajbl:** ... nicht unter ...

Obmann Dr. **Steger:** Wenn Sie jetzt noch einmal nachdenken: In der Neuen Heimat sitzen doch erstrangige Kaufleute, da mache ich mir gar nichts vor. Das ist ein großer Konzern, der hat bestimmt keine Lust, irgendwo jemandem etwas zu schenken, was nicht kommerziell gerechtfertigt ist. Das muß ja irgendeinen Grund haben, die müssen das ja auch steuerlich dort irgendwie verwerten können. Ist ja eine Betriebsausgabe bei denen.

Und ich frage Sie, ob Sie nicht Informationen haben, einen Wissensstand haben, daß das längerfristige Geschäftsanbahnungskosten waren, wo man gemeint hat, auf dem österreichischen Markt leichter auftreten zu können einerseits, wenn man eine österreichische Firma hat, die dann in diesem Bereich dieser Firmenkette mit drinnen ist, und zweitens, wenn man allenfalls denen, die halt da in dem Geflecht mit Bedeutung haben, natürlich kommerziell auch für sie interessant ist, weil sie auch etwas davon haben.

Mag. **Sajbl:** Ich sehe das sicherlich nicht unter Geschäftsanbahnungskosten, das ist also ...

Obmann Dr. **Steger:** Sondern unter —?

Mag. **Sajbl:** Ich sehe das einfach so, daß man in dieses Land gekommen ist, daß man vernünftige Geschäfte machen will und daß man auch in der ersten Zeit die Erfahrung gemacht hat, daß dadurch manchmal auch Probleme entstanden sind, wenn eben ein Projekt nicht zustande kommt ...

Obmann Dr. **Steger:** Als die BAWAG ausgeschieden ist, warum hat dann die Neue Heimat nicht allein weitergemacht?

Mag. **Sajbl:** Das weiß ich nicht. Es ist ein Prinzip der Neuen Heimat, daß sie, im Ausland bei ihren Tätigkeiten, daß sie aus dem nationalen Bereich — das habe ich schon gesagt —, aus dem nahestehenden Gewerkschaftsbereich Partner sucht.

Obmann Dr. **Steger:** Aber Sie haben schon wieder gehört, daß dieses Prinzip dann dazu führt, daß man auch wieder ohne Koffer sehr viel allfällige Gewinne transferieren kann? *(Abg. Bergmann: Das sagt ja der Marsch, daß das ohne Koffer auch geht!)* Bitte um Entschuldigung, daß ich diesen Ausdruck „ohne Koffer" übernommen habe, aber es ist ein Terminus technicus geworden. *(Abg. Bergmann: Nein, nein, das ist ja das einzige, was der Marsch wirklich zugibt, daß es ohne Koffer auch geht!)*

Mag. **Sajbl:** Von der Warte aus ist das nie unsere Betrachtungsweise gewesen. Das ist einmal Punkt eins. Und Punkt zwei muß man sagen: Es ist sicherlich leicht, darüber zu reden, wenn man nur positive Erfahrungen der Vergangenheit gemacht hat. Es hat natürlich auch Probleme gegeben und es ist sicherlich für denjenigen, der problembeladen ist, immer schwierig zu argumentieren, warum und wieso.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, vielleicht ist das leichter: Wie haben Sie kaufmännisch und steuertechnisch diesen Forderungsverzicht von 7,6 Millionen Schilling behandelt? Als Schenkung? Als was?

Mag. **Sajbl:** Das ist eine Verlustübernahme durch die Neue Heimat, das in der Infrabau erfolgt ist, und zugleich — ja!

Obmann Dr. **Steger:** Ja Verlustübernahme ist steuerlich nicht existent.

Mag. **Sajbl:** Bitte?

Obmann Dr. **Steger:** Sie müssen es ja irgendwie steuerlich behandeln. Es hat jemand eine Forderung von 7,6 Millionen, der verzichtet dar-

auf. Das müssen Sie ja irgendwie steuerlich behandeln als Geschäftsführer.

Mag. **Sajbl:** Das war vor meiner Zeit. Aber das war eine Verlustübernahme, die gar nicht(?) — erfolgt ist über die Infrabau. Die kann dann nur abgedeckt werden durch einen — die mußte abgedeckt werden gesellschaftsrechtlich durch die Infra-Bau. Mußte abgedeckt werden.

Obmann Dr. **Steger:** Aus dem normalen Jahresabschluß übernommen, oder Sonderübernahme?

Mag. **Sajbl:** Der Verlust ist in der PZE entstanden und ist dann von der Infra-Bau übernommen worden, durch die NHI abgedeckt worden, nicht?, so; von der Neuen Heimat abgedeckt worden über die Infra-Bau.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt jetzt dann mit der Zusatzerklärung: Verlust Pilgramzentrum, der ist dort entstanden, damit die Vorwärts, oder es ist für diesen Verlust der Vorwärts ein paar Bürgschafts... unterschrieben worden, also Geld zur Vorwärts transferiert, die Infra-Bau haftet dafür, und zur Abdeckung übernimmt es die Neue Heimat International. So haben Sie es jetzt, ...

Mag. **Sajbl:** Nein ...

Obmann Dr. **Steger:** ... Wenn ich es etwas verdeutlichter sage, gesagt, entstanden ist er — ausdrücklich Ihr Satz — in der PZE, und die NHI hat es abgedeckt. Damit ist erstmals vollkommen der Zwischenschritt auch klargelegt.

Mag. **Sajbl:** Die Schwierigkeiten. Der Verlust, in der „Wochenpresse" ist sogar gestanden, daß die ...

Obmann Dr. **Steger:** Nein, Herr Zeuge, das waren jetzt Ihre Worte. Ich habe nur versucht, sie einmal Ihnen vor Augen zu führen. Bleiben Sie dabei, daß das das ist!

Mag. **Sajbl:** Die Verlustabdeckung für diese 7,6 Millionen ist von der Neuen Heimat erfolgt.

Obmann Dr. **Steger:** Ich habe Ihnen noch einmal eine Spur mehr vorgehalten, daß Sie nämlich gerade gesagt haben, daß die Verlustabdekkung des bei der PZE entstandenen Verlustes — habe ich noch dazugesagt —, der Verlust ist bei der PZE entstanden, weil er die Bürgschaften für den Vorwärts gezahlt hat, und am Schluß war der tatsächliche Zahler die NHI, haben Sie in Ihrem Satz gesagt. Nur das mit dem Vorwärts habe ich dazugefügt.

Herr Zeuge, was sagen Sie dazu? — Schulternicken sieht man nicht im Protokoll. Ja — nein!

Mag. **Sajbl:** Die NHI hat diese 7,6 Millionen übernommen.

Obmann Dr. **Steger:** Wieso dann nein?

Mag. **Sajbl:** Die hat sie übernommen.

Obmann Dr. **Steger:** Ja heißt das.

Mag. **Sajbl:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Und aus welchem wirtschaftlichen Grund? Was haben Sie da als Geschäftsführer in Erfahrung gebracht?

Mag. **Sajbl:** Weil man damals davon ausgegangen ist, daß dieses Projekt, daß am Nichtzustandekommen dieses Projektes, daß beide, daß die Beteiligten, die beiden Partner — die Frage war strittig: Wer ist also schuld, daß dieses Projekt nicht zustande gekommen ist?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Zusatzfrage, die ich vorhin vergessen habe, wie ich gesagt habe, Sie sind mit dem Herrn Abgeordneten Prechtl sehr gut. War Ihnen eigentlich bekannt, daß dieser Verein Eisenbahnerheim keinen Gewinn erzielen darf?

Mag. **Sajbl:** Herr Abgeordneter! Zur Formulierung, ich bin mit dem Herrn Abgeordneten Prechtl sehr gut, darf ich sagen: Ich schätze den Herrn Abgeordneten Prechtl persönlich sehr. Das mit dem Verein Eisenbahnerheim ist mir nicht bekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe das nur angenommen, weil Sie am Anfang gesagt haben, er war eigentlich Ihr Mentor bei dem Übertritt in die Infra-Bau, und habe das als durchaus etwas Honoriges empfunden.

Sie sind aber mit der Infra-Bau und der Tractus zusammen dann doch in einer Situation, wo man eigentlich wissen müßte, ob die anderen Partner das alles tun dürfen und können, worauf man sich da einläßt.

Mag. **Sajbl:** Ich habe nie den geringsten Zweifel an der Bonität, an der Honorigkeit und dem Ansehen der österreichischen Partner gehabt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber wenn Sie sich mit jemandem einlassen, der keinen Gewinn machen darf, und Sie wollen aber einen Gewinn machen, dann klafft ja da irgendein Interesse auseinander, noch dazu in einer Firmenkonstruktion, wo doch unter Umständen irgendwann einmal ein Gewinn entstehen kann.

Mag. **Sajbl:** Dazu kann ich, Herr Abgeordneter, nichts sagen. Ich möchte nur noch einmal wiederholen, daß nach meiner persönlichen Einschätzung die österreichischen Herren genauso wie die deutschen Herren ehrenwerte Herren sind und daß das, was in dem letzten Jahr für uns war, eine ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das kann man gar nicht als Schlußwort stehenlassen, denn an die Herren ist ja gar niemand herangegangen.

Letzte Frage, damit es eine Sachfrage ist, mit der wir schließen: Ist Ihnen bekannt, daß die Zuwendungen der Neuen Heimat an die Tractus unter dem Titel „Erträge" verbucht worden sind?

Mag. **Sajbl:** Ist mir nicht bekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt, nur aus den Zeitungen ...

Mag. **Sajbl:** Nur aus den Zeitungen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, ich danke Ihnen, Ihre Einvernahme ist damit beendet. Auf Wiedersehen.

Und die Unterlagen haben Sie uns zugesagt.

Mag. **Sajbl:** Bitte schön.

Obmann Dr. **Steger:** Steht im Protokoll. Bitte auch wegen der Weiterarbeit, daß Sie sie uns tatsächlich schicken. Wir fassen keinen formellen Beschluß, weil wir damit rechnen, daß wir es von Ihnen so bekommen. Wiedersehen! *(Mag. Sajbl verläßt den Saal.)*

Schluß der Sitzung: 20 Uhr 25 Minuten

28. Sitzung: 2. März 1981

Beginn: 10 Uhr 10 Minuten

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher** eröffnet die Sitzung.

Zeugeneinvernahme von Generaldirektor Dr. Ernst Kraus

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher** erläutert den zur Befragung stehenden Themenkreis, erinnert an die §§ 152, 153 StPO, die bei den Verhandlungen Anwendung finden, und ersucht um Bekanntgabe der Generalien.

Dr. **Kraus:** Ernst Kraus, geboren 13. 2. 1924, österreichische Staatsbürgerschaft, derzeit Generaldirektor der AKPE, wohnhaft Wien XVII, Brunnenstubengasse 22.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge, ich möchte mich zunächst mit den Fragen der Betriebsorganisation beschäftigen. Können Sie heute schon ein Urteil, ich möchte nicht sagen ein abschließendes, aber ein ungefähres Urteil über die von der ABO erbrachten Leistungen abgeben, und zwar hinsichtlich der Qualität dieser Leistungen und der Preisangemessenheit dieser Leistungen?

Dr. **Kraus:** Dazu möchte ich folgendes sagen: Unmittelbar nach meinem Eintritt, und zwar mit 1. August 1980, wurde ich mit dieser Sache primär konfrontiert. Das deswegen, weil dieser erste Teilvertrag auslaufen mußte, und zwar mit 1. Oktober die echte Erhebung und die echte Beratung in dieser Richtung, und in den nächsten drei Monaten anschließend, daher bis Ende Jänner 1981, die Finalisierung in puncto Abrundung. Es war mir damals klar, daß auf Grund der Gesamtsituation die Weiterführung durch die ABO eigentlich praktisch unmöglich war.

So war mein erstes Bestreben, zunächst einmal im Zuge einer Ist-Erhebung, soweit sie in einem schwebenden Prüfungs- und Beratungsverfahren möglich war, die Leistung abzuschätzen. Wir haben selbst Sachbearbeiter, wir haben bei der APAK Leute gehabt. Es war so, daß nach meinem Eintritt in der Folge, wie ich mich damit beschäftigt habe, etwa August, September, abzusehen war, daß 80 bis 84 Prozent der Leistungen soweit als erbracht anzusehen waren, weil doch ein Teil bereits abgeschlossen war und man aus den ganzen Unterlagen und aus der Korrespondenz ersehen konnte, wieweit ungefähr der Beratungsfortschritt zu bewerten ist. Das war für mich eine sehr wichtige Erkenntnis, weil ja nur mehr ein paar Monate zur Verfügung gestanden sind.

Ich habe dann auch mit der Geschäftsführung der ABO Gespräche geführt, habe die Herren auch darauf aufmerksam gemacht, daß der Folgeauftrag aus bekannten Gründen in diesem Zusammenhang sicherlich nicht möglich sein wird, aber gleichzeitig Überlegungen angestellt, wie kann man das Ganze mit einbinden in den künftigen Auftrag. Es war nämlich so, daß der Gesamtauftrag 370 Millionen war und nur ein Teilauftrag mit 122 Millionen zunächst vergeben wurde.

Ich möchte eines sagen: Die AKPE hat hier eigentlich die Stellung eines Bevollmächtigten, ich möchte fast sagen, eines Treuhänders der Eigentümer Stadt Wien und Bund. Die Beurteilung, ob diese Leistungen entsprechen, sind sicherlich mit den Nutzern, also mit der MA 17 und mit der Baukommission, mit der Fakultät, abzustimmen. Das war ja das entscheidende Kriterium für uns. Diese Planungsabläufe gehen so vor sich, daß das in eine Vielzahl von Teilbereichen aufgeteilt ist, ich habe damals festgestellt, etwa 120 Funktionsbereiche. Das ist ja eine sehr breite Palette, die hier im einzelnen durchleuchtet werden mußte betriebsorganisatorisch, wobei man das aber doch immer wieder vom Baugeschehen ausgehend betrachten mußte, von der Raumplanung, Raumnutzung, und erst in der Folge die Organisationsplanung in dieser Form einsetzen kann.

Die Wünsche der Nutzer und Betreiber, die ja letztlich in diesem Gebäude beziehungsweise Objekt einmal leben müssen, sind hier natürlich von entscheidender Bedeutung. In der Praxis spielt sich das so ab, daß die Beratungsergebnisse immer durchbesprochen werden mit den Planern, das heißt mit den Architekten, mit der APAK als Projektmanagement, mit den einzelnen Firmengruppen, also ARGE-Klima, ARGE-Sanitär, die ja doch in all diesen Dingen beratend immer wieder mitreden müssen, ihre Vorschläge erstellen müssen, immer wieder Abstimmungsprozesse hier notwendig waren. Daher war für mich sehr wichtig zu sehen, wieweit sind abgestimmte Ergebnisse vorliegend. Das heißt, es konnte etwas erst freigegeben werden, um in die Praxis umgesetzt zu werden, wenn die Zustimmung der betreffenden Nutzer hier gegeben war. Ich muß sagen, die Nutzer sind hier sehr kritisch, möchte sagen, das ist ihr Recht, möchte auch sagen, das ist ihre Pflicht, denn sie müssen einmal drinnen leben. Ob sich das jetzt in der Planungsphase erschwerend auswirkt — das ist auch ganz klar, daß immer wieder Zeitverzögerungen damit verbunden sind. Aber ich halte das an sich für richtig, denn wir müssen ja einmal ein funktionsfähiges Objekt und Gebäude letztlich zum Betrieb übergeben können.

Es war wichtig, den Fortschritt hier zu beobachten. Ich habe also großen Druck, möchte ich sagen, auf die ABO dann ausgeübt, weil mir bewußt war, daß durch den Zeitablauf das Ganze drängt, daß also hier möglichst rasch die Beratungsfortschritte im Rahmen des Teilvertrages soweit als möglich vollzogen werden können.

Mitte Dezember war dann die Situation so, daß man sagen konnte, von den abgestimmten Arbeitspapieren und denen, die vorliegen als sachlich soweit abgeklärt, aber die Zustimmungen eben kurzfristig nicht mehr möglich sind, weil noch immer Umplanungen, weil noch immer ergänzende Wünsche der Nutzer und Betreiber im Raume standen, erschien etwa die Leistungserfüllung um die 90, 92 Prozent gegeben. Wir haben dann Untersuchungen gemacht, welche Leistungen können wir nicht in Anspruch nehmen; das wurde mit etwa 5 Prozent bewertet. Das ist auch ganz klar, daß bei so einem großen Planungs- und Bauvorhaben gewisse Dinge im Zeitfortschritt nicht so koordiniert, wie man es sich vorstellt, durchgezogen werden können, und diese Dinge wurden eben dann auch herausgenommen.

Wichtig war das auch für uns im Hinblick auf die Zahlungsmodalitäten. Es wurde ja monatlich akontiert. Im August war die Situation zunächst einmal so, wie ich eingetreten bin, daß man bei der AKPE der Meinung war, daß die Zahlungen bereits etwas vorauslaufend sind und die Leistung etwas nachhinkt. Es wurde damals ein Zahlungsstopp verfügt, und es wurde dann sogar ein Pönale mit rund 500 000 S einbehalten, das auch bis zum Schluß einbehalten wurde.

Aber eben durch diesen Leistungsdruck und durch den Fortschritt hat sich in dieser Situation dort doch eine entscheidende Besserung ergeben, und ab etwa Dezember habe ich dann die Zahlungen wieder freigegeben und haben wir entsprechend akontiert, um diese Dinge wieder leistungsgerecht nach Möglichkeit ins Lot zu bringen.

Die Situation ist also derzeit so, daß die gesamten Unterlagen als abgeschlossen zu betrachten sind. Mit Ende Jänner sind uns die letzten Papiere zugegangen, und wir haben einen sehr hohen Grad — von 120 Teilbereichen etwa rund 100 — als abgestimmt zu betrachten, wobei ich mich wieder nur auf die Meinung stützen kann, die von den Nutzern und Betreibern gekommen ist. Wenn nämlich ein Nutzer und Betreiber unterschreibt, daß er mit dem Teilbereich im Planungsumfang einverstanden ist, dann muß ich eigentlich auch unterstellen, daß die Beratung dieser Zielsetzung gerecht wird, denn sonst dürften Nutzer und Betreiber solche Unterschriften und Freigaben nicht durchführen. Und ich möchte nochmals sagen: Die Nutzer und Betreiber nehmen diese Geschichte sehr ernst.

Es ist nun so, daß derzeit bei uns noch der Deckungsrücklauf auf vier Monate gebunden ist. Zu Beanstandungen, glaube ich, wird es nicht kommen, zumindest sind derzeit keine hier zu erkennen. Es ist also so, daß ausbezahlt wurde, wobei dieser Abstrich erfolgte. Es wurde bei der BO-Interim, wo ja Vorleistungen bereits erbracht wurden, mit über 2 Millionen Schilling einbehalten, das Pönale wurde mit 500 000 S einbehalten und noch ein paar Millionen — drei, vier Millionen noch — für nicht erbrachte Leistungen. Insgesamt war der Abstrich, wenn ich mich recht erinnere, etwa 8 Millionen Schilling, demgegenüber waren gewisse Gleitungen drinnen mit etwa sechs bis sieben Millionen, sodaß also der seinerzeitige Zuschlagspreis mit 122 Millionen geringfügig unterschritten erscheint.

Nun von der sachlichen Seite her muß ich sagen: Ich glaube, daß die Leistung als Teilleistung gesehen erbracht wurde, zumindest ist mir nichts Gegenteiliges von den Betreibern und Nutzern bekannt.

Die Preisangemessenheit ist natürlich eine Schwierigkeit in der Betrachtungsweise. Es ist ja so, daß eine private Firma, wenn sie einen Auftrag übernimmt, in keiner Weise verpflichtet ist, hier Kalkulationen oder dergleichen offenzulegen. Das war also die Gegebenheit, vor der wir in jeder Form hier gestanden sind.

Es gibt allerdings schon gewisse Anhaltspunkte. Und zwar muß ich ausgehen — und ich habe mich damit eingehend beschäftigt — vom seinerzeitigen Zuschlag-Anbot. Wir haben gehabt die ABO, wir haben gehabt Suter & Suter. Suter & Suter, unbestritten eine international renommierte Schweizer Firma, außer jeder Diskussion, daß sie diese Leistungen auch erbracht hätte. Nur ist natürlich eines — den Überblick haben wir jetzt, denn wir haben ja schon die Abrechnung jetzt praktisch vollzogen —, daß bei Suter & Suter das Anbot seinerzeit so gelegen war, daß hier eine Paritätenbindung des Schweizer Franken an den Schilling mit 60 Prozent des Umfanges gegeben war. Nun ist ja bekannt, daß der Schweizer Franken gegenüber dem Schilling in den letzten drei Jahren etwa 7,5 Prozent gestiegen ist, während die D-Mark in etwa konstant geblieben ist — das war ja die Anhängepolitik, die gegenüber der D-Mark hier in Österreich vollzogen wurde —, sodaß also hier schon von der Seite, wenn ich es jetzt echt vergleiche, etwa 5 Millionen Differenz herausgekommen wäre; nur allein von der Parität her. Daß natürlich eine ausländische Firma höhere Aufenthaltskosten und Reisekosten hat, ist auch offensichtlich, war auch vertraglich vorgesehen. Ich sage daher, daß die seinerzeitige Preisdifferenz, die mit damals 6 Millionen Schilling, wobei man auch noch darüber streiten kann, im Raum gestanden ist, sich sicherlich in etwa egalisiert hätte.

Nun möchte ich eines sagen: Ich selbst habe auch lange Zeit in der Wirtschaftsprüfung und Beratung gearbeitet. Es ist sicherlich die Situation so, daß bei Beginn von Aufträgen Fixkosten anfallen, weil jede Gruppe, die hier zu planen und zu arbeiten beginnt, Anlaufzeiten benötigt, die natürlich hier besonders groß sind. Denn eines möchte ich sagen: Ich bin erst ein halbes Jahr dort, aber das Projekt ist gigantisch groß, und man stößt hier wirklich oft an die Grenze der menschlichen Kapazität in der Koordinierung, man muß hier delegieren, immer wieder zusammenfassen; einem Berater geht es ja letztlich nicht anders, der die Teilbereiche unterteilen muß. Und hier ist es natürlich so, daß meines Erachtens schon der Zeitaufwand im ersten Teilauftrag immer größer ist, wenn man die Anlaufkosten mit einbezieht, als wenn man das auf den Gesamtauftrag hier sähe.

Darüber hinaus wurde mir berichtet — das kann ich nicht aus eigener Wahrnehmung sagen, aber ich habe es von allen Seiten gehört —, daß besonders in der Anfangsphase natürlich auch laufend Umplanungen waren, auch Schwierigkeiten aufgetreten sind. Bis sich ein so großes Beratungsteam mit den ganzen Planern, mit den Architekten, mit den Nutzern und Betreibern hier findet, bis die Kontakte hergestellt sind, bis das Ganze sich organisch schließt, das ist sicherlich ein erheblicher Zeitaufwand.

Ich habe das auch daraus entnommen, daß die ABO dieser Meinung war. Denn sicherlich hat die ABO versucht, am Anfang bei mir den Folgeauftrag zu bekommen. Und da war auch mit ein Argument, daß sie gesagt haben: Na gut, wir wären natürlich bereit, in gewissem Umfang Preisnachlässe für den zweiten Teil zu geben. Wir haben darüber gesprochen — und das ist betriebswirtschaftlich sicherlich richtig —, daß ein zweiter Teil einer Beratung mit diesen Anlaufkosten nicht mehr konfrontiert ist.

Das möchte ich zu dieser Fragestellung hier erklären.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge, Sie haben gesagt, daß eine Weiterführung der Beratungstätigkeit durch die ABO nicht möglich ist. Wie soll nun die Betriebsorganisationsplanung weitergehen?

Dr. **Kraus:** Ja, das ist an sich bereits entschieden. Es ist so, daß, wie wir vor dem Problem gestanden sind, wir haben Zwischenergebnisse, und ich möchte sagen, das ist sehr viel. Das sind ungefähr 3 Meter Papier. Wenn man es in Seiten umrechnet, kommen 20 000 bis 25 000 Seiten heraus, das ist ein ganz umfas-

sendes Paket. Und es war natürlich von unserer Seite absolut wichtig, einen gleitenden Übergang zu finden. Denn es ist doch so, daß jeder Planer sich ein Know-how erwirbt allein durch die Sachkenntnis, durch den Kontakt mit den Personen und alle diese Dinge, und das ist meines Erachtens von ganz großer Bedeutung gewesen. Daher war unsere Überlegung die, daß wir aus dem bestehenden ABO-Block des Personals versuchen, hier Leute zu akquirieren, was uns auch gelungen ist. Wir haben zwei Personen aus diesem Teil und den Leiter hier heraus akquiriert. Beim anderen haben wir gesagt, na gut, da müssen wir ein neues System erfinden, nämlich nicht erfinden, aber es hat sich ja jetzt angeboten. Bitte, ich möchte eines sagen: Bei der Erstvergabe hat man sicher nicht diesen Überblick und diese Erfahrung gehabt als drei Jahre etwa — zweieinhalb bis drei Jahre — später.

Es ist also so, daß auf Grund dieser Erkenntnisse wir gesagt haben: Naja, den Beratungsteil, der nicht medizintechnisch ist, sondern mit der gesamten Abwicklung hier im Betrieb des Hauses, mit dem Schwesternbetrieb und all diesen Dingen, das normale Betriebsgeschehen eines Spitals, das könnte man eigentlich selbst übernehmen, die ganze Entsorgung, Versorgung, Energiegeschichte und alle diese Dinge, und haben uns das auch dann überlegt und haben auch diese Dinge dann erfaßt, versucht, in einzelne Bereiche aufzuteilen und wieder zusammenzuführen, und sind dann darauf gekommen, daß wir gesagt haben: Naja, etwa 55 Prozent der gesamtfehlenden Planung könnte man etwa selbst übernehmen, etwa 45 Prozent wird man wieder wahrscheinlich an Spezialisten vergeben müssen, weil eben hier inländische Berater mit diesen Qualifikationen und diesem Fachwissen nicht zur Verfügung stehen.

Und das war auch der Ausgangspunkt für unsere Überlegungen, und die haben wir auch dann in den Organen vorgetragen. Wir sind bitte auch damit einem Auftrag der Eigentümer nachgekommen, der bereits im Juni beschlossen wurde, wo die Eigentümer gesagt haben, man soll hier versuchen, nach Möglichkeit die Planung nun auf andere Beine zu stellen, das heißt, Eigenberatung und Fremdberatung aufzuteilen.

Ich habe mir diesen Bereich jetzt selbst auch unterstellt in der Richtung, und wir werden die Eigenberatung durchführen in dem Umfang, wie angedeutet, und etwa die 45 Prozent Vergaben werden ausgeschrieben werden. Wir arbeiten bereits an den Ausschreibungsunterlagen. Es wird so gemacht werden, daß zunächst einmal eine Anzeige in den Zeitungen kommt — international —, wo etwa neun bis zehn Bereiche, die ausgeschrieben werden sollen, sachlich dargestellt werden mit der Aufforderung, daß sich inländische und ausländische Firmen hier melden sollen. Wir arbeiten an Ausschreibungsunterlagen, und die Firmen bekommen dann natürlich diese Unterlagen und können hier ihre Anbote legen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Im Zeitpunkt des Beschlusses, die Betriebsorganisationsplanung selbst zum Teil zu übernehmen, hatten Sie da bereits das notwendige Personal in der AKPE zur Verfügung?

Dr. **Kraus:** Nein. Personal in dieser Hinsicht war überhaupt nicht. Das wird jetzt aufgebaut, ist jetzt im Aufbau. Wir haben jetzt schon vier Leute. Wir werden also noch etwas aufstocken. Aber bitte, ich möchte eines sagen: Es ist so: Das wird Zug um Zug geschehen, jeweils nach den Bereichen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Ist Ihnen bekannt, in welchem Ausmaß die Magistratsabteilung 17, die hier mitwirken soll auf der Betreiberseite, für diese Eigenplanung das nötige Personal hat?

Dr. **Kraus:** Es ist so, daß derzeit, bitte, die MA 17, und zwar delegierte Beamte hat der MA 32, 34, das heißt für den Energiebereich, insbesondere für den technischen Betrieb. Da sind uns bereits sechs Leute seit November des Vorjahres nominiert, die hier mit unseren Leuten bereits die technischen Unterlagen durchstudieren, durcharbeiten. Das ist ja mit eine Grundvoraussetzung in der Richtung. Außerdem, was ich höre von Obersenatsrat Siebensohn, sind im Planposten weitere gegeben worden, sodaß er jetzt auch darangehen wird, Personal aufzunehmen. Außerdem ist ja, was ich weiß, auch der künftige Leiter des Spitals bereits bestimmt, der ebenfalls jetzt in Kürze bei uns eingebunden werden wird, um eben hier den echten Kontakt möglichst rasch zu finden.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist — dem Ausschuß jedenfalls ist bekannt —, daß sowohl im Kontrollamtsbericht als auch in den Erhebungen des Rechnungshofes immer wieder mißbilligend festgestellt wurde, daß die mit der Betriebsorganisation befaßten Firmen-Mitglieder der ABO teilweise bei Auftragserteilung nicht das notwendige Personal hatten. Nun haben Sie selbst gesagt, daß auch die AKPE, respektive die Magistratsabteilung nicht über das notwendige Personal in dem Zeitpunkt verfügt.

Meine Frage geht nun dahin: Was sagt der Verantwortliche der begleitenden Kontrolle dazu, daß Sie sich entschließen, eine Aufgabe zu übernehmen, ohne das notwendige Personal

zu haben — einmal als Präsident des Rechnungshofes eine Beanstandung, anscheinend als Leiter der begleitenden Kontrolle die Zustimmung.

Dr. **Kraus:** Ja, ich möchte eines sagen: Wir haben hier über diese Dinge sehr, sehr eingehend diskutiert in der Richtung. Ich möchte sagen, alle diese Beschlüsse, die da in den Organen gefallen sind, haben auch die Billigung des Kontrollbüros hier gefunden.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Sie haben ausgesagt, daß Sie aus dem Bereich der ABO Personen übernommen haben. Zwei haben Sie genannt. Ist darunter auch der Herr Kruse?

Dr. **Kraus:** Ja, der ist auf Grund einer öffentlichen Ausschreibung zur Bestellung gekommen. Das war bitte ein Punkt, wo es Diskussionen mit dem Präsidenten Kandutsch gegeben hat, weil er der Meinung war, naja, das ist eine Firma, die früher im ABO-Bereich gearbeitet hat, naja, das ist doch nichts Schlechtes.

Es ist so, daß der Kruse eine eigene Firma in Deutschland gehabt hat, relativ gute Referenzen aufzuweisen hat in diesem Zusammenhang. Eines darf man nicht vergessen, er war eineinhalb Jahre hier doch in den maßgeblichen Bereichen, und zwar gerade in den Bereichen, die wir selbst in die Beratung übernehmen wollen, tätig. Und es ist so, daß auf Grund einer öffentlichen Ausschreibung Herr Kruse mit Abstand, möchte ich sagen, als der Qualifizierteste hervorgegangen ist. Das wurde auch vom Präsidenten Kandutsch akzeptiert, und er hat in der Aufsichtsratsitzung gegen diese Bestellung keinerlei Einwand gehabt.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Der Herr Kruse war Mitarbeiter der Firma Techmed. Mich würde nun folgendes interessieren, ob Sie dazu etwas aussagen können. Wenn man vergleicht das Anbot der Firma Techmed, und zwar die Kosten, die Herr Kruse im Rahmen der Firma Techmed verursacht hat, mit den Kosten, die er heute als Angestellter der AKPE verursacht, samt allen Neben- und Gemeinkosten, wie beurteilen Sie dann das von der Kostenseite her? Ist Herr Kruse nun billiger oder gleich teuer oder teurer?

Dr. **Kraus:** Ja bitte, es ist so: Ich kann nicht beurteilen, zu welchem Tarif er hier gearbeitet hat. Er war selbständiger Subunternehmer bei der Techmed. Er war nicht angestellt.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Mitarbeiter.

Dr. **Kraus:** Er war selbständig hier tätig als Berater mit einer eigenen Firma, hat die entsprechenden Gewerbeberechtigungen und alles gehabt. Bitte, Herr Kruse wird bei uns derzeit eingestellt mit 60 000 S im Monat, 14mal. Nachdem er den Wohnsitz in Süddeutschland, glaube ich, in München, im Raum von Augsburg hat, hat er noch zwei Heimreisen, und zwar Bahnfahrt erster Klasse, also keine Flugreisen, sondern nur Bahnfahrten erster Klasse. Ich möchte sagen, das ist, glauben wir, eine sehr günstige Vereinbarung, denn Berater sind normalerweise, wie man weiß, ja relativ teuer.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Ein anderes Gebiet, Herr Zeuge. Der Rechnungshof moniert im Syndikatsvertrag die verbindliche Limitierung der Kosten. Wie steht es mit dieser Frage?

Dr. **Kraus:** Wie meinen Sie jetzt: Syndikatsvertrag oder meinen Sie den Baubetreuungsvertrag?

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Den Syndikatsvertrag, der vorgesehen ist im Artikel 15.

Dr. **Kraus:** Ja, das ist der Baubetreuungsvertrag.

Naja, es ist so, daß derzeit ja per 1. 1. 1980 noch immer aktuelle Kostenschätzungen mit rund 24 Milliarden Schilling hier vorliegen. Das sind Schätzungen, die seinerzeit gefaßt wurden, immer wieder verifiziert werden. Das Ganze wickelt sich über ein sehr kompliziertes EDV-Programm ab, wird immer wieder fortgeschrieben, und es ist so, daß wir diese Limitierung eigentlich schon als solche betrachten.

Es ist natürlich so — und das ist, möchte ich sagen, eine internationale Norm —, daß bei Bauvorhaben dieser Größenordnung, und vor allem, die sich über einen so langen Zeitraum erstrecken, wo immer wieder so viele Wünsche der Nutzer und Betreiber herangetragen werden, die immer wieder zu Veränderungen und dergleichen führen, daß Kostenschwankungen nach oben und unten mit 5 bis 7 Prozent durchaus drinnen sind. Deswegen haben wir auch dann in diesem abzuschließenden Syndikatsvertrag festgehalten, daß, sollte der Vorstand erkennen, daß mit der Kostenvergabe nicht das Auslangen gefunden werden kann, wir verpflichtet sind, die Eigentümer unmittelbar zu informieren.

Zunächst aber gehen wir davon aus, daß wir die 24 Milliarden Schilling als bindende Vorgabe betrachten.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! In diesem Zusammenhang zu den Kosten etwas, was ich Sie bitten möchte, nach Ihrem Wissen zu beurteilen. In der letzten Zeit beschäftigt sich die Öffentlichkeit auch mit der Frage der Kostenlimitierung. Es werden hier konkrete Zahlen genannt. Ein Parlamentarier hat als Kostenlimit den Betrag von 25 Milliarden Schilling genannt. Halten Sie diese Aussage für real durchführbar?

Dr. **Kraus:** Schauen Sie, das ist eine Stichtagsbetrachtung. Ich weiß nicht, welchen Stichtag er gemeint hat.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Fertigstellung, soweit ich das weiß.

Dr. **Kraus:** Ja, Fertigstellungsstichtag wäre die Hochrechnung 1987/88 mit rund 37 Milliarden Schilling. Die Differenz wäre 12 Milliarden. Bitte, das halte ich nicht für möglich. Denn wir müssen davon ausgehen, daß derzeit, immer wieder auf die 24 Milliarden Schilling zurück, etwa ein Drittel bereits verbaut und abgerechnet ist, also 7,5 und 8 Milliarden Schilling verbaut sind. Etwa ein Drittel, rund 8 Milliarden Schilling, sind beauftragt. Aufträge sind normalerweise zu erfüllen, auch schon im Interesse der Großindustrie, die ja hier maßgeblich an dem Baugeschehen hier mitwirkt, sodaß also 8 Milliarden Schilling in etwa verbleiben. Diese 8 Milliarden verteilen sich aber primär nicht mehr auf Bau und Innenausstattung, sondern im wesentlichen jetzt auf medizinisch-technische Geräte, die an sich sehr teuer sind. Man schätzt hier auf etwa 3,5 Milliarden Schilling. Außerdem die sonstige Einrichtung, die notwendig ist, Schätzung auch etwa 2 Milliarden, dann kommt noch die ganze Verkehrsanbindung, die Untertunnelung unter dem Gürtel herüber, die auch sehr hoch in den Kosten kommt, die ganze Straßengestaltung, die ganze gärtnerische Ausgestaltung, die Finalisierung, ich kann mir nicht vorstellen, daß ... Da müßten wir aufhören derzeit, weil einfach keine Beträge mehr offen sind, um eben hier diese medizinische Geräte-Bestellung dann zu vollziehen. Denn die heutige Schätzung ist ja schon 24 Milliarden Schilling.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Noch zu dieser Frage. Ein Universitätsprofessor hat im „profil" am 16. Februar dieses Jahres die Meinung vertreten, man möge das Gebäude abreißen und an anderer Stelle errichten.

Was würde das für finanzielle und materielle Folgen haben?

Dr. **Kraus:** Ich habe das auch mit Überraschung gelesen. Ich muß sagen, ich schätze Prof. Loidelsberger als exzellenten Fachmann, daher hat mich das überrascht, in der Richtung vor allem deswegen, ich glaube, diese Dinge kommen dadurch zustande, daß eben zu wenig Detailkenntnisse hier in diesem Umfang gegeben sind.

Es ist so: Wenn ich jetzt davon ausgehe, wie bereits erwähnt, 8 Milliarden verbaut, 8 Milliarden Bestellung, dann sind das rund 16 Milliarden, die ich auf jeden Fall vollziehen muß. Denn auch von den Bestellungen tritt mir doch heute kein Auftragnehmer bei der derzeitigen internationalen Wirtschaftssituation freiwillig zurück. Die Bestellungen müßten wir doch erfüllen. Im Gegenteil, wir müßten wahrscheinlich mit einem Wust von Prozessen rechnen, wir hätten wahrscheinlich eine Menge Pönalezahlungen und alle diese Dinge. Und da muß ich eines sagen, das wäre ein verlorener Baufonds, der meines Erachtens weit über 16, 17 Milliarden gelegen käme.

Aber bitte, ich muß eines sagen: Was soll dann geschehen? Soll man das abbrechen? Ich denke nur an die Flaktürme, die hat man bis jetzt auch nicht abbrechen können. Ich habe auf dem Gebiet Erfahrung. Ich habe seinerzeit bei den Heizbetrieben ein Problem gehabt, wo eine Großgasturbine mit Kosten von 190 Millionen Schilling die Lieferfirma nicht funktionstüchtig gebracht hat. Und nach ganz beinharten Verhandlungen sind wir zurückgetreten, und die Maschine ist verschrottet worden. Wir haben damals 190 Millionen Schilling mit dem entgangenen Gewinn kassiert. Aber das Problem war ja ganz woanders. Das ist dann ausgebaut worden, das hat ein dreiviertel, ein knappes Jahr gedauert, bis die mit Schneidbrennern das herausgeschnitten haben, bis das aus dem Beton weggeschrämt wurde und rausgebrochen. Man darf ja nicht übersehen, was geschieht dann?

Und darüber hinaus beginnt das Spiel von vorne, da müßte man wieder einen neuen Standort oder alten Standort, wenn wir abbrechen, dann müßte man wieder planen, das Ganze beginnt wieder von vorne. Es beginnen wieder die Ausschreibungen. Dann haben wir wahrscheinlich wieder einmal 15 Jahre Bauzeit vor uns, bis das, wenn es auf einem anderen Standort, und auch hier wäre es auch nicht anders möglich, denn wenn ich wegreiße, kann ich nicht gleichzeitig wieder mit dem Aufbau beginnen.

Da muß ich sagen, da würde zeitlich meines Erachtens der Abbruch Jahre dauern, Neuplanungen Jahre dauern. Ich muß sagen, ich nehme diese Dinge eigentlich nicht sehr ernst.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Zurück wieder zur Betriebsorganisation. In diesem Ausschuß wird die Frage diskutiert, ob die Teilung des Auftrages an die ABO ein Vorteil oder ein Nachteil war. Wie beurteilen Sie diese Teilung?

Dr. **Kraus:** Ich betrachte das aus heutiger Sicht als Vorteil. Denn es wäre sicherlich nicht möglich gewesen, wenn der ganze Auftrag vergeben worden wäre, jetzt diese Teilung so durchzuführen, daß wir etwa 55 Prozent in Eigenverantwortung, mit Eigenpersonal und unter unserer eigenen Leitung durchführen können.

Bitte, ich sehe auch aus anderen Gründen verschiedene Vorteile. Es ist doch so, daß jetzt

in dieser Situation die Nutzer und Betreiber viel stärker eingebunden wer den sollen und müssen, bitte. Denn sonst kommen sie ja selbst mit ihren eigenen Wünschen nicht mehr zu Rande. Wenn ein Fremdplaner hier operiert, dann ist es doch so, daß er das Ganze bis zur Betriebsbereitschaft, Übergabebereitschaft und Betriebsbereitschaft durchzieht. Aber dann ist wieder das Problem: Hier übergibt ein Fremder an die künftigen Nutzer und Betreiber, und da würde ja eine Übergabe und Einschulungsphase automatisch wieder auftreten, die ja in dem Fall, wenn die Damen und Herren, die hier den künftigen Betrieb einmal führen, in den kommenden Jahren bereits echt mit eingebunden werden, ist sicherlich eine solche Übergangsphase nicht mehr notwendig.

Und darin erblicke ich, ich möchte sagen, schon einen sehr wesentlichen Vorteil, vor allem das eine, sie können ihr künftiges Eigenleben, wie sie es sich vorstellen, auch viel besser vorstellen und viel besser in ihre Überlegungen mit einbinden, weil sie ja diese Dinge sofort bekanntgeben können in dieser Richtung.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Der Gesamtauftrag an die ABO hätte rund 370 Millionen Schilling betragen. Vergeben wurden rund 120 Millionen, verblieben also, wenn ungeteilt vergeben worden wäre, 250 Millionen Schilling.

Nun hat am 10. Februar 1981 der Vorsitzende der begleitenden Kontrolle die Aussage getroffen, daß durch die Umänderung in der Betriebsorganisationsplanung eine Kostenersparnis von 200 Millionen Schilling gegenüber der ABO-Lösung erzielt werden könnte.

Gibt es eine derartige Kostenschätzung, und wenn ja, könnten Sie darüber Details sagen?

Dr. **Kraus:** Ich möchte sagen, auch damit haben wir uns beschäftigt. Noch einmal: Runder Betrag ABO erster Teil 120 Millionen. Unsere Eigenkostenschätzung, bewußt nur auf vier Jahre abgestimmt, weil wir der Meinung sind, daß ab diesem Zeitpunkt, und das bewußt, wir wollen einen Druck auf die Nutzer und Betreiber hier ausüben, sich sehr stark zu engagieren, daß dann ab diesem Zeitpunkt das Personal sowohl der Gemeinde als auch des Bundes in stärkstem Umfang auftreten soll.

Ich muß ja dann Relationen ziehen. Es waren insgesamt rund 75 Millionen für unseren Eigenberatungsanteil für — nochmals erwähnt — vier Jahre.

Wenn ich jetzt unterstelle, daß die Gesamtplanung über restliche sieben Jahre, denn der ABO-Auftrag war ja über 10 Jahre, sich ergibt, dann ergibt die Umrechnung etwa 130 Millionen, so wären das 250, wenn ich die 120 ABO plus den Anteil hier nehme, sodaß etwa 120 Millionen verblieben. Das wäre schön, wenn wir uns das einsparen könnten, nur stimmt diese Rechnung bitte nicht, denn die ABO hat ja seinerzeit vertraglich die Verpflichtung gehabt, eine Betriebsorganisation so fertigzustellen, daß sie unmittelbar in Betrieb gesetzt werden kann. Und hier ist es ja so, daß das Personal der Gemeinde und des Bundes ja in diesem Fall diesen Teil der Beratung übernimmt, und wir müssen sicherlich damit rechnen — und ich halte es auch für gerechtfertigt —, von der objektiven Kostenzuordnung im betriebswirtschaftlichen Sinn, daß die Kosten dieses Gemeindepersonals und des Bundespersonals uns dann bekanntgegeben werden, daß wir die aus unseren Budgets refundieren, sodaß man hier die echten Gesamkosten ermitteln kann. Die kann man sicher heute noch nicht genau sagen, aber sie werden sicherlich von der möglichen Einsparung — von den 120 Millionen Schilling — einen Großteil für sich in Anspruch nehmen. Es müßten Einsparungen drinnen sein. Warum? Weil ja jetzt in unserem Bereich kein Gewinnstreben mehr drinnensteht, daß gewisse Rationalisierungsmaßnahmen durchschlagen, daß wir mehr Druck ausüben können und dergleichen. Das müßte einiges bringen, aber 200 Millionen Schilling halte ich für absolut nicht möglich.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Sie glauben also auch, daß hier die Absicht für das Werk gestanden ist?

Dr. **Kraus:** Ich weiß nicht, welche Absicht dahintersteht.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Eine weitere Frage, Herr Zeuge: Sie haben ausgesagt, daß Sie rund 55 Prozent der weiteren Betriebsorganisationsplanung selbst abführen wollen und 45 Prozent ausschreiben. Nun haben sich bei Ihnen bereits Leute beworben, die sich an diesen Ausschreibungen beteiligen wollen?

Dr. **Kraus:** Na ja, es ist so: Interessenten gibt es hier viele. Ich muß sagen, was ich in den letzten Monaten an In- und Ausländern erlebt habe, das ist unglaublich, was da alles im Raum steht. Es ist in der jüngsten Zeit — bitte, das möchte ich ganz offen sagen, wir wollen einen Großteil der Aufträge an Inländer vergeben.

Es ist nämlich eine interessante Situation, daß dieser Sektor von der österreichischen Betriebs- und Organisationsberatung — ich möchte sagen — in den letzten Jahrzehnten sträflich vernachlässigt wurde. Es ist also so, daß kleine Länder wie Dänemark und die Schweiz, ich möchte gar nicht von der Bundesrepublik reden, in jedem dieser Länder es zwei bis drei aber qualifizierteste Firmen gibt, die

fast jede allein einen Großteil dieses Beratungsvolumens abdecken könnte, die sich Datenbänke aufgebaut haben, die fast internationalen Charakter haben oder zumindest europäischen Charakter, wo sie überall Vergleichswerte, Zahlen und so weiter haben. Das gilt für Sutter & Sutter genauso wie für das dänische Institut für Funktionsanalyse und dergleichen.

Es ist nun ein Anbot Ende Jänner des heurigen Jahres von der Vereinigung der österreichischen Betriebs- und Organisationsberater gekommen, und ich habe mit den Herren sofort Kontakt aufgenommen, weil wir gesagt haben, gut, dann sollen diese sich einmal federführend einschalten, und schauen wir uns an, was die überhaupt bieten können.

Es ist derzeit weiter zu nichts gekommen, weil ja ausgeschrieben werden muß, daher haben wir nur informative Gespräche geführt. Aber das Anbot, das eigentlich ohne unser Wollen uns übergeben worden ist. Es war nicht unser Wunsch, ein Anbot zu bekommen, aber es wurde uns eines übergeben. Da konnte ich doch interessante Dinge feststellen. Zunächst einmal, daß auch hier wieder ein Syndikat besteht, wo wohl überwiegend Österreicher drinnen sind, aber die qualifizierteren Leistungen und schwierigen werden wieder von Ausländern übernommen. Das heißt, auch die österreichische Gruppe, die sich jetzt formiert, greift auf ausländische Spezialisten zurück, und zwar auf eine sehr namhafte deutsche Firma, eine sehr namhafte Schweizer Firma und eine sehr renommierte amerikanische Firma.

Tarifmäßig möchte ich sagen, daß sicher über solche Dinge verhandelt wird, beziehungsweise man wird abwarten müssen, wie letztlich die Anbote auf Grund der Ausschreibung aussehen. Hier wurde also der normale Tarif angeboten, wie er bei den Betriebs- und Organisationsberatern vorliegt, und der ist, möchte ich sagen, seit 1978 unverändert. Das ist eine sehr interessante Gegebenheit, denn mit 1978 hat ja auch die ABO-Beratung begonnen. Es sind also 4 000 S für die niedrigste Qualifikation Mann-Tages-Satz, wobei hier Multiplikatoren je nach Qualifikation der Leistung vorgesehen sind, und zwar zwischen 1,2 Prozent und 3 Prozent, also das billigste ist 4 800 und geht dann auf 15 000 hinauf. Wenn man das im Schnitt umrechnet — dann kommen die Ausländer dazu, die noch teurer sind —, bin ich der Meinung, daß derzeit die inländische Gruppe sicherlich über dem seinerzeitigen ABO-Satz liegen müßte, der damals, wie ich gesehen habe und wie es sich auch in den Unterlagen des Rechnungshofes findet, etwa 4 900, rund um 5 000 gelegen war, aber im Schnitt. Wenn ich jetzt den unteren Schnitt mit 4 800 nehme, der dann bei den qualifiziertesten Leuten bis 14 000 oder 15 000 hinaufgeht, dann hebt das natürlich auch entsprechend an. Ich bin überzeugt, daß das hier darüber liegen wird.

Es ist noch ein interessanter Gesichtspunkt: Wir haben hier Überlegungen bezüglich einer Ist-Zustandserhebung gehabt, und ich habe hier, um den Markt zu testen, wie Sutter & Sutter, der seinerzeit auch angeboten hat, und auch andere — eine dänische und deutsche — Firmen eingeladen, um nur einmal rein den Markt zu testen, so eine Art Voroffert zu legen, und da, muß ich sagen, ist es so, daß die ausländischen Tarife voriges Jahr im November im Schnitt etwa zwischen 6 000 und 6 500 S gelegen sind und die Spitzenleute bis zu 17 000 S zuzüglich der Aufenthaltskosten und Reisekosten.

Die Sache ist mir sehr unglaubwürdig erschienen, und ich habe daraufhin Verbindungen aufgenommen mit der deutschen Handelskammer und der Schweizer Handelskammer. Wir haben in Deutschland bei Firmen angefragt, die ich noch aus meinen früheren Tätigkeiten kenne, und da wurde mir gesagt: Diese Sätze sind sicherlich auch international gesehen überhöht. Es ist aber sicher darauf zurückzuführen, daß heute alle Berater auf Grund der Situation beim AKH erhöhte Risikoprämien einkalkulieren, weil jeder Angst hat, vielleicht scheitert er da oder dort, und es müßte sich zumindest in einer entsprechenden zusätzlichen Erfolgsmöglichkeit niederschlagen.

Ich möchte ganz offen sagen, die Beratungen sind teuer und sie sind hier beim AKH — ich habe es schon einmal erwähnt — von der Größenordnung enorm. Es sind sehr langwierige und sehr umfangreiche Prozesse, die hier abgewickelt werden, und das ist die Situation, vor der wir stehen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Sie haben vom Angebot der Vereinigung österreichischer Betriebs- und Organisationsberater gesprochen. Sind Ihnen die beteiligten Firmen bekannt?

Dr. **Kraus:** Ja.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Alle?

Dr. **Kraus:** Die sind angeführt.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Könnten Sie dem Ausschuß — wenn es zu einer Vereinbarung kommt — etwas zur Verfügung stellen?

Dr. **Kraus:** Ja, sicher. Das ist ja ein Offert, das wir bekommen haben. Aber wie gesagt, es ist die Situation die: Diese Leistungen werden ausgeschrieben.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge, ich frage konkret: Ist bei den Anbietern innerhalb

dieses Konsortiums auch eine Firma A. W. und F. oder AWF. dabei?

Dr. **Kraus:** Ja, die ist die erste, das ist mir genau in Erinnerung, weil sie nämlich als erste Firma drinnensteht. Es ist dann Grünberg als ausländische Firma drinnen und dann noch eine. Bitte, es sind acht oder neun Firmen, ich weiß es jetzt im Detail nicht auswendig.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Welche Referenzen haben Ihnen die inländischen Beraterfirmen vorgelegt? Ist das auch schon soweit oder ...

Dr. **Kraus:** Es sind schon gewisse Referenzen vorgelegt worden. Ich habe auch mit dem Leiter Dr. Gerhold, das ist der Präsident der Vereinigung, schon zweimal Gespräche gehabt, die sind derzeit noch selbst in einem Abstimmungsprozeß, weil auch hier die Problematik besteht, daß sie sich erst klarwerden müssen, wie sie sich das untereinander aufteilen wollen oder können. Denn, wie erwähnt, Referenzen in so großem Umfang — bezogen auf die Größe des Projektes AKH — besitzen inländische Berater nicht.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Nun zu einem anderen Themenkreis, Herr Zeuge: Wie können Sie als Newcomer in dem ganzen Geschehen die Arbeit der APAK beurteilen, vor allem die Mitwirkung der APAK bei den Ausschreibungen?

Dr. **Kraus:** Ich möchte eines sagen: Es ist auch für die APAK die Situation gar nicht einfach. In der Vergangenheit war es sicherlich so, daß immer wieder eine Fülle von Änderungen die gesamte Geschichte in der Entwicklung beeinträchtigt haben. Das ist, möchte ich sagen, sehr schwierig für ein Projektmanagement, wenn man in großem Stil hier die Vorplanungen machen soll, die durchgezogen werden sollen und immer wieder in gewissen Bereichen das dann wieder blockiert wird: Umplanungen, und, und, und. Das gilt genauso für die Architekten in dieser Wechselwirkung.

Ich möchte eines sagen: Die APAK bemüht sich sicherlich sehr in der Richtung, daß sie auch unter Druck, möchte ich sagen, von meiner Person und auf Grund eingehender Gespräche im Vorjahr noch, etwa November, personalmäßig und qualitativ sich verstärkt hat. Ich möchte sagen, daß die APAK ihrer Aufgabe soweit gerecht wurde, mit gewissen Einschränkungen. Sie hat also gewisse Schwierigkeiten gehabt, die aber nicht allein von der APAK zu vertreten sind, sondern aus den Wechselwirkungen, die sich eben aus dem Gesamtprojekt — laufend Änderungen in den Zielvorstellungen und dergleichen — ergeben.

Wir haben in der APAK nun, möchte ich sagen, sehr harte und gezielte Gespräche geführt. Es ist auch im Management ein Wechsel eingetreten. Es ist jetzt so, daß wir in der Wechselwirkung uns stärker koordinieren werden und müssen, und zwar auf der Baustelle. Ich bin der Meinung, daß wir das Planungsstadium mehr oder minder ja überwunden haben. Denn man kann sagen: 90 bis 95 Prozent des Bauwerkes, wenn Sie es ansehen, ist ja fertig an sich, außer der ganzen Innenausstattung. Aber der Rohbau, Fassade und so weiter, steht ja alles. Und jetzt ist das Problem, daß man forciert den Innenbauausbau, also Haustechnik, Elektrotechnik, Fördertechnik bis zur EDV-Lösung, und alle diese Dinge hier durchzieht.

Wir machen jetzt laufend — da wirke ich selbst immer wieder mit — direkte Begehungen auf der Baustelle, wo wir laufend Ad-hoc-Maßnahmen setzen bei irgendwelchen Schwierigkeiten. Die können auch von den ausführenden Firmen kommen. Wir forcieren also auch in diesem Zusammenhang jetzt die Bauaufsicht, und das war auch ein dringendes Anliegen, das wir an die APAK gerichtet haben.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Zwei Abschlußfragen aus einem anderen Bereich. Herr Zeuge! In welcher Zeit waren Sie Vorstandsmitglied der Wiener Holding?

Dr. **Kraus:** Von 1975 bis 1980.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Da fällt in die Zeit Ihrer Funktion in der Holding auch die Gründung der Firma MED-CONSULT ...

Dr. **Kraus:** Ja.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): ... durch die ODELGA.

Dr. **Kraus:** Sicher.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Was wissen Sie darüber?

Dr. **Kraus:** Schauen Sie: Die MED-CONSULT war eine Besonderheit, die sich hier ergeben hat. Da muß ich bitte sagen: Die ODELGA ist ja auf Grund von Untersuchungen und Berichten, die ich gemacht habe für mein Ressort, zurückzuführen; für die Betriebswirtschaften. Es war so, daß nach der Fertigstellung der Rudolfstiftung Schwierigkeiten in der Auftragserlangung sich ergeben haben. Das Unternehmen hat damals, wenn ich mich recht erinnere, etwa 200 bis 220 Leute beschäftigt.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Die ODELGA.

Dr. **Kraus:** Die ODELGA. Ja. Und es war natürlich schwierig, das jetzt aufrechtzuerhalten, nachdem das Unternehmen in den Bundesländern schwer zum Zug gekommen ist und im Export nicht oder ganz unbedeutend gearbeitet hat. Und da war die Problematik natürlich jetzt die: Wie kann man hier für Beschäftigung, für

eine Anhebung, für eine Weitersicherung sorgen?

Unsere damaligen Erhebungen — wobei wir eine Vorschau, ich glaube, eine Fünf-Jahres-Vorschau gemacht haben — haben uns deutlich gezeigt, daß das Unternehmen beschäftigungsmäßig einen starken Rückfall erleiden wird, aber auch ertragsmäßig, wobei ja sicherlich dann beides Hand in Hand geht. Da waren also die Überlegungen: Wie können wir mehr in die Bundesländer hinauskommen? Das ist im Vorstand diskutiert worden. Und damals, wenn ich mich recht erinnere, war es, glaube ich, Dr. Drennig, der ja im Aufsichtsrat auch tätig war bei der ODELGA, der gesagt hat: Es bestünde ja die Möglichkeit eventuell durch eine Firmengründung mit Prutscher gemeinsam, der ja sehr stark in den Bundesländern tätig ist, wobei auch die Produkte sich ergänzen: ODELGA Eisen-, also Stahlerzeugung, der Prutscher die Holzverarbeitung in der Richtung, daß die Palette hier entsprechend abgerundet werden kann. Das war eigentlich der unmittelbare Beweggrund, daß man gesagt hat: Wir sind mit Beschäftigungsrückgängen konfrontiert, wir haben die Aufgabe, hier doch die Beschäftigung zu sichern. Ich möchte bitte eines sagen: Ich war 20 Jahre, bevor ich in den Gemeindebereich gestoßen bin, in der Privatwirtschaft tätig, und ich war immer der Meinung, gerade die ODELGA ist ja ein Betrieb, der nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen zu führen ist und geführt werden muß und dadurch also hier das Zusammengehen mit Prutscher, damit er uns einen Einstieg in die Bundesländer ermöglicht in einem stärkeren Umfang. Und außerdem ist ja bekannt, daß die Firma Prutscher im Export doch sehr stark tätig ist und war und daß wir die Möglichkeit haben, als Zulieferanten hier mitaufzutreten, und gleichzeitig sind eben die Überlegungen in dieser Richtung dann gesellschaftsrechtlich vollzogen worden.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Ist Ihnen nun bekannt, was aus dieser Absicht de facto geworden ist mit der Firma MED-CONSULT?

Dr. **Kraus:** Ja bitte, da muß ich sagen: Das war sicherlich nicht unsere Absicht, da sind wir selbst überrascht worden, denn von der TECHMED habe ich das erste Mal gehört aus dem Kontrollamtsbericht.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Ich meine, mit der Firma MED-CONSULT selbst. De facto hat ja ihre Tätigkeit in der Vermittlung von Aufträgen oder an der Weitergabe von Aufträgen bestanden.

Dr. **Kraus:** Das war nicht unsere Zielsetzung in diesem Zusammenhang. Das haben wir auch nicht gewußt. Denn anfänglich war es ja so: Wir wollten abwarten, wie sich das Ganze entwikkelt. Es war eigentlich zunächst Geschäftsführung, und es war abzuwarten: Welche Dinge bringt eigentlich jetzt die Prutscher-Gruppe in diesem Zusammenhang? Wir wollten eigentlich auch erst einmal testen: Welche Vorteile können hier mit drinnen sein in diesem Zusammenhang? Und das hat sich eigentlich in der Form nicht realisiert.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Generaldirektor! Ich frage Sie vorerst ebenfalls, so wie jeden Zeugen. Haben Sie sich vor Ihrer Zeugeneinvernahme mit jemandem beraten?

Dr. **Kraus:** Ich bin erst kurz vom Urlaub zurück. Ich hätte gar keine Zeit gehabt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie sind auch vom Herrn Abgeordneten Dr. Kapaun gefragt worden nach den Partnern hinsichtlich des neuen Angebots, das die Vereinigung der österreichischen Betriebs- und Organisationsberater gelegt haben.

Ist unter diesen Partnern auch die Firma Hochegger als Partner?

Dr. **Kraus:** Bitte welche Firma?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hochegger als Partner.

Dr. **Kraus:** Das kann ich momentan bitte nicht sagen. Ich habe es erst gelesen, möchte ich sagen. Ich habe es im Jänner gelesen, noch vor meinem Urlaub, aber da sind acht oder neun Firmen angeführt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie erinnern sich also nur an die AWF.

Dr. **Kraus:** An die AWF kann ich mich erinnern. Warum? Sie war nämlich als erste Firma angeführt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die anderen Firmen kennen Sie nicht?

Dr. **Kraus:** O ja. Eine ist mir in Erinnerung: Eine Firma Dr. Gruenberg. Das ist eine Schweizer Firma, und dann noch eine deutsche Firma.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich nenne Ihnen jetzt alle Firmen, und Sie sagen mir bitte, ob Sie sich erinnern können. Die Firma Gruenberg?

Dr. **Kraus:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Firma „Institut für Hospitaltechnik und Beratung"?

Dr. **Kraus:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das ist eine deutsche Firma.

96 von 352u 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 6 (Seite 1587b bis 1937a) (gescanntes Original)

Dr. **Kraus:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Firma Hochegger als Partner?

Dr. **Kraus:** Ja, ich nehme es an. Aber bitte: Erinnerlich ist sie mir momentan nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie die Firma aus einem anderen Zusammenhang?

Dr. **Kraus:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Firma „ICEF Consulting Ltd. Austria"?

Dr. **Kraus:** Die ist dabei.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Firma „IMC International Management Consultants — New York, London"?

Dr. **Kraus:** Ja, das ist diese amerikanische Firma, wie erwähnt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Professor Dr. Michael Hofmann?

Dr. **Kraus:** Ja. Kenne ich auch persönlich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In welchem Zusammenhang?

Dr. **Kraus:** Er hat vorgesprochen im Zusammenhang auch bezüglich dieses Anbotes.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War er der führende, also in führender Position um diese Bewerbung?

Dr. **Kraus:** Er hat eigentlich nur zu Sachfragen Stellung genommen. Und zwar war er in der Vorwoche am Donnerstag mit dem Präsidenten des Verbandes, Doktor ... Jetzt fällt mir der Name nicht ein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hofmann?

Dr. **Kraus:** Nein. Gerhold.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Worum ging es bei diesem Gespräch?

Dr. **Kraus:** Sie wollten sich erkundigen, wie wir uns zu diesem Anbot stellen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und was haben Sie für eine Stellungnahme hier abgegeben?

Dr. **Kraus:** Ich habe den Herren gesagt, daß wir sehr begrüßen würden, wenn eine österreichische Gruppe hier zum Zug kommt, daß sie aber die Ausschreibung abwarten müssen. Denn es erfolgt eine öffentliche Ausschreibung, und ich bin in keiner Weise willens, sagen wir, Bevorzugungen hier durchzuführen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was können Sie zur Honorarfrage, die vorgeschlagen worden ist, die angeboten worden ist — die Ihnen angeboten worden ist —, sagen? Waren das die 169,9 Millionen Schilling? Oder errechnet sich aus dieser Gegenüberstellung von 169,9 Millionen Schilling in Relation zum ursprünglichen ABO-Angebot in Höhe von rund 360 Millionen Schilling die Kostenersparung von 200 Millionen Schilling, die Sie vorher erwähnt haben?

Dr. **Kraus:** Ich darf dazu eines sagen: Ich glaube, da habe ich mit den Herren ganz offen gesprochen. Die haben sich sehr bemüht. Aber nachdem Sie natürlich keine Detailkenntnisse haben, geht dieses Anbot von der Leistung her in weiten Bereichen an den Erfordernissen echt vorbei. Denn es ist ja ganz klar: Ein Fremder, der keine Detailkenntnisse hat, ist ja gar nicht in der Lage, den Umfang solcher Leistungen abzuschätzen. Ich betrachte dieses Offert aus dem sehr ernsten Versuch, daß sich hier eine österreichische Gruppe bemüht, zum Zug zu kommen. Das möchte ich sagen, aber mehr nicht. Der Preis ist derzeit völlig irrelevant, denn es ist ganz klar: Wenn die Herren den wahren Umfang, der sich auf Grund der Ausschreibung ergeben wird, dann erkennen werden und durchrechnen, wird sicherlich ein ganz anderer Gesamtpreis letztlich herauskommen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wie könnte dieser Gesamtpreis sein? Haben Sie sich das schon überlegt?

Dr. **Kraus:** Das habe ich mir noch nicht überlegt. Da möchte ich eines sagen: Es ist das verfrüht. Wir sind in der Detailausschreibung, der Ausarbeitung der Unterlagen. Es ergeben sich ja aus der Teilung — 55 Prozent Eigenberatung, 45 Prozent Fremdberatung — ja jetzt noch gewisse Auseinanderschlüsselungen. Wir werden das sicherlich auch dann durchrechnen, uns das vor allem auch hinsichtlich Plausibilität und Logik ansehen. Aber genaue Ziffern hier zu nennen, wäre vermessen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was hat Dr. Kruse früher im Zusammenhang mit dem AKH an Aufträgen durchgeführt? Kennen Sie seine Arbeit?

Dr. **Kraus:** Ja. Der hat sich hauptsächlich mit Ent- und Versorgung, Wäscheversorgung und diesen Dingen beschäftigt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und er hat gearbeitet für welche Firma?

Dr. **Kraus:** Er war als Subunternehmer, als selbständiger Subunternehmer — mit Gewerbeberechtigung bitte — für die Techmed tätig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie können nachweisen, daß Herr Kruse eine Gewerbeberechtigung gehabt hat?

Dr. **Kraus:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Seit wann?

Dr. **Kraus:** Der hat eine deutsche Gewerbeberechtigung. Ich habe sie sogar gesehen. Das muß mehrere Jahre zurückliegen. Denn auf Grund seiner Referenzliste ist es bitte ja so, daß er in vielen, vielen, insbesondere deutschen Spitälern als Berater mitgewirkt hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat er eine österreichische Gewerbeberechtigung?

Dr. **Kraus:** Die ist an sich bei einem gebundenen Gewerbe nicht notwendig Und jetzt in Zukunft ist es für unsere Tätigkeit ja so, daß er hier ja als Dienstnehmer eingestellt ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie geprüft, daß er seine früheren Aufträge, die er im Zusammenhang mit dem AKH erbracht hat, auf Grund seiner deutschen Gewerbeberechtigung in Österreich ausführen konnte?

Dr. **Kraus:** Das ist sicherlich anzunehmen. Ich habe es nicht geprüft, bitte. Nur möchte ich eines sagen: Ich bin erst ein halbes Jahr hier. Sie sprechen hier von der Vergangenheit. Aber die habe ich sicher nicht geprüft.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat jemand geprüft, ob Herr Kruse eine Gewerbeberechtigung hatte? Er hat immerhin 720 Papiere, Arbeitspapiere erarbeitet. Er ist einer der Fleißigsten, wenn man es so nenne darf.

Dr. **Kraus:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Er ist der fleißigste Mitarbeiter an den ganzen Planungsarbeiten gewesen. Ist von der AKPE geprüft worden, ob er eine Gewerbeberechtigung hatte?

Dr. **Kraus:** Das kann ich nicht sagen. Das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie können es nicht bestätigen.

Dr. **Kraus:** Ich kann es nicht bestätigen, ich nehme es aber an. Bitte: Ich habe die Gewerbeberechtigung von ihm gesehen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die deutsche?

Dr. **Kraus:** Die deutsche. Ja. Im Dezember. Es ist so: Zwischen Österreich und Deutschland bestehen ja Gegenseitigkeitsabkommen, daher ist das hier gegeben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wenn er ein Büro hat — und in Österreich hat er eines —, braucht er eine Gewerbeberechtigung in Österreich. Wie ist das Problem zum Beispiel bei der MEDIPLAN? Die MEDIPLAN hat deshalb — ich darf Ihnen das nur sagen —, hat aus diesem Grunde keine Gewerbeberechtigung, obwohl die MEDIPLAN in Deutschland sehr wohl eine Gewerbeberechtigung hat.

Aber ich wollte nur wissen, ob Sie eine österreichische Gewerbeberechtigung geprüft haben.

Dr. **Kraus:** Nein, das habe ich nicht. Und jetzt für die Zukunft fällt es ja weg, weil er ja Dienstnehmer bei uns ist. Er ist ja direkt angestellt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gab es irgendwelche Personen, die sich um die Bewerbung von Kruse besonders engagiert haben?

Dr. **Kraus:** Nein. Pro nicht, eher kontra.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat sich kontra ausgesprochen?

Dr. **Kraus:** Es war anfänglich so, daß das Kontrollbüro — Kandutsch vor allem — hier eher reserviert war. Aber auf Grund der öffentlichen Ausschreibung, nach Sicherung aller Bewerbungen, hat auch er erklärt, daß der Genannte der qualifizierteste Mann wäre.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Von wem haben Sie die Arbeiten überprüfen lassen, die Kruse gemacht hatte, damit Sie sagen konnten: Er war der Qualifizierteste?

Dr. **Kraus:** Nochmals: Er hat Arbeitspapiere geliefert, die sind freigegeben worden von den Nutzern und Betreibern. Und das ist ja für uns die Kontrolle, die wir haben. Denn wenn Nutzer und Betreiber sagen — die Arbeitspapiere können, was weiß ich, so dick sein oder noch dicker; es kommt darauf an, wie groß der Arbeitsumfang ist —: Für diesen Teilbereich geben wir die Zustimmung, das kann also umgesetzt werden in die Praxis, dann haben wir, wie gesagt, keine Einwendungen. Bitte nochmals: Wir sind hier mehr oder minder Treuhänder in der Richtung, denn wir haben einen Baubeauftragungsvertrag in der Richtung. Aber für die Abnahme der Leistung sind ja die Eigentümer immer zuständig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wo waren Sie vor Ihrer Bestellung zum Vorstandsmitglied der Wiener Holding tätig?

Dr. **Kraus:** Bei den Heizbetrieben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In welcher Form sind Sie mit Dipl.-Ing. Winter damals zusammengekommen?

Dr. **Kraus:** Das ist schon sehr lange her. Er war damals von der MA 34 delegiert. Er war nämlich auf der Baustelle Spittelau tätig. Diese war damals betreut von der MA 32 und der MA 34. Dann ist die Ges. m. b. H. gegründet worden. Erster Geschäftsführer war der Senatsrat Swaty, der Chef der MA 32. Ich bin dann ein dreiviertel Jahr später dazugestoßen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wann sind Sie dazugekommen?

Dr. **Kraus:** Das war November 1969. Und damals habe ich Winter natürlich auch kennengelernt vom kaufmännischen Sektor her. Er war aber unmittelbar Herrn Swaty unterstellt in der Richtung. Er hat dann — ich glaube, bis 1972 oder 1973 — die Elektroabteilung betreut. Das heißt also: Als Delegierter im Auftrag der Stadt Wien. Hinsichtlich Ausschreibungen und Vergaben nicht. Die Vergaben haben wir uns selbst immer vorbehalten in diesem Zusammenhang. Er war aber natürlich tätig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In seiner Funktion als Magistratsbeamter?

Dr. **Kraus:** Als Magistratsbeamter, als Delegierter, er war sozusagen bei uns Gruppenleiter. Er war als Diplomingenieur für die gesamte elektrische Geschichte zuständig. Zum Beispiel für die Spittelau. Auch später, als das Heizwerk Kagran gebaut wurde. Da war er natürlich tätig in diesem Zusammenhang. Wobei ich sagen muß — soweit ich mich erinnern kann —: Wir haben uns nicht für Siemens entschieden, sondern wir haben uns damals, wenn ich mich recht erinnere, für BBC entschieden. Diese Firma war damals Billigstbieter in dieser Richtung. Da ist also Kagran dann anders, nicht von Siemens, geplant und errichtet worden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns sagen, an welchen Aufträgen Dipl.-Ing. Winter bei Auftragsvergaben zu Ihrer Zeit bei den Wiener Heizbetrieben mitgewirkt hat?

Dr. **Kraus:** Ich möchte eines sagen: Er hat nur mitarbeiten können an den Ausschreibungsunterlagen, an der Aufbereitung, aber an den Vergaben hat er sicherlich nicht mehr mitgewirkt. Das hat sich immer die Geschäftsführung vorbehalten. Denn wir haben auch bei den Firmen letztlich die abschließenden Verhandlungen geführt. Ich möchte sagen: Ich hätte das nie einem untergebenen Techniker übertragen, schon aus dem Grund, weil ja zum Schluß immer wieder kaufmännische Entscheidungen, Überlegungen mit notwendig sind, so daß das letzte Wort letztlich immer wieder von uns, vom Vorstand, gesprochen worden ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber Dipl.-Ing. Winter hatte bei der Ausschreibung zu tun und hätte Ausschreibungsunterlagen und Angebotsunterlagen an andere Personen weitergeben können? Insoweit war er informiert?

Dr. **Kraus:** Informiert war er sicher. Das ist außer Zweifel.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auch über die Angebote, die eingegangen sind?

Dr. **Kraus:** Ja sicher, weil er ja bei der Auswertung immer mitgearbeitet hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie haben Sie die Tätigkeit von Dipl.-Ing. Winter während dieser Zeit geprüft?

Dr. **Kraus:** Geprüft? — Schauen Sie: Ich möchte eines sagen: Herr Winter war ein unerhört dynamischer Typ. Er war sicherlich ein sehr, sehr guter Techniker. Wir haben eigentlich in der Richtung keine Klagen gehabt. Ich möchte bitte sagen: Als ich eingetreten bin bei den Heizbetrieben, war es so, daß ja etwa 60 Prozent der Aufträge schon vergeben waren, von der Magistratsabteilung schon, und zwar deswegen, weil ja die Gründung dann schon in die Phase des Bauvollzuges gefallen ist. Als ich also in die Heizbetriebe eingetreten bin — das weiß ich noch genau —, war etwa ein Drittel — vielleicht mehr; 40 Prozent — vom Werk bereits baumäßig fertig, und die wesentlichen Bestellungen waren draußen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist Ihnen nie aufgefallen, daß man hinsichtlich Dipl.-Ing. Winter auf Grund seiner ganzen Tätigkeit ein Mißverhältnis feststellen konnte zwischen seiner Tätigkeit, seinem Einkommen und all dem, was er sich am Rand seines Lebenswandels und seines ganzen Gehabens geleistet hat?

Dr. **Kraus:** Ich muß bitte sagen: Ich habe mit den Leuten zu wenig Kontakt in der Richtung gehabt. Primär war ja der technische Vorstand zuständig. Es war dann nach dem Senatsrat Swaty der Senatsrat Nebel, der hier technischer Geschäftsführer war. Ich habe mir eigentlich nur bei den Vergaben dann die Dinge, die Aufgliederungen genau angesehen, die wirtschaftlichen Überlegungen. Aber sonst ist mir eigentlich hier nie etwas zu Ohren gekommen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben auch nie von irgendeiner Person gehört, daß Dipl.-Ing. Winter Bestechungsgelder, Geschenke nimmt, daß er bestechlich ist?

Dr. **Kraus:** Nein, in keiner Weise.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie das später dann erfahren?

Dr. **Kraus:** Auch nicht, wir haben ja dann keinen Kontakt mehr gehabt. Es ist ja so, daß er dann ausgeschieden ist und in die AKPE gegangen ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Von wem wurde er als Konsulent bestellt? Wer hat Dipl.-Ing. Winter vorgeschlagen bei den Heizbetrieben?

Dr. **Kraus:** Er war schon dort. Er war nicht Konsulent. Bitte noch einmal: Es war so, daß die MA 32 federführend war für die Spittelau.

Es waren dann damals schon die Ausschreibung und diese ganzen Dinge unter Mitwirkung der MA 34. Und da war ja Winter als Dienstnehmer hier tätig. Dann ist die Ges. m. b. H. gegründet worden. Die Ges. m. b. H. hat ja kein Personal gehabt. Dann haben wir das Personal genau erfaßt, also welche Leute wir brauchen. Wir haben dann unsere Vorschläge gemacht, und vom Magistratsdirektor sind uns diese Leute mittels Erlasses delegiert worden. Die haben dann disziplinär unter unserer Weisung gearbeitet. Aber eben nur bis zur Fertigstellung. Dann haben wir sie ja nicht mehr gebraucht. Wie die Spittelau in Betrieb gegangen ist, war nur mehr Betriebspersonal und nicht mehr Planungs- und Baupersonal notwendig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich darf Sie noch einmal zur BO-Beauftragung Betriebsorganisationsplanung fragen. Sie haben gesagt, daß Sie festgestellt haben, daß die ABO diesen Auftrag nicht mehr weiterführen kann, daß es unmöglich ist. Was waren für Sie die entscheidenden Gründe für diese Entscheidung?

Dr. **Kraus:** Die entscheidenden Gründe waren sicherlich die ganzen Auseinandersetzungen, die sich über die Massenmedien und dergleichen abgewickelt haben. Es war mir klar, daß wir mit so einer Firma, wenn wir einen zügigen Ausbau weitervollziehen wollen und müssen, dann nicht dauernd im Schußfeld stehen können. Darüber hinaus möchte ich bitte eines sagen: Ich habe auch die Absicht gehabt, die Situation zu nützen. Warum muß alles fremd vergeben werden? Warum kann man nicht einen Teil dieser Beratung selbst übernehmen? Es waren damals schon meine Überlegungen, Teile hier herauszunehmen. Deswegen war ich a priori der Meinung, daß eine Fortsetzung dieses Auftrages nicht zweckmäßig ist. Und ich muß sagen: Ich begrüße es, daß es möglich war, daß eben der Auftrag geteilt wurde, denn sonst hätten wir die Möglichkeit gar nicht mehr gehabt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben gesagt, daß Sutter & Sutter deshalb auszuschalten war, weil es eine Verschlechterung der Paritäten — Schweizer Franken — gegeben hat. Glauben Sie, daß die Vorstandsmitglieder und Aufsichtsratsmitglieder zu jenem Zeitpunkt diese Kursverschlechterung bereits wußten, als es zu dieser Entscheidung kam?

Dr. **Kraus:** Ich darf bitte sagen: Da liegt ein Mißverständnis vor. Ich habe gesagt: Aus heutiger Sicht. Das haben die sicherlich nicht voraussehen können. Ich sage nur: Jetzt, im Abrechnungszeitpunkt, ist es evident, daß diese Kursrelation sich negativ ausgewirkt hätte. Seinerzeit hat man das sicher nicht voraussehen können. Das ist ja unbestritten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann ist es eigentlich kein Grund, die Firma Sutter & Sutter damals auszuschließen. Oder war es kein Grund.

Dr. **Kraus:** Schauen Sie: Was damals die Gründe waren! — Da war ich nicht dort. Da möchte ich mich auch nicht dazu äußern.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber Sie stimmen mir zu, wenn ich sage: Diese Kursrelation zum Schweizer Franken kann kein Grund sein, daß man Sutter & Sutter ausschließt.

Dr. **Kraus:** Ja. Das sicher.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In welcher Form arbeiten Sie mit der Firma Mediplan zusammen?

Dr. **Kraus:** Überhaupt nicht. Derzeit.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Zahlungen haben Sie im Jahr 1980 an die Firma Mediplan geleistet?

Dr. **Kraus:** Da bin ich bitte überfragt. Ich muß sagen: Ich bin im August eingetreten. Die Frage habe ich noch nie geprüft.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum haben Sie diese Frage noch nie geprüft? Die Firma Mediplan ist jetzt immer wieder in die Diskussion gebracht worden.

Dr. **Kraus:** Aber sie hat ja, was ich weiß, derzeit keine Aufträge. Zumindest ist mir keiner bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was sagen Sie dazu, wenn uns Herr Karsten Becker mitgeteilt hat, daß er einen Beratungsvertrag hatte und dreimal Honorarnoten gelegt hat im Jahr 1980, die sich in der Größenordnung von einer halben Million Schilling bewegen?

Dr. **Kraus:** Das mag sein, daß das im ersten Halbjahr war, bitte. Aber aus persönlicher Wahrnehmung weiß ich das nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wenn die Firma Mediplan auch im zweiten Halbjahr tätig war: Wer ist dafür verantwortlich?

Dr. **Kraus:** Das müßte ich feststellen. Aber ich glaube nicht. Mir ist wirklich nichts bekannt, daß hier Aktivitäten derzeit irgendwie laufen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gibt es Personen in der AKPE, die ohne Ihr Einverständnis die Firma Mediplan beschäftigen können?

Dr. **Kraus:** Sicher nicht. Denn es ist ja so: Nicht mit meinem Einverständnis, sondern es

ist ja ein Gesamtvorstand, ein Dreiervorstand, und die Vorschläge müssen vom zuständigen Ressortdirektor, Vorstandsdirektor kommen und sind natürlich hier zustimmungspflichtig im Gesamtvorstand. Und außerdem: Wenn gewisse Beträge — 3 Millionen bei Beratungen — überschritten werden, ist außerdem auch die Zustimmung der Organe, sprich Aufsichtsrat, notwendig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es gibt einen Beratungsvertrag, einen laufenden; der Vorstand ist berechtigt — der Vorstand der AKPE —, die Firma Mediplan zu laufenden Beratungen heranzuziehen, was auch geschieht. Ich bin echt verwundert, Herr Generaldirektor, daß Sie darüber nicht Bescheid wissen.

Dr. **Kraus:** Da muß ich also ganz offen sagen: Ich glaube das nicht. Mir ist nichts bekannt, daß derzeit eine Mediplan-Beratung läuft.

Abg. **Feurstein** (ÖVP): Was werden Sie jetzt tun, wenn Sie hinausgehen aus diesem Ausschuß?

Dr. **Kraus:** Ich werde mir anschauen, ob 1980 irgendwelche Zahlungen an die Mediplan waren. Ich kann es wirklich nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Werden Sie diese Zahlungen rückfordern, wenn sie geleistet worden sind?

Dr. **Kraus:** Das weiß ich nicht. Da müßte ich mir anschauen, ob Leistungen vorliegen oder nicht. Das kann ich nicht hier ohne weiteres sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer konnte die Zahlungsaufträge für die Firma Mediplan unterzeichnen?

Dr. **Kraus:** Zahlungsaufträge? — Die müssen von dem zuständigen Bereichsleiter geprüft werden und abgezeichnet werden und gehen dann praktisch zur Leistungsüberprüfung. Wenn die Leistungsüberprüfung gegeben ist, werden sie vom Leiter des Rechnungswesens auch noch gegengeprüft, und dann erfolgt die Überweisung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): An welche ausländische Firmen dachten Sie, als Sie sagten, in Österreich gibt es keine Firmen, die die weitere Betriebsorganisationsplanung, soweit sie eben fremdvergeben ist, ausführen können?

Dr. **Kraus:** Schauen Sie: Es gibt hier eine Reihe von Firmen. Sicherlich Suter & Suter, das dänische Institut für Funktionsanalyse, aber auch noch viele andere in diesem Zusammenhang. Aber wie gesagt: Das haben wir auch mit den Herren der Österreichischen Betriebs- und Organisationsberater besprochen. Die haben sich ja auch 3 Ausländer hier hereingenommen. Ich beeinflusse das überhaupt nicht, bitte. Es sollen diejenigen Firmen anbieten, die glauben, hier die Leistung erbringen zu können.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie kommen zu dieser Meinung, weil es in Österreich rund 200 Spitäler gibt und für diese Spitäler eine Reihe von Planungen gemacht worden ist von österreichischen Firmen.

Dr. **Kraus:** Sie müssen die Größenordnung sehen. Es ist doch ein Unterschied, ob ich ein Spital mit 100 Betten irgendwo baue, ein Routinespital, oder ob ich ein Spital mit 2 200 Betten baue mit allen möglichen Sondergegebenheiten, wie der riesige ambulatorische Betrieb, wie der ganze Lehr-, Forschungs- und Universitätsbetrieb und das alles. Das ist ja sicherlich sehr umfangreich. Da muß man schon sagen, daß doch in der Gewichtung sehr, sehr große Unterschiede gelegen sind.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was haben Sie getan, als Ihnen bekannt geworden ist, daß eine Firma Techmed als Subunternehmer der Firma Medconsult tätig geworden ist für den ABO-Auftrag?

Dr. **Kraus:** Wo meinen Sie das?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Als Vorstandsdirektor der AKPE.

Dr. **Kraus:** Das habe ich ja schon früher gewußt. Das habe ich in der Holding schon gewußt. Bevor ich hinübergegangen bin, war doch der Bericht des Kontrollamtes schon.

Abg. Dr. **Feurstein:** (ÖVP): Wann haben Sie erfahren, daß es eine Firma Techmed gibt?

Dr. **Kraus:** Aus dem Kontrollamtsbericht, das muß Ende 1979 gewesen sein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie die Firma Techmed?

Dr. **Kraus:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie sie inzwischen kennengelernt? Wissen Sie, wer das ist?

Dr. **Kraus:** Nein, das kann ich nicht sagen. Da bin ich genauso uninformiert wie jeder andere.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben auch nicht versucht, sich zu informieren?

Dr. **Kraus:** Das war im Rahmen der Holding nicht mein Bereich. Es wurde damals von Dr. Drennig, der für die Rechtsabteilung und für die gesellschaftsrechtliche Abteilung zuständig

war, Erkundigungen über Banken, Auskunfteien über alles mögliche eingeholt, aber es ist nichts Richtiges herausgekommen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Als Generaldirektor der AKPE haben Sie sich auch nicht besonders darum bemüht?

Dr. **Kraus:** Für mich war die Sache eigentlich erledigt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In welcher Form erledigt?

Dr. **Kraus:** Man hat keine genauen Unterlagen, keine Auskünfte bekommen, was ich von der Holding gewußt habe, ich hätte hier ja nicht mehr erfahren können.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie in anderen Bereichen Untersuchungen eingeleitet, um eventuelle Regreßforderungen der AKPE dann später in die Wege leiten zu können?

Dr. **Kraus:** Das eine war die Sache mit der Firma Prutscher ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dazu kommen wir noch. Ich frage jetzt im Zusammenhang mit dem ABO-Auftrag.

Dr. **Kraus:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie versucht, Belege, Informationen von der ABO zu bekommen über die Abrechnung der ABO, über die Leistungen der ABO-Partner, ob die Korrektheit der Abrechnungen, ob Leistungen mit Zahlungen entsprechen? Was haben Sie in diesem Zusammenhang getan?

Dr. **Kraus:** Wir haben Gespräche geführt und konnten eigentlich auf Hand der abgeschlossenen Arbeitspapiere — den noch offenen — ungefähr den Leistungsumfang abschätzen, aber zu einer Offenlegung war das Unternehmen nicht bereit. Das war vertraglich auch nicht erzwingbar.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Personen haben es abgelehnt, eine Offenlegung durchzuführen?

Dr. **Kraus:** Die Geschäftsführer Scharmüller und Gärtner. Es waren ja zwei Geschäftsführer; diese beiden haben die Offenlegung abgehalten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mit welcher Begründung?

Dr. **Kraus:** Mit vertraglichem Hinweis.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie mit Dr. Bauer einmal Kontakt aufgenommen?

Dr. **Kraus:** Ich habe auch einmal, ganz am Anfang Gespräche geführt, mit Scharmüller und Bauer gemeinsam, wo ich ihnen gesagt habe, daß eine Fortsetzung des ABO-Auftrages als zweiter Teil nicht mehr in Frage kommt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat Dr. Bauer in diesem Zusammenhang eine Offenlegung der Abrechnung abgelehnt?

Dr. **Kraus:** Nein. Das stand damals noch gar nicht zur Diskussion. Dieses Gespräch hat sich Anfang August abgespielt, das war meine erste Besprechung in diesem Zusammenhang, und da stand die Frage der Offenlegung überhaupt noch nicht zur Debatte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat sich Dr. Bauer in besonderer Weise bemüht, diesen ABO-Auftrag verlängert zu bekommen?

Dr. **Kraus:** Eigentlich nicht. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß er sich etwa ab Oktober, November eher zurückgezogen hat in diesem Zusammenhang.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wir sind erst im August.

Dr. **Kraus:** Er hat schon Interessen in dieser Richtung geäußert, er ist meinen Argumenten gefolgt, daß ich gesagt habe: Na gut, diese Form wollen wir nicht mehr und werden wir auch nicht mehr machen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie hat Dr. Bauer zu erkennen gegeben, daß er sich zurückzieht?

Dr. **Kraus:** Dadurch, daß er, wenn ich ihn eingeladen habe, nie mehr gekommen ist. Es war nur mehr Scharmüller, der dann die Verhandlungen geführt hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben nie versucht, über Dr. Bauer eine Offenlegung der Rechnungen bei der ÖKODATA zu bekommen?

Dr. **Kraus:** Über Dr. Bauer nicht, sondern nur über Scharmüller und Gärtner, über die beiden verantwortlichen Geschäftsführer.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie sich an einen Politiker gewandt, um die Offenlegung zu erreichen?

Dr. **Kraus:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum nicht?

Dr. **Kraus:** Für mich als Verantwortlichen sind hier die rechtlichen Gegebenheiten ausschlaggebend.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie den zuständigen Wiener Stadträten, dem Bürgermeister nie Mitteilung gemacht? Haben Sie keine Verantwortung gesehen, ihnen Mitteilung zu machen, daß Sie hier Schwierigkeiten haben.

Dr. **Kraus:** Wir haben in den Organen natürlich berichtet, daß eine Offenlegung abgelehnt wird, das ist ja damals sehr bekannt gewesen. Wie ich weiß, ist das auch in den Zeitungen gestanden, das haben sicherlich auch die Politiker gewußt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was hat Dr. Waiz gesagt, als er erfahren hat, daß die Offenlegung nicht erfolgen wird?

Dr. **Kraus:** Wir haben mehrfach Gespräche versucht, immer wieder teilweise Offenlegungen, damit wir mehr Rückschlüsse ziehen könnten und dergleichen und wie auch der Dozent Mayer und Prof. Stadler beauftragt wurden, habe ich noch einmal mit den Herrschaften gesprochen und habe gesagt: Liebe Freunde, es ist ja sinnlos, legt, was nur irgendwie geht, offen, nur so könnt ihr euch vor allen diesen Angriffen oder Schwierigkeiten schützen oder befreien. Sie waren nicht dazu bereit unter dem Hinweis: Vertrag ist Vertrag.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was hat Dr. Waiz konkret getan, um die Offenlegung zu erreichen?

Dr. **Kraus:** Er hat uns ersucht, nochmals Gespräche zu führen. Wir haben diese auch geführt. Es war aber nichts zu erreichen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Er hat selber nichts getan?

Dr. **Kraus:** Mir ist nicht bekannt, daß er mit der Firma gesprochen hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat ein Politiker sich um die Offenlegung bemüht, nachdem sie informiert worden sind?

Dr. **Kraus:** Das ist mir auch nicht bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Weder Dr. Androsch noch Mayer?

Dr. **Kraus:** Niemand.

Es war so klar und offensichtlich, daß hier unter Verweis auf die rechtliche Situation die Offenlegung verweigert wird, daß sie trotz mehrfachem Ersuchen eben nicht zu erreichen war. Wir hätten gar keine Möglichkeit gehabt, weder klagsweise noch sonst irgendwie vorgehen zu können.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Generaldirektor, Sie verstehen mich nicht. Es geht mir darum, von Ihnen zu erfahren — daß Sie sich bemüht haben, das glaube ich Ihnen —, ob sich andere Personen auch darum bemüht haben, so ähnlich wie Sie, denn wenn Sie wahrscheinlich eine Unterstützung gehabt hätten, wäre es möglich gewesen, das könnte ich mir vorstellen.

Ich wollte das nur als Nebenbemerkung, das ist kein Vorwurf gegen Sie. Es gibt andere Schwachstellen, die Sie erfahren haben, als Sie diese Funktion übernommen haben. Es gibt eine Reihe von Interviews, die Sie gegeben haben, in denen Sie auf solche Schwachstellen hingewiesen haben. Können Sie uns, dem Ausschuß, damit wir das im Protokoll haben, noch einmal sagen, wo Ihrer Ansicht nach die Schwachstellen waren der früheren Tätigkeit des Vorstandes der AKPE?

Dr. **Kraus:** Die Schwachstellen, ich möchte aber die Vergangenheit ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können wir das vielleicht teilen: Schwachstellen in der Planung?

Dr. **Kraus:** Ich möchte eines sagen: Ich tue mir da etwas schwer, weil ich ja aus direkter Wahrnehmung die Vergangenheit nicht beurteilen kann. Wie ich gehört habe, da war es so, daß in den letzten 3 bis 4 Jahren immer wieder Umplanungen notwendig waren, die auch den Vorstand immer wieder vor eine neue Situation gestellt haben, denn ist ja nicht lustig, wenn gewisse Bereiche abgeschlossen sind, dann muß man mit dem Ganzen wieder von vorne anfangen und so geht das wie eine Wechselwirkung durch. Da muß ich sagen, ist es sicherlich so, daß vielleicht die Verifizierung richtiger Entscheidungen doch im Entscheidungsfluß relativ oft lange gedauert hat, daß immer wieder Abstimmungsgespräche vor allem mit den Nutzern, Betreibern, mit den Planern und dergleichen erforderlich waren und sich diese Veränderungen doch auf das Baugeschehen in gewissem Umfang hemmend ausgewirkt haben. Diese Phase, möchte ich sagen, ist heute sicherlich überwunden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer war dafür verantwortlich, daß die rechtzeitige und notwendige Abstimmung mit den Nutzern nicht erfolgt ist?

Dr. **Kraus:** Es ist so, daß sicherlich zunächst einmal die APAK als Projektmanagement für die gesamte Abwicklung, von der Planung bis zur Betriebsbereitschaft, ja doch hier verantwortlich ist, aber natürlich hatte auch die AKPE mitzuwirken in diesem Zusammenhang als koordinierende Stelle. Es ist halt so, wenn Probleme auftauchen, die sehr, sehr eingehend immer wieder durchdiskutiert wurden, und das wurde mir gesagt, war in der Vergangenheit eines der Haupthindernisse, daß immer wieder sehr viele Änderungen zu neuen Diskussionen, zur Umplanung und so weiter geführt haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie würden also jetzt behaupten, daß die APAK diese Gespräche führen hätte müssen?

Dr. **Kraus:** Sicherlich die APAK, aber auch die AKPE zum Teil. Aber die APAK ist ja für das Projektmanagement verantwortlich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War es dem Aufsichtsrat der AKPE bekannt oder muß es ihm bekannt sein, daß hier die notwendigen Abstimmungsgespräche nicht geführt worden sind?

Dr. **Kraus:** Dem Aufsichtsrat war das sicherlich bekannt. Ich muß eines sagen: Der Aufsichtsrat engagiert sich sehr stark, ich kann das aus meiner derzeitigen Tätigkeit auch sagen. Wir haben monatliche Aufsichtsratssitzungen, und ich muß sagen, ich habe eine sehr umfangreiche Praxis auch in aufsichtsrätlicher Tätigkeit; ich war in der Holding, ich glaube, auch in acht Aufsichtsräten, allerdings unentgeltlich, tätig. Aber so umfassend informiert wie hier, zumindest aus meiner Wahrnehmung des letzten halben Jahres, wie hier bei der AKPE der Aufsichtsrat, das habe ich an sich noch selten erlebt.

Schon allein von der Geschäftsordnung her, denn die Vergaben sind sehr beengt in der Richtung, Ausschreibungen und echte Vergaben, sodaß also doch alles, was über gewisse Größenordnungen hinausgeht, immer wieder genehmigungspflichtig ist, sodaß sicherlich ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Da verstehe ich Sie aber nicht, Herr Generaldirektor. Sie sagen, die APAK hätte ihre Aufgaben wahrgenommen, der Vorstand hätte seine Aufgaben wahrgenommen und der Aufsichtsrat hat sich in besonderer Weise engagiert. Warum konnten dann diese Planungsfehler passieren, wenn sich alle so engagiert haben? Wo liegt die Schwachstelle? Wir haben festgestellt, daß hier wirklich Fehler passiert sind — Sie haben das in Interviews immer wieder bestätigt, die Sie gegeben haben, ich habe selber einige gehört, im Radio und im Fernsehen und in den Zeitungen gelesen. Wo liegt die Schwachstelle? Liegt sie bei der APAK primär, wenn Sie eine Wertung machen müssen? Liegt sie beim Vorstand, liegt sie beim Aufsichtsrat? Wenn Sie jetzt eine Wertung machen müssen: Wo liegt die Schwachstelle?

Dr. **Kraus:** Ich bin noch zu kurz dort, vor allem für die Vergangenheit kann ich wirklich keine authentischen Auskünfte hier geben. Ich möchte sagen, daß das tatsächliche Wechselspiel von der Größenordnung her immer wieder mit Zeitverzögerungen behaftet war. Und wenn in so einem großen Planungs- ud Baugeschehen Zeitverzögerungen auftreten, dann ist es natürlich immer sehr schwierig, diese ins Lot zu bringen. Das ist, glaube ich, mit ein Grund, das hat sich dann wie einer roter Faden natürlich durchgezogen, denn eine Umplanung oder mangelnde Entscheidung hat ja sowohl die APAK hier nicht weitergebracht, aber die hat auch dem Aufsichtsrat und dem Vorstand nicht dienlich sein können, bis es abgeklärt war; man hat mit den Professoren oder mit den Betreibern über irgendwelche besonderen Probleme diskutiert. Zum Beispiel: Sollen Fenster geöffnet werden, wo dann nachher entschieden wird, daß die Fenster zu öffnen sind, daß in jedem Zimmer ein Fenster aufzuklinken ist. Das waren aber lange Überlegungen.

Da gibt es auch viele Dinge, die sich behindernd ausgewirkt haben von den Behördenauflagen. Ich habe mich mit einem Teil beschäftigt, weil wir diese Brandgeschichte, im November ungefähr, die Sicherheit auch etwas untersucht haben. Da muß ich sagen: Auflagen sind hier gegeben worden von der Behörde und von der Feuerpolizei in ganz extremem Ausmaß. Alle diese Dinge haben sich natürlich wieder planungsmäßig ausgewirkt, weil zum Beispiel eine Sprinkleranlage nachträglich eingeplant werden mußte, sie war keine Auflage, sie war gar nicht vorgesehen. Alle diese Dinge haben sich natürlich ausgewirkt. Aber nehmen Sie allein die Sprinkleranlage, ein Auftrag von 130 Millionen, der sich über das ganze Haus natürlich durchzieht. Solche Entscheidungen behindern natürlich dann das weitere Geschehen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hätte man hier die Politiker informieren müssen, nachdem offenkundig Schwierigkeiten in der Koordination, Verzögerungen aufgetreten sind im Zusammenhang mit der Baupolizei, Verzögerungen aufgetreten sind durch Umplanungen? Hätte man hier die Politiker informieren müssen?

Dr. **Kraus:** Ich glaube daß sie informiert wurden, ich kann es nicht beurteilen. — Bitte, zunächst einmal sind die Organe zuständig, das heißt, die Sache geht in den Aufsichtsrat, wenn man dort zu keiner Klärung kommt, dann wird die Hauptversammlung angerufen. So ist der normale Vorgang. Also ich kenne die Protokolle der Vergangenheit nur zum Teil, aber für viele Entscheidungen wurde ja die Hauptversammlung dann angerufen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was haben Sie konkret getan, um diese Schwachstellen — Sie haben zwar keine jetzt genannt konkret —, aber was haben Sie getan, um die Schwachstellen, die offensichtlich bestanden haben, zu beseitigen? Ich bitte Sie jetzt ganz konkret Punkt für Punkt 1, 2, 3, 4 uns zu sagen, was Sie konkret geändert haben.

Dr. **Kraus:** Wir haben also hier jetzt in der Organisation Umstellungen mit der APAK gemeinsam, wir teilen das nach einzelnen Teilbereichen oder nach Baubereichen unter, denn

es ist so, daß das Werk so groß ist an sich, daß die Übersichtlichkeit leidet. Das ist eigentlich ein Umstellungsprozeß, der erst im letzten Jahr eingetreten ist mehr oder minder. Denn bisher war sicherlich richtig, einheitlich das ganze Tiefbau-Hochbau-Geschehen konkret durchzuziehen, aber jetzt kommt der Innenausbau. Und hier sind nun die einzelnen Bauabschnitte sehr unterschiedlich zu bewerten, es sind ganz anders der Operationstrakt, der Sterilisationstrakt, die Technikergeschoße.

Alle diese Dinge werden jetzt untergeteilt in Teilbereiche, es werden Bereichsverantwortliche hier geschaffen, direkt sowohl bei der APAK als auch bei uns, und es finden jetzt laufend Koordinierungsgespräche statt, um die Planvorgaben, die ja gegeben sind, es ist ja ein umfangreiches EDV-Programm hier, wo also diese ganzen zeitlichen Vorgaben aufgrund der Netzplantechniker bestehen. Aber die Umsetzung — und das ist das Entscheidende — wird jetzt an Ort und Stelle verstärkt durch Bauaufsicht und auch durch uns überprüft, denn man muß ja auch davon ausgehen, daß auch Baufirmen, Lieferfirmen doch einmal in Lieferverzug oder dergleichen kommen können. Dies ist ganz entscheidend, denn ein Lieferverzug einer großen Firma in einem gewissen Bereich kann natürlich dann die zeitgerechte Fertigstellung, ja unter Umständen ganze Bauabschnitte gefährden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das ist ein Punkt.

Dr. **Kraus:** Das ist einer der Hauptpunkte. Daraus ergibt sich aber, daß wir Sofortmaßnahmen setzen und die entsprechenden Beschlüsse dann herbeiführen können, wenn solche notwendig sein sollten, wenn zum Beispiel wieder Nutzerwünsche oder dergleichen auftreten sollten, die sich diesem festgeschriebenen Baufortschritt entgegenstellen, daß also die dann sofort aufscheinen und daß man dann entsprechende Anträge bei den Gremien, das heißt im Aufsichtsrat stellt beziehungsweise, wenn es dort nicht vollziehbar ist, die Hauptversammlung, die Eigentümer anruft, um Entscheidungen zu treffen.

Nehmen Sie den Fall mit dem Strahlungsbunker. Das war so ein Problem, wo also auf Grund von Auflagen der MA 15 das seinerzeitige Bauwerk aus der Ebene 0 3 ausgegliedert werden mußte, einen eigenen Bereich gehabt hat. Da war jetzt die Frage — das ist vom Kontrollbüro dann aufgegriffen worden —: Könnte man das kleiner und billiger bauen? Es gab dann Besprechungen, in denen die Wiener Fakultät nachgewiesen hat, daß auf Grund der Frequenz und des Anfalles der Patienten diese Größenordnung notwendig ist. Aber solche Versuche wird man immer wieder unternehmen.

Ansonsten, möchte ich sagen, wird natürlich auch intern von uns die Bauaufsicht verstärkt, es wird das Rechnungswesen konzentriert. Alle Maßnahmen, die halt zu einer zügigeren Fortführung des Baugeschehens notwendig sind, werden Zug um Zug durchgeführt werden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie oft haben Sie die Politiker seit Ihrer Bestellung über die ganze Entwicklung beim AKH informiert? Wie oft haben Sie, damit es konkret ist, Stadtrat Mayr informiert?

Dr. **Kraus:** Stadtrat Mayr mindestens einmal im Monat. Außerdem haben wir einen Politikergipfel gehabt, der als Hauptversammlung zu werten war vor Weihnachten, wo fünf Probleme, die anstehend waren, hier abgeklärt wurden. Auch Androsch habe ich zweimal informiert in dieser Zeit.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Worüber haben Sie Dr. Androsch informiert? Konkret.

Dr. **Kraus:** Konkret über meine allgemeinen Eindrücke ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben gesagt: ABO.

Dr. **Kraus:** Nicht ABO. Über das allgemeine Geschehen AKH, Baufortschritt und meine Beurteilung, welche Änderungen notwendig wären, welche Umstellungen wir planen und dergleichen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Vorschläge haben Sie Dr. Androsch unterbreitet?

Dr. **Kraus:** Ja vor allem im Hinblick darauf, daß von Bundesseite her zügig dafür gesorgt werden soll, damit die Entscheidungen von der Baukommission in der Richtung, ich möchte sagen, rascher fallen, denn hier haben wir immer wieder gewisse Schwierigkeiten, daß halt diese Entscheidungen in der Diskussion sehr zeitaufwendig sind und bis sie abgeklärt sind, unter Umständen immer wieder Planungsschwierigkeiten auftreten. Unsere Hauptcrux bitte ist derzeit sicherlich — das ist, glaube ich, zumindest aus dem Kontrollamtsbericht ersichtlich für die Vergangenheit —, daß nie ein echter umfassender Planungsvorlag seitens der Architekten, der Techniker, Firmen und so weiter gegeben ist. Das ist sicherlich einer der Hauptmängel.

Es ist also so, daß derzeit bei den Architekten die Pläne oft direkt vom Zeichentisch herunter auf die Baustelle gehen. Das hängt immer wieder damit zusammen, daß gewisse Abstimmungen eben nicht in diesen Zeitläufen erfolgen, wie es notwendig wäre, um einen Planungsvorlauf in echter Form zu gewinnen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was kann jetzt Dr.

Androsch in dieser Sache ganz konkret beitragen, damit diese Dinge verändert wurden?

Dr. **Kraus:** Als Bundesvertreter, daß er einwirkt auf die anderen Minister, also Firnberg, Sekanina, daß wir hier mehr Unterstützung finden in diesen Entscheidungen. Wobei ich sagen möchte, uns geht es gar nicht um die sachliche Entscheidung, ob jetzt ein Professor das oder jenes will, sondern uns geht es primär um die Schnelligkeit der Entscheidungen, damit wir nicht planlich im Vollzug hängenbleiben, denn der Baufortschritt drängt, und wenn jetzt Planungslücken entstehen, kommen wir natürlich unter Umständen in Schwierigkeiten. Dann müssen wir immer wieder mit großer Energie hineinstoßen, um hier keine Engpässe entstehen zu lassen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie waren zweimal bei Dr. Androsch. Sie haben es nicht für notwendig erachtet, nachdem das ein Hauptthema ist der ganzen Beanstandung, über die ABO—Organisationsplanung mit ihm zu sprechen und ihn zu informieren.

Dr. **Kraus:** Wir haben auch damals gesprochen über unsere Vorstellungen, die jetzt realisiert wurden, daß wir nämlich 55 Prozent selbst in Planung übernehmen und den Rest in eine Ausschreibung geben. Das war also allen Politikern bekannt. Darüber habe ich alle informiert.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie ihn informiert über die Durchführung der Arbeiten durch die ABO?

Dr. **Kraus:** Das glaube ich weniger.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben es nicht für notwendig erachtet, obwohl das doch ein Hauptgrund der Kritik des Rechnungshofes und des Kontrollamtes ist.

Dr. **Kraus:** Bitte, es war damals so, daß ich bei diesen Gesprächen diese Erkenntnisse im August sicher noch nicht gehabt habe. Ich habe damals einen Antrittsbesuch gemacht und einmal habe ich ihn, glaube ich, im November gesehen. Nicht öfters.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Dr. Androsch hat Sie auch nie befragt in der Richtung?

Dr. **Kraus:** Befragt an sich nicht. Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat er Sie befragt, wie die Vergabe der anderen Aufträge erfolgt ist, die in der Presse, in der Öffentlichkeit immer wieder diskutiert worden sind? Sie müssen nur sagen: Nein.

Dr. **Kraus:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich frage nur. Hat er sich einmal informieren lassen konkret über die ganzen Fragen, die mit MEDIPLAN Deutschland zusammenhängen?

Dr. **Kraus:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat er sich informieren lassen über die Fragen, die mit dem weiteren Baufortgang des AKH im Zusammenhang stehen?

Dr. **Kraus:** In unserem generellen Gespräch habe ich ihm die Vorstellungen vorgetragen, wie sie sich aus der damaligen Sicht beim Vorstand ergaben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben ihm Ihre persönlichen Ansichten vorgetragen. Hat er dazu Stellung genommen?

Dr. **Kraus:** Er hat sie zur Kenntnis genommen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Er hat zur Kenntnis genommen, was Sie ihm vorgeschlagen haben.

Dr. **Kraus:** Wir haben sicher über einiges gesprochen. Entscheidungen kann in diesem Fall immer nur die Hauptversammlung fassen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat er irgendwie Einfluß genommen, hat er Ihnen Vorschläge, hat er Ihnen Anregungen gemacht? Hat er Ihnen gesagt, hier sind Punkte, auf die man besonders Rücksicht nehmen sollte?

Dr. **Kraus:** Das kann ich im einzelnen jetzt nicht mehr sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie sich an etwas Konkretes erinnern? Wenn ein Finanzminister, ein Vizekanzler, einem Generaldirektor etwas sagt, dann würde man sich ein halbes Jahr später oder einige Monate später doch erinnern. Ich nehme also an, daß hier keine konkreten Vorschläge gekommen sind, Anregungen zum ganzen Baufortschritt. Sie können nichts Konkretes sagen?

Dr. **Kraus:** Ich kann nichts Konkretes sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie war das mit Stadtrat Mayr? Mayr haben Sie jeden Monat getroffen.

Dr. **Kraus:** Ja, sicher.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was hat Ihnen Stadtrat Mayr für konkrete Vorschläge gemacht, Anregungen gegeben, Ersuchen an Sie gerichtet?

Dr. **Kraus:** Stadtrat Mayr hat mir aus der Vergangenheit verschiedene Dinge mitgeteilt, vor allem auch Vorstellungen mitgeteilt, wie sich in Zukunft zum Beispiel die ABO, wie sich die Eigentümer das vorstellen, wie man hier

weiter vorgehen soll, auch Vorstellungen über die Einhaltung der vorgegebenen Termine, außerdem auch, daß wir immer wieder darauf achten sollen, die Preisvorgaben zu halten. Das sind die Hauptkriterien, die hier uns als verbindlich — möchte ich sagen — auf den Weg gegeben wurden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie nochmals zu Androsch fragen: Warum sind Sie eigentlich in der Sache Firnberg, Wissenschaftsministerium, zum Finanzminister gegangen und nicht zu Frau Dr. Firnberg persönlich?

Dr. **Kraus:** Das hat sich im Zuge des Gespräches ergeben, weil Finanzierungsfragen im Raum gestanden sind. Nehmen Sie diese Bunkergeschichte. Diese Lösung kostet ja doch um 20 Millionen mehr als ursprünglich geplant war. Finanzieren muß es letztlich der Finanzminister. Das war im Zuge eines Antrittsbesuches, wo ich über diese Dinge dann mit ihm gesprochen habe.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mit Frau Dr. Firnberg haben Sie nie geredet?

Dr. **Kraus:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nochmals zurück zu Stadtrat Mayr. Jetzt konkret. Hat Ihnen Stadtrat Mayr Aufträge erteilt, etwas zu tun?

Dr. **Kraus:** In welcher Richtung?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich kann mir vorstellen: Wenn ich jetzt Politiker wäre, die ganzen Vorwürfe höre, die Ihnen ja auch bekannt geworden sind, da gibt es ein Antrittsgespräch, da könnte ich mir vorstellen und bin überzeugt, daß ich sagen würde, auf Grund dieser ganzen Dinge gibt es Problem eins, Problem zwei, Problem drei. Ich bitte Sie, zu untersuchen und mir zu berichten. Ist das einmal erfolgt?

Dr. **Kraus:** Darf ich eines sagen. Die Gespräche mit Stadtrat Mayr gingen primär natürlich in die Richtung, daß beim Auftrag an die AKPE unterstrichen wurde, möglichst zeitgerecht, möglichst kostengerecht dieses Bauwerk fertigzustellen. Ich möchte noch einmal sagen: Ich bin ein halbes Jahr dort. Die Problematik war enorm. Ich habe diese Aufträge primär zukunftsorientiert gesehen. Ich habe mich prinzipiell mit der Vergangenheit ganz wenig beschäftigt. Ich hätte das gar nicht können, allein vom Zeitumfang her.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie mißverstehen mich. Sie sind hier nicht als Beschuldigter, Sie müssen sich nicht rechtfertigen. Mir geht es nur darum zu erfahren, wie sich die Politiker um diese Sache gekümmert haben. Um gar nichts mehr! Ich stelle fest, daß eigentlich auch von Stadtrat Mayr keine konkreten Anregungen und Aufträge gekommen sind an Sie als Generaldirektor.

Dr. **Kraus:** Oh ja, das ist ja als genereller Auftrag in der Richtung zu sehen, kostenbewußt und zeitgerecht fertig zu werden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das ist sehr allgemein.

Dr. **Kraus:** Sicher; aber daraus leitet sich doch die gesamte Tätigkeit ab. Stadtrat Mayr wird sich doch nicht um Einzelvergaben in diesem Zusammenhang kümmern.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich stelle nur fest, er hat sich nicht gekümmert.

Dr. **Kraus:** Das stimmt sicher nicht. Wir haben mehrfach Gespräche gehabt, haben über verschiedenes natürlich gesprochen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann sagen Sie mir, was er Ihnen konkret aufgetragen hat, Herr Generaldirektor.

Dr. **Kraus:** Der kann ja nichts auftragen. Er ist ja Eigentumsvertreter, aber nicht mehr. Denn letztlich ist der Vorstand einer Aktiengesellschaft ein selbständiges Organ.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum verteidigen Sie da jemanden?

Dr. **Kraus:** Ich will niemanden verteidigen, aber ich verstehe die Fragestellung wirklich nicht! *(Abg. Dr. K a p a u n: So kann man doch wirklich nicht fragen! Wir haben doch hier nicht den Feuerwehrhauptmann von Hintertux!)*

Jetzt müssen Sie doch einmal eines überlegen: Ich habe natürlich Gespräche geführt. Ich hätte aber nicht einmal die Zeit gehabt, gewisse Dinge aufzugreifen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was haben Sie mit Bürgermeister Gratz besprochen?

Dr. **Kraus:** Da habe ich nur meinen Antrittsbesuch gemacht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns vielleicht — nachdem es sicherlich für Sie ein sehr wichtiges Gespräch ist — erläutern, wie sich das Gespräch mit Bürgermeister Gratz abgewickelt hat?

Dr. **Kraus:** Da möchte ich eines ganz klar sagen, daß ich die Vorstellungen der AKPE präsentiert habe, wie sie sich aus derzeitiger Sicht stellen, und zwar im Hinblick auf Durchsetzbarkeit des Bauvorhabens auf der Baustelle, welche Schwierigkeiten, vor allem Planungsverläufe es gibt, wo wir immer echte Schwierigkeiten haben, daß wir über die Finanzierung,

über die Zeiteinhaltung und über all diese Dinge ganz generell gesprochen haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich stelle fest, daß Sie drei konkrete Punkte zur Diskussion gestellt haben. Gibt es nun konkrete Stellungnahmen vom Bürgermeister Gratz zu diesen drei Punkten? Planung, Finanzierung, Termin.

Dr. **Kraus:** Er hat sich mit diesen Vorstellungen von uns, die ja auch bekannt sind, einverstanden erklärt. Er hat zumindest nichts dagegen gesagt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Er hat das bestätigt, was Sie ihm vorgeschlagen haben?

Dr. **Kraus:** Er hat es zur Kenntnis genommen, daß wir diese Vorstellungen durchsetzen wollen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gab es andere Politiker, mit denen Sie Kontakt haben? Stadtrat Stacher?

Dr. **Kraus:** Ja, natürlich, in gemeinsamen Sitzungen mit der Baukommission. Es ist so, daß Stadtrat Stacher sich der medizinischen Seite annimmt und hier eben unterstützend in der Richtung mitwirkt, daß er mit den Professoren entsprechende Abklärungsgespräche noch führt. Dazu sind wir ja nicht in der Lage, weil wir keine Mediziner sind und vor allem auch keine Praxis auf diesem Gebiet im Detail haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wenn Sie jetzt eine Wertung der Politiker vornehmen müßten: Wer hat sich am meisten um das AKH gekümmert?

Dr. **Kraus:** Während meiner Zeit, möchte ich sagen, habe ich die meisten Gespräche sicherlich mit Stadtrat Mayr geführt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und von wem kamen die meisten positiven Anregungen?

Dr. **Kraus:** Das waren Wechselgespräche. Sicherlich auch von Stadtrat Mayr.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer war auf Bundesseite Ihr Gesprächspartner?

Dr. **Kraus:** Im wesentlichen seinerzeit der Vizekanzler, und ansonsten, möchte ich sagen, habe ich im wesentlichen die Gespräche mit Sektionschef Waiz geführt auch in dieser Richtung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was haben Sie getan, damit keine Korruptionszahlungen im Zusammenhang mit dem AKH geleistet werden können?

Dr. **Kraus:** Bitte, ich möchte eines sagen: In der AKPE sind keine Korruptionszahlungen erfolgt, auch nicht feststellbar. Es ist so, daß wir ein sehr strenges Prüfungssystem und eine sehr strenge Dienstanweisung haben. Die wurde teilweise noch verschärft in diesem Zusammenhang, um alle Lücken hier zu schließen. Ich kann mir eigentlich derzeit nicht vorstellen, daß über die AKPE Korruptionszahlungen erfolgen könnten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Daß an Mitarbeiter der AKPE oder der APAK Korruptionszahlungen geleistet werden?

Dr. **Kraus:** Von einer Firma privat?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Von irgendeiner dritten Seite.

Dr. **Kraus:** An wen privat?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): So wie es beim Winter der Fall war.

Dr. **Kraus:** Ich meine, schauen Sie, der Winter hat ja keine einzige Zahlung über die AKPE laufen gehabt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie prüfen Sie bei den Firmen, daß sie keine Korruptionszahlungen leisten?

Dr. **Kraus:** Das können wir sicherlich nicht prüfen, denn wir kriegen ja nur Rechnungen über Leistungen, die kollaudiert und geprüft sind, und dann wird bezahlt. Oder es handelt sich um Teilakontierungen, Endabrechnungen und dergleichen. Das kann man nicht überprüfen, denn wir haben ja keinen Einblick, ob eine Firma mit jemand Dritten irgendwelche Besonderheiten hier hat. Das entzieht sich ja jeder Einflußnahme von uns.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie versuchen auch nicht, solche Prüfungen durchzuführen?

Dr. **Kraus:** Wir könnten es auch gar nicht *(Abg. Dr. Feurstein: Ich frage Sie nur!)*, denn wir haben wieder Verträge mit Firmen, die ja das gar nicht vorsehen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie jetzt fragen, wie es zur Beauftragung gekommen ist im Zusammenhang mit diesen Sanitärcontainern, diesen Trennwänden. Hier gibt es ein Gutachten von Rechtsanwalt Gatscher, das Sie wahrscheinlich kennen.

Dr. **Kraus:** Ja, ich habe ja veranlaßt, daß es ausgearbeitet wird.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie ist es dazu gekommen?

Dr. **Kraus:** Es geht hier um diese Steckbekkenspüler und Sanitärcontainer. Es ist so gewesen, daß ich nach meinem Eintritt von Mitarbeitern gehört habe: Bei diesen beiden Aufträ-

gen ist die Geschichte nicht ganz ordentlich gelaufen. Ich habe dann mit diesen Mitarbeitern — das waren vor allem Dr. Glaninger, Haunzwickl und auch Dr. Lester von der Rechtsabteilung — Gespräche geführt, und da haben wir das angesehen, und da bin ich eigentlich zur Meinung gekommen: Ganz leistungsgerecht ist die Geschichte sicherlich nicht durch die Zwischenschaltung der Firma Prutscher, die offensichtlich keine echte Leistung erbringt. Ich habe dann selbst Untersuchungen durchgeführt, habe mir Firmenberechtigte, zum Beispiel den Hildebrand, eingeladen und habe mit ihm Gespräche geführt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja wir sind jetzt bei den Trennwänden. Unterscheiden wir das.

Dr. **Kraus:** Bei den Trennwänden gibt es keine Schwierigkeiten. Die laufen ordentlich, da gibt es keine Schwierigkeiten. Ich rede nur von Sanitärcontainern und von diesen Steckbeckenspülern. Die Trennwände wickeln sich völlig korrekt, einwandfrei ab.

Auf Grund von gewissen Hinweisen haben wir das untersucht, und ich habe dann Dr. Gatscher den Auftrag gegeben, er solle sich diese Dinge genau ansehen. Den Bericht haben Sie ja, der liegt ja vor. Wir sind der Meinung, daß hier sicherlich vom Vorstand Winter in gewissem Umfang der Aufsichtsrat nicht so informiert wurde, wie er eigentlich informiert werden hätte müssen, und daß hier sicherlich zunächst einmal der Auftrag nicht ganz mit rechten Dingen zustande gekommen ist. Wie Sie wissen, haben wir dann auch den Rücktritt erzwungen bei den Steckbeckenspülern und haben dann eine Neuausschreibung zu einem wesentlich niedrigeren Preis gemacht. Dasselbe gilt für die Sanitärcontainer. Das konnten wir nicht mehr, weil der Vertrag schon in Abwicklung ist. In dem Zusammenhang prüfen wir, ob wir etwa unter Umständen einmal noch eine Rückforderung geltend machen können. Das ist aber noch im Zuge, da kann ich noch nicht so sagen, wie das weitergehen wird.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Rolle hat Dr. Schwaiger in dem Zusammenhang gespielt? Die Kostenprüfung, die Angebotsprüfung war ja bei Dr. Schwaiger.

Dr. **Kraus:** Als technische Prüfung nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber die Kosten.

Dr. **Kraus:** Da geht es ja praktisch nur um die Preisfestsetzung. Wie soll ein Kaufmann feststellen, ob ein technisches Anbot richtig ist oder nicht. Er mußte sich sicherlich hier auf die Aussage von Winter stützen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat Dr. Schwaiger all seine Pflichten in dem Zusammenhang erfüllt?

Dr. **Kraus:** Das kann ich bitte nicht beurteilen, weil ich nicht da war.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja haben Sie geprüft, ob er alle Aufgaben erfüllt hat?

Dr. **Kraus:** Das ist von Dr. Gatscher geprüft worden. Es steht im Bericht einiges drinnen, daß er gewußt hat über die Ausschreibung, aber wie im Detail, ich kann das nicht nachverifizieren, bitte. Das ist also ausgearbeitet worden von Dr. Gatscher. Das liegt auch im Bericht vor.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber, Herr Vorstandsdirektor, ist Ihnen bekannt, daß nach dem Aktiengesetz die Vorstandsmitglieder Haftungen zu erfüllen haben?

Dr. **Kraus:** Ja, sicher. Sicher. Das ist ja auch eine Frage, die ja auch noch zu einer Prüfung kommen wird.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie haben bisher nicht geprüft *(Dr. Kraus: O ja, das ist ja ausgearbeitet!)*, ob gegen Dr. Schwaiger irgendwelche Regreßforderungen zu stellen sind?

Dr. **Kraus:** Das ist also jetzt hier ausgearbeitet, und wir werden in Kürze im Präsidium Gespräche führen in der Richtung. Das ist bereits veranlaßt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was haben Sie konkret geprüft jetzt über die Handlungen, die Dr. Schwaiger gesetzt hat?

Dr. **Kraus:** Ich konnte hier nur überprüfen, bei welchen Sitzungen, Besprechungen, Entscheidungen und so weiter er mitgewirkt hat. Wie sich das auswirkt, wird man dann jetzt in weiterer Folge prüfen. Im Aufsichtsratspräsidium ist bereits besprochen worden, um diese Dinge noch zu durchleuchten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie geprüft, ob er den Aufsichtsrat korrekt informiert hat über die Prüfung der Preisangemessenheit?

Dr. **Kraus:** Was ich festgestellt habe, bitte, hat nur Winter hier berichtet.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich kann Ihnen jetzt das Protokoll vorlesen und zeigen von der 34. Aufsichtsratssitzung, glaube ich, wo Dr. Schwaiger feststellt, daß zum Teil die Preisangemessenheit geprüft worden ist, und für diesen Bereich war er zuständig.

Dr. **Kraus:** Ja, sicher.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie jetzt geprüft, ob er das auch getan hat?

Dr. **Kraus:** Bitte, da muß ich sagen, das steht im Bericht von Dr. Gatscher. Das ist von ihm untersucht worden. Der Bericht von Dr. Gat-

scher wird jetzt noch mit dem Aufsichtsratspräsidium durchdiskutiert. Das ist jetzt in der nächsten Zeit auf dem Programm.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie persönlich haben in der Sache bisher nichts getan?

Dr. **Kraus:** Das konnte ich rein zeitlich nicht, bitte. Wir haben jetzt die 60. oder 65. Aufsichtsratssitzung. Ich kann mich nicht mit jeder Aufsichtsratssitzung, die, weiß ich, eineinhalb Jahre oder etwas zurückliegt, im Detail auseinandersetzen. Ich kann nicht jede Tätigkeit von einem Vorgänger von mir nachvollziehen. Das ist ja gar nicht möglich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns einen konkreten Fall sagen, wo Sie geprüft haben, inwieweit Regreßforderungen an Dritte zu stellen sind, an Mitarbeiter der AKPE oder an Dritte, die Aufträge für die AKPE durchgeführt haben, wo Sie persönlich konkret geprüft haben?

Dr. **Kraus:** Ich persönlich sicher nicht, wann, habe ich das einem Anwalt oder der Rechtsabteilung übergeben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wo sind solche Prüfungen bisher durchgeführt worden, außer ...?

Dr. **Kraus:** Das war im besonderen bei diesen zwei, woanders haben sie es nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Muß es dem Aufsichtsrat bekannt sein, daß die Firma Prutscher diesen Auftrag eigentlich gar nicht durchführen kann? Beide Aufträge meine ich, Sanitärcontainer und diese Spül ...

Dr. **Kraus:** Dem Aufsichtsrat hat das sicher nicht bekannt sein können.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum nicht? Ist die Firma Prutscher nicht eine so renommierte Firma, daß man weiß, was diese Firma leisten kann?

Dr. **Kraus:** Ja die Firma Prutscher, möchte ich sagen, stellt Spitalsmöbel, Holz- und so weiter her, ist sehr stark im Export tätig, aber in diesem speziellen Bereich ... Es hat sich ja nachher herausgestellt, daß sie mit Subunternehmen gearbeitet hat, aber bitte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja. Wenn Sie jetzt Aufsichtsratsvorsitzender wären, würden Sie Ihre Vorstandsmitglieder fragen: Ist die Firma Prutscher überhaupt in der Lage, diesen Auftrag auszuführen zu einem höheren Preis?

Dr. **Kraus:** Ich darf folgendes sagen: Die Firma Prutscher hätte den Auftrag sicher ausführen können eben zu dem höheren Preis, aber das hat ja damals niemand beurteilen können, denn damals war es sicher so, daß Winter mehr oder minder ..., nämlich Winter informiert hat, daß dieser Preis als angemessen zu bezeichnen ist ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das hat Schwaiger gesagt, Entschuldigung.

Dr. **Kraus:** Ja, aber bitte, entscheidend war eigentlich in dem Zusammenhang ganz etwas anderes: Bei den Steckbeckenspülern ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bleiben wir zuerst bei den Sanitärcontainern, eines nach dem andern.

Dr. **Kraus:** Bei den Sanitärcontainern war sicherlich auch die Meinung der ARGE hier maßgeblich, wo ja die Geschäftsführer mitgewirkt haben. Bitte, ich möchte eines sagen: Das ist Vergangenheit. Ich kann mich mit der Vergangenheit wirklich nicht überall im Detail beschäftigen, sonst kann ich überhaupt nichts mehr arbeiten. Es ist derzeit so, daß ich ohnedies schon zu 70 Prozent nur mit Prüfungen und diesen Dingern belastet bin.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich möchte wissen, wo Sie Prüfungen durchführen. Ich stelle fest, daß ...

Dr. **Kraus:** Moment einmal: Laufende Prüfungen, Kontrollamt, Rechnungshof, wo wir wochenlang an den Stellungnahmen gearbeitet haben, die sich mit dem gar nicht beschäftigt haben, und trotzdem müssen wir zu 700 Seiten Kontrollamtsbericht Stellung nehmen, zu 300 Seiten Rechnungshofbericht im Vorjahr haben wir Stellung genommen. Das ist ja auch ein Riesenzeitaufwand in der Richtung. Aber um zu den Steckbeckenspülern zu kommen ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich möchte noch das andere, einen Auftrag nach dem andern, sonst entsteht auch im Protokoll eine Verwirrung. Man weiß dann nicht, wovon man geredet hat. Bleiben wir bei diesen Sanitärcontainern. Ich bin richtig — nur damit das festgestellt ist —: Prutscher hat den Auftrag bekommen, er ging weiter an die VOEST und an Patt 2000 *(phonetisch)*.

Dr. **Kraus:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War es den Aufsichtsratsmitgliedern bekannt, muß es ihnen bekannt sein, daß die Firma Prutscher diesen Auftrag nicht ausführen wird, sondern daß der Auftrag weitergegeben wird?

Dr. **Kraus:** Das glaube ich nicht. Warum hätte das dem Aufsichtsrat bekannt sein müssen, wenn die Firma ... Es ist ja so, daß die Firma ODELGA den Auftrag bekommen hat, und die hat ihn an Prutscher weitervergeben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Moment, jetzt

kommt schon etwas anderes. Jetzt bringen Sie schon die Firma ODELGA ins Spiel.

Dr. **Kraus:** Die war ja Auftragnehmer bei den Sanitär ... Nein, die war bei den Steckbeckenspülern. Entschuldigung, das habe ich verwechselt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber die Firma ODELGA hat einen Beratungsauftrag bekommen von der VOEST in Höhe von 12 Millionen Schilling. Und die VOEST hat an die Firma ODELGA auch eine erste Zahlung geleistet in Höhe von 1 Million Schilling *(Dr. Kraus: Na ja, na gut, warum soll ...?)*, ohne daß die Firma ODELGA eine Leistung erbracht hat. Wie kam dieser Beratungsvertrag ODELGA—VOEST in dem Zusammenhang zustande?

Dr. **Kraus:** Ich möchte eines sagen: Das ist ganz klar, die VOEST war auch aus innovatorischen Gründen interessiert, auf dem Spitalssektor tätig zu werden, und hat versucht, hier mit einer Firma zusammenzuarbeiten, die am Markt entsprechend präsent ist. Daher wurde ein Vertrag in dieser Richtung geschlossen. Da sehe ich gar nichts Ungewöhnliches daran.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Firma AKPE gibt einen Auftrag an die Firma Prutscher, die Firma Prutscher gibt den Auftrag weiter an die VOEST, die Firma VOEST gibt einen Beratungsauftrag an die Firma ODELGA.

Dr. **Kraus:** Ja das hängt ja mit dem hier nicht zusammen. Bitte, die Sanitärcontainer ... Prutscher hat zur Gänze, bitte, diesen Auftrag an die VOEST weitergegeben, und zwar für den Teil der Stahlerzeugung, die ARGE Sanitär hat dann die entsprechenden technischen Einrichtungen hineingebaut. Dann geht das Ganze, glaube ich, nach Feldkirch zur Patt 2000 *(phonetisch)*, die machen die Spezialverfliesung, und dann wird das Ganze wieder hereingeliefert, kommt auf die Baustelle, wird versetzt und dort eingebaut. So ist der Vorgang in der Richtung, daß der Preis überhöht erscheint. Das haben wir auf Grund von Untersuchungen festgestellt. Und jetzt ist die Frage, wir prüfen jetzt, wie wir hier eventuell eine Rückforderung geltend machen können.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es geht um eine Schadenssumme von 12 Millionen Schilling.

Dr. **Kraus:** Etwa, ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie können uns nicht sagen, inwieweit Aufsichtsratsmitglieder, inwieweit Vorstandsmitglieder eine Verantwortung haben, daß diese Schadenshöhe von 12 Millionen Schilling entstehen konnte?

Dr. **Kraus:** Das kann ich nicht beurteilen. Das wird aber jetzt sicherlich weiter geklärt werden. Deshalb haben wir das Rechtsgutachten gemacht. Das ist erst vor Weihnachten oder wann fertig geworden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was hätte die Firma ODELGA für die Firma VOEST an Beratungstätigkeiten leisten sollen? 12 Millionen Schilling Auftragsvolumen.

Dr. **Kraus:** Da wäre ja nur gegen Leistung abgearbeitet worden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, ich frage: Welche Leistungen?

Dr. **Kraus:** Sicherlich in planerischer Hinsicht je nachdem in verschiedensten Gebieten, auch in Beratung. Die ODELGA ist ja auch ein stahl- und metallverarbeitender Betrieb, wie halt hier Abgrenzungen möglich sind. Die Kapazität der ODELGA ist ja nicht so groß. Die ist ja an sich ein Großgewerbebetrieb. Aber für Großserien und dergleichen hat natürlich die VOEST hier großes Interesse. Nehmen Sie den Auftrag Trennwände: Der ist für die Hütte Krems, für die VOEST praktisch eine Lebensnotwendigkeit. Die arbeiten dreischichtig in der Richtung schon, ich möchte sagen, seit geraumster Zeit, über Weihnachten haben sie sogar vierschichtig gearbeitet über unseren Druck, weil sie Rückstände aufholen mußten. Also wechselseitig hier sicherlich das Interesse eines völlig auf diesem Sektor Unerfahrenen, hier mit jemand zusammenzuarbeiten, der Erfahrungen einbringen kann.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und tatsächlich hat die VOEST das dann gemacht, ohne die Beratungstätigkeit der ODELGA in Anspruch nehmen zu können, zu dürfen und so weiter?

Dr. **Kraus:** Das ist aber sicher an der VOEST gelegen, nicht an der ODELGA, bitte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die VOEST hat das also selbst gekonnt.

Dr. **Kraus:** Die hat es sicher nicht gekonnt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann sind die Leute bei der VOEST schlecht?

Dr. **Kraus:** Moment, moment, da vermischen Sie etwas. Der Auftrag von den Trennwänden ist ja viel früher gewesen, das hängt ja mit dem gar nicht zusammen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben jetzt gesagt, die VOEST hätte die Beratungstätigkeit der ODELGA gebraucht.

Dr. **Kraus:** Ja jetzt vom Vertrag her gesehen, bitte. Welche Leistungen die VOEST in Anspruch nehmen wollte, entzieht sich doch meiner Beurteilung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber der Schluß

ist nicht ganz abwegig, wenn man sagt: Damit die VOEST einen Auftrag für das AKH bekommt, muß sie einen Beratungsauftrag mit der ODELGA ...

Dr. **Kraus:** Na sicher nicht, das ist absolut abwegig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sagen Sie mir, warum?

Dr. **Kraus:** Nein, na sicherlich, denn die VOEST hätte sich unter Umständen auch eine andere Firma als Berater nehmen können; sie hat sich halt die ODELGA genommen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und warum zahlt die Firma VOEST an die ODELGA 1 Million Schilling ohne Gegenleistung?

Dr. **Kraus:** Ja da muß ich sagen, das ist eine Sache des Geschäftsführers. Bitte, wenn ich Sie hier auf eines aufmerksam machen darf: In der Holding ist es so, daß die Unternehmungen, die ja selbständig sind — rund 33 Unternehmungen haben ja eigene Geschäftsführer und Vorstände —, für ihre Handlungen verantwortlich sind. Diese Dinge haben wir teilweise erst später erfahren, auch im Vorstand der Holding.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich beschuldige Sie ja gar nicht. Aber Sie bestätigen, daß es so war.

Dr. **Kraus:** Daß es so war, ist unbestritten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann kommen wir zum anderen Auftrag. Haben Sie jetzt Politiker über diese Zusammenhänge mit diesem VOEST-Auftrag Sanitärcontainer informiert?

Dr. **Kraus:** Wir haben hier, als ich diese Dinge erkannt habe, einen Aktenvermerk gemacht, der dem Aufsichtsrat und den Eigentumsvertretern zugegangen ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie Reaktionen von den Eigentumsvertretern bekommen?

Dr. **Kraus:** Von den Eigentumsvertretern war die Reaktion die, alle Maßnahmen zu setzen, um Schäden zu vermeiden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In welcher Form ist diese Reaktion gekommen?

Dr. **Kraus:** Das hat mir Stadtrat Mayr dann gesagt: Alle Maßnahmen sind zu setzen. Ich habe auch Dr. Gatscher ... Denn es ist ja so ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Na ich frage Sie nur: Wer? Mayr hat es gesagt, sonst jemand?

Dr. **Kraus:** Die ursprünglichen Erkenntnisse ... Aber sicherlich nach Abstimmung auch mit den anderen Eigentümern. Es ist so, daß Stadtrat Mayr in der Regel solche Dinge abgestimmt hat mit seinen Pendants auf Bundesebene.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sind Sie überzeugt, daß ...

Dr. **Kraus:** Ja, das nehme ich also an.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber Sie wissen es nicht?

Dr. **Kraus:** Ja, aber ich nehme es mit hundertprozentiger Sicherheit an.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns Beispiele sagen, wo Mayr mit Dr. Androsch etwas vereinbart hat? Stadtrat Mayr mit Dr. Androsch. Konkret. Wenn Sie es annehmen, dann müssen Sie irgendwo einen Hinweis haben, daß konkret etwas ...

Dr. **Kraus:** Zum Beispiel in diesem Fall war es so, daß gesagt wurde: Alle Maßnahmen sind zu setzen, um Schäden zu mindern oder zu vermeiden. Es war ja damals so, daß mein Vorbericht noch sehr vage war, nicht im Detail durchleuchtet, daß ich aber wohl den erhärteten Verdacht gehabt habe, daß das so läuft und daß das so aussieht. Auf Grund dieses Berichtes haben wir dann mit Stadtrat Mayr auch gesprochen, und er hat gesagt: In Ordnung. Alle Maßnahmen zu setzen. Und auf Grund dessen habe ich dann Dr. Gatscher eingesetzt, und die Untersuchungen— Sie sehen es ja an den Ausarbeitungen — sind ja sehr umfangreich. Es hat ja mindestens zwei Monate gedauert, bis das Ganze dann durchgeprüft war und bis dieser Bericht vorgelegen war. Der ist ja dann auch der Partik-Pablé übermittelt worden und hierher.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie können uns aber keinen schlüssigen Beweis nennen, daß sich die Bundesvertreter mit dieser oder einer anderen Sache konkret auseinandergesetzt haben?

Dr. **Kraus:** Bitte, mir ist bekannt, daß sich die doch immer wieder zwischen Bund und Gemeinde — das ist ja auch ganz selbstverständlich bei fünfzigprozentiger Beteiligung —, wenn Fragen auftauchen, abstimmen. Ich höre dann vom Eigentümervertreter oder in der Hauptversammlung — entscheidend ist natürlich die Hauptversammlung in dem Fall —, welche Maßnahmen zu setzen sind.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Konkret. Konkretes Beispiel dafür.

Dr. **Kraus:** Zum Beispiel: Was haben wir in der letzten Hauptversammlung gehabt?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nein, aus der Vergangenheit.

Dr. **Kraus:** Das ist ja Vergangenheit.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Im Zusammenhang mit der Prüfung der ganzen Vorkommnisse, die beim AKH passiert sind. Hier geht es ja um eine Prüfung aus der Vergangenheit, damit Sie das schlüssig nachweisen können.

Dr. **Kraus:** Ja, das war ja dann der Auftrag eben, den ich bekommen habe und den wir durchgeführt haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Vom Mayr?

Dr. **Kraus:** Vom Mayr, ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber sonst nichts?

Dr. **Kraus:** Na, ist mir momentan nicht gegenwärtig, bitte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Solche Dinge wären gegenwärtig, wenn ein Bundesvertreter und der Bürgermeister sich da engagiert hätten. Aber ich stelle fest ...

Dr. **Kraus:** Ja mehr hat sich aktuell nicht ergeben, möchte ich sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich kritisiere Sie gar nicht. Ich stelle nur fest, daß Sie keine konkreten Beispiele kennen.

Dr. **Kraus:** Nicht mehr, als ich derzeit nennen kann.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und es ist unser Hauptvorwurf, daß sich die Politiker um diese Sache nicht bemüht haben. Sie bestätigen damit, daß dieser Vorwurf, daß sich die Politiker in dieser Sache nicht bemüht haben, ...

Dr. **Kraus:** Also das bestätige ich nicht, bitte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber Sie können keine konkreten Beispiele ...

Dr. **Kraus:** Ich möchte eines sagen: Wenn ich laufend die Politiker über unsere Vorstellungen des Vorstands — also insbesondere Stadtrat Mayr — informiere, dann ist es ganz klar, daß doch auch unsere Vorstellungen hier mit entscheidend sind für das ganze weitere Baugeschehen. Wenn man sagt: Okay, ist in Ordnung, geht in die Organe, faßt dort eure Beschlüsse!, dann muß ich das als Zustimmung nehmen. *(Abg. Dr. Feurstein: Ja!)* Ja eben, und daher genügt es von meiner Seite vollkommen, wenn ich entsprechende laufende Informationen gebe, bitte. Ich kann ja nicht sagen, daß die Politiker nicht mitwirken. Natürlich, wenn sie informiert werden, wirken sie, ich möchte sagen, schon passiv und aktiv natürlich auch mit, denn sonst müßten sie ja sagen: Nein, machen Sie es anders.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann darf ich Sie noch einmal — zum wiederholten Male — fragen, wo sie aktiv mitgewirkt haben.

Dr. **Kraus:** Zum Beispiel war die Frage auch der Ausbau des Dachgeschosses auf der Ebene 15. Eine ganz entscheidende Frage: Wo sollen wir eine Investition von etwa 40 bis 100 Millionen beim Endausbau ...? Natürlich haben wir den Politikern das vorgetragen und unsere Berechnungen vorgelegt und gefragt: Sollen wir das machen oder sollen wir es nicht? Anfänglich war die Finanzseite dagegen und hat gesagt: Nein, warum, geht ja nicht, warum wollt ihr noch einmal Investitionskosten erhöhen? Worauf wir dann doch nach Überprüfung noch einmal zur Meinung gekommen sind vom Bedarf her, daß es zweckmäßiger ist, bevor ich einen Neubau angehe, uns hier offenzuhalten, auf dem Niedergeschoß entsprechend Aufstokkungen in der Folge durchführen zu können. Das sind natürlich Entscheidungen, die dann von den Eigentümern auch getroffen werden und wurden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Schauen Sie, Herr Generaldirektor, es sind so viele Vorwürfe über die frühere Tätigkeit der AKPE, des Aufsichtsrates und so weiter erhoben worden in den Zeitungen. Sie selber sind deshalb bestellt worden, und es gibt jetzt ... Wir wollten wissen: Haben sich jetzt die Politiker darum gekümmert, daß diese Dinge aufgeklärt werden? Sie haben den einen Fall aufgegriffen, Sie persönlich. Welchen?

Dr. **Kraus:** Wir haben ja auch zum Beispiel die Aufstockung hier in der Richtung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das ist eine neuere Sache. Es geht zurück ...

Dr. **Kraus:** Schauen Sie, darf ich noch etwas sagen, bitte. Ich bin dort berufen worden für die Problemlösung in der Zukunft. Ich habe gar nicht die Zeit, mich mit der Vergangenheit zu beschäftigen, bitte. Und eines möchte ich auch ganz klar sagen: Wir müssen das überhaupt abkoppeln von dem Tagesgeschehen, und ich glaube, daß der Vorstand nach Aktiengesetz eigentlich selbstverantwortlich ... Aktivitäten setzen muß. Man soll sich nicht immer auch auf Politiker ausreden, schließlich hat der Vorstand ja Verantwortung in dieser Richtung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat die Zeit, wenn Sie sie nicht haben, die Vergangenheit aufzurollen?

Dr. **Kraus:** Ich sehe kein Erfordernis, die Vergangenheit aufzurollen, bitte. Ich habe keinen konkreten Anhaltspunkt. Und wenn ich einen finde, bitte, genau wie hier bei den Sanitärcontainern und bei den Steckbeckenspülern, werden wir das rücksichtslos aufklären, werden Anwälte einsetzen, die das aufklären sollen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich stelle nur fest:

Sie sehen keine Notwendigkeit, die Vergangenheit aufzurollen. Das ist eine ganz klare Notwendigkeit, die Vergangenheit aufzurollen. Das ist eine ganz klare Aussage, da ist nichts zu rütteln an dieser Aussage.

Ja würden Sie uns jetzt noch erklären — Sie wollten schon immer davon reden — diesen Leibschüsselspülmaschinenauftrag. Richtig: 50 Millionen Schilling ursprünglich?

Dr. **Kraus:** Na ja, 53, und er ist jetzt etwa bei 25 Millionen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie kann das passieren, daß man dem Aufsichtsrat empfiehlt, daß man den Antrag stellt, einen Auftrag in Höhe von 53 Millionen Schilling zu vergeben, der am Schluß dann eigentlich nur 25 Millionen Schilling wert ist?

Dr. **Kraus:** Darf ich dazu folgendes sagen: Seinerzeit war es ja so, daß die Differenz nicht so groß war. Ich glaube, der Zweitbieter war ungefähr ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): 41.

Dr. **Kraus:** 41, um die 40 herum. Nur entscheidend war, daß damals Winter erklärt hat — bitte, das ist der ganz entscheidende Punkt —, daß laut Hygienikergutachten nur das Produkt Hildebrand in Frage käme. Und das ist ein ganz entscheidender Punkt. Denn wir können nicht Steckbeckenspüler hier ankaufen um etwa diesen Wert, die nachher praktisch infektiös sind, weil die Reinigung nicht in dem Umfang gegeben ist. Und das war der Punkt, warum der Aufsichtsrat gesagt hat, er akzeptiere auch diese Preisdifferenz.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat dieses — das wissen wir nicht, ich weiß es auf jeden Fall nicht — Hygienikergutachten abgegeben?

Dr. **Kraus:** Das war der Professor in Wien. Wie heißt er? Mir fällt jetzt der Name nicht ein. Es ist ein Wiener Professor vom Hygieneinstitut.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Flamm?

Dr. **Kraus:** Ja, Professor Flamm war also hier zuständig. Er hat dieses Hygienegutachten abgegeben. Und die sind äußerst schwierig natürlich. Man muß nämlich unterscheiden zwischen zwei Dingen: der Reinigungskraft — das heißt, der ganze Mist muß ja heraus — und der Desinfektion — das heißt, die Schüssel muß auch voll desinfiziert werden. Die schaut nach außen hin einmal gereinigt aus, aber sie muß deswegen noch nicht desinfiziert sein. Und das ist der Anhaltspunkt gewesen, wo Winter gesagt hat: Na ja, der Hygieniker sagt, dieses Produkt habe nicht diese hygienische Wertung wie das Produkt Hildebrand *(phonetisch)*, obwohl beides ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie jetzt dieses Gutachten überprüfen lassen?

Dr. **Kraus:** Na ja, wissen Sie, das ist so eine Geschichte mit dem Gutachten. Wenn man drei Gutachter beschäftigt, hat man womöglich fünf Meinungen auch in dieser Richtung. Es ist also so, daß man eines bedenken muß: Das waren damals Prototypentwicklungen, das waren keine Serienentwicklungen, und zwar deswegen, weil nämlich diese Desinfektion nicht auf hygienischer Basis erfolgt, sondern auf Heißwasserbasis, und das ist an sich eine Neuentwicklung gewesen, die also jetzt ganz spezifisch hier zu sehen ist. Und bei Prototypen ist halt nun einmal die Frage, ob ein Gerät in erster Serie schon erfolgreich funktioniert oder nicht. Das ist immer noch im Raum.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie sind Sie dann daraufgekommen, daß das Gutachten Professor Flamm nicht stichhältig ist?

Dr. **Kraus:** Na ja, ich habe es mir selbst angesehen. Ich habe auch Professor Flamm dann eingeladen und habe ihm verschiedene Vorhaltungen gemacht, wie man das oder jenes sehen soll oder sehen kann. Ich muß sagen: Meines Erachtens ist es von Winter anders interpretiert worden, als es im Gutachten drinnensteht. Schauen Sie, der Gutachter weiß ja nicht, was ein anderer nachher damit macht. Das ist immer die Geschichte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ihnen als Laien war es klar ...

Obmannstellvertreter **Mühlbacher:** Ich unterbreche nunmehr die Zeugeneinvernahme und würde den Herrn Zeugen bitten — um 14 Uhr wird diese Einvernahme fortgesetzt —, daß er dann wieder hier bei uns ist. Bis dahin danke ich. *(Generaldirektor Dr. Kraus verläßt den Saal.)*

(Die Sitzung wird um 12 Uhr 30 Minuten unterbrochen und um 14 Uhr wiederaufgenommen.)

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl** *(nachdem Generaldirektor Dr. Kraus wieder in den Saal gerufen wurde)*: Herr Zeuge, darf ich Sie bitten, hier Platz zu nehmen. Wir setzen Ihre Einvernahme, Herr Dr. Kraus, jetzt fort. Als fragender Abgeordneter sitzt Ihnen Herr Abgeordneter Dr. Feurstein gegenüber. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Generaldirektor, ist Ihnen also klar geworden, daß Prof. Flamm gewisse Dinge in diesem Gutachten so dargestellt hat, daß eine zwingende Vergabe

dieses Leibschüsselspülmaschinenauftrages an die Firma Hildebrand nicht erforderlich gewesen wäre?

Dr. **Kraus:** Ich möchte dazu sagen: Ich bin von der Hygiene her viel zuviel Laie. Da sind gewisse Dinge nicht ganz eindeutig erschienen. Das war der Grund, warum ich gesagt habe: Na so ganz kann ich der Sache hier nicht folgen. Das war auch mit der Grund, warum ich das noch einmal näher untersucht habe. Aber, wie gesagt, ich bin kein Spezialist in der Hygiene, das ist eine ganz spezielle Wissenschaft.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ihnen war es also klar?

Dr. **Kraus:** Aber mir sind gewisse Ungereimtheiten, möchte ich vielleicht sagen, hier aufgefallen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Generaldirektor! Ist Ihnen einmal von einem Politiker gesagt worden, Sie sollten die ganze Frage der Auftragsvergabe an die Firma Siemens überprüfen?

Dr. **Kraus:** Das ist richtig in dem Zusammenhang. Es wurde gesagt, diese ganze Siemens-Geschichte. Ich habe den Generaldirektor mehrfach eingeladen, wir haben verschiedene Gespräche gehabt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat Ihnen das gesagt, wer hat Sie aufgefordert?

Dr. **Kraus:** Das war auch Stadtrat Mayr im Zusammenhang mit der Siemens-Geschichte. Aber ich glaube, vor allem war es auch der Aufsichtsratvorsitzende Waiz, und es war hier die Frage zu prüfen, wie weit können wir Feststellungen bei uns hier treffen über irgendwelche Zahlungen, die über die AKPE abgewickelt sein sollten oder könnten. Und solche Tatbestände haben sich in keiner Weise ergeben. Ich habe auch Herrn Generaldirektor Wolfsberger zweimal eingeladen zu Gesprächen, und wir haben Gespräche geführt, es haben sich aber keinerlei Anhaltspunkte in dieser Richtung ergeben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es wurde nicht gesagt, daß man die Art und Weise der Auftragsvergabe und eine eventuelle Neuausschreibung in diesem Zusammenhang zu prüfen hat?

Dr. **Kraus:** Schauen Sie, dazu möchte ich folgendes sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist die Frage ja oder nein?

Dr. **Kraus:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nein. Wie war es bei der ITT? Gab es dort einen entsprechenden Auftrag?

Dr. **Kraus:** Wir haben alle diese Dinge angesehen, ob irgendwelche Zahlungen — das gilt genauso für Schrack und Siemens. In dieser Richtung habe ich mich in Rechnungshöhe und so weiter ins Einvernehmen gesetzt, ob irgendwelche Erkenntnisse in dieser Form gewonnen werden können. Es haben sich aber keinerlei Anhaltspunkte ergeben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Politiker haben sich hier nicht eingeschaltet?

Dr. **Kraus:** Nein. In dieser Richtung nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Im Hinblick auf den ABO-Auftrag?

Dr. **Kraus:** Auch nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Im Hinblick auf die ganze Auftragsvergabe auf dem Bausektor? Baufirmen?

Dr. **Kraus:** Nein. An sich auch nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gab es auch keine Einschaltung der Politiker?

Dr. **Kraus:** Nein. In meiner Periode nicht. Bitte, ich möchte noch einmal sagen, ich bin viel zu kurz dort, und Sie müssen bedenken, ein halbes Jahr ist ein kurzer Einarbeitungszeitraum. Ich muß sagen, ich habe heute noch Mühe, in die Details einzugehen. Aber ich habe mich bemüht, gerade bei diesen Punkten, wo unter Umständen wir was beitragen könnten, hier doch Untersuchungen durchzuführen. Es haben sich aber keinerlei Anhaltspunkte gezeigt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die beiden Aufträge, die Sie untersucht haben, wo etwas herausgekommen ist, Leibschüssel und Sanitärcontainer, ist aus Ihren eigenen Überlegungen heraus geprüft worden und auch das Ergebnis? Oder haben Sie bei diesen Bereichen von irgend jemand Außenstehendem einen Hinweis bekommen, daß zu überprüfen ist?

Dr. **Kraus:** Nein, nicht Außenstehenden, sondern, wie schon einmal erwähnt, ich habe so verschiedene Bemerkungen von Mitarbeitern im Hause gehört und vor allem auch von Dr. Lester von der Rechtsabteilung der AKPE. Ich bin dann der Sache nachgegangen, und in diesem Zusammenhang habe ich den Herrn Hildebrand, den Eigentümer der Firma, die mit dem Leibschüsselstuhl ursprünglich beauftragt werden sollte, eingeladen, und da war die Problematik, welche Leistung erbringt hier überhaupt die Firma Prutscher. Bitte, das Gespräch hat vor zwei Zeugen mit stattgefunden, worauf er gesagt hat: Eigentlich gar keine, im wesentli-

chen stellt sie nur Fakturen aus. Das war für mich sicher ein Alarmzeichen, denn wenn eine Firma eigentlich nach Aussage des Hauptlieferanten, mit dem er wieder Verträge gehabt hat, erklärt: Leistung null!, na dann kann mit dem Preis wahrscheinlich auch etwas nicht stimmen. Aber das war der Anlaß, warum ich das im Detail untersucht habe und wo wir auch dann den Rücktritt echt erzwungen haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Rolle spielte dabei Dipl.-Ing. Winkler?

Dr. **Kraus:** Der Winkler hat eigentlich in dem Zusammenhang keine Rolle gespielt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat sich auch nicht eingeschaltet oder bemüht?

Dr. **Kraus:** Auch nicht eingeschaltet. Es waren hier Sachbearbeiter Dr. Glaninger und Haunzwickl. Das waren die Sachbearbeiter, die sich primär damit beschäftigt haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wenn Dipl.-Ing. Winkler hier im Ausschuß behauptet, er hätte diesen Auftrag zurückgehalten, was würden Sie dazu sagen?

Dr. **Kraus:** Zurückgehalten hat er ihn nicht, denn es ist ja im Aufsichtsrat damals beschlossen worden, daß er rausgeht. Es wäre möglich, daß er — ich weiß nicht, ob er etwas gewußt hat, das kann ich nicht beurteilen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat Dipl.-Ing. Winkler Ihnen gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß er in dieser Frage mit Dipl.-Ing. Winter nicht einer Meinung war?

Dr. **Kraus:** In der Folge schon.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber sofort bei Ihrem Eintritt?

Dr. **Kraus:** Nein. Na ja — Eintritt, er ist nicht selbst zu mir gekommen, wie das Problem aufgestossen ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das genügt mir schon. Er ist nicht zu Ihnen gekommen?

Dr. **Kraus:** Direkt nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Zu Ihnen gekommen ist der Chef der Rechtsabteilung, Dr. Lester.

Dr. **Kraus:** Dr. Lester und die Sachbearbeiter. Ich habe allerdings Winkler dann schon befragt ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben ihn befragt?

Dr. **Kraus:** Bitte, ich kann jetzt nicht unbedingt sagen, ist er zu mir gekommen oder ... Ich habe ihn in der Folge gesprochen. Es ist wichtig. Nur möchte ich sagen, das kann ich jetzt wirklich nicht ganz genau sagen. Ich habe damals mit so vielen Leuten gesprochen in diesem Zusammenhang. Ob er jetzt zu mir selbst gekommen ist, oder ob ich ihn aufgefordert habe, das kann ich jetzt im einzelnen nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Konnten Sie feststellen, daß Dipl.-Ing. Winkler jemanden über die Unkorrektheit dieses Auftrages informiert hat?

Dr. **Kraus:** Nein, das kann ich an sich nicht. Das ist wieder Vergangenheit. Das kann ich nicht beurteilen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie ist es mit dem Auftrag Bodenbeläge? Wer hat diesen Auftrag bekommen?

Dr. **Kraus:** Der ist ja erst jetzt in Vergabe an sich. Bitte, da sind mehrere Bieter. Da hat Semperit, was ich weiß, sogar ein eigenes System jetzt entwickelt, und das wird man also noch sehen. Ein Teil ist ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber ein Teil ist bereits vergeben?

Dr. **Kraus:** Ein Teil ja. Aber ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat ihn bekommen?

Dr. **Kraus:** Sie, das kann ich eigentlich jetzt nicht sagen. Das ist auch schon vor meiner Zeit sicherlich gewesen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie hoch ist der Auftrag, der vergeben worden ist?

Dr. **Kraus:** Das kann ich nicht sagen. Sie müssen verstehen, es ist verbaut worden. Ich glaube, 2 Milliarden im Vorjahr. Ich bin ja erst im August eingetreten. Also ich kann mich nicht an diese Dinge, die früher waren, hier im Detail erinnern.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was haben Sie getan, als Ihnen bekannt geworden ist, daß in diesem Zusammenhang Schmiergeldzahlungen an Wilfling geleistet worden sind, die die Größenordnung von 20 Millionen Schilling erreichen sollen?

Dr. **Kraus:** An Wilfling! Ist mir nichts bekannt, daß Wilfling soviel Schmiergelder erhalten haben soll.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist Ihnen nichts bekannt? Sie haben es auch nicht geprüft, solche Gerüchte?

Dr. **Kraus:** Nein, schauen Sie, nochmals: Ich bin überzeugt, es ist ja unsere Bilanz auch vom Wirtschaftsprüfer geprüft worden, es ist ja

auch vom Kontrollamt geprüft worden. Also, es sind nirgends Feststellungen — das Kontrollamt macht ja die Gebarungsprüfungen mit großer Akribie —, daß irgendwelche Zahlungen an Wilfling, Winter oder sonst wem ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber nicht von der AKPE?

Dr. **Kraus:** Über Dritte können wir nichts wissen. Das ist ja völlig unmöglich, nicht?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben sich nicht veranlaßt gesehen, daß Sie diesen Auftrag Bodenbeläge einer nochmaligen Prüfung unterziehen, so ähnlich, wie Sie die beiden anderen Aufträge geprüft haben?

Dr. **Kraus:** Nein, an sich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie sind auch von niemandem aufmerksam gemacht worden?

Dr. **Kraus:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein:** (ÖVP): Von niemandem?

Dr. **Kraus:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie einen Herrn Mayerhofer?

Dr. **Kraus:** Meinen Sie den ehemaligen Geschäftsführer von der WIBAG, Betriebsansiedlungsgesellschaft?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja.

Dr. **Kraus:** Sicher muß ich ihn kennen, war ja Geschäftsführer.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was spielt der für eine Rolle bei der APAK? Oder bei der AKPE?

Dr. **Kraus:** APAK?

Abg. Dr. **Feurstein:** Oder bei der AKPE?

Dr. **Kraus:** Überhaupt keine.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Im Zusammenhang mit dem AKH?

Dr. **Kraus:** Überhaupt keine. Da muß ich sagen, der Mayerhofer ist aus den Diensten der Holding ausgeschieden vor mindestens eineinhalb Jahren, und ich habe ihn seit damals, glaube ich, kein einziges Mal gesehen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat er nie Beratungstätigkeiten für die AKPE, für die APAK oder in anderem Zusammenhang für das AKH ausgeführt? Können Sie das ausschließen?

Dr. **Kraus:** Ich habe gehört, daß er für die Allplan eine Zeitlang gearbeitet hat und die Allplan ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Allplan ist eine Mitarbeiterin der APAK.

Dr. **Kraus:** Mehr kann ich also dazu nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber das wissen Sie?

Dr. **Kraus:** Das hab ich gehört. Ja. Aber persönlich habe ich mit ihm überhaupt keinen Kontakt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Damit ist er Konsulent für die APAK?

Dr. **Kraus:** Für die Allplan, bitte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Allplan ist ein Teil, ein Partner der APAK.

Dr. **Kraus:** Ich weiß nicht, welche Tätigkeit er ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Da wollte ich Sie jetzt fragen.

Dr. **Kraus:** Das kann ich nicht sagen. Jedenfalls in Erscheinung getreten ist er wissentlich nie.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was hat die Allplan für eine Aufgabe im Rahmen der APAK?

Dr. **Kraus:** Na ja, die Allplan ist natürlich primär auf Technik, für die ganze Planung ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Auftragsvergaben werden durch die Allplanung kontrolliert, überprüft?

Dr. **Kraus:** Kontrolliert, überprüft. Es ist so, daß die APAK natürlich das gesamte hier in der Abwicklung prüft, und daß natürlich hier Konnex von der Allplan herüber gegeben ist, teilweise durch gegenseitige Personalbeistellung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Bereiche?

Dr. **Kraus:** Haustechnik. Vor allem Klimatechnik. Der Professor Almiras ist ja ein Spezialist auf dem Gebiet der Klimatik.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie feststellen oder feststellen lassen, in welchen Bereichen, bei welchen Auftragsvergaben Herr Mayerhofer eingeschaltet worden ist?

Dr. **Kraus:** Da müßte man bei der Allplan anfragen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie das feststellen lassen?

Dr. **Kraus:** Wenn wir Auskunft kriegen, schon.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wenn Sie anfragen, passiert es, daß Ihnen die APAK keine Auskunft gibt?

Dr. **Kraus:** Nicht bei der APAK. Da müßte

ich bei der Allplan. Der war nie bei der APAK tätig, der Mayerhofer, sondern bei der Allplan, und die Allplan ist Gesellschafter bei der APAK. Ich habe keinen direkten Zugriff, denn unser Partner ist die APAK und nicht die Allplan, juristisch gesehen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber Sie können doch feststellen, welche Personen bei bestimmten Auftragsvergaben im Rahmen der APAK befaßt waren?

Dr. **Kraus:** Das müßte möglich sein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wenn der Herr Mayerhofer mit bestimmten Auftragsvergaben befaßt war, können Sie das auch feststellen?

Dr. **Kraus:** Wird möglich sein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wenn Sie jetzt hinausgehen aus diesem Untersuchungsausschuß, werden Sie das feststellen lassen?

Dr. **Kraus:** No ja, ich werde mit der APAK in der Richtung einmal Kontakte aufnehmen, und versuchen, das festzustellen ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Zu welchen Politikern hat Herr Mayerhofer ein besonderes Naheverhältnis?

Dr. **Kraus:** Da müssen Sie ihn schon selbst befragen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben ja ...

Dr. **Kraus:** Das weiß ich nicht. Er hat natürlich mit allen Politikern Auffassungskontakt haben müssen. Denn eine Betriebsansiedlungsgesellschaft ist ja für den Bereich der Stadt Wien tätig, und er wird also wechselseitig mit allen gesprochen haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mit welchen Bundespolitikern?

Dr. **Kraus:** Ich glaube, gar nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sind Sie sehr gutgläubig?

Dr. **Kraus:** Das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wollen jedenfalls keinen Politiker nennen.

Dr. **Kraus:** Von Bundesseite kann ich es wirklich nicht sagen, und die Gemeindeseite, glaube ich, daß er mit sämtlichen Kontakt gehabt hat, das ist unbedingt anzunehmen. Von Bundesseite glaube ich nicht. Schauen Sie, die Betriebsansiedlungsgesellschaft ist sehr primär mit kommunalen Projekten im Raum von Wien beschäftigt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche sind die Hauptvorwürfe — Sie haben gesagt, Sie haben jetzt wesentliche Arbeit mit der Beantwortung des Kontrollamtsberichtes —, 700 Seiten haben Sie genannt, die vom Kontrollamt erhoben werden?

Dr. **Kraus:** Da geht es von der Gründung weg im Hinblick auf Planungen, auf Vergaben und alle diese Dinge. Das zieht sich wie ein roter Faden seit 1967 durch. Also, ich meine, das ist ein unerhörtes Konvolut, wobei es auch immer schwer zu entscheiden ist, was gehört in die alte Gestionierung, was gehört in die neue Gestionierung der APAK, weil sie einander immer übergreifen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was würden Sie aus Ihrer Sicht, nachdem Sie das gelesen haben, als die Hauptvorwürfe betrachten? Die schwerstwiegenden?

Dr. **Kraus:** Fehleinschätzungen, teilweise bei den Planungen, teilweise bei den Ausschreibungen, dann Kostenüberschreitungen, die sich nachher herausgestellt haben, daß die Übergangsphase natürlich mit gewissen Schwierigkeiten verbunden war, bis also die AKPE wieder, sagen wir, auf diesem Dampfer wieder mitfahren konnte, der ja früher von der Bauleitung wahrgenommen wurde. Es ist also eine ganze Reihe von Dingen, die hier drinnen stecken.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In welchem Ausmaß sind die Kostenüberschreitungen?

Dr. **Kraus:** Da muß ich eines sagen: Das kann ich eigentlich hier jetzt im Detail nicht beurteilen. Wie gesagt, ich habe die Vergangenheit nicht nachzuvollziehen. Ich möchte sagen, was heißt Kostenüberschreitung? Man muß das so sehen, daß ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben den Begriff Kostenüberschreitung genannt.

Dr. **Kraus:** Zu den einzelnen Aufträgen, aber ich meine jetzt in Gesamtheit. Kostenüberschreitungen, das kann ich gar nicht beantworten, aus dem Grunde, weil ja das Bauwerk immer wieder größer wurde, erweitert wurde, und das müßte man alles in der Richtung verifizieren. Aber es sind einzelne Aufträge drinnen, wo Kostenüberschreitungen drinnen sind. Das ist so zu verstehen. Was natürlich vom Kontrollamt, möchte ich sagen, berechtigt kritisiert wird.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In welcher Größenordnung?

Dr. **Kraus:** Das kann ich nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer hat die Gutachten Stadler, Frotz und Aicher bezahlt?

Dr. **Kraus:** Das wird von der Gesellschaft bezahlt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie hoch sind die Honorare?

Stimmen — ich nenne die Beträge jetzt — Stadler 120 000 S?

Dr. **Kraus:** Ja, das könnt möglich sein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP) Frotz 100 000 S?

Dr. **Kraus:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein:** Aicher 60 000 S?

Dr. **Kraus:** Ja, ja. 60 000, das weiß ich genau.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sind diese Aufträge, diese Gutachten Frotz, zur Entlassung des Aufsichtsrates, Aicher, zur Entlassung des Vorstandes, und Stadler, zur Rechtfertigung der Tätigkeit der ABO, vergeben worden?

Dr. **Kraus:** Nicht mit der Motivation. Es waren gewisse Problemstellungen zu Dingen, zu denen diese Gutachter Stellung genommen haben. Das Organ Aufsichtsrat hat beschlossen, daß diese Gutachten eingeholt werden, und so ist es auch gemacht worden, und sie sind auch eingegangen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie als Generaldirektor können vertreten, daß die AKPE diese Gutachten bezahlt hat?

Dr. **Kraus:** Ich möchte sagen, es war für uns sogar sicherlich sehr interessant und sehr wichtig, solche Gutachten auch für die Beurteilung zu haben. Denn eines möchte ich sagen: Diese Gutachten haben mir sehr viel im Detail wieder Auskunft und Wissen gegeben in dem Zusammenhang. Ich kann nicht alles nachvollziehen. Und diese Gutachter haben sicherlich hier sehr umfassende Problemkreise erläutert und ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie halten es für richtig, daß der Aufsichtsrat beschließt, ein Gutachten über seine Tätigkeit in Auftrag zu geben, und Sie als Generaldirektor bezahlen das?

Dr. **Kraus:** Schauen Sie, da muß ich sagen, der Aufsichtsrat ist ein autonomes Organ, der sicherlich Beschlüsse fassen kann, die der Vorstand gar nicht beeinflussen kann.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben keine Veranlassung gesehen, darauf hinzuweisen, daß eigentlich für ein solches Gutachten über die Rechtmäßigkeit der Tätigkeit des Aufsichtsrates eingeholt werden sollte, dann auch die Aufsichtsratmitglieder dieses Gutachten selbst zu bezahlen hätten?

Dr. **Kraus:** Nein. An sich ist es ganz klar, daß hier ein Beschluß auch für die Aktiengesellschaft bindend ist. Und ich hätte auch gar keine Einwendungen gehabt, denn nochmals, bitte: Das Gutachten Frotz hat ja sehr viele Erkenntnisse für uns gebracht in der Richtung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer bezahlt das Gutachten Knight — Wegenstein, das jetzt eingeholt wird vom Gericht? Auch die AKPE?

Dr. **Kraus:** In welchem Zusammenhang?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): ABO.

Dr. **Kraus:** Das wird man sehen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP) Wer bezahlt das? Bezahlt das die AKPE, oder zahlt das jemand anderer?

Dr. **Kraus:** Das kann ich an sich nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP) Haben Sie eine Bereitschaftserklärung abgegeben, dieses Gutachten zu bezahlen?

Dr. **Kraus:** Das ist ja vom Gericht getan worden. Nicht von uns.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie eines dieser drei Gutachten in Auftrag gegeben? Sie persönlich. Aus sich heraus.

Dr. **Kraus:** Von uns auch nicht. Wir haben den Beschluß des Aufsichtsrates vollzogen.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Der nächste Fragesteller ist der Herr Abg. Bauer.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Generaldirektor, Sie werden sicherlich mit mir übereinstimmen, wenn ich feststelle, daß bei so einem großen Baugeschehen, wie es sich bei dem Neubau des Wiener Allgemeinen Krankenhauses handelt, der Optimierung des Planungsablaufes größte Bedeutung zukommt.

Ich darf Sie daher wirklich bitten, daß Sie dem Untersuchungsausschuß möglichst genau die Projektorganisation des AKH-Projektes beschreiben, darlegen, und zwar vor dem Einsetzen der begleitenden Kontrollen, uns also sagen, wie die Ziele, die Aufgaben der Projektorganisation und die Kompetenzen der beteiligten Planungsstäbe und Gremien gegeneinander abgegrenzt gewesen sind, welche Entscheidungsebenen es hier gegeben hat und wie vor allem die politischen Instanzen in den Entscheidungsprozeß eingebunden gewesen sind?

Dr. **Kraus:** Es ist natürlich so: Die AKPE ist eigentlich Baubevollmächtigter der Eigentümer, sie hat die Interessen der Eigentümer in erster Linie zu vertreten.

Die APAK ist Projektmanagement, die seinerzeit aus einer Ausschreibung als Bestbieter hervorgegangen ist. Sie hat natürlich die primäre Aufgabe der gesamten Koordination sämtlicher Planer, sämtlicher Baufirmen und

in der weiteren Folge auch Kollaudierung, Preisprüfungen bis zur Fertigstellung und Inbetriebnahme. An sich kommt der APAK eine Schlüsselfunktion in dieser Richtung zu. In der weiteren Folge sind in diesem Zusammenhang ganz entscheidende Architektenteams ingeriert, die von allem Anfang an dabei waren und die in sehr umfangreichem Ausmaße in die Planung natürlich miteingeschaltet sind. Dann kommt die ARGE-Klima, die ARGE-Sanitär, die für ihre Spezialbereiche die Sacherhebungen für die Ausschreibungen durchführen, es wird dann ausgeschrieben, und dann werden die Firmen in diesem Zusammenhang beauftragt.

Die AKPE hat primär die Aufgabe, all diese Handlungen zu koordinieren, hier auf die Termineinhaltungen laufend zu schauen, auch zu schauen, wie es mit den Kostenentwicklungen aussieht, und dergleichen.

Die APAK hat hier ein EDV-Großprogramm eingesetzt, wo auf Grund der Netzplantechnik sowohl die Termine als auch die Kosten laufend fortgeschrieben und verfolgt werden.

Da gibt es laufende Berichte, die auch uns geliefert werden, die von unseren Sachbearbeitern kontrolliert und überprüft werden. Wenn Divergenzen in den Zeitvorhaben und dergleichen auftreten, wird naturgemäß sofort urgiert. Es sind laufend Abstimmungsgespräche in dieser Richtung im Gange.

Hier kommt noch eines dazu: daß alle diese Bereiche vertikal untergliedert sind, nach Hochbau mit der ARGE Kernbau, daß natürlich auch die ARGE-Klima, ARGE-Sanitär laufend in die Gespräche miteingebunden sind, immer wieder Terminvorgaben überprüft werden und vor allem unsere Sachbearbeiter sehr aktiv in diese Dinge eingreifen müssen und sollen.

Abg. **Pischl** (ÖVP): Es würde mich im ganzen Planungsablauf interessieren: früher hat das die ABO gemacht.

Dr. **Kraus:** Die APAG hat das gemacht; immer.

Abg. **Pischl** (ÖVP): Die APAG hat das immer gemacht. Wie schaut es jetzt in diesem Zusammenhang mit der Kontrolle aus? Ist diese jetzt ausreichend, oder gibt es von Ihrer Seite her Verbesserungsvorschläge?

Dr. **Kraus:** Ich möchte eines sagen: Es gibt Verbesserungs- und Umstrukturierungsvorschläge, und zwar auf Grund einer Gegebenheit. Das bisherige Bauvorhaben war charakterisiert durch den Hochbau. Das war eine völlig einheitliche Geschichte. Die ARGE-Kernbau hat die Aufgabe gehabt, die 25 Meter hohen Stockwerke möglichst rasch fertigzustellen, auch den Flachkörperteil, das Ganze also fertigzustellen.

Nun ist natürlich eine Umschichtung im Zuge. Es hat jetzt seit über einem Jahr der Innenausbau ganz konzentriert eingesetzt, vor allem die Technikerebene. Es ist so, daß das Bauwerk in jeweils fünf oder sechs Stockwerke zusammengefaßt ist, mit einer Technikerebene, wo alles, was mit Energie, Steuerung, Aufzug und so weiter zusammenhängt, also die ganzen Klimageräte, die ganzen Steuerungsgeräte, die elektrische Versorgung, Gasversorgung, immer wieder aus Gründen der Sicherheit untergeteilt ist. Das heißt: Falls eine Ebene ausfallen würde, sind die anderen Teile immer wieder voll in Betrieb, daß also die Sicherheit hier möglichst groß sein soll. Und das ist jetzt eine ganz gewichtige Umstellung. Auf der einen Seite der Ausbau der gesamten Technik, die ganzen Rohrverlegungen, die ganzen technischen Maschinen, die sich jetzt in den einzelnen Etagen bereits in Montage befinden, und auch die gesamte Inneneinrichtung, vor allem die Trennwandaufstellung, und diese ganzen Geschichten, die jetzt durchgezogen werden müssen.

Wir haben einzelne Stockwerke, wo schon die Finalisierung relativ weit fortgeschritten ist, manche, wo gar nichts gemacht wurde. Das hängt aber mit der technischen Planung im Fortschritt hier zusammen. Das bedingt natürlich jetzt eine Umorganisierung und Umstellung in diesem Zusammenhang.

Wir haben jetzt im Laufen eine Aufteilung, wo wir das unterteilen nach einzelnen Bereichen, Projektverantwortliche schaffen, die aber alles koordinieren müssen. Bisher war es so, daß der Klimatechniker, der Elektrotechniker das oder jenes gearbeitet hat. Die Firmen haben darauf nicht immer voll in ihren Terminen Rücksicht genommen und das voll abgestimmt, denn eine jede Firma sieht natürlich ihre eigenen Interessen und will in dem Zusammenhang möglichst viel verdienen. Um das Ganze zu versachlichen und zu koordinieren, die Zusammenfassung unter Projektverantwortliche, wobei der Betreffende für die ganze technische Einrichtung, für die Beleuchtung und für alle Dinge in seinem Bereich je nach dem Zeitraum vorgabeverantwortlich sein muß. Wir halten das für richtig. Denn nur die Aufteilung in kleinere Teilbereiche gibt uns eine Gewähr, einen echten Überblick zu haben.

Wir haben natürlich jetzt auf Grund der EDV für beispielsweise Ebene 05, das sind ein paar tausend Quadratmeter, 20 000 etwa unten; das ist fast nicht mehr überblickbar, und da sind 10 oder 15 Firmen beschäftigt. Das hat im einzelnen in der Koordinierung nicht immer ganz gestimmt und gepaßt, ist auch klar, weil es

angelaufen ist, und das müssen wir jetzt zusammenführen.

Daher eine Umorganisation in der Richtung auf die Baustelle. Es ist auch geplant, daß die Bauleitung direkt an der Baustelle installiert wird — die Herren sitzen jetzt auswärts —, und zwar deswegen: wenn sie auf der Baustelle sind, wird sicherlich der Kontakt zu den ausführenden Firmen ein besserer sein, was natürlich im Zeitablauf seinen Niederschlag finden müßte.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Sie haben jetzt in Ihrer Beantwortung im wesentlichen die Baudurchführung und die Koordination dabei dargestellt.

Wenig beziehungsweise nichts haben Sie uns über die Entscheidungsgremien bezüglich der Bauplanung gesagt. Vielleicht könnten wir einmal trennen zwischen der Baudurchführung und der Bauplanung. Welche Gremien sind Ihrer Meinung nach für die Bauplanung verantwortlich gewesen und sind es heute noch?

Dr. **Kraus:** Für die Bauplanung an sich, zunächst einmal für den gesamten Tief- und Hochbau, aber auch für die ganze Installationsplanung in der Wechselwirkung immer wieder die Gruppe der Architekten. Denn das sind die Träger der gesamten Konzeptplanung für das Ganze, die das Ganze in sich immer wieder schließen müssen. Des weiteren sind Ergänzungen ARGE-Sanitär, ARGE-Klima, aber unter Aufsicht der APAK, die immer wieder ihre Fachleute einsetzt.

Es ist ja so, daß in APAK Architekten, auch Maschinenbauer, Klimatechniker beschäftigt sind, die in Wechselwirkung sowohl mit den Planern, aber auch im Bauvollzug mit den leistenden Firmen, also mit den installierenden Firmen, laufend Kontakt haben.

Auch wir haben Fachleute auf diesem Gebiet, um beurteilen zu können, ob diese Leistungen zeitgerecht und kollaudierungsgemäß ordentlich erbracht werden. Das sind Leute von uns, die laufend Kontakte haben und versuchen, das von unserer Warte in den Griff zu nehmen. Dabei sind natürlich immer wieder Abstimmungsgespräche notwendig. Unsere Aufgabe ist vor allem primär die, daß wir versuchen, daß bei diesen Großbauvorhaben keine Lücken entstehen, daß uns nicht irgendwelche Dinge entgehen, bei denen man nach einem Jahr draufkommt, dort und dort ist überhaupt nichts geschehen, was unter Umständen bei diesem ungeheuer großen organisatorisch zu erfassenden und baumäßig abzuwickelndem Komplex möglich wäre.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Mir ist im wesentlichen die Funktion des Architekten oder einer Arbeitsgemeinschaft von Architekten schon klar. Aber letztlich läuft doch das Ganze darauf hinaus, daß einmal entschieden werden muß, was von den Dingen, die Architekten oder Nutzer letztlich wünschen, dann durchgeführt wird. Wer hat diese Entscheidungen getroffen?

Dr. **Kraus:** Das ist so organisiert, daß grundsätzlich keine Aufträge hinausgehen können ohne die Zustimmung der zuständigen Fachabteilung der Gemeinde Wien, also der MA 17, die ja klarerweise wissen muß, was sie für den künftigen Betrieb des Krankenhauses haben will, und auf der anderen Seite der Baukommission, also Prof. Deutsch und Steinbereither, die im Auftrag des Bundes für ihre Seite zuständig sind.

All diese Dinge sind sehr zeitaufwendig, aber es wird alles abgestimmt. Es kann also keine Planung als abgeschlossen betrachtet werden, solange die Zustimmung nicht besteht. Und erst wenn diese Zustimmung abgeklärt ist, kann eigentlich der Auftrag nach Passierung der Organe, das heißt nach Vollziehung der entsprechenden Organbeschlüsse, durchgeführt werden.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Sie haben meine Frage, welche politischen Instanzen in den gesamten Entscheidungsablauf beim Neubau des AKH eingebunden gewesen sind, nicht beantwortet. ich sehe es so, daß es im wesentlichen zwei Instanzen, zwei Gremien gewesen sind: Das war einmal natürlich der Aufsichtsrat und zum zweiten der Politikergipfel, diese neue Fassung des seinerzeitigen Spitzenausschusses.

Ich darf Sie jetzt ganz konkret fragen: Welche Entscheidungen genereller Art wurden an diese beiden Gremien herangetragen? Was hatten diese beiden Gremien bei der Projektorganisation beziehungsweise beim Planungsablauf an Grundsatzentscheidungen zu treffen?

Dr. **Kraus:** Da möchte ich eines dazu sagen. Es ist so, daß erstens einmal die Absichten schon im Aufsichtsrat beschlossen werden, und zwar deswegen, weil auch die Vertreter dieser Gremien im Aufsichtsrat tätig sind; Obersenatsrat Siebensohn und Ministerialrat Dr. Loicht.

Es ist nun so, daß auf Grund der Geschäftsordnung im wesentlichen alle größeren Aufträge, also über 3 Millionen Vergaben, an die Zustimmung des Aufsichtsrates gebunden sind, das heißt also jeder größere Auftrag, denn 3 Millionen Schilling sind bei diesem Vorhaben einfach ein völlig untergeordneter Betrag.

Es ist nun so, wenn in den Gremien nach Freigabe der Nutzer und Betreiber Einvernehmen erzielt wird, dann ist das genehmigt und werden vom Vorstand die Aufträge dann herausgegeben, nachdem sie vorher im Detail aus-

gearbeitet sind, sie werden also in der Regel ausgeschrieben und dann vergeben.

Wenn nun keine Einigung erzielt wird, weil zum Beispiel wir der Meinung sind, daß man etwas billiger machen sollte oder anders machen sollte, die Nutzer oder Betreiber andere Vorstellungen haben und wir kommen zu keiner Einigung, dann müssen diese Detailfragen an den Politikergipfel, sprich an die Eigentümer, herangetragen werden.

Wir hatten vor Weihnachten einmal so eine Versammlung. Es ist ja der Politikergipfel eigentlich eine Hauptversammlung, an die Meinungen herangetragen werden, dann wird dort referiert, und es entscheiden die Eigentümer, die natürlich von der Stadt Wien und vom Bund durch die entsprechenden ausgewiesenen Personen vertreten sind, welche Vorgangsweise sie wollen. Sie können sich dann der Meinung des Vorstandes anschließen, sie können sie aber auch ablehnen. Entscheidungen in der Hauptversammlung sind natürlich gesellschaftsrechtlich für uns bindend.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Und wenn vorher schon Einigkeit erzielt worden ist, dann wurde etwa der Politikergipfel oder die erweiterte Aktionärsbesprechung nicht mehr eingeschaltet?

Dr. **Kraus:** Nein. Es geht ja hier um Dinge, sagen wir Ausschreibungen eines Liftes oder irgendwelcher Beleuchtungen oder Sensoreneinbau, das sind ja auch Entscheidungen, die mit dem Tagesgeschehen am Bau verbunden sind.

An die Politiker und an den Politikergipfel werden nur Grundsatzentscheidungen herangetragen.

Sie dürfen ja nicht vergessen, daß eigentlich, ich möchte sagen, 90 Prozent der Entscheidungen durch die Vergabe der Großaufträge gefallen sind. Sie dürfen nicht vergessen, daß die ARGE-Kernbau ja eigentlich vom Baugeschehen her fertig ist; da geht es jetzt nur mehr um die Abrechnungen. Das läuft ja jetzt von der Seite aus auf die anderen Aufträge; an die Klimafirmen, an die Elektrofirmen, die sind ja alle vergeben.

Es stellen sich jetzt natürlich gewisse Umplanungen, Ergänzungen oder neue Dinge heraus; das kommt immer wieder vor. Und wenn das einen gewissen Betrag überschreitet, dann wird es getrennt genehmigt. Das sind Dinge, die sich vom Baugeschehen her bei einem so großen Baugeschehen immer wieder ergeben, weil bei der Hauptausschreibung diese Details in diesem Umfang ja gar nicht erkennbar waren.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Welche Grundsatzentscheidungen, die Sie jetzt selber hier erwähnt haben, sind denn an den Politikergipfel herangetragen worden und in welcher Weise sind sie dann gefällt worden?

Dr. **Kraus:** Es waren damals fünf Punkte, wobei es auch der Ausbau des Dachgeschosses war, die Neuvergabe der Weiterplanung bei der ABO. Der zweite war ein wichtiger Punkt.

Es war damals ein Politikerbeschluß, daß im Juni des Vorjahres gesagt wurde, man soll eine Ist-Bestandserhebung machen. Nach eingehender Prüfung und Untersuchung bin ich aber davon dann abgekommen und haben wir die Eigentümer ersucht, von dieser Ist-Bestandsaufnahme, die mehrere Millionen Schilling gekostet hätte, Abstand zu nehmen. Wir haben uns Anbote eingeholt, weil ich der Meinung bin, diese Ist-Bestandserhebung hätte etwa ein Dreivierteljahr gedauert. Heuer müssen wir wieder knapp zwei Milliarden verbauen. Dadurch hat sich das ganze Baugeschehen schon wieder wesentlich verschoben. Und das war die Motivierung, warum wir den Vorschlag gemacht haben, von dieser Ist-Bestandserhebung Abstand zu nehmen, sondern jetzt zügig weiterzubauen im Sinne der bisherigen Vorhaben.

Wir machen diese Ist-Erhebungen jetzt anders — ich erachte laufende Ist-Erhebungen schon für notwendig —, daß wir nämlich monatlich mit den Architekten, mit den Handwerkern, mit der APAK, mit der ARGE-Klima, ARGE-Sanitär und mit allen die ganze Baustelle, alle 25 Geschosse durchgehen und für jedes Geschoß feststellen, wie ist der Ist-Zustand, wie soll er sein auf Grund der Netzplantechnik, und dann genau verifizieren, wie schaut das aus. Da findet man immer wieder Dinge, daß dort der Schutt nicht weggeräumt ist, daß dort andere Dinge noch nicht sind — das hängt also mit der Koordinierung der Firmen zusammen —, und wir fassen dann auf der Baustelle ad hoc, auf den Ist-Zustand eingehend, die Beschlüsse, welche Maßnahmen nun von den zu vollziehenden Firmen auf der Baustelle zu treffen sind.

Ich glaube, das ist ein Vorgang, der in der Praxis zielführender sein muß, weil wir den direkten Durchgriff in der Richtung dann laufend haben.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Ich glaube also, festhalten zu können, daß der Politikergipfel durchaus nicht nur mit so grundsätzlichen Fragen beschäftigt war, wie etwa Terminvorgabe, Kostenvorgabe, Abstimmung zwischen den Nutzern und Betreibern beziehungsweise Errichtung, sondern eben auch mit so detaillierten Dingen wie Dachgeschoßausbau, den Sie jetzt genannt haben.

Dr. **Kraus:** Ja. Da war die Problematik die, daß wir noch die Möglichkeit hatten, etwa 2500 m² hier zu gewinnen, indem wir auf ein bestehendes Geschoß noch ein Dach hochziehen. Und da waren wir der Meinung, so billig bauen wir das nie mehr und vor allem eines: Wenn man es in einem Spitalsbetrieb nachher baut, kriegen Sie ja meistens keine Baugenehmigung beziehungweise müßten Sie ja den klinischen Betrieb in diesem Teil überhaupt einstellen. Und das war ja nicht unbedingt die Zielsetzung.

Wir sind daher der Meinung, wenn wir sozusagen die „Dachhaut" ohne vorläufig die Innereien ausbauen, die Schätzung liegt da, glaube ich, bei 20 oder 23 Millionen, der Innenausbau wird noch einmal zirka 40 Millionen Schilling kosten, erschiene uns das auch wirtschaftlich, hier Reserven schaffen zu können. Dabei war auch hier der Wunsch der Fakultät, für Ärztezimmer, für die Honorarprofessoren und so weiter zusätzlichen Raum zu schaffen. Unser Vorschlag war in der Richtung, der aber zunächst im Aufsichtsrat von den Herren der Finanzressorts abgelehnt wurde. Ja klar, die Finanzer sagen, die zusätzliche Genehmigung führt zu Mehrausgaben. Ich muß aber die Wirtschaftlichkeit sehen, wie schaut das später aus. Wenn ich später aufbaue, kostet es wahrscheinlich das Doppelte, gehe ich davon aus, daß die Störungen, die dann mit dem Bau verbunden sind, ja in ganz erheblichem Ausmaß gegeben sind.

Diese Entscheidung wurde dann in dem Politikergipfel getroffen, daß man gesagt hat, grundsätzlich ja, dieser Vorziehung des Ausbaues wird hier in dem Umfang zugestimmt, über die spätere Verwendung wird dann noch gesprochen, und wir werden dann noch einmal entsprechende Anträge stellen.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Wer hat Ihnen in dem Zusammenhang Prioritäten vorgegeben, etwa Kostenminimierung oder Minimierung der Bauzeit, oder steht etwa dann der nachfolgende Nutzerkonsens im Vordergrund des Bauziels? Hat es solche Prioritäten gegeben? Wurden sie Ihnen vorgegeben, und wer hat sie Ihnen vorgegeben?

Dr. **Kraus:** Ich möchte eines sagen: Priorität ist zunächst einmal der Zeitablauf, zeitmäßig fertig zu werden, und das geht annähernd auch konform mit der Kostenvorgabe. Denn wir haben Untersuchungen gemacht, daß der Fixkostenblock von den gesamten Beratungsfirmen und von uns inklusive — das sind etwa 220 bis 230 Leute, die hier tätig sind, und die sehr qualifiziert sind, angefangen von den Architekten und den ganzen Spezialisten in den Klimatisierungsbereichen, dem Elektrobereich, und all diesen Dingen — im Tag etwa 4 Millionen Schilling ist. Jede Bauzeitverkürzung kann uns hier nur helfen. Daher möchte ich sagen, die Priorität der Zeiteinhaltung kommt wirtschaftlichen Überlegungen sicherlich in diesem Zusammenhang ebenfalls zugute.

Die zweite Frage — und das ist nämlich ein entscheidendes Problem — ist natürlich die Abstimmung mit den Nutzern und Betreibern. Es ist doch ganz klar, daß wir nicht etwas bauen können, was nachher den Nutzern oder Betreibern in ihrer späteren Tätigkeit nicht entspricht. Und da, muß ich sagen, ist es natürlich früher und auch jetzt noch schwierig — aber ich möchte das „früher" betonen —, weil ein Großteil dieser Entscheidungen in den letzten Jahren gefallen ist. Ich möchte sagen, daß etwa 90 bis 95 Prozent dieser Entscheidungen bereits vorliegen und auch die Grundlage natürlich für die neue Betriebsorganisationsplanung darstellen, der Rest steht im Raum. Dazu muß ich sagen, daß mit Recht oder Unrecht — ich möchte eher sagen, mit Recht — sowohl die MA 17 als auch die Baukommission, also die Professoren, ihre Wünsche ganz vehement anmelden und durchsetzen wollen. Das halte ich eigentlich für legitim und richtig, nur behindert es uns oft im zeitlichen Ablauf, weil diese Entscheidungen immer wieder zu Wiederholungsdiskussionen führen, unter Umständen auch zu Wiederholungsarbeiten. Das, möchte ich sagen, ist in den letzten Jahren öfters vorgekommen. Wenn der Kontrollamtsbericht vorliegt, werden Sie auch daraus ersehen, daß diese Dinge teilweise kritisiert werden, daß die Entscheidungsfindung zeitlich oft zu lange erfolgt ist, was natürlich in der Gesamtkonzeptionsplanung gewisse Schwierigkeiten mit sich gebracht hat.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Habe ich Sie richtig verstanden, Herr Dr. Kraus, daß es nach wie vor keine eindeutige Priorität hinsichtlich der Terminfrage, der Kostenfrage oder des Nutzerkonsenses gibt? Man versucht eben, möglichst alle drei Ziele unter einen Hut zu bringen, was zugegebenermaßen schön, aber schwierig ist. Gibt es keine solche Prioritäten?

Dr. **Kraus:** O ja, es gibt schon eine zeitliche Priorität, kostenmäßig Einhaltung der Ziele, aber immer wieder natürlich unter der Auflage, daß man hier den Nutzer- und Betreiberwünschen nachkommen muß, und dort liegt ja die Schwierigkeit. Wenn Politikergipfel angerufen werden, dann sind das in der Regel solche Probleme. Und da muß man immer wieder schauen, daß wir rasch weiterkommen. Es ist ja klar, wir haben zwei große Körperschaften, wir können nicht verlangen, daß ein Politikergipfel postwendend innerhalb von drei Tagen für uns dann Entscheidungen trifft. Das ist ja auch ganz klar. Da, muß ich sagen, versuchen

wir nach Möglichkeit, diese Entscheidungen rascher herbeizuführen.

Aber nochmals: Zeitlimit, Kosteneinhaltung, natürlich unter Wahrung der Wünsche der Nutzer und Betreiber. Und da wird es halt immer wieder in gewissem Umfang in Teilbereichen ein bisserl kritisch. Ich möchte nicht sagen, daß das auf das Gesamte so durchschlägt — das ist sicherlich auszuschließen —, aber in Teilbereichen kann man dann unter Umständen einen zeitlichen Rückschlag bekommen, der dann in irgendeiner Form aufgeholt werden muß.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Dr. Kraus! Wissen Sie, wann diese Prioritäten in der jetzt von Ihnen aufgezählten Reihenfolge von wem vorgegeben worden sind?

Dr. **Kraus:** Ich weiß an sich nicht, wann, sondern als ich eingetreten bin, wurden mir diese Prioritäten eigentlich von den Eigentümern gesagt.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Darf ich Sie fragen: Von wem konkret wurde Ihnen das gesagt?

Dr. **Kraus:** Das war Stadtrat Mayr, der aber, was ich weiß, auch Abstimmungsgespräche mit dem Bund gehabt hat. Eines möchte ich sagen: Mit dem Bund ist es zumindest früher so gewesen, daß diese Abstimmung und diese Tätigkeit von Sektionschef Waiz als Vorsitzer wahrgenommen wurde. Ich habe immer wieder feststellen können, daß diese Abstimmungen zwischen Bund und Gemeinde stattgefunden haben. In welcher Form? — Wahrscheinlich hat sich Stadtrat Mayr mit den Ministern dann getroffen, zufällig oder gewollt, oder sie haben sich telefonisch abgestimmt, das kann ich an sich nicht beurteilen.

Jedenfalls war es so, daß der Aufsichtsrat-Vorsitzende diese Dinge dann auch schon immer von uns erfahren hat, er hat sie gewußt und weitergegeben, sodaß wir dann rasch gesehen haben, klärt sich das Problem so, daß wir es vom Aufsichtsrat genehmigt bekommen können, oder klärt es sich nicht, daß Schwierigkeiten auftreten, weil die Nutzer eben doch andere Voraussetzungen als wir in der Richtung haben, dann muß man eben zum Eigentümer gehen.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Einer der Vorwürfe, die im Zusammenhang mit dem Neubau des Allgemeinen Krankenhauses immer wieder erhoben werden, ist der, daß sich die Politiker zu wenig um das gesamte Baugeschehen gekümmert haben.

Sie haben uns gerade jetzt gesagt, daß sich etwa in der gegenständlichen Frage der Prioritätensetzung der Herr Stadtrat Mayr mit Ihnen ins Einvernehmen gesetzt hat. Hat sich der Herr Stadtrat Mayr allenfalls auch in der Frage der Betriebsorganisationsplanung in ähnlicher Art und Weise mit Ihnen ins Einvernehmen gesetzt?

Dr. **Kraus:** Da möchte ich folgendes sagen: Wie ich eingetreten bin, war der Politikerbeschluß — ich glaube, vom 19. Juni war der Politikergipfel —, war ja die Entscheidung hier schon fix getroffen, daß gesagt wurde, die Neuvergabe kann nicht in der bisherigen Form der ABO sein, sondern man soll sich überlegen, wie man Eigenorganisationsplanung, also mit Eigenpersonal, durchführt und wieviel man davon vergeben soll. Das war eine Entscheidung, mit der ich bereits bei meinem Eintritt konfrontiert wurde, die sich aber in der Folge vollkommen mit meinen Absichten in diesem Zusammenhang gedeckt hat.

Wer seinerzeit diese Entscheidung provoziert hat, das kann ich natürlich nicht sagen.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Sie haben uns heute mitgeteilt, daß Sie neben dem Herrn Stadtrat Mayr auch mit Finanzminister Dr. Androsch das Einvernehmen während Ihrer neuen Tätigkeit als Generaldirektor gepflogen haben.

Meine Frage: Haben Sie sich auch schon mit dem neuen Finanzminister ins Einvernehmen gesetzt und entsprechende Gespräche geführt?

Dr. **Kraus:** Ich habe ihn einmal nur kurz gesehen, ich habe einmal ausführlich mit ihm telefoniert. Es war bisher nicht möglich, weil ich im Februar drei Wochen auf Urlaub war. Aber es ist jetzt geplant, daß rasch ein solches Treffen zustande kommt.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Haben Sie über Ihren Antrittsbesuch hinaus auch mit dem Herrn Bürgermeister Gratz über die Situation beim Neubau des Allgemeinen Krankenhauses gesprochen?

Dr. **Kraus:** Ich habe mit dem Bürgermeister Gratz, ich glaube, voriges Jahr im November, einmal auch bei einem Antrittsbesuch über die Problematik gesprochen.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Zu welchen Terminverschiebungen und Teminverlängerungen und nachfolgenden Umplanungen, die eben dann mit entsprechenden Kostenerhöhungen verbunden sind, ist es Ihrer Meinung nach in gravierender Art beim Bau des Allgemeinen Krankenhauses gekommen? Welche großen Umplanungen, Neuplanungen, welche großen zeitlichen Verzögerungen und Terminverlängerungen?

Dr. **Kraus:** Soweit ich orientiert bin über die Vergangenheit, weiß ich das auch nur aus den Zeitungen, ich habe mir aber einzelne Teile angesehen. Es ist sicherlich so, daß seinerzeit

das Grundsatzkonzept ganz anders war, die spätere Planung mit den zwei Bettentürmen, Flachkörpern ist ja erst später gemacht worden.

Was ich weiß, war natürlich eines: daß seinerzeit, als gebaut wurde, die Raumfunktionsplanung in diesem Umfang nicht Schritt gehalten hat. Eine der ersten Aufgaben in dieser Richtung war ab 1975, daß die AKPE diese Raumfunktionsplanung neu vergeben hat, in der Folge dann auch die Betriebsorganisationsplanung. Für die Vergangenheit bin ich sicherlich der Meinung, daß gebaut wurde, ohne daß entsprechende Planungsübersichten und auch Vorläufe gegeben gewesen sind. Das hat sich sicherlich dann gebessert.

Aber, bitte, eines möchte ich sagen: Es ist uns bis heute nicht gelungen, die Planungen zu einem Vorlauf zu bringen, der normalerweise bei so einer Baustelle drei Monate bis vier Monate sein müßte.

In einzelnen Bereichen gibt es das, aber in manchen Bereichen werden die Pläne dem Architekten noch zeichenfeucht vom Tisch gerissen und gehen auf die Baustelle. Das hängt aber damit zusammen, daß eben gewisse Entscheidungen, sicherlich wieder Nutzer- und Betreiberentscheidungen, immer doch verzögert gefallen sind in der Vergangenheit, wo man solche Rückstände eben nicht ohne weiteres aufarbeiten kann. Denn eine Maßnahme, eine Änderung bitte, kann zur Umarbeitung von 1000 Plänen und mehr bei den Architekten führen. Großer Zeitaufwand damit verbunden, Aufholungseffekt, alle diese Dinge sind drinnen. Das muß sich jetzt, bitte, glaube ich, automatisch verbessern, denn, wie gesagt, das Haus ist an sich baulich soweit fertig, und es geht ja im wesentlichen jetzt um den Innenausbau, der natürlich jetzt der Detailplanung in diesem Zusammenhang bedarf, und da müßte laufend Koordinierung geschaffen werden. Und deswegen auch unsere Koordinierungsgespräche direkt auf der Baustelle.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Abgeordneter Pischl, eine Zusatzfrage.

Abg. **Pischl** (ÖVP): In diesem Zusammenhang: Sie haben vormittag erklärt, also bis 1987/88 dürfte man mit der Fertigstellung rechnen. Wie ist dieser Termin jetzt einzustufen, sagen wir, von dieser ganzen Problematik, wie Sie sie jetzt aufgezeigt haben, solange gebaut wurde. Ist auch damit zu rechnen, wenn Sie jetzt Innenausbau, Einrichtungen und so weiter erwähnten, daß es auch zu diesen Verzögerungen kommt?

Dr. **Kraus:** Nein. Das nehme ich an sich nicht an. Wenn Sie einmal die Baustelle besichtigen, werden Sie sehen, daß das jetzt sehr, sehr zügig vorangeht. Die Baustelle ist ja an sich geschlossen. Die ganze Geschichte ist ja wasserdicht. Wir haben doch die Erweiterungsbauten Ost, die Auslagerungsbauwerke, wo vor allem die Küche und die Energieversorgung vorgesehen ist. Da müßten wir jetzt schauen, daß wir die heuer fertigstellen. Da setzen wir besonderen Druck dahinter. Wir werden vielleicht sogar vorübergehend etwas mehrschichtig arbeiten. Das hängt aber damit zusammen, daß diese Baustelle dicht werden muß, damit es nicht hineinregnet. Wir müssen hier vor dem Winter fertig werden, denn wenn es hereinregnet, ist es niemals möglich, daß die Elektrofirmen eine Hochvoltanlage, eine 10-kV-Anlage installieren. Wir müssen also von der Bautechnik her diese Sommermonate in vollem Umfang ausnützen.

Ich glaube, das ist jetzt eine Frage der Teilinbetriebnahme. Ab 1984 sollen ja drei Kliniken fertiggestellt werden und in weiterer Folge die laufenden anderen, das heißt, nach einem gewissen Baukastenprinzip wird jetzt vorgezogen, welche Anlagen installiert werden. Und wir können das unterteilen, weil, wie schon einmal erwähnt, etwa fünf oder sechs Geschosse immer ein eigenes Technikergeschoß ist. Klimatisieren, Beleuchtung, alles, mit den ganzen Steuerungen, sodaß einzelne Abschnitte im Haus getrennt betrieben werden können. Ein Gesamtzusammenbruch ist also in diesem Zusammenhang gar nicht möglich, sofern die Stromversorgung, also die Energieversorgung, klappt; und wenn sie nicht klappt, kann auch nichts passieren; es sind Gasturbinen installiert, die schlagartig hineinfahren können. Ich kenne das Problem von der Spittelau. Auch bei den E-Werken, bei allen Kraftwerken ist es gang und gäbe, daß, wenn Spannungsabfall ist, sofort Notstromaggregate hier einfallen, wobei eine doppelte Sicherheit ist: Gasturbine! Das heißt, wenn kein Gas, können die Brenner auf Öl umgeschaltet werden, und es kann ebenfalls der Notbetrieb aufrechterhalten werden, und zwar für das gesamte Haus, auch für die Aufzüge, was ja ein ganz wichtiger Gesichtspunkt ist, denn alle Aufzüge müssen ja an sich immer betriebsbereit sein.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Dr. Kraus! Sie haben uns mitgeteilt, daß Ihnen seitens der Eigentümervertretung die Prioritäten: Zeit, Kosten, Nutzerkonsens von Stadtrat Mayr mitgeteilt worden sind. Das scheint sich aber nicht im gesamten Baubereich herumgesprochen zu haben. Es gibt nämlich eine Zeugenaussage eines Bereichsleiters hier im Ausschuß, der auf diese Frage geantwortet hat: Es gibt jüngste Aussagen der Eigentümer, die lauten: Termin, Kosten, Nutzer-Konsens. — Das stimmt also auch ...

Dr. **Kraus:** Termin, Kosten, Nutzer, ja.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Termin, Kosten, Nutzer-Konsens, der Zeuge fügt allerdings an — und ich zitiere wörtlich —: Wobei es für uns sehr wichtig wäre — für die AKPE —, wenn einmal irgendwo verbindlich die Reihenfolge und die Wertigkeit tatsächlich verankert würde.

Also überall scheint sich diese Prioritätensetzung noch nicht herumgesprochen zu haben, zumindest noch nicht bis zu den Bereichsleitern hinunter.

Dr. **Kraus:** Also bitte, dieser Meinung bin ich nicht. Die Bereichsleiter wissen das schon. Ich weiß nicht, in welchem Zusammenhang ... Es mag das vielleicht bei einem Einzelproblem etwas anders gelagert sein. Aber Sie erinnern selbst, daß er diese Reihung hier in diesem Zusammenhang angibt. Aber, bitte, das ist eine Frage, das werden wir in einem Rundschreiben vielleicht einmal herausgeben.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Dr. Kraus! Sie haben auch gesagt, daß Sie der festen Auffassung sind, daß nunmehr bezüglich der Abstimmung und der Entscheidungsfindung alles besser werden würde und auch rascher über die Bühne gehen wird.

Darf ich Sie fragen, warum Sie dann mit dem Gedanken gespielt haben, nämlich noch in diesem Monat, also im vergangenen Monat, ab heute, ihre Aufgabe zurückzulegen und nicht weiter fortzuführen als Generaldirektor.

Dr. **Kraus:** Schauen Sie, da gebe ich Ihnen eine ganz offene Antwort. Es ist so, daß meine Bestellung im Juli war, und darnach ist die Frage der begleitenden Kontrolle gekommen. Es ist nun so, daß die begleitende Kontrolle an sich zunächst sicherlich ein Fremdkörper im Sinne des Aktiengesetzes sein muß, denn die Verantwortung liegt beim Vorstand, und andere Gremien reden in irgendeiner Form mit, machen Erhebungen, diskutieren, und wenn irgend etwas danebengeht, liegt also immer wieder die Entscheidung beim Vorstand. Ich wollte zunächst einmal abwarten, wie sich das hier abspielt. Das war eine völlig neue Gegebenheit, und deshalb habe ich mir — nach Farkas — gedacht: „Schauen Sie sich das einmal an!", und wie lauft die Geschichte?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Farkas-Bezug ist gelegentlich sehr stark!

Dr. **Kraus:** Aber ich meine, das ist sicherlich die Überlegung gewesen bei mir, wo ich mir gesagt habe: Na bitte, ich möchte einmal sehen, wie das Ganze läuft. Denn unser Vorschlag war ja ein anderer. Ich bin der Meinung, daß eine begleitende Kontrolle sehr sinnvoll ist, wir haben sie ja bei der Holding seit fünf, sechs Jahren betrieben, und ich war hauptverantwortlich dafür, aber eben auch unter Verantwortung. Wir haben gesagt: Dann soll die begleitende Kontrolle in den Vorstand eingebunden werden. Sie kann ruhig den Eigentümern getrennt, unabhängig — das kann man ja in der Satzung festlegen — Berichte geben, wie es in internationalen Konzernen üblich ist an sich, aber eben in die Verantwortung echt mit eingebunden und nicht extern, wobei auf Grund des Vertrages keinerlei Verantwortung damit gegeben ist.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Dr. Kraus! Sind Sie der Meinung, daß die Einschaltung der politischen Gremien, der politischen Entscheidungsträger in das ganze Baugeschehen ausreichend ist, sodaß die politischen Entscheidungsträger auch in die Verantwortung für das Baugeschehen mit einbezogen werden?

Dr. **Kraus:** Aus derzeitiger Sicht glaube ich das unbedingt bejahen zu können. Denn ich möchte sagen: Der Vorstand ist sicherlich arbeitsfähig in vollem Umfang, es ist der Aufsichtsrat arbeitsfähig. Ich möchte sagen, ich persönlich — wer mich kennt, weiß das von früher — bin sehr informationsfreudig auch in den Gremien, bitte, und wir informieren eher mehr als zuwenig. Und wie gesagt, es kommt ja nur mehr bei Grenzfragen, wo gewisse Divergenzen sind, wo daraus eventuell Termingefährdungen oder Kostenüberschreitungen im Raum stehen. Und solche Diskussionen, möchte ich sagen, wird es in diesem Zusammenhang immer wieder geben.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Ich darf mich nun einem anderen Fragenkomplex zuwenden, und zwar nochmals der Vergabe von Sanitärcontainern.

Warum wurde nach Ihren Feststellungen, Herr Dr. Kraus, der ARGE-Sanitär die Einschaltung der Firma Prutscher bei der Lieferung der Sanitärcontainer aufgetragen? Und von wem erging die Anregung?

Dr. **Kraus:** Das kann ich im Detail nicht sagen, bitte, das entzieht sich meiner Kenntnis. Wir haben wohl vollzogen, wir haben das rückwirkend aufgerollt. Das Problem liegt hier woanders. Strenggenommen müßte man sagen: Firmen, die keine Eigenleistung erbringen, scheiden wir aus den Ausschreibungen aus. Das ist meine persönliche Meinung, ja? Aber, das ist ja nicht ÖNORM-gerecht, bitte. Denn bei ÖNORM-Ausschreibung kann jeder anbieten. Und wenn Sie jetzt einen Anbieter haben, der eine blöde Firma findet, die er so unter Druck setzt, weil sie etwa Auftragsnotstand oder so irgend etwas hat, und der quetscht die

bis zum letzten aus und liefert ein Bestanbot, und eine Firma X kommt also hier zu einem Bestanbot und irgendein Subunternehmer führt die Arbeit dann durch, na bleibt ja trotzdem der, der das Billigstangebot hat, im Raum, und ich kann ja a priori nicht beurteilen, ob die Firma die Leistung ordnungsgemäß erbringt oder nicht. Er muß uns ja die Subfirma wohl nennen, der muß sie uns ja bekanntgeben. Wir haben auch die Möglichkeit, die Subfirma dann zu überprüfen. Na, wie macht man das? Man holt eine Auskunft ein, man spricht in Branchenkreisen, ist die Firma leistungsfähig und dergleichen, aber ich kann ja nach der ÖNORM einen Billigstbieter oder einen Bestbieter gar nicht rausschmeißen.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Aber Sie stimmen mir zu, Herr Dr. Kraus ...

Dr. **Kraus:** Ja, da stimme ich Ihnen vollkommen zu. Ja.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): ... daß man, um an die VOEST heranzukommen, die Firma Prutscher wahrscheinlich nicht einschalten hätte müssen?

Dr. **Kraus:** Sicher nicht. Weil der Auftrag ja vorher schon VOEST und „Bad 2000" praktisch ausgehandelt war. Wie der Prutscher da 'reingekommen ist, das ist ja — er war halt plötzlich da.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Können Sie uns etwas über die Mehrkosten sagen, die durch die Einschaltung der Firma Prutscher in den gegenständlichen Auftrag entstanden sind?

Dr. **Kraus:** Na ja, etwa, glaube ich, um die 10 bis 12 Millionen hier bei den Sanitärcontainern.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Haben Sie auch noch andere Geschäftsfälle geprüft, an denen die Firma Prutscher beteiligt ist oder gewesen ist?

Dr. **Kraus:** Ja, wir haben diese Band-Rasterdecken, also diese VOEST-Trennwände. Da muß ich sagen, das ist in Ordnung. Die Arbeitsleistung entspricht absolut den Anforderungen, und die Firma Prutscher kommt also h i e r der Auftragslage völlig einwandfrei nach.

Die zweite Frage war die Steckbeckenspülergeschichte, also diese Leibschüsselspüler, und die sind ja zu einem Storno gekommen, und die haben wir dann neu ausgeschrieben. Ansonsten, möchte ich sagen, ist die Firma Prutscher nur mehr an ganz kleinen Dingen beteiligt, also sonst liegt nichts Wesentliches vor.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Dr. Kraus! Sie haben heute die Auftragsvergabe an die ABO gerechtfertigt, in dem Sie gesagt haben, dadurch war es möglich, einen guten Teil der Arbeiten sozusagen hausintern durch eigenes Personal der MA ...

Dr. **Kraus:** Sie meinen die Teilung jetzt?

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Ja, ja! ... durchführen zu können. Wieviel Personal hat Ihres Wissens die MA 17 zur Weiterführung der Betriebsorganisationsplanung bereitgestellt?

Dr. **Kraus:** Derzeit ist es so, daß sechs Leute — also für den technischen Bereich — zur Verfügung stehen, die bereits hier bei uns immer wieder laufend Einsicht nehmen in die Pläne, die Baustelle besichtigen und diese ganzen Unterlagen studieren, der Anstaltenleiter soll in der nächsten Zeit aufkreuzen. Und jetzt natürlich das weitere Personal. Was ich weiß, sind Planpostenbesetzungen genehmigt worden für die MA 17, und teilweise wird man Personal wahrscheinlich aus anderen Spitälern herausziehen, aber dieses Personal ist noch nicht unmittelbar in dem Sinne notwendig, denn hier geht es jetzt um die Weiterplanung, wo natürlich die Wünsche der MA 17 berücksichtigt werden müssen.

Aber auf der anderen Seite wird die Mitarbeit der MA 17 ganz entscheidend, wenn es um die Einschulung der künftigen Mitarbeiter geht, die das betreiben sollen; denn wenn die AKPE praktisch ihre Tätigkeit einstellt — es ist ja nur eine Planungs- und Errichtungsgesellschaft —, dann muß ja das Ganze betrieben werden, und da muß natürlich die MA 17 ... Wir haben Zusagen von Obersenatsrat Siebensohn, daß er in allen Bereichen uns mindestens einen Mann oder bei Bedarf mehr Leute zur Verfügung stellt, die eben dann in diesem Bereich mitarbeiten, und vor allem geht es um die Einschulung. Da geht es ja um die ganze technische Betriebsführung, um die organisatorische, von der Aufnahme der Patienten, wann der bei der Tür hereinkommt, bis zur Abwicklung der Krankheitsgeschichte. Wir arbeiten bereits umfangreich an Konzepten mit der EDV-Unterstützung.

Es ist so, daß wir bestehende Programme der Stadt Wien hier übernehmen wollen, die ja bereits gängig sind, und es finden laufend auch Koordinierungsgespräche mit den Nutzern und Betreibern statt. Diese Programme sollen ausgeweitet werden. Wir haben einen eigenen Mann aufgenommen, den Dipl.-Ing. Sack von der Datenverarbeitung der Stadt Wien, also von der Gruppe Kolosens, der diese Dinge in Griff nehmen soll. Ich wirke an diesen Besprechungen wirklich auch selbst mit, weil ich seinerzeit mit EDV-Sachen einigermaßen beschäftigt war, und auch hier in Kooperation: Die EDV strahlt natürlich jetzt aus in die gesamte Betriebsorganisation, strahlt auch in den gesamten Betriebsablauf mit hinüber. Also

auch hier Unterstützung der Stadt Wien, und vor allem dann Einbindung, wenn das Problem der Einschulung für die Verwaltung aktuell wird; Hausverwaltung, die ja ein großer Komplex ist, aber auch für die gesamte Betreuung, Pflegedienst, Schwestern und alle diese Dinge wird sicherlich die MA 17 das Personal dann zur Verfügung stellen.

Beim derzeitigen Standpunkt muß man sich, glaube ich, den Kopf zerbrechen, wieviel man braucht, aber Namen oder Personen sind jetzt unmittelbar noch nicht erforderlich, weil wir ja noch immer in der Bauphase sind.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Wann, Herr Dr. Kraus, wurde denn der diesbezügliche Beschluß, die MA 17 hier direkt mit einzubeziehen, von wem gefaßt und warum wurde er denn eigentlich erst im nachhinein gefaßt?

Dr. **Kraus:** Bitte, was mir erinnerlich ist, war es so, daß, wie ich gekommen bin, ein Beschluß bereits von den Eigentümern gefaßt war; aber die Vollziehung kann ja jetzt erst kommen. Sie hängt ja auch vom Fortschreiten des Baugeschehens ab. Es wird vor allem wichtig werden, wenn wir eine Teilbesiedlung 1984 durchführen; denn für diese drei Kliniken und die dazu erforderlichen Ambulatorien muß ja natürlich dann schon eingeschultes Personal zur Verfügung stehen; vor allem auch für den haustechnischen Betrieb in diesem Zusammenhang. Eines ist klar, ich meine, das ist ja eine diffizile, schwierige, große technische Anlage; deswegen auch die Unterteilung in jeweils fünf bis sieben Geschoße, damit man das überblicksmäßig im Griff hat.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Inwieweit, Herr Generaldirektor, ist denn die Firma Prutscher am Medizinaltechnikauftrag für das AKH beteiligt?

Dr. **Kraus:** Gar nicht.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Gar nicht?

Dr. **Kraus:** Weil bei Medizintechnik ist ja noch nichts vergeben, bitte.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Was ist Ihnen darüber bekannt, Herr Dr. Kraus, daß die Firma Prutscher diesen Auftrag, von dem ich jetzt gerade gesprochen habe, an ein Subunternehmen, nämlich an die MEDCONSULT, weitergegeben hat, sozusagen im Subsubabonnement?

Dr. **Kraus:** Das war ja ein Planungsauftrag.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Nein, es geht hier um die Medizinaltechnik. Um den Auftrag Medizinaltechnik.

Dr. **Kraus:** Ja was verstehen Sie darunter? Das kann ein Planungsauftrag gewesen sein. Eine Bestellung von medizintechnischen Geräten, das gibt es ja noch gar nicht, bitte.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Schauen Sie, ich habe hier einen Subvertrag vor mir liegen, über die Projektierung und Detailplanung von Teilbereichen der medizintechnischen Einrichtungen: ortsfeste und ortsveränderliche Einrichtungen sowie Erstausstattung für den Neubau des Wiener Allgemeinen Krankenhauses. Kern der Anlage in Wien IX, Lazarettgasse/Spitalgasse.

Dr. **Kraus:** Das ist ein Planungsauftrag.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Das ist ein medizintechnischer Planungsauftrag.

Dr. **Kraus:** Das ist ein Planungsauftrag vorläufig.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Es geht hier um den Vertrag zwischen der Firma Siemens und der Firma Johann Prutscher.

Dr. **Kraus:** Darf ich folgendes sagen: Die Firma Siemens, die ja den Planungsauftrag hat, hat sicherlich einen Teil davon an die Firma Prutscher wahrscheinlich abgetreten. Denn Prutscher hat ja hier große Erfahrung in Laboreinrichtungen, in speziellen Einrichtungen, wo sie auch selbst als Produzenten auftreten. Aber das kann wirklich nur Planung sein, denn Bestellungen, echte Gerätebestellungen sind an sich noch nicht vergeben.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Aber ist die AKPE über die Weitergabe dieses Auftrages informiert . . .?

Dr. **Kraus:** Ja. Das glaube ich schon, ja. Mir ist es jedenfalls schon bekannt.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Dann darf ich an Sie noch eine weitere Frage richten, und zwar: Herr Dr. Kraus, was können Sie uns aus Ihrer Tätigkeit in der Wiener Holding, die sich ja, wie ich weiß und wie Sie uns heute berichtet haben, über die Jahre 1975 bis 1980 erstreckt hatte, über die Geschäfte der ODELGA sagen? Und zwar im Zusammenhang mit den abgehängten Bandrasterdecken? Dieser Auftrag ist ja, wie Sie wissen, nehme ich an, an die ARGE-Johann Prutscher-ODELGA gegangen, Bietergemeinschaft.

Dr. **Kraus:** Schauen Sie! Ich habe schon einmal erwähnt, daß dieser Auftrag abgehängte Bandrasterdecken ordnungsgemäß abgewikkelt wird aus heutiger Sicht. Zum seinerzeitigen Auftrag möchte ich sagen, daß das sicherlich eine Aufgabe der Geschäftsführung war, denn die Holding ist ja so geführt, daß wir Jahresbudgets erstellen und auch Drei-Jahres-Vorschaubudgets. Damals war die Situation die, daß wir, nachdem die Rudolfstiftung fertig war,

interessiert waren, Aufträge auch zu bekommen, und in diesem Zusammenhang war ich besonders drängend, daß die Geschäftsleitung hier wieder neue Aufträge akquiriert. Dieser Vorstellung und diesen Wünschen ist natürlich die Geschäftsleitung dann auch nachgekommen. Aber eigentlich ist es ja so bei der Holding, daß jedes Unternehmen rechtlich selbständig ist und die Geschäftsführer für den Erfolg verantwortlich sind. Wir haben wohl monatliche Meldungen bekommen, Betriebskennzahlen, Umsätze, Personalstände und all diese Kostenanalysen und dergleichen. Aber direkt um den Auftrag hat sich die Holding, habe ich mich persönlich überhaupt nicht umgeschaut.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Ja und dann darf ich letztens noch fragen, Herr Generaldirektor: Was können Sie über den Auftrag bezüglich der Trennwände für die Vorzone, Normalpflege, der an die ARGE VOEST—ODELGA gegangen ist, berichten?

Dr. **Kraus:** Da gilt eigentlich dasselbe. Es ist wieder die Geschäftsleitung an sich zuständig. In Einzelgeschäfte, bitte, mischen wir uns bei den Tochterunternehmungen grundsätzlich nicht ein, denn die haben eigene Organe, und in den Organen sind wieder Vorstände von uns tätig gewesen. Bei der ODELGA war Dr. Drennig vom Vorstand in den Aufsichtsrat entsandt, und dort sind dann die entsprechenden Beschlüsse auch gefaßt worden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge! Sie haben immer wieder betont, daß Sie an der Zukunft Interesse haben und nicht an der Vergangenheit, was ich durchaus verstehe. Sie haben uns aber trotzdem eine Reihe von Dingen auch über die Vergangenheit erzählt, weil es ja gar nicht möglich ist, daß man in die Zukunft arbeitet und aus der Vergangenheit nichts erfährt. Für den Fall, daß Sie meinen Kollegen Feurstein mißverstanden haben: Es geht uns immer nur darum, was Sie aus der Vergangenheit eben auf Grund neuer Vergaben et cetera erfahren haben, aber es geht uns nie darum, Sie für die Vergangenheit haftbar zu machen. Nur damit das, glaube ich, am Anfang vielleicht noch einmal klargestellt ist. Mir ist es ein paarmal so vorgekommen, als ob Sie sehr zurückweichen, wenn man um die Vergangenheit fragt, als könnten Sie etwas dafür.

Jetzt aus dieser Sicht „Planung in die Zukunft" und das bissel, was man halt aus der Vergangenheit mitkriegt, weil man das beim Planen der Zukunft braucht: Wie würden Sie heute, wenn Sie es sich wünschen könnten, auf Grund der Erfahrungen diese ganze Organisationskonstruktion und den Bau des Wiener Krankenhauses organisieren? Würden Sie wieder die AKPE machen, würden Sie wieder die APAK machen? Sie haben ja schon eingeschränkt, ABO-Auftrag, es gibt einiges, was man selber machen kann. Wie würden Sie so eine Idelakonstruktion sehen, wenn man heute noch einmal anfangen könnte?

Dr. **Kraus:** Dazu möchte ich Ihnen sagen, daß beide Konstruktionen, die bestehende und auch eine andere, sicherlich zielführend zu Lösungen führen können. Der Idealzustand ist es sicherlich nicht. Mir persönlich wäre sicherlich eine stärkere Durchgriffsmöglichkeit bei der APAK lieber als die derzeitige Konstruktion. Aber das ist eine Frage der Absprache. Wir haben mit der Geschäftsleitung jetzt laufend Gespräche, und gerade, wie erwähnt, die Umstrukturierung auf der Baustelle, wo wir uns jetzt auch persönlich viel stärker engagieren, wird zwangsläufig dazu führen, daß wir mehr Druck hier ausüben können.

Schauen Sie: Es ist natürlich eine Problematik, bitte. Sie müssen das ja so sehen, daß letztlich unser Verantwortungskreis aus dem Bereich der öffentlichen Hand gegenüber der Öffentlichkeit ja eigentlich vor der APAK endet, rein von der vertragrechtlichen Situation. Denn es besteht jetzt ein wechselseitiger Beauftragungsvertrag, ein Managementvertrag mit der APAK, die sind ja aus einer Ausschreibung als Bestbieter hervorgegangen. Daß die Gesellschafter dort primär doch ihre Interessen auch vertreten müssen und letztlich Gewinne machen wollen, ist ja auch ganz selbstverständlich. Und da kommt natürlich die APAK jetzt auch ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das ist die Interessenkollision, die dann zwangsläufig auftritt zwischen der AKPE als Vertreter des Bundes und der Stadt Wien, die mit Steuergeldern operieren, und dem Kontrollorgan, das auf Gewinn ausgerichtet ist.

Dr. **Kraus:** Und auf der anderen Seite das Durchführungsorgan. Da möchte ich sagen, da grenzt es hinüber. Es ist natürlich so: Die Kooperation, möchte ich sagen, klappt an sich schon. Aber eines war sicherlich mit erschwerend. Da muß ich sagen, daß es die APAK auch nicht leicht gehabt hat. Wenn ich jetzt wieder die Interessen der APAK sehe, daß sie ja zumindest mit einem Gewinn aussteigen will aus dieser gesamten Abwicklung: Diese Vielzahl an Wiederholungsplanungen, weil immer wieder bauliche Änderungen, organisatorische Änderungen und immer wieder neue Vorstellungen gekommen sind.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie den Eindruck gehabt, daß man sozusagen den Universitäten da zu sehr nachgegeben hat?

Dr. **Kraus:** Es gibt zwei Systeme, was ich mir

bisher auch von internationalen Planern anhören und ansehen konnte: Ein System, daß überhaupt nur geplant, gebaut wird, und dannn zieht man ein. Das ist sicherlich nicht das System, das bei diesem großen Bauwerk anwendbar ist. Wenn das ein Wald- und Wiesenkrankenhaus, weiß ich, in Mistelbach oder wo mit 100 Betten ist, dann werde ich mich mit den zwei oder drei Primarii abstimmen können, werde sagen ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie meinen, Wald- und Wiesenkrankenhaus ist ohne Klinikum?

Dr. **Kraus:** Ja, ohne Klinikum und all diese Dinge, kein Schwerpunktkrankenhaus in dem Sinn. Das ist dann kein solches Problem wie natürlich hier, wo ja der ganze Ambulanzbetrieb ganz gewaltig mit hineinkommt und der ganze Lehr- und Forschungsbetrieb nach wie vor in der ganzen Raum- und Organisationsplanung stark durchschlägt. Und vor allem: Man darf nicht unterschätzen, daß die Wiener medizinische Schule ja noch immer einen Ruf zu verteidigen hat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie den Eindruck, daß die Klinikchefs diese ganzen Arbeitsabläufe um den Bau des Allgemeinen Krankenhauses eigentlich durchschauen, daß sie sich in der Organisation soweit auskennen, daß sie nicht zu rasch auf neue Ideen kommen?

Dr. **Kraus:** Ja, ja, Herr Abgeordneter, da möchte ich eines sagen: Ich bin immer wieder überrascht, mit welchem Ernst Professor Deutsch und Steinbereither von ihrer Seite diese Sache nehmen. Sie haben zwei, drei Mitarbeiter, die sich im Detail damit beschäftigen. Ich muß sagen, die gehen wirklich sehr tief ins Detail und beschäftigen sich wirklich mit allen Dingen sehr, sehr eingehend. Da bin ich immer wieder überrascht!

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sind Sie im Zuge Ihrer Zukunftsplanung auch darauf gestoßen, daß es zwischen ABO-Subunternehmen und APAK-Teilfirmen gewisse Parallelitäten gibt oder daß der eine APAK-Subunternehmer auch bei der ABO als Subunternehmer auftaucht?

Dr. **Kraus:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Professor Wojda zum Beispiel?

Dr. **Kraus:** Der hat die AGIPLAN, die aber eigentlich in der Richtung nicht tätig war.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie in Ihrem Bürobereich Mitarbeiter der ÖKODATA als geleastes Personal tätig?

Dr. **Kraus:** Wir haben den Dr. Zacek, der ist aber nicht von der ÖKODATA, sondern von einer Tochter.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Da ist die Consultatio eine Tochter ...

Dr. **Kraus:** Ich weiß nicht, wie die jetzt heißt. Es fällt mir jetzt nicht ein. Der ist von einer Tochtergesellschaft der ÖKODATA gewesen, der Dr. Zacek. Der ist ja an sich beeideter Wirtschaftsprüfer und Leiter des Rechnungswesens.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Behalten Sie den Dr. Zacek weiter?

Dr. **Kraus:** Bitte, ich möchte über Personal hier nicht unbedingt sprechen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es geht ja nicht darum, ob Sie über Personal Auskunft geben möchten, es geht um die Qualifikation eines Mannes, der in der Frühzeit der AKPE-Gründung schon als Direktor von der Consultatio in die AKPE eingeschleust worden ist. Und jetzt interessiert mich nur, ob Sie daran denken, ihn zu behalten.

Dr. **Kraus:** Bitte, dazu möchte ich eines ganz offen sagen: Ich habe nicht die Absicht, ihn zu behalten. Aber das hängt jetzt gar nicht mit der Consultatio oder sonstwie zusammen, sondern eigentlich mit seiner Leistungsfähigkeit, die ich nicht in dem Umfang einschätze wie erforderlich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War Ihrer Meinung nach der Grund, daß die Buchhaltung der AKPE außer Haus gegeben worden ist, die mangelnde Qualifikation des Dr. Zacek, das durchzuführen?

Dr. **Kraus:** Das kann ich an sich nicht beurteilen. Bitte, es war natürlich so: Es hat keine EDV-Möglichkeiten im Hause gegeben. Man hat jetzt das später geändert. Wir haben ja Olivetti-Geräte, Eingabegeräte, die jetzt dann als Datenträger abgearbeitet werden. Man kann sich jetzt jedes Datenzentrums bedienen.

Bitte, eines möchte ich sagen: Dieses Unternehmen, das hier als Tochter der Consultatio tätig war, läuft auch aus. Ich habe bereits Anbote eingeholt, aber ich werde folgendes machen ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War das Kozlik?

Dr. **Kraus:** Nein, das ist nicht Kozlik, das ist ein Diplomingenieur.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was war das: die PRODATA?

Dr. **Kraus:** Die PRODATA war es, der Fuchs, ja. Es ist so, daß wir jetzt beabsichtigen, das vorübergehend herauszunehmen und über die IBM zu machen und dann überhaupt diesen gesamten EDV-Bereich von der Stadt Wien in

der ADV abwickeln zu lassen. Wir haben auch bereits Gespräche mit Obersenatsrat Koloseus in dem Zusammenhang geführt, weil ich der Meinung bin, daß alles, was mit der AKPE zu tun hat und in der Folge aber auch für das Betriebsgeschehen relevant ist, eigentlich bei der Stadt Wien bereits jetzt konzentriert werden sollte. Denn später ist das Zusammenfügen ja viel, viel schwieriger.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt, haben Sie veranlaßt, daß die Buchhaltung von Dr. Kozlik nicht mehr gemacht wird?

Dr. **Kraus:** Da muß ich sagen, vor Weihnachten haben wir Anbote eingeholt, und ich habe Weisung gegeben, daß man das jetzt untersucht. Ich habe aber auch bereits mit Obersenatsrat Koloseus gesprochen. Wir wollen das Ganze zurücknehmen, wollen das ausgliedern und wollen das jetzt in die ADV geben. Nicht gleich, wahrscheinlich müssen wir zwischenzeitlich die IBM aus programmtechnischen Gründen einschalten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt, der Kozlik macht immer noch die Buchhaltung.

Dr. **Kraus:** Der ist ja nicht Geschäftsführer bei der Prodata.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, nein, der hat ja eine eigene Firma.

Dr. **Kraus:** Nein, die Buchhaltung macht er selbst.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Begriff grüner Volvo, sagt Ihnen der etwas?

Dr. **Kraus:** Nein, nein, bei uns ist es so, daß die Buchhaltung im Hause gemacht wird. Das ist schon seit einem Dreivierteljahr umgestellt.

Abg. **Bergmann:** Ich wollte ja wissen, ob Sie veranlaßt haben ...

Dr. **Kraus:** Nein, das war schon vorher.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): ... daß die Buchhaltung nicht mehr mit dem grünen Volvo in die Consultatio gebracht wird.

Dr. **Kraus:** Nein, das war schon vorher, wie ich gekommen bin. Man hat damals Terminals von Olivetti — ich habe es mir vor kurzem einmal angesehen — angeschaut, und die gesamte Dateneingabe für die Auswertung erfolgte bei uns bisher bei der Prodata. Das wird sich wahrscheinlich ändern.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nach den bisherigen Ergebnissen hat sich doch herausgestellt, daß Unternehmungen gleichzeitig Subunternehmer der ABO und Subunternehmer der APAK waren. Hat es bei Ihnen irgendwelche Mechanismen neuerer Art gegeben, die sowas in Zukunft verhindern sollen?

Dr. **Kraus:** Schauen Sie, es ist nach wie vor so, in allen Ausschreibungen und so weiter steht drinnen, daß uns sofort bekanntzugeben ist, wenn jemand anbietet, ob er sich eines Subunternehmers bedient. Er hat das unverzüglich bekanntzugeben. Es wird keiner einen Zuschlag bekommen, der uns nicht den Subunternehmer a priori bekanntgibt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat dann die ABO oder die APAK ihre Verträge gebrochen, wenn der Professor Wojda in beiden Funktionen aufscheint?

Dr. **Kraus:** Ich weiß nicht, ich glaube nicht, daß der in beiden Funktionen aufscheint.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das können Sie glauben, das hat er hier schon zugegeben.

Dr. **Kraus:** Ich kann mir nicht vorstellen. Das muß in der Vergangenheit irgendwie begründet sein, das kann ich nicht beurteilen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was haben Sie denn mit dem Herrn Vietor zu tun gehabt?

Dr. **Kraus:** Mit wem?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mit dem Herrn Vietor.

Dr. **Kraus:** Wer ist das?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mit dem Herrn Professor Riethmüller?

Dr. **Kraus** Nichts.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Riethmüller, sagt Ihnen das nichts?

Dr. **Kraus:** Riethmüller, ja, na sicher, das sagt mir etwas, aber ich kenn die Herren nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie im Zusammenhang mit der Zukunftsplanung die Bedenken gehört, die seitens der Gemeinde Wien im Zusammenhang mit dem Professor Riethmüller geäußert wurden?

Dr. **Kraus:** Ja, sicher, das, was im Kontrollamtsbericht bekannt ist, nicht?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, aber es geht ja über das Kontrollamt hinaus. Es gibt ja ganz potente Herren der Stadt Wien, die mit dem Professor Riethmüller eigentlich nichts mehr zu tun haben.

Dr. **Kraus:** Ja, ja, das ist mir bekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und Sie wissen nicht, warum er dann plötzlich bei dem ARGE-ORP-Auftrag wieder aufgetaucht ist?

Dr. **Kraus:** Seinerzeit?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja.

Dr. **Kraus:** Das kann ich nicht sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben vorhin einmal gesagt, aber ich nehme, daß Sie es nicht wissen können, — mit der MEDIPLAN hat die AKPE nichts mehr zu tun. Der ARGE-ORP-Auftrag, die ORP-Geschichte ist jedenfalls noch nicht abgeschlossen.

Dr. **Kraus:** Das mag sein, daß Endabrechnungen vielleicht noch sind. Aber irgendwie aktive Aufträge bestehen nicht, denn sonst müßte ich es wissen, weil ja immer wieder Probleme schon aus der Korrespondenz entstehen, bitte. Es ist ja so, daß ich mir die gesamte Korrespondenz schon seit Wochen und Monaten anschau.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Also doch ein Geschichtsforscher?

Dr. **Kraus:** Na ja, wie kommt man denn sonst hinein?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Natürlich.

Dr. **Kraus:** Aber ich kann natürlich — bitte, das möchte ich auch sagen — nicht jedem Brief nachgehen. Da kommen täglich Pakete von Mappen. Ich kann nur stichprobenweise was aufgreifen, wenn mich was interessiert oder wenn mir irgendwas aufstoßt.

Obmannstellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Kollege Dr. Feurstein zu einer Zwischenfrage.

Abg. **Feurstein** (ÖVP): Ich habe jetzt das Protokoll der Aufsichtsratssitzung gefunden, auf das sich das bezieht, was Herr Kollege Bergmann jetzt gefragt hat. Aufsichtsratssitzung vom 18. Februar 1980. Unter Punkt 6 steht: Vertragserweiterung mit der ARGE-ORP und damit auch Vertragserweiterung in dem Sinne, daß ein neuer Auftrag vergeben worden ist gegen Nachweis der Kosten in Höhe von 1,9 Millionen Schilling.

Dr. **Kraus:** Das ist durchaus möglich.

Abg. **Feurstein** (ÖVP): Sie müssen entschuldigen. Jetzt frage ich Sie zunächst. Sie müssen jetzt gar nicht sagen, ob es möglich ist oder nicht. Wer ist verantwortlich für die Bezahlung dieser 1,9 Millionen Schilling an die ARGE-ORP, die ab Februar 1980 erbracht worden ist?

Dr. **Kraus:** Wenn ein Aufsichtsratsbeschluß, wie Sie erwähnt haben, vorliegt, dann ist sicherlich vom Vorstand auch der entsprechende Auftrag gegeben worden, und die AKPE muß natürlich bezahlen.

Abg. **Feurstein** (ÖVP): Und wer kontrolliert die Leistungen, die die ARGE-ORP-MEDIPLAN Hamburg erbringt?

Dr. **Kraus:** Ja, da haben wir Zuständige, die Sachbearbeiter. Das könnte zum Beispiel der Hogl sein, der sich mit solchen Dingen beschäftigt, oder andere Herren. Das kann ich im einzelnen jetzt nicht sagen.

Abg. **Feurstein** (ÖVP): Werden Sie jetzt prüfen, ob die MEDIPLAN Hamburg diese Leistungen erbracht hat?

Dr. **Kraus:** Ja, das ist schon notiert.

Obmannstellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Kollege Bergmann, bitte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sind Sie Mitglied des Club 45?

Dr. **Kraus:** Ja. Aber ich war, bitte — zur Orientierung, das habe ich schon ganz vergessen —, noch nie dort.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich glaube, es geht auch weniger darum, ob Sie dort waren, als daß Sie die Mitgliedsbeiträge regelmäßig zahlen.

Dr. **Kraus:** Da müßte ich meine Frau fragen, die macht die Daueraufträge.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Zum Sektionschef Waiz haben Sie heute ein paar Mal erwähnt, daß hier zwischen Bund und Wien Absprachen stattgefunden haben regelmäßiger Art und daß er sich häufig eingeschaltet hat. Über diese Einschaltungen und Absprachen gibt es keine Protokolle, Aktenvermerke oder sonstwas?

Dr. **Kraus:** Ja, bitte, in der Vergangenheit. Bitte, das habe ich nicht nachvollzogen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich will es jetzt nicht unterstellen, aber man könnte jetzt behaupten, es gab eine Vielzahl von solchen Absprachen oder nur eine. Beides kann man nicht beweisen.

Dr. **Kraus:** Bitte, es ist so: Wenn gravierendere Dinge auftreten, ist es klar, daß hier das Präsidium des Aufsichtsrates informiert wird, und das sind ja mit die Eigentumsvertreter auch in dem Zusammenhang. Es ist anzunehmen, daß die natürlich hier Überlegungen anstellen und mit den Eigentümern das auch dann besprechen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mir geht es jetzt nicht darum, wie es sein müßte, wenn es sein könnte, sondern was Sie festgestellt haben. Es gibt über diese Gespräche keine Aktenvermerke und Protokolle?

Dr. **Kraus:** Ich möchte eines sagen: Ich habe die Vergangenheit hier nicht nachgelesen, bitte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie kennen keine Protokolle?

Dr. **Kraus:** Ich kenne keine.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie sind Sie denn mit dem Dr. Wilfling ausgekommen?

Dr. **Kraus:** Ich möchte eines sagen: Gemischt. Er war ein unerhört cleverer Geschäftsmann, der sehr geschickt operiert hat. Ich habe mit ihm persönlich, möchte ich sagen, mitunter Auseinandersetzungen gehabt auf anderem Gebiet, weil er sich für meinen Geschmack von der begleitenden Kontrolle um das Unternehmen in der Innenorganisation, sprich also Produktion, Lagerhaltung und alle diese Dinge, nicht in dem Umfang gekümmert hat, wie es notwendig gewesen wäre. Da haben wir dann eingegriffen, und da habe ich mit ihm also öfters, möchte ich sagen, sehr harte Sachgespräche geführt. Wir haben halt dann unsere Meinung kundgetan und auch durchgesetzt. Ich habe auch Sachbearbeiter hingeschickt von uns, die sich im Detail immer wieder verschiedenes angesehen haben. Ansonsten, möchte ich sagen, ist er sicherlich einer der cleversten Geschäftsführer, die ich jemals gekannt habe, gewesen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie meinen als Geschäftsführer?

Dr. **Kraus:** Als Geschäftsführer, in der unternehmerischen Einstellung, in der Aktivität.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit ihm Karten gespielt?

Dr. **Kraus:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt, waren Sie eng befreundet.

Dr. **Kraus:** Nein, ich kann überhaupt nicht Karten spielen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das ist übrigens ein interessantes Phänomen: Seit er gesagt hat, er spielt Karten, hat niemand mehr mit ihm gespielt.

Haben Sie den Dipl.-Ing. Winter näher gekannt?

Dr. **Kraus:** Sicher. Er war seit 1969 tätig bei den Heizbetrieben. Er war als Mitarbeiter, ich möchte sagen, von der Sache her sicherlich positiv zu beurteilen, sehr einsatzfreudig und technisch, möchte ich sagen, sehr versiert.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn Sie jetzt zuerst aus der Sicht der Odelga und dann aus der Sicht der AKPE diese beiden Herren beurteilen und die auch gekannt haben, dann müssen Sie sich ja auch den Kopf zerbrochen haben, wie haben die verschiedenes gemacht, oder Ihre Umgebung hat sich darüber den Kopf zerbrochen. Wurden über das sogenannte Winter-System in den letzten Monaten im Bereich des AKPE-Vorstandes Überlegungen angestellt?

Dr. **Kraus:** Wie er seine Geschäfte mit Siemens und so weiter gemacht hat?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja.

Dr. **Kraus:** Ja, da muß ich eines sagen: Sicher haben wir uns das auch überlegt und haben gesagt: Wie könnte man solche Dinge steuern, in den Griff nehmen oder irgendwie? Aber das ist ja eigentlich von der Praxis her fast unmöglich. Wenn jemand mit Unternehmungen, die bereit sind, solche Dinge zu machen, über Dritte, über das Ausland und so weiter Zahlungen leistet, also wie soll man das von uns aus feststellen. Wenn Ausschreibungen erfolgen, wenn die Vergabe an Bestbieter erfolgt, dann muß ich eines sagen: Wenn die Firmen trotzdem, trotz der Ausschreibung und trotz des Umstandes, daß sie Bestbieter sind, wo man annehmen muß, daß der Preis doch schon gedrückt ist oder sozusagen an einer unteren Grenze ist mehr oder minder, von der Ausschreibung her, wenn dort noch Beträge drinnen sind, die die weitergeben können, entzieht sich das sicherlich unserer Kenntnis.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie würden Sie denn als Generaldirektor jetzt vorgehen, wenn es zu einer Verurteilung des Dr. Winter kommt? Werden Sie dann von den Firmen diese Beträge zurückverlangen, weil es überhöhte Preise waren?

Dr. **Kaus:** Das wird man rechtlich sicherlich sofort prüfen müssen, das ist ganz klar.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Gibt es da jetzt noch keine Prüfvorgänge, sodaß man in der entscheidenden Stunde bereit ist?

Dr. **Kraus:** Ja, das werden wir sicherlich vorziehen in der Richtung. Das ist ganz klar.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sagen Sie, wie der Dr. Wilfling noch bei der Odelga war, hat es bei der Odelga ein offensichtlich eigenartiges System der Deponierung an Sparbüchern gegeben. Ist Ihnen da etwas bekannt?

Dr. **Kraus:** Das ist uns erst sehr spät bekannt geworden, eigentlich auf Grund der Erhebungen des Kontrollamtes. Bitte, da muß ich Sie mit dem System der Holding vertraut machen. Ich habe im betriebswirtschaftlichen Bereich 6 Mitarbeiter gehabt bei 33 Unternehmungen. Wir haben also nur die Wirtschaftlichkeit, die Zielvorgaben, wie die wirtschaftlichen Entwicklungen laufen, hier geprüft, nicht jedoch Gebarungs- und Belegprüfungen vorgenommen, weil ad 1) einWirtschaftsprüfer tätig war und ad 2) vor allem das Kontrollamt hier tätig war. Und es war nicht unsere Aufgabe, zum Kontrollamt

parallel eine Organisation aufzuziehen. Das Kontrollamt hat, weiß ich, hundert oder mehr Mitarbeiter für diese Aufgaben, und ich habe 6 Mitarbeiter gehabt für 33 Unternehmungen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Noch einmal, daß Sie mich nicht mißverstehen. Das ist alles kein Vorwurf. Ich habe Sie nur gefragt, ob Sie Wahrnehmungen gemacht haben in dem Zusammenhang.

Dr. **Kraus:** Nein. Das habe ich dann erst gehört durch die Feststellung des Kontrollamtes.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was haben Sie denn mt der Frau Lampert zu tun gehabt?

Dr. **Kraus:** Sie war die Leiterin des Rechnungswesens. Mit der haben wir oft Gespräche gehabt im Zusammenhang mit innerbetrieblichen Reorganisationsmaßnahmen. Vor allem war die Frage damals Ausbau der EDV-Organisation, vor allem in Hinblick auf Lagerhaltung. Da haben wir große Probleme gehabt. Die Odelga hat ja im Handel, ich glaube, 15 000 oder 18 000 Einzelartikel gehabt, wobei Nachbestellungen, Lagerhaltung, Evidenzhaltung von sehr großer Bedeutung sind, weil ja die Odelga immer sehr rasch lieferbereit in den Spitälern sein muß.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit dem Institut des Dr. Wilfling etwas zu tun gehabt?

Dr. **Kraus:** Nein, überhaupt nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Überhaupt nie?

Dr. **Kraus:** Nein. Ich habe gar nicht gewußt, daß das existiert.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Er hat nie davon geredet? — Sagt Ihnen die Firma MEDIPLAN Wien etwas?

Dr. **Kraus:** An sich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Firma Tractus.

Dr. **Kraus:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Firma Infrabau.

Dr. **Kraus:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Firma Pilgram-Zentrum.

Dr. **Kraus:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Firma Merkur.

Dr. **Kraus:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat aus Ihrer Sicht die Firma Odelga eine Qualifikation gehabt, um sich um den BO-Auftrag zu bewerben?

Dr. **Kraus:** Schauen Sie, dazu möchte ich folgendes sagen: Die Situation war die, daß die Odelga bemüht sein mußte damals auf Grund der Beschäftigung, Aufträge zu bekommen. Und es ist ja so: In der Beratung, bitte, kann ich jederzeit qualifizierte Mitarbeiter entweder direkt einstellen, im Leasing oder Subunternehmen hier beschäftigen, um mir selbst so etwas aufzubauen.

Die Odelga hat Planungen gemacht für Krankenhausbetriebe in der Größenordnung ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wo denn vorher?

Dr. **Kraus:** Nun, schon in Wien. Was ich weiß, im Rahmen der Rudolfstiftung hat sie gewisse Planungen gemacht, auch Teilplanungen, vor allem in der Sterilisation, in ihren Spezialbereichen. Aber in dem Umfang sicher nicht. Aber das ist ja heute genau so: Wenn sich zum Beispiel die Gruppe der Betriebsberater neu organisiert, die müssen sich auch Fachleute nehmen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Würden Sie annehmen, wenn die Firmen ÖKODATA und Odelga im Jahre 1976/77 sich um den Spitalsbau in Aachen, auch wenn das zeitlich nicht übereinstimmt, als Berater beworben hätten, daß die damals einen Auftrag bekommen hätten auf Grund der Qualifikation?

Dr. **Kraus:** Ohne Beiziehung von renommierten Beraterfirmen sicher nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Gründung der Med-Consult ist dann erfolgt, nachdem die Odelga kurzfristig bei der ABO mit dabei war. Wieso ist es denn aus Ihrer Sicht zu dieser Prutscher-Odelga-Ehe gekommen.

Dr. **Kraus:** Schauen Sie, da möchte ich eines sagen: Die Prutscher-Odelga-Ehe, wenn Sie so sagen, hat besondere Gegebenheiten, und zwar aus dem Grund, weil wir nach Auslaufen der Rudolfstiftung praktisch Schwierigkeiten im Auftragsstand gehabt haben. Die Odelga hat damals, was ich weiß, etwa 210 ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist die Odelga eine gewinnorientierte Firma?

Dr. **Kraus:** Ja, nur. Bitte, ich stehe immer auf dem Standpunkt, und Sie wissen, ich komme aus der Privatwirtschaft: Gewinnorientiert zu arbeiten, das ist die oberste Maximierung, dann wären alle Schwierigkeiten an sich meistens geringer, weil sie sich von selbst regeln in dem Zusammenhang. Und gerade die Odelga als Produktions- und Handelsbetrieb, noch dazu mit dem Renommee in Wien, denn die ist ja eine alteingesessene Firma, die Odelga geht ja schon auf die Monarchie an sich zurück, hätte, und das hängt sicherlich auch von der Tüchtigkeit und Durchschlagskraft der

Geschäftsführung, des Managements ab, diesen Stand, der ja sehr hoch war, halten und ausbauen müssen. Und nach Wegfall der Rudolfstiftung war Auftragsnotstand. Und damals habe ich eine Sonderuntersuchung gemacht mit Vorschau und dergleichen, und da haben wir gesehen, daß wir in längstens ein bis eineinhalb Jahren in Beschäftigungsschwierigkeiten kommen werden, wenn die Endauslieferungen draußen sind. Und damals war natürlich die Überlegung die: Wie kann man an weitere Aufträge herankommen?

Es ist nun eine Besonderheit der Odelga, daß sie natürlich spezifisch auf Wien orientiert ist, weil erstens einmal die Großspitäler in Wien waren und sind und nach dem Krieg natürlich auch ein Nachholfbedarf war. Sie wissen, es sind ja alle Spitäler, das Wilhelminenspital und so weiter, erweitert, umgebaut worden und, und, und. Das ist jetzt vorbei, war damals vorbei. Und daher die Überlegung: Na ja man muß eigentlich jetzt schauen, daß man in die Bundesländer hinauskommt. Es war sehr schwierig, eine Firma mit dem Stempel „Gemeinde Wien", mehr oder minder, in den Bundesländern unterzubringen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Warum?

Dr. **Kraus:** Nun, warum: Das hat einmal gewisse politische Spannungen in der Richtung. Wir haben erlebt, daß also von gewissen Referenten schon in Tirol oder irgendwo gesagt wurde: Die Odelga, eine Wiener Firma, beschäftigen wir nicht, interessiert uns nicht, wir nehmen eine andere. Das sind die Berichte, die wir dann vom Geschäftsführer bekommen haben: Er kommt also hier nicht durch.

Und da war die Überlegung, der Prutscher war sicherlich in den Bundesländern sehr stark drinnen, und so war eben naheliegend, daß man hier sozusagen die Interessensphären zusammenlegt. Wir waren also interessiert, daß Prutscher uns mitnimmt in die Bundesländer, natürlich wechselseitig, daß er auch hier in Wien gemeinsam zum Zuge kommt. Aber vor allem noch etwas: Prutscher war ja sehr stark exportorientiert. Er hat ja keine Erzeugung von Metall- und Stahlsachen gehabt, sondern nur auf Holzbasis, und daher die ergänzende Produktionspalette in diesem Zusammenhang. Das waren die Überlegungen, die dann aufgegriffen wurden, in den Organen beraten wurden, an uns herangetragen wurden. Wir sind ja auch in die Beteiligungskommission gegangen bei der Gründung. Es ist ja alles berichtet worden in den Organen. Und daher ist es zu dieser Sache gekommen.

Ich möchte also nochmals betonen: Med-Consult, von unserer Seite her, Gründungsabsicht, hier Beschäftigung, also Aufträge, in produktionsmäßiger Hinsicht in erster Linie zu akquirieren. Daß das in ganz anderer Richtung gelaufen ist, war uns überhaupt nicht bekannt. Auch diese Dinge mit der Techmed haben wir nachher erst erfahren auf Grund des Kontrollamtes. Noch einmal: Die Geschäftsführer haben ja hier auf Grund des Ges. m. b. H.-Gesetzes eine autonome Stellung. Wir haben hier ja nur verfolgt die laufenden Umsätze, Personalstand, Kostenentwicklung, um rechtzeitig erkennen zu können auf Grund der betriebswirtschaftlichen Kenndaten: Wie entwickelt sich das Unternehmen in diesem Zusammenhang?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wann hat denn dieses System eigentlich Schule gemacht, daß man sich um einen Auftrag bewirbt, obwohl man ihn nicht ausführen kann. Wenn man ihn dann hat, oder knapp vorher, gründet man irgendwelche Tochtergesellschaften. Die können das zwar auch nicht, aber die suchen sich dann irgendeinen Subunternehmer, der dann endlich die Arbeit macht.

Dr. **Kraus:** Das war, glaube ich, hier das erstemal in dem Zusammenhang.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer ist denn der Erfinder dieses Systems?

Dr. **Kraus:** Da müßte man eigentlich den Geschäftsführer von der Med-Consult fragen, weil der hat ja . . .

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der war ja dann auch schon einer, der durchgeführt hat. Aber wer hat die Kombination Prutscher-Odelga erfunden, voll unter dem Gesichtspunkt: Wir können das eigentlich nicht, am Schluß müssen wir uns noch einen suchen, der es kann.

Dr. **Kraus:** Also das kann ich nicht beurteilen. Das Zusammenkommen zwischen Prutscher und Odelga kommt nicht von ungefähr, bitte. Sie waren Konkurrenten, auch in Wien und am sonstigen Markt, sie haben aber wechselseitig auch früher schon zusammengearbeitet. Es war also auch früher so — das weiß ich von der Frau Lampert in der Richtung, daß immer wieder Prutscher auch bei Odelga Aufträge, Ergänzungslieferungen gemacht hat oder umgekehrt Prutscher, wenn er Sterilisatoren oder andere Dinge gebraucht hat von der ODELGA, wieder dort. Also ich möchte sagen: Eine ganz lose Zusammenarbeit auf dem Markt bei Bedarf war immer gegeben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist Ihnen damals eigentlich je der Gedanke gekommen, daß diese Systeme relativ teuer für den Steuerzahler sind?

Dr. **Kraus:** Darf ich Ihnen etwas sagen: Das ist erst später aufgekommen. Wie es aufgekommen ist, war uns allen klar, daß das so nicht

geht. Aber das haben wir ja nicht gewußt, bitte. Denn, noch einmal: Die Med-Consult-Gründung war von unserer Seite mit Beschäftigungsabsichten und Umsatzabsichten verbunden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber schon auch mit der Absicht, an die Steuertöpfe heranzukommen, also an die öffentlichen Gelder heranzukommen.

Dr. **Kraus:** Na ja, schauen Sie, da muß ich eines sagen: Es ist ja klar: Die Abnehmer hier auf dem medizinisch-technischen Sektor sind doch Krankenhäuser. Wie viele Privatkrankenhäuser gibt es in Österreich? Die sind ja alle nur öffentlich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hier muß ja für alle, die in der ODELGA tätig waren, klar ersichtlich gewesen sein, daß man zwar eine Firma gegründet hat, daß sie aber über kein Personal verfügt. Denn im Vertrag ODELGA-Prutscher ist ja drin gestanden, daß die ODELGA gegebenenfalls das Personal zur Verfügung stellen wird, und dann ist das Personal nicht zur Verfügung gestellt worden, ob nun nicht gehabt oder nicht angefordert. Auf jeden Fall ist irgendein Vertragspunkt dabei nicht erfüllt worden. Ist das nie aufgefallen, daß hier offensichtlich wer anderer die Arbeit machen mußte? Daß die Med-Consult plötzlich über das Personal verfügt: das war ja klar, daß das nicht der Fall ist.

Dr. **Kraus:** Ich bin über diese Dinge nicht informiert gewesen. Ich habe es auch erst nachher gehört. In den Organen der Gesellschaft, im Aufsichtsrat, weiß ich nicht, ob das besprochen wurde. Ich war nicht im Aufsichtsrat der ODELGA.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kennen Sie den Herrn Versloot?

Dr. **Kraus:** Nein, überhaupt nicht. Den habe ich noch nie gesehen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Name Mitchell sagt Ihnen auch nichts?

Dr. **Kraus:** Nein, überhaupt nichts.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sagt Ihnen der Begriff „Kaffeehaus" was aus, außer daß es sich um einen angenehmen Wiener Aufenthaltsort handelt, im Zusammenhang mit Preisabsprachen.

Dr. **Kraus:** Nein, überhaupt nichts.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Auch nicht im Zusammenhang mit Rückblick AKPE, daß es hier Preisabsprachen von Firmen gegeben hat, und diese Preisabsprachen haben den Fachtitel „Kaffeehaus" bekommen?

Dr. **Kraus:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Als Sie Ihren Antrittsbesuch beim Bürgermeister Gratz gemacht haben, haben Sie ihm da mitgeteilt, wieviel das Allgemeine Krankenhaus aller Voraussicht nach kosten wird?

Dr. **Kraus:** Das war an sich bekannt, bitte. Es war ja ein Politikerauftrag hier, Kostenschätzungen durchzuführen, die von der APAK im Zusammenwirken mit unseren Leuten gemacht wurden. Es sind ja die 24 Milliarden Jänner 1980, die dann hochgerechnet wurden mit 7 Prozent durchschnittlicher Indexsteigerung per anno, woraus sich diese 37 Milliarden dann ergeben haben, und zwar bestehend auf dem Planungsstand, wie er dann wirklich war.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Auf welches Fertigstellungsjahr beziehen sich denn die 37 Milliarden.

Dr. **Kraus:** Auf 1987/88.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und wenn der Stadtrat Stacher sagt, das wird erst 1990 fertig: Ist das auch richtig?

Dr. **Kraus:** Schauen Sie, wir haben die Absicht, 1987/88 fertig zu sein. Wenn die Betriebnahme später erfolgt, das ist nicht unsere Einflußnahme. Wir Planungs- und Errichtungsgesellschaft werden alles daransetzen, übergabebereit zu diesem Zeitpunkt zu sein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Welche Summe hinsichtlich der Betriebskosten haben Sie denn dem Bürgermeister bei Ihrem Antrittsbesuch genannt?

Dr. **Kraus:** Es ist so, bitte: Bezüglich der Betriebskosten liegen von März 1980 Berechnungen vor, die bei rund 3 Milliarden Schilling liegen, auf Basis 1978 allerdings, bitte. Es ist also so: Wenn man das analytisch anschaut ist es so, daß 70 Prozent dieser Gesamtkosten auf die Personalkosten entfallen. Hauptsächlich der ganze ärztliche Betrieb, der Schwesternbetrieb, die Verwaltung. Die ganzen Hauskosten, Energiekosten und alle diese Dinge sind natürlich von Bedeutung, aber in der Relation relativ gering. Der Sachaufwand, natürlich Wäsche, Verpflegung und alle diese Dinge, spielen hier mit hinein.

Für das Energiekonzept gibt es echt ein Sachverständigengutachten, das ist durchgeprüft worden. Die Personalstände wurden erhoben auf Grund der Altstände. Man hat ja gewußt, wieviel Kliniken einmal drinnen sein werden. Man hat auch die Verwaltung personalmäßig mit angeschätzt, wobei aber sicherlich ein Effekt von der Zentralisierung eintreten müßte: Daß wahrscheinlich weniger Personal sein müßte, weil moderne Kommunika-

tionsmittel drinnen sind, also Fernsprechanlagen, eine Teleprocessinganlage mit Bildschirm.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber Sie rechnen ja auch mit einer Arbeitszeitverkürzung oder so etwas, nehme ich an.

Dr. **Kraus:** Die ist da noch nicht berücksichtigt. Wenn man dann plötzlich auf eine 30-Stunden-Woche kommt, paßt das Ganze sicherlich nicht. Man kann ja hier nicht Überlegungen anstellen, die noch gar nicht im Raum stehen. Das baut auf der 40-Stunden-Woche auf.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Habe ich Sie richtig verstanden: Das ist die 2,3 Milliarden-Schätzung?

Dr. **Kraus:** Nein, nein, das sind 3 Milliarden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Derzeit 2,3 und künftig 3 Milliarden.

Dr. **Kraus:** Nein. Das ist praktisch im März 1980 gemacht worden per 1978 mit komplett rund 3 Milliarden. Es sind 2,996 Milliarden also rund 3 Milliarden Schilling, wovon rund 70 Prozent auf Personalkosten entfallen, wobei jetzt wieder unterzuteilen ist auf Gemeinde, Spitalsbetrieb, natürlich Bund, der ganze wissenschaftliche Betrieb. Das ist natürlich wichtig, weil ja die beiden Financiers, die Eigentümer, mit 50 Prozent beteiligt sind. Auf diese Gegebenheiten muß man immer Rücksicht nehmen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat diese Kostenschätzung der Bürgermeister zur Kenntnis genommen, oder war er der Meinung, das kann nicht stimmen?

Dr. **Kraus:** Ich weiß nicht, ob ich es ihm übergeben habe. Damals sicher nicht. Es war ein Antrittsbesuch. Wir haben über alle möglichen Dinge gesprochen. Ich nehme an, auch darüber. Ich kann das jetzt im einzelnen nicht sagen.

Jedenfalls ist es aber den Eigentümern bekannt. Es ist auch in den Organen, also im Aufsichtsrat, darüber berichtet worden. Es wurde diskutiert und so einmal zur Kenntnis genommen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist irgendein Auftrag erteilt worden für eine neue Berechnung?

Dr. **Kraus:** Da wollte ich gerade draufkommen. Es ist nun so, bitte, daß der Auftrag der Eigentümer im Juni war, daß diese Kostenrechnung von Fachleuten zu überprüfen wäre. Der Meinung bin ich durchaus, denn hier ist es, möchte ich sagen, nicht allgemein betriebswirtschaftlich, sondern hier sind ja doch sehr viele spezifische Kenntnisse, die mit dem Spitalsbetrieb, dem Universitätsbetrieb und allen diesen Dingen verbunden sind. Vor allem der ambulatorische Betrieb ist hier zu berücksichtigen, vor allem die Frage „Schichtbetrieb", in welchem Umfang geht das rund um die Uhr. Also im Pflegebereich. Woanders wird es ja nicht rund um die Uhr gehen.

Alle diese Dinge sind zu prüfen, das heißt, eine normale betriebswirtschaftliche Analyse. Im Dezember haben wir den Beschluß gefaßt, daß es gemacht wird, auch beim Eigentümergipfel, aber ich habe es bis Februar heuer verschoben, daß wir den Auftrag vergeben, mit einer Begründung: Daß nämlich im ABO-Auftrag drinnen ist, daß in den Endpapieren noch einmal eine zusammengefaßte Aussage über den künftigen Personalstand enthalten sein soll. Nachdem zum Zeitpunkt November, Dezember von uns keine neueren Erkenntnisse bezüglich des Mengengerippes, das heißt der Anzahl des Personals, keine Änderungen ergeben haben, habe ich die Eigentümer ersucht, daß wir das etwas verschieben in dem Zusammenhang, um eben diesen Auftrag dann zu vergeben, wenn von der ABO diese Besetzungsziffern vorliegen. Wir werden es jetzt in der nächsten Zeit, also ich möchte sagen möglichst rasch, durch Wirtschaftsprüfer — wir werden es ausschreiben — noch einmal überprüfen und verifizieren lassen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn Sie diesen zweiten Teil, wenn man das so nennen darf, des ABO-Vertrages vergeben, wie groß wird der Teil sein, den Sie mit dem Begriff „das werden wir selber machen" bezeichnet haben?

Dr. **Kraus:** Schauen Sie, von rund 75 Millionen, wieder nur auf vier Jahre bezogen, bitte, wollen wir etwa 55 Prozent selbst machen, und das andere soll in etwa vergeben werden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kann man kurz beschreiben, was die 55 Prozent sind, die Sie selber machen wollen?

Dr. **Kraus:** Ich möchte es vielleicht umgekehrt sagen: Alles, was nicht medizinisch-spezifisch oder medizinisch-technisch-spezifisch im Raum steht, denn da brauchen wir sicherlich spezialsierte Beratungsfirmen, die echte Erfahrungen haben. Der gesamte andere Verwaltungs- und Betriebsbereich des gesamten Objektes, die Energieversorgung, also die Ent- und Versorgung, das soll von uns gemacht werden, Wäsche, Versorgung, Verpflegung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und wer ist „von uns"? Die AKPE?, die Gemeinde Wien?

Dr. **Kraus:** Von uns, von der AKPE.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ohne zusätzliches Personal?

Dr. **Kraus:** Nein, nein, wir nehmen ja Perso-

nal auf, natürlich. Das steckt ja da drinnen in dem Zusammenhang mit diesen 75 Millionen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat es Bestrebungen der AKPE gegeben, schon früher mehr Dinge selber zu machen, die dann später als Aufträge vergeben worden sind?

Dr. **Kraus:** Ja, schauen Sie, das ist an sich schwierig, denn es besteht ja mit der APAK ein Vertrag, und da ist ja der Leistungsumfang enthalten. Diese ABO-Beratung war im AKPE-Vertrag ja nicht drinnen. Und hier, nachdem der ABO-Vertrag ja jetzt geteilt wurde — ich möchte sagen: Gott sei Dank —, ist es möglich, daß wir den Teil echt an uns ziehen. Wenn wir andere Sachen von der APAK wegnehmen, dann müssen wir uns ja auseinandersetzen mit ihnen.

Abg. **Bermann** (ÖVP): Na, es hat ja um die Konstruktion AKPE-APAK ganz am Anfang eine Reihe von Diskussionen und anderen Vorstellungen gegeben, zum Beispiel Einbindung der Consultatio in den Managementbereich statt einer Finanzdirektion, et cetera. Ist Ihnen davon etwas bekannt?

Dr. **Kraus:** Überhaupt nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das Winter-Papier „Projektmanagement" haben Sie auch jetzt, später nicht gesehen?

Dr. **Kraus:** Nein. Ich muß sagen: Ich befasse mich mit diesen Dingen bewußt nicht. Ich muß eigentlich im Zeitgeschehen sein, ich muß schauen, daß ich noch vorwärts komme. Ich habe einen unerhörten Nachholbedarf.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Formel, Herr Zeuge, haben wir ja in dieser Diskussion längst akzeptiert. Es geht ja nur darum: Zu einem bestimmten Zeitpunkt wird in der Öffentlichkeit über etwas geredet. Man redet daher auch in der Firma. Sie sind der Generaldirektor, sie hören hin und wieder etwas, auch was die Vergangenheit betrifft, auch wenn Sie in die Zukunft planen. Und nur darum geht es, wenn ich Sie gelegentlich frage, ob Sie davon etwas gehört haben. Wenn Sie sagen nein, dann haben Sie eben davon nichts zur Kenntnis genommen.

Das hieße aber, daß diese Dinge, die Sie jetzt selber machen wollen, wahrscheinlich auch zu früherer Zeit nicht notwendigerweise nach außen vergeben hätten werden müssen.

Dr. **Kraus:** Das möchte ich nicht sagen, bitte. Denn eines ist ganz klar: Daß man seinerzeit bei Vergabe dieses Auftrages ja einen Umfang nicht gekannt hat. Man hat sicherlich hier — und das möchte ich schon betonen — Neuland betreten, denn das AKH ist ja, bitte, auch international gesehen ein Projekt in einer Größenordnung, das es nirgends gibt. Und alle diese Entscheidungen sind halt im gewissen Umfang mit neuen Entscheidungen verbunden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben uns vorhin erzählt, daß ein bissel Hineinschauen von Ihnen gleich einen Auftrag um die Hälfte billiger gemacht hat für den österreichischen Steuerzahler. Haben Sie auch in diesen Auftragsbereich Med-Consult hineingeschaut? Ist Ihnen jemals bekanntgeworden, daß da einige Aufträge ...

Dr. **Kraus:** Wo, meinen Sie, hätte ich hineinschauen sollen? Von der APAK her?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Zum Beispiel in den Reinigungsauftrag, der von der Med-Consult übernommen worden ist, um die Hälfte des Preises wieder weitergegeben worden ist und wo daher ein gepflegter funktionsloser Zwischenhandel stattgefunden hat.

Dr. **Kraus:** Nein, geht nicht mehr. Ich habe nur den Reinigungsauftrag bei uns im Haus aufgegriffen und habe eine andere Firma beauftragt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie im Zuge Ihrer Tätigkeit noch mehrere so Glückstreffer, wenn man so sagen will, wo sie hineinschauen und es ist um 25 Millionen billiger?

Dr. **Kraus:** Derzeit nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Gibt es Untersuchungen in dem Bereich in irgendwelche Richtungen?

Dr. **Kraus:** Wir haben die ganzen Prutscher-Sachen untersucht, und da sind die zwei, die gravierend waren.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Den Kontrollamtsbericht über die Bauvergabe kennen Sie schon?

Dr. **Kraus:** Na ja, bitte, kennen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben ja eine Stellungnahme abgegeben.

Dr. **Kraus:** Na ja, bitte, ich kenne Teile davon. Ich war nicht überall dabei. Bitte, das hat ja Wochen und Monate gedauert. Aber bei einzelnen Gesprächen, wo also gravierendere Dinge behandelt wurden, habe ich mitgewirkt. Es hat mich sehr interessiert, weil man sich hier doch, wie Sie ja richtig sagen, für die Vergangenheit sicher nicht, aber für die Zukunft ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Da vermeidet man manchen Fehler für die Zukunft.

Dr. **Kraus:** Ja, das ist klar. Bei gewissen Dingen habe ich mitgewirkt und sie mir angesehen. Aber das ist sicherlich nicht alles gewesen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sind in diesem Kontrollamtsbericht denn neuerliche Hinweise auf die Tätigkeiten von Winter und Wilfling drinnen?

Dr. **Kraus:** Sind mir eigentlich, außer den bekannten, nicht erinnerlich.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Danke.

Damit, Herr Generaldirektor Dr. Kraus, ist Ihre Einvernahme als Zeuge vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß beendet. Ich möchte mich bei Ihnen bedanken, daß Sie uns so lange zur Verfügung gestanden sind.

Dr. **Kraus:** Danke schön. *(Der Zeuge verläßt den Saal.)*

Zeugeneinvernahme von Generaldirektor Dr. Josef Machtl

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ich begrüße Sie, Herr Zeuge Generaldirektor Dr. Machtl.

Herr Zeuge! Sie wurden eingeladen, als Zeuge auszusagen vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß, der Fragen im Zusammenhang mit dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien untersuchen soll. Wir haben vom Plenum des Nationalrates den Auftrag erhalten, drei Fragenkomplexe zu untersuchen, und zwar

1. die Fragen im Zusammenhang mit der Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO beziehungsweise von Subaufträgen und deren Abwicklung,

2. die Vorwürfe im Zusammenhang mit angeblichen gesetzwidrigen finanziellen Zuwendungen durch die Firma Siemens beziehungsweise von anderen Firmen, die am Projekt beteiligt sind, und

3. die Vorwürfe betreffend angebliche Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen.

Ich möchte Sie noch aufmerksam machen, daß wir auf Grund des Geschäftsordnungsgesetzes die Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden haben, und hier möchte ich Sie insbesondere auf den § 153 aufmerksam machen, der da aussagt:

„Wenn die Ablegung des Zeugnisses oder die Beantwortung einer Frage für den Zeugen oder einen seiner Angehörigen Schande oder die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines unmittelbaren bedeutenden vermögensrechtlichen Nachteils mit sich brächte und er deshalb das Zeugnis verweigert, so soll er nur zum Zeugnis verhalten werden, wenn dies wegen der besonderen Bedeutung seiner Aussage unerläßlich ist."

Es könnte sein, daß Sie während Ihrer Zeugeneinvernahme, wenn Sie also irgendeine Aussage verweigern würden, mit Recht auf den § 153 von Ihrer Sicht aufmerksam machen. Ich würde dann die Verhandlung unterbrechen, um dem Ausschuß Gelegenheit zu geben, zu beraten, ob Beugemaßnahmen angewendet werden sollen.

Darf ich Sie um Ihre Generalien bitten: Namen, Geburtsdatum, Beruf, Wohnort.

Dr. **Machtl:** Mein Name ist Josef Machtl, geboren am 5. 3. 1924 in St. Peter in der Au, wohnhaft 2103 Langenzersdorf, Mühlweg 18.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Generaldirektor, darf ich Sie fragen: Mußten Sie von der Amtsverschwiegenheit entbunden werden, und wenn ja, ist das geschehen?

Dr. **Machtl:** Ich sehe keinen Anlaß, entbunden werden zu müssen. Ich kann sehr frei aussagen.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Danke.

Welcher der Herren Abgeordneten möchte als erster die Fragen stellen. — Bitte, Herr Abgeordneter Dr. Kapaun.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Sie sind Vorstandsmitglied, Generaldirektor der Wiener Holding?

Dr. **Machtl:** Ja.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Als Generaldirektor der Wiener Holding gehört zu Ihrem Tätigkeitsbereich auch die Gemeindefirma ODELGA?

Dr. **Machtl:** Ja.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Wie kam die Firma ODELGA nach Ihrem Wissen in die Betriebsorganisationsplanung für das AKH?

Dr. **Machtl:** Soweit ich mich erinnern kann, habe ich es erst in dem Augenblick erfahren, als die Firma ODELGA bereits Beteiligter an dieser Arge war.

Die ODELGA, soweit ich das aus den Akten rekonstruieren konnte, hat sich, glaube ich, an diesem ARGE-Auftrag mit 1. Mai 1978 beteiligt. Wann ich das konkret erfahren habe, kann ich mich nicht erinnern. Jedenfalls war ich bei der Akquisition nicht mit dabei.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Hatten Sie eine Ahnung, ob zum Zeitpunkt der Übernahme dieses Auftrages die Firma ODELGA über genügend Personal verfügt hat, um diesen Auftrag überhaupt übernehmen und bearbeiten zu können?

Dr. **Machtl:** Diese Frage stellte sich für mich nicht, weil ich damals mit dem Problem gar nicht befaßt war. Ich kann das bestenfalls aus der Retrospektive heraus beantworten, aber nicht aus der damaligen Sicht.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Es lag also allein an der Geschäftsführung der Firma ODELGA, einen solchen Auftrag anzustreben und durchzuführen?

Dr. **Machtl:** Ja.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Eine weitere Frage in diesem Zusammenhang: Wie kam es zu der Anstellung des Herrn Dr. Seidler bei der Firma ODELGA. Insbesondere spielt hier eine Rolle nach den Aussagen des Herrn Dr. Seidler: Gab es irgendwelche politische Gründe für diese Einstellung?

Dr. **Machtl:** Dr. Seidler wurde Geschäftsführer auf Grund einer von der Holding durchzuführenden Ausschreibung. Ob und inwieweit Dr. Seidler politische Motive und in welchem Zusammenhang genannt haben mag, weiß ich nicht. Jedenfalls, für die Aufnahme war nicht entscheidend ein politisches Motiv oder ein sonstiges anderes in dieser Richtung gelegenes Motiv.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Dann darf ich etwas deutlicher werden: Der Zeuge Dr. Seidler sagte vor dem Ausschuß hier aus, daß Sie — in dem Fall Generaldirektor der Holding — ihm mangels einer eindeutigen politischen Zuordnung, Zugehörigkeit nicht voll getraut hätten. Was sagen Sie zu dieser Aussage?

Dr. **Machtl:** Wenn für die Aufnahme als Geschäftsführer die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Partei Voraussetzung gewesen wäre, so hätte ich sicherlich die Möglichkeit gehabt, zu wissen, ob Dr. Seidler bei dieser Partei ist oder nicht. *(Abg. Bergmann, ÖVP: Wieso?)* Ich glaube, es wird jedem von uns hier klar sein, daß jeder, der einer Partei angehört, so auch ich, doch erfahren wird können, ob ein anderer bei einer Partei ist oder nicht. Ich glaube, das sind Dinge, die jeder von uns weiß. Außerdem, bitte, möchte ich nur sagen, mag das für Dr. Seidler auch nur ein vorübergehender Sprung gewesen sein, denn — darüber habe ich mich jetzt einmal erkundigt, weil ich das auch in den Zeitungen gelesen habe, Dr. Seidler gehörte seit April 1979 dieser bestimmten Partei schon an. Vielleicht mag da ein gewisser Gedankensprung drinnen liegen, ich weiß es nicht.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Darf ich Sie dann noch fragen: Wie war Ihr Verhältnis — ich meine Ihr dienstliches Verhältnis — zu Herrn Dr. Seidler? Gab es irgendwelche Spannungen, Differenzen, und hatten diese Differenzen irgendwelche sachlichen Gründe Ihrer Meinung nach, wenn es sie gegeben hat?

Dr. **Machtl:** Es gibt sicherlich immer wieder Meinungsverschiedenheiten sachlicher Natur. Die gab es auch in konkreten Fällen mit Herrn Dr. Seidler.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Und haben diese Meinungsverschiedenheiten auf das Vertragsverhältnis bzw. auf die Auflösung des Vertragsverhältnisses des Dr. Seidler bei der ODELGA einen Einfluß gehabt?

Dr. **Machtl:** Dazu möchte ich „ja" sagen, wobei die Meinung im Vorstand der Holding — wir waren drei Mitglieder des Vorstandes — einhellig dahin ging, das Dienstverhältnis mit Dr. Seidler aus sachlichen Gründen zu lösen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Können Sie darüber etwas aussagen? Ich würde Sie bitten, nicht auszusagen, wenn dadurch persönliche Nachteile für Herrn Dr. Seidler entstehen sollten. Aber wenn Sie es können, wäre es uns sehr recht.

Dr. **Machtl:** Es würden, so glaube ich, jedenfalls Nachteile zum Tragen kommen können, die etwa mit einem Dienstzeugnis im Zusammenhang stünden, nicht unbedingt positive Urteile abgeben zu müssen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Also vorsichtig formuliert: Waren es sachliche Gründe, war es in der Leistung oder im persönlichen Verhalten begründet? In welche Richtung geht das ungefähr?

Dr. **Machtl:** Etwa in die Leistung, aber auch in die Richtung des persönlichen Verhaltens.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Dann einen weiteren Fragenkomplex. Herr Generaldirektor! Von den Firmen Prutscher und ODELGA wurde die Firma MED-CONSULT gegründet. Was wissen Sie als der Verantwortliche der Holding von dieser Gründung?

Dr. **Machtl:** Meinen Sie jetzt die Voraussetzung oder die Vorbedingung?

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Das Gesamte. In welchem Zeitpunkt wurden Sie von der Firma ODELGA informiert, ab welchem Zeitpunkt wissen Sie es, und was können Sie dem Ausschuß über das Zustandekommen dieser Firma sagen?

Dr. **Machtl:** Die Initiative zur Gründung der MED-CONSULT ging nicht von der ODELGA, von der Geschäftsführung der ODELGA aus, sondern war eine Angelegenheit, die im Vorstandsbereich der Holding behandelt worden ist. Die ODELGA, ihrerseits ein Produktions- und Handelsunternehmen, hängt hinsichtlich

des geschäftlichen Erfolges weitgehend davon ab, wieweit neue Krankenanstalten und neue Krankenhäuser eingerichtet werden müssen.

Wenn ich da etwas ausholen darf: Die letzte große Einheit, die fertiggestellt wurde, war die Rudolfstiftung, und es war nicht zu erkennen, daß in absehbarer Zeit über den Re-Investitionsbedarf hinaus ein wesentlicher neuer Bedarf entstehen wird.

Wir haben uns daher auch Sorgen gemacht über die Zukunft dieser Firma. Wir haben versucht, das Problem „drittes Bein" ebenfalls ins Treffen zu führen.

Und da kam die Überlegung, die dem Vorstand hergetragen worden war, etwa mit der Firma Prutscher eine gemeinsame Firma als Tochterfirma zu gründen. Wesentliche Voraussetzung hiefür: Die Firma Prutscher war wesentlich im Labormöbelbau tätig, die ODELGA mehr oder weniger tätig im technischen Einrichtungsbau, hauptsächlich Sterilisationsgeräte, sodaß sich von vornherein angeboten hat, hier die Kombination eines Komplettangebotes oder eines Full-Services, wie man es auch bezeichnen mag, zusammenzubringen.

Das zweite war, daß die Firma ODELGA in Bereichen stark war, in denen die Firma Prutscher nicht sonderlich stark war, vice versa die Firma Prutscher wieder wo stark war, wo wir wenig im Geschäft waren.

Dazu kam noch das große Auslandsgeschäft, das die Firma Prutscher damals, soweit wir das beurteilen konnten, mit großem Erfolg betrieben hat, sodaß wir geglaubt haben, eine Kombination zueinander oder miteinander könnte auch für die ODELGA von Vorteil sein. Das war etwa die Grundüberlegung, die von der Beteiligungskommission und auch vom Aufsichtsrat einstimmig positiv beurteilt wurde.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Sie sagen, die Idee kam im Vorstand der Holding. Haben Sie diese Idee geboren?

Dr. **Machtl:** Diese Idee habe ich nicht geboren.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): War es ein anderes Vorstandsmitglied?

Dr. **Machtl:** Ja, es war ein anderes Vorstandsmitglied.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Wer war das?

Dr. **Machtl:** Das war konkret Dr. Drennig, der diese Möglichkeit zur Kenntnis bekam und dem Vorstand bei uns vorbrachte.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Darf ich Sie bitten, das etws näher zu präzisieren. „Er bekam zur Kenntnis": Gab es da Gespräche? Ist man an ihn herangetreten, oder auf welche Art kam das zustande?

Dr. **Machtl:** Da würde ich Sie bitten, Dr. Drennig zu befragen. Ich weiß das nicht. Ich weiß nur, daß Dr. Drennig im Vorstand mit der Idee vorstellig wurde und wir uns nicht in einer einzigen Sitzung, sondern wiederholt mit diesem Problem beschäftigt haben.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Und, Herr Zeuge, die Beteiligung einer anderen Firma, als das Prutscher war, kam das nicht in Frage? Wurde nicht im Vorstand das ganze Spektrum der auf diesem Markt tätigen Firmen ventiliert? Wieso eigentlich nur Prutscher?

Dr. **Machtl:** Sicherlich wäre auch eine andere Firma in Frage gekommen, sofern es mit dieser irgendwelche Kontakte gegeben hätte oder wir gewußt hätten, daß sich eine solche Möglichkeit eröffnet.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Wenn Sie im Vorstand sozusagen die Gründung der MED--CONSULT geboren haben, haben Sie dann auch vom Vorstand der Holding die weitere Entwicklung dieser Firma verfolgt oder wurde das allein den Organen der neuen Gesellschaft oder deren Teilhabern überlassen?

Dr. **Machtl:** Im Prinzip ist jede unserer Firmen ein selbständiges Unternehmen, das auch hinsichtlich ...

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Aber wie das Beispiel zeigt, schließt das ja nicht Anregungen des Holding-Vorstandes aus.

Dr. **Machtl:** Ja, die selbständig arbeiten kann, aber in bestimmten Fällen wiederum in einen Konnex mit uns kommt oder tritt oder wir im Rahmen unserer wirtschaftlichen Kontrolle bestimmte Dinge aufgreifen. Das kann man nicht generalisieren, das ergibt sich dann von Fall zu Fall.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Ich möchte auch nicht generalisieren, nur, Herr Zeuge, es kommt mir eigenartig vor: Die Idee wird im Vorstand geboren, das Kind wird gemeinsam mit den Beteiligten zur Welt gebracht, und dann wird es einfach weggelegt.

Dr. **Machtl:** Das habe ich, bitte, nicht gesagt. Also Kindesweglegung betreiben wir aus Prinzip nicht.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): In welcher Form haben Sie sich dann weiter mit der MED-CONSULT beschäftigt?

Dr. **Machtl:** Die MED-CONSULT wurde etwa, glaube ich, Mitte 1978 — ich müßte jetzt genau nachschauen — gegründet. Die MED-CONSULT hat hierauf gearbeitet, und etwa ein

Jahr später haben wir von der MED-CONSULT direkt einmal Unterlagen angefordert, wieweit das Unternehmen bereits in Schuß ist. Außerdem haben wir fallweise von Dr. Seidl als Geschäftsführer, der der Eigentümervertreter gegenüber der MED-CONSULT war, auch Mitteilung bekommen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Aber, Herr Zeuge, das kann Ihnen doch nicht verborgen geblieben sein, daß diese Firma mehr oder minder ein Papierdasein gefristet hat. Sie hatte keine Räumlichkeiten, sie hatte keine Angestellten bis auf den Geschäftsführer, sie hat Geschäfte abgewickelt, aber es hat sich überhaupt keine personelle Tätigkeit entwickelt. Das kommt mir etwas eigenartig vor bei dem Naheverhältnis von der Gründung her.

Dr. **Machtl:** Also ich habe jedenfalls genau das Gegenteil gehört, Herr Abgeordneter, nämlich daß das Kontrollamt Beschwerde geführt hat, daß zuviel Räumlichkeiten angemietet worden wären und daß daher auch ein zu hoher Zins zu bezahlen gewesen wäre. Also das Gegenteil von dem, was Sie sagen.

Wenn Sie damit konkret das Problem ABO-Auftrag, Durchführung des ABO-Auftrages und deren Weitergabe anschneiden, gut, da bin ich gerne bereit, darüber etwas zu sagen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Nein, Herr Zeuge, ich möchte nur wissen, ob Ihnen bekannt war, daß die Firma MED-CONSULT aus dem Herrn Enerwitschläger und aus sonst niemand bestanden hat.

Dr. **Machtl:** Die Firma wurde einmal gegründet. Selbstverständlich hat sie zunächst aus dem Geschäftsführer allein bestehen müssen, schon bei der Gründung. In der Folge, so hörte ich dann, gab es einen Koordinierer für einen bestimmten Auftrag. *(Abg. Dr. Feurstein, ÖVP: Wer war das?)* Bitte, da müßte ich im Akt nachschauen.

Es gab dann Personal, das im Einsatzbereich war, das allerdings zur Firma TECHMED gehört hat.

Wir wissen, daß der erste Auftrag, der zur Durchführung gelangte, der Beteiligungsanteil beim ABO-Auftrag war. Mit irgend etwas fängt halt eine jede Firma an, und dann begann das Unglück, wie Sie wissen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Sicherlich, Herr Zeuge. Aber das alles, was Sie sagen, bestätigt ja meine Frage: Es gab nur die Firma TECHMED, von der Personal geleast wurde, es gab innerhalb der Firma MED-CONSULT nur den Herrn Enerwitschläger. Andere Personen sind in diesem Zusammenhang bisher nicht aufgetreten. Und das kann Ihnen doch nicht verborgen beblieben sein. Es kann ja nicht der Zweck einer Gemeindefirma sein, in dem Fall einer 50-Prozent-Tochter, eine Briefkastenfirma zu errichten, denn das war es de facto.

Dr. **Machtl:** Also ich würde schon den Ausdruck „Briefkastenfirma", wie er heute auch gehandelt wird in der Optik und im Ruf, etwas anders betrachten als die MED-CONSULT, das möchte ich schon sagen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Was war es dann Ihrer Auffassung nach? Welche Produktivitäten gab es, und durch welche Personen wurde Produktivität entwickelt?

Dr. **Machtl:** Sie haben ja selbst gesagt, da war ein Geschäftsführer, und dann wurden Leute geleast von einer anderen Firma — ich möchte den Ausdruck hier wiederholen: geleast —, die dann den Auftrag, soweit er MED-CONSULT betroffen hat, abgewickelt haben.

Und nun komme ich gleich zu dem Problem, wenn Sie das so sagen wollen: Es hätte an sich die MED-CONSULT Personal aufnehmen müssen, um den Auftrag abwickeln zu können. Und da muß ich schon eines dazu sagen: Sie wissen, der Auftrag, den die MED-CONSULT abzuwikkeln hatte, betrug etwa knappe 12 Millionen Schilling, ohne daß absolute Gewähr dafür bestanden hätte, Nachfolgeaufträge zu bekommen. Und nun hatte die Firma zwei Möglichkeiten: Entweder von sich aus sofort einen eigenen Stab aufzubauen. Welches Personal man da bekommt, wissen Sie sicher auch, Herr Abgeordneter: entweder gutes Personal, das man woanders abwirbt zu überhöhten Preisen, oder Personal, das normalerweise woanders wegstrebt, weil es nicht besonders gesucht wird. Bis man so ein Team beisammen hat, wäre möglicherweise der erste Teilauftrag der ABO, bezogen auf MED-CONSULT, abgewickelt gewesen.

Oder die zweite Möglichkeit ist, daß man sich zunächst einmal Personal auf diese Art verdingt, um dann in der Folge zu sehen, welche Personen besonders tüchtig sind, welche man sich selbst anheuern wird können, um dann aus einem Team dieser Art Aufträge weiterhin zu akquirieren. Und wie Sie wissen, ist ja zumindest einer dieser Leute bereits engagiert worden von der AKPE, also ein sehr guter Mann. Das ist die zweite Möglichkeit, einen Auftrag abzuwickeln, und zu dem hat sich die MED-CONSULT entschlossen.

Abg. Dr. **Kapaun:** Gut. — Zusammenfassend nun, Herr Zeuge: Wie sehen Sie den Erfolg der Geschäftstätigkeit der MED-CONSULT, und warum soll sie nun Ihrer Meinung nach liquidiert werden?

Dr. **Machtl:** Der geschäftliche Erfolg, soweit

er aus dem Auftrag stammt, ist eher bescheiden oder sehr bescheiden. Und wenn eine Liquidierung gewünscht wird, auch von unseren Organen, so möchte ich das für mich so beurteilen. Ich möchte an sich kein Befürworter einer Liquidation sein, sofern nicht die MED-CONSULT durch die Ereignisse rund herum in einen Ruf gekommen wäre, der ihr jede Chance für die nächste Zeit nimmt, überhaupt mit Erfolg tätig zu sein. Für mich ist das also nicht eine Frage der Überzeugung, sondern der wirtschaftlichen Notwendigkeit.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Gut. — Und für die Liquidation muß eine Statusfeststellung erfolgen. Wir haben gehört, daß die Firma Consultatio mit dieser Statusfeststellung beauftragt wurde.

Ich möchte Sie daher in diesem Zusammenhang grundsätzlich fragen: Nach welchen Gesichtspunkten werden im gesamten Holding-Bereich, nicht nur auf die Firma MED-CONSULT bezogen, Steuer- und Abschlußprüfer bestellt. Gibt es da gewisse Regeln?

Dr. **Machtl:** Wir haben aus der Zeit, bevor die Holding gegründet wurde, bereits bei einer Reihe von Firmen Abschlußprüfer, die dann von der Holding mit übernommen worden sind. So war es auch bei der ODELGA. Dort war die Consultatio Abschlußprüfer. Dieser Abschlußprüfer wurde dann selbstverständlich oder doch aus logischen Gründen weiterverwendet für die MED-CONSULT, sodaß eine Statusfeststellung von dieser Firma durchaus im Bereiche des Üblichen liegen sollte.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Und gibt es in diesem Zusammenhang einen öfteren Wechsel, oder ist das immer die gleiche Firma?

Dr. **Machtl:** Wir haben bei der Holding selbst auf Grund unserer Satzung einen dreijährigen Turnus zu beachten. Bei den Tochterunternehmungen ist ein derartiger Turnus nicht vorgesehen, da gibt es sicherlich des öfteren Diskussion, ob man wechseln soll oder nicht wechseln soll; alles hat seine Vor- und Nachteile.

Wir wechseln nur dann, wenn ein Abschlußprüfer den in ihn gesetzten Erwartungen nicht entspricht.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Dann eine vorletzte Frage, Herr Zeuge. Sie wissen, dieser Ausschuß hat auch die Frage von Parteienfinanzierungen zu untersuchen. Ist Ihnen im Bereich Ihrer Geschäftstätigkeit speziell mit der Firma MED-CONSULT oder sonst irgend etwas über Parteienfinanzierungen zu Ohren gekommen? Haben Sie Leistungen von den Ihnen unterstehenden Firmen an Parteien gegeben?

Dr. **Machtl:** Also man spricht von Parteienfinanzierung, das weiß ich aus Zeitungen. Aus unserem Bereich, zumindest was meine Kenntnis anbelangt, gab es keine Parteienfinanzierung und gibt es sie auch jetzt nicht.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Dann eine letzte Frage: Sind die Wiener Holding und ihre Tochterfirmen Mitglied der Industriellenvereinigung?

Dr. **Machtl:** Die Holding selbst ist Mitglied der Industriellenvereinigung. Da ist eine Doppelmitgliedschaft: eine persönliche des Generaldirektors und dann der Firma. Da sind wir seit dem Jahre 1975/1976 Mitglied.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Und die Tochterfirmen?

Dr. **Machtl:** Von den Tochterfirmen weiß ich es nicht. Das ist an sich nicht korporativ. Ob die eine oder die andere dabei ist, da müßte ich mich erst darum kümmern.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Und Sie zahlen die statutenmäßigen Beiträge oder mehr oder weniger?

Dr. **Machtl:** Wir bezahlen die statutenmäßigen Beiträge.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Danke.

Obmannstellvertreter Ing. **Hobl:** Der nächste fragende Abgeordnete ist der Herr Abgeordnete Bergmann. Bitte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge! Sie haben im Zusammenhang mit der Frage des Kollegen Kapaun über den Schlußstatus der Firma MED-CONSULT so getan, als ob die Auflösung dieser Firma noch nicht beschlossene Sache wäre. Habe ich Sie da richtig verstanden?

Dr. **Machtl:** Es wurde in den Gremien der Beschluß gefaßt, die Firma zu liquidieren. Dies setzt allerdings auch die Einhaltung der vorgesehenen satzungsmäßigen Belange voraus. Das heißt: Wir konnten erstmals die Firma bzw. Syndikatsvertrag spätestens am 31. 12. 1980 mit Wirksamkeit des 31. 12. 1981 kündigen, was wir auch taten, wobei die Frage der Liquidierung von beiden Gesellschaftern in gleicher Weise bejaht wird. Es geht jetzt um die Form. Es hat uns die Firma PRUTSCHER ihren 50prozentigen Anteil um einen Schilling angeboten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wann denn?

Dr. **Machtl:** Das liegt schon einige Monate zurück. Da wäre ich jetzt überfragt. Es mußte daher ein Status erstellt werden, um zu wissen, ob dieser Anteil um einen Schilling ein Danaergeschenk ist oder eine realistische Größe.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber Sie haben den

Geschäftsführer vorsichtshalber auch gleich gekündigt?

Dr. **Machtl:** Ob der bereits gekündigt ist oder nicht, bitte, da kann ich im Augenblick keine Antwort darauf geben, da müßte ich den Geschäftsführer fragen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist die Bauftragung der CONSULTATIO mit dem Schlußstatus etwas ganz Routinemäßiges, weil das der Wirtschaftsprüfer der ODELGA war, oder ist das in diesen Beschlüssen extra erwähnt worden?

Dr. **Machtl:** In welchen Beschlüssen?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben ja gesagt, es wurde beschlossen.

Dr. **Machtl:** Es wurde seitens der Beteiligungskommission — was unseren Teil anbelangt — und auch von unserem Aufsichtsrat die Meinung vertreten, die Firma möge liquidiert werden. Hinsichtlich des Status haben wir selbst gesagt, daß wir einen erstellen werden müssen, jedoch die Frage, wer den Status erstellt, das ist eine Frage, die nicht behandelt worden ist, zumal sie ja dem Einflußbereich der Geschäftsführung der Firma ODELGA obliegt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Firma PRUTSCHER, wenn die ihren Anteil um einen Schilling angeboten hat und das auch schon vor Monaten, das heißt, daß die Gespräche eigentlich schon weit vor dem Kündigungstermin begonnen haben?

Dr. **Machtl:** Das Anbot selbst kann ich hier nicht, wie ich schon gesagt habe, zeitlich genau fixieren. Es wurde jedoch tatsächlich von der ODELGA auch mit betrieben, möglichst rasch einen Status zu finden, wobei eine Reihe von Fragen dazukamen, die sonst ja nicht üblich sind.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Welche zum Beispiel?

Dr. **Machtl:** So zum Beispiel Steuerprüfung, welche Fragen der Rückstellungen noch zum Tragen kommen können und in welchem Ausmaß, also Dinge, die normalerweise nicht so häufig vorkommen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat es seitens der Firma PRUTSCHER für dieses großzügige Angebot um einen Schilling irgendwelche Bedingungen gegeben?

Dr. **Machtl:** Wie meinen Sie das?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Na ja, daß der sagt, ich verkaufe Ihnen die Firma um einen Schilling, aber dafür krieg ich ... drei Punkte, irgendwas?

Dr. **Machtl:** Diese Bedingung wurde nicht gestellt. Es sollten vielmehr auch mit der Liquidierung auf diese Art und Weise noch offene Fragen zwischen PRUTSCHER und der ODELGA ebenfalls auf Dauer bereinigt werden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Betrifft das konkret Aufträge?

Dr. **Machtl:** Es betrifft zum Beispiel einen alten Auftrag, so wurde von Herrn PRUTSCHER gesagt, der in Deutschland zur Ausführung gelangt ist, also eine Reihe von ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Betrifft es einen Auftrag, der im Zusammenhang mit der ABO zu sehen ist?

Dr. **Machtl:** Ich glaube, der ABO-Auftrag selbst war ja der Auftrag, der bearbeitet wurde und der damit auch liquidiert wird; selbstverständlich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und es gibt keinen noch offenen 3,5-Millionen-Auftrag?

Dr. **Machtl:** Es gibt einen Auftrag, ob der 3,5 Millionen Schilling ist, weiß ich nicht, ein Auftrag, der noch auszuführen ist im Zusammenhang mit der Planung. Aber da bin ich im konkreten etwas überfragt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und das war nicht im Zusammenhang, daß dann PRUTSCHER gesagt hat: Und den Auftrag hätte ich gern wieder zurück?

Dr. **Machtl:** Es gibt einen Auftrag, wo PRUTSCHER, die ODELGA oder die MED-CONSULT — da bin ich jetzt überfragt — als Subunternehmer, soweit ich mich noch richtig erinnere, übergeben hat mit einer Halbjahresakontierung und der würde dann, glaube ich, mit der zweiten Hälfte dieses Jahres jedenfalls zurückgehen an Prutscher. Das glaube ich auch.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wann haben denn Ihre Schwierigkeiten mit dem Herrn Seidler begonnen?

Dr. **Machtl:** Die Schwierigkeiten ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Gibt es ein konkretes Projekt, wo sich das gezeigt hat?

Dr. **Machtl:** Schauen Sie, ich hatte mit dem Herrn Seidler, wenn Sie offensichtlich wieder zurückkommen auf die MED-CONSULT, keine Schwierigkeiten. Zunächst einmal. In der Folge gab es dann Schwierigkeiten. Allerdings, wann die genau entstanden sind, kann ich Ihnen nicht mehr sagen. Wenn man eine Tochterfirma hat mit einem anderen Partner von je 50 Prozent, dann muß man zumindest versuchen, gewisse Erfahrungen zu sammeln, ob der andere Partner sachlich und operativ tätig ist, oder ob er einen, wie man sagt, „legen" will.

Man kann von vornherein selbst nicht immer wiederum Schwierigkeiten bereiten, um es gar nicht so weit kommen zu lassen, ob man da feststellen kann, ja, es gibt ein Vertrauensverhältnis zueinander als Geschäftspartner, ja oder nein.

Wenn man von vornherein immer wiederum ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat das mit dem Begriff unbegründetes Mißtrauen etwas zu tun?

Dr. **Machtl:** Nein, das hat mit etwas anderem zu tun. Es wurde des öfteren von Herrn Enerwitschläger bzw. von Herrn Prutscher behauptet, daß der Herr Direktor Seidler bei der Legung von Anboten durchaus entgegen dem Geist der Syndikatsvereinbarung handelt. Dasselbe wurde aber auch dann vom Direktor Seidler gegenüber den anderen behauptet.

Und das ging lange, lange Zeit so dahin, bis ich gesagt habe: Es wäre doch endlich einmal Zeit, daß sich alle daran Beteiligten an einen Tisch setzen, um klarzustellen, wer hat wen torpediert, sabotiert oder im Rahmen einer nichtkooperativen Zusammenarbeit schädigen wollen. Bei dieser Aussprache stellte ich doch ziemlich eindeutig fest, daß Direktor Seidler, ich glaube, zu früh versucht hat, die Kooperation zu unterbrechen bzw. nicht zusammenarbeiten zu wollen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie aus Gesprächen mit dem Dr. Seidler je den Eindruck gehabt, daß er sich eigentlich als Marionette offensichtlich von Ihnen fühlt?

Dr. **Machtl:** Den Eindruck hatte ich keineswegs. Ich hatte auch nicht den primären Kontakt mit ihm. Ich hatte vielmehr des öfteren den Eindruck, daß er nicht weiß, was er will.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das war dann der Grund, der zu seiner Kündigung geführt hat?

Dr. **Machtl:** Nein, der Grund, der zu seiner Kündigung geführt hat, hat im sachlichen Bereich direkt mit der ODELGA zu tun. Wie gesagt, ich bin bereit, das zu beantworten, möchte aber aufmerksam machen, daß das im Sinne eines Dienstzeugnisses ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, nein, es sei denn, es hat mit unserem Untersuchungsauftrag zu tun *(Dr. Machtl: Das hat damit nichts zu tun!)*, sonst will ich dem Dr. Seidler gar nicht schaden. Aber Sie haben vorhin eine Antwort gegeben, daß man sozusagen ohnehin weiß, wer welcher Partei angehört. Nach welchem System erfahren Sie das, wer einer Partei angehört, wenn er sich wo bewirbt?

Dr. **Machtl:** Ich erkundige mich aus Prinzip nie.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das flattert Ihnen zu?

Dr. **Machtl:** Bitte?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das flattert Ihnen so zu?

Dr. **Machtl:** Nein, mich interessiert das auch gar nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie wissen ja sehr präzis, wann der Seidler der Partei beigetreten ist.

Dr. **Machtl:** Sicher, das weiß ich. Wenn Herr Dr. Seidler hier anscheinend eine Behauptung macht, die von den Zeitungen kolportiert wird, so erkundige ich mich schon im nachhinein, ob er einer Partei angehört oder ob er in Ihren Augen der richtigen Partei angehört. Daher habe ich mich zum ersten Mal erkundigt, nachdem ich das in der Zeitung gelesen habe. Da stellte ich mit Erstaunen fest, daß der Mann, der behauptet, bei mir nicht vertrauenswürdig gewesen zu sein, weil er nicht der SPÖ angehört oder angehörte, seit dem Jahre 1979, seit April 1979, der SPÖ angehört.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Als er noch Mitarbeiter der ODELGA war?

Dr. **Machtl:** Mitten drin, als er noch Mitarbeiter war.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist der Dr. Wilfling öfters als Parteiwerber in der ODELGA unterwegs gewesen? War das der politische Anspielpunkt?

Dr. **Machtl:** Schauen Sie, ob der Dr. Wilfling als Parteiwerber tätig war, weiß ich nicht, das ist auch nicht meine Angelegenheit. Für mich ist er in der Firma, um zu arbeiten, das andere ist weniger von Interesse.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was war denn in Ihren Augen seine Qualifikation, die ihn zum Bereichsleiter in Wien befähigt hat?

Dr. **Machtl:** Herr Doktor, ich habe ihn weder dazu vorgeschlagen, noch mir darüber Gedanken gemacht, ob bzw. welche Fähigkeiten er als Bereichsleiter hat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie jemals mit dem Finanzminister Dr. Androsch über ihn geredet?

Dr. **Machtl:** Wenn sie meinen, daß bei der Aufnahme bei uns bei der ODELGA als Geschäftsführer der Name Wilfling gefallen ist, ja, ansonsten gab es das Gesprächsthema Wilfling nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie war das damals mit der Sonderprüfung der Consultatio bzw. die der Dr. Bauer im Jahre 1969 bei der ODELGA

durchgeführt hat? Ist das im Auftrag der Holding passiert?

Dr. **Machtl:** Sonderprüfung? Er hat damals, glaube ich, erstmals seine Abschlußprüfertätigkeit aufgenommen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Damals hat es noch den Direktor Krajca gegeben. Ergebnis der Prüfung: Krajca muß gehen, Wilfling kommt. Streit um das Honorar, ist Ihnen das vielleicht in Erinnerung? 100 000 S.

Dr. **Machtl:** Das Problem, Krajca muß gehen auf Grund der Prüfung, das ist eine Simplifizierung, die sich offensichtlich hin und wieder einschleicht. Tatsache war, daß in den sechziger Jahren immer wieder der Vorwurf erhoben wurde, die Gemeinde Wien mache es sich mit ihren Beteiligungen leicht, sie veröffentliche nicht die Bilanzen und lasse sie auch nicht prüfen. Daher könnten die Bilanzen nach Belieben frisiert werden.

Um dagegen eine Handhabe zu haben, wurde etwa um diese Zeit bei größeren Firmen, die im Eigentum der Stadt Wien gestanden sind, eine Abschlußprüfung eingeführt im Sinne der aktienrechtlichen Prüfung.

Was sich bei der ODELGA konkret abgespielt hat hinsichtlich dieser Prüfung, kann ich Ihnen eines sagen, daß wohl Klage geführt worden ist, daß die Prüfgebühr zu hoch sei, wobei vor allem die Zeitgebühr auch eine Rolle gespielt hat, und da stellte sich schon heraus, daß offensichtlich bei der Bewertung der Lagerbestände nicht mit der gebotenen Härte durchgegriffen wurde, also Ladenhüter noch voll bewertet belassen wurden et cetera. Und wenn man so einen Lagerbestand, der sich angehäuft hat, durchcheckt, dann gibt es auch eine entsprechend hohe Gebühr. Das wurde damals kurz vorgeworfen, aber das war nicht der Grund, daß Krajca ging. Er war an sich schon in dem Alter, wo man normalerweise in Pension geht. Und nun spielte noch eine gewisse Rolle damals, daß er wußte, für die ODELGA muß ein neues Objekt gekauft werden, denn das alte Haus war skandalös, und da muß ein Geschäftsführer auch in der Lage sein, die Voraussetzungen für einen Neubau zu schaffen, und wenn er sie selbst nicht mitbringt, dann muß er sich eben der entsprechenden Krücke bedienen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Wilfling war zu diesem Zeitpunkt vielleicht ein ausgezeichneter Reinigungsfachmann, aber sicher nicht ein Bauherr für ein neues Gebäude der ODELGA.

Dr. **Machtl:** Deswegen wurde der Direktor Wilfling auch nicht bestellt. Es war klar, daß die Zeit des Direktor Krajca abgelaufen ist, und uns war klar, daß ein neuer Geschäftsführer zu suchen ist, wobei damals ein Parallellauf vorgenommen wurde. Aber Wilfling war nicht der, den man aufgenommen hat, um Krajca zu beseitigen, sondern uns war von vornhinein klar, die Zeiten von Krajca gehen dem Ende zu, es muß ein neuer Geschäftsführer her, und der wurde gesucht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nun hat diese Sonderprüfung oder wie immer wir das nennen — erstmalige Schlußprüfung oder sonst etwas — der Dr. Bauer durchgeführt, dann hat der Direktor Krajca bei Ihnen vermerkt, daß 100 000 S zuviel sind, dann kam der Abgeordnete Androsch kurz vorbei, und dann war die Summe auf einmal in Ordnung. Was hat denn Dr. Androsch mit der Bauer-Prüfung an sich zu tun gehabt?

Dr. **Machtl:** Also da erzählen Sie mir Neuigkeiten. Davon weiß ich nichts, und ich war in die Prüfung nicht so eingeschaltet, daß mir derartige Dinge ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich halte Ihnen nur Dinge vor, die ich aus der Aktenlage kenne, ich erfinde sie ja nicht.

Dr. **Machtl:** Wenn mir das auch noch zur Verfügung steht, vielleicht bin ich dann auch in der Lage, noch Neues zu erfahren, aber das war die Sachlage.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Versuchen wir, der Sache auf den Grund zu gehen: Es gibt diese Prüfung, es gibt dafür ein Honorar. Soweit ist einmal Übereinstimmung. Dieses Honorar wird kritisiert in seiner Höhe, das haben Sie auch bestätigt, es wird kritisiert von Direktor Krajca in seiner Höhe. Es beträgt 100 000 Schilling. Ist Ihnen das ungefähr in Erinnerung? Könnte es so hoch gewesen sein?

Dr. **Machtl:** Es könnte gewesen sein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Also ungefähr in dieser Größenordnung. Der Direktor Krajca erzählt Ihnen das alles. Stimmt das auch noch überein, daß er der Meinung ist, daß das Honorar zu hoch ist? Wann haben Sie dann mit dem Dr. Androsch in der Frage dieses Honorars zu tun gehabt?

Dr. **Machtl:** Es hieß damals, daß das Honorar zu hoch ist, das habe ich Ihnen gesagt, und ich habe daraufhin mit Androsch gesprochen — oder war es Bauer, ich weiß es nicht mehr genau —, ich habe mit einem der Herren gesprochen und habe dann die Auskunft bekommen, daß eben der Prüfungsumfang sich zeitlich wesentlich schwieriger darstellte aus den bereits gesagten Gründen, daß dort Lagerbestände mit Ladenhütern von Großmutters

Zeiten, etwas arg ausgedrückt, noch waren, und das mußte bereinigt sein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie bei diesem Gespräch mit Dr. Androsch schon auch über den Wilfling geredet?

Dr. **Machtl:** Wann dieses Gespräch stattgefunden hat, das kann ich Ihnen nicht mehr genau sagen, und auch nicht, ob über Wilfling gesprochen wurde.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie den Eindruck gehabt, daß Dr. Androsch den Wilfling sehr gut kennt oder in seiner Qualifikation abschätzen kann?

Dr. **Machtl:** Ich hatte aus einer Äußerung damals, als Androsch mir Wilfling nannte, nicht den Eindruck, daß er ihn persönlich sonderlich gut kennt oder in einem Intimverhältnis steht, ich hatte eher den Eindruck, daß Androsch der Meinung war, Wilfling wäre ein tüchtiger, cleverer Kopf, und er gab mir den Namen Wilfling, um mich dann später darum zu kümmern. Aber daß hier ein besonderes Naheverhältnis gewesen wäre, ist mir nicht aufgefallen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber es war so, daß man es als eine ernst zu nehmende Intervention bezeichnen könnte?

Dr. **Machtl:** Wie meinen Sie das?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Na, daß seine Bemerkung über den Dr. Wilfling eine ernst zu nehmende Intervention in Richtung der Postenbesetzung war.

Dr. **Machtl:** Nein. Ich habe ihn ja gebeten, mir jemanden zu nennen, von dem er glaubt, daß er gut ist. Das tat ich nicht nur bei ihm, sondern bei einer Reihe anderer Persönlichkeiten auch, um Namen zu wissen ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie oft, in welchen Fällen haben Sie denn das immer gemacht?

Dr. **Machtl:** Wenn ein Geschäftsführerfall, wenn ein Geschäftsführer ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Konkret.

Dr. **Machtl:** Dann, wenn ein Geschäftsführer vor dem konkreten Ausscheiden war, habe ich herumgehorcht, ob man diesen oder jenen empfehlen könnte oder nominieren könnte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Da haben Sie regelmäßig den Dr. Androsch angerufen?

Dr. **Machtl:** Ein- oder zweimal habe ich mit Dr. Androsch gesprochen darüber. Aber auch mit anderen Herren. Das war ganz verschieden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Würden Sie sagen, daß die Consultatio von diesem Zeitpunkt an in eine umfangreichere Tätigkeit — um den Zeitpunkt 1969 war sie noch gar nicht gegründet, aber dann nach ihrer Gründung — in eine umfangreichere Wirtschaftsprüfer — et cetera — -tätigkeit im Rahmen der Holding und ihrer Betriebe ...

Dr. **Machtl:** Die Consultatio war in einem größeren Umfang tätig seit dem Augenblick, da bei der Stadt Wien intern die Entscheidung fiel, größere Unternehmungen einer Abschlußprüfung zu unterstellen. Da war die Consultatio, ab diesem Zeitpunkt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat sich der Stadtrat Stacher bei Ihnen einmal erkundigt, wie die Arbeitsweise der Consultatio ist?

Dr. **Machtl:** Ist mir nicht bekannt oder nicht erinnerlich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sagt Ihnen der Name Professor Riethmüller etwas?

Dr. **Machtl:** Ja, der sagt mir etwas.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sagt er Ihnen was Positives oder eher was Negatives?

Dr. **Machtl:** Ich weiß ihn nur im Zusammenhang, daß er der Mann war, der federführend war bei der Raumprogramm- und Funktionsprogrammbestimmung für das AKH neu. Aber ich hatte sonst keinen besonderen Kontakt mit ihm.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn Sie die Odelga unter Ihren Fittichen haben, die sich ohne entsprechende Qualifikation um den ABO-Auftrag bemüht, haben Sie die Qualifikation des Riethmüller gekannt?

Dr. **Machtl:** Schauen Sie, Riethmüller war, wie gesagt, der Raumprogrammverfasser, der dann, glaube ich, im Jahre 1973 auch einmal mit einer Grobplanung beschäftigt wurde für die Betriebsorganisation. Aber Näheres weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Holding und der Professor Riethmüller haben nie in einem engeren Kontakt zusammengearbeitet?

Dr. **Machtl:** Bitte?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Holding und der Professor Riethmüller haben nie in einer engeren Art zusammengearbeitet?

Dr. **Machtl:** Wäre mir neu.

Abg. **Bergmann:** Sagt Ihnen der Name Vietor etwas?

Dr. **Machtl:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die „Neue Heimat" in Hamburg?

Dr. **Machtl:** Den Namen habe ich einmal gelesen, glaube ich, irgendwo.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber Sie haben damit nie was zu tun gehabt? Auch nicht mit der Mediplan Hamburg?

Dr. **Machtl:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mediplan Wien?

Dr. **Machtl:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sagen Ihnen so schöne Firmennamen wir Tractus, Infrabau, Pilgramzentrum, Merkur etwas?

Dr. **Machtl:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat die Holding je mit Töchterfirmen des „Vorwärts" zu tun gehabt?

Dr. **Machtl:** Das ist schwer zu beantworten. Wenn zufälligerweise eine Firma, mit der wir zu tun gehabt hätten, eine Tochterfirma ist, da wäre meine Antwort falsch. Aber vielleicht können Sie die Frage etwas konkreter stellen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Bewußt haben Sie jedenfalls nichts in Erinnerung?

Dr. **Machtl:** Bewußt nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Gründung der MED-CONSULT, ist die in der Absicht erfolgt, zu verschleiern, wem sie eigentlich gehört und wer hinter dieser Firma steht?

Dr. **Machtl:** Hinter der Firma MED-CONSULT?

Abg. **Bergmann:** Ja.

Dr. **Machtl:** Wieso sollte etwas verschleiert werden können, wenn die Gesellschafter aus dem Handelsregister jederzeit ersichtlich sind?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Weil es angeblich die Gemeindefirmen so schwer haben, an Aufträge heranzukommen außerhalb der Stadt Wien.

Dr. **Machtl:** Es gibt bestimmte Gebiete in Österreich, wo es zweifelsohne der Odelga, die doch von der Herkunft her etwas apostrophiert ist, Aufträge zu bekommen als anderen Firmen schwer fällt. Das stimmt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist das dann eine Tarnung, oder ist es keine Tarnung, wenn man eh jederzeit nachschauen kann, wem sie gehört?

Dr. **Machtl:** Schauen Sie, es war nie an eine Tarnung gedacht, weil eine Tarnung dumm wäre, weil man nicht tarnen kann, sondern weil man in den Bundesländern glaubte, besser in das Geschäft zu kommen, wenn der Partner, der schon eingeführt ist, einen mitnimmt. Et vice versa.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sind Sie Mitglied vom Club 45?

Dr. **Machtl:** Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Direktor Schwaiger von der AKPE ist auch im Aufsichtsrat der Odelga. Was waren denn die Motive für diese Berufung?

Dr. **Machtl:** Schauen Sie, die Gemeinderäte sind bei uns ab 1977 aus den Aufsichtsräten ausgeschieden, und die Klubs der beiden Parteien, der größeren Parteien im Gemeinderat haben sich die Nominierung vorbehalten. Und daher weiß ich nicht, welche Motive für Schwaiger maßgebend waren.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie halten das für durchaus vereinbar? Direktor der AKPE und Aufsichtsratmitglied in der Odelga?

Dr. **Machtl:** Schauen Sie, dieses Problem ist ja nicht nur allein dort so. Jedes Unternehmen ist glücklich, einen Aufsichtsrat zu haben, wo auch hinsichtlich möglicher Akquisitionen potente Mitglieder sind, sodaß ich also den Wunsch, möglicherweise den Herrn Schwaiger drinnen zu haben, aus der Praxis, die ich Tag für Tag sehe, gar nicht so absonderlich finde.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber im nachhinein stellt sich heraus, daß es eine Reihe solcher Verflechtungen gibt, wo Kontrollore Auftragnehmer sind und ähnliches.

Dr. **Machtl:** Ich habe nur etwa meine Erfahrungen dazu gesagt. Ich bin aber in keiner Weise damit beschäftigt gewesen, Direktor Schwaiger für den Aufsichtsrat der ODELGA vorzuschlagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wieso ist es denn bei der Beauftragung der ABO so schnell gegangen, daß da noch die ODELGA drinnen war, um kurze Zeit später auszuscheiden und der MED-CONSULT Platz zu machen? Was war da? Ist irgendeine Hudlerei passiert?

Dr. **Machtl:** Schauen Sie, wie sie rasch hineingekommen ist oder nicht, weiß ich nicht. Jedenfalls ich war nicht glücklich, daß die ODELGA in der Planung mit drinnen war. Das kann ich dazu sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren Sie nicht glücklich, weil die ODELGA kein qualifiziertes Personal dafür gehabt hat, um sich da zu bewerben?

Dr. **Machtl:** Nein, ich war aus einem anderen Grund nicht glücklich. Mir ist klar, wie komplex das Objekt AKH neu ist und wie schwierig

eine Betriebsorganisationsplanung daher dort sein muß. Mir ist auch klar, wenn eine Firma von uns wie die ODELGA dort beteiligt ist, daß sofort, wenn Kritik an der Planung laut wird, die ODELGA in den Vordergrund geschoben werden wird, aus alter Erfahrung. Und bei einem Gewinn, der dort zu erwarten war, sah ich gar keinen Grund, daß die ODELGA sich dort stark macht, um dort mit hineinzukommen. Das war der Grund, warum ich gar nicht glücklich war, daß die ODELGA in der Planung drinnen war.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, sie war aber drinnen. Sie war sogar schon drinnen, ehe noch der Auftrag wirklich vergeben worden ist, ist der Kuchen schon verteilt worden, und es ist die ODELGA dabei gewesen.

Dr. **Machtl:** Sicher.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und da haben Sie noch keine Bedenken gehabt?

Dr. **Machtl:** Entschuldigen Sie, ich habe bewußt, richtig bewußt, das erst in die Kehle bekommen, als die ODELGA drinnen war und als dieses Problem einmal besprochen wurde bei uns im Vorstand.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nun ist zwar die ODELGA nicht — und da komme ich wieder auf die Frage — was war das? 1978, Anfang 1978, oder wann war diese Besprechung?

Dr. **Machtl:** Die muß gewesen sein so um die Jahreswende herum 1978, um die Zeit.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber vor der Auftragsvergabe noch?

Dr. **Machtl:** Das muß etwa um diese Zeit gewesen sein; bitte, ich kann mich da zeitlich nicht festnageln. Als ich erfuhr, daß die ODELGA faktisch drinnen ist oder formell schon drinnen ist, das kann ich nicht mehr genau zeitlich unterscheiden, war ich jedenfalls nicht sehr glücklich, daß sie drinnen ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Faktisch drinnen war sie ja schon sehr viel früher, als sie formell drinnen war.

Dr. **Machtl:** Sicherlich glaube ich, daß sie gute Chancen gehabt hat, daß man sich Hoffnungen gemacht hat. Aber bitte mich da nicht um Zeitangaben zu befragen, da habe ich keine Ahnung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie einen Eingriff zur Veränderung der Beteiligung der ODELGA veranlaßt?

Dr. **Machtl:** Ich hätte am liebsten überhaupt den Auftrag zurückgelegt oder die Beteiligung am Auftrag zurückgelegt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nur aus dem Grund, daß die mögliche Kritik auf die ODELGA fällt?

Dr. **Machtl:** Nochmals: Einen derart komplexen Bau wie das AKH neu gab es bisher in Österreich noch nicht. Die ODELGA, die begonnen hat, in Betriebsorganisation sich zu betätigen, sah ich nicht als gerade gut beraten an, wenn sie beim schwersten Bau die Feuerprobe bestehen will. Und daher war ich derjenige, der gesagt hat, mir ist lieber, die ODELGA ist nicht drinnen, denn wenn es irgendwo zu Schwierigkeiten kommt, weil die Betriebsorganisation nicht von vornherein paßt oder Kritik laut wird an den Planern, die ODELGA diejenige Firma ist, die als erste hinausgehängt werden wird. Und so geschah es ja auch später in diesem Zusammenhang.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt, Ihr Bedenken war schlichtweg die doch mangelnde fachliche Qualifikation, ein solches Experiment einzugehen, an so einem Riesending sich zu beteiligen?

Dr. **Machtl:** Ich bin dafür, daß die ODELGA Betriebsorganisationsplanung macht. Sie muß aber nicht gleich beim ersten Auftrag oder beim ersten wesentlichen Auftrag sich das schwierigste Objekt heraussuchen. Sie wäre viel besser beraten gewesen, für kleinere Bereiche tätig zu sein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das war Ihre Meinung. Daß die ODELGA sich damals qualifizierte ausländische Partner genommen hat, war Ihnen nicht Absicherung genug, daß das doch gut gehen könnte?

Dr. **Machtl:** Von diesen qualifizierten Partnern habe ich erst später erfahren. Nur frage ich mich, was es für einen Sinn hat, einen Teil des Kuchens mit knapp 12 Millionen Schilling zu übernehmen und den Preis gleich an ein Institut aus Dänemark weiterzugeben, das Risiko, den Ruf negativer Art aber bei sich zu behalten. Also daß mich das auch, wie ich es später erfahren habe, nicht gefreut hat, können Sie sich vorstellen, weil es Unsinn ist, wirtschaftlich gesehen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie war denn Ihr Wissensstand zu diesem Zeitpunkt um die Firma ÖKODATA?

Dr. **Machtl:** Schauen Sie, die Firma ÖKODATA wurde irgendwo immer wieder genannt, ob das 1978, 1979 war. Ich weiß jedenfalls, daß es eine Firma ÖKODATA gibt. Das wußte ich ab einem bestimmten Zeitpunkt. Aber genau kann ich das nicht mehr sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber Sie wußten es um die Arbeitsgemeinschaft, die sich um den BO-Auftrag ...

Dr. **Machtl:** Daß die ÖKODATA dabei ist, das wußte ich schon.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und wer war denn Ihrer Meinung nach damals die ÖKODATA?

Dr. **Machtl:** Schauen Sie, es wurde immer wieder einmal der Name Rumpold gesagt, den ich nie kennengelernt habe. Dann wurde Dr. Bauer damit in Verbindung gebracht. Also ganz konkrete Vorstellungen hatte ich nicht, was mich auch in Wirklichkeit nicht so interessierte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es ging ja nicht darum, ob es Sie interessiert hat, sondern ob Sie es gewußt haben, daß die ÖKODATA zum Beispiel und die Consultatio in einem sehr engen Verhältnis zueinander leben, der eine Geschäftsführer in beiden Firmen.

Dr. **Machtl:** Schauen Sie, daß der eine Geschäftsführer bei der anderen Firma auch drinnen ist, das sind Dinge, die sich ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist Ihnen aber nicht verborgen geblieben?

Dr. **Machtl:** Entschuldigen Sie, das habe ich erst relativ spät erfahren. Ob Bauer Geschäftsführer dort oder da war, interessiert mich wirklich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber der Herr Bauer ist Ihnen ja als Wirtschaftsprüfer et cetera, als Consultatio-Mann regelmäßig begegnet im Rahmen der Holding, ganz natürlich.

Dr. **Machtl:** Also regelmäßig begegnet, würde ich nicht sagen. Der primäre Kontakt ist mit der Betriebswirtschaft gewesen und nicht mit mir, sodaß von einem regelmäßigen Treffen nicht die Rede sein kann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und jetzt wird Ihren Bedenken bei der ODELGA dadurch Rechnung getragen, daß man zur Tarnung die MED-CONSULT gründet, daß man also bei Kritik nicht so rasch auf die gemeindeeigene ODELGA kommt.

Dr. **Machtl:** Darf ich bitte das bereits vorweg gesagte nochmals wiederholen. Die MED-CONSULT wurde nicht zu Tarnungsgründen gegründet, weil ich das als einen dummen Versuch empfunden hätte, und außerdem eine Tarnung damit durchzuführen, daß man sich ins Handelsregister mit vollem Namen hineinbegibt, ist ja auch nicht der Weg dazu. Was soll es daher, wenn Sie mir unterstellen oder in den Mund legen wollen, daß die MED-CONSULT meines Wissens oder meinem Wunsche nach oder wie auch immer zur Tarnung gegründet wurde?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich wollte eine so präzise Erklärung, daß es sich um keine Tarnung handelt, vorweg einmal hören. Ich will nämlich endlich wissen, warum die MED-CONSULT gegründet worden ist. Ich ließe mir ja noch einreden, daß es eine schlechte Tarnung war, aber es war offensichtlich nicht in der Absicht der Tarnung. Was war dann die Absicht? Finanziell ist es ein Flop, jetzt handelt einer um einen Schilling seine Beteiligungen und ähnliches. Der Ruf ODELGA ist offensichtlich genauso gefährdet, wie wenn es gleich beim ABO-Vertrag dabei gewesen wäre. Was war der Sinn der MED-CONSULT?

Dr. **Machtl:** Herr Abgeordneter, ich bin gerne bereit, es nochmals ausführlich, wie bereits dargelegt, zu wiederholen. Ich habe bereits erklärt: In einer Zeit, wo man versucht, im Angebot Komplettangebote zu legen von der Planung bis zur Ausführung, was, wie Sie wissen, ja auch den Generalunternehmer oder Generalübernehmer im wesentlichen auszeichnet und in der letzten Zeit, im letzten Jahrzehnt mehr und mehr en vogue gekommen ist. Das war das eine. Das zweite, daß Prutscher und die Holding getrennte Sortiments hatten, die man gemeinsam hätte anbieten können, noch dazu in Gegenden, wo die Firma Prutscher stärker war oder stark war und wir nicht zum Zug gekommen sind.

Das dritte, das habe ich auch, glaube ich, schon gesagt, daß Prutscher schwer im Export drinnen war und drinnen ist und wir uns schon ausgerechnet haben oder gehofft haben, mitgenommen zu werden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und das ist dann alles nicht passiert?

Dr. **Machtl:** Nein, das ist alles nicht passiert.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und der Herr Enerwitschläger kommt sich als guter Geschäftsführer vor?

Dr. **Machtl:** Bitte, da müssen Sie ihn befragen, ob er sich als guter Geschäftsführer vorkommt, ich kann jedenfalls nichts Nachteiliges über ihn sagen. Ich kann nur feststellen, daß die Ereignisse ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Er hat die Republik ums Ohr gehaut, das ist alles, ich meine ...

Dr. **Machtl:** Schauen Sie, ob er die Republik ums Ohr gehauen hat, weiß ich nicht *(Abg. Bergmann: Die Gemeinde Wien auch!)*, da müßten sie mich noch konkret aufklären. Ich kann nur feststellen, die Ereignisse hierauf, die um das AKH eingetreten sind, haben die MED-CONSULT in einen Ruf gebracht, daß es sinnlos ist, sie weiterzuführen. So etwa wollte ich es darstellen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat der Herr Ener-

witschläger, wurde überprüft, ob der überhaupt eine Gewerbeberechtigung hat, als er zum Geschäftsführer bestellt worden ist?

Dr. **Machtl:** Ob der Enerwitschläger eine Gewerbeberechtigung hatte oder nicht, ob das überprüft wurde, weiß ich jetzt konkret nicht, ob das dann gemacht wurde von der ODELGA. Jedenfalls hätte er auch keine gebraucht, wenn er einen Geschäftsführer gewerblicher Art nominiert hätte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Er hat aber nicht gehabt. Wäre es die Aufgabe der Holding gewesen, das zu überprüfen, daß in diesem Bereich alles rechtlich in Ordnung geht.

Dr. **Machtl:** Da darf ich Ihnen zur Antwort geben: Jede Firma, und ich denke jetzt zum Beispiel an die Messe, die dreißig Gewerbeberechtigungen hat, und wenn ich unseren Konzern insgesamt zusammennehme, schätze ich, so 300, 400 Gewerbeberechtigungen werden wir haben. Ich sehe mich nicht in der Lage, mich darum zu kümmern, ob jede einzelne Firma ihren gewerberechtlichen Sitzredakteur oder wie man es auch anders bezeichnen mag, nominiert hat oder nicht. Das ist eine Angelegenheit, die ich jedenfalls nicht im Grundsatzbereich meiner Aufgabe betrachte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sagen Sie, die ODELGA hat offensichtlich eine Zeitlang eine eigenartige Gebarung gehabt, indem sie ungeheure Sparbücher irgendwo deponiert hat. Ist Ihnen irgendwas bekannt über diese Sparbuchwirtschaft besonderer Art?

Dr. **Machtl:** Kontrollamtsberichte und auch Zeitungsmitteilungen haben mich in Kenntnis dieses Umstandes gebracht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie noch weitere Recherchen, die über diese Kontrollamtsberichte hinausgehen? Es dürfte doch umfangreicher vor sich gegangen sein, als es bisher erfaßt wurde.

Dr. **Machtl:** Ich glaube, diese Angelegenheit ist beim Kontrollamt in sehr guten Händen. Es muß sich gerade jetzt auch jemand kümmern, daß die Firma weiterleben kann, sodaß man es mehr dem um die Zukunftsexistenz orientierten Kontrollamt überlassen soll, diese Untersuchung fortzuführen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die schöne Formel akzeptiere ich bei jeder Firma, daß sie sich mit der Zukunft beschäftigt. Das ist auch der Sinn davon. Trotzdem ist bei Aufklärung solcher Dinge die Vergangenheit wichtig. Ich verstehe jetzt nicht ganz, warum sie mir in der Sparbuchfrage wirklich so aggressiv ausweichen.

Dr. **Machtl:** Nein. Entschuldigen Sie, das Kontrollamt beschäftigt sich eingehend mit der Sparbuchfrage.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe nicht gefragt, wer sich damit beschäftigt, sondern was Sie davon wissen.

Dr. **Machtl:** Ich habe gesagt, ich weiß von Kontrollamtsberichten, und ich weiß von Zeitungsberichten, die auf Kontrollamtsberichten beruhen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie nie mit Frau Lampert darüber geredet?

Dr. **Machtl:** Ich habe mit Frau Lampert keinen Kontakt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber Sie kennen doch die Frau Lampert.

Dr. **Machtl:** Dem Namen nach.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wußten Sie, daß sie zum Beispiel eine der Verwalterinnen dieser Sparbücher war?

Dr. **Machtl:** Das wußte ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War das ein besonderes Kennzeichen der Ära Krajca, daß mit Sparbüchern gearbeitet worden ist?

Dr. **Machtl:** Schauen Sie, ob das ein besonderes Kennzeichen der Ära Krajca ist, da kann ich nur antworten: Es könnte bestenfalls ein Nebenprodukt seiner Geschäftsführertätigkeit gewesen sein. Aber die Ära Krajca hat geendet, da gab es noch lange keine Holding.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist Ihnen in anderen Bereichen bekannt, daß so eifrig mit Sparbüchern operiert wird?

Dr. **Machtl:** Es sind Zeitungsmitteilungen über Winter und dergleichen mehr. Aber mir persönlich ist nichts bekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie waren Sie denn mit Dipl.-Ing. Winter bekannt?

Dr. **Machtl:** Dipl.-Ing. Winter habe ich im Leben, glaube ich, vier bis fünfmal gesehen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Immer im Zuge von Dienstbesprechungen oder im „Club 45".

Dr. **Machtl:** Im „Club 45" habe ich ihn nie getroffen, soweit ich mich erinnern kann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber Sie wissen, daß er Mitglied ist?

Dr. **Machtl:** Ja, die Zeitungen haben dafür gesorgt, das auch mitzuteilen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sagt Ihnen der Begriff „Kaffeehaus" etwas, mit Ausnahme dessen, daß es sich um eine vergnügliche Ein-

richtung in Wien handelt? Im Zusammenhang mit Auftragsvergaben?

Dr. **Machtl:** Kaffeehaus, soweit es sich um das Schwarzenbergcafé handelt, nicht?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Im Zusammenhang mit Auftragsvergaben. Absprachen um öffentliche Aufträge, Firmen, die sich absprechen. Ist Ihnen im Zusammenhang mit AKH oder MED-CONSULT oder sonst nichts bekannt?

Dr. **Machtl:** Das ist eine Neuigkeit für mich, Herr Abgeordneter.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wir haben auch was gelernt in diesem Untersuchunsausschuß. Der Name Versloot?

Dr. **Machtl:** Ich weiß, daß es zwei Versloot gibt, die Vornamen weiß ich nicht. Der eine war für ODELGA tätig, der andere im Zusammenhang mit der TECHMED. Aber das sind auch erst Erkenntnisse aus den Berichten des Kontrollamtes.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Über die TECHMED wissen Sie auch nicht mehr, als in den Zeitungen stand?

Dr. **Machtl:** Nein, leider.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Alle Recherchen bisher im Sand verlaufen?

Dr. **Machtl:** Die Holding hat selbst einmal versucht, über eine Großbank dahinterzukommen, ist aber auch nicht draufgekommen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Über welche Großbank?

Dr. **Machtl:** Die Girozentrale.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sagt Ihnen der Name Dennis Mitchell etwas?

Dr. **Machtl:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sagt Ihnen nichts. Waren Sie ein Kartenpartner von Dr. Wilfling?

Dr. **Machtl:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich frage das nur, ob Sie mit ihm befreundet waren. Ein Saunapartner, hätte man auch sagen können. Ich würde gerne, Herr Vorsitzender, auf die nächste Runde warten.

Obmannstellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Abg. Dkfm. Bauer als nächster Frager.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Generaldirektor Machtl! Müssen eigentlich bei Abschluß der Vorstandsverträge in der Wiener Holding Beteiligungen der Vorstandsdirektoren bei anderen Firmen gemeldet werden?

Dr. **Machtl:** Bei Abschluß der Dienstverträge wurde darauf Wert gelegt, daß die gesamte Arbeitskraft der Firma erhalten bleibt, und aus diesem Grunde wurde gesagt, eine sonstige Erwerbstätigkeit, wie Eintritt als Geschäftsführer in eine andere Firma oder auch in den Aufsichtsrat bedarf der Zustimmung des Eigentümers. Aber Beteiligung, also wenn jemand ein Aktienpaket sich kauft oder sonstige Werte sich anschafft, das ist bei uns nicht notwendig, besonders genehmigt zu werden.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Lassen wir einmal die Beteiligung an Aktiengesellschaften füglich beiseite und konzentrieren wir uns auf allfällige Beteiligungen an Privatfirmen. Ich darf Sie in dem Zusammenhang fragen, Herr Machtl: Welche wirtschaftlichen Funktionen beziehungsweise Beteiligungen von Vorstandsmitgliedern der Holding bei anderen Privatfirmen, also nicht Kapitalgesellschaften, sind Ihnen seit der Gründung der Holding bekannt?

Dr. **Machtl:** Daß sie erst nach Gründung der Holding? Wie meinen Sie?

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Wer ist von allen bisherigen und jetzigen Vorstandsmitgliedern Ihres Wissens nach an anderen Privatfirmen beteiligt beziehungsweise beteiligt gewesen?

Dr. **Machtl:** Meinen Sie, daß Aktien der Betreffende erworben hat, oder?

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Nein, eben nicht.

Dr. **Machtl:** Was meinen Sie denn, Herr Abgeordneter?

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Entschuldigen Sie, Herr Generaldirektor. Neben der Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft, an einer Aktiengesellschaft gibt es natürlich auch Beteiligungen an Privatfirmen. Das heißt, wenn ich an einer Personengesellschaft, beispielsweise KG, OHG, GesmbH und so weiter, stille Beteiligungen ...

Dr. **Machtl:** Sie meinen, bei Personengesellschaften oder bestenfalls Ges. m. b. H. Da bin ich eigentlich überfragt. Ich möchte Sie bitten, eher die einzelnen Herren zuerst zu befragen, denn ich weiß nicht, ob das wirklich eine Ges. m. b. H., KG ist usw. Ich glaube, da müßten Sie am besten den Herrn selbst fragen. Entschuldigen Sie.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Hat Ihnen Herr Dr. Drennig eine derartige Beteiligung gemeldet?

Dr. **Machtl:** Mir hat er es nicht zu melden. Das wäre dem Eigentümer zu melden, wenn es meldungspflichtig wäre — wenn es wäre. Mir hat Dr. Drennig einmal gesagt, daß er an einer Kunststoffrohrfirma, die Kunststoffrohre erzeugt, irgendwie beteiligt ist. Ob das Aktien

sind oder etwas anderes oder persönlich, das weiß ich nicht.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Generaldirektor! 1977 hat die AKPE die Herstellung von versetzbaren Elementwänden ausgeschrieben. Anbieter waren damals die VOEST und die Firma Johann Prutscher. Die VOEST hat dann diesen Auftrag mit Vertragsdatum vom 8. 11. 1978 erhalten. Ungefähr ein Jahr später, genau 11 Monate später, nämlich am 8. 10. 1979, hat die VÖEST einen Beratungsvertrag mit der Firma ODELGA im nachhinein unterschrieben, der dann auch zusätzlich zu honorieren gewesen ist. Ich darf Sie fragen, Herr Machtl, welche konkreten Leistungen hat denn die ODELGA im Rahmen dieses Beratungsvertrages beigebracht?

Dr. **Machtl:** Ob und inwieweit konkrete Leistungen erfolgt sind, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich weiß, ein Mann ist von der ODELGA abgestellt in die Hütte Krems, so wurde mir gesagt, aber was konkret gemacht wurde. Das weiß ich nicht.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Machtl, dann darf ich Ihnen den diesbezüglichen Rechnungshofbericht zur Kenntnis bringen, der da schreibt: „Nachdem die Hütte Krems beziehungsweise die VOEST-Alpine einen Auftrag über die Lieferung von Trennwänden hereingenommen hatte und erst 1979 vertraglich die Mitwirkung des Partners an der Kundenwerbung vorgesehen war, handelt es sich nach Ansicht des Rechnungshofes um einen Geschäftsfall, der keiner Honorierung mehr hätte unterliegen dürfen." —

Der Rechnungshof spricht in diesem Zusammenhang von dem von mir aufgeworfenen Beratungsvertrag mit der Firma ODELGA. Das füge ich zum besseren Verständnis hinzu.

Und der Rechnungshof fährt dann in diesem Zusammenhang weiter fort, und ich zitiere wörtlich:

„Zu kritisieren war auch die Tatsache, daß weder von der Hütte Krems als Produzent der Trennwände noch von der VOEST-Alpine als Vertragspartner Nachweise über die von der betreffenden Firma erbrachten Vertragsleistungen vorgelegt werden konnten, obwohl die VOEST-Alpine bereits eine Million Schilling an Honorar geleistet hatte."

Ich darf Sie, Herr Generaldirektor, fragen: Was halten Sie von einem Vorgang, wo die öffentliche Hand einen Auftrag ausschreibt, dann eine Firma der öffentlichen Hand nachträglich in dieses Geschäft hineingekommen wird und zusätzlich von der öffentlichen Hand Honorare für eine nicht nachgewiesene Leistung verlangt und auch erhält?

Dr. **Machtl:** Ich glaube, im Rechnungshofbericht ist bereits ein terminlicher Fehler. Über diesen Beratungsvertrag, oder kann man sagen, zweiten Vertrag, der sich auf eine Zusammenarbeit auch im Ausland bezog, wurde bereits gesprochen im Jahr 1978. Es haben Gespräche stattgefunden bereits meines Wissens ab Mai 1978, und der erste Vertragsentwurf, der uns von Direktor Seidler zur rechtlichen Überprüfung geschickt wurde, war vom 4. 9. 1978, also bevor noch der Vertrag, bevor noch die Auftragsvergabe, also zirka ein Monat, bevor die Auftragsvergabe erfolgte an die VÖEST seitens der AKPE. Also das Jahr 1979, das der Rechnungshof hier anzieht, entspricht nicht den Tatsachen.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Generaldirektor! Ich möchte mich jetzt in keine Debatte einlassen. Faktum ist jedenfalls, daß der Beratungsvertrag seitens der VOEST-Alpine mit der Gemeindefirma ODELGA am 8. 10. 1979 erst gültig abgeschlossen wurde, und das ist, glaube ich, für die Beurteilung der richtigen Vorgangsweise und des sparsamen Umgangs mit Steuergeldern das ausschlaggebende Datum, weil wir uns an das zu halten haben, was die öffentliche Hand beziehungsweise Firmen der öffentlichen Hand vertragsgemäß festlegen und nicht was vielleicht, aus welchen Gründen auch immer, vorher intern mündlich oder sonst irgendwie festgelegt worden ist.

Aber, Herr Generaldirektor, ich darf mich einer anderen Frage damit zuwenden. Außer Sie wollen dazu etwas sagen?

Dr. **Machtl:** Daß Leistungen empfangen wurden als Abgeltung, das stimmt nicht. Es ist eine Akonto-Zahlung meines Wissens von einer Million Schilling eingelangt, die auch als Akontozahlung, wie ich erfahren habe, gebucht wurde, und es hat sich die Durchführung des Auftrages, wie ich erfahren habe, zeitlich auch verzögert.

Ob nun die VOEST die Leistungen in Anspruch nimmt oder nicht, die ODELGA ist leistungsbereit, das ist eine andere Angelegenheit. Aber Leistungen werden sicherlich nur honoriert werden, wenn sie auch erbracht werden. Das ist ganz klar.

Obmannstellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Kollege Feurstein zu einer Zusatzfrage.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Genraldirektor! Es besteht ganz eindeutig ein Zusammenhang zwischen der Auftragserteilung an die VOEST, die Herstellung der Trennwände und diesem Beratungsvertrag?

Dr. **Machtl:** Schauen sie, man kann einen Zusammenhang, wenn man will, konstruieren. Es war ein Auftrag, der sowohl die ODELGA,

der Subkontrahent für Prutscher, herangezogen werden sollte, interessiert daran, und auch die VOEST war sehr interessant. Und da die ODELGA doch Interesse hatte an diesem Auftrag, weil sie mitwirken sollte, so wurde mir von Direktor Seidler auch gesagt, habe ich mit dem Herrn Generaldirektor Abfalter im April 1978 ein Gespräch gehabt. Ich habe mir die Dinge durchüberlegt und das Ende des Gespräches war, O. K., wir gründen eine Zusammenarbeit VOEST—ODELGA. Dieser Vertrag war dann das Produkt, das daraus entstanden ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der Herr Direktor Seidler hat uns mitgeteilt, das steht im Protokoll, daß keinerlei Leistungen für die VOEST erbracht worden sind, weil die VOEST keine Leistungen verlangt hat. Es ist also auf Grund dieser Aussage des Herrn Direktors, und es gibt bisher keinen Nachweis, daß die Leistungen erbracht worden sind, eine Zahlung erfolgt von der VOEST an die ODELGA ohne Gegenleistung.

Können Sie uns jetzt nachweisen, welche konkreten Leistungen — das ist jetzt schon einigemale diskutiert worden, sie sind auch von der Wirtschaftspolizei in dieser Richtung befragt worden —, können Sie uns konkret sagen, was geleistet wurde von der ODELGA an die VOEST?

Dr. **Machtl:** Darf ich nochmals vorausschikken: Es handelt sich nicht um einen durchgeführten Leistungsaustausch, sondern um eine Akontozahlung. Ich habe auch bereits, glaube ich, gesagt, so hat mich der Geschäftsführer der ODELGA informiert, daß ein Mann in die Hütte Krems abgestellt ist, um dort mitzuwirken, das konkret gemacht wurde. Details weiß ich nicht. Ich stelle nur fest, die ODELGA ist leistungsbereit. Wir werden sehen, in welchem Ausmaß die VOEST diese Leistungen in Anspruch nimmt oder nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie den Herrn Dr. Schwarz von der VOEST?

Dr. **Machtl:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Den Herrn Dr. Wimmer von der VOEST?

Dr. **Machtl:** Nein. Möglicherweise, daß ich ihn einmal gesehen habe, aber ich habe das nicht bewußt aufgenommen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wir können leider diese beiden Herren nicht befragen, weil die SPÖ-Fraktion die Befragung dieser Zeugen abgelehnt hat. Das muß ich Ihnen sagen,und ich stelle jetzt fest, auch Sie können uns nicht konkret sagen, was die Herren der ODELGA bei der VOEST geleistet haben. Und es erhebt sich nach wie vor die Frage nach der Richtigkeit der Aussage von Dr. Seidler, daß die ODELGA keine Leistungen erbracht hat.

Ich frage Sie daher noch einmal: Können Sie uns konkret sagen, was dieser Mann, der von der ODELGA in die VOEST abgestellt worden ist, konkret gemacht hat? Oder können Sie uns sagen, welche anderen Leistungen von der ODELGA für die VOEST erbracht worden sind?

Dr. **Machtl:** Ich möchte jetzt wiederholen, was ich schon gesagt habe: Laut Auskunft des Geschäftsführers der ODELGA wurde ein Mann in die Hütte Krems abgestellt, der dort tätig sein soll. Wieweit die VOEST Leistungen anderer abgerufen hat, weiß ich nicht. Sollte die VOEST sie abberufen, dann werden sie geleistet, soweit man sie erbringen kann. Wenn nicht, so ist das eine andere Sache. Aber die Million Schilling, das möchte ich nochmals besonders sagen, ist eine Akontozahlung, als Akontozahlung auch bei der ODELGA verbucht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Würden Sie sich dafür einsetzen, daß die ODELGA diese Million Schilling an die VOEST wieder zurückzahlt, wenn diese Leistungen nicht beansprucht werden?

Dr. **Machtl:** Wenn die Leistungen nicht beansprucht werden, möchte ich zunächst einmal wissen, warum nicht. Denn man kann nicht einen Vertrag abschließen und dann die Leistung nicht beanspruchen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sehen Sie, genau dieser Meinung sind wir auch, daß hier ein Scheingeschäft abgeschlossen worden ist und daß hier 12 Millionen Schilling in eine andere Kassa hätten fließen sollen. Und Sie können uns diesen Fall, ich sage das noch einmal, Herr Generaldirektor, nicht aufklären?

Dr. **Machtl:** Schauen Sie, wenn das Ihre Meinung ist, daß das ein Scheingeschäft wäre, so möchte ich mich in Ihre Meinungsbildung da gar nicht besonders einmischen. Ich stelle nur fest, die ODELGA ist leistungsbereit. Wenn kein Leistungsaustausch größerer Art erfolgen sollte, dann werde ich mich schon erkundigen, warum das nicht der Fall ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben sich bisher nicht erkundigt, obwohl dieser Fall schon tagelang, monatelang in den Zeitungen abgehandelt wird?

Dr. **Machtl:** Sie dürften doch den Eindruck haben, daß ich mich schon erkundigt habe, weil ich den Geschäftsführer der ODELGA vor einigen Wochen gefragt habe, na, wie schaut es aus? Daraufhin sagte er, ein Mann ist in der Kremser Hütte tätig. Und das ist für mich bereits ein Anzeichen eines Leistungsaustausches.

Konkret möchte ich das aber nicht näher umschreiben, weil ich es nicht weiß.

Obmannstellvertreter **Mühlbacher:** Danke. Als nächster Herr Abg. Bauer.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Generaldirektor! Ich habe Sie jetzt richtig verstanden, daß die mögliche Abberufung von 12 Millionen der Leistung von der ODELGA im Rahmen des Gesamthonorars an die VOEST-Alpine, 570 Millionen Schilling etwa rund, enthalten ist. Das ist also keine zusätzliche Honorierung, die sich hier ergäbe?

Dr. **Machtl:** Wie zusätzlich? Das verstehe ich nicht.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Also wenn die VOEST-Alpine von anderen im Rahmen dieses Auftrages zusätzliche Leistungen oder Lieferungen abberuft, können die nicht mehr zusätzlich in Rechnung gestellt werden, sondern die sind dann natürlich im Rahmen des 570 Millionen Auftrages, den die VOEST damals abgeschlossen hat, enthalten?

Dr. **Machtl:** Wenn die ODELGA noch eine Leistung erbringen würde, meinen Sie?

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Ja.

Dr. **Machtl:** Erbringen würde außerhalb einer Beratung zu diesem Auftrag?

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Nein, nein, im Rahmen des Beratungsvertrages.

Dr. **Machtl:** ...

Wenn ich feststelle, worin der Beratungsvertrag konkret besteht, also die Leistung konkret umschrieben wird, so kann für dieselbe Leistung nicht ein zweitesmal bezahlt werden, das ist undenkbar.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Generaldirektor! Ich darf Ihnen in diesem Zusammenhang die Meinung des Generaldirektors der VOEST Apfalter zur Kenntnis bringen, der gesagt hat, die VOEST-Alpine hat bisher und deswegen nur eine Rate in Höhe von 1 Mill. S an die ODELGA bezahlt, weil die Begleichung der weiteren Raten zurückgestellt wurde, bis entsprechende Gegenleistungen seitens der ODELGA erbracht werden.

Aus dem geht also hervor, daß seitens der ODELGA keinerlei Leistungen bisher aus diesem Beratungsvertrag erbracht worden sind.

Dr. **Machtl:** Bitte, ich weiß nicht, von wann die Aussage des Herrn Generaldirektos Apfalter ist, das kann ich nicht feststellen. Wenn die Aussage aus einer Zeit stammt nach meiner Erkundigung beim Geschäftsführer der ODELGA, ist es ein Widerspruch. Wenn die Aussage stammt aus einer Zeit, bevor mich der Geschäftsführer der ODELGA informierte, dann ist es zeitlich gesehen kein Widerspruch.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Die Aussage stammt vom 15. 9. 1980 und wurde der Wirtschaftspolizei gegenüber gemacht.

Dr. **Machtl:** Bis dahin kann es möglich sein, daß solche Leistungen noch erbracht wurden. Es war ursprünglich ein ganz anderes Timing vorgesehen, es hat sich auch die gesamte Lieferung, weil die Bestellung wieder geändert wurde, verzögert. Aber daß bis dahin nichts passiert ist, keine Leistungen erbracht wurden, ist schon denkbar.

Dr. **Machtl:** Wir haben es der ODELGA als Akontozahlung verbucht. Akontozahlung sagt ja schon, wie das Wort selbst ausdrückt, daß die Leistung nicht erbracht ist.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Machtl! 1978 gab es einen weiteren AKPE-Auftrag, und zwar bezüglich der Vergabe von Trennwänden für die Vorzone Normalpflege. Um diesen Auftrag haben sich die Bietgemeinschaft VOEST und ODELGA — also da waren die beiden schon von vornherein ein Gespann — und die Firma Prutscher beworben. Dieser Auftrag ging an die Bietgemeinschaft VOEST-Alpine-ODELGA. Ich darf Sie fragen, Herr Generaldirektor: Wie ist es denn zu dieser Bietgemeinschaft zwischen der VOEST-Alpine und der ODELGA gekommen, nachdem sich ja schon beim erstenmal herausgestellt hat, daß die Leistungen der Firma ODELGA nicht erbracht wurden bzw. zu wünschen übrig gelassen haben?

Dr. **Machtl:** Von diesem Auftrag weiß ich nur vom Hörensagen.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Sie wissen von diesem Auftrag nichts?

Dr. **Machtl:** Ich weiß von einem Auftrag, nämlich dieser Trennwandauftrag, der soeben besprochen wurde im Zusammenhang mit dem 12-Millionen-Beratungsvertrag. Aber es gab auch einen zweiten Vertrag, von dem weiß ich konkret nichts. Ich habe etwas läuten gehört, weiß aber konkret nichts.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Ich bin verwundert, Herr Generaldirektor, weil Sie laut einer Niederschrift, gemacht bei der Bundespolizeidirektion, Wirtschaftspolizei, am 12. 9. folgendes ausgesagt haben:

„Soweit ich mich erinnern kann, wurde ich erstmals mit dem Problem der Vergabe von Trennwänden für das AKH neu Mitte April 1978 befaßt. Glaublich wurde ich von der Tatsache, daß sowohl Herr Prutscher als auch die VOEST sich um diesen Auftrag beworben haben und daß dieser Auftrag auch für die

ODELGA von wesentlicher Bedeutung sei, von Herrn Prutscher und von Herrn Direktor Seidler verständigt. Ich habe mich hierauf mit Herrn Generaldirektor Apfalter in der VOEST-Alpine am 25. 4. 1978 getroffen."

Dr. **Machtl:** In der VOEST-Alpine nicht, in Wien.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Dann ist das Protokoll falsch.

Dr. **Machtl:** Von der VOEST-Alpine.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Entschuldigung, da habe ich mich verlesen. Ich darf noch korrigieren und wörtlich zitieren: „Ich habe mich hierauf mit Herrn Generaldirektor Apfalter von der VOEST-Alpine am 25. 4. 1978 getroffen."

Dr. **Machtl:** Entschuldigung, ich habe jetzt den Eindruck, es geht hier offensichtlich um zwei Trennwandaufträge, wenn ich das richtig mitbekommen habe. Der eine Trennwandauftrag, wie schon der Herr Abgeordnete Dr. Feurstein hier gesagt hat, ist in einem Zusammenhang gesehen mit diesem. Es gibt noch einen zweiten Auftrag offensichtlich, von dem habe ich keine Ahnung. Das wollte ich damit sagen.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Da haben Sie also nur von dem zweiten Auftrag an die Bietgemeinschaft VOEST-Alpine—ODELGA Kenntnis? Und hat es nur diesen einen gegeben oder hat es zwei gegeben?

Dr. **Machtl:** Ich kenne nur einen Vertrag, wo Prutscher angeboten hat, die ODELGA irgendwo Subkontrahent sein sollte von Prutscher. Diesen Vertrag kenne ich. Wer aber als Bietgemeinschaft vorher oder nachher etwas damit zu tun gehabt hat oder bezogen auf einen zweiten Auftrag weiß ich nichts.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Generaldirektor! War Ihnen bewußt, daß bei dieser Auftragsvergabe, also wo sich die Bietgemeinschaft VOEST-Alpine—ODELGA einerseits und die Firma Prutscher auf der anderen Seite um diesen Auftrag beworben hat, die Firma Prutscher auf jeden Fall zum Zuge kommt, weil sie in die ODELGA, in die Bietgemeinschaft via ODELGA einbezogen war, daß hier also der Fall eingetreten wäre, daß hier Prutscher gegen Prutscher geboten hat?

Dr. **Machtl:** Schauen Sie, ob Prutscher gegen Prutscher geboten hat, das weiß ich nicht. Und wer den Auftrag bekommen hätte, Prutscher in Verbindung ist mit ODELGA oder die VOEST, ist eine Sache, die ich auch damals gar nicht richtig beurteilen konnte, wer der Stärkere sein könnte.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Dies, Herr Machtl, verwundert mich ein wenig, weil Sie hier bei dieser Niederschrift vor der Wirtschaftspolizei folgendes gesagt haben — ich habe vorhin bewußt einen halben Satz ausgelassen — Sie haben nämlich damals gesagt: „Glaublich wurde ich von der Tatsache, daß sowohl Herr Prutscher eingebunden die Firma ODELGA als auch die VOEST sich um diesen Auftrag heftig bewerben." Das heißt, Sie müssen also laut dieser Niederschrift, wenn sie nicht falsch wiedergegeben worden ist, von vornherein gewußt haben, daß die Firma Prutscher, eingebunden die Firma ODELGA, hier zweimal mitbietet oder zweimal Angebote erstellt hat.

Dr. **Machtl:** Ich wußte, daß die VOEST geboten hat und daß die VOEST diesen Auftrag dringend notwendig hatte. Ich wußte auch, daß Prutscher - Klammer: ODELGA — auch geboten hat. Das wußte ich. Und nun war die Frage, wer von dieser Gruppierung, also Prutscher-ODELGA bzw. VOEST den Auftrag bekommt. Daß aber der Herr Prutscher woanders noch drinnen war, bitte, das weiß ich nicht.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Generaldirektor, von wem wurde denn eigentlich dieser Vertrag, von dem wir hier jetzt sprechen, ausgearbeitet?

Dr. **Machtl:** Soweit es mir erinnerlich ist, wurde uns von Dr. Seidler einmal ein Vertragsentwurf geschickt, der, so glaube ich, von der VOEST oder von Seidler oder von beiden gemeinsam entworfen wurde, und der wurde dann der Holding zur rechtlichen Beurteilung geschickt.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Der Herr Direktor Seidler hat hier vor dem Untersuchungsausschuß festgestellt, daß die Holding diesen Vertrag ausgearbeitet hat, daher von vornherein voll und ganz über die Vertragsdetails informiert sein mußte und daß er eben nicht seitens der ODELGA oder der VOEST erstellt worden sei.

Dr. **Machtl:** Also ich kann mich noch erinnern, daß uns ein Vertragsentwurf von Dr. Seidler geschickt wurde, den ich damals dem Dr. Drennig als dem Rechtsdirektor zugeteilt habe. Also ich kann mir nicht vorstellen, daß Dr. Drennig den Vertrag entworfen hat, dem Herrn Seidler gegeben hat und der Herr Seidler schickt ihn dann postwendend zurück. Das scheint mir doch ein Umweg zu sein.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Darf ich mich einem anderen Fragenkomplex zuwenden, Herr Generaldirektor. Der von der Allgemeinen Betriebsorganisation an die ODELGA übertragene Bereich wurde zur Gänze, mehr oder minder zur Gänze an Sub- und Subsub-Unternehmen weitergegeben. Eines dieser Subunternehmen war die bereits erwähnte MED-

CONSULT, die ja den Vorgang in sich trägt, daß eine Gemeindefirma, die ODELGA, mit einer Privatfirma, der Firma Prutscher, eine 50:50-Beteiligung eingegangen ist.

Wie ist es denn zu dieser Gründung der MED-CONSULT gekommen, und was waren die ausschlaggebenden Gründe, daß hier die Gemeindefirma, die den Auftrag ja an sich schon hatte, hier mit einer Privatfirma eine gemeinsame 50:50-Beteiligung eingegangen ist?

Dr. **Machtl:** Ich habe, glaube ich, schon gesagt, daß auch einmal die Zunkunft der ODELGA von uns besprochen wurde. Ich habe gesagt, wie die Auftragslage damals ausgesehen hat, das berühmte dritte Bein eine Rolle spielte und eine Reihe anderer Überlegungen in die Zukunft. Und da war Prutscher zweifelsohne in der rein logischen Überlegung ein Partner, der uns hier dienlich sein konnte oder hätte können. Denn erstens einmal haben wir in den Bundesländern bei der Auftragsvergabe, soweit es sich um ODELGA handelt, in einzelnen Bereichen größte Schwierigkeiten, zu Aufträgen zu kommen, wo allerdings Prutscher die Aufträge hat, hätten daher durch eine Symbiose, er von der Laboreinrichtung, wir bis zu den medizinisch-technischen Geräten gemeinsam auftreten können, das heißt, es hätte die Chance bestanden, daß wir in den Bundesländern besser Fuß fassen.

Das zweite war der Exportmarkt. Und das dritte, sagte ich schon, das Problem des Fullservice schlechthin, daß jemand, der sich hier eine Einrichtung schaffen will, es gerne sieht, wenn jemand von vornherein vom Anfang bis zum Ende ihm die Lösung komplett vorschlägt.

Das waren unsere Grundgedanken.

Und dann ist, wie gesagt, der ABO-Auftrag mit hineingekommen, wobei aber der ABO-Auftrag nicht das auslösende Moment gewesen war, daß man die MED-CONSULT überhaupt gründet, das war ein Nebeneffekt.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Also ich darf festhalten, daß im Falle des ABO-Auftrages die Firma Prutscher jedenfalls nicht der dienliche Partner sein konnte, von dem Sie gesprochen haben, weil ja der gegenständliche Auftrag zur Gänze dann im Sub-sub-Abonnement an andere Firmen weitergegeben worden ist, nämlich an das Institut für Funktionsanalyse, an die bereits erwähnte TECHMED-Development, an die Spiwag und interessanterweise an die Mutterfirma Prutscher zurückvermittelt worden ist. Ein eher eigenartiges Auftragsringelspiel.

Sie haben in dem Zusammenhang von der preisgleichen Weitergabe der geforderten Leistung gesprochen.

Herr Generaldirektor! Wenn ich nicht eine wesentliche Position übersehen habe, kann von preisgleicher Weitergabe überhaupt keine Rede sein, weil die an die von mir jetzt genannten Firmen bezahlten Honorare zwischen 8 und 9 Millionen Schilling ausmachen, während der Auftrag an die MED-CONSULT 12 Millionen betragen hat, sodaß eine Differenz von rund summa summarum 3 Millionen Schilling überbleibt.

Ich darf Sie fragen, Herr Generaldirektor: Ist Ihnen das nicht irgend einmal aufgefallen, wenn Sie schon gewußt haben, daß hier weder die Firma ODELGA noch die dann gegründete Tochterfirma MED-CONSULT die verlangte Leistung erbringen konnte, aber dann letztlich für die Leistung, die sie nicht erbringen konnte, immerhin in der Bilanz dann eine Plusdifferenz von guten 3 Millionen Schilling ausgewiesen hat? Sind Sie dem nachgegangen und zu welchem Ergebnis sind Sie gekommen oder mit wem haben Sie darüber gesprochen oder wie haben Sie es sich dann erklären lassen, oder ist das überhaupt nie geklärt worden?

Dr. **Machtl:** Ich glaube, es liegt zunächst ein Irrtum vor. Ich habe wohl gesprochen von einer preisgleichen Weitergabe, aber nicht an TECHMED, sondern im Zusammenhang mit dem Institut für Funktionsanalyse. Da wurde zunächst einmal der Auftrag, so wie er stand, preislich um den gleichen Betrag weitergegeben. Das habe ich als einen wirtschaftlichen Nonsens naturgemäß betrachtet.

Was die Weitergabe, das Später anbelangt, so habe ich auch, glaube ich, schon erklärend gesagt, daß damals die MED-CONSULT, die damals eingestiegen ist in das Geschäft, die Möglichkeit gehabt hätte, sich sofort eine Crew anzuheuern oder aber auch vorübergehend für den ersten Teil sich eines Fremdpersonals zu bedienen. Wer weiß, was es bedeutet, eine Crew für einen Auftrag, der nicht gigantisch groß war zunächst, innerhalb kurzer Zeit zu erfüllen war, anzuheuern, wird es verstehen, daß man diesen Weg nicht beschritten hat. Sie bekommen entweder sogenannte Job-jumpers oder sehr gute Leute, die können Sie nur mit Überhonoraren und Überlöhnen abwerben, sodaß Sie von vornherein in eine wirtschaftlich ungute Situation kommen.

Es schien daher der damaligen Geschäftsführung zweckmäßiger zu sein, sich zunächst einmal dieser Leute im Leasing zu bedienen und in der Folge, sollte es zu einem Fortsetzungsauftrag kommen, schon die Kernzelle für einen weiteren Aufbau der Mannschaft zu haben.

Und wenn Sie sich das jetzt anschauen, auch die AKPE hat gesagt, sie wird die Betriebsorganisationsplanung weitermachen zu einem Zeitpunkt, also heranrückt, zu einem Zeitpunkt, als sie auch noch keine Mitarbeiter

hatte. Irgendwann muß einmal eine Entscheidung fallen. Und wir haben, glaube ich, doch durch diese Mitarbeiter, die angeheuert worden waren, jetzt den Grundstock geliefert für künftige oder für einen Teil der Betriebsorganisationsplanung, weil die Leute beschäftigt werden sollen bei der AKPE. Soweit so gut.

Was nun die Auswirkung des Auftrages anbelangt, so wurde mir versichert, daß der Auftrag insgesamt in der Abwicklung maximal einen Gewinn von 1 Million Schilling bringen wird, voraussichtlich eine halbe Million oder noch weniger. Wenn man einen Auftrag nimmt von 12 Millionen Schilling und ich daraus einen Gewinn habe von 500 000 S, sagen wir, so ist das ein Gewinn, der in dieser Sparte normalerweise sehr gering ist.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Dr. Machtl! Welche Abteilungen beziehungsweise welche Personen sind denn innerhalb der Wiener Holding für die ODELGA zuständig?

Dr. **Machtl:** An sich, wenn ich von der Geschäftseinteilung ausgehe, ist die Betriebswirtschaft für die betriebswirtschaftlichen Probleme zuständig, die Rechtsdirektion für die Rechtsprobleme und den Konnex zur ODELGA bildet dann der Aufsichtsrat, das ist Dr. Drennig bei uns.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Generaldirektor! Wie ist es denn eigentlich zur Errichtung dieser Betriebsberatung in der ODELGA gekommen? Wer hat denn das vorgeschlagen? Die Überlegungen sind mir schon klar. Wer hat das konkret vorgeschlagen, wer hat gesagt: Machen wir jetzt bei der ODELGA über den bisherigen Rahmen hinaus auch Betriebsberatung?

Dr. **Machtl:** Schauen Sie, das, glaube ich — das glaube ich nur, das kann ich nicht so als Tatsachenfeststellung von mir geben —, dürfte so eine überfließende Sache gewesen sein von Wilfling zu Seidler herüber, wobei ich an sich, daß man die Betriebsberatung in der ODELGA machen wollte, von meiner Warte aus gesehen durchaus begrüße.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Dr. Machtl! Was wissen Sie denn über die Kontakte des Herrn Wilfling seit dem Jahre 1975 betreffend eine Teilnahme der ODELGA an der Betriebsorganisationsplanung?

Dr. **Machtl:** Was Wilfling anbelangt, und zwar in Richtung AKPE, AKH neu. Ja, da lebe ich im wesentlichen bestenfalls von Erzählungen. Selbst war ich damit nicht beschäftigt.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Dr. Machtl! Darf ich noch einmal fragen: Warum hat denn der Herr Direktor Seidler im Februar 1978 die ODELGA mehr oder minder über Nacht, wenn ich richtig informiert bin, jedenfalls ohne entsprechende Einführung, nach dem ihm auch nicht, glaube ich, bestens bekannten Betriebsgebiet der ODELGA die Leitung übernommen.

Dr. **Machtl:** Es wurde Dr. Wilfling von der Stadt Wien übernommen als Bediensteter, als Bereichsleiter. Es war daher Vorsorge zu treffen, anstelle von Dr. Wilfling einen neuen Geschäftsführer zu bestellen, was zu einer Ausschreibung geführt hat. Die Folge ist, daß Dr. Seidler Geschäftsführer wurde.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Wie kam es denn Ihres Wissens, Herr Generaldirektor, zu dem Kontakt der ODELGA mit der Allgemeinen Betriebsorganisationsplanung? War hier die Holding eingeschaltet?

Dr. **Machtl:** Bitte, nicht das ich wüßte. Ich habe jedenfalls in dieser Angelegenheit nichts eingemengt, ich habe auch relativ erst spät so richtig, wie gesagt, bewußt zur Kenntnis genommen, daß die ODELGA da mitten drinnen ist. Ob da konkret irgendwer ein Pusher war, das kann ich mir nicht vorstellen, ist aber möglich.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Generaldirektor! Wie hat man sich denn hier seitens der Holding bzw. der ODELGA diese Erweiterung des Geschäftsbereiches auf die Betriebsberatung vorgestellt, wenn mit dem Abgang von Herrn Dr. Wilfling die ODELGA kein — ich betone: keinerlei — Fachpersonal für diesen Geschäftszweig mehr hatte?

Dr. **Machtl:** Es wäre Aufgabe gewesen des Geschäftsführers, nachdem er sich in dem übrigen Bereiche, wie Produktion, Handel und sonstige Interne eingeführt hätte, wenn das abgeschlossen gewesen wäre, sich um die Betriebsberatung näher zu kümmern. Dr. Seidler hat auch damals, glaube ich, irgendwie doch etwas kopflos durch die Gegend geschlagen. Einmal gibt er den Auftrag Weiß gleich weiter, gleichzeitig läßt er sich aber dann von der TECHMED ein Anbot geben, gleichzeit verlangt man auch, daß der Prutscher Personal zur Verfügung stellt, er verpflichtet sich in diesem Vertrag, selbst auch Personal zur Verfügung zu stellen. Er war, glaube ich, sehr unglücklich in der damaligen Situation, weil er nicht wußte, wie er aus dieser Auftragsabwicklung hätte herauskommen können. So will ich es beurteilen.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Direktor Seidler hat hier vor dem Untersuchungsausschuß laut Protokollseite 3 542 ausgeführt, daß die gesamte ABO-Geschichte, wie er sich ausgedrückt hat, voll im Einvernehmen mit der Holding vom Anfang erfolgt sei.

Dr. **Machtl:** Die ganze ABO-Geschichte, was meint er damit konkret?

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Ja ich müßte jetzt im Protokoll nachschauen lassen, vielleicht können wir eine andere Frage vorziehen, damit wir dann darauf noch zurückkommen können.

Ich darf Sie aber in dem Zusammenhang gleich etwas anderes noch fragen: Herr Machtl, wer von der Holding hat denn den Herrn Direktor Seidler angewiesen, den AKPE-ABO-Vertrag vom 19. 6. 1978 zu unterschreiben?

Dr. **Machtl:** Ja eine Anweisung etwa in dem Sinne, daß er eine schriftliche Weisung bekommen hätte, läßt sich zumindest aktenmäßig bei uns nicht feststellen.

Daß es ein Wunsch der Holding gewesen sein mag oder ein Wunsch der Holding war, die Beteiligung am ABO-Auftrag hinüberzubringen in die MED-CONSULT, da würde ich sagen: Ja das stimmt; das war unser Wunsch im Vorstand. Ob er eine mündliche Weisung bekommen hat, kann ich nicht beurteilen. Ich weiß nur, daß dann, wenn er geglaubt hat, daß er in einem anderen Fall eine Weisung bekommen hat, genau wußte, wie man darauf reagiert, daß man nämlich dann dem, von dem man glaubt, eine Weisung bekommen zu haben, mitteilt, was er tun soll oder was er tun wird. Schriftliche Weisung aktenmäßig nicht eruierbar. Daß es der Wunsch der Holding war, das stimmt. Oder mündliche Weisung ist mir auch unbekannt.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Ich darf also jetzt auf meine vorige Frage zurückkommen und Ihnen den Text des Protokolls zur Kenntnis bringen: Hier hat der Dr. Seidler auf die Frage des Abg. Gradischnik von der sozialistischen Fraktion bezüglich der ABO und die Durchführung der Betriebsorganisation folgendes gesagt:

„Für die Betriebsberatung waren überhaupt keine Leute in der Firma, mit Ausnahme des Herrn Dr. Wilfling. Die Betriebsberatungsaufträge, die vorher gemacht worden sind, sind, so wurde mir gesagt, immer weitergegeben worden. In der Firma selbst hatte ich überhaupt niemanden, der sich mit Betriebsberatung beschäftigt oder ausgekannt hat, meine Person inbegriffen."

Darauf der SPÖ-Abgeordnete Gradischnik: „Haben Sie das dem Eigentümervertreter, also der Holding gegenüber, erwähnt?"

Dipl.-Ing. Dr. Seidler: — und jetzt mein Satz, den ich zitiert hatte —: „Die ganze ABO-Geschichte erfolgte voll im Einvernehmen mit der Holding."

Also er sagt hier, es hätte von vornherein immer die engste Kontaktnahme gegeben und es wäre seitens des Eigentümervertreters bekannt gewesen, daß hier die ODELGA die gewünschten Aufträge überhaupt nicht mangels Fachpersonals erbringen hätte können. Das müßte doch eigentlich auch in der Holding bei den Eigentümervertretern bekannt gewesen sein. Ich frage daher noch einmal: Wie kann dann der Eigentümervertreter überhaupt damit einverstanden sein, daß Aufträge an Firmen vergeben werden, die überhaupt nicht in der Lage sind, diese Aufträge auch tatsächlich zu erfüllen?

Dr. **Machtl:** Darin sehe ich gar keinen Widerspruch. Ich habe ja schon gesagt, daß Dr. Seidler etwas unglücklich war, nehme ich an, daß überhaupt dieser Auftrag auf ihn hereingekommen ist. Ich habe auch gesagt, daß ich persönlich gar keine Freude hatte, daß die ODELGA diesen Auftrag durchführen sollte, eben deswegen, weil die ODELGA über nicht genügende eigene Kapazität verfügt, daher war ich an sich ganz froh, daß dieser Auftrag ein Stück weitergewandert ist.

Denn schauen Sie, auch die Möglichkeit bestand zu sagen, wir legen den Auftrag zurück. Was das im Wirtschaftsleben für einen Eindruck macht, sich zunächst einmal um einen Auftrag zu reißen und nachher zu sagen: Ich lege ihn zurück, das kann doch höchstens Spott einbringen. Daher war uns, mir die MED-CONSULT-Lösung gar nicht unangenehm.

Der Widerspruch ist sicher, Herr Abgeordneter.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Ja, Ja. Herr Generaldirektor! Der Herr Dr. Seidler hat hier definitiv ausgeführt, daß der Machtl, wie er sich ausgedrückt hat, dies angeordnet habe, nachdem er von dem Gespräch Bauer—Seidler erfahren habe.

Dr. **Machtl:** Ich kenne eine andere Version von Herrn Dr. Seidler, der gesagt hat, er hätte mich anrufen wollen, habe mich aber nicht erreicht, weil ich im Krankenstand war. Er hätte darauf Dr. Drennig angerufen, der es übernommen hätte, mit mir zu sprechen, was Dr. Drennig irgendwo noch düster in Erinnerung hat, worauf ich angeblich gesagt hätte: Er soll das bestmögliche aus der Sache herausholen. Es ist ja nie sehr angenehm, so von der Entfernung immer wieder Ferndiagnosen zu stellen, mit ganz konkreten Empfehlungen. Er soll aus dem Sachverhalt das herausholen, was er glaubt, das herauszuholen ist.

Und da ging es offensichtlich um die Preisproblematik.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Machtl! Mit welchen Politikern haben Sie denn über den gesamten Bereich Betriebsorganisationsplanung bisher gesprochen?

Der Herr Direktor Seidler hat in dem Zusammenhang gesagt: Drennig habe ihm erzählt, er habe mit Stadtrat Mayr über die Betriebsorganisationsplanung gesprochen.

Mit wem haben Sie über diesen ganzen Fragenkomplex Kontakte gepflegt auf der politischen Ebene?

Dr. **Machtl:** Die Betriebsorganisationsplanung, also die Teilnahme an der ABO, glaube ich, ist gar nicht auf politischer Ebene besprochen worden. Das ist ein Auftrag, wie eben ein Auftrag ist.

Sicherlich haben wir bei unseren Eigentümervertretern als Eigentümervertreter uns mit dem zuständigen Stadtrat unterhalten, ob und inwieweit die Gründung der MED-CONSULT konveniert und wie weit nicht. Dies deshalb, weil ja solche Entscheidungen, Beteiligungen an Kapitalgesellschaften ja auch in der Beteiligungskommission zur Sprache kommen, wo der Stadtrat das eben vertritt oder auch nicht vertritt. Das ist also keine Frage von politischen Kontakten, sondern eine Frage zwischen Geschäftsführung und Eigentümervertretung.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Machtl! Ab wann war es denn der Holding klar, daß statt der ODELGA die MED-CONAULT den ODELGA-Arbeitsanteil bei der Betriebsorganisationsplanung übernehmen wird?

Dr. **Machtl:** Das hat sich alles, glaube ich, abgespielt im Frühjahr 1978. Genau kann ich da keine Auskunft geben.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Machtl! Was wissen Sie denn über den langjährigen Lieferanten der ODELGA, den Herrn Versloot? Sie haben gesagt, Sie wissen nur, daß es zwei Versloot gibt. Ist das wirklich alles, was Sie im Zusammenhang mit dem Namen Versloot assoziieren?

Dr. **Machtl:** Gedanklich assoziiere ich einmal die Vertretung Versloots in Holland. Das ist der eine Versloot. Und dann den anderen Versloot mit der Techmed. Und dann auch der Kontrollamtsbericht, der Ihnen bekannt ist, über diese Geschichte — ich weiß nicht, unter welchem Stichwort das gelaufen ist; unter welchem Arbeitstitel —, daß ein Sterilisator geliefert wurde, dann zurückgenommen wurde, dann eine Rechnung gelegt wurde, etc. „Bowiro" *(phonetisch)* war das Stichwort, bitte sehr.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Wissen Sie etwas, Herr Machtl, wie es zu dem Angebot der Firma Techmed-Development gekommen ist? Der Herr Direktor Seidler hat gesagt, dieses Angebot sei eines Tages auf seinem Schreibtisch gelegen und er wisse nicht, wie es dort hingekommen ist.

Dr. **Machtl:** Ich sage immer wieder so: Wenn Zeit vergeht und man Wahrnehmungen durchaus macht — und nicht in der Absicht, dann als Zeuge darüber auszusagen — so verschwimmt das dann mehr oder weniger. Ich kenne eine andere Version, wonach Seidler Herrn Wilfling gefragt haben soll, ob er jemanden kennt, der in diesem Bereich tätig ist. Es sei dann der Name Versloot gefallen. Aber hundertprozentig könne er sich auch nicht mehr erinnern. Die Version, wie konkret Dr. Seidler wirklich zur MED-CONSULT gekommen ist, ist so wie die Frage ungefähr: Wie kommt eine Jungfrau zum Kind?

Abg. Dr. **Ermacora** (ÖVP): Ich habe nur eine Frage, Herr Generaldirektor: Wer hat diesen Vertrag der Firma ODELGA mit der VOEST initiiert? Wer ist auf die Idee gekommen? Es ist ein Vertrag, von dem man vielleicht sagen kann, daß er nicht alle Wünsche erfüllt, die auf Grund eines Vertragsabschlusses erwartet werden könnten. Wer hat diesen Vertrag initiiert?

Dr. **Machtl:** Das Gespräch, das ich mit Generaldirektor Apfalter führte, führte dann schließlich auch zu dieser Überlegung, die ODELGA einzubinden. Wer konkret in diesem Gespräch diejenigen Leute waren, die gesagt haben: Machen wir einen Beratungsvertrag, machen wir keinen!, das weiß ich nicht. Das war irgendwo im Laufe des Gespräches. Es war das ein Gedanke, der beiden gefallen hat. Mir auch deswegen, weil die VOEST doch ein potenter Partner ist. Ich glaube, auch der VOEST — ich glaube das, bitte: auch der VOEST —, weil die VOEST immer mehr in die Finalproduktion wollte. Aber da müßte man Herrn Generaldirektor Apfalter fragen.

Abg. Dr. **Ermacora** (ÖVP): Das gibt eine neue Frage. Ich wollte nicht weiterfragen, aber nun darf ich doch noch fragen: Warum ist es zu keiner Leistung der ODELGA gekommen? — Wir haben einen Vertrag, wir haben A conto-Zahlungen, und es kommt zu keiner Leistung der vertraglich Verpflichteten.

Dr. **Machtl:** Schauen Sie: Es wurde zunächst einmal die Erzeugung dieser Einwände zeitlich zurückgestellt, es gab eine zeitliche Verzögerung. Es mag die erste Gunst gewesen sein, daß bis zu dem Zeitpunkt, als der Herr Generaldirektor seine Aussage traf, keine konkrete Leistung erbracht worden ist. In der Zwischenzeit hat mir, wie ich bereits mitgeteilt habe, der Geschäftsführer der ODELGA gesagt, daß ein Mann für ihn in der Kremser-Hütte tätig wäre, daß sich offensichtlich dort ein Leistungsauftrag oder jedenfalls eine Leistung bereits abzeichnet. Wie das endgültig sein wird, ob weitere Leistungen welchen Umfangs abberufen werden sollen, das ist Angelegenheit der

VOEST, das abzuberufen, werden sie erbracht. Für Leistungen, die nicht erbracht werden, wird ja auch kein Honorar verlangt.

Abg. Dr. **Ermacora** (ÖVP): Sie haben ja schon eines.

Dr. **Machtl:** Sie haben eine Akontozahlung bekommen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Generaldirektor! Die ODELGA war ja an einer ganzen Reihe von Gutachten für das AKH beteiligt. Da gibt es zunächst einmal das Gutachten Wäschereiversorgung. Hier wird behauptet, daß dieses Gutachten gemeinsam mit dem Krankenhausinstitut Zürich erstellt worden ist und daß die Leistung im Grunde vom Herrn Kaufmann vom Krankenhausinstitut Zürich erbracht worden ist und daß von der ODELGA faktisch keine Leistung erbracht worden ist, sondern nur das Honorar kassiert worden ist. Können Sie uns sagen, was die ODELGA für das Wäschereigutachten tatsächlich geleistet hat?

Dr. **Machtl:** Das entzieht sich meiner Kenntnis.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Besteht die Möglichkeit, daß Sie rückfragen bei der ODELGA und uns Unterlagen zur Verfügung stellen über die konkrete Leistung der ODELGA für dieses Wäschereigutachten?

Dr. **Machtl:** Das könnte ich ohne weiteres machen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wir dürfen Sie darum bitten, uns konkret mitzuteilen, welche Leistungen von der Firma ODELGA — es geht um das für das Wäschereigutachten ausbezahlte Honorar — erbracht worden sind. Dann das zweite Gutachten.

Dr. **Machtl:** Honorar ODELGA wofür?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Für das Wäschereigutachten.

Ein weiteres Gutachten wird bei uns als Ist-Zustandserhebung bezeichnet. Das Auftragsvolumen: 6,3 Millionen Schilling, Weitergabe dieses Gutachtens an die Firma ÖKODATA im wesentlich um 5,7 Millionen Schilling. Bei der ODELGA sind 600 000 S geblieben. Auch ohne Leistung. Bisher konnte uns niemand sagen, welche Leistung die ODELGA für die 600 000 S erbracht hat. Ing. Rumpold — ich habe jetzt nicht das Zitat hier, aber ich sage Ihnen das in etwa dem Sinn nach — hat mitgeteilt, daß man das deshalb über die ODELGA leiten mußte, um das gute Klima zu erhalten. Das ist jetzt nicht wortwörtlich. Aber wieder die Frage: Können Sie uns für diese Ist-Zustanderhebung — Leistungsvolumen von 6,3 Millionen Schilling; 600 000 S sind bei der ODELGA geblieben — nachweisen, was die ODELGA tatsächlich erbracht hat an Leistungen?

Dr. **Machtl:** Das kann ich nicht. Ich habe mich mit dieser Frage nie beschäftigt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber können Sie uns bitte als Generaldirektor der Holding ...

Dr. **Machtl:** Wenn es der Wunsch des Ausschusses ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wenn es notwendig ist, würden wir Anträge stellen. Aber wären Sie bereit, wenn solche Anträge gestellt werden, uns einen solchen Nachweis zu erbringen?

Dr. **Machtl:** Ich werde den Nachweis nicht erbringen.

Ich werde die ODELGA fragen. Ich glaube, das geht zurück auf das Jahr 1976.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auf 1976 geht das zurück.

Dr. **Machtl:** Ich kann mir nicht vorstellen, daß auf Grund des oftmaligen Personalwechsels, der eingetreten ist, überhaupt noch jemand dezidiert Auskunft geben kann. Das wollte ich nur vorsorglich sagen, damit dann später nicht irgendwo ein Unwillen entsteht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber beim Wäschereigutachten können Sie es. Dort sind die Vorwürfe besonders gravierend. Hier sind sie genauso gravierend. — Ich möchte Ihnen nur sagen: Es wird einen Bericht geben müssen, denn wir haben bisher keinen Nachweis, warum die ODELGA hier 600 000 S kassiert hat. Sie haben hier die Möglichkeit, sich zu rechtfertigen als Generaldirektor.

Dr. **Machtl:** Entschuldigen Sie: Ich werde mich nicht rechtfertigen. Ich habe weder den Auftrag entgegengenommen noch weitergegeben noch gute Beziehungen damit gerettet. Gar nichts. Ich habe weder etwas Gutes noch etwas Schlechtes daran getan. Ich bitte, von mir keine Rechtfertigung zu erwarten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich verlange keine Rechtfertigung. „Rechtfertigung" nehme ich zurück. Vielleicht können Sie uns die Fakten zu dieser Sache mitteilen. Das wäre also das Zweite.

Das Dritte wird genannt „Reinigungsauftrag", 900 000 S, weitergegeben an die SPIWAG — das stand auch schon in den Zeitungen —, und zwar weitergegeben um 400 000 S. Auch Honorar ohne Leistung. Rund 500 000 S, eine halbe Million Schilling. Können Sie uns zu diesem Auftrag etwas sagen?

Dr. **Machtl:** Dazu kann ich auch nichts sagen. Ich kann nur eines sagen: Wenn Sie die Subauf-

träge immer so schön zusammenaddieren und sagen: Soviel hat man bekommen und soviel ist weitergegeben worden!, dann übersehen Sie offensichtlich, daß die MED-CONSULT ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das ist nicht die MED-CONSULT, das ist alles ODELGA. Damals gab es noch keine MED-CONSULT.

Dr. **Machtl:** Okay.

Abg. **Feurstein** (ÖVP): Am Wäschereigutachten war die ODELGA beteiligt, nicht die MED-CONSULT.

Dr. **Machtl:** Okay.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Jetzt, bei dem 900 000-Schilling-Reinigungsauftrag ist es die MED-CONSULT, 900 000 S weitergegeben an SPIWAG mit 400 000 S. Auch wieder die Frage: Wo sind die 500 000 S geblieben? Was ist für die 500 000 S geleistet worden? Auf diese Fragen können Sie uns keine Antwort geben?

Dr. **Machtl:** Schauen Sie: Ich könnte hier eine Antwort darauf geben, wie sich das in der Praxis abspielt: daß man Gutachten weitergibt, daß man sich dann das Gutachten machen läßt und daß — Sie kennen diese Sachen immer wieder — jedes Gutachten so gut ist wie der Auftraggeber selbst gut ist. Daß es zum Teil zurückgewiesen werden mußte, daß es geändert werden mußte, was auch immer noch. Das sind üblicherweise bei Gutachten so die Einflußnahmen. Ob es im konkreten Fall so war, weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich verstehe schon, daß ein Gutachten umgeschrieben wird, daß man Schreibarbeiten leisten muß und so weiter. Aber das sind ja natürlich große Beträge, die als Spanne ausgewiesen sind, und deshalb unsere Frage. Wir haben den Auftrag zur Überprüfung, ob überall Leistungen erbracht worden sind.

Weiterer Auftrag: ABO-Auftrag. Sie wissen, die AKPE hat von der Arbeitsgemeinschaft Betriebsorganisationsplanung, vom Herrn Dkfm. Scharmüller, keine Informationen bekommen, welche Leistungen die einzelnen Partner für diesen Auftrag erbracht haben. Wir wissen, wieviel Schilling die ODELGA bekommen hat aus diesem ABO-Auftrag — beziehungsweise die MED-CONSULT in dem konkreten Fall —, wir wissen aber nicht, was die MED-CONSULT tatsächlich geleistet hat. Sind Sie als Generaldirektor der Holding bereit einzuwirken, daß wir eine konkrete Abrechnung zumindest von der MED-CONSULT bekommen über die Leistungen, die sie für die ABO erbracht hat, wenn wir einen entsprechenden Antrag beschließen?

Dr. **Machtl:** Wenn die Abrechnung dieses konkreten Auftrages als Kostenstelle erfolgt, dann wird man auch wissen, was eingegangen ist, was Selbstaufwendung ist, zumal wir ja wissen, daß etwa der Auftrag bei leichtem Gewinn möglicherweise 500 000 S beinhaltet hat. Das andere sind dann zugerechnete Leistungen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie können uns, wenn wir ein entsprechendes Ersuchen an Sie stellen, uns diesen Nachweis erbringen? Die anderen ABO-Partner der ÖKODATA machen das nicht — ich sage Ihnen das gleich —, wenn das die MED-CONSULT macht.

Dr. **Machtl:** Schauen Sie: Was MED-CONSULT anbelangt, haben wir noch einen zweiten Partner, der naturgemäß befragt werden wird, sofern betriebliche Geheimnisse diesen Raum nicht verlassen, würde ich keinen Grund sehen, das zu verweigern.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie unterstellen jetzt dem Ausschuß, daß hier Dinge hinausgegangen sind. Eine solche Unterstellung, glaube ich, ist nicht angebracht.

Dr. **Machtl:** Das ist doch bitte keine Unterstellung, das ist nur ein vorsorglicher Hinweis, um später nicht eine Betriebsschädigung zu erleben. Ich habe gar nicht unterstellt, sondern ich wolle nur rein theoretisch so etwas gesagt haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich nehme das auch theoretisch zur Kenntnis.

Nun zur BO-Beauftragung: Sie wissen, daß ursprünglich geplant war, ein Drittel ODELGA, ein Drittel ÖKODATA und so weiter. Auch Dr. Seidler hat uns mitgeteilt, daß er den Auftrag hatte von der Holding, in dieser Weise zu verhandeln. Rund ein Drittel sollte der Anteil der ODELGA sein. Ist das richtig?

Dr. **Machtl:** Also beim Auftrag von uns kann ich mir das nicht vorstellen, auch nicht ein Drittel, ein Drittel, ein Drittel. Ich habe bereits gesagt, daß mir bewußt wurde, daß die ODELGA drinnen ist im ABO-Auftrag, daß mich das nicht gefreut hat. Ich kann mir auch nicht vorstellen, daß jemand einen anderen Auftrag gegeben hätte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie einmal den Dr. Sajbl das mitgeteilt, daß Sie gar nicht ineressiert sind, diesen ABO-Auftrag, diesen BO-Auftrag zu bekommen als ODELGA?

Dr. **Machtl:** Das weiß ich nicht. Ich weiß: Im Vorstand wurde darüber gesprochen. Vielleicht habe ich es mitgeteilt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Im Vorstand der Holding?

Dr. **Machtl:** Im Vorstand der Holding. Ja. Wieweit ich mit Sajbl darüber gesprochen habe, weiß ich nicht mehr.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): „Der Anteil der ODELGA" — ich zitiere jetzt aus einem Protokoll —, „ich kann nur über den sprechen, hat sich entwickelt, würde ich sagen. Ursprünglich wurde ich informiert, daß die ODELGA etwa 30 Prozent des Kuchens — es geht ja um einen Kuchen von damals 116 Millionen Schilling — hätte erringen sollen.

Das war zwar eine Zahl, ich konnte aber mit den geleisteten Arbeiten, die in dem Arbeitskalender geführt wurden, den Umfang nicht feststellen und habe daher gar nicht abschätzen können, was 30 Prozent sind."

Nun geht es dann weiter: Er teilte mit, daß Ihnen mitgeteilt worden ist ... .

Dr. **Machtl:** Mir?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ihnen! ..., und zwar über Dr. Drennig, daß am Schluß etwa 9 Prozent, 10 Prozent herauskommen sollen für die ODELGA, für die MED-CONSULT.

Dann sagte — ich zitiere hier — Dr. Steger:

„Auf wen war denn Machtl wütend?"

Dr. Seidler antwortete:

„Über die Bedingung, über diesen Vorgang, daß ich monatelang verhandle und mir dann ein Schreiben hingelegt wird, das also eine Vorwegnahme überhaupt sämtlicher ..." Und dann kommen einige Punkte.

„Hat irgendeiner" — jetzt Dr. Steger — „der Herren Machtl oder Drennig es überhaupt für möglich gehalten, daß da die anderen mit Ihnen unseriös verfahren sind? Ist da gesprochen worden?"

Dr. Seidler: „Nein, gesprochen ist darüber nichts geworden."

Und dann geht es weiter:

„Das wütend kann sich ja nur ...". Wieder Punkte.

„Ich war sehr cool, weil ich mich schon über ein Wochenende beruhigt hatte."

Nun meine Frage: Was haben Sie getan? Wie war Ihre Reaktion, als man Ihnen mitgeteilt hat, daß die ODELGA nicht die 30 Prozent bekommt?

Dr. **Machtl:** Ich wurde schon einmal danach gefragt. Ich darf es, wenn Sie gestatten, wiederholen. Er wollte mich einmal, so sagte Dr. Seidler, anrufen, ich sei aber krank gewesen, und so hätte er Dr. Drennig angerufen, der dann mich angerufen hätte, und ich hätte damals gesagt — was mir so in Erinnerung ist —, er soll das Beste herausholen, was drinnen ist, er soll nach dem Rechten schauen. — Etwa in dieser Größenordnung. Ob es sich hier gehandelt hat darum, daß man ihm 30 Prozent wegnimmt und uns mit knapp 10 Prozent abspeisen will, das kann ich mich leider nicht mehr erinnern. Aber ich habe heute schon wiederholt erklärt: Mir waren 10 Prozent an sich schon zuviel.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie würden bestreiten, daß Sie in dieser Weise reagiert haben, wie es Dr. Seidler hier im Ausschuß wiedergegeben hat?

Dr. **Machtl:** Schauen Sie: Ich kann mich nicht erinnern, jemals so etwas gesagt zu haben. Dr. Seidler hat erklärt, er hätte Drennig angerufen, Drennig mich. Daraufhin hätte der Drennig wieder den Dr. Seidler rückgerufen. Also gibt es 5 Stadien — oder 4; ich habe es nicht genau mitgezählt —, wo Übermittlungsirrtümer drinnen sein könnten, Dr. Drennig hat mir jedenfalls nicht gesagt, daß ich wütend gewesen wäre, als ich ihn danach gefragt habe.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat Ihnen Dr. Wilfling jemals mitgeteilt, in welcher Weise die ODELGA am ABO-Auftrag beteiligt werden könne?

Dr. **Machtl:** Ich habe mich darum nie gekümmert.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat Wilfling Ihnen das mitgeteilt?

Dr. **Machtl:** Nein.

Abg. **Feurstein** (ÖVP): Ich habe Sie nicht gefragt, ob Sie ihn gefragt haben.

Dr. **Machtl:** Nein. Ich kann mich nicht erinnern.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie mit Dr. Bauer über diese Frage gesprochen?

Dr. **Machtl:** Ich könnte mich nicht erinnern.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie können es aber auch nicht ausschließen?

Dr. **Machtl:** Ich kann es weder bestätigen noch kann ich es verneinen. Ich kann mich wirklich nicht mehr erinnern.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Vor der Wirtschaftspolizei wurden Sie befragt über die Zahlungen an Herrn Dipl.-Ing. Winter seitens der Heizbetriebe Ges.m.b.H. Es geht hier — Sie kennen die Zahlen — um Beträge in der Größenordnung von zusammengerechnet rund 90 000 S, Termin 1974. Die Überweisungen sind auf ein Konto der Ersten Österreichischen Spar-Casse geleistet worden. Sie erklären dort, daß Sie sich erkundigen werden über diese Zahlungen. Was haben Ihre Erkundigungen ergeben?

Dr. **Machtl:** Ich habe die Direktion angerufen, die Unterlagen herauszusuchen, worauf die Direktion direkt mit dem Herrn der Wirtschaftspolizei Kontakt aufgenommen hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und was ist das Ergebnis?

Dr. **Machtl:** Soweit mir die Direktion mitgeteilt hat, dürfte es sich um etwas gehandelt haben, das nicht unreel war.

Abg. **Feurstein** (ÖVP): Was heißt „nicht unreell?"

Dr. **Machtl:** Ich habe mich nur erkundigt, was das betrifft; also es liegt keine unreelle Vorgansweise vor, weder vom Herrn Winter noch von der Firma. Damit war die Sache für mich erledigt, zumal ja die Geschäftsführung direkten Kontakt gehabt hat mit der Wirtschaftspolizei.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wenn Ihnen jemand mitteilt, Herr Generaldirektor, die Sache ist reell abgeführt worden: Da nehmen Sie das zur Kenntnis, ohne daß Sie weiter rückfragen?

Dr. **Machtl:** Entschuldigen Sie: Der Mann von der Wirtschaftspolizei hat mich gefragt, ob ich das weiß. Ich habe gesagt: Ich weiß es nicht. Ich habe es hierauf übernommen, die Sache in die Wege zu leiten, habe die Geschäftsführung verständigt, die hat dann die einzelnen Belege herausgesucht. Hierauf hat die Geschäftsführung direkt mit dem Inspektor von der Wirtschaftspolizei Kontakt aufgenommen. Was dann weiter geschehen ist, weiß ich nicht.

Mir hat der Geschäftsführer der Heizbetriebe mitgeteilt, es handelt sich um keine unreelle Sache. Wenn es sich um eine unreelle Sache gehandelt hätte, so hätte die Wirtschaftspolizei sicherlich die Dinge dann weitergeführt.

Aber bitte von mir nicht zu verlangen, daß ich bei 34 Firmen mich um Details kümmere, so qualvoll und so bedeutend es im Detail sein mag, daß ich mich bei 34 Firmen mit diesen Dingen wirklich so intensiv beschäftige, womöglich auch noch mit dem Geschäftsführer ein Verhör anstelle, ob das wirklich in Ordnung ist oder nicht. So ein Vertrauen habe ich zu meinen Geschäftsführer schon.

Obmannstellvertreter **Mühlbacher:** Bitte den gestellten Themenkreis nicht zu verlassen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich verlasse den Themenkreis nicht. Es handelt sich hier um eine Einvernahme. Bei den Heizbetrieben war Dipl.-Ing. Winter beschäftigt, und es besteht der Verdacht, daß über diese Zahlungen Parteienfinanzierung erfolgt ist. Diesen Zusammenhang hat es sehr deutlich gegeben, er wurde auch von der Wirtschaftspolizei hier aufgegriffen.

Ich stelle hier nur fest — ich möchte da jetzt nicht weiter darauf bestehen auf dieser Beantwortung, weil Sie das offensichtlich nicht wissen; aber wir erleben das ständig —, daß führende Politiker, führende Personen über entscheidende Fragen, wenn der Verdacht besteht, wenn geäußert wird, daß unreelle Geschäfte gemacht worden sind, sich plötzlich nicht mehr erinnern und auch nicht bereit sind, Nachforschungen zu machen.

Dr. **Machtl:** Ich darf doch noch kurz einhaken: Ich glaube, wenn man in einem Konzern Geschäftsführer hat, ist es die Geschäftsführung doch wert, ein gewisses Vertrauen entgegengebracht zu bekommen. Wenn mir ein Geschäftsführer erklärt: Das war in Ordnung!, dann frage ich nicht wie ein Inquisitor — möglicherweise eine halbe Stunde lang —, ob es vielleicht doch nicht in Ordnung gewesen sein könnte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie einen Ing. Lehner.

Dr. **Machtl:** Ing. Lehner von der ODELGA? — Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was macht der bei der ODELGA?

Dr. **Machtl:** Ich glaube, er ist Produktionsleiter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und was hat er für das AKH gemacht? Welche Leistung hat er erbracht?

Dr. **Machtl:** Das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer könnte uns darüber Auskunft geben?

Dr. **Machtl:** Der Geschäftsführer.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie sich vorstellen, warum Ing. Lehner von der SPÖ abgelehnt worden ist als Zeuge?

Dr. **Machtl:** Bitte?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum Ing. Lehner abgelehnt worden ist?

Obmannstellvertreter **Mühlbacher:** Herr Abgeordneter! Sie haben nach Wahrnehmungen zu fragen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Vielleicht hat der Herr Generaldirektor in der Vorbesprechung eine Wahrnehmung gemacht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich werde sogar andere auch noch fragen. Ich muß jetzt fragen,

was Ing. Lehner bei der ODELGA macht, weil ich ihn nicht einvernehmen kann. Mir tut es leid, daß ich Sie darüber befragen muß.

Dr. **Machtl:** Ich bin gar nicht ungehalten. Er war Produktionsleiter dort, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich habe Sie gefragt, was er für das AKH getan hat.

Dr. **Machtl:** Das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns einen Bericht liefern über die Leistung des Ing. Lehner für das AKH.

Dr. **Machtl:** Also ich würde bitte die Dinge nicht so zentral auf mich lenken wollen. Wenn der Ausschuß es so wünscht ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sind Sie bereit dazu? Kennen Sie Ing. Wagner, Ing. Viktor Wagner?

Dr. **Machtl:** Ist das der von der REIWAG?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja.

Dr. **Machtl:** Kenne ich persönlich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herrn Dkfm. Stadler?

Dr. **Machtl:** Ja, den kenne ich sehr gut.

Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was hat der für die ODELGA gemacht?

Dr. **Machtl:** Er war vorübergehend Geschäftsführer bei der ODELGA. Als Direktor Seidler kurz vor Weihnachten 1979 ausschied, wurde er vorübergehend als Geschäftsführer dort eingestellt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was hat er vorher gemacht, vor seiner Bestellung zum Geschäftsführer?

Dr. **Machtl:** Vorher war er in der Holding Prokurist. Er ist jetzt Geschäftsführer in der Holding.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Aufgaben hat er in der ODELGA erledigt?

Dr. **Machtl:** Seine Aufgabe war es, das laufende Geschäft zu erledigen, wie es jedem Geschäftsführer oblag und obliegt. Wir wußten, daß ...

Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat er Geschäfte — nur das interessiert mich — für das AKH erledigt?

Dr. **Machtl:** Sicher wird er laufende Geschäfte erledigt haben, wenn es Geschäfte gegeben hätte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wissen das nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was ist Ihnen denn über den Kontrollamtsbericht hinsichtlich der Bauvergabe bekannt bis jetzt?

Dr. **Machtl:** Bauvergabe? — Ich weiß nicht: Ist er schon erschienen?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist noch nicht erschienen.

Dr. **Machtl:** Dann weiß ich nichts.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und wenn er erschienen ist, wissen Sie etwas?

Dr. **Machtl:** Dann weiß ich es sicher.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Dann würde ich Sie bitten, daß Sie mir das erzählen, was Sie wüßten, wenn er erschienen wäre.

Dr. **Machtl:** Könnten Sie das konkreter sagen?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich möchte wissen, was Sie für eine Kenntnis haben von den Erhebungen des Kontrollamtes im Zusammenhang mit der Bauvergabe.

Dr. **Machtl:** AKH?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja.

Dr. **Machtl:** Also nochmals: Ein Kontrollamtsbericht, der nicht existiert, kann auch von mir nicht gekannt werden, da mir leider hellseherische Fähigkeiten bis dato noch mangeln. Gesprächsweise mag dies das eine oder andere Mal der Fall gewesen sein, das ich aber durchaus nicht zum Anlaß genommen habe, für mich selbst Überlegungen anzustellen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Damit wir uns konkret verstehen. Das habe ich Sie alles nicht gefragt.

Dr. **Machtl:** Was haben Sie denn gefragt?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe Sie gefragt, was Sie über diese Erhebungen des Kontrollamtes im Zusammenhang mit der Bauvergabe wissen. Ob das jetzt ein Teilbericht ist, ob das der ganze Bericht ist, alles wurscht. Was wissen Sie davon?

Dr. **Machtl:** Wenn Sie mich konkreter fragen würden, vielleicht kann ich dann eine Antwort geben. So generelle Fragen kann ich wirklich nicht beantworten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie wollen mir doch nicht plötzlich erklären, daß Sie keine Kenntnis hatten.

Dr. **Machtl:** Wovon?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Von einzelnen Teilen, die das Kontrollamt im Zusammenhang mit ...

Dr. **Machtl:** Interessiert Sie ... Entschuldigen Sie die Gegenfrage: Ich bin denn doch etwas zu ungeschickt, das zu kennen, was Sie wollen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich gebe Ihnen eine halbe Stunde Zeit.

Dr. **Machtl:** Können Sie mir konkret sagen, was Sie im Auge haben? Ich sage dann: Ich weiß es, oder ich weiß es nicht. Geht das nicht so?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich will von Ihnen wissen, was Sie darüber wissen. — Sie verweigern die Auskunft.

Dr. **Machtl:** Ich verweigere sie Ihnen nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Natürlich.

Dr. **Machtl:** Nein, gar nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie geben zu erkennen, daß Sie etwas wissen und daß Sie nicht bereit sind, mir dieses Wissen mitzuteilen.

Dr. **Machtl:** Schauen Sie: Wenn Sie mir das unterstellen wollen, sei es, machen Sie es. Aber es tut mir wahnsinnig leid: Unbestimmte Fragen kann ich kaum beantworten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Bei welcher Gelegenheit haben Sie von Teilen des Inhaltes des künftigen Kontrollamtsberichtes Kenntnis genommen?

Dr. **Machtl:** Ich kenne keine Teile des künftigen Kontrollamtsberichtes.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer hat Ihnen etwas darüber erzählt?

Dr. **Machtl:** Ich weiß derzeit noch gar nichts.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben noch nie gehört, daß es ihn überhaupt gibt? Das ist nämlich die nächste Stufe jetzt, zu der wir gelangen. Das Kontrollamt kennen Sie wahrscheinlich auch gar nicht?

Dr. **Machtl:** Bitte?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie kennen das Kontrollamt nicht, haben noch nie etwas davon gehört?

Dr. **Machtl:** Schauen Sie: Solche „Tatsachenfeststellungen" erlasse ich Ihnen gern. Wenn Sie von mir eine konkrete Antwort wollen, Herr Abgeordneter, dann fragen Sie mich konkret.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe Sie ganz konkret gefragt, ...

Dr. **Machtl:** Ich bin nicht gekommen, um mich von Ihnen frozzeln zu lassen, ob ich das Kontrollamt kenne oder nicht. Das möchte ich auch ausdrücklich feststellen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben in einer Fragebeantwortung festgestellt: Wenn es den Bericht gäbe, würden Sie mir etwas darüber erzählen, aber weil es ihn nicht gibt, erzählen Sie mir nichts.

Dr. **Machtl:** Entschuldigen Sie vielmals: Wenn der Bericht da wäre und der Bericht uns zur Kenntnis käme ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP) *(zu Obmannstellvertreter Mühlbacher):* Bitte unterbrechen Sie die Sitzung und schicken Sie den Herrn *(auf den Zeugen weisend)* hinaus. *(Generaldirektor Dr. Machtl verläßt den Saal.)*

Obmannstellvertreter **Mühlbacher** *(nachdem der Zeuge wieder in den Saal gerufen wurde):* Bitte, Herr Zeuge. Die Einvernahme wird durch Herrn Abg. Bergmann fortgesetzt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge, ist Ihnen bekannt, daß das Kontrollamt der Stadt Wien eine Untersuchung im Zusammenhang mit der Bauvergabe beim AKH gemacht hat?

Dr. **Machtl:** Ist da die Holding irgendwie mit betroffen? Darf ich die Frage stellen?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe eine ganz präzise Frage gestellt, ob Ihnen bekannt ist, daß das Kontrollamt der Stadt Wien eine Untersuchung der Bauvergabe beim AKH gemacht hat.

Dr. **Machtl:** Möglicherweise, daß gerüchteweise etwas gesagt wurde ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was haben Sie da gerüchteweise gehört?

Dr. **Machtl:** Ich wüßte nichts. Ich kann mich eigentlich an nichts erinnern.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sind Sie in AKH-Dingen in einem engen Kontakt mit dem Generaldirektor Kraus?

Dr. **Machtl:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer hat Ihnen gerüchteweise von dem entstehenden Kontrollamtsbericht „Bauvergabe" erzählt?

Dr. **Machtl:** Ich kann mich da gar nicht erinnern, wer was konkret gesagt hat. Es ist möglich, daß davon gesprochen wurde, aber konkret kann ich eigentlich nichts aussagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit dem Kontrollamtsdirektor einen näheren Kontakt?

Dr. **Machtl:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie in letzter

Zeit mit Beamten des Kontrollamtes zufällig geplaudert?

Dr. **Machtl:** Kaum. Ich will sagen: nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Warum haben Sie denn vorhin so getan, als ob Sie das alles kennen würden?

Dr. **Machtl:** Entschuldigen Sie, da haben Sie mich mißverstanden. Ich habe gesagt, ich kenne den Bericht nicht. Wenn es ihn gäbe, immer noch unter der Annahme, er beträfe auch die Holding, könnte ich Ihnen etwas sagen. Da wir aber keinen Bericht jemals bekommen haben und keinen Ausschnitt davon, kann ich Ihnen auch nichts sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kennen Sie den Ing. Putschädel *(phonetisch)*.

Dr. **Machtl:** Dem Namen nach.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren Sie damals bei der Übersiedlung von Siemens zur Holding mitbefaßt?

Dr. **Machtl:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Zur ODELGA oder zu irgendeiner Holding-Firma?

Dr. **Machtl:** Wer sollte übersiedelt sein?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Herr Putschädel *(phonetisch)*.

Dr. **Machtl:** Ich glaube, Putschädel ist im Aufsichtsrat, soweit ich mich erinnern kann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, im Aufsichtsrat. Hat es nicht irgendeine Beschwerde gegeben oder einen Widerstand von Betriebsräten, daß hier eine Konkurrenzfirma ...

Dr. **Machtl:** Es gab seitens des Betriebsrates der Angestellten großen Widerstand zunächst einmal, daß er im Aufsichtsrat ist. Der Betriebsrat der Angestellten hat daraufhin die Aufsichtsratssitzungen nicht besucht. Das dürfte sich aber wiederum eingerenkt haben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben diese Bedenken nie geteilt?

Dr. **Machtl:** Ich habe pflichtgemäß meinem Eigentümer mitgeteilt, daß der Angestelltenbetriebsrat diese Meinung vertritt, während der Betriebsratsobmann der Arbeiter diese Bedenken nicht hatte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer hat Sie denn um die Intervention beim Generaldirektor Apfalter gebeten? Prutscher oder Seidler?

Dr. **Machtl:** Ich glaube, es waren beide. Wobei ich durchaus annehmen könnte, daß es zunächst Prutscher war. Ich habe jedenfalls aber mit Seidler darüber gesprochen, weil es im Interesse der ODELGA bekannt sein mußte, darüber zu sprechen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn jemand Konsulent wird, wird das vom Holding-Vorstand genehmigt? Zum Beispiel, wenn bei ODELGA jemand Konsulent wird.

Dr. **Machtl:** Einer Genehmigung bedarf dies nicht, aber die wissen, glaube ich, doch in den meisten Fällen, wo eine Konsulentenbestellung erfolgt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die ganzen Holding-Firmen waren natürlich auf Gewinn gerichtet. Dieses System, Aufträge zu nehmen, obwohl man die entsprechende Qualifikation nicht hat und daher dann Subaufträge erteilt, wurde das von Anfang an praktiziert oder ist das erst später erfunden worden?

Dr. **Machtl:** Ich kann nicht von einem System sprechen, so, als ob es die Unternehmensaufgabe gewesen wäre, es weiterzugeben. Sicher sind Aufträge genommen worden, zum Teil weitergegeben worden, das dürfte in die Ära Wilfling zurückfallen, aber von einem System will ich hier gar nicht sprechen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Glauben Sie, daß Wilfling das erfunden hat?

Dr. **Machtl:** Keine Ahnung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben vorhin den Namen Boviropa *(phonetisch)* erwähnt. Sind Sie da näher informiert?

Dr. **Machtl:** Ich komme auf die Kontrollamtsberichte, sofern sie auf die Holdingbeiräte Bezug haben. Diesen Bericht kenne ich und habe gesprächsweise die Sache auch weiter verfolgt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben es weiterverfolgt?

Dr. **Machtl:** Ja. Gesprächsweise. Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und irgendein Ergebnis?

Dr. **Machtl:** Das jüngste Ergebnis ist etwa acht Tage oder zwei Wochen alt, daß mir der Geschäftsführer der ODELGA mitgeteilt hat, daß er einen Mitarbeiter nach Holland schickte, um die einzelnen Rechnungen dort prüfen zu lassen, ob die Arbeiten durchgeführt wurden usw., und er teilte mir mit, daß bei dieser Prüfung zum Vorschein kam, daß tatsächlich diese Reparaturen durchgeführt wurden, daß es also keinen Anhaltspunkt gibt dafür, daß hier etwas Ungereimtes geschehen wäre.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer war denn das, der nach Holland gefahren ist?

Dr. **Machtl:** Das war der Herr Weigl.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sind Sie ein Funktionär der SPÖ?

Dr. **Machtl:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren Sie jemals ein Abgeordneten-Kandidat oder so etwas?

Dr. **Machtl:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben vorhin erzählt vom Neubau der ODELGA und daß es da mit dem Herrn Krajca schon Probleme gegeben hat. Stimmt das, daß der Herr Krajca diesen Neubau immer wollte, aber von Ihnen zu wenig Geld dafür gekriegt hat?

Dr. **Machtl:** Ich glaube, das wesentliche wäre, daß zunächst einmal der Geschäftsführer seine Überlegungen anstellt, wie der Neubau ausschauen soll, was er kostet und wie er finanziert werden soll.

Und wenn ein Geschäftsführer nicht in der Lage ist, solche Überlegungen anzustellen, so ist das eben sehr traurig. Dadurch hat sich der Neubau einigermaßen verzögert.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie lange war denn der Herr Krajca Geschäftsführer in der ODELGA?

Dr. **Machtl:** Meines Wissens war er Geschäftsführer seit Aufkauf der ODELGA-Beteiligung ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Seit 1958?

Dr. **Machtl:** Etwa, ja. Seit 1957/58.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat es den Vorwurf der Bilanzfälschung auch einmal in dem Zusammenhang mit dem Herrn Krajca gegeben?

Dr. **Machtl:** Nein, der Vorwurf einer Bilanzfälschung in diesem üblen Sinne war nicht gegeben, sondern der Vorwurf, daß die Bilanz bei ihm wesentlich besser ausgesehen hat wegen der Bewertungsprobleme des Lagerstandes. Das hat zu Problemen geführt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sagen Sie, das ist nicht möglich, daß der Herr Wilfling die Bilanz solange nicht unterschrieben hat, bis es so weit war, daß sie er unterschreiben durfte und dann hat er das Bilanzgeld kassiert?

Dr. **Machtl:** Soweit mir erinnerlich ist — und da bin ich im Augenblick etwas überfragt —; dürfte ja das Problem der Lagerstandsprüfung vor Wilfling schon gewesen sein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, nur die Bilanz 1969, die ja eigentlich noch in das Aufgabenjahr des Herrn Krentscher *(phonetisch)* gefallen ist, ist erst 1972 von Wilfling unterschrieben worden, obwohl sie schon 1970 fertig war.

Dr. **Machtl:** Da kann ich mich nicht erinnern, was mich allerdings wundert, weil die beiden ein Jahr parallell Geschäftsführer waren.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer war denn eigentlich letztlich der Verantwortliche für die Bestellung des Dr. Wilfling?

Dr. **Machtl:** Das mußte selbstverständlich mit dem amtsführenden Stadtrat für Finanzen abgeklärt werden, der dann die Bestellung freigegeben hat oder auch nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie ein gutes Verhältnis mit dem Stadtrat Mayr?

Dr. **Machtl:** Wilfling war nicht zur Zeit Stadtrat Mayr bestellt worden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das weiß ich schon. Aber ob Sie ein gutes Verhältnis zum Stadtrat Mayr haben?

Dr. **Machtl:** Ich könnte nicht darüber klagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kann er darüber klagen, glauben Sie?

Dr. **Machtl:** Da würde ich bitten, ihn zu fragen. Ich glaube es eigentlich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Weil Sie es so betont haben und ich jetzt vorsichtig geworden bin, weil Sie die Dinge so auf die Waagschale legen.

Haben Sie im Rahmen der Holding oder bei einzelnen Firmen irgendwelche Konsequenzen aus dem Fall Wilfling gezogen? Ob es jetzt irgend andere Bestellungsvorgänge, andere Kontrollmechanismen ...

Dr. **Machtl:** Also die Bestellung von Geschäftsführern hat sich ja grundlegend geändert in den siebziger Jahren. Wir haben unseren Geschäftsführer schon mit Annoncen gesucht und seit 1977 werden bei uns die Geschäftsführerposten öffentlich ausgeschrieben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und dann bestellt durch den Aufsichtsrat?

Dr. **Machtl:** Dann ein Siebungsverfahren durchgeführt, vom Aufsichtsrat bestellt, nachdem die Beteiligungskommission angehört worden ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Eine letzte Frage: Würden Sie Dr. Seidler eher als jemand bezeichnen, der nicht gerne die Wahrheit sagt?

Dr. **Machtl:** Schauen Sie, es ist sehr schwer, das überhaupt zu beurteilen, zumal es ja, glaube ich, etliche subjektive Wahrheiten auch gibt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, nur wenn einer sagt, er ist nicht bei der Partei und Sie sagen dann, er ist seit Frühjahr 1979 bei einer Partei, dann hat das mit subjektiver Wahrheit nicht viel zu tun.

Dr. **Machtl:** Schauen Sie, ich meinte das bewußt so. Vielleicht hat er diese Äußerung bezogen auf den Beginn seiner Tätigkeit.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Er hat gesagt: Ich bin parteilich nicht gebunden. Ich habe mir das mittlerweile heraussuchen lassen, es ist ein wörtliches Zitat: Ich bin parteilich nicht gebunden.

Dr. **Machtl:** Dann muß die Auskunft, die ich bekommen habe, falsch sein oder er sagt die Unwahrheit.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer war denn Ihre auskunftgebende Stelle?

Dr. **Machtl:** Das war in der Bezirksorganisation.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Danke. Es sind keine Fragen mehr an Sie, Herr Zeuge. *(Generaldirektor Dr. Machtl verläßt den Saal.)*

Zeugeneinvernahme von Dr. Manfred Drennig

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Bitte Herr Dr. Drennig, hier in der Mitte Platz nehmen.

Herr Doktor! Sie sind hier als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuß im Zusammenhang mit dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien. Dieser Untersuchungsausschuß hat als Aufgabe drei Themenkreise zu behandeln, und zwar:

1. zur Untersuchung der Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO beziehungsweise von Subaufträgen und deren Abwicklung,

2. zur Untersuchung der Vorwürfe im Zusammenhang mit angeblichen gesetzwidrigen finanziellen Zuwendungen durch die Firma Siemens beziehungsweise von anderen Firmen, die am Projekt beteiligt sind und

3. zur Untersuchung der Vorwürfe betreffend angebliche Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen.

Bei der Zeugeneinvernahme wird nach der Strafprozeßordnung vorgegangen. Ich darf Sie daher erinnern, die Wahrheit zu sagen. *(Nach Vorhalt des § 153 StPO):* Darf ich Sie um Ihre Generalien bitten.

Dr. **Drennig:** Doktor Manfred Drennig, geboren 19. Oktober 1940, wohnhaft Wien 3., Krummgasse 10—12, Tür 18. Ab heute kann ich wieder sagen: Bankangestellter.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Danke. Ich darf mit der Befragung beginnen. Herr Zeuge! Sowohl Aussagen aus dem Bereich des Vorstandes der AKPE als auch Notizen Direktor Winters ist zu entnehmen, daß eine Einbindung sogenannter ÖVP-naher Firmen in die BO-Planung zur Diskussion stand. Was wissen Sie darüber? Was können Sie uns dazu sagen?

Dr. **Drennig:** Es kann sich wohl im konkreten Fall nur um die Firma Prutscher handeln, auf die Sie anspielen, sonst wüßte ich nicht, wer gemeint sein sollte.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Die Firma AWF, wie heißt sie?

Dr. **Drennig:** Allgemeine Wirtschaftsförderung.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Was wissen Sie dazu?

Dr. **Drennig:** Es hat einmal ein Gespräch gegeben, ob man die AWF nicht auch heranziehen könnte, aber das ist gescheitert, bevor es meines Wissens nach überhaupt konkret geworden ist.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Mit wem haben Sie das Gespräch geführt?

Dr. **Drennig:** Ich glaube, mit dem Geschäftsführer der AWF. Der ist gekommen und hat gesagt, ob man nicht mit der AWF auch ein Geschäft machen könnte. Das muß in einer Phase gewesen sein, als Wilfling noch Direktor gewesen ist. Dann habe ich ihn gefragt, ob diese Möglichkeit bestünde, und er hat gesagt: Nein, er sieht diese Möglichkeit nicht, und ich habe nicht weiter nachgestoßen.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Haben Sie mit einem Herrn des AKPE-Vorstandes darüber gesprochen?

Dr. **Drennig:** Nein.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Wissen Sie, wer Eigentümer der Firma AWF ist?

Dr. **Drennig:** Ich glaube, die Österreichischen Volksbanken, wenn wir die gleiche Firma meinen. Das ist eine Wirtschaftsberatungsfirma, die für Kreditbeurteilungen und so Dinge zuständig ist, und für Betriebsberatung.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Und wer ist dort der Geschäftsführer?

Dr. **Drennig:** Das weiß ich nicht.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Wer hat diese Firma an Sie herangetragen? Wissen Sie das?

Dr. **Drennig:** Er ist selbst zu mir gekommen und wollte ein Geschäft machen. Das heißt, er hat sich vorgestellt und gesagt, ich kann das und das und könnte da teilnehmen. Ich sagte, ich werde mit Wilfling reden.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Ein Politiker ist nicht an Sie herangetreten?

Dr. **Drennig:** Nein, ein Politiker ist in der Sache nicht an mich herangetreten.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Herr Zeuge! Ist Ihnen bekannt, daß bei den in der AKPE nunmehr vorliegenden Konsortialanbot der Vereinigung österreichischer Betriebs- und Organisationsberater auch ein Herr Grassl *(phonetisch)* als Berater fungieren soll und sich dabei als Referenz auf die Firma AWF beruft?

Dr. **Drennig:** Der Herr Grassl *(phonetisch)* ist mir nicht bekannt. Mir ist auch nicht bekannt, daß er sich auf die AWF beruft.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Was wissen Sie über das Anbot, das da gestellt worden sein soll und hinsichtlich des Preises, der da genannt wurde?

Dr. **Drennig:** Bitte welches Anbot und vom wem?

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Von AWF.

Dr. **Drennig:** Also mir ist ein Anbot nicht bekannt. Meine Tätigkeit im Zusammenhang mit der AWF hat sich auf die zwei erwähnten Dinge beschränkt.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Kein Anbot ist ihnen bekannt?

Dr. **Drennig:** Mir ist kein Anbot bekannt.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Ein anderer Kreis, Herr Zeuge. Wer war bei der Wiener Holding Initiator für die Gründung der MED-CONSULT?

Dr. **Drennig:** Das war eigentlich eine Gemeinschaftsarbeit im Vorstand, wenn ich so sagen kann, wobei die Motive sicher unterschiedlich gewesen sind, aber letzten Endes zum gemeinsamen Ziel geführt haben. Das kann man durchaus präzisieren, denn hier war das Interesse, doch auch privatwirtschaftlich organisierte Firmen mit einzubeziehen. Es hat bereits ein Jahr vorher einen Antrag meiner Partei im Gemeinderat gegeben, die Betriebsorganisation aus der ODELGA auszuklammern. Bei Dr. Machtl war das Interesse, daß die ODELGA nicht allein tätig sein sollte und Dr. Kraus hat vorher einen Bericht verfaßt gehabt, in dem er darauf hingewiesen hat, daß die ODELGA Schwierigkeiten in wirtschaftlicher Hinsicht haben wird. Es war damals die Zeit des Auslaufens des Rudolfsspitals und man hat sich daher um eine intensivere Marktbeobachtung kümmern müssen.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Wer hat die Firma Prutscher als Partner in der MED-CONSULT vorgeschlagen, Herr Zeuge?

Dr. **Drennig:** Das ist nicht so einfach zu beantworten. Mit der Firma Prutscher hat es seitens der ODELGA ja vorher schon Kontakte gegeben. Es wird dem Ausschuß ja bekannt sein, daß Prutscher und ODELGA schon vorher gemeinsam im Rahmen der Medizintechnikplanung zusammengearbeitet haben gegenüber dem AKH, sodaß der Zusammenhang schon vorher bestanden hat. Herr Prutscher ist zu allen drei Vorstandsmitgliedern gekommen, ich selber bin einmal mit ihm zusammengekommen, und zwar weil mich damals noch Wilfling gebeten hat, in einer strittigen Sache zu vermitteln. Dabei hat sich das ergeben. Nach dem Motto: Warum streiten wir, versuchen wir doch, lieber zu kooperieren.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Waren Sie ein Befürworter zur Gründung der MED-CONSULT?

Dr. **Drennig:** Ja, das war ich.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** War die Absicht von Haus aus, die Firma MED-CONSULT als Briefkastenfirma zu gründen?

Dr. **Drennig:** Diese Absicht hat nie bestanden. Die Firma MED-CONSULT war nie als Briefkastenfirma gedacht. Ich wüßte auch nicht irgendein Indiz, das darauf hinweisen könnte.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Welche Funktionen hatten Sie in der ODELGA, Herr Zeuge?

Dr. **Drennig:** Wir haben uns in der Holding die Aufsichtsratmandate eingeteilt, wobei das eigentlich nur nach der Gleichmäßigkeit der Arbeitsbelastung verteilt worden ist, und dabei ist mir der Aufsichtsratposten in der ODELGA zugefallen, daher hatte ich ein gewisses Naheverhältnis zu diesen Problemen.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Ihrer Meinung nach: War die ODELGA für eine Übernahme von BO-Planungen für das AKH fachlich und personell geeignet?

Dr. **Drennig:** Sie war nicht geeignet. Das war ja auch etwas, was das Kontrollamt in aller Eindeutigkeit festgestellt hat. Das Kontrollamt hat sogar festgestellt, daß die ODELGA hätte auf jeden Fall überbinden müssen und daher war unsere Überlegung: Das Gescheiteste ist doch, wir suchen einen, bei dem wir am mei-

sten davon als Gegengeschäft bekommen.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Hat Direktor Seidler Ihr Einverständnis für die Übernahme des BO-Auftrages gesucht?

Dr. **Drennig:** Er hat mit mir gesprochen. Seidler hat hier eine sehr zwiespältige Haltung gehabt. Auf der einen Seite wollte er unbedingt, daß er allein dabei sei, auf der anderen Seite hat er selbst dezidiert erklärt, daß er über kein Personal verfügt. Die Entscheidung ist dann gefallen, nachdem er uns ein Brieferl geschrieben hat, in dem wörtlich drinnengestanden ist, er ist für die Zusammenarbeit mit Prutscher, aber man sollte ihn doch nicht hier in die ARGE-BO hineinlassen. Gleichzeitig hat er einen Aktenvermerk beigelegt, aus dem hervorging, daß von dem gesamten Gewinn des ABO-Vertrages 50 Prozent direkt an die ÖKODATA gehen sollten. Daraufhin haben wir alle gesagt: Momenterl, das ist „eh" kein Geschäft für Sie, warum dann der Widerstand? Er hat dann gesagt: ist „eh" wahr.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Herr Zeuge, wie erklären Sie, daß ... einem Anbot der Firma TECHMED bei der ODELGA ...?

Dr. **Drennig:** Das möchte ich selber gerne wissen. Nachdem, was wir rekonstruiert haben, ist es so, daß dieses Anbot von Versloot gestellt worden ist oder über Versloot an die Firma ODELGA gekommen ist und Versloot darin diese Leistungen angeboten hat, nachdem das Ganze ja einmal schon an das IFH verkauft worden ist von der ODELGA. Wir haben dann auf Grund des Kontrollamtsberichtes den Schuldigen gesucht. Wir haben zuerst vermutet, es ist der Enerwitschläger und haben dann eine Konfrontation in der Holding zwischen Enerwitschläger, dem Geschäftsführer der MED-CONSULT und dem Direktor Seidler herbeigeführt. Diese Konfrontation ist so ausgegangen, daß sich herausgestellt hat, daß Seidler letzten Endes Enerwitschläger den Abschluß mit der TECHMED empfohlen hat und daher in unseren Augen, nachdem diese Behauptung unwidersprochen geblieben ist, ist er der Schuldige für die Heranziehung der TECHMED, wobei ich nicht ausschließen kann, daß er selbst auf Grund anderer Empfehlungen gehandelt hat.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Herr Zeuge! Was sagen Sie, daß Firmen ohne Beteiligung im Holdingbereich mit Gewinn ... Zwischenhandel treiben, insbesondere, wenn Gebietskörperschaften, wie Bund und Stadt Wien Auftraggeber sind? Es geht mir um die Aussage, die da getroffen worden ist, wie Sie dem Zwischenhandel entgegengetreten sind.

Dr. **Drennig:** Ich darf dazu sagen: Die MED-CONSULT war ja nicht als Firma für funktionslosen Zwischenhandel gedacht. Wir haben ja unserem Aufsichtsrat darüber berichtet und haben bereits damals gesagt, daß wir glauben, daß sich die Firmen sinnvoll ergänzen können. Die eine Begründung war — das steht auch im Aufsichtsratsprotokoll —, daß der eine schwergewichtig auf dem Gebiet des Laborbaus tätig ist, der andere schwergewichtig auf dem Gebiet der Geräte. Die zweite, nicht schriftlich festgehaltene Erwägung war, daß es vielleicht die ODELGA in bestimmten Bundesländern leichter haben wird und daß es Prutscher in bestimmten anderen Bundesländern leichter haben wird aus politischen Gründen. Wir wollten daher diese Kombination herstellen. Aber funktionsloser Zwischenhandel war nie beabsichtigt.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Haben Sie über diesen Umstand mit Herrn Enerwitschläger gesprochen?

Dr. **Drennig:** Enerwitschläger habe ich kaum kennengelernt. Er ist mir einmal 10 Minuten vorgestellt worden, und die Kontakte sind erst dann intensiver geworden, als die Probleme begonnen haben.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Herr Zeuge! Welche Geschäftsbeziehungen der Firma ODELGA zur Firma TECHMED haben vor dem BO-Planungsauftrag bestanden?

Dr. **Drennig:** Zur Firma TECHMED sind mir also keine Geschäftsbeziehungen bekannt. Mir ist aber eine Reihe von Geschäftsbeziehungen zum Herrn Versloot bekannt, unter anderem das in der Zeitung gestandene Boviropa-Geschäft, wobei vielleicht diese Information für den Ausschuß neu ist. Es ist vergangene Woche — ich weiß jetzt nicht, ob Mittwoch oder Donnerstag — der Abschlußbericht der ODELGA gekommen, wonach zu unserer Verblüffung die ODELGA festgestellt hat, daß es bei diesem Geschäft mit rechten Dingen zugegangen sei, das heißt also, daß die damaligen Reparaturkosten in Ordnung gingen.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Wie und wohin erfolgte der Zahlungsverkehr mit der Firma TECHMED bei von der ODELGA abgewickelten Geschäften?

Dr. **Drennig:** Das haben wir erst nachher durch den Kontrollamtsbericht erfahren. Ich glaube, das von mir erwähnte Beispiel ist deshalb das aktuellste, weil es über ein Konto der Chase gegangen sein dürfte. Aber wie er sonst erfolgt ist, im normalen Verkehr, das weiß ich nicht.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Sie wußten überhaupt nichts über den Zahlungsverkehr?

Dr. **Drennig:** Nein, mit dem haben wir uns nie beschäftigt. Wir haben ja von der TECH-MED-Existenz erst durch den Kontrollamtsbericht erfahren.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge! Sie haben vorhin auf die Frage des Abgeordneten Mühlbacher nach ÖVP-Firmen den Namen Prutscher erwähnt. Wieso eigentlich?

Dr. **Drennig:** Ja, ich habe den Vater gekannt, den Sohn nicht, und der Vater war Stadtrat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und haben Sie eine Wahrnehmung, daß die Firma Prutscher eine ÖVP-Firma ist?

Dr. **Drennig:** Nein, also ÖVP-Firma habe ich eigentlich so aufgefaßt, daß der Chef oder der Inhaber der ÖVP nahesteht, in diesem Sinne und nicht, daß sie der ÖVP selbst gehört.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und haben Sie Andeutungen, daß die AWF der ÖVP gehört?

Dr. **Drennig:** Nein, keinerlei. Aber aus dem gleichen Grund wie vorher ...

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Abgeordneter Bergmann, darf ich zur AWF etwas fragen?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, bitte.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Es wurde heute schon die Frage gestellt, wer sich von der AWF bei Ihnen gemeldet hat. Kann es Generaldirektor Dr. Klauhs gewesen sein, der in der Firma Geschäftsführer ist?

Dr. **Drennig:** Nein, der war es nicht.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): War es dann vielleicht Herr Dr. Werner?

Dr. **Drennig:** Nein, so hoch war der nicht. Es war ein Mann der AWF selber, ich glaube, der damalige Geschäftsführer.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Na ja, da sind eingetragen laut Handelsregister Dr. Werner, Dr. Klauhs, Dkfm. Dr. Herbert Stadlmann *(phonetisch)* und Herr Dr. Störk *(phonetisch)*. Es kann nur aus der Geschäftsführung einer der vier gewesen sein.

Dr. **Drennig:** Nein, also es war kein Mann von so hohem Niveau wie Klauhs oder Werner, der ja damals Generaldirektor war. Störk *(phonetisch)* ist, glaube ich, Generalanwalt. Ich weiß nicht, ob es Stadlmann *(phonetisch)* war, aber nach Ihrer Aufzählung muß ich eigentlich alle anderen ausschließen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Ich kann es nur aus dem Handelsregister herausnehmen.

Dr. **Drennig:** Nein, ich muß alle anderen ausschließen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das Zusammengehen der Firma Prutscher mit der Firma ODELGA wurde hier — Sie haben es ja bestätigt — mehrfach dargestellt als ein sehr stark von Ihnen betriebenes Objekt.

Dr. **Drennig:** Nein, nicht sehr stark, sondern auch.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer war denn noch mit dabei?

Dr. **Drennig:** Das war ein einhelliger Vorstandsbeschluß bei uns. Und dann ist es in die Beteiligungskommission gegangen und dann ist es in den Aufsichtsrat gegangen. Und im Aufsichtsrat war es ein einhelliger Beschluß.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist im Zusammenhang mit diesem Projekt hier jemals von Parteienfinanzierung die Rede gewesen, oder ist jemand an Sie herangetreten damit?

Dr. **Drennig:** Nein, es ist niemand an mich wegen Parteienfinanzierung herangetreten und es ist auch nicht die Rede davon gewesen. Die geschäftliche Überlegung war, für die ODELGA erweiterten Spielraum zu schaffen und das Geschäft mit der Firma Prutscher auf der Basis des do ut des zu machen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was war Seidler für ein Mensch? War er fachlich qualifiziert für die Funktion, die er hatte?

Dr. **Drennig:** Das ist nicht so einfach zu beantworten. Seidler hat von allen Leuten, die sich vorgestellt haben, den dynamischesten Eindruck gemacht. Wir haben nach dem Ausscheiden von Kohlreider *(phonetisch)* ja eine Ausschreibung gehabt, und das war eine Ausschreibung, bei der wir wirklich gehofft haben — so wie bei anderen Ausschreibungen auch —, daß der Mann, den wir brauchen, unter den Bewerbern ist. Seidler hat den besten Eindruck gemacht, vor allem dynamisch und auch informiert. Und das sind Eigenschaften, die ich ihm auch heute noch nicht absprechen möchte. Es hat sich nur herausgestellt, daß Seidler Eigenheiten hat, die an sich menschlich verständlich, aber im Geschäft nachteilig sind. Eine davon war, daß er alles selber machen wollte, und das ist für einen Geschäftsführer auf die Dauer tödlich. Und das zweite war, daß er fremde Ideen nicht so gern gelten ließ wie eigene.

Ich habe mit Seidler anfangs ein sehr gutes Einvernehmen gehabt, das sich dann aber sehr drastisch getrübt hat, als ich feststellen mußte, daß er über mich aktenwidrige Informationen verbreitet. Das war im November 1979, und ab da war unser Verhältnis getrübt. Ich habe aber meine persönliche Verärgerung ihm eigentlich nicht als Geschäftsführer spüren lassen wollen,

bis dann eine Reihe anderer Dinge auch dazu gekommen ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat Ihr Unmut eine Parallelität beim Herrn Machtl auch gehabt?

Dr. **Drennig:** Na ja, der Unmut bei Dr. Machtl hat einen anderen Grund gehabt. Ich habe bereits erwähnt, daß wir eine Besprechung gehabt haben zwischen Enerwitschläger, Seidler und dem Vorstand der Holding, um herauszukriegen, wer uns eigentlich die TECHMED eingebrockt hat. Und dann war das Ergebnis eindeutig, daß es letzten Endes Seidler, jetzt ohne wertend sein zu wollen, kausal verursacht hat, und daher waren wir stinksauer.

Dann haben wir ein Protokoll bekommen, in dem das Ganze anders dargestellt wurde. Das heißt, wir haben das Protokoll nicht bekommen, sondern sind durch Zufall daraufgekommen, daß er sich das als internes Protokoll angelegt hat. Wir sind deshalb durch Zufall daraufgekommen, weil bei einer Besprechung mit den Betriebsräten einer das neben sich liegen hat lassen, und ich habe mitgelesen, was er da hat, und da bin ich daraufgekommen, was das ist. Na ja, das ist an sich eine verständliche Unmutsäußerung. Es ist dann auch mir passiert, daß Seidler die mir offenkundig falsch dargestellt hat, sodaß wir zum Schluß sogar gezwungen gewesen sind, ihn schriftlich aufzufordern, daß er zu seinen Briefen unsere Stellungnahme dazuheftet und beides immer gleichzeitig aufbewahrt. In meinem Fall war ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das ist also ein leise gestörtes Verhältnis zur Wahrheit, könnte man das nennen.

Dr. **Drennig:** Na ja leise, ich meine, ich kann den Fall konkret schildern, ohne es werten zu wollen. Den Aktenvermerk habe ich damals angelegt und verteilt. Es ist folgendes passiert: Er hat gesagt, und zwar nicht mir, sondern Dr. Kraus: Na ja, der Drennig packelt ja mit Prutscher. Und daraufhin hat mir das Kraus erzählt. Daraufhin habe ich ihn zur Rede gestellt und gesagt: Aha, das interessiert mich ungeheuer. Könnten Sie mir sagen, warum? Da hat er gesagt: Ja, da gibt es einen Aktenvermerk von der Frau Lampert, aus dem hervorgeht, daß Sie eine Begünstigung des Herrn Prutscher verlangt haben. Daraufhin habe ich gesagt: Aha, ich möchte diesen Aktenvermerk haben! Aber den hat er mir nicht geschickt. Ich bin dann zufällig zu einem Gespräch zwischen ihm und Dr. Machtl dazugekommen, wo er den Aktenvermerk mit gehabt hat, und in dem ist drinnengestanden: Ja also, ich habe vorgeschlagen, Dr. Prutscher zu klagen, wenn er nicht freiwillig zahlt. Das weicht halt von der Darstellung des Herrn Seidler so drastisch ab, daß man das Verhältnis dadurch wirklich stört.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn Herr Seidler behauptet, er sei parteilich nicht gebunden, entspricht das Ihren Wahrnehmungen, oder ist das eher auch falsch?

Dr. **Drennig:** Von Wahrnehmungen kann ich nicht reden. Aber meinen Informationen nach ist er Mitglied der SPÖ, allerdings erst geworden, als er Geschäftsführer war.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit PLANTECH/GEPROMA jemals etwas zu tun gehabt oder davon gehört?

Dr. **Drennig:** Na, gehört schon, nie zu tun gehabt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, ich meine, zu dem Zeitpunkt damals, nicht jetzt nachher.

Was wurde denn unternommen, damit künftig so eine Praxis wie TECHMED nicht passieren kann?

Dr. **Drennig:** Im konkreten Fall haben wir, glaube ich, die Geschäftsführung so eindeutig informiert, daß das nicht mehr passieren kann. Wir haben darüber hinaus eigentlich deshalb keine weiteren Maßregeln ergriffen, weil das ein Sonderfall war. Das war also Teilnahme einer ARGE, die Hereinnahme eines Subunternehmers, mit der wir nicht gerechnet hatten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren Sie für die Auflösung der MED-CONSULT?

Dr. **Drennig:** Ich habe sogar das Brieferl geschrieben, in dem diese Auflösung von der ODELGA verlangt wird. Allerdings war ich damals noch nicht für die Auflösung. Wir haben den Eindruck gehabt — das möchte ich auch sagen — in der ersten Phase, daß die TECHMED von Herrn Versloot aus steuerlichen Gründen gegründet wurde, und haben dann auch gegenüber Politikern zum Beispiel im Kontrollausschuß des Wiener Gemeindesrates die Qualifikation der Leute verteidigt, die bei der TECHMED gearbeitet haben. Daß diese Qualifikation tatsächlich bestanden hat, zeigt sich vielleicht darin, daß also zwei dieser Leute ja heute noch beim AKH tätig sind, weil sie offensichtlich qualifiziert sind. Als wir aber gesehen haben, daß hier nicht die Arbeit bemessen wird, sondern nur die politische Umgebung, haben wir gesagt: Das hat keinen Sinn mehr.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sagt Ihnen der Name Denis Mitchell etwas?

Dr. **Drennig:** Das soll einer der Direktoren dieser Firma sein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die lange Zeit gehegte Behauptung, daß die TECHMED Prutscher gehört, hat keine Basis in Ihren Informationen?

Dr. **Drennig:** Ja mein Informationsstand oder, sagen wir, die besten Informationen, die ich habe, sind aus Bankkreisen. Und diese Informationen sagen folgendes: Daß auf den Konten der Chase Bank alle Direktoren nur kollektiv zeichnungsberechtigt sind, der Herr Versloot dagegen einzelzeichnungsberechtigt und seine Frau, die weder in einem Dienstverhältnis noch in einem sonstigen Verhältnis zur TECHMED steht, ebenfalls einzelzeichnungsberechtigt ist. Wenn diese Information stimmt — die müßte an sich für den Ausschuß überprüfbar sein —, dann ist es für mich ein sehr, sehr starkes Indiz, daß die Firma Versloot gehört.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie war denn Ihre Beziehung zu Dr. Wilfling?

Dr. **Drennig:** Ja eigentlich immer normal. Er war Geschäftsführer, ich war in seinem Aufsichtsrat. Wir haben niemals besonders intensiven Kontakt gehabt, aber ich kann auch nicht sagen, wenig Kontakt, also wir haben immer wieder Probleme besprochen. Das hängt damit zusammen, daß ich ja für Rechtsangelegenheiten zuständig gewesen bin. Es war eigentlich frei von Spannungen, Störungen und dergleichen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat er je mit Ihnen über sein Institut geredet?

Dr. **Drennig:** Meinen Sie das Boltzmann-Institut?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja.

Dr. **Drennig:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben vorhin die Frau Lampert erwähnt.

Dr. **Drennig:** Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Im Rahmen der ODELGA hat es offensichtlich eine Zeitlang nur eine riesige Sparbuchwirtschaft gegeben. Ist Ihnen darüber etwas bekannt?

Dr. **Drennig:** Ja, darüber ist uns allerhand bekannt, allerdings leider alles erst aus dem Kontrollamtsbericht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und über den Kontrollamtsbericht hinaus in der Recherche im nachhinein haben Sie da noch mehr erfahren?

Dr. **Drennig:** Ich darf erinnern an die Arbeitsteilung, die wir ja gehabt haben. Wir haben versucht, in der Holding primär steuernd und mit einer begleitenden, das heißt, mit einer wirtschaftlichen Kontrolle zu operieren, haben aber keinen Grund gesehen, in die Bücher selbst einzusteigen. Das hat das Kontrollamt schon . . ., die waren daher hier einfach früher dran, als wir selber.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber es scheint außergewöhnlich gewesen zu sein, daß hier sozusagen die Finanzabwicklung auf dem Weg von deponierten Sparbüchern vor sich geht.

Dr. **Drennig:** Da war eine ganze Reihe von Dingen sicher außergewöhnlich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Gibt es infolge dieser Sparbuchwirtschaft irgendwelche Maßnahmen, die das in Zukunft verhindern sollen?

Dr. **Drennig:** Ja, es gibt eine eigene neue Kassenordnung bei der ODELGA. Es hat der neue Geschäftsführer natürlich ein anderes Buchungssystem, nicht ein anderes Buchungssystem, das wäre ungerecht, aber solche Vorfälle einfach nicht mehr vorkommen zu lassen. Auch diese Sparbuchwirtschaft war ja nicht integriert in die Buchungstechnik der ODELGA, sondern ist als Sonderfall dazugekommen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie je mit Dipl.-Ing. Winter zu tun gehabt?

Dr. **Drennig:** Nein.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Dr. Drennig! Haben Sie Beteiligungen an Privatfirmen, an Privatgesellschaften?

Dr. **Drennig:** Ja, und zwar habe ich eine Beteiligung an der Firma Faserplastik Kunst-Stoffe GmbH., dann eine Beteiligung an der Steyr Immorent *(phonetisch)* und dann habe ich eine Beteiligung gehabt an der Allgemeinen WISEG *(phonetisch)* GmbH. und Co. KG. Alle drei sind Kommanditgesellschaften.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Wer sind denn bei dieser Faserplastik Kunststoffe GmbH. die übrigen Teilhaber oder Kommanditisten? Was ist denn das überhaupt für eine GmbH. und Co. KG? Wer sind die übrigen?

Dr. **Drennig:** In der GmbH. bin ich mit Herrn Dipl.-Ing. Klinger und Herrn Michael Egon Engel. Engel ist zwischenzeitlich ausgeschieden, und die Kommanditisten in der GmbH. und Co. KG. sind ich, die Firma AVIGA *(phonetisch)* und der Herr Engel.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Wem gehört denn die Firma AVIGA *(phonetisch)*?

Dr. **Drennig:** Die gehört einem Schweizer.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Wer ist denn der Treuhänder dort? Oder gibt es da keinen Treuhänder?

Dr. **Drennig:** Nein. Es gibt einen Geschäftsführer, das ist der Dr. Schaller.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Ist das der Dr.

Schaller, der bei allen Prutscher-Firmen der Treuhänder ist?

Dr. **Drennig:** Mir ist nicht bekannt, daß er bei allen Prutscher-Firmen Treuhänder ist.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Bei einigen?

Dr. **Drennig:** Das weiß ich nicht. Das ist möglich.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Ich darf also festhalten, Herr Dr. Drennig, daß Sie als Holding-Direktor an dieser Firma Faserplastik Kunststoffe GmbH. und Co. KG. beteiligt waren und sind?

Dr. **Drennig:** Und bin, ja.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Womit beschäftigt sich denn diese Firma?

Dr. **Drennig:** Das kann ich deshalb ausführlich erläutern, weil ich bereits vor einem dreiviertel Jahr das Gerücht gehört habe, daß sie mit Prutscher zu tun hat. Dann habe ich auch einen der Urheber dieses Gerüchtes ausgeforscht und bin daraufgekommen, um welches Mißverständnis es sich handelt.

Diese Faserplastik Kunststoffe GmbH. beschäftigt sich mit der Herstellung von Spezialkunststoffen, und zwar mit Strang gezogenen Glasfaserprofilen, die durch Polyesterharze verstärkt werden. Das ist ein Spezialkunststoff, der sich gegenüber Stahl durch etwa dreifache Reißfestigkeit auszeichnet. Der Name Faser hat aber scheinbar in etlichen Köpfen zu der Vermutung geführt, es hat mit dem Müllprodukt Rinter zu tun, was aber natürlich nicht der Fall ist. Das sind spezielle Glasfasern. Das Produkt verwendet man beispielsweise im Generatorenbau, für die Isolation von einzelnen Turbinenläufern und im Abspannungsbau für Abspannungen, für Oberleitungen, wobei sich diese Firma in den letzten zwei Jahren 90 Prozent des deutschen Marktes sichern konnte. In Österreich habe ich wegen meines Naheverhältnisses zur Gemeinde auf eine Marktbearbeitung verzichtet.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Dr. Drennig! Ich darf mich einem anderen Problemkreis zuwenden: Wir haben gehört, daß sie innerhalb der Holding das Aufsichtsratmandat für die ODELGA gehabt haben. 1. Frage: Wie lange oder von wann bis wann waren Sie denn Aufsichtsrat der ODELGA selber?

Dr. **Drennig:** Von Anfang bis zum Schluß. Wir haben zum Zeitpunkt der Gründung der Holding die Aufsichtsratsmandate verteilt. Dieses Aufsichtsratsmandat ist daher aus der Zeit, muß noch 1974 sein, und wir haben jetzt im Zusammenhang mit meinem Ausscheiden aus der Holding alle Aufsichtsratsmandate en bloc zurückgelegt.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Dr. Drennig! Können Sie uns ein bißchen etwas über die fachliche Qualifikation des Herrn Enerwitschläger bei der Betriebsorganisationsplanung beziehungsweise überhaupt in dem Geschäftsbereich ODELGA sagen? Wie haben Sie ihn gesehen?

Dr. **Drennig:** Sie meinen, Enerwitschläger für ODELGA-Geschäftsbereich oder für Betriebsorganisation?

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Sowohl als auch, bitte.

Dr. **Drennig:** Für den Vertriebsbereich ODELGA halte ich ihn für einen äußerst geschickten Verkäufer. Ich würde also seine Qualifikation als Verkäufer im medizintechnischen Bereich sehr hoch veranschlagen. Was seine Qualifikation als Betriebsberater betrifft, so würde ich sie sehr niedrig veranschlagen, wobei man allerdings vielleicht dazusagen muß: Wir wollten ja damals erst eine eigene Betriebsberatungsgruppe aufbauen. Es war also von vornherein kar, daß man jemand finden muß, der die Geschichte aufbaut und dann weiter sammelt.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Dr. Drennig! Wir wissen — und das haben uns auch andere Zeugen bestätigt —, daß der Beschluß, hier eine Tochterfirma der ODELGA mit der Firma Prutscher zu gründen, die Holding passiert hatte, daß er also dort einvernehmlich über die Bühne gegangen ist. Aber irgend jemand muß doch diesen Vorschlag gemacht haben. Wer hat ihn Ihrer Erinnerung nach gemacht?

Dr. **Drennig:** Ich will nicht einmal ausschließen, daß ich das selbst gewesen bin. Das ist durchaus möglich. Aber Diskussionsprozesse genau nach erstem Anstoß und letztem Anstoß zu verfolgen, ist etwas schwer.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Worin haben Sie die wirtschaftliche ökonomische Begründung für so einen Schritt gesehen, oder gab es andere Gründe für so einen Schritt?

Dr. **Drennig:** Da gab es eine Reihe von Gründen. Den einen habe ich ja bereits erwähnt. Wir haben ja, bitte, nicht nur in diesem Fall, sondern in einer Reihe weiterer Fälle die Zusammenarbeit mit den Daten bewußt gesucht. Ich darf darauf verweisen, daß das im Baubereich erfolgreich der Fall gewesen ist, daß das im Recycling-Bereich der Fall gewesen ist, daß das bei Tiefgaragen der Fall gewesen und daß das auch im Hafenbereich der Fall gewesen ist. Das heißt, wir haben ja von Anfang an versucht, jene Dinge, die also auch kommerzielle

oder stark kommerzielle Aspekte haben, bewußt in Kooperation mit Privaten zu verfolgen.

Den zweiten Zweck habe ich bereits erwähnt. Wir erhofften uns von Prutscher ein günstigeres Entrée in Bundesländern, wo die ÖVP vielleicht ein besseres Entrée hatte, und bei der ODELGA dort, wo die SPÖ ein besseres Entrée hatte.

Der dritte Punkt — den habe ich auch erwähnt —: Es war damals die Krankenhausstiftung Rudolfstiftung im Auslaufen. Das heißt, es ist der Umsatz der ODELGA zurückgegangen. Konkret haben wir uns erhofft, daß uns diese sehr starke Exportorientierung Prutschers zugute kommt, und zwar in dem Sinn, daß wir versuchen, komplette Planungen einmal zu lernen und dann auch im Ausland anzubieten. Also es war eine Reihe von Beweggründen.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Direktor! Ich bin Ihnen nur sehr verbunden für die Feststellung, daß Sie nunmehr die Firma Prutscher zum dritten Male in ÖVP-Nähe gerückt haben. Warum kann man das eigentlich sagen? Worin sehen Sie die Begründung dafür?

Dr. **Drennig:** Ich versuchte, es ein bißchen weniger hinterhältig zu tun, als das vielleicht manchmal geschieht. Ich glaube, daß die Privatwirtschaft gewisse Vorteile hat, und das ersehe ich darin, daß zwischen einer Partei, die sich dieser Vorstellung primär verschreibt, und Firmen, die privatwirtschaftlich tätig sind, ein Gleichlaufen der Vorstellungen ist.

Abg. Dkfm. Dr. **Bauer** (FPÖ): Herr Dr. Drennig! Ich darf mich dann einem anderen Bereich der Kooperation mit der Privatfirma Prutscher zuwenden. Man kann also bis zu einem gewissen Grad wahrscheinlich Ihrer Auffassung folgen, daß sie also hier die Kooperation in jenen Bereichen mit einer Privatfirma gesucht haben, die Leistungen beibringen, erstellen kann, die eben die Firma ODELGA nicht kann, und daß man also hier eine gewisse Marktausweitung in die Wege leitet, daß man sich hier ein weiteres Standbein zu geben versucht hat. Bitte, wie war denn das eigentlich aber jetzt bei dem gegenständlichen Auftrag der Betriebsorganisationsplanung? Welche Erwartungen haben Sie hier bezüglich der Firma Prutscher gehegt? Was hätte die in diesem Bereich tun können und sollen?

Dr. **Drennig:** Ich glaube, ich habe mit aller Deutlichkeit gesagt, daß das als Gegenleistung dafür gedacht war. Das heißt, hier haben wir geglaubt, daß eher wir der Firma Prutscher einen Vorteil zukommen lassen, während wir uns umgekehrt Vorteile von der Firma Prutscher im Auslandsgeschäft erwartet haben. In dem Fall, also wir dann gesehen haben, daß der Anteil der ODELGA an der ARGE BO nicht sehr groß sein kann, sondern den großen Happen eigentlich die ÖKODATA ohnedies vorweg für sich in Anspruch nimmt, haben wir gesagt: So groß ist der Vorteil nicht, den wir aus der Hand geben!, sodaß die anderen Vorteile, die wir dafür einheimsen, größer sein dürften.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Sie haben jetzt gesagt, daß im gegenständlichen Fall die Erwartungen so gelagert gewesen sind, daß hier bei der Betriebsorganisationsplanung weniger die hinzugezogene Privatfirma etwas beitragen hätte können, sondern bei der Betriebsorganisationsplanung, bei der Betriebsberatung die Firma ODELGA hier entsprechendes leisten hätte können und sollen.

Dr. **Drennig:** Nein, das habe ich nicht gesagt. Ich habe im Gegenteil vorher mit aller Deutlichkeit gesagt, daß die ODELGA so und so den Auftrag hätte weitergeben müssen. Das entspricht auch den nachträglichen Feststellungen des Kontrollamtes und den Aussagen von Seidler, der mir persönlich dezidiert erklärt hat: Ich habe keinen einzigen Mann dafür. Das Interesse an der Teilnahme an der ARGE BO hat zwei Gründe gehabt. Der eine, den wir sehr bald aufgegeben haben, war die Chance, hier Gewinne zu erzielen, der zweite entscheidende Teil, um den mir heute noch leid tut, war, daß man vielleicht auch österreichisches Know-how auf dem Spitalssektor und auf dem Spitalsplanungssektor schaffen könnte.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Es war Ihnen also von vornherein klar, daß bei der Vergabe oder bei der Annahme des Betriebsorganisationsplanes weder die Firma ODELGA noch die beteiligte Firma Prutscher in der Lage sein werden, die geforderten Leistungen zu erbringen.

Ich darf Sie fragen: Warum hat man sich dann überhaupt um diesen Auftrag beworben? Es ist ja ein bißchen eigenartig, wenn ich von einem sinnlosen Zwischenhandel absehen möchte, daß hier die öffentliche Hand — und irgendwo muß man natürlich die Holding unter die öffentliche Hand einreihen — einer Firma der öffentlichen Hand gemeinsam mit einer Privatfirma einen Auftrag erteilt, bei dem von vornherein für alle Befaßten — und Sie waren ja als der zuständige Aufsichtsrat damit befaßt — klar war, daß weder die Gemeindefirma, die Firma der öffentlichen Hand, noch die eigens gegründete Tochterfirma dann im Zusammenwirken mit der Privatfirma, die hineingenommen worden ist, diese Leistungen erbringen wird können. Warum macht man das?

Dr. **Drennig:** Ich darf bitte hier zwei Phasen ganz klar unterscheiden: Die Bittgemeinschaft ABO, also ÖKODATA, DKI, Riethmüller,

ODELGA, ist am 3. Juli 1977 gegründet worden. Zu diesem Zeitpunkt war zu erwarten, zumindest nach allen damals erteilten Auskünften, daß man von dort ja auch eine Rentabilitätsstütze für die ODELGA erwarten kann. Es hat sich dann mit Schreiben — entschuldigen Sie, darf ich vielleicht ganz kurz nachblättern, dann kann ich es nämlich genau präzisieren? — vom 29. 5. 1978, also fast ein Jahr später, herausgestellt, daß diese Ertragssituation oder diese Ertragserwartungen nicht eintreten werden können. Das war zu einem sehr späten Zeitpunkt, weil wir ja am Tag nachher den Aufsichtsrat hatten. Und das war dann eigentlich auch der Grund, daß wir gesagt haben: Na ja, dann geben wir die ABO doch überhaupt her!, wann man das so sagen kann. Da waren wir uns im Vorstand einig, daß es gar keinen Sinn hat, daß sich die ODELGA allein hier an dieser ABO beteiligen soll. Das heißt also, die Beteiligung privatwirtschaftlicher Firmen hat sich durch diese Information eher verstärkt als abgeschwächt.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Können Sie uns sagen, Herr Zeuge, von wem Ihnen diese Rentabilitätsrechnung, von der Sie jetzt gesprochen haben, vorgelegt worden ist?

Dr. **Drennig:** Von Herrn Dr. Seidler selber, der uns geschrieben hat mit Schreiben von diesem Tag seine Vorstellungen von seiten der ODELGA, und zwar im Inland soll eine angemessene Marge erhalten bleiben, im Ausland soll der Firma ODELGA durch die Exportmöglichkeiten der Firma Prutscher eine Kapazitätsauslastung in der Zukunft gesichert werden. Dann hat er zum Schluß geschrieben: Zu Ihrer Information darf ich Ihnen eine Aktennotiz über die Vorstellungen der ÖKODATA beischließen. Und da ist drinnengestanden über ein Gespräch mit den Herren Bauer, Rumpold und Böhm vom 23. 5., also knapp vorher, daß von dem ganzen Geschäft oder vom ganzen Auftrag ohnedies nur 50 Prozent für die übrigen Bauten übrigbleiben. Damit war klar, daß die Rentabilitätsrechnung, von der Sie gesprochen haben, nicht mehr in der Form aufrecht ist.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Wer hat Ihnen die erste Rentabilitätsrechnung aufgemacht, nicht diejenige, daß dann nichts wird ...

Dr. **Drennig:** Das waren die Informationen vom Direktor Wilfling, der uns sehr glaubhaft versichert hat, daß das kein schlechtes Geschäft ist.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Wann war denn das, Herr Dr. Drennig?

Dr. **Drennig:** Das muß 1976/77 gewesen sein.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Sie haben ja gerade gesagt ...

Dr. **Drennig:** Diese Daten hab ich nicht aufgehoben. Was ich jetzt drinnen habe, ist ja nur der Brief vom Seidler an uns. Die früheren Vorstellungen der ODELGA — dazu möchte ich betonen, ich bin mir nicht einmal sicher, ob die frühere Teilnahme an die ARGE BO *(phonetisch)* im Aufsichtsrat diskutiert worden ist — waren also immer Sachen, um die sich der Wilfling allein gekümmert hat.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Also die Mitteilung, daß also mit der erwarteten Umwegsrentabilität, damit wir nicht ins Polemische abgleiten, hat Ihnen der Herr Dr. Seidler vorgelegt. Warum wurde denn der Dr. Seidler entlassen eigentlich, kann man das ein bisserl genauer erfahren?

Dr. **Drennig:** Er wurde nicht entlassen, sondern sein Dienstverhältnis war zuerst befristet abgeschlossen und wurde dann beendet. Es hat mehrere Gründe gegeben. Der erste war der Krach, den wir mit der Techmed gehabt haben, der zweite Grund war der — und da habe ich ja bereits geschildert, wieso wir zu der Annahme gekommen sind, daß er daran nicht gerade unschuldig ist —, daß er sehr häufig nicht erreichbar war und wir dann unsere betriebswirtschaftlichen Aufzeichnungen gemacht haben, wie oft er überhaupt in der Firma anwesend ist, und hat sich leider herausgestellt, daß er ein volles Viertel der Zeit im Ausland herumgefahren ist. Das wäre dann sehr positiv gewesen, wenn es mit konkreten Exportgeschäften verbunden gewesen wäre. Wir sind aber dann draufgekommen, daß die eigentlichen Geschäfte ganz ein anderer macht, und das war für uns ein sehr starkes Indiz dafür, daß das nicht funktioniert. Dann ist dem Faß der Boden ausgeschlagen worden — wenn ich das so sagen kann —, als wir feststellen mußten, daß die Kalkulation der Firma ODELGA vollkommen verfehlt war und daß man diese Kalkulationstechnik, die dort vorgeherrscht hat, wir keinerlei Aufträge mehr bekommen werden. Das hat deshalb dem Faß den Boden ausgeschlagen, weil es eines der ersten und dringendsten Dinge gewesen ist, die wir dem Herrn Direktor Seidler nahegelegt haben, daß er sich doch um die Kalkulation und um die Erbringung konkurrenzfähiger Leistungen kümmern muß.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Dr. Drennig! Wann und wie ist es denn überhaupt zu den Kontakten der ODELGA mit der ABO gekommen?

Dr. **Drennig:** Das, bitte, weiß ich nicht. Das dürfte zu einem sehr frühen Zeitpunkt gewesen sein, also der schriftliche Vertrag wurde bereits

1977 abgeschlossen. Ich glaube — darf ich vielleicht in meinen Unterlagen nachschauen —, daß früher schon Kontakte bestanden haben. Ich habe erwähnt, daß ODELGA und Prutscher schon vorher, also vor der MED-CONSULT, bereits zusammengearbeitet haben, und zwar im Bereich des Auftrages Medizin, Technik und, ich glaube, daß es also nach meinen Unterlagen bereits im September 1976 ein Anbot der ARGE ÖKODATA/ODELGA über die Erstellung einer Ist-Zustandsanalyse der AKH-Organisation gegeben hat. Im Oktober 1976 ist der Auftrag an die ARGE ÖKODATA/ ODELGA betreffend diese Ist-Zustandsanalyse erteilt worden.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Ich darf nur aufmerksam machen, daß in dem Zusammenhang der Rechnungshof festgestellt hat, daß ... entsprechende Leistung im Rahmen dieser Zusammenarbeit, die Sie hier erwähnt haben, geleistet hat. Können Sie das vielleicht doch noch ein bisserl detaillierter beschreiben, worin der Preis der ODELGA jetzt konkret bestand?

Dr. **Drennig:** Da kann ich leider keine eigenen Wahrnehmungen dazu angeben. Ich habe nur unsere Feststellung, daß diese Arbeitsgemeinschaft in der Zeit vom 18. Oktober 1976 bis Juni 1977 33 Ausarbeitungen und einen Schlußbericht geliefert hat. Ich weiß, daß sich Informationen widersprechen. Ich habe hier die Feststellung laut Bericht des Kontrollamtes, II/ 17 AK, II aus 79, Seite 125, stellen die Ausarbeitung der ARGE OÖ eine sehr gründliche Untersuchung des Ist-Zustandes des bestehenden AKH dar und gewinnen zusammen mit den Leistungserhebungen betreffend Patientenstruktur, Leistungszeiten et cetera für die Planung des Neubaues besondere Bedeutung.

Also nach diesem Bericht steht es in Widerspruch zu Ihren Informationen.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Darf ich meine Informationen ein bißchen präzisieren und darauf hinweisen, daß meine Informationen aus dem diesbezüglichen Rechnungshofbericht stammen, der in dem Zusammenhang folgendes schreibt:

Die vertragsgegenständlichen Leistungen wurden von der ARGE ODELGA/ÖKODATA an die Firma ODELGA übertragen mit der Auflage, Arbeiten im Wert von 5 770 000 Schilling zuzüglich des gesamten Nebenkostenpauschales an die Firma ÖKODATA weiterzugeben. Somit entfielen von der Pauschalhonorarsumme einschließlich Nebenkosten auf den ARGE-Partner Firma ODELGA 600 000 S und auf die Firma ÖKODATA 6 407 000 S. Welcher Partner nun tatsächlich Leistungen erbrachte, in welchem Umfang Dritte als Subunternehmer oder im Personalwesen mitwirkten, war der AKPE nicht bekannt.

Dr. **Drennig:** Das sind ja an sich keine inkonsistenten Informationen. Was ich vorgelesen habe, ist eine Qualitätsbeurteilung durch das Kontrollamt, was Sie vorgelesen haben, ist die Unsicherheit über die Aufteilung der Leistungen.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Können Sie uns vielleicht jetzt bezüglich der Aufteilung dieser Leistungen ...

Dr. **Drennig:** Nein, beim besten Willen nicht. Damit haben wir uns nicht befaßt.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Dr. Drennig! Wer von der Holding hat denn eigentlich den Herrn Direktor Seidler angewiesen, diesen Vertrag zwischen der AKPE und der ABO vom 19. 6. zu unterschreiben? Wie war das eigentlich? Der Herr Direktor Seidler war ja nicht sehr einverstanden mit der ganzen Angelegenheit, weil er sich meiner Meinung nach zu Recht übergangen gefühlt hat. Aber wie war das?

Dr. **Drennig:** Bei dem Vertrag selber kann er sich sicher nicht übergangen fühlen. Wenn er irgendwo Kritik geäußert hat, lag es ja daran, daß er überhaupt kein Personal hat und daß ihm der Wilfling hinterlassen hat — so hat er sich wörtlich ausgedrückt, quasi als Geschäft — diesen Vertrag. Er hat dann selbst geschwankt zwischen Verweigerung der Teilnahme, weil er wörtlich gesagt hat: Ich hab ja überhaupt keinen einzigen Mann dafür!, und auf der anderen Seite war doch in einem früheren Stadium die Chance, hier Gewinne zu machen. Aber, wie gesagt, zum Abschluß dieses Vertrages haben wir ihn nicht angewiesen. Ich selbst habe etwas anderes gemacht, ich hab ihn offiziell informiert über den Beschluß der Beteiligungskommission und des Aufsichtsrates am 30. Mai.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Dr. Drennig! Dieser Ihrer Aussage widerspricht einigermaßen die Aussage des Herrn Dir. Seidler, die er hier vor dem Untersuchungsausschuß gemacht hat. Er hat damals davon gesprochen, daß er sich wie eine Marionette vorkommt, der zwar monatelang in Verhandlungen eingeschaltet wird, aber letztlich dann zur Kenntnis nehmen muß, daß die Dinge längst in anderen Bereichen, in anderen Gremien abgesprochen und festgelegt worden sind.

Er hat dann auch gesagt, diese Geschichte — jetzt zitiere ich wörtlich — hat mich einigermaßen gewurmt. Ich war dann die Woche darauf — der 8. war es, glaub ich, ein Freitag oder Donnerstag und so weiter und so fort — draußen in St. Pölten und habe von dort per Telefon-

zentrale die Holding angerufen, wollte den Dr. Machtl. Dr. Machtl war krank, habe Dr. Drennig erreicht und habe ihm gesagt: Sie, ich bin jetzt nicht mehr bereit, da so weiter zu tun. Was soll ich tun? Ich wurde da mit einem Brief überfahren. Wozu gehe ich überhaupt verhandeln, wenn das alles schon fixiert ist? Was spiele ich hier eigentlich für ein Spiel? Darauf hat mir ja im Moment, da kann ich nachschauen, Dr. Drennig am Telefon gesagt, er hätte mit Machtl zu Hause rückgesprochen, und er sei sehr erregt gewesen.

Dr. **Drennig:** Ist da nicht eine kleine Nuance drin, daß ich nämlich versprochen habe, den Machtl in Rücksprache zu halten? Das würde ich eher meinen, daß ich gesagt habe, das kann ich nicht entscheiden, da muß ich mit Dr. Machtl reden, und ich glaube, bevor das Gespräch zustande gekommen ist, hat er schon unterschrieben.

Aber, bitte, darf ich sagen, das ist immer noch der Vertrag ABO, also der reine ABO-Vertrag ohne MED-CONSULT.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Dr. Drennig! Zu anderen Gesprächen, die Sie geführt haben: Mit wem oder mit welchen Politikern haben sie denn über die Betriebsorganisationsplanung beim AKH gesprochen? Haben sie sich da auch jetzt über die Holding hinaus sozusagen den politischen Segen bezüglich geplanter Vorgangsweise geholt?

Dr. **Drennig:** Ich bin an sich durchaus gewohnt, auch selber Verantwortung zu tragen und mich nicht überall rückzuversichern. Ich habe daher auf politischer Ebene die Geschichte erst dann zu Sprache gebracht, als vor Aufsichtsrat und Beteiligungskommission Fraktionssitzungen stattgefunden haben. Und da habe ich diese Vorstellungen dargelegt.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Wann war denn das?

Dr. **Drennig:** Das muß knapp vor dem 30. Mai gewesen sein.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Haben Sie mit dem Stadtrat Mayr das Einvernehmen gehabt?

Dr. **Drennig:** Mit Stadtrat Mayr haben wir als Holding einmal gesprochen, und zwar nicht ich persönlich, sondern da ist es darum gegangen, daß wir so grundsätzliche Entscheidungen mit unseren Eigentümervertreter absprechen wollten, und der war einfach der Stadtrat Mayr. Das heißt, es hat sicher auch ein Gespräch mit Herrn Stadtrat Mayr stattgefunden, ob es ihm recht ist, wenn wir so vorgehen. Und wir haben die Gründe erläutert und sie sind akzeptiert worden.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Dr. Drennig! Sie haben zuerst davon gesprochen, daß sie mit so weitreichenden und grundlegenden Vorschlägen in die Fraktion gegangen sind. In welche Fraktion sind Sie denn da gegangen?

Dr. **Drennig:** Es gibt bei beiden Parteien Fraktionsbesprechungen von Aufsichtsratssitzungen und vor Sitzungen der Beteiligungskommission.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Und da waren Sie einmal dabei?

Dr. **Drennig:** Ich war wiederholt dabei.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Sowohl als auch? Ich meine ...

Dr. **Drennig:** Der Stadtrat Mayr war ja nicht in der SPÖ-Fraktion, sondern das war in seiner offiziellen Eigenschaft als Eigentümervertreter. Wir haben ja regelmäßig mit ihm unsere grundsätzlichen Zielvorstellungen abgesprochen.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Habe ich Sie richtig verstanden, daß sie mit der gegenständlichen Frage sowohl die ÖVP-Fraktion als auch die SPÖ-Fraktion konfrontiert haben?

Dr. **Drennig:** Also, ich habe die SPÖ-Fraktion nicht konfrontiert, darf aber annehmen, daß also meine Kollegen im Vorstand genau so wie ich die ÖVP-Fraktion die SPÖ-Fraktion mit dieser Frage befaßt haben.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Und mit Stadtrat Mayer haben Sie ...

Dr. **Drennig:** Wir haben einen Jour fixe gehabt, das heißt, der Vorstand ist also mehr oder minder relgemäßig bei Herrn Stadtrat Mayr gewesen, hat vorgesprochen und hat die wichtigsten Dinge besprochen. Das hat sich einfach aus seiner Ressortkompetenz im Rathaus ergeben.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Ab wann war denn der Holding, speziell Ihnen klar, daß anstatt der ODELGA die MED-CONSULT den Arbeitsanteil bei der Betriebsorganisationsplanung übernehmen soll.

Dr. **Drennig:** Das war uns klar unmittelbar nach dem Schreiben vom Seidler. Wir haben vorher sehr allgemein nur so Möglichkeiten einer Zusammenarbeit im Wiener Raum zur Diskussion gestellt. Uns war aber dann klar, daß wir nicht auf viel verzichten, wenn wir das in die MED-CONSULT einbringen. Es war bei Herrn Dr. Machtl durchaus ein Interesse daran, das nicht in der ODELGA allein zu lassen, um das Risiko breiter zu streuen. Ab dem Zeitpunkt war es uns klar.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Könnten Sie den

Untersuchungsausschuß in den Besitz dieses Schreibens gelangen lassen?

Dr. **Drennig:** Ja, ich kann es ihm ja geben.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Eine Kopie oder so.

Dr. **Drennig:** Selbstverständlich! Ich habe es ja da. Und zwar ist das, wenn ich gleich präzisieren darf, ein Schreiben samt einem Aktenvermerk. In dem Schreiben steht also das über die Zielvorstellungen, was ich zuerst gesagt habe, und dahinter, unmittelbar angehaftet, ist der Aktenvermerk. Wem darf ich es geben? *(Der Zeuge übergibt das Schriftstück dem Obmann-Stellvertreter.)*

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Dr. Drennig! Ich darf noch einmal nachfragen, ob ich das richtig verstanden habe: Sie haben die ÖVP-Fraktion über den ABO-Auftrag informiert? Denn Sie sind mit dieser Vorstellung in die Fraktion gegangen.

Dr. **Drennig:** Nein, nein. Ich habe sie informiert über unsere Zielvorstellungen, die dem Antrag zugrunde liegen, die MED-CONSULT zu gründen. Und da war die Zielvorstellung eben: Auf der einen Seite wollen wir ins Exportgeschäft und in bestimmte Bundesländer stärker hineinkommen, als es bisher der Fall gewesen ist, und auf der anderen Seite ... Aber das mit dem Exportgeschäft hat der Seidler übrigens auch ausdrücklich bestätigt, sogar zu einer Zeit, als die MED-CONSULT gegründet gewesen ist, und auf der anderen Seite wir dafür bereit sind, einen Teil abzutreten, wobei das damals noch als Möglichkeit im Raum gestanden ist.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): War in diese Information der Umstand mit einbezogen, daß beabsichtigt ist, dann die MED-CONSULT bei der ABO-Auftragsabwicklung heranzuziehen?

Dr. **Drennig:** Es wurde, wie ich gerade gesagt habe, als Möglichkeit sicher zur Sprache gebracht.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Danke.

Dr. **Drennig:** Darf ich vielleicht aus eigenem noch kurz etwas sagen dazu. Was meine eigene Firma betrifft, so habe ich bereits damals angeboten und wiederhole das gerne und biete auch weiter an, daß sich jeder die Unterlagen der Firma im Detail anschauen kann. Das Anbot steht aufrecht. Ich habe nichts zu verschweigen und lade jeden ein, jedes Detail anzusehen.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Herr Abg. Nedwed.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): Herr Kollege Hobl hat Sie gefragt, ob es Herren der AWF gegeben hat, die bei Ihnen vorgesprochen haben, und zwar waren es die Herren Dr. Werner, Dr. Klaus, Stabermann, Spörk *(phonetisch)*. Ich habe hier eine Frage. Können es auch die Gesamtprokuristen gewesen sein Robert Grasl, Franz Lawitschka oder Walter Sogasser?

Dr. **Drennig:** Also wie Sie jetzt den Namen Grasl genannt haben, glaube ich fast, daß es der Herr Grasl gewesen ist. Weil dieser Name mir in Erinnerung ist.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): Er hat also bei Ihnen vorgesprochen?

Dr. **Drennig:** Das kann ich nicht mit Sicherheit sagen, aber ich kenne also die Herren Klaus und Werner und Spörk *(phonetisch)* kenne ich zu gut. Wenn ich also mit ihnen gesprochen hätte, würde ich mich daran erinnern. Und wie Sie jetzt Grasl gesagt haben, ich meine, den kenne ich ja den Namen. Daher vermute ich, aber ohne daß ich das beschwören kann, daß es Grasl gewesen ist.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): Aber Sie können das nicht ausschließen, daß es der Herr Grasl gewesen ist.

Dr. **Drennig:** Nein, ich will es nicht nur nicht ausschließen, ich halte es sogar für wahrscheinlich.

Abg. Ing. **Nedwed** (SPÖ): Danke.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Gibt es noch eine Frage für den Herrn Zeugen? — Das ist nicht der Fall. Herr Doktor, ich danke Ihnen, Ihre Zeugeneinvernahme ist beendet. *(Dr. Drennig verläßt den Saal.)*

Zeugeneinvernahme von Frau Hedwig Lampert

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher** gibt der Zeugin zunächst die drei Themen des Untersuchungsausschußes bekannt.

Nach Erinnerung an die Wahrheitspflicht bringt der Obmann-Stellvertreter der Zeugin den Inhalt des § 153 StGB zur Kenntnis:

Wenn die Ablegung des Zeugnisses oder die Beantwortung einer Frage für den Zeugen oder seiner Angehörigen Schande oder die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder einen unmittelbaren und bedeutenden vermögensrechtlichen Nachteil mit sich brächte und er de facto Zeugnis verweigert, so soll er nur zum Zeugen verhalten werden, wenn dies wegen der besonderen Bedeutung seiner Aussage unerläßlich ist.

Bitte, Frau Zeugin, wenn Sie uns Ihre Generalien nennen: Name, Wohnanschrift, Geburtsdatum, Staatsbürgerschaft. Und wenn sie bitte ins Mikrophon sprechen.

Hedwig **Lampert:** Hedwig Lampert, geboren 23. 12. 1941 in Göfis, Vorarlberg, wohnhaft in 1160, Ganglbauergasse 21—23/2/10, römisch-katholisch. Bilanzbuchhalterin.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Danke. Wer von den Herren?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Frau Lampert, Sie sind ja wiederholt im Zusammenhang mit Sparbüchern von der ODELGA genannt worden. Sie haben, glaube ich, auch eine Einvernahme bei der Frau Partik-Pablé gehabt. Können Sie uns sagen, wie die ganze Finanzverwaltung im Bereich der ODELGA funktioniert hat mit dem Sparbuchsystem, was die Philosophie dieser Sparbuchverwaltung war?

Hedwig **Lampert:** Verzeihen sie, bitte, ich weiß nicht, von welchem Sparbuch Sie sprechen. Meinen Sie das Sparbuch, das nur eine Umschichtung dargestellt hat, oder das Sparbuch, das aus diesem einen Sparbuch gespeist wurde und zum Ausgleich einer Rechnung übergeben wurde?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es gibt die berühmte Sparbuchgeschichte mit Wilfling und 300 000 S und 60 000 S und 240 000 S und all diese Dinge, und dann hat irgend jemand hier in dem Ausschuß einmal gesagt, es wurde in der ODELGA mit sehr vielen Sparbüchern gearbeitet, und die Frau Lampert hat das alles verwaltet.

Hedwig **Lampert:** Ich bin seit August 1974 bei der ODELGA, leite seit diesem Zeitpunkt die Buchhaltung. Mir sind an sich in dieser Zeit nur drei Sparbücher bekannt. Es hat bei der ODELGA meines Wissens nicht mehr Sparbücher gegeben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Könnten Sie diese drei Sparbücher jetzt einmal auseinanderhalten und definieren?

Hedwig **Lampert:** Das eine Sparbuch war gewidmet zum Ankauf des Baurechtes. Die ODELGA hat ja bekanntlich auf einen Grund gebaut, der der Gemeinde Wien gehört. Es war längere Zeit nicht klar bezüglich der Ablöse, was da ausständig war. Es war vorgesehen, daß das Geld hiefür bereits reserviert war. Es waren etwa 3 Millionen, diese waren bereits reserviert. Die sind dann auch verwendet worden, wie die Zahlung an die Gemeinde zu leisten war.

Das zweite Sparbuch ist auf Weisung von Dr. Wilfling errichtet worden, wie Dr. Wilfling die Beratung übernommen hat am Schottenring als ODELGA-Geschäftsführer, und er hat den eigenen Betriebszweig Betriebsberatung am Schottenring geführt. Er hat ein eigenes Konto bei der Zentralsparkassa eröffnen lassen im Vermögen der Firma ODELGA. Auf dieses Konto sind die Eingänge aus den Konsulentenrechnungen an die Gemeinde eingegangen. Diese Beträge sind nach Abzug der Gehaltskosten und sonstigen Nebenkosten auf ein eigenes Sparbuch bei der Länderbank gegeben worden. Dieses Sparbuch war aber ständig im Vermögen der Firma ODELGA.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das waren Sparbücher auf die ODELGA oder auf den Namen des Dr. Wilfling?

Hedwig **Lampert:** Nein, das waren Sparbücher auf Namen ODELGA. Es waren Depotsparbücher, die waren im firmeneigenen Depot, das die ODELGA gemietet hat. Bei der Länderbank ist das eine Sparbuch gelegen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und das eine Sparbuch ist aber dann aus dem Vermögen der ODELGA ausgeschieden worden?

Hedwig **Lampert:** Im Dezember 1977 ist aus diesem einen Länderbank-Sparbuch, das damals zirka einen Betrag von 2,5 Millionen gehabt hat, ein weiteres Sparbuch angelegt worden, und zwar zum Ausgleich der Rechnung, die der Dr. Krczal an die ODELGA gelegt hat über 300 000 S. Auf Wunsch von Dr. Wilfling ist dieses Sparbuch noch einige Zeit in unserem Depot gelegen. Im Juli 1978 wurde es behoben und war mit Dezember aus dem ODELGA-Vermögen ausgeschieden. Der verbleibende Rest wurde ordnungsgemäß im April 1978 auf das Konto der Zentralsparkasse zurückgeführt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Welcher verbleibende Rest?

Hedwig **Lampert:** Aus diesem großen Sparbuch von denen etwa 2,5 Millionen oder waren es 3 Millionen, das weiß ich nicht ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und die 300 000 S, die auf das eine Sparbuch gegangen sind, die waren für den Krczal?

Hedwig **Lampert:** Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie hat sich das mit diesem Sparbuch weiter abgewickelt? Da ist dann ein Chauffeur gekommen und hat ... Darf ich noch einmal sagen. Die 300 000 S waren auch aus dem Vermögen der ODELGA ausgegliedert?

Hedwig **Lampert:** Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ohne daß dafür ein Beleg dafür war.

Hedwig **Lampert:** Nein, es hat eine ordnungsgemäße Rechnung des Dr. Krczal gegeben, die Herr Dr. Wilfling zur Zahlung angewiesen hat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War die Rechnung nicht anerkannt?

Hedwig **Lampert:** Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Warum ist dann das Geld nicht direkt an den Krczal gegangen, sondern auf ein Sparbuch?

Hedwig **Lampert:** Herr Dr. Wilfling hat mich damals gebeten, das so zu machen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich beschuldige Sie ja nicht, sondern ich möchte gerne die Motive kennen.

Hedwig **Lampert:** Das weiß ich nicht. Er hat irgend etwas erwähnt, soweit ich mich erinnere, daß Dr. Krczal auf Reisen oder irgendwie nicht in Wien war, daß er das Geld nicht abholen konnte oder daß wir es ihm nicht überweisen konnten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und auf wessen Namen ist dieses Sparbuch mit den 300 000 S gegangen?

Hedwig **Lampert:** Das war — soweit ich mich erinnern kann — ein Überbringersparbuch.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und dann hat es die Szene gegeben, daß der Chauffeur Geld abholen sollte.

Hedwig **Lampert:** Nein. Der Leonhartsberger, das war damals der Chauffeur von Dr. Wilfling, hat von der ODELGA ein Schreiben bekommen. Wir haben die Länderbank bevollmächtigt, weil das Sparbuch war noch im Depot der Firma ODELGA. Das war entgegenkommenderweise Herrn Dr. Wilfling gegenüber, daß die Länderbank ihm das Sparbuch ausfolgen möge. Wir haben also einen Brief an die Länderbank mit dem Ersuchen geschrieben, sie möge aus dem Depot der Firma ODELGA dem Herrn Leonhartsberger das Sparbuch ausfolgen. Die Länderbank hat uns das bestätigt, daß dies erfolgt ist. Und für uns war an und für sich die Angelegenheit per Dezember 1977 erledigt. Wir haben das gebucht ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wissen Sie, was der Chauffeur mit dem Sparbuch dann getan hat?

Hedwig **Lampert:** Das weiß ich nicht. Ich nehme an, daß er es zu Dr. Wilfling gebracht hat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat der Krczal jemals festgestellt, daß er nicht die ganze Summe bekommen hat?

Hedwig **Lampert:** Das weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist es möglich, daß ein Teil von diesem Sparbuch an das Boltzmann-Institut weitergeflossen ist?

Hedwig **Lampert:** Ja, von diesem Sparbuch sind 240 000 S an das Boltzmann-Institut gegangen, das weiß ich in meiner Eigenschaft als Buchhalterin.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie das ehrenamtlich gemacht? Dem Wilfling zuliebe, oder waren Sie dort auch beschäftigt?

Hedwig **Lampert:** Ich habe das auf Ersuchen von Dr. Wilfling in meiner Freizeit gemacht. Ich bin auch dafür bezahlt worden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und wie war das mit den 240 000 S?

Hedwig **Lampert:** Die 240 000 S sind von Dr. Krczal eingebracht worden in das Boltzmann-Institut.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): In welcher Form ist das eingegangen? In Form eines Schecks des Dr. Krczal oder durch das Sparbuch?

Hedwig **Lampert:** In Form des Sparbuches.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und wo sind die restlichen 60 000 S hingekommen?

Hedwig **Lampert:** Das weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren die nicht mehr drauf auf dem Sparbuch?

Hedwig **Lampert:** Das Sparbuch hat einen Betrag von 240 000 S ausgewiesen, wie es zum Boltzmann-Institut gekommen ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer hat Ihnen denn das Sparbuch übergeben. Dr. Wilfling?

Hedwig **Lampert:** Ich habe das Sparbuch selber nie gehabt. Es war entweder bei Dr. Wilfling oder in irgendeinem Depot, das weiß ich nicht. Ich habe lediglich einen Beleg dafür bekommen, daß das zu vereinnahmen ist, daß das als Eingang zu buchen ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben mit dem Geld an sich nichts zu tun gehabt, sondern nur mit den Abrechnungen.

Hedwig **Lampert:** Nur. Ich habe lediglich die Verbuchungen durchgeführt. Ich habe die Belege bekommen und habe alles in die Journale eingetragen. Das war für mich alles.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben das Sparbuch nie gesehen?

Hedwig **Lampert:** Ich habe das Sparbuch nie gesehen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie wissen daher auch nicht, welche Zinsen darauf verrechnet waren?

Hedwig **Lampert:** Ich habe natürlich auf Grund der Buchhaltung gewußt, daß Zinsen verrechnet worden sind, weil die waren zum Jahresende einzutragen. Ich habe jeweils zum

Jahresende eine Kopie der Bewegungen des Sparbuches bekommen. Auf dem Sparbuch sind ja auch Eintragungen erfolgt vom laufenden Boltzmann-Konto. Es ist abgehoben worden, weil beim Boltzmann-Konto immer gerade die Beträge verfügbar sein sollten, laut Statuten, die in den nächsten Wochen gebraucht werden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber auf diesem anonymen Sparbuch, das ja offensichtlich Krczal gehört hat, sind ja auch Zinsen aufgelaufen.

Hedwig **Lampert:** Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer hat die abkassiert?

Hedwig **Lampert:** Boltzmann. Das weiß ich, weil ich es verbucht habe.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und Krczal sind also im Endeffekt von seinem Auftrag aller Voraussicht nach 60 000 S übriggeblieben?

Hedwig **Lampert:** Das weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie kennen kein Motiv, warum jemand, der 300 000 S offensichtlich ordnungsgemäß verdient hat, davon 240 000 Schilling dem Boltzmann-Institut schenkt?

Hedwig **Lampert:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist auch nie darüber geredet worden?

Hedwig **Lampert:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben auch nie gefragt, weil Ihnen das etwas eigenartig vorgekommen ist?

Hedwig **Lampert:** O ja, ich habe schon gefragt, was es mit dem Sparbuch auf sich hätte. Die Erklärung, die mir Dr. Wilfling gegeben hat, ob er es selbst war oder über seine Sekretärin, ich habe kaum mit ihm gesprochen, das weiß ich jetzt nicht mehr.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und wofür hat Krczal 3000 000 S kriegen sollen?

Hedwig **Lampert:** Dr. Krczal hat von der ODELGA 300 000 S bekommen, weil er Leistungen im Zusammenhang mit der Ist-Erhebung AKH — so glaube ich, hat das geheißen —, weil er dort Leistungen erbracht hat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Welche Leistungen waren das?

Hedwig **Lampert:** Das weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben auch nie den Eindruck gehabt, daß das überhaupt nur eine Art Finanzierungshilfe für das Boltzmann-Institut ohne Leistung war?

Hedwig **Lampert:** Ich habe mir nie darüber Gedanken gemacht.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Frau Zeugin! Sie haben von Belegen, Verbuchungen, Aus- und Eingängen von allen drei Sparbüchern gesprochen.

Waren die Sparbücher in der Buchhaltung von der Firma ODELGA erfaßt, waren die bilanzmäßig erfaßt?

Hedwig **Lampert:** Ja, natürlich.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Ab welchem Zeitpunkt sind sie dann ausgetragen worden?

Hedwig **Lampert:** Das eine Sparbuch, das Dr. Krczal bekommen hat, ist mit Dezember 1977 aus dem Vermögen der ODELGA ausgeschieden. Und das Sparbuch mit dem verbleibenden Rest — wie gesagt, zirka 2,5 oder 3 Millionen Schilling waren das, das weiß ich nicht auswendig — ist im April 1978 auf das Konto der ODELGA bei der Zentralsparkasse, Richard Wagner-Platz übertragen worden.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Das heißt, man hat Ihnen die Bücher immer dann zur Verbuchung gegeben, wenn eine Bewegung drauf war.

Hedwig **Lampert:** Ich habe die Nachrichten von der Länderbank bekommen. Ich selber habe die Bücher nie gehabt, weil es Depot-Sparbücher waren.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Sie haben auch die Buchhaltung vom Boltzmann-Institut geführt, habe ich Ihrer Aussage entnommen.

Hedwig **Lampert:** Ja.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Und haben dort auch diese 240 000 S eingehen lassen?

Hedwig **Lampert:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nur eine Frage: War Ihnen auch bekannt, daß es früher bei der ODELGA eine Unmenge von Sparbüchern gegeben hat?

Hedwig **Lampert:** Ich habe eingangs gesagt, daß ich von drei Sparbüchern zu meiner Zeit, während ich die Buchhaltung leitete, wußte, daß es also die gegeben hat. Mehr Sparbücher habe ich nicht gekannt. Ich kenne sie auch aus früheren Bilanzen, die ich für verschiedene Zwecke durchsehen mußte, auch da sind mir keine weiteren Sparbücher bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben keine Kenntnis, daß es früher eine Unmenge, also

mehr als drei Sparbücher bei der ODELGA gegeben hat.

Hedwig **Lampert:** Davon habe ich keine Kenntnis.

Obmann-Stellvertreter Mühlbacher: Danke, Frau Zeugin. *(Die Zeugin Hedwig Lampert verläßt den Saal.)*

Zeugeneinvernahme von Dr. Anton Glaninger

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher** unterrichtet den Zeugen über die Themenstellung, verweist auf die zur Anwendung kommende Strafprozeßordnung, insbesondere auf § 153 StPO, und ersucht um Bekanntgabe der Generalien.

Dr. **Glaninger:** Mein Name ist Dr. Anton Glaninger; ich bin geboren am 5. April 1944; wohne in Wien 9., Clusiusgasse 6; ich bin Angestellter in der AKPE, dort Gruppenleiter, zuständig für Maschinenbau.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Doktor! Sie kennen die Beauftragung durch die AKPE im Zusammenhang mit dem Auftrag Leibschüssel-Spülmaschinen. Sie waren bei der 42. Sitzung des Aufsichtsrates am 18. Februar 1980, als diese Frage behandelt worden ist. Sie kennen den Verlauf dieser Sitzung, und Sie wissen, daß eine ganze Reihe von Aufsichtsratsmitgliedern damals Bedenken geäußert hat im Hinblick auf die Unterschiede, einmal über 50 Millionen Schilling und das andere Mal knapp 40 Millionen Schilling.

Warum haben Sie damals zu dieser Sache nichts gesagt? Ich entnehme dem Protokoll, daß Sie sich nicht gemeldet haben.

Dr. **Glaninger:** Die Fragen, die ich gestellt hätte, sind von Aufsichtsratsmitgliedern in dieser Form auch gestellt worden, sodaß sich die Fragen, die ich gestellt hätte, wenn sie die anderen Aufsichtsräte nicht gestellt hätten, sich erübrigt haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie hätten nicht nur Fragen stellen können, sondern Sie hätten berichten können auf Grund Ihrer Feststellungen.

In welcher Form waren Sie mit der Auftragsvergabe, mit der Angebotsprüfung befaßt?

Dr. **Glaninger:** Ich bin als Gruppenleiter auch mit dieser Sache befaßt, bin auch zuständig für die Vergabe dieser Leibschüssel-Spülmaschinen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was haben Sie konkret geprüft?

Dr. **Glaninger:** In unserer Organisation ist meine Aufgabe die, die Technik zu überprüfen, und es sind durchaus auch kaufmännische Gesichtspunkte zu beachten, wobei aber die kaufmännische Prüfung nicht in meinem Bereich liegt.

Primär bin ich zuständig für die technische Prüfung. Es wurden von uns in unserer Gruppe die Kriterien geprüft, gegenübergestellt und bewertet, wobei als wesentliche Entscheidungsunterlage uns zur Verfügung gestanden ist ein Gutachten von Professor Flamm, das für einige dieser Leibschüsselspülmaschinen vorgelegen war, für einige nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und auf Grund dieser Prüfung konnten Sie festestellen, daß beide Maschinen oder Geräte gleichwertig sind, die hier zur Diskussion standen?

Dr. **Glaninger:** Die Prüfung der Geräte hat, wie gesagt, Professor Flamm als Gutachter vorgenommen. Und aus den beiden Gutachten — zur Diskussion stand das Gerät von Hildebrand und das Gerät von ZK — waren leichte Vorteile für das Gerät Hildebrand zu erkennen. Wir waren als Techniker der Meinung, daß diese leichten Vorteile — Professor Flamm schreibt in dem Gutachten, daß das Gerät Hildebrand etwas besser reinigt und dadurch die Desinfektion auch etwas besser ist; er hat dann bemängelt, daß beim ZK-Gerät Glasbruch auftritt, aber das steht alles in den Aufsichtsratsitzungsprotokollen drinnen —, daß der Qualitätsunterschied, wie ihn Professor Flamm beschrieben hat, nicht den hohen Preisunterschied rechtfertigen würde.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wem haben Sie diese Bedenken vor der Behandlung dieser Frage im Aufsichtsrat gemeldet? Dipl.-Ing. Winter oder anderen Personen auch?

Dr. **Glaninger:** Vor dem Aufsichtsrat habe ich die Sache meinem unmittelbaren Vorgesetzten, dem Herrn Dipl.-Ing. Winkler, gesagt. Ich hatte auch Gelegenheit, dem Herrn Winter ein- oder zweimal die Meinung der technischen Abteilung — das war auch meine Meinung — darzulegen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was hat Dipl.-Ing. Winkler daraufhin geantwortet?

Dr. **Glaninger:** Seine persönliche Meinung dazu glaube ich zu kennen. Wenn ich mich recht erinnere, hat er sich dieser unserer Meinung angeschlossen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie war das mit Direktor Winter?

Dr. **Glaninger:** Winter hat, nachdem wir ihm gesagt haben, wie wir die Qualität der Geräte

beurteilen, eigentlich nie einen Kommentar abgegeben. Er hat unseren Bericht entgegengenommen, aber dazu im wesentlichen keinen Kommentar abgegeben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wenn die Geräte nicht von Hildebrand genommen worden wären, dann wäre die Firma Prutscher nicht damit befaßt worden

Dr. **Glaninger:** Dann wäre wahrscheinlich das Fabrikat der Firma ZK zur Ausführung gekommen, und dann nehme ich an, daß Prutscher dort keinen Auftrag bekommen hätte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie wäre dann die Auftragsvergabe erfolgt, wenn das Produkt der Firma ZK-Hospital zum Zuge gekommen wäre? Wäre eine direkte Auftragsvergabe erfolgt, oder wäre auch die ARGE-Sanitär dazwischengeschaltet worden?

Dr. **Glaninger:** Die ARGE-Sanitär wäre auf jeden Fall zwischengeschaltet worden, denn mit dem Gerät selbst kann man ja nichts anfangen. Das Gerät muß verplant werden, muß eingebaut werden, da müssen Bauangaben gemacht werden. Die ARGE-Sanitär ist der Installateur, der das Gerät kauft und einbaut.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie war die Haltung der ARGE-Sanitär zu dieser Auftragsvergabe?

Dr. **Glaninger:** Ich hatte Gelegenheit, längere Zeit vor der Aufsichtsratsitzung, in der beschlossen wurde, das Gerät von Hildebrand zu bestellen, mit der ARGE-Sanitär zu sprechen. Die ARGE Sanitär war, wenn ich mich recht erinnere, auch dieser unserer Ansicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer bei der ARGE-Sanitär? Es sind ja mehrere Firmen, mehrere Personen.

Dr. **Glaninger:** Ich erinnere mich nur, daß ich mit dem Geschäftsführer, Herrn Ing. Zöllner, über diese Sache gesprochen habe; mit anderen, glaube ich, nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Ing. Zöllner ist auf diesem Gebiet Fachmann?

Dr. **Glaninger:** Herr Ing. Zöllner ist Geschäftsführer der ARGE-Sanitär, und die ARGE-Sanitär hat die Aufgabe, die Sanitärinstallationen im Allgemeinen Krankenhaus zu errichten. Und zu diesem Auftrag gehören auch die Leibschüsselspülmaschinen beziehungsweise haben gehört, da sie in der Form, wie sie ausgeschrieben waren, nicht mehr gebaut wurden. Insofern sind in der ARGE-Sanitär Fachleute — und darunter zählt auch der Herr Zöllner — für diese Installationen. Aber Spezialist für Bettdeckenspülapparate ist er sicher nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gibt es außer Ihnen Personen, die Aufsichtsratmitgliedern gegenüber diese grundsätzliche Haltung zu dieser Auftragsvergabe hätten mitteilen können?

Dr. **Glaninger:** Ich wüßte momentan niemanden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dipl.-Ing. Winkler?

Dr. **Glaninger:** Die Frage „hätten ... können" — er hätte es nicht können.

Abg. Dr. **Feurstein:** Hätte er aus seiner Verantwortung heraus das Gespräch suchen müssen?

Dr. **Glaninger:** Im Gutachten von Prof. Flamm ist ein leichter Vorteil des Gerätes Hildebrand zu erkennen. Wenn man die Meinung hat, daß diese leichten Vorteile den Preisunterschied rechtfertigen, dann hat der recht, der das Gerät Hildebrand forciert. Wenn man sich der Meinung nicht anschließt, dann hätte man wahrscheinlich das Fabrikat ZK gekauft.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was hat Prof. Flamm sonst noch für Gutachten für das AKH gemacht?

Dr. **Glaninger:** Das ist eine Vielzahl von Gutachten. Professor Flamm war ja auch im Rahmen der Betriebsorganisation tätig und hat dort sehr, sehr viele Begutachtungen über die verschiedensten Probleme durchgeführt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie war das Verhältnis von Prof. Flamm zu Dipl.-Ing. Winter?

Dr. **Glaninger:** Dazu kann ich nichts sagen. Ich weiß es nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Zu anderen Vorstandsmitgliedern?

Dr. **Glaninger:** Auch das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie wurde Prof. Flamm zu Aufträgen ausgewählt? Wie erhielt er die Aufträge? Gab es Ausschreibungen? Gab es freihändige Vergaben?

Dr. **Glaninger:** Da muß man ein bisserl die Geschichte sehen. Als die AKPE gegründet wurde, hat es keinen verantwortlichen Hygieniker oder verantwortlichen Hygieneberater für das AKH gegeben. Es hat dann begonnen mit Gesprächen mit Professor Flamm, weil wir ja unbedingt in Fragen der Hygiene eine Beratung gebraucht haben. Und da liegt es natürlich am nähesten, den Prof. Flamm damit zu befassen, denn er ist, würde ich meinen, der einzige Hygieniker in Wien. Er ist Inhaber des Lehrstuhles für Hygiene an der Universität Wien. Also in Wien, glaube ich, gibt es keinen anderen.

Es hat also keine Ausschreibung gegeben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Keine Ausschreibung.

Dr. **Glaninger:** Es war also der näheste Weg, Professor Flamm zu beauftragen. Er hat dann einige Zeit in unserem Auftrag Begutachtungen gemacht und ist dann, als der ABO-Auftrag vergeben wurde, in die ABO integriert worden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat Professor Flamm Sub-Aufträge der ABO erhalten?

Dr. **Glaninger:** Ich nehme an — ich bin nicht genau darüber informiert —, wenn es Hygienefragen gegeben hat, so waren diese Hygienefragen über die BO zu lösen, also über die ABO.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welches Auftragsvolumen hatte Professor Flamm von der AKPE erhalten? In welcher Größenordnung bewegt sich das: 10 Millionen, mehr oder weniger?

Dr. **Glaninger:** Ich weiß es nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber es war Dipl.-Ing. Winter, durch den Professor Flamm der AKPE gegenüber bekanntgeworden ist?

Dr. **Glaninger:** Darf ich die Frage noch einmal hören?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Durch wen ist Professor Flamm zu dieser freihändigen Auftragsvergabe gekommen? War es Dipl.-Ing. Winkler? War es Dipl.-Ing. Winter? War es Dr. Wilfling? War es jemand anderer? Wer hat die Kontakte zu Professor Flamm geknüpft?

Dr. **Glaninger:** Soweit ich das überblicke, war es gar nicht notwendig oder ist es gar nicht notwendig gewesen, Kontakte zu knüpfen. Professor Flamm war schon vor der AKPE-Zeit in der Bauleitung AKH tätig und hat dort Beratungen durchgeführt. Und wenn es heute auf dem Spitalssektor, egal in welcher Sparte, Fragen der Hygiene gibt, dann geht man automatisch zu Professor Flamm.

Also eine Anbahnung hat es eigentlich meines Wissens nicht gegeben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber Sie wissen schon, daß es andere Hygieneinstitute in Österreich gibt — an den Universitäten.

Dr. **Glaninger:** Ja, ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und es kommt nicht in Frage, daß man ein anderes Hygiene-Institut dafür heranzieht?

Dr. **Glaninger:** Ich würde nicht sagen, es kommt nicht in Frage, aber natürlich bietet sich das Hygiene-Institut der Universität Wien am ehesten an.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): So muß es jemanden gegeben haben in der AKPE, der ein besonderes Naheverhältnis zu Professor Flamm hatte. Würden Sie sagen, war das Dipl.-Ing. Winter, war es jemand anderer?

Dr. **Glaninger:** Ich weiß es nicht. Ich kann darüber nichts sagen. Ich weiß es nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Seit wann sind Sie bei der AKPE?

Dr. **Glaninger:** Seit fünf Jahren, März 1976.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie bei anderen Auftragsvergaben ähnliche Beobachtungen gemacht wie hier bei der Leibschüsselspülmaschine?

Dr. **Glaninger:** Bei den Sanitärcontainern war also eine ähnliche Situation — na ja, nicht ähnlich, aber es war auch eine ähnliche Situation.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie würden auch die Schadenersatzforderungen in Höhe von 12 Millionen Schilling, die jetzt gestellt werden, als gerechtfertigt erachten.

Dr. **Glaninger:** Aus der heutigen Sicht würde ich meinen, daß man sicher versuchen sollte, die Preisdifferenz durch eine Schadenersatzforderung auszugleichen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie kennen keinen anderen Fall, wo ähnliche Preisdifferenzen vorhanden waren, die aus Ihrer Sicht vom Vorstand falsch beurteilt worden sind und dadurch zu falschen Entscheidungen im Aufsichtsrat geführt haben?

Dr. **Glaninger:** Ist mir momentan keine erinnerlich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben das sicherlich überlegt. Ich nehme an, wenn Sie hierhergekommen sind, haben Sie ja damit rechnen müssen, daß Sie diese Frage gestellt bekommen. Sie haben sich sicher darüber Gedanken gemacht.

Dr. **Glaninger:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben nie die Überlegung gehabt, daß beim ABO-Auftrag etwas ähnliches hätte passiert sein können.

Dr. **Glaninger:** „Überlegungen." — Ich bin in der AKPE nicht zuständig für ABO. Ich bin für den Maschinenbau zuständig, daher habe ich die Auftragsvergabe an die ABO nur nebenher miterlebt. Wir haben oder ich habe auch großes Interesse daran gehabt, daß dieser Auftrag über Betriebsorganisation hinausgegangen ist, einfach deshalb, weil er zum Weiterbauen notwendig war, weil es so viele Fragen gegeben hat im Laufe der Errichtung des Baues, die nur von der Betriebsorganisation zu beantworten sind. Deshalb war also Interesse da, endlich

einmal eine Betriebsorganisationsplanung zu haben. Wie der Auftrag gelaufen ist, die Auftragsvergabe gelaufen ist, darüber weiß ich also nur am Rande Bescheid.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie ist Ihr Verhältnis zu Ing. Hogl?

Dr. **Glaninger:** Ich bin mit Ing. Hogl per du, ich kenne ihn sehr gut, wir verstehen uns auch sehr gut.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat Ihnen Ing. Hogl einmal gesagt, daß bei der ABO-Auftragsvergabe für ihn nicht alles durchsichtig ist?

Dr. **Glaninger:** Herr Hogl hat mir gesagt oder mir erzählt, daß er in den Anfangsgesprächen sehr oft beigezogen wurde, aber dann, wie es zur Vergabe gekommen ist, diese Gespräche etwas dünner geworden sind, also nicht mehr so oft waren wie früher.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gab es dort auch eine Art Empfehlung von Ing. Winter, mit bestimmten Gruppen intensiver zu reden, Verhandlungen zu führen, als mit anderen.

Dr. **Glaninger:** Da könnte ich nur das berichten, was ich den Zeitungen entnommen habe. Ich habe aus der AKPE von dieser Richtung her nichts gehört.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben sich Politiker irgendwann erkundigt, in welcher Weise die Geschäfte bei der AKPE erfolgen? Haben Sie den Eindruck, daß sich irgendwelche Politiker um die AKPE besonders bemüht haben?

Dr. **Glaninger:** Es sind hie und da Briefe gekommen, und zwar hauptsächlich zurückzuführen auf Interventionen von Firmen, die gerne etwas verkauft hätten im AKH, die zu beantworten waren.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Politiker haben also interveniert bei Auftragsvergaben oder haben sich erkundigt.

Dr. **Glaninger:** Nein, so würde ich das nicht sagen.

Ein kleines Beispiel dazu: Betreffend Austrovit wurde ein Brief geschrieben oder war man sogar mit Betriebsräten beim Stadtrat Mayr, der Brief ist zu uns gekommen, der Brief ist dann auch bei mir gelandet, und ich habe dann dargelegt, wie die Auftragsvergabe bei diesen Waschschüsseln einfach steht. — Solche Briefe sind mehrere gekommen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gibt es andere Beweise, wie Politiker sich interessiert haben?

Dr. **Glaninger:** Politiker sind hie und da zu Führungen gekommen. Es gibt Gespräche, bei denen Stadtrat Stacher in der AKPE ist. Ich war auch einmal bei so einem Gespräch dabei.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie einen Politiker nennen, der sich neben dieser Frage, welche Firmen die Aufträge bekommen, um das AKH besonders interessiert hat?

Dr. **Glaninger:** Könnte ich nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie können uns keinen Politiker nennen.

Dr. **Glaninger:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ein Aufsichtsratsmitglied?

Dr. **Glaninger:** Ja. Der Aufsichtsrat hat doch immerhin etwa jedes Monat getagt, und die Herren sind ja damit ohnedies mit der ganzen Problematik sehr intensiv befaßt. Es ist sicher so, daß ein Aufsichtsratsmitglied — von einem weiß ich es also besonders —, Ministerialrat Loicht, der sich sehr interessiert beziehungsweise sehr involviert ist in das ganze Geschehen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Erst seit die ganze Affäre bekanntgeworden ist oder schon vorher?

Dr. **Glaninger:** Schon immer.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie haben nicht gedacht, Sie könnten Ministerialrat Dr. Loicht informieren? Weil Ministerialrat Loicht war ja auch derjenige, der sich laut Protokoll am intensivsten erkundigt hat, und man hat den Eindruck, daß er dann praktisch überstimmt worden ist.

Dr. **Glaninger:** Überstimmt war das sicher nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich weiß nicht, wie die Abstimmung war. Er hat sich aber vehement dagegen gewandt und hat immer wieder gebohrt und versucht, herauszubringen, warum.

Dr. **Glaninger:** Ich darf aber sagen, daß sich Ministerialrat Loicht fast bei jedem Punkt, bei jedem Tagesordnungspunkt so verhält. Er ist sicher derjenige, der am meisten bohrt, wie Sie sagen; aber bei jedem Tagesordnungspunkt, nicht nur bei den Leibschüsseln.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist Ihnen bekannt, es wird behauptet, daß der Vergabeauftrag — und das kann man auch den Notizen im Protokoll entnehmen — von Dipl.-Ing. Winter mehrfach umgeschrieben und immer wieder korrigiert worden ist, zuerst einmal Billigst-, dann heißt es Bestbieter und so weiter. Ist Ihnen das bekannt oder war Ihnen das bekannt, daß dieser Auftrag so oft umgeschrieben werden mußte oder umformuliert werden mußte?

Dr. **Glaninger:** Der Auftrag?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Entschuldigen Sie, der Antrag, der Bericht an den Aufsichtsrat.

Dr. **Glaninger:** Ist mir bekannt, ja. In den meisten Fällen habe ich diese Änderungen durchgeführt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auf Weisung von Winter?

Dr. **Glaninger:** Das kann ich also nicht ganz exakt beantworten, aber sicher in den meisten Teilen auf Anweisung von Dipl.-Ing. Winkler.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dipl.-Ing. Winkler hat Ihnen die Anweisungen gegeben?

Dr. **Glaninger:** Ja wir haben mit Winter kaum oder sehr selten gesprochen, und zwar jeweils, es hat schon einen Jour-Fix-Termin gegeben, am Dienstag, um 14.00 Uhr, da waren Gruppenleiter zusammen, da sind allgemeine Probleme besprochen worden. Und das war fast die einzige Gelegenheit, mit Winter zu sprechen. Sonst haben wir fast nie gesprochen mit Winter. Vielleicht ein-, zweimal im Monat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Waren Sie in Deutschland bei der Firma Hildebrand?

Dr. **Glaninger:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nicht?

Dr. **Glaninger:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Waren Sie bei einer anderen Firma in Deutschland?

Dr. **Glaninger:** Die Firma Hildebrand ist ein Schweizer Unternehmen. — Ob ich bei anderen Unternehmen in der Schweiz war?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Oder in Deutschland.

Dr. **Glaninger:** Ja, war ich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wo waren Sie z. B. in der Schweiz?

Dr. **Glaninger:** In der Schweiz? Bei der Firma Sulzer, bei der Firma Luwa?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wem gehört die Firma Luwa?

Dr. **Glaninger:** Ich weiß nicht, wem sie gehört.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Firma Luwa stellt Komponenten für Lüftungsanlagen her. Wir haben dort einen, das heißt, die Arbeitsgemeinschaft, die die Klimanlagen errichtet, hat dort einen Versuchsstand bauen lassen für einen Operationssaal, den haben wir besichtigt.

In Deutschland war ich auch bei Firmen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Waren Sie bei der Firma Cerberus?

Dr. **Glaninger:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie die Firma?

Dr. **Glaninger:** Ich weiß, daß die Firma Cerberus Brandmeldeanlagen herstellt. Ich glaube, daß der Melder, der Cerberus-Melder von Siemens vertrieben wird oder daß Siemens in seinen Brandmeldeanlagen einen Cerberus-Melder vertreibt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War Winter bei der Firma Hildebrand? Es hat in Deutschland eine Niederlassung gegeben. War er in Deutschland oder war er in der Schweiz im Stammhaus?

Dr. **Glaninger:** Ist mir nicht bekannt. Ich weiß es nicht. Ich kann darüber nichts sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie den Max Mayer von der Firma Cerberus?

Dr. **Glaninger:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie niemanden?

Dr. **Glaninger:** Ich kenne von der Firma Cerberus überhaupt niemanden. Ich war nie dort und kenne auch niemanden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie sonst einen Max Maier?

Dr. **Glaninger:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist Ihnen der Name noch nie untergekommen? Haben Sie mit den Elektroinstallationsaufträgen und mit den Leuchtenaufträgen zu tun?

Dr. **Glaninger:** Nein. Ich bin zuständig für den Maschinenbau. Elektrotechnik ist eine andere Gruppe.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Auftragsvergabe der Firma Siemens ist Ihnen also nicht bekannt?

Dr. **Glaninger:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat man im Rahmen der Mitarbeiter der AKPE — es kommt immer wieder vor — das Wort „Kaffeehaus" verwendet, daß sie unter sich miteinander geprochen haben, hier wird wieder einmal ein Kaffeehaus gemacht, zusammen mit der Firma Prutscher, zusammen mit anderen Firmen.

Dr. **Glaninger:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Können Sie mit dem Begriff „Kaffeehaus" etwas anfangen?

Dr. **Glaninger:** Ich nehme an, daß man im

Kaffeehaus die Geschäfte ausgemacht hat oder Absprachen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Bieterabsprachen. Haben Sie nie etwas gehört davon?

Dr. **Glaninger:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Im Zusammenhang mit der Sprinkler-Anlage, da gibt es auch Schwierigkeiten in der Ausschreibung.

Dr. **Glaninger:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum haben Sie uns das vorher nicht gesagt, ich habe Sie gefragt, wo es ähnliche Probleme gibt bei der Ausschreibung wie bei der Firma Prutscher zweimal. Bei den Trennwänden, wie ist dort das Problem?

Dr. **Glaninger:** Die Trennwände sind Bau, da bin ich auch nicht zuständig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber bei der Sprinkler-Anlage. Warum haben Sie das vorher verschwiegen?

Dr. **Glaninger:** Ich habe es nicht verschwiegen, ich habe nicht daran gedacht. Außerdem sind die Schwierigkeiten, die dort sind, wahrscheinlich oder ganz sicher sogar auf einen ganz anderen Grund zurückzuführen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Schwierigkeiten?

Dr. **Glaninger:** Die erste Ausschreibung Sprinkler-Anlage, die ein Ergebnis gebracht hat von zirka 210 Millionen Schilling für die gesamte Anlage, wurde von uns aufgehoben, sogar auf mein Betreiben aufgehoben. Aus dem Grund, weil die Kostenschätzung für die Sprinkler-Anlage wesentlich tiefer gewesen ist, als das Ergebnis der Ausschreibung dann war.

Die hohen Preise der Sprinkler-Anlagen resultieren einmal aus relativ hohen Einheitspreisen, und das andere Mal wurde das Volumen der Anlage zu groß dimensioniert.

Daher, weil diese Ausschreibung in der Form nicht durchführbar war, im Projekt dann durchführbar war, haben wir die Massen reduziert bei der Ausschreibung, haben auch dann etwas anderen Beschreibungen der Positionen gewählt, haben dann eine beschränkte Ausschreibung gemacht und haben auch ausländische Firmen eingeladen; und sowohl das Preisniveau als auch die Massenreduktion haben dann ein akzeptables Resultat gebracht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es ist richtig, wenn festgestellt wird, daß es bei dieser ersten Angebotstellung Preisabsprachen gegeben hat?

Dr. **Glaninger:** Das kann man vermuten, aber ich weiß darüber nichts.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum kam was? Warum entstand denn dieses überhöhte Preisniveau? Die Gründe, die Sie jetzt angeführt haben, die zwei Gründe, sind nicht allein entscheidend.

Dr. **Glaninger:** Doch! Der Leistungsumfang wurde reduziert, und die Einheitspreise haben sich auch reduziert.

Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum?

Dr. **Glaninger:** Mag vielleicht ein Fehler gewesen sein bei der ersten Ausschreibung. Zur Illustration. Wir haben bei der ersten Ausschreibung ausgeschrieben die Rohrmontagen als Rohrschnitt, als Schweißnaht, als Aufhängung. Wir hatten also eine sehr detaillierte Ausschreibung verfaßt, die möglicherweise die Bieter veranlaßt hat oder die Möglichkeit gegeben hat, hier etwas teurer anzubieten.

In der zweiten Ausschreibung haben wir dann kalkulieren lassen den Laufmeter Rohr, mit allen Zubehörteilen, mit allen Montagearbeiten. Es waren Schweißnähte und Schnitte und Aufhängungen, war alles in den Laufmeterpreis Rohr einzurechnen. Dadurch ist es wahrscheinlich auch gelungen, einen etwas günstigeren Preis zu bekommen.

Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sind Sie dem nachgegangen, ob es eventuell Preisbesprechungen gegeben haben könnte nachdem diese erhöhten Preise von Ihnen festgestellt worden sind?

Dr. **Glaninger:** Ich bin dem nicht nachgegangen, aber selbst ein Nachgehen, ich wüßte gar nicht, wie man das anstellen sollte. Ich kann ja nicht anrufen bei der Firma und fragen, ob da was passiert ist oder ob es Absprachen gegeben hat.

Jetzt frage ich Sie noch einmal: Es gibt einmal drei Punkte, wo es Probleme bei der Auftragsvergabe gegeben hat. Gibt es hier auch Interventionen von einer Seite? Sollte an eine bestimmte Firma dieser Auftrag vergeben werden?

Dr. **Glaninger:** Ist mir nicht bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat sich Dipl.-Ing. Winter in einer bestimmten Weise bemerkbar gemacht?

Dr. **Glaninger:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dr. Schwaiger?

Dr. **Glaninger:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein:** Politiker?

Dr. **Glaninger:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gab es Interventionsbriefe von Politikern in dieser Sache? In Sachen Sprinkler?

Dr. **Glaninger:** So weit mir erinnerlich ist, nichts.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie können es ausschließen, oder erinnern Sie sich nicht?

Dr. **Glaninger:** Ich erinnere mich nicht, daß es solche Briefe gegeben hätte. Ob es welche gegeben hat, kann ich nicht sagen. Ich bekomme nicht die gesamte Post.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren Sie auch einmal in Minnesota?

Dr. **Glaninger:** Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was haben Sie denn dort gemacht?

Dr. **Glaninger:** Als Notstromanlage waren Dieselmotoren vorgesehen. Diese Dieselmotoren sind aus den verschiedensten Gründen nicht einsetzbar und nicht mehr einsetzbar gewesen als Notstromanlage. Die einzige Alternative, die sich geboten hat, war, Gasturbinen zu installieren. Und wir haben in Minnesota im Projektstadium noch uns solche Gasturbinen angeschaut und haben abgeklärt, inwieweit diese Gasturbinen, die die Firma Gerek herstellt und die die Firma Ona mit einem Generator versieht und vertreibt, für unsere Zwecke brauchbar sind.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer war denn in Minnesota mit?

Dr. **Glaninger:** In Minnesota war mit aus der AKPE der Herr Dipl.-Ing. Aufmesser und von der Firma Siemens der Ing. Gargl. Sonst, glaube ich, niemand.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Zu dritt?

Dr. **Glaninger:** Zu dritt, ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren Sie einmal auf den Kaiman-Inseln?

Dr. **Glaninger:** Nein.

Abg. **Bergmann:** In Skiathos?

Dr. **Glaninger:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie war denn Ihre Beziehung zu Dipl.-Ing. Winter?

Dr. **Glaninger:** Ich darf Sie bitten, das noch zu präzisieren.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren Sie befreundet mit ihm oder war das ein rein dienstliches ...

Dr. **Glaninger:** Es war ein rein dienstliches Verhältnis.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben nie privat mit ihm zu tun gehabt? Sie sind kein Jäger, kein Flieger?

Dr. **Glaninger:** Weder — noch.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sind Sie mit dem Professor Wojda in näheren Kontakt gekommen?

Dr. **Glaninger:** Ich habe Professor Wojda hie und da gesehen, aber näheren Kontakt ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie kennen ihn nur von der Funktion in der APAK oder auch in der ABO?

Dr. **Glaninger:** Ich kenne ihn an sich nur von seiner Funktion in der APAK. Dort bearbeitet er den Leistungsteil Organisation, Instandhaltung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie kennen die Kritik des Kontrollamtes an der BO-Vergabe?

Dr. **Glaninger:** An der BO-Vergabe? Zum Teil, ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wieso zum Teil? Sie wurden nie in Kenntnis gesetzt?

Dr. **Glaninger:** Den Kontrollamtsbericht über die BO-Vergabe habe ich. Ich muß aber gestehen, ich habe ihn nie durchgelesen komplett.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie können mir daher nicht sagen, ob Sie die Kritik teilen?

Dr. **Glaninger:** So im Detail kenne ich die einzelnen Kritikansätze des Kontrollamtes nicht, daß ich dazu etwas sagen kann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat das für Ihre Arbeit keine Bedeutung?

Dr. **Glaninger:** Für meine Arbeit ist es von Bedeutung, daß es eine Betriebsorganisationsplanung gibt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist es nicht bedeutend, ob ein Kontrollamt an dieser Tätigkeit Kritik übt?

Dr. **Glaninger:** Natürlich ist es von Bedeutung, aber es ist sicherlich, wenn ich es so ausdrücken kann, bitte nicht mein Kaffee.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Damit zurück zum Kaffeehaus. Wer hat denn die Ausschreibung für die Sprinkler-Anlage gemacht?

Dr. **Glaninger:** Die Ausschreibung hat das Büro Schmied verfaßt, technisches Büro Schmied.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wurde von Ihnen geprüft?

Dr. **Glaninger:** Wurde von uns geprüft, ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und was war dann der äußere Anlaß für die Wiederholung der Ausschreibung?

Dr. **Glaninger:** Der hohe Preis, der im krassen Widerspruch zu den Kostenansätzen gestanden ist. Wir haben dann Vergleiche angestellt zu anderen Bauvorhaben, zu Sprinkler-Anlagen anderer Bauvorhaben, wir haben Vergleiche angestellt zu Anlagenpreisen, insbesondere von Rohrleitungsanlagen, zu anderen Bauvorhaben, UNO-City, auch in unserem eigenen Haus haben wir Preisvergleiche mit Installationen angestellt, und da hat sich gezeigt, daß die Preise zu hoch waren, daß niedrigere Preise zu erzielen sind.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Warum, glauben Sie, fällt jemandem, wenn man Kaffeehaus sagt, als einziges Beispiel dieser Auftrag ein? Haben Sie meine Frage verstanden?

Dr. **Glaninger:** Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wurde das unter diesem Aspekt gehandelt in der AKPE?

Dr. **Glaninger:** Sicher haben wir darüber geredet, daß es hier zu abgesprochenen Preisen ... sicher redet man darüber, aber ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mit wem haben Sie darüber geredet?

Dr. **Glaninger:** Wenn es zu hohen Preisen kommt, dann stellt man die verschiedensten Vermutungen an. Eine dieser Vermutungen war sicher die, daß die Ausschreibung vielleicht nicht ganz glücklich war. Die andere Vermutung ist: Vielleicht hat es Absprachen gegeben. Sicherlich liegt die Vermutung auch immer nahe, wenn so hohe Preise erzielt werden, aber ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es läßt sich aber nicht nachvollziehen. Die hohen Preise lassen sich nachvollziehen, es lassen sich Preisvergleiche anstellen. Ob es Absprachen gegeben hat ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Schauen Sie, es ist lange, bevor das Kontrollamt die Dinge aufgedeckt hat, schon davon die Rede gewesen, daß mit der Person Winter etwas nicht stimmt. Es hat Verdächtigungen gegeben, Anzeigen, wenn nicht bei der Polizei, aber bei Vorgesetzten. Wann haben Sie denn das erste Mal von solchen Dingen gehört?

Dr. **Glaninger:** Das erste Mal, das war der „profil"-Artikel, bei dem die AKPE dann das „profil" beschlagnahmen hat lassen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber früher? Früher nicht. Haben Sie irgendwo den Eindruck gehabt, daß der Winter über seine Verhältnisse lebt?

Dr. **Glaninger:** Ich muß sagen, ich habe lange Zeit nicht gewußt, was Winter verdient. Winter hat nicht schlecht gelebt. Daß er ein Flugzeug hat oder geflogen ist, das habe ich eigentlich erst vor ein oder zwei Jahren erfahren. Aber daß er sehr flott gelebt hat, das war allgemein bekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und Sie haben das noch im Einklang mit seinem Gehalt gesehen? Es hat nie Stimmen gegeben, die gesagt haben, soviel kann der eigentlich bei uns gar nicht verdienen?

Dr. **Glaninger:** Ich würde sagen, daß das sicher so der Fall war, ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Daß was der Fall war?

Dr. **Glaninger:** Daß es an sich nicht außergewöhnlich aufgefallen ist, daß er über seine Verhältnisse gelebt hätte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer hat denn die Ausschreibungsunterlagen für die BO-Planung erstellt?

Dr. **Glaninger:** Da kann ich nur Vermutungen aussprechen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat irgend jemand behauptet ...?

Dr. **Glaninger:** Diese Ausschreibungsunterlagen dürften in unserem Haus entstanden sein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): In der AKPE?

Dr. **Glaninger:** In der AKPE entstanden sein, ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Von wem? Wer war da federführend dabei?

Dr. **Glaninger:** Das war eine Gemeinschaft, das liegt schon so lange zurück, das war eine Gemeinschaftsarbeit, und ich habe sicher auch einiges dazu beigetragen, um ein möglichst vollständiges Bild von der Aufgabenstellung an die ABO zu bekommen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren Sie einmal Mitarbeiter der ÖKODATA?

Dr. **Glaninger:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wann haben Sie denn erfahren, daß im ABO-Bereich die Med-Consult tätig ist?

Dr. **Glaninger:** Auch das ist schwierig zu beantworten. Wahrscheinlich habe ich schon sehr früh davon gehört, ich kannte die Konstellation der Firmen sehr bald nach der Auftragsvergabe.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Vor der Auftragsvergabe?

Dr. **Glaninger:** Nach der Auftragsvergabe.

Abg. **Bergmann:** Das war jetzt eine Fangfrage. Es hat ja Leute gegeben, die haben das schon vor der Auftragsvergabe gewußt. Ich wollte jetzt nur wissen, ob Sie zu diesem Kreis dazugehören.

Dr. **Glaninger:** Nein, das habe ich nicht gewußt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber man hat schon gewußt, in welche Richtung sich das ungefähr bewegt, die Auftragsvergabe?

Dr. **Glaninger:** Ich war damit zu wenig befaßt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie waren bei den Vorgesprächen mit der ABO nicht dabei?

Dr. **Glaninger:** War ich nicht dabei. Ich habe lediglich dazu beigetragen, daß ein Leistungsspektrum ersteht, und habe diese oder jene Frage oder jene Punkte eingebracht, die mir wesentlich erschienen sind, daß sie in der ABO beantwortet werden. Es kann also durchaus sein ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit dem Dr. Sacek zu tun gehabt?

Dr. **Glaninger:** Dr. Zacek ist Leiter des Rechnungswesens in der AKPE. Natürlich habe ich mit ihm zu tun.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War das für Sie ein hochqualifizierter Mitarbeiter?

Dr. **Glaninger:** Der Dr. Zacek ist als Buchhalter und Rechnungsprüfer ein sicher sehr guter Mann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Warum hat dann die AKPE die Buchhaltung außer Haus gegeben?

Dr. **Glaninger:** Der Dr. Zacek leitet ja die Buchhaltung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Warum hat er es dann außer Haus machen lassen? War Ihnen bekannt, daß die AKPE den Dr. Zacek eigentlich loswerden wollte?

Dr. **Glaninger:** Es ist mir nicht bekannt. Es ist mir auch nicht bekannt, daß sie ihn jetzt loswerden will.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist Ihnen bekannt, durch welche Interventionen er zur AKPE gekommen ist?

Dr. **Glaninger:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren Sie je in Liechtenstein?

Dr. **Glaninger:** Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie oft?

Dr. **Glaninger:** Einmal.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mit wem?

Dr. **Glaninger:** Von der AKPE war der Dipl.-Ing. Winkler mit, vom Hygiene-Institut war — den Namen weiß ich jetzt nicht auswendig ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Bei wem waren Sie denn da?

Dr. **Glaninger:** Bei der Firma Howald.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und was haben Sie bei der gemacht?

Dr. **Glaninger:** Es hat ein Projekt gegeben Müllverbrennungsanlage im AKH, und wir haben dort einen Kessel für Müllverbrennung angeschaut. Die Firma Howald hat ein Projekt gemacht für eine Müllverbrennungsanlage. Und diese Geräte werden in Liechtenstein produziert, in Vaduz.

Abg. **Bergmann:** Mit den Firmen Techmed haben Sie je was zu tun gehabt?

Dr. **Glaninger:** Mit der Techmed ja, und zwar deshalb, weil die Firma Techmed einige Zeit die Vertretung des Leibschüsselspülers Austromat hatte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer ist denn da Ihnen gegenübergetreten als Techmedvertreter?

Dr. **Glaninger:** Der Herr Enerwitschläger.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Als Techmedvertreter?

Dr. **Glaninger:** Entschuldigen Sie. Das habe ich jetzt durcheinandergebracht. Nein. Mit der Techmed insofern, als ich den Herrn Versloot gekannt habe, der Mitarbeiter in der ABO war, wo es öfters Berührungspunkte gegeben hat, und auch den Herrn Korbel.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat sich der Herr Versloot als Eigentümer der Techmed ausgewiesen?

Dr. **Glaninger:** Ich habe mit dem Herrn Versloot und dem Herrn Korbl an sich ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Konrad Versloot?

Dr. **Glaninger:** Kann sein. Ich kenne ihn nur als Versloot, der mit dem Bart.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit einem Herrn Mitchell einmal etwas zu tun gehabt? Chase-Manhattan?

Dr. **Glaninger:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sagt Ihnen Baudata etwas?

Dr. **Glaninger:** Ja. Ich war sogar einmal in Hamburg. Das war ½ Monat, nachdem ich bei der AKPE eingetreten bin. Wir haben uns bei der „Neuen Heimat" angeschaut im wesentlichen das Netzplanprogramm, das Sinet-Programm.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie sind Sie denn auf die Neue Heimat gekommen?

Hr. **Glaninger:** Wir haben zu diesem Zeitpuntk Medplanprogramme gesucht, und da war bekannt, daß die Neue Heimat, ich glaube, sogar von der Firma Siemens ist die Empfehlung gekommen, für dieses Medplan-Programm die meiste Routine hat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Firma Plantech oder Geproma hat so etwas nie angeboten?

Dr. **Glaninger:** Nein, ist mir nicht bekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie überhaupt nie ein Offert gesehen?

Dr. **Glaninger:** Von der Firma Plantech. Nein.

Abg. **Bergmann:** Geproma auch nicht? Sie wissen aber mittlerweile, wer die Firmen sind?

Dr. **Glaninger:** Ja.

Abg. **Bergmann:** Was haben Sie denn mit der Mediplan zu tun gehabt?

Dr. **Glaninger:** Der Auftrag ORB war geteilt zwischen Riethmüller und Mediplan. Mediplan hatte seinen Part zu behandeln, und Riethmüller hatte seinen Part zu behandeln. Und im Rahmen dieser ORB-Planung, die Leute waren ja sehr oft da, haben die Struktur des Spitals ...

Abg. **Bergmann:** Woher kam denn der Widerstand gegen den Professor Riethmüller?

Dr. **Glaninger:** Der Riethmüller hatte nie gute Kritiken. Das reicht auch zurück, wenn man alte Protokolle aus dem Spitzenausschuß liest. Ich glaube, die Kritik an Professor Riethmüller ist schon sehr alt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Können Sie sich erklären, warum es ihn dann immer gibt, obwohl die Kritik schon so alt ist?

Dr. **Glaninger:** Eine Erklärung kann man schon geben. Ich würde meinen, daß bei Professor Riethmüller trotz der Kritik doch ein so breites Projektwissen vorhanden ist, daß man nicht so leicht aufgeben kann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sind Sie Mitglied des Club 45?

Dr. **Glaninger:** Nein.

Obmann-Stellvertreter **Mühlbacher:** Keine Frage mehr an den Herrn Zeugen. — Dann danke ich dem Herrn Zeugen. *(Dr. Glaninger verläßt den Saal.)*

Schluß der Sitzung: 21 Uhr

29. Sitzung: 5. März 1981

Beginn: 9 Uhr 10 Minuten

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl** eröffnet die Sitzung.

Zeugeneinvernahme von Dr. Hellmuth Klauhs

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Zeuge! Sie sind vor den Untersuchungsausschuß des Nationalrates gebeten worden, weil der Untersuchungsausschuß vom Plenum des Nationalrates einen dreiteiligen Auftrag hat.

Erstens einmal zu untersuchen die Vergabe des sogenannten Betriebsorganisationsauftrages an die Arbeitsgemeinschaft Betriebsorganisation und alle Fragen im Zusammenhang damit. Zweitens die Aktivitäten der Firma Siemens mit eventuellen illegalen Zuwendungen und Subaufträgen.

Und drittens Parteienfinanzierung.

Das war der Auftrag des Nationalrates. Der Untersuchungsausschuß hat sinngemäß die

Strafprozeßordnung anzuwenden, und hier sind insbesondere für Sie als Zeuge die Bestimmungen des § 153 Strafprozeßordnung von Bedeutung. *(Obmann-Stellvertreter Ing. Hobl verliest den Wortlaut des § 153 StPO.)*

Ich bitte Sie jetzt um Ihre Generalien: Name, Geburtsdatum, Wohnort, Beruf.

Dr. **Klauhs:** Dr. Hellmuth Klauhs, geb. am 27. 3. 1928 in Wien, Bankangestellter, verheiratet, römisch-katholisch, österreichischer Staatsbürger, Wohnort Wien II., Ferdinandstraße 28.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Zeuge! Die Fragen haben Sie wahrheitsgemäß zu beantworten.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! In welcher Zeit waren Sie Bundesfinanzreferent der Österreichischen Volkspartei?

Dr. **Klauhs:** Meiner Erinnerung nach war ich es von 1969 bis 1976.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Nicht 1977?

Dr. **Klauhs:** Nein.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Dr. Gruber hat angegeben: 1977.

Dr. **Klauhs:** Ich glaube, der Parteitag, bei dem er gewählt wurde, war im März 1977.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Also doch: „März 1977" war das von ihm genannte Datum. War zwischen Gruber und Ihnen noch jemand?

Dr. **Klauhs:** Nein, es war niemand dazwischen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Also da müßte 1977 richtig sein?

Dr. **Klauhs:** Ja.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Hatten Sie eine andere Funktion in der ÖVP, und haben Sie eine andere Funktion heute noch?

Dr. **Klauhs:** Nein.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Woher hatten Sie Ihre Kenntnisse über die sogenannte Rabelbauer-Affäre, und zwar in der Richtung, daß Herr Rabelbauer eine Geldübergabe versprochen hat und daß diese Geldübergabe tatsächlich durchgeführt wurde?

Dr. **Klauhs:** Alles, was ich darüber weiß, weiß ich aus den Zeitungen. Ich kenne Herrn Rabelbauer nicht, ich habe nie Kontakt mit ihm gehabt.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Haben Sie Kenntnis davon, daß Herr Rabelbauer ursprünglich zugesagt hat, es werde eine Spende Vorarlberger Industrieller geben? Kennen Sie den Kreis, der dafür in Frage kommt?

Dr. **Klauhs:** Nein. Wie gesagt: Alles, was ich drüber weiß, weiß ich aus den Zeitungen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Wissen Sie aus eigener Erfahrung, daß das Geld allein von den Firmen der Firmengruppe Rabelbauer stammt?

Dr. **Klauhs:** Ich kann dazu nichts sagen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Wissen Sie etwas, wer das Parlamentstreffen in den Abendstunden im September organisiert hat?

Dr. **Klauhs:** Nein. Wann war das übrigens? Das muß nach meiner Ära wahrscheinlich gewesen sein.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Ich frage Sie nur, ob Sie etwas davon wissen. Mir genügt die Antwort ja oder nein.

Dr. **Klauhs:** Nein.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Dann werden Sie wahrscheinlich auch auf die folgenden Fragen negativ antworten.

Kennen Sie die Form, in der das Geld übergeben wurde? — Immer aus eigener Erfahrung.

Dr. **Klauhs:** Aus eigener Erfahrung: Nein.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Eine andere Frage: Ist es zu Ihrer Zeit, als Sie Finanzreferent der Bundes-ÖVP waren, vorgekommen, daß in dieser Art — mit Koffer oder ähnlich — Ihnen Geld überreicht wurde?

Dr. **Klauhs:** Nein. Mir nicht.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Wie wurden zu Ihrer Zeit solche Spenden verbucht?

Es wurde hier festgestellt, daß ein Angestellter — soweit ich es in Erinnerung habe — diese Spendenbeträge übernommen hat und keine Angaben in der Buchhaltung über die Spender selbst enthalten sind. War das zu Ihrer Zeit der übliche Vorgang?

Dr. **Klauhs:** Der übliche Vorgang war bitte der, daß wir natürlich versucht haben — meistens im Zusammenhang mit Wahlkämpfen, aber natürlich auch so —, um Spenden bemüht zu sein: Von Inseraten angefangen bis zu verschiedenen Besuchen bei Leuten, von denen wir geglaubt haben, daß sie unserer Gesinnungsgemeinschaft angehören und bereit sind, etwas zu tun. Diese haben wir besucht, haben sie gebeten, für uns etwas zu tun, oder wir haben Mittagessen mit Ihnen gehabt und haben sie gebeten, Parteispenden zu geben. Die sind dann von dem Jeweiligen, der diese Dinge gemacht hat, in die Buchhaltung — bzw. wir haben eine eigene Finanzabteilung gehabt —

gegeben worden. Dort sind sie meines Wissens nach ordnungsgemäß verbucht worden, sind in die Bücher eingegangen und sind dann in den entsprechenden Bilanzen ausgewiesen worden.

Wieweit jetzt bitte bei jeder Buchung danebengestanden ist, von wem usw., da muß ich ehrlich sagen: Diese technische Frage war meiner Ingerenz entzogen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Ich darf das vielleicht etwas einschränken. Ich meine nicht die landläufigen Spenden von 50 S und von 100 S oder von 1 000 S, sondern ich meine größere Spenden. Sie als Finanzreferent haben sicherlich gewußt, wenn namhaftere Beträge eingegangen sind.

Dr. **Klauhs:** Leider Gottes kann ich mich in meiner Ära kaum an Spenden erinnern, die über einen Betrag von 100 000 S hinausgegangen sind. Ich hätte mich gefreut, sie zu bekommen. — Bei denen ist genauso vorgegangen worden.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Können Sie sich daran erinnern, daß Ihnen Spenden in fremder Währung übergeben wurden oder daß in Ihrer Zeit der Partei Spenden in fremder Währung übergeben wurden?

Dr. **Klauhs:** Nein, kann ich mich nicht erinnern.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Sie sind Vorstandsvorsitzender der Genossenschaftlichen Zentralbank.

Dr. **Klauhs:** Ja.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Es wurde uns von Zeugen ausgesagt, daß für die Rückgabe der 10 Millionen Schilling an den Herrn Rabelbauer bei der Genossenschaftlichen Zentralbank ein Kredit aufgenommen wurde. Ist das zutreffend?

Dr. **Klauhs:** Nachdem ich in diesem konkreten Fall schon von anderer Seite befragt wurde und ich mir eine Entbindung vom Bankgeheimnis geholt habe, kann ich das beantworten.

Die Österreichische Volkspartei hat bei uns — weil wir ja ihre Kontoverbindung sind und sie zu unserem Kundenkreis zählt; wir würden das natürlich bei jedem anderen auch machen — am 3. September, soviel ich mich erinnern kann, einen Kreditantrag gestellt. Dieser ist bei uns im Vorstand behandelt worden. Es hat sich dabei um einen Kredit von 10 Millionen Schilling gehandelt. Der Kredit ist ordnungsgemäß verzinst mit 11½ Prozent — also absolut der Marktlage entsprechend —, und wir haben uns als Sicherheit für den Kredit, der — so glaube ich: bitte mich jetzt nicht ganz genau beim Wort zu nehmen — in fünf Jahren rückzahlbar ist, abtreten lassen, als Sicherheit den jeweiligen Anspruch der Österreichischen Volkspartei aus der Parteienfinanzierung, was also ungefähr bei dieser Größenordnung nicht einmal 10 Prozent dieses Anspruches ausmacht.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Haben Sie sich als Vorstandsvorsitzender der Genossenschaftlichen Zentralbank von den Anspruchsvoraussetzungen nach dem Parteiengesetz informiert?

Dr. **Klauhs:** Wir kennen das Parteiengesetz, ja.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Und sind Sie der Meinung, daß das Parteiengesetz eine derartige Finanztransaktion toleriert? Wissen Sie, wofür nach dem Parteiengesetz die Parteien einen Anspruch haben?

Dr. **Klauhs:** Ich glaube, daß das für uns nicht eine Frage von maßgebender Bedeutung war. Das war eine formelle Sicherheit. In Wirklichkeit nehme ich an — und wußte das aus meiner früheren Erfahrung —, daß die ÖVP ja sehr viele Einnahmen aus den Teilorganisationen, aus den Mitgliedsbeiträgen usw. hat — diese sind aber relativ schwer einer Bank gegenüber verpfändbar —, sodaß ich also annehme, daß die Österreichische Volkspartei das sicher aus ihren sonstigen Einnahmen zurückgezahlt hat bzw. zurückzahlen wird. Für uns ist das eine formelle Sicherheit gewesen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Das heißt, Sie teilen meine Bedenken, daß nach dem § 2 Parteiengesetz ja eigentlich die Gaben, die vom Bund kommen, nur für Öffentlichkeitsarbeit verwendet werden dürfen und nicht zur Absicherung eines Kredites.

Dr. **Klauhs:** Das ist eine Frage des Kreditnehmers, nicht aber eine solche, die wir zu entscheiden haben.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Es kommt doch für Sie als Bankdirektor aber darauf an, welche Bonität ein Kreditnehmer hat. Denn wenn in Zweifel gezogen werden kann, ob diese Forderung zu Recht besteht, nämlich in diesem Zusammenhang, dann sind Sie ja letzten Endes derjenige, der draufzahlen kann.

Dr. **Klauhs:** Nur bitte ist das nicht eine Frage, die der Vorstand der GZB zu beurteilen hat, sondern eine Frage, die den Kreditnehmer angeht.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Wenn Ihnen ein anderer Kunde eine Zession gibt, prüfen Sie ja auch diese Zession, nehme ich an. Es handelt sich doch de facto um eine Zession.

Dr. **Klauhs:** Nein, eine Zession war es nicht. Das ist nur eine Erklärung. Also zediert ist die Forderung nicht. Denn zediert ist in meinen

Augen rechtlich eine Forderung, daß man den Drittschuldner verständigt.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Dann besteht ja keine Sicherheit für Sie darin.

Dr. **Klauhs:** Doch. Außer ich bin der Meinung, der Kreditnehmer ist ein Betrüger.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Nein. Außer, daß Sie der Meinung sind, die Österreichische Volkspartei hat eine ausreichende Bonität.

Dr. **Klauhs:** Dieser Meinung waren wir.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Okay! Jedenfalls als Sicherheit kann man dann im banküblichen Sinn diese Übertragung nicht ansprechen.

Dr. **Klauhs:** Doch. Denn in dem Moment, wo der Kreditnehmer kein Betrüger ist, ist er ja auf alle Fälle daran gebunden, uns gegenüber, nicht im Außenverhältnis, solange das nicht nach außen deklariert wird.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Der Kreditnehmer ist gebunden, Ihnen das Geld zurückzuzahlen.

Dr. **Klauhs:** Richtig.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Aber mir geht es ja darum, ob Sie irgendwelche Sicherheiten, wie es im Bankgeschäft üblich ist, daraus ableiten könnten. Formelle Sicherheiten.

Dr. **Klauhs:** Formelle Sicherheit ja. Denn in dem Moment, wo die Rückzahlung nicht erfolgt, wären wir in der Lage gewesen, auf diese Sicherheit zu greifen. Wir von der Bank aus. Wie das die Österreichische Volkspartei gemacht hätte, ist eine Frage, die wir nicht zu beurteilen hatten. Für uns würde ich sagen: Die Österreichische Volkspartei hat in meinen Augen eine gute Bonität, und als formelle Sicherheit haben wir uns zusätzlich — genauso wie der Ehegatte mitverpflichtet wird oder wie sonstige Wechselverpflichtungserklärungen unterschrieben werden — auch das geben lassen. Wohlwissend, daß menschlicher Voraussicht nach ...

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Entschuldigung, wenn ich Sie unterbreche. Sie vermengen hier etwas: Denn wenn ein Ehegatte als Bürge unterschreibt, ist das rechtlich ganz etwas anderes, als wenn Sie sagen, es wird mir geschrieben, ich habe von irgendwo etwas zu bekommen. Das entbindet mich nicht von meiner Schuld. Aber gegen den, von dem ich etwas zu bekommen habe, habe ich keinerlei Handhabe, etwas zu fordern. Vom Bürgen hingegen kann ich wohl fordern.

Dr. **Klauhs:** Allerdings erst in dem Moment, wo die Drittschuldnerverständigung hinausgeht.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Ich weiß es. Ich bin daher richtig mit der Ansicht, daß es sich hier um keine Sicherheit handelt, sondern nur um eine Abrundung.

Dr. **Klauhs:** Sicher. Ja.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Ich habe nichts dagegen, daß die GZB, die Genossenschaftliche Zentralbank, der Auffassung ist, daß die ÖVP die notwendige Bonität besitzt. Ich bin auch dieser Meinung und glaube, die ÖVP wird Sie auch nicht im Stich lassen. Ich möchte nur feststellen, daß hier von einer banküblichen Sicherheit nicht gesprochen werden kann.

Dr. **Klauhs:** Ich würde sagen, daß bei einem Vertrauensverhältnis zwischen Kunden und Bank es im Bankverkehr absolut üblich ist, vielleicht 100 Prozent rechtlich einklagbare oder liquidierbare Sicherheiten entgegenzunehmen. Leider besteht der Großteil der Banksicherheiten aus ähnlichen Formen. Denn jede Zession, die dem Drittschuldner gegenüber nicht offengelegt wird, ist in meinen Augen genauso zu bewerten. Aber ich glaube: Wir streiten um des Kaisers Bart. Es ist ja sicher keine entscheidende Frage.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Wir streiten nicht, Herr Zeuge. Denn Sie wissen genau, wo ich hinauswill, und Sie versuchen, das mit eleganten Worten zu verschleiern, um es vornehm auszudrücken. Mir geht es darum, ob Sie eine bankmäßige Sicherheit haben.

Dr. **Klauhs:** Herr Vorsitzender! Ich darf bitten: „Verschleiern" möchte ich wirklich nichts.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Ich nehme diesen Ausdruck zurück. Ich wollte Ihnen durchaus nicht nahetreten. Das ist nicht meine Absicht.

Dr. **Klauhs:** Danke.

Abg. **Bergmann** (ÖVP) *(zu Abg. Dr. Kapaun):* Weil Sie immer Zwischenrufe machen: Was hat das mit dem Untersuchungsthema zu tun? — Was hatten Ihre Fragen damit zu tun? — Nicht als Einspruch, sondern nur als Zwischenruf. Ich hätte gern geklärt, was die Frage der Besicherung eines Kredits mit dem Untersuchungsauftrag dieses Ausschusses zu tun hat.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Das leitet sich davon ab, daß wir der Auffassung sind, daß Firmen des Herrn Rabelbauer bzw. die Firmengruppe Rabelbauer am AKH beteiligt waren. Und alles, was mit diesem Geld Rabelbauer zu tun hat, interessiert uns. Die ganze Transaktion in diesem Zusammenhang, Herr Bergmann. Ihre Fragen gehen noch viel tiefer.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie machen ja immer Zwischenrufe dieser Art.

196 von 372 670 der Beilagen XV. GP - Ausschussbericht NR - Anlage Band 6 (Seite 1587b bis 1937a) (gescanntes Original)

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Sie sind ein Mann mit vielen Funktionen. Soweit ich weiß, sind Sie in Ihrer Hauptfunktion Vorstandsvorsitzender der Genossenschaftlichen Zentralbank.

Dr. **Klauhs:** Ja.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Generaldirektor des Raiffeisenverbandes.

Dr. **Klauhs:** „Generaldirektor" kann man nicht sagen. Es gibt einen auf 5 Jahre gewählten Funktionär aus dem Bereich der Raiffeisenorganisation, der für diese Zeit die Funktion eines Generalanwalts — ein netter Titel — hat, der in diesem Sinne sozusagen der Sprecher der gesamten Organisation ist. Das bin ich bitte auch.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): „Generalanwalt" ist die richtige Bezeichnung.

Dr. **Klauhs:** Generalanwalt des Österreichischen Raiffeisenverbandes.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Sie sind Vorstandsvorsitzender der Raiffeisen-Finanzierungs AG?

Dr. **Klauhs:** Ja. Das ist faktisch eine in Personalunion geführte ausgegliederte Gesellschaft der Genossenschaftlichen Zentralbank, die die einzige Aufgabe hat, Anleihen zu begeben und die Anleiheerlöse zu placieren.

Abg. Dr. **Kapaun:** Geschäftsführer der Agrar-Holding Ges. m. b. H.

Dr. **Klauhs:** In der Agrar-Holding sind meines Wissens nach drei Gesellschafter vereinigt, die gemeinsame Beteiligungen an Zuckerfabriken halten.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Und Sie sind Geschäftsführer?

Dr. **Klauhs:** Einer der drei, weil die Genossenschaftliche Zentralbank eben beteiligt ist daran.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Aufsichtsratvorsitzender bei der Honeywell-Bull AG.

Dr. **Klauhs:** Ja.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Aufsichtsratvorsitzender der Raiffeisenbank, reg. Gen. m. b. H., Wien.

Dr. **Klauhs:** Ja. Das ist die Primärgenossenschaft am Wiener Platz.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Aufsichtsratvorsitzender der Allgemeinen Warenhandels- und Beteiligungsges. m. b. H.

Dr. **Klauhs:** Das ist die Kapitalbeteiligungsgesellschaft unseres Sektors.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Aufsichtsratvorsitzender der Raiffeisenbausparkasse.

Dr. **Klauhs:** Ja, deren erster Geschäftsführer ich gewesen bin und die wir mit ins Leben gerufen haben und an der unser Institut in erklecklichem Umfang beteiligt ist, sodaß die Wahrung der Interessen des Eigentümers dort notwendig ist.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Keine Vorwürfe an der Aufzählung, bitte.

Dr. **Klauhs:** Alles aus dem Personenkompaß.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Wir haben bitte den Personenkompaß hier nicht zur Hand.

Aufsichtsratvorsitzender-Stellvertreter der Sparinvest-Kapitalanlagen Ges. m. b. H.

Dr. **Klauhs:** Ja.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Aufsichtsratvorsitzender-Stellvertreter der Raiffeisen-Versicherungs AG.

Dr. **Klauhs:** Ja.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Aufsichtsratvorsitzender-Stellvertreter der Beteiligungs-Finanzierungs AG.

Dr. **Klauhs:** Ja. Das ist die Gemeinschaftsgründung aller österreichischen Banken.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Und Aufsichtsratvorsitzender-Stellvertreter der Schoeller-Holding AG.

Dr. **Klauhs:** Ja. *(Zwischenrufe von Ausschußmitgliedern der ÖVP.)*

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Ich wollte da nicht hinaus. Mir ist es egal, welche Funktionen der Herr Zeuge hat. Ich wollte nur feststellen ob diese Angaben stimmen.

Herr Zeuge! Haben diese Firmen irgendein Naheverhältnis zur Allgemeinen Warenhandels- und Beteiligungsges. m. b. H.? Haben diese Firmen Aufträge beim AKH erhalten?

Dr. **Klauhs:** Nein.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Haben Firmen ...

Dr. **Klauhs:** Bitte: Diese Allgemeine Warenhandels- und Beteiligungsgesellschaft ist meines Wissens nach unsere eigene Kapitalbeteiligungsgesellschaft. Zu der hat natürlich die GZB ein Naheverhältnis.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Das meine ich nicht. Das ist mißverständlich.

Ich meine Firmen, die ein Naheverhältnis zur Allgemeinen Warenhandels- und Beteiligungsges. m. b. H. haben, also Firmen, die ich nicht genannt habe.

Dr. **Klauhs:** Nein.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Keine Beteiligung dieser Firma an anderen Firmen, die einen Auftrag haben?

Dr. **Klauhs:** Nein.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Gibt es nicht.

Dr. **Klauhs:** Nein, gibt es nicht.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Haben Firmen, an denen der Raiffeisenverband direkt oder indirekt beteiligt ist, Aufträge beim AKH erhalten?

Dr. **Klauhs:** Nein, meines Wissens nach nicht.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Hat die Agrar-Holding Aufträge beim AKH erhalten?

Dr. **Klauhs:** Die hat nur die Aufgabe, die Beteiligungen im Zuckerbereich zu halten. Sonst überhaupt keine Aufgabe.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Honeywell-Bull?

Dr. **Klauhs:** Ich weiß nichts. Aber bitte: Da müßte man den Vorstand befragen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Firmen, die in der Schoeller-Holding vereinigt sind?

Dr. **Klauhs:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge! Haben Sie je für eine Firma interveniert, damit sie beim AKH Aufträge erhält?

Dr. **Klauhs:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Seit wann sind Sie denn Geschäftsführer der Firma AWF?

Dr. **Klauhs:** Ich bin es nicht mehr. Ich habe dort meine Funktion zurückgelegt, als ich Generalanwalt des Raiffeisenverbandes geworden bin, weil ich dann begonnen habe, alle meine Funktionen abzubauen. Ich habe auch dort die Funktion eines nebenamtlichen Geschäftsführers zurückgelegt. Diese Gesellschaft ist ja eine Gemeinschaftsgründung der Volksbanken und der Raiffeisenorganisation, um Firmen, Kunden usw. in organisationstechnischer Hinsicht — EDV, Rechnungswesen, Organisationsstruktur, Kredit- und Investitionsberatung usw. — eben zu beraten. Das heißt: Das ist eine reine Firma, die wir für die Beratung der uns angeschlossenen Volksbanken und Raiffeisenkassen gegründet haben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie über die Gründung der MED-CONSULT irgendwelche Informationen besessen?

Dr. **Klauhs:** Überhaupt keine, außer was man in der Öffentlichkeit hört.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit Dr. Drennig je darüber geredet?

Dr. **Klauhs:** Nie.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): AKH-Aufträge für Firmen Ihres Bereichs?

Dr. **Klauhs:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie je Entscheidungen zu treffen gehabt, die im Zusammenhang mit AKH-Aufträgen gehandelt worden sind?

Dr. **Klauhs:** nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben auch keine Aufträge zu vergeben gehabt?

Dr. **Klauhs:** Ich?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja.

Dr. **Klauhs:** Nein.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Generaldirektor! Hinsichtlich AWF haben Sie schon eine Frage des Herrn Kollegen Bergmann gehabt.

Haben Sie seinerzeit als Geschäftsführer der AWF Kontakt gehabt mit Herrn Direktor Dr. Drennig wegen eines eventuellen Engagements, der AWF bei der Betriebsorganisationsplanung des Allgemeinen Krankenhauses?

Dr. **Klauhs:** Nein.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Haben Sie nicht gehabt?

Dr. **Klauhs:** Nein.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Wissen Sie aus Ihrer damaligen Geschäftsführertätigkeit, ob einer der drei anderen Mitgeschäftsführer einen solchen Kontakt gehabt hat?

Dr. **Klauhs:** Soviel ich mich bitte erinnern kann — und das liegt sehr weit zurück — war die AWF, wie es ja durchaus legitim ist, bemüht, Aufträge überall zu bekommen: Von Kreditinstituten, von Firmen. Und einmal, kann ich mich erinnern, hat der hauptberufliche Geschäftsführer auch berichtet, daß er sich bemüht, mit dem AKH in Verbindung zu treten. Das war im Zusammenhang mit einer langen Liste von Unternehmungen, die eben um Aufträge angesprochen werden. Das ist meine einzige Erinnerung daran.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Wer war der hauptberufliche Geschäftsführer?

Dr. **Klauhs:** Das war damals, glaube ich, ein Herr Stadlmann *(phonetisch.)* Jetziger Geschäftsführer ist der Herr Grasl *(phone-*

tisch), der die Aufzeichnungen darüber haben müßte:

Obmann-Stellverteter Ing. **Hobl:** Herr Generaldirektor! Es ist überhaupt nichts Unanständiges, wenn sich irgendwer bewirbt um einen Auftrag. Auch beim Bau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien nicht. Und auch wenn man einen Auftrag erhält, ist das nichts Ehrenrühriges. Also da bin ich schon der Meinung, die auch Sie haben, daß man sich da durchaus bewerben kann.

Haben Sie in dieser Frage mit dem Herrn Vizebürgermeister Busek Kontakt gehabt persönlich?

Dr. **Klauhs:** Nie. Nein.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Auch nicht. — Dann hätte ich nur noch die Frage: Wer waren die Gesellschafter; Volksbanken und Raiffeisen?

Dr. **Klauhs:** Zu 50 Prozent die Österreichische Volksbanken AG, zu 50 Prozent die Genossenschaftliche Zentralbank AG.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Und das ist auch heute noch so?

Dr. **Klauhs:** Das ist auch heute so. Die Firma hat ihren Namen etwas geändert, weil wir die Management-Gesellschaft des Volksbankensektors, die nach den Kufsteiner Ereignissen ziemlich bedeutungslos geworden ist, mit der AWS fusioniert haben.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Generaldirektor! Sind sie jetzt noch in irgendeinem Organ?

Dr. **Klauhs:** Der AWF?

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ja.

Dr. **Klauhs:** Nein.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Hat Ihnen der Herr Grasl *(phonetisch),* der Geschäftsführer, nichts erzählt, daß sich die Firma neuerlich um die Fortsetzung des Betriebsorganisationsauftrages beim AKH im Rahmen eines Konsortialangebotes mitbeworben haben?

Dr. **Klauhs:** Davon weiß ich nichts.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Darüber wissen sie auch nichts.

Haben Sie mit einem Abgeordneten der ÖVP, der Mitglied des Untersuchungsausschusses ist, über die Vorbereitungen der heutigen Sitzung gesprochen?

Dr. **Klauhs:** Nein.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Haben Sie mit einem von der ÖVP nominierten Experten über die Vorbereitung der heutigen Sitzung des Untersuchungsausschusses gesprochen?

Dr. **Klauhs:** Nein.

Obmann-Stellverteter Ing. **Hobl:** Mit sonstigen Personen, die im Untersuchungsausschuß vertreten sind?

Dr. **Klauhs:** Nein.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Kennen Sie das Protokoll der Sitzung des Untersuchungsausschusses vom 10. Dezember 1980?

Dr. **Klauhs:** Nein. Woher?

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Auch nicht. — Danke, Herr Zeuge.

Möchte noch einer der Herren Abgeordneten dem Herrn Zeugen eine Frage stellen? — Dies ist nicht der Fall.

Herr Generaldirektor! Dann ist Ihre Zeugeneinvernahme beendet. Ich danke, daß Sie gekommen sind. *(Dr. Klauhs verläßt den Saal. — Die Sitzung wird auf kurze Zeit unterbrochen.)*

Zeugeneinvernahme von Dipl.-Ing. Peter Stelzl

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Zeuge Professor Dr. Stelzl! Ich begrüße Sie im Untersuchungsausschuß des Nationalrates.

Der Untersuchungsausschuß hat vom Plenum des Nationalrates den Auftrag erhalten, drei Fragenkomplexe zu untersuchen: Der erste Fragenkomplex hängt mit der Auftragsvergabe an die Arbeitsgemeinschaft Betriebsorganisation zusammen.

Der zweite Untersuchungsauftrag mit Arbeiten der Firma Siemens und ungesetzlichen Zuwendungen auch von Subunternehmungen.

Und der dritte Untersuchungsauftrag ist der, ob im Zusammenhang mit Auftragsvergaben beim Bau des neuen Allgemeinen Krankenhauses illegale Parteienfinanzierung stattgefunden hat.

Herr Zeuge! Der Untersuchungsausschuß hat die Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden, für Sie als Zeuge ist insbesondere der § 153 Strafprozeßordnung von Bedeutung. *(Obmann-Stellvertreter Ing. Hobl verliest den Wortlaut des § 153 StPO.)*

Sie haben auf die Fragen, die Ihnen hier gestellt werden, wahrheitsgemäß zu antworten.

Bevor ich Sie um Ihre Generalien frage, richte ich auch die Frage an Sie, ob Sie einen Grund gehabt haben, sich von einer Verschwiegenheitspflicht entbinden zu lassen.

Dr. **Stelzl:** Nein.

Obmann-Stellverteter Ing. **Hobl:** Dann bitte ich Sie um Ihre Generalien: Name, Geburtsdatum, Beruf, Wohnort.

Dr. **Stelzl:** Dipl.-Ing. Dr. Peter Stelzl, geboren 29. April 1933 in Feldbach, Steiermark. Wohnort: Wien II, Obere Donaustraße 43. Ziviltechniker.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Danke.

Herr Zeuge! Ich möchte Sie gleich um die Beantwortung einiger Fragen bitten:

Seit wann kennen Sie Dipl.-Ing. Winter?

Dr. **Stelzl:** Etwa seit 1971 oder 1970.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Welche Aufträge führten Sie für Dipl.-Ing. Winter durch?

Dr. **Stelzl:** Für Dipl.-Ing. Winter keinen.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Welche Aufträge haben Sie von der Magistratsabteilung 34 erhalten und wann?

Dr. **Stelzl:** Meines Wissens — moment, da muß ich nachsehen — von der Magistratsabteilung 34 ... Das kann ich momentan gar nicht beantworten. Ich glaube, etwa 1975.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Könnten Sie uns, Herr Zeuge, die Aufträge, die Sie in Ihrer Eigenschaft als Ziviltechniker oder in einer anderen Eigenschaft von der Magistratsabteilung 34 oder von den Wiener Heizbetrieben erhalten haben, schriftlich übermitteln?

Dr. **Stelzl:** Ja, natürlich.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Dann würde ich Sie darum bitten.

Bei Ihrer gerichtlichen Einvernahme, Herr Zeuge, führen Sie an, 1973 Geschäftsanbahnungsspesen gehabt zu haben. Können Sie uns die Höhe dieser Spesen und den Empfängerkreis nennen?

Dr. **Stelzl:** Herr Abgeordneter! Meines Wissens handelt es sich hier um etwa 30 000 S, und das beinhaltet Kalender, Kugelschreiber und dergleichen. Wenn sie einen Personenkreis von 100 bis 120 Personen ins Auge fassen, glaube ich, ist das etwa plausibel.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Zeuge! Auffallend ist nur, daß das zeitmäßig etwa mit möglichen Aufträgen der MA 34 zusammenfällt.

Dr. **Stelzl:** Bitte, das hat damit nichts zu tun.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Welche Leistungen, Herr Zeuge, erbrachten Sie für die AKPE und die APAK? Also da würden mich interessieren die Titel dieser Aufträge und wie groß das Honorarvolumen war?

Dr. **Stelzl:** Ich darf auf den einen „profil"-Artikel verweisen, der mit Ausnahme einer einzigen Arbeit diese Arbeiten aufzählt. Der „profil"-Artikel zählt eine Arbeit zuviel auf, worüber wohl ein Angebot gelegt worden ist, aber kein Auftrag erging. Von seiten der APAK kann ich mich an keinen Auftrag erinnern.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Können Sie uns sagen, welcher Auftrag zuviel in dieser Aufstellung genannt ist?

Dr. **Stelzl:** Ja, das kann ich Ihnen sagen: Schäden an Kinderpsychiatrie 1—4. Es waren lange Verhandlungen und eine lange Phase der Anbotlegung, aber es führte zu keinem Auftrag aus mir nicht bekannten Gründen.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Zeuge! Von wem erhielten Sie den Auftrag zur Gutachtenerstattung betreffend die Telephonanlage Allgemeines Krankenhaus, also Neubau?

Dr. **Stelzl:** Ich darf bitten: Eines Auftrages für die Telephonanlage Allgemeines Krankenhaus kann ich mich nicht entsinnen.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ein Gutachten! Ein Gutachten abzugeben, Herr Zeuge!

Dr. **Stelzl:** Nein, nein, ist nicht geschehen.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Sie haben nie eine Frage erhalten von der AKPE oder von der APAK — Sie haben zuerst gesagt, die APAK hat Ihnen nie Aufträge gegeben —, also von der AKPE, sich zu den Anboten zu äußern, die der Telephonbauer gemacht hat?

Dr. **Stelzl:** Nein, ich habe Anbote dieser Art im Reiche der AKPE nie gesehen.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Haben Sie für die Firma ITT gutachterische Tätigkeiten für Telephonanlagen entwickelt?

Dr. **Stelzl:** Nein, auch nicht.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** In welchen Fällen — außer jenen, die Sie da aus einem Zeitschriftenartikel zitiert haben — sind Sie von der AKPE zur Gutachtenerstattung herangezogen worden? Sind das alle gewesen, oder hat es doch noch mehrere Gutachten gegeben, zu deren Abgabe Sie von der AKPE aufgefordert wurden?

Dr. **Stelzl:** Nein, meines Wissens ist das vollständig. Im Gegenteil, es sind Druckunkosten von Broschüren dort als Auftrag ebenfalls aufgeführt.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ich

bekomme hier, Herr Zeuge, den Hinweis, daß ein Beschäftigter der Firma AUSTROPLAN bei Gericht ausgesagt hat. Auf die Frage, ob ihm bekannt ist, daß hinsichtlich der Telephonanlage ein Gutachten eingeholt wurde, hat der AUSTROPLAN-Mann angegeben, daß er weiß, daß Dr. Stelzl herangezogen wurde. Soviel ich mich erinnere, ging es darum, festzustellen, ob eine Siemens-Telephonanlage oder eine ITT-Telephonanlage technisch günstiger wäre. Also meine Frage resultiert einfach aus der Kenntnis eines Einvernahmeprotokolls vor Gericht in diesem Zusammenhang.

Dr. **Stelzl:** Im Rahmen der AKPE sicherlich nicht.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Hat dann die AUSTROPLAN ...

Dr. **Stelzl:** Ich kenne die AUSTROPLAN nicht.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Jetzt gibt es dann noch eine sichergestellte Unterlage der Wirtschaftspolizei über APAK-Unterlagen. Da heißt es in einem Punkt 5: Gutachten von Dipl.-Ing. Professor Stelzl vom 20. Mai 1976 betreffend die Grundlagen für die Ausschreibung — also das ist eine andere Art des Gutachtens —, unter anderem: Es wird hinsichtlich der Fernsprechstellenanlagen ein zentralgesteuertes System empfohlen.

Dr. **Stelzl:** Das ist richtig. Das ist aber etwas anderes.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ja, ja, ich habe ja ausdrücklich gesagt: Ein Gutachten für Grundlagen der Ausschreibung haben Sie für die AKPE erstellt.

Dr. **Stelzl:** Ja!

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Oder für die APAK?

Dr. **Stelzl:** Nein, für die AKPE.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** ... haben Sie es erstellt.

Dr. **Stelzl:** Ja.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Und Sie sind der Meinung, daß dieses Gutachten auch in der Zeitschriftenaufstellung enthalten ist?

Dr. **Stelzl:** Ja.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Könnten Sie mir sagen, welches das ist? Denn ich lese hier nur: Ein Gutachten vom 23. 7. 1973, Kodierung Gebäudeausrüstung, Broschüre Anlagekennzeichnung, Gutachten optimale Ausschreibung.

Dr. **Stelzl:** Das ist es, bitte.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Das ist es. Vom 24. 2. 1976.

Dr. **Stelzl:** Im Jahre 1976.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Der Auftraggeber war die AKPE. Und wer war da Ihr Gesprächspartner für diesen Auftrag?

Dr. **Stelzl:** Das waren in der Regel jene Referenten, die hiefür zuständig sind.

Obmann-Stellvertreter Ing **Hobl:** Ein Vorstandsdirektor hat mit Ihnen darüber nicht gesprochen?

Dr. **Stelzl:** Herr Abgeordneter! Es ist möglich, daß er mit mir darüber gesprochen hat. Die eigentlichen Gespräche waren immer mit dem zuständigen Referenten und mit den Kaufleuten.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Wer war in dem Fall der Ausschreibungsunterlagen für die Telephonanlage der zuständige Referent und Kaufmann?

Dr. **Stelzl:** Der zuständige Referent, soweit ich mich erinnere, heißt Ing. Hameder *(phonetisch)*. Der Kaufmann — das kann ich nicht sagen, die haben sich mehrfach verändert — war vielleicht Dr. Lederbauer *(phonetisch)*.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Von wem, Herr Zeuge, haben Sie den Auftrag zur Gutachtenerstattung betreffend audiovisuelle Einrichtungen im AKH erhalten?

Dr. **Stelzl:** Vom Aufsichtsrat der Gesellschaft.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Der Aufsichtsrat der Gesellschaft genehmigt ja in der Regel nur Vorstandsanträge, und der Vorstand gibt dann die Aufträge. Denn die Geschäfte führt ja nicht der Aufsichtsrat, die führt doch der Vorstand, auch bei der AKPE. Sie werden wahrscheinlich nie eine Unterschrift von einem Aufsichtsrat auf einem Auftrag an Sie nachweisen können, sondern höchstens von einem Zeichnungsberechtigten, sei er im Rang eines Prokuristen oder eines Vorstandsdirektors. Ich kann mir nicht vorstellen, daß — ich meine, der Aufsichtsrat fordert auch Gutachten ein — Sie in Zusammenhang mit den audiovisuellen Einrichtungen einen Aufsichtsratsauftrag gehabt hätten. Denkbar wäre es schon, aber ...

Dr. **Stelzl:** Herr Abgeordneter! Ich kann nur sagen, daß sich die Verhandlungen über mehr als ein Jahr hingezogen haben, daß mehrfach Gespräche — viele — sowohl mit den — ich nenne es so — Kontrollorganen der APAK als auch mit dem vorhin genannten Dr. Lederbauer und anderen Kaufleuten stattgefunden

haben, um diesen Auftrag größenordnungsmäßig zu fixieren.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Zeuge! Es ist bekanntgeworden, daß sich bei der APAK besonders Dipl.-Ing. Winter dafür verwendet hat, daß man Sie zur Gutachtenstellung heranzieht. Wann haben Sie Gespräche mit Dipl.-Ing. Winter geführt, wo er sie informiert hat, daß er Sie gerne als Gutachter hätte? Können Sie uns darüber etwas sagen?

Dr. **Stelzl:** Nein.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Wie sind Sie zu dieser Gutachtertätigkeit aufgefordert worden? Können Sie darüber etwas sagen? Wer hat Sie da erstmalig eingeladen und gesagt: Herr Professor, wären Sie nicht in der Lage und bereit, für dieses oder jenes Gutachten zu erstatten?.

Dr. **Stelzl:** Herr Abgeordneter! Nach so langer Zeit kann man das nur in etwa beantworten. Ich wurde gefragt, ob ich — von wem, weiß ich heute nicht mehr, ob das der Ing. Hameder *(phonetisch)* war oder der Ing. Winter — in der Lage wäre, eine derartige Ausarbeitung durchzuführen. Unter einem wurde mir aber abverlangt, nachzuweisen, solche Arbeiten durchzuführen in der Lage zu sein.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Und wie haben Sie den Nachweis erbracht?

Dr. **Stelzl:** Wir haben sämtliche audiovisuelle Arbeiten der Fremdenverkehrsschule des Hotels „Modul" erbracht und auch kostensparend die vorklinischen Fächer der Universität Graz behandelt, damals über Auftrag des Bautenministeriums.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Das war sozusagen Ihre Referenzliste?

Dr. **Stelzl:** Zum Teil. Und darüber hinaus, neben diesen Gegebenheiten bin ich zufolge dieses Tuns dem Wissenschaftsministerium bekannt, und ich schließe nicht aus, daß das Wissenschaftsministerium ebenfalls diesen Wunsch hegte.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Dipl.-Ing. Winter kennen Sie seit wann, haben Sie gesagt?

Dr. **Stelzl:** Ich sagte, seit Anfang 1970, 1970/71 etwa.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Bei welcher Gelegenheit haben Sie ihn kennengelernt?

Dr. **Stelzl:** Als er ans TGM kam.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** In welcher Eigenschaft?

Dr. **Stelzl:** Als Lehrer.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Als Lehrer. Und da haben Sie rein fachlich den Kontakt gehabt? Lehrer hat es ja viele gegeben im TGM, und die werden Sie sicher alle gekannt haben. Und was hat Dipl.-Ing. Winter für einen Lehrauftrag gehabt, oder in welchem Fach war er tätig?

Dr. **Stelzl:** Nachrichtentechnische Fächer.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ja, da ist er mit Ihnen natürlich in eine gewisse fachliche Verwandtschaft gekommen. Noch bevor die AKPE gegründet wurde, hat sie Dipl.-Ing. Winter kontaktiert, denn er war ja damals auch für gewisse Installationsaufgaben beim Bau des Allgemeinen Krankenhauses zuständig? Hat er Sie da öfter um eine fachliche Meinung gefragt?

Dr. **Stelzl:** Nein.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Nie.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge! Wer hat Herrn Dipl.-Ing. Winter zur Schule hingebracht?

Dr. **Stelzl:** Hingebracht hat ihn niemand, er selbst kam von alleine meines Wissens.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wer hat ihn hinempfohlen?

Dr. **Stelzl:** Es hat ihn niemand empfohlen. Er wollte dem Bundesheer entgehen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Hat Dipl.-Ing. Winter auch für Sie Arbeiten durchgeführt?

Dr. **Stelzl:** Ja, das ist unbestritten.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): In welcher Größenordnung?

Dr. **Stelzl:** Im Jahr 1971 und im Jahr 1972 gab es acht Teilhonorarnoten von ihm, die dem Gerichtsakt beiliegen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wie hoch sind denn die? Können Sie uns das sagen?

Dr. **Stelzl:** Ich kann das auswendig nicht sagen, weil ich keine Unterlagen diesbezüglich mehr habe. Etwa 200 000 S.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Zeuge! Bei welchen Gesprächen zwischen Dipl.-Ing. Wunderer und Dipl.-Ing. Winter waren Sie dabei?

Dr. **Stelzl:** Herr Abgeordneter! Diese Frage kann ich nicht beantworten.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Sie waren bei keinem Gespräch ...

Dr. **Stelzl:** Es hat sicher Gespräche gegeben,

und zwar rein fachliche Gespräche, etwa über das Energiekonzept, über Details des Energiekonzepts, über neue Aufgabenstellungen, die im Rahmen dieses Konzepts zu behandeln sind. An andere Dinge kann ich mich nicht erinnern.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ja ich habe Sie auch nicht um bestimmte Dinge gefragt, sondern ich habe ja nur gefragt, bei welchen Gesprächen Sie dabei waren. Da meinten sie zuerst, Sie können die Frage nicht beantworten, haben aber dann doch ein paar Beispiele gebracht, was besprochen wurde, nämlich diese Energieversorgungsprobleme. An andere technische oder bauliche Probleme im Zusammenhang mit dem AKH außer jenen, die Sie mir jetzt genannt haben, können Sie sich erinnern?

Dr. **Stelzl:** Das Energiekonzept ist so breit, daß es sämtliche Versorgungsmedien primärer und sekundärer Art umfaßt.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Da haben Sie die Fragen der eventuellen Gasturbinenverwendung, der Dieselaggregate und solche Dinge besprochen?

Dr. **Stelzl:** Ja.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Aber Dipl.-Ing. Wunderer ist wahrscheinlich von der APAK der Energiemann?

Dr. **Stelzl:** Na ja, ich würde ihn als Haustechnikmann bezeichnen.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Wir haben da wieder diese gerichtliche Aufzeichnung einer Zeugeneinvernahme, in der steht: Grundsätzlich wollte Wunderer keinen Kollisionskurs, also von der APAK her, gehen, sondern suchte immer den Ausgleich mit Winter, also keinen Kollisionskurs mit dem zuständigen Vorstandsdirektor, wie es im Fall der Beauftragung des Dr. Stelzl und der Gebäudeautomation eben der Fall war. Ist Ihnen erinnerlich, daß Dipl.-Ing. Wunderer manches Mal etwas dagegen hatte, daß Sie ein Gutachten erstellen sollten, und daß er doch dann offenbar nachgegeben hat, weil es der Vorstandsdirektor Dipl.-Ing. Winter so wollte?

Dr. **Stelzl:** Nein, davon höre ich zum ersten Mal.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Das haben Sie nie gehört, und Sie haben auch nicht den Eindruck gehabt, daß es von der APAK-Seite, also von Dipl.-Ing. Wunderer her, eher nicht gerne gesehen wurde, daß sie von der AKPE als Gutachter herangezogen wurden?

Dr. **Stelzl:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren Sie bei der Gasturbinensache in Minnesota mit?

Dr. **Stelzl:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Auf den Kaimaninseln auch nicht?

Dr. **Stelzl:** Nein.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Zeuge! Wie kamen Sie zu einem Auftrag von Professor Architekt Becvar?

Dr. **Stelzl:** Das habe ich dem Gericht bereits dargelegt. Diesen Auftrag hat mir Dipl.-Ing. Winter als einzigen vermittelt. Er kam damit und sagte, daß ich dort eine Planungsarbeit verrichten könne.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Zeuge! Hat Herr Dipl.-Ing. Winter an diesem Auftrag mitgearbeitet?

Dr. **Stelzl:** Jawohl.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Das heißt: War das die einzige Arbeit, wo Sie einen Auftrag erhalten haben und Winter mitgearbeitet hat?

Dr. **Stelzl:** Nein. Mitgearbeitet hat er an mehreren Aufträgen, die anderwärts bei mir im Büro zur Arbeit anstanden.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Und haben Sie sonst an Winter-Aufträgen mitgearbeitet also umgekehrt?

Dr. **Stelzl:** Nein, ich habe ausgesagt, Winter hat an Aufträgen meines Büros mitgearbeitet. Von Winter habe ich nie einen Auftrag erhalten oder daran mitgearbeitet.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Und auf welche Weise wurde die diesen Auftrag betreffende Honorarabwicklung durchgeführt? Also Sie kriegen den Auftrag von Professor Becvar, sind der Auftragnehmer, Winter arbeitet mit. Wie haben Sie Winter honoriert?

Dr. **Stelzl:** Auf Grund einer Vereinbarung, wie viele Stunden er für die Bewältigung der Teilaufgaben benötigt.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Können Sie sich erinnern, wie groß das Honorar war und wohin Sie es überwiesen haben?

Dr. **Stelzl:** Das kann ich mich nicht, wie groß es war. Die Gesamtsumme der Arbeiten habe ich genannt. Die einzelnen Teilleistungen kann ich jetzt nicht mehr sagen. Es ist sicherlich nicht sehr groß gewesen.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Und wohin Sie die Überweisungen getätigt haben aus diesem Auftrag, wissen Sie auch nicht?

Dr. **Stelzl:** Entweder an die Erste österreichische Spar-Casse, oder ich habe es ihm gegeben.

Das sind die beiden Möglichkeiten. Andere gibt es nicht.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ist Ihnen bekannt, daß der Professor Architekt Becvar Zahlungen an die Firma PLANTECH in Liechtenstein geleistet hat?

Dr. **Stelzl:** Nein, ich hatte von diesen Firmen auch keine Ahnung, bis Zeitungsmeldungen davon berichteten.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Zeuge! Welche Arbeiten für das Allgemeine Krankenhaus, also für den Neubau, haben Sie im Rahmen der ARGE Scheiwein-Stelzl erbracht?

Dr. **Stelzl:** Das Energiekonzept, das bereits genannt worden ist.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Sind Sie Mitglied einer politischen Partei?

Dr. **Stelzl:** Ja.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ich will nicht wissen, welcher. Aber sind sie?

Dr. **Stelzl:** Ja.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Sind Sie das über den ÖAAB beispielsweise? Das interessiert mich jetzt doch.

Dr. **Stelzl:** Ja.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Haben sie Parteispenden geleistet?

Dr. **Stelzl:** Nein.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Nicht. Kennen Sie Dipl.-Ing. Hartmann?

Dr. **Stelzl:** Flüchtig. Von einer Abnahme in der Firma Koreska.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Wann war das ungefähr? In welchem Jahr?

Dr. **Stelzl:** Das könnte ich jetzt nicht sagen, es liegt einige Jahre zurück.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Sie haben nie für die Firma PLANTECH gearbeitet?

Dr. **Stelzl:** Ich habe gesagt, ich kenne diese Firmen nicht.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Haben Sie für die Firma GEPROMA gearbeitet?

Dr. **Stelzl:** Die kenne ich ebensowenig.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Haben Sie von den Firmen PLANTECH oder GEPROMA ein Honorar erhalten?

Dr. **Stelzl:** Ich kenne beide nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Doktor! Sie waren ursprünglich einmal Beschuldigter im Zusammenhang mit den Untersuchungen bezüglich des AKH?

Dr. **Stelzl:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Worauf beruhte diese Ihre Beschuldigung?

Dr. **Stelzl:** Einerseits auf Grund einer anonymen Anzeige, die also sehr wilde Dinge ausspricht, ich sei die Drehscheibe in Wien, würde meine Lehrer quälen, wenn sie nicht für mich arbeiten, und ähnliches mehr. Es werden also konkrete Details aufgeführt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber diese Dinge, ein schlechtes Verhältnis zu Ihren Lehrern und zu Ihren Kollegen, hatten mit dem AKH nichts zu tun?

Dr. **Stelzl:** Erstens hat das nichts damit zu tun, zweitens war ich sehr lang in der Personalvertretung und in der Gewerkschaft tätig. Ich glaube, daß ich ein gutes Verhältnis habe, sonst wäre nicht in Spontanreaktion ein entsprechendes Schreiben sowohl der Gewerkschaft als auch der Personalvertretung entstanden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber warum kam es dann dazu, warum wurden Sie beschuldigter? Ich verstehe das noch nicht. Können Sie das noch näher erläutern?

Dr. **Stelzl:** Zusätzlich wurde aufgeführt, ich hätte Schmiergelder bezahlt oder bekommen. Es sind alle Möglichkeiten aufgezählt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie sich vorstellen, woher diese Beschuldigungen kamen, aus welcher Richtung?

Dr. **Stelzl:** Ich kann es nicht konkret, obwohl aus meinem Gesichtskreis drei oder vier Personen hiefür in Frage kämen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich möchte Sie jetzt nicht drängen, aber sind das Personen, die irgendwo mit den Zeugeneinvernahmen beim AKH vor Gericht und hier im Untersuchungsausschuß zu tun haben oder zu tun hatten?

Dr. **Stelzl:** Ich glaube, nein. Und Sie dürfen nicht vergessen, daß ich selbst jahrelang im Disziplinarsenat der Kammer ebenfalls eine Funktion hatte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Waren das also Personen, die Sie beschuldigt haben, die außerhalb des AKH — jetzt im weitesten Sinne — stehen?

Dr. **Stelzl:** Das ist nicht auszuschließen, sowohl als auch.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können es Mitarbeiter der AKPE sein?

Dr. **Stelzl:** Ich glaube, nein

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der APAK?

Dr. **Stelzl:** Ich glaube, nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können es Mitarbeiter bei Firmen wie ÖKODATA, Consultatio sein?

Dr. **Stelzl:** ÖKODATA, Consultatio kenne ich fast nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können es Mitarbeiter von Firmen sein, die Aufträge für das AKH erhalten haben?

Dr. **Stelzl:** Ich kann es so weit nicht konkretisieren.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber Sie haben doch gesagt, daß Sie ...

Dr. **Stelzl:** Ja, ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): ... konkrete Vermutungen haben. Sie wollen das also nicht sagen, weil ...

Dr. **Stelzl:** Ich möchte nicht, es ist zu vage meinerseits. Ich kann es nicht untermauern.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wissen aber, daß es viele ungerechtfertigte Beschuldigungen in dem Zusammenhang, ...

Dr. **Stelzl:** Das ist richtig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): ... anonyme Schreiben gegeben hat, daß Personen Hausdurchsuchungen gehabt haben, nicht nur Sie, sondern auch andere, ...

Dr. **Stelzl:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): ... daß hier also irgend jemand dahintersteht, der droht, und Sie könnten uns sehr helfen, wenn sie uns hier Hinweise geben könnten. vielleicht finden wir dann auch diese anonymen Beschuldigungen. Sie wollen das nicht.

Dr. **Stelzl:** Ich kann es momentan bitte nicht, wollen schon.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gut. Welchen Kontakt hatten Sie zu Dipl.-Ing. Schild?

Dr. **Stelzl:** Kollege Schild ist der engste Mitarbeiter meiner Kanzlei. Wir haben diese auch ab 1970 gemeinsam aufgebaut und weitergebaut.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): War er freier Mitarbeiter oder war er nur Angestellter?

Dr. **Stelzl:** Er ist freier Mitarbeiter, war kurze Zeit angestellt, um den Nachweis seiner fünfjährigen Anstellung erbringen zu können.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hatte Dipl.-Ing. Schild besondere Kontakte zu Vorstandsdirektor Winter 1973, also die Zeit nach 1973, als Winter bei Ihnen bereits ausgeschieden war?

Dr. **Stelzl:** Es ist nicht auszuschließen. Das heißt also, ich weiß, daß er in den Jahren 1973 und 1974 Dipl.-Ing. Winter als freiberuflichen Mitarbeiter beschäftigt hat. Bei welchen Arbeiten, da müßte man Dipl.-Ing. Schild selbst befragen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und wäre das der Zeitraum nach 1973.

Dr. **Stelzl:** Das ist der Zeitraum nach 1972.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nach 1972. Und kann es sich dabei um Arbeiten handeln, die für das IAKW oder für das AKH geleistet wurden?

Dr. **Stelzl:** Das ist völlig ausgeschlossen. Es war von vornherein eine Bedingung, daß dies nicht der Fall sein kann und darf.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Für die MA 34 oder eine andere Abteilung des Magistrats der Stadt Wien?

Dr. **Stelzl:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie das ausschließen?

Dr. **Stelzl:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben im Protokoll vor dem Gericht erklärt, daß Sie Dipl.-Ing. Winter auch von der Technischen Hochschule kennen.

Dr. **Stelzl:** Es ist richtig, daß er mir dort als Student aufgefallen ist. Er war jedoch jahrelang dann außerhalb meines Gesichtskreises.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In welcher Form ist er Ihnen dort aufgefallen? Positiv? Negativ?

Dr. **Stelzl:** Eindeutig positiv.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Als fähiger Mann?

Dr. **Stelzl:** Als sehr zielstrebiger, fähiger Student. Es bleiben einem nicht viele in Erinnerung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie waren dort als Lehrer tätig?

Dr. **Stelzl:** Als Assistent, ja. Ich habe auch Vorlesungen gehalten und auch geprüft.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche konkreten Dinge wurden bei Ihrer Hausdurchsuchung gefunden, die auf Schmiergeldzahlungen hinweisen?

Dr. **Stelzl:** Keine.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Gar nichts. Auf Grund welcher Fakten wurde Ihr Status als Beschuldigter geändert?

Dr. **Stelzl:** Ob er schon geändert ist, weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nach meinen Informationen wäre er geändert, wären Sie nicht mehr Beschuldigter. Aber vielleicht irre ich mich.

Dr. **Stelzl:** Ich weiß es nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe nur gesagt: Das erfährt der Betroffene ja, glaube ich, gar nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie erlebt, daß im Rahmen der MA, bei Aufträgen von Magistratsabteilungen IAKW und AKH, ich meine jetzt also AKH, AKPE und die Zeit vorher, die Ministerien und die Stadt Wien, haben Sie da beobachtet, daß Aufträge, Beratungsaufträge nie ausgeschrieben wurden? Oder haben Sie beobachtet, daß solche Leistungen sehr wohl ausgeschrieben worden sind?

Dr. **Stelzl:** An Ausschreibungen über Gutachten oder Beratungen kann ich mich überhaupt nicht erinnern. Ob mehrere Angebote eingeholt worden sind, weiß ich nicht. Das müßte man beim Auftraggeber erfragen, das schließe ich nicht aus.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum können Sie es nicht ausschließen?

Dr. **Stelzl:** Weil in einigen mühevollen Anbotslegungsverfahren ein Auftrag nicht zustande gekommen ist und ein anderer Auftragnehmer zum Zuge kam.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie festgestellt, daß bei anderen Gebietskörperschaften, bei anderen öffentlichen Aufträgen Ausschreibungen für Beratungsverträge, Gutachten und dergleichen sehr wohl erfolgt sind.

Dr. **Stelzl:** Ist mir nicht bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In keinem Bereich.

Dr. **Stelzl:** Nein, ist mir nicht bekannt. Das Einholen mehrerer Anbote ist mir geläufig, eine Ausschreibung nicht. Ich glaube, es wäre auch nicht zielführend.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie kam es nicht dazu, daß Sie den Auftrag nicht erhalten haben? Das ist eine doppelte Verneinung, die Frage ist falsch. Sie haben den Auftrag Gebäudeautomationsanlage beim IAKW nicht erhalten?

Dr. **Stelzl:** Nein. Das ist richtig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Gründe waren dafür entscheidend?

Dr. **Stelzl:** Ich kann mich nicht einmal entsinnen, dort diesbezüglich gefragt worden zu sein. Ich glaube, es hat nur einmal ein mündliches Gespräch gegeben. Ich weiß es nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber Sie haben ein Angebot gelegt?

Dr. **Stelzl:** Das weiß ich heute nicht mehr, da müßte ich nachsehen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie viele Aufträge, wie viele Angebote haben Sie für die AKPE erstattet und sind dann nicht zum Zuge gekommen, ungefähr nur.

Dr. **Stelzl:** Die wesentlichsten sind: Schaffung haustechnischer Normen. Das war ein umfangreiches Kapitel. Die Projektierung der Patientenaufrufanlage, hitzebeständige Kabel, Schäden an KP 1—4, die hitzebeständigen Kabel für die Steigschächte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie ungefähr sagen, in welcher Größenordnung sich diese Angebote bewegt haben, nur ungefähr? War es 1 Million, war es weniger, war es mehr?

Dr. **Stelzl:** Die Patientenaufrufanlage war rund 1 Million. Die Schäden an KP 1 — 4 etwa 320 000 S. Die Schaffung haustechnischer Normen war noch nicht so weit gediehen, zumindest weiß ich den Betrag nicht mehr auswendig, das war sicher ein erheblich größerer Betrag. Die hitzebeständigen Kabel wurden im Zuge der Verhandlungen aus Kostengründen nicht weiter verfolgt, obwohl von meiner Warte in diesem Objekt das geboten erschiene.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns die ungefähre Auftragssumme sagen, die Sie von der AKPE erhalten haben für Ihre Aufträge, die Sie vorhin erwähnt haben; ungefähr?

Dr. **Stelzl:** Von den nicht beauftragten oder den beauftragten?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sowohl als auch. Die nicht beauftragten haben wir ungefähr.

Das dürften einige Millionen sein.

Dr. **Stelzl:** Ja, sicher.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und die beauftragten?

Dr. **Stelzl:** Die beauftragten? hier verweise ich wiederum auf den „profil"-Artikel.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): „profil"-Artikel sind für uns kein Beweis.

Dr. **Stelzl:** Ich bestätige, mit Ausnahme dieser einen Arbeit, die nicht beauftragt wurde,

und führe zusätzlich an, daß die Projektierung der Audiovision ja erst im laufen ist, sodaß hievon erst ein Drittel etwa angesprochen werden konnte. Es ist ja auch ein Vorhaben, welches über mehr als acht Jahre geht, eine baubegleitende Tätigkeit inkludiert. Diese baubegleitende Tätigkeit ist notwendig, da offenbar diese von anderen Institutionen nicht wahrgenommen werden kann.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns ungefähr sagen, wie auf Grund dieser Korrekturen die Auftragssumme wäre oder ist, die bereits geleistet worden ist, natürlich nicht, die noch nicht geleistet ist.

Dr. **Stelzl:** Die noch nicht geleistet ist?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die nicht geleistet ist, nicht, das kann man nicht sagen.

Dr. **Stelzl:** Es ist das das einfachere.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, gut.

Dr. **Stelzl:** Die anderen, die mit Ausnahme der einen nicht beauftragten, erbracht worden sind gemäß „profil"-Artikel. Von der Audiovision wurde ein Drittel angesprochen, von 11 Millionen ein Drittel sind runde 3 Millionen etwa.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann wäre das gesamte Auftragsvolumen so bei 5,6 Millionen, was bisher geleistet worden ist.

Dr. **Stelzl:** Nein, nein. Das Energiekonzept selbst hat sich ja über vier Jahre erstreckt mit Nachträgen und hatte schon ein Volumen von ungefähr 6 1/2 Millionen Schilling. Das war aber das größte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann wäre es ungefähr in einer Größenordnung von etwas über 10 Millionen?

Dr. **Stelzl:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und die nicht erteilten Aufträge ungefähr?

Dr. **Stelzl:** Die nicht erteilten Aufträge könnte man schätzen auf 7 Millionen Schilling.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben bei Ihrer Zeugeneinvernahme vor Gericht erklärt, daß Sie regelmäßig von Mitarbeitern der AKPE ersucht worden seien, Angebote zu legen. Ist das richtig?

Dr. **Stelzl:** „Regelmäßig" habe ich nicht gesagt.

Ich sagte, fallweise wurde ich aufgefordert, ein Angebot zu legen. Ich erkundigte mich dann über Umfang, Art der Problemstellung und legte ein Angebot, worauf zumeist sehr komplizierte Vertragsverhandlungen mit den Kaufleuten und mit den entsprechenden APAK-Leuten einsetzten. Dort gibt es ja auch Kaufleute.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie haben Sie dann erfahren, daß hier Aufträge zu vergeben sind? Sie wurden ja nicht ausgeschrieben, oder wurden sie ausgeschrieben?

Dr. **Stelzl:** Ich kann mich nicht daran erinnern. Ich glaube nur, daß andere Bieter, zumindest fallweise, miteingeladen worden sind. Nach einem Dreivierteljahr bis eineinhalb Jahren kam es dann zum Auftrag oder nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was ist Ihnen bekannt über die Beziehungen von Direktor Weich zu Dipl.-Ing. Winter.

Weich? War ja der Nachfolger von Winter.

Dr. **Stelzl:** Das habe ich erst in letzter Zeit erfahren. Ich wußte nur, daß sich die beiden irgendwie kennen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Über nähere Beziehungen wissen Sie nichts?

Dr. **Stelzl:** Nein, ist mir nichts bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wurden Sie von Winter, von Weich eingeladen, Urlaubsfahrten zu machen.

Dr. **Stelzl:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wurden Sie eingeladen, irgendwelche andere Dinge gemeinsam zu machen, Hausbesuche.

Dr. **Stelzl:** Nein! Ich hatte keinen Einblick in die privaten Verhältnisse weder des einen noch des anderen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hatte Dipl.-Ing. Schild besondere Beziehungen zu Winter oder zu Weich?

Dr. **Stelzl:** Dipl.-Ing. Schild kennt ausschließlich den Dipl.-Ing. Winter aus der Studienzeit.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und auf Grund der gemeinsamen Tätigkeit bei Aufträgen, die in ihrem Zusammenhang . . .

Dr. **Stelzl:** Nein. Den Dipl.-Ing. Weich kennt er aus Sitzungen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was ist in der Operngasse 20 A untergebracht.

Dr. **Stelzl:** Was untergebracht ist, entzieht sich meiner Kenntnis.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wofür haben Sie gearbeitet?

Wofür Sie gearbeitet haben, wissen wir, aber von wem haben Sie den Auftrag bekommen?

Dr. **Stelzl:** Von einem Büro Rutz *(phonetisch)* in Berlin, der Treuhänder eines Herrn Pfaff war, den ich nicht kenne.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und was ist da installiert worden, oder was ist dort gemacht worden?

Dr. **Stelzl:** Ein Haus, welches später als Bürohaus achsenweise hätte vermietet werden sollen. Was tatsächlich geschehen ist, weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben die Beratungsverträge gemacht, die Gutachten.

Dr. **Stelzl:** Nein. Eine reine Projektierung der Elektroinstallation.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wissen Sie, wer den Auftrag bekommen hat für die Elektroinstalation?

Dr. **Stelzl:** Meines Wissens die Firma Cernohorsky.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen sie den Varvaressos.

Dr. **Stelzl:** Ich habe ihn einmal gesehen, ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In was für einem Zusammenhang?

Dr. **Stelzl:** In einem Gespräch um einen Griechenlandurlaub.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Waren Sie einmal in Griechenland auf Urlaub?

Dr. **Stelzl:** Ich war einmal in Griechenland auf Urlaub, aber nicht ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber nicht bei Winter oder schon?

Dr. **Stelzl:** Nein, auch nicht über dieses Büro, sondern über das Raiffeisen-Büro.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie etwas gehört über Beziehungen von Dipl.-Ing. Winter zur Consultatio. Hat Dipl.-Ing. Winter Ihnen einmal die Consultatio empfohlen.

Dr. **Stelzl:** Ich kenne die Consultatio zu wenig. Es gab Gespräche dieser Art nie.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Er hat sie Ihnen auch nicht empfohlen?

Dr. **Stelzl:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Daß man es dort besser richten kann?

Dr. **Stelzl:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die letzte Frage. Sie haben bei der Zeugeneinvernahme berichtet von diesem Vorentwurf, den Gesprächen mit Senatsrat Buffi vom Magistrat, daß hier längere Verhandlungen stattgefunden hätten über die Preise, über die Honorare, die zu bezahlen sind, daß man sich dann schlußendlich auf der Tarifordnung 1960 geeinigt hat. War das üblich, daß man ...

Dr. **Stelzl:** Darf ich das korrigieren. Das stimmt nicht. Der Senatsrat Buffi hat mich nur gefragt, ob ich in der Lage bin, ein Krankenhaus für das SMZ-Ost zu projektieren. Ich sagte ja. In der Folge meinte er, ich solle ihm ein Anbot legen, er könne aber keine Zusicherungen geben. Ich habe ein Angebot gelegt. Geprüft werden derartige Angebote grundsätzlich von der Bauabteilung 4 des Magistrates und nicht von der Fachabteilung. Mit der Bauabteilung 4 sind auch die diesbezüglichen Verhandlungen zu führen. Die an sich erheblich veraltete Gebührenordnung, die in weiten Bereichen nicht kostendeckend ist, war die einzige, die Herr Senatsrat Blachy *(phonetisch)* als möglich und als anerkennbar hielt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum mußten sie dann 6 Angebote legen in diesem Zusammenhang?

Dr. **Stelzl:** Es waren immer wieder genauere, detailliertere Umschreibungen der Arbeiten notwendig, da es sich um mehr handelte als das Vorprojekt. Es war bereits ein Teil des Projektes vorwegzunehmen. Die Technikkollektoren, die Größe der Technikräume, die Festlegung der Versorgung und ähnliches. Das ist üblicherweise zusammen mit einer möglichst genauen Kostenschätzung nicht Aufgabe eines Vorprojektes.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann ist eigentlich die Feststellung hier im Protokoll nicht ganz richtig, denn ich lese Ihnen das vor. Auf Seite 16 029 unseres Aktes:

Ich mußte diese sechs Anbote deshalb legen, weil der Magistrat mit dem von mir vorgeschlagenen Honorar beziehungsweise der jeweils vorgeschlagenen Anbotsumme nicht einverstanden war.

Dr. **Stelzl:** Es ist richtig, daß ich ursprünglich in etwa mit den technischen Honorarrichtlinien, wie es die technischen Büros haben oder aber mit einer in Bearbeitung stehenden Gebührenordnung ein Anbot legte. Dieses wurde von vonherein negiert.

Abg. **Feurstein** (ÖVP): Aber jetzt haben Sie gesagt, daß der wesentliche Grund ...

Dr. **Stelzl:** Beides zusammen ist es.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was ist das Entscheidendere? Die Umplanungen ...

Dr. **Stelzl:** Nicht Umplanungen. Es war keine

Ausschreibung, nur ein Vorprojekt. Eine geänderte Aufgabenstellung im Sinne einer Detaillierung, im Sinne einer härteren Festlegung und zusätzlich, daß man ein Honorar, welches ich ursprünglich anstrebte, nicht zahlen konnte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Entschuldigen Sie, daß ich Sie unterbreche. Was heißt zahlen nicht konnte?

Dr. **Stelzl:** Auf Grund der Gegebenheiten, daß die veralterte Gebührenordnung noch in Rechtskraft ist, war man der Auffassung, daß man diese Gebührenordnung wird anziehen müssen und daß kein anderer Weg offen bleibt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie beobachtet. Es ist jetzt zum Ausdruck gekommen, daß irgendwelche Änderungen im Leistungsumfang nachträglich erfolgt sind?

Dr. **Stelzl:** Nachträglich nicht. Während der Anbotlegung wurde der Leistungskatalog präzisiert und festgelegt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Im Zuge der Anbotslegung?

Dr. **Stelzl:** Im Zuge der Anbotslegung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wird das normalerweise bei einem privatwirtschaftlichen Unternehmen auch so gemacht, daß Sie 6,7 Angebote legen müssen?

Dr. **Stelzl:** Ja, bei großen Arbeiten durchaus. Das ist jeweils ein mühevolles, langes Vorgehen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und die Techniker beugen sich dann? Das ist ja mit Kosten für sie verbunden, dieses immer wieder Umarbeiten.

Dr. **Stelzl:** Eine Ausarbeitung eines großen Angebotes ist ebenso arbeitsintensiv wie ein umfangreiches Gutachten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie bei der AKPE festgestellt oder beobachtet, daß immer korrekt geplant ist? Waren die Planungsunterlagen so, daß sie als Gutachter, als Projektant die notwendigen Informationen bekommen haben, die Sie brauchten? Oder mußten Sie aus sich heraus gewisse Annahmen setzen?

Dr. **Stelzl:** Bei einem Bauvorhaben dieser Größe kann das nicht sein. Es muß bei jedem Bauvorhaben jeder Planer von Annahmen in gewisser Weise leben, muß Annahmen treffen, und nur ein erfahrener Planer wird diese Annahmen einigermaßen richtig treffen. Das ist der Wert eines erfahrenen Planers. Anders kann es nicht gehen. Man kann bestenfalls aussagen, daß eine Sparte, sei es sanitär oder Elektrotechnik, zu geringe Mannschaft hat. Das kann man von vornherein als Planer etwa feststellen, und dagegen kann man Maßnahmen ergreifen. Zufolge von Änderungen, die laufend hereingetragen werden vom späteren Nutzer, sind jeweils Umstellungen notwendig. Denken Sie nur an die enorme Umstellung von einem Notstrom—Diesel auf eine Gasturbine. Eine derartige Umstellung setzt ja Umplanungen voraus, die nicht ohne weiteres beschreibbar sind.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie den Eindruck, daß solche Umplanungen notwendig geworden sind? Sie wissen, ein Hauptvorwurf im Zusammenhang mit den starken Kostensteigerungen beim AKH ist, daß nicht mit der notwendigen Sorgfalt geplant worden ist?

Dr. **Stelzl:** Das kann man nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie fragen, in welchen Bereichen Sie die Beobachtung gemacht haben, daß die notwendigen Vorgaben immer wieder geändert worden sind und daß es dadurch Kostenerhöhungen — in Ihrem Bereich, wo Sie tätig geworden sind, natürlich nur — nicht nur im Bereich der Planungskosten, der Projektierungskosten, sondern schlußendlich auch bei der Ausführung der Arbeiten gekommen ist?

Dr. **Stelzl:** Diese Frage werde ich in dieser Allgemeinheit bitte nicht beantworten können. Ich kann nur sagen, beispielsweise wurde die Gasturbine auf Grund einer Vorschreibung der Hygieniker notwendig. Der Hygieniker — konkret Professor Flamm — forderte diese Gasturbine. Ich hatte dann nur zu untersuchen, ob diese Gasturbine in ihren Mehrpreisen sich rasch amortisiert. Dieser Nachweis wurde geliefert. Und daß darüber hinaus der ganze Energiehaushalt dadurch ein anderer ist, ist verständlich, da ja permanent ein Stromerzeuger beispielsweise vorhanden ist, der eine Eigenanlage bedeutet.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum ist konkret in diesem Fall Professor Flamm mit seinen Forderungen erst zu einem relativ späten Zeitpunkt an die AKPE herangetreten?

Dr. **Stelzl:** Das kann ich nicht beantworten. Das weiß ich nicht. Es war für mich völlig überraschend. Ich weiß, daß ich noch dagegen opponiert habe. Mir wurde aber ein Gutachten gezeigt und gesagt, es ist unabwendbar, das muß sein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist Professor Flamm öfter als Gutachter aufgetreten?

Dr. **Stelzl:** Meines Wissens ist sein Institut öfters aufgetreten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hatte dieses Gut-

achten auch Konsequenzen für die zu beauftragenden Firmen, weil andere Anbieter für das Gerät oder für diese Einrichtung nicht zum Zuge kommen konnten? Ich meine jetzt, bedeutete das, daß eine Firma nicht zum Zuge kommt, während eine andere Firma sehr wohl hier als Anbieter auf Grund dieser Änderungen Aussicht hatte, den Auftrag zu erhalten?

Dr. **Stelzl:** Die Frage kann nur indirekt beantwortet werden. Die Dieselaggregate — wie ursprünglich ins Auge gefaßt — hätten deutsche Fabrikate sein können oder sollen. Die Gasturbinen dieser Größe sind vermutlich nur in Amerika habbar, wenn wir an solche denken, die einen sehr raschen Hochlauf haben, das heißt innerhalb von 1 1/2 Minuten die Vollast nehmen können.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wissen Sie, ob Professor Flamm auch bei dieser Reise nach Amerika mit dabei war?

Dr. **Stelzl:** Nein, ist mir nicht bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer kommt in Frage als Zwischenhändler für diese Gasturbinen in Österreich?

Dr. **Stelzl:** Eine Maschinenbaufirma; eine Handelsfirma für Maschinen. — Die Firma Prutscher? Glaube ich nicht. Ich glaube, es gibt Verträge mit solchen Firmen. Ich weiß es nicht. Aber es gibt Werkzeugmaschinenhandlungen. Ich weiß es nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wissen Sie, ob dieser Auftrag schon vergeben ist?

Dr. **Stelzl:** Meines Wissens, ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wissen nicht, wer als Anbieter bei diesem Auftrag aufgetreten ist. Da müßte man tatsächlich den Auftraggeber fragen, oder die AKP.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie uns kein anderes Beispiel nennen, wo es doch Umplanungen, wie hoch würden Sie die Kostensteigerungen ansetzen, die durch diese Umplanung entstanden sind, durch die nachträgliche Forderung, die Gasturbinen... Sie haben sich ja gewehrt dagegen, und zweifellos waren nicht nur rein technische Gründe maßgebend, sondern auch Kostengründe.

Dr. **Stelzl:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Nur technische Gründe?

Dr. **Stelzl:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aus Ihrer Sicht? Kostengründe nicht?

Dr. **Stelzl:** Nein. Das habe ich ja gesagt, daß sich das amortisiert. Aber aus dem Betrieb heraus läuft ja eine Turbine permanent 24 Stunden rund um die Uhr. Das ist ja unvermeidbar. Sonst können sie den Grundbedingungen des Spitals ja nicht gerecht werden. Und eine Turbine, die 24 Stunden läuft, produziert ja auch Abgase, freilich saubere Abgase.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie würden ausschließen, daß es auf Grund dieser Änderung zu Kostensteigerungen gekommen ist? Von der Projektierung ...

Dr. **Stelzl:** Ich habe ausgesagt, Kostensteigerungen gibt es, aber ich meine, daß sich diese Mehrkosten amortisieren, sofern die gleiche Kostenrelation bei Fernwärme und Gas erhalten bleibt. Das ist eine Voraussetzung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie andere Beispiele, wo es durch Umplanungen in den Bereichen, wo Sie tätig waren, zu Problemen gekommen ist?

Dr. **Stelzl:** Nicht in diesem Ausmaße.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In einem anderen Ausmaß?

Dr. **Stelzl:** Behördliche Auflagen, die sind aber bei jedem Bauvorhaben gegeben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die kennt man aber doch von Anfang an?

Dr. **Stelzl:** Nein. Die behördlichen Auflagen kommen im Zuge des Baugeschehens. Die Brandschutzvorschriften, die Abschottungen im Brandabschnitte, die Gegebenheiten, daß ein Abwasser etwa von den Rückkühltürmen nicht in den Kanal darf, sondern wieder in den Donaukanal muß, das sind Auflagen, die später kommen. Die Auflagen der Feuerwehr, Auflagen, die kommen zufolge des Brandgeschehens in Wien und wo anders, die kommen erst spät.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie die Auftragsvergabe im Zusammenhang mit der Sprinkleranlage?

Dr. **Stelzl:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Aufträge kennen Sie im Zusammenhang mit feuerpolizeilichen Vorschriften?

Dr. **Stelzl:** ... Daß sich die Steigleitungsdurchmesser beispielsweise laufend ändern und immer wieder vergrößern.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Andere Beispiele kennen Sie nicht.

Dr. **Stelzl:** Daß ein Vorschutz verlangt worden ist, das weiß ich. Aber die Brandabschottung als Beispiel hab ich genannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich Sie fra-

gen: Haben Sie, als die Hausdurchsuchung bei Ihnen durchgeführt worden ist, vorher erfahren, daß eine Hausdurchsuchung bei Ihnen geplant ist?

Dr. **Stelzl:** Nein, ich habe überhaupt nicht damit gerechnet, daß so etwas ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie viele Beamte sind gekommen zur Hausdurchsuchung?

Dr. **Stelzl:** Vier. Von der Wirtschaftspolizei.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Alle von der Wirtschaftspolizei?

Dr. **Stelzl:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Von der Finanz keiner?

Dr. **Stelzl:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie lange waren sie bei Ihnen?

Dr. **Stelzl:** Ich selbst kam um halb elf Uhr nach Hause, da war bereits eine Untersuchung im Gange. Bis am Abend.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie sind nicht bereit zu sagen, aus welchem Kreis die Verdächtigungen Ihnen gegenüber, die Sie als Beschuldigter in diesem Verfahren ...

Dr. **Stelzl:** Ich hab zu wenig Beweise.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aus welchem Kreise, aus welcher Richtung?

Dr. **Stelzl:** Es gibt mehrere Kreise. Daher ist es so vage, daß ich diesbezüglich nichts sagen kann.

Obmann-Stellvertreter **Hobl:** Danke. Die nächsten Fragen stellt, Herr Zeuge, an Sie der Herr Abgeordnete Dkfm. Bauer.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Dr. Stelzl! Sie haben uns zuerst berichtet, daß Sie die Grundlagen für die Ausschreibung von Fernsprechanlagen für die AKPE, also für das Allgemeine Krankenhaus, geliefert haben. Wer ist denn dann bei dieser nachfolgenden Ausschreibung und bei dem nachfolgenden Auftrag zum Zug gekommen? Ich weiß das nicht.

Dr. **Stelzl:** Ich habe keine Grundlagen in diesem Maße geliefert. Ich habe also grundsätzlich in dieser Ausarbeitung gemeint, welche Systeme hiefür gut und relativ gut geeignet sind. Ich habe grundsätzlich mehrere Systeme genannt, nach Möglichkeit inländische Fabrikate. Soweit ich weiß, wurde von mir in diesem Zusammenhang ... Ich wollte keine schritthaltenden Systeme haben, sondern zentralgesteuerte Systeme. Als Beispiel: Schritthaltende Systeme werden heute überhaupt nicht mehr produziert in Österreich, und ich habe damals, so weit ich weiß, die inländischen Firmen genannt. Bezüglich Telephon, bezüglich der Schwesternrufanlage habe ich drei Firmen genannt: eine Münchner Firma, eine holländische Firma und die Firma Schrack. In dieser Art wurden mehrere Systeme jeweils untersucht und auch genannt. Eine Grundlage einer Ausschreibung wurde damit nicht geliefert, eine Ausschreibung auch nicht vorbereitet.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Wissen Sie aber, wer dann letztlich den Auftrag erhalten hat?

Dr. **Stelzl:** Ich habe gehört, es sei die Firma ITT.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Dr. Stelzl! Sie waren auch bei der Ausschreibung der Fernsprechnebenstellenanlagen in der UNO-City involviert, wenn ich das einmal so ausdrücken darf. Was war denn da Ihre Tätigkeit in diesem Zusammenhang mit diesem Auftrag? Oder mit dieser Ausschreibung.

Dr. **Stelzl:** Die Ausschreibung der Fernsprechnebenstellenanlage war vorhanden. Ich hatte diese Ausschreibung zu überprüfen, ob sie firmenneutral ist. Wir haben diese Ausschreibung auch überarbeitet und, soweit machbar, neutralisiert.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Und hatten Sie auch eine Tätigkeit bei oder nach der Angebotseröffnung? Wer hat diese Angebote überprüft?

Dr. **Stelzl:** Die Angebote als solche habe ich nicht überprüft, ich war auch nicht bei der Anbotseröffnung. In der Folge waren jedoch weitere Ausarbeitungen notwendig. Als Beispiel: Es wurde später vom Bauherrn eine geänderte Vorgabe gegeben, die Unterteilung der Anlage in die entsprechenden Gruppen, d. i. die Atombehörde. Ich weiß es jetzt nicht mehr, es sind das vier verschiedene Objektgruppen. Und diese vier verschiedenen Objektgruppen sollten getrennte Amtsleitungsbündel bekommen, und deswegen gab es dann auch eine Zusatzausschreibung. Diese Zusatzausschreibung haben wir ebenfalls überarbeitet.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Da waren Sie auch beteiligt?

Dr. **Stelzl:** Ja. Und später wollte der Bauherr bzw. die IAKW die Anlage kostenmäßig stark reduzieren. Um das zu ermöglichen, haben wir Messungen, Gesprächszeitmessungen, von der UNO in Amerika verlangt und auch bekommen.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Warum ist man denn nicht gleich bei der ursprünglichen Ausschreibung auf all diese dann nachträglich offensichtlich notwendig werdenden Dinge ein-

gegangen und hat sie nicht von vornherein in die Ausschreibung einbezogen?

Dr. **Stelzl:** Kann ich nicht beantworten. Ursprünglich war die Anlage sehr groß, sie wurde sehr „abgemagert", soweit „abgemagert", daß wir damals noch warnend unsere Stimme erhoben haben und aussagten, daß die Zahl der Innenverbindungssätze zu gering sei.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Und erst nach Ihrer, im zweiten Schritt sozusagen, Beiziehung und gutachtlichen Tätigkeit wurde dann der Auftrag endgültig vergeben?

Dr. **Stelzl:** Er wurde vergeben, und wir hatten dann noch einmal ... es gab dann zum Schluß fünf Varianten. Diese fünf Varianten waren preismäßig auf Grund des Ausbauverhältnisses unterschiedlich. Die letzte Fragestellung lautete: Sind Rabatte, sind Nachlässe in den Einheitspreisen enthalten oder noch nicht?

Unsere Antwort war: Es sind die nackten Preise ohne wesentliche Nachlässe, soweit dies erkennbar ist. Es sind zwei Firmen, technisch gleich gut. Das war die Firma Siemens und die Firma ITT. Die eine war zu diesem Zeitpunkt etwas billiger.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Ich habe Sie also richtig verstanden, daß in diesem Fall dann nicht der Billigstbieter, sondern, wie man das dann immer nennt, der Bestbieter zum Zug gekommen ist?

Dr. **Stelzl:** Der Billigstbieter.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Der Billigstbieter? Sie haben jetzt gerade gesagt, ...

Dr. **Stelzl:** Ich sagte, beide waren technisch gleich gut, eine der beiden Firmen ist etwas billiger.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Und wer hat dann in diesem Fall den Auftrag erhalten?

Dr. **Stelzl:** Soweit mir das bekannt ist, die Firma ITT.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Dr. Stelzl! Nachdem Sie hier bei Fernsprechanlagen und Fernsprech-Nebenanlagen offensichtlich über einen gewissen Erfahrungsschatz und expertenhaftes Können und Wissen verfügen: Haben Sie auch noch andere Gutachten für Fernsprechanlagen erstellt?

Dr. **Stelzl:** Ja.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Darf ich fragen, für wen?

Dr. **Stelzl:** Etwa für die Wiener Polizei und für das Innenministerium, etwa für die Vordere Zollamtsstraße, für das Bautenministerium, etwa für die Bundestheater.

Abg. Dkfm **Bauer** (FPÖ): Wissen Sie auch in diesen Fällen, wer damals dann jeweils zum Zug gekommen ist?

Dr. **Stelzl:** Soweit mir bekannt — weil ich mit der Vergabe ja nie zu tun habe —, die Firma Kapsch beim Bautenministerium, die Firma Siemens bei den Bundestheatern.

Und von vornherein stand fest: Die Exekutive in Deutschland, Österreich und Holland verwendet nur die Elemente der Firma Siemens. Dort war unsere Aufgabe eine andere, eine Preisreduktion. Und wir haben die Firmenplanung auch um 30 Prozent reduzieren können, was den Aufwand angeht.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Herr Dr. Stelzl! Können Sie uns ein bißchen etwas über Ihre Vermögensverhältnisse mitteilen?

Dr. **Stelzl:** Darf ich bitten, diesbezüglich den Gerichtsakt einzusehen. Ich bin als Zeuge darauf nicht vorbereitet.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Sie haben zuerst gesagt, daß Ihnen die Firmen ÖKODATA und Consultatio fast nicht bekannt sind.

Dr. **Stelzl:** Ja.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Auf eine zweite Frage haben Sie gesagt: Wenig bekannt. Könnten Sie das ein bisserl präzisieren, wieweit sie Ihnen bekannt sind?

Dr. **Stelzl:** Nein. Gar nicht. Aus den Zeitungen, bitte.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Also nur aus den Zeitungen gelesen, es gibt ÖKODATA und Consultatio?

Dr. **Stelzl:** Ja.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Sie haben zuerst im Zusammenhang mit Planungen beim Neubau des Allgemeinen Krankenhauses Wien gesagt, der Planer muß von Annahmen ausgehen und der Planer wird sich bemühen, diese dann auch zu treffen. Ist das so zu verstehen, daß Sie gemeint haben, die vorgegebenen Annahmen wird er möglichst sorgfältig auszuführen bemüht sein, oder haben Sie gemeint, er hat keine Annahmen vorgegeben und er wird selber diese Annahmen sozusagen vorzunehmen haben?

Dr. **Stelzl:** Darf ich nochmals um Ihre Frage bitten.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Sie haben zuerst gesagt — ich habe es mir aufgeschrieben — im Zusammenhang mit dem Bau des Allgemeinen

Krankenhauses, der Planer muß von Annahmen ausgehen.

Dr. **Stelzl:** Ja.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Er wird sich bemühen, diese zu treffen.

Jetzt kann man verstehen, er wird sich bemühen, diese Annahmen selbst zu treffen, oder er wird sich bemühen, vorgegebene Annahmen in der Durchführung möglichst sorgfältig zu treffen.

Meine Frage heißt: Wollten Sie damit ausdrücken, daß hier entsprechende Planungsvorgaben, entsprechende Annahmen seitens des Betreibers, des Nutzers oder des Bauherrn nicht gegeben waren, sodaß Sie als Planer das ...

Dr. **Stelzl:** Nein, nein, Sie verzeihen, Herr Abgeordneter, das ist mißverstanden.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Danke. — Entschuldigung, eine Frage hätte ich noch: Sie haben in dem Zusammenhang dann auch davon gesprochen, daß die behördlichen Auflagen immer später oder während der Bauausführung kommen, sodaß eben dadurch Umplanungen notwendig sind.

Ich darf als Nichtfachmann auf dem Gebiet fragen: Bitte, wieso kommen die immer später? Ich stehe unter der laienhaften Vorstellung, daß Gesetze, Verordnungen bekannt sind. Ich stehe unter der laienhaften Annahme, daß etwa ein Dienstnehmer-Schutzgesetz, was meines Wissens zu sehr umfangreichen Umplanungen geführt hat, den Planern und den durchführenden Technikern und Architekten eigentlich bekannt sein müßte.

Das gleiche gilt meines Erachtens für feuerpolizeiliche Vorschriften, die doch im wesentlichen in ihren Grundzügen bekannt sein müssen.

Ich will damit nicht bestreiten, daß dann zusätzliche Auflagen vielleicht besonderer Art kommen, aber im wesentlichen sind doch Gesetze und Verordnungen, die sich mit diesen Dingen beschäftigen, bekannt oder müßten sich doch auf eine Baustelle durchsprechen.

Dr. **Stelzl:** Verzeihen Sie, Herr Abgeordneter, das ist nicht nur vom Referenten abhängig, sondern auch sehr, sehr abhängig vom Bundesland. Wenn Sie etwa in Oberösterreich eine Planung machen so haben Sie viel, viel härtere Maßnahmen zu befürchten, als wenn Sie etwa im Lande Niederösterreich eine derartige Planung machen.

Das ist eindeutig von der Brandverhütungsstelle und vom Referenten abhängig. Und zusätzlich sind diese Gegebenheiten nicht von Anfang an bekannt, sondern wenn wieder ein größerer Brand ist — denken Sie an den Gerngross, denken Sie an einen anderen Brand —, ich bitte, da wird die Feuerwehr wesentlich penibler sein, und auch jede Aufsichtsbehörde, die hiefür verantwortlich ist, wird sofort ihre gegebenen Zusicherungen neu überdenken und wird sagen: Bitte, das ändern wir jetzt ab in ...

Das kann, bezogen auf Brandmeldeeinrichtungen, bezogen etwa auf Sprinkleranlagen, die man ja weitgehend vermeiden will, und andere Einrichtungen sofort den dreifachen Kosteneinsatz erbringen. Und das ist nicht vorhersehbar.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Ich danke.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Zeuge! Ich hätte noch ein paar Fragen. Sie haben mir zuerst gesagt, daß ewa 1972/73 Dipl.-Ing. Winter für Sie gearbeitet hat ...

Dr. **Stelzl:** 1971/72.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** 1971/72. Und dann diesen Auftrag von Professor Becvar hat er mitgearbeitet. Wären Sie in der Lage, uns die Ausarbeitungen des Dipl.-Ing. Winter in diesem Zusammenhang zur Verfügung zu stellen?

Dr. **Stelzl:** Ich werde mich bemühen, ich muß suchen.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Bitte. — Dann hätte ich nur noch eine Frage, die auch mit IAKW im Zusammenhang steht. Vom Standpunkt der österreichischen Auftraggeber gibt es doch nur vier österreichische Auftragnehmer in Telefonanlagen, nämlich Siemens, Kapsch, Schrack und ITT, oder ist Ihnen da noch jemand anderer bekannt? Also deren Firmensitz in Österreich ist. Ich weiß schon, daß es französische und andere Firmen auch gibt.

Dr. **Stelzl:** Deutsche gibt es auch.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Es gibt deutsche, schwedische, und so weiter. *(Dr. Stelzl: Ja.)* Aber die in Österreich produzieren *(Dr. Stelzl: Sind die vier)* sind die vier. Haben die vier mit Ihnen Kontakt genommen seinerzeit, als bekannt wurde, daß Sie hier gutächtlich tätig sind?

Dr. **Stelzl:** Im Rahmen welcher Gegebenheit?

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** IAKW-Telefonanlage.

Dr. **Stelzl:** Die Firma IAKW war ja örtlich Planer im Rahmen der ...

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ja, ja, aber haben die vier Telefonfirmen mit Ihnen Kontakt genommen oder gesucht?

Dr. **Stelzl:** Nicht daß ich wüßte.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Wissen Sie nicht.

Dr. **Stelzl:** Automatisch war der eine Planer dort fallweise Gesprächspartner.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Das ist klar. — Wissen Sie, daß die Firma Plantech alle vier Telefonanbieter schriftlich davon verständigt hat, daß sie Anbotsunterstützung leisten kann, also auch im Sinne von Erhalten des Auftrags? Wissen Sie da etwas darüber?

Dr. **Stelzl:** Herr Abgeordneter! Ich kann davon nichts wissen. Ich kenne die Firmen ja nicht.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ich frage nur, ob Sie vielleicht noch etwas wissen.

Sie haben heute gesagt, die zwei, um die es letztlich gegangen ist, also Siemens und ITT, waren technisch gleich, ITT war die Billigere. Mir wurde gesagt, Siemens wäre doch moderner gewesen als ITT und daß die internationalen Organisationen ITT eigentlich nicht wollten. Ist Ihnen da etwas bekannt?

Dr. **Stelzl:** Nein, das ist mir nicht bekannt. Ich würde mir einen Nachweis dieser Art auch nicht zu geben trauen. Das ist auch von einem Fachmann her nicht erbringbar.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ich danke. Gibt es sonst noch Fragen an den Zeugen? — Bitte, Herr Kollege Dr. Feurstein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie mit der Firma ALLPLAN nur beim AKH zu tun gehabt oder sonst auch?

Dr. **Stelzl:** Mit der Firma ALLPLAN plane ich jetzt zusammen etwa das Immorent-Hotel *(phonetisch)*.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und früher?

Dr. **Stelzl:** Früher hat mich die Firma ALLPLAN fallweise für Fernsprechnebenstellen-Anlagen herangezogen, am Ring, glaube ich, sitzt die Wiener Allianz, so etwa dafür beispielsweise.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie den Dipl.-Ing. Schätz *(phonetisch)*?

Dr. **Stelzl:** Unbekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Überhaupt nicht.

Dr. **Stelzl:** Nein ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wen kennen Sie von der Firma ALLPLAN? Wer war oder sind Ihre Gesprächspartner?

Dr. **Stelzl:** Den Herrn Professor Amiras kenne ich und seine Mitarbeiter, die namentlich mir nicht so geläufig sind, die ändern sich ja auch.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie im Zusammenhang mit den Planungen für das AKH mit der Firma ALLPLAN auch zu tun?

Dr. **Stelzl:** Nein, ich weiß nur, daß manche Leute von dort in die APAK abgestellt sind.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer?

Dr. **Stelzl:** Der Dr. Wunderer *(phonetisch)*. Das weiß ich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sonst kennen Sie keinen Zusammenhang?

Dr. **Stelzl:** Daß die Firma ALLPLAN im Rahmen der ARGE KLIMA ebenfalls Leute hat, glaube ich schon, aber ich könnte namentlich das nicht bestätigen.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Der Kollege Dkfm. Bauer hätte eine Zusatzfrage.

Abg. Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Eine Zusatzfrage Herr Kollege Feurstein, wenn Sie gestatten. — Für die Erstellung der Fernsprechstellen-Nebenanlagen für die UNO-City wurden Sie von der Firma ALLPLAN nicht, in keiner Weise, herangezogen, gutächtlicher Art oder Angebotslegungsarbeiten?

Dr. **Stelzl:** Wenn Sie jetzt die formale Abwicklung meinen, so wurde ein Auftrag aus mir nicht näher bekannten Gründen, vielleicht aus finanztechnischer Art, geteilt.

Und ein Teil davon hat die Firma AWI mich beauftragt, und in der Firma AWI ist die Firma ALLPLAN involviert.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kennen Sie persönlich den Ing. Becvar?

Dr. **Stelzl:** Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Woher?

Dr. **Stelzl:** Auf Grund dieser Abwicklung dieses einen Bauvorhabens ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Operngasse 25 ...

Dr. **Stelzl:** ... a, glaube ich. — Da war ich mehrfach in seiner Kanzlei gewesen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche Kontakte hatte Ing. Becvar mit Winter? Wie kamen die beiden zusammen? Sie haben vorhin gesagt, Becvar ist über Winter zu Ihnen gekommen.

Dr. **Stelzl:** Ja, das ist richtig. Welche Kontakte hier existiert haben, weiß ich nicht, ich habe in das private Leben weder des einen noch des anderen je Einsicht gehabt. Ich weiß nur, daß der Ing. Winter etwa zweimal beim Professor Becvar mit war als Sachbearbeiter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was hat Ing. Becvar überhaupt für Tätigkeiten im öffentlichen Bereich ausgeführt?

Dr. **Stelzl:** Als Architekt Planungen. Mehr weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Für das AKH. Wissen Sie etwas?

Dr. **Stelzl:** Weiß ich nichts.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Für IAKW?

Dr. **Stelzl:** Weiß ich nichts.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): UNO-City generell?

Dr. **Stelzl:** Keine Ahnung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wissen auch nicht, wie die Beziehung Becvar — Winter entstanden ist?

Dr. **Stelzl:** Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie wissen auch nicht, wie sich diese Beziehung Becvar — Winter nach 1973/74 dann 1975 vor allem weiterentwickelt hat?

Dr. **Stelzl:** Keine Ahnung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge, haben Sie mehrmalige Liechtenstein-Besuche absolviert?

Dr. **Stelzl:** Ich kenne Liechtenstein nur von der Landkarte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie war denn das Verhältnis zwischen Schilk *(phonetisch)* und Winter?

Dr. **Stelzl:** Das habe ich schon ausgesagt, er kennt ihn vom Studium her. Aber in seine privaten Verhältnisse hat er auch keinen Einblick gehabt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es könnte ja sein, daß Sie besonders befreundet waren, Fliegerkollegen.

Dr. **Stelzl:** Nein, nicht der Fall.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn ich das vorhin richtig mitgekriegt habe, haben Sie auch die Frage, ob Sie in Skiathos waren, verneint.

Dr. **Stelzl:** Ja. Mir ist es auch hinterher erst aus der Zeitung bekannt geworden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was haben Sie denn mit der Infrabau zu tun gehabt?

Dr. **Stelzl:** Einen einzigen Bau haben wir abgewickelt. Die Rudolf Kassner Gasse 6 ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Da waren Sie auch Konsulent?

Dr. **Stelzl:** Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit anderen Vorhaben der Infrabau zu tun gehabt?

Dr. **Stelzl:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mit dem Pilgram Zentrum?

Dr. **Stelzl:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sagt Ihnen die Firma Tractus etwas?

Dr. **Stelzl:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit der Mediplan zu tun gehabt?

Dr. **Stelzl:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mit dem Herrn Professor Riethmüller?

Dr. **Stelzl:** Riethmüller: kenne ich nur seine Gutachten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie waren aber nie in irgendeinem Auftrag, den der Riethmüller gehabt hat, als Subsubsub- oder Subunternehmer tätig?

Dr. **Stelzl:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sagt Ihnen der Name Versloot etwas?

Dr. **Stelzl:** Habe ich noch nie gehört.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Den Namen Techmed?

Dr. **Stelzl:** Habe ich aus der Zeitung gelesen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben mit der TECHMED nicht gearbeitet?

Dr. **Stelzl:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Auch mit der MED-CONSULT nicht?

Dr. **Stelzl:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie den Herrn Schweitzer von der Firma Siemens gekannt?

Dr. **Stelzl:** Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Gut gekannt?

Dr. **Stelzl:** Ja. Geschäftlich gesehen ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie im Rahmen Ihrer Tätigkeiten mit ihm mehrfach zu tun gehabt?

Dr. **Stelzl:** Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie einen Ein-

druck gehabt, wie der Herr Schweitzer und der Herr Winter zueinander stehen?

Dr. **Stelzl:** Ich hatte den Eindruck, daß sich die beiden ganz gut kennen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ganz gut oder sehr gut?

Dr. **Stelzl:** Nachdem ich bei beiden in ihre privaten Verhältnisse keinen Einblick habe, ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie je den Eindruck gehabt, daß der Winter über seine Verhältnisse lebt?

Dr. **Stelzl:** Ich kenne seine privaten Verhältnisse zuwenig, um ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, nein, aber so ungefähr, was jemand verdient in der Position ...

Dr. **Stelzl:** Ich wußte nicht, was er verdient, ich wußte nicht, daß er in Griechenland etwas besitzt, ich wußte von dem nichts.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Auch für den Herrn Schweitzer gilt ähnliches. Sie haben über seine privaten Vermögensverhältnisse keine Ahnung?

Dr. **Stelzl:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Den Herrn Ing. Mück?

Dr. **Stelzl:** Habe ich gekannt. Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): So wie den Schweitzer?

Dr. **Stelzl:** Nein. Wesentlich weniger. Den Herrn Mück habe ich eigentlich vom TGM her gekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie eine Ahnung, wie das Verhältnis Mück — Schweitzer war?

Dr. **Stelzl:** Keine Ahnung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Auch nicht in der Abfolge der Hierarchie bei Siemens?

Dr. **Stelzl:** Der eine ist der Direktor, der andere ist Abteilungsleiter.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ob der Schweitzer relativ freizügig arbeiten konnte, oder ob Mück in alles eingebunden sein mußte, wissen Sie das?

Dr. **Stelzl:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sagt Ihnen der Name Zelniczek etwas?

Dr. **Stelzl:** Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was denn?

Dr. **Stelzl:** Ja ich habe ihn im Zusammenhang mit den — in den Räumen der IAKW seinerzeit kennengelernt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie ihn im Zusammenhang mit dem Winter je getroffen, gesehen, gehört?

Dr. **Stelzl:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sagt Ihnen der Name Rose etwas?

Dr. **Stelzl:** Nein, habe ich aus der Zeitung das erstemal gelesen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Philipp?

Dr. **Stelzl:** Nein. Kenne ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Vogl?

Dr. **Stelzl:** Namentlich ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mit wem außer mit dem Schweitzer und dem Zelniczek haben Sie denn bei Siemens und ITT noch zu tun gehabt?

Dr. **Stelzl:** Das ist sehr schwer zu sagen ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Regelmäßiger, meine ich.

Dr. **Stelzl:** Regelmäßig mit niemandem. Das hängt von der Aufgabenstellung ab.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Arbeitet der Herr Winter noch für Sie?

Dr. **Stelzl:** Wer?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Herr Dipl.-Ing. Winter.

Dr. **Stelzl:** Ich habe ja ausgesagt, daß er ab 1972 nicht für mich gearbeitet hat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Danke.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Professor ...

Dr. **Stelzl:** Bitte.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Mein Eindruck ist, daß Sie ein hart arbeitender Gutachter waren und wahrscheinlich nach all dem, was ich jetzt gehört habe ...

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Bitte ein bisserl lauter der Stenograph hört nichts!

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja ich habe halt einen Kammerton, daher kann ich nichts dafür.

Daß Sie ein hart arbeitender Gutachter waren und auch mit den meisten der agierenden Persönlichkeiten im AKH eigentlich nur einen förmlichen und beruflichen Kontakt hatten. Sehe ich das richtig?

Dr. **Stelzl:** Das ist richtig.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben also sehr säuberlich getrennt die berufliche und die private Sphäre.

Dr. **Stelzl:** Für privates Leben ist keine Zeit geblieben, Herr Abgeordneter.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bei Ihnen oder bei den anderen?

Dr. **Stelzl:** Bei mir.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bei Ihnen.

Herr Professor, wie groß, können Sie mir weiterhelfen, wie groß ist etwa das Volumen der Gutachterhonorare, die Sie im Zusammenhang mit AKH im Lauf der Jahre bekommen haben? Schätzungsweise Größenordnung.

Dr. **Stelzl:** Das haben wir früher bereits zu Protokoll gegeben, Herr Abgeordneter.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nur Größenordnung.

Dr. **Stelzl:** Ich glaube, wenn ich mich richtig entsinne, haben wir gesagt — etwa 10 Millionen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wenn Sie das nun in Relation — weil Sie den Gutachtermarkt eher kennen — zu anderen Gutachtern sehen: Würden Sie meinen, daß Sie überdurchschnittlich oder unterdurchschnittlich beschäftigt waren?

Dr. **Stelzl:** Darf ich die Frage anders herum beantworten?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bitte.

Dr. **Stelzl:** Bezogen auf den Umsatz meines Büros macht das AKH in den letzten Jahren etwa drei Siebentel und weniger aus. Die Mühe, die dafür aufzuwenden ist, wesentlich mehr.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja das glaube ich schon, weil es ja auch schwierige Gutachten waren. Drei Siebentel Ihres Büros. Aber jetzt habe ich doch den Bezug, weil ich den Gutachtermarkt nicht so überblicke wie Sie: Gelten Sie als einschlägig, als ein großer Gutachter im österreichischen Markt oder ein kleiner? Ich kann es nicht beurteilen. Ist das viel? Weil 10 Millionen: Wissen Sie, wenn man das hört, meinen die Menschen halt doch, daß das sehr viel Geld ist. Aber vielleicht ist das im Gutachterbereich eine normale Größenordnung.

Dr. **Stelzl:** Ist schlecht abzuschätzen, Herr Abgeordneter. Es gibt nicht sehr viele Selbständige auf diesem Gebiet. Offenbar ist die Nachfrage auch umgekehrt nicht so groß.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich schließe aus Ihrer Antwort — aber ich möchte keinen Fehlschluß machen —, daß Sie doch zu den großen Gutachtern in Ihrem Fachgebiet gehören.

Dr. **Stelzl:** Kann sein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Würden Sie sich als Monopolgutachter betrachten? Ich meine damit Monopol nicht ausschließlich, aber es gibt so Personen die auf einem gewissen Sektor ganz einfach eine Schlüsselrolle haben vom Know how und von der technischen Möglichkeit, auch Gutachten abzugeben. Würden Sie sich als einen solchen für Ihren Bereich einstufen?

Dr. **Stelzl:** Das werde ich nicht, sondern ich darf die Frage mit einer Gegenfrage beantworten: Wie würden Sie jemanden bezeichnen, der einschlägige große Arbeiten mit nachweisbarem Erfolg absolviert hat?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bitte mich nicht mißzuverstehen. Ich will Sie einzuordnen versuchen, weil ich immer wieder vor dem Problem stehe, daß halt Sie bei den Gutachterlisten herausspringen, mit ihren 10 Millionen durchaus eine Spitzenposition haben.

Nun kann das in Ihrem Markt durchaus etwa sein, daß man an Ihnen nicht vorübergehen kann. Ich schätze zum Beispiel als Laie den Professor Amiras auf dem klimatechnischen Gebiet als eine so zentrale oder — das meinte ich mit dem Wort „Monopol" — als eine solche Schlüsselfigur, daß Sie, wenn Sie heute in Österreich eine große Klimaanlage machen, irgendwann einmal zumindest mit dem Professor Amiras geredet haben oder ihn beschäftigen oder von ihm ein kontrollierendes Gutachten bekommen müssen.

In diesem Sinn Frage an Sie: Sind Sie für Ihren Bereich eine nicht ganz so dominante, aber sehr dominante Schlüsselperson?

Dr. **Stelzl:** Herr Abgeordneter, verzeihen Sie, bitte, ich möchte diese Frage konkret nicht so beantworten. Ich habe es ja schon gesagt. Und die große Konkurrenz im Fachgebiet Maschinen, Elektro ist die Industrie, die ihrerseits derartige Ausarbeitungen auf Grund ihrer Potenz sicher, jedoch aus dem Firmeninteresse heraus gesehen vielleicht anders durchführen könnte.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie ist das, wenn ich auf dem Fachgebiet, auf dem Sie arbeiten, weil ich Industrieaufträge vergeben möchte, Einzelgutachter suche, die nicht Industrieabteilungen sind? Könnten Sie da so ohneweiters mir Namen empfehlen, die eben nicht Ihr Name sind? Oder ist das dann schon schwierig, weil Sie sagen: Na ja, bitte, soviel Spezialisten gibt es eigentlich nicht.

Dr. **Stelzl:** Das wird sehr vom Fachgebiet abhängen, aber es ist so in etwa, wie Sie es sagen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie sind also eine gewisse Schlüsselrolle, was ja bitte auch die 10 Millionen vielleicht erklärlicher macht, als wenn man nur den Betrag liest.

Jetzt Frage andersherum: Nun war ja auch am Anfang der Winter auf der Auftraggeberseite, nicht ein Auftraggeber, wenn ich es richtig verstanden habe. *(Dr. Stelzl: Ja.)* Sie haben ihn doch bis 1972 beschäftigt wieder als Subgutachter. *(Dr. Stelzl:* Ja.) Wie war das vereinbar? Das habe ich nicht ganz verstanden, ob das wirklich vereinbar war.

Dr. **Stelzl:** Er hatte Aufträge zu absolvieren, die keineswegs mit seinem Aufgabenbereich zu tun hatten. Ich darf als Beispiel nennen die Bauüberwachung oder Baudurchführung des Hallenbades Braunau. Das ist etwas, was sicherlich völlig getrennt ist. Außerdem weiß ich gar nicht, was er damals im öffentlichen Dienst zu tun hatte.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Können Sie mir zeitlich, Herr Professor, helfen, dies einzuordnen — also mir ist Braunau in einem anderen Zusammenhang bekannt.

Dr. **Stelzl:** Ich sagte, daß diese Arbeiten im Jahre 1971 und 1972 waren.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Da war der Winter ja schon im Magistrat tätig, wenn ich es richtig in Erinnerung habe.

Dr. **Stelzl:** Wir hatten damals aber keinen Auftrag.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie hatten also zum Zeitpunkt — das ist, glaube ich, sehr wichtig — keinen Auftrag beim Magistrat. *(Dr. Stelzl: Nein.)* Sehe ich das richtig?

Dr. **Stelzl:** Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und Sie hatten auch vorher keinen Auftrag von Winter, von einer Stelle, bei der Winter tätig war?

Dr. **Stelzl:** Nicht daß ich wüßte.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sodaß also das Problem, wenn Sie mir hier, bitte, weiterhelfen, weil ich nicht zu falschen Schlüssen kommen möchte, Herr Professor: Das Problem war nicht, daß Sie allenfalls einen beschäftigen, der bei Ihren Auftraggebern — kann ich das mit Sicherheit ausschließen? — bei Ihren Auftraggebern beschäftigt war?

Dr. **Stelzl:** Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sehe ich das richtig, daß Sie dann auch eine gewisse Schlüsselrolle im Markt hatten, daher war dann später das Problem, daß Winter nun eine Art Freundschaftsgegenleistung macht, auch nicht gestellt, weil Sie doch schon einen dominanten Namen am Markt hatten?

Dr. **Stelzl:** Zu diesem Zeitpunkt glaube ich, daß wir bereits hinreichend bekannt waren. Das zeigt ja auch das Beispiel, daß die ALLPLAN ebenfalls auf uns zukam.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Verstehe.

Letzter Fragenkomplex. Nun haben Sie ein Jahrzehnt Winter gekannt, und ich glaube doch, auch in einem Zusammenarbeitsverhältnis und als Lehrer-Schüler-Verhältnis, wenn ich es richtig sehe. Wie war Ihre Reaktion, wie Sie nun erstmals etwa durch die Veröffentlichungen oder wie Sie mit der Tatsache der Inhaftnahme des Vorstandsdirektors Winter konfrontiert waren? Wie erklären Sie sich das? Zu deutsch gefragt: Können Sie mir beim Charakterbild Winter aus Ihrer Intimkenntnis der Person Winters weiterhelfen?

Dr. **Stelzl:** Intimkenntnis ist zuviel.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bitte, ich nehme „intim" zurück, weil das könnte Zusammenhänge herstellen, die Sie nicht wollen.

Dr. **Stelzl:** Auf Grund meiner Kenntnis war ich völlig konsterniert, völlig überrascht. Und sämtliche Zeitungsmeldungen waren für uns genauso neu wie für jeden Passanten, der das gelesen hat. Wir konnten uns das nicht erklären und können es uns auch nicht erklären.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun hat es aber immer wieder im Zusammenhang mit Winter und dem AKH Gerüchtewellen gegeben — die sind außer Streit —, Gerüchtewellen über: Da nimmt jemand, da beansprucht jemand etwas, etcetera. Sind solche Wellen an Ihr Ohr gedrungen in den Jahren vor der Verhaftung?

Dr. **Stelzl:** Als Gerüchtewelle ist das eigentlich nie zu mir gekommen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Oder als Einzelgerücht; lassen wir die Welle aus.

Dr. **Stelzl:** Ein einziger hat mich einmal diesbezüglich gefragt. Ich konnte ihm aber keine Antwort geben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wann war denn das, und wer war das?

Dr. **Stelzl:** Das war der Herr Worm. Wann es war, weiß ich nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und schon später?

Dr. **Stelzl:** Ich weiß es nicht mehr, wann es war.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Na ja: wann — ich meine, offenkundig ...

Dr. **Stelzl:** Ich nehme an, ein halbes Jahr oder dreiviertel Jahr vor seiner Verhaftung. Ich habe es nicht geglaubt, konnte auch nichts sagen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also ordnen wir es etwa ein: Herbst 1980 oder zweite Jahreshälfte 1980.

Dr. **Stelzl:** 1979.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja, 1979. *(Dr. Stelzl: Ja, ja.)* Und vorher ist Ihnen im Zusammenhang mit AKH ein Korruptionsverdacht oder so etwas, ein Bestechungsverdacht nie zu Ohren gekommen?

Dr. **Stelzl:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun sind Sie doch ein Kenner der Szene, und ich finde es für interessant, daß Sie also eigentlich für diese Szene angesichts der Sachen, die nun immer mehr sichtbar werden, nie mit solchen Gerüchten konfrontiert wurden. Wie erklären Sie das?

Dr. **Stelzl:** Ich kann es nur wiederholen: Ich habe nichts gehört. Ich habe keine Erklärung dafür.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wie ist es jetzt mit anderen, die nun zum Teil inhaftiert sind oder beschuldigt sind? Wie ist es im Zusammenhang mit anderen? Sind Ihnen da Bestechungs-, Korruptionsvorwürfe bekannt geworden in den Jahren davor?

Dr. **Stelzl:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nie geschehen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Eine Zusatzfrage, bitte. Sie haben vorhin gesagt, daß Sie Ing. Schweitzer relativ gut kannten. *(Dr. Stelzl: Ja.)* Ist Ihnen nie aufgefallen, daß Ing. Schweitzer Geschenke gibt oder umgekehrt Geschenke von seinen Partnern verlangt?

Dr. **Stelzl:** Nein. Nein. Weder — noch.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Professor! Nur eine letzte Frage: Hat Winter oder eine der AKH-handelnden Personen je Ihnen einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet, ein Ansinnen gestellt, Sie etwa mit irgendeiner besonderen Sach- oder Geldleistung zu irgend etwas zu bewegen?

Dr. **Stelzl:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nicht der Fall. Danke schön.

Dr. **Stelzl:** Niemals.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Gibt es noch eine Frage, meine Damen und Herren Abgeordneten, die Sie an den Herrn Zeugen stellen wollen? — Das ist nicht der Fall.

Herr Professor, ich danke Ihnen, daß Sie sich als Zeuge dem AKH-Untersuchungsausschuß zur Verfügung gestellt haben. Ihre Einvernahme ist abgeschlossen. *(Dr. Stelzl: Danke schön.)* Danke. Auf Wiedersehen. *(Dipl.-Ing. Dr. Stelzl verläßt den Saal.).*

(Die Sitzung wird auf kurze Zeit unterbrochen.)

(Sie Sitzung wird um 12 Uhr neuerdings unterbrochen und um 14 Uhr 10 Minuten wiederaufgenommen.)

Zeugeneinvernahme von Obersenatsrat Dr. Heinrich Horny

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Obersenatsrat Dr. Horny, ich begrüße Sie vor dem Untersuchungsausschuß. Sie sind als Zeuge hierher gebeten worden, und ich möchte Sie ganz kurz über den Untersuchungsauftrag informieren, den das Plenum des Nationalrates dem Untersuchungsausschuß gestellt hat. Wir haben erstens Fragen im Zusammenhang mit der Erteilung des ABO-Auftrages zu untersuchen; zweitens gesetzwidrige Zuwendungen der Firma Siemens im Zusammenhang mit Auftragserteilungen oder auch Subaufträgen und auch anderer Firmen, die am Projekt beteiligt sind; und drittens die Untersuchung der Vorwürfe betreffend angebliche Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen.

Der Untersuchungsausschuß ist auf Grund des Geschäftsordnungsgesetzes verhalten, die Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden. *(Nach Vorhalt des § 153 StPO.)*

Bevor ich Sie um Ihre Generalien frage, möchte ich die Frage stellen, ob Sie von der Amtsverschwiegenheit entbunden wurden?

Dr. **Horny:** Ich bin von der Amtsverschwiegenheit entbunden, ich habe die Entbindung hier.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Nun bitte ich Sie um Ihre Generalien: Name, Geburtsdatum, Beruf, Wohnort.

Dr. **Horny:** Ich bin am 21. Juni 1926 geboren, meine Name ist Heinrich Horny, ich bin graduierter Jurist, wohne in Mödling, Hauptstraße 46 und bin Obersenatsrat bei der Stadt Wien.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ich danke. Der erste Abgeordnete der an Sie Fragen richten wird, ist der Herr Abgeordnete Dr. Gradischnik.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge! Warum wurde die AKPE gegründet und was waren die Zielsetzungen?

Dr. **Horny:** Die AKPE wurde 1975 im Herbst gegründet. Im diesbezüglichen Antrag, den die Finanzverwaltung gestellt hat, ist als eine der wesentlichen Zielsetzungen genannt worden die Zusammenfassung und Straffung des Einsatzes der Mittel und auch des organisierten Verwirklichen des Vorhabens. Im wesentlichen ist als Vorbild hier die IAKW gestanden, die in derselben Rechtsform bewältigt worden ist.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge! Der Rechnungshof führt unter anderem aus, daß die Gründung der AKPE zu wesentlichen steuerlichen Problemen geführt hat, es könne somit die Gründung als „nicht durchdacht" angesehen werden. Was sagen Sie dazu, bitte?

Dr. **Horny:** Dazu, glaube ich, gibt es einiges zu sagen. Ich glaube, in dieser Schärfe, in der Sie die Frage gestellt haben, Herr Abgeordneter, hat das der Rechnungshof in seinem Rohbericht getan. In seinem Endbericht der, glaube ich, im Dezember vergangenen Jahres erstellt worden ist, taucht diese Kritik nicht mehr auf, es ist nur eine Sachverhaltsdarstellung. Es wurde dort dargelegt, daß eben die Schwierigkeit eines Vorsteuerabzuges gegeben war, die aber gemeistert worden ist, indem man im Namen und auf Rechnung der ARGE gehandelt hat. Es wurde dann auch in dem Rechnungshofbericht darauf hingewiesen, daß diesbezüglich ein Erlaß der Finanzbehörde ergangen ist, der diesen Vorgang für rechtens erklärt hat.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge! Warum unterblieb der Abschluß des Beauftragungsvertrages und welche Nachteile haben sich daraus ergeben?

Dr. **Horny:** Hier ist zu sagen, daß im Syndikatsvertrag eben ein solcher vorgesehen ist, und man hat ihn deshalb nicht so rasch effektuiert, weil die wesentlichen Momente eines Beauftragungsvertrages, das heißt die Terminvorgaben und der Weiterbau des Objektes überhaupt schon durch Aktionärsbeschlüsse oder Politikergipfel festgelegt war. Eine absolute Notwendigkeit sah man eigentlich erst, wenn man zu Fremdfinanzierungen übergehen sollte. Das ist aber nicht geschehen.

Ich darf vielleicht ergänzend sagen, weil die Nichtbeauftragung auch vom Rechnungshof kritisiert worden ist, daß man sehr wohl diesen Beauftragungsvertrag ausgearbeitet hat und, was die Stadt Wien betrifft, einem Syndikatspartner schon auf dem Weg zur Behandlung in den zuständigen Ausschüssen ist.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge! Sowohl der Rechnungshof als auch das Kontrollamt haben die Vergabe der BO-Planung an die ABO kritisiert. Stellen Sie die Vergabe nun aus Ihrer Sicht dar.

Dr. **Horny:** Ich darf vielleicht da etwas ausholen. Es ist an sich schon unmittelbar nach der Gründung der AKPE die Notwendigkeit einer BO-Planung außer Streit gestanden, und ich glaube, das war auch schon natürlich vor der Gründung der AKPE. Aber es hat sich die AKPE damit befaßt.

Es ist dann so weit gekommen, daß man das ursprüngliche Projekt überarbeitet hat, und es ist zu dem Erweiterungsprojekt gekommen. Man hat also gemeint, unmittelbar nachdem dieses Erweiterungsprojekt fertig ist, müßte eben die Betriebsplanung, die Betriebsorganisation erfolgen. Es wurde dann auch seitens verschiedenster Aufsichtsratsmitglieder diese Vergabe der Betriebsorganisationsplanung urgiert, und es ist auch schon dem Aufsichtsrat meiner Erinnerung nach 1977 mitgeteilt worden, daß die entsprechenden Vorarbeiten oder Vorerhebungen geleistet werden. Man hat also Angebote eingezogen. Und schließlich ist es dann nach vielfachem Drängen auch des Aufsichtsrates, glaube ich, im April 1978 zur Vergabe des ABO-Auftrages gekommen.

Damals sind dem Aufsichtsrat vorgelegen die Ergebnisse der beschränkten. . . Das heißt, der Vorstand hat referiert über die Ergebnisse der beschränkten Ausschreibung, hat dann erwähnt, daß faktisch zwei Anbote irgendwie im Raum stehen — das waren Suter & Suter und dann der ABO-Auftrag —, hat gesagt, daß preislich gesehen der ABO-Auftrag der günstigste wäre, und hat dies auch gemeint aus den verschiedensten Überlegungen heraus, vor allem, daß hier ein starker österreichischer Anteil wäre und hier österreichische Firmen am Werk wären und Leute, die das österreichische und speziell das Wiener Krankenanstaltenwesen kennen. Das war nach meinem Dafürhalten auch ein entscheidendes Moment für diesen ABO-Auftrag. Und es wurde darüber dann eben die Entscheidung getroffen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Ist das diese berühmte Wiener Krankenhausphilosophie, die schon öfters bei Zeugeneinvernahmen herausgekommen ist?

Dr. **Horny:** Ja die sogenannte Planungsphilosophie spukt so verschiedentlich durch die Gemüter. Ich habe sie einmal gelesen in ein einen Aktenvermerk, und sie ist auch im Aufsichtsrat vom Vorstand einige Male gebracht worden. Ich und, wie ich glaube, alle anderen haben unter Planungsphilosophie eine Philosophie verstanden, die — bitte, ich glaube, das ist ein hochtrabender Titel — gewisse Grundsätze

hat, die davon ausgehen, daß solche Firmen in Anspruch genommen werden sollen, die speziell das österreichische Spitalswesen und auch die österreichische Gesetzgebung in diesem Bereich kennen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge! Was hat für eine Teilung des Auftrages an die ABO gesprochen, und von wem wurde diese initiiert?

Dr. **Horny:** Ich darf feststellen, daß dem Aufsichtsrat in dieser Sitzung bereits vom Vorstand der Antrag vorlag, nur eine Teilbeauftragung durchzuführen. Es hat sich über diesen Punkt auch eine Diskussion entwickelt. Meiner Erinnerung nach war ein Aufsichtsratsmitglied für den Gesamtauftrag, alle anderen haben sich aber für den Teilauftrag ausgesprochen, insbesondere auch der Vorsitzende, der Herr Sektionschef Waiz. Und man ist deshalb zu dem Teilauftrag gekommen, weil man vermeint hat, man soll erst einmal mit einem Teil hineingehen, um die Leistungen kennenzulernen, und nicht mit dem ganzen Geschäft. Entschuldigen Sie den Ausdruck hier, es war doch ein Auftrag, glaube ich, der an die 400 Millionen ausgemacht hätte; das sollte man nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Obersenatsrat! Ist Ihnen damals nicht auch der Gedanke gekommen, wenn man von einem 370 Millionen-Beratungsauftrag 122 Millionen vergibt, daß dann der Anschlußauftrag zwingend ist, außer es ist eine katastrophale Fehlleistung zu erwarten?

Dr. **Horny:** Ich darf dazu folgendes sagen: Man hat — und ich habe schon das eine Mitglied erwähnt — gemeint, man sollte dem den ganzen geben denn es läge ja ohnedies ein Anschlußauftrag in der Luft. Dem wurde aber von den anderen Mitgliedern meiner Erinnerung nach widersprochen. Man hat gesagt: Sicherlich ist es irgendwo naheliegend, wenn aber die Leistung nicht entsprechend wäre, so müßte man eben trachten, daß man weiter dort sieht, sich anders zu behelfen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): War man sich so wenig sicher, daß die den Auftrag bewältigen können?

Dr. **Horny:** Nein, diese Schlußfolgerung kann man aus dem meines Erachtens nicht ziehen, sondern es war eben der Ausdruck der notwendigen Vorsorge, die glaube ich, ja am Platz war oder ist nach all diesen Fragen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge! Wer war denn das eine Aufsichtsratsmitglied, das für die Gesamtvergabe war?

Dr. **Horny:** Ich kann mich also nicht erinnern. Ich wollte nur sagen: Wilfling war damals noch nicht Mitglied des Aufsichtsrates. Ich glaube, es war Ministerialrat Bachler. Ich kann mich aber nicht erinnern. Ich weiß nur, daß irgendwie naheliegend von manchen vielleicht gefragt werden würde: Es war nicht der Herr Dr. Wilfling, der war meines Wissens damals noch gar nicht ...

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge! Was sagen Sie zu der Kritik von Rechnungshof und Kontrollamt an der Vorgangsweise des AKPE-Vorstandes bei der Vergabe der BO-Planung?

Dr. **Horny:** Ja, eine solche Kritik hat es gegeben. Es hat auch dann in dem Frotz-Gutachten eine derartige Kritik gegeben, die ist entnommen dem sogenannten Rohbericht. Im Endbericht ist sicherlich auch eine Kritik an dem Vorstand enthalten, aber, wie ich glaube, in weit gemilderter Form gegenüber dem Rohbericht. Ich spreche jetzt vom Rechnungshofbericht.

Was der Aufsichtsrat getan hat, dazu kann ich folgendes sagen: Er hat diese Kritik eben zur Stellungnahme dem Vorstand gegeben, der auch seine Äußerung dazu abgegeben hat. Jetzt, nach Vorliegen des endgültigen Rechnungshofberichtes, wird unter Heranziehung von Sachverständigen — da ist man sich im Aufsichtsrat im klaren — abgewogen, ob und inwieweit aus dieser Kritik Konsequenzen zu ziehen wären und welche. Es träfe an sich ja unmittelbar nur mehr ein Vorstandsmitglied, das aus der alten Ära, da ist — das ist der Ing. Parzer —, wenn irgendwelche zivilgerichtliche Handlungen zu setzen wären.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge! Hat der Aufsichtsratsvorsitzende Waiz Einfluß auf die Vergabe des ABO-Auftrages genommen?

Dr. **Horny:** Mir ist nichts bekannt, und ich habe keinerlei Hinweise oder Zeichen gesehen, die auf eine solche Einflußnahme überhaupt hätten schließen lassen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Hat Dkfm. Wilfling darauf Einfluß genommen?

Dr. **Horny:** Da ist mir auch nichts bekannt. Ich habe nur durch verschiedene Gespräche und auch durch Aktenvermerke — sicherlich durch den Aktenvermerk, den ich aber erst im nachhinein gelesen habe — erfahren, daß er sich, glaube ich, dafür ausspricht. Ich habe aber das als eine rechtmäßige Einflußnahme, nicht Einflußnahme, sondern als eine rechtmäßige Standpunktdarlegung gesehen, weil er letztlich ja Bereichsleiter und für den Betrieb in dieser Form verantwortlich war. Wenn ich so sagen darf: Von einem unzulässigen Einfluß ist mir nichts bekannt.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Sind Ihnen

Gerüchte zu Ohren gekommen, daß Direktor Winter von der Firma Siemens Geld erhalten soll?

Dr. **Horny:** Ja, da hat es Gerüchte gegeben. Ich kann mich erinnern. ES hat mich der Herr Sektionschef Waiz einmal davon verständigt, mündlich verständigt, als Vorsitzender des Aufsichtsrates. Ich beziehungsweise Sektionschef Waiz haben auch dann den Stadtrat informiert. Der hat meines Wissens den Herrn Winter zu sich geladen und, glaube ich, irgendwie befragt.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Sie meinen jetzt Stadtrat Dr. Stacher?

Dr. **Horny:** Nein, Stadtrat Mayr. Ich spreche von Stadtrat Mayr. Ich kann nur von dem Stadtrat reden, dem ich unterstellt bin. Entschuldigen Sie, daß ich das nicht klargestellt habe.

Und unmittelbar in dem Zusammenhang war dann auch eine Gesprächsnotiz, wo, glaube ich, irgend jemand — ein ehemaliges Mitglied der ÖKODATA Aussagen gemacht hat. Da sind der Sektionschef Waiz und ich zum Kontrollamtsdirektor. Der hat den Herrn Winter und uns zwei eingeladen. Der hat das entrüstet in Abrede gestellt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer war das ehemalige Mitglied der ÖKODATA.

Dr. **Horny:** Ich weiß jetzt nicht mehr den Namen, aber es müßte erkennbar sein auf dem Aktenvermerk, den ich, wenn er nicht da liegt, beilegen kann, glaube ich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ein Aktenvermerk, den Sie an den Bürgermeister ...

Dr. **Horny:** Nein, ich habe an den Bürgermeister keinen Aktenvermerk geschrieben, sondern der Kontrollamtsdirektor hat über das Gespräch — ich glaube, es war irgendwann im Jahre 1979 — einen Aktenvermerk gemacht. Und da ist meiner Erinnerung nach von einem ehemaligen Mitglied der ÖKODATA die Rede. Aber ich kann mich auch irren, bitte, aber klarzustellen durch Vorlage.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Obersenatsrat! Darf ich ein paar Fragen erst zur Person stellen? Es hat der Herr Kollege Kapaun heute auch diese Tradition so schön eröffnet. Zur Abklärung, weil er zu Recht auch meinte, man müßte über die Person mehr wissen: Sie sind also Leiter der Magistratsabteilung 4?

Dr. **Horny:** Ich bin Leiter der Magistratsabteilung 4 und Gruppenleiter der Magistratsabteilungen 5, 6 und 54.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und das ist Finanzwesen?

Dr. **Horny:** Das ist Finanzwesen.

Abg. **Steinbauer** ÖVP): Haushaltswesen, 5,6?

Dr. **Horny:** Das umfaßt die Geschäftsgruppe des Stadtrates Mayr, die heißt Finanzen und Wirtschaftspolitik.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und die Magistratsabteilung 4 ist auch dabei?

Dr. **Horny:** Ja, dessen Leiter bin ich.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie sind Vorsitzender-Stellvertreter lange Jahre gewesen, seit wann bei der AKPE, von Beginn des Aufsichtsrates an?

Dr. **Horny:** Ich bin es von Beginn des Aufsichtsrates an gewesen mit Unterbrechungen. Meines Wissens war ich von Mai 1979 bis Dezember 1980 Vorsitzender, bis Dezember 1979, pardon, entschuldigen Sie.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Waren Sie Vorsitzender des Aufsichtsrates?

Dr. **Horny:** Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und Sie sind es jetzt wieder?

Dr. **Horny:** Ich bin seit 1. Jänner 1981 Vorsitzender.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und Sie sind Vorsitzender-Stellvertreter der Wiener Allgemeinen Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft?

Dr. **Horny:** Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Seit wann?

Dr. **Horny:** Das kann ich nicht genau sagen, das läßt sich aber feststellen, also nicht seit Beginn an, aber es müßte sich feststellen lassen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und Sie sind 1. Vorsitzender-Stellvertreter der Heizbetriebe Wien?

Dr. **Horny:** Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Seit wann ungefähr?

Dr. **Horny:** Ich kann das auch nicht genau sagen. Ich glaube, seit sechs Jahren.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also nach dem Abgang Winters aus diesem Bereich, der ja als Konsulent dort tätig war im Zusammenhang.

Dr. **Horny:** Ich habe Winter, muß ich dazusagen, nie kennengelernt in diesem Zusammenhang dort. Ich kann also nicht beurteilen, ob das nachher oder vorher war. Bitte, aber das ist feststellbar.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und Sie sind 1. Vor-

sitzender-Stellvertreter der Wiener BetriebsansiedlungsGesmbH?

Dr. **Horny:** Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Die hat Bauwesen für Industrie?

Dr. **Horny:** Nein, nein, bitte, das ist verschieden. Die hat einmal aufgeschlossene Grundstücke bereitzustellen, und natürlich kann sie auch Vermietungen von Altobjekten vornehmen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also die Firma ist im Grundstückhandel tätig, wann ich das richtig . . . ?

Dr. **Horny:** Die Firma hat die Aufgabe, Grundstücke zur Verfügung zu stellen, ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und in dieser Eigenschaft sind Sie natürlich ständig konfrontiert mit den längerfristigen Planungsvorstellungen der Gemeinde im Grundbereich?

Dr. **Horny:** Na ja, ich weiß nicht, wie das gemeint ist. Ich darf nur dazu sagen, daß sich unabhängig davon natürlich auch die Wiener Betriebsansiedlungsgesellschaft bemüht, Grundstücke und Grundflächen anzukaufen oder zu erwerben, die sie dann weitergibt. Aber natürlich ist es auch Aufgabe der Finanzverwaltung, vor allem im Rahmen der Wirtschaftsförderung mit den Baudienststellen und vor allem mit der zuständigen Magistratsabteilung 69 Gründe zu erwerben und aufzuschließen, die eben für eine Betriebsansiedlung geeignet sind.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und waren Sie direkt oder indirekt in dem Zusammenhang oder ohne Zusammenhang mit dem Pilgram-Zentrum, mit dem Projekt befaßt?

Dr. **Horny:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie sind Aufsichtsrat der IAKW?

Dr. **Horny:** Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Seit Beginn?

Dr. **Horny:** Seit Beginn, seit Gründung der Gesellschaft.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie waren zumindest in dem für uns interessanten Zeitraum Vorstandsmitglied des Instituts für Stadtforschung.

Dr. **Horny:** Ich war nicht Vorstandsmitglied des Instituts für Stadtforschung, sondern ich war Schriftführer; Bürovorstand, Schriftführer.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Können Sie nicht Kassier dort gewesen sein.

Dr. **Horny:** Kassier, pardon Kassier. Sie haben vollkommen recht. Ich danke für die Richtigstellung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Darf ich Sie darauf aufmerksam machen — der Herr Vorsitzende hat das nicht gemacht, der Dr. Steger macht das immer wieder —, daß Sie während einer Zeugenaussage natürlich jederzeit korrigieren können, was ja wichtig ist im Rahmen der Wahrheit?

Dr. **Horny:** Ja, selbstverständlich, nein, das mache ich schon.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie waren, wenn ich es richtig sehe, Mitglied der zweiten Kurie des Kaiser Franz Joseph-Jubiläums?

Dr. **Horny:** Ja. Jawohl.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Waren Sie da auch mit Finanzen befaßt?

Dr. **Horny:** Nein, ich war dort nicht mit Finanzen befaßt, sondern die Konstruktion hat darin bestanden, daß sich diese Kurie einer Hausverwaltung bedient hat, und diese Hausverwaltung hat den Werkstättenhof in der Mollardgasse verwaltet, und von hier wurden Direktiven gegeben. Aber wenn Sie wollen — man muß da ja vorsichtig sein —, insofern mit Finanzen, als das Vermögen, glaube ich, mit 70 000 S oder 80 000 S angelegt worden ist in Wertpapieren.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und dann: Sie waren bis Dezember — oder habe ich das jetzt falsch in Erinnerung, ich müßte Sie eigentlich mit Herr Altbürgermeister ansprechen — Bürgermeister von Mödling?

Dr. **Horny:** Ich darf sagen, daß Sie mich nicht als Altbürgermeister ansprechen müssen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Oder Herr Vizebürgermeister?

Dr. **Horny:** Nein, Vizebürgermeister war ich nicht. Ich war Bürgermeister bis 10. Dezember 1980.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie sind noch Obmann des Kreditvereines *(Dr. Horny: Ja!)* der „Z" Mödling und Umgebung oder in größeren . . .?

Dr. **Horny:** Ja, das ist Niederösterreich, Mödling.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das ist die ganze niederösterreichische „Z"?

Dr. **Horny:** Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ein Kreditverein?

Dr. **Horny:** Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Der hat welche Aufgabe? Ist das ein Sparverein?

Dr. **Horny:** Nicht in dem Sinne als Sparverein, sondern das ist ein Verein, der Mittel bekommt von der „Z" und sie dann zur Förderung vor allem der Wirtschaft und auch von Personaldarlehen weitergibt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie sind Lektor an der Johann Kepler-Universität?

Dr. **Horny:** Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und Sie sind Vorsitzender des Aufsichtsrates der Wiener Kreditbürgschaftsgesellschaft?

Dr. **Horny:** Ja, das wechselt immer, da wechsle ich immer mit dem Herrn Abgeordneten Ebert.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Die Funktion ist eine Kombination mit der „Z"?

Dr. **Horny:** Nein, überhaupt nicht, die Kreditbürgschaftsgesellschaft kann man nicht als Kombination mit der „Z" ansehen. Es sind dort die Eigentümer die Stadt Wien, die Wiener Handelskammer und eine Reihe von Geldinstituten mit einem sehr geringen Anteil, darunter sicher auch die „Z".

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und habe ich jetzt irgend etwas vergessen?

Dr. **Horny:** Na ja, Sie haben irgend etwas vergessen. Lassen Sie mich nachdenken. Das haben Sie gesagt. Ja dann, glaube ich, bin ich Vorstandsmitglied des Instituts für Kommunalwissenschaften — das sind ehrenamtliche Funktionen — und des kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrums.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Obersenatsrat! Ich frage das, weil das der Kollege Kapaun heute in dieser Ausführlichkeit, wie ich meine, zu Recht eingeführt hat.

Ich hätte gerne eine Frage zur Person: Sie sind Mitglied der SPÖ?

Dr. **Horny:** Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Seit wann, wenn man fragen darf?

Dr. **Horny:** Selbstverständlich dürfen Sie fragen: Seit, glaube ich — mein Mitgliedsbuch habe ich nicht da *(Abg. Steinbauer: Ungefähr!)* —, 1966.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und weil der Kollege Hobl immer bei jeder ÖAAB-Mitgliedschaft eine Presseaussendung macht: Sie waren ÖAAB-Mitglied, oder sehe ich das falsch?

Dr. **Horny:** Ich glaube, Sie sehen das nicht falsch, sondern Sie sehen es richtig. Ich war ÖAAB-Mitglied, bis, glaube ich, 1965.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nur weil der Hobl immer dann in Presseerklärungen ...

Dr. **Horny:** Nein, nein, ich geniere mich ja gar nicht, ich habe das noch nie so peinlich empfunden.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ich möchte den Kollegen Steinbauer beruhigen: Ich weiß das seit langem.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nur damit er es nicht falsch aussendet und womöglich schreibt, Sie sind es noch.

Dr. **Horny:** Nein, da kann ich Sie beruhigen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Hätte ja sein können. Frage: Sind Sie Mitglied des „Club 45"?

Dr. **Horny:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und Sie waren auch bei diesen Veranstaltungen nicht dabei?

Dr. **Horny:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Eine Frage, die ich früher hätte stellen wollen: Haben Sie sich mit der Fraktion über die heutige Zeugenaussage besprochen?

Dr. **Horny:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie sich mit einzelnen Mitgliedern des Untersuchungsausschusses vorbesprochen?

Dr. **Horny:** Auch nicht, nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Mit Experten des Untersuchungsausschusses?

Dr. **Horny:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Damit kann ich mit Befriedigung feststellen, daß die SPÖ-Fraktion von dieser Unsitte abgegangen ist. Ich danke den Kollegen dafür. Ich habe nämlich dieses Zeugenpräparieren immer für sehr ungut empfunden.

Frage: Wann haben Sie, Herr Obersenatsrat, den damaligen Kollegen Wilfling kennengelernt?

Dr. **Horny:** Ich kann das nicht mehr genau sagen, aber ich habe ihn an sich gekannt von seiner Tätigkeit als Geschäftsführer der ODELGA, weil das ja seinerzeit in der MA 5 verwaltet worden ist vor Gründung der Holding. Ich hatte dann mit ihm unmittelbar zu tun als Bereichsleiter der MA 17, da er ja bei der Budgeterstellung auf Beamtenebene der maßgebliche Mann dafür war.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also Mitte der siebziger Jahre?

Dr. **Horny:** Ich weiß nicht, wann der Herr Dr. Wilfling in die ODELGA gekommen ist. Seit diesem Zeitpunkt oder ungefähr in diesem Zusammenhang kenne ich ihn.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wann haben Sie denn Dkfm. Bauer kennengelernt?

Dr. **Horny:** Das kann ich auch nicht mehr genau sagen. Jedenfalls kenne ich ihn verhältnismäßig lang, weil die Finanzverwaltung ja Steuerberater beschäftigt. Es sind dies die Büros Cura und Consultatio, und von dort her kenne ich ihn.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Welche Büros, wenn man fragen darf?

Dr. **Horny:** Cura und Consultatio.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ein Büro Cura?

Dr. **Horny:** Ja, das ist Bechinie.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ach so, ja, ich habe jetzt geglaubt, bei der Consultatio gibt es noch eine Firma. Das wäre ja sensationell.

Dr. **Horny:** Nein, nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und nun hat die Consultatio ja gerade Ihre Abteilung, den Magistrat im Zusammenhang mit der Einführung der Mehrwertsteuer beraten.

Dr. **Horny:** Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Da hat die Consultatio dem Magistrat ganz einfach Beratung gegeben, wie sie sich bei einer allfälligen Mehrwertsteuereinführung auf die Gemeindefinanzen auswirkt? Können Sie mir da Näheres sagen, was die Consultatio damals tätigte?

Dr. **Horny:** Ja die Consultatio hatte damals die Aufgabe, uns zu unterstützen bei den Überlegungen in den verschiedenen Gemeindefirmen und -konstruktionen und in verschiedenen Vorgängen, ob und inwieweit hier eine Mehrwertsteuerpflicht gegeben ist und ob und inwieweit man durch eine legale Umkonstruktion möglichst wirtschaftlich ist in der Steuerbelastung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und jetzt würde mich aber schon noch interessieren, Herr Obersenatsrat, wann diese Beratungstätigkeit eingesetzt hat im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuer.

Dr. **Horny:** Ja das muß irgendwie gewesen sein im Zusammenhang mit dem Mehrwertsteuergesetz. Also das Umsatzsteuergesetz ist umgestellt worden auf Mehrwertsteuergesetz, glaube ich, mit 1. 1. 1973.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): War es eine vorsorgliche Beratung?

Dr. **Horny:** Nein, nein, nachdem das Gesetz da war.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich dachte, nach Unterlagen zu schließen, daß vorher schon eine vorsorgliche Beratung oder Kontaktaufnahme mit der Consultatio da war.

Dr. **Horny:** Also das ist mir nicht bekannt. Es könnte irgendwo gewesen sein, daß man beraten hat, als schon Entwürfe da waren — das wäre also ohne weiteres denkbar —, sobald eben legal irgendwelche Entwürfe da waren. Aber das weiß ich nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Oder es könnte auch mit dem Stadtrat Mayr gewesen sein.

Dr. **Horny:** Nein, mit dem Stadtrat Mayr — er ist 1973 gekommen — wäre es im Laufe des Jahres denkbar, denn meines Wissens ist er 1973 als Stadtrat gekommen. Aber ich glaube nicht, daß der Stadtrat Mayr dabei unmittelbar etwas zu tun hatte, denn das war eine rein beamtenmäßige Abwicklung. Das möchte ich sagen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und damals waren Sie schon mit dem Dkfm. Bauer bekannt.

Dr. **Horny:** Ja, ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und hatten mit ihm beruflich Kontakt?

Dr. **Horny:** Ja eigentlich hatte ich weniger Kontakt, da diese unmittelbaren Dinge von der MA 5 zusammen mit dem Referat 1 gemacht wurden, also unmittelbaren Kontakt hatte ich verhältnismäßig nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber Sie haben ihn seit Beginn, wenn ich Sie richtig verstanden habe, der Consultatio-Tätigkeit gekannt, und die hat ja ziemlich gleich nach ihrer Gründung 1970 begonnen, im Rahmen der Gemeinde Wien Aufträge zu erhalten.

Dr. **Horny:** Ja, ungefähr seit dem Zeitraum habe ich ihn gekannt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Können Sie ihn schon von vorher gekannt haben, als er noch in der Kanzlei Androsch tätig war?

Dr. **Horny:** Nein. Das glaube ich nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und haben Sie ihn auch persönlich näher gekannt, auf privatem Boden?

Dr. **Horny:** Nein, ich hatte nie mit ihm irgendeinen privaten Kontakt. Ich bin auch per Sie mit ihm immer gewesen. Ich hatte ihn nur einige Male gesehen, ich könnte das nicht auf-

sumsieren, aber eben aus den Umständen, die die Berufsaufgaben mit sich gebracht haben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und es war Ihnen bei der Vergabe des ABO-Auftrages schon bewußt, daß dies natürlich bei der ÖKODATA auch eine Vergabe an den Dkfm. Bauer ist?

Dr. **Horny:** Ich muß sagen, daß ich mich in diese Richtung eigentlich bei meinen Überlegungen nie bewegt habe, sondern ich habe bei meinen Überlegungen als Aufsichtsratsmitglied in den Vordergrund gestellt: Wie wird die bestmögliche Leistung erbracht? Und diese Überlegungen — darf ich da anknüpfen —, die jetzt hier in den Raum gestellt werden — nicht hier, meine ich, sondern in verschiedenen anderen Formen hinsichtlich der Eigentümer — werden jetzt bestellt. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, in allen Fällen auch bei Aufträgen oder vor allem bei Subunternehmungen nach dem Eigentümer hier Erkundigungen einzuziehen. Die erste Schwierigkeit hatten wir schon bei der Vergabe von Leibschüsselspülern. Da ist es auch um eine Firma gegangen, wo sich dann herausgestellt hat, daß der Eigentümer ein Dr. Hirzenberger *(phonetisch)* ist treuhändig, der im Zusammenhang mit dieser Hypoaffäre genannt worden ist. Und jetzt war die Frage: Scheidet die Firma deshalb aus oder nicht? So konnte also niemand bejahen. Ich sage das deswegen, weil das Kontrollbüro und alles dabei war. Das wollte ich nur sagen. Diese Dinge sind aber jetzt erst aktuell.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und seit wann ist Ihr Sohn bei der Firma Consultatio beschäftigt?

Dr. **Horny:** Mein Sohn ist meines Wissens jetzt — das kann man auch ganz genau feststellen — ungefähr drei Jahre bei der Firma Consultatio beschäftigt. Er ist Jahrgang 1956, hat in dieser Zeit ungefähr maturiert auf der Handelsakademie, hat dann geheiratet.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich wollte nur ...

Dr. **Horny:** Ich wollte nur, daß keine Fehldeutung entsteht. Seine Ausbildung will er als Steuerberater machen, und er ist dort angestellt, glaube ich, mit 7 000 S oder 8 000 S. Ich sage das deswegen, weil ich in einem „Kurier"-Artikel damals gelesen habe von Brigitte Androsch, dann, glaube ich, Hannes Androsch und Heinz Horny. Das hat mich etwas erheitert.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und war Ihr Sohn schon beschäftigt, als es zur ABO-Vergabe gekommen ist, also Juli 1978 Aufsichtsratsbeschluß?

Dr. **Horny:** Das müßte man feststellen. Ich kann das nicht sagen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wenn Sie sagen, drei Jahre, geht es sich aus.

Dr. **Horny:** Ja, da müßte man ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und ist Ihnen kein Zweifel gekommen, ob hier nicht eine gewisse Befangenheit da ist, wenn Sie mit dem Dkfm. Bauer einerseits über die Beschäftigung des Sohnes natürlich eine Beziehung haben, andererseits ein 122 Millionen oder 370 Millionen-Auftrag zur Vergabe kommt?

Dr. **Horny:** Nein, das ist mir überhaupt nicht gekommen, da ja in diesem Zusammenhang gar kein Kontakt war. Ich habe, als mein Sohn dort beschäftigt worden ist — ich bin interessiert, das hier aufzuzeigen —, angerufen und gefragt, ob Leute aufgenommen werden. Da hat mir Dr. Bauer gesagt: Ja, wir nehmen immer an, er soll sich vorstellen kommen, ich kann dazu nichts sagen. Mehr Kontakt hatte ich mit ihm nie.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und es könnte dieser Anruf nicht mißverstanden werden, daß Sie interveniert haben, ob eine Beschäftigung für Ihren Sohn möglich ist?

Dr. **Horny:** Nein, das ist nicht der Fall. Ich habe nur gefragt, ob es möglich ist.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und könnte es nicht eine Gefahr gewesen sein, daß Dkfm. Bauer, den man natürlich darüber befragen müßte, das mißverstanden hätte und Ihnen natürlich eine Gefälligkeit machen wollte im Hinblick auf die bevorstehende Vergabe des ABO-Vertrages?

Dr. **Horny:** Ich kann da, ehrlich gesagt, keinen Zusammenhang sehen. Ich glaube auch, ohne daß ich meine Bedeutung unter den Tisch kehren möchte, das in Relation zur Kanzlei, die ja doch ein sehr etabliertes Unternehmen war, durch ihre Leistungen eingeführt ...

Abg. **Steinbauer:** Herr Obersenatsrat! Wie würden Sie das in Ihrer Beamteneigenschaft beurteilen, wenn Sie einen Fall vor sich haben, einen Beamten, der nun bei einem Auftragnehmer oder potentiellen Auftragnehmer Kontakt aufnimmt hinsichtlich der Beschäftigung des Sohnes? Würden Sie das als Beamter bei einem Ihnen nachgeordneten Beamten, wenn es dann auch zur Auftragsvergabe gekommen ist, positiv oder negativ beurteilen?

Dr. **Horny:** Ich würde den Fall ansehen. Wenn es unmittelbar eine Kontaktaufnahme in der Richtung war, die gezielt auf einen bestimmten Auftrag geht, wäre es näher zu prüfen. Wenn der Betreffende heute eine Firma anruft, die Handelswaren aller Art verkauft, und sagt: Hören Sie, können Sie den als Ver-

käufer aufnehmen!, und der sagt, er solle sich vorstellen kommen, und wenn irgendwann diese Firma weiß ich, ein Brot verkauft, geht man hin und sagt: Könnte ich das nicht sehen? Das würde in meiner Tätigkeit nachdem in Wien doch jeder Akt der Aufträge, die über die Magistratskompetenz hinausgehen, von der Finanzverwaltung vidiert wird, dahin gehend führen, daß faktisch mein Sohn zum Beispiel in Wien überhaupt nicht mehr beschäftigt werden könnte, weil ja irgendwo die Möglichkeit da ist, daß alle größeren Firmen irgendwann einmal in Auftrag genommen werden könnten. Ich glaube, eine solche Vergleichsrechnung, eine solche Herziehung einer Relation wäre meiner Meinung nach nicht schlüssig.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Obersenatsrat! Wie sehen Sie es an, — Sie erscheinen mir als ein Mensch, der voll im Leben steht, Sie sind ja in zahlreichen Verpflichtungen — wie erscheint es Ihnen, wenn Sie sich nun vorstellen, daß ein Auftragnehmer auf einmal die Chance sieht, daß ihm der Vorsitzende-Stellvertreter des Aufsichtsrats der Firma, wo er den Großauftrag lancieren will, anruft und fragt, ob eine Stelle frei ist. Wie würden Sie das als Auftragnehmer beurteilen?

Dr. **Horny:** Ja, wenn Sie es in dieser Relation sehen, daß also die Verbindung zwischen Auftragsvergabe und Stelle da ist, würde man sie speziell untersuchen müssen. In der Relation, — man müßte das also zeitlich sich ansehen — war überhaupt in keiner Weise irgendeine Verbindung da. Und ich habe Ihnen, glaube ich, schon zum Anfang gesagt, daß mir bei der Firma ÖKODATA überhaupt keinerlei personellen Besetzungen vorschwebten. Für mich war sicherlich die Firma Consultatio bekannt. Ich habe mich aber nie interessiert, ob irgendwelche Töchter oder sonstige Dinge hier besetzt werden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja, aber Herr Obersenatsrat, darf ich Sie an unsere einleitende Bemerkung erinnern über die Wahrheitspflicht, zu der Sie verhalten sind. Der Herr Dkfm. Bauer war, gleichgültig wie die Eigentumsverschränkungen waren, der Dkfm. Bauer war nach allem, was wir aus den Akten wissen, der Hauptverhandler, der wirtschaftliche Hauptverhandler im ABO-Vertrag. In all diesen Gesprächen führt er die Verhandlungen, Rumpold macht die Arbeit und die anderen, aber der Bauer war der Chefverhandler. Und nun ist es doch wichtig, und daher bitte ich Sie doch, jetzt sehr genau nachzudenken, wann es war, denn es ist schon eigentümlich, wenn Sie im Juli 1978 im Aufsichtsrat den Abschluß des 122 Millionen-Vertrags haben und knapp davor nach unserer Rechnung, aber bitte das zu korrigieren, wenn es falsch ist, oder knapp danach, außer Ihre Drei-Jahres-Frist stimmt nicht, telephoniert der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats hinsichtlich einer Beschäftigungsmöglichkeit für seinen Sohn. Bitte schön, das ist eine schwierige, schwierige Frage. Ich bitte Sie noch einmal, die Termine nun möglichst exakt zu sagen, wie die Terminabfolge war.

Dr. **Horny:** Das kann ich Ihnen in dieser Form nicht exakt sagen. Das kann man aber, das ist nicht auf Behauptungen abgestützt, feststellen durch einen Rückruf, wann die Anstellung bei der Firma Consultatio erfolgt ist.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): War die ABO-Vergabe vielleicht für Sie eine damals schon erledigte Angelegenheit?

Dr. **Horny:** Überhaupt nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie war also noch offen und noch zu entscheiden.

Dr. **Horny:** Entschuldigen Sie, für mich als Mitglied des Aufsichtsrates ist eine Angelegenheit erledigt gewesen wenn der Aufsichtsrat, sofern er eine Komptenz dazu hatte, den entsprechenden Beschluß gefaßt hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wann sind Sie erstmals mit der ABO-Vergabe, mit der Problematik konfrontiert worden?

Dr. **Horny:** Ich bin eigentlich mit der Problematik überhaupt nicht konfrontiert worden, sondern ich bin erstmalig in der wesentlichen Diskussion im April konfrontiert worden, glaube ich, 1978, als dieser Auftrag vorlag. Bitte, meiner Erinnerung nach.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Obersenatsrat! Vielleicht habe ich mich schlecht ausgedrückt. Die Problematik der Betriebsorganisation spielt von den ersten Wochen der AKPE eine Rolle. Es ist für mich ganz einfach nicht glaubhaft, daß Sie in Ihrer Eigenschaft als Vorsitzender-Stellvertreter des Aufsichtsrates hier nicht früh über die Problematik der Vergabe der Betriebsorganisation, Teilinformationen, Vorinformationen bekommen haben ab Herbst 1975. Vielleicht habe ich mich schlecht ausgedrückt.

Dr. **Horny:** Sie haben sich nicht schlecht ausgedrückt, ich weiß nur nicht, wohin Ihre Fragestellung zielt. Ich kann, wenn Sie das so sehen, natürlich eines dazu sagen: daß wir sehr wohl bereits im Jahre 1975, — und das habe ich dem Herrn Abgeordneten Gradischnik gesagt — gleich mit der Betriebsorganisation befaßt worden sind, daß wir aber diese Betriebsorganisationsplanung zumindest aus meiner Sicht — und ich habe es auch niemals bei anderen anders gesehen, nicht personenbezogen betrachtet haben, sondern sachbezogen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Gut. Und wann sind nun die ersten Firmenüberlegungen bei Ihnen aufgetaucht, also Sie sind mit dem Thema Betriebsorganisation von Anfang an als Problemzone vertraut gemacht worden: Wann tauchten nun erstmals eine Firmenkombination oder Firmenfragen in dem Zusammenhang, wann tauchen Firmennamen im Zusammenhang mit der Betriebsorganisation nach Ihrer Erinnerung auf?

Dr. **Horny:** Nach meiner Erinnerung tauchten diese Fragen ganz konkret bei der Aufsichtsratssitzung auf, die im Frühjahr, glaube ich, April 1978 war. Früher wurde uns immer mitgeteilt, daß eben eine Angebotseinziehung erfolgt ist und auch eine beschränkte Ausschreibung und man sehen müsse, wer und wie hier Bestbieter wird.

Und ich bin konkret — ich habe ja an keinerlei Vorgesprächen teilgenommen und man hat mich auch in keiner Weise damit befaßt, war auch gar nicht notwendig als Mitglied des Aufsichtsrates, daß ich also, weil ich ja keine Funktion als Vorsitzender hatte, Vorgespräche führe, — befaßt worden in der Sitzung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Muß ich daraus schließen, daß der Vorsitzende Waiz seinen Vorsitzenden-Stellvertreter über die Kette der Gespräche und Informationen — bitte, ich möchte Sie aufmerksam machen, daß der Waiz manchmal 14tägig abendessen mit dem Vorstand der AKPE war — daß der Vorsitzende des Aufsichtsrates Ihnen in dieser zentralen Frage nie eine Erstinformation als Ergebnis dieser Gespräche übermittelt hat? Hat Sie der nie informiert? Haben Sie ein gespanntes Verhältnis mit ihm gehabt!

Dr. **Horny:** Ich habe zu Sektionschef Waiz kein gespanntes Verhältnis. Nur möchte ich feststellen, daß nach der Organisation und womöglich nach der Geschäftsordnung es eben einen Vorsitzenden gibt und einen Aufsichtsrat und ein Präsidium. Das Präsidium, das besteht aus dem Vorsitzenden und dem Vorsitzenden-Stellvertreter, wird tätig, wenn der Aufsichtsrat eben dem Präsidium gewisse Aufgaben überträgt. Das war dann im Jahre 1980 der Fall. In konkreten Fällen früher hat, ich glaube, der Herr Sektionschef Waiz, wie ich ihn kenne, seine Aufgabe wie auch heute sehr gewissenhaft wahrgenommen und ich habe, weil er ja auch die Tagesordnung allein festsetzt — das ist genauso jetzt, ich setze als Vorsitzender der AKPE die Tagesordnung fest — mich hier nicht eingeschaltet. Aber das weder auf Grund eines gespannten Verhältnisses, sozusagen eines besonderen Aktes, sondern er hat seine Aufgabe darin gesehen, entsprechend vor allem in Gesprächen sicher mit den Nutzern diese Dinge vorzubereiten.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja aber, Herr Obersenatsrat! Ich meine, ich bewundere Ihre politische Routine, mit der Sie sich jetzt hier mit der Frage *(Dr. Horny: Ich habe keine politische Routine!)* — als Bürgermeister einer großen Stadt haben Sie sicherlich eine gewisse politische Routine —, es ist nur nicht glaubhaft, Sie sind ja der Vertreter der Gemeinde Wien gewesen, also der Spitzenmann der Gemeinde Wien in diesem Aufsichtsrat, daß Sie nicht alternierend mit dem Sektionschef Waiz Vorsitzender waren. Daß man dann den Waiz doch am Stück Vorsitzender sein ließ, war ja ein nachträgliches Arrangement, aber, bitte, die ...

Dr. **Horny:** Was für ein nachträgliches Arrangement, Herr Abgeordneter Steinbauer.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Der ursprüngliche Syndikatsvertrag zwischen Bund und Wien ...

Dr. **Horny:** Ah, so Sie meinen das, ja das ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): ... hat ja eine abwechselnde ...

Dr. **Horny:** Eine Alternierung ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): ... eine Alternierung vorgesehen. Ab wann, wenn ich am Rande frage, wurde der Syndikatsvertrag novelliert, daß es nicht zu diesem Wechsel kommt?

Dr. **Horny:** Der wurde nicht novelliert. Der Syndikatsvertrag ist geblieben, sondern der Herr Sektionschef Waiz ist als Vertreter Wiens vorgeschlagen worden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und jetzt glaube ich Ihnen ganz einfach nicht — entschuldigen Sie, wenn ich das so politisch-herb — sage, daß nur das Präsidium ab 80 dann tagte und daß es vorher keine Information außerhalb des formalen Begriffs Präsidium zwischen Waiz und Ihnen gegeben hat, außerhalb der Protokolle der Aufsichtsratssitzung, so wie man halt kollegial zwischen Vorsitzendem und Vorsitzendem-Stellvertreter sich gegenseitig am laufenden hält, wenn der eine der Vertreter der 50 Prozent Bund und der andere der Vertreter der 50 Prozent Gemeinde Wien ist. So hätte ich es zumindest erwartet.

Dr. **Horny:** Ich darf Ihnen dazu klar und deutlich folgendes sagen, Herr Abgeordneter. Ich stelle einmal fest, und die Frage habe ich ja beantwortet, — weil Sie meinen, mit der Novellierung des Syndikatsvertrages, daß der Herr Sektionschef Waiz ja Vertreter der Stadt Wien war —, daß der Herr Sektionschef Waiz seine Aufgabe immer sehr gewissenhaft erfüllt hat und daß er ja auch immer den Herrn Stadtrat direkt informiert hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also der Sektions-

chef Waiz, — ich glaube, das ist schon neu — hat den Stadtrat Mayer oder Stadtrat Stacher oder welchen Stadtrat meinen Sie jetzt, immer informiert?

Dr. **Horny:** Ich darf noch einmal feststellen: Der Herr Sektionschef Waiz hat in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Aufsichtsrates über wesentliche Dinge den Stadtrat Mayer informiert. Er hat, wie es seine Pflicht war, den Herrn Stadtrat besucht, hat ihn um einen Termin ersucht und hat ihm über die Gesellschaft berichtet. Das ist also bitte kein Geheimnis, Sie werden das in den Anfragebeantwortungen im Wiener Landtag auch nachlesen können.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja, jetzt ist aber die Gefahr, daß Sie zum funktionslosen Aufsichtsratsvorsitzenden-Stellvertreter geworden sind, wenn der Sektionschef Waiz immer dem Stadtrat Mayer direkt berichtet hat. Waren Sie bei diesen Berichten wenigstens dabei.

Dr. **Horny:** Nein, darf ich Ihnen da eines sagen: Es ist im Wesen eines Stellvertreters gelegen, daß der Stellvertreter keine Funktion ist, sondern die Funktion eben dann wirksam wird, wenn der eigentliche Halter, also der Vorsitzende, verhindert ist, dann bin ich tätig geworden. Nachdem der Vorsitzende nicht verhindert war, ich glaube, das kann man aus den Protokollen sehen, ich erwähne es also, bin ich als Vorsitzender-Stellvertreter nicht in die Lage gekommen, die Ausübung durchzuführen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie häufig sind diese Informationen an die Gemeinde Wien gegangen.

Dr. **Horny:** Das kann ich nicht sagen, das müßten Sie den Herrn Stadtrat fragen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben sich in Ihrer Eigenschaft als hochrangiger Gemeinde-Wien-Vertreter aus dem Finanzbereich auch nicht erkundigt, wie dieser Informationsfluß läuft?

Dr. **Horny:** Ich glaube nicht, daß man das so sehen kann, Herr Abgeordneter, Sie haben die Frage gestellt, sondern ich habe einen Jour fixe mit dem Herrn Stadtrat Mayer, der wöchentlich ist, und da habe ich natürlich ihm auch über Dinge, die wesentlich erschienen, berichtet. Er hat auch die Protokolle gelesen. Der Herr Stadtrat hat sich auch von den Vorstandsdirektoren unmittelbar Bericht geben lassen und vor allem war auch der Herr Sektionschef Waiz eben, ich habe gesagt, daß er ein sehr gewissenhafter Mann für mich ist, dazu da, um ihn zu informieren.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Jetzt ist es aber sehr wichtig, da ja leider der Verdacht im Raume steht, daß sich die Gemeinde Wien zu wenig um ihr Großspital gekümmert hat: Wie häufig kam es nun dazu, daß Sie zusätzliche Informationen zu den Waiz'schen Informationen dem Stadtrat Mayer geben mußten?

Dr. **Horny:** Dazu darf ich eines sagen: Der Herr Stadtrat hat sich informiert, ich darf das vielleicht versuchen, aufzusummieren, hat sich informiert erstens durch Gespräche mit Senatsrat Blendlesberger *(phonetisch)* und mit mir, wir sind die beiden Vertreter in der AKPE. Er hat sich informiert durch Gespräche mit den Vorstandsmitgliedern, er hat sich informiert in Form von schriftlichen Berichten, die eben immer ergangen sind und wo ich mitgewirkt habe, vor Aktionärsbesprechungen. Er hat die Jahresberichte bekommen und die Prüfberichte bei den Pflichtprüfungen. Und letztlich habe ich wöchentlich einen Jour fixe und habe dem Herrn Stadtrat in dem Jour fixe berichtet. Ich habe ihm auch schriftlich berichtet. Ich habe zum Beispiel glaublich einmal im Jahre 1977 darauf hingewiesen, daß es sehr wesentlich ist, um eine Kostenexplosion zu verhindern — der Bericht ist schriftlich ergangen —, eine Limitierung, eine endgültige Festlegung der Kosten zu erzielen, um ein Ausufern zu verhindern. Der Herr Stadtrat hat sich das meinem Gefühl nach sehr angelegen sein lassen und es ist dann tatsächlich im Jahre 1979 bei einer Aktionären zu einer solchen Limitierung der Baukosten mit 20 Milliarden Schilling mit Stand 1. 1. 1976 gekommen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also es war nicht erst der Dr. Wiesinger, der dieses Limit erfunden hat, sondern Sie 1977. Warum hat es dann zwei Jahre gedauert, bis es verwirklicht wurde.

Dr. **Horny:** Ja das weiß ich nicht, weil alle diese Dinge eine gewissen Zeit brauchen. Daß der Herr Dr. Wiesinger da eine Doppelerfindung gemacht hat, ist mir nicht bekannt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Zeitungleser! — Frage: Sie haben eine Limitierung vorgeschlagen 1977, wann ungefähr?

Dr. **Horny:** Ich glaube, ich habe sogar den Akt gefunden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja wenn wir den auf kurzem Wege in der bekannten Weise haben könnten, wäre das sehr schön.

Dr. **Horny:** Ja, den können Sie haben.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Kollege Steinbauer, wenn der Zeuge ein Dokument heute vorlegt, werden wir es so vervielfältigen lassen wie alle Dokumente und zur Verteilung bringen.

Bitte kann man von der Parlamentsdirektion sicherstellen, daß wir dieses Dokument jetzt

übernehmen, fotokopieren und dem Herrn Zeugen das Original dann wieder zurückgeben.

Jetzt ist es nicht aktuell, aber in einem Teil Ihrer Fragen, Herr Abgeordneter Steinbauer, hätte ich fast den Hinweis geben müssen, es ist nicht Sache des Zeugen, über Rechts- oder Erfahrungssätze auszusagen. Vielleicht kann man die Fragen so formulieren, daß der Zeuge nicht in diese Richtung hingedrängt wird.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Vorsitzender! Wir haben den Zeugen über die Kostenlimitierung beim AKH befragt, wo er direkt zuständig war.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Nein, es war dort im Bereich, wie es darum gegangen ist, ob der Sohn des Herrn Zeugen bei einer bestimmten Firma beschäftigt war. Da waren einige Fragen, die da bei sinngemäßer Anwendung ..... Aber ich möchte es nur sagen, ich bitte, die Fragen so zu formulieren, daß wir hier nicht in Schwierigkeiten kommen.

Abg. **Bergmann:** Wir haben uns an den Dr. Kapaun gehalten!

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Abgeordneter Steinbauer fragt weiter.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bitte Herr Vorsitzender, ich muß aber schon festhalten, daß für mich die Frage der Beschäftigung des Sohnes beim Auftragnehmer eines Auftrages, wo der Herr Zeuge Vorsitzender-Stellvertreter des beschließenden Organs war, eine zentrale Bedeutung hat in der Klärung, wie weit sind Sach-, Geld- oder andere Leistungen im Zusammenhang mit AKH hin- und hergeflossen. Die Fragestellung war von da her durchaus berechtigt.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Mir geht es nicht um die Fragestellung in eine bestimmte Zielrichtung, sondern eher wie die einzelne Frage formuliert wird und da würde ich ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Mir geht es ja nur zu erkunden, ob der Zeuge nichts dabei gefunden hat, daß er mit dem Auftragnehmer die Absprache einleitend über die Beschäftigung seines Sohnes geführt hat. Ich bin auch gerne bereit, die Verhandlung zu führen, wenn wir den Herrn Zeugen hinausbitten, um zu warten.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Nein, ich habe nur generell aus bestimmten Passagen her die Bitte, die Fragen so zu formulieren, daß sie den Zeugen nicht in die Richtung bringen, Rechts- oder Erfahrungssätze aussagen zu müssen. Über Wahrheiten fragen Sie ihn bitte in jede Richtung, wie Sie glauben. Ich würde nur bitten um ein bißchen eine Sorgfalt in dieser Richtung. Also ich möchte nicht Fragen in eine bestimmte Zielrichtung verhindern, sondern eher bitten, sie so zu stellen, daß nicht der Eindruck entsteht, daß wir von einem Zeugen über Rechts- oder Erfahrungssätze eine Aussage haben wollen, sonst gar nichts, bitte.

Herr Kollege Steinbauer, bitte wenn Sie weiter fragen.

Dr. **Horny:** Ich hätte eine Frage. Kann man feststellen, ich weiß also wirklich nicht genau, wann mein Sohn dort eingetreten ist, das kann man telefonisch irgendwie feststellen.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Wir werden Mittel und Wege finden, wenn wir interessiert sind, das genaue Datum festzustellen.

Dr. **Horny:** Ja, ich lege Wert darauf, weil ich mich eigentlich gegen diese Kombination verwahren möchte.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Zeuge, vielleicht können wir es so machen, vielleicht können Sie Ihren Sohn fragen und uns das schriftlich mitteilen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich kann ja bei der Consultatio sicher nicht anrufen.

Dr. **Horny:** Doch!

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Kollege Steinbauer! Bitte wollen Sie weiter fragen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bitte. Wir waren beim Informationsfluß und Herr Obersenatsrat, Sie machen es einem ja schwer, denn nun zeigt sich ja doch, daß Sie im Laufe der Jahre, wie es, glaube ich, auch Ihre Pflicht oder Ihre selbstverständliche Funktion war, natürlich den zuständigen Stadtrat informiert haben, im wöchentlichen Jour fixe, der sicherlich anderen Themen auch diente, in dem natürlich auch die laufenden Verhandlungen rund um das AKH eine Rolle spielten. Und da wollen Sie mir nun sagen, daß vor Befassung in der zuständigen Aufsichtsratsitzung Sie niemals in all diesen Informationen schriftlich, mündlich, hinsichtlich der Firmenzusammensetzung bei der Betriebsorganisation den Stadtrat informiert haben.

Dr. **Horny:** Ja, das sage ich, das wollte ich nicht sagen, das ist so!

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben also auch niemals die sehr verbreitete Kritik der Beratungstätigkeit Riethmüller in irgendeiner Weise kommentiert, zur Behandlung gestellt?

Dr. **Horny:** Ich darf folgendes sagen: Die verbreitete Kritik an Riethmüller, die sehr unterschiedlich war, hat der Herr Stadtrat meines Wissens ja gewußt durch die Vorstandsmitglieder.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben sich also

darauf verlassen, daß die Vorstandsmitglieder eh alles berichten?

Dr. **Horny:** Ich habe mich nicht darauf verlassen, daß die Vorstandsmitglieder eh alles berichten, sondern ich habe in den Zusammenhängen mit dem Jour fixe, wenn wir diese Themen behandelt haben, den Wissensstand des Herrn Stadtrates ja kennengelernt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und Sie haben dann nicht kommentierend gesagt: stimmt oder stimmt nicht. Sie verstehen, daß ich es ja nicht glaube, daß Sie Ihren Pflichten nur geringfügigst nachgekommen sind, ein wirklich kontrollierendes Aufsichtsratorgan zu sein.

Dr. **Horny:** Es stimmt auch gar nicht, daß ich meinen Pflichten nur geringfügig nachgekommen bin, ein wirklich kontrollierendes Aufsichtsorgan zu sein. Erstens einmal muß man diese Tatsache messen an der Kontrolle des Vorstandes, es gibt dann natürlich noch die zweite Ebene, das ist die Information des Eigentümers, und hier glaube ich, wenn man das Aktiengesetz liest, daß sich der Eigentümer Stadtrat Mayr in wesentlich größerem Umfang informiert hat als das nach dem Aktiengesetz überhaupt vorgesehen ist.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Halten Sie also die Feststellung vom Präsident Kandutsch, der Aufsichtsrat der AKPE sei restlos überfordert gewesen, als nicht zutreffend?

Dr. **Horny:** Ich kenne diese Feststellung nicht. Ich kenne nur die Feststellung — was Sie sagen, ist in einem Rohbericht gestanden — die im Endbericht steht. Im Endbericht ist davon nicht die Rede, sondern es wurde dort dem Aufsichtsrat an sich sogar bestätigt, daß er sich sehr bemüht hat uns seine Aufgabe erfüllt hat. Ich glaube nicht bitte, wenn Sie ihn haben, kann man auch noch nachlesen, was dort steht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): In welcher Weise haben Sie sich über die Qualität der ABO-Firmen, über die Sie ja zu beschließen hatten, informiert?

Dr. **Horny:** Durch Information, wie es, glaube ich, die Aufgabe des Aufsichtsrates ist, durch den Vorstand. Der Vorstand hat dort informiert, er hat gesagt, daß diese Firmen qualitativ und quantitativ, personell gesehen, die beste Gewähr dafür geben, daß dieser Auftrag erfüllt wird, daß man gehört hat, daß sie woanders gut gearbeitet haben. Man kann das im Protokoll bitte genau nachlesen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Würden Sie sich nicht als sehr gutgläubig bezeichnen, wenn ich Ihnen dann vorlese, was nun der Endbericht — weil Sie immer so fein unterscheiden zwischen Roh- und Endbericht — des Rechnungshofes dann in Teilziffer 116/2/4 feststellt —:

„Der Aufsichtsrat hat sich weiters darauf verlassen, daß der Vorstand die Personalstruktur der ABO in qualitativer und quantitativer Hinsicht geprüft habe. Diese Zusage war nach den Erhebungen des Rechnungshofs jedenfalls unrichtig." Zitat 116/2/4.

Sie haben sich also offenkundig darauf verlassen, was Ihnen Winter und Genossen in der Aufsichtsratsitzung erzählt haben — und dann 122 Millionen vergeben. Oder sehe ich das falsch?

Dr. **Horny:** Nein, Sie sehen es an sich nicht falsch. Auch der Rechnungshof stellt ja daran keinerlei Schlußfolgerung, und wir haben dann auch letztlich ein Gutachten von dem Professor Frotz eingeholt, der tatsächlich feststellt, daß letztlich diese Berichte des Vorstandes Grundlage für die Entscheidung des Aufsichtsrates sein müssen, denn sonst ist man Geschäftsführer und der Sektionschef Waiz hat ja dort auch weitgehend berichtet, daß er sich eben in dieser Sitzung des Aufsichtsrates weitgehend mit der Materie befaßt hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Jetzt stellt aber das Frotz-Gutachten auch fest, daß der Aufsichtsrat unvollständig, falsch, unrichtig et cetera informiert wurde. Heißt das, daß die Hinterfragung durch Waiz unzulänglich war?

Dr. **Horny:** Nein, das glaube ich nicht, daß das das heißt. Das Frotz-Gutachten hat auf Grund des Rohberichtes die Stellungnahme abgegeben und ich habe ja, glaube ich, zu Beginn dem Herrn Abgeordneten Gradischnik in dem Zusammenhang geantwortet, daß jetzt die Art des Handelns des Vorstandes, wie weit hier eine unvollständige Information oder eine unrichtige war, geprüft wird.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie würden also heute auch noch die Meinung vertreten, die Sie offenkundig Juni 1979 auch vertreten haben, Juni 1979, daß Winter zu entlasten war? Vorstandsdirektor Winter wurde im Juni 1979 entlastet und mir ist kein Einspruch eines Aufsichtsrates gegen eine solche Entlastung bekannt.

Dr. **Horny:** Ja, es war also damals keine Ursache. Nach dem heutigen Erkenntnisstand natürlich nicht, nicht? Ich meine, wenn ich heute da säße, wenn ich also zu dem damaligen Zeitpunkt — und das gilt für alle Aufsichtsratsmitglieder — wenn die zum damaligen Zeitpunkt gewußt hätten, daß der Herr Winter verhaftet wird, daß ihm schwerwiegende Vorwürfe gemacht werden, hätte ihn natürlich kein Mensch entlastet. Das ist klar. Es geht ja nur

darum, welchen Erkenntnisstand hat man zum jeweiligen Zeitpunkt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wenn Sie jetzt rückblickend, daß Ihr Erkenntnisstand heute besser ist, sich noch einmal überprüfen, wann Sie zuerst von den Firmen des ABO-Großvertrages gehört haben in kritischer Auseinandersetzung mit Riethmüller etwa oder über die ÖKODATA oder oder. Wann bitte hat das angefangen?

Dr. **Horny:** Ja im April bei der Aufsichtsratsitzung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Zeuge, ich möchte Sie jetzt wirklich bitten, sich doch schärfer zu erinnern. Sie werden mir doch nicht erzählen wollen oder wollen Sie das?

Dr. **Horny:** Ich habe Ihnen die Wahrheit zu erzählen und das tue ich. Herr Abgeordneter.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Obersenatsrat, aber bitte, Sie sind stellvertretender Aufsichtsratvorsitzender. Ich halte das für eine wichtige Funktion und Sie haben das hoffentlich auch so gehalten. Und dann wird die zentrale Frage der Betriebsorganisation, die die Firma seit ihrer Gründung beschäftigt, — auch außer Streit, hoffe ich, zwischen uns — die zentrale Vergabe, die Vergabe zur Bewältigung dieser zentralen Problematik, die sich auch durch längere Debatten zieht, bitte, die FAZ und die „Neue Zürcher" schreiben, glaube ich, Mitte 1976 bereits aus, „da beginnt die Suche nach Firmen". Und in all diesen Jahren bis zum April 1978 kümmern Sie sich nicht darum, welche Firmen nun welche Qualität für diese Problemlösung einbringen können. Sie hören davon nichts. Sie beschäftigen sich das erstemal damit in der Aufsichtsratsitzung vom April 1978. Das kann doch so nicht stimmen.

Dr. **Horny:** Ich glaube, das ist Ihre Auslegung. Ich darf noch einmal, Herr Abgeordneter, um alle Zweifel hier auszuräumen, zurückkommen darauf, was ich dem Herrn Abgeordneten Gradischnik gesagt habe. Das Problem der Betriebsorganisation ist zweifellos bereits im Jahr 1976 oder 1975 aufgetaucht. Die Notwendigkeit einer Betriebsorganisation wurde nach der Festlegung des Erweiterungsprojektes besonders unterstrichen und es war die Information des Direktors des Vorstandes — ich glaube Winter war es —, daß man eine Anbotseinholung durchgeführt hat. Man hat annonciert in ausländischen Zeitungen und man wird trachten, die bestmöglichen Gruppierungen zu erreichen.

Ich darf noch einmal sagen: Für mich waren eigentlich Name und Verbindungen uninteressant. Für mich war entscheidend, welche Firma nach Meinung des Vorstandes und nach Meinung auch, sagen wir, von Aufsichtsratsmitgliedern, also nach Meinung jedes seriösen Menschen, der in dem Zusammenhang zu tun hat, die beste und dafür geeignetste Firma war.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und Sie haben sich vor dieser Entscheidung auch nicht etwa mit Wilfling beraten?

Dr. **Horny:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben sich vor dieser Entscheidung auch nicht mit Stadtrat Mayr beraten?

Dr. **Horny:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben sich vor dieser Entscheidung nicht mit Stadtrat Stacher beraten?

Dr. **Horny:** Nein.

Mit Stadtrat Stacher hat sich überhaupt keine ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und Sie haben auch mit Bürgermeister Gratz über diese Entscheidung nie gesprochen?

Dr. **Horny:** Mit Herrn Bürgermeister Gratz habe ich ja eigentlich überhaupt nie einen unmittelbaren Kontakt, denn wesentlich für mich ist der Stadtrat Mayr.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Mit wem haben Sie sich beraten vor dieser Entscheidung, oder haben Sie das im einsamen Aktenstudium erledigt?

Dr. **Horny:** Ich habe mich mit niemandem beraten und es nicht im einsamen Aktenstudium erledigt, sondern die Beratung ist der Aufsichtsrat, das ist ein Kollegialorgan, und der hat damals auf Grund des Berichtes des Vorstandes und des Berichtes des Vorsitzenden diese Entscheidung getroffen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Mir ist es sehr interessant, weil es ja hier um eine Fallstudie geht, wie dieser wichtige Auftrag entschieden wurde und mit welcher Vorbereitung. Das heißt, Sie haben vor dieser entscheidenden Aufsichtsratssitzung mit niemandem hinsichtlich der Qualifikation der Firmen, die da zur Debatte stehen, einen Kontakt gesucht. Sie haben Ihre Möglichkeiten, sich zu erkundigen, die Ihnen angesichts Ihrer hohen Ämter sicherlich auch offenstanden, nicht genutzt.

Dr. **Horny:** Ich glaube nicht, daß man das so sehen kann. Ich habe meine Überlegungen — und ich wiederhole mich hier — dahin abgestellt, daß ich gesagt habe: Welche Voraussetzungen muß ein solcher Auftragnehmer erfüllen? Das heißt: Er muß nach meinem Dafürhalten also die bestmögliche Qualifikation haben.

Es muß das Preisbild stimmen, und es muß letztlich auch die Zustimmung der Nutzer gegeben sein, die ja letztlich diejenigen sind, die die Betriebsorganisation als solche dann erleiden, und hoffentlich nicht erleiden, sondern genießen, und deren Entscheidung war mir sehr maßgeblich. Ich habe sie also geprüft, wie ich es gewohnt bin, auch in der Finanzverwaltung, danach, ob es finanziell angemessen erscheint. Das hat der Vorstand auch dargelegt, und ich glaube, wenn man den letzten ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie haben Sie geprüft, wenn man fragen darf. Durch Fragen im Aufsichtsrat.

Dr. **Horny:** Ja, im Aufsichtsrat durch Fragen. Und ich habe weiters — und das glaube ich sagen zu können: Es wurde auch schon von der Planungsphilosophie gesprochen — mich auch davon überzeugen lassen, wenn vor allem die Nutzer dieses Projekt gutheißen, daß es zweckmäßig ist, und wenn Sie heute den Rechnungshofbericht lesen, so hat der Rechnungshof selbst zum Schluß eigentlich nicht mehr irgendeine Kritik unmittelbar an den Preisen gemacht — es ist, glaube ich, eine Differenz von 6 Millionen genannt — und hat diese beiden Anbote gegenübergestellt. Es war also auch seiner Meinung offensichtlich nur — so habe ich es gelesen — Sutter & Sutter und die ABO letztlich ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ist Ihnen die Kritik bekannt, daß man den 370-Millionen-Auftrag etwa um 100 Millionen hätte auch erledigen können?

Dr. **Horny:** Ich kann das also momentan nicht sagen, es ist da so viel Kritik geübt worden, und Zeitungen haben darüber berichtet, daß mir also die Dinge nicht so klar sind.

Ich darf erwähnen, daß der Aufsichtsrat ja dann ein Gutachten erstellen hat lassen von Stabler (?) und Dozent Mayer (?), glaube ich, über die Preisangemessenheit, und hier wurde auch verschiedentlich etwas dazu bemerkt. Ich möchte hier klar feststellen, daß es im Aufsichtsrat nicht darum gegangen ist, daß dieses Gutachten sagt: Es war preisangemessen!, sondern es ist ihm darum gegangen, daß das Gutachten eine Aussage macht: preisangemessen — ja, preisangemessen — nein. Denn daraus hätten sich ja dann sicherlich Konsequenzen für den Aufsichtsrat gegenüber dem Vorstand ergeben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Zwei Fragen im Zusammenhang mit dem Gutachten, das Sie gerade erwähnen: Wie hoch ist das honoriert worden?

Dr. **Horny:** Ich kann das nicht sagen. Ich glaube, 150 000 S. Aber bitte festzustellen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben es ja vergeben. Das ist ja ein Gutachten, das der Aufsichtsrat vergeben hat.

Dr. **Horny:** Ja, ja. Na gut, bitte. Aber von der Gesellschaft honoriert, weil ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja aber Sie, wenn Sie ein Gutachten beauftragen ...

Dr. **Horny:** Ja. 152 000 S.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): 152 000. Zweite Frage: Ist Ihnen bekannt, daß der Dozent Mayer (?) in einem Firmenzusammenhang auch mit AKH-Firmen steht?

Dr. **Horny:** Nein. Nicht bekannt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aha. Nur da darf ich Sie aufklären.

Dr. **Horny:** Ja bitte. Ich höre.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Über Neumann *(phonetisch)* und die Schweiz, wenn Sie das einmal ...

Dr. **Horny:** Nein, wüßte ich nicht, höre ich erstmalig durch Sie, bitte, heute.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun haben Sie sehr genau innerhalb der Aufsichtsratssitzung die ABO-Vergabe diskutiert. Wenn Sie heute rückblickend diesen Vorgang anschauen, sicherlich mit der Kenntnis, daß nun Winter in Untersuchungshaft sitzt und ein kräftig Beschuldigter ist: Würden Sie diese Vorgangsweise rückblikkend als ausreichend empfinden oder so wie das, was Sie vorhin zur Entlastung gesagt haben, eigentlich sagen: Da hätten wir ein bissel mehr prüfen sollen, was uns der Vorstand erzählt.

Dr. **Horny:** Wo habe ich es zur Entlastung gesagt, man hätte ein bissel mehr prüfen sollen?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben vorhin gesagt: Damals haben Sie keinen Einwand gegen die Entlastung Winter ...

Dr. **Horny:** Ja mit der heutigen Erkenntnis ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): ... würden Sie natürlich anders handeln.

Dr. **Horny:** Das ist also, bitte, sonnenklar, denn wenn Sie einen Geschäftsführer in der Zwischenzeit in Untersuchungshaft setzen und unter Anklage stellen, so ist es selbstverständlich, daß ich mit diesem Wissensstand, wenn ich das gewußt hätte — ist ja nur hypothetisch, denn wenn das einer meint, hier wäre der Geschäftsführer, hätte man natürlich einen anderen Maßstab angelegt, weil wer die Vertrauenswürdigkeit nicht besessen hat. Aber so

hat natürlich der Vertrauensgrundsatz gegolten.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und hinsichtlich nun meiner Frage rückblickend rund um die Position Winters, der ja damals wesentlich die ABO-Vergabe referiert hat: Würden Sie nun die Überprüfung dieses Referats als ausreichend empfinden, oder würden Sie heute rückblikkend — nachher ist man immer gescheiter — heute wenigstens rückblickend sagen: Da hätten wir noch mehr prüfen sollen!

Dr. **Horny:** Ich würde also eines meinen dazu, daß man selbstverständlich, wie Sie schon richtig gesagt haben, nachher gescheiter wird, wenn man die verschiedenen Kritikpunkte liest. Ich würde sicherlich vielleicht dann noch zusätzliche Prüfungen und weitere Fragen stellen, wie sie heute aufgezeigt wurden. Ich würde aber meinen, daß dem Grunde nach die Entscheidung, wie sie hier getroffen worden ist, wenn man sie also gegenüberstellt Sutter & Sutter, nicht falsch war.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Kehren wir jetzt zu der vorhin vom Kollegen Gradischnik auch angesprochene Frage der Teilung des ABO-Auftrages zurück.

Noch einmal meine Zwischenfrage von vorhin: Wenn ich eine Betriebsorganisation, also eine planerische Tätigkeit einleite von einem 370-Millionen-Auftrag und dann davon nur 122 Millionen vergebe, ist hier nicht die Logik der Sache, daß der Anschlußauftrag kommt, doch ziemlich eindeutig?

Dr. **Horny:** Ich glaube nicht, daß man das so als unbedingt eindeutig sehen kann. Es ist sicherlich ein hoher Wahrscheinlichkeitsgrad, daß ein Anschlußauftrag kommt, aber der Grund der Teilung ist ja der, daß man vorerst mißt: Wie und wieweit ist dieses Unternehmen, trotz aller Beteuerungen, daß es qualitativ und quantitativ geeignet ist ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie spüren die Charybdis. Ja?

Dr. **Horny:** Ich spüre keine Charybdis. — Und daß man also auf Grund dieser Umstände natürlich den Weg der Sicherheit und der notwendigen Sorge geht, vorsorglich so handelt.

Also ich halte das für richtig, denn es hätte ja auch der Fall eintreten können, und der ist ja auch jetzt in der Praxis eingetreten, daß dem langen Drängen der MA 17 auf Beistellung von Personal stattgegeben wird, und es ist doch jetzt meines Wissens so, daß 55 Prozent in Zukunft mit Eigenpersonal gemacht werden sollen und 45 Prozent vergeben werden sollen.

Also ich glaube, ohne daß man — es wird ja sicherlich etwas weit hergegriffen, und ich will das nicht behaupten, daß mir das damals so konkret vorgeschwebt ist, aber eine gewisse Möglichkeit einer Mehreinschaltung der Siebzehner ist mir schon konkret vorgeschwebt, denn es war immer ein Anliegen des Aufsichtsrates, wie Sie aus den Protokollen entnehmen können.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und hat es irgendwelche Zweifel gegeben an der Qualität der Firmen, die diese Teilung notwendig gemacht haben?

Dr. **Horny:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wer hat diese Teilung vorgeschlagen?

Dr. **Horny:** Ich darf noch einmal erwähnen: Die Teilung hat der Vorstand im Vorstandsbericht bereits vorgeschlagen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wann sind Sie erstmals mit der Teilungsüberlegung kofrontiert worden?

Dr. **Horny:** In der Aufsichtsratssitzung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und nun hatte ich bislang ...

Dr. **Horny:** Pardon! Als mir die Tagesordnung zugegangen ist.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich hatte auch bisher den Eindruck, daß die Zeugen uns sagen wollten, daß Waiz derjenige ist, der diese Teilungsüberlegung gemacht hat. Daher noch einmal die Frage: Haben Sie es vielleicht von Waiz informativ dann vor der eigentlichen Aufsichtsratssitzung gehört?

Dr. **Horny:** Nein, ich habe — also das kann ich, bitte, nicht mehr genau präzisieren. Es ist durchaus möglich, daß Waiz mich vor Beginn der Aufsichtsratssitzung oder zwischen Zustellung der Tagesordnung davon informiert hat. Jedenfalls kann jeder nachprüfen, daß es in der Tagesordnung schon als Teilvorschlag war, und ich glaube, Waiz hat auch — ich glaube, er hat es auch im Protokoll gesagt — diesen Vorschlag unterstützt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Fasse ich richtig zusammen, daß im Verhältnis von Waiz und Ihnen, zwischen Vorsitzendem und Vorsitzendem-Stellvertreter, die Kontakte sich auf das notwendige Minimum beschränkt haben?

Dr. **Horny:** So fassen Sie, glaube ich, nicht richtig zusammen. Ich darf noch einmal feststellen, daß die Aktiengesellschaft eben Organe hat, das ist der Aufsichtsrat, eine gewisse Organstellung kommt dem Vorsitzenden zu, und dann, wenn Vorsitzender und Stellvertreter zusammenwirken in Sitzungen, ist das das

Präsidium, das muß der Aufsichtsrat ermächtigen. Ich darf feststellen, daß Waiz ein äußerst gewissenhafter Vorsitzender war und ist und sich sicherlich sehr um die Dinge gekümmert hat und daß auch der übrige Aufsichtsrat sich sehr gekümmert hat. Ich glaube, es war eine gute Kombination.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Was wurde nun mit Ihrem Schreiben, das Sie uns hier freundlicherweise gegeben haben, über den interessanten Vorschlag, eine Limitierung zu machen, was hat sich da nun abgespielt?

Dr. **Horny:** Da hat sich eigentlich verschiedenes abgespielt. Der Herr Stadtrat, der uns dann auch mündlich dazu berichtet hat, hat sich sehr nach einer Limitierung bemüht. Er hat mir auch gesagt, ich soll dafür im Aufsichtsrat eintreten. Das ist auch geschehen, und letztlich ist dann — das ist immer sehr schwer — eine Aktionärsbesprechung — ich muß mich wieder vorsichtiger ausdrücken: Es ist nicht allzuleicht auf Grund natürlich der Befassung der Regierungsmitglieder, eine Aktionärssitzung zusammenzubekommen, vor allem eine erweiterte Aktionärssitzung, weil ja die Bauwillensträger nicht nur Finanzminster und Finanzstadtrat sind, sondern auch Wissenschaftsminister und Gesundheitsstadtrat, und es wurde darauf gedrängt, und in dieser Sitzung im Jahre 1979 — ich glaube, es war im Juli — ist es dann zu dieser Limitierung gekommen. Man hat gesagt, mehr darf es nicht sein, 20 Millionen, Stand, ich glaube, 1. 1. 1976.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wieso ist es doch — Sie sind ja sicherlich erfahren genug, weil Sie im Baugewerbe sind *(Dr. Horny: Ich bin nicht im Baugewerbe!);* indirekt bei den anderen Firmen *(Dr. Horny: Ach so!)* — zu dieser langen Verzögerung in der Entscheidung, die zweifellos mit steigenden Baukosten verbunden war, gekommen?

Dr. **Horny:** Ich sehe darin ehrlich gesagt keine lange Verzögerung, sondern es wurde ja dann alles auch im Aufsichtsrat in Richtung auf den Vorstand hingedrängt, die entsprechenden Gespräche zu führen, und der Vorstand hat ja dann auch seine Ausarbeitungen gemacht und hat in dieser Sitzung im Jahre 1979 auch ein Einsparungsprogramm vorgelegt aus seiner Sicht. Die Auslösung dieses Schreibens war dann sicherlich, daß der Vorstand von sich aus ein Einsparungsprogramm gemacht hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bitte, am 24. Oktober 1977 machen Sie den zuständigen Stadtrat darauf aufmerksam — und, wie ich glaube, korrekterweise —, daß die Baukosten davonzulaufen beginnen, aber es zeichnet sich ab. Sie informieren ihn auch noch mündlich, und Sie schlagen selbst vor, im Aufsichtsrat sich für eine Limitierung einzusetzen. 24. Oktober 1977.

In einer so zentralen Frage wie AKH muß ich annehmen, daß eine Woche später, vielleicht waren es 14 Tage später, in Ihrem Jour fixe dies schon Gesprächsgegenstand war *(Dr. Horny: Ja, ja!)* oder, ich würde fast meinen, daß es umgekehrt war: Sie haben erst das Thema angesprochen, und er hat gesagt: Schreibe mir das noch zusammen ...

Dr. **Horny:** Ich glaube nicht. Nein, nein. Der Stadtrat hat sich so informiert und um diese Dinge gekümmert, daß das — ich weiß aber nicht, wie der Vorgang unmittelbar war.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber jedenfalls in dem Zeitpunkt *(Dr. Horny: Ja!)* — jetzt brauchen wir nicht um Tage zu streiten — hat es auch eine Willensbildung, eine Antwort, wenn Sie so wollen, des Stadtrates ...

Dr. **Horny:** Jawohl, der Stadtrat hat also sofort gesagt: Das ist anzustreben! Der nächste Schritt war dann der, daß der Vorstand von sich aus versucht hat — und das ist ein langwieriger Prozeß gewesen —, ein Programm zu erstellen, in dem er gewisse Einsparungsvorschläge macht. Die Laborflächen sollten eingespart werden — aber das kann man alles nachlesen, ich weiß es nicht mehr genau, welche Bereiche diese Einsparung umfaßt; unter anderem auch, daß man die Neurochirurgie im Kern unterbringen soll und so weiter. Das hat natürlich eine Zeit in Anspruch genommen. Ich würde also meinen, wenn man das so sieht und die Aufgaben, die dahinterstecken, daß der Zeitraum ein sehr vertretbarer war, in dem es dann in die Tat umgesetzt werden kann.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und Sie haben im Sinne Ihrer Minimalinformationspolitik etwa in dieser Frage nicht den Kontakt zu weit auch gesucht; oder haben Sie ihn gesucht?

Dr. **Horny:** Ich darf hinweisen und, bitte, korrigieren: Ich habe keine Minimalinformationspolitik, wie Sie sich ausdrücken, Herr Abgeordneter ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Mir erscheint es so.

Dr. **Horny:** Oder wie es Ihnen erscheint, Herr Abgeordneter, sondern ich kann nicht nach Erscheinungsbildern urteilen, sondern ich muß als Zeuge nach Wahrnehmungen urteilen. Und meine Wahrnehmungen waren so, daß man sehr wohl eine Informationspolitik betrieben hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben also den Waiz nicht verständigt, daß die Baukosten nach Ihrer Meinung davonlaufen?

Dr. **Horny:** Ich habe den Waiz sicher davon

auch verständigt, daß ich gesagt habe: Du, diese ... nur habe ich es nicht schriftlich getan. Vielleicht habe ich ihm sogar eine Abschrift geschickt; bitte, das weiß ich aber nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und der Waiz hat daraufhin nicht reagiert? Oder schon?

Dr. **Horny:** O ja, der Sektionschef Waiz hat diese Bestrebungen gleichermaßen unterstützt, möchte ich unterstreichen. Nur habe ich, weil ich den Stadtrat Mayr als sehr engagierten Mann kenne, ihm dieses Schreiben geschickt, damit natürlich auch auf seine Unterstützung als Eigentümervertreter gerechnet, indem ich auf die Wichtigkeit hingewiesen habe, und ich glaube, der Erfolg war ja dann in der Limitierung im Jahr 1979 da.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Waren Sie schon in den Gründungsüberlegungen zur AKPE irgendwie eingeschaltet? Also vor September 1975.

Dr. **Horny:** Ja, ich glaube, nicht konkret. Es ist natürlich schon darüber gesprochen worden, und ich war jemand, der sich für diese Gründung ausgesprochen hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und was haben Sie von dem Vorschlag Winters gehalten, die Finanzdirektion der zu gründenden AKPE durch eine Betriebsberatungsfirma zu ersetzen?

Dr. **Horny:** Bitte, ich verstehe es nicht. Was für eine Finanzdirektion? Ich verstehe die Frage nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Es gibt einen Vorschlag Winters aus dem Sommer 1975, wie Sie sicherlich wissen, in dem er vorschlägt, bei der zu gründenden AKH-Gesellschaft den Bereich der Finanzen nicht mit einem Vorstandsdirektor zu besetzen, sondern durch eine Firma, durch eine Firmenkonstruktion von Beratungsfirmen zu ersetzen.

Dr. **Horny:** Bitte, ich kann mich nicht erinnern, nur ist der Vorschlag nicht bekannt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wann haben Sie im Zusammenhang mit AKPE, also vor der Gründung der AKPE, mit Winter erstmals Kontakt gehabt?

Dr. **Horny:** Ich habe eigentlich Winter erstmals kennengelernt — vielleicht habe ich ihn schon irgendwo gesehen im Rathaus, sicher gesehen, nur ist er mir nicht als Winter bewußt geworden mit dem Namen —, wie er Vorstandsmitglied geworden ist. Da war er da, dann bin ich zum Stadtrat gegangen und habe gesagt: Er ist da, ich will ihn zeigen, der kommt heute, er möchte sich beim Stadtrat vorstellen. Da habe ich ihn also bewußt ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also Winter hat sich bei Ihnen vorgestellt, und Sie sind dann mit ihm zum Stadtrat Mayr gegangen ...

Dr. **Horny:** Da war, wie das alles schon fix war, möchte er sich beim Stadtrat vorstellen. Sage ich: Ich möchte Sie eigentlich auch kennenlernen, und da ist es dann zu dieser Vorstellung gekommen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Er hat Ihnen gesagt, daß er sich beim Stadtrat vorstellen möchte, und Sie haben dann gesagt: Da möchte ich Sie auch kennenlernen. Wie hat sich das abgespielt, Herr Zeuge?

Dr. **Horny:** Das kann ich mich nicht mehr im Detail erinnern. Ich glaube, da habe ich auch keine Unterlage. Ich glaube, daß ich den Wunsch geäußert habe, den Vorstand, der hier nominiert worden ist, kennenzulernen, und er wollte meines Wissens dann auch zum Stadtrat Mayr, der wollte ihn auch kennenlernen, auch, glaube ich, der Senatsrat Krendlesberger, und da ist es zu dieser formellen Vorstellung gekommen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Von wem haben Sie erstmals erfahren, daß Winter als Vorstandsdirektor vorgesehen ist?

Dr. **Horny:** Ich glaube, bitte, vom Stadtrat Mayr.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und welche Begründung — ich meine, Sie als zukünftiger Hauptvertreter der Gemeinde haben ja nach Begründungen gefragt, warum der Mann, welche Begründung wurde Ihnen damals gegeben?

Dr. **Horny:** Mir wurde die Begründung gegeben, daß der Mann schon bisher im AKH-Bereich tätig war, daß er laut seiner Dienstbeschreibung ein sehr guter und dynamischer Beamter wäre und daß der Baudirektor, den, glaube ich, der Stadtrat befragt hat, ihm auch ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Der Baudirektor hat ein sehr gutes Zeugnis ...

Dr. **Horny:** Ja, hat ihm also ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bestbeschreibung.

Dr. **Horny:** Er hat halt gesagt: Ja, der ist gut.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Der ist gut. Und das hat Ihnen dann auch gereicht, und Sie haben Ihr Votum für ihn abgegeben, als es zur Bestellung kam.

Dr. **Horny:** Ja, mußte, mußte eigentlich nicht. Ich darf nur sagen, im Syndikatsvertrag steht, daß das Nominierungsrecht den Eigentümern zusteht, und für mich war kein Grund vorhanden, gegen diese Entscheidung aufzutreten.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Jetzt taucht im März 1979 der Vorwurf Schmiergelder schwarz auf weiß — muß ja deswegen nicht stimmen —, schwarz auf weiß im „profil" auf. Schmiergelder seien geflossen. Was wurde von Ihrer Sicht als verantwortlicher Aufsichtsrat daraufhin unternommen?

Dr. **Horny:** Ich weiß, man hat damals gemeint oder den Vorstand verhalten, daß er reagiert auf den Artikel. Der hat auch eine Klage eingebracht gegen das „profil", und dann wurde meines Wissens — das ist aber auch nachprüfbar, bitte, das ist keine Behauptung, die in der Luft steht — festgestellt oder der Prozeß ungefähr so beendet, daß der zuständige Redakteur erklärt hat, er hat diese Stelle nicht geschrieben. Und dadurch schien das geregelt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie für die Firma MEDIPLAN interveniert oder wurde für die Firma MEDIPLAN bei Ihnen ...

Dr. **Horny:** Nein. Ich habe weder für die Firma MEDIPLAN interveniert noch wurde bei mir für die Firma MEDIPLAN interveniert.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ist Ihnen auch im Zusammenhang mit der ABO-Vergabe keine Intervention der Firma MEDIPLAN ...

Dr. **Horny:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Einer anderen Organisation ...

Dr. **Horny:** Auch nicht. Bei mir hat eigentlich niemand interveniert.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Müßte ja auch so sein, weil Sie sich ja mit der Vergabe erst in der Aufsichtsratssitzung vom April befaßt haben.

Dr. **Horny:** Bitte, ich darf noch einmal feststellen: Ich habe mich nicht mit der Vergabe erst in der Aufsichtsratssitzung befaßt, sondern ich habe mich mit der Vergabe an sich, mit der Notwendigkeit der Vergabe der Betriebsorganisation, schon Jahre vorher befaßt, sondern konkret mit dem Zuschlag in der Aufsichtsratssitzung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich darf noch einmal die Frage stellen, damit ich Sie eben nicht mißverstehe: Sie haben sich also über die Qualifikation der zu betrauenden Firmen innerhalb der ABO vor dieser Aufsichtsratssitzung nicht erkundigt?

Dr. **Horny:** Ich darf hiezu, daß Sie sichergehen, Herr Abgeordneter, klar feststellen: Ich habe — ich will noch einmal zurückkommen — bereits seit 1976 über die verschiedenen ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das Problem.

Dr. **Horny:** ... das Problem gekannt, und ich habe dann auch gehört, daß eben sechs Firmen, glaube ich, in die nähere Auswahl kommen, die beschränkte Ausschreibung, und habe mich dann ganz bewußt auf die Aufsichtsratssitzung gestützt, weil ich vermeiden will bei all diesen Firmen — ich kann ja nicht so hier recherchieren, sondern habe mich gestützt auf die Aussagen des Vorstandes, auf die Aussagen auch der übrigen Aufsichtsratsmitglieder, also vor allem des Vorsitzenden, und vor allem natürlich, daß die Nutzer die Meinung vertreten, daß hier Optimales geleistet werden kann.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber alles erst in der Aufsichtsratssitzung vom April 1978?

Dr. **Horny:** In der Aufsichtsratssitzung selbst habe ich also — vielleicht muß ich hier doch etwas klarstellen: Schon in dem Moment, als ich die Unterlagen bekommen habe, habe ich ja entnommen, was für diese Firma spricht, denn die Aufsichtsratssitzung hat ja Unterlagen, und aus Fragestellungen — das Protokoll ist ja nie ein Wortprotokoll — hat sich mir der Eindruck ergeben dafür.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben die Unterlagen bekommen, die Unterlagen studiert *(Dr. Horny: Ja!)*, haben sich aber sonst nicht ...

Dr. **Horny:** Na, ich habe mir einige Notizen gemacht, was ich dort fragen werde.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und das ist das, was ich vorhin leichtfertig „einsames Aktenstudium" genannt habe, aber Sie haben jedenfalls nicht anhand der Unterlagen andere Personen befragt.

Dr. **Horny:** Nein, das habe ich nicht, sondern habe mich mit dem ... Plenum des Aufsichtsrates beraten, der dafür zuständig ist.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wann ist Ihnen die Firma ÖKODATA das erste Mal namentlich untergekommen?

Dr. **Horny:** Ich kann das nicht sagen. Erstmalig, das müßte man sehen aus Protokollen des Aufsichtsrates. Vorher weiß ich nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wenn Sie sich jetzt erinnern, ich kann jetzt nicht ...

Dr. **Horny:** Bitte, ich weiß es nicht, wann mir diese Firma — man müßte also prüfen, wo sie gewesen ist. Was haben wir denn vergeben? — Wir haben zuerst einmal die Ist-Zustandserhebung gemacht. Da, glaube ich, war die ÖKODATA nicht dabei, da waren Seitz, Sienkiewicz, Kaufmann. Dann haben wir die ORP-Planung vergeben. Jetzt weiß ich nicht — ich muß aber in den Unterlagen nachschauen, ob sie da dabei war. — Dann, weil ich es gehört habe, erstmals, wie sie dort dabei war.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und was haben Sie an Qualifikationen über die Firma ÖKODATA gehört?

Dr. **Horny:** Daß sie gewisse Erfahrungen hat, ich glaube sogar, man hat gesagt, sie tritt auf im Spitalswesen, glaube ich, beim Bund, hat man gesagt, und hätte dort an sich zufriedene Arbeit geleistet.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und Ihnen war schon bewußt, daß der Diplomkaufmann Bauer bei der ÖKODATA ...

Dr. **Horny:** Eigentlich nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das war Ihnen nicht bewußt.

Dr. **Horny:** Nein. Ich muß Ihnen eines sagen: Ich habe in diese Richtung überhaupt nicht mein Gedankenbild gegeben, wer steckt dahinter, sondern meine Überlegungen waren immer, was ist die Leistung, aber eigentlich nicht, ob da irgendwelche ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Galt diese Überlegung nicht, wer steckt dahinter, sondern die Leistung auch der Tatsache, daß in den meisten der Betriebe, in denen Sie Aufsichtsrat oder hoher Mensch sind, die CONSULTATIO dann die Steuer- oder die Bilanzprüfung vornimmt? Galt dies auch der Überlegung, daß die Leistung der CONSULTATIO so überwältigend war, daß sie überall, mit Ihrer Stimme mutmaßlich, eingeschaltet wurde?

Dr. **Horny:** Ich glaube, überall. Sie ist meines Wissens sogar überall einheitlich bestellt worden, und ich muß sagen, die Handhabung der MA 5 hat dort beschäftigt, die mir als Gruppenleiter untersteht, also Steuerberater Cusa (?) und CONSULTATIO, und ich muß sagen, beide Büros haben immer hervorragende Leistungen erbracht, und auch der Rechnungshof und das Kontrollamt, die ja die Finanzverwaltung überprüfen, haben nie einen Grund gefunden, hier eine Beanstandung in der Richtung vorzunehmen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und bei diesen häufigen Kontakten mit dem Dkfm. Bauer, ...

Dr. **Horny:** Die habe ich nicht gehabt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben mit dem Bauer und mit der CONSULTATIO nie etwas zu tun gehabt?

Dr. **Horny:** Nein. Ich habe als Aufsichtsratsmitglied oder als Vorsitzender oder Stellvertreter ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und Sie haben auch den Bauer bei sonstigen Gelegenheiten nicht getroffen.

Dr. **Horny:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Kennen Sie den Bauer, wenn ich fragen darf?

Dr. **Horny:** Ich kenne ihn namentlich und weiß, wie er aussieht. Ich weiß, wie sie inhaltlich gemeint ist, die Frage, ich muß Sie aber enttäuschen, Herr Abgeordneter, ich kenne Sie auch ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Obersenatsrat, Sie müssen ein unendlich einsamer Mensch in der Sache AKH gewesen sein. Mit dem Waiz haben Sie auf ein Minimum Kontakt gehalten, den Bauer haben Sie nur vom Sehen gekannt. Halten Sie diese Ihre Feststellungen aufrecht?

Dr. **Horny:** Ja durchaus. Ich finde sie sogar sehr natürlich, weil ich glaube, daß ich ja hier keine repräsentative Stellung habe, in der ich mich in Gesellschaften bewege — ich meine Gesellschaften nicht in Kapitalgesellschaften —, sondern eine Aufgabe, die ja der Arbeit dient, und da habe ich zweifellos keinerlei Kontakte. Wenn Sie wollen, bin ich nicht so ein kontaktfreudiger Mensch, daß ich soundso viele Kontakte da oder dort habe.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Der heilige Augustinus kennt die glückliche Naturseele, die anima naturalis, die nicht so kontaktfreudig ist und einsam vor sich hin selig ist.

Obmann Dr. **Steger:** War das das Schlußwort, Herr Abgeordneter, oder ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das ist mein Schlußwort, damit fasse ich auch zusammen, was ich von der Aussage des Zeugen halte. Das habe ich auch schon als vorsorglich fürs Protokoll ...

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Was wissen Sie über die Besprechung des Holding-Direktors Dr. Drennig bei Stadtrat Mayr über die Gründung der MED-CONSULT?

Dr. **Horny:** Davon weiß ich überhaupt nichts. Ich weiß nur als Aufsichtsratsmitglied der Holding, daß dort die Gründung der MED-CONSULT beschlossen worden ist, und zwar aus folgenden Überlegungen: Man hat gemeint, daß die ODELGA als Wiener Firma nicht das nötige Know-how im übrigen Österreich hätte und das offensichtlich durch die MED-CONSULT, die von Prutscher — das wurde dort erwähnt — eben dominert ist, besser gegeben wäre.

Obmann Dr. **Steger:** Der Zeuge Dr. Drennig hat unter anderem gemeint: „Die eine Begründung war" — das steht auch im Aufsichtsratsprotokoll —, „daß der eine schwergewichtig auf dem Gebiet des Labor-Baues tätig ist, der andere schwergewichtig auf dem Gebiet der Geräte.

Die zweite, nicht schriftlich festgehaltene Erwägung war, daß es vielleicht die ODELGA in bestimmten Bundesländern leichter haben wird und daß es Prutscher in bestimmten anderen Bundesländern leichter haben wird aus politischen Gründen. Wir wollten daher diese Kombination herstellen."

Ein bisserl später spricht er dann — ich möchte das jetzt nicht suchen — von SPÖ-naher und von ÖVP-naher Firma.

Haben Sie aus Ihrer Erinnerung aus der Aufsichtsratssitzung eine derartige Diskussion erlebt?

Dr. **Horny:** Nein, Drennig war zuständig für die Behandlung dieses Bereiches im Vorstand der Holding und hat im wesentlichen das gesagt, meiner Erinnerung nach, daß das Know-how von ODELGA nicht so gut wäre und Prutscher eben ein besseres Know-how hätte. Und nachdem man die ODELGA mit Wien als rot abstempelt und man ein anderes Know-how in den Bundesländern braucht ...

Obmann Dr. **Steger:** Dr. Drennig ist der ressortzuständige Vorstandsdirektor. Kann es möglich sein, daß er das falsch im Gedächtnis hat und das im Aufsichtsrat gar nicht gesagt hat, sondern nur in seiner Fraktionssitzung? Erinnern Sie sich noch einmal, ob es nicht doch gefallen ist, daß er das gesagt hat.

Dr. **Horny:** Ich kann mich nicht erinnern in dieser Art, ich kann nur sagen, daß zweifellos jedem Mitglied des Aufsichtsrates dort bekannt war, was der Grund ist, daß man sagt, na gut, ODELGA abgestempelt als rote Firma auch in den Bundesländern, die mehrheitlich eine andere Zusammensetzung haben, hat weniger Chancen, deshalb nehmen wir den Prutscher. Das war irgendwie jedem klar, und man hat gedacht, daß man damit besser ...

Obmann Dr. **Steger:** Für die Aufsichtsratsmitglieder, als was war Prutscher abgestempelt, wenn die ODELGA für manche Bundesländer als rot abgestempelt war?

Dr. **Horny:** Ich glaube, wenn ich so sagen darf, jedenfalls nicht als rot, denn dann wäre ja die ganze Konstruktion nicht sinnvoll gewesen.

Obmann Dr. **Steger:** In der Diskussion der letzten Tage wird nämlich gesagt, daß Prutscher mehrfach mit Kreisky mitgeflogen sei und daher sei das eigentlich auch eine SPÖ-Firma.

War das eine Überlegung des Aufsichtsrates, daß Prutscher auch eher von der SPÖ her dominiert ist?

Dr. **Horny:** Nein. Ich darf sagen, das war meines Wissens nie eine Überlegung des Aufsichtsrates. Denn der Aufsichtsrat hat damals weder politisch oder parteipolitisch überlegt. Er oder der Vorstand hat gesagt, bei der ODELGA machen wir kein Geschäft in den Bundesländern, nehmen wir den Prutscher mit der MEDCONSULT, dann machen wir ein Geschäft. Also das, glaube ich, war die Grundidee.

Obmann Dr. **Steger:** Dann muß ich noch einmal vorhalten. Dann sagt uns eigentlich der zuständige Vorstandsdirektor etwas Falsches über die Aufsichtsratssitzung. Er sagt: „Die zweite nicht schriftlich festgehaltene Erwägung war, daß es vielleicht die ODELGA in bestimmten Bundesländern leichter haben wird und daß es Prutscher in bestimmten anderen Bundesländern leichter haben wird, aus politischen Gründen."

Dr. **Horny:** Ich glaube nicht, daß er etwas Falsches sagt. Ich habe gesagt: nach meiner Erinnerung, und sinngemäß komme ich nach meiner Erinnerung auf dasselbe Ergebnis.

Obmann Dr. **Steger:** Aber jedenfalls der Stadtrat Mayr hat Ihnen darüber nichts berichtet?

Dr. **Horny:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Ein anderer Themenkreis: Wann hörten Sie überhaupt zum erstenmal von Beschuldigungen, Gerüchten, daß geschmiert wird beim AKH?

Dr. **Horny:** Ich habe versucht, mich heute, weil ich mit der Frage gerechnet habe, und in den letzten Tagen zu erinnern, wann ich so etwas gehört hätte. Meines Wissens muß das Ende 1978, Anfang 1979 gewesen sein. Da hat mir der Sektionschef Waiz erzählt, daß er so etwas gehört hätte, und zwar in bezug auf die Person Winter. Waiz hat dann, und auch ich, dem Stadtrat Mayr darüber berichtet. Mayr hat meines Wissens den Winter auch darüber befragt, und irgendwann einmal, glaube ich, hat Waiz eine Gesprächsnotiz gebracht von einem ehemaligen ÖKODATA-Mitarbeiter, soweit mir in Erinnerung ist, die da auch in diese Richtung geht, und da war ein Gespräch beim Kontrollamtsdirektor. Und da wurde damals vom Kontrollamtsdirektor ein Aktenvermerk aufgenommen über das Gespräch, an dem Waiz, ich — ich glaube, es war sein Stellvertreter dabei — und der Winter teilgenommen haben.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Sie sind ja der ranghöchste Beamte im Finanzbereich der Gemeinde Wien.

Dr. **Horny:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Kriegen Sie da einen Presse-Spiegel; Sie Betreffender auf den Tisch? Kriegen Sie Finanznachrichten, Finanzzeitungen auf den Tisch? Wie geht das arbeitsmäßig?

Dr. **Horny:** Das geht arbeitsmäßig so, daß ich verschiedene Zeitungen habe, ich kann Ihnen auch genau sagen, welche.

Obmann Dr. **Steger:** Ich will nicht alle wissen, ich komme dann schon auf eine bestimmte hin. Sagen Sie zunächst allgemein, wie das vor sich geht.

Dr. **Horny:** Also ich bekomme die Zeitungen, lese sie meistens in der Früh durch und schaue mir die Wirtschaftsteile an. Dann bekomme ich natürlich gewisse Finanznachrichten, bekomme auch die Börsenberichte ...

Obmann Dr. **Steger:** Kennen Sie den Wiener „Börsen-Kurier"?

Dr. **Horny:** Ja, den bekomme ich auch.

Obmann Dr. **Steger:** Da frage ich Sie nämlich deswegen danach, weil in diesem „Börsen-Kurier", und zwar Datum 19. April 1979, noch lange bevor sonstige Untersuchungen losgegangen sind, etwas sehr Entscheidendes steht. Da steht ein Artikel „Vergabepraxis AKH". Schauen Sie das an, ob Sie das damals auf den Tisch bekommen haben! Das ist der Leitartikel, der große. *(Dem Zeugen wird der „Börsen-Kurier" überreicht.)*

Wenn Sie sich zum Beispiel von der ersten Spalte den letzten Absatz anschauen, deutlicher geht es ja nicht mehr, da steht das mit der PLANTECH drinnen.

Dr. **Horny:** Ich kann mich an den Artikel nicht erinnern. Ich sage nicht, daß ich ihn nicht gelesen habe, ich weiß, es ist damals auch im „profil" etwas gewesen. Aber das war, soviel ich mich erinnern kann, das müßte man dann bei Ihnen, Herr Obmann, bitte erheben, nach diesem Aktenvermerk vom Kontrollamt. Und da hat der Kontrollamtsdirektor gesagt, daß er die nötigen Erhebungen durchführen wird. Ich weiß nicht, ob ich jetzt nur sinngemäß oder wortgerecht handle, ob eine Schmiergeldzahlung erfolgt ist im Rahmen eines Prüfungsauftrages. Das steht in dem Aktenvermerk.

Ich habe dann auch den Rechnungshof bei seinen Untersuchungen gefragt, ob irgendwelche Hinweise für einen strafgesetzwidrigen oder einen zivilrechtlichen Verstoß vorliegen. Darauf hat er gesagt: Nein, aus seiner Prüfung konnte er nichts finden.

Obmann Dr. **Steger:** Also das heißt in der Zusammenfassung, Sie kriegen zwar den Wiener „Börsen-Kurier", aber dieser Artikel ist Ihnen nicht vorgelegt worden oder Sie haben ihn nicht in Erinnerung?

Dr. **Horny:** Ich weiß es nicht, ich darf nicht sage, daß ich ihn nicht gekriegt habe. Ich kann mich momentan nicht erinnern. Es ist durchaus möglich, es ist ja damals bereits um diese Zeit vielfach in Medien meines Wissens etwas gestanden, zumindest im „profil".

Obmann Dr. **Steger:** Nein, „profil" ist ungefähr ein dreiviertel Jahr später. Das ist April 1979, wo dort drinnensteht, daß man, wenn man beim AKH Aufträge will, auf das Konto der PLANTECH in Luxemburg — und da steht sogar die Kontonummer freundlicherweise dort — Zahlungen leisten muß.

In der Deutlichkeit ist das ja nicht zu überbieten. Wenn ein halboffizielles Organ, nämlich der „Börsen-Kurier", so etwas schon abdruckt, dann fragt man natürlich den Chefbeamten im Finanzbereich, ob ihn irgend jemand darauf aufmerksam gemacht hat, daß es so etwas gibt.

Dr. **Horny:** Ich darf sagen, das ist sicherlich denkbar. Ich wollte nur sagen, daß bereits vielleicht deswegen die Frage nicht mehr in dieser Schärfe oder in dieser Stärke gewirkt hat, da bei Vorsprache beim Kontrollamt schon festgestellt worden ist, daß das Kontrollamt — den Aktenvermerk müßte man da haben — ...

Obmann Dr. **Steger:** Wann war denn diese Vorsprache beim Kontrollamt?

Dr. **Horny:** Ich glaube, im Jahr 1979, im Februar.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist aus April 1979, 19. April 1979.

Dr. **Horny:** Ja, ich glaube, das ist Feber, aber soll ich ihn schicken?

Obmann Dr. **Steger:** Ich wäre daran interessiert, ich kann das aber nicht überprüfen in der Geschwindigkeit. Aber, Herr Zeuge, auch als das schon losgegangen ist, auch die Aktenvermerke, Kontrollamt und dann ein dreiviertel Jahr später der Artikel „profil", in der Deutlichkeit hat sich nie eine Zeitung getraut, es zu schreiben, nämlich mit Nennung einer Firma, Nennung eines Kontos, und dazuzuschreiben, wenn man Aufträge will beim AKH, muß man dort einzahlen. Und das ist nach meiner Auffassung auch zwei Jahre später noch immer sensationell, daß es im Jahr 1979 am 19. April ein halbamtliches Organ gegeben hat, wo das sozusagen für die einschlägigen Firmen hineingedruckt wurde.

Dr. **Horny:** Ja, das ist richtig. Damals sind die Fragen der Schmiergeldzahlungen in Publikationen aufgeschienen. Es hat dann auch der Herr Winter den Vorstand aufgefordert zu klagen, nicht beim „Börsen-Kurier", sondern beim „profil", und das „profil" — diese Frage habe ich aber da beantwortet.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt — ich lese Ihnen die Formulierung noch einmal vor, wie

es da im Artikel drinnensteht: „Die AKPE kann sich eine freihändige Vergabe leisten, denn ihr Bauherr sind die Steuerzahler. Da Anbahnungskosten voll abschreibbar sind, können es sich auch die Firmen leisten. Wie ein Wirtschaftsmagazin berichtete" — welches, konnte ich nicht erheben, ein deutsches angeblich —, „werden diese Anbahnungskosten auf ein Konto der Liechtensteinischen Briefkastenfirma PLANTECH-Corporation, Post Office Box 34 722, Aeuhlestraße, FL-Vaduz, eingezahlt. Statt der ÖNORM gilt scheinbar eine neue „Wienorm". Ein Bestbieter, der sich nicht abgesprochen hat, der darf keinen Auftrag bekommen. Das wär' ja noch schöner, da könnt' doch a jeder kommen!"

Das alles, bitte, ist nicht von der bösen Opposition oder jetzt im nachhinein von mir erfunden, sondern das schreibt am 19. 4. 1979 der „Börsen-Kurier".

Ich könnte dann später noch einmal wörtlich weiterlesen: „So schanzte der kaufmännische Direktor der AKPE ... zu jeweils 50% im Besitz des Bundes und der Gemeinde Wien, Dr. Gerhard Schweiger, der Bietergemeinschaft ODELGA und Prutscher einen Auftrag für die Herstellung von Brandrasterdecken zu. Und das, obwohl weder ODELGA noch Prutscher eine Gewerbeberechtigung und — soweit bekannt — auch keinerlei spezifische Erfahrungen besaßen. Dr. Gerhard Schweiger ist aber Aufsichtsratsmitglied der gemeindeeigenen J. ODELGA ... Ein Universitätsprofessor bekommt einen 100-Millionen-Schilling-Auftrag, eine Organisationsgruppe einen 370-Millionen- und eine Managergruppe einen schlichten Milliarden-Auftrag. Und alles ohne Ausschreibung, ohne ÖNORM und ohne Vergebungsrichtlinien der Stadt Wien."

Und dann kommt noch einiges, was sonst noch ganz dick steht. Aber das Wesentlichste ist für mich die Frage — Sie kriegen, weil Sie das brauchen als Chefbeamter, vieles auf den Tisch —: Gibt es da keine Hilfskräfte, die für Sie allenfalls lesen, wo Sie nicht zum Lesen kommen, denn das ist doch ein Brandartikel.

Auf so etwas muß man doch irgendwie reagieren. Nämlich das Wesentlichste davon ist nicht, daß wir zu diskutieren anfangen, ob mit der Vergabe alles stimmt, wie es da steht, sondern daß hier steht, daß es eine Briefkastenfirma in Liechtenstein gibt, PLANTECH-Corporation mit der Boxnummer und mit der Adresse, daß man dort einzahlen muß die Anbahnungskosten, damit man einen Auftrag kriegt.

Deutlicher kann es auch in einem Endbericht dieses Untersuchungsausschusses nicht drinnenstehen.

Dr. **Horny:** Ich darf dazu folgendes sagen: Ich glaube, ich kann mich erinnern, weiß aber nicht, ob das im „profil" oder ob es dieser Artikel war, daß hier entschiedene Vorwürfe gegen den Vorstand erhoben worden sind, daß dann der Vorstand geklagt hat und daß hier ein Redakteur erklärt hat bei der Klage, er sei nicht verantwortlich für diesen inkriminierenden Satz.

Was die hier weiteren Dinge hinsichtlich der Firma Makulan betrifft, glaube ich, der Rasterbanddecken, haben wir auch eine Untersuchung gemacht und diese Untersuchung jetzt wieder erneuert unter dem neuen Generaldirektor. Nach dieser Auffassung stimmt der Vorwurf nicht, sondern sind diese Bandrasterdekken, die im Rahmen eines Firmenwettbewerbs sozusagen ausgeschrieben worden sind, korrekt im Rahmen einer Ausschreibung vergeben worden.

Obmann Dr. **Steger:** Noch einmal, Herr Zeuge. Wir reden ein bisserl aneinander vorbei. Noch im September 1980 — also noch gar nicht so lange her — wurde dem Gericht gegenüber die Fiktion aufrechterhalten und dem Ausschuß gegenüber am Beginn eben auch noch, daß es bei den Einzahlungen an die Firma PLANTECH um ganz korrekte Planungsaufträge gegangen ist, daß es Gegenleistungen gegeben hat, und man hat dem Gericht noch meterhoch das Papier gezeigt, das dort abgezogen wurde.

Dr. **Horny:** Darf ich wissen, von wem?

Obmann Dr. **Steger:** Von der Firma Siemens, von der Firma ITT; die haben das damals noch behauptet. Man hätte auch damals mit Sicherheit es nicht im Wege über die Firmen nachweisen können. Hier steht aber in einem halboffiziellen Organ, das eben auch wichtige Firmen natürlich lesen, das natürlich auch im Beamtenbereich, wie Sie mir ja gesagt haben, auch gelesen wird, schon drinnen, daß Anbahnungskosten an eine ganz bestimmte Firma, die eine Briefkastenfirma ist, einzuzahlen sind. Und die Frage, die ich habe, ist jetzt nicht: War diese oder jene Ausschreibung nicht vielleicht korrekt, sondern ist nicht irgend jemand draufgekommen, daß man da ja schon sogar behauptet im Jahr 1979 in einer Zeitung, wie die Briefkastenfirma heißt in Liechtenstein, auf die man einzahlt, und hat man nicht versucht, über diese Firma irgendwelche Erkundigungen einzuziehen? Denn heute wissen wir ja, daß das tatsächlich ein Schlüssel für das Bestechungssystem war. Das ist meine Frage an Sie.

Dr. **Horny:** Ich vermag mich jetzt — ich muß da nachsehen — daran konkret nicht zu erinnern. Ich weiß nur eines konkret, Herr Vorsitzender, daß, glaube ich, vor diesem Termin bereits auf Grund verschiedener anderer

Umstände Sektionschef Waiz und ich beim Kontrollamtsdirektor waren und der Kontrollamtsdirektor damals zugesichert hat, eine Untersuchung durchzuführen hinsichtlich von Schmiergeldzahlungen beziehungsweise über ...

Obmann Dr. **Steger:** Also zusammenfassend: Es wird Ihnen der „Börsen-Kurier" zwar hingelegt, aber an diesen Artikel können Sie sich nicht erinnern?

Dr. **Horny:** Vermag ich mich konkret nicht zu erinnern, ob das ... Ich weiß nur, daß ich frühestens ab 1979 diese Informationen hatte und daß ich eben das Gespräch — ebenso der Sektionschef Waiz, möchte ich sagen.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Welcher Baudirektor, welche Person war das, die Winter eine ausgezeichnete Dienstbeschreibung gegeben hat?

Dr. **Horny:** Ich glaube, das muß der Baudirektor Seda gewesen sein. Ich darf noch einmal erwähnen, das weiß ich von Stadtrat Mayr, also nicht direkt vom zuständigen Baudirektor.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Wichtig zur Klärung. Welche Firmenbeteiligungen, Treuhandschaften und ähnliches besitzen Sie persönlich?

Dr. **Horny:** Keine. Auch meine Frau keine, bitte.

Obmann Dr. **Steger:** Danke für diese Ergänzung.

Dr. **Horny:** Auch meine Mutter keine und mein Sohn und meine Tochter keine.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! War es für Sie als Aufsichtsrat am 12. April 1978 bei der Vergabe der Betriebsorganisationsplanung an die ABO klar, daß der ABO-Vertrag zu veränderlichen Preisen abgeschlossen wurde?

Dr. **Horny:** Ja, an sich ja. Es ist im Rechnungshofbericht diese Frage auch aufgetaucht. Aber nachdem so ziemlich alle diese Aufträge nach veränderlichen Preisen abgeschlossen werden, war ich ...

Obmann Dr. **Steger:** Waren Sie bei der Gründungsbesprechung der AKPE dabei?

Dr. **Horny:** Meinen Sie, Herr Vorsitzender, unter Gründungsbesprechung die Vorbesprechungen, die zur Gründung der AKPE geführt haben?

Obmann Dr. **Steger:** Ja.

Dr. **Horny:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Gab es da nie eine Besprechung, zu der Sie beigezogen wurden?

Dr. **Horny:** Nein, ich habe nicht offiziell oder inoffiziell — bitte sich nicht an dem Wort offiziell oder inoffiziell zu stoßen — an irgendwelchen Besprechungen teilgenommen. Ich war nur ein Befürworter einer derartigen Gründung, aber man hat ja auch nie meine Meinung eingeholt dazu.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt, Sie haben auch nicht erlebt Aussprachen über die Zielvorgabe an die AKPE?

Dr. **Horny:** Nein. Darf ich vielleicht diese Frage dahin gehend beantworten, ich war nie bei Besprechungen dabei, ich habe natürlich mit dem Stadtrat gesprochen, aber nicht in Form von offiziellen Gesprächen, sondern wie er eine Meinung einholt und mich informiert hat und ich ihn von meinem Wissensstand, wie das eben über alle wesentlichen Probleme stattfindet, denn der Kontakt zwischen der Abteilung und zwischen dem Stadtrat ist eigentlich sehr gut.

Obmann Dr. **Steger:** Aber als Aufsichtsrat müssen Sie doch in irgendeiner Form informiert werden über das Ganze.

Dr. **Horny:** Naja, da war ich ja noch nicht Aufsichtsrat, das bin ich erst geworden, als die Gesellschaft gegründet war.

Obmann Dr. **Steger:** Ja, und im Gründungsstadium oder in der ersten Sitzung, wurde da nicht der Vertrag einmal Ihnen vorgelegt?

Dr. **Horny:** Ja, schon, Herr Vorsitzender, das ist schon klar. Ich habe mich mit dem Stadtrat unterhalten, und letztlich hat die Finanzverwaltung, die MA 5 — ich bin Gruppenleiter der MA 5, ich habe, glaube ich, den Akt auch als Gruppenleiter unterschrieben —, den Antrag an den Gemeinderat gestellt. Und da ist einhellig beschlossen worden, diese Gründung vorzunehmen. Daß das nicht fehlgeht. Nur an irgendwelchen konkreten Gesprächen vorher im Rahmen von Gremien, Ausschüssen und so weiter habe ich nicht teilgenommen.

Obmann Dr. **Steger:** Den Syndikatsvertrag kennen Sie aber?

Dr. **Horny:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Da heißt es unter Punkt I: „Zweck des Syndikatsvertrages ist — und dann Punkt e) —, die Sicherung der Wahrnehmung von Grundsätzen, die bei der Errichtung von Gebäuden der Stadt Wien zu beachten sind." Was ist das? Worauf wird Bezug genommen?

Dr. **Horny:** Im konkreten Fall darf man in Erinnerung rufen, daß zumindest auch an die Vergaberichtlinien gedacht ist. Oder stehen die extra noch, bitte?

Obmann Dr. **Steger:** Es könnte derartiges bedeuten. Es ist nur nicht klar für einen Laien. Das heißt, Sie würden meinen, es sind die Wiener Vergaberichtlinien?

Dr. **Horny:** Es sind darunter sicherlich auch die Wiener Vergaberichtlinien zu meinen, sicher auch die Vorschriften über Bauordnung, die eben für derartige Gebäude zu gelten haben, die Sanitätsgebäude und so weiter.

Obmann Dr. **Steger:** Wie wurde das gesichert, daß die Wiener Vergaberichtlinien gelten?

Dr. **Horny:** Das wurde so gesichert, daß erstens einmal in dem Syndikatsvertrag, ich glaube, im Punkt 15, gestanden ist von einem Beauftragungsvertrag, der die Vergaberichtlinien der Stadt Wien anzuwenden hat. Dieser Beauftragungsvertrag ist aber bekanntlich nicht effektuiert worden. So wurde es dann zugesichert, daß die AKPE, die APAK, die ja die Vergabe ausschreibt, die die begleitende Kontrolle und die Bauaufsicht ist, die Vergaberichtlinien der Stadt Wien anzuwenden hat. Es ist diese Erklärung eigentlich durch einen konkludenten Akt — zumindest war das an sich unbestritten, durch das Eicher-Gutachten — gesichert und in der Praxis gehandhabt worden.

Obmann Dr. **Steger:** Können Sie mir das noch näher erklären, wie das durch konkludente Handlungen gesichert wurde? Was gilt überhaupt?

Dr. **Horny:** Ja. Darf ich ausführen: Im Syndikatsvertrag steht der Wille der Syndikatspartner, daß ein Beauftragungsvertrag zu schließen ist, und weiters steht expressis verbis, was dieser Beauftragungsvertrag zu enthalten hat, zwingend. In diesen Punkten, die zwingend hier vorgesehen sind, ist unter anderem auch die Anwendung der Vergaberichtlinien der Stadt Wien. Damit ist klargestellt, was der Wille der Syndikatspartner ist.

Nun ist an sich der Beauftragungsvertrag nicht abgeschlossen worden, aber die AKPE ...

Obmann Dr. **Steger:** Können Sie da dazwischen sagen, warum er nicht abgeschlossen wurde?

Dr. **Horny:** Soll ich vielleicht da fortsetzen? Und die AKPE hat gegenüber der APAK den Auftrag gegeben, die Vergaberichtlinien der Stadt Wien anzuwenden. Damit scheint also durch, wenn auch keine Expressis-verbis-Erklärung der AKPE erfolgt ist, aber die Überbindung, an die sie die Aufträge einziehen, die APAK eine konkludente Handlung sozusagen diesen Willen des Eigentümers Rechnung getragen worden. So schreibt zumindest ein Rechtsgutachten, das der Professor Eicher(?) ausgestellt hat.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie da in Erinnerung, wann die AKPE das gemacht hat, daß sie die APAK verpflichtet hat?

Dr. **Horny:** Ja, ich glaube, als sie den APAK-Vertrag abgeschlossen hat, ich glaube, das war 1976 oder 1977.

Obmann Dr. **Steger:** Für Sie war es daher immer gesicherte Grundlage, daß das tatsächlich gilt, die Vergaberichtlinien?

Dr. **Horny:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Können Sie jetzt gleich mir das zusätzlich beantworten, warum es zum Beauftragungsvertrag nicht gekommen ist?

Dr. **Horny:** Ja. Man hat gemeint, daß die wesentlichen Punkte des Beauftragungsvertrages, das heißt, die Fortsetzung des Baues, die Terminvorgabe, ich glaube, Teilfertigstellung 3/1984, Endfertigstellung 1986/1987, durch Aktionärsbeschlüsse oder erweiterte Beschlüsse gesichert seien und erst dann, wenn Fremdfinanzierungsabgaben, also Fremdfinanzierung an Beteiligten Notwendigkeiten eine größere entsteht.

Das wurde kritisiert auch vom Rechnungshof, und so sind wir jetzt soweit, daß der Beauftragungsvertrag zwischen den Partnern vereinbart worden ist und, was den Syndikatspartner Stadt Wien betrifft, in Lauf gesetzt worden ist zur Behandlung bei den zuständigen Organen.

Aber ich darf vielleicht wieder da näher auf Ihre Frage eingehen. Als man diesen Beauftragungsvertrag behandelt hat, hatten wir schon das Kontrollbüro mit dem Herrn Präsidenten außer Dienst Kandutsch. Der hat wieder gemeint, warum habt ihr es eigentlich jetzt so eilig mit dem Beauftragungsvertrag, vielleicht muß man doch noch genauer prüfen wegen der Termine, ob die stimmen, beziehungsweise wegen der Kosten, ob diese stimmen.

Darauf habe ich gesagt, ja wenn man das immer weiß, können wir überhaupt nie einen machen, sondern kommen dann letztlich erst, wenn der Bau fertig ist, dazu, denn dann wissen wir es effektiv. So haben wir dann den Beauftragungsvertrag vorbereitet in der Richtung, daß ein Zeitlimit vorgegeben ist und ein Kostenlimit und die Bestimmung, wenn der Vorstand erkennt, daß das Zeitlimit oder das Kostenlimit nicht eingehalten werden kann, dann müßte an den Eigentümer herangetreten werden.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, genau auf das möchte ich ja hin. In Punkt XV des Syndikatsvertrages heißt es — ich zitiere wieder wörtlich: „In einem zwischen dem Bund, der

Stadt Wien und der Gesellschaft abzuschließenden Vertragswerk über die Beauftragung mit der Planung und Errichtung der im Punkt XIII genannten Gebäude ist die Gesellschaft zu verpflichten,

a) das bereits begonnene Projekt fortzuführen,

b) — und das ist jetzt der wesentlichste Punkt — „bei der Realisierung des Vorhabens einen von Bund und Stadt Wien vorgeschriebenen Terminplan einzuhalten,

c) die bei Durchführung des Projektes zu vergebenden Lieferungen und Leistungen unter Beachtung der jeweils bestehenden Vergaberichtlinien der Stadt Wien auszuschreiben."

Ich würde das in der Zusammenfassung nennen, es sollte in einem Beauftragungsvertrag die klare Zielvorgabe schriftlich fixiert sein. Und da scheint es mir schon wichtig, wieso es bis 1981 eben nicht dazu gekommen ist.

Dr. **Horny:** Ich glaube nicht, daß gravierende Gründe dafürgesprochen haben, sondern man hat seitens der Syndikatspartner gemeint, daß man diese Punkte, Terminsetzungen in den erweiterten Aktionärssitzungen fixiert hat ...

Obmann Dr. **Steger:** Welche Termine?

Dr. **Horny:** Die Termine 1983/1984 Teilfertigstellung und der Termin 1986/1987 Endfertigstellung.

Obmann Dr. **Steger:** Wann ist das fixiert worden?

Dr. **Horny:** Diese Termine sind mehrmals fixiert worden. Meiner Erinnerung nach im Zusammenhang sogar mit einem Kostenlimit 1979, und ich glaube, es ist auch schon im Jahre 1976 — bitte in die Protokolle über die Aktionärsgespräche Einsicht zu nehmen.

Obmann Dr. **Steger:** Da kommen wir schon noch hin, Herr Zeuge, aber auch eine Fixierung 1979 kann nicht ersetzen, daß von 1975 bis 1979 der Beauftragungsvertrag nicht geschlossen wird.

Dr. **Horny:** Ich glaube, es ist schon früher auch genannt worden, ich würde bitten, in den Aktionärsprotokollen nachzusehen.

Obmann Dr. **Steger:** Wissen Sie, es steht auch ein bißchen im Zusammenhang damit, wann immer wir nach der Zielvorgabe fragen, AKPE-Direktoren, wesentliche Leute, Aufsichtsräte, dann kommen ein bißchen unterschiedliche Antworten aus dem Bereich Zielvorgabe Termin, Zielvorgabe Kosten, Zielvorgabe Umsatzsteigerung, dann wird uns erklärt, sprich raschere Fertigstellung, Zielvorgabe Nutzerkonsens. Und es ist nie genau klar, welche Priorität gegeben ist. Ich frage eben daher: Warum wurde in diesen ganzen Jahren nicht in einem Beauftragungsvertrag das schriftlich fixiert? Aus Ihrer Sicht, warum?

Dr. **Horny:** Aus meiner Sicht hat man das eigentlich, glaube ich, deshalb von den Syndikatspartnern nicht für notwendig erachtet, weil dort die Meinung vorgeherrscht hat, daß über diese Zielsetzungen innerhalb der Syndikatspartner Bund und Wien einhellige Meinung besteht.

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt kommt noch dazu aus unseren bisherigen Einvernahmen, daß sich ergeben hat, daß es so delegiert war, daß es formell das Bund-Stadt-Wien-Komitee für Entscheidungen gegeben hat, daß es gegeben hat den Aufsichtsrat bei wesentlicher Vergabe, daß es gegeben hat AKPE-Vorstand und daß alle die zusammen eigentlich gar nicht sich wesentlich aufhalten mußten, wenn nur der sogenannte Nutzerkonsens gegeben war. Das heißt also, wenn vor allem Vertreter des Wissenschaftsministeriums, der Professorenschaft, der Fakultät ...

Dr. **Horny:** Ja, und die Neubaugruppe, die Baukommission der Fakultät.

Obmann Dr. **Steger:** ... gemeint haben, das, was da gebaut wird, ist etwas Sinnvolles.

Dr. **Horny:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Und ich habe jetzt den schwerwiegenden Verdacht, daß das allein eine Wurzel für die Kostenexplosion ist, dann, wenn es eben nicht eine schriftliche Vorgabe gibt.

Übrigens, auch Ihr Brief vom 24. Oktober 1977 äußert ja so eine Vermutung an den Herrn Finanzstadtrat.

Dr. **Horny:** Ja, ja.

Obmann Dr. **Steger:** Weil Sie schreiben dort unter anderem: „In der Praxis bedeutet das eine Verlagerung der Endentscheidung über Art, Volumen, Kosten et cetera von den Gesellschaftsorganen auf die Fakultät." Ihre Formulierung.

Dr. **Horny:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Und ich frage daher, ob nicht dort schon eine ganz wesentliche Wurzel für die Kostenexplosion liegt.

Dr. **Horny:** Ich glaube ja, das habe ich hier ja klar geschildert. Ich glaube, der Herr Stadtrat Mayr hat sich das sehr angelegen sein lassen, und ich glaube, er war dann ein Motor, daß es 1979 zu dieser Limitierung gekommen ist.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt aber, in Ihrem Resümee als Aufsichtsratsvorsitzender-Stell-

vertreter, jetzt Aufsichtsratsvorsitzender, glaube ich, seit 1. Jänner ...

Dr. **Horny:** Jawohl, seit 1. Jänner.

Obmann Dr. **Steger:** ... aber damals Stellvertreter, sind Sie auch der Auffassung, daß diese Delegierung kostenintensiv gewesen ist.

Dr. **Horny:** Das ist selbstverständlich. Aber zweifellos ist es so, daß natürlich derjenige, der einmal das Spital führen muß und nutzen muß, und die Problematik — entschuldigen, wenn ich den Schachtelsatz einfüge — liegt ja darin, daß wir natürlich eine Klinik haben. Jeder andere Spitalsbetrieb ist ja nicht mit solchen Problemen behaftet, indem sozusagen die Spitze der österreichischen medizinischen Schule vertreten ist.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Da muß ich doch noch einmal wieder einen einfachen Vergleich machen, eine Frage an Sie stellen.

Wenn Sie als Finanzchef im Gemeindebereich oder früher auch als Bürgermeister in Mödling ein Dienstauto anschaffen lassen für einen untergeordneten Beamten und Sie sagen dem Beamten, er darf sich selbst das Auto aussuchen, ohne daß Sie ihm sagen, wann und um wieviel, was es kosten darf, dann wird vielleicht dieser Beamte — ich nehme absichtlich ein sehr einfaches Beispiel — nicht den VW-Polo oder den VW-Golf wählen in der einfachen Ausführung, sondern er wird vielleicht einen Mercedes haben wollen oder einen BMW oder einen Jaguar oder was es da sonst Schönes gibt. Und ich frage mich auch, wenn einer operiert, ob er nicht dann, wenn er noch dazu die Klinik ja auch privat benützen darf für seine Privatpatienten, ob er nicht da im Zweifelsfall überall seine Röntgeninstrumente zur Hand haben will, ob er nicht im Zweifelsfall noch etwas dort haben will, was auch schön ist, aber nicht unbedingt für die Behandlung als absolutes Minimalerfordernis einer Universitätsklinik feststeht. Ich frage mich, ob hier nicht auch eine Kostenexplosion entsteht, und stelle diese Frage an Sie, ob das je erörtert worden ist.

Dr. **Horny:** Ja natürlich, diese Fragen sind immer erörtert worden. Und zweifellos kann man natürlich nicht — bitte, nach meinem Dafürhalten, von der Kraft des Faktischen aus — einen Professor in die Rolle des Beamten, der sich einen Wagen kauft, versetzen. Es sind hier andere Relationen. Und ich glaube, das war ja dann maßgeblich dafür, Herr Vorsitzender, daß man im Jahre 1979 diese Kostenlimitierung vorgenommen hat.

Obmann Dr. **Steger:** Aber bis dahin hat man sie nicht vorgenommen.

Dr. **Horny:** Ja, bis dahin hat man schon versucht, Kosten zu sparen, aber in einer so dezidierten Weise, daß man gesagt hat: Schluß, bis da her, weiter geht es nicht. Das waren damals 20 Milliarden auf der Preisbasis 1. 1. 1976.

Obmann Dr. **Steger:** Nur noch einmal: Bei den Entscheidungsgremien — auch aus Ihrem Brief, den Sie vorgelegt haben, geht das hervor — hat man es so herunterdelegiert, daß eigentlich immer dann, wenn der Konsens dort gegeben gewesen ist, es bis zum Stadtrat gar nicht mehr gekommen ist. Und natürlich haben die Beamten, die dort tätig waren, in der AKPE tätig waren, versucht, im Zweifelsfall den Konsens zustande zu bringen, damit sie das friedlich regeln können. Und der Konsens war in diesen Fragen mit Sicherheit teuer.

Dr. **Horny:** Das ist sicherlich der Fall. Nur glaube ich, dadurch, daß man immer wieder Aktionärsgespräche eingeschaltet hat, 1976, 1977, in denen die Kostenfrage ja immer erörtert worden ist, hat man schon diese Frage auch an die Eigentümer — und es war da der zuständige Stadtrat auch dabei — herangetragen.

Obmann Dr. **Steger:** Die Politiker haben eine Reduzierung der Gesamtbetten von 2730 auf 2100 beschlossen.

Dr. **Horny:** 2173, glaube ich, genau.

Obmann Dr. **Steger:** Wann war das?

Dr. **Horny:** 2173 sind es genau.

Obmann Dr. **Steger:** Und sie haben einen Auftrag an die AKPE beschlossen, die Möglichkeit der Zusammenlegung von Doppelkliniken in Erwägung zu ziehen.

Dr. **Horny:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Wissen Sie noch, wann und wie das entschieden wurde?

Dr. **Horny:** Ja, das ist, glaube ich, 1976 auf Grund des Gutachtens von Seitz, Sienkiewicz und Kaufmann erörtert worden. Ich glaube, in dem Gutachten — wenn ich da mein Gedächtnis strapazieren darf — ist unter anderem auch gestanden, daß ein Teilbetrieb nicht zweckmäßig ist, wenn nicht auch entsprechende OP-Säle und so weiter kommen und mehr Kliniken. Und jetzt hat man dann gesagt, daß der Teilbetrieb drei Doppelkliniken umfassen soll. Man ist dann also doch wieder bei den Doppelkliniken geblieben, und zwar Haut, Nasen, Ohren und Augen, und den entsprechenden Sälen dazu.

Obmann Dr. **Steger:** Es bildet das Schema der Einfachkliniken einen Bestandteil des am 31. 1. 1977 auf dem Politikergipfel beschlossenen Grundsatzprojektes Variante EB.

Dr. **Horny:** Wann war das, bitte?

Obmann Dr. **Steger:** Das war am 31. Jänner 1977.

Ab Juli 1977 mußte auf Grund der Forderungen der Klinikvorstände auf das Doppelkliniksystem umgeplant werden, was selbstverständlich kostspielig und zeitraubend gewesen ist.

Wieso mußte das innerhalb eines derartig kurzen Zeitraumes umgeplant werden? Wieso wurde die Entscheidung im Jänner 1977 für Einfachklinik getroffen, im Juli 1977 Umplanung auf Doppelkliniksystem.

Dr. **Horny:** Ja, nach meiner Erinnerung nach eben durch den Wunsch der Nutzer. Und ich darf dann noch einmal erinnern, Herr Vorsitzender, daß, glaube ich, im Juli 1979 ...

Obmann Dr. **Steger:** 1977, ich rede vom Juli 1977.

Dr. **Horny:** Ich weiß schon. Ich darf nur vorwegnehmen, daß dann im Juli 1979 wieder an den Aktionär herangetreten worden ist. Es hat damals auch der Vorstand ein Einsparungsprogramm vorgeschlagen, das nur in Teilen akzeptiert worden ist. Man hat meines Wissens auch über diese Fragen gesprochen. Und damals ist es eben zu dieser Fixierung, zu dieser Kostenfeststellung, auch zu der Kostenlimitierung gekommen, um nicht weitere Planungswünsche, die ja verteuernd wirken ...

Obmann Dr. **Steger:** Im Juli 1979, sagen Sie, ist wieder zur Frage Einfach- oder Doppelklinik etwas entschieden worden? Was ist da entschieden worden?

Dr. **Horny:** Ich glaube, nicht in der Form Einfach- oder Doppelklinik, sondern man hat den gesamten Komplex, wie er sich bis dahin entwickelt hat, wieder den Aktionären vorgetragen.

Obmann Dr. **Steger:** Ja, dann lassen wir das weg. Ich möchte jetzt bewußt einmal beim Thema Einfachklinik, Doppelklinik bleiben, denn das ist ein schönes exemplarisches Beispiel.

Jänner 1977: Beschluß Einfachkliniksystem. Juli 1977 wird es umgestoßen, wie Sie jetzt auch hier ausführen, weil die Nutzer, weil die Ärzte wollten, daß ein Doppelkliniksystem gemacht wird. Ist das richtig?

Dr. **Horny:** Ja, so sehe ich es.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt aber dann doch, daß im Jänner 1977 nicht der Nutzerkonsens die erstrangige Zielvorstellung für die Entscheidung war.

Dr. **Horny:** Der Nutzerkonsens ... Bitte, die Frage verstehe ich nicht. Was heißt ...

Obmann Dr. **Steger:** Es ist pausenlos so, daß wir jetzt versuchen, dem nachzuspüren, was die gewichtigste Zielvorstellung ist: Der Nutzerkonsens oder etwas anderes? Und hier wird immer wieder gesagt: Der Nutzerkonsens war besonders im Vordergrund. Wir haben uns gerade vorher auch darüber unterhalten. Hier habe ich aber ein Beispiel, daß es offensichtlich zunächst nicht der Nutzerkonsens war, der im Vordergrund war, denn es wurde, ohne die Nutzer zu befragen, das Einfachkliniksystem vorgezogen.

Dr. **Horny:** Ich glaube schon, daß da ... Da bin ich ... Ohne die Nutzer zu fragen, das Einfachkliniksystem.

Obmann Dr. **Steger:** Zumindest wurden sie offensichtlich nicht ausreichend gefragt, denn im Juli 1977 wird es umgestoßen, weil die Nutzer das Doppelkliniksystem wollten.

Dr. **Horny:** Ja, also ich ...

Obmann Dr. **Steger:** Zumindest ich glaube, daß das eine politische Frage im übrigen ist, ob man das eine oder das andere System macht, weil es ja eine Kostenfrage ist. Bitte, da kann man wieder streiten, wie sehr darf der Autofahrer mitentscheiden, welches Auto er kriegt.

Dr. **Horny:** Ich darf also nur sagen: Ich sehe darin an sich aus dem Erscheinungsbild, wie Sie mir es schildern, Herr Präsident, schon natürlich eine Dominante im Nutzerkonsens.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist halt kostenintensiv, wenn man innerhalb eines halben Jahres das hin- und herschmeißt.

Dr. **Horny:** Deswegen ja auch mein Drängen in dem Brief, zu sagen: Legen wir endgültig ein Kostenlimit fest.

Obmann Dr. **Steger:** Hat da im Juli 1977 die Kostenfrage wer aufgeworfen und hat gesagt: Das kostet uns jetzt soundso viele Millionen, daß wir das umplanen?

Dr. **Horny:** Ich kann das nicht genau sagen. Ich weiß nur, daß sich wie ein roter Faden in den Aufsichtsratssitzungen zumindest von vielen Teilnehmern und auch von mir diese Kostenfrage durchgezogen hat.

Obmann Dr. **Steger:** War das den Politikern bewußt, daß das natürlich kostenintensiv ist, wenn man es vor einem halben Jahr anders beschlossen hat?

Dr. **Horny:** Das war den Politikern zweifellos bewußt, und ich darf wieder erwähnen, daß ja gerade der Stadtrat Mayr als Finanzstadtrat dann auf Grund meines Briefes ja doch, wie ich glaube, sehr aktiv geworden ist.

Obmann Dr. **Steger:** Haben sich die Politiker damit beschäftigt: Was ist ein Einfachkliniksystem, was ist das Doppelkliniksystem? War ihnen das kostenmäßig bewußt?

Dr. **Horny:** Ich glaube, sehr wohl.

Ich bin darüber momentan nicht ... Ich kann also nichts aussagen, weil ich es nicht in Erinnerung habe, aber zweifellos ...

Obmann Dr. **Steger:** Dann lassen wir es, wenn Sie es nicht in Erinnerung haben. Ich möchte nicht, daß Sie etwas aussagen, was Sie nicht in Erinnerung haben. Wenn Sie sagen, Sie haben es nicht in Erinnerung, dann genügt das an sich als Aussage.

Bitte, Herr Abgeordneter Ing. Hobl.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Sie haben heute schon einmal bei einer der Befragungen über diese — ich weiß nicht — Leibschüsselwaschmaschinen oder Leibschüsselspüler auch den Rechtsanwalt Dr. Hirzenberger erwähnt. Wie heißt die Firma, die der Herr Rechtsanwalt da vertritt, treuhändisch oder sonstwie?

Dr. **Horny:** Ich glaube, Austromat.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Austromat. Wissen Sie, wo diese Firma Betriebssitze hat?

Dr. **Horny:** Nein. In Wien hat sie einen Betriebssitz.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und kennen Sie Konkurrenzangebote?

Dr. **Horny:** Ja, in dem Fall, kann ich sagen, war die Situation so: Da war eine Firma zuerst, ich weiß nicht, wie die geheißen hat.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Kann die Meiko heißen?

Dr. **Horny:** Glaube ich nicht. Dann war eine nächste Firma, die hat 25 Millionen, die wurde gewählt, und dann Austromat, die die Voraussetzungen nicht erfüllt hat, mit 15 Millionen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Sie haben sich nie erkundigt, wer eigentlich die Eigentümer dieser Firma Austromat sind?

Dr. **Horny:** Austromat schon. Weil darüber die Diskussion entstanden ist, hat uns der Vorstand mitgeteilt, daß treuhändig dort einen Großteil der Aktien der Rechtsanwalt Hirzenberger treuhändig verwaltet.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Hat sich in dieser Frage Dr. Wilfling engagiert?

Dr. **Horny:** Nein. Zu dem Zeitpunkt, zu dem diese Frage aufgerollt wurde, war Dr. Wilfling in Untersuchungshaft.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Danke.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Politikergipfel 31. 1. 1977. Sie waren dort dabei, wie wir den Protokollen entnehmen, zum ersten Mal. Tagesordnungspunkt 1: Es gab Überlegungen einer drastischen Reduktion des Neubauvolumens. Wie kam es dazu?

Dr. **Horny:** Darf ich Näheres erfahren über diese Sitzung?

Obmann Dr. **Steger:** Ja, ich kann es Ihnen vorlesen. Ich lese aus dem Protokoll:

„Nach kurzer Diskussion stellt Vizekanzler Dr. Androsch im Einvernehmen mit den übrigen Besprechungsteilnehmern fest, daß auf Grund der im Bericht dargelegten, durch die bisherigen Entwicklungen gegebenen Fakten keine vertretbare Alternative und somit kein Anlaß besteht, von der bisherigen Konzeption für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses-Universitätskliniken abzugehen."

Im Anhang ist dann die Überschrift. Sie heißt: „Projektumfang, Beschränkung des Bauvolumens auf den Umfang des bereits erstellten Rohbaus als Alternative zum bisherigen Projekt eines Neubaus mit über 2000 Betten."

Ich möchte gerne wissen, was das heißt und wie es dazu gekommen ist.

Dr. **Horny:** Ja, da müßte man die Tagesordnung ansehen — die ist bei Ihren Unterlagen dabei, Herr Vorsitzender —, aus der die Alternativen zu ersehen sind. Da sind also Alternativen angezogen: So kann man es machen, so kann man es machen. Und dann hat man nach meiner Erinnerung gemeint, diese Sparalternative würde den medizinischen Erfordernissen nicht gerecht. Bitte, es muß hier eine genaue Alternative sein, da müßte ich die Unterlagen einsehen.

Obmann Dr. **Steger:** Das genügt mir. Es ist ja gesagt worden, den medizinischen Alternativen werden die Sparvarianten nicht gerecht.

Dr. **Horny:** Ja, der Gesundheit wird man nicht gerecht.

Obmann Dr. **Steger:** Also hier wieder: Vorrang Nutzerkonsens.

Dr. **Horny:** Der Vorrang Gesundheit. Man hat gesagt, das würde auf Kosten der Gesundheit gehen.

Obmann Dr. **Steger:** Tagesordnungspunkt 3. Das lese ich Ihnen auch vor.

Dr. **Horny:** Da liegen dicke Unterlagen meiner Erinnerung nach dabei.

Obmann Dr. **Steger:** Ja, ja, das ist schon klar. Wir haben auch schon dicke Unterlagen, Herr Zeuge. — Tagesordnungspunkt 3: „Organisationsstruktur und Raumprogramm 1978, ORP

78, Stufe 1, Grundsatzprojekt 1976", heißt es. Jetzt muß ich Ihnen wieder etwas vorhalten zuerst, bevor ich Sie frage: „Die Politiker beschlossen das von der ARGE ORP — MEDIPLAN — Riethmüller erarbeitete Grundsatzprojekt Variante EB. Es wurden davor sechs Varianten untersucht, die im wesentlichen auf zwei Zielsetzungen beruhen. Erstens: Entweder Vorrang Minimierung des Bauvolumens und der Baukosten oder Vorrang Erreichen des Nutzerkonsens unter Bedachtnahme auf größtmögliche Wirtschaftlichkeit." Das waren also die zwei großen Gruppen. „Das auf der Variante EB beruhende Grundsatzprojekt stellt eine Konzeption mit zwei gegenläufigen Tendenzen dar. Einerseits der Vorschlag der SSK-Gutachter, durch Bettenreduktion auch die Nutzflächen zu vermindern, andererseits die Forderung der Medizinischen Fakultät auf Erweiterung der Nutzflächen. Das Ergebnis war eine Verminderung der Betten und eine erhebliche Vermehrung des umbauten Raumes entgegen dem Vorschlag des SSK-Gutachtens." Das ist eine Verschiebung vom Versorgungszweck zum Forschungszweck.

Was sagen Sie zum Vorwurf des Kontrollamtes, daß das den Politikern vorgelegte Grundsatzprojekt nur auf oberflächlichen Annahmen beruhte, deren Detaillierung in den folgenden Jahren zeitraubende und koststpielige Umplanungen erforderte?

Dr. **Horny:** Ja, ich glaube, man kann das nicht unbedingt so sehen, denn der Aufsichtsrat war mit der Tatsache konfrontiert, daß er letztlich noch einmal planen mußte, da die vorgegebenen Gruppierungen nicht dem Nutzer entsprochen hatten. Wir haben in einer ORP-Planung zuerst einmal eine gewisse Parzellierung, das heißt, die Größenordnungen erfaßt, haben dann mit den Nutzern beraten und sind zu dem EB-Projekt gekommen, das heißt Erweiterungsbau. Es ist dann beschlossen worden neben dem Kern ein Erweiterungsbau Ost und ein Erweiterungsbau West. Das heißt, man kann sich auf die Auffassung stützen, daß eigentlich erst dieses Projekt, das dann die Zustimmung der Eigentümer gefunden hat, einen dazu gebracht hat, daß man jetzt nicht dauernd wieder umplant, sondern etwas hat, von dem man damals angenommen hat — und ich glaube, das hat sich in der Zwischenzeit auch in der Richtung bewährt —, daß man nun endgültig bauen kann und nich mehr kostspielige Umplanungen, die letztlich die Investitionen als Ganzes erhöhen, vornehmen muß.

Obmann Dr. **Steger:** Aber, Herr Zeuge, das zumindest war schon wieder eine kostspielige Umplanung.

Dr. **Horny:** Was?

Obmann Dr. **Steger:** Diese Entscheidung.

Dr. **Horny:** Ja, das auf jeden Fall. Es war, wenn ich kurz zusammenfassen kann, die Tatsache, daß sich die AKPE vor einer Situation befunden hat, daß das Projekt, das sie sozusagen übernommen hat, auf den Widerstand der Nutzer gestoßen ist. Es wurden dann eine Reihe von Projekten untersucht, und die Eigentümer haben sich dann für dieses EB-Projekt entschieden.

Obmann Dr. **Steger:** Also wieder Priorität eigentlich Nutzerkonsens.

Dr. **Horny:** Ja, sicherlich, und damit auch Gesundheit und Soziales.

Obmann Dr. **Steger:** Es steht nämlich im letzten Absatz — ich zitiere wörtlich aus diesem Protokoll —: „Es darf darauf hingewiesen werden, daß allfällige Alternativlösungen zu dieser Variante des Grundsatzprojektes nur ohne Konsens mit den Nutzern realisiert werden könnten." Ende des Zitats.

Dr. **Horny:** Darf ich noch einmal hören, Entschuldigung.

Obmann Dr. **Steger:** Zitat aus dem Protokoll, und zwar aus der zum Tagesordnungspunkt 3 von der AKPE vorgelegten Besprechungsunterlage:

„Es darf darauf hingewiesen werden, daß allfällige Alternativlösungen zu dieser Variante des Grundsatzprojektes nur ohne Konsens mit den Nutzern realisiert werden könnten." Ende des Zitats.

Dr. **Horny:** Es zeigt also zweifellos den Nutzerkonsens.

Obmann Dr. **Steger:** Also man hat hier schon offensichtlich überlegt eine Kostenminimierung allenfalls auf Kosten des Nutzerkonsenses, hat aber dann gesagt, das würde nur ohne Nutzerkonsens gehen und hat sich für den Nutzerkonsens entschieden. Das lese ich da heraus.

Dr. **Horny:** Es wurde dann auch noch bei einer anderen Sitzung — wenn Sie jetzt die Aktionärsitzungen haben, Herr Vorsitzender, ich glaube, das war 1979 — danach ein Sparprogramm entwickelt vom Vorstand, das nur teilweise akzeptiert worden ist. Man hat gesagt, man kann bei den Laborflächen einsparen, man braucht die Neurochirurgie nicht ausgliedern und so weiter.

Obmann Dr. **Steger:** Dann wieder ein Politikergipfel am 3. 7. 1979, Dauer vier Stunden, Sie waren als Referent dabei.

Dr. **Horny:** Ja, damals war ich Vorsitzender des Aufsichtsrates.

Obmann Dr. **Steger:** Tagesordnungspunkt 2 heißt: „Änderungen des Projektes." „Bauvolumen und Kosten" ist die Überschrift.

Der Beschluß ist dort gefaßt worden auf Projekterweiterung durch Auslagerung der Neurochirurgie aus dem Kern, das heißt vermehrte Nutzfläche, und Festlegung der Bettenzahl auf 2173 endgültig. War da wiederum der Vorrang der Nutzerkonsens?

Dr. **Horny:** Ja. Es war also die Meinung damals seitens des Vorstandes, man bräuchte nicht aufgliedern, sondern man müßte noch warten, und die Neurochirurgie könnte dann, wenn das Gebäude fertig ist, in den Kern ziehen. Man hat gesagt: Solang kann man nicht warten, das wäre unmöglich, und hat beschlossen, die Neurochirurgie auf die Kinderklinik aufzubauen. Mit dem Bau wurde begonnen. Meines Wissens wird er 1983 fertig.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Sie haben uns jetzt sehr deutlich gesagt, man hat im Jahr 1977 diese neue Anordnung auf Umplanung gegeben, weil man aus der Zick-Zack-Situation heraus wollte und einmal klare Richtlinien wollte, weil man sich dessen bewußt war, daß sonst jedenfalls explosionsartig Planungskosten immer wieder entstehen. Hier hat man aber doch wieder eine neue Vorgabe gemacht.

Dr. **Horny:** Ich glaube, das war eben die letzte Vorgabe, und in dieser Sitzung, die Sie jetzt zitieren, Herr Vorsitzender, wurde auch die Kostenlimitierung vorgenommen. Ich glaube, das war aber Initiative auch des Stadtrates Mayr, der dort den Vorsitz geführt hat nach meiner Erinnerung. Ich glaube auch, daß vielleicht meiner bescheidenen Meinung nach ein gewisser Anstoß dieses Schriftstück war, das ich ihm geschickt habe.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Ihr Wort in Gottes Ohr, daß es das letzte Mal war, die letzte Umplanung. Aber da wir jetzt alle zwei Jahre so etwas erleben, darf ich Ihnen schon sagen, daß wir die Zweijahresfrist noch nicht haben, wo nach dem bisherigen Ablauf wieder eine Änderung sein wird.

Dr. **Horny:** Jetzt haben wir aber einen Beauftragungsvertrag, einen Entwurf. Vielleicht darf ich den Entwurf des Beauftragungsvertrages schicken?

Obmann Dr. **Steger:** Wir wären sehr interessiert.

Dr. **Horny:** Der also meiner Erinnerung nach festsetzt, daß keinerlei Umplanungen in der Art mehr vorgenommen werden dürfen, die letztlich den Kostenrahmen sprengen.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt also, Sie sind optimistisch, daß es jetzt nicht auch unter der AKPE den Zweijahresrhythmus von Umplanungen weiterhin geben wird?

Dr. **Horny:** Sicherlich ist mein Gedankengut teilweise auch von einem Optimismus geprägt.

Obmann Dr. **Steger:** Welche Politiker — Sie haben ja da mit allen zu tun gehabt, wenn Sie sie Revue passieren lassen —, welche Politiker waren die, die darauf gedrungen haben vom Beginn her, seitdem Sie Kenntnis davon haben, die gesagt haben, es muß Schluß sein mit den ...

Dr. **Horny:** Die Finanzpolitiker.

Obmann Dr. **Steger:** Und was war mit den anderen?

Dr. **Horny:** Die Gesundheitspolitiker und die, die die Wissenschaft und Forschung zu vertreten haben, haben natürlich die Meinung der Ärzte beziehungsweise der Lehre weitgehend im Rücken stehen gehabt. So sehe ich die Dinge.

Obmann Dr. **Steger:** Also die haben eher Verständnis auch für Umplanungen immer wieder gehabt? Und Sie sind hoffnungsfroh, daß sich die Finanzpolitiker in Zukunft durchsetzen können und nicht mehr die anderen?

Dr. **Horny:** Sie haben richtig gesagt „hoffnungsfroh", das ist ein unbestimmter Ausdruck.

Obmann Dr. **Steger:** Tagesordnungspunkt 9 beim Politikergipfel am 27. 5. 1980: Problem der firmenneutralen Ausschreibung der Medizintechnik.

Dr. **Horny:** Ja, der produktneutralen Ausschreibung.

Obmann Dr. **Steger:** Es gab dazu auch eine Besprechung bei Dr. Delabro am 20. 9. 1979. Wie wurde das Problem gelöst?

Dr. **Horny:** Ich darf Ihnen dazu sagen, daß ich dem Stadtrat Mayr gesagt habe: Es stehen noch Aufträge aus, vor allem bei der Medizintechnik und naturgemäß, und wenn Siemens die Planung macht — es geht da wieder um riesige Beträge, ich glaube in einer Größenordnung von 3,5 Milliarden —, so hat sie natürlich einen Vorrang. Man müßte irgend etwas tun. Und da hat man gesagt: eine produktneutrale Ausschreibung. Das ist in der Zwischenzeit auch schon in die Wege geleitet worden, und zwar hat man ein Institut — ich müßte da berichten, welches, ich weiß es nicht — beauftragt, die Unterlagen, die Siemens erstellt hat, auf Produktenneutralität umformulieren. Ich kann da, wenn es gewünscht wird — das muß ich mir nur aufschreiben — nähere Unterlagen schicken.

Obmann Dr. **Steger:** Ja, das wird ein bißl viel, was Sie uns ankündigen.

Wie ist das jetzt geklärt, daß Sie nicht zum Beispiel Siemens-Nähe haben in diesem Institut, das die Umplanung macht? Daß zum Beispiel im Leasingverfahren plötzlich Siemens-Angestellte ausgeborgt werden?

Dr. **Horny:** Diese Frage kann ich nicht genau beantworten. Es soll in der Ausschreibung bereits eine Ausschreibung erfolgen, die firmenneutral ist, die also vielen Firmen die Möglichkeit gibt, die Geräte anzubieten, daß sie also nicht zugeschnitten ist auf ein bestimmtes Firmengerät, und man soll natürlich dann auch — das hat man sich vorgestellt — bei der Auswertung der Angebote weiter darauf achten.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt aber, Herr Zeuge, daß auch der Aufsichtsrat gelernt hat aus den Vorwürfen, die es bisher gegeben hat.

Dr. **Horny:** Sicherlich. Ich glaube, Herr Vorsitzender, Lernen ist ein Prozeß, den ich mich immer zu tun bemühe, und ich bin lernfreudig.

Obmann Dr. **Steger:** Ich habe jetzt nicht nur Sie ad personam gemeint. Sie sind ja da ein bißl auch Vollzugsorgan jener Politiker, mit denen Sie die Besprechungen gemacht haben.

Dr. **Horny:** Ich kann für mich in Anspruch nehmen, daß ich dem Stadtrat Mayr eigentlich zu einem sehr frühen Stadium gesagt habe, hier müßte man das tun.

Darf ich, Herr Vorsitzender, jetzt aufschreiben: Beauftragungsvertrag habe ich zu schikken. Was noch bitte? Dann das über diese produktenneutrale Ausschreibung. Mehr glaube ich nicht. Ja, und wann mein Sohn bei der Firma Consultatio eingetreten ist.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Zum Rechtsgutachten Frotz vom 26. 8. 1980. Das Gutachten gelangt auf Seite 149 zur Ansicht, die AKPE sei zur Betriebsorganisationsplanungsausschreibung nicht verpflichtet gewesen. Des weiteren stellt dieses Gutachten auf Seite 151 die alsbaldige Pflicht des Aufsichtsrates fest, die Konsequenzen der Täuschung der Öffentlichkeit und des Aufsichtsrats durch den Vorstand zu prüfen.

Was haben Sie konkret in diese Richtung unternommen? Die Täuschung trifft ja auch auf Parzer zu.

Dr. **Horny:** Ja, konkret, bitte, ist folgendes unternommen worden: Wir haben den Vorstand mit diesem Vorwurf konfrontiert, ihn um eine Stellungnahme ersucht. Diese Stellungnahme hat der Vorstand — also das trifft jetzt Parzer und Schwaiger — abgegeben. Wir haben weiter diese Stellungnahme nun dem Herrn Dr. Frotz wieder geschickt und haben ihn um seine Prüfung in dem Sinne der Stellungnahme ersucht. Und dann ist weiter der endgültige Rechnungshofbericht gekommen, der, glaube ich, diese Vorwürfe nicht in dieser Schärfe enthält. Und nun hat der Aufsichtsrat beschlossen, daß er auf Grund der Stellungnahmen des betroffenen Vorstands, auf Grund des endgültigen Rechnungshofberichtes unter Beiziehung eines Sachverständigen diesen Vorwurf an den Vorstand prüft und, falls der Vorwurf in irgendeiner Weise zu Recht besteht, eben über die Konsequenzen zu befinden hat.

Obmann Dr. **Steger:** Jetzt ist aber die Stellungnahme des Vorstandes schon da. Welche Schlußfolgerung gibt es daraus?

Dr. **Horny:** Die Stellungnahme des Vorstandes ist da, der endgültige Rechnungshofbericht ist auch da, und jetzt wollen wir eine Sachverständigenmeinung zu diesen Überlegungen einholen.

Obmann Dr. **Steger:** Da gibt es aber schon ein bißl einen Termindruck.

Dr. **Horny:** Das glaube ich nicht, weil ich nehme an, daß wir das innerhalb von eineinhalb Monaten haben.

Obmann Dr. **Steger:** Können wir diese Unterlage dann auch noch bekommen?

Dr. **Horny:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Zunächst das, was jetzt die Stellungnahme des Vorstandes betrifft. Die Stellungnahme des Vorstandes ist ja schon da.

Dr. **Horny:** Was soll ich mitteilen? Dann die endgültige ...

Obmann Dr. **Steger:** Die Stellungnahme des Vorstandes, die Sie ja schriftlich eingeholt haben. Die hätten wir gerne.

Dr. **Horny:** Jawohl. Die Stellungnahme des Vorstandes zu Vorwürfen im Frotz-Gutachten.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Jetzt ebenfalls aus diesem Gutachten, Seite 177 und 178, über die Vergabe der Betriebsorganisationsplanung. Ich lese Ihnen da wieder ein Stückerl vor und dann kommt meine Frage. *(Vorhalt der Seiten 177 und 178 aus dem Frotz-Gutachten.)*

Das Ganze ist aus dem August 1980.

Dr. **Horny:** Jawohl. Ich darf noch einmal sagen: Was Sie vorgelesen haben, war sicher der stärkste Anlaß für den Aufsichtsrat, die Prüfung vorzunehmen. Er hat den Vorstand zur Stellungnahme aufgefordert; diese Stellungnahme ist eingegangen. Er hat weiterhin auch Frotz wieder diese Stellungnahme übermittelt zu einer Beurteilung, er hat jetzt, nach-

dem der endgültige Rechnungshofbericht Ende des Jahres ergangen ist, an Hand dieser Dinge die Prüfung an Herrn Dr. Schachter weitergegeben, der auch mit Frotz Verbindung aufnehmen wird, und er wird jetzt — ich nehme an, in den nächsten eineinhalb Monaten — zu einer endgültigen Entscheidung kommen.

Obmann Dr. **Steger:** Aber leider erst nach Abschluß unseres Ausschusses. Ich hoffe, die Lust, da wirklich etwas zu machen, wird deswegen nicht geringer.

Dr. **Horny:** Nein, die wird auf keinen Fall geringer, da es ja sicherlich auch, wenn ich so sagen darf, eine Verpflichtung für den Aufsichtsrat ist.

Obmann Dr. **Steger:** Welche Beamten — und zwar jetzt mit Namen und Titel — unterstützen Sie im wesentlichen im Bereich der Gemeinde Wien im AKPE-Bereich? Und sagen Sie mir da auch gleich noch die Qualifikation und deren Tätigkeiten für diese Aufgabe Errichtung AKH.

Dr. **Horny:** Es ist das zweite Aufsichtsratsmitglied, Herr Senatsrat Dr. Helmut Krendlesberger, der im Rahmen der Finanzverwaltung als Leiter der MA 5 tätig ist. Das ist eigentlich derjenige, der mich im wesentlichen unterstützt. Und was meinen Bereich hier betrifft, so unterstützt mich eben die Abteilung. Ich kann da eigentlich niemand Wesentlichen sagen. An sich hätte ich immer meinen Stellvertreter herangezogen. Seitdem aber mein Stellvertreter im AKH-Ausschuß befaßt ist, ist er natürlich in dieser Sache exkludiert, also ausgenommen.

Obmann Dr. **Steger:** Ich meine jetzt so die laufende Arbeit, die sich im Rahmen der Tätigkeit für die AKPE, der Aufsichtsratstätigkeit in der Beamtenhierarchie ergibt. Da ist jetzt dieser Senatsrat Krendlesberger.

Dr. **Horny:** Krendlesberger. Sonst eigentlich niemand konkret. Ich versuche, die Dinge natürlich selbst zu erledigen.

Obmann Dr. **Steger:** Hat der Dr. Krendlesberger irgendwelche Kenntnisse über Spitalsbau von früheren Projekten?

Dr. **Horny:** Bitte, jetzt frage ich noch einmal, vielleicht habe ich Ihre Frage in der Form mißverstanden: Der Magistrat ist ja irgendwo eine Einheit. Das heißt, es finden da natürlich schon auch Gespräche statt, zum Beispiel mit dem Senatsrat Siebensohn, der Leiter der MA 17 ist und Projektsleiter ist. Also da finden schon Kontakte statt. Ich habe jetzt gemeint, Sie meinen, wer mich innerhalb der Finanzverwaltung unterstützt.

Obmann Dr. **Steger:** Das wollte ich auch. Aber ich bin schon zufrieden.

Der jetzige Stand der AKH-Projektskosten: Wie hoch würden Sie die beziffern?

Dr. **Horny:** Sie meinen nicht der Gesamtkosten, sondern nur der Planungskosten?

Obmann Dr. **Steger:** Ich meine der bisher ausgegebenen Beträge und der gesamt auszugebenden.

Dr. **Horny:** Ich würde sagen, es sind seinerzeit ausgegeben worden bis zum Jahre 1975 nach meiner Erinnerung 2 Milliarden, jetzt sind bis Ende 1980 meiner Erinnerung nach 5 Milliarden Schilling ausgegeben worden. Das heißt bezahlt. Bestellt ist ungefähr — bitte, mich nicht festzunageln — für 12 Milliarden. Nach unseren neuesten Festlegungen, die wir haben, denn die haben wir ja für den Beauftragungsvertrag gebraucht, werden die Kosten, wie wir sie gegeben haben, gehalten werden können. Das heißt, es waren meines Wissens mit 1. 1. 1980 24,2 Milliarden Schilling und mit dem voraussichtlichen Fertigstellungstermin hochgerechnet 36,7 Milliarden Schilling.

Obmann Dr. **Steger:** Ohne Finanzierungskostenberechnung?

Dr. **Horny:** Ohne Finanzierungskostenberechnung. Daß diese Kosten nach den derzeitigen Auskünften des Vorstandes und Erhebungen gehalten werden können.

Obmann Dr. **Steger:** Wann, wie oft und worüber informierten Sie persönlich den Bürgermeister?

Dr. **Horny:** Den Bürgermeister nicht direkt. Ich habe damals mit ihm Kontakt gehabt — ich glaube, das war Ostern 1980 —, als die Sache Winter sehr virulent geworden ist. Es war damals der Stadtrat eine Woche nicht da.

Obmann Dr. **Steger:** Und da war der Kontakt zum Bürgermeister? Sonst war es der Stadtrat Mayr?

Dr. **Horny:** Sonst kontaktiere ich meinen Vorgesetzten Stadtrat Mayr, der auch nach der Geschäftsordnung der Eigentumsvertreter ist.

Obmann Dr. **Steger:** Stadtrat Stacher?

Dr. **Horny:** Habe ich weniger Kontakt, weil der hat ja im Aufsichtsrat den Herrn Senatsrat Siebensohn und hat eigentlich immer einen Vertreter im Aufsichtsrat gehabt. Das war einmal Senatsrat Czermak, dann Wilfling.

Obmann Dr. **Steger:** Gab es schriftliche Berichte von Ihnen an den Stadtrat Mayr?

Dr. **Horny:** Von mir direkt nicht, höchstens im Zusammenhang mit den Aktionärsbesprechungen, weil ich da immer versucht habe, ihn genau zu informieren und ihm meine Meinung

zu diesen Dingen darzulegen, welchen Standpunkt man dort einnehmen soll. Dann sind ihm die Jahresberichte zugegangen, dann die Prüfberichte, dann hat er sich unmittelbar vom Vorstand heraus informiert und dann hatte ich die Jour fix, wo ich ihn auch wesentlich informiert habe, aber im wesentlichen, von meiner Sicht aus gesehen, nicht schriftlich.

Obmann Dr. **Steger:** Wenn Sie jetzt Ihre ganzen Erfahrungen und Wahrnehmungen zusammenfassen: Was war aus Ihrer Sicht der Hauptgrund, daß es kostenmäßig doch — oppositionell gesagt — explodiert ist, als Regierungspartei gesagt teurer geworden ist, als man ursprünglich angenommen hat?

Dr. **Horny:** Ja, das ist also sicherlich sehr schwer zu sagen. Es wird jemand wie ich, der mitten drinsteht, bei jeder Aussage und vielleicht auch mit einer gewissen Berechtigung nicht von einer Subjektivität sprechen können. Ich glaube, daß vielleicht die Kostenexplosion — ich darf mich mit Ihrer Diktion bedienen — dadurch entstanden ist, daß zweifellos die Medizin immer größere Fortschritte macht. Man hat also im wesentlichen heute doch anspruchsvollere Behandlungen. Weiters glaube ich, daß auch die Vorschriften über die Räume und über die Benützung von Räumen durch Arbeitsinspektorate weitgehend eine Verschärfung erfahren haben, was also hier dazukommt.

Drittens glaubte ich eben, daß zweifellos erst das wirklich echte Projekt dann das Erweiterungsprojekt war und der richtige Einstieg in den Bau ernsthaft, wo also mit den Nutzern auch dann ernsthaft geredet werden mußte, vielleicht durch die Gründung der AKPE erfolgt ist. Damals, wie die AKPE in Tätigkeit getreten ist, war fertig die Tiefgarage meiner Erinnerung nach, waren fertig die Psychiatrie-Kinderklinik, die Schwesternwohnhäuser und die Schulgebäude. Dann ist der Flachkörper zu einem Drittel gestanden und irgendwo im Rohentwurf ein Stahlgerüst für einen Bettenkontrakt.

Das heißt, man hat sich also zuerst immer sozusagen mit dem Vorbereitenden — Schwesternschule, Garage und so weiter — befaßt, und die eigentliche Konfrontation mit der Medizin ist, so glaube ich, in diesem Zeitpunkt erst gekommen. Aber das kann natürlich auch falsch sein. So sehe ich es.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Bergmann, bitte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge! Sie haben sich vorhin auch mit der Frage der Firma Prutscher beschäftigen müssen auf Grund von Fragestellungen. Würden Sie einen Beweis vorbringen, daß es sich bei der Firma Prutscher um eine ÖVP-Firma handelt?

Dr. **Horny:** Ich vermag das nicht zu beweisen. Ich habe mich auch dafür nicht interessiert. Ich frage ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, nein, ich frage nur, ob Sie einen ...

Dr. **Horny:** Ich habe mich nie interessiert, ob eine Firma eine ÖVP- oder eine SPÖ-Firma ist. Das war für mich nicht relevant, sondern die Leistungen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es ist nur nicht die Frage, ob es relevant ist. Sie können es trotzdem wissen, weil es Ihnen jemand gesagt hat.

Wir wissen ja von Kollegen, ob sie bei einer Partei sind, und es ist für Sie unter Umständen nicht relevant. Weil man die Dinge halt erfährt.

Sie haben also keinen Hinweis darauf, daß es sich um eine ÖVP-Firma handelt. Haben Sie Hinweise.

Dr. **Horny:** Darf ich nur sagen: Hinweise habe ich nie, sondern ich habe eine Vermutung, daß es ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Na, haben Sie eine Vermutung?

Dr. **Horny:** Ich sage noch einmal: Ich habe als Zeuge nur über Wahrnehmungen auszusagen, und deswegen glaube ich, daß Vermutungen in der Hinsicht nicht relevant sind.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben also auch keine Wahrnehmungen über geschäftliche Verbindungen der ÖVP mit der Firma Prutscher?

Dr. **Horny:** Nein. Habe ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie Wahrnehmungen über die Einflußnahme der ÖVP auf die Geschäftsgebarung der Firma Prutscher?

Dr. **Horny:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie Wahrnehmungen über Parteifinanzierung im Zusammenhang mit der Firma Prutscher?

Dr. **Horny:** Nein. Ich glaube, es gibt überhaupt keine Wahrnehmungen über diese Frage.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Darauf komme ich später.

Haben Sie irgendeine Wahrnehmung, daß die Firma Prutscher oder ein Teil der Firma Prutscher einer Partei gehört oder einer Teilorganisation einer Partei?

Dr. **Horny:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Auch der ÖVP nicht?

Haben Sie im Zusammenhang mit den Gründungsüberlegungen ODELGA, Prutscher, MED-CONSULT irgendeine Wahrnehmung gemacht, daß dabei die Absicht bestanden hat, unseriöse Aufträge zu bekommen?

Dr. **Horny:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie überhaupt eine Wahrnehmung gemacht in der Zeit der Vergabe des ABO-Auftrages, daß die Firma Prutscher als eine unseriöse Firma gegolten hat?

Dr. **Horny:** Zu dem Zeitpunkt habe ich keine Wahrnehmung gemacht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie zu diesem Zeitpunkt die Vorstellung gehabt — es wurde hier zitiert eine Aussage des Dr. Drennig, ich kann Ihnen eine andere zitieren:

„Den zweiten Zweck habe ich bereits erwähnt: Wir erhofften uns von Prutscher ein günstigeres Entree" — heißt es da — „in Bundesländern, wo die ÖVP vielleicht ein besseres Entree hatte, und bei der ODELGA dort, wo die SPÖ ein besseres Entree hatte."

Ist es aus dieser Grundhaltung heraus, die vom Machtl indirekt ja bestätigt worden ist, weil er gesagt hat: Na ja, innerhalb von Wien ODELGA, aber verschrien als Gemeindefirma außerhalb von Wien und daher Prutscher!, möglich, das es hier zu bevorzugten Auftragsvergaben gekommen ist auf Grund solcher Überlegungen?

Dr. **Horny:** Ich habe keine Wahrnehmung gemacht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie zum Zeitpunkt der ABO-Vergabe irgendwelche Einwände gegen die Firma Prutscher im Aufsichtsrat oder in der Beteiligungskommission vorgebracht?

Dr. **Horny:** Nein, mir sind keine Einwände bekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es wurden auch von keiner Seite welche gemacht?

Dr. **Horny:** Mir sind keine in Erinnerung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie Einwände des Kontrollamtes aus dieser Zeit? Kennen Sie solche?

Dr. **Horny:** Aus dieser Zeit kenne ich also keine. Ich weiß jetzt nicht, das kann man aber nachprüfen, wieweit im Kontrollamtsbericht — das war ja der erste Kontrollamtsbericht ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, mir geht es darum, ob Sie sich über einen Hinweis des Kontrollamtes beispielsweise hinweggesetzt haben.

Obmann Dr. **Steger:** Entschuldigen Sie, Herr Zeuge, nur eine Zwischenfrage: Aber heute hat Prutscher Auftragssperre beim AKH, höre ich. Ist das richtig, oder ist uns das falsch gesagt worden.

Dr. **Horny:** Ich darf also vielleicht folgendes sagen — darf ich da weiter ausholen, Herr Vorsitzender!

Obmann Dr. **Steger:** Bitte.

Dr. **Horny:** Es ist einmal ein Antrag gestellt worden auf eine Auftragssperre im Wiener Gemeinderat für Prutscher. Das haben wir dann dem Kontrollamt gegeben, um zu prüfen, ob so eine Auftragssperre gerechtfertigt ist.

Was die AKPE betrifft, haben wir den Auftrag gegeben, alle Geschäfte zu prüfen, in denen Prutscher beteiligt war auf Grund der Pressemeldungen, wieweit hier Seriosität oder Unseriosität gegeben war — bitte, nageln Sie mich nicht an den Begriffen fest —, also wieweit das in Ordnung gegangen ist oder inwieweit nicht. Ich denke hier an einige Sachen, zum Beispiel an die Sanitär-Container, was derzeit in Überprüfung ist, was der Rechtsanwalt Dr. Gatscha prüft. Sein endgültiger Bericht ist noch nicht da. Ich glaube, daß da gewisse Differenzen auftauchen. Ich will von einer Qualifizierung bewußt Abstand nehmen, sondern nur sagen: Divergenzen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es handelt sich aber dabei beispielsweise um keinen Auftrag der MED-CONSULT, sondern direkt an die Firma Prutscher?

Dr. **Horny:** Ja, ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie irgendwelche Einwände des Kontrollausschusses zu der damaligen Zeit gegen die Firma Prutscher gehabt?

Dr. **Horny:** Sind mir keine bekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was ist Ihnen denn bekannt über die große Begleitungstätigkeit des Herrn Prutscher bei den Auslandsreisen des Bundeskanzlers?

Dr. **Horny:** In der Zeitung habe ich es gelesen, sonst ist mir nichts bekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Zu einem anderen Fragenkreis in Ergänzung von Fragen, die Ihnen heute schon gestellt worden sind.

Warum hat der Bürgermeister Gratz entgegen der ursprünglichen Vereinbarung, daß der Vorsitz im Aufsichtsrat halbjährlich gewechselt wird ...

Dr. **Horny:** Jährlich, bitte!

Abg. **Bergmann** (ÖVP): ... oder jährlich, ent-

schuldigen, solange darauf bestanden, daß dieser Wechsel nicht stattfindet, sondern daß der Sektionschef Waiz den Vorsitz im Aufsichtsrat führt?

Dr. **Horny:** Das entzieht sich meiner Kenntnis. Ich weiß nur eines, daß heißt, ich habe die Information dahin gehend bekommen, daß es wegen des Startes, der noch da ist, zweckmäßig erscheint, daß der Herr Sektionschef Waiz, der auch bei der Gründung und beim Start dabei war und man noch in einem Anfangsstadium ist, die Aufgaben weiter erfüllt. So ist es also dazu gekommen, daß Sektionschef Waiz — das Rumpfjahr hat er nicht dazugezählt — im Jahr 1977 weiter als Vorsitzender nominiert worden ist. 1979 war es ja dann ich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist es richtig, daß sozusagen die Idee für die Konstruktion Bund, Wien, Gründung der AKPE etc. ihren Ausgang beim Bürgermeister Gratz hatte?

Dr. **Horny:** Das kann ich nicht sagen, wo es den Ausgang hatte. Ich glaube auch, daß der Herr Stadtrat Mayr diese Idee hatte, eben eine Gesellschaft zu gründen, an der der Bund und Wien beteiligt sind, schon aus dem Grund, weil es sich hier doch um eine Klinik und um Lehre und Forschung handelt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ganz klargestellt ist immer noch nicht, warum es nicht zum Abschluß des Beauftragungsvertrages gekommen ist.

Dr. **Horny:** Ich kann es nur aus der Sicht sehen, wie ich versucht habe, es darzulegen, daß man der Meinung war, seitens der Syndikatspartner durch die Aktionärs- oder erweiterten Aktionärsgespräche die Grundsätze fixiert zu haben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Abgeordnete Steinbauer hat Sie eine lange Liste von Funktionen abgefragt, die Sie im wesentlichen bestätigt haben.

Dr. **Horny:** Ich glaube, alle habe ich bestätigt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Er hat ja präzise gefragt, ob Sie dort noch ... Es war ja kein Vorwurf.

Können Sie mir ein bißl aufgliedern, wie stark Ihr zeitliches Engagement war beispielsweise als Leiter der Magistratsabteilung 4, als Gruppenleiter, als Vorsitzender-Stellvertreter, also jetzt Vorsitzender des AKPE-Aufsichtsrates, wie sich das zeitlich aufteilt?

Dr. **Horny:** Das vermag ich, ehrlich gesagt, nicht zu geben. Es ist sicher auch unterschiedlich und vor allem vielleicht auch deswegen, weil ich ja nicht messen kann an einem 8- oder weiß ich wie -Stunden-Tag, sondern ich binde auch die Freizeit ein. Das ist klar. Ich glaube, das kann auch ein jeder von mir verlangen auf Grund dieser Aufträge, die ich übernehme. Ich habe auch diese Frage erwartet und habe mir auch Gedanken darüber gemacht, ob ich sie beantworten kann. Ich habe also Zeit gehabt zum Überlegen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Darf ich eine Zwischenfrage stellen: Wann haben Sie sich denn mit dem Sektionschef Waiz besprochen vor dieser Einvernahme?

Dr. **Horny:** Überhaupt nicht. Ich habe heute schon mit ihm telefoniert. Das habe ich in der Zeitung gelesen, Herr Abgeordneter, von der Zeiteinteilung. Ich habe mich mit ihm nicht abgesprochen, sondern ich habe es in der Zeitung gelesen, es ist in allen Zeitungen gestanden. Ich habe heute mit ihm telefoniert, und er hat gesagt: Na, ich wünsche dir viel Glück beim Ausschuß. Das ist das einzige, was ich mit ihm „abbesprochen" habe. Das hat er spontan gesagt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es kam also zur Vergabe des ABO-Auftrages im April 1978, und Sie haben sich damals vorher die Unterlagen angesehen. Woher haben Sie denn Ihr Wissen über die Qualifikation der deutschen Teilhaber am ABO-Auftrag?

Dr. **Horny:** Ich darf noch einmal sagen: Meinen Wissensstand habe ich im wesentlichen aus den Informationen des Aufsichtsrates. Für mich war auch entscheidend, daß man doch seitens der Nutzer, wie ich wußte, dieser Gruppe einen gewissen Vorrang eingeräumt hat, dann auch die Kostenseite, die ja geschildert wurde. Es wurde ja geschildert im Aufsichtsrat, daß das der preisgünstigste war. Man hat auch nicht gesagt, daß Suter & Suter schlechter ist, man hat gesagt, das ist preisgünstig.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber daß die ABO nicht Bestbieter war, daß diese Arbeitsgemeinschaft nicht Bestbieter war, das haben Sie schon gewußt?

Dr. **Horny:** Nein, sondern ich habe eigentlich die Auffassung gehabt nach dem Bericht des Vorstandes — das ist auch aus den Unterlagen zu erklären —, daß ABO Bestbieter war. Wobei ich Bestbieter sogar mit Billigstbieter gleichsetze, weil der Bestbieter müßte ja nicht unbedingt der Billigstbieter sein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie damals auch über die eigenartige Anbotseröffnung Bescheid gewußt?

Dr. **Horny:** Nein. Die wurde eigentlich erst durch den Rechnungshof kritisiert. Durch das Kontrollamt meines Wissens nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sind Sie im nachhinein jetzt der Meinung, daß die Begründung, daß es der Best- und Billigstbieter ist, erst entstanden ist auf Grund der Absprachen, die mit dieser Arbeitsgemeinschaft durchgeführt worden sind?

Dr. **Horny:** Also meine Meinung ist in dem Bereich, glaube ich, nicht mehr so wesentlich, sondern ich stütze mich auf den Rechnungshofbericht, der ja für mich, glaube ich, dann die Grundlage meines Handelns im Aufsichtsrat sein muß.

In dem letzten Rechnungshofbericht — es ist ja der jüngste, der letzte Bericht über diese Geschehnisse — hat also der Rechnungshof die Meinung vertreten, daß diese Berechnungsart des Vorstandes nicht richtig gewesen wäre. Es ist dann noch ein Streitpunkt entstanden, glaube ich, über den Abzug, nicht über die 5 Prozent, sondern über die 4 Prozent. Diese 4 Prozent Abzug hat nämlich — soweit ich informiert bin, alles nur über den Vorstand — diese Firma oder diese Firmengruppe der ABO gleich gegeben. Nach den Darstellungen im Rechnungshofbericht, der eigentlich auch — wenn Sie ihn, Herr Abgeordneter, lesen, zumindest habe ich nichts anderes gefunden — mehr oder weniger nicht festlegt, welcher Firma man den Zuschlag geben sollte, ist ein Preisunterschied von — meines Wissens — 6 Millionen 402, und zwar zugunsten der Firma Suter, und 396, glaube ich, Firma Suter.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben sich also hinsichtlich der deutschen Partner nicht eine spezielle Information besorgt, ob die überhaupt imstande sind, den ABO-Auftrag zu erfüllen?

Dr. **Horny:** Nicht in dieser Weise, weil ich mich auf meine Informationen vom Vorstand ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was hat Ihnen denn der Vorstand an Qualifikationsnachweis gegeben?

Dr. **Horny:** Der Vorstand hat erklärt, er hat Gespräche mit diesen Leuten geführt, hat Suter & Suter auch für wesentlich geeignet angesehen, hat aber meines Wissens nach gemeint — was für mich einleuchtend war —, daß es sicher schwer sein wird — ich glaube, das ist vom Ausland her — für diese Firma, dann hier die Betriebsberatung vorzunehmen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich meine jetzt gar nicht die Firma Suter & Suter, das ist außer Streit, sondern den deutschen Teil des ABO-Auftrages, Riethmüller zum Beispiel, DKI.

Dr. **Horny:** Darf ich die Frage noch einmal hören?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich formuliere es anders: Was halten Sie von der Qualifikation des Prof. Riethmüller?

Dr. **Horny:** Diese Frage wurde öfter im Aufsichtsrat diskutiert. Ich habe also jetzt aus den Rechnungshofberichten entnommen, daß Prof. Riethmüller schon seinerzeit, also vor Gründung der AKPE, von der MA 17, glaube ich, also vom Leiter der MA 17 abqualifiziert worden ist. Das war mir nicht bekannt in dieser Form. Er wurde ja vom Aufsichtsrat, vom Vorstand immer wieder vorgeschlagen. Er war bei der ORP-Planung dabei, er war dann, glaube ich, bei der BO-Interim dabei, und man hat mehr oder weniger dann doch wieder, trotz vielleicht auch dort durchgeklungener Ärgernisse mit ihm, gesagt, er sei der profundeste Kenner, und im Zusammenwirken mit diesen anderen Firmengruppen könnte er ersprießliche Arbeit leisten.

In der Schärfe, Herr Abgeordneter, wie ich es aus dem Rechnungshofbericht, den ich gelesen habe, erfahren habe, habe ich das nicht gewußt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sind die Mitglieder der APAK beispielsweise nie bei Ihnen oder im Aufsichtsrat vorstellig geworden?

Dr. **Horny:** Nein. Also von der APAK ist bei mir oder im Aufsichtsrat niemand vorstellig geworden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es ist überhaupt nie eine APAK-Delegation zu Ihnen gekommen, die da eine Beschleunigung im Zusammenhang mit dem BO-Auftrag verlangt hätte?

Dr. **Horny:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn Sie also zumindest andeutungsweise gewußt haben, daß der Riethmüller eine nicht unumstrittene Person im Beratungswesen auf dem Spitalssektor ist: Bei der ODELGA werden Sie ja mehr Einblick gehabt haben, ob der Bewerber ODELGA die Qualifikation hatte, an so einem dicken Auftrag mitzuwirken.

Dr. **Horny:** Haben Sie mich jetzt hinsichtlich Riethmüller oder ODELGA gefragt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe Sie zuerst hinsichtlich Riethmüller und jetzt ODELGA gefragt.

Dr. **Horny:** Also was Riethmüller betrifft, darf ich meine Antwort wiederholen: Ich habe es nie in dieser Schärfe gewußt. Innerhalb des Vorstandes hatte ich den Eindruck, daß der eine oder andere vielleicht nicht höchst zufrieden war, daß sich aber dann beim Vorstand immer die Meinung gebildet hat, er sei doch für die und die Arbeiten, die man ihn jetzt gibt, gut, und er hätte vor allem die größten Kenntnisse.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War Ihnen eine Intervention des Bundeskanzlers zugunsten Riethmüller bekannt?

Dr. **Horny:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Dann zum zweiten Teil der Frage hinsichtlich der Qualifikation der ODELGA für die Bewerbung um den ABO-Auftrag.

Dr. **Horny:** Ich wußte nur, daß die ODELGA einen Beratungsvertrag mit der MA 17 hatte, und nach den Vergaberichtlinien der Stadt Wien, die anzuwenden sind, haben gemeindeeigene Betriebe einen gewissen Vorzug.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sind Ihnen die Bedenken, die der Dr. Machtl gehabt hat, daß die ODELGA nicht imstande sein wird, gleich am Beginn an so einem dicken Ding mitzuwirken, bekannt gewesen?

Dr. **Horny:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben auch andere keine Bedenken gehabt?

Dr. **Horny:** Ich glaube nicht, weil sonst wären sie ja dort ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer hat denn Ihrer Meinung nach in der ODELGA die Qualifikation gehabt, an diesem Beratungsauftrag mitzuwirken?

Dr. **Horny:** Ich kenne die einzelnen Kräfte nicht. Mir war es natürlich schon auch klar, daß die ODELGA sicherlich, ich habe also angenommen, daß sie gewisse Leute hat, sonst könnte sie sich nicht bewerben, aber daß sie sich normalerweise dann — das scheint ja immer bei solchen Dingen zu sein — Leute suchen muß, die sie aus irgendwelchen Bereichen her kennt. Ich habe also nicht angenommen, daß das Gesamtpersonal hier in der ODELGA sitzt, sondern ich habe gedacht, daß sie auf Grund ihrer umfassenden Tätigkeit die und die Personen kennt, die sie eben dann verpflichtet.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Daß unmittelbar nach der Beteiligung der Odelga an diesem Auftrag sich dann doch die Bedenken durchgesetzt haben und es zu dieser Ehe Prutscher — Odelga gekommen ist, eben aus dem Grund, weil ein Mann wie Machtl halt geglaubt hat, daß die Odelga das nicht schafft, ist Ihnen das damals auch so mitgeteilt worden?

Dr. **Horny:** Nein. Das habe ich nicht gehört, ich wußte nur, daß, wie gesagt, eine Firma Med-Consult gegründet wird, und diese Überlegungen, die heute hier schon mehrmals behandelt worden sind. Ich habe damals sicherlich vermeint, sinngemäß gesehen, jetzt beschäftigt man eben diese Tochter, wenn man sie schon gegründet hat. Aber aus dem Titel heraus, daß man sagt, die können das eh nicht, habe ich das nicht gesehen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben auch keine Kenntnis von dem Vertrag zwischen Odelga und der Med-Consult, daß gerade für den BO-Auftrag seitens der Odelga irgendwann einmal Personal herbeigeschafft werden soll, weil die Medconsult keines gehabt hat?

Dr. **Horny:** Nein, Details nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und daß es nachher zu keiner Zurverfügungstellung von Personal gekommen ist?

Dr. **Horny:** Nein, die Details kannte ich nicht. Es hat damals, was ich mich noch sehr genau erinnern kann, der Herr Winter über irgendeine Frage, war sie von mir oder war sie von jemand anderem, daß er die qualitative und quantitative Leistungsfähigkeit, das ist ja ad personam abgestellt, geprüft hat und sie gegeben ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hinsichtlich der Firma Ökodata, die ja damals auch neu auf den Markt getreten ist, sind da dem Aufsichtsrat oder Ihnen Qualifikationsnachweise für den BO-Auftrag vorgelegen?

Dr. **Horny:** Ja, man hat folgendes gesagt: Man hat gesagt, diese ABO besteht aus Odelga, Ökodata, DKI und Riethmüller. Und man hat gesagt, in dieser Kombination sei eben ein optimaler Einsatz gewährleistet.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Also ich präzisiere das noch einmal: Ein eigener Befähigungsnachweis der Ökodata lag nicht vor?

Dr. **Horny:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben auch keine Kenntnis, welches große Spitalsprojekt die Ökodata vorher behandelt hat?

Dr. **Horny:** Nein, man hat nur gesagt, daß die Ökodata Erfahrungen im Spitalswesen dadurch hätte, daß sie, glaube ich, ein Kostenstellensystem da oder dort gemacht hat, ich glaube sogar beim Bund.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Daß das Kostenrechnungssystem von der Ökodata gemacht worden ist.

Dr. **Horny:** Und dadurch mit dem gesamten, denn wenn man eine Kostenstellenrechnung macht, muß man sich letztlich ja ziemlich mit allem befassen, und daß man dadurch eine umfassende Kenntnis hätte, die man dort braucht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat der Dr. Bauer,

den Sie nie so genau unterschieden haben, als was er gerade auftritt, auch diesen Kostenstellenfaktor ...

Dr. **Horny:** Darf ich die Frage präzisieren: Was heißt, ich habe ihn nicht unterschieden?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben gesagt, als Ökodata haben Sie ihn nicht wahrgenommen, sondern immer geglaubt, er ist von der Consultatio.

Dr. **Horny:** Darf ich noch einmal erklären, Herr Abgeordneter. Ich stelle also hier fest, daß ich mit dem Dr. Bauer niemals über einen Auftrag ABO oder Ökodata in irgendeiner Form, wo die Ökodata drinnen war, da und dort je gesprochen habe. Ich glaube, daß ich mit dem Dr. Bauer nach meinem Wissen sicherlich drei oder vier Jahre nicht gesprochen habe. Vielleicht habe ich ihn irgendwo gesehen bei einem Empfang oder bei der „Z", das kann denkbar sein. Ich habe aber nie mit ihm ein dienstliches Gespräch geführt. Also dienstlich meine ich amtlich oder Akte, so irgend etwas.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es stellt sich jetzt nachträglich heraus, daß der Prof. Riethmüller eine umstrittene, auch fachlich umstrittene, Person war, daß die Odelga kein Personal für den Auftrag hatte und daß die Ökodata keinerlei Erfahrung für so einen riesigen Auftrag hatte.

Für uns hier stellt sich immer wieder die Frage: Wieso ist so ungeprüft vom Aufsichtsrat eine Gruppe, der die fachliche Voraussetzung im wesentlichen gefehlt hat, in den Genuß dieses Auftrages gekommen?

Dr. **Horny:** Ich kann nur eines sagen: Wenn man jetzt prüft das Ergebnis des Auftrages und das ist, glaube ich, zu 95 Prozent, und die restlichen 5 Prozent konnten aus Verschulden, die haben jedenfalls die Gesellschaft, die AKPE, zu vertreten, so wird dieses Ergebnis positiv beurteilt. Und was für mich als Aufsichtsratmitglied von Interesse ist: Generaldirektor Kraus, der in keiner Relation steht, weil er war nie Auftraggeber, er hatte damals noch nie mit der AKPE zu tun. Er hat also dieses Ergebnis für richtig und gut befunden. Also scheint mir faktisch, wenn ich es am Ergebnis messe, und hier stütze ich mich auf die Aussagen des Herrn Generaldirektors Kraus, muß ich eigentlich sagen, daß offensichtlich diese Firma die Qualifikation gehabt hat. Wenn ich mich auf dieses Ergebnis stützen kann, und das muß ich. Außer ich sage, der Herr Generaldirektor Kraus kann es nicht beurteilen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge, das ist eine Frage auch der Kosten eines solchen Projekts. Denn auch der berühmte Reinigungsauftrag, der von der Medconsult übernommen worden ist und zur Hälfte an eine andere Firma weitergegeben worden ist, ist unter Umständen durchaus korrekt abgewickelt worden, nur doppelt so teuer, als er sein hätte müssen, wenn diese Auftragsvergabe direkt erfolgt wäre. Und um die Erfüllung der Betriebsorganisationsplanung rankt sich ja nicht nur die Frage nach der qualitativen Leistung, die hinten herausgekommen ist, sondern auch die Frage nach den Kosten, die ja von verschiedenen Seiten als weit überhöht angesehen worden sind.

Dr. **Horny:** Ich verstehe jetzt. Sie meinen die Frage der Qualität.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Qualität getraue ich mir nicht zu beurteilen *(Dr. Horny: Ich bin auch kein Fachmann!)*, aber wenn jetzt ein System sichtbar wird, daß da Aufträge dann in Subaufträge umgewandelt worden sind und weitergegeben, an denen natürlich die ABO mitverdient hat, die Arbeitsgemeinschaft mitverdient hat, dann ist das ein System, das dem Steuerzahler — es handelt sich ja um öffentliche Gelder — halt um ein Eck teurer kommt. Warum dann nicht gleich der Subauftragnehmer die entsprechenden Aufträge auf direktem Weg? Das ist die Frage, die sich auch im nachhinein stellt, ob das sozusagen von der Qualifikation der Firmen her nicht teuer werden hat müssen, weil man soviel in Subaufträge vergeben mußte?

Dr. **Horny:** Darf ich zu der Frage folgendes sagen: Die Durchschnittsmannsätze waren meines Wissen um 5 000 S herum, wenn man also die niedersten und die teuersten im Schnitt nimmt. Ich weiß nur, daß jetzt auch ein Anbot vorliegt Jahre später ... nein, habe ich auch zeitlich sehr wenig verschoben, von dieser Gruppe Betriebsplaner und Organisatoren, das meines Wissens von einem Niedrigsttarif von 4 000 S und von einem Höchsttarif vob 12 000 S ausgeht, und daß man bei der Beurteilung der Istzustandserhebung, ich glaube, das ist Ihnen bekannt, Herr Abgeordneter, weil die Verlegung der Aktionäre neuerlich eine Istzustandserhebung vorzunehmen, die man dann wieder stehengelassen hat. Und da haben Offerte ergeben, daß hier weit höhere Mannsätze da sind.

Wir haben dann ein Gutachten eingeholt, das Ihnen bekannt ist, das manchmal sehr negativ kritisiert wird, das sagt, es kann niemand sagen, daß das nicht preisangemessen ist. Wenn ich also das Gutachten anziehe, das man vielleicht wie alle Gutachten kritisch beleuchten kann oder anderer Meinung sein kann, zur Unterstützung dann noch heranziehe die Mannsätze von diesen Betriebsberatern und allenfalls jetzt von den Deutschen, so glaube ich, daß, sehr vorsichtig ausgedrückt, doch viele Indizien dafür sprechen, daß der Preis nicht überhöht war.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist es Ihrer Meinung nach irrelevant, ob jemand, der einen Auftrag in diesen Größenordnungen erhält, auch die entsprechende Gewerbeberechtigung hat?

Dr. **Horny:** Nein, das ist meines Erachtens nicht irrelevant, denn das ist ja gesetzlich vorgeschrieben. Meines Wissens war die Gewerbeberechtigung gegeben beziehungsweise ist beim DKI dann festgestellt worden seitens der zuständigen Abteilung, daß die keine Gewerbeberechtigung braucht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, es war nur klar, daß sowohl die Odelga wie auch die Ökodata zum Zeitpunkt damals nicht über eine Gewerbeberechtigung ... Das war dem Aufsichtsrat nicht bekannt?

Dr. **Horny:** Nein. Ich muß ehrlich davon ausgehen, daß natürlich jeder weiß ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich frage Sie nur.

Dr. **Horny:** Nein, selbstverständlich, bitte zu entschuldigen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Man hätte auch sagen können, das wird nachgebracht. Wir wissen es zwar, aber wir schauen, daß das saniert wird oder was immer. *(Dr. Horny: Ich kann mich nicht erinnern.)* Ich frage Sie nur.

Bei dem ORP-Auftrag, wo dann Riethmüller und Mediplan dran sind und wo interessanterweise wieder Riethmüller auftaucht, da auch noch im Zusammenhang mit einer Kreisky-Intervention, ist beim Kontrollamtsbericht oder beim Rechnungshofbericht die Rede von einer doppelten Bezahlung, daß also hier um 50 Prozent billiger gearbeitet hätte werden können.

Dr. **Horny:** Ich weiß bitte davon nichts. Ich glaube nicht, daß das in die Zeit der AKPE fällt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das fällt in die Zeit der AKPE.

Dr. **Horny:** Bitte ich weiß es nicht, denn ich glaube, da war ja ein Auftrag aus 1973, und die AKPE ist dann eingestiegen in den Auftrag meines Wissens. Aber den Abschnitt, der auch im Rechnungshofbericht ist, glaube ich, der fällt nicht in die Zeit der AKPE, diese Doppelbezahlung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Kollege Steinbauer hat schon einmal angeschnitten: Gesprächsbasis mit Waiz. Haben Sie das Gefühl gehabt, daß Sie der Sektionschef Waiz regelmäßig so informiert hat, wie er unter Umständen mit den AKPE-Vorstandsmitgliedern Kontakt hatte?

Dr. **Horny:** Ich hatte das Gefühl, daß der Herr Sektionschef Waiz ein äußerst gewissenhafter Beamter und Vorsitzender des Aufsichtsrates ist und sich eben, weil er auch die Tagesordnung vorbereitet und natürlich als Vorsitzender doch einen gewissen Informationsvorsprung haben muß, den er dann auch den Mitgliedern des Aufsichtsrates gibt, sich sehr genau informiert, und ich glaube nicht, daß bewußt oder sonst ... Er war sicherlich bereit zu allen Auskünften.

Es wurde das mehrere Male gesagt, es wurde auch der Ausdruck Minimalinformation gebraucht.

Ich sehe das nicht so.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ihr Brief vom 24. Oktober 1977, der von der Kostenlimitierung spricht und der dann zwei Jahre zur Meinungsbildung beigetragen hat ...

Dr. **Horny:** Nicht zwei Jahre, das war im Juli, ich möchte sagen, eineinhalb bis eindreiviertel Jahre.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Also eindreiviertel Jahre zur Meinungsbildung geführt hat, kann man heute wirklich sagen, daß es eine Kostenlimitierung gibt?

Dr. **Horny:** Ich glaube, ja.

Denn die Kostenlimitierung wurde damals, nachdem auch Untersuchungen des Vorstandes erfolgt sind, mit 20 Milliarden vorgesehen. Diese 20 Milliarden Schilling nach dem Stand 1976 entsprechen meines Wissens jetzt 24,2 und abgerechnet 1987 36,7.

Also ich glaube, daß das eine echte Kostenlimitierung ist. Ich kann nur sagen, ich glaube, weil ja man erst sagen kann, wenn das Objekt abgeschlossen ist, ob sie eingehalten ist, und ich darf sagen, daß ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie den Eindruck, daß der Generaldirektor Kraus das auch so empfindet, daß es eine Kostenlimitierung gibt?

Dr. **Horny:** Ja, ich habe den Eindruck, ja, und zwar sehr konkret, weil ich bereits als Vorsitzender des Aufsichtsrates beim Beauftragungsvertrag dezidiert alle Vorstandsmitglieder einzeln gefragt habe, ob sie auf Grund ihrer Untersuchungen, die sie angestellt haben, der Meinung sind, daß man dieses Limit, sowohl was die Zeit als auch was die Kosten betrifft, einhalten kann, und alle haben es bejaht.

Also muß ich dieser Meinung heute sein. Das war eine dezidierte Frage von mir.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist die Consultatio auch im Bereich der Stadt Mödling während Ihrer Bürgermeisterschaft tätig gewesen? *(Dr. Horny: Nein.)* Der Dr. Bauer auch nicht? *(Dr. Horny: Nein.)* Die ÖKODATA nicht? *(Dr. Horny: Nein.)*

Dr. **Horny:** Nein. Also, ob die irgendwie bei einer Mödlinger Firma tätig waren, weiß ich nicht. Aber im Rahmen der Stadtgemeinde Mödling war die Consultatio, die ÖKODATA und der Dr. Bauer nicht tätig.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie sind zu empfindsam. Ich habe nur den öffentlichen Bereich gemeint.

Dr. **Horny:** Bitte um Entschuldigung, Herr Abgeordneter.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer bezahlt denn das Frotz-Gutachten?

Dr. **Horny:** Die Gesellschaft.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nicht die Mitglieder des Aufsichtsrates?

Dr. **Horny:** Nein, nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und es ist richtig, daß es ...

Dr. **Horny:** Ich glaube, die könnten sich das auf Grund ihrer Entschädigung auch gar nicht leisten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, aber vielleicht auf Grund ihrer sonstigen Einkünfte, wenn es darum geht, daß sie persönlich reingewaschen werden sollen.

Das ist ja ein freundliches Gutachten.

Dr. **Horny:** Darf ich bitte folgendes, Herr Abgeordneter, sagen. Gestatten Sie, daß ich darauf antworte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Natürlich.

Dr. **Horny:** Ich darf also sagen, Frotz ist, glaube ich, in seiner Stellung als Wissenschafter wesentlich darüber erhaben. Ich darf erwidern, daß der Rechnungshof, mir ein Beamter des Rechnungshofes gesagt hat, daß das Frotz-Gutachten irgendwie so maßgeblich ist, daß es in die Skripten des Rechnungshofes aufgenommen wird.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, das glaube ich auch.

Wieweit waren Sie denn informiert, daß die Firma ÖKODATA schon bei der Ausarbeitung der Ausschreibungsunterlagen für den B & O-Auftrag mit eingebunden war?

Dr. **Horny:** Ich kann mich eigentlich daran nicht erinnern, ich weiß aber nicht, ob in irgendeiner ... Wenn, so war ich nur im Zuge einer Aufsichtsratssitzung. Ich kann Ihnen nur eines sagen: Das kann ich nicht absolut beantworten. Ich kann nur eine Antwort geben: Wenn das der Fall war, so war ich nur informiert im Rahmen einer offiziellen Aufsichtsratssitzung, und da müßte es in einem Protokoll stehen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie in Ihrem zuständigen Arbeitsbereich je einen ehemaligen Mitarbeiter der ÖKODATA oder der Consultatio als Werkverträgler, Beamten oder so etwas übernommen?

Dr. **Horny:** Darf ich jetzt fragen. Meinen Sie meinen zuständigen Arbeitsbereich als Beamter? Mir nicht bekannt.

Mir ist keiner bekannt. Das müßte der verschleiert haben ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie Kenntnis davon, daß es um die ABO herum die Erscheinung gibt, daß ein ABO-Subauftragnehmer gleichzeitig auch ein Subauftragnehmer bei der kontrollierenden APAK ist?

Dr. **Horny:** Das habe ich irgendwo gehört. Ist das der Professor Wojda?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Richtig.

Dr. **Horny:** Bitte, davon habe ich Kenntnis erlangt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist das eine Situation, die einen Aufsichtsrat zum Handeln veranlaßt, oder nimmt man das einfach so zur Kenntnis?

Dr. **Horny:** Dazu muß ich folgendes sagen: Ich weiß nicht, in welchem Stadium ich es erfahren habe, auch im Rahmen des Aufsichtsrates. Und, wie gesagt, war ja das auch der Grund, daß wir jetzt bei jeder Firma, die wir beauftragen, prüfen die Verbindungen und wer dahintersteht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Prüfen Sie das im nachhinein auch noch in dem ganzen Bereich AKPE, APAK, Consultatio, ABO?

Dr. **Horny:** Ja, ich muß sagen, der ABO-Auftrag ist ja abgeschlossen. Es wird sicherlich jetzt bei den Neuvergaben der Vorstand den Auftrag dazu geben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sagen Sie, wurden die Mitglieder des Bund-Stadt-Wien-Komitees für die Sitzungen extra honoriert?

Dr. **Horny:** Ist mir nicht bekannt. Ich weiß davon nichts, bitte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn jetzt vom Generaldirektor Kraus die Rede ist, daß man einen Teil der Betriebsorganisationsplanung auch intern machen könnte, wieweit waren Sie denn mit den seinerzeitigen Überlegungen befaßt, das überhaupt im wesentlichen im Bereich der Magistratsabteilungen vorzunehmen?

Dr. **Horny:** Befaßt war ich nur am Rande. Ich weiß, daß lange vor Gründung der AKPE dieser

Wunsch bestand, daß damals auch Überlegungen in der Richtung im Gange waren, daß meines Wissens — bitte, meine Erinnerung ist hier lose, weil ich nicht unmittelbar befaßt war — es nie möglich war, hier das nötige Personal zu finden, und daß wir bei der AKPE in derselben Situation waren — wenn man die Protokolle liest, glaube ich, muß das ja auch durchklingen —, daß es das liebste gewesen wäre, wenn die MA 17 diese Betriebsorganisation gemacht hätte.

Sie war aber — das muß auch, glaube ich, der Leiter der MA 17 bestätigen — außerstande, das entsprechende Personal dazu beizustellen.

Es ist sogar, glaube ich, in der Sitzung vom 25. April 1978 auch wieder irgendwo zum Ausdruck gekommen durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrates, daß wir schreiben sollen, die sollen Personal beistellen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sind Sie jetzt im nachhinein der Meinung, daß man mit dieser totalen Außerhausvergabe vielleicht ein bisserl zu weit gegangen ist?

Dr. **Horny:** Ich darf folgendes sagen: Man hat ja bewußt keine totale Außerhausvergabe gemacht, sondern man hat den Teilauftrag gegeben. Dadurch hat man sich ja die Möglichkeit eröffnet, dann auch anzuschließen mit eigenem Personal.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es hat einen handschriftlichen Vermerk des Dipl.-Ing. Winter gegeben über die Aufteilung dieses B & O-Kuchens, wo dann steht: BO-Vorgangsweise, DKI-ÖKO — gemeint ist die ÖKODATA — ODELGA, MEDIPLAN, und da steht dann die zarte Bemerkung dabei: MEDIPLAN under pressure.

Ist je in Ihrem Bereich massiv für die MEDIPLAN interveniert worden?

Dr. **Horny:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit MEDIPLAN-Leuten nie ...

Dr. **Horny:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Den Herrn Professor Seitz kennen Sie nicht?

Dr. **Horny:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Den Herrn Vietor kennen Sie nicht?

Dr. **Horny:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich darf also ergänzen: Sie kennen auch den Herrn Rumpold nicht?

Dr. **Horny:** Nie persönlich gesehen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Apropos Rumpold. Um auf das zurückzukommen, was der Vorsitzende vorhin gemeint hat, rechtzeitig in den Zeitungen vorgewarnt, noch vor diesem Artikel, der sehr präzis gleich das Konto angibt, dessen man sich bedienen kann, wird im Profil das abgehandelt, wo Sie gesagt haben, ein ehemaliger Mitarbeiter der ÖKODATA. Sie können sich an den Namen nicht erinnern, kann der Slavik *(phonetisch)* geheißen haben?

Dr. **Horny:** Ich glaube, ja. Man müßte im Protokoll nachschauen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich glaube, das war ein Anlaßfall. Wann war das, bitte?

Dr. **Horny:** Das war im Februar 1979.

Ich glaube, das war eben der Anlaßfall, weil auch das die Vorsprache beim Kontrollamtsdirektor war.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nun, Herr Zeuge, war das nicht nur die Nachricht eines ehemaligen ÖKODATA-Mannes, der vielleicht aus Neid oder sonst irgendwo irgend jemanden vernadern geht, sondern der Herr Slavik hat die höchsten Stellen der Stadt Wien und des Bundes in AKH-Sachen davon informiert, daß Zeitungen Recherchen anstellen über das korrupte Verhalten des Dipl.-Ing. Winter. Also er hat nicht vernadert, sondern er hat berichtet.

Dr. **Horny:** Ich sehe das nicht als vernadern ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, wiederum zurück. Sind Sie nicht so empfindlich, man kann es ja unter Umständen als vernadern empfinden. *(Dr. Horny: Ich habe es nie als Vernaderung empfunden.)* Das war eine offensichtlich ernst zu nehmende Information, daß demnächst die Gefahr besteht, unter Anführungszeichen, daß das „profil" den Herrn Winter hochgehen läßt. Und trotz dieser Vorwarnung — das „profil" schreibt dann, wir haben damals schon geglaubt, der Winter platzt in dieser Frage — ist es eigentlich zu nichts gekommen. Und es hat dann noch ein ganzes Jahr gedauert, ehe man griffiger an den Herrn Winter herankam.

War das so leicht für ihn, sich über diese Beschuldigung, Verdächtigung hinwegzusetzen?

Dr. **Horny:** Ich glaube nicht. Ich darf immer wieder auf den Aktenvermerk, gestatten Sie es mir, zurückkommen, wo dieser Tatbestand, den Sie eben hier geschildert haben, Gespräch war und der hat geendet mit der Feststellung des Kontrollamtsdirektors, daß diese Frage untersucht wird, er wird einen Prüfungsauftrag erhalten und untersuchen. Es ist dann ja auch geprüft worden durch das Kontrollamt, und ich

glaube, konkrete Hinweise, die hat weder der Rechnungshof noch das Kontrollamt gefunden, denn ich muß sagen, das Verdienst, das aufgezeigt zu haben, liegt zweifellos bei der Presse. Dankbar muß man eigentlich dafür sein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Zuerst hat es geheißen Skandalisierung und Medienjustiz. Da hat es auch andere Ausdrücke gegeben.

Dr. **Horny:** Aus heutiger Sicht muß ich sagen, ich habe es schon erwähnt, daß der Rechnungshof, der Beamte mir während der Untersuchung gesagt hat auf meine konkrete Frage: Finden Sie irgendwelche Gründe für eine Anzeige eines strafbaren Tatbestandes, gesagt hat, nein. Denn sonst hätte der Rechnungshof ja anzeigen müssen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sagen Sie zum Schluß noch: Wie hoch sind jetzt aus Ihrer Sicht oder wie hoch werden aus Ihrer Sicht die Gesamtbaukosten beim AKH sein?

Dr. **Horny:** Ich kann nur mich stützen auf das, was ich glaube eingangs gesagt habe beim Direktor Kraus. Er hat gesagt, daß die Gesamtbaukosten auf der Basis des 1. 1. 1980 24,6, hochgerechnet, glaube ich, 1987 36,7 sein werden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und die Betriebskosten?

Dr. **Horny:** Die wurden auf der jetzigen Basis mit 3 Milliarden Schilling beziffert gegenüber 2,4 derzeit, und die Aktionäre haben den Auftrag gegeben, eine genaue Betriebskostenermittlung durchzuführen, in der letzten Besprechung, das war, glaube ich, im Dezember 1980. Man ist daran, man hat die Erledigung des ABO-Auftrages abgewartet und wird jetzt sich mit dieser Frage befassen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wann haben Sie denn im Zusammenhang mit dem AKH ihren letzten Kontakt mit dem Bürgermeister Gratz gehabt?

Dr. **Horny:** Ich glaube, vor einigen Wochen. Wie gesagt, heute, möchte ich noch einmal erwähnen, ist nach unserer Geschäftseinteilung in der Stadt Wien der zuständige Eigentumsvertreter der Stadtrat Mayr. Mit dem halte ich immer Kontakt, und der Stadtrat Mayr berichtet dem Bürgermeister.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Würden Sie glauben, daß der Bürgermeister Gratz nicht weiß, wie hoch die Baukosten des AKH sind?

Dr. **Horny:** Das würde ich nicht glauben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Danke, danke.

Dr. **Horny:** Aber Sie haben mich ja gefragt, ob ich das glaube, daß das stimmt, ob es der Kraus glaubt, und ich habe gesagt, ich glaube das, was der Kraus sagt, und man kann natürlich . . .

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Vorsitzender, ich bin fertig.

Obmann Dr. **Steger:** Darf ich fragen, ob sonst noch jemand eine Zusatzfrage hat? — Das ist nicht der Fall. Herr Zeuge, wir sind damit mit Ihrer Einvernahme fertig. Ich danke. *(Obersenatsrat Dr. Horny verläßt den Saal.)*

(Die Sitzung wird auf kurze Zeit unterbrochen.)

Zeugeneinvernahme von Dr. Gustav Rose

Obmann Dr. **Steger:** Herr Dr. Rose! Bitte, wenn Sie vortreten und hier vor den Mikrofonen Platz nehmen. Ich begrüße Sie als Zeuge im Untersuchungsausschuß. Ich darf Sie bitten, dort Platz zu nehmen, und möchte Ihnen gleich am Anfang mitteilen, zu welchem Themenkreis Sie als Zeuge geladen sind.

Dieser Untersuchungsausschuß ist eingesetzt worden zur Untersuchung der Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO beziehungsweise von Subaufträgen und deren Abwicklung, alles im Zusammenhang mit dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses. Zweitens zur Untersuchung der Vorwürfe im Zusammenhang mit angeblichen gesetzwidrigen finanziellen Zuwendungen durch die Firma Siemens beziehungsweise von anderen Firmen, die am Projekt beteiligt sind, und drittens zur Untersuchung der Vorwürfe betreffend angebliche Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen.

Herr Zeuge! Formell sind Sie hier für Ihre Einvernahme im Zeugenstatus, wobei wir nach der Geschäftsordnung des Nationalrates vorzugehen haben. In dieser ist enthalten, daß die Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden ist.

Wie uns mitgeteilt wurde, ist über Sie rechtskräftig Anklage erhoben worden, und zwar wegen Beitrags zum Verbrechen der Untreue, begangen durch Dipl.-Ing. Winter durch Leistung beziehungsweise Genehmigung von Schmiergeldzahlungen an die Firma Plantech und Geproma, a) in der Zeit von 1975 bis Dezember 1978 in Höhe von knapp 8,5 Millionen Schilling, ACT-Anlage Zusatzaufträge hiezu, b) von Juli 1977 bis März 1979 von zirka 3,7 Millionen Schilling, Zusatzaufträge ACT-Anlage Telefon-Nebenstelle, Gebäudeautomationsanlage.

Ich habe deswegen bereits jetzt darauf Bezug genommen, weil Sie als Zeuge wahrheitsgemäß alle Fragen, die an Sie gerichtet werden, zu

beantworten haben. Hier ist im § 153 festgelegt, unter welchen Voraussetzungen Sie ein Entschlagungsrecht bei einer Frage haben. Dort heißt es: Wenn die Ablegung des Zeugnisses oder die Beantwortung einer Frage für den Zeugen oder einen seiner Angehörigen Schande oder die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder einen unmittelbaren und bedeutenden vermögensrechtlichen Nachteil mit sich brächte und er deshalb das Zeugnis verweigert, soll er nur zum Zeugnis verhalten werden, wenn dies wegen der besonderen Bedeutung seiner Aussage unerläßlich ist.

Nach der Meinungsbildung im Untersuchungsausschuß heißt das für Sie: In Fragen, die in einem direkten Zusammenhang mit dem Bereich stehen, wo gegen Sie Anklage erhoben wurde, wird Ihnen zugebilligt, daß Sie sich auf den § 153 berufen können und ein Entschlagungsrecht geltend machen. Sie können das aber nur, indem Sie jeweils bei einer speziellen Frage ausdrücklich sagen, daß Sie dazu keine Angabe machen wollen und sich eben auf ein derartiges Entschlagungsrecht berufen.

In Fragen, bei denen nicht ersichtlich ist, daß ein derartiger Zusammenhang besteht, könnte der Ausschuß, auch wenn Sie eine Entschlagung geltend machen wollten, auf der Beantwortung bestehen, weil er meint, daß diese Frage wichtig ist für andere Klärungen, zum Beispiel Parteienfinanzierung und ähnliches. Ich bitte Sie daher, in diesem Sinne wahrheitsgemäß auszusagen.

Sollten irgendwo über die Aussagepflicht, auch bei einer späteren Frage, die einer der Damen und Herren Abgeordneten an Sie stellt, Zweifel auftauchen, so können Sie jeweils auch die Frage aufwerfen, ob Sie das beantworten müssen oder nicht. Ich bitte nur dort, wo Sie antworten, rasch und sofort wahrheitsgemäß zu antworten, und dort, wo es nicht direkt in bezug mit der Anklageerhebung steht, es sich und uns nicht schwerer zu machen als notwendig. Selbstverständlich wären Sie auch berechtigt zu Fragen hier Angaben zu machen, wo bereits Anklage erhoben wurde, denn es ist ja möglich, daß Sie hier das, was Sie auch bei Gericht sagen werden, sich durchaus schon überlegt haben und allenfalls auch dazu etwas hier bereits sagen wollen.

Am Beginn erbitte ich Ihre Generalien, das ist Vor- und Zuname, Geburtsdatum, Beruf und Anschrift.

Dr. **Rose:** Dr. Gustav Rose. Ich bin kaufmännischer Direktor der ITT Austria, geboren am 13. 1. 1936, Wohnort ist in Wien XIX., Sieveringer Straße 45. Österreichischer Staatsbürger.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Dr. Gradischnik ist der erste. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge! Können Sie mir bitte Ihren beruflichen Werdegang kurz schildern.

Dr. **Rose:** Ich habe nach der Grundschule und dem Gymnasium die Hochschule für Welthandel besucht, habe dort im Jahre 1960 als Doktor der Handelswissenschaften abgeschlossen und bin nachher bei der ITT Austria in den kaufmännischen Bereich eingetreten, bin also seit Dezember 1960 bei ITT Austria tätig.

Ich war in den Jahren bis 1969 in verschiedenen kaufmännischen Abteilungen, habe vor allem das gesamte Planungs-, Finanzplanungswesen, Budgetierungswesen und sonstige für die Unternehmenskontrolle notwendigen Tätigkeiten aufgebaut und dann auch durchgeführt und bin in den Jahren 1970 und 1971 zwei Jahre in der Konzernverwaltung in Brüssel gewesen, wurde hier beurlaubt und habe zwei Jahre dort als Finanzanalyst verbracht und habe verschiedene Unternehmungen der ITT von der Finanzseite her analysiert und finanziell betreut.

Im Jahre 1972 kam ich wieder nach Wien zurück zu ITT Austria und war dort als Stellvertreter des Herrn Direktors Berger, des damaligen Leiters der Finanzabteilung tätig, der im Jahre 1976 gestorben ist. Ich habe dann mit Beginn 1977 die Leitung des kaufmännischen Bereiches oder Finanzbereiches, wie Sie wollen, übernommen. Diese Funktion übe ich seither aus und das ist mein Werdegang.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge, Sie sind aber jetzt vom Dienst suspendiert worden vor wenigen Monaten.

Dr. **Rose:** Ja, das ist richtig.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wann war das?

Dr. **Rose:** Das war im November, ich glaube am 18. November. Um diesen Termin herum sind Herren aus Brüssel gekommen und in meinem Fall mein in Brüssel befindlicher Vorgesetzter, Controller ITT Europa, und hat mir mitgeteilt, daß wir leider bis auf weiteres vom Dienst suspendiert sind.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Was wurde als Grund angegeben?

Dr. **Rose:** Als Grund wurde angegeben, daß hier der Verdacht besteht, daß wir gegen Konzernrichtlinien verstoßen haben, und aus diesem Grunde dürfen wir unsere Tätigkeit nicht mehr fortsetzen. Wir haben darüber keine schriftliche Angabe eigentlich bekommen, und es war nur eine mündliche Mitteilung, auf Grund deren ich dann auch später nach Brüssel gefahren bin, einige Tage später, mit meinem Chef das besprochen habe, wie der Bereich weitergeführt wird. Er hat mir damals zur Verfügung gestellt einen Herrn aus Brüs-

sel, Herrn Dr. Hofbauer, den ich von früher kenne, und hat mir mitgeteilt, daß der Herr Dr. Hofbauer meine Funktion als Acting Controller, das heißt also als durchführender Finanzchef, ab sofort übernehmen wird. Wir haben dann vereinbart, daß ich den Herrn Dr. Hofbauer über die Einführungszeit noch unterstützen werde und daß ich in beratender Funktion nur mehr dem Bereich zur Verfügung stehen werde.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wer wurde noch von ITT Austria suspendiert?

Dr. **Rose:** Es wurde suspendiert der Herr Generaldirektor Heinisch und Herr Direktor Niedermayer *(phonetisch).*

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Und was verdienen Sie jetzt? Wer bezahlt Sie nun?

Dr. **Rose:** Ich verdiene jetzt netto zirka 39 000 S.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Von wem bekommen Sie jetzt das Geld während dieser Zeit, wo Sie suspendiert sind.

Dr. **Rose:** Ich werde von der ITT Austria bezahlt. Mein Dienstverhältnis läuft weiter, und ich kann nur nicht und darf nicht für die Firma tätig sein.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Also die Suspendierung beinhaltet nur, Sie dürfen für die Firma nicht arbeiten, bekommen aber das Gehalt weiter.

Dr. **Rose:** Ja, ganz richtig.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): An und für sich kein schlechter Zustand, möchte ich sagen.

Dr. **Rose:** Eigentlich schon, denn ich bin an und für sich ein sehr intensiver Arbeiter und immer ein sehr intensiv arbeitender Mensch gewesen, und für mich ist das persönlich kein befriedigender Zustand, muß ich sagen. Auch wenn ich, wie Sie sagen, 39 000 S verdiene, aber es befriedigt einen nicht. Wenn man 20 Jahre lang für eine Firma loyal gearbeitet hat und jetzt so ganz einfach auf die Seite geschoben wird bis zur weiteren Klärung, ist das keine befriedigende Lösung.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Kennen Sie die Firmen GEPROMA beziehungsweise PLANTECH?

Dr. **Rose:** Die Firmen kenne ich, ja.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Welche Leistungen haben diese Firmen für ITT erbracht?

Dr. **Rose:** Das kann ich Ihnen nicht sagen, welche Leistungen erbracht wurden, weil ich nicht überprüft habe, welche Leistungen erbracht wurden. Jetzt stellt sich natürlich heraus, daß die Art der Leistung schwer zu überprüfen ist. Aber ich habe seinerzeit, als ich erstmals und dann zunehmend mit diesen beiden Firmen zu tun hatte, nicht überprüft, welche Leistung wir bekommen haben. Es gab Leistungsübereinkommen, Korrespondenzen, wo gewisse Beträge vom Auftragsvolumen für Koordinierungen, Auftragsabwicklungen und so weiter zu bezahlen sind. Aber ich habe nicht überprüft, welche Leistung wir bekommen haben.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wer hat das dann überprüft in der Firma?

Dr. **Rose:** Das kann ich Ihnen nicht sagen. An und für sich ist es so, daß in einer Firma wie unserer, die ja doch eine beträchtliche Größe hat — wir haben schließlich einen Umsatz von 1,7 Milliarden Schilling und fast 3 000 Mitarbeiter —, eine sehr starke Teilung der Verantwortung durchgeführt wurde, sodaß Überprüfungen, was verkaufsorientierte Aktivitäten betrifft, also Honorare, Provisionen, die mit Verkäufen in Verbindung sind, üblicherweise durch den Vertrieb durchgeführt werden.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wie hoch waren die Bezahlungen an PLANTECH oder GEPROMA?

Dr. **Rose:** Darf ich meinen Zettel zu Hilfe nehmen. — Die Bezahlungen an PLANTECH und GEPROMA — ich kann mir das leider nicht merken — betrugen seitens der ITT Austria 4,9 Millionen Schilling, das waren drei Zahlungen, die von uns getätigt wurden, und seitens der SEL, das ist Standard Electric Lorenz, zu Lasten der ITT Austria, wir wurden dann anteilsmäßig belastet, 1 268 000 Schilling, also insgesamt 6,2 Millionen Schilling.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Hat Ihnen Ihr Vorgänger Dr. Berger irgend etwas von den Firmen erzählt?

Dr. **Rose:** Herr Dr. Berger hat mir von diesen Firmen eigentlich nichts erzählt. Die einzige Information, die einzige Verbindung mit ihm war die, daß er mir bereits im Jahr 1973 eine Honorarnote der Firma, ich glaube, PLANTECH war es damals, zur Überweisung übergab mit den geschilderten vertraglichen Unterlagen, und ich habe dann die entsprechende Überweisung durchgeführt. Aber er hat mir keine weiteren Informationen gegeben über die Firma selbst.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wie wurden diese Zahlungen überhaupt kalkuliert, die Höhe, wie hat man das ausgemittelt?

Dr. **Rose:** Das kann ich Ihnen auch nicht sagen, denn die Kalkulation der Zahlungen

haben wir nicht gemacht im Finanzbereich. Die Kalkulation dieser Provisionen oder wie Sie es nennen, wurde praktisch vom Vertriebsbereich durchgeführt. Ich habe nur die fertigen Beträge bekommen und die Überweisung durchgeführt. Ich habe keine Kalkulation vorgenommen.

Es ist an und für sich so, daß es üblich ist in unserem Unternehmen, daß Provisionen, mit dem Verkauf zusammenhängende Honorare und ähnliches in den Vertriebsabteilungen kalkuliert werden. Auch zum Beispiel die gesamte Provisionsverrechnung von unseren Vertretern wird im Vertrieb kalkuliert und uns weitergegeben. Provisionen für Exporte werden vollständig im Vertrieb gemacht, also es gibt nur ganz wenige Provisionen, nämlich jene, die an Konzernunternehmen zu bezahlen sind, die von uns, in meinem Bereich, kalkuliert werden. Die ergeben sich dann aus den Umsatzlisten, die dazu die Basis bilden.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Und wenn der Vertrieb nun eine bestimmte Summe ermittelt, die müssen Sie auszahlen? Oder können Sie das noch überprüfen?

Dr. **Rose:** Theoretisch könnte ich es überprüfen. Aber ich bin ja gar nicht in der Lage ...

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Nur der Höhe nach oder auch dem Grunde nach?

Dr. **Rose:** Ich könnte der Höhe nach überprüfen, ob der Prozentsatz ungefähr stimmt. Das kann ich schon. Dem Grunde nach überprüfen, sicherlich könnte ich es. Es ist aber nur Theorie, denn es ist ja so, daß der Finanzbereich im Jahr zirka 700 Millionen an Leistungen, Einkäufen, Honoraren und ähnliches zu überweisen hat, sodaß eine derartige Überprüfung rein praktisch gar nicht möglich ist. Augenblicklich ist es ja so, daß das Rechnungswesen gar nicht beurteilen kann, ob die in solchen Honorarnoten angegebenen Leistungen tatsächlich in der verrechneten Form gekommen sind oder nicht. Das kann nur jene Stelle überprüfen, die diesen Leistungsempfang auch erhalten hat. Wir sind praktisch gar nicht in der Lage, Leistungen dieser Art und auch anderer Art zu überprüfen. Das ist das Vertrauensprinzip, das man ganz einfach zu anderen Abteilungen, die Bestellungen, Vereinbarungen vornehmen, hat und die Überprüfung dort durchführen läßt. Es ist in unserem Bereich, im Finanzbereich, gar nicht möglich, so was zu tun.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wie stand denn Direktor Dr. Heinisch und Generaldirektor Dr. Mayer zu diesen Überweisungen?

Dr. **Rose:** Es ist so, daß ich, soweit ich mich erinnern kann, nur einmal mit Herrn Generaldirektor Heinisch über eine Überweisung sprach, das war die letzte Überweisung im Jahre 1979, während bei den vorhergehenden Überweisungen ich diese Kontakte mit meinem Chef, Herrn Direktor Berger, hatte, beziehungsweise auf Grund der vorliegenden Unterlagen hier überhaupt keine Notwendigkeit bestand, mit den genannten Herren irgend etwas zu besprechen. Mit Herrn Generaldirektor Mayer — bitte, das war, glaube ich, auch eine Frage — habe ich über diese Überweisungen keine Gespräche geführt, seinerzeit bitte. Erst jetzt habe ich ihn natürlich auch informiert.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Sie wurden von Rechtsanwalt Dr. Böck belehrt, wie Sie sich vor Gericht verhalten sollen. In welcher Form ist denn das geschehen?

Dr. **Rose:** Na ja, ich war ja noch nie vor Gericht. Dadurch war ich bemüht und hatte die Absicht, mich von einem Rechtsanwalt beraten zu lassen, wie so eine Einvernahme vor Gericht vor sich geht. Ich habe daher vor meiner Einvernahme — vielleicht zwei, drei Tage vorher — Herrn Dr. Böck aufgesucht, den wir ausgewählt hatten, unsere Firma zunächst einmal generell zu vertreten und uns Beistand zu leisten und habe mit ihm die mir bekannten Tatsachen besprochen. Er hat mich aufgeklärt, daß ich hier als Zeuge gehe, daß ich die Wahrheit zu sagen habe und sonst nichts.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): In dem Zeugenprotokoll scheint auf, daß gesagt worden sein soll vom Rechtsanwalt, Sie sollen nur sagen, was beweisbar ist. *(Dr. Rose: Nein!)* Das ist nicht richtig?

Dr. **Rose:** Er hat mir gesagt, ich soll die Wahrheit sagen und nicht was beweisbar sei.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Gut. Herr Zeuge! Aus dem Protokoll, das vor Gericht angefertigt wurde, entnehme ich, daß Sie sich ein Büro gesucht haben gemeinsam mit den beiden anderen Herren, die suspendiert wurden. Können Sie uns darüber was erzählen?

Dr. **Rose:** Wir haben das Büro in der Zwischenzeit bezogen. Es befindet sich in der Nähe des Werkes Strebersdorf. Das war günstig zu bekommen, weil im gleichen Haus die Firma ITT Austria Lager gemietet hatte. Es war eigentlich ein Nebenprodukt einer Lagerhalle. Wir haben Ende Jänner diese Büros bezogen und halten uns in diesen Büros jetzt auf.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Wer bezahlt diese Räumlichkeiten?

Dr. **Rose:** Die Räumlichkeiten werden von ITT Austria bezahlt.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Und was machen Sie dort?

Dr. **Rose:** Was ich dort mache? Da kann ich Ihnen einen Tag schildern, den ich dort zubringe. Ich komme um ½ 9 in das Büro, beschäftige mich zur Zeit, sagen wir, zur Hälfte meiner Zeit mit dem Studium der gerichtlichen Unterlagen, die uns vor einigen Woche zugekommen sind, und die andere Zeit beschäftige ich mich mit dem Studium von Zeitschriften, von Büchern, eine Tätigkeit, die ich eigentlich seit 20 Jahren immer tun wollte, mich etwas weiterbilden, und das kann ich jetzt einmal auch tun.

Außerdem bin ich Vorsitzender der Gruppe österreichischer Finanzchefs und habe auch endlich Zeit gehabt, mich dieser Gruppe etwas mehr zu widmen, hatte heute nachmittag eine unserer drei jährlichen Sitzungen zum Gedankenaustausch, und auch in diese Richtung hin habe ich jetzt Möglichkeiten, mich zu betätigen.

Für die Firma selbst in meiner Funktion und generell bin ich momentan nicht tätig.

Ich wollte mich auch bei den Herren beim Ausschuß bedanken für die Terminverschiebung. Ich wäre eigentlich für 14 Uhr vorgesehen und habe ersucht, wegen meiner Finanzchefgruppe das zu verschieben. Danke vielmals.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Und bei den beiden anderen Herren, die ebenfalls in dem Büro arbeiten, ist die Tätigkeit etwa ähnlich?

Dr. **Rose:** Etwa ähnlich.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Für ITT wird nicht mehr gearbeitet?

Dr. **Rose:** Für ITT wird nicht gearbeitet.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Sie können dort das Gebäude auch gar nicht betreten?

Dr. **Rose:** Das ist richtig. Wir haben vor einiger Zeit einmal angefragt, ob wir zumindest das Mittagessen drüben einnehmen könnten, das wurde uns nicht gestattet, es wurde uns auch später mitgeteilt, daß wir das Unternehmen bis auf weiteres — den Termin weiß ich nicht — nicht betreten dürfen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Ich danke.

Obmann Dr. **Steger:** Eine Zusatzfrage: Wer sind die „beiden"?

Dr. **Rose:** Der eine ist Dr. Heinisch und der zweite ist Direktor Niedermayer.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Sie haben bei meinem Kollegen Gradischnik ausgesagt, daß Sie 1973 erinnerlich die erste Rechnung der Firma Plantech von Ihrem Vorgesetzten Dr. Berger bekommen haben. Sie konnten oder es war Ihnen organisatorisch nicht möglich, das zu überprüfen. Von wem in der Firma war nun diese Honorarnote abgezeichnet? Irgend jemand mußte Ihnen gegenüber ja die Richtigkeit dieser Note bestätigen.

Dr. **Rose:** Dr. Berger hat sie mir — wie ich mich erinnere — übergeben; es war ein Schriftverkehr dabei.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Aber innerhalb Ihrer Firma mußte doch jemand bestätigen: Diese Forderung der Firma PLANTECH ist berechtigt, ja oder nein?

Dr. **Rose:** Der Herr Dr. Berger hat mir das übergeben.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Und hat das auf der Note abgezeichnet?

Dr. **Rose:** Das hat er nicht, nein.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Und Sie haben weiters ausgesagt, Sie haben gleichzeitig auch die Vertragsunterlagen bekommen. Von wem waren diese Verträge mit der Firma PLANTECH unterschrieben seitens Ihrer Firma?

Dr. **Rose:** Es war ein Schriftverkehr, der seitens unserer Firma von Herrn Generaldirektor Heinisch und Herrn Zelniczek unterschrieben war.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Das heißt, in Form von Anbot und Annahme oder ein formeller Vertrag?

Dr. **Rose:** Nein, Anbot und Annahme.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Ich danke.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter Bergmann, bitte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber Heinisch war damals noch nicht Generaldirektor.

Dr. **Rose:** Heinisch war damals Leiter des Vertriebs, Marketing-Direktor.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und damit der Zuständige für den Abschluß von Verträgen.

Dr. **Rose:** Für den Abschluß von vertriebsorientierten Aktivitäten zuständig.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sagen Sie, und an diesem Schriftverkehr, den Sie gerade erwähnt haben, können Sie sich an den erinnern?

Dr. **Rose:** Ja, ich kann mich erinnern, wir haben ja den Schriftverkehr als Teil des Beleges auch dem Gericht übergeben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und es ist bei Ihnen nie der Eindruck entstanden, daß das, was hier abgewickelt werden soll, ITT eigentlich auch selber machen kann?

Dr. **Rose:** Den Eindruck hatte ich nicht. Da war ich wahrlich nicht in der Lage, so etwas zu beurteilen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie Dipl.-Ing. Winter gekannt?

Dr. **Rose:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie ihn auch nie getroffen?

Dr. **Rose:** Nie gesehen, nie getroffen, geschäftlich auch nie eine Verbindung gehabt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ihr Verhältnis zu Herrn Zelniczek?

Dr. **Rose:** Na ja, das war eigentlich ein relativ seltenes Verhältnis, wenn ich es so nennen kann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kann man nicht sagen, daß Sie mit ihm persönlich befreundet waren?

Dr. **Rose:** Nein, überhaupt nicht. Herr Zelniczek war ja eigentlich ein Abteilungsleiter des Vertriebs und hat auch rein organisatorisch und in der Verantwortung überhaupt keine Verbindung zu mir gehabt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie irgendwelche Wahrnehmungen gemacht, daß Zelniczek mit dem Dipl.-Ing. Winter enger befreundet war?

Dr. **Rose:** Nein, war mir nichts bekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kennen Sie den Ingenieur Schweitzer von Siemens?

Dr. **Rose:** Nein, kenne ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Auch den Herrn Dipl.-Ing. Mück nicht?

Dr. **Rose:** Nein, kenne ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Philipp und Vogel sagt Ihnen auch nichts?

Dr. **Rose:** Nein, nicht bekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren Sie mit Heinisch besonders befreundet?

Dr. **Rose:** Nein. Ich hatte keine privaten Kontakte mit Heinisch und Niedermayer.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wo liegt denn Ihr Waldgrundstück in Niederösterreich?

Dr. **Rose:** Das liegt in Dimbach bei Grein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das ist fast schon Oberösterreich.

Dr. **Rose:** Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Als man Ihnen mitgeteilt hat, daß Sie suspendiert worden sind, ist da das Code-Wort „ALLWAKI" gekommen? Was ist das?

Dr. **Rose:** Ja, das wurde von meinem Chef erwähnt, und zwar ist das folgendes: Der Herr Dr. Berger — mein Vorgänger — hat im Jahre 1972 ein Konto für Exportprovisionen eröffnet bei der Schoeller-Bank. Dieses Konto wurde von der Firma mit Beträgen dotiert und stand dem Vertrieb für verschiedenste Zahlungen zur Verfügung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt, das waren offizielle Schmiergelder.

Dr. **Rose:** Das kann ich bitte nicht beurteilen, weil ich nicht weiß, für wen diese Beträge verwendet wurden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber an sich ist das ein köstliches Codewort, da fragt man sich doch . . .

Dr. **Rose:** Deshalb, weil, wie ich erfahren habe, gab es den Allwaki, und es wurde dieses Geld am Anfang auch für Zwecke der Exportbezahlung verwendet.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War das einer aus dem Nahen Osten?

Dr. **Rose:** Das war, glaube ich, ein Vertreter in Kuwait oder im Irak, in dieser Gegend. Wir hatten ja sehr hohe Verkäufe in diese Länder, bis dann die Sache Iran kam.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und dieses Konto wurde dann weiter aufrechterhalten, auch in Ihrer Zeit noch?

Dr. **Rose:** Das Konto wurde aufrechterhalten, unter demselben Code-Wort und wurde auch für andere Zwecke verwendet.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nur Provisionen im Auslandsgeschäft oder auch im Inlandsgeschäft?

Dr. **Rose:** Auch im Inlandsgeschäft. Vorwiegend im Inlandsgeschäft.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Würde eine Überweisung an die PLANTECH als ein Inlands- oder Auslandsgeschäft bezeichnen?

Dr. **Rose:** Das ist überhaupt kein Geschäft. Ich hätte es damals als eine Überweisung an eine Planungsfirma bezeichnet, die ihren Sitz im Ausland hat und uns berät.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer hat denn von diesem schönen Konto abrufen können? Nur Sie?

Dr. **Rose:** Welches Konto?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Von dem Allwaki-Konto.

Dr. **Rose:** Nein, ich war nicht berechtigt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer war denn da berechtigt?

Dr. **Rose:** Der Herr Direktor Niedermayer, der seinerzeitige Verkaufsdirektor, war berechtigt, dort abzuheben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und diese 6 oder 4,9 Millionen Schilling, die von ITT-Österreich zur PLANTECH oder GEPROMA gegangen sind, sind die zuerst auf diesem Konto warmgelegt worden?

Dr. **Rose:** Nein, dieses Konto hat mit GEPROMA und PLANTECH nichts zu tun. Das sind andere Zahlungen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie sind sicher, daß Niedermayer nicht von der Stelle auch an GEPROMA und PLANTECH etwas hätte überweisen können?

Dr. **Rose:** Da ist mir bitte nichts bekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was spielt denn der Name „Klub" in diesem Zusammenhang für eine Rolle?

Dr. **Rose:** Der Herr Klub *(phonetisch)* war ein Abteilungsleiter des Vertriebes, der Beträge von diesem Konto zur Auszahlung gebracht hat, aber hat mit PLANTECH und GEPROMA auch nichts zu tun.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber der Herr Klub hat neben dem Herrn Niedermayer auch Zugang zu diesem Konto gehabt?

Dr. **Rose:** Nicht zum Konto direkt, der Herr Klub hat über die von Herrn Niedermayer abgehobenen Beträge, die in der Direktionskassa deponiert wurden, verfügt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Heißt das, daß diese Provisionen zumeist bar ausgehändigt worden sind?

Dr. **Rose:** Ja, bar ausgehändigt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Auslandsüberweisungen?

Dr. **Rose:** Ist mir nichts bekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was sagt Ihnen denn der Begriff „Kaffeehaus"?

Dr. **Rose:** Eine Wiener Einrichtung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nicht als Vergnügungsstätte, sondern im Zusammenhang mit der Tätigkeit Ihrer Firma.

Dr. **Rose:** Sagt mir nichts, an und für sich bin ich kein ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Bitte nach dem bisherigen Stand ist es nur Wien, aber ich will das nicht ...

Dr. **Rose:** Wenn Sie die geschäftlichen Aktivitäten meinen, so kann ich Ihnen sagen, daß ich persönlich nie im Kaffeehaus für die ITT irgendwelche Aktivitäten gesetzt habe.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist Ihnen „Kaffeehausgespräche" nie begegnet als Deckname, Synonym für Preisabsprachen, Unterbietung der Firmen, die sich um einen öffentlichen Auftrag bewerben.

Dr. **Rose:** Nein.

Dr. **Rose:** Zu Preisabsprachen und Offertlegungen, Ausschreibungen, habe ich eigentlich überhaupt keine Verbindung, das fällt überhaupt nicht in meinen Ressort. Daher ist mir das auch nicht bekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es kann auch nicht später entstanden sein im Zusammenhang mit den Postaufträgen, mit dem Telefonauftrag?

Dr. **Rose:** Nein. Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): In welcher Beziehung steht denn heute die Austria mit Träger SEL und Essen?

Dr. **Rose:** Beide Firmen sind Schwesternfirmen im Rahmen des ITT Konzerns. Wir stehen deshalb in sehr engen Beziehungen, weil diese beiden Firmen auch sehr starke Zulieferanten an ITT-Austria sind. Die Firma Träger oder später ITT-Regelungstechnik genannt, ist der Hauptzulieferant für unser Gebäudeautomation- und Regelungsgeschäft.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Firma Träger hat nie an GEPROMA und PLANTECH „bluten" müssen?

Dr. **Rose:** Ja, Träger hat auch gezahlt und die Zahlung, die Träger geleistet hat und mit der wir dann belastet wurden, ist in diesem Betrag enthalten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): In den 4,9 Millionen?

Dr. **Rose:** Nein, in den 6,2 Millionen. 4,9 sind Beträge, die wir direkt bezahlt haben und 1,2 ist SEL und Träger. In diesen 1,3 Millionen sind auch Zahlungen enthalten, zwei Zahlungen, die die Firma ITT-Regelungstechnik damals an GEPROMA oder PLANTECH geleistet hat. Na ja, es dürfte eine Zahlung sein, die aber an uns weiterbelastet wurde, in zwei Teilen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Das waren die Beträge, die immer aus diesen 5 Prozent schwesterlicher Provision abgezogen wurden?

Dr. **Rose:** Nein, bei Träger, bitte. Bei Träger

ist das so, daß wir die Produkte von Träger gekauft haben, mit einem üblichen Wiederverkaufsaufschlag versehen haben und dann weiterverkauft haben. Bei Lorenz wurden die Materialien der ACT-Anlage, der Materialanteil direkt an den Kunden geliefert und aus dieser Direktlieferung hatten wir Anspruch auf eine Gebietsprovision.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Das sind die berühmten 5 Prozent ...

Dr. **Rose:** Ja, das sind die berühmten 5 Prozent.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): ... die im Konzern die Regel sind.

Dr. **Rose:** Die die Regel sind, können aber auch mehr oder weniger sein.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Ach so, aber es ist etwas die Regel ...

Dr. **Rose:** Ja, das ist die Regel, wir haben aber auch schon Provisionen höherer Art gehabt, bei Geschäften mit englischen Firmen des Konzerns.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und von diesem Containerauftrag haben Sie die 5 Prozent bekommen, aber nicht voll ausbezahlt, sondern nur jenen Betrag, der übrig geblieben ist, wenn man die Zahlung an die Vaduzer Firma abzieht.

Dr. **Rose:** Das kann ich Ihnen nicht genau sagen, weil ich bei dieser Vereinbarung, die bereits im Jahre 1972 entstanden ist, eigentlich nicht dabei war. Ich habe nur im Jahre 1978 auf die Abrechnung der uns zustehenden Provision bestanden, und der dafür vorgesehene und eingerechnete Betrag, war zirka eine Million DM. Dieser Betrag wurde uns auch dann entsprechend gutgebracht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wir waren bei Träger SEL, Sie wollten noch die Beziehung ITT-Austria zu Träger-SEL und Essen erläutern.

Dr. **Rose:** Träger und Essen sind, glaube ich, dasselbe, soweit ich mich erinnern kann, war ITT-Essen früher Träger, nannte sich Träger-Essen und ist später umgewandelt worden in ITT-Regelungstechnik, Essen. Ich bin mir nicht ganz sicher, aber ich glaube, ITT-Regelungstechnik ist die Nachfolgefirma von Träger.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wissen Sie, um welche Projekte sich ITT beim AKH beworben hat?

Dr. **Rose:** Das weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und welche Sie gekriegt hat?

Dr. **Rose:** Ich weiß, was wir bekommen haben. Nach den Informationen, die mir zustehen, könnte ich Ihnen diese Projekte nennen. Ich habe mir hier eine Liste gemacht: Das war beim IAKW eine Telefonanlage, das war beim IAKW eine Dolmetscheranlage, beim IAKW die Gebäudeautomation, und beim IAKW die Regelungstechnik. Also, vier Projekte, die ich kenne vom IAKW. Den Betrag habe ich hier auch, bitte das sind allerdings, glaube ich, die Stände von 1978. Es gibt immer wieder Änderungen im Zuge der Abrechnungen. Es sind noch nicht alle Projekte abgerechnet. Es könnte dann mehr werden: Telefonanlage 63,9 Millionen, Dolmetscheranlage 0,9 Millionen, die Gebäudeautomation mit 17,8 und die Regelungstechnik mit 19,7 Millionen.

Bitte, diese Beträge können sich geändert haben. Das ist der Stand von 1978.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber ungefähr, also es werden nicht weniger.

Dr. **Rose:** Ungefähr 102,3 Millionen für IAKW.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Beim AKH?

Dr. **Rose:** Beim AKH war es die Telefonanlage mit 69,1 Millionen, die Gebäudeautomation mit 33,1 und unser Montageanteil bei der ACT-Förderanlage 41,9 Millionen. Das ergibt zusammen 144,1 Millionen. Und das zusammen eine Summe von 246,4 Millionen, allerdings zum Stand und zu Preisen, die sicherlich jetzt überholt sind.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kann man davon ausgehen, daß die 5 Prozent an die PLANTECH oder die GEPROMA in etwa von dieser Summe zu berechnen wären?

Dr. **Rose:** Die 6,2 Millionen?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, sie müssen ja nicht alle Überweisungen kennen, die an PLANTECH und GEPROMA geleistet worden sind. Aber wenn es üblich war, daß man 5 Prozent bezahlt hat, dann wären von dieser Summe die 5 Prozent zu berechnen.

Dr. **Rose:** Nein, die Prozentsätze waren niedriger als 5 Prozent. Die betrugen ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Bei PLANTECH?

Dr. **Rose:** Bei PLANTECH betrugen sie ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren sie unter dem branchenüblichen Durchschnitt?

Dr. **Rose:** Wenn ich gefragt würde, ich würde sagen, es sind übliche Prozentsätze für Unterstützungen und Leistungen. Sie waren bei der ACT-Anlage 1,2 Prozent, und sie waren bei den sonstigen Anlagen zwischen 1 und 3 Prozent nach den Informationen aus den Anbotsschrei-

ben. Der Gesamtprozentsatz, die 6,2 Millionen, dürfte etwas unter 2 Prozent liegen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): ITT hat einen relativ frühen Kontakt zur PLANTECH gehabt. Aus den Schriftverkehren können Sie nicht mehr feststellen, wer wohl den Kontakt zwischen ITT und PLANTECH hergestellt hat.

Dr. **Rose:** Es gibt ja Unterlagen, die ich nicht bei mir habe, aus denen hervorgeht, daß die Kontakte auf das Jahr 1972 zurückgehen. Das Grundsatzübereinkommen über die Unterstützung bei der ACT-Anlage stammt vom November 1972, über die 1 Prozent, die dann auf 1,2 Prozent erhöht wurden. Aber ich glaube, es gibt Schreiben, die vor dem November 1972 liegen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und das ist alles von Zelniczek, Heinisch gezeichnet?

Dr. **Rose:** Das erwähnte Schreiben vom November ist gezeichnet — ich hoffe, ich irre mich nicht, aber soweit ich mich erinnern kann — von Zelniczek und Heinisch.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und Zelniczek war hauptsächlich befaßt mit den Agenden, mit den Aufträgen des AKH?

Dr. **Rose:** Zelniczek dürfte damals zuständig gewesen sein für den Vertrieb Österreich-Ost. Und ich nehme an, daß aus dieser Zuständigkeit heraus die Befassung mit diesen Aufträgen gegeben war.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Innerhalb der Firma hat es nie Überlegungen oder Bedenken gegeben, daß es sich dabei um eine Briefkastenfirma handeln könnte?

Dr. **Rose:** Nein, von meiner Seite nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wem wurden dann die Provisionen bar ausgezahlt?

Dr. **Rose:** Meinen Sie jetzt die Provisionen im Zusammenhang mit ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): PLANTECH und GEPROMA.

Dr. **Rose:** Mir ist nichts bekannt von einer Barauszahlung. Alle hier genannten Beträge wurden auf dem normalen Überweisungswege nach Liechtenstein überwiesen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist es sehr häufig vorgekommen, daß Gelder nach Liechtenstein überwiesen wurden?

Dr. **Rose:** Ich kann mich jetzt nicht erinnern an andere Überweisungen nach Liechtenstein. Abgesehen von unserem Aufsichtsrat ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das hätte einen Wirtschaftsfachmann interessiert, ob man da nicht sofort irgendwelche Alarmklingeln hat, wenn man Gelder nach Liechtenstein überweist.

Dr. **Rose:** Eigentlich nicht. Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sind Sie Mitglied des „Club 45"?

Dr. **Rose:** Nein, bin ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat es bei ITT irgendwann einmal das Bemühen gegeben, über Politikerinterventionen an Aufträge heranzukommen?

Dr. **Rose:** Ist mir nichts bekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist irgendwann im Zusammenhang gerade mit den PLANTECH-Überweisungen et cetera der Verdacht aufgetreten, daß es sich um Parteienfinanzierung handelt?

Dr. **Rose:** Meinerseits nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und im Zusammenhang mit anderen Provisionszahlungen?

Dr. **Rose:** Ist mir nichts bekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat die ITT einmal in der Löwelstraße —SPÖ-Zentrale ist das — umfangreichere Arbeiten durchgeführt?

Dr. **Rose:** Das weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat die ITT an das Marktforschungsinstitut IFES größere Aufträge vergeben?

Dr. **Rose:** Das weiß ich auch nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie sind auch nicht über Sportsubventionen seitens der ITT informiert?

Dr. **Rose:** Es gibt eine Firma Wien-Sport, bitte. Wenn Sie das verstehen, mit der die Firma ITT-Austria Werbeverträge hatte. Auf Grund dieser Werbeverträge wurden Beträge an die Firma Wien-Sport überwiesen. Ich kann Ihnen jetzt die Höhe dieser Beträge nicht sagen, es waren regelmäßige Zahlungen über einige Jahre, die auch auf Grund von Verträgen durchgeführt wurden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist Ihnen da von einer Intervention des Ministers Lanc in diesem Zusammenhang etwas bekannt?

Dr. **Rose:** Nein, ist mir nichts bekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie kennen den Brief des Ministers Lanc auch nicht ...

Dr. **Rose:** Nein, kann mich nicht erinnern.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): ... der an den Generaldirektor geschrieben worden ist?

Dr. **Rose:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber die Verbindung Wien-Sport mit ITT hat sich über einen längeren Zeitraum hingezogen.

Dr. **Rose:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Und wem gehört die Firma Wien-Sport? Wissen Sie das?

Dr. **Rose:** Nein, weiß ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das ist keine Firma oder?

Dr. **Rose:** Es ist ein Verein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ein sozialistischer Sportverein.

Kennen Sie andere Firmen, die mit PLANTECH und GEPROMA in „Geschäftsverbindungen" waren?

Dr. **Rose:** Heute schon.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Damals nicht.

Dr. **Rose:** Aus meinem Studium der Gerichtsunterlagen ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kennen Sie die heutigen nur aus dem Studium der Zeitungen oder haben Sie auch zusätzlich noch Informationen?

Dr. **Rose:** Nein. Habe ich nicht. Aus dem Studium der Zeitungen und der Gerichtsakten, die mir jetzt zur Verfügung stehen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie das Angebot der Kaution für den Herrn Zelniczek mitunterzeichnet?

Dr. **Rose:** Das ist richtig, ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kann das der Anlaß dafür gewesen sein, daß Sie die Unternehmensrichtlinien nicht eingehalten haben?

Dr. **Rose:** Nein, das glaube ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie je überprüft, ob dafür eine Genehmigung aus Brüssel vorhanden war?

Dr. **Rose:** Habe ich nicht überprüft.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben aber deswegen nie Schwierigkeiten gehabt?

Dr. **Rose:** Mir wurde nie etwas gesagt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist es sozusagen Geschäftsgrundlage und Richtlinie, daß bei jemanden, der so wie Sie — ich will das gar nicht bewerten —, der aber immerhin in Schwierigkeiten kommt oder wie der Herr Zelniczek, der in Schwierigkeiten kommt, von der Firma die Kaution erstellt und die Gehälter im vollen Umfange weiterbezahlt?

Dr. **Rose:** Geschäftsüblich kann man nicht sagen, weil so einen Fall gab es eigentlich noch nicht. Ich kenne so einen Fall nicht. Für mich war das erstmals. Und der Herr Generaldirektor Heinisch hat das damit begründet, hat mich ersucht, daß ich unterschreibe, daß er von Brüssel die Zusage hat, daß alles getan werden soll, um den betroffenen Mitarbeitern zu helfen, sie zu unterstützen. Aus diesem Grunde heraus wurde dann diese Unterschrift gegeben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Herr Zelniczek ist in den Genuß eines der, wie Sie sagen, höchsten Darlehen der Firma gekommen, die je vergeben wurden.

Dr. **Rose:** Soweit ich es weiß — ich kann erst ab 1977 darüber sprechen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was weiß?

Dr. **Rose:** Das kann ich nicht sagen. Wir haben nur im Zuge der wirtschaftspolizeilichen Erhebungen ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wann war denn das?

Dr. **Rose:** Ich glaube, 1975, bin aber nicht sicher. Wir haben nur im Zuge der wirtschaftspolizeilichen Erhebungen, die auch im Rechnungswesen stattfand, diesen Beleg über die 100 000 S gefunden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War das ein rückzahlbares Darlehen?

Dr. **Rose:** Das war ein Darlehen über 100 000 S, das ab dem Jahre 1980, ich glaube, in fünf Jahresraten rückzahlbar gestellt war. Aber es gab noch eine Zusatzbedingung, daß im Falle des Ausscheidens, ich glaube, die Rückzahlbarkeit entfällt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): 1980 war dann das Datum für die Pensionierung des Herrn Zelniczek?

Dr. **Rose:** Nein, war es nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat es im Umkreis dieser Darlehensgewährungen einen größeren Auftrag gegeben, den der Herr Zelniczek für ITT erobert hat?

Dr. **Rose:** Das kann ich nicht genau sagen. Die Eingangstermine kenne ich nicht. Es wäre möglich, daß Aufträge aus dieser genannten Liste in diese Zeit fallen. Aber ich kann es nicht identifizieren.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Sie sagen, 1980 sollte die Rückzahlung beginnen. Ist eine Rückzahlung geleistet worden?

Dr. **Rose:** Ist nicht geleistet worden.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Haben Sie die dann

müssen einfordern? Warum ist die unterblieben?

Dr. **Rose:** Die ist unterblieben, weil wir nicht daran gedacht haben.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Nicht so wie bei Wechseln, daß Sie ein Buch haben, wo die Wechsel drinnen stehen ...

Dr. **Rose:** Nein, nein, haben wir nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Herr Zelniczek muß aber doch den engsten Kontakt mit der GEPROMA gehabt haben, denn er hat ja, glaube ich, irgend einmal auch davon geredet, daß hier ein bedeutender Nachlaß gewährt wird. Ist es möglich, daß dieser umfangreiche Nachlaß sich in diesem schönen Darlehen an den Herrn Zelniczek aus Dankbarkeit ausgedrückt hat?

Dr. **Rose:** Das glaube ich nicht, es gab einen Nachlaß im Rahmen der Schlußabrechnung, aber erst im Jahre 1979, während das Darlehen Zelniczek doch ziemlich weit zurückgeht; ich sehe da keine Verbindung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist es üblich in der Firma, daß man Darlehen gibt, deren Rückzahlung eigentlich erst zu einem Zeitpunkt beginnt, wo man aus der Firma ausscheidet und dann entfällt die Rückzahlung? Offiziell, formell beginnt's 1980, aber die entfällt dann, weil man halt ausscheidet. Heißt das, daß das von der Abfertigung abgezogen wird oder ...

Dr. **Rose:** Ich kenne so einen Fall nicht. Das ist der einzige Fall, den ich kenne, da wir während meiner Zeit als Finanzchef Darlehen dieser Art nicht mehr gegeben haben.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Wurde Ihnen das anerkannt als Darlehen im Zuge der Finanzprüfung. Ich kann mir nämlich nicht vorstellen, daß ihm das als Darlehen anerkannt wird.

Dr. **Rose:** Ich bin mir nicht sicher, ob die Finanzprüfung überhaupt auf diese Dinge gestoßen ist. Denn das Unternehmen ist so groß und die Finanzprüfung erstreckt sich nur auf Bewertungsfragen, auf wesentliche Dinge des Unternehmens. Vor allem dort, wo für die Finanz eben die Erträglichkeit hoch ist.

Obmann Dr. **Steger:** Also mit einem Wort, Sie haben es gar nicht gemerkt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Welche Funktion haben Sie denn am Beginn des Jahres 1975 gehabt?

Dr. **Rose:** Da war ich Kontrollor.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie waren nicht in Brüssel, Sie waren in Wien?

Dr. **Rose:** Da war ich schon in Wien, und in dieser Zeit hatte ich folgende Abteilungen bei mir: Das betriebliche Rechnungswesen, also Betriebsabrechnung, Lohnverrechnung und so weiter, das kaufmännische Rechnungswesen mit der Hauptbuchhaltung. Ich glaube, das war alles.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War es eine sehr angespannte Situation für die Firma, das Jahr 1975?

Dr. **Rose:** Da kann ich mich nicht daran erinnern, ob die Situation angespannt war.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Gab es eine besonders harte Konkurrenzsituation, sind die Nachlässe besonders groß gewesen?

Dr. **Rose:** Das kann ich bitte nicht sagen, das ist mir nicht aufgefallen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn auf einem hausinternen Aktenvermerk Ihrer Firma unter dem Begriff „Verteiler" der Buchstabe „M" steht: Wissen Sie, wer das ist?

Dr. **Rose:** Das heißt „Marketing" und ist die Leitung des Vertriebes. Das könnte gewesen sein Herr Heinisch damals beziehungsweise Herr Niedermayer *(phonetisch)* ab dem Jahre 1976.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und der Herr Chlup?

Dr. **Rose:** Der hatte ein anderes Zeichen. Aber ich weiß nicht welches.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): „MBV"? Was kann „MBV" geheißen haben?

Dr. **Rose:** Bitte, das kann ich nicht sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und „MAB"?

Dr. **Rose:** Leider, das weiß ich auch nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das gibt es nämlich aus diesem Jahr 1975. Ich möchte das jetzt auch einmal für die Kollegen sagen, die sich immer wundern, daß wir am „Kaffeehaus" herumreiten. Es gibt also diesen Vermerk. Aus nicht ganz erklärlichen Gründen gibt es keine Kaffeehausgespräche mehr, keine Bereitwilligkeit zu einer Kooperation.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Welche Seite, Herr Kollege.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Seite 18370 ff.

Obmann Dr. **Steger:** Nur eine sehr kurze Runde bei mir, weil ich Sie im Hinblick auf das Strafverfahren nicht sehr viel fragen möchte, weil wir das ja den Akten entnehmen können, Herr Zeuge.

Aber beginnen wir einmal mit etwas Allge-

meinen: Wann haben Sie als Staatsbürger erstmals gehört, daß es im Vergabewesen Österreichs ein System gibt, wo man andere mitverdienen läßt, zum Beispiel mit ihren Privatfirmen, Planungsfirmen, das, was wir heute Bestechung bezeichnen, aber was nicht unbedingt so genannt werden muß, und daß man es sich dadurch in der Auftragssituation wesentlich erleichtern kann?

Wann haben Sie erstmals derartige Informationen, vielleicht aus der Gerüchtebörse, gehabt?

Dr. **Rose:** Solche Informationen habe ich bitte nie gehört.

Obmann Dr. **Steger:** „Nie" kann nicht sein, denn jetzt haben Sie es ja inzwischen schon gehört.

Dr. **Rose:** Ach so, wenn man von heute spricht.

Obmann Dr. **Steger:** Rückschauend.

Dr. **Rose:** Rückschauend: Der erste große Verdacht und Schock für mich war, glaube ich, wenn ich so zurückdenke, April 1980. Das war die Zeit, wo die Firmen PLANTECH, GEPROMA genannt wurden im Zusammenhang mit dem Herrn Winter.

Obmann Dr. **Steger:** Den Bauring-Prozeß haben Sie nicht verfolgt?

Dr. **Rose:** Habe ich verfolgt, aber nicht gewußt, ob damals ...

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben damals nicht gehört, daß es den Verdacht gibt, daß es Auslandsfirmen gibt, über die man etwas bezahlt?

Dr. **Rose:** Der Bauring war für mich immer ein Verlustgeschäft auf Grund von nicht optimaler Planung und Nichterfassung der Risken im Ausland. Das Bauring-Geschäft war doch an und für sich ein Exportgeschäft, das auf Grund eines falschen Managements Verluste von einer Milliarde hervorgebracht hat.

Obmann Dr. **Steger:** Nicht nur! Wenn man damals Zeitungen gelesen hat, weiß man, daß es auch die Behauptung gegeben hat, daß da einige Scheichs sehr viel an Provisionen kassiert haben und daß es vielleicht Rückflüsse gibt. So waren damals im Grundtenor schon sehr viele Zeitungsartikel. Ich frage jetzt wieder — weil Sie sagen, Sie haben vorher noch nie so etwas gehört —, ob Sie das verfolgt haben.

Dr. **Rose:** Habe ich nicht verfolgt. Nein.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Hat es im Inlandsgeschäft Ihrer Firma regelmäßig Provisionen gegeben oder nur aus besonderem Anlaß, wenn sich halt wer angeboten hat und gesagt hat, ich helfe der Firma ITT und möchte da 1,5 Prozent, 1 Prozent, 2,5 Prozent?

Dr. **Rose:** Im Inlandsgeschäft gab es offizielle Provisionsempfänger. Wir haben ja nicht in allen Gebieten Österreichs direkt verkauft, sondern auch über Vermittler.

Es gab also in Österreich Provisionsverträge. Mit einer Firma in Tirol. Die Firma Spielberger *(phonetisch)*, glaube ich, war das, die in Tirol für uns gearbeitet hat. Es gab Provisionsverträge mit einer Firma Schuster — die gibt es heute noch —, die das Waldviertel für uns bearbeitet. Es gab Provisionsverträge mit einer Firma Phono-Electric *(phonetisch)*, die in Wien bestimmte Produkte für uns verkauft hat. Also es gab und gibt Provisionsabkommen auch im Inland.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Auch im Inland?

Dr. **Rose:** Auch im Inland. Ja.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Wie hoch sind da etwa die Provisionssätze?

Dr. **Rose:** Das kann ich Ihnen bitte nicht sagen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Die sind variabel?

Dr. **Rose:** Die sind variabel und werden auch im Rahmen der Vertriebsabteilung abgeschlossen und dann durchgeführt.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Die Provisionsverträge mit diesen Firmen, die da ganze Gebiete für Sie betreuen: Beziehen sich diese Provisionsverträge nur auf die Handelsware der ITT oder auch auf Waren, die nicht normales Handelssortiment sind — ich denke da an Radioapparate und sonstige elektronische Geräte der Massenware —, sondern auch auf so spezialisierte Aufträge von Kunden für Gebäudeautomation und so weiter, wo man jeweils ein Anbot erstellen muß, wo man nicht einfach ins Regal greift und sagt: Artikel Nummer sowieso, der Preis.

Dr. **Rose:** Die Provisionsabkommen beziehen sich sicherlich auf die gesamte Produktepalette, die in diesem geschützten Gebiet verkauft wird.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Also nicht nur die übliche Handelsware, sondern auch Anlagen ...

Dr. **Rose:** Telephonanlagen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): ... die speziell entwikkelt werden müssen für den Bedarf des Interessenten.

Dr. **Rose:** Ja, wäre möglich.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Werden diese Provisio-

nen im Inlandsgeschäft cash gegeben, wenn es der Vertragspartner will, oder werden die alle über die nomalen Überweisungswege durchgeführt?

Dr. **Rose:** Die werden über die normalen Überweisungswege durchgeführt.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Aber wäre es auch denkbar, daß sich ein Geschäftsvermittler für ein bestimmtes Projekt anbietet und sagt: Ich möchte die vereinbarte Provision — es kann ja auch so Einzelprovisionäre geben, die nur in bestimmten Geschäftsfällen auftreten — cash haben. Bekommt er den Provisionsbetrag bar bezahlt?

Dr. **Rose:** Das könnte ich mir vorstellen, daß das möglich wäre.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Als Finanzchef müssen Sie auch gegenüber der Konzernzentrale — jetzt unabhängig von den Organen der österreichischen Gesellschaft — sicherlich ein Budget für die Jahre entwickeln.

Wahrscheinlich haben Sie da das amerikanische Budgetjahr zu verwenden, das von Mitte des Jahres bis Mitte den anderen Jahres geht.

Dr. **Rose:** Nein, wir haben das Kalenderjahr in Österreich, und unsere Planungsaktivitäten beginnen natürlich schon sehr früh mit Fünf-Jahres-Plänen. Wir planen das Unternehmen auf fünf Jahre längerfristig strategisch durch, und diese längerfristigen Pläne werden dann in die jährlichen Budgets verdichtet und verfeinert. Wir machen also jedes Jahr ein Budget, das sämtliche Bereiche im Unternehmen — das sind doch fast 300 Kostenstellen — im Detail erfaßt.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Das heißt, die Marketing-Leute müssen auch der Geschäftsleitung sagen, mit welchen Aufträgen sie in bestimmten Bereichen oder mit welchen Umsätzen sie in bestimmten Bereichen rechnen, sei es der Bereich der privaten Haushalte, sei es der Bereich der öffentlichen Haushalte.

Dr. **Rose:** Ja. Es werden Umsatzbudgets gemacht nach Kontengruppen und nach Produkten. Das sind relativ „feine" Budgets.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und diese Budgets der einzelnen Abteilungen, die dann zusammengefaßt werden, werden nach Kalkulationsrichtlinien erstellt, die die Wiener Geschäftsleitung macht, oder gibt es Konzernrichtlinien?

Dr. **Rose:** Nein, das wird alles bei uns gerechnet. Es gibt Konzernrichtlinien, die das gesamte Rechnungswesen betreffen. Konzernrichtlinien, die sagen, in welcher Form die Herstellungskosten der Fabrik zu rechnen sind.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Also Rohertragsvorgaben zum Beispiel.

Dr. **Rose:** Vorgaben gibt es nicht. Keine detaillierten Vorgaben, sondern die Vorgaben sind gesamt ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber Quoten mit 28 Prozent Rohertrag oder 32 Prozent Rohertrag.

Dr. **Rose:** Nein, das weniger. Im großen und ganzen geht es immer um das Net-Income. Das ist der Gewinn nach Abzug sämtlicher Kosten. Es gibt schon in jedem Konzern — auch bei der ITT —, Vorstellungen, in welcher Richtung die Rentabilität des Unternehmens sich bewegen soll. Da gibt es Vorgaben, die bei der Erstellung der längerfristigen und kurzfristigen Budgets zu beachten und anzustreben sind.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Die dann für die Artikelgruppen verschieden hoch sein können je nach Marktlage.

Dr. **Rose:** Zunächst einmal für das Gesamtunternehmen, aber fallweise werden sie auch nach Artikelgruppen vorgegeben und diskutiert.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Welchen Rahmen gibt es hier für den Provisionsbereich? — Der Provisionsbereich ist ja eine Minderung des Nettoeinkommens der Gesellschaft. Was haben Sie da für Mindest- bis Maximalrahmen etwa?

Dr. **Rose:** Der Provisionsbereich ist an und für sich sehr gering und spielt bei diesen Überlegungen keine sehr wesentliche Rolle. Die Provisionsaufwendungen im Rahmen des Vertriebes sind in den gesamten Vertriebskosten enthalten als Teil der Betriebskosten. Aber es gibt keine Vorgaben über Provisionshöhe, über Provisionsprozentsätze, sondern es gibt eben Richtzahlen für die Vertriebskosten, in denen die Provisionen enthalten sind.

Unser gesamter Provisionsaufwand läßt sich in Prozenten kaum ausdrücken bei 1,7 Milliarden Schilling Umsatz. Es ist also keine wesentliche Position.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Haben Sie mit anderen Sportverbänden auch Werbekontrakte?

Dr. **Rose:** Ja, mir ist noch bekannt ein Abkommen mit dem Sportverein Eggenburg. Wir haben eine Schirmherrschaft übernommen, soweit ich weiß, und der Handballklub Eggenburg führt auch unseren Firmennamen: ITT-Austria Eggenburg.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Weil Sie ein Zweigwerk dort haben.

Dr. **Rose:** Weil wir dort das Zweigwerk haben. Wenn Sie in so einem Entwicklungsgebiet ein Werk haben, dann werden Sie natür-

lich als Schutzherr über Verschiedenes angesehen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Es ist das aber kein Betriebssportverein.

Dr. **Rose:** Nein, das ist ein öffentlicher Sportverein.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Wie hoch ist etwa eine Jahresquote, die Sie dort werbemäßig plaziert haben?

Dr. **Rose:** Ich kann es Ihnen nicht sagen. Ich wußte es, ich habe es aber wieder vergessen. Ich weiß es nicht.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Das Darlehen an den Herrn Ing. Zelniczek: Können Sie sich erinnern, wer so eine Darlehensgewährung genehmigen muß? Ist dazu ein Beschluß des Gesamtvorstandes notwendig, ist dazu auch der Beschluß, die Genehmigung des Aufsichtsrates notwendig, oder kann das ein Abteilungsleiter, ein Vorstandsmitglied allein, wenn diese den Bereich zu betreuen haben, in dem der Darlehensnehmer ist, oder der Generaldirektor allein beschließen?

Dr. **Rose:** Ich weiß nicht, wie diese Genehmigungen bis zum Jahre 1976 vorgenommen wurden.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und nach 1976?

Dr. **Rose:** Nach 1976 ist es so gewesen, daß wir keine Darlehen dieser Art gewährt haben und daß Darlehensgewährungen in der Höhe von 10 000 S bis 20 000 S in Notfällen als Vorschuß auf Urlaubs- oder Weihnachtsgeld gegeben werden. In diesem Fall kommt der Arbeitnehmer in das Lohnbüro, das Lohnbüro schickt ihn zu mir, ich spreche mit ihm über den Notfall, der besteht, und rufe fallweise seinen Vorgesetzten an und unterschreibe dann diese Bevorschussung. Es ist kein Darlehen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Also ein Gehaltsvorschuß.

Dr. **Rose:** Es ist ein Gehaltsvorschuß auf das Urlaubs- oder Weihnachtsgeld.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Verzinsen Sie den?

Dr. **Rose:** Nein. Sie sind relativ kurzfristig und sind echte Notfälle.

Aber wie es vor 1977 war, das kann ich bitte nicht sagen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Man hat den Eindruck, daß dieses Darlehen an den Herrn Ing. Zelniczek in Wahrheit eine Ratifikation war — oder eine Belohnung —, die er aus einem besonderen Rechtstitel aus steuerlichen Gründen erhalten hat. — Das ist der Eindruck, den man aus der Konstruktion gewinnen kann.

Haben Sie sonstige Techniken von Gratifikation und Belohnung außer diesem Darlehenstitel vor 1976 kennengelernt dann in Ihrer Eigenschaft als Finanzchef, und welche der buchhalterischen Techniken haben Sie anwenden müssen, um in Ihrer Zeit Belohnungen an verdiente Mitarbeiter zu geben, damit der Belohnte und auch das Unternehmen steuerlich möglichst günstig wegkommen?

Dr. **Rose:** Ich spreche jetzt ab 1977. Es sind mir keine Belohnungen besonderer Art bekannt, die buchhalterische Vorgänge, besondere buchhalterische Vorgänge, auslösen würden. Es ist schon vorgekommen — auch in meiner Zeit —, daß fallweise an Mitarbeiter für besondere Leistungen Prämien bezahlt wurden.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Unter welchem Titel? Heißt das „Prämie"? Es ist ja die steuerliche Wirkung für das Unternehmen und für die Prämierten von Interesse.

Dr. **Rose:** Die wurden bitte immer voll versteuert. Wenn Sie unter das Sechstel gefallen sind, mit einem reduzierten Betrag, der dann im Zuge des Jahresausgleichs wieder ausgeglichen wurde. Mir ist nicht bekannt — und ich kann mich nicht erinnern —, daß wir irgendwelche Sonderfälle gehabt hätten für Belohnungen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Gibt es für den jeweiligen Generaldirektor Ihrer Firma einen jährlichen Etat, über das er uneingeschränkt verfügen kann?

Dr. **Rose:** Nein. — Was verstehen Sie unter „Etat"?

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Es könnte sein, daß laut Budget für den Generaldirektor — sagen wir — 1,5 Millionen Schilling zur Verfügung stehen; er braucht dazu keinen Vorstandsbeschluß; auch nicht die Genehmigung des Aufsichtsrates; er kann diese 1,5 Millionen Schilling — ich nenne diesen Betrag willkürlich — verwenden im Interesse des Unternehmens; die Konzerndirektion und die Weltkonzerndirektion in den USA billigen je nach Umsatzbringung und Schöpfung oder Wertschöpfung — oder wie immer — einen solchen Etat für den Spitzenmanager der jeweiligen Tochterunternehmen.

Dr. **Rose:** Nein, das kenne ich nicht. Es wird ein Betrag ausgeschüttet an die Gesamtbelegschaft für besondere Leistungen. Der untersteht aber nicht dem Generaldirektor, sondern wird nach Rücksprache mit dem Konzern durchgeführt.

Obmann Dr. **Steger:** Vielleicht wenn man es anders probiert: Gibt es einen Spesenfonds,

über den er verfügen darf und allein zeichnungsberechtigt ist?

Dr. **Rose:** Nein, gibt es nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Überhaupt nicht?

Dr. **Rose:** Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Nicht einmal eine Dienstreise kann er entscheiden, daß er jemanden schickt, ohne daß er jemanden fragen muß?

Dr. **Rose:** Bei der Dienstreise gibt es Reiseanträge, die gestellt werden müssen.

Obmann Dr. **Steger:** Da gibt es gar nichts, wo der Generaldirektor sagen kann: Ich brauche jetzt diesen Mann ganz dringend; der muß mir nach Vorarlberg hin- und zurückfliegen mit der Privatmaschine; der kostet 20 000 S; das unterschreibe ich.

Dr. **Rose:** Ja, selbstverständlich. Da wird ein Reiseantrag ausgestellt. Der wird ganz normal kontiert.

Die Sekretärin des Gneraldirektors veranlaßt die Ausstellung der Flugkarte, die dann mittels Rechnung an uns, an das Unternehmen, verrechnet wird.

Obmann Dr. **Steger:** Aber dann gibt es doch etwas, was der Generaldirektor unterschreiben kann. Solche Dinge kann er dann selbständig machen.

Dr. **Rose:** Unterschreiben kann und muß. Es ist so: Wenn wir von den Reisen sprechen ...

Obmann Dr. **Steger:** Es ist nicht im Rahmen eines Sonderfonds, sondern es wird halt jeweils dort zugebucht, wo es hingehört.

Dr. **Rose:** Ja. Es wird die Kostenstelle des Reisenden belastet. Und der Generaldirektor muß bei Auslandsreisen mitunterschreiben. Bei Inlandsreisen genügt der jeweilige Bereichsleiter.

Obmann Dr. **Steger:** Die Fragestellung war ja umgekehrt: Gibt es irgend etwas, wie zum Beispiel bei derartigen Reisen, wo der Generaldirektor unterschreiben kann und niemand mehr gegenzeichnen muß?

Dr. **Rose:** Nein, das ist mir nicht bekannt. Das gibt es nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Immer nur mit Gegenzeichnung, heißt das. Auch bei einer 50-Schilling-Taxifahrt nach Favoriten muß das jemand gegenzeichnen, wenn der Generaldirektor eine Anordnung gibt? — Spielen wir es so durch.

Dr. **Rose:** Ja. Lassen Sie mich nachdenken: 50 S Taxi. — Ich kenne das nur von meinem Bereich. Wenn in meinem Bereich jemand mit dem Taxi fährt, dann bringt er den Taxibeleg und es gibt ein Formular — das ist eine sogenannte Kassaquittung; die wird dazugehängt — und da wird der Betrag eingetragen laut beiliegendem Taxibeleg und dieser Betrag wird dann von der Kassa ausbezahlt. Sein Vorgesetzter muß bitte mitunterschreiben.

Ich unterschreibe sehr viele derartige Belege meiner Mitarbeiter.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt, Sie unterschreiben für Ihre Mitarbeiter. Wer ist die zweite Unterschrift, die dann drauf ist in so einem Fall?

Dr. **Rose:** Die zweite Unterschrift stammt aus der Kassa.

Obmann Dr. **Steger:** Daß er den Betrag gekriegt hat.

Dr. **Rose:** Nein, der für die Auszahlung Verantwortliche. Das ist bei uns der Herr Teni *(phonetisch)*. Das ist praktisch der für das Kassenwesen Zuständige. Der unterschreibt mit.

Obmann Dr. **Steger:** Nach welchen Richtlinien unterschreibt der?

Dr. **Rose:** Der schaut, ob die Rechnung in Ordnung ist, ob die erste Unterschrift drauf ist, und dann gibt er es weiter frei.

Obmann Dr. **Steger:** Das genügt ja eh. Dann sind wir ja eh dort; dann ist es beim Generaldirektor dasselbe System. Erst die eine Unterschrift, und die zweite ist dann der, der schaut, ob es einen ordentlichen Beleg gibt.

Dr. **Rose:** Für die Ausgaben des Generaldirektors gibt es noch eine Kontrollstelle: Die ist in Brüssel bitte. Die Reisebelege und Taxibelege des Herrn Generaldirektors werden einmal im Monat nach Brüssel geschickt.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Unterschreibt das irgendwer in Brüssel und es kommt zurück?

Dr. **Rose:** Ich schicke es nach Brüssel.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Aber da ist die Rechnung schon saldiert?

Dr. **Rose:** Da ist die Rechnung schon saldiert. Ich bekomme als Finanzmann die Kopien dieser Belege des Herrn Generaldirektors und schicke sie nach Brüssel.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Jetzt kommt der Generaldirektor zu der Überzeugung, daß ein Amtsdirektor außerordentlich tüchtig war und daß er die Ertragsquote des Unternehmens in der Regel auch über eine Steigerung der Umsatzquote durch eine wirklich geniale Finanzpolitik gesteigert hat und sagt: Meinen Finanzdirektor gebe ich jetzt eine Gratifikation von 100 000 S.

Ist es möglich, daß der Generaldirektor seinen Finanzdirektor zu sich ins Zimmer bittet, die Belobigung dort ausspricht und sagt: So, mein lieber Finanzdirektor, es ist mir ein außerordentliches Vergnügen, Ihnen nun hier bar 100 000 S übergeben zu können. — Ist das ein möglicher Vorgang?

Dr. **Rose:** Bitte, der Vorgang ist mir neu. Ich habe so etwas noch nicht bekommen vom Herrn Generaldirektor. Es gibt schon konzerninterne Regelungen über die Bezahlung von Prämien. Ich habe auch Prämien bekommen. Aber diese Prämien werden bitte vom Konzern genehmigt, nicht durch den Herrn Generaldirektor. Er kann dem Konzern eine Prämie vorschlagen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Aber daß Sie mich richtig verstehen: Kriegen Sie dann ein Brieferl, wo drinnsteht: Wir überweisen auf Ihr Gehaltskonto 50 000 S als Prämie für das Jahr 1980!, oder würde Sie da Ihr Chef bitten und Ihnen diesen Betrag cash, weil das imponierender ist, übergeben?

Dr. **Rose:** Nein, so etwas würde nur über das Gehaltskonto laufen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und Sie würden eine briefliche Verständigung bekommen.

Dr. **Rose:** Ein Brieferl: Wir freuen uns, Ihnen mitzuteilen, daß Sie für irgend etwas eine Prämie in dieser Höhe bekommen!, und das wird dann im Zuge der Lohn- und Gehaltsverrechnung zur Versteuerung und zur Überweisung gebracht. Nicht im Barverkehr.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Es wäre denkbar, daß alles versteuert ist und Sie kriegen nur den Nettobetrag bar.

Dr. **Rose:** Es könnte dann auch wenig sein, ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge! Kennen Sie die Firma Techmed?

Dr. **Rose:** Nur aus der Zeitung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): MED-CONSULT?

Dr. **Rose:** Auch nur aus der Zeitung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sagt Ihnen der Name Versloot etwas?

Dr. **Rose:** Von der Zeitung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit der Firma Infrabau zu tun gehabt?

Dr. **Rose:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mediplan?

Dr. **Rose:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Pilgram-Zentrum?

Dr. **Rose:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Tractus?

Dr. **Rose:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sagt Ihnen der Name Sefczik etwas?

Dr. **Rose:** Von der Zeitung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie ein neues Firmengebäude?

Dr. **Rose:** Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wo denn?

Dr. **Rose:** Wir haben ein neues Entwicklungs- und Verwaltungsgebäude gebaut in Strebersdorf in der Scheydgasse. Das ist jetzt bezogen worden in den letzten sechs Wochen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Auf welchem Grundstück steht denn das?

Dr. **Rose:** Auf dem Grundstück der ITT-Austria.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Von wem haben Sie das gekauft?

Dr. **Rose:** Wir haben im Jahre 1969 — oder um diese Zeit herum —, ich glaube, von der Gemeinde Wien, in diesem Industrieaufschließungsgebiet dieses Grundstück erworben und haben dort unser Hauptwerk, die Fabrik, errichtet, die im Jahre 1972 in Betrieb gegangen ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie dafür auch irgendwelche Kreditbegünstigungen oder so etwas seitens der Gemeinde Wien bekommen?

Dr. **Rose:** Für den Erwerb des Grundstückes?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, oder für die Fabrik.

Dr. **Rose:** Für die Fabrik haben wir die für die Finanzierung üblichen Möglichkeiten ausgeschöpft. Wir haben geförderte Investitionskredite in Anspruch genommen und wir haben Kommunalkredite in Anspruch genommen, wie es auf Grund der Möglichkeiten uns zusteht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer war denn Ihr Verhandlungspartner in dieser Frage in der Gemeinde Wien?

Dr. **Rose:** Wir haben das ja nicht direkt gemacht. So weit ich mich erinnern kann, wurden diese geförderten Kredite immer über die Banken verhandelt. Denn die Banken waren ja die Träger dieser Förderungsmaßnahmen. Unsere Hausbank ist die Zentralsparkasse, es ist die Österreichische Investitionskredit-AG

und die Kommunalkredit-AG. Die haben dann für uns die entsprechenden Zinsbegünstigungen beantragt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat es in dem Zusammenhang auch irgendwo die 5-Prozent-Vermittlungsprovisionen gegeben?

Dr. **Rose:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Noch einmal zu dem Thema Wien-Sport. Wissen Sie zufällig, auf welchen Platz der Tabelle Eggenburg steht?

Dr. **Rose:** Eggenburg? Der Handballklub Eggenburg?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Würden Sie ihn als einen bedeutenden österreichischen Handballklub bezeichnen?

Dr. **Rose:** Ja, er ist in der obersten Spielklasse.

Obmann Dr. **Steger:** Bitte den Bezug zum AKH herstellen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, ich will gerade auf Wien-Sport ...

Dr. **Rose:** Wien-Sport weiß ich nicht. Aber Eggenburg ist in der obersten Spielklasse.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich wollte wissen, ob die Sponserung von Eggenburg etwas zu tun hat mit der Wien-Sport-Intervention.

Dr. **Rose:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Zum endgültigen Bezug — damit niemand unruhig wird —: Im Oktober 1974 wurden Vertreter der beim AKH beschäftigten Firmen Siemens, Kapsch, Schrack und ITT-Austria in die Räumlichkeiten des Ministers Lanc gebeten.

Dr. **Rose:** Das ist mir nicht bekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War Ihnen von dieser Zusammenkunft bekannt, daß es sich dabei um das Aufreißen von Firmengeldern für den Wien-Sport gehandelt hat?

Dr. **Rose:** Nein, das ist mir nicht bekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und daß als Ergebnis dieser Sache jeweils 150 000 S im Jahr dann an die Wien-Sport überwiesen wurden, und zwar jeweils von den vier genannten Firmen.

Dr. **Rose:** Das wußte ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und daß das kein Sponsorvertrag war, sondern daß es eine Zahlung dieser vier Firmen an Wien-Sport war. Ist Ihnen das bekannt?

Dr. **Rose:** Von dieser Zusammenkunft weiß ich nichts.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Zumindest kein Werbevertrag.

Noch einmal: Der Brief, der dann als Ergebnis vom Minister Lanc an Ihren Generaldirektor geschrieben worden ist, ist Ihnen zur Durchführung nie zugemittelt worden?

Dr. **Rose:** Ich kann mich nicht erinnern.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber es sind zu Ihrer Zeit noch Gelder auf Grund dieses Interventionsgespräches des Minister Lanc mit den vier AKH-Firmen überwiesen worden.

Dr. **Rose:** Es sind in meiner Zeit Gelder überwiesen worden, aber nicht auf Grund eines Interventionsgespräches — das weiß ich nicht —, sondern auf Grund von Verträgen, die es gibt und die bei uns aufliegen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die sogenannten Verträge sind dann als Ergebnis dieses Interventionsgespräches beim Minister natürlich gewesen.

Dr. **Rose:** Davon weiß ich nichts.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sind diese Verträge heute noch aufrecht?

Dr. **Rose:** Das weiß ich nicht. Das kann ich nicht sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Könnte es sein, daß im Laufe der Zeit die Firma ITT etwa 1 Million Schilling an die Wien-Sport auf Grund dieses Interventionsgespräches überwiesen hat?

Dr. **Rose:** Das kann ich jetzt nicht sagen. Aber der Betrag scheint mir überhöht. Das kann ich mir nicht vorstellen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn es 150 000 S, 200 000 S im Jahr sind, kommt das ja geschwind zusammen.

Dr. **Rose:** Ich weiß es nicht, wieviele es sind. Wir haben die Beträge einmal ausgehoben und dem Gericht übergeben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und Sie glauben, das gibt es jetzt nicht mehr?

Dr. **Rose:** Ich kann es nicht sagen, bitte. Diese Werbeverträge dieser und anderer Art werden ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie kommen Sie denn auf die Idee, daß es sich um einen Werbevertrag handelt? Wo liegt die Gegenleistung?

Dr. **Rose:** Das kann ich Ihnen nicht sagen. Aber soweit ich mich erinnern kann, gibt es Gegenleistungen in Form von Transparenten. Ich habe sogar bei den Belegen Fotos gesehen mit Werbetransparenten für die Austria.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Beim Wien-Sport?

Dr. **Rose:** Nein. Denken Sie jetzt an Wien-Sport?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja.

Dr. **Rose:** Aber ich könnte mir vorstellen, daß es Gegenleistungen gibt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat Ihre Werbeabteilung jemals die Werbewirksamkeit dieser Ausgaben überprüft?

Dr. **Rose:** Das weiß ich nicht. Ich habe mich nicht darum gekümmert.

Obmann Dr. **Steger:** Noch einmal etwas aufgewärmt: Sie haben gesagt, Sie haben einiges aus der Zeitung erfahren, daß es ein Bestechungssystem gibt, daß es aber auch Provisionszahlungen sind, die an PLANTECH gezahlt werden. Das mußte Ihnen schon bewußt sein. Darf ich Ihnen sagen, warum, bevor Sie antworten. Es mußte Ihnen nicht unbedingt bewußt sein, wer dahintersteht, aber daß es Provisionszahlungen gibt, mußte Ihnen aus dem einfachen Grund klar sein, daß Sie nämlich nur die Unterschrift der Verkaufsabteilung daraufgehabt haben und niemals die Unterschrift der Einkaufsabteilung.

Dr. **Rose:** Das ist richtig. Die Unterschrift der Einkaufsabteilung scheint nicht auf. Es gibt aber Vereinbarungen, die nicht unbedingt über den Einkauf gehen müssen.

Obmann Dr. **Steger:** Es geht nur um die Frage: Provision ja oder nein? Das ist an sich noch gar nicht gefragt worden. Das kann eine vollkommen zulässige Provisionszahlung sein.

Dr. **Rose:** Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Und für Sie in der Finanzabteilung auch nicht unbedingt zu prüfen oder gar nicht zu prüfen. Nur aus unseren Unterlagen, die wir bisher haben, und aus all dem, was wir bisher wissen, war an sich klar, daß es eine Provisionszahlung ist. Wir haben auch von anderen Einvernahmen von Ihrer Firma hier, etwa von Herrn Dr. Heinisch, inzwischen gehört, daß bei Überprüfung natürlich klar war, daß es eine Provisionszahlung ist, aber daß nicht unbedingt klar war, an wen das eigentlich geht, ob das jetzt eine zulässige Provision an einen Vermittler ist oder etwas anderes. Würden Sie sich dem anschließen, was ich da festgestellt habe?

Dr. **Rose:** Nicht ganz, weil da müßte man den Begriff Provision einmal klären. Denn es handelt sich um eine Zahlung, der scheinbar Leistungen gegenüberstanden. Ob wir das jetzt Provision nennen oder Honorar, ändert, glaube ich, an der Tatsache nichts, daß es sich für mich um eine Zahlung für vertraglich definierte Leistungen handelt.

Obmann Dr. **Steger:** Sie meinen, Ihnen gegenüber ist sogar gesagt worden, es gibt eine Gegenleistung, und das ist auch draufgestanden auf den Belegen?

Dr. **Rose:** Selbstverständlich, ja.

Obmann Dr. **Steger:** Und es ist von Ihnen nicht überprüft worden, wieso diese Gegenleistung von der Verkaufsabteilung eingekauft wird und nicht von der Einkaufsabteilung?

Dr. **Rose:** Das ist nicht überprüft worden, nein. Das habe ich nicht überprüft.

Obmann Dr. **Steger:** Danke. Ich habe keine weiteren Fragen an Sie. Auf Wiedersehen, Herr Zeuge. *(Dr. Rose verläßt den Saal.)*

Schluß der Sitzung: 19 Uhr 45 Minuten

30. Sitzung: 6. März 1981

Beginn: 9 Uhr 5 Minuten

Zeugeneinvernahme von Carl Sefcsik

Obmann Dr. **Steger:** Herr Sefcsik, Sie sind ungeachtet der Tatsache, daß gegen Sie rechtskräftig eine Anklage erhoben wurde, hier als Zeuge im Untersuchungsausschuß, haben als Zeuge wahrheitsgemäß zu dem Untersuchungsauftrag des Plenums des Nationalrats Angaben zu machen, also alle an Sie gerichteten Fragen zu beantworten.

Der Untersuchungsausschuß hat drei Untersuchungsthemen, wobei vor allem die Fragen 2

und 3 wahrscheinlich bei Ihnen im Mittelpunkt stehen werden. Es ist erstens die Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO beziehungsweise von Subaufträgen und deren Abwicklung, zweitens — dort beginnt ein Hauptpunkt für Sie — Untersuchung der Vorwürfe im Zusammenhang mit angeblichen gesetzwidrigen finanziellen Zuwendungen durch die Firma Siemens beziehungsweise von anderen Firmen, die am Projekt beteiligt sind, und drittens Untersuchung der Vorgänge betreffend angeblicher Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen. All dies im Zusammenhang mit dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien.

Wir haben hier die Geschäftsordnung des Nationalrates anzuwenden, in der enthalten ist, daß die Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden ist. In der Strafprozeßordnung ist unter anderem festgelegt, unter welchen Voraussetzungen Sie sich bei der Ablegung eines Zeugnisses entschlagen können, und es gilt für Sie der § 153 StPO. *(Obmann Dr. Steger verliest hierauf den Gesetzestext.)*

Ich darf Sie im übrigen ersuchen, alle an Sie gerichteten Fragen wahrheitsgemäß und offen zu beantworten.

Zu Beginn ersuche ich Sie um Bekanntgabe Ihrer Generalien.

Sefcsik: Mein Name ist Carl Sefcsik; geboren 30. 5. 1934 in Wien; Beruf: derzeit keiner, weil als Geschäftsführer ausgeschieden, Kaufmann; Klosterneuburg 3400, Gschwendt 31.

Abg. Ing. **Hobl:** Herr Zeuge! Können Sie uns ganz kurz Ihren beruflichen Werdegang schildern.

Sefcsik: Ich bin 1962 als Angestellter in die Firma Knoblich eingetreten und habe dann sukzessive nach dem Ausscheiden des damaligen Prokuristen Hartmann, der zur CA gegangen ist, die Firma ohne Prokura bis etwa, glaube ich, 1967 geführt. Die Firma hat sich äußerst rasch entwickelt, wir sind mit der Firma ungefähr 17mal umgezogen, bis ich den Entschluß gefaßt habe und das dem damaligen Firmeninhaber Knoblich vorgetragen habe, auf den Trabrenngründen ein neues Werk zu errichten, das allen Gegebenheiten einer modernen Fabrikation entspricht. Dieser Bau wurde innerhalb von vier Monaten fertiggestellt; wir sind eingezogen. Wie ich in die Firma kam, haben wir ungefähr 30 Beschäftigte gehabt, wir haben jetzt zirka 300 Beschäftigte.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Die Umsätze oder die Geschäftsentwicklung war eben so, daß Sie dem Inhaber damals vorgeschlagen haben, die neue Betriebsstätte zu machen.

Sefcsik: Ich darf Ihnen da etwas vorlegen, darin haben Sie die Umsatzentwicklung. Das Heft stelle ich Ihnen zur Verfügung, da haben Sie die ganze Entwicklung der Firma Knoblich drinnen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Danke. — Herr Zeuge! Die Produktion der Firma Knoblich war also vor allem auf dem Leuchtensektor.

Sefcsik: Primär, kann man sagen, auf dem Leuchtensektor. Ich habe das dann auch auf andere Produkte ausgeweitet, die aber relativ nebensächlicher waren.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Haben Sie hier auch für den Markt Handelsware erzeugt oder nur für bestimmte Projekte die Leuchtenausstattung nach Wunsch des Kunden vorgenommen?

Sefcsik: Da muß man differenzieren. In Österreich ist es primär so — das ist das Seltsame an dem Ganzen —, daß gerade bei Großprojekten fast nur Sonderfertigungen in Frage kommen — aus welchen Gründen immer, obwohl es solche Kataloge gibt —, was für mich immer unverständlich war. Man mußte sich jedoch den Gegebenheiten anpassen, und ich bin dann eigentlich mehr in die Richtung der Sonderfertigung gegangen, weil ich durch die Kleinheit des Betriebes gar nicht in der Lage war, mit Serienfertigung so billig zu erzeugen, wie es zum Beispiel eine deutsche Firma mit 1 000 oder 2 000 Leuten kann.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Also im Sinne von Handelsware.

Sefcsik: Ich weiß nicht, was Sie als Handelsware verstehen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Die in normalen Einzelhandelsgeschäften angeboten wird.

Sefcsik: Richtig! Den Großhandel haben wir praktisch brachliegen lassen, weil ich der Meinung bin — auch heute noch bin —, daß es in Österreich an und für sich gar keinen funktionellen Großhandel mehr gibt. Der einzige funktionelle Großhandel ist tatsächlich nur die Großindustrie, kann man sagen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Das heißt, Sie haben sich also bei allen Großprojekten — in der Regel der öffentlichen Hand oder öffentlich-rechtlicher Körperschaften oder wenn ich an große Kreditinstitute denke, die ja auch Großbauten machen — anbotsmäßig einmal beteiligt.

Sefcsik: Richtig.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Wieviel Marktanteil hat Knoblich-Licht da ungefähr gehabt, wenn ich diesen Sektor umschreibe?

Sefcsik: Jetzt zuletzt?

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Ja.

Sefcsik: Zirka 33 bis 35 Prozent Marktanteil.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und wer waren Ihre größten Konkurrenten?

Sefcsik: Die Firma Zumtobel in Vorarlberg, die Firma Philips mit Handelsware aus Holland und die Firma Friila.

Dann gibt es daneben — das war in den letzten vier Jahren überhaupt sehr stark zu bemerken — noch die deutsche Konkurrenz Trilux, Siemens, AEG.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und Sie haben nur Innenleuchten erzeugt?

Sefcsik: Wir haben auch Außenleuchten erzeugt. Wir waren das einzige Unternehmen in Österreich, das praktisch auch Außenleuchten erzeugt hat.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): In welchen Bundesländern war Ihr Umsatz besonders bedeutend?

Sefcsik: Besonders bedeutend natürlich in Wien.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Hat es Bundesländer gegeben, wo Sie überhaupt nicht zum Zug gekommen sind?

Sefcsik: Ja, das Bundesland Vorarlberg zum Beispiel, wo die Firma Zumtobel beschäftigt war.

Ich habe seinerzeit dem Herrn Dr. Steger einen Brief geschrieben, in dem ich darauf verwiesen habe, daß ich ziemlich Korrespondenz mit Politikern habe. Das alles liegt hier auf. Ich bin an und für sich verwundert, daß man jetzt Ausschüsse für ÖNORMEN, ÖVE gründet. Es sind von der Industriellenvereinigung, vom Gewerkschaftsbund, von der Kammer, von der Gemeinde Wien, von anderen Gemeinden, von den Landesregierungen Antworten da; ich stelle das gerne zur Verfügung. Die Vorschläge, die ich nämlich damals schon gemacht habe, die werden jetzt großartig herausgespielt.

Ich sage nur ein Beispiel: Es gibt in jedem Bundesland eigene Vergabebedingungen, die ich für das kleine Österreich als Wahnsinn empfunden habe. Durch diese Vergabebedingungen waren sie natürlich nicht in der Lage, direkt, sondern nur über kleine Elektriker anzubieten, der zum Beispiel in dem Ort oder sonstwo dann einen 7prozentigen Vorteil hatte. In Vorarlberg war es ganz krass — ich glaube, es war das Krankenhaus Valduna oder sonst etwas —: Da hat die Elektrofirma EBG mit mir die Leuchten angeboten, Zumtobel hat dann den Auftrag trotzdem erhalten, obwohl die EBG einen Mehrpreis von, glaube ich, 9,75 Prozent bekanntgegeben hat. Das steht alles auch in diesen Akten drinnen, die ich da habe. Also in Vorarlberg bin ich praktisch überhaupt nicht zum Zug gekommen.

Obmann Dr. **Steger:** Von wann war denn der Brief, den Sie mir geschrieben haben?

Sefcsik: Datiert vom 27. Juli 1980.

Obmann Dr. **Steger:** Also nachdem ... bereits eingesetzt wurde.

Sefcsik: Nachdem ich verhaftet wurde. Der Brief ist gegangen an den Vorsitzenden des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, aber gerichtet an den parlamentarischen Untersuchungsausschuß.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Das heißt, Sie waren genötigt, sich ein Anbieternetz in den Bundesländern aufzubauen, damit dort, wie Sie gesagt haben, ein kleiner Elektriker der Anbotsteller ist und Sie im Hintergrund mit Ihrem ganzen Know-how, das man zweifellos für solche Anlagen braucht, um da zum Zug zu kommen. Mußte sich die Konkurrenz aus derselben Situation der gleichen Angebotstechnik bedienen?

Sefcsik: Ja, würde ich ja sagen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und konnte es da nicht passieren, daß Sie und eine Konkurrenz zum selben kleinen Elektriker in einem Bundesland gekommen sind und gesagt haben, geh bitte schön, biete doch an, wir stellen dir alles, was wir wissen, zur Verfügung, wir preisen aus, die manchesmal ja sehr dicken Bände von Angebotsunterlagen?

Sefcsik: Schauen Sie, das, was ich auch hier angegriffen habe in diesem Schreiben, die sind ja schon drei, vier, fünf Jahre alt, das kommt jetzt alles immer wieder zu Sprache.

Da hat man gesagt, man bildet Ausschüsse, ich bekomme Antworten, es ist bis heute überhaupt nichts geschehen. Das muß ich ganz offen und ehrlich sagen. Die Tatsache ist die, es hat sich folgendes in Österreich entwickelt; daß primär Generalunternehmen die Aufträge bekommen und daß der Generalunternehmer die Firmen praktisch zu Anboten einlädt, die ... *(Zwischenbemerkung von Obmann Dr. Steger zur Magnetophonaufnahme des Gesprochenen.)*

Es ist so, daß die Generalunternehmen die Pläne bekommen, die Pläne dann an die einzelnen Firmen senden, die müssen die Projektierungen kostenlos machen. Das heißt, da ist noch ein Zwischenteil dabei bei der Elektroinstallation; Siemens, AEG, Elin usw. bekommen die Unterlagen, schicken sie wieder an die Beleuchtungsfirma wie in meinem Falle weiter, und die Beleuchtungsfirma muß wieder ein Projekt erstellen.

Dann geht der Generalunternehmer in das Projekt hinein mit den Preisen, braucht aber bitte keine Namen von einer Firma hineinschreiben oder von einem Produkt, er kann also wieder tun, was er will, das heißt, wird er Billigstbieter — ich will gar nicht Bestbieter sagen, weil er dann meistens Billigstbieter ist —, wenn er Billigstbieter ist, dann schreibt er als Generalunternehmer das noch einmal auf, und man hat noch einmal anzubieten, das heißt, die ganze Arbeit, die man gemacht hat, ist umsonst. Der Anteil, den wir zum Beispiel allein bei fünf Großindustrien haben — sprich Siemens, Elin, EBG, BBC und AEG — macht 60 Prozent fast des Umsatzes aus.

Und von diesen Konzernbetrieben wird man natürlich ununterbrochen sowohl preislich als auch, was die Arbeit betrifft, unter Druck gesetzt.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Wie haben Sie als der Geschäftsführer des Unternehmens Knoblich-Licht die Bedingungen vergleichsweise gefunden zwischen den neun Bundesländern und dem Bund? Also wo würden Sie sagen aus Ihrer Geschäftsführererfahrung bei Knoblich-Licht, daß es noch am fairsten war? Oder waren die alle gleich unfair in der Ausschreibungs ...?

Sefcsik: Wenn Sie mich fragen, fair ist es nirgends zugegangen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und gibt es besonders krasse Fälle, wo Sie sagen, daß ...?

Sefcsik: Der krasseste Fall für mich war — ich müßte Sie jetzt anlügen —, ich glaube, das war der Schattenbergtunnel in Vorarlberg. Das nur als eines der Beispiele. *(Zwischenruf.)* Schattenburg. Danke, es ist schon so lange her, daß ich es nicht mehr genau weiß.

Der Schattenburgtunnel ist eine Ausschreibung der Bundesgebäudeverwaltung gewesen. In dem einzelnen Bundesland hat aber das Landesbauamt zu entscheiden. Die Bundesgebäudeverwaltung — und da muß ich auch das Land Niederösterreich nennen, es ist eines der wenigen, muß ich sagen, wo bei der Ausschreibung dabeisteht Type, Name, Fabrikat, das heißt, der Anbietende muß das tatsächlich liefern, was er anbietet.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Also auch, wenn er Generalunternehmer ist?

Sefcsik: Auch wenn er Generalunternehmer ist. Das ist beim Bund zum Beispiel nicht der Fall, was ich für schlecht empfinde. Das heißt, der Generalunternehmer kann ja nach der Projektierung, die er in immens langer Arbeit gemacht hat, noch einmal hergehen, noch einmal eine Ausschreibung machen und den billigsten wieder nehmen. Das heißt, es kommt noch lange nicht der zum Zug, der die Arbeit gehabt hat.

Bei dem Schattenburgtunnel hat sich dann folgendes abgespielt, daß die Landesregierung in die Ausschreibung des Bundes hineingeschrieben hat, es werden nur in Vorarlberg ansässige Firmen berücksichtigt. Damit war eindeutig klar, daß das für mich die Firma Zumtobel war. Ich habe damals eine Beschwerde an das Ministerium geschrieben. Und der Handelsminister — was ich mich erinnern kann — hat den Landeshauptmann von Vorarlberg angewiesen, solche diskriminierenden Ausschreibungen zu unterlassen. Das ist aber dann noch drei- oder viermal weiter passiert.

Ich habe dann beim Stadtrat Mayr vorgesprochen und habe gesagt, ich habe praktisch in Wien als Wiener Firma überhaupt keine Vorteile, weil das eine Kannklausel nur ist in Wien, und dann hat er, weil es ums Prinzip geht, gesagt, er wird auf die Reziprozitätsklausel hinweisen. Dann hat es einen Artikel in der Zeitung gegeben. Das heißt, daß jene Betriebe der Bundesländer in Wien genauso behandelt werden wie der Wiener Betrieb in den Bundesländern, was ich ja auch für ein wahnsinniges Prinzip empfinde, weil man sollte doch in dem kleinen Österreich aufhören, die Betriebe gegenseitig zu ...

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Und Ihre Interventionen, das ist ja zum Teil schon in der Öffentlichkeit bekanntgeworden, haben sich gegenüber der Bundesregierung offenbar abgespielt, gegenüber einzelnen Landesregierungen?

Sefcsik: Es gibt niemanden, bei dem sich meine Interventionen nicht abgespielt haben. Ich muß leider sagen, ich war einer der rührigsten in der Richtung, ich kann Ihnen Schreiben von der Industriellenvereinigung zur Verfügung stellen, vom Gewerkschaftsbund, von der Kammer, alles steht drinnen, genau das, was man heute eigentlich spricht. ÖNORM, ÖVE. Ich sage nur ÖVE zum Beispiel. Da gibt es einen Ausschuß, der tagt, glaube ich, seit 18 Jahren.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Wer hat diesen Ausschuß?

Sefcsik: Ich glaube, der geht über das Handelsministerium, ich bin darüber nicht so informiert.

Dieser ÖVE-Ausschuß — es kommen dann Durchführungsbestimmungen heraus, zum Beispiel für die Post, daß man einen Entstörkondensator drinnen haben muß usw. In Deutschland gibt es ein Arbeitssicherheitsgesetz. Ich bin mit meiner Firma in Deutschland

nach einem Jahr gescheitert. Ich habe in Wuppertal eine Firma aufgemacht, ich habe geglaubt, wir können dort auch exportieren. Das, was wir diskriminieren unter Umständen nennen könnten, wenn deutsche Firmen herliefern, das machen die Deutschen nämlich schon lange.

Das spielt sich so ab. In Deutschland gibt es — ich glaube, in Offenbach — eine Firma, eine Privatfirma, die prüft und erteilt das sogenannte VDE-Zeichen. Die Firma hat 400 Beschäftigte.

In Österreich gibt es, glaube ich, nur das TGM und von den Wiener Stadtwerken eine Prüfstelle, die hat je zwei Beschäftigte. In Deutschland, auf Grund des Arbeitssicherheitsgesetzes, darf kein Elektriker — weil wir gerade bei Leuchten sind, aber es betrifft eigentlich alle Produkte —, darf kein ausführender Monteur etwas montieren, wo nicht das VDE-Zeichen drauf ist. In Österreich kann jeder einzelne ...

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Also Installationszubehör zum Beispiel.

Sefcsik: Ja, zum Beispiel eine Leuchte. Es muß jeder einzelne Teil geprüft werden. In Österreich ist zwar das ÖVE-Zeichen da, aber es ist nicht so gesetzlich verankert. Auch das habe ich geschrieben, ich habe damals sogar Statistik bitte über Einfuhr, Ausfuhr, Leuchten, Deutschland, Österreich beigelegt, das wurde auch höflichst beantwortet, aber geschehen ist auch nichts.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Waren Sie persönlich in irgendeinem der Ausschüsse einer Fachorganisation der gewerblichen Wirtschaft auf diesem Gebiet tätig?

Sefcsik: Nein. Ich wurde erst im Vorjahr empfohlen. Im Fachverband hat man Besprechungen gehabt, aber es hat sich genauso abgespielt ...

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Waren Sie in Fachverbandsgremien?

Sefcsik: Im Fachverband waren wir drinnen als Firma natürlich.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Ja, aber hat es da einen Ausschuß in dem Fachverband gegeben, der sich zum Beispiel mit Sicherheitsrichtlinien, aber auch mit Vergaberichtlinien beschäftigt hat?

Sefcsik: Auch darüber gibt es von mir so ein Paket Korrespondenz, wo ich den Fachverband ersucht habe, endlich vorzugehen gegen diese Diskriminierung an österreichischen Firmen in Österreich gegenüber ausländischen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Waren Ihre Konkurrenten auch natürlich Mitglieder dieses Fachverbandes?

Sefcsik: Richtig, die haben sich dem angeschlossen gehabt.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Wer hindert dann eigentlich, daß die Mitglieder, die den Fachverband bilden, da wirklich zu einem Ergebnis kommen? Wer hat sie da gehindert?

Sefcsik: Herr Abgeordneter Hobl, ich muß Ihnen etwas dazusagen, ich bin Sturm gelaufen vor eineinhalb Jahren bei einem Gewerkschaftsheim da unten in Velden, glaube ich, das ist das neue, wo Trilux-Leuchten hineingekommen sind, ohne ÖVE-Zeichen. Ich bin Sturm gelaufen bei der Sozialbau, weil dort Trilux-Leuchten dauernd verwendet wurden.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Meine Frage zielt eher darauf ab: Wenn Sie im Fachverband die Interessen in der Richtung der Kennzeichnung vertreten haben und Ihre Mitbewerber, die natürlich auch Fachverbandsmitglieder sind, gesagt haben, wir sind der gleichen Meinung wie Sefcsik, warum hat sich dann der Fachverband nicht durchgesetzt? Das ist das, was ich nicht verstehe?

Sefcsik: Wollen Sie eine offene Antwort von mir haben? Ich bin der Meinung, daß diese Ausschüsse, die gegründet werden, vollkommen nutzlos sind, aus dem ganz einfachen Grund, weil man dort Leute hinsetzt, die von der Praxisnähe überhaupt keine Ahnung haben a) und b) ausgediente ältere Leute sind, gegen die man ja nichts sagen kann um Gottes willen, aber die froh sind, daß sie einen Job nach der Pensionierung haben. So in etwa kommt mir das vor. Aber geschehen tut überhaupt nichts. Ich glaube, der ÖVE-Ausschuß tagt seit 20 Jahren und hat sieben Durchführungsbestimmungen beschlossen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Ihre Firma hat sich auch bei der Ausschreibung der sogenannten Klima-Leuchten, und da gibt es Klima-Adluf-Leuchten — ich bin da kein Spezialist — nur was ich so ...

Sefcsik: Ja, im Allgemeinen Krankenhaus.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): ... im Allgemeinen Krankenhaus beworben. Wer waren da — wissen Sie alle Ihre Mitbewerber? Beim AKH?

Sefcsik: Ja, ich gebe Ihnen gleich die klare Antwort. Es konnte keine Mitbewerber geben, weil die Leuchten genauso wie — was ich vorher gesagt habe — meines Erachtens ein Wahnsinn — in der Elektroinstallation drinnen waren, und das so geschickt gemacht war, daß man gesagt hat, da gibt es einen Installationspunkt, der besteht aus der Leuchte, dem Schal-

ter, dem Draht und dem und dem. Also Sie konnten die Leuchte ja gar nicht herausschälen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Also das Separatanbot Leuchte — also Ausschreibung war nicht —, sondern Elektroinstallation?

Sefcsik: Bereits im siebziger Jahr sind die ganzen Elektroinstallationsfirmen auf die Beleuchtungsfirmen zugekommen und haben gesagt, daß ihr mir ja dort nicht intervenieren gehts. Daraufhin haben die Firmen Philips, Zumtobel und Knoblich eine ARGE-Licht-AKH gegründet, das liegt ja auf, die Verträge habe ich auch hier. Man hat dann gewartet, was passiert ... daß Siemens dann letztlich den Auftrag bekommen hat und sich diese Firmen jetzt, also die ARGE-Licht-AKH, sprich Zumtobel, Knoblich und Philips, bei Siemens beworben haben um diesen Auftrag.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Es waren aber die Siemenskonkurrenten, soweit ich das aus dem Akt sehe, für diese ganzen elektrischen Sachen, BBC und Elin, glaube ich, als die Hauptkonkurrenten, die in einer Dreierreihung eine gewisse Rolle gespielt haben.

Sind Sie da vorher von BBC und Elin, also von den Siemenskonkurrenten, für die Elektroinstallation als Subunternehmer gebeten worden, also anbotstellend zu wirken hinsichtlich der Leuchten?

Sefcsik: Wir haben hinsichtlich der Leuchten an alle anbietenden Firmen Offerte gestellt, die gleichlautend waren.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und wie war die Reaktion dieser drei, wenn ich nur die drei großen da nehme, also BBC, Elin und Siemens? Die haben gesagt, dank Ihnen schön, Sie werden von uns hören!?

Sefcsik: Richtig.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und von wem haben Sie dann gehört?

Sefcsik: Ja wir haben dann nur von den Norm-Leuchten gehört, von den Klima-Leuchten, die den Hauptanteil eigentlich ausmachen, haben wir überhaupt nichts mehr gehört. Es hat dann, glaube ich, im Herbst einen diskriminierenden Artikel in der „Kronen Zeitung" gegeben, wo es geheißen hat, ich hätte den Bundeskanzler betrogen. Ich habe mir erlaubt, über Dr. Lacina dem Bundeskanzler meine Antwort zubringen zu lassen, die ich auch schriftlich gemacht habe, da steht eigentlich die komplette Abwicklung drinnen, wie es sich abgespielt hat. Tatsache war, daß Siemens den Komplettauftrag bekommen hat und mit Zustimmung ... ja da muß man vielleicht eines noch dazu sagen: Bei der Auftragsvergabe, was ja für mich auch unverständlich war, hat das Ministerium Siemens vorgeschrieben, daß sie zumindest 27 oder 26 Prozent im Inland anschaffen müssen. Also ich bin der Meinung, wenn man schon in Österreich so ein Krankenhaus baut, dann sollte man zumindest alle jene Materialien, die in Österreich da sind, in Österreich kaufen und nicht im Ausland.

Genau das gleiche war bei diesen Klima-Leuchten. Die Klima-Leuchten wurden still und leise in Deutschland von Siemens bei Siemens-Traunrenth bestellt. Ich bin dann durch einen Zufall draufgekommen und hab' dann eigentlich keinen anderen Weg gesehen nach Rücksprache mit Philips und Zumtobel, als daß jeder allein sein Glück versucht, daß wir praktisch diese ARGE-Licht-AKH im Prinzip geistig auflösen, wir können ja dann noch immer umverteilen den großen Kuchen. Jeder hat versucht, seinen eigenen Weg zu gehen. Wir haben in dieser Phase auch zu dritt ein Schreiben an den Minister Staribacher gerichtet, in dem ausdrücklich festgehalten wird, daß es für die österreichischen Firmen unverständlich ist, daß dieser Auftrag ins Ausland geht.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Der Klima-Leuchten-Auftrag?

Sefcsik: Diese Klima-Leuchten. Es war etwa Mitte 1977, wie ich draufgekommen bin.

Im November 1978 hatte ich dann den Besuch im Werk von Dr. Busek und im Februar, glaube ich, war der Dr. Kreisky bei mir, und allen diesen Leuten, und auch schriftlich, überall hin habe ich vorgetragen, warum das eigentlich so ist, daß Siemens Leuchten in Deutschland bestellen kann, wo es in Österreich genug Produktionsstätten dafür geben würde.

Ich muß sagen, das Gespräch Kreisky hat in der Richtung genützt, daß er den Wolfsberger meines Wissens angerufen hat und ihn gefragt hat, warum das der Fall ist. Was dann weiter passiert ist, weiß ich nicht, ich habe jedenfalls zwei Stunden später den Anruf bekommen vom Wolfsberger. Siemens war ziemlich wütend auf mich. Tatsache war, daß ich dann 14 Tage später hinausgefahren bin nach Deutschland mit Kalkulationen, und dann kam der zweite große Schlag für uns: Wir hatten die Leuchten damals im siebziger Jahr, also die Klima-Leuchten, mit rund 110 Millionen oder 105 Millionen angeboten, und Siemens-Traunreuth hat die gleichen Leuchten, die vielleicht technisch etwas schlechter waren, sicherlich schlechter waren, um 46 oder 47 Millionen an Siemens-Österreich angeboten. Wir haben dann gesagt, wir müssen uns Bedenkzeit nehmen in Traunreuth, ob wir diese Kalkulationen überhaupt durchbringen

preislich bei uns. Noch dazu hat Traunreuth bereits 80 Prozent der Werkzeuge fertiggehabt für diese Leuchten, und nun kam die Frage, was tun.

Wir haben uns dann zu folgendem entschlossen: Der Arbeitsplätze wegen, haben wir gesagt, ist es wichtiger für uns, die lohnintensive Arbeit zu haben, und haben gesagt, die materialintensive, d. h. den Blechrahmen, belassen wir in Deutschland draußen, mit der Vorschreibung von mir, bitte, das möchte ich hier ausdrücklich sagen, daß VOEST-Bleche zu verwenden sind. Wir haben dann um etwa den gleichen Preis um 46 Millionen den Auftrag übernommen, wobei praktisch diese materialintensiven Teile ein Durchlaufer mit einem Aufschlag von 2 oder 3 Prozent für uns waren, also praktisch Manipulationsspesen. Von diesen Leuchten sind, solange ich noch draußen war, das ist immerhin schon neun Monate her, glaube ich, erst 1 000 Stück geliefert worden.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Also Sie würden die Intervention des Bundeskanzlers, Siemens Austria soll sich also überlegen, ob sie nicht mit Knoblich-Licht ...

Sefcsik: Ich weiß gar nicht, ob das eine Intervention war. Ich bin eher der Meinung, daß das ein Gespräch war, daß man vielleicht gesagt hat, warum nicht wirklich in Österreich die Leuchten zu belassen?

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Was haben Sie denn für Reaktionen z. B. von Vizebürgermeister Busek auf Ihre Vorstellungen registrieren können?

Sefcsik: Er hat gesagt, er wird sich beim Stadtrat Mayr dafür einsetzen. Ich habe mich dann selber auch beim Stadtrat Mayr gemeldet, ich habe mich beim Dr. Kehrer von der Kammer gemeldet, der damals noch Kammeramtspräsident war. Ich habe mich beim Minister Staribacher gemeldet, und auf Grund meiner Bestrebungen, die ich ja vorher schon gesagt habe wegen Trilux und dieser ausländischen Leuchten, ist ja ... Das war eine sehr gute Stelle, muß ich sagen, die einzige, die überhaupt was gemacht hat. Wurde im Handelsministerium eine Stelle gebildet, wo man sich beschweren konnte über Lieferungen von ausländischen Firmen, die nicht der Norm entsprechen oder nicht dem ÖVE-Zeichen entsprechen. Und meines Wissens nach hat diese Abteilung ein Mann geführt, der allein das verantwortet hat, das war der Dr. Fabrizii im Handelsministerium. Der war sehr bemüht eigentlich. Wir haben dem einige Sachen von Post, Bundesbahn, wo immer wieder ausländische Leuchten usw. gekommen sind, zur Verfügung gestellt die Unterlagen, und er hat immer wieder interveniert.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Dieser Ihr Traunreuther Besuch und doch das Einsteigen als Subunternehmer für Siemens betreffend Klima-Leuchten war wann ungefähr?

Sefcsik: Das kann ich Ihnen genau sagen, April 1978 waren die Gespräche, und im Herbst 1978 oder 1979 habe ich den Auftrag, 1978, nein 1979. *(Sefcsik blättert in seinen Unterlagen.)* Am 12. April 1978 fand zwischen mir und Direktor Vogel ein Gespräch statt. Ich muß nur das finden, wo ich dem Bundeskanzler geschrieben habe.

Obmann Dr. **Steger:** Sie können natürlich eventuell ein ganzes Konvolut Ihrer Korrespondenz vorlegen, und wir kopieren das dann für alle Fraktionen. Wenn Sie wollen, geben Sie das Ganze her, und wir photokopieren es während Ihrer Einvernahme. Sie kriegen es heute wieder zurück. Wir kopieren das einmal jetzt.

Sefcsik: Das Angebot an die Firmen war zum Beispiel am 29. Oktober 1973, mit den Klima-Leuchten.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Ich möchte auf eine bestimmte Zeit deswegen auch kommen, weil meine nächsten Fragen sich darauf beziehen: Wann sind die Liquiditätsschwierigkeiten aufgetreten, die Sie veranlaßt haben, nachdem, was ich weiß ... ist das jetzt Liquiditätsschwierigkeit gewesen?

Sefcsik: In der Anklage steht Liquiditätsschwierigkeiten. Ich bestreite das auf das entschiedenste.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Oder war das im Zusammenhang mit diesem Klima-Leuchten-Auftrag oder wenn Sie mir also darstellen: Gibt es da einen Zusammenhang? Das interessiert mich. Gibt es einen Zusammenhang zwischen den Bemühungen? Ich habe sehr viel gelesen und möchte heute von Ihnen als Zeuge wissen. Also jetzt haben wir diesen Klima-Leuchten-Subauftrag von Siemens erhalten?

Sefcsik: Das war ein Verlustgeschäft.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Wenn Sie zuerst mit 100 Millionen haben und dann mit 46 Millionen nach Hause gehen, und wenn Sie qualitativ, wie Sie meinen, besser waren als die Traunreuther-Produktion, ich weiß nicht, ob sie um die Hälfte besser waren in dem Sinne des Wertes des Gesamtauftrages, das kann ich nicht beurteilen. Aber was mich jetzt interessieren würde: Haben Sie in diesem Zusammenhang den Eindruck gewonnen, daß Siemens sich ganz gerne an Knoblich-Licht beteiligen würde, um damit wieder also einen Produktionsfuß österreichischer Provenienz auf dem Leuchtensektor zu haben?

Sefcsik: Ich muß das einmal subjektiv von

meiner Warte aus betrachten, dann vielleicht von der Warte der Firma Siemens aus. Subjektiv, von meiner Warte aus gesehen, habe ich bereits in den frühen sechziger Jahren erkannt, von meiner Warte aus, bitte, es mag nicht die Meinung jedes sein, daß Mittelbetriebe oder Kleinstbetriebe, wie wir damals schon waren, ohne sich an irgend jemanden anzuhängen, praktisch vollkommen chancenlos waren.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Irgend jemand? Das kann ja nicht wirklich der Irgendjemand sein. Sie meinen in der Branche an einen Stärkeren.

Sefcsik: An einen Stärkeren, natürlich. Ich meine natürlich eine Firma. Unsere Firma hat praktisch mit keinem Kapital begonnen, daß man sich kein Kapital mit zwei Leuten bilden kann, ist, glaube ich, jedem hier klar. Ich habe im Jahr 1967 die ersten Verhandlungen mit Philips aufgenommen. Die sind dann nach einem Jahr gescheitert. Habe im Jahr 1970 Verhandlungen mit der AEG aufgenommen, die im Jänner 1971 gescheitert sind, aber das war drei Tage vor der Unterschrift, da war gerade diese große Rezession bei der AEG. Was ich mich erinnern kann, sind die Dividenden in Deutschland von 16 auf 10 Prozent heruntergefallen und der Vorstand der AEG, da war das Zanussi-Geschäft auch, mit Zanussi haben sie gerade große Pleite erlebt gehabt. Auf Grund dieser Tatsache hat sich die AEG entschlossen, das nicht zu machen.

Der damalige Geschäftsführer Dr. Aich, dem das sehr peinlich war, weil ich ja mit dem Bau auf den Trabrenngründen damals gewartet habe, und das hat sich immerhin eineinhalb Jahre hingezogen, hat uns 8 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt als Darlehen, damit wir überhaupt in eine Ges. m. b. H. umwandeln konnten. Denn der Ing. Knoblich mußte ja diese 8 Millionen entnehmen, um die rückständigen Steuern zu bezahlen, die ja als Einzelfirma aufgelaufen waren, die konnte er nicht mehr aus der Ges. m. b. H. entnehmen. Auf Grund des Strukturverbesserungsgesetzes haben wir bereits im Jahr 1970 einen Mantel gebildet und haben dann am 1. Juli 1972 die Knoblich-Einzelfirma in diese Knoblich-Licht-Ges. m. b. H. eingebracht.

Die neue Firma hieß dann Knoblich-Lichtfabrik für Elektrotechnik Ges. m. b. H. Es kamen dann Liquiditätsschwierigkeiten auf, ziemlich große sogar, das hat mehrere Gründe gehabt. Ich habe einen Freund von mir in die Firma genommen, der sich relativ gut mit Ing. Knoblich verstanden hat, es war ein Steuerberater. Und er hat geglaubt, daß das Heil einer Firma darin liegt, mit Skontis zu bezahlen, und plötzlich war kein Geld da. Er hat gesagt, mit Skontis kann man sich halt mehr holen als bei Bankkrediten.

Es wurde dann ein Beirat von der Zentralsparkasse gegründet, wo die AEG beteiligt war auf Grund der Kredite, die sie uns gegeben hat, die Zentralsparkasse und Ing. Knoblich. Es wurde auch ein Mann von der Zentralsparkasse bei uns hineingesetzt. Bis mir das im Jahr 1975 zu bunt geworden ist und ich gesagt habe, entweder ich scheide aus der Firma aus oder der Ing. Knoblich soll es übernehmen. Ich möchte da niemanden diskriminieren, aber er hat so viele falsche Zeugenaussagen gemacht, daß ich es ja ruhig sagen kann: Ing. Knoblich war ein ziemlich starker Alkoholiker und hat, seit ich in der Firma war, eigentlich nichts gearbeitet, war auch in Gugging in der Trinkerheilstätte.

Ich habe dann die Zentralsparkasse vor die Alternative gestellt. Ing. Knoblich ist dann als Geschäftsführer ausgeschieden im Jahr 1975, und der Herr Müller, dieser Kaufmann, ist dann als Geschäftsführer eingetreten.

Auch dieses Interregnum hat nicht lange gedauert, bis September, bis ich dann wieder die Alternative gestellt habe, ich verpflichte mich, die Firma in die Höhe zu führen, wenn die beiden Herren ausscheiden. Der Herr Müller wurde dann gekündigt, und die Zentralsparkasse, der Beirat ist monatlich weitergelaufen, die Zentralsparkasse hat den Herrn Wunder weiter belassen, und es ist mir gelungen, und auf das bin ich, bitte, stolz, und deshalb diese falschen Sachen, warum mit Siemens, wegen Liquiditätsschwierigkeiten, das ist falsch. Im Jahr 1978 hat mir die Zentralsparkasse ein Schreiben geschickt, daß sie den Beirat auf Grund der wirtschaftlichen Superergebnisse des Unternehmens aufhebt.

Das heißt, ich hatte das Unternehmen wieder finanziell in den Griff bekommen, es war liquiditätsmäßig ... Und außerdem, die Liquidität sagt ja nichts über eine Firma. Es wird geredet, ob wer Geld hat oder kein Geld hat, das ist ja alles nicht entscheidend, entscheidend sind die Bilanzen und der Cash-flow.

Es war dann so, daß ich weiterhin natürlich den Gedanken in mir herumtrug, sich an eine große Firma anzuhängen. Und es kam dann der Augenblick, eben Siemens ...

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Im Zusammenhang mit diesen Klimaleuchten?

Sefcsik: Im Zusammenhang, indirekt ja. Als ich nämlich das Werk in Traunreuth sah, sind mir als Österreicher die Augen aufgegangen, was man eigentlich alles aus einer Fabrik machen kann, welches Know-how da drinnensteckt, das für uns finanziell undenkbar wäre, schon allein vom Know-how her.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Also die Fertigungstechnik?

Sefcsik: Die Fertigungstechnik und die ganzen Hilfsmittel, die da zur Verfügung gestanden sind. Da ist ein ganzes Flugzeug mit der Beleuchtung dort hingestellt worden und so weiter.

In diesem Zusammenhang habe ich mir gedacht, probierst es einmal. Siemens war sich auf Grund dieser Tatsache, daß der Auftrag an mich gegangen ist, zumindest die Deutschen waren sich der Tatsache bewußt, oder sie fühlten es, daß in Österreich vielleicht doch mehr Präferenzen gegenüber österreichischen Firmen sind, der Umsatz mit Leuchten in Österreich war für Siemens nicht mit eigenen Produkten sehr groß, und sie haben sich sicherlich gedacht, na ja, das ist ein gutes Unternehmen, ein schlechtes Unternehmen hätte Siemens bestimmt nicht gekauft, davon bin ich überzeugt, und man kauft ja auch nicht das Unternehmen, man kauft ja nicht die Werkzeuge, man kauft ja primär das Know-how der Firma, das Marketing der Firma, den Ruf der Firma und den Marktanteil der Firma. Das ist das, was man eigentlich kauft, weil fertigen hätten sie ja draußen auch können.

Und auf Grund dieser Tatsache sind so langsam Gespräche in Gang gekommen, und ich war natürlich wahnsinnig interessiert, erstens einmal war ich glücklich, daß ich Ing. Knoblich wegbringen konnte auf der einen Seite, auf der anderen Seite die dauernde Sorge mit dem Geld, die schlechten Preise und so weiter, es könnte nur besser werden.

Wir haben dann ein ziemlich dickes Vertragswerk innerhalb eines Jahres festgelegt. Bedingung der Firma Siemens war, das wollte ich eigentlich nicht, aber sie haben darauf bestanden, daß ich zehn Jahre alleiniger Geschäftsführer bleibe, und meine Bedingung war, daß ich alleiniger Geschäftsführer bleibe, weil ich Angst hatte, daß sonst wieder wer von Deutschland kommt und ich das ja genau gesehen habe, wie sich das abgespielt hat bei Siemens hier in Österreich und leider auch jetzt in meiner Firma abspielt.

Es kam dann zu diesem Vertrag, der am 21. Mai 1979 abgeschlossen wurde.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Das war dann der 50 : 50-Vertrag?

Sefcsik: Das war der 50 : 50-Vertrag.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Wer waren Ihre Gesprächspartner bei diesen Verhandlungen mit Siemens?

Sefcsik: Das waren mindestens 60 Leute. Primär war das die kaufmännische Abteilung in München, in zweiter Linie die Verkaufsabteilung in Erlangen und erst in dritter Linie, würde ich sagen, die österreichische Siemens.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Wer war von Siemens Austria Ihr Gesprächspartner?

Sefcsik: Gesprächspartner in dem Sinne, was die Vertragsbedingungen und das Ganze betroffen hat, eigentlich niemand. Wolfsberger sah ich zum erstenmal bei der Vertragsunterzeichnung, oder ein paar Tage vorher haben wir uns kennengelernt. Und verkaufstechnisch war es auf der einen Seite der Ing. Schaffhauser und der Direktor Mück.

Aber was das Konvolut des Vertrages betrifft und die ganzen ...

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Haben Sie Kontakt also mit Ing. Mück und anderen Siemens-Herren gehabt, wo Sie sich bemüht hätten, daß also die Siemens-Austria-Leute den deutschen Siemens-Leuten sagen, also geht mit Knoblich-Licht, also mit Sefcsik zusammen. Haben Sie da Kontakte gehabt?

Sefcsik: Natürlich, ja, ich habe versucht, das aus einem reinen Objektivismus heraus, das scheint ganz klar. Man hat den Leuten noch mehr Öl ins Feuer hineingegossen und hat gesagt: Ihr werdet sehen, in Österreich wird es so kommen, daß primär österreichische Produkte zum Tragen kommen und dann werdet ihr mit den deutschen Leuten einpacken müssen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und das war wer? Also Ing. Mück ...

Sefcsik: Ing. Mück, Schweitzer primär, Schweitzer, Mück Schaffhauser, das waren die.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und wann haben Sie die Leute kennengelernt? Erst anläßlich dieser Gespräche oder schon vorher bei diesen ganzen Anbotsgeschichten.

Sefcsik: Schauen Sie, man hat mir seitens der Untersuchungsbehörde vorgeworfen, daß ich so viele Kontakte habe und so viele Leute kenne. Ich kann darauf nur antworten: Wenn ich das nicht würde, dann wäre ich wahrscheinlich Hilfsarbeiter und nicht Geschäftsführer geworden. Ich bin mit fast der ganzen Branche per Du, das kommt nach 20 Jahren, das ist ja selbstverständlich.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Wer waren Ihre Gesprächspartner seinerzeit bei der AEG, wie Sie sich da bemüht haben?

Sefcsik: Bei der AEG war es der Dr. Aich und der Dr. Weisbringer und dann auch wieder deutsche Firmenangehörige.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Wann haben Sie Dipl.-Ing. Winter kennengelernt?

Sefcsik: Dipl.-Ing. Winter, das weiß ich ganz

genau, den habe ich am 5. Juni 1973 bei der Eröffnung des neuen Werkes kennengelernt.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Da war er als Vertreter der MA 34 dort?

Sefcsik: Da war er als Vertreter der MA 34 dort, ja.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und hat sich dann ein Kontakt heraus ergeben? Oder wann haben Sie ihn dann wieder getroffen?

Sefcsik: Nein. Ich habe mit Winter fast keine Kontakte gehabt bis zu dem Zeitpunkt, wo er mir das Geld zurückgebracht hat von Liechtenstein, diese ominösen 600 000 S von PLANTECH. Und vorher wußte ich nicht einmal, daß er überhaupt im Hintergrund dieser Firma gestanden ist.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Wie hat dieses 600 000 S-Geschäft mit Winter begonnen?

Sefcsik: Auch sehr einfach zu schildern. Die Einzelfirma hat im Prinzip von unbenannten Provisionen gelebt. Unbenannte Provisionen in dem Sinne, und die können gleich bitte die Beamten ausschließen bei mir, weil das habe ich bewiesen, der Gesamtumsatz der öffentlichen Hand bei der Firma Knoblich macht kaum 6 oder 7 Prozent aus. 60 Prozent macht die Elektroindustrie aus und 30 bis 40 Prozent der Fachhandel und der Elektriker, der montiert.

Ich hatte damals die Überlegung, daß man in einer GesmbH . . .; in einer Privatfirma ist es ja relativ einfach, da wird nämlich rechtlich überhaupt nicht gesprochen. In einer Privatfirma geht der Privatinhaber her und macht eine Privatentnahme. Was er mit dem Geld macht, fragt ihn ja kein Mensch dann mehr. In der GesmbH ist es natürlich, wenn man Gelder entnimmt, dann etwas anderes. Aber wenn man heute sagt, man will gesetzlich etwas gegen die finden, die unbenannte Provisionen machen, frage ich mich, was macht man bei Einzelunternehmen. Denn bei Einzelunternehmen ist es im Prinzip . . .

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Gut, Herr . . .

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Sie brauchen nicht ständig ganz Österreich hier jetzt heute belehren, sonst müßte man Ihnen sagen, dann wäre zumindest eine andere steuerliche Behandlung die Konsequenz.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Mich würde interessieren, wie ist das 600 000 S-Geschäft mit dem Winter.

Sefcsik: Da diese Privatentnahmen nicht mehr gegangen sind, wir haben im ersten Halbjahr des Geschäftsjahres 1972/73 praktisch keine Provisionen bezahlt.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Also unbenannte Provisionen.

Sefcsik: Keine unbenannten Provisionen. Der Umsatz war dann rückläufig, glaube ich, um 25 Prozent. Und in dieser Zeit ist der Ing. Schweitzer zu mir gekommen und hat gesagt, er wüßte eine Quelle, wo man unbenannte, also wo man praktisch Geld beschaffen könnte, und hat mir dann eben den Weg . . .

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Das man das dann nicht mehr deklarieren muß.

Sefcsik: Daß man das nicht mehr deklarieren muß! Das heißt, er hat gesagt, ich soll irgendwelche Projektierungen vorbereiten für die Firma PLANTECH. Die Firma PLANTECH hat von mir diese Projektierungen bekommen. Ich habe das Geld dann überwiesen und dieses Geld . . .

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Das heißt, Sie haben eine Faktura bekommen für diese Planungen, haben das Geld überwiesen.

Sefcsik: Richtig, und habe das Geld zurückbekommen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und Schweitzer hat Ihnen gesagt, und da kriegst davon wieviel Prozent wieder zurück.

Sefcsik: Für Spesen und so weiter zwischen 15 und 25 Prozent müßten sie sich einbehalten.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und der Betrag ist dann cash gegeben worden.

Sefcsik: Der Betrag ist cash gegeben worden, ja.

Obmann Dr. **Steger:** Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Steinbauer.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun sind die Abrechnungen, die im Zusammenhang mit PLANTECH aufgeschienen sind, glaube ich, nur 600 000 S insgesamt gewesen.

Sefcsik: Richtig.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Jetzt wenn man da noch abzieht, dann müßte ja der Winter Ihnen weniger zurückgegeben haben.

Sefcsik: 500 000 zirka. 20 Prozent in etwa.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Er hat Ihnen weniger zurückgebracht, weil die vier Rechnungen insgesamt gehen ja auf 600 000 S.

Sefcsik: Ich habe das nicht gewußt. Es hat geheißen, das ist eine Firma dort, die hat eben diese Spesen, und für diese Spesen wurden diese 20 Prozent zurückbehalten. So wurde mir das erklärt damals.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Danke schön.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und damals wußten Sie aber nicht, daß der Winter der Verfügungsberechtigte für PLANTECH ist?

Sefcsik: Nein. Aus den Akten habe ich ersehen, daß er es ja damals noch gar nicht war.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Wann haben Sie das erfahren, daß der Winter dahintersteckt.

Sefcsik: Daß der Winter als Verfügungsberechtigter dahintersteckt, bitte, hat mir die Frau Dr. Partik-Pablé gesagt.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Wer hat Ihnen cash diese 80 Prozent gegeben?

Sefcsik: Cash hat es mir dann der Winter gebracht. Der Schweitzer hat mir gesagt schon dann nach der ersten — ich glaube, es waren vier oder fünf Überweisungen im Gesamtausmaß von 600 000 —, daß Winter Verbindung zu dieser Firma auch hätte.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und ist er mit einem Koffer zu Ihnen in die Firma gekommen?

Sefcsik: Das hat sich bei mir im Büro abgespielt.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und was hat zur Gründung der Firma PFG in Vaduz als Motiv gegolten?

Sefcsik: Was für die Gründung, da müssen Sie die AEG-Leute befragen, das kann ich nicht beurteilen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Wie sind Sie da in Kontakt gekommen mit *(unverständlich)* und Haslauer?

Sefcsik: Mit Haslauer war ich relativ gut bekannt, weil er ja ...

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Aus dem Geschäft?

Sefcsik: ... praktisch die Position wie der Schweitzer bei der AEG gehabt hat und auch die Verhandlungen mit der AEG gelaufen sind.

Die Überlegung von mir war, eine Firma zu gründen irgendwann einmal, die Projektierungen macht, weil wir praktisch vollkommen out waren als Firma Knoblich von den Projektierungen. In dem Zusammenhang hat er mir seinerzeit gesagt, daß sein Schwiegervater ein Geschäft im 11. Bezirk hätte und daß er dies verkaufen möchte. Dieser Schwiegervater möchte aber 500 000 S haben und die möchte er natürlich schwarz haben und das Lager würde er offen verkaufen.

Ich habe gesagt, erstens einmal kann sich nicht die Firma Knoblich offiziell beteiligen, weil ja sonst in der Branche das bekannt ist, es kann sich nur der Herr Sefcsik daran beteiligen. Was mir jetzt auch vorgeworfen wird, daß das Untreue gegenüber der Firma ist, noch dazu hat der Firmenanwalt bitte meine Verträge mit dieser Firma damals gemacht. Also es war nicht so, daß ich ein Geld aus dieser Firma bekommen habe.

Um diese Finanzierung durchzuführen, ist er mit der PFG gekommen und hat gesagt, es gäbe eine Möglichkeit, die Firma AEG macht das schon seit längerer Zeit, daß sie Provisionen über die PFG zurückholt, also Schwarzgelder praktisch finanziert.

Wir haben diese 500 000 S dann für das Geschäft, da wußte ich aber nicht, daß die AEG dahintersteckt, das hat er mir bis heute eigentlich nie gesagt gehabt. Er hat gesagt, die Firma AEG arbeitet mit dieser Firma PFG zusammen. Es hat sich dann genau wie bei PLANTECH abgespielt. Ich mußte dort Unterlagen hinschikken, die für irgendein Projekt waren, das halt aus der Schublade herausgezogen wurde, habe dann zweimal 300 000 S überwiesen. Auch da wurden wieder 20 Prozent oder in dieser Richtung von dieser Firma abgezogen. Das Geld kam zurück. Ich borgte praktisch dem Haslauer das Geld von der Firma, was er mir ja heute noch schuldig ist, und wir bezahlten seinen Schwiegervater aus, haben dann einen bekannten Projektanten, den Herrn Antil, der in der Branche bekannt war, dort als Geschäftsführer eingesetzt und über dieses Büro haben wir versucht, Projektierungen zu erhalten.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge! Wie war denn das: Subauftrag von Siemens an eine Firma Aural, wo Sie Provisionen erhalten haben sollen? Ich meine, Sie müssen mir nichts sagen, wenn Sie ...

Sefcsik: Die Aural wurde, glaube ich, auch 1962 gegründet, wobei 10 Prozent der Geschäftsführer Gallos hatte und 90 Prozent der Ing. Knoblich. Der Vater von Ing. Knoblich hatte ein kleines Installationsgeschäft und eigentlich aus diesem Installationsgeschäft ist die Firma Aural entstanden. Es hat dann noch beim Stefansplatz ein kleines Geschäft in der Schulerstraße gegeben. Aber im Prinzip war es so, daß die Leuchtenfertigung ja nicht geglaubt hat, daß das so groß wird, und hat nebenbei eben dieses Installationsgeschäft betrieben.

Zu dem Zeitpunkt, als die Aural von Siemens den Auftrag bekam, ist Knoblich schon ausgeschieden gewesen aus der Aural — ich glaube, das war 1977 —, und ab etwa 1968 oder 1969 gehörten die Anteile zu 50 Prozent Herrn Gallos und zu 50 Prozent dem Herrn Ing. Knoblich.

Es ist natürlich auch falsch, wenn man sagt, daß ich den Auftrag gebracht habe. Der Herr Gallos war mit dem Schweitzer genau so gut bekannt wie ich. Außerdem hat ja die Firma

Siemens bereits vor Auftragserlangung meines Wissens Zusagen an die Firmen gemacht, welche Aufträge sie zu vergeben hat. Das heißt, sie mußten ja 27 Prozent an inländische Betriebe weitergeben, und soweit ich informiert bin, hat ja die EBG 140 Millionen bekommen, die AEG 300 Millionen und so weiter. Also, die ganzen österreichischen Konzernbetriebe wurden ja bei diesem Geschäft, das Siemens mit dem AKH gemacht hat, beteiligt.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Ich glaube, BBC ist die einzige, die keinen Auftrag bekommen hat.

Sefcsik: BBC auch, oh ja, hat auch bekommen. Es bekamen alle Firmen damals; bitte, keine Aufträge, sondern Absichtserklärungen. Und genau so war es mit der Aural. Die Aural hat eine Absichtserklärung bekommen über 20 Millionen. Und damit hat es sich.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Herr Zeuge. Sie haben ganz am Anfang auch von diesem kleinen Elektrikern geredet, die man da verwendet zur Anbotstellung, um mit den Bundesländern reüssieren zu können.

Sefcsik: Nein, nicht nur deswegen, Herr Hobl, wenn ich Sie da unterbrechen darf. Es ist ja leider so: man kann sagen, daß 90 Prozent der Ausschreibungen nicht die Leuchten allein betreffen. Es ist eben der Generalunternehmer, und Sie können als kleiner Generalunternehmer auch den Elektriker bezeichnen.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Haben Sie die Firma Klug in St. Pölten auch für diese Zwecke verwendet?

Sefcsik: Natürlich, ja.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Und haben Sie den Herrn Ing. Gschmeidler, glaube ich, heißt er, auf den Gedanken gebracht, mache aus weißem Geld schwarzes, oder war das der Schweitzer?

Sefcsik: Ich habe das schon gesagt, ich kann mich nicht erinnern. Aber es kann ohne weiteres möglich sein und wahrscheinlich auch, daß ich ihm gesagt habe, du, wenn du schwarzes Geld brauchst, gibt es diesen Weg.

Abg. Ing. **Hobl** (SPÖ): Ja vorläufig danke.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben ja beim Gerichtsakt schon einiges vorgelegt an Politikerkorrespondenz. Haben Sie jetzt irgend etwas mit, was Sie dort noch nicht vorgelegt haben. Dann unterbrechen wir kurz die paar Minuten, daß Sie sich das zusammensuchen und wir das kopieren lassen.

Sefcsik: Da sind einmal die ganzen Korrespondenzen: Kärntner Landesregierung, öffentliche Ausschreibungen und so weiter, Schreiben an Politiker.

Obmann Dr. **Steger:** Bitte, dann schauen wir es uns an, bitte Herr Doktor, wenn Sie es hergeben.

Sefcsik: Interessiert Sie die Korrespondenz mit Traunreuth.

Obmann Dr. **Steger:** Nicht.

Sefcsik: Die ARGE-Licht — AKH?

Obmann Dr. **Steger:** Das haben wir ja schon.

Sefcsik: Resolutionen des Betriebsrates wegen der Firma. Das ist ein Thema, das ich vielleicht mit Politikern besprechen kann, denn das Gericht sagt, es interessiert es nicht, ob 300 Arbeitsplätze gefährdet sind.

Obmann Dr. **Steger:** Das können Sie ja dann bei der Befragung weitermachen. Aber gibt es sonst noch etwas, was allenfalls zu kopieren ist?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bitte, mich würden die Resolutionen der Betriebsräte interessieren, wenn . . .

Obmann Dr. **Steger:** Danke, damit ist der Herr Abgeordnete Steinbauer am Wort.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Zeuge! Darf ich gleich bei dem letzten, nur ob ich es richtig verstanden habe, anhängen.

Sefcsik: Entschuldigen, ich habe hier den Brief an Dr. Kreisky, wo genau die Abwicklung, wenn Sie das haben wollen, bitte schön. Der Brief an Sie muß ja aufliegen.. Da steht es genau drinnen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Da möchte ich an das letzte anknüpfen; die Vergabe der 27 Prozent von Siemens durch Absichtserklärungen. Das war also vom Volumen welchen Auftrages?

Sefcsik: Soweit ich mich erinnern kann, hat das Erstvolumen bei der Vergabe etwa 1 Milliarde, 1,2 Milliarden ausgemacht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das war also wahrscheinlich der ganze AKH-Teil ohne die medizinisch-technische . . .

Sefcsik: Da bin ich überfragt. Das war nur die reine Starkstrominstallation.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Die Starkstrominstallation.

Sefcsik: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und nun: Wie hat sich das in der Praxis abgespielt? Siemens hatte ja noch nicht den Zuschlag und konnte

daher nur Absichtserklärungen abgeben. Wie hat sich ...

Sefcsik: Die Absichtserklärungen wurden nach dem Zuschlag abgegeben, die schriftlichen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wie kam es zu dieser Verteilung? Die Branche mußte ja in heller Aufregung — würde ich jetzt beinahe sagen —, mit Interesse jetzt diese Verteilung beobachtet haben.

Sefcsik: Im Jahre 1970 bereits, als wir diese ARGE-Licht — AKH gründeten, haben uns die Firmen vorgeladen, ich glaube, das habe ich zuerst schon kurz erwähnt. Wir sollten ja nicht intervenieren gehen oder direkt zur Bauherrschaft, sondern wir sollten warten, welche Firmen die Aufträge bekommen. Ich kann dazu nur sagen, daß bei diesem Gespräch alle diese Firmen anwesend waren. Die weiteren Gedanken machen Sie sich bitte selber darüber.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das Gespräch fand wo statt? Bei Siemens?

Sefcsik: Das Gespräch fand bei BBC statt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bei BBC, und war zeitmäßig?

Sefcsik: Das wird etwa 1970 gewesen sein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): 1970. Ist das dann schon, das, was man dann später im Cafehaus machen ...

Sefcsik: Darüber verweigere ich bitte die Aussage. Das überlasse ich Ihnen, die Herren zu befragen, die damit zu tun haben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Es hat uns ein Zeuge gesagt, daß es die Redewendung gegeben hat — ich sage das jetzt nicht im Zusammenhang damit — die Redewendung, ein Cafehaus machen, ist Ihnen diese Redewendung bekannt?

Sefcsik: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das hat sich also nicht bezogen, ich bin ein Laie auf dem Gebiet, das hat sich nicht bezogen auf ein wirkliches Cafehaus oder ...

Sefcsik: Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also, es ist ein Gerücht, daß es ein Wiener Innenstadtcafehaus gegeben hat, wo man sich in der Branche regelmäßig getroffen hat, es war nicht das Cafe Korb?

Sefcsik: Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sondern das war ein allgemeiner Ausdruck für Absprachen machen.

Sefcsik: Wenn Sie es so sagen wollen: Absprache. Ich kann Ihnen nicht dazu ja sagen ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nein, ich meine jetzt den Ausdruck, nicht daß Sie involviert sind, sondern daß es den Ausdruck gegeben hat: da machen wir ein Cafehaus, und meint damit, da machen wir eine kartellähnliche Absprache oder eine Preisabsprache.

Sefcsik: Wenn Sie es so wollen, ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nein, ich will es verstehen. Ich will nicht, sondern ich will es verstehen: Ist es die Preisabsprache? Wir reden ja nur über eine Redewendung und bezichtigen daher niemand.

Sefcsik: Konkret gesagt, es ist sicherlich eine Preisabsprache.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Eine Preisabsprache.

Da war der Gedanke von Provisionszahlungen in dem Ausdruck auch automatisch drinnen.

Sefcsik: Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Der war nicht drinnen.

Nun, wie der Winter mit den 500 000 gekommen ist, wieso auf einmal der Winter.

Sefcsik: In erster Phase ist nicht der Winter auf mich zugekommen, in der ersten Phase ist der Schweitzer auf mich zugekommen. Die erste Überweisung wurde ja bereits 1972, Ende 1972, durchgeführt. Winter lernte ich erst kennen im Juni 1973. Daß der Winter überhaupt hinter der Sache steckt, das habe ich überhaupt erst erfahren bei Gericht, aber daß er irgendwie beteiligt ist daran, das wußte ich nach dem ersten Mal, nachdem er mir das Geld gebracht hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Er hat es also nicht einmal gebracht, sondern in Tranchen.

Sefcsik: Ja, es waren, glaube ich, drei oder vier Überweisungen, es waren nur kleinere Überweisungen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Jetzt ist mir an und für sich nicht verständlich, warum Sie diese Strategie des zunächst nicht Daraufkommens auf die Kontakte von Plantech eingeschlagen haben. Sie haben einmal sogar eine Pressekonferenz noch, glaube ich, im April 1980 gegeben, wo Sie jeden Zusammenhang geleugnet haben.

Sefcsik: Richtig. Das kann ich Ihnen schon sagen. Dieser Betrag, das liegt ja fast 10 Jahre zurück jetzt, oder neun Jahre. Der Betrag war mir echt nicht mehr in Erinnerung. Die BFG

habe ich gewußt, das habe sogar ich der Finanzbehörde vorgelegt und war ja ich der, der das Gericht eigentlich auf die BFG aufmerksam gemacht hat. Die PLANTECH habe ich dann nach diesen ganzen Pressegeschichten erst zu suchen begonnen, und das habe ich ja dann auch bei meiner Aussage gesagt, daß ich das in den Unterlagen, in der Buchhaltung, unten gefunden habe.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun hat es aber in Ihren Aussagen eine Reihe von — wie soll ich sagen — Entwicklungsstufen gegeben. Erst waren es — glaube ich — nur 400 000, dann sind es ...

Sefcsik: Na eben, weil ich nicht gewußt habe. Ich hab das von dem einen Betrag, eben diese 200 000 S gar nicht gewußt gehabt. Das hat man dann erst auf diesem Konto gefunden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Jetzt muß ich aber schon eine unangenehme Frage stellen.

Sefcsik: Bitte, fragen Sie.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wenn das Gelder waren, die Sie eigentlich für den Verzehr, für den Verbrauch wieder schwarz zurückhaben wollten, dann haben Sie entweder so viele Zahlungen geleistet, daß Ihnen die Beträge an verschiedenste Firmen, daß Ihnen diese ersten 400 000 S lange in Vergessenheit geraten konnte. Ich sehe nicht ganz ein, wenn das sechs Zahlungen waren.

Sefcsik: Vielleicht genügt Ihnen diese Erklärung: Wir haben — wie gesagt — im ersten Halbjahr gar keine unbenannten Provisionen entnommen und haben dann im zweiten Halbjahr begonnen. Mir war die ganze Geschichte ein bißl ..., ich hab mich nicht sehr wohl gefühlt in meiner Haut gegenüber dem Finanzamt und so weiter, weil wir nie Probleme mit dem Finanzamt oder irgend etwas gehabt haben. Im Gegenteil, ich muß dazu auch sagen, das Finanzamt hat jeweils zumindest 50 bis 60 oder sogar 70 Prozent der Privatentnahmen als unbenannte Provisionen anerkannt. Abschreibmäßig anerkannt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja jetzt begann das also im Jahre 1973 etwa?

Sefcsik: Wie die GesmbH gegründet wurde, wo ich nicht wußte, woher nehme ich jetzt die Gelder. Vorher habe ich es als Privatentnahme ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja! Aber noch einmal: Nach meinem Überblick aber vielleicht sehe ich das nicht so, haben Sie an die PLANTECH insgesamt ...

Sefcsik: 600 000 Schilling zirka.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): ... 600 000 S in vier Raten, in vier Zahlungen: 280 000, 110 000, 171 000 S und diese Schweizer Franken.

Sefcsik: Es waren ein paar kleinere Zahlungen auch dabei.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also wenig, relativ wenig Zahlungen.

Sefcsik: Ja. Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und haben in der Gegenleistung dann über Winter die Schillingbeträge bekommen?

Sefcsik: Richtig, ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und nun — noch einmal — muß Ihnen ja der Vorgang kein so alltäglicher gewesen sein, daß Sie sich nicht erinnern können. Wenn ich Schwarzgeld bekommen würde — ich bin ein Laie auf diesem Gebiet, weil ich es nie bekommen habe —, dann müßte man ungefähr dem Gesprächs- oder Firmenpartner in Erinnerung haben und sagen: Ja PLANTECH. Ich kann mir nicht vorstellen, daß man das total vergißt.

Sefcsik: Ja in dem Fall, wenn ich Ihnen sage, daß das rund 100 Millionen Lieferanten sind im Jahr, dann wird Ihnen das vielleicht doch irgendwo begreiflich sein. Ich hätte ja gar keinen Grund gehabt, das nicht zu sagen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja Sie!

Sefcsik: Ich habe es ja dann eh gesagt. Ich bin ja dann extra runtergegangen. Wir haben damals noch diese Durchschreibebuchhaltung gehabt. Aus den Journalen habe ich das rausgefunden. Weil auf dem Konto ist ja kein Name darauf gestanden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und war jetzt der Herr Hagen im Archiv dabei oder war er nicht dabei?

Sefcsik: Ich kann mich nicht mehr erinnern.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Weil da hat auch Ihre Aussage ...

Sefcsik: Ja, da hat es ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja aber wahrscheinlich ist es gar nicht so einfach, sich über Jahre zurückzuerinnern. Das ist wahrscheinlich wirklich ein Problem.

Sie haben also etwa 600 000 S bei PLANTECH. Und wieviel bei BFG?

Sefcsik: Genau 600 000 S.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Auch wieder 600 000 S?

Sefcsik: Auch wieder, denn da brauchten wir 500 000 S für diese Firmengründung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und gibt es jetzt noch eine andere Firma, oder waren es nur diese zwei?

Sefcsik: Es waren nur diese beiden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nur diese zwei.

Und jetzt täte mich schon interessieren, wann Winter das erste Mal auftauchte mit der ersten Rückzahlung. Also die ersten Einzahlungen waren 1972/1973.

Sefcsik: Das war etwa Sommer/Herbst 1973. Bei Kenntnis, daß ich ihm erst kennengelernt habe am 5. Juni 1973 . . .

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Können Sie sich wegen der Eröffnung des Werkes erinnern.

Sefcsik: Das merke ich mir! Weil der Slavik gerade an diesem Tag abberufen wurde.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): In Zwangspension gegangen.

Sefcsik: An dem Tag, und da hätte er die Eröffnung machen sollen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Damit war aber der Winter eigentlich seit Sommer 1973 einer, der über eine normale Geschäftsbeziehung hinaus etwas getan hat, was halt ein nicht ganz übliches Geschäft ist.

Das heißt, Sie mußten ab Sommer 1973 in etwa, gleich nachdem Sie ihn kennengelernt haben, ihn einstufen als einen vielleicht auch zu anderem zugänglichen Geschäftspartner. Oder sehe ich da falsch?

Sefcsik: Nur habe ich mit dem Winter — und das habe ich auch mit den Akten bewiesen, weil man gesagt hat: Na ja, wenn ich nicht für das AKH gegeben hätte das Geld, dann hätte ich es halt für andere Spitalsaufträge gegeben, weil wir ja für die Spitäler zuständig waren.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Damals noch, 1973?

Sefcsik: Damals noch konnte ich nachweisen, daß wir praktisch keine Aufträge . . . Ich glaube einen 200 000 S-Auftrag haben wir gehabt für irgendein Spital einmal. Aber das war auch nicht mit dem Winter zusammenhängend. Also ich habe mit dem Winter praktisch beruflich und geschäftlich nichts zu tun, keinen Kontakt gehabt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und haben Sie zu diesem Zeitpunkt nicht eher Kontakt mit dem Weiß *(phonetisch)* gehabt?

Sefcsik: Mit dem Weiß habe ich natürlich Kontakte gehabt, so lang, bis Winter kam. Ich weiß nicht, wann ist Bund und Gemeinde, das war 1975?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das war 1975, September 1975 beginnt die ARGE.

Sefcsik: . . . und der Weiß war bis . . .

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Der Haustechnik, na ja 1973 war er Haustechniker.

Sefcsik: Wie er dann zur UNO-City rüber ist?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja, ja. Weiß, werde ich gerade aufmerksam gemacht, war 1971 ins IAKW gegangen.

Sefcsik: . . . kannte ich noch . . .

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber mit IAKW hatten Sie ja Geschäftsbeziehungen?

Sefcsik: Auch nicht! Das war genau das gleiche. Da war auch Siemens Generalunternehmer, und da waren Gegenofferte, da haben sie uns genau so die Haare abgeschnitten und die Preise waren fürchterlich.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und jetzt war Ihnen die Konstruktion — Sie haben vielleicht den Firmennamen PLANTECH vergessen — die Konstruktion als solche war Ihnen natürlich von der ersten Einzahlung an klar, weil die Projektierungsunterlagen, die Sie bekommen haben, waren wahrscheinlich nicht brauchbar?

Sefcsik: Die waren brauchbar, weil sie ja von mir gemacht wurden. So hat sich das abgespielt. Der Schweitzer hat mir gesagt, ich muß die Unterlagen machen, hinausschicken, das wird umgeschrieben auf internes PLANTECH-Papier und die schicken mir das wieder zurück. So hat sich das abgespielt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich verstehe! Daher waren Sie Ihnen brauchbar und verwendungsfähig.

Und der Schweitzer hat Ihnen diese Firma ein bißchen auch erläutert, wer das dort umschreibt?

Sefcsik: Dazu muß ich Ihnen eines sagen: Ich habe mir eines angewöhnt in dieser Branche: Nicht zu fragen und nicht irgend etwas nachzuforschen. Wenn ich einen Auftrag gehabt habe, war das für mich erledigt. Da habe ich eigentlich keinerlei Gespräche mit Schweitzer darüber geführt. Und mich hat es etwas verwundert damals, wie er mit Winter gekommen ist und mir die Beträge gebracht hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ah, der Schweitzer war das erste Mal beim Winter dabei?

Sefcsik: War dabei.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Können Sie mir eine Begründung sagen, warum eigentlich der Winter hier sich sichtbar machte? Denn der Schweitzer allein hätte Ihnen ja auch das Geld geben können.

Sefcsik: Der Grund hätte vielleicht — hätte, hätte, ich meine das ist in den Raum gestellt — hätte sein können, daß vielleicht die Leuchten doch allein ausgeschrieben werden oder nicht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja aber ist es nicht ein bisserl verblüffend: Sie kennen da den MA-34-Mann Winter und machen ein „Geschäft" mit dem Schweitzer. Und auf einmal hat Sie der angerufen: Ich komme morgen mit dem Winter und bringe das Geld.

Sefcsik: Schauen Sie, den Schweitzer habe ich gekannt zu dem Zeitpunkt, zwölf Jahre.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja?

Sefcsik: Jetzt bringt mir der wen und sagt: Du, das ist ein wichtiger Mann, der wird das AKH machen und du mußt dich mit dem gut stellen und so weiter. Und was werde ich sagen? Na und dann hat er gesagt, es scheint, der Winter hat Kontakte zu dieser Firma PLANTECH. Wer dahintersteckt, habe ich gar nicht gefragt, mich hat das auch gar nicht weiter interessiert. Ich habe dann 1973 Ende, nachdem der Winter erschienen ist, hat er ja sofort aufgehört, ich glaube, die letzte Überweisung war Sommer 1973.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Was haben die aber davon, wenn Sie dieses Schwarzgeld bekommen? Der Winter hat ja offensichtlich von anderen Firmen größere Beträge direkt und zum Verbleib überwiesen bekommen.

Sefcsik: Die Anklage sagt: . . . , und ich war etwas verblüfft darüber; man dreht also das jetzt um. Ich habe Beihilfe bei Winter wegen der Untreue gemacht, weil ich ja nachweisen konnte, daß er für den Auftrag wirklich nichts getan hat. Im Gegenteil, der Winter hat ja den Auftrag für Siemens — Traunreuth — unterschrieben. Und der Winter war ja derjenige, der sich gewehrt hat, überhaupt daß ich den Auftrag bekomme. Also habe ich ja gar keine Veranlassung, diesen Menschen irgend etwas zu geben. Ich glaube, das muß ja jedem verständlich sein.

Jetzt hat man das dann umgedreht und hat gesagt: In der Anklage ist ja überhaupt kein Wort mehr von einem Schmiergeld an den Winter, im Gegenteil, ich hätte das Geld jetzt privat eingesteckt.

Das ist der Schluß der Anklage, und deshalb bin ich jetzt eingesperrt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und nun mußte Ihnen aber Schweitzer als Vertreter der Großfirma, der hat natürlich jetzt schon eine andere Rolle . . . , also nehmen wir an, . . .

Sefcsik: Sie müssen sich überhaupt folgendes vorstellen: Eine Mittelfirma wie wir, die 60 Prozent Umsatz bei diesen fünf Elektrokonzernen macht, hat es nicht leicht. Das heißt, ich muß bei jedem Spiel, das irgend ein Elektrokonzern mir vorlegt oder mich unter Druck setzt, mitspielen. Und das Unterdrucksetzen ist ja relativ oft geschehen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie zum Beispiel?

Sefcsik: Indem man sagt, du kannst den Auftrag haben, wir haben aber eine Provision zu bezahlen, wir sind als Großkonzern dazu nicht in der Lage, wir dürfen es nicht, der Vorstand wird an dich herantreten, du kannst den Auftrag haben, um 5 Prozent verminderten Preis, statt 60 Prozent Rabatt, der schon bei den Selbstkosten liegt, wir lassen dir 5 Prozent, aber dafür bekommen wir 2 Prozent Provision. Wenn du das nicht machst, dann bekommst du den Auftrag nicht. Genauso hat es sich wahrscheinlich auch bei allen anderen Firmen abgespielt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wer hat solche Gespräche konkret mit Ihnen geführt?

Sefcsik: Über die Namen gebe ich keine Auskunft, das mache ich schon seit 9 Monaten so.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das war mir nicht bekannt, da wir uns erst kennengelernt haben.

Sefcsik: Das ist ein Grund, von dem ich hoffe, daß Sie ihn verstehen. Es geht nicht um meine Person in der Richtung. Die anderen, die auch in das Ganze involviert sind, haben es sicher viel einfacher, aber es geht um 300 Arbeitsplätze. In dem Moment, wo ich irgendeinen Namen nenne, ist der Kunde verloren.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Würden Sie nicht meinen, daß das insgesamt vielleicht jetzt die Situation bereinigen helfen könnte, wenn solche Praktiken abgestellt werden?

Sefcsik: Ich glaube deshalb nicht, weil es scheinbar niemandem bewußt ist, daß das nicht nur in der Elektrobranche gang und gäbe ist, sondern in jeder anderen Branche auch.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber kann es nicht auch interpretiert werden, daß Sie irgendeinen länger bekannten Freund, nehmen wir einmal den Herrn Schweitzer her, den Sie schon über 12 Jahre kennen, auf diese Weise decken und daß es in Wahrheit das ist, was wir auch aus den Akten entnehmen können.

Sefcsik: Daß der Schweitzer 800 000 Schilling von mir bekommen hat, das ist ja aktenkundig,

das habe ich ja schon gesagt. Dies war der einzige Name, den ich genannt habe. Diesen Betrag hat er privat von mir bekommen und nicht von der Firma.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Kann das nicht auch Ihr Gesprächspartner in vielen dieser Entscheidungsgespräche gewesen sein? Er war ja bei Siemens in einer hohen Position, um Ihnen solche Geschäftsmöglichkeiten zusichern zu können, denn es mußte ja auch eine Zusicherung sein, die dann später von der Geschäftsleitung voll getragen wird.

Sefcsik: Ich sage es noch einmal und ich bitte wirklich um Verständnis dafür, ich werde über Namen in dieser Richtung keinen Ton sagen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Unsere Frage ist: Ist das alles nicht nur eine kleine Gruppe von fünf bis sechs Herren gewesen?

Sefcsik: Nein, Sie irren.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das sagen Sie, aber in jedem Konzern sitzt einer, der offizielle Provisionen überweisen ließ und hat dann die privaten Gewinne ...

Sefcsik: Da, glaube ich, ist man auf der falschen Spur. Der Vorstand war jedes Mal, was zumindest meine Firma betrifft, informiert von dieser Provisionszahlung ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bei Ihrer Firma ist es ja kein Wunder, Sie waren ja in meinen Augen mit ¾-Gesellschafter waren Sie praktisch der starke Geschäftsführer, ist doch klar, daß ...

Sefcsik: Mein Anteil betrug 30%.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Da Sie zu zweit waren *(Sefcsik: Ja.)*, ist die Information des Vorstandes keine Kunst, aber ...

Sefcsik: Nein, nein, der Vorstand der Firma, die eine Provision von mir erhalten hat, war informiert, das meinte ich damit.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Der offizielle Vorstand der Großkonzerne war damit gemeint.

Sefcsik: Natürlich. Diese Leute waren informiert. Sonst wäre es auch undenkbar. Sie müssen sich das praktisch so vorstellen: Es gibt bei dem Großkonzern eine Projektierungsabteilung und eine Einkaufsabteilung. Die Projektierungsabteilung will den Auftrag an Sie vergeben, weil ja Sie die Arbeit mit ihr gemacht haben. Jetzt kommt die Einkaufsabteilung und die Einkaufsabteilung geht her und versucht, billigste Preise zu bekommen. Die kennt aber Ihr Gespräch mit der Projektierungsabteilung nicht. Jetzt muß von oben interveniert werden bei der Einkaufsabteilung, bitte tut dem nicht zu weh, laßt dem die 5 Prozent, sonst kann das Geschäft nicht klappen. Größtenteils waren das auch Auslandsaufträge.

Ich bin fast zu 90 Prozent überzeugt — ich kann es natürlich nicht beweisen, das ist ja ein anderer Punkt der Anklage bei mir —, daß diese Leute die Gelder weitergegeben haben. Daß die Leute persönlich das Geld behalten haben, ist für mich ausgeschlossen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie irgendwelche Wahrnehmungen?

Sefcsik: Daß zu viele davon gewußt haben ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wir haben nun ganze Ketten von offiziellen Buchungen, von Überweisungen von Großkonzernen an Plantech, um bei dem Beispiel zu bleiben, die wiederum ihrerseits auch überwiesen haben an Plantech, wo der Vorstand durchaus informiert wurde: Wir müssen, um den Auftrag zu bekommen, der Plantech soundsoviel überweisen, da gibt es Rechnungen ...

Sefcsik: In dieser Richtung möchte ich jetzt einmal ein ganz ein hartes Wort sprechen, ein ganz ein hartes Wort: Mir kann kein Generaldirektor oder irgendein Vorstandsdirektor einreden, daß er über Beträge, die eine Million überschritten haben, nicht Bescheid gewußt hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nein, das wurde auch nicht bestritten. Es ist ja auch ordnungsgemäß verbucht, weil man den Generaldirektor informierte und sagte: Bitte, wir bekommen den Großauftrag nicht ohne — Sie würden den vornehmen Ausdruck „unbenannte Provision" verwenden — der Firma Plantech soundsoviele Millionen zu überweisen. Wir haben die Auszüge, und wir wissen, wieviel die Großkonzerne an Plantech überwiesen haben. Was der Herr Generaldirektor aber nicht wußte, ist, daß Plantech nun seinerseits — nicht wie bei Ihnen das Schwarzgeld, wenn das stimmt —, sondern einen Betrag an den Konzernmenschen X, der das Ganze eingefädelt hat, zurück überwiesen hat.

Sefcsik: Ich gebe Ihnen eine indirekte Antwort darauf. Glauben Sie nicht, daß es für mich sehr einfach gewesen wäre, das auf meine zwei, drei kaufmännischen Leiter oder Projektsleiter abzuwälzen?

Ich habe gesagt, ich habe es getan, ich ganz allein, ich stehe für die Firma gerade und das tue ich.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bei Ihnen war die Firma kleiner. Aber, wie ist es in einem Konzern?

Sefcsik: Das geht bei uns auch alles über EDV.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wie ist es nun in einem Konzern, wo der Generaldirektor nicht wußte, daß sein ...

Sefcsik: Wenn er es nicht gewußt hätte, dann dürfte er dort nicht Generaldirektor sein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nein, er hat es gewußt ...

Obmann Dr. **Steger:** Herr Abgeordneter bitte, über eigene Wahrnehmungen befragen, nicht über Vermutungen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Die Wahrnehmung, den Vorgang, Herr Obmann.

Halten Sie es für möglich, daß der Herr Schweitzer auch von seiner eigenen Firma veranlaßt hat, Provisionen zu überweisen, daß er dann aber selbst als Person Rücküberweisungen von Plantech bekommen hat?

Sefcsik: Das weiß ich nicht. Darüber habe ich keine Wahrnehmungen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie waren mit Schweitzer länger bekannt. Haben Sie den Eindruck gehabt, daß er einen überdurchschnittlichen Lebensstandard hatte, der mit seinem Einkommen nicht deckungsgleich ist?

Sefcsik: Ich war geschäftlich mit ihm bekannt, aber nicht privat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun haben Sie Winter ab dem Sommer 1973 als einen einstufen müssen, der zumindest an Geschäften, die am Rande stattfinden, interessiert ist oder teilnimmt. Hat sich dieser Eindruck, daß Winter hier, als er AKH-Direktor wurde, eine sehr großzügige Auffassung haben könnte, verstärkt?

Sefcsik: Ich war eigentlich in diesen ganzen sieben Jahren zweimal bei Sitzungen beim AKH dort, und zwar ist es um diese Krankenbettschiene gegangen, wo man ja 17 mal ummodifiziert hat und 30 mal andere Meinungen getroffen hat. Ich habe eigentlich mit Winter überhaupt keinen Kontakt mehr gehabt, weil ich es gar nicht ... Am Anfang habe ich es für notwendig erachtet, aber dann habe ich ja gesehen, daß Siemens im Oktober 1973 bereits den Auftrag bekommen hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Der Kontakt mit Schweitzer war wichtiger als der mit Winter, wenn ich es richtig verstanden habe?

Sefcsik: Überhaupt mit Siemens. Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Bei Siemens war dann noch neben Schweitzer noch Mück und wer für Sie wichtig? Oder war Mück nicht so wichtig?

Sefcsik: Wenn Sie mich fragen, waren bei diesen Großfirmen für mich viel wichtiger die ganzen Projektanten als die Herren Direktoren.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Um ein Geschäft in der von Ihnen beschriebenen Weise mit Siemens abwickeln zu können, hat es da genügt, daß Sie eine Vereinbarung mit Schweitzer getroffen haben oder mußten Sie mit anderen Menschen da auch noch Vereinbarungen treffen?

Sefcsik: Da hat es langmächtige Gespräche in Traunreuth gegeben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Dort mußten Sie aber nicht liechtensteinische Firmen einschalten?

Sefcsik: Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Mußten Sie mit anderen Vertretern von Siemens — Sie brauchen keine Namen zu nennen — auch liechtensteinische Firmen einschalten?

Sefcsik: Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nur mit Schweitzer?

Sefcsik: Es war bei mir ja nur diese eine Firma.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ach so, das hat gereicht.

Weil Sie sagen, daß Sie zweimal bei AKH-Planungssitzungen *(Sefcsik: Bei Gesprächen!)*, bei Gesprächen dabei, hatten Sie den Eindruck von großer Planungs- und Bausicherheit oder nach der Randbemerkung von den 30 Umplanungen haben Sie eher einen anderen Eindruck gehabt. Welche Wahrnehmungen hatten Sie?

Sefcsik: Subjektiv mein Eindruck: Bis zur Gründung der AKPE ist überhaupt nichts gemacht worden außer Zeichnungen, Zeichnungen, Zeichnungen. Ich glaube, das kann man gar nicht in Geld umlegen was wir an Know-how für diese Krankenbettschiene hineingelegt haben. Ab dem Zeitpunkt der AKPE ist es, muß ich ehrlich sagen, technisch etwas schneller gegangen. Man hat nur den einen Eindruck gehabt, es reden zu viele Leute drein.

Wir haben zum Beispiel Holzmuster machen müssen, dann ist der Arzt gekommen, hat gesagt, nein, die Kante darf nicht eckig sein, die muß rund sein. Bitte, dort hat es ein Zehn-Seiten-Protokoll über die Rundung der Kante gegeben. Und dann ist wieder der Verwalter gekommen, hat gesagt, dort oben muß eine Staubwischleiste sein, weil dort gelangt die nicht rauf, und dann muß dort ein roter und kein grüner Punkt sein, weil die Jugoslawin,

die dort aufwischt, versteht den roten Punkt nur. Und so ist das weitergegangen.

Wir haben zum Beispiel die Freigabe für die Krankenbettschiene, was ich mich erinnern kann, nach acht Jahren, Anfang 1979, bekommen, ist dann wieder sofort zurückgestellt worden, wieder ummodifiziert worden, wieder ummodifiziert worden. Also man hat so den Eindruck gewonnen, man müßte einem das Sagen geben und da darf kein Verwalter, kein Arzt und weiß Gott wer sonst dreinreden, weil sonst wird das nie ein Ende finden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Habe ich das jetzt richtig verstanden, daß Sie ganz einfach die klare Bauherrenentscheidung nicht so ohne weiteres gefunden haben: Das und das soll geschehen?

Sefcsik: Wen meinen Sie unter Bauherrn?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Na den AKPE-Vorstand.

Sefcsik: Wenn Sie den Vorstand selbst meinen, hatte ich den Eindruck, er wollte entscheiden, aber durch diese vielen herumliegenden Gremien ist es ihm gar nicht möglich. Den Eindruck hatte ich persönlich.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sind Ihnen bei diesen Gesprächen die Betriebsorganisatoren auch begegnet?

Sefcsik: Nur in einem Fall, als sie ein Gutachten abgegeben haben über die Krankenbettschiene.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Von wem war das Gutachten?

Sefcsik: Eine Frau war das, ich kenne sonst niemanden.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie da einen kompetenten Eindruck bekommen, oder war das ein Theorie-Gutachten?

Sefcsik: Ja, wenn Sie mich fragen, das hätte jeder Techniker von mir wahrscheinlich auch machen können im Prinzip. Das ist das, was ich von Haus aus überhaupt gesagt habe, daß ich verwundert bin, daß man in jedem Großbau, der in Österreich gebaut wird, eine Sonderkonstruktion braucht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich meinte jetzt, man hat manchmal ...

Sefcsik: Über die Sonderkonstruktion hat diese ABO, glaube ich, ein Gutachten gemacht. Ich habe mir das nicht einmal durchgelesen, weil das ist dann sofort wieder umgeworfen worden von der Verwaltung, und die Verwaltung hat gesagt, nein, sie will es wieder so haben, und der Arzt hat dann wieder gesagt, er will es so haben. Die vielen Architekten dabei und so weiter. Es war eine Katastrophe. Ich bin dann nicht mehr zu diesen Sitzungen gegangen. Ich habe immer jemanden hingeschickt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Berichte Ihrer Vertreter bei diesen Sitzungen, die haben das auch in dieser Richtung, wie Sie es jetzt geschildert haben, gesagt?

Sefcsik: Ich glaube, ich lüge nicht, wenn ich sage, daß über den Punkt Krankenbettleuchte ungefähr 30 Ordner bei mir sind. Nur über die Krankenbettleuchte und nur über gewisse Punkte, die mit dem Mechanismus ja gar nichts zu tun haben, also über die Farbe, ob es rund oder eckig, ob es ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Sefcsik! Nun eine laienhafte Frage, weil ich noch nicht genug krank war. Kann man bei solchen Leuchten nicht doch relativ rasch international feststellen, wie das ungefähr ist?

Sefcsik: Die Krankenbettschiene deshalb nicht, Sie werden es vielleicht schon einmal in einem Krankenhaus gesehen haben, das hängt ober dem Bett, und es ist ein Anschluß für Sauerstoff, Lachgas, und da ist alles drinnen. Es ist ein bißchen eine komplizierte ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Es ist nicht nur eine Leuchte, sondern überhaupt die Ansteckschiene. Aber auch da müßte es doch in Ihnen bekannten internationalen Spitälern, also ausländischen Spitälern, Modelle oder Grundkonstruktionen geben?

Sefcsik: Es gibt einen Normtyp, den man an die Wand hängen kann. Der kostet wahrscheinlich ein Drittel davon.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und war war dann die Begründung, daß hier der Normtyp nicht verwendet werden konnte?

Sefcsik: Die Wünsche der vielen Architekten, die Wünsche der Verwalter, die Wünsche der Ärzte und so weiter.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wie war jetzt, um mir eine Größenordnung zu geben, der Preis der Normtype über den Daumen?

Sefcsik: Da bin ich jetzt überfragt, weil zu viele Typen waren, das kann man nicht auf ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): In welcher Größenordnung spielt sich das ab?

Sefcsik: Im Prinzip können Sie sagen, es liegt zwischen 1 zu 2 und 1 zu 5. Im allgemeinen. 1 S der Normtyp und zwischen 2 und 5 S der Sondertyp.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wenn Ihre Herren bei den Sitzungen dabei waren, haben sie

irgendwo registrieren können, wieweit die Organisationsvorschläge brauchbar waren?

Sefcsik: Ich habe mir einmal wahnsinnig den Mund verbrannt — es haben eigentlich nur die Architekten zugestimmt —, das war bei der ersten Sitzung, wo ich dort war, das war etwa 1976, 1975/1976, wo ich meine bescheidene Meinung geäußert habe, daß ich gesagt habe, es ist viel zu früh, mit dem Innenausbau, also mit der Installation und dem Ganzen, mit der Planung zu beginnen. Denn wenn ich so einen großen Bau hinstelle, dann ist das Einfachste, ich mache das Gebäude, ziehe die Kanäle durch, sollen die Kanäle das Doppelte kosten von dem, was sie jetzt kosten, und zwar sogenannte Kabelkanäle. Wir haben da etwas entwickelt gehabt mit der deutschen Firma Disco, das war eine Art Verteiler, der in den Kabelkanal eingeteilt wird, wo man abzweigen kann, wo man einstecken kann, wo man zuführen kann, wann man will.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Eine Art Bausteinsystem.

Sefcsik: Bausteinsystem. Das heißt, die Geräte, über die man sich damals schon den Kopf zerbrochen hat, die werden sowieso jedes Jahr neu entwickelt, und es kommen immer wieder neue Sachen. Das heißt, man kann so eine Inneninstallation nicht acht oder neun oder zehn Jahre vor der Fertigstellung machen. Ich bin der Meinung, jetzt wäre der richtige Zeitpunkt, vielleicht überhaupt erst damit zu beginnen. Das ist meine bescheidene Meinung dazu.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Die letzte Frage, eigentlich nur eine private. Die Erfindung des Namens Happy für Ihre Firma geht ja auf Sie zurück, weil es paßt irgendwie zu Ihnen?

Sefcsik: Ja, jetzt müßte ich es nicht glücklich nennen, sondern . . .

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben den Namen eingebracht?

Sefcsik: Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sind Sie SPÖ-Mitglied, Club-45-Mitglied oder so irgend etwas?

Sefcsik: Ich gebe jetzt eine ganz klare Antwort, weil immer soviel herumgeredet wird. Mein Vater ist im 34er Jahr gesessen, mein Vater war im KZ, mein Vater war eingesperrt beim Hitler, wurde zum Tode verurteilt, ist geflüchtet. Ich bin in einer sozialistischen Familie aufgewachsen und war mit elf Jahren Roter Falke. Ich habe mich aber weder, bitte, sozialistisch betätigt. Ich bin zwar bei der Partei eingeschrieben, ob ich es noch bin, weiß ich nicht, weil man soviel anderes sagt. Das ist meine Grundeinstellung. Ich kenne fast niemanden vom Club 45. Ich kenne den Wilfling nicht. Ich bin nie dort gewesen. Also ich habe mich politisch in der Richtung nicht betätigt. Ich anerkenne die Meinung des anderen. Man soll mir bitte auch meine Einstellung lassen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Der Club 45, waren Sie da zwar Mitglied, aber nie dort oder auch nie Mitglied?

Sefcsik: Ich war nie Mitglied im Club 45.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Welche geschäftlichen beziehungsweise persönlichen Beziehungen unterhielten Sie zu Herrn Fürnsinn?

Sefcsik: Meinen Sie allgemeiner Natur oder jetzt auf die BFG?

Obmann Dr. **Steger:** Sowohl als auch. Mich interessiert jeweils — ich werde Sie dann bezüglich anderer Personen auch fragen —, welche Beziehungen Sie dazu gehabt haben.

Sefcsik: Fürnsinn habe ich in meinem ganzen Leben vielleicht drei Mal persönlich gesehen und gesprochen. Die Agenden der Installationstechnik bei der AEG hatte der Herr Haslauer, so daß ich mit Fürnsinn fast nichts zu tun hatte.

Obmann Dr. **Steger:** Dieselbe Frage: Haslauer.

Sefcsik: Rein geschäftliche Beziehungen begonnen selbstverständlich, ich kenne ihn auch 20 Jahre in etwa oder 15 Jahre, ist dann nach seinem Ausscheiden aus der AEG bei mir Verkaufsleiter geworden. Private Beziehungen keine.

Obmann Dr. **Steger:** Robert Talos?

Sefcsik: Robert Talos wohnt in der Nähe von mir, ist an und für sich ein Freund von mir, ist Geschäftsführer der Firma Aural, und wir stehen in enger Geschäftsverbindung selbstverständlich mit der Firma Aural, weil ja auch Knoblich daran beteiligt war.

Obmann Dr. **Steger:** Ist es richtig, daß der Geschäftsführer der Firma Aural im Jahr 1976 sich an Sie gewendet hat und Sie um Ihre Verwendung für die Erlangung eines Subauftrages der Firma Siemens Österreich im Rahmen des Neubaus des AKH ersucht hat?

Sefcsik: Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Was haben Sie auf Grund dieses Ersuchens veranlaßt?

Sefcsik: Da ich gewußt habe, daß Siemens Aufträge auch an andere Installationsfirmen vergibt, auch an mittlere und kleinere Installa-

tionsfirmen, habe ich Rücksprache mit Schweitzer gehalten, der übrigens Talos persönlich auch gut gekannt hat, und Talos ist dann selbst zu Schweitzer gegangen, und Schweitzer hat dann über Siemens Aural eine Absichtserklärung über 20 Millionen Schilling gegeben. Der Firma Aural ist es damals sehr schlecht gegangen, und sie wurde eigentlich als erste für die Arbeiten beim Allgemeinen Krankenhaus herangezogen.

Obmann Dr. **Steger:** Was war der Umstand, daß die Firma Siemens sich dazu bereit erklärt hat? Aus Ihrer Sicht, was wissen Sie darüber?

Sefcsik: Die Firma Aural mußte sich bereit erklären, bei der Firma Siemens das gesamte Elektromaterial zu kaufen. Die Großkonzerne treten ja als Großhändler auf, und Aural hatte bei AEG gekauft und ist mit dem Elektromaterial meines Wissens komplett auf Siemens umgestiegen.

Obmann Dr. **Steger:** Wäre eine andere Firma nicht dazu bereit gewesen? War es das Besondere an der Firma Aural, daß sie, wenn sie von Siemens einen Subauftrag bekommt, dann das Material von der Firma Siemens verwendet?

Sefcsik: Bitte, das weiß ich nicht, warum, da muß man die Firma Siemens fragen. Es hat auch die Firma Klenk und Med einen Auftrag bekommen.

Obmann Dr. **Steger:** Ich frage, ob Sie etwas darüber wissen?

Sefcsik: Nein, weiß ich nicht.

Die Aural war eine der größten Elektrofirmen vom Gewerbebetrieb her in Wien gesehen. Und der Umsatz war natürlich entsprechend hoch.

Obmann Dr. **Steger:** Sie meinen, die Firma Aural mußte daher auch für andere Aufträge dann immer Siemens-Material nehmen?

Sefcsik: Natürlich, das komplette Installationsmaterial.

Obmann Dr. **Steger:** Was haben Sie in dem Zusammenhang mit dieser Vermittlungstätigkeit von der Firma Aural verlangt und allenfalls bekommen?

Sefcsik: Eine Million Schilling.

Obmann Dr. **Steger:** Als Privatperson?

Sefcsik: Als Privatperson.

Obmann Dr. **Steger:** Wie kam es zur Überweisung eines Betrages von 2 Millionen seitens der Firma Knoblich-Licht als Anzahlung für den zu erteilenden Auftrag der Firma Siemens?

Sefcsik: Die Firma Siemens hat an die Firma Knoblich-Licht Anzahlungen in der Höhe von zirka 50 Millionen Schilling gegeben gehabt, die ich über Interventionen erreicht hatte. Dieses Geld lag gegen Bankgarantien gebunden bei der Zentralsparkasse. Ich habe an die AEG und an die Aural auf Wunsch von Siemens Akonto-Zahlungen auf Grund dieser Absichtserklärungen durchgeführt, weil diesen Firmen die Absichtserklärungen zu wenig waren. Eine Absichtserklärung ist ja kein Auftrag. Der Beirat hat bitte zugestimmt, bei dem Beirat waren die Zentralsparkasse, der Ing. Knoblich und die AEG dabei.

Obmann Dr. **Steger:** Ist es richtig, daß von diesem Betrag in der Höhe von 2 Millionen die Hälfte an die Firma Knoblich-Licht zurückgeflossen ist?

Sefcsik: Nein, eben nicht. Diese eine Million habe ich privat bekommen.

Obmann Dr. **Steger:** Wurde dieser Vertrag ordnungsgemäß in irgendeine Buchhaltung aufgenommen?

Sefcsik: Diese Million?

Obmann Dr. **Steger:** Der Vertrag, hat es einen Vertrag gegeben, der dem zugrunde gelegt wurde? Oder war das eine mündliche Vereinbarung?

Sefcsik: Diese Million?

Obmann Dr. **Steger:** Zunächst die zwei Millionen und dann die eine Million.

Sefcsik: Über diese zwei Millionen hat die Firma Knoblich eine Bankgarantie verlangt, die hat sie auch bekommen. Ich habe auch Zinsen verlangt, die habe ich auch bekommen. Und da gibt es eine Korrespondenz darüber. Und die Bankgarantie hat die Firma Knoblich bekommen.

Obmann Dr. **Steger:** Was hat Ihnen Winter persönlich über die Firma Plan-Tech erzählt?

Sefcsik: Daß er dort einen Freund hätte, der diese Firma gegründet hat, und daß er mit dem sehr gut wäre.

Obmann Dr. **Steger:** In welchem Jahr war denn das?

Sefcsik: Das war Sommer 1973.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie gefragt, wer das ist? *(Sefcsik: Nein.)* Wissen Sie, warum ich die Frage stelle? Ich kann mir schon vorstellen, daß man allenfalls, um — wie Sie das erklärt haben — schwarzes Geld zur Verfügung zu haben, etwas einzahlt an eine Firma und bekommt dann abzüglich der Spesen den Betrag zurück. Ich kann es mir nur nicht ganz vorstellen, daß man das macht, wenn man nicht

weiß, wer dort wirklich das Geld bekommt. Denn dann ist ja die Gefahr groß, daß das ins Ausland bezahlt wird und nie mehr zurückkommt.

Sefcsik: Die Anbahnung hat ja der Schweitzer gemacht, den ich zwölf Jahre gekannt habe.

Obmann Dr. **Steger:** Und der war für Sie so vertrauenserweckend, daß es ausgereicht hat?

Sefcsik: Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Hat er Ihnen erzählt, daß das schon mehrfach gut funktioniert hat?

Sefcsik: Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie damals Kenntnis davon gehabt, welche Firmen außer Knoblich-Licht bei Plan-Tech ebenfalls eine derartige Vorgangsweise gewählt haben?

Sefcsik: Nein, mich hat das auch nicht interessiert.

Obmann Dr. **Steger:** War die Frage dieser allfälligen Schwarzgeldbeschaffung von Ihnen im Rahmen der Firma Knoblich-Licht mit irgend jemand anderem besprochen worden?

Sefcsik: Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Zu dem Zeitpunkt, als das stattgefunden hat, war die Firma was?

Sefcsik: Eine Ges. m. b. H.

Obmann Dr. **Steger:** Und wer war Gesellschafter?

Sefcsik: Gesellschafter war der Ingenieur Knoblich mit 70 Prozent und ich mit 30 Prozent.

Obmann Dr. **Steger:** Mußte der nicht informiert werden als Gesellschafter über derartige Transaktionen?

Sefcsik: Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Hatten Sie als Geschäftsführer keinen Vertrag, daß Sie über Derartiges zu informieren haben?

Sefcsik: Nein. — Es ist auch die Aussage des Knoblich falsch, daß über 100 000 S der Beirat oder sonstwer hätte beschließen müssen. Es gibt darüber nichts und hat nie etwas darüber gegeben.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt, rein theoretisch war nach Ihrer Interpretation Ihre Geschäftsführertätigkeit so, daß Sie jederzeit jeden Betrag, allein zeichnungsberechtigt, wo auch immer hin, zahlen konnten.

Sefcsik: Zeichnungsberechtigt mit einem zweiten Prokuristen, das habe ich mir selbst ausbedungen.

Obmann Dr. **Steger:** Wer war dieser zweite Prokurist?

Sefcsik: Irgendeiner der Prokuristen.

Obmann Dr. **Steger:** Wer war der Prokurist, der in diesem Bereich unterschrieben hat?

Sefcsik: Diese Plan-Tech-Überweisung?

Obmann Dr. **Steger:** Ja.

Sefcsik: Das war der Prokurist Müller, der dann zweiter Geschäftsführer vom Frühjahr 1975 bis Herbst 1978 etwa war.

Obmann Dr. **Steger:** Der Knoblich sagte dazu, daß er von allen wesentlichen Entscheidungen ferngehalten beziehungsweise ausgeschaltet wurde und ihm lediglich von Müller beziehungsweise von Ihnen referiert wurde. Ist das richtig, daß Sie und Müller über Kassa, Bankkonten, Ein- und Verkauf, völlig frei verfügen konnten und somit über alle Kompetenzen mit Ausnahme eines Verkaufs der Firma Knoblich-Licht verfügten?

Sefcsik: Das konnte ich allein seit etwa 1965, etwa seit meiner Prokura, oder 1966, konnte ich allein entscheiden.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben heute schon berichtet über diverse Rechnungslegungen und Eingang der von der Firma Plan-Tech gelegten jeweils projektbezogenen Rechnungen an die Firma Knoblich-Licht und über die Vorgangsweise, wie sie dort gewählt wurde.

Dazu noch eine Zusatzfrage: Welches Entgelt hat Schweitzer für diese Tätigkeit erhalten?

Sefcsik: Für die Tätigkeit einer Überweisung an die Firma Plan-Tech ...

Obmann Dr. **Steger:** Tätigkeit, Vermittlung, Plan-Tech, Überweisungsdurchführung.

Sefcsik: Nichts.

Obmann Dr. **Steger:** Da entstehen Spesen, die werden abgezogen, macht das Schweitzer aus Freundschaft zu Ihnen?

Sefcsik: Es wurde mir so erklärt — ich habe das hier, glaube ich, schon zweimal gesagt —, daß die Firma Plan-Tech für ihre Arbeiten gesagt hat, daß sie Spesen in der Höhe zwischen 15 und 20 Prozent, je nach der Höhe des Betrages, hat und sich diesen Betrag gleich abzieht.

Obmann Dr. **Steger:** Wie hat das die Firma Plan-Tech gesagt?

Sefcsik: Das war auch schriftlich, da gibt es eine Korrespondenz darüber.

Obmann Dr. **Steger:** Und in welcher Weise

haben Sie über das zurückgeflossene Geld verfügt?

Sefcsik: Es wurde für unbenannte Provisionen verwendet.

Obmann Dr. **Steger:** Und da wollen Sie uns heute auch nicht sagen, wofür Sie das verwendet haben, die unbenannten Provisionen?

Sefcsik: Das habe ich eigentlich schon gesagt.

Obmann Dr. **Steger:** Im Detail noch nicht.

Sefcsik: Ich habe es schon gesagt.

Obmann Dr. **Steger:** Sehr allgemein haben Sie es gesagt, aber nicht sehr ...

Sefcsik: Sie meinen die Namen, dezidiert ...

Obmann Dr. **Steger:** Richtig.

Sefcsik: Ich bitte nochmals um Verständnis dafür. Ich bin kein Angestellter der Firma Knoblich, es geht da wirklich um 300 Arbeitsplätze. Und wenn zu 60 Prozent die Konzerne daran beteiligt sind an dem Umsatz, dann bitte ich um Verständnis dafür, daß ich keine Namen sage.

Obmann Dr. **Steger:** Der Herr Bundeskanzler hat erklärt, daß er jedem, der aussagt, die Garantie gibt, daß dadurch keine Schädigung entsteht. Ich glaube nicht, daß Sie daher in Wahrheit das schützen müssen statt des Bundeskanzlers. Sie können sich dann auf ihn berufen.

Sefcsik: Herr Dr. Steger! Auch der Herr Bundeskanzler hat gesagt, man kann mit allem zu ihm kommen. Ich bin mit allem gekommen zu allen Ministerien, zu weiß Gott was, jeder hat gesagt, er hilft. Wer hilft Ihnen denn? Kein Mensch hilft Ihnen in Österreich. Wenn Sie nicht selbst dazu als Manager in der Lage sind, etwas zu tun, dann geht es nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge, noch einmal: Sie werden halt nicht wegkommen davon, daß es Vermutungen gibt von: das hat der Herr Sefcsik selbst behalten, bis: das hat er weitergegeben nicht nur an Privatpersonen, die vielleicht wichtig waren, sondern vielleicht sogar an Leute, die es für Parteienfinanzierung verwendet haben, wenn Sie nichts darüber sagen, wem Sie das Geld eigentlich gegeben haben.

Sefcsik: Eindeutig sage ich, daß es keine Parteienfinanzierung war, eindeutig sage ich, daß es keine Ämter, Behörden und sonst etwas waren, und eindeutig sage ich, daß die Vorstände der Konzerne informiert waren über diese unbenannten Provisionen, denn sonst wäre es ja gar nicht durchführbar gewesen.

Obmann Dr. **Steger:** Sind Sie Stammgast bei einem Heurigen im 19. Bezirk?

Sefcsik: Nein, nicht daß ich wüßte. Früher vor Jahren einmal, aber ...

Obmann Dr. **Steger:** Sie sollen dort vor Ihrer Verhaftung — das ist ein Vorhalt, Sie werden mir gleich sagen, ob es wahr ist — gesagt haben, wenn Sie reden, dann können Sie nachher aus Österreich auswandern, wenn Sie ruhig sind über diese Beträge, werden Sie nachher gut weiterleben.

Sefcsik: Hat man zu mir gesagt?

Obmann Dr. **Steger:** Sollen Sie dort gesagt haben.

Sefcsik: Ich soll das zu wem gesagt haben?

Obmann Dr. **Steger:** Ist das eine Unwahrheit? Haben Sie das nie gesagt?

Sefcsik: Das ist ein Unsinn. So etwas habe ich überhaupt noch nicht gehört.

Obmann Dr. **Steger:** Gehört nicht, gesagt sollen Sie es haben. Nicht gehört haben.

Sefcsik: Bitte, das ist ein absoluter Unsinn.

Obmann Dr. **Steger:** Mir fällt nämlich auf, wie schnell Sie sagen können, was das Geld nicht gewesen ist.

Sefcsik: Bitte, ich verstehe Sie sehr schlecht.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist mir unangenehm, weil sonst hoffe ich immer, daß mich alle sehr gut verstehen.

Mir fällt nur auf, daß Sie jeweils sehr schnell sagen können, was dieses Geld nicht gewesen ist, wofür es nicht verwendet wurde.

Sefcsik: Ja, das habe ich gesagt.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist ein interessantes Puzzlespiel. Wenn man Ihnen etwas hinhält: Ist es dafür gewesen?, dann kommt sehr schnell: nein; aber was es gewesen ist, kann ich nicht sagen, ist dann Ihre Antwort.

Sefcsik: Sie halten mir vor, ich hätte jemandem gesagt, er könne auswandern. Ich meine ...

Obmann Dr. **Steger:** Ich bin schon wieder bei einem anderen Themenkreis.

Sefcsik: Ich sage es noch einmal: Unbenannte Provisionen habe ich bezahlen müssen, die Vorstände haben davon gewußt, und ich habe auch dem Herrn Abgeordneten Steinbauer erklärt, wieso der Vorstand es gewußt haben muß, weil der Einkauf auf der einen Seite gedrückt hat den Preis, auf der anderen Seite die Projektierungsgruppe diese Leuchte

wollte. Das heißt, es mußte ja vom Vorstand vermittelt werden.

Obmann Dr. **Steger:** Sie glauben immer, daß Sie sich hier hersetzen und uns belehren über das, wie sich eigentlich die Wirtschaft wirklich abwickelt. Nur bei mir zumindest finden Sie kein Gehör damit, daß Sie nicht bereit sind zu sagen, wem Sie Millionenbeträge gegeben haben, Sie werden vielleicht bei anderen Gehör finden. Bei mir nicht. Ich versuche Ihnen zu helfen, ob Sie nicht doch ein bisserl mehr darüber sagen wollen, vor allem Sie darauf aufmerksam zu machen, daß das eine Verantwortung ist, für die Sie möglicherweise am Schluß sogar verurteilt werden, die aber nicht gerade das Sinnvollste ist, wenn sie einiges andere ja schon zugeben. Vielleicht wäre es auch für Sie persönlich gescheiter, sehr wohl zu sagen, wem Sie diese Gelder gegeben haben, weil Sie nicht unbedingt glaubwürdig sind, wenn Sie gerade in dem Bereich nichts sagen. Und ich habe vorher mit einer Zwischenfrage versucht zu sehen, ob es vielleicht ein Motiv für Sie gibt, warum Sie das nicht angeben wollen, ein Motiv, das nichts mit einer allfälligen Verurteilung zu tun hat.

Sefcsik: Das einzige Motiv ist wirklich — und das können Sie mir glauben — nur das Motiv der Erhaltung dieser Firma.

Obmann Dr. **Steger:** Ich weiß nicht, ob das Motiv so stark sein kann, wenn man dort schon weiß, daß man suspendiert wird und daß man in dieser Firma nicht mehr Geschäftsführer sein wird.

Sefcsik: Es war immerhin mein Lebenswerk.

Obmann Dr. **Steger:** Vielleicht gibt es doch das Motiv, daß Sie sich vor Pressionen, Sanktionen, Auswirkungen fürchten, wenn Sie reden.

Sefcsik: Absolut nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Es gibt also niemanden bei diesen Empfängern von diesen Millionenbeträgen, der Ihnen allenfalls nachher etwas tun könnte, Druck ausüben könnte.

Sefcsik: Nein, glaube nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Ihnen schaden könnte.

Sefcsik: Ich weiß es nicht, aber ich glaube es nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Nicht weil Sie sich fürchten, sondern weil sich die 300 dort Beschäftigten fürchten müssen, deswegen reden Sie nicht.

Sefcsik: Richtig.

Obmann Dr. **Steger:** Also die Empfänger der Provisionen können zwar Ihnen nicht schaden, heißt das, aber den 300 Hilfsarbeitern, Lagerarbeitern, Monteuren, denen gegenüber kann dann Druck ausgeübt werden.

Sefcsik: Denen gegenüber könnten sie schaden. Ja. Das ist bitte wirklich nicht so, wie Sie vielleicht denken. Ich sage noch einmal: 60 Prozent des Umsatzes sind die Großkonzerne. Das muß doch alles sagen, bitte.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben öfters Besuche in Betrieben gehabt. Sind Sie da gefragt worden, ob Sie allenfalls Spenden geben bei diesen Besuchen?

Zum Beispiel haben Sie heute hier dem Ausschuß erzählt, Dr. Busek war bei einem Betriebsbesuch und hat gesagt, er wird sich verwenden.

Sefcsik: Es hat sich angemeldet — das sind die üblichen Betriebsbesuche — der Vorstand der ÖVP in der Donaustadt, daß er den Betrieb besichtigen möchte, es hat das übrigens dann auch der Bürgermeister Gratz gemacht, das geschieht in Zeitabständen, kann man sagen, vor fast einem Jahr.

Obmann Dr. **Steger:** Bei derartigen Besuchen, sind Sie da je gefragt worden um Spenden?

Sefcsik: Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Das ist wahrscheinlich der einzige Betrieb in Österreich. Sie mauern nämlich schon dort, wo es noch ganz unverfänglich ist. Denn ein bisserl sitzen ja hier auch Politiker, die sich wahrscheinlich nicht vorstellen können, daß sie nicht je einmal gefragt worden sind in ihrem Leben um eine Spende von 5 000 S, von 10 000 S. Wir sind ja nicht alle Karnickeln hier, die keine Ahnung haben von diesem Themenbereich.

Sefcsik: Bitte, mit Spenden hat es sich doch anders abgespielt, das hat mich doch nicht der Herr Dr. Busek gefragt. Da bin ich angerufen worden, da habe ich gekriegt vom Turnverein oder von dort oder von dort oder von der Polizei ein Schreiben: Wir ersuchen um eine Spende.

Obmann Dr. **Steger:** Wer hat Sie dann angerufen?

Sefcsik: Naja, irgendeiner von irgendeinem Parteisekretariat: Unser Turnverein oder unser Basketballverein oder unser Eishockeyklub oder der oder der ...

Obmann Dr. **Steger:** Und da haben Sie nie etwas bezahlt?

Sefcsik: Sicher hat man da gespendet, das muß ja auffliegen, das ist ja geprüft worden.

Das waren Beträge von 1 000 S, 2 000 S, 500 S, so in der Höhe vielleicht.

Obmann Dr. **Steger:** Sie glauben noch immer, hier sitzen lauter Karnickeln, die von dem Themenkreis erstmals etwas hören.

Ist Ihnen bekannt, daß sich die Firma — aber Sie haben ja noch Zeit bis zu Mittag, vielleicht fällt Ihnen da noch etwas ein — AEG Telefunken Ges. m. b. H. im Jahr 1975 um einen Subauftrag der Firma Siemens-AG-Österreich bemühte und einen solchen mit Schreiben vom 14. 5. 1975 in der Größenordnung von 45 Millionen Schilling zusicherte?

Sefcsik: Ja, eine Absichtserklärung war das.

Obmann Dr. **Steger:** Was wissen Sie darüber?

Sefcsik: Daß der Auftrag erteilt wurde, also diese Absichtserklärung. Mehr nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Inwiefern haben Sie davon erfahren, welcher Personenkreis?

Sefcsik: Ich habe knapp vor Weihnachten, Anfang Dezember, davon erfahren, als mich ...

Obmann Dr. **Steger:** Dezember?

Sefcsik: 1975. Ich glaube, 1975 war das. Haslauer informierte mich, daß das Geschäft bei der AEG schlecht gehe, daß die AEG zirka 300 Millionen Auftragseingang dieses Jahr noch brauchen würde, daß der Dr. Aich *(phonetisch)* abgelöst werden würde und so weiter, daß der Dr. Moslehner *(phonetisch)* eintritt ab 1. Jänner. In diesem Zusammenhang hat er mir das erzählt und außerdem gesagt, daß die seinerzeitige Zusage, die ja schon lang vorher war, auch an EBG und BBC und so weiter, bei der AEG zirka 140 Millionen ausmachen sollte, davon aber erst nur 45 Millionen an Absichtserklärungen eingetroffen sind. Er hat mich gebeten auf Grund meines Bekanntheitsgrades mit Schweitzer, weil es Fürnsinn *(phonetisch)* über Winter und Schweitzer nicht gelungen ist, ob es nicht möglich wäre, diese Absichtserklärung noch im Jahre 1975 zu erteilen und nicht später.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie Kenntnis davon, daß Schweitzer diesen Subauftrag angeblich blockiert hat?

Sefcsik: Nein, ist mir nichts bekannt.

Obmann Dr. **Steger:** Angeblich sollen nämlich Sie Ihren Einfluß bei Siemens geltend gemacht haben, um den Subauftrag der Firma Siemens an AEG zu realisieren.

Sefcsik: Ja, es ist nur um die Zeitdauer gegangen. Die Zusage auf 140 Millionen war ja schon lange vorher gegeben.

Obmann Dr. **Steger:** Schweitzer selbst sagt das im übrigen, daß Sie sich da bemüht haben.

Sefcsik: Ja, ich habe mich bemüht. Das habe ich ja auch gesagt.

Obmann Dr. **Steger:** Um was haben Sie sich bemüht?

Sefcsik: Ich habe mich bemüht, daß zeitlich gesehen bis Ende des Jahres 1975 die AEG den zusätzlichen zugesagten Auftrag beziehungsweise die Absichtserklärung erhält.

Obmann Dr. **Steger:** Mit wem haben Sie da Kontakt aufgenommen?

Sefcsik: Primär mit Schweitzer.

Obmann Dr. **Steger:** Das verstehe ich jetzt nicht ganz. Bei Schweitzer haben Sie interveniert?

Sefcsik: Bei Schweitzer habe ich interveniert, ja.

Obmann Dr. **Steger:** Und was hat dann Siemens veranlaßt, diesen Subauftrag zu geben nach Ihrer Intervention?

Sefcsik: Die Zusage an die AEG war ja vorhanden, und es ist nur eine zeitliche Frage gewesen: Wann wird diese zusätzliche Absichtserklärung erteilt?

Obmann Dr. **Steger:** Hat Siemens — bei der Firma Aural, AEG — eigentlich immer das gemacht, was Sie gesagt haben? Gibt es auch Fälle, wo Sie interveniert haben und sich nicht durchgesetzt haben?

Sefcsik: Es gibt 15 andere Subaufträge auch noch von Siemens, soweit ich informiert bin an Elektrofirmen.

Obmann Dr. **Steger:** Die Fragestellung war eine andere: Ob Sie so dominierend waren bei Siemens, daß dann, wenn Sie etwas gesagt haben, das auch gemacht wurde. Sie intervenieren in dem Fall ja nicht für Ihren Firmenbereich, sondern für AEG.

Sefcsik: Richtig.

Obmann Dr. **Steger:** Hatten Sie so eine starke Stellung Siemens gegenüber?

Sefcsik: Man hat Wünsche, die erfüllbar waren, gegenseitig erfüllt. Man hat sich gegenseitig gebraucht.

Obmann Dr. **Steger:** Was hat Siemens für eine Veranlassung, dem Wunsch des Herrn Sefcsik, daß AEG einen Auftrag über 45 Millionen bekommt, zu erfüllen?

Sefcsik: Die 45 Millionen, bitte, habe ich ja gar nicht gewußt. Das habe ich ja erst zu Weih-

nachten erfahren. Die Zusagen waren doch schon 1973 da an alle Firmen. Es ist doch nur um die Zeit gegangen, daß das noch im Jahre 1975 erfolgt.

Obmann Dr. **Steger:** Aus welchem Grunde wurde der ursprünglich zugesagte Subauftrag in der Größenordnung von 45 Millionen Schilling schließlich mit Schreiben der Siemens-AG vom 21. 12. 1976, also Dezember 1976, auf 100 Millionen Schilling erhöht? Waren Sie da involviert?

Sefcsik: Das hab ich ja gerade gesagt, Herr Dr. Steger.

Obmann Dr. **Steger:** Die Erhöhung.

Sefcsik: Die Erhöhung.

Obmann Dr. **Steger:** Das haben also Sie veranlaßt?

Sefcsik: Nicht die Erhöhung habe ich veranlaßt, sondern daß der zeitliche Ablauf der Bestellung noch im Jahre 1975 erfolgt. Die Zusage auf die 145 waren ja schon seit Jahren da.

Obmann Dr. **Steger:** Nein, zuerst war es eine Zusage auf 45. Die haben Ihnen vorerst 45 gegeben, so wie Sie es bei anderen Firmen auch gemacht haben. Aber es waren 140 zugesagt.

Obmann Dr. **Steger:** Wer hat Ihnen das vorher mitgeteilt?

Sefcsik: Das hat mir Haslauer anläßlich dieses Gespräches Anfang Dezember 1975 gesagt.

Obmann Dr. **Steger:** Da hat er Ihnen gegenüber gesagt, daß es auf 145 zugesagt ist.

Sefcsik: Ja. Und er bräuchte 300 Millionen gesamt gesehen, und wenn er die 100 Millionen bekommen könnte noch im Jahr 1975, dann wäre das für ihn natürlich und für Dr. Fürnsinn *(phonetisch)* ein Renommee gegenüber der Geschäftsleitung.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie in diesem Zusammenhang eine Provisionsforderung an die Firma AEG gestellt?

Sefcsik: Ja.

Obmann Dr. **Steger:** In welcher Funktion? Als Privatperson oder als Geschäftsführer?

Sefcsik: Als Privatperson.

Obmann Dr. **Steger:** Wieso kriegen Sie dann eigentlich die Provision, wenn Sie das Geschäft gar nicht entriert haben? Heute haben Sie gesagt, Sie haben ja nur den Termin ... *(Zwischenbemerkung des Zeugen.)* Lassen Sie mich ausreden, wir haben sonst wieder ein verstümmeltes Protokoll, wenn Sie mich nie ausreden lassen. Heute haben Sie gesagt, Sie haben nur den Termin fixiert, aber an sich war das Geschäft schon vorher schriftlich fixiert. Wieso haben Sie dann einen Provisionsanspruch?

Sefcsik: Ich habe eine Provisionsforderung gestellt, die wurde von der Firma AEG akzeptiert. Warum die Firma AEG das gemacht hat, weiß ich nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Stellen Sie Provisionsforderungen auch dann, wenn das Geschäft nicht von Ihnen entriert wurde? Oder, wieder die Frage: Ist Ihre Stellung gegenüber der Firma Siemens so dominant, daß man im Zweifelsfalle eine Provisionsforderung von Ihnen auch in so einem Bereich einfach akzeptiert?

Sefcsik: Meine Stellung ist in der gesamten Elektrobranche, wenn ich das so ausdrücken darf, weil es mir ja immer vorgehalten wurde ... Von Dominanz gegenüber den Elektrofirmen, bitte, kann man von meiner Person wirklich nicht sprechen. Es braucht jeder den anderen. Und ich war abhängig von den Elektrofirmen und habe mich natürlich bemüht, auch ihnen entgegenzukommen, wo es nur möglich war.

Obmann Dr. **Steger:** Oder war es vielleicht doch so, daß der Herr Schweitzer blockiert hat bis zu Ihrer Intervention, das Duo Schweitzer—Sefcsik so eng war, daß man gewußt hat, daß man damit die Blockade wegbringt.

Sefcsik: Nein. Ich habe von dem 45-Millionen-Auftrag bis zum Dezember nichts gewußt. Ich habe auch von den 140 nichts gewußt.

Obmann Dr. **Steger:** Auffällt nur, daß nach Ihrer Intervention plötzlich eine Firma wie Siemens tatsächlich das in der gewünschten Art und Weise macht und daß Sie dann eine Provisionsforderung stellen und sie auch bezahlt wird, wobei ich noch nicht erlebt habe, daß eine Firma wie AEG 5 Millionen Schilling Provision zahlt, ohne daß eine Verdienstlichkeit, wie es juristisch heißt, gegeben ist.

Sefcsik: Die Provision habe ich erst im März bekommen, und der Auftrag wurde, glaube ich, eben am 14. oder 15. Dezember erteilt.

Obmann Dr. **Steger:** Die Firma AEG prüft ja sicher auch, ob die Verdienstlichkeit für 5 Millionen gegeben gewesen ist.

Sefcsik: Das ist sogar in der Beiratssitzung besprochen worden.

Obmann Dr. **Steger:** Also war zumindest aus der Sicht der Firma AEG es schon sehr wichtig, daß der Herr Sefcsik sich darum bemüht, daß grünes Licht gegeben wird. Und aus der Sicht des Herrn Sefcsik offensichtlich auch, denn sonst hätte er die Provision gar nicht gefordert.

Sefcsik: Für mich war die Provision wichtig.

Obmann Dr. **Steger:** Nicht die Provision, sondern die Tätigkeit wichtig. Wollen Sie nicht sich das noch einmal überlegen, das ist ja sonst nicht ganz logisch.

Sefcsik: Ich sage bitte noch einmal — ich glaube, ich wiederhole das —: Ich bin von den Elektrofirmen abhängig gewesen. Ich habe diese unbenannten Provisionen bezahlt, was die Provision, die private Provision an mich betrifft, habe ich vom Herrn Haslauer im Dezember 1975 erfahren, daß eine Zusage seitens Siemens vorliegt, die jedoch nicht ganz erfüllt wurde. Er bittet mich zu intervenieren, daß die Erfüllung noch im Jahre 1975 erfolgt.

Obmann Dr. **Steger:** Aus welchem Grunde kam es in diesem Zusammenhang zu einer Überweisung der Knoblich-Licht in der Höhe von 5,5 Millionen an die österreichische AEG-Telefunken-Gesellschaft?

Sefcsik: Genauso wie bei der Aural wurde ich von Siemens ersucht, die Überweisung durchzuführen, weil mein Geld sowieso brachgelegen ist. Ich habe auch dort eine Bankgarantie und Zinsen verlangt.

Obmann Dr. **Steger:** Von der Firma Siemens ersucht, heißt von welcher Person ersucht?

Sefcsik: Ich glaube, es war die kaufmännische Abteilung: entweder Philipp oder sonst wer. An das kann ich mich beim besten Willen nicht mehr erinnern.

Obmann Dr. **Steger:** Nicht der Herr Schweitzer?

Sefcsik: Nein, bestimmt nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt: Geld wird von Knoblich bezahlt ...

Sefcsik: Ich habe eine Anzahlung von Siemens gehabt.

Obmann Dr. **Steger:** ... daraus bekommen Sie die Provision. Oder sehen Sie da keinen Zusammenhang?

Sefcsik: Ich habe ja Anzahlungen von Siemens gehabt in der Höhe von zirka 50 Millionen, die bei der Zentralsparkasse brachgelegen sind. Diese Gelder, die bei der Zentralsparkasse gelegen sind, waren ja praktisch nicht mein Eigentum, weil sie ja Siemens jederzeit hätte zurückrufen können. Siemens hat mich auf Grund der Absichtserklärung ... Zuerst ist die AEG an Siemens herangetreten und hat ersucht um eine Akontierung. Siemens hat gesagt, auf Grund einer Absichtserklärung geht das nicht, der Auftrag kann erst später erteilt werden, weil ja noch nichts konkretisiert ist, weder ein Preis noch Material, und wir können euch nur eine Absichtserklärung geben. Jetzt wollte aber die AEG eine gewisse Absicherung haben, weil eine Absichtserklärung allein besagt ja nichts. Und auf Grund dessen wurde ich ersucht, das Akonto durchzuführen.

Obmann Dr. **Steger:** Darf ich Sie unterbrechen, Herr Zeuge. Gerade vorhin haben Sie mir gesagt, die Absichtserklärung war ja schon die Fixierung, jetzt sagen Sie wieder, die Absichtserklärung allein besagt ja noch nichts. Sind Sie sich auch dieses Widerspruches bewußt?

Sefcsik: Eine Absichtserklärung ist kein Auftrag.

Obmann Dr. **Steger:** Gerade vorher wollten Sie mir dauernd diese Absichtserklärung als den Auftrag verkaufen.

Sefcsik: Nein, das habe ich sicher nie gemacht, weil das nie in den Akten drinnen war. Ich sage: Absichtserklärung ist eine Absichtserklärung und Auftrag ist Auftrag.

Obmann Dr. **Steger:** In Ihrer Antwort vorher wollten Sie mir dauernd erklären, Sie mußten deswegen nicht mehr viel machen, weil ja die Absichtserklärung schon vorher schriftlich vorhanden war.

Sefcsik: Diese 45 Millionen, von denen ich hier gesprochen habe. Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Richtig. Jetzt aber sagen Sie gerade wieder: Es war nur eine Absichtserklärung, das ist ja noch nichts Verbindliches. Das genügt ja nicht. Auf diesen Widerspruch mache ich Sie gerade aufmerksam.

Sefcsik: Wo ist da ein Widerspruch?

Obmann Dr. **Steger:** Ich sehe einen. Sie sehen keinen. Das genügt mir auch, wenn Sie das so beantworten. Ich sage noch einmal: ich sehe trotzdem einen. Wenn Sie einmal mir sagen, das ist ja noch nichts Bindendes, daher konnte Siemens nichts bezahlen, das andere Mal aber wieder gerade sagen, Sie mußten ja nicht mehr tätig werden, weil es war schon die Bindung durch die Absichtserklärung vorhanden. Ist jetzt diese Absichtserklärung etwas Bindendes oder nicht?

Sefcsik: Diese Absichtserklärung waren noch nur 45 Millionen statt der zugesagten 140.

Obmann Dr. **Steger:** Wenn eine Absichtserklärung etwas Bindendes ist, dann kann die Firma Siemens direkt bereits etwas bezahlen. Sie sagen, sie konnte nicht bezahlen, weil es ja nur eine Absichtserklärung war.

Sefcsik: Das hat mir Siemens erklärt, ich kann nur das sagen, was mir Siemens erklärt.

Obmann Dr. **Steger:** Fällt Ihnen zumindest

jetzt auf, daß Ihre Interpretation eine andere war als die der Firma Siemens?

Sefcsik: Das könnte möglich sein. Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Wer von der Firma Siemens diese andere Interpretation abgegeben hat, wissen Sie nicht mehr. Und Sie schließen aus, daß das der Herr Schweitzer war?

Sefcsik: Ausschließen, heute nach neun Jahren oder sechs Jahren . . .

Obmann Dr. **Steger:** Wie wurde dieser Betrag Ihres Wissens, nach Ihren Informationen seitens der Firma AEG verwendet?

Sefcsik: Das weiß ich nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Ist Ihnen nicht bekannt, daß ein Betrag von 5,23 Millionen durch Dr. Fürnsinn *(phonetisch)* auf das Konto der Firma PFG gegangen ist?

Sefcsik: Ja, das habe ich dann aus den Akten und aus der Aussage Fürnsinns entnommen.

Obmann Dr. **Steger:** Vorher haben Sie nichts davon gewußt?

Sefcsik: Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben daher, nehme ich an, auch nicht gewußt, daß in weiterer Folge dieser Betrag von Dr. Fürnsinn und Ing. Haslauer in Vaduz behoben und Ihnen in Wien übergeben wurde?

Sefcsik: Oh ja, das habe ich gewußt.

Obmann Dr. **Steger:** Da haben Sie aber nicht gewußt, daß das dieser einbezahlte Betrag ist, also nur ein Betrag in der Höhe.

Sefcsik: Geld hat ja kein Mascherl.

Obmann Dr. **Steger:** Aber nicht das andere. Welcher Anteil hievon ist an Fürnsinn und Haslauer weitergegangen?

Sefcsik: Ich wußte auch zum damaligen Zeitpunkt nicht, daß praktisch der AEG diese Firma gehört, wie es aus den Akten hervorgeht. Die beiden haben mir genauso wie Schweitzer bei Plantech erklärt, daß die Firma PFG eine eigene Firma wäre, wo die AEG schon so etwas abgewickelt hat und daß 20 bis 25 Prozent auch dort einbehalten werden.

Obmann Dr. **Steger:** Wie wurde der an Sie zurückgeflossene Geldbetrag verwendet?

Sefcsik: Den habe ich privat verwendet. Ich habe ihn vorerst einmal in der Firma als unbenannte Provisionen verwendet und habe ihn mir dann sukzessive, wie es der Firma möglich war, zurückbezahlt.

Obmann Dr. **Steger:** Wer ist anteilsmäßig an der Firma UHA beteiligt? Besteht eine Beteiligung der Firma Knoblich-Licht?

Sefcsik: Nein, das ist meine eigene Beteiligung, weil ich als Knoblich nicht auftreten konnte. Das war ein reines Projektierungsbüro.

Obmann Dr. **Steger:** Ist das eine Ges. m. b. H.?

Sefcsik: Ja, das ist eine Ges. m. b. H.

Obmann Dr. **Steger:** Und Sie mit einem Treuhänder haben die Ges. m. b. H. gegründet?

Sefcsik: Ja. Mit dem Firmenanwalt, mit dem Dr. Hiller.

Obmann Dr. **Steger:** Also praktisch eine Alleinfirma, aber als Ges. m. b. H. gegründet.

Sefcsik: Es sind beteiligt daran Fürnsinn gewesen, der Haslauer.

Obmann Dr. **Steger:** Mit welchen Prozenten? Zirka?

Sefcsik: Es ist dann verkauft worden, ich glaube, jetzt sind es bei 10 Prozent.

Obmann Dr. **Steger:** Ihr Anteil bei UHA war wie groß?

Sefcsik: Am Anfang, glaube ich, war er 20 oder 25 Prozent, jetzt ist er 10 oder 12 Prozent, ich habe keine Ahnung, wie hoch er jetzt im Moment ist.

Obmann Dr. **Steger:** Knoblich sagt, ich zitiere wörtlich:

„Wenn ich gefragt werde, ob ich über Zahlungen von Provisionen für unbenannte Personen etwas gewußt habe, so gebe ich an: Die Bezahlung von Provisionen an Personen, die nicht genannt werden wollen, ist in der Baubranche üblich oder man bekommt keine Aufträge. Ich habe auch solche Provisionen ausbezahlt, aber erst ab dem Zeitpunkt, als Sefcsik bei mir eintrat, denn dieser überzeugte mich davon, daß man nur so Aufträge bekommen könnte. Ich glaube auch, daß das völlig richtig ist, nämlich die Ansicht von Sefcsik, denn ohne Schmieren erhält man wirklich keinen Auftrag beziehungsweise nicht genügend." — Ende des Zitats.

Was sagen Sie dazu?

Sefcsik: Die Gegenantwort, bitte, möchte ich mir aufheben für die gerichtliche Verhandlung.

Obmann Dr. **Steger:** Sie wollen nichts dazu sagen?

Sefcsik: Ich kann nur eines dazu sagen: Es ist unrichtig, daß Provisionen erst bezahlt wurden nach meinem Eintritt beziehungsweise noch . . .

Obmann Dr. **Steger:** Lassen wir zunächst das Datum weg, sondern nur diese Grundsatzerklärung. Würden Sie das auch so sehen, daß, wenn man in dieser Branche eben nicht an gewisse Personen — unbenannte Provisionen, wie es hier heißt — bezahlt, dann kriegt man keine Aufträge?

Sefcsik: Einschränkend vielleicht würde ich es so sehen.

Obmann Dr. **Steger:** Wie einschränkend?

Sefcsik: Einschränkend in der Richtung, daß es sicherlich richtig ist, daß man gewisse unbenannte Provisionen bezahlen muß. Es ist mir nicht einmal passiert, daß zum Beispiel ein privater Inhaber einer Firma gekommen ist und gesagt hat: Gib mir nicht 50 Prozent Rabatt, gib mir nur 30 Prozent Rabatt und 10 Prozent gib mir schwarz. Dann hast Du die Steuer damit auch gedeckt. 10 Prozent kannst du für die Steuer verwenden und 10 Prozent habe ich schwarz.

Noch dazu ist ja zu sagen, daß das Finanzamt bei den Prüfungen der Einzelfirmen jeweils anerkannt hat 50 bis 60 Prozent dieser Beträge.

Obmann Dr. **Steger:** Als was wurde dann der Rest von Ihnen behandelt?

Sefcsik: Der wurde dann als Privatentnahme behandelt.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie vor Ihrem Eintritt in die Firma Knoblich-Licht über den derartigen Themenkreis, Provisionszahlungen — Schmiergeldzahlungen, wie wir vielleicht unfeiner sagen —, schon Erfahrungen oder irgendein Wissen gehabt?

Sefcsik: Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Ist das alles während Ihrer Tätigkeit in der Firma von Ihnen kaufmännisch in Erfahrung gebracht worden?

Sefcsik: Das lernen Sie in jedem Verkaufsseminar.

Obmann Dr. **Steger:** Was lernen Sie in jedem Verkaufsseminar?

Sefcsik: Daß nicht der Preis die Entscheidung ist, sondern der Kontakt und wie der Kontakt gemacht wird. Und da lernen Sie genauso diese unbenannten Provisionen. Ich kann Ihnen genau sagen, daß ich das gehört habe, es gibt sogar Skripten drüber.

Obmann Dr. **Steger:** Ja, nur ist der Unterschied dann, an wen man Provisionen zahlt.

Sefcsik: Richtig, ja.

Obmann Dr. **Steger:** Oder ist auch der Unterschied, die Fragestellung, in welcher Dimension. Wenn es einmal Millionenbeträge annimmt, die man selbst dann nicht nennen will, wenn man weiß, daß man persönlich möglicherweise deswegen verurteilt wird, dann kommt halt jemandem, der selbst Rechtsanwalt ist und nicht auch ganz unwissend über diese Dinge ist, schon der Verdacht hoch, daß es vielleicht irgend etwas gibt, was einem selbst unangenehmer wäre, als eine allfällige Verurteilung.

Sefcsik: Ich weiß nicht, ob Sie den Prozentsatz kennen der unbenannten Provisionen; in welcher Höhe der vom Gesamtumsatz liegt.

Obmann Dr. **Steger:** Von den Gesamtprovisionen, wenn schon, nicht vom gesamten Umsatz. Mit Umsatzziffern lasse ich mich nicht bluffen.

Sefcsik: 60 Prozent Konzernumsätze.

Obmann Dr. **Steger:** Ich lasse mich nicht von den Umsatzziffern bluffen.

Sefcsik: Wieso bluffen?

Obmann Dr. **Steger:** Reden wir von den Provisionsziffern. Sie können mir gerne eine Prozentaufstellung zwischen den benannten Provisionen und den unbenannten Provisionen geben.

Sefcsik: Die gibt es ja bei mir.

Obmann Dr. **Steger:** Wie hoch ist das von den Gesamtprovisionen, wieviel davon ist unbenannt?

Sefcsik: Im Schnitt beträgt es zirka 0,5 bis 1,5 Prozent unbenannte und zirka 2 Prozent benannte Provisionen, aber das kann man eigentlich nicht in das Kapitel „Provisionen" einreihen, sondern das sind sogenannte Anschlußprovisionen. Das heißt, wenn wir direkt wohin liefern, dann schließt der Elektriker die Leuchte an und verlangt dafür Geld.

Obmann Dr. **Steger:** Das heißt, das Verhältnis ist 2 : 1 ungefähr?

Sefcsik: Ja, benannte Provisionen 2, unbenannte 1 Prozent.

Obmann Dr. **Steger:** Aus meinen viel bescheideneren Branchenkenntnissen als den Ihren — ich habe sie jetzt anreichern können durch diesen Untersuchungsausschuß — kann ich Ihnen sagen, daß es eine Fülle von Betrieben gibt, die Provisionen zahlen und überhaupt keine unbenannten Provisionen und trotzdem leben.

Sefcsik: Sie müssen sich, bitte, in meine Situation versetzen. Wir waren ein ganz kleiner Betrieb. Ich habe praktisch keine andere Chance gesehen als diese, und die habe ja ich nicht hingetragen, für mich war es bestimmt

kein Vergnügen, eine Provision zu bezahlen oder Geld herzugeben. Das können Sie mir sicher glauben.

Obmann Dr. **Steger:** Sie haben ja selbst auch ganz gut ab und zu nach dieser Methode Provisionen privat kassieren können. Also daher war schon auch ein bisserl Vergnügen dabei.

Sefcsik: Einmal.

Obmann Dr. **Steger:** Ja, aber ein nicht uninteressanter Betrag. Ihre 300 Mitarbeiter im Betrieb, um die Sie sich Sorgen machen, müssen länger arbeiten, bis sie auf so eine Summe kommen.

Sefcsik: Ich habe auch 18 Jahre keinen Urlaub gehabt.

Obmann Dr. **Steger:** Auch wenn manche dieser Mitarbeiter 18 Jahre keinen Urlaub machen, werden sie trotzdem nicht innerhalb eines annehmbaren Zeitraumes einen derartigen Betrag kassieren. Ich will da nicht lange herumreiten darauf, nur „es hat Ihnen kein Vergnügen gemacht", kann nicht ganz stimmen.

Sefcsik: Das stimmt aber sicherlich. Abgesehen davon: Es waren ja kleine und kleinste Beträge. Ich glaube, es hat sich niemand angeschaut, wie viele Belege das waren. Das waren in einem Jahr 700 Belege. Ich habe alles eindeutig hingelegt.

Obmann Dr. **Steger:** Wissen Sie, da muß ich Ihnen auch wieder aus meiner Kanzleitätigkeit sagen: Die Mühe macht sich jeder Beschuldigte, daß er allenfalls einen Betrag von ein paar Millionen dann in 700 Belege zerkleinert.

Sefcsik: Aber nicht in 700 S, 1 500 S und 23 000 S ...

Obmann Dr. **Steger:** Warum denn nicht. Wenn am Ende immer kein Name steht, wer es bezogen hat, dann ist es ja egal, das ist eine Arbeit von zwei Stunden.

Sefcsik: Und das zehn Jahre zurück, bitte?

Obmann Dr. **Steger:** Na, ist das so kompliziert?

Sefcsik: Eine Buchhaltung, eine EDV gibt es doch auch, bitte.

Obmann Dr. **Steger:** Vor zehn Jahren sicher nicht.

Sefcsik: Ab 1975 gibt es bei uns bitte eine vollintegrierte EDV, und vorher hat es eine Siemag-Durchschreibe gegeben mit einem Journal.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Zeuge! Sie wollen ja mir nicht einreden hoffentlich jetzt, daß man technisch nicht einen EDV-Beleg genauso rückwirkend falsch machen kann wie jeden handschriftlichen Beleg.

Sefcsik: Also das können Sie nicht. Sie können nicht einmal auf der alten Siemag-Buchungsmaschine das Journal ändern. Deswegen habe ich einen Beweisantrag gegen die Aural gestellt.

Obmann Dr. **Steger:** Jederzeit können Sie das. Sie brauchen nur das Programm ändern.

Sefcsik: Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Jederzeit können Sie das. Aber wir brauchen ja keine Fachdiskussion über Computer. Auch da werden Sie jedenfalls bei mir kein gläubiges Ohr finden.

Sie haben heute berichtet, daß sehr wohl nach Anrufen auch Parteispenden für Vereine kassiert wurden.

Sefcsik: Richtig.

Obmann Dr. **Steger:** So habe ich es verstanden.

Was war denn der höchste Betrag, den Sie je erlebt haben?

Sefcsik: Als Sponsor sind wir aufgetreten beim Basketball-Verein der Zentralsparkasse mit 30 000 S im Jahr. Das liegt aber schon lange zurück. Und dann beim FAC. Aber das war nichts Politisches.

Obmann Dr. **Steger:** Was war die jährliche Gesamtsumme, die für derartige Zwecke ausgegeben wurde?

Sefcsik: Zwischen 20 000 S und 30 000 S würde ich sagen.

Obmann Dr. **Steger:** Das waren aber ganz normal verbuchte Zahlungen, wo auch gestanden ist, an wen das gegangen ist.

Sefcsik: Ganz normal bestätigte Zahlungen.

Obmann Dr. **Steger:** Nur ist nicht dabeigestanden, wer vorher angerufen hat, daß man dort etwas geben soll.

Sefcsik: Nur: An wen das gegangen ist. Es ist bestätigt gewesen oder es war eine Überweisung.

Obmann Dr. **Steger:** Wenn ich Sie letztmalig frage: Sie wollen nicht doch noch ein bisserl etwas nennen?

Sie haben mich da vielleicht auch mißverstanden, ist mir dann aufgefallen. Den Satz, den ich Ihnen vorgehalten habe, da habe ich nicht gesagt, daß Sie gesagt hätten, wer anderer müßte auswandern, sondern die Behauptung war, daß angeblich Sie gesagt haben, daß

Sie auswandern müßten, wenn Sie das alles erzählen.

Sefcsik: Daß ich auswandern müßte, wenn ich das alles erzähle?

Obmann Dr. **Steger:** ... was Sie wissen.

Sefcsik: Ich kann mich dessen nicht entsinnen. Wenn Sie mir vielleicht den Heurigen sagen, dann weiß ich, ob ich überhaupt jemals dort war. Ist das möglich, bitte?

Obmann Dr. **Steger:** Ich will jetzt keinen Falschen sagen. Ich weiß genau, wie er optisch ausschaut.

Sefcsik: Vielleicht können Sie ihn mir schildern.

Obmann Dr. **Steger:** Ich glaube „Feuerwehrwagner" oder so ähnlich.

Sefcsik: Der „Feuerwehrwagner"?

Obmann Dr. **Steger:** Da teilt sich so die Straße; auf der rechten Seite ist das.

Sefcsik: Der „Figlmüller" ist dort daneben.

Obmann Dr. **Steger:** „Feuerwehrwagner" ist das.

Sefcsik: Also beim „Feuerwehrwagner" war ich vielleicht ein- oder zweimal in meinem ganzen Leben.

Obmann Dr. **Steger:** Auf diesem Platz jedenfalls. Ob es der „Feuerwehrwagner" ist, weiß ich eben nicht. Auf jeden Fall dort, wo sich die Straße teilt. Auf der rechten Seite ist ein Heuriger. Es wurde mir gesagt, daß Sie dort Stammgast sind. Mir selbst wurde das gesagt.

Sefcsik: Also dort war ich bestimmt nie Stammgast.

Obmann Dr. **Steger:** In dieser Gegend waren Sie nie Stammgast. Wo waren Sie Stammgast?

Sefcsik: Eine Zeitlang beim Bach-Hengl. Aber das ist schon weiß Gott wie lange her. Da hat er noch einen guten Wein gehabt.

Obmann Dr. **Steger:** Und so einen Satz können Sie ausschließen?

Sefcsik: Also jetzt bin ich zum Großteil in Stammersdorf oder in Strebersdorf.

Obmann Dr. **Steger:** „Jetzt" ist ein dehnbarer Begriff.

Ich sage das nicht, um Ihnen zu schaden. Ich frage das nur noch einmal, weil Sie wahrscheinlich jetzt, zumindest bei meiner Fragenrunde, die letzte Chance haben, noch einmal nachzudenken, ob es da nicht etwas gibt. Ich halte es nämlich sehr wohl für denkbar, daß es Dinge gibt, die Sie eher entlasten als belasten. Dieser Satz würde nämlich auf so etwas schließen lassen. Und die Frau, die mir das dort erzählt hat, hat Ihnen sicherlich nicht damit schaden wollen.

Sefcsik: Ich bin vollkommen Ihrer Meinung, daß mich das persönlich sicher entlasten würde, die Firma aber belasten würde.

Obmann Dr. **Steger:** Die Firma gar nicht. Die, die Sie allenfalls nennen würden, oder was Sie aussagen.

Sefcsik: Jetzt frage ich Sie ganz offen: Wer ist denn eingesperrt? — Von irgendwelchen Leuten, die der Haslauer da alle genannt hat und die man da gelesen hat in dem Protokoll, von den Leuten ist kein Mensch eingesperrt.

Obmann Dr. **Steger:** Was wollen Sie damit sagen?

Sefcsik: Ich will damit sagen, daß ich glaube, daß ich nicht ganz Ihrer Meinung bin, daß ich mir eher nutzen könnte, wenn ich die Namen sage, sondern eher schaden.

Ich habe bis jetzt bewiesen eindeutig vor Gericht, daß ich überhaupt keine Veranlassung hatte, dem Winter irgendein Geld zu geben. Das ist bewiesen. Es ist auch in der Anklageschrift kein einziges Wort mehr von irgendeinem Schmiergeld.

Jetzt dreht man das Ganze um, weil ich das bewiesen habe, und sagt, ich habe das Geld eingesteckt.

Obmann Dr. **Steger:** Wäre es nicht vielleicht so: Sie wollen ja damit andeuten, daß die Aussage von Haslauer es nicht ausgelöst hat, daß die von ihm Genannten dann wirklich eingetunkt worden sind. Vielleicht gibt es den einen oder anderen, den Sie übereinstimmend hätten aussagen können. Sie waren ja doch eher „eng" tätig.

Sefcsik: Das, was ich getan habe, habe ich alles wirklich, bitte, eindeutig gesagt.

Das eine, das ich nicht sagen will und nicht sagen kann — noch einmal —, sind die Namen jener unbenannten Provisionsempfänger. Wobei ich bitte nochmals versichere: Es ist kein Beamter dabei, es sind reine Privatbetriebe gewesen und Konzernbetriebe.

Obmann Dr. **Steger:** Ist vom Bereich der verstaatlichten Industrie jemand dabei gewesen?

Sefcsik: 5 Prozent Gesamtumsatz bei mir. Ich sage noch einmal: Ich habe geliefert praktisch fast immer zu 90 Prozent als Subunternehmer.

Obmann Dr. **Steger:** Die Schlußfolgerung daraus ist dann 5 Prozent der Provisionen.

Sefcsik: 5 Prozent vom Umsatz sind 10 Millionen, 5 Prozent davon sind 500 000. Die ganzen Provisionen machen rund 0,5 aus vom Gesamtumsatz gesehen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Zeuge! Sie haben von der Firma Siemens, wenn ich richtig informiert bin, vier Aufträge bekommen. Ich nenne sie Ihnen. Vielleicht können Sie mir dann sagen, ob es richtig ist.

Der Auftrag vom 12. 6. 1975 über ein Volumen von 35 Millionen Schilling.

Sefcsik: Ja, der wurde dann auf 7 Millionen reduziert.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum?

Sefcsik: Das weiß ich nicht. Angeblich wegen Baueinsparungen. Das waren die Normleuchten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das waren die Normleuchten.

Sefcsik: Der ist reduziert worden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben sich nicht beschwert wegen dieser Reduzierung?

Sefcsik: Was soll ich mich beschweren? — Ich habe es sogar da. *(Der Zeuge verweist auf Unterlagen.)*

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum können Sie sich dann vorstellen, daß am 17. Februar 1981, also vor etwa drei Wochen, die Firma Siemens nach wie vor in einer Aufstellung diesen Auftrag, diesen Subauftrag an Sie, an die Firma Knoblich, führt in der vollen Höhe.

Sefcsik: Keine Ahnung, bitte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie behaupten, es ist nicht richtig, daß dieser Auftrag in der Größenordnung von 35 Millionen Schilling nach wie vor besteht.

Sefcsik: Das war ein Rahmenauftrag, wo keine Einzelpreise waren. Ich habe ihn da bei mir. *(Abg. Dr. Feurstein, ÖVP: Ich kenne ihn.)*

Sefcsik: Da steht nur eine Endsumme hier. Und es wurde auch auf diesen Auftrag in der Richtung hingewiesen, daß jederzeit Veränderungen stattfinden können. Es ist ja noch nichts Festes.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wurde etwas geleistet aus diesem Auftrag bisher?

Sefcsik: Ja, ich glaube 5 000 Feuchtraumleuchten, in dieser Größenordnung. Es gibt in der Firma eine genaue Aufstellung. Es sind vielleicht 3,4 oder 5 Millionen erfüllt. Der zweite Auftrag ist auf 7 bis 8 Millionen reduziert worden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der zweite Auftrag ist vom 12. 5. 1978, Klimaleuchten, 46 Millionen.

Sefcsik: Das ist dieser ominöse Auftrag, der von Traunreuth zurückgeholt wurde.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was haben Sie aus diesem Auftrag bisher geleistet?

Sefcsik: Das sind — also ich bin jetzt seit neun Monaten nicht in der Firma ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auch so in der Größenordnung?

Sefcsik: Ich glaube: Erst 2 000 Leuchten, also ein Minimum.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dafür haben Sie eine Anzahlung bekommen von 40 bis 50 Millionen Schilling.

Sefcsik: Im gesamten gesehen, ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Beim dritten Auftrag handelt es sich um die Bettenleuchten.

Sefcsik: Ja, über die wir zuerst gesprochen haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Größenordnung 22 Millionen Schilling.

Sefcsik: Ja, 22 bis 24 Millionen Schilling.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was haben Sie da geleistet?

Sefcsik: Bisher nur die Vorarbeiten und die Werkzeuge.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und dann gibt es noch einen vierten Auftrag in der Größenordnung von rund 2 Millionen Schilling.

Sefcsik: Den kenne ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das ist ein ganz neuer Auftrag vom 22. 8. 1979, 2,9 Millionen Schilling.

Sefcsik: Darf ich den einmal sehen? *(Der Zeuge nimmt in Schriftstücke Einblick.)* Also da steht kein Auftrag.

Abg Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das steht nicht dabei. Ich habe ihn auch nicht gefunden bisher.

Sefcsik: Das kann nur irgendeine kleine Nachtragsgeschichte sein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bin ich richtig, wenn ich feststelle, daß Sie bisher Leistungen in der Größenordnung von annähernd 5 Millionen Schilling erbracht haben?

Sefcsik: Wenn Sie die Werkzeuge und so weiter dazurechnen, dann müssen wir schon höher gehen. Die Leistung ist ja nicht nur die, die ich

liefere, sondern auch das, was ich im Haus mache.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber an Leistungen?

Sefcsik: An Leistung kann man sagen: Zirka 10 bis 15 Millionen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und haben dafür Anzahlungen in Höhe von 50 Millionen Schilling erhalten.

Sefcsik: 50 Millionen Schilling.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum?

Sefcsik: Weil ich damals gesagt habe, daß ich Anzahlungen brauche und daß Siemens Anzahlungen bekommen hat. Aus Liquiditätsgründen habe ich ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Weil Sie besonders gute Beziehungen zu irgendwelchen Politikern hatten?

Sefcsik: Nein, ich glaube nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat nicht Stadtrat Mayr sich sehr bemüht?

Sefcsik: Stadtrat Mayr hat auch interveniert, weil ich ihm gesagt habe, ich möchte den Auftrag haben. Aber ich glaube, das war nicht der ausschlaggebende Grund, denn die Anzahlungen mußten ja von Siemens geleistet werden.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ist es üblich in der Elektrobranche, daß man im vorhinein Anzahlungen in dieser Größenordnung auf soviel Jahre hinaus gibt?

Sefcsik: Das hängt vom Know-how ab. Wenn das Know-how entsprechend hoch ist. Ich hätte mir etwa 10 Millionen Know-how sicherlich nicht leisten können ohne diese Anzahlung.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber dieses Know-how haben Sie bis heute ja noch nicht geleistet.

Sefcsik: Das Know-how schon. Das Werkzeug und das Know-how sind geleistet. Aber die Fertigung ist noch nicht so im Laufen, weil der Bedarf noch nicht da ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wissen Sie von anderen Firmen, die auch solche Anzahlungen erhalten haben?

Sefcsik: Nein, weiß ich nicht. Außer diesen beiden Firmen Aural und AEG.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie ist das: Welche Aufträge, die Sie haben, müssen Sie weitergeben? Welche können Sie nicht selbst fertigen?

Sefcsik: Das hängt noch von Besprechungen mit den Firmen Zumtobel und Philips auf Grund dieses ARGE-Licht-AKH-Vertrages ab.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Welche haben Sie bereits weitergegeben?

Sefcsik: Meines Wissens ist ein Teil weitergegeben worden von den Krankenbettschienen an die Firma Zumtobel.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum haben Sie das überhaupt weitergegeben an die Firma Zumtobel, nachdem Sie gesagt haben, die Firma Zumtobel ist für Sie kein Partner? Sie haben sehr negativ über die Firma Zumtobel heute geredet.

Sefcsik: Im Krieg ist es wahrscheinlich so wie in der Politik: Ich meine, ich bin sogar befreundet mit Jörg Zumtobel. Daß man sich bekämpft am Markt, ist etwas ganz Normales.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Dann würden Sie auf jeden Fall feststellen, daß die Firma Zumtobel eine korrekte Firma ist ...

Sefcsik: Natürlich, eindeutig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): ..., die auf dem Wiener Markt und auf dem österreichischen Markt mit normalen, korrekten Geschäftspraktiken auftritt.

Sefcsik: Das kann ich, bitte, nicht beantworten. Das müssen Sie die Firma Zumtobel fragen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie können auf jeden Fall nichts Negatives sagen.

Sefcsik: Ich kann nichts Negatives sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auch in Vorarlberg nicht.

Sefcsik: Was das Land Vorarlberg selbst betrifft, kann ich nur gegen das Land Vorarlberg etwas Negatives sagen, aber nicht gegen die Firma Zumtobel.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie können auf jeden Fall nicht den Verdacht äußern, daß damals irgendwelche Bestechungszahlungen, Schmiergeldzahlungen, Provisionszahlungen erfolgt sind.

Sefcsik: So einen Verdacht würde ich nie äußern.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Es ist nun so — wir wissen es inzwischen —, daß Sie gar nicht in der Lage waren, diesen Krankenhausbettenleuchtenauftrag zu übernehmen. Es gibt in ganz Europa, das wurde uns bestätigt, nur drei Firmen, die das können.

Sefcsik: Das ist falsch.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer kann das?

Sefcsik: Das ist falsch. Das kommt mir ungefähr so vor, als würde man nach München zur Firma Bartenbach *(phonetisch)* fahren, um sich das Bild anzuschauen, das Sie da in diesem braunen Katalog von mir haben. Ich weiß nicht, wo er jetzt ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sagen Sie uns die Firmen, die diese Krankenhausbettenleuchten machen können.

Sefcsik: Wir haben einen Lizenzvertrag seit ungefähr 15 Jahren gehabt mit der Firma Disco.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wem gehört die Firma Disco?

Sefcsik: Die hat dem Herrn Kalberla *(phonetisch)* gehört — der ist dann gestorben —, und hat vor zwei Jahren oder einem Jahr erst an Zumtobel verkauft. Bis zu diesem Zeitpunkt waren wir in der Lage, Krankenbettleuchten zu fertigen so wie die Firmen Zumtobel, Trilux und Kaiser. Letzterer ist auch schon im „Eingehen."

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Der ist auch nicht mehr. Also Trilux, Disco und Zumtobel.

Sefcsik: Richtig. Und Disco waren ja wir praktisch.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Also doch drei Firmen, die in der Lage dazu sind.

Sefcsik: Richtig. Wir sind noch in der Lage, Krankenbettschienen zu fertigen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie sind nicht mehr in der Lage, weil die Firma Disco das an die Firma Zumtobel weitergegeben hat.

Sefcsik: Ich kann ja ein eigenes Know-how auch entwickeln.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum haben Sie den Auftrag an die Firma Zumtobel weitergegeben?

Sefcsik: Auf Grund des ARGE-Licht-AKH-Vertrages. Es gibt ja einen Vertrag aus dem Jahre 1970.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In diesem ARGE-Licht-Vertrag hätte die Firma Zumtobel die Klimaleuchten bekommen sollen.

Sefcsik: Eben. Da ich jetzt die Klimaleuchten habe, haben wir das ausgetauscht. Weil Disco eben verkauft hat an Zumtobel, war es vernünftiger, daß Zumtobel die Leuchten macht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mit welchem Betrag haben Sie weitergegeben an Zumtobel?

Sefcsik: Ich glaube, mit einer Spanne von 22 Prozent.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Für Sie?

Sefcsik: Ja. — Da sind Selbstkosten und alles darin enthalten. Also wenn Sie 17 Prozent Selbstkosten rechnen, dann ist das ein Gewinn von etwa 5 Prozent.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was heißt hier „Selbstkosten", wenn Sie einen Auftrag weitergeben an eine andere Firma?

Sefcsik: In einem Betrieb stellen sich die Kosten doch bitte zusammen aus den Herstellkosten und aus den entsprechenden Kosten, aus den Vertriebskosten und so weiter und so fort.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auf jeden Fall mit einer Spanne von 22 Prozent.

Sefcsik: In diesem Fall mit einer Spanne von 22 Prozent.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Im Vertrag der Firma Siemens mit der AKPE wird festgestellt, daß Subaufträge nur dann weitergegeben werden, wenn rechtzeitig die schriftliche Genehmigung der Bauleitung eingeholt ist. Ist Ihnen diese Bestimmung bekannt?

Sefcsik: Nein, die ist mir nicht bekannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Steht im Vertrag Siemens-Knoblich keine Bestimmung, daß Sie diesen Subauftrag nicht weitergeben dürfen?

Sefcsik: Da bin ich jetzt wirklich überfragt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich sage es Ihnen gleich. — Auf Seite 10: Eine Weitergabe dieses Auftrages oder Teilen davon an Dritte ist grundsätzlich nicht gestattet.

Sefcsik: Ja, aber Siemens war davon informiert, bitte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wen haben Sie bei Siemens informiert?

Sefcsik: Alle bitte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer war informiert? Es weiß niemand von Siemens über die Weitergabe dieses Auftrages an Zumtobel.

Sefcsik: Das ist aber sehr seltsam. Da gibt es bei uns genug Zeugen, die informiert sind.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wen? Nennen Sie mir Namen?

Sefcsik: Schweitzer hat es gewußt, Mück hat es gewußt, die Sachbearbeiter auf der Baustelle haben es gewußt. Das hat jeder gewußt. Ich habe kein Hehl oder kein Geheimnis daraus gemacht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum haben Sie die Bestimmung aufgenommen: Sie verpflich-

ten sich, ohne unser Einverständnis keine wie immer gearteten Kontakte zu Dritten aufzunehmen?

Sefcsik: Weil die Firma Trilux noch der Meinung war seinerzeit, sie könnte den Auftrag von mir erhalten. Wir sollten die Firma Trilux stillhalten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Firma Zumtobel darf daher nicht sagen, daß sie für das AKH arbeitet. Ist das richtig?

Sefcsik: Die Firma Trilux sollte das nicht wissen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Müßte es auch die AKPE wissen, daß dieser Auftrag an die Firma Zumtobel gegangen ist?

Sefcsik: Das ist Angelegenheit der Firma Siemens. Das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wie groß war die Spanne bei der Firma Siemens bei der Weitergabe dieses Auftrages an Sie?

Sefcsik: Das weiß ich bitte nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Auch in der Größenordnung von 22 Prozent?

Sefcsik: Das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wenn Sie 22 Prozent verlangen.

Sefcsik: Was Siemens aufschlägt, das kann ich ja nicht beurteilen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was ist handelsüblich?

Sefcsik: Genehmigt wurden bei staatlichen Baustellen meines Wissens zwischen 19 und 22 oder 25 Prozent.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Also durch die zweimalige Weitergabe dieses Auftrages kommt eine sehr schöne Spanne zusammen.

Welche anderen Aufträge geben Sie noch weiter, die Sie vorher erwähnt haben?

Sefcsik: Keine mehr, außer dem, der in Traunreuth schon war. Das wissen Sie ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Klimaleuchten.

Sefcsik: Ja. Philips wollte, daß noch etwas weitergegeben wird, aber das ist preislich nicht möglich, weil wir so gebunden sind mit den Preisen. Wir haben wirklich wahnsinnig schlechte Preise in jeder Situation. Vielleicht geht halbwegs der Schienenauftrag. Aber das andere ist eine Katastrophe. Ich kann Ihnen das ohne weiteres zeigen. Wir haben damals angeboten gehabt: 170 Millionen hat das Ganze ausgemacht im Jahre 1970; wenn Sie sich die Erhöhungen der Paritätischen dazurechnen, sind das rund 60 Prozent bis heute. Der ganze Auftrag macht jetzt 70 oder 80 Millionen aus.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Können Sie mir noch einmal erläutern — das verstehe ich einfach nicht —, wieso über Intervention von Stadtrat Mayr Ihnen ein Betrag von 40 Millionen Schilling — AKPE—Siemens — zugute kommt? Das war 1977.

Sefcsik: Aber entschuldigen Sie: Man muß es doch der Tüchtigkeit eines Managers überlassen, ob er A-contos bekommt oder nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Oder den guten Beziehungen zu Politikern.

Sefcsik: Wo habe ich bitte gute Beziehungen zu Politikern?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Stadtrat Mayr hat ja auch in Vorarlberg auf Grund Ihrer Anregung interveniert.

Sefcsik: Ja natürlich. Sie können die ganze Korrespondenz sehen. Die habe ich hergegeben zum fotokopieren. Die können Sie sich anschauen. Mit Dr. Kehrer bin ich sogar per du — bitte, zu Ihrer Information —, der hat bei meiner Tante gewohnt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das möchte ich nicht wissen. Mit wem haben Sie noch so gute Beziehungen gehabt wie mit Stadtrat Mayr?

Sefcsik: Mit Dr. Kehrer habe ich sehr gute Beziehungen gehabt, nur hat der in Vorarlberg nichts unternehmen können, weil der Finanzchef sein Schwager war.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer sonst von den Bundespolitikern?

Sefcsik: Außer die, die mich besucht haben, keine. Ich habe 18 Jahre keinen Urlaub gehabt, ich habe nur für die Firma gelebt. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Ich habe weder einen Club 45 gekannt, noch kenne ich Politiker, außer die vom freien Wirtschaftsverband.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat Ihnen Dr. Androsch auch solche Hilfen zukommen lassen? Wenn Sie solche Probleme hatten: Sind Sie auch zu Dr. Androsch gegangen?

Sefcsik: Ich habe einmal Dr. Androsch gesehen. Das war bei einem Vortrag in irgendeinem Hotel im 18. Bezirk. Sonst kenne ich ihn persönlich nicht und habe auch keine Beziehung zu ihm.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben also nie versucht, Dr. Androsch zu informieren über Unkorrektheiten bei der Auftragsvergabe im Zusammenhang mit dem AKH?

Sefcsik: Es kann sein, daß ich einen Brief geschrieben habe über den Staribacher. Die ganze Korrespondenz ist da drinnen. *(Der Zeuge verweist auf Unterlagen.)*

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die Staribacher-Briefe kennen wir. *(Der Zeuge blättert in Unterlagen.)*

Sefcsik: Schauen wir, ob was dabei ist, Staribacher, Kreisky, Gratz, Fabrizii, Mayr, Bautenministerium, Kammer, Fachverband, Fachverband. — Nein, direkt von mir nicht an Dr. Androsch.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wissen Sie, warum die ARGE Licht auseinandergebrochen ist? Das heißt, warum sie nicht den Auftrag bekommen hat? Da waren Sie nicht dabei bei der ARGE Licht?

Sefcsik: Weil sie das im eigenen Haus erzeugen wollte. Das ist eine ganz einfache Antwort darauf.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Siemens war ja nicht in der ARGE dabei. Die war in derARGE Starkstrom, aber nicht in der ARGE Licht.

Sefcsik: Aber Sie haben mich gefragt, warum die ARGE Licht nicht den Auftrag bekommen hat: Weil Siemens den Auftrag für sich behalten wollte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum hat Siemens einen solchen Einfluß gehabt im Bautenministerium damals?

Sefcsik: Das weiß ich wirklich nicht. Darauf kann ich nichts sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben sich auch nicht erkundigt, warum Siemens nun zum Zug gekommen ist?

Sefcsik: Für mich war wichtig, daß ich den Auftrag erhalte ...

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Einen Subauftrag.

Sefcsik: ..., aber nicht, warum Siemens Aufträge erhält.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Könnte Knoblich über die Empfänge von Provisionszahlungen Bescheid wissen?

Sefcsik: Nein. Das ist nur unter vier Augen in meiner Anwesenheit geschehen jeweils.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Kann Knoblich über keine Provisionszahlungen Bescheid wissen?

Sefcsik: Über die, die er gemacht hat, sicher.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Hat er das auch gemacht?

Sefcsik: In seiner Eigenschaft als Einzelunternehmer, ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wenn er Provisionszahlungen geleistet hat — weil er ist ja nicht mehr in der Firma —, könnte er der Firma nicht schaden. Er könnte also aussagen. Das Argument, das Sie anführen gegenüber Dr. Steger, wird ja für Ing. Knoblich nicht zutreffen

Sefcsik: Das ist richtig. Ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Er könnte also aussagen über die Empfänger von Provisonszahlungen. In der Größenordnung von wieviel?

Sefcsik: Das weiß ich nicht. In den letzten Jahren war er überhaupt nicht involviert in der Firma. Er hat ja praktisch nicht gearbeitet. Er war auch nie da.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aus dem Protokoll hätte ich herausgenommen: rund 800 000 S. Aus dem Protokoll Knoblich, Zeugeneinvernahme vor Gericht.

Sefcsik: Was sind das für 800 000 S?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): 800 000 S Provisionszahlungen, unbenannte.

Sefcsik: Die er gemacht hätte?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Über die er Bescheid wissen konnte. „Gemacht" möchte ich dahingestellt lassen. Ich weiß ja nicht, was er gemacht hat.

Sefcsik: Das weiß ich nicht, ob er darüber Bescheid weiß. Das kann ich nicht sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber auf jeden Fall könnte er Bescheid wissen über solche Provisionszahlungen?

Sefcsik: Kann ich nicht sagen. Es ist möglich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat sich die Praxis dieser Provisionszahlungen im Lauf der Zeit wesentlich geändert?

Sefcsik: Sie meinen, ob es mehr oder weniger geworden ist?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Art und Weise, die Abwicklung und der betreffende Kreis an Privatfirmen et cetera.

Sefcsik: Nein. Der hat sich im Prinzip nicht geändert.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich glaube, Sie haben mir eine Frage nicht beantwortet: Die Namen von Personen bei der Firma Siemens, die Bescheid wußten über die Weitergabe des Subauftrages an die Firma Zumtobel. Welche Personen waren das? Können Sie Namen nennen?

Sefcsik: Ich würde so antworten: Ich wüßte niemanden, der es nicht wissen müßte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Swoboda?

Sefcsik: Ja. Mück, Swoboda. — Swoboda vielleicht nicht, weil der nicht mehr damit zu tun hatte. Aber die Leute, die auf der Baustelle von Siemens sind.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Philipp?

Sefcsik: Philipp könnte es vielleicht wissen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Vogl?

Sefcsik: Ob der Vogl es weiß? — Ob hohe Direktoren bei so Großkonzernen immer alles wissen, weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben auf jeden Fall die Mitteilung weitergegeben.

Sefcisik: Auf alle Fälle. Ich glaube sogar, daß wir es schriftlich getan haben. Da müßte ich jetzt lügen. Aber ich glaube, wir haben es sogar schriftlich gemacht. Das kann ich aber sicherlich eruieren.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Er hat Namen genannt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja, Schweitzer und Mück, aber nicht Swoboda und nicht Philipp.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Weil Sie sagten, er hat eine Frage nicht beantwortet.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie, Herr Zeuge, haben damals, als es um diese Bezahlung, diese Abhebung von 7,5 Millionen Schilling gegangen ist, bei den Verhandlungen mit der Zentralsparkasse als Begründung angegeben, die Aural soll einen Auftrag bekommen in der Größenordnung von 120 Millionen Schilling.

Sefcsik: Nein, 20 Millionen Schilling.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): 120 Millionen Schilling sollte die Aural bekommen vom AKH oder für das AKH.

Sefcsik: Von der Firma Siemens?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich lese Ihnen das vor. Das ist die Seite 5 des Protokolls von Knoblich:

„Sefcsik begründete seinen Antrag damit, daß er diesen Betrag brauche für eine Vermittlungsprovision zur Erwirkung von Aufträgen ganz allgemein für die Aural und die AEG in der Größenordnung von 120 Millionen Schilling."

Sefcsik: Tut mir leid. Ich glaube, es wissen alle da, daß die Firma Aural einen Auftrag von 20 Millionen Schilling bekommen hatte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das weiß ich auch. Aber es kann ja sein, daß es noch andere Aufträge gegeben hat, die Sie vermitteln sollten.

Sefcsik: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Oder angekündigt haben.

Sefcsik: 90 Prozent der Aussage Knoblich ist bitte falsch.

Obmann Dr. **Steger:** Gehört zu den 10 Prozent oder 90 Prozent aus Ihrer Sicht.

Sefcsik: Gehört dazu.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich finde das schon sehr wichtig.

Da muß ich Sie noch etwas fragen: Aber 7,5 Millionen Schilling stimmen, daß die freigegeben worden sind?

Sefcsik: 7,5 Millionen Schilling sind freigegeben worden, und zwar 5,5 Millionen Schilling an die AEG und 2 Millionen Schilling an die Firma Aural.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum hat die Firma Knoblich an die AEG 5 Millionen Schilling abgetreten? Das waren eigentlich Gelder, die Knoblich gehört haben.

Sefcsik: Nein. Die haben noch der Firma Siemens gehört und waren durch Bankgarantien bei der Zentralsparkasse gedeckt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber es waren Anzahlungen mit Zweckbestimmung: Knoblich von der AKPE her.

Sefcsik: Richtig. Ich habe aber die Zinsen auch von der AEG wieder verlangt und habe mir auch eine Bankgarantie seitens der AEG geben lassen. Das war ein bisserl kompliziert mit der AEG auch noch. Aber ich weiß nicht, ob ich das noch erklären soll.

Obmann Dr. **Steger:** Herr Kollege Feurstein! Das haben wir, als Sie draußen waren, im Detail abgefragt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die 1 Million Schilling, die Sie bekommen haben, ist klar. Die stimmt auch?

Sefcsik: Ich war der AEG zu diesem Zeitpunkt — damit das bitte klar ist, weil Geld ja wirklich kein Mascherl hat — zirka 12 Millionen Schilling schuldig. Es war doch vernünftiger, das Geld von der Firma Siemens für die Anzahlung zu nehmen, weil es Siemens auch gewünscht hätte. Oder wenn man sagt: Na gut, das Geld war von euch, dann hätte er ja gleich den Kredit zurückzahlen können. Es wäre doch ein Unsinn gewesen, wo ich mit der AEG ein

Gegengeschäft vereinbart gehabt habe für den Betrag.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was war der Grund für die Zahlung von 800 000 S an Herrn Schweitzer?

Sefcsik: Das war eine private Zahlung von mir aus Dankbarkeit, daß er den Auftrag in dieser Schnelligkeit — nicht „Auftrag", entschuldigen Sie; diese Absichtserklärung in dieser Schnelligkeit — abgewickelt hat.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Um welchen Auftrag ging es dabei konkret?

Sefcsik: Es war die zweite Absichtserklärung — nicht Auftrag — über 100 Millionen Schilling im Dezember 1975.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die eigentlich nie realisiert worden ist.

Sefcsik: Bitte?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Die nicht realisiert worden ist.

Sefcsik: O ja. Ich glaube, daß der Auftrag echt erteilt wurde dann im Jahre 1980. Anfang 1980.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): An die Firma Knoblich?

Sefcsik: Nein, an die Firma AEG von der Firma Siemens.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Sie haben vorhin genannt den Herrn Dr. Kehrer, den Sie einmal um eine Intervention gebeten haben, die aber gescheitert ist, weil sein Schwager Finanzreferent war. Wer ist dieser Schwager?

Sefcsik: Ich weiß nicht, wie er heißt, aber sein Schwager war damals Finanzreferent in Vorarlberg.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): In der Vorarlberger Landesregierung?

Sefcsik: Ja. In der Vorarlberger Landesregierung.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): In welchem Jahr war das?

Sefcsik: Vor drei Jahren etwa. Wenn Sie mir den Namen sagen, fällt er mir sicher ein.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Nein, ich kenne ihn nicht. Also der Finanzreferent der Vorarlberger Landesregierung der Schwager des Herrn Dr. Kehrer?

Sefcsik: Richtig.

Abg.Dr. **Kapaun** (SPÖ): Gut. Meine zweite Frage: Bei der Betriebsprüfung wurde festgestellt, daß es mit der Umsatzsteuer Schwierigkeiten gegeben hat bei einer Position: Essen — Kinderfreunde. In welchem Zusammenhang steht das? Bitte, wenn Sie das kurz erläutern würden.

Sefcsik: Als ich die Fabrik gebaut habe, habe ich auch einen Kindergarten, einen Tennisplatz und eine Sauna für die Arbeitnehmer gebaut. Da damals die Trabrenngründe gerade gebaut wurden und wir dadurch Arbeitskräfte bekommen konnten und der Kindergarten für uns nicht mehr so wichtig war, haben wir mit den Kinderfreunden einen Vertrag abgeschlossen, daß wir ihnen den Kindergarten kostenlos überlassen. Für das Essen und so weiter, glaube ich, und auch für das Kindermädchen sind die Kinderfreunde aufgekommen. Das war alles.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Danke. Zurückkommend auf die erste Frage: Ist der Name Dr. Mandl richtig?

Sefcsik: Richtig, ja.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Danke.

Obmann Dr. **Steger:** Kennen Sie einen Herrn Atzler?

Sefcsik: Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Sind Sie mit ihm befreundet?

Sefcsik: Nein.

Obmann Dr. **Steger:** Er war bei der Firma Knoblich tätig.

Sefcsik: Ja, das war vor meiner Zeit, da soll er tätig gewesen sein, ich weiß das aber nicht mehr.

Obmann Dr. **Steger:** Sie wissen nicht, daß er dann zur Unfallversicherung gegangen ist?

Sefcsik: Das weiß ich. Ja.

Obmann Dr. **Steger:** Haben Sie dort mit ihm Transaktionen gehabt, also Geschäftsabschlüsse für die Unfallversicherung?

Sefcsik: Als er Direktor bei der Unfallversicherung war, war das Gebäude meines Wissens bereits fertig.

Obmann Dr. **Steger:** Und Sie wissen da nichts über Provisionszahlungen?

Sefcsik: Nein, da gibt es auch keine.

Obmann Dr. **Steger:** Und die letzte Frage: Bei der Korrespondenz — flüchtig durchgesehen — ist mir jetzt aufgefallen, daß diese Politikerkorrespondenz immer dann besonders zunimmt,

wenn da hohe Beträge sind, 3,3 Millionen, 4,5 Millionen, bei Ihren unbenannten Provisionen. Gibt es da einen Konnex?

Sefcsik: Nein, also wirklich nicht.

Obmann Dr. **Steger:** Danke. Wir unterbrechen die Einvernahme. *(Der Zeuge Sefcsik verläßt den Saal.)*

(Die Sitzung wird um 12 Uhr 5 Minuten unterbrochen und um 14 Uhr wiederaufgenommen.)

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl** *(nachdem der Zeuge wieder in den Saal gerufen wurde)*: Herr Zeuge, wie nehmen die unterbrochene Einvernahme wieder auf. Als nächste fragende Abgeordnete kommt die Frau Abgeordnete Ingrid Tichy-Schreder dran.

Abg. Ingrid **Tichy-Schreder** (ÖVP): Herr Zeuge! Sie haben heute ausgesagt, daß Sie aus kleinen Anfängen die Firma großgemacht haben. *(Sefcsik: Ja!)* Wie ist das vonstatten gegangen? Seit wann sind Sie bei der Firma, und wie haben Sie das bewerkstelligt?

Sefcsik: Ich bin im Jahre 1962 zur Firma gekommen. Die Unterlagen können Sie sich ansehen. Die Firma hat damals einen Umsatz von etwa 12 Millionen Schilling gehabt. Heute hat sie einen von zirka 210 Millionen Schilling und zirka 300 Mitarbeiter. Wie das vonstatten gegangen ist, das ist relativ einfach: Wenn ein Team in einer Firma ist, das zusammenhält, dann können sie mit einer Firma das erreichen, was diese Firma, ich möchte sagen, bis voriges Jahr erreicht gehabt hat. Die ganzen leitenden Angestellten sind heute zum Großteil noch bei uns. Eine Fluktuation hat es bei uns fast nicht gegeben.

Sie können nur zu Aufträgen kommen — und das ist ja das, was ich schon seinerzeit bekrittelt habe und immer wieder bekritteln werde: das ist das Generalunternehmertum. Wenn Sie mir heute gesagt haben, Herr Dr. Feurstein, daß ich 17 Prozent dabei verdient habe *(Abg. Dr. Feurstein: 22 Prozent)* oder 22 Prozent, so hängen ja bei jedem Auftrag an einen Generalunternehmer nicht nur der, sondern 17 oder 18 Firmen dran, und dort, glaube ich, liegt das Problem.

Daß Sie zu Aufträgen kommen, da gibt es eine einfache Möglichkeit, und deshalb haben sich vielleicht die Konzerne so an mich angeschlossen. Es gibt in Schwechat eine Firma, auf die ich draufgekommen bin. Diese Firma hat Ihnen auf Karten das Bauvorhaben gegeben. Da ist draufgestanden, ob der Bürgermeister von der ÖVP, SPÖ oder FPÖ war, da ist draufgestanden, wieviel das Volumen des Baues ausmacht und so weiter. Das heißt, ich konnte gezielt jedes Bauvorhaben angreifen. Diese Firma hat für eine solche Information 30 Schilling verlangt. Das Wichtigste bei so einem Angriff ist, daß Sie bei der Planung bereits dabei sind. Denn wenn Sie bei der Planung nicht dabei sind, haben Sie praktisch überhaupt keine Chance, zu diesem Auftrag zu kommen.

Jetzt hat dann das große Problem angefangen: Das heißt, sie müssen mit einem jeden Architekten gut sein, mit jedem Planungsbüro gut sein, mit jedem Generalunternehmer gut sein, mit jedem Kleinstbetrieb, Gewerbebetrieb der Elektroinstallationsbranche, weil eben, wie gesagt, 90 Prozent der Aufträge für die Leuchten nicht in direkter Ausschreibung erfolgt sind. Wenn das gewesen wäre, wäre das einfacher, weil man damit ja nicht Hunderte und Tausende Architekten, Unternehmen und so weiter bearbeiten müßte. Aber dieses Problem haben leider alle Firmen, die mit Subaufträgen versorgt werden.

Das heißt, ich habe mir natürlich diese Verbindungen geschaffen in 20jähriger Zugehörigkeit zur Firma. Das ist sicher nicht von heute auf morgen geschehen, das hat gedauert. Und ich muß sagen: Dieses Team von Mitarbeitern hat ja auch zum Großteil fast nicht einmal die Urlaube konsumiert. Es war wie ein sportlicher Ehrgeiz, möchte ich sagen, daß man von einem Kleinstbetrieb zum heute zweitgrößten Betrieb in Österreich herangewachsen ist, wenn Ihnen das genügt.

Abg. Ingrid **Tichy-Schreder** (ÖVP): Herr Zeuge, wie haben Sie die Verbindungen geschaffen? Über den Freien Wirtschaftsverband?

Sefcsik: Nein. Schauen Sie, erstens einmal: Das Politische war, gerade in dem Fall, was uns betroffen hat, vollkommen im Hintergrund. Denn damals, im Jahre 1962, hat man die Architekten angeschrieben, man hat Vorführungen gemacht. Wir sind zum Beispiel als erste von der Messe weggegangen, weil ich gesagt habe: Die Messe ist für den Konsumenten, der mich betrifft, ja uninteressant. Wir haben Labors geschaffen. Das heißt, ich habe das Know-how von der Firma verbessert und habe versucht, mit Sonderfertigungen und raschestmöglicher Arbeit Erfolg zu haben. Und das war ja unser Problem: Die Leuchten sind ja meistens das letzte am Bau. Es konnte Ihnen passieren, daß sie 20 Abrufaufträge für Schulen liegen hatten zum Beispiel, und die Herren Architekten erst im August die Leuchten abgerufen haben und da noch nicht einmal festgestanden ist, welche Decke kommt. Das heißt, die Schnelligkeit der Abwicklung war das Entscheidende, und da waren wir eben sehr, sehr rasch und schnell, in nächtelangen Arbeiten

oft, wir haben Tag und Nacht durchgearbeitet, und so ist es uns gelungen, aus — ich möchte fast sagen — einem Kleinstgewerbebetrieb dieses Unternehmen zu schaffen, wobei ich ehrlich sagen muß: Es haben mich damals alle für wahnsinnig gehalten, wie ich gesagt habe: Wir machen auf den Trabrenngründen eine Fabrik, die wirklich den letzten Gegebenheiten entspricht. Nur bin ich ein Feind von kleinen Schritten. Es ist der größere Schritt besser, und das hat sich auch bewahrheitet.

Abg. Ingrid **Tichy-Schreder** (ÖVP): Herr Zeuge, Sie haben auch gesagt, daß Sie bei Ihrem Auftragsvolumen nur zu 60 Prozent mit Großkonzernen zusammengearbeitet haben. *(Sefcsik: Richtig!)* Wer waren dann die Auftraggeber? Es sind ja auch Subauftragnehmer gewesen.

Sefcsik: Ich war dann praktisch der Subauftragnehmer. Es hat schon im Jahre 1970 wahnsinnige Probleme gegeben. Soweit ich mich erinnern kann, ist damals von der Innung vorgeschlagen worden, daß jeder Elektriker vom Bauherrn eine 15prozentige Anschlußprovision bekommt. Das hat sich, glaube ich, dreimal gehalten, bei drei Auftragsvergaben, und dann hat sich der Bauherr den Dritten geholt und hat gesagt: Verlangst du auch die 15 Prozent? Hat der gesagt: Wenn ich den Auftrag bekomme, dann nicht. Und damit war das Ganze zum Scheitern verurteilt. Jetzt sind natürlich diese „Generalunternehmer" — unter Anführungszeichen —, darunter auch diese Elektrogewerbebetriebe, an den Lieferanten, sprich zum Beispiel an uns, herangetreten wegen des geringeren Widerstandes und haben gesagt: Vom Bauherrn bekommen wir die 15 Prozent nicht. Wir haben es probiert. Ich kann mich erinnern, das war sogar bei der Gemeinde Wien zweimal der Fall, wo die heruntergegangen sind und der Dritte dann den Auftrag bekommen hat. Und damit war das Ganze zum Scheitern verurteilt.

Abg. Ingrid **Tichy-Schreder** (ÖVP): Ich möchte noch fragen: 60 Prozent Großkonzerne? *(Sefcsik: Ja!)* Wo haben Sie hauptsächlich die Leuchten hingeliefert?

Sefcsik: An die Großkonzerne.

Abg. Ingrid **Tichy-Schreder** (ÖVP): An die Großkonzerne.

Sefcsik: An die dort montierenden Monteure der Großkonzerne.

Abg. Ingrid **Tichy-Schreder** (ÖVP): Waren es hauptsächlich öffentliche Auftraggeber, die Bauherrn in dem Sinn, oder waren es private Firmen?

Sefcsik: In den letzten Jahren, muß ich wieder sagen, waren es zu 80 Prozent Baufirmen. Nehmen wir ein Beispiel, die AUVA, weil wir heute schon einmal davon gesprochen haben. Da hat die Neue Reform den Auftrag gehabt, mit Universale, die ja immer wieder vorkommen, und die haben wieder der Elin den Auftrag gegeben, den kompletten Starkstrominstallationsauftrag, und die haben wieder uns den Auftrag gegeben.

Abg. Ingrid **Tichy-Schreder** (ÖVP): Meine Frage geht dahin: Ich meine nicht die Baufirmen, sondern für welche Bauten? Waren diese Bauten von öffentlichen Auftraggebern, oder waren es private Fabriken?

Sefcsik: Das waren ...

Abg. Ingrid **Tichy-Schreder** (ÖVP): In welchem Verhältnis? Wenn Sie zu 60 Prozent mit Großkonzernen arbeiten.

Sefcsik: Ich weiß schon, was Sie meinen. Das ist wahnsinnig schwer zu sagen, das Verhältnis. Da waren sehr viel privat.

Abg. Ingrid **Tichy-Schreder** (ÖVP): Ungefähr. Weil so große Anlagen, wer baut denn so große Anlagen?

Sefcsik: Na ja, es hat schon sehr große Anlagen gegeben.

Abg. Ingrid **Tichy-Schreder** (ÖVP): Ja, sicher. Aber ich meine, ungefähr in welchem Verhältnis?

Sefcsik: Ich trau das nicht einmal sagen.

Abg. Ingrid **Tichy-Schreder** (ÖVP): Ungefähr. 50 : 50, 60 : 40, 70 : 30?

Sefcsik: Ich müßte Sie anlügen, wenn ich Ihnen da eine Zahl sage. Es wäre, glaube ich, ein Unsinn jetzt.

Abg. Ingrid **Tichy-Schreder** (ÖVP): Wissen Sie nicht, in welchem Verhältnis?

Sefcsik: Wir haben oft auch gar nicht gewußt, wer der Auftraggeber war zum Teil.

Abg. Ingrid **Tichy-Schreder** (ÖVP): Na gut, aber wenn Sie dort die Leuchten montiert haben?

Sefcsik: Bei Großbauten schon, natürlich.

Abg. Ingrid **Tichy-Schreder** (ÖVP): Bei Großbauten müssen Sie wissen, wo Sie die Leuchten montiert haben.

Sefcsik: Schauen Sie, es hat öffentliche Gebietskörperschaften gegeben, wie zum Beispiel, was weiß ich, Ambulatorium-Süd ist wieder über die Firma Csernohorszky gegangen, wenn ich mich an ein paar Großbauten erin-

nere. Oder wir haben zum Beispiel für die Simmering-Graz-Pauker für Auslandsaufträge auch geliefert und so weiter. Also das Schwierige ist ja daran, was uns betrifft, es wäre das viel Einfachere, wie es beim Sanitärhandel oder überhaupt im Sanitärgeschäft ist: Da gibt es noch einen funktionellen Großhandel. Bei uns gibt es den nicht. Der funktionelle Großhandel ist praktisch in Österreich gestorben. Das sieht man an den vielen Ausgleichen der ganzen Großhändler, Kerbl und so weiter, wie sie alle heißen. Dort liegt das Problem.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Steinbauer.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Würden Sie das als branchentypisch sehen und zweitens, würden Sie das in dem kleinen Markt begründet sehen?

Sefcsik: Ich würde das fast branchenmäßig sehen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also in anderen Branchen ist der Großhandel . . .

Sefcsik: In anderen Branchen gibt es noch irgendwo einen Großhandel. Oder wenn Sie zum Beispiel an die Hermes-Werke denken. Ich kenne den Hansi Hermann sehr gut. Wenn Sie von dem einen Durchlauferhitzer wollen, kriegen Sie ihn nicht, das ist unmöglich, weil eben der montierende Installateur diesen Durchlauferhitzer mit der Nummer Sowieso anschließen muß. Und bei uns war das Problem beim Großhandel eben, glaube ich, durch das ÖVE-Zeichen, weil man ja immer nur das Billigste gekauft hat. Es war ja kein Mensch interessiert, etwas Gutes zu kaufen, sondern das Billigste. Das hat ja die Konsumentenvereinigung x-mal zum Beispiel bei Leuchten angegriffen. Aber ich glaube, es müßte ein Arbeitssicherheitsgesetz her, das das ÖVE-Zeichen für elektrische Geräte vorschreibt. Was ich zuerst gesagt habe mit den 15 Prozent Anschlußprovision, das war das Beste: Für einen Eiskasten anstecken, der 7 000 S kostet, hat der 15 Prozent verlangt. Eine Leuchte muß er montieren, da hat er eine Arbeit dabei, das sehe ich ein. Aber wenn er den Eiskasten ansteckt?

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Frau Abgeordnete, bitte wenn Sie weiterfragen.

Abg. Ingrid **Tichy-Schreder** (ÖVP): Sie haben gesagt, sie haben auch Elektrounternehmen beschäftigt, die das dann montiert haben. Haben Sie immer den gleichen Rahmen gehabt, oder haben Sie das selbst ausgeschrieben an Elektrofirmen, die für Sie die Leuchten montieren?

Sefcsik: Bitte die Frage konkreter.

Abg. Ingrid **Tichy-Schreder** (ÖVP): Sie haben auch mit Gewerbebetrieben gearbeitet.

Sefcsik: Natürlich, ja.

Abg. Ingrid **Tichy-Schreder** (ÖVP): Und die Elektrogewerbebetriebe haben für Sie die Leuchten montiert. Oder haben Sie das selber gemacht?

Sefcsik: Na ja, ich sage ja auch: Der kleine Elektroinstallateur war für mich ein „Generalunternehmer" — unter Anführungszeichen —, weil er den Auftrag „Installation Leuchten Starkstrom" komplett in einem Auftrag bekommen hat. Also der hat praktisch die Leuchten an die Gemeinde verkauft, wenn er sie dort in der Schule montiert hat.

Abg. Ingrid **Tichy-Schreder** (ÖVP): Und er ist dann an Sie herangetreten, damit Sie die Leuchten liefern? Oder waren Sie zuerst derjenige, der das Angebot bezüglich Leuchten gemacht hat und dann den Elektrounternehmer gesucht hat?

Sefcsik: Schauen Sie, da gibt es zwei Möglichkeiten, und das ist das Hauptproblem von uns gewesen überhaupt in der Akquisition. Wenn Sie schnell waren bei demjenigen, der projektiert hat, beim Architekten oder beim Planer, dann haben Sie unter Umständen den Projektierungsauftrag bekommen. Sie haben jetzt diese Leuchten in die Pläne eingezeichnet, haben das wieder dem Architekten gegeben und haben gewartet: Wer kriegt den Auftrag? Dann mußten Sie schnell zu dem hingehen, der den Auftrag gekriegt hat, sonst kriegen Sie ja wieder keinen Auftrag. Der war aber natürlich schlau: Obwohl wir die Arbeit gehabt haben, hat er das selber ausgeschrieben. Via öffentliche Stelle ist der Elektriker hergegangen und hat an zehn Firmen wieder ausgeschrieben.

Abg. Ingrid **Tichy-Schreder** (ÖVP): Sie haben dann praktisch, auch weil Sie gesagt haben, Sie mußten bei der Planung schon schauen, daß Sie dabei sind.

Sefcsik: Richtig, ja.

Abg. Ingrid **Tichy-Schreder** (ÖVP): Das heißt, Sie mußten die Gebietskörperschaften bearbeiten.

Sefcsik: Sie mußten bearbeiten den Architekten, den Bauherrn, den Elektriker, den Generalunternehmer und, und, und, also alles, was da dazwischengeschaltet war.

Abg. Ingrid **Tichy-Schreder** (ÖVP): Aber wenn Sie bei der Planung schon mitwirken wollten, mußten Sie mit den Gebietskörperschaften Kontakt haben. Also Sie mußten mit den einzelnen Ländern, Gemeinden und so weiter Kontakte haben.

Sefcsik: Richtig, überall.

Abg. Ingrid **Tichy-Schreder** (ÖVP): Und die haben Sie laufend gepflegt, diese Kontakte?

Sefcsik: Natürlich. Das war der Grund. Ich hab begonnen etwa 1965/66 mit den Filialen in den Bundesländern.

Abg. Ingrid **Tichy-Schreder** (ÖVP): Wieviel Filialen haben Sie in den Bundesländern?

Sefcsik: Linz, Salzburg, Innsbruck, Klagenfurt, Graz. Dort haben wir Schauräume hergerichtet und Lagermöglichkeiten für die Normalware, wie Einfachleuchten, also die keine Sonderleuchten dargestellt haben.

Abg. Ingrid **Tichy-Schreder** (ÖVP): Und Ihre Leute draußen haben dann praktisch jeweils in den einzelnen Bundesländern mit dem zuständigen Referenten — Bund, Land, Gemeinde — immer kontaktiert, um bei diesen Aufträgen und bei der Planung mitsprechen zu können?

Sefcsik: Richtig.

Abg. Ingrid **Tichy-Schreder** (ÖVP): Danke schön.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Nächster Abgeordneter, der Fragen stellt, ist Herr Abgeordneter Bergmann. Bitte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge! Für welche Projekte haben Sie sich denn noch politischer Intervenienten bedient?

Sefcsik: Kann ich das vielleicht allgemein zuerst einmal ausdrücken: Begonnen haben diese politischen Interventionen eigentlich dadurch, daß in jedem Bundesland eigentlich eigene Vorschriften bestanden haben, also eigene Vergabevorschriften. Das war früher noch ärger. Es hat in den einzelnen Bundesländern sogar eigene technische ÖVE-Vorschriften gegeben. Das heißt, in Wien war eine Parallelkompensation, in Salzburg war eine Überkompensation, in Kärnten war überhaupt keine Kompensation, bis man endlich nach zehnjähriger Arbeit draufgekommen ist, daß eine Firma ja ein dreifaches oder vierfaches Lager halten muß. Das ist undenkbar. Und das hat dann so begonnen: Wien war natürlich der Punkt, wo die meisten Umsätze getätigt wurden. Das ist aus der Natur her ganz klar. Wir haben uns auch zuerst auf Wien konzentriert und sind dann sukzessive auf die Bundesländer losgegangen. Begonnen hat es eigentlich damit, man muß sich in meine Situation hineinversetzen: Durch die Kurzfristigkeit der Aufträge, weil so Großaufträge gibt es nicht, habe ich oft von einen Tag auf den anderen Tag die Montagebänder in der Produktion unten umstellen müssen. Man kann sich sicherlich von Ihrer Seite aus in die Situation hineinversetzen, wenn man überlegen muß, welche Leute man kündigen soll, oder man geht weiter nach vorn. Und ich habe den Weg nach vorn beschritten. Die Betriebsräte der anderen Firmen — ich möchte da gar keine Namen nennen, sonst kommt die Frage wieder, ob ich irgendwelche Ressentiments gegen die anderen Firmen habe, ich habe überhaupt keine, ich hab sogar immer gesagt, es gibt für mich keine Konkurrenz, sondern Mitbewerber — haben zu intervenieren begonnen. Wir haben — das möchte ich bitte dazusagen, weil es immer heißt, ich bin so ein Roter — bis zum Jahr 1972 gar keinen Betriebsrat gehabt, weil der Betriebsrat gesagt hat: Wenn wir was wollen, dann gehen wir zum Herrn Sefcsik. Nur, wie ich dann EE-Fonds begonnen habe wegen der Kredite für den Bau, mußte ich mit dem Betriebsrat zur Gewerkschaft gehen und habe dann innerhalb von kürzester Zeit einen Betriebsrat in die Welt gesetzt. Mit dem ist bei mir ein wunderbares Zusammenarbeiten. Es gibt keine Probleme.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was haben Sie dort für Mehrheitsverhältnisse?

Sefcsik: Sie, ich weiß das gar nicht. Ich habe keine Ahnung. Ich vertrage mich blendend mit allen in der Firma. Ich bin fast mit jedem per du, es ist fast wie ein Kameradschaftsverhältnis. Es gibt auch bei mir in der Richtung politisch überhaupt keine Probleme. Über Politik wird bei mir gar nicht geredet in der Firma.

Und um zurückzukommen auf Ihre Frage: Es haben die Betriebsräte der anderen Firmen in Wien zu intervenieren versucht. Da kann ich Ihnen zwei konkrete Beispiele sagen, und weil es immer heißt „wir": Ein Konzern tut sichs leichter. Von Philips ist zum Beispiel der Herr — wie hat er geheißen? — Koning zur VOEST gefahren, wie die VOEST das Gebäude gebaut hat, und hat gesagt: Entweder ich kriege den Auftrag als Firma Philips, oder wir kaufen bei euch keine Bleche mehr. Wir haben das erfahren, über das sogenannte „Kaffeehaus", wie Sie gesagt haben, nicht wahr, also wir sollen Ruhe geben. Na gut. Philips konnte aber diese Leuchten nicht fertigen, weil es ja Sonderleuchten waren, und die Firma Knoblich mußte dann zu Tiefstpreisen diese Leuchten fertigen, wo die Philips „Billigstbieter" — unter Anführungszeichen — war.

Das zweite, was ich maßlos angegriffen habe und was ich nie verstanden habe, da bin ich der VOEST die Türe eingelaufen, dem Dr. Oberhammer, glaube ich, oder wie er geheißen hat. Die VOEST hat wahnsinnig viele Exportaufträge. Die VOEST schreibt zum Beispiel die komplette Starkstrominstallation aus. Das bekommt meistens die EBG in Linz, ist auch

klar. Und jetzt spielt sich folgendes ab: Jetzt geht die EBG her und schreibt diese Leuchten aus. Bei diesen Leuchten ist plötzlich eine Firma Trilux oder sonst irgendein ausländischer Unternehmer Billigstbieter, und die VOEST vergibt mit den Mitteln, mit denen hier gefördert wird, an Ausländer die Aufträge, indirekt, weil sie ja der EBG den Komplettauftrag als Subgeneralunternehmer gibt. Die EBG als Generalunternehmer für den Leuchtenunternehmer vergibt den Auftrag wieder an diese Elektrofirma.

Und so haben wir dann politisch zu intervenieren begonnen, weil ich gesagt habe: Da verlieren wir jeden Auftrag.

Oder die Banken und die Versicherungen, da haben Sie ja das beste Beispiel. Na glauben Sie, daß ich von der Ersten österreichischen Spar-Casse einen Auftrag bekommen kann? Das ist undenkbar, denn dort ist die Firma Frilla drinnen. Das ist so gang und gäbe.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Sind Sie einverstanden, Herr Abgeordneter Bergmann, daß der Kollege Steinbauer eine Zusatzfrage stellt? — Bitte, Herr Abgeordneter Steinbauer.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Unter welchen Bedingungen — ich bin selbst seit vielen Jahren Gewerkschaftsmitglied —, wann mußten Sie einen Betriebsrat zulassen?

Sefcsik: Das war so: In dem EE-Fonds waren drinnen — soweit ich mich erinnern kann, Sie können mich berichtigen — der Gewerkschaftsbund, die Kammer und noch eine dritte Stelle, glaube ich, ich weiß nicht wer. Also drei Gremien waren drinnen. Und wenn jetzt ein Gremium nein gesagt hätte, wäre das für mich peinlich gewesen. Ich möchte bitte nicht sagen, daß man auf mich seitens der Gewerkschaft zugekommen ist. Das hat man beim Knoblich durch Jahre versucht, und der hat immer gesagt nein. Der war wieder anderer politischer Ansicht als ich. Ich glaube auch, in der Größe dieses Betriebes ist es notwendig, einen Betriebsrat zu haben, das ist meine persönliche Meinung zu dem Thema. Und das war der Zeitpunkt, wo es notwendig wurde, das ist keine Frage. Aufmerksam gemacht darauf, daß eventuell ein Nein kommen könnte, hat mich die Zentralsparkasse.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nein, nein, es ist ein Betriebsrat natürlich ab einer gewissen Größe eine Notwendigkeit.

Sefcsik: Notwendig, das ist keine Frage, und das war mir klar.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich danke schön.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Bitte, Herr Abgeordneter Bergmann, wenn Sie fortsetzen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Weil Sie das Beispiel angeführt haben, Philips hat interveniert und mächtig und hat Sie ausgetrickst: Wen halten Sie denn in dem Interventionszirkus für mächtiger, Philips oder Siemens? *(Abg. Steinbauer, ÖVP: Philips, meiner Schätzung nach!)*

Sefcsik: Das ist richtig. Meiner Schätzung nach auch.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und haben Sie sich in der Lage gesehen, Siemens zu besiegen und Philips nicht zu besiegen?

Sefcsik: Das hängt von der Taktik ab. Sie müssen in dem Geschäft wahnsinnig viel bluffen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt, die Taktik war der Bluff, über Politiker zu intervenieren?

Sefcsik: In dem Fall, daß ich gesagt habe, ich möchte die Leuchten haben, war eigentlich das Druckmittel, daß ich ihm den Preis kaputt mache.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nur, es hat ja Siemens nicht gerne den schon erhaltenen Auftrag hergegeben?

Sefcsik: Meinen Sie jetzt das AKH?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das AKH. Es hat bei Siemens ja auch Leute gegeben, die damit gedroht haben, daß Aufträge bei der VOEST als Rückantwort storniert werden. Das heißt also, daß Ihre Intervention auf der politischen Seite eine machtvolle gewesen sein muß.

Sefcsik: Ich möchte nicht sagen, eine machtvolle. Ich war in der Richtung vielleicht eher ein widerlicher Typ, wenn Sie das so hören wollen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Für wen?

Sefcsik: Für die Politiker wahrscheinlich. Stadtrat Mayr hat einmal — wir haben Verhandlungen wegen der Austria email geführt — zu den Direktoren der Austria email gesagt: Der Sefcsik ist mir überhaupt nicht sympatisch, weil der steht jede Woche vor meiner Tür, und wenn er drei oder vier Stunden warten muß. Aber die Herren Direktoren der Austria email, weil sie ja sowieso alle Aufträge von der Gemeinde Wien bekommen, bemühen sich nicht einziges Mal zu mir. Das war vielleicht meine Stärke, daß ich solange keine Ruhe gegeben habe, bis ich wirklich bei ihm drinnen war.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt, Sie glauben — oder wollen uns das zumindest mitteilen —, daß der 46-Millionen-Auftrag nur zu politischen Interventionen geführt hat, damit man von Ihnen eine Ruhe hat?

Sefcsik: Nein. Also bestimmt nicht, Herr Bergmann. So will ich das nicht ausdrücken. Ich bin überzeugt, daß dort auch der Gesichtspunkt mitgespielt hat, daß ich der einzige Wiener Betrieb bin. Davon bin ich überzeugt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie denen auch mitgeteilt, daß sie den Auftrag gar nicht erfüllen können, für den da jetzt das Kommando Staribacher, Mayr, Gratz, Kreisky, Androsch, Hatzl, Horny, Wagner ...

Sefcsik: Wieso kann ich den Klimaauftrag nicht erfüllen?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben ja einen Teil davon weitergegeben.

Sefcsik: Nein! Also meine Herren, ich glaube ... Es ist alles seit einem Jahr in den Akten. Ich habe es heute schon zweimal gesagt, bitte, ich wiederhole es noch einmal: Der Auftrag war schon in Traunreuth, zu dem angegebenen Zeitpunkt, wo ich draufgekommen bin. Es steht in dem Schreiben an den Bundeskanzler Kreisky, wo ich das aufgeklärt habe, eindeutig — ich glaube, auf drei Seiten — drinnen, wie sich das abgespielt hat. Es war nicht so, daß ich den Auftrag nicht durchführen konnte. Wenn, dann hätte ich ihn wegen des Preises nicht durchgeführt und abgelehnt. Das wollte ich aber aus gewissen Gründen nicht tun. Wenn man schon dauernd interveniert, kann man nicht nachher sagen: Den Auftrag nehme ich nicht an.

Aber die Werkzeuge waren in Traunreuth fertig. Ich habe praktisch die lohnintensive Arbeit für die Arbeitsbeschäftigung übernommen, nicht aber die materialintensive, die eh nur von einer Maschine herunterfällt, das ist nur der Rahmen, ein Blechrahmen. Die Leuchte besteht aus vier Teilen: aus der Abdekkung, dem Rahmen und der Installationsseite drinnen. Diese Installationsseite habe ich übernommen. Und die Blechrahmen habe ich in Traunreuth belassen müssen, a) weil die Werkzeuge schon fertig waren und b) weil ich ja gar nicht in der Lage war, um den Preis, den die mir vorgeschrieben haben, diesen Blechrahmen zu machen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das deckt sich ja mit meiner Feststellung, die sich auf Ihre Vernehmung bei der Frau Partik-Pablé bezieht, wo Sie gesagt haben: „Ich habe den von Siemens erhaltenen Auftrag in der Höhe von 26 Millionen Schilling wieder an Traunreuth gegeben. Es handelt sich um die materialintensiven Arbeiten, die ich um den Preis nicht hätte machen können." Das ist ja das, was ich behauptet habe.

Sefcsik: Ich glaube, Sie verstehen es trotzdem nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Den einen Teil des Auftrages hatten Sie nicht erfüllen können, und die 20 Millionen haben Sie sich behalten.

Sefcsik: Wie ich interveniert habe, konnte ich natürlich ... Ich habe ja noch gar nicht gewußt, daß der Auftrag schon in Traunreuth ist. Man hat uns ja dauernd hingehalten, alle österreichischen Firmen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das ist ja das, was ich jetzt gerne von Ihnen wissen würde. Sie haben nicht gewußt, daß der Auftrag in Traunreuth ist.

Sefcsik: Richtig.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Dann hat Sie der Wolfsberger angerufen und hat gesagt: Das ist okay. Bei mir hat gerade der Bundeskanzler interveniert. Wir fühlen uns zwar gedrückt, aber wir haben nachgegeben.

Sefcsik: Nein, da bin ich schon vorher draufgekommen, nicht durch den Wolfsberger.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat Sie der Kreisky angerufen?

Sefcsik: Nein, nein. Da gibt es Wege, daß man schon draufkommt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es ist ja in den Protokollen die Rede davon, daß Sie besondere Kanäle benützt haben.

Sefcsik: Na, Kanäle, ich meine ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es ist einmal die Rede davon, daß der Sefcsik über seine Kanäle — heißt es — mittlerweile das erfahren hat.

Sefcsik: Herr Bergmann! Bei Siemens sind 12 000 Arbeitnehmer. Daß ich dort 2, 3 Arbeitnehmer habe, die mir etwas sagen, wenn ich es wissen will, ist doch klar.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Eh. Ich will ja wissen: Heißt dieser Kanal Schweitzer? — Heißt dieser Kanal Mück?

Sefcsik: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Schweitzer schon?

Sefcsik: Schweitzer auch nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Na, Schweitzer ist schon ein Kanal gewesen.

Sefcsik: Im Gegenteil. Der hat doch mir gesagt: Du kannst den Auftrag nie bekommen, diese Klimaleuchten, der ist schon in Traunreuth. Weil ich ihn darauf angesprochen habe.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber Sie haben ja gerade gesagt, Sie haben nicht gewußt, daß er in Traunreuth ist.

Sefcsik: Ja. Aber in dem Moment, wo ich es gewußt habe, habe ich gesagt: Ich weiß, daß der Auftrag in Traunreuth ist. Sagt er: Ja, und jetzt kannst du gar nichts mehr machen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Jetzt gehe ich auf Ihre Darstellung ein: Irgendwann haben Sie zwar gewußt, mit Siemens tut sich was, aber offensichtlich nicht, wieviel.

Sefcsik: Richtig.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und dann läutete das Telefon, und der Generaldirektor Wolfsberger ist am Apparat. Was erzählt Ihnen der?

Sefcsik: Nein, der Vogel war am Apparat. Der Vogel, glaube ich, war es.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber es hat Sie der Wolfsberger auch angerufen.

Sefcsik: Oder war es der Wolfsberger. Ich weiß es nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was hat Ihnen der jetzt erzählt?

Sefcsik: Ich soll mich mit seinem technischen Büro in Verbindung setzen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und aus was für einem Grund? Er muß ja gesagt haben: Paß auf ...

Sefcsik: Wegen der Klimaleuchten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat er Sie beschimpft? Es hat ja eine ungeheure Unstimmung gegeben.

Sefcsik: Der Vogel hat mich beschimpft, ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was hat der gesagt sinngemäß?

Sefcsik: Das das eine Frechheit ist, daß ich da hinter dem Rücken der Firma Siemens intervenieren gehe. Ich habe ihm gesagt, ich empfinde das nicht als Frechheit, weil dieser ARGE Licht AKH war der Auftrag ja zugesagt. Sie durfte ja auch nicht beim AKH intervenieren oder mit sonstwem Kontakt aufnehmen. Daher bin ich vollkommen der Meinung, daß etwas dagegen unternommen werden muß. Wir haben ja das dann auch zu dritt gemacht: Die Firmen Zumtobel, Philips und Knoblich haben ja ein gemeinsames Schreiben abgefaßt an das Handelsministerium.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und was war jetzt in den Gesprächen sozusagen um das Doch-Hereinkommen dieses Auftrages, was war da von der Kreisky-Intervention, vom Telefongespräch Wolfsberger—Kreisky für eine Rede?

Sefcsik: Der Kreisky war vorher bei mir. Ich habe ihm diese Situation, genauso wie ich sie Ihnen jetzt geschildert habe, geschildert und habe gesagt, daß es eine Frechheit ist, daß man diese Leuchten nach Deutschland vergibt, ich verstehe das nicht. Er hat gesagt, er wird sich einmal erkundigen, was da los ist, und wird sich darum kümmern, ob das stimmt. Das habe ich übriges dem Busek auch schon im November 1977 gesagt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mit dem haben Sie aber offensichtlich keinen Schriftverkehr.

Sefcsik: Er war am 28. 11. 1977 bei mir. Ich habe auch mit dem Kreisky keinen Schriftverkehr im Prinzip gehabt, außer mein Dankschreiben, sonst habe ich auch keinen Schriftverkehr gehabt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie hat nach Ihrer Information jetzt die Zusammenschaltung Kreisky—Wolfsberger funktioniert?

Sefcsik: Es hat vorher schon, bitte, muß ich dazu sagen, seitens des Handelsministeriums an das Finanzministerium — ich weiß nicht, wie sich das abgespielt hat. Ich weiß nur, daß vom Aufsichtsratsvorsitzenden Waiz an den Winter ein Aktenvermerk herangetragen wurde — das war vorher —, er möge antworten, wieso die Leuchten nach Deutschland gegangen sind, wenn in Österreich genug Produktionsstätten für diese Leuchten vorhanden sind.

Ich wurde dann vorgeladen beim Winter, habe das noch einmal vorgebracht, habe gesagt, ich werde beinhart intervenieren, weil ich das absolut nicht verstehe. In der Zwischenzeit sind ja diese ganzen von mir angeschriebenen Stellen seitens des Aufsichtsrates, soviel ich weiß, informiert worden — ich glaube, auch der Staribacher usw., die sind alle informiert worden — und haben dann eben auch auf den Vorstand eingewirkt, ob es nicht doch möglich wäre. Winter hat gesagt nein, weil Siemens den Auftrag hat, Siemens muß praktisch selbst entscheiden, sie können das nicht mehr beeinflussen.

Und jetzt habe ich den Besuch von Kreisky ausgenützt und habe ihm gesagt: Das kann nur mehr Siemens, es wissen zwar alle, was sich abgespielt hat, aber es ist praktisch der letzte Punkt nicht gesprochen seitens Siemens. Und ob jetzt Kreisky Wolfsberger selbst direkt angerufen hat oder was, das weiß ich nicht, das müßte der Wolfsberger sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Hat Ihnen der Wolfsberger auch nie davon erzählt?

Sefcsik: Aha.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich meine, ob er es Ihnen erzählt hat.

Sefcsik: Nein, mir nicht. Nein.

Jedenfalls hat mich dann Direktor Vogel angerufen. Es war eine ziemliche Beschimpfung von seiner Seite. Ich habe gesagt: Mir geht es um die Arbeitsplätze, und mir ist egal, ob geschimpft wird. 14 Tage später bekam ich dann eine Einladung nach Traunreuth, wo die ganzen Herren, die dann eigentlich diese Verkaufsgespräche angebahnt hatten, mit Knoblich dabei waren und die unseren Preis hingekriegt haben, daß wir vorerst glaubten, überhaupt nein sagen zu müssen, weil es ist ja letztlich doch von Siemens abgehangen, ob die ja oder nein sagen, und primär eigentlich von der deutschen Siemens. Die österreichische Siemens hat gesagt: Wenn wir ja sagen, dann okay, und wenn wir nein sagen, dann nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und jetzt hat sich von dem Auftrag über die Preissituation Traunreuth noch mehr als die Hälfte gesichert, indem Sie nicht mitkönnen haben.

Sefcsik: Na ja, die andere Hälfte wäre eine Arbeit für zwei Arbeiter und eine große Maschine gewesen. Man hätte es machen können, ohne weiteres, das ist kein Problem. Aber das Problem war das Preisliche. Die haben das schon so austangiert gehabt, diese Preise, daß sie gesagt haben: Vielleicht nimmt er wirklich lieber die lohnintensive Arbeit, dann gehen wir dort ein bissel in die Höhe und da herunter. So ist mir das vorgekommen, nach unseren Kalkulationen zumindest.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und in dieser Auseinandersetzung, wo Siemens bös war, ist schon der Eindruck entstanden, daß Siemens nicht gerne diesen Teil des Auftrages hergegeben hat.

Sefcsik: Davon bin ich überzeugt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und daß sie unter einem starken Druck gestanden sein muß.

Sefcsik: Ich kann mir vorstellen, für Deutschland-Traunreuth sind 60 000 Klimaleuchten ja auch eine Serienproduktion. Das kann man nicht mehr als Sonderleuchtenproduktion bezeichnen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer war denn mit dem Bundeskanzler mit bei dem Betriebsbesuch? — War das ein von der SPÖ organisierter Betriebsbesuch?

Sefcsik: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Oder ein von Ihnen inszenierter?

Sefcsik: Ich habe ihn eingeladen. Ich habe gesagt: Es funktioniert niemand, mit dem ich politisch rede über dieses Thema. Vielleicht gelingt es mir durch einen Betriebsbesuch von Kreisky.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und der Gratz war auch bei Ihnen?

Sefcsik: Der war auch bei mir einmal.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War da der Edlinger mit?

Sefcsik: Ich kenne den Edlinger nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Den Landesparteisekretär.

Sefcsik: Namentlich kenne ich ihn, aber persönlich nicht. — Ich glaube nicht, daß er mit war.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was haben Sie denn in der SPÖ für Funktionen ausgeübt?

Sefcsik: Überhaupt keine.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Auch nicht im Freien Wirtschaftsverband?

Sefcsik: Ich sollte dann jetzt eine im Fachverband ausüben, habe aber bis zu meiner Inhaftierung keine ausgeübt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Warum werden Sie denn in den Mitgliedslisten des „Club 45" geführt?

Sefcsik: Entschuldigen, bitte, das ist mir neu, daß ich dort geführt werde. Ich bin nicht Mitglied des „Club 45" und war auch nie dort.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie waren auch nicht beim Demel.

Sefcsik: Ich bin noch nie dortgewesen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Oder sind ein besonders guter Freund vom Serge Kirchhofer. Oder haben ein besonderes Naheverhältnis zum Rechtsanwalt Damian.

Sefcsik: Nein. — Ich kenne auch den Wilfling nicht, zu Ihrer Information.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das habe ich Sie noch gar nicht gefragt.

Sefcsik: Na ja, ich sage es Ihnen nur gleich.

Aber ich sage noch einmal absolut: Ich war nicht im „Club 45". Ich sage noch einmal: Ich bin aus innerster Überzeugung Sozialist, ich habe mich aber nicht betätigt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie bei der Finanzierung von politischen Aktionen oder Projekten durch Spenden etc. mitgewirkt?

Sefcsik: Das habe ich heute schon, glaube ich, bei Herrn Dr. Steger beantwortet.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Entschuldigen, da war ich vielleicht nicht herinnen.

Sefcsik: Es gibt Sportvereine, es gibt Spenden an die Polizei, an den Blindenverein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie auch eine ungefähre Jahressumme genannt?

Sefcsik: Habe ich genannt, ich glaube 20 000 bis 30 000 S. Und einmal haben wir, glaube ich, den Basketballklub von der Zentralsparkasse mit 30 000 S finanziert. Das bitte aber auch nur deshalb, weil ich die ganzen Basketballer gekannt habe, weil ich Basketball gespielt habe.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sagt Ihnen der Name Puroir etwas?

Sefcsik: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sternheim?

Sefcsik: Nein. Das, glaube ich, hat mich schon die Frau Dr. Partik gefragt. Den Namen kenne ich gar nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mit Leuten der PLANTECH haben Sie nie zu tun gehabt?

Sefcsik: Nein, nie. Ich kenne auch den Gügi nicht und habe mit ihm nie gesprochen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die Beziehung Schweitzer zu irgendwelchen liechtensteinschen Firmen war Ihnen auch nicht bekannt?

Sefcsik: Unbekannt. Ich habe das heute auch schon gesagt: Ich habe eigentlich immer wenig die anderen gefragt. Mein Endziel war, die Firma in Ordnung zu halten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sind Sie ein Jäger?

Sefcsik: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Flieger?

Sefcsik: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und waren in Skiathos auch nicht?

Sefcsik: Nein, war ich auch nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nicht nur, weil Sie 18 Jahre nicht auf Urlaub waren.

Sefcsik: Ich war tatsächlich vier Tage auf Urlaub in den 18 Jahren.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie waren auf den Caymaninseln dienstlich noch nie?

Sefcsik: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Privat auch nicht?

Sefcsik: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was hat denn das für eine Bewandtnis gehabt mit der Tonbandaufzeichnung beim Ing. Worm?

Sefcsik: Der Worm hat mich angerufen, ich möchte fast sagen in einem etwas seltsamen Ton, er wird bei der Wirtschaftspolizei Anzeige erstatten usw. Ich habe gesagt: Bitte, in diesem Ton brauchen Sie nicht mit mir reden, und habe aufgelegt. Ich habe den Chefredakteur damals angerufen und habe gesagt: Bitte, ich bin gerne bereit zu einem Interview, aber so möchte ich das nicht haben, man kann höflich auch miteinander verkehren. Daraufhin ist der Herr Worm gekommen. Ich habe einen Mann als Zeugen beigezogen und habe ein Tonband mitlaufen lassen. Aber ich glaube, das ist inzwischen eh beim Gericht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist das Tonband bei Gericht?

Sefcsik: Ich glaube schon.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das ist nämlich aus Ihrer ersten Einvernahme.

Sercsik: Es sind fünf Tonbänder bei Gericht. auf dreien ist eine Musik drauf, auf einem ist der Worm drauf und auf dem anderen irgendeine Mittagsgeschichte, die ich im Rundfunk gesagt habe.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn man bösartig wäre und Ihre Einvernahme bei der Frau Pablé liest, dann könnte man zu dem Schluß kommen, daß Sie dem Herrn Knoblich die Firma abgeluchst haben.

Sefcsik: Ich würde das anders beantworten, und ich glaube, dafür habe ich genug Zeugen, die Arbeitnehmer sind. Der Knoblich hat die Ges. m. b. H. nicht gegründet, weil er, wie er aussagt, halt mir Anteile geben wollte, sondern weil er das unternehmerische Risiko einmal wegbringen wollte. Das ist einmal der erste Hauptgrund. Und daß ich das unternehmerische Risiko auf mich genommen habe, dafür war er sehr dankbar, und er war auch sehr dankbar, daß ich seine Anteile an Siemens verkauft habe. Die ganzen Verkaufsverhandlungen hat der Knoblich kein einziges Mal irgend etwas hineingesprochen.

Er sagt ja auch aus, daß die Million nicht privat für mich war. Ich frage mich nur: Vier Jahre hat die Firma oral keinen Beleg verlangt. Also ich habe ja soviel Beweise dagegen. Ich meine, es muß doch einem normalen Menschen einleuchten. Sie geben mir doch keine Million Schilling als Firma ohne Beleg. Oder? Kaum, nicht wahr?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich gebe es Ihnen

auch als Nichtfirma nicht. Aber nicht, weil ich Ihnen mißtraue, sondern weil ich sie nicht habe.

Sefcsik: Ohne Beleg bestimmt nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber auch nicht mit Beleg.

Gibt es über diese 800 000 S, die Sie dem Herrn Schweitzer gegeben haben, einen Beleg?

Sefcsik: Nein, weil das war privat von mir.

Ich habe ja dafür eine Provision bekommen, daß ich der AEG geholfen habe, und habe privat denjenigen honoriert, der mir geholfen hat, daß diese Absichtserklärung so schnell gegangen ist, die schon lange vorher zugesagt war. Das war alles.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie war das mit dem Kassiber?

Sefcsik: Jessas na. Na ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, das liest sich dann alles wie ein Kriminalroman.

Sefcsik: Das liest sich wie ein Kriminalroman. Ich habe dem Schweitzer mitgeteilt, er soll die Wahrheit sagen, daß ich die 800 000 S zugegeben habe.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Er hat es aber nicht gesagt.

Sefcsik: Ich habe es zuerst abgeleugnet, weil ich mir nicht gedacht habe, daß er das zugeben wird. Dann habe ich es zugegeben, nachdem ich gehört habe, er hat es gesagt. *(Zwischenfrage des Abg. Dr. Feurstein, ÖVP.)* Nach neun Monaten, glaube ich, kann man das nicht mehr sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was glauben Sie denn, was Ihnen nach Ihrer Entlassung der Dr. Stern erzählen wird über den sogenannten Kommentar des Bundeskanzlers?

Sefcsik: Der Dr. Stern wurde von mir als Anwalt abgelehnt, weil er die größten Fehler gemacht hat. Ich habe nicht mehr den Dr. Stern, bitte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was hat er denn für einen Fehler gemacht, Ihrer Meinung nach?

Sefcsik: Der erste Fehler war, daß er mir vor der Einvernahme bei der Frau Dr. Partik gesagt hat, ich solle aus vermögensrechtlichen Gründen überhaupt keine Aussage machen. Daraufhin hat sie mich in Verwahrungshaft genommen. Sonst wäre ich ja wahrscheinlich gar nicht verhaftet worden.

Der zweite Fehler war der, wie ich es sehe: Die Frau Dr. Partik ist einen sehr schlauen, meiner Meinung nach bewußten Weg gegangen nämlich einen ungesetzlichen. Sie ist statt in die Haftprüfung in die Ratskammer gegangen. Die Ratskammer hat ihr recht gegeben. Die Staatsanwaltschaft hat sechs Wochen lang gegen meine Inhaftierung Beschwerde geführt. Und der Stern hat den Fehler gemacht einer Beschwerde gegen den Ratskammerbeschluß, statt daß er in die Haftprüfung gegangen wäre mit mir. Das Oberlandesgericht hat dann gesagt, die Frau Dr. Partik-Pablé hat einen Formalfehler begangen. Und ich blieb weiterhin in Haft. *(Abg. Steinbauer, ÖVP: Das war aber der junge Stern, damit wir es im Protokoll richtig haben!)* Ja, der junge Stern war das, danke.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Zurück zu den Interventionen: Es gibt einen Vermerk des Herrn Ing. Mück, den Sie auch kennen, den ich Ihnen nur kurz vorhalten möchte. Anlaß war ein sehr massiver Vorstoß der AKPE, die Fertigung der Klimaleuchten bei Knoblich durchführen zu lassen.

„Herr Winter gab mir am Telephon ziemlich unverblümt zu verstehen, daß auf ihn ein starker Druck von seiten des Finanzministeriums, des Handelsministeriums und auch von Stadtrat Mayr ausgeübt wird, diese Frage im Sinn einer Begünstigung der Wiener Firma Knoblich zu lösen. Dabei wurde auch der uns zugedachte 400-Millionen-Folgeauftrag für AKH in Frage gestellt."

Das heißt, es ist also schon ein ziemlicher Druck gewesen, an dem auch der Winter beteiligt war. Und Sie sagen jetzt, der Winter hat Ihnen auf der anderen Seite gesagt, Sie haben keine Chance, an diesen Auftrag heranzukommen. Das ist ein Widerspruch.

Sefcsik: Ich finde das nicht als Widerspruch. Ich sagte ja, es gab einen Aktenvermerk, von dem ich nur gehört habe, daß es ihn gegeben hat, vom Waiz auf Grund meiner Interventionen, meiner schriftlichen Interventionen an die AKPE. Der müßte ja irgendwo aufliegen. Ich kenne ihn nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber die Drohung, daß hier der 400-Millionen-Folgeauftrag auch noch sozusagen von politischer Seite abgedreht wird: Davon haben Sie keine Kenntnis gehabt, wie massiv diese Drohung war.

Sefcsik: Nein. Ich sage Ihnen auch ganz ehrlich . . .

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es heißt aber dann drinnen: „Die Firma Knoblich bereit ist, den Auftrag in dieser Form abzuwickeln." Und da war dann die Rede davon: „IK ist damit einverstanden, daß die Firma Knoblich den gesamten Auftrag für die Leuchten erhält und die bei

HWT zu bestellenden werkzeugintensiven Blechteile sowie die Vorschaltgeräte direkt von Knoblich in der BRD bestellt werden." Das heißt, da war bereits die Abwicklung so, daß die eine Hälfte auf jeden Fall in Traunreuth bleibt.

Sefcsik: Wann war das?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das war offensichtlich unmittelbar nach ...

Sefcsik: Ich glaube, die Gespräche in Traunreuth haben im April stattgefunden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, das war der 17. April 1978.

Sefcsik: Da war es noch nicht abgeschlossen, nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und da kommt auch der schöne Satz drinnen vor: „Herr Sefcsik hatte bereits vorab über seine Kanäle an den Bundeskanzler, Minister Staribacher, Mayr die Benachrichtung gegeben, daß es zu einem vollen Einvernehmen zwischen der Siemens-Österreich und Knoblich gekommen ist.

Sefcsik: Herr Bergmann! Ich sage noch einmal: Es muß natürlich, wenn Sie ein geschickter Manager sind, ein gewisser Bluff auch drinliegen. Es war für mich ganz klar, wenn ich zu einem Mück gehe oder zu einem Vogel gehe — ich meine, der Vogel hat ja mit dem Stadtrat Mayr, obwohl sie einer politischen Fraktion angehören, nur so ... *(Schlägt mit einer Hand auf die andere.)* Wenn der Stadtrat Mayr „Siemens" gehört hat, ist er schon explodiert. Warum, weiß ich nicht. Das müßte Siemens wissen. Es wird irgendwas dran sein, ich weiß es nicht.

Diese Situation habe ich natürlich ausgenützt. Ich bin zum Mück gegangen und zum Schweitzer und zum Vogel und habe gesagt: Meine Herren! Ich mache euch aufmerksam: Ihr werdet die größten Schwierigkeiten mit euren deutschen Lieferungen haben. Weil Siemens hat ja im Jahr um etwa 60 Millionen deutsche Leuchten verkauft in Österreich. Unabhängig von Projekten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nun, Herr Sefcsik, wenn ich Ihnen dies zugestehe, logischerweise zugestehe, daß man im Geschäftsleben auch ein gesundes Quantum an Bluff anwendet ...

Sefcsik: Weil daß der Mück einen Kreisky anruft und ihn fragt, ob das stimmt ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): ... dann lassen Sie mir den Schluß darauf zu, daß Sie das bei mir auch gerade tun.

Sefcsik: Ich glaube, jetzt, nach neun Monaten, braucht man das ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, ich frage nur, wo man jetzt den Bluff einordnen kann, der Ihnen ja wahrscheinlich sogar rechtlicherweise zusteht, daß Sie mir nicht alles sagen.

Sefcsik: Ich möchte nur eines: aus irgendeiner politischen Diskussion herausgehalten zu werden, weil ich weiß ja, wo sie hinwollen. Sie meinen, daß ich unter Umständen irgendeiner politischen Partei etwas gegeben habe, um den Auftrag zu bekommen. Dem Winter — habe ich einmal bewiesen — ein Geld zu geben, dafür hat es keinen Grund gegeben. Einer politischen Partei, hat es für mich auch keinen Grund gegeben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Könnte es sein, daß Sie der einzige sind, der in diesem AKH-Bereich alle gerollt hat, die Schmiergeldnehmer à la Winter, die politischen Parteien, und auch alle sonstigen Provisionäre landesüblicher Form, weil Sie gleich so hochrangig eingestiegen sind?

Sefcsik: Herr Bergmann, das stimmt nicht. Aus der Korrespondenz mit den Politikern, die photokopiert wurde, geht ja hervor, daß ich mich über alles aufgeregt habe, und das ist vielleicht mein Blödsinn.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn ich das richtig sehe — bitte, korrigieren Sie mich gleich —: Es hat eine Verbindung der Firma Knoblich mit der Plantech-Geproma oder zumindest mit der Plantech gegeben.

Sefcsik: Nur mit der Plantech über den Schweitzer.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Über den Schweitzer, und das offensichtlich vor der Zeit, in der Sie massiv in der Firma tätig waren.

Sefcsik: Lange vor der Zeit. Wo ich in der Firma tätig war?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Als Beteiligter oder ...

Sefcsik: Da war ich schon ... Das war 1972, 1973.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben jedenfalls damit nichts zu tun gehabt, entnehme ich Ihren Aussagen, sondern Sie haben erst später von dieser Plantech-Sache erfahren. Ist das richtig?

Sefcsik: Nein, 1972.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben schon 1972 davon gehört?

Sefcsik: 1972 hat sich das ja abgespielt mit der Plantech.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Dann habe ich irgend

etwas verwechselt aus Ihren Aussagen, daß Sie die Belege oder sonst irgend etwas erst ...

Sefcsik: Nein, ich sage ja, das war 1972, und die Aufträge Siemens habe ich 1978 gekriegt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben die Plantech-Sache über den Herrn Schweitzer abgewickelt.

Sefcsik: Richtig.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt, Sie haben ein System schon gekannt, nach dem man an Aufträge herankommt, nur muß man dabei was zahlen. Und jetzt frage ich mich die ganze Zeit, ob es für Sie nicht selbstverständlich war, daß, wenn sie einen hochrangigeren Intervenienten haben als die Firma Plantech oder den Herrn Schweitzer, man da auch was zahlen muß.

Sefcsik: Nein, ich glaube, man sieht nämlich eines hier überhaupt falsch: Diese unbenannten Provisionen sieht man falsch.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wir haben hier einen Auftrag, auf Parteienfinanzierung draufzukommen, und daher frage ich Sie.

Sefcsik: Herr Bergmann! Es gibt keine Parteienfinanzierung seitens der Firma Knoblich! Ich bin einer der wenigen Angeklagten überhaupt und überhaupt der einzige, der eingesperrt ist. Ich habe Subaufträge bekommen. Zu wem hätte ich denn gehen sollen? Wenn die ÖVP an der Regierung gewesen wäre, wäre ich wahrscheinlich zum Bundeskanzler Sowieso gegangen. *(Abg. Steinbauer, ÖVP: Mock!)* Mock oder was weiß ich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Damals Taus!

Sefcsik: Ich glaube, es ist für jeden verständlich, daß die Aufträge doch in Österreich bleiben sollten. Weil mir kommt halt das schon fast so vor, wie wenn ich verurteilt werde, weil ich gelaufen bin, daß die Aufträge in Österreich bleiben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nur damit Sie es vielleicht auch verstehen, obwohl das nicht Untersuchungsgegenstand ist: Keiner der hier Anwesenden hat wahrscheinlich ein Interesse, daß ein Auftrag ins Ausland geht.

Sefcsik: Na Gott sei Dank.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Uns interessieren die Umstände, wie ein Auftrag irgendwohin, ob ins Ausland oder nach Österreich, vergeben worden ist. Und es hat ja auch Aufträge ins Ausland ...

Sefcsik: Das Liechtenstein war ein Blödsinn, das gebe ich zu, das habe ich auch zugegeben. Aber warum ich jetzt neun Monate eingesperrt bin und eine Firma zugrunde geht mit 300 Leuten, das ist mir unverständlich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Deshalb können Sie mit uns nicht schimpfen.

Sefcsik: Ein Richter oder ein Staatsanwalt sagt Ihnen drauf, mich interessiert das nicht, und ein Politiker sagt, 300 Arbeitsplätze sind für mich auch uninteressant, scheinbar. Ich glaube, in Österreich ist es gang und gäbe, lieber zu subventionieren, Gelder in die Betriebe hineinzustecken, zwei Jahre diese Betriebe mit dem gleichen Management leben zu lassen, dann die in Pension zu schicken, um nach zwei Jahren ohne neue Innovation oder sonstwas den Betrieb zuzusperren. Wenn ich einen Betrieb in die Höhe bringe, jedes Jahr 35% Umsatzsteigerung habe, dann sperrt man halt den kleinen Sefcsik von der kleinen Firma ein. Das ist das Einfachste bei so einem Skandal.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge, ich verstehe aus Ihrer Situation natürlich auch Ihren Unmut, und das ist auch der Grund, warum wir Sie diese Erklärungen hier abgeben lassen. Einen unter anderen Umständen hier seienden Zeugen hätten wir wahrscheinlich durchaus längst gestoppt.

Eine Frage dazu, daß das Erreichen dieses Siemens-Auftrages zu einer Zeit gekommen ist, die für Sie, für Ihre Firma lebensnotwendig ist: Was hätten Sie gemacht, wenn der Auftrag nicht gekommen wäre?

Sefcsik: Das ist eine Frage in der Sekunde der Entscheidung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Da waren Sie schon so angespannt, daß Sie gesagt haben: Dann hätte ich in dem Jahr entlassen müssen oder zusperren.

Sefcsik: Es waren auch für mich zum Beispiel diese Anzahlungen wahnsinnig wichtig, weil ich ja Zinsen davon zumindest gehabt habe. Keine Frage.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und haben Sie den ganzen Auftrag, den Sie dann Traunreuth abgezwickt haben, selber ausgeführt oder da auch noch einmal ...

Sefcsik: Es ist ja fast nichts ausgeführt, Herr Bergmann!

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Werden Sie selber ausführen?

Sefcsik: Natürlich! Bis auf diese materialintensiven Teile, die ja ohneweiters ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, nein, ich weiß schon. Aber die 20 Millionen gehen voll in Ihr Werk, und da gibt es keinen Sefcsik-Subauftragnehmer mehr.

Sefcsik: Bitte, um ja jede Unklarheit zu beseitigen, sonst wird mir das auch noch vorgehalten: Wir erzeugen natürlich keinen Draht, den wir dort hineingeben, wir erzeugen bitte kein Vorschaltgerät, wir erzeugen keine Fassung. Das wird zugekauft, das ist ja klar.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Zugekauft. Aber Sie geben nicht einen Teil des Auftrages an jemand weiter?

Sefcsik: nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich danke schön.

Sefcsik: Ich möchte bitte vielleicht noch eines dazu sagen: Meine Aufregung ein bißchen deshalb zu verstehen — und Sie sehen gleich, worauf ich hinaus will —, und daher habe ich über die Subventionen gesprochen.

Ich habe den Status jetzt per Ende Dezember bekommen. Die Firma hat einen Umsatzrückgang um 20 Prozent, es ist mit einem irrsinnig hohen Millionenverlust zu rechnen. Siemens ist bereits an mich herangetreten, obwohl das gegen die Verträge ist, das Kapital aufzustokken. Weil ich habe gesagt, fünf Jahre ist Auftragsstop, alle Gewinne laufen in das Kapital hinein. Dafür habe ich ja eine Carl Sefcsik-Ges. m. b. H. gegründet. Das heißt, wir schütten aus und führen die Gewinne wieder zurück, damit das Kapital höher wird.

Es ist heuer mit einem horrenden Millionenverlust zu rechnen. Wir haben ein gebrochenes Wirtschaftsjahr, vom 1. Juli bis 30. Juni. Ich glaube, es ist der Kreis hier, das zu sagen, weil Politiker interessiert das doch, ob 300 Arbeitsplätze sind oder nicht. Ich bin als Geschäftsführer zurückgetreten. Trotzdem habe ich Wiederholungsgefahr; wo, wie, was weiß ich nicht. Eine Beschwerde nach § 33, Ungesetzlichkeit, ist so beantwortet worden vor fünf Monaten: Im Moment können wir das nicht machen, weil wir keine Akte haben. Also es ist nicht damit zu rechnen, daß überhaupt etwas mit meiner Person geschieht. Ich bin zurückgetreten als Geschäftsführer. Zur Firma sage ich bereits voraus: Mit einer Kapitalaufstockung allein ist nichts getan, das ist genauso, wie wenn man eine Subvention wo hineinsteckt und nach zwei Jahren zusperrt — das, was ja immer wieder passiert.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer führt die Firma jetzt?

Sefcsik: Das ist ja das Problem. Meine Vorschläge wurden seitens Siemens abgelehnt. Siemens versucht jetzt, das an sich zu ziehen — auch ganz klar. Es ist von der KDAG der Direktor Dr. Dipl.-Ing. Zinner, aber der macht das stundenweise. Ich meine, so einen Betrieb kann man nicht stundenweise führen. Der Betriebsrat ist bereits ziemlich in der Höhe. Was jetzt passiert — ich weiß es nicht.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Der nächste fragende Abgeordnete ist Herr Abgeordneter Dr. Feurstein. bitte.

Abg. **Dr. Feurstein** (ÖVP): Herr Sefcsik! Sie haben hier am Vormittag im Zusammenhang mit dem Auftrag Krankenzimmerinstallationsset gesagt: Auftragsvolumen rund 34 Millionen Schilling. Ist das richtig? Und zwar bei Siemens.

Sefcsik: Nein, das ist sicher nicht richtig.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Doch, das habe ich da. Die Firma Siemens hat den Auftrag bekommen um 34 Millionen Schilling.

Sefcsik: Siemens hat den bekommen um 34 Millionen?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja.

Sefcsik: Ach so, das weiß ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wer macht sonst noch in diesem Auftrag? Wer arbeitet, außer Ihnen?

Sefcsik: Die Firma Zumtobel und wir. Das habe ich schon gesagt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sonst niemand?

Sefcsik: Sonst niemand.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Niemand?

Sefcsik: Nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben am Vormittag gesagt, Sie hätten den Auftrag deshalb weitergegeben, weil Sie sich verpflichtet gefühlt haben auf Grund der Arge Licht.

Sefcsik: Das war der eine Punkt, und der zweite Punkt ist, daß Disko ja voriges Jahr an Zumtobel verkauft wurde. Das habe ich hier auch gesagt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das war ja der Hauptgrund. Sie wollten doch den Auftrag bei Disko ausführen lassen, als Sie ihn übernommen haben.

Sefcsik: Ich sage Ihnen, was überhaupt der Hauptgrund war: Ich bin immer bemüht, mit meinen Mitbewerbern gut auszukommen, und bei so einem großen Kuchen, warum soll die Firma Zumtobel nicht auch einen Auftrag haben. Daß ich den Auftrag ausführen könnte, darüber liegt überhaupt kein Zweifel vor, bestimmt nicht, wenn Sie dort hinauswollen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber Tatsache ist, daß die Firma Disko diesen Auftrag ausführen sollte, als Sie ihn übernommen haben.

Sefcsik: Nein, auch nicht. Eindeutig nein.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das bestreiten Sie?

Sefcsik: Das bestreite ich auf das entschiedenste!

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wollten Sie die Firma Disko kaufen?

Sefcsik: Nein, wir nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Oder die Firma Siemens?

Sefcsik: Nein. Von Siemens weiß ich es nicht. Wir bestimmt nicht. Im Gegenteil, ich kann Ihnen sagen, warum wir Trilux so hingehalten haben: Wir haben dann, wie Disko verkauft hat, mit Trilux einen Vertrag gemacht, daß wir die Lizenzfertigung für Trilux übernehmen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Trilux war auch in Deutschland?

Sefcsik: Das ist ja eine deutsche Firma.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Eben. Zumtobel ist eine österreichische Firma.

Sefcsik: Ja schon, aber wir brauchten ja einen Lizenzgeber. Erzeugen hätten wir ja hier können. Lizenzgeber war in dem Fall Trilux. Ich mußte den Trilux ausschalten, den hinhalten, damit der Zumtobel das fertigen kann.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie wollen mir jetzt erklären, aus Nächstenliebe haben Sie diesen Auftrag Herrn Zumtobel weitergegeben, nachdem Sie heute früh auf die Fragen des Ing. Hobl so negativ über die Firma Zumtobel geredet haben.

Sefcsik: Darf ich Ihnen sagen, daß ich in den Jahren bis 1970 bei Zumtobel einen Umsatz jährlich von 10 Millionen Schilling gemacht habe, an Vorschaltgeräten?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Bis 1970 schon. Und in den Jahren 1976, 1977 und 1978 und 1979?

Sefcsik: Haben wir auch immense Umsätze gegenseitig gehabt, bitte. Wir haben gekauft bei der Firma Zumtobel, die Firma Zumtobel bei uns.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Warum war es der Firma Zumtobel nicht möglich, diesen Auftrag bei der Firma Siemens zu bekommen? Nur Ihnen.

Sefcsik: Es war zum Teil eine Preisfrage, besonders beim ersten Auftrag war es eine Preisfrage.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Beim ersten Auftrag?

Sefcsik: Beim ersten Auftrag, bei dem mit 35 Millionen, weil da liegt der Rabattsatz ja bei 57 Prozent. Beim Krankenbettschienenauftrag haben ja wir das Muster gemacht, und das wurde abgenommen, schon vor Jahren, das ist schon 1973/74 gewesen. Das war eine Idee des damaligen Verwalters Denk, soweit ich mich erinnern kann, und der hat sich selbst immer als Vater dieser Schiene hingestellt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Darf ich jetzt fragen: Was ist das für ein Auftrag mit 57 Millionen Schilling?

Sefcsik: Bitte?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie haben jetzt einen Auftrag von 57 Millionen Schilling erwähnt. — Habe ich Sie falsch verstanden?

Sefcsik: Ich habe einen Auftrag von 57 Millionen erwähnt?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ja. Was haben Sie vorhin gesagt? Sie haben eine Zahl genannt? Der Auftrag ist 34 Millionen, Krankenbettensets.

Sefcsik: Das weiß ich nicht, wie hoch die Summe ist.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Was haben Sie jetzt für einen Auftrag genannt? Sie haben gesagt, das ist ein Teil des Auftrages.

Sefcsik: Sie wissen ja, Sie haben es selbst gesagt, daß es drei Aufträge sind. Den mit den 2,8 Millionen weiß ich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ach so. Das kann ich Ihnen auch sagen, weil in der Zwischenzeit ... Kann es der Auftrag sein, der die Geräteträgerschiene und -halterung für Krankenzimmer und die Installationsschiene betrifft?

Sefcsik: Ja, ich weiß schon. Das ist aber neu ausgeschrieben worden. Das war auch so eine Sache. Da sind wir auch mit Siemens im Konflikt gelegen, weil wir der Billigstbieter waren, und Siemens hat trotzdem den Auftrag dort bekommen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und mußte sie dann den Auftrag nachher an Sie weitergeben, oder hat man das freiwillig getan?

Sefcsik: Es war ja unser Muster dort, das hat ja jeder gewußt.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Mit welchem Betrag haben Sie diesen Auftrag bekommen?

Sefcsik: Das weiß ich jetzt beim besten Willen nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie waren ja Bestbieter!

Sefcsik: Ja, aber bitte, ich kann mich wirklich nicht an jeden Auftrag um 2 Millionen erinnern.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Haben Sie in Ihren Unterlagen diesen Auftrag nicht?

Sefcsik: In den Unterlagen? Das glaube ich nicht.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Wir haben hier leider nicht den Subauftrag.

Sefcsik: Aufträge. *(Blättert in seinen Unterlagen.)* Nein, der ist nicht da. Ich habe nur die drei Aufträge, die wir zuerst erwähnt haben.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber Sie können ausschließen, daß bei den Krankenschienen, Bettleuchten keinerlei Leistungen von der Firma Siemens erbracht werden.

Sefcsik: Das kann ich garantieren.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Abgeordneter Steinbauer, bitte.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber nur, wenn ich der letzte bin. — Ich würde kurz noch gerne mit Ihnen fachsimpeln, Herr Zeuge. Sie haben vorhin gesagt, wer besser ist, Philips oder Siemens, in der Interessenswahrung. Was ist Ihre Begründung? Sie haben das dann nicht näher ausgeführt, sondern waren mit mir einer Meinung, daß Philips besser ist.

Sefcsik: Philips geht vielleicht den brutaleren Weg. Das ist meine persönliche Meinung. Ich kann nur meine persönliche Meinung sagen. Der Wolfsberger ist mehr, wie seine Vergangenheit zeigt, vielleicht ein Diplomat auch in Geschäftsfragen. Der Koning ist ein beinharter Manager gewesen. Ich glaube, er wurde jetzt abgelöst, ich weiß es nicht. Der Koning hat beinhart interveniert. Ich kann mich zum Beispiel an den Gleinalmtunnel in der Steiermark erinnern. Bei dem Gleinalmtunnel waren wir mit der EBG Bestbieter. Die haben die Leuchten herausgenommen, und Philips hat den Auftrag bekommen, weil der Koning angeblich — bitte, ich sage immer nur „angeblich", nicht daß es heißt, ich habe irgend jemanden beschuldigt — damit gedroht hat, irgend etwas in der Steiermark zuzusperren.

Und natürlich haben diese Konzerne dieses ungeheure Druckmittel zu sagen, ja entweder wir kriegen den Auftrag oder wir sperren dort das Werk zu oder wir bauen dort nicht neu und so weiter. und diese Gefahr habe ich eigentlich immer schon gesehen und dafür habe ich gesagt, das beste ist anlehnen an so einen Großkonzern, dann kann am wenigsten passieren einem Mittelbetrieb in Österreich.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Danke. Darf ich nur daran erinnern, daß ich gebeten habe, daß man mir die Betriebsratsschreiben der Firma Knoblich auch ablichtet. Ich habe sie bislang nicht erhalten.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ich höre, die sind vervielfältigt worden. Ich weiß nur nicht, ob sie verteilt wurden. Ich bitte die Parlamentsdirektion . . .

Jede Fraktion hat eines erhalten, höre ich soeben. Sind Sie damit zufrieden, Herr Abgeordneter?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich habe es noch nicht gekriegt. Es wird dann irgendwo sein.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Frau Abgeordnete Tichy-Schreder, bitte.

Abg. Ingrid **Tichy-Schreder** (ÖVP): Ich habe eine kleine Frage an den Herrn Zeugen. Herr Zeuge! Kennen Sie die Firma oder haben Sie von der Firma Austromat schon gehört?

Sefcsik: Nein.

Abg. Ingrid **Tichy-Schreder** (ÖVP): Kennen Sie nicht. Danke.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Gibt es noch einen Abgeordneten, der Fragen stellen will an den Herrn Zeugen? — Das ist nicht Fall.

Herr Sefcsik! Damit ist Ihre Zeugeneinvernahme abgeschlossen. Ich danke. *(Der Zeuge Sefcsik verläßt den Saal.)*

Zeugeneinvernahme von Dkfm. Ernst Swoboda

Obmann-Stellverteter Ing. **Hobl:** Ich begrüße Sie, Herr Zeuge, im parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Wie Sie vielleicht wissen, hat der Untersuchungsausschuß vom Plenum des Nationalrates den Auftrag bekommen, drei Gebiete zu prüfen im Zusammenhang mit dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien, und zwar

erstens soll er untersuchen die Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO beziehungsweise von Subaufträgen und deren Abwicklung,

zweitens Vorwürfe im Zusammenhang mit angeblichen gesetzwidrigen finanziellen Zuwendungen durch die Firma Siemens beziehungsweise von anderen Firmen, die am Projekt beteiligt sind, und

drittens Vorwürfe betreffend angebliche Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen beim Neubau des Allgemeinen Krankenhauses.

Der Untersuchungsausschuß ist auf Grund des Geschäftsordnungsgesetzes verhalten, die Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden.

Und hier sind vor allem die Bestimmungen des § 253 für Sie als Zeuge vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß von Bedeutung.

Der § 253 lautet: „Wenn die Ablegung des Zeugnisses oder die Beantwortung einer Frage für den Zeugen oder einen seiner Angehörigen Schande oder die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines unmittelbaren und bedeutenden vermögensrechtlichen Nachteils mit sich brächte und er deshalb das Zeugnis verweigert, so soll er nur zum Zeugnis verhalten werden, wenn dies wegen der besonderen Bedeutung seiner Aussage unerläßlich ist."

Ich möchte Ihnen das nur als ein Recht, das Sie haben, in Erinnerung rufen.

Und darf ich Sie fragen, Herr Zeuge, stehen Sie unter Anklage?

Dkfm. **Swoboda:** Ja.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Wir werden also nach den Vereinbarungen Auslegung des § 253 respektieren Ihren Status, den Sie da haben.

Und nun bitte ich um Ihre Generalien.

Dkfm. Swoboda: Dkfm. Swoboda Ernst, ich bin am 8. Februar 1928 geboren, habe Volks- und Mittelschule besucht, Hochschule für Welthandel, habe dort die Diplomkaufmannprüfungen abgelegt, nach einigen Praxisjahren bin ich ...

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Das genügt uns. Wo wohnen Sie?

Dkfm. **Swoboda:** 3. Bezirk, Hainburgerstraße 56, Tür 13.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Und ihr Beruf?

Dkfm. **Swoboda:** Kaufmännischer Angestellter.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Sie haben also auch in sinngemäßer Anwendung der StPO die Fragen wahrheitsgemäß zu beantworten. Ihr besonderer Status: Sie können also durchaus sagen, bitte, da glaube ich, da hätte ich einen Nachteil und da möchte ich nicht aussagen.

Dkfm. **Swoboda:** Darf ich eine Erklärung abgeben, ist mir das gestattet?

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** In welche Richtung, bitte?

Dkfm. **Swoboda:** Zu Punkt 2 dieses Problemkreises, den Sie genannt haben.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ja.

Dkfm. **Swoboda:** Sie wissen, ich bin also Beschuldigter, bin angeklagt und erwarte in den nächsten Monaten meinen Prozeß. Nach Beratung mit meinem Verteidinger mußte ich mich entschließen, Fragen zu diesem Themenkreiskomplex hier heute nicht zu beantworten. Ich bitte — es liegt mir dran, fortsetzen zu dürfen — um Ihr Verständnis und um Ihre Respektierung; das ist keine Diskriminierung einzelner Personen oder des Ausschusses des Hohen Hauses, sondern ich kämpfe um mein Überleben, um mein Leben und das meiner Familie. Ich möchte daher den ordentlichen Gerichtsverhandlungen in diesem Komplex nicht vorgreifen. Ich erwarte, daß es eine objektive Gerichtsverhandlung gibt und möchte während und bei dieser Gerichtsverhandlung meine Verteidigung diesem Gericht dann darlegen.

Obmann-Stellverteter Ing. **Hobl:** Herr Zeuge! Wenn also einer der Abgeordneten Ihnen eine Frage stellt, wo Sie glauben, aus diesen grundsätzlichen Erwägungen die Aussage nicht zu machen, dann bitte ich, uns das einfach zu sagen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wer ist denn Ihr Verteidiger.

Dkfm. **Swoboda:** Mein Verteidiger ist Dr. Franz Erhart, Professor Dr. Franz Erhart.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ein guter Mann.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Welcher der Herren Abgeordneten oder Frau Abgeordnete möchte als erster fragen? — Herr Abgeordneter Gradischnik, bitte.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge! Können Sie mir bitte Ihren beruflichen Werdegang schildern.

Dkfm. **Swoboda:** Ja, ich habe schon begonnen: Ich bin nach Vollendung meines Studiums 1950 herum bei zwei oder drei kleinen Firmen versuchsweise tätig gewesen und habe 1957 auf eine Annonce mich bei der Firma Siemens beworben, bin dort eingestellt worden im Jahre 1957 als kaufmännischer Informant, habe Gelegenheit gehabt, zweieinhalb Jahre die wesentlichen Abteilungen, kaufmännischen Abteilungen des Hauses zu durchlaufen. Nach Abschluß dieser mittätigen Information, wie das hieß, bin ich dann in dem kaufmännischen Vertrieb gelandet und war dort immer Vertriebskaufmann, in verschiedensten Abteilungen und Gruppen tätig. Und meine letzte Funktion ist kaufmännischer Vetriebsleiter des sogenannten Geschäftsbereichs 2, der umfaßt die Probleme der Energietechnik und der Installationstechnik.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge! Kennen Sie die Firmen PLANTECH und GEPROMA?

Dkfm. **Swoboda:** Dazu möchte ich nichts sagen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge! Ist Ihnen Herr Dipl.-Ing. Winter bekannt?

Dkfm. **Swoboda:** Ja.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Woher ist er Ihnen bekannt?

Dkfm. **Swoboda:** Aus geschäftlichen Gesprächen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Seit wann kennen Sie ihn denn?

Dkfm. **Swoboda** (SPÖ): Das kann ich jetzt nicht sagen. Es muß gewesen sein etwa 1977; da habe ich Winter das erstemal gesehen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Haben Sie mit Herrn Dipl.-Ing. Winter einmal über diese Firmen gesprochen?

Dkfm. **Swoboda:** Ich möchte ... Herr Vorsitzender! Darf ich sagen zu diesen ...

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Herr Zeuge! Ich habe Ihre grundsätzliche Erklärung ja gehört. Wenn Sie glauben, daß eine Frage dort hineinfällt, dann sagen Sie bloß, auf diese Frage möchte ich nicht antworten.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Abgeordneter Steinbauer.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich stelle den Antrag auf Unterbrechung. Können wir uns kurz über das Vorgehen in dieser Frage beraten?

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ich würde Sie bitten, Herr Zeuge, wenn Sie ganz kurz den Saal verlassen. *(Dkfm. Swoboda verläßt den Saal.)*

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl** *(nachdem der Zeuge wieder in den Saal gerufen wurde):* Herr Zeuge! Der Ausschuß hat natürlich jetzt wieder beraten auf Grund Ihrer besonderen Situation, Beschuldigter, rechtskräftige Anklage. Wir wollen durchaus respektieren diesen Ihren Status bei unserer Zeugeneinvernahme, ich darf Sie aber trotzdem namens des Ausschusses bitten, soweit Sie glauben, daß Sie das tun können in Ansehung Ihres jetzigen Status, daß Sie uns als Ausschuß bei der Wahrheitsfindung, soweit es geht, ohne daß Sie sich in irgendeinen Nachteil begeben, helfen. Das wäre eine Bitte, die ich namens des Ausschusses vorzutragen habe.

Dkfm. **Swoboda:** Herr Vorsitzender! Recht herzlichen Dank für diese Respektierung. Ich bitte auch zur Kenntnis zu nehmen, daß meine Entscheidung natürlich nach Beratung mit dem Verteidiger nicht sich auf den von Ihnen zitierten § 253 gestützt hat, sondern ausschließlich auf die Tatsache, daß ein ordentliches Gerichtsverfahren mir bevorsteht. Ich bin schwerster Beschuldigungen angeklagt und ich muß kämpfen um mein Überleben. Und ich möchte mich bei diesem Verfahren rehabilitieren. Das ist mein Ziel und meine Überlebenschance, wenn Sie so wollen, und es geht also nicht darum, der Wahrheitsfindung hier Prügel vor die Füße zu werfen, glauben Sie mir das.

Ich habe ja nicht einmal noch Gelegenheit gehabt, und auch unsere Anwälte erst zum Teil, sich mit der ganzen Materie auseinanderzusetzen. Es gibt einen riesigen Akt. Wir beginnen jetzt langsam zu studieren. Ich weiß nicht, was da drinnen steht. Ich bitte das zu respektieren.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Abgeordneter Gradischnik, wenn Sie Ihre Fragen an den Herrn Zeugen fortsetzen.

Abg. Dr. **Gradischnik** (SPÖ): Nachdem sich die weiteren Fragen alle in Richtung Anklagegegenstand bewegen und ich die Aussage des Zeugen, der sich auf sein Zeugenverweigerungsrecht beruft, hier respektiere, werde ich Abstand nehmen, weitere Fragen zu stellen.

Dkfm. **Swoboda:** Ich danke schön.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Abgeordneter Feurstein als nächster Frager der Abgeordneten. Bitte.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Diplomkaufmann! Sie haben vor der Frau Doktor Pablé ein Protokoll angefertigt. Sie sind einvernommen worden.

Dkfm. **Swoboda:** Mehrere, ja.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Ich habe hier das Protokoll vom 3. 7. 1980. Ist der Inhalt dieses Protokolls richtig?

Dkfm. **Swoboda:** Dazu möchte ich nichts sagen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Sie müssen mir sagen, ob die Angaben, die Sie damals gemacht haben, richtig sind oder falsch.

Dkfm. **Swoboda:** Dazu möchte ich nichts sagen. Das hängt mit meinem Verfahren zusammen.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Das hängt nicht damit zusammen. Das hängt damit zusammen, ob Sie richtig sind, ob alle Unterlagen, die von Ihnen unterzeichnet worden ist, richtig sind.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Zeuge! Ich bitte Sie auch, unsere Lage zu verstehen. Wir sitzen ja hier nicht als Jux und Tollerei, wir wollen auch in keinem Sinne hier irgend ein Parallel-

verfahren oder eine direkt auf Ihre Person ausgerichtete Beschuldigung verfolgen. Nur, im Sinne unserer Wahrheitsfindung ist es ja auch wichtig zum Beispiel, ob Akten, die wir offiziell bekommen haben, von den Betroffenen nach wie vor aufrechterhalten werden. Wir haben in so und so viel Fällen aus den Akten entnehmen können, daß Zeugen ihre Aussagen vor der Frau Doktor Partik-Pablé in der dritten, vierten Vernehmung korrigiert, verändert, verbessert haben, wie immer Sie das wollen. Daher bitte ich Sie jetzt, die Frage des Kollegen Feurstein ja nicht zu verstehen, daß sie sich darauf richtet, Beschuldigungen auf Ihre Person zu verfolgen, sondern nur sich zu vergewissern, ob Ihre Aussagen von damals, die wir als Aktenstücke offiziell bekommen haben, auch nach wie vor Geltung haben. Wenn Sie nämlich jetzt sagen: Dazu will ich mich nicht äußern, entsteht bei uns eine Unsicherheit im Sinne von wie weit Sie nun diese Akten zu verwenden, ist das, was er damals gesagt hat, aufrecht, vielleicht ist Ihnen auch eine Fragestellung, das Protokoll der Einvernahme vom Soundsovielten, ob das noch besteht oder nicht, zu umfassend. Vielleicht helfen hier Detailfragen. Aber ich hätte doch die Bitte, daß Sie dort, wo wir sie ja aktenkundig aus dem Gerichtsverfahren schriftlich vor uns haben, im Sinne von Bestätigung oder Widerrufen, weiter helfen können, weil das nur sagen: Dazu will ich mich nicht äußern, setzt ja plötzlich Unterlagen mit Fragezeichen, die Sie vielleicht durchaus in Ihrem Sinne weiter verwenden wollen.

Ich versuche zu verdeutlichen, unsere ...

Dkfm. **Swoboda:** Herr Abgeordneter Steinbauer! Recht herzlichen Dank. Ich betrachte das ja als eine Hilfestellung, wenn Sie ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja, ja, ich will ...

Dkfm. **Swoboda:** Und ich betone das noch einmal. Bitte nehmen Sie mir das ab. Ich persönlich bin hier nicht hergekommen, um die Wahrheitsfindung zu torpedieren. Ich sehe in dem ganzen Komplex ein durchaus — und bitte nehmen Sie mir das ab — sehr persönliches Schicksal von mir selber. Und Fragen wie: Stehen Sie zu dem was Sie gesagt haben, berühren bitte oder nehmen vorweg Fragen des unabhängigen Richters, des erkennenden Richters. Sie nehmen vorweg Antworten, die ich dort freimütig selbstverständlich geben werde, weil es mein Selbstschutz sein wird, Sie nehmen damit also auch meine gesamte Verteidigung und Verantwortung vorweg.

Ich bitte um Verständnis, jetzt nicht nur vom Paragraphen her, sondern auch von der humanen Seite bitte, daß ich also stereotyp auf solche Fragen, meine Anklage betreffend, ich bitte um Verständnis, nicht antworten werde.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Kollege Dr. Feurstein! Darf ich eine Frage an Sie richten: Ist aus diesem Vernehmungsprotokoll, das Sie da bestätigt haben wollen, zu ersehen, ob der Zeuge als Beschuldigter damals einvernommen wurde oder als Zeuge?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Als Zeuge.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Als Zeuge?

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Diplomkaufmann! Sie haben als Zeuge ausgesagt und ich muß Sie fragen und Sie müssen mir eine Antwort geben, ob Sie damals als Zeuge, nachdem Sie alle die Entwicklung der letzten Zeit bis 3. 7. 1980.

Dkfm. **Swoboda:** Das Protokoll, das ich als Zeuge abgegeben habe, liegt bitte auch erst in meinen Aktenbündel ein, als Beschuldigter.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Aber Sie haben als Zeuge ausgesagt damals?

Dkfm. **Swoboda:** Ich habe als Zeuge ausgesagt. Ja. Ich bin aber dann unmittelbar darnach in Beschuldigtenstatus gelangt und war zweieinhalb Monate in Untersuchungshaft.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und Sie haben ausgesagt unter der Verpflichtung, die Wahrheit zu sagen.

Dkfm. **Swoboda:** Ja, das habe ich.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Und haben Sie die Wahrheit gesagt?

Dkfm. **Swoboda:** Darauf möchte ich nicht antworten.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): Da muß ich annehmen, daß Sie nicht die Wahrheit gesagt haben.

Dkfm. **Swoboda:** Das ist ein Schluß, den Sie ziehen. Ich kann Ihnen diesen Schluß nicht verwehren.

Abg. Dr. **Feurstein** (ÖVP): In welchen Punkten, glauben Sie, daß dieses Protokoll für Sie belastend ist?

Dkfm. **Swoboda:** Darauf antworte ich nicht.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Bitte Herr Abgeordneter Steinbauer.

Abg. **Steinbauer** ÖVP): Herr Zeuge! Ich will einmal bei Ihren Personalien anfangen: Sie sind mit welchen Aufgaben bei Siemens betraut gewesen?

Dkfm. **Swoboda:** Meine Aufgabe ist: Ich bin Betriebskaufmann. Ich darf das vielleicht in zwei Sätzen kurz versuchen zu umreißen: Als Vertriebskaufmann — das heißt — im Verkauf tätig, haben Vertriebskaufleute im Hause Sie-

mens die Aufgabe, oder anders formuliert, die Funktion, sie sind mitverantwortlich für die wirtschaftliche Gestion und Abwicklung des Vertriebes, des Verkaufes. In dieser wirtschaftlichen Mitverantwortung ist die Einhaltung der Planvorstellungen Mitaufgabe, da wir keine Akquisiteure sind. Es ist also insbesondere in Fragen der wirtschaftlichen Belange eine Mitverantwortung gegeben, das geplante Ertragsziel einer Abteilung, einer Gruppe oder des Hauses zu erreichen oder mitzugestalten.

Diese Aufgabe umfaßt neben organisatorischem Ablauf, organisatorischen Aufgaben auch die ganze Personalgestion der Kaufleute des Hauses, die Mittätigkeit und Mitverantwortung bei der Vertragsgestaltung und die Obsorge, daß bei der Beschaffung zumindest Harmonisierungen zwischen eingegangenen Kundenaufträgen und Beschaffungsaufträgen erfolgen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun finde ich aber gerade interessant den Faktor, daß Sie die Personalgestion der Kaufleute, der Vertriebsleute draußen mitzukontrollieren hatten ...

Dkfm. **Swoboda:** Kaufmännischerseits!

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Kaufmännischerseits! Ja, ich wollte gerade daran die Frage hängen, ist Ihnen nun das Problem aufgetaucht, daß einer Ihrer Vertriebsleute kam und sagte: Ich bekomme einen Auftrag nur, wenn ich nun

1. Frage, eine gewisse Provision dem Auftragnehmer zufließen lasse. Ist Ihnen dies als Problem begegnet?

Dkfm. **Swoboda:** Das gehört zum Anklagekomplex, Herr Abgeordneter Steinbauer.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich meine jetzt nicht, was Ihre Person betrifft, sondern daß ...

Dkfm. **Swoboda:** Ich kann es ja nur von meiner Person sagen. Denn Sie haben mich ja gefragt, ob es mir begegnet ist.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nein, nicht Ihnen begegnet, sondern weil Sie ja die Verkäufer unterstellt hatten *(Dkfm. Swoboda: Habe ich nicht!)*, was Verkaufsangelegenheit, die personelle Unterstellung.

Dkfm. **Swoboda:** Nicht der Verkäufer, Herr Abgeordneter!

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sondern?

Dkfm. **Swoboda:** Vertriebskaufleute mit den Funktionen, die ich skizziert habe. Die reinen Vertriebsleute, sprich die Akquisition, die Hereinnahme des Auftrages oder der Aufträge ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Akquisiteure, ist der Ausdruck Akquisiteure zu Recht?

Dkfm. **Swoboda:** Ist im Grundsatz zu Recht, obwohl es ganz andere Termini gibt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Die meine ich jetzt. Sind jetzt Akquisiteure zu Ihnen gekommen und haben im Laufe der Jahre, die Sie verantwortlich waren, die Frage gestellt: Wir täten den Auftrag X bekommen, wenn wir eine Provision fließen lassen?

Dkfm. **Swoboda:** Herr Abgeordneter Steinbauer, entschuldigen vielmals, das gehört in meiner Betrachtungsweise zu dem Komplex 2, den mir der Herr Vorsitzende geschildert hat, das Problem angeblicher Schmiergelder des Hauses Siemens.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Soweit ich es überblicke, ist der Zeuge ja nicht beschuldigt, im Namen des Hauses Siemens, sondern nur selber für das Fließen von Schmiergeldern zuständig gewesen zu sein. Ich frage ihn ja ...

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** O ja, nach ...

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): ... ob er in der Branche in Erfahrung bringen konnte, die Erfahrung hatte, daß Akquisiteure mit diesem Problem kamen.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Auf die Frage, die Sie aufgeworfen haben, Herr Abgeordneter. Der Zeuge ist schon beschuldigt, Geldüberweisungen durch die Firma Siemens im Sinne von Provisionsvereinbarungen und Geldüberweisungen an PLANTECH und GEPROMA veranlaßt zu haben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Die Frage ist allgemein.

Damit ich es vielleicht auch dem Zeugen erläutern kann: Mir geht es nicht — ich glaube zu deutsch: Sie lassen den Rolladen zu früh herunter, und ich glaube, daß Ihr Anwalt Sie hier vielleicht anders beraten hat, als Sie es interpretieren —, meine Frage ist ja nicht, ob Swoboda zu PLANTECH oder GEPROMA, ich frage nicht einmal zu anderen Firmen, hat Swoboda irgendwas getan, sondern mir geht es um ein Verständnis der Branche, um ein Verständnis dessen, was ist in dieser Branche normal, handelsüblich gewesen. Da unterscheiden sich ja die Branchen. Wir haben gerade in jüngster Zeit einen Zeugen hier gehabt, der uns den Eindruck vermittelt hat, daß man ohne ein gewisses Grundprovisionsgefüge überhaupt nicht einmal ahnungsweise in eine Auftragsnähe kam. Jetzt würde das in meinen Augen sogar indirekt sich auf Ihre Person beziehen. Aber noch einmal: Es geht mir nicht um Ihre Person, wenn es darum geht, uns die Atmosphäre in dieser Branche zu vermitteln an Beispielen, die nicht Sie betreffen — ich möchte

das fünfmal unterstreichen —, womit sie aber konfrontiert waren in Ihrer Erfahrung, ohne es entscheiden zu müssen, sondern daß da und dort auftauchte, wenn du nicht schmierst, bekommst du nicht den Auftrag, oder wenn du nicht Provisionen überweist, es muß ja nicht immer schmieren sein, es kann ja auch ausgewiesene Provisionen sein.

Dkfm. **Swoboda:** Zu diesem Thema bin ich gerne bereit, zu sprechen. Natürlich sind auch in der Elektrobranche Provisionen üblich, wobei dies vollkommen legale Provisionen sind. Unter Provisionen, Herr Abgeordneter, verstehe ich gewisse Entgelte für Leistungen Dritter bei der Hereinnahme von Aufträgen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ausgewiesenen.

Dkfm. **Swoboda:** Das sind Provisionen, die auch vollkommen hochoffiziell von uns als solche Provisionsgutschriften ausgestellt wurden ...

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Zeuge, sogenannte benannte Provisionen!

Dkfm. **Swoboda:** Ja, natürlich. Ich meine, die Finanzbehörde, die bei uns, während ich bei Siemens noch tätig war, sich auch dieser Frage angenommen hat, hat ja 6 bis 7 Jahre zurückverfolgt und so an die 10 000 Fotokopien mitgenommen mit überprüften Provisionen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Der Begriff der unbenannten Provisionen, ist Ihnen der begegnet?

Dkfm. **Swoboda:** Nein, nicht bei Siemens.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber in der Branche gibt es den Begriff der unbenannten Provisionen? Es hat ihn nämlich ein Zeuge hier relativ häufig hier verwendet, wir haben ihn zum ersten Mal gehört. Unbenannte Provisionen sind offenkundig Barzahlungen an Dritte, ohne daß man ausweist, wer es ist.

Dkfm. **Swoboda:** Ist meines Wissens nach bei Siemens nicht erfolgt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun hat es den Begriff im Jargon der Branche gegeben offensichtlich, ein Kaffeehaus machen. Ist Ihnen dieser Begriff begegnet?

Dkfm. **Swoboda:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Uns haben mehrere Zeugen, nicht nur einer, diesen Begriff als selbstverständliche Umschreibung einer Preisabsprache dargestellt. Könnten Sie es unter diesem Begriff verstehen?

Dkfm. **Swoboda:** Herr Abgeordneter, ich bin in der Akquisitation nicht tätig, es mag sein, daß mir deswegen der Begriff nicht untergekommen ist, mir sagt er nichts.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun haben Sie im Zusammenhang mit dem AKH eine Reihe von direkten Kontakten mit AKPE-Vorstandsmitgliedern gehabt, oder haben Sie keine solchen gehabt?

Dkfm. **Swoboda:** Ich habe schon gesagt, ich kenne den Herrn Winter, und ich kenne den Herrn Dr. Schwaiger.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie haben also Kontakte mit AKPE-Vorstandsmitgliedern gehabt.

Dkfm. **Swoboda:** Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ab wann haben Sie mit dem AKH zu tun gehabt? Seit Beginn der AKPE oder schon vorher?

Dkfm. **Swoboda:** Intern schon vorher, nämlich in dem ganzen Umfeld der Offertlegung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Intern also vor Gründung der AKPE im Zusammenhang mit dem AKH?

Dkfm. **Swoboda:** Ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ab wann ungefähr, zeitlich?

Dkfm. **Swoboda:** Das war zum Zeitpunkt der Angebotslegung. Im Jahre 1973.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Seit 1973. Haben Sie da den Herrn Dipl.-Ing. Weich kennengelernt in dem Zusammenhang?

Dkfm. **Swoboda:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nicht. Haben Sie mit IAKW, mit Weich zu tun gehabt?

Dkfm. **Swoboda:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wer waren damals, 1973, Ihre Vertreter des AKH-Gespräches, das muß ja damals noch die Magistratsabteilung gewesen sein.

Dkfm. **Swoboda:** Ich hatte mit den Herren keinen externen Kontakt.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wann begann Ihr externer Kontakt?

Dkfm. **Swoboda:** Der begann das erste Mal bei einem Zusatzauftrag zu unserem erhaltenen Hauptauftrag, das muß 1976/77 gewesen sein. Da lernte ich Herrn Dr. Schwaiger und Herrn Dipl.-Ing. Winter kennen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also vorher waren Sie nur befaßt im Sinne von intern zuständig.

Dkfm. **Swoboda:** Intern, ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Können Sie mir das erläutern, wie Sie intern zuständig waren mit der Abwicklung des Auftrages?

Dkfm. **Swoboda:** Da darf ich wieder auf mein Einleitungsstatement zurückkommen, nicht das allererste, sondern die Funktion im Unternehmen, Herr Abgeordneter. Der Vertriebskaufmann ist bei Offertlegung mitverantwortlich für die kaufmännischen Konditionen und Bedingungen. Nicht für die Preisgestaltung oder nur zum Teil und nicht für die Technik und nicht für die technische Konzeption von angebotenen Objekten.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das heißt, wenn ich es richtig verstehe, die interne Abwicklung war die schwierige, nicht leichte, Abgleichung, nun das, was die Techniker als Offertlegung erarbeitet haben, nicht auszupreisen, das ist wahrscheinlich bei dem Volumen nicht mehr der richtige Ausdruck, in eine halbwegs richtige Preisrelation zu bringen.

Dkfm. **Swoboda:** Die Preisrelation nicht, die lag bei unseren Vertriebsingenieuren und Vertriebstechnikern, sondern die kaufmännischen Konditionen von Zahlungsbedingungen über Pönale und Gewährleistungsfragen usw. In der Richtung, Herr Abgeordneter.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Jetzt wird es für mich interessant, weil ich glaube, daß die Zahlungskonditionen zwischen Siemens und AKPE eine interessante Sache waren. Können Sie mir jetzt möglichst genau und aus Ihrer Erinnerung Probleme der rascheren oder späteren Zahlung erläutern, die zwischen Siemens und AKPE im Zusammenhang mit diesem Vertrag gelaufen sind?

Dkfm. **Swoboda:** Der Vertrag sah Zwischenzahlungen vor. Er sah sie auf Grund von zu legenden Teilabrechnungen vor, und auf Grund dieses Vertragspunktes habe ich mit dem Herrn Dr. Schwaiger einige Gespräche geführt, nachdem einige Herren von uns schon die Gespräche geführt haben, und wir sind zu Vereinbarungen gekommen, wie und in welcher Form Teilrechnungen zu legen sind, die bezahlt werden.

In der ersten Phase kam es dann aber vorerst zu Gesprächen hinsichtlich zu leistender Anzahlungen zur Abdeckung der Vorleistungen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Jetzt sind wir alle nicht heurige Hasen und wissen daher, daß gerade die Wirtschaftlichkeit solcher schneller Zahlungen oder langsamer Zahlungen eine ganz bedeutende Sache in einem solchen Großauftrag ist. Können Sie mir etwas über die Vereinbarung, die Sie mit Herrn Dr. Schwaiger hatten, schildern?

Dkfm. **Swoboda:** Mir fehlen jetzt die Unterlagen, das ist lange her, Herr Abgeordneter Steinbauer. Es kam zu Anzahlungen und Zwischenzahlungen für die Materialkomponenten, und diese An- und Zwischenzahlungen wurden auf Grund der bei uns im Haus in etwa angefallenen Vorleistungen dem Herrn Dr. Schwaiger, als von uns notwendig erachtet, genannt und nach einigen Verhandlungen auch von ihm akzeptiert, wobei diese An- und Zwischenzahlungen von gewissen zusätzlichen Forderungen der AKPE begleitet waren, als da waren — es waren ja nur Materialvorauszahlungen, weil ja Leistungen nur bedingt erst erbracht wurden — Fixpreisabgeltung, das heißt, die Anzahlungen, die die AKPE an die Firma Siemens geleistet hatte, durften keiner weiteren Preisgleitung mehr unterliegen, und ein gewisser Abschlag von den Zahlungen, wenn Sie so wollen, ein Superrabatt oder Superbonus, dessen Höhe mir jetzt nicht geläufig ist.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Darf ich vielleicht doch versuchen, daß Sie in Details einsteigen, denn gerade die Höhe ist ja ein wesentlicher Kritikpunkt an der kaufmännischen Grenze der AKPE, nämlich daß sie zu großzügig waren im Abwickeln der Vorauszahlungen oder der Teilzahlungen, wenn es keine Vorauszahlungen waren, insbesondere hinsichtlich Siemens. Es ist ein wesentlicher Einwand gegen die Geschäftsführung der AKPE, daß sie dies auch nicht durch Aufsichtsratsbeschlüsse abgedeckt hat, sondern daß es hier einsame Entscheidungen des kaufmännischen Direktors Schwaiger waren.

Dkfm. **Swoboda:** Das weiß ich nicht, das entzieht sich meiner Kenntnis.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich sage das zu Ihrer Erläuterung. Nun aus Ihrer Sicht: Welche Konditionen konnten Sie in diesen Gesprächen mit Schwaiger herausholen?

Dkfm. **Swoboda:** Ich kann es jetzt nicht exakt sagen, Herr Abgeordneter Steinbauer. Erlassen Sie mir diese Frage, ich kann nur Hausnummern nennen. Ich habe auch die Akten nicht mehr zur Verfügung, um dieses nachzuprüfen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Mir ist es lieb, daß Sie uns hier nicht falsche Ziffern sagen. Aber können Sie uns ungefähr die strittigen Punkte oder die Problemzonen dieser Gespräche sagen. Nachdem es sich um einen Großauftrag, wie Sie ihn auch nicht alle Tage hatten, handelte, werden Sie sehr wohl die hauptsächlichen Problemzonen in Erinnerung haben.

Dkfm. **Swoboda:** Es gab keine strittigen Punkte, Herr Abgeordenter Steinbauer. Es gab nur von uns die Aufforderung, An- und Zwischenzahlungen zu leisten. Dazu hat der Vertrag eine Grundlage gegeben, sonst hätten wir uns diese Forderung an die AKPE gar nicht zu stellen getraut. Es gab dann nur zusätzliche

Forderungen der AKPE, die ich eher als etwas nicht ganz ungewöhnlich bezeichnen würde.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Was war das?

Dkfm. **Swoboda:** Die mußten wir uns überlegen, ob wir bereit sind, diesen Forderungen zuzustimmen. Das eine war eben die Fixpreisabgeltung, das heißt, geleistete Anzahlungen in der geleisteten Höhe durften keiner weiteren Preisgleitung unterliegen. Wir hatten ja veränderliche Preise abgeschlossen, und zum zweiten versuchte Herr Dr. Schwaiger, gewisse Abschläge von diesen Zahlungen zugunsten der AKPE zu buchen, was ich eher als eine ungewöhnliche Forderung betrachten würde.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Jetzt müssen Sie einem laienhaften Volksvertreter weiterhelfen. Preisgleitung und Fixpreise. Wie kommt es überhaupt, wenn man Fixpreise im Vertrag hat, zu Problemen in dem Zusammenhang?

Dkfm. **Swoboda:** Wir hatten keine Fixpreise im Vertrag.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Der erste Punkt, wo Sie sagten, es gab 2 Zonen, der erste Punkt war Disput über die Preisgleitung im Zusammenhang mit den Punkten, wo Sie wiederum sagten, da haben wir Fixpreise. Habe ich das richtig verstanden? Vielleicht habe ich es auch nicht richtig verstanden.

Dkfm. **Swoboda:** Vielleicht noch einmal, vielleicht habe ich mich nicht richtig ausgedrückt. Der Vertrag war zu veränderlichen Preisen abgeschlossen. Die zusätzliche außervertragliche Forderung des Herrn Dr. Schwaiger im Zusammenhang mit unseren An- und Zwischenzahlungsforderungen war praktisch die Änderung des Vertrages, für die geleisteten Zahlungen — nur für diese — die Materialpreise im Gegensatz zu den üblichen Bestimmungen des Vertrages als Fixpreise gelten zu lassen; eine Vertragsänderung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wie hat er das begründet?

Dkfm. **Swoboda:** Die Forderung ist nicht ungewöhnlich, von der Praxis her gesehen nicht ungewöhnlich, das ist in Hunderten, um nicht zu sagen, Tausenden Verträgen bei uns zu finden, wenn ein Kunde An- und Zwischenzahlungszugeständnisse oder -vereinbarungen trifft und diese insbesondere für den Materialanteil zu verwenden sind und nicht für den Leistungsanteil. Denn Sie können nicht tausend Monteure vorweg bezahlen, Sie können aber mit erhaltenen Anzahlungen gewisse Materialvoreindeckungen treffen und sich ihrerseits bei Ihren Zulieferanten in eigenen Fabriken oder wo immer auch quasi Fixpreise auch aushandeln. Daher ist das durchaus legitim, weil mit diesen An- und Zwischenzahlungen Materialeindeckungen in der Regel erfolgen sollen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und jetzt will ich nicht genaue Ziffern, sondern gerade im Zusammenhang mit dem AKH-Großauftrag liegt hier in meinen Augen doch eine große Bandbreite an finanziellem Spielraum aus der Sicht des Schwaiger und dem Abnehmer und aus der Sicht der Siemens, um den Geber zu zeigen. Wie groß waren, in welchen Größenordnungen gingen da die Verhandlungen jetzt?

Dkfm. **Swoboda:** Wenn Sie mit einer Zahl um die 200 Millionen An- und Zwischenzahlungen zufrieden sind, auf mehr kann ich mich nicht einlassen. Ich habe es wirklich nicht in Erinnerung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ja, ich will Sie auch nicht auf falsche Zahlen festlegen, sondern nur ein Gefühl für die Größenordnung geben. Und da hat also der Schwaiger anerkannt, wenn ich Sie jetzt verstanden habe, daß natürlich die Leistungen, die im Vertrag umschrieben sind, nicht sich verändern können, weil das sind die geltenden Monteurstunden, um es an einem Beispiel zu sagen. Oder hat er das auch beeinsprucht?

Dkfm. **Swoboda:** Nein. Die Zahlungen, die wir erhalten haben, waren ausschließlich Materialvorauszahlungen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sondern der Disput ging um die Materialzahlungen?

Dkfm. **Swoboda:** Materialzahlungen und die zusätzlichen Bedingungen, die die AKPE an diese Überweisungen geknüpft hat. Zum Beispiel die Fixabgeltung und ein zusätzlicher Sonderabschlag, Sonderrabatt, Sonderbonus, wie immer Sie das bezeichnen wollen, der, um Ihnen auch eine Größenordnung zu sagen, sich etwa bewegt hat um die 2 Prozent herum.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Von wieviel?

Dkfm. **Swoboda:** Von den jeweiligen Anzahlungsbeträgen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Das heißt: Im Vertrag stand — ich versuche es jetzt als Laie zu begreifen —, Siemens wird mit 100 Monteurstunden errichten einen Transformator X. Zwar keine Transformatoren, aber halt ein medizinisch-technisches Gerät X. Da waren unbeeinsprucht die 100 Monteurstunden.

Dkfm. **Swoboda:** Da war überhaupt nichts mehr beeinsprucht, Herr Abgeordneter.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nein, da waren unbeeinsprucht in der Abrechnung die 100 Monteurstunden, wenn es in etwa eine vertretbare Größe war. Da konnte ja nur ein Streit entste-

hen, es hat nur 80 gebraucht oder es hätte 120 gebraucht. *(Dkfm. Swoboda: Das war nicht mehr Gegenstand. Der Auftrag war ja abgeschlossen.)* Das war kein Problem. Aber es war sehr wohl ein Problem, daß der Transformator oder das Gerät X nun, wann es geliefert wurde, zum Preis des Vorjahres, sprich Fixpreis, oder, ich versuche es richtig zu verstehen, zum Preis des Vorjahrs bei Vertragsabschluß zu liefern ist und nicht mehr zum Preis 1979, und daß das Gerät X außerdem von der Firma Siemens, wenn es zum Preis 1979 geliefert wird, minus 2 Prozent zu liefern ist.

Dkfm. **Swoboda:** Entschuldigen Sie, wobei das sich nicht auf spezifische Geräte, sondern auf die gesamte Materialkomponente bezieht.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Auf die Materialkomponente eines Projektes. *(Dkfm. Swoboda: Eines Produktes!)*, eines Teilprojektes.

Und wie wurden die 2 Prozent plötzlich begründet? Die sind ja wirklich, soweit ich es überblicke, im Vertrag nicht abgesichert.

Dkfm. **Swoboda:** Sie sind nicht abgesichert. Die Argumentation des Herrn Dr. Schwaiger — ich sage noch einmal, es war für uns eine etwas ungewöhnliche Forderung und wurde auch nicht unmittelbar zugestanden —, die Argumentation des Herrn Dr. Schwaiger, der wir uns dann im Endeffekt nicht ganz entziehen konnten, war, auf natürlich nur Schätzzahlen aufgebaut, denn in die Zukunft projiziert können es nur Schätzzahlen sein, in etwa jener Vorteil unter Anführungszeichen, den der Herr Dr. Schwaiger sich offensichtlich ermittelt hat, auf Grund von Angaben, die ich persönlich nicht kenne — es kam ja zum Schluß eben nur eine Zahl heraus, über die wir nachzudenken hatten —, weil er sich Unterschiede ermittelt hat in folgender Frage. So habe ich den Dr. Schwaiger verstanden, ohne mit ihm über dieses Problem sehr im Detail gesprochen zu haben, denn es waren ja seine internen Überlegungen, nicht die meinen: Wenn ich das Geld auf eine Bank lege, bekomme ich X, wenn ich mir den Fixpreis von der Firma Siemens einhandle, dann ist das bis zum voraussichtlichen Liefertermin 1983 ein Vorteil von Y, den ich mir über eine Zeit einspare, und aus diesem X und Y sich eine Differenz ermittelt. Diese Differenz hat er mir genannt.

Wenn ich zu dem nicht ja gesagt hätte, und wir waren an Vorauszahlungen interessiert, dann hätte er diese Anzahlung nicht überwiesen — ich sage das jetzt sehr primitiv —, das Geld auf die Bank gelegt. Aber er hat sich offensichtlich aus dieser Differenz Zinsen in die Zukunft geschätzt, eingesparte Materialpreise in die Zukunft geschätzt, eine Diskrepanz entdeckt, daß die Zinsen wahrscheinlich etwas mehr ausmachen als das, was er sich an Fixpreisen einhandelt. Diese Differenz hat er mir genannt, und ich habe nachgedacht oder wir haben nachgedacht und haben dann letztendlich ja gesagt dazu, weil es uns plausibel und logisch erschien.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun würden Sie aber doch heute rückblickend nicht sagen können, daß er absolut festen Grund im Vertrag für diese Forderung hatte, absolut festen Grund, daß er also voll im Vertrag abgesichert war?

Dkfm. **Swoboda:** In dieser Detailliertheit glaube ich nicht. Ich kenne jetzt den Vertrag nicht auswendig, das ist ein Riesenvertrag.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber in den damaligen Verhandlungen war nicht eine Situation, wo Sie sich heute rückblickend erinnern können, daß Sie sagen: Wir hatten eigentlich die Erfahrung, daß wir sagen, im Vertrag ist es so ungenau, daß der Schwaiger wohl das behaupten kann.

Dkfm. **Swoboda:** Im Vertrag waren An- und Zwischenzahlungen meiner Erinnerung nach dem Grundsatz vorgesehen. Daher betrachte ich unsere Vorstellung bei AKPE nach solchen An- und Zwischenzahlungen als gedeckt. Die Forderung nach Fixpreisen ist in der Branche üblich. Diese Differenzrechnung war unüblich, sie erschien uns aber nicht unlogisch.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): In welcher Größenordnung hat man nun diese Differenzrechnung dem Schwaiger erfüllt? Haben Sie da etwa eine Schätzung, was Ihnen das Nachgeben — wenn ich so sagen darf — gekostet hat, oder der Firma Siemens?

Dkfm. **Swoboda:** Es sind Schätzzahlen, und es ist in die Zukunft projiziert, und es ist weit in die Zukunft zu projizieren gewesen. Ich hatte den Eindruck — sonst hätte ich dem nicht zugestimmt —, daß wir in etwa kostenneutral aussteigen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Meine Frage ist die Größenordnung. Sie haben jetzt kostenneutral — wenn ich es richtig verstanden habe — nur dadurch hergestellt, daß Sie sagten, dafür sind ja die Zwischenzahlungen eingetreten, die uns wiederum Bankzinsen gebracht haben.

Dkfm. **Swoboda:** Wenn Sie so wollen, ja. Wobei bitte Geld kein Mascherl hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Weil Sie sagen, kostenneutral. Aber was war die Größenordnung dessen, was Sie auf der einen Seite als Bankergebnisse erwartet haben im positiven Sinn, und die Preisgleitung, die Sie dem Schwaiger zugestanden haben. In welcher Größenordnung hat sich das abgespielt?

Dkfm. **Swoboda:** Ich habe jetzt keine Details

mehr zur Verfügung, Herr Abgeordneter Steinbauer, ich kann nur pauschal und global sagen: Bei der Beurteilung damals schien für uns ein solches Zugeständnis auch von der wirtschaftlichen Seite her richtig zu sein, und eine gewisse Kostenneutralität schien uns gegeben zu sein, sonst hätten wir zu dieser Aufforderung nicht ja sagen können, Herr Abgeordneter.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und eine ahnungsweise, nicht ganz verbindliche Größenordnung — damit wir eine Ahnung haben, über welche Beträge wir jetzt reden — können Sie aus der Erinnerung nicht herauskramen?

Dkfm. **Swoboda:** Welche Beträge?

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Die Beträge, die Sie dem Schwaiger zugestanden haben, um auf der anderen Seite hausintern Siemens zu sagen, das können wir tun, weil wir es ausgleichen dadurch, daß jetzt die Zwischenzahlungen anlaufen.

Dkfm. **Swoboda:** Das war in etwa dieser Größenordnung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Die 200 Millionen?

Dkfm. **Swoboda:** Das waren etwa diese 200 Millionen Anzahlungssumme, und davon diese etwa 2 Prozent.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): 40 Millionen, oder was haben wir jetzt für eine Größenordnung?

Dkfm. **Swoboda:** Wenn die Anzahlung 200 Millionen waren, dann waren die 2 Prozent Zugeständnis — alles jetzt Pauschalzahlen und aus der Erinnerung geschätzt — 4 Millionen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Meine Frage ist, ich kann es nicht abschätzen: Was bedeutete für die Firma Siemens, in Millionen gerechnet, ein Entgegenkommen auf der Seite hin zur AKPE? Welche Größenordnung konnte da an Bankzinsen verloren werden, wenn ich sage, die leisten keine Zwischenzahlungen, oder durch Entgegenkommen wieder ausgeglichen werden. Um welche Größenordnung ist es da gegangen?

Dkfm. **Swoboda:** Schauen Sie, Herr Abgeordneter Steinbauer, ich glaube, ich bin nicht richtig verstanden worden. Rein akademisch hätten wir die anderen Zwischenzahlungen nicht erhalten, hätten wir mit unserem Umlaufkapital die Vorausleistungen und Lieferungen, unter Umständen auch Vorauszahlungen an Dutzende Zulieferanten aus eigenem finanzieren müssen. Das hätte uns auch X gekostet. Das Zugeständnis nach Fixpreis hätte uns in etwa Y gekostet, und die Differenz, die Herr Dr. Schwaiger verlangt hat, ergab sich aus unseren vollkommen unabhängigen Schätzungen in etwa der Größenordnung, sodaß ich als Kaufmann guten Mutes sagen konnte — die endgültige Beantwortung dieser Frage wird sich wahrscheinlich erst 1983 ergeben, das kann man heute noch nicht sagen —, daß das damals eine Forderung war, die in etwa rechtens war, die in etwa die Schätzungen durch uns bestätigt haben, sodaß das Zugeständnis dieses zweiprozentigen zusätzlichen Preisabschlages für die Anzahlungen bei uns in etwa kostenneutral ausgegangen ist.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nur, Herr Zeuge, jetzt muß ich doch bitten, mich auch zu verstehen. Ihr Y in Ihrer Aufstellung, das sowohl bei Schwaiger da war als Forderung als auch bei Ihnen als Y Bankzinsen, wenn die Zwischenzahlungen einsetzen. Sie haben sicher, und ich glaube, die Arbeitsweise des Hauses Siemens zu kennen, sogar Aktenvermerke darüber angelegt oder Gespräche geführt, wo Sie die Forderung Y des Schwaiger oder der AKPE — bleiben wir weg von den Namen —, der AKPE beziffern mußten, auf ein Geschäftsjahr beziehen, auf das Projekt beziehen, dem Y eine Größenordnung geben mußten. Und diese Größenordnung interessiert mich, da hilft mir nicht Y, und da hilft mir nicht 2 Prozent, solange ich nicht weiß von welcher Gesamtsumme.

Dkfm. **Swoboda:** Ich kann das nicht sagen, Herr Abgeordneter. Ich sage noch einmal: Wie ist von uns diese Ermittlung und — ich unterstelle — in ähnlicher Form auch durch Herrn Dr. Schwaiger erfolgt: Ich habe einen Kapitaleinsatz von 200 Millionen auf drei Jahre, um irgend etwas zu sagen, das kostet Zinsen X, wobei ich das zukünftige Zinsenniveau auch noch hineinzuprojizieren hatte. Und auf der anderen Seite hatte ich eine Gegenpost, die da hieß, ich darf für diese 200 Millionen keine Preissteigerungen mehr verrechnen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Herr Zeuge! Ich will jetzt nicht hören 200 Millionen, um irgend etwas zu sagen, sondern ich möchte, weil ich ein tumber Tor bin, die real sum, die tatsächliche Summe haben, die für Sie damals Überlegungsgrundlage war in der Größenordnung, nicht auf den Schilling genau und nicht auf die 10 Millionen genau.

Dkfm. **Swoboda:** Ich verstehe bitte nicht, von welcher Summe Sie sprechen. Entschuldigen Sie, aber ich bin offensichtlich auch ein tumber Kaufmann. Ich kann Ihnen nur sagen, wenn ich einen Zinsvorteil von 16 Prozent gewinne und andererseits einen Preisnachteil von 14, dann sind 2 übriggeblieben. Ob das 16 oder 14 waren, in die Zukunft projiziert, ich weiß es nicht, Herr Abgeordneter.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ich versuche es mit großer Geduld noch einmal zu erläutern: Sie haben damals ja nicht irgendwelche fiktiven Grundlagen gehabt, auf denen Sie nun zu rech-

nen hatten. Sie hatten eine laufende Projekts- und Vertragsgröße beziffert und definiert, und Sie hatten im Vertrag eine vielleicht nicht ausreichend abgesicherte Zwischenzahlungsklausel, Anzahlungs- und Zwischenklausel.

Und nun weigerte sich plötzlich — wenn ich es richtig verstehe — die AKPE, die Anzahlungen und Zwischenzahlungen oder nur die Zwischenzahlungen zu leisten und sagte, wir tun das erst, wenn ihr auch uns einen im Vertrag nicht eindeutig oder überhaupt gar nicht vorhandenen Bonus gebt.

Und nun hört ja alle Theorie in dem Augenblick auf, wie Sie als kaufmännischer Verantwortlicher nebeneinanderhalten und sagen: Eingehen 100 Millionen an Zwischenzahlungen, dann können wir uns das und das leisten. Wenn aber an Zwischenleistungen nur 10 Millionen eingehen, dann können Sie sich schon viel weniger leisten.

Dkfm. **Swoboda:** Dafür kann ich auf der anderen Seite wieder die Preissteigerungen verrechnen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nur, Sie können die Preissteigerungen nur dann verrechnen, wenn die auch einigermaßen adäquat sind. Und mir geht es jetzt darum, beziffert etwa an einem Geschäftsjahr, um es einzugrenzen, oder an einer für Sie beliebigen Abgrenzung, um die Größenordnung. Nicht jetzt, Sie können sagen 200 Millionen. Hätte ich gesagt 500 Millionen, hätten Sie gesagt, Sie können sagen 500 Millionen. Sondern mir geht es darum: Was war die konkrete Größenordnung, mit der Siemens damals sich auseinanderzusetzen hatte? Auf welcher Basis haben die 2 Prozent zu spielen begonnen auf beiden Seiten? Auf welche Basis bezogen?

Dkfm. **Swoboda:** Auf die jeweils durch die AKPE zur Überweisung gelangenden An- und Zwischenzahlungen.

Es waren aber mindestens 5 bis 6 Tranchen, bis diese etwa 200 Millionen erreicht waren.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also es geht bei den 6 Tranchen immer nur um 200 Millionen.

Dkfm. **Swoboda:** Summe, Summe.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sagen Sie damit, daß die Basis in Summe 200 Millionen war?

Dkfm. **Swoboda:** Ja. Geschätzte Ziffer bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Geschätzte Ziffer. Und hinsichtlich dieser 200 Millionen ging es nun um die 2 Prozent.

Dkfm. **Swoboda:** 2 Prozent zum Tragen gekommen, so ist es.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Die zum Tragen kam einerseits als zusätzlich verrechnete Gerätepreise, wenn ich es jetzt so sage, oder ...

Dkfm. **Swoboda:** Als Abstrich zu den Materialpreisen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Zu den Materialpreisen, zusätzlich zum Vertrag, zusätzlicher Abstrich zu den Gerätepreisen, und auf der anderen Seite dafür Gegenleistung schnellere Zwischenzahlungen.

Dkfm. **Swoboda:** Beziehungsweise durch uns noch zusätzlich die Fixpreiszusage für jene Beträge, die die AKPE an uns überwiesen hat.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wenn Sie mir jetzt noch weiterhelfen und sagen in welchem Zeitraum, ein Jahr, zwei Jahre oder wieviel Jahre diese 200 Millionen zum Spielen kamen, dann kann ich mich langsam auskennen.

Dkfm. **Swoboda:** Darf ich nachdenken, ja? *(Abg. Steinbauer: Ja, natürlich!)* Also meiner Erinnerung nach etwa um die Jahre 1977, 1976 vielleicht noch bis 1979, in etwa.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Also über den Daumen zwei Jahre.

Dkfm. **Swoboda:** In etwa, ja.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und jetzt ging es hier um 4 Millionen größenordnungmäßig. Und nun sagten Sie, Sie haben das nicht unmittelbar zugestanden der fordernden AKPE. War Ihre Vertragskondition für Zwischenzahlungen so weich?

Dkfm. **Swoboda:** Es war so, Herr Abgeordneter. Der Vertrag, wenn ich jetzt richtig zitiere — ich hoffe, ich tue das —, besagt, die Berechtigung von Teil- und Zwischenrechnungen. Diese Teil- und Zwischenrechnungen waren — entschuldigen Sie, ich muß jetzt ein bißchen ins Detail gehen — waren in Form von Teil- und Zwischenrechnungen auch tatsächlich in Rechnung zu stellen, das heißt, es konnten, um solche Teil- und Zwischenrechnungen überhaupt zu produzieren — auch das sagt der Vertrag —, nur verrechenbare Einheiten in Rechnung gestellt. Was ist eine verrechenbare Einheit? Wir haben Einheitspreise in diesem Vertrag, die in etwa umschließen ein Lichtauslaß. Ich bitte das nur an einem Beispiel zu erläutern, und an diesem Lichtaußlaß hing das Isolierrohr, der Draht, der Schalter, womöglich auch die Leuchte. Und diese Verrechnungseinheit ist auch durch Verzögerungen unserer Liefermöglichkeiten durch verschiedenste Arten von Projektierung oder Projektierungsänderungen, Planungsänderungen — über diese Fragen weiß ich aber als Kaufmann, bitte, nicht Bescheid —, hinausgezögert worden. Dennoch

aber haben wir Vorleistungen erbracht, und unsere Frage an die AKPE war: da die Teil- und Zwischenabrechnungen auf Grund von Planungsänderungen und Zeitverschiebungen noch nicht möglich waren, ob An- und Zwischenzahlungen ohne solche Teil- und Zwischenrechnungen möglich wären. Und daraufhin kam dieser Kompromiß zustande.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und jetzt erste Frage. Sie haben in Ihrem reichen beruflichen Leben viele Großprojekte wahrscheinlich als kaufmännischer Direktor miterlebt, wenn ich so sagen darf. Wie stufen Sie von daher die Verzögerungen beim AKH ein? War das tatsächlich unüblich, sodaß Sie Zwischenzahlungen eigentlich mit Fug und Recht verlangen konnten, weil eben gewisse Termine überhaupt nicht aufgetaucht sind, oder war es im Rahmen einer üblichen Verzögerung, wie es heute bei Großprojekten der Fall ist.

Dkfm. **Swoboda:** Ich darf das ein bißchen pointiert jetzt formulieren. Ich bin für den energietechnischen Bereich und für den installationstechnischen Bereich in diesem Hause verantwortlich. Für den energietechnischen Bereich, also die Erstellung eines Kraftwerkes, die Lieferung der elektrischen Ausrüstung für eine Lokomotive, die Errichtung einer 110 KV Freileitung. Hier sind die Projekte in der Regel da. Oft Wiederholungsaufträge, auch von der Technik her Wiederholungsaufträge, klar und von Änderungen nur bedingt behaftet.

Und pointiert darf ich sagen. Im installationstechnischen Bereich, das heißt in der Erstellung von Licht- und Kraftanlagen, ist es durchaus auch aus meiner Praxis üblich, daß ein Auftrag nie so bestellt wird, wie er angeboten wird, und nie so durchgeführt wurde, wie er bestellt wurde.

Weil also in dieser Unterbranche der Branche Änderungswünsche Vielzahl sind, und weil während solcher installationstechnischen Ausführungen ganz einfach aus dem Baugeschehen heraus immer wieder den Lieferer der Elektroausrüstung zwingt, sich an solche Veränderungsgeschehnisse anzupassen. Es ist ja mit ein Grund, Herr Abgeordneter Steinbauer, daß in der Regel bei größeren Projekten dieser Abteilung Anlagentechnik, Installation fast immer zu pauschalen Einheitspreisen vergeben wird, das heißt, es ist die Einheit der Lieferung und Leistung festgelegt, wieviel es geworden ist, wird am Ende der Durchführung und bei der Abnahme durch eine sogenannte Kollaudierung aufgenommen.

Abg. Ingrid **Tichy-Schreder** (ÖVP): Eine Zusatzfrage nur. Ist das speziell bei diesem Bauvorhaben so, speziell bei öffentlichen Bauvorhaben oder ist es bei privaten Bauvorhaben auch.

Dkfm. **Swoboda:** Das geht meiner Meinung nach quer durch den Garten. Es ist auch in Zusammenarbeit in privaten Bauten mit einem Architekten sehr schwierig.

Das hängt natürlich auch ein bißchen vom Gesamtprojekt ab. Wie ist die Projektierung erstellt und wie ist das Wissen um das, was ich will.

Abg. Ingrid **Tichy-Schreder** (ÖVP): Danke. Noch eine Frage. Ich meine, ist es besonders langgezogen bei öffentlichen, je größer der Auftrag, desto mehr langgezogen ist es?

Dkfm. **Swoboda:** Ich würde sagen, es wäre durchaus ein Konnex zur Auftragsgröße feststellbar bei meiner Aussage.

Abg. Ingrid **Tichy-Schreder** (ÖVP): Ist das speziell auch bedingt durch Aussagen oder Auflagen von Feuerwehr usw. zum Beispiel oder Arbeitsinspektorat bedingt, daß die erst später kommen. Oder haben Sie schon vorher die Auflagen.

Dkfm. **Swoboda:** Aber in der Regel — ich darf das ganz unumwunden sagen — ist es der Bauherr, der auf Grund von neuen Ideen, die er faßt, ganz einfach diese Änderungen noch hineinhaben will.

Abg. Ingrid **Tichy-Schreder** (ÖVP): Was ich auch gemeint habe, ist folgendes: Wenn Sie so einen Auftrag annehmen, kommen die Auflagen, das muß ja alles eingereicht werden, ob das so bewilligt wird, wie Sie das montiert haben wollen, und der Bauherr reicht das auch ein — kommen dann die Anfragen bezüglich Feuerschutz oder eben Arbeitsinspektorat oder sonstige Behördenauflagen, kommen die zeitgerecht, oder kommen die während der Durchführung des Baues noch zusätzlich dazu.

Dkfm. **Swoboda:** Da bin ich kein Fachmann, weil ich nicht unmittelbar an Bauleitungen und in Projektierungen tätig bin, aber ich persönlich würde solche als eine Begründung für das, was ich sage, die Änderungsnotwendigkeit sicher unter Umständen auch sehen.

Abg. Ingrid **Tichy-Schreder** (ÖVP): Mhm. Danke.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun, diese 4 Millionen. Wie haben Sie das Zugeständnis an die AKPE nun betriebsintern abzuklären gehabt?

Dkfm. **Swoboda:** Das war eigentlich eine Entscheidung, die bei mir lag, also in meiner Kompetenz und Verantwortung.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sie mußten keinen Vorstandsbeschluß einholen.

Dkfm. **Swoboda:** Nein. Diese Verantwortung hatte ich. Die konnte ich eingehen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun möchte ich einmal festhalten, daß Sie damit doch eine sehr große Verantwortung hatten — und mich an und für sich noch einmal vergewissern: und dazu brauchten Sie, um 4 Millionen drohenden Verlust auszugleichen — wenn wir jetzt vom Wertneutralen ausgehen — ist doch eine große Dispositionsmöglichkeit. Da mußten Sie nicht im Vorstand berichten?

Dkfm. **Swoboda:** Das war kein Verlust, bitte.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber der drohte. Es kommen keine Zwischenzahlungen.

Dkfm. **Swoboda:** Ich hätte, wenn keine Zwischenzahlungen gekommen wären, keine Notwendigkeit gehabt, der AKPE 2 Prozent zuzugestehen und wäre auch unter diesen Umständen kostenneutral ausgestiegen.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie in irgendeiner Vorstandssitzung darüber berichtet?

Dkfm. **Swoboda:** Ist mir nicht erinnerlich, aber es kann sein, daß ich eine Information gegeben habe, weiß ich nicht, aber sicher nicht schriftlich.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wann haben Sie den Direktor Schwaiger kennengelernt, wann haben Sie vorhin gesagt?

Dkfm. **Swoboda:** Das war in dieser Zeit, wo diese Gespräche begonnen haben. Etwa 1976, 1977.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie ihn auch privat kontaktiert?

Dkfm. **Swoboda:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie Winter ... — lassen wir aus.

Dkfm. **Swoboda:** Aber bin ich bereit zu beantworten.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nein, nein. — Wo lagen andere Punkte im AKH, wo Sie Besorgnis hatten — die Abschlagszahlungen waren ja mit den Zwischenzahlungen schon umfaßt —, wo lagen andere Punkte, wo Sie im Projekt AKH als kaufmännischer Direktor so gewissermaßen die Alarmlichter hatten?

Dkfm. **Swoboda:** Ich habe keine besonderen Risken jetzt in Erinnerung. Was das von der wirtschaftlichen Gestion vielleicht schwerwiegendste war, war die Vorhaltung und Disposition unseres Montagepersonals. Weil wir von Jahr zu Jahr doch immer Gewehr bei Fuß stehen mußten, daß es bei Ende von Projektierungen oder Abschnitten von Projektierungen eben das grüne Licht gab, mit einer großen Mannschaft dort aufzukreuzen, um unsere Leistungen zu erfüllen. Ich glaube mit Fug und Recht behaupten zu können, mit den doch sehr deutlichen Verzögerungen in diesem Drücken auf den Knopf um das grüne Licht hatten wir natürlich unsere Dispositionsschwierigkeiten in der Montageabteilung, weil wir dann das vorgeplante Personal sinnvollerweise, um die Wirtschaftlichkeit auch dieser Menschen für das Haus sicherzustellen, umdisponieren und anderswo einsetzen mußten.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Wo sind da solche Verzögerungen eingetreten? Laufend, oder haben Sie da bestimmte Vorfälle ...

Dkfm. **Swoboda:** Nein, keine bestimmten Vorfälle. Ich würde es so formulieren: Es kam halt nie zum Volleinsatz, wie wir ein Jahr vorher möglicherweise erwartet haben.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Weil der Baufortschritt oder der Montagefortschritt *(Dkfm. Swoboda: Zunächst der Baufortschritt)* und der damit verbundene Montagefortschritt nicht eingehalten wurde. Weil man hinter der Planungszeit war.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie irgendwelche Erfahrungen hinsichtlich der Betriebsorganisation gehabt? Betriebsorganisationsberatung bei dem Projekt?

Dkfm. **Swoboda:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Nun nochmals zurück — eine Frage, die ich vielleicht jetzt sehr laienhaft stelle. Bei so einem Großprojekt ist ja immer die Möglichkeit, daß man sehr viel vom Preis nicht über das Gerät holt, sondern über die Montage, weil hier eine gewisse Beweglichkeit natürlich da sein muß, weil man auch bei bester Planung im Angebot nicht eine exakte Montagezeit verrechnen kann. Ist hier aus Ihrer kaufmännischen Sicht, weil ja auch in der Montage dann auch noch der Overhead drinnen ist und man daher nicht nur sagt, bitte die Stunde kostet halt so viel, sondern da rennt ja sehr viel auch an sonstigen Dingen mit. Ist aus Ihrer Sicht in diesem Montagebereich für die Firma, Siemens in dem Fall oder für jede Firma, Spielraum drinn oder eigentlich nicht?

Dkfm. **Swoboda:** Also meiner Vorstellung nach ist wenig Spielraum drinnen, wobei es nicht so sehr, Herr Abgeordneter, die Montageleistung des vor Ort tätigen Monteurs, Obermonteurs oder Fachmonteurs ist, sondern vielmehr weil wir ja auch in den Fragen der Erstellung des endgültigen Projektes, wie die Ausführung dann endgültig, also tatsächlich erfolgen soll, unseren Montageleuten oder unsere technischen Herren, die Montage leiten ja das fertige Projekt mit Detailplänen zur Durchführung zu übergeben haben, daß hier in diesem Bereich der Projektierung und Planung, die ja überwiegend in den Vertriebsbereichen bei den

Vertriebsingenieuren liegt, daß hier eine sicher sehr große und auch im Vertrag nicht geregelte Leistung drinnen steckt, die der Firma Siemens Geld kosten kann. Ich kann es nicht beurteilen. Habe ich mich klar ausgedrückt! Ich weiß es nicht, Herr Abgeordneter.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Haben Sie neben Ihrer Tätigkeit bei Siemens irgendwelche Firmenbeteiligungen im In- und Ausland?

Dkfm. **Swoboda:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Können Sie uns als Laien erklären, wieso überhaupt dieser ganze, wie dieser Skandal AKH entstehen konnte. Ich frag das sehr allgemein und politisch. Wir stehen ja alle vor dem Problem, daß wir fassungslos hier plötzlich vor dem größten Skandal der Republik stehen und fragen, wie konnte sich sowas entwickeln. Wie konnte eine derartige Preissteigerung entstehen, wie konnte ein so langsamer Baufortschritt entstehen? Jetzt sehr allgemein gefragt, nicht konkret: Wie ist das aus Ihrer Sicht? Haben Sie da Handhaben, wo Sie sagen, ja man hätte mehr planen sollen oder ja, man hätte mehr entscheiden sollen, oder, oder oder. Gibt es da irgendeine Antwort aus Ihrer Sicht, der Sie doch sehr viel beschäftigt waren? Finanziell vor allem.

Dkfm. **Swoboda:** Mein persönlicher Eindruck, das ist wirklich mein persönlicher Eindruck, Herr Abgeordneter.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Ihre Erfahrung als Kaufmann ...

Dkfm. **Swoboda:** Wir sind ja erst 1973 mit diesem Offert konfrontiert gewesen und haben 1975 den Zuschlag erhalten, und bitte, das weiß ich aber auch nur aus verschiedensten Pressemitteilungen und Nachrichten, wenn ich die Vorzeit vor der AKPE, die ja, das ist mir auch durch das Lesen dieser Pressemeldungen erst bewußt geworden, das wußte ich nicht, als ich da erfahren habe, daß an die 10 oder mehr Jahre, ich habe das jetzt nicht mehr in Erinnerung, ein Projekt bearbeitet und geplant wird, dann habe ich, als ich das las, eigentlich den Schluß für mich gezogen, das muß ein ganz hervorragendes Projekt sein, an dem sich eigentlich keine Änderungen ergeben dürften.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): In 10 Jahren schon, oder viele Jahre geplant.

Dkfm. **Swoboda:** ... Meine Erfahrung, Sie haben mich ja um diese gefragt, die nicht auf meinem Mist gewachsen ist, die ich aber bestätigen kann aus meiner Praxis, heißt, plane nicht ein Jahr und baue vier Jahre, sondern plane vier Jahre und baue ein Jahr. Dann bist du sicher gut beraten. Wenn ich aber in der weiteren Folge, eben jetzt schon aus eigener Anschauung oder aus eigenem Hören, erfahren habe, daß nach Erteilung des Zuschlages an die Firma Siemens doch, scheint es, nicht unerhebliche Änderungen auf der Planungs- und Projektierungsseite erforderlich sind, dann muß ich, als österreichischer Staatsbürger, nicht als Siemens-Angehöriger, den Schluß ziehen, dann ist 10 Jahre etwas langsam oder vielleicht nicht ganz klar geplant worden. Das ist mein persönlicher Eindruck.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und jetzt hat Siemens ...

Dkfm. **Swoboda:** Aber ich bin kein Techniker, das ist eine laienhafte Vorstellung von mir.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und jetzt hat Siemens ja doch einen Riesenauftrag, verglichen für den österreichischen Markt, an Land gezogen. Welche Erfahrung hatten Sie hinsichtlich der Reaktion darauf der anderen Firmen der Branche, also anderen großen vergleichbaren Mitbewerbern?

Dkfm. **Swoboda:** Ich würde sagen, diese Mitbewerber haben sehr schnell in Erfahrung gebracht, daß die Firma Siemens ja in ihrem Auftrag eine Klausel drinnen hatte, wonach sie verpflichtet werde, potente österreichische Firmen der Elektroindustrie in einem Ausmaß, ich glaube es waren 26%

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): 27%,

Dkfm. **Swoboda:** 27% zumindest mitzubeschäftigen. Das hat also meiner Meinung nach schon dazu geführt, daß Firmen, die sich vielleicht da auch Chancen ausrechnen, sich schon die Schnalle in die Hand gegeben habe.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und wie kam es zu dieser 27% Klausel. Uns hat man gesagt 27%. Auf jeden Fall in der Größenordnung. Wie kam diese Klausel zustande?

Dkfm. **Swoboda:** Das weiß ich nicht. Ich war bei diesen nicht dabei.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und die Verteilung: mußten Sie darauf achten, weil Sie ja für das Finanzvolumen zuständig waren, daß diese 27% eingehalten wurden, oder mußte da die Technik dafür ...

Dkfm. **Swoboda:** Das war ein Mindestbetrag, so interpretiere ich. Die Wahl der Firmen, die da zum Zug zu kommen hatten, lag ausschließlich in der Kompetenz unserer Vertriebsingenieure und Vertriebsleiter, weil die ja sich über die technische Potenz der Unternehmen Gedanken machen mußten auch über deren Kapazität.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Aber theoretisch mußten Sie ...

Dkfm. **Swoboda:** Meine Aufgabe war zu wissen, welche Firmen wo beteilt werden sollen und mich über die Bonität dieser Firmen zu erkundigen. Ich kenne eigentlich jetzt aus dem Stegreif keine Firma, bei der mir Zweifel gekommen wären, aus dem einfachen Grund, es handelte sich ja fast ausschließlich um unsere potenten Mitbewerber. Von Elin über AEG und Schrack und einigen Großinstallateuren.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und auch in diesem Zusammenhang: Ist Ihnen nie der Begriff des Kaffeehauses begegnet?

Dkfm. **Swoboda:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Den haben Sie überhaupt nie gehört?

Dkfm. **Swoboda:** Nein.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Komischerweise begegnet mir dauernd in der Branche ein Kaffeehaus etc., aber Ihnen ist das nie in dieser Richtung? Ich scheine in anderen Kreisen verkehrt zu haben.

Dkfm. **Swoboda:** Wahrscheinlich.

Abg. **Steinbauer:** (ÖVP): Sie haben nun nur zu achten gehabt, daß die 27 Prozent eingehalten oder überboten werden, aber als Mindestgrenze vom .....

Dkfm. **Swoboda:** Das habe ich nicht einmal, Herr Abgeordneter, so sehr als meine Aufgabe betrachtet, als vielmehr mich zu fragen, ob jene Unternehmen, denen wir Unteraufträge geben in ihrer Bonität Unternehmen wären, denen man solche Aufträge zutrauen kann, die technische Seite, ob man es ihnen zutrauen kann, von der Kapazität und der Qualifikation her, hatten unsere technischen Vertriebsingenieure.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Und nun glaube ich, war weniger die Bonität der Subunternehmer, wenn ich so eine Problematik, als ihre Leistungsfähigkeit hinsichtlich eines einzelnen bestimmten Projektes. Mein Eindruck aus anderen Zeugeneinvernahmen ist ja, es war nicht eine Frage, daß die Firma finanziell das durchsteht, sondern sie kann es gar nicht und muß es sofort wieder zurückgeben wieder an Siemens oder eine andere Firma übernimmt nur den Auftrag. Wir haben die Firma Klug, St. Pölten, damit ein solcher Fall, und die Firma Knoblich. Die haben ja alle Aufträge von Siemens übernommen und haben dann von dem übernommenen Teil, einen relativ kleinen Teil, in manchen Aufträgen selber gefertigt oder erfüllt und haben einen anderen Teil entweder an dritte Firmen vergeben oder an Siemens Deutschland oder wieder an Siemens.

Haben Sie da irgendeinen Einblick, nach welchem System das gegangen ist?

Dkfm. **Swoboda:** Schauen Sie, Herr Abgeordneter. Die Firma Siemens hat ein Vertriebsspektrum, ein Probeführungs- und Montagespektrum, und ich behaupte, und ich hoffe, das klingt hier nicht überheblich, daß sie aus diesen drei Komponenten Montagekapazität, Projektierungskapazität und Lieferungskapazität aus ihren eigenen Produktionsstätten durchaus in der Lage ist und war, diesen übernommenen Auftrag durchzuführen.

Ich verhehle nicht, daß die Kapazität natürlich bei einem sehr raschen Zug um Zug Durchführung und Montage, insbesondere der Monteurleistungen, sicher zu gewissen Problemen geführt hatte.

Es ist aber darüber hinaus in der Branche und auch im Hause Siemens durchaus üblich, daß man bei der Übernahme eines Objektes, das aus Hunderten, Tausenden, um nicht zu sagen Zehntausenden Material-Komponenten besteht, sich der Kapazität namhafter Zulieferfirmen unterzieht, aus dem einfachen Grund, weil wir nicht alles produzieren.

Und es ist nicht nur beim AKH so, das ist bei jedem Auftrag auf dem Gebiet der Installationstechnik so. Ich möchte das aus dem E-Bereich, damit wir nicht immer von Installation reden, einmal erläutern. Wenn wir ein Kraftwerk in Auftrag kriegen, oder die Elin diese in Auftrag kriegt, bleiben wir bitte bei Siemens, dann besteht auf Grund unserer Kooperationsvereinbarungen mit der Elin für uns sogar die Verpflichtung und Auflage, den Generator von dort zu kaufen. Die Turbine kommt, mangels österreichischer Fertigung, von der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere der Kraftwerkunion, und unsere eigene Montierungs- und Montagekapazität, plus einzelnen Komponenten auf dem Gebiet der Elektronik, die wir produzieren, wird zugestellt. Das schließt aber nicht aus, daß wir Hauptunternehmer für die Errichtung eines Kraftwerkes sind.

Abg. **Steinbauer** (ÖVP): Sehen Sie, Herr Zeuge, damit bin ich am Schluß, Sie haben mir jetzt sehr viel geholfen in der letzten Stunde an Erläuterungen. Ich muß allerdings, und das bitte ich Ihrem Anwalt auszurichten, festhalten, daß gerade, weil Sie zu einem bestimmten Bereich Null Antwort gegeben haben, Sie vis-à-vis der reichhaltigen Erläuterungen, die uns geholfen haben, den Eindruck erwecken, daß Sie da etwas zu verbergen haben. Und deswegen bitte ich, Ihrem Anwalt einen schönen Gruß auszurichten und zu sagen, daß das ein schlechter Rat war, so rundwegs jede Antwort zu verweigern. Danke schön.

Dkfm. **Swoboda:** Darf ich darauf noch etwas antworten, Herr Vorsitzender. Darf ich noch eine Antwort geben.

Wenn Sie mich so interpretieren, da bedaure ich das sehr und da tut mir das leid, Herr Abgeordneter Steinbauer. Selbst auf die Gefahr hin, daß ich hier ins Leere spreche, möchte ich noch einmal, Herr Abgeordneter Steinbauer, sagen: Es ist für mich die erste Konfrontation mit der Justiz. Es ist auch die erste Konfrontation mit einem solchen Untersuchungsausschuß. Von dem habe ich bisher nur in der Zeitung gelesen. Und es ist für mich, der ich 53 Jahre alt bin und davon 25 Jahre dem Hause Siemens angehört habe, genauso ungeheuerlich und umwerfend, wessen ich jetzt beschuldigt werde. Und da ich ohne jede Erfahrung, Herr Abgeordneter Steinbauer, mit solchen Behörden und Menschen, die diese repräsentieren, das erstemal in meinem Leben konfrontiert bin, habe ich ganz einfach keinen Überblick und keine Erfahrung. Ich habe noch nicht 30 Strafprozesse hinter mir, ob in einem bevorstehenden Verfahren, in dem ich jedermann, dem Staatsanwalt, den Verteidigern der Gegenseite und selbstverständlich dem erkennenden Richter meinen gesamten Wissensstand vermitteln werde, ich habe ganz einfach die Erfahrung nicht, wenn ich das hier auch tue, und ich kann mir vorstellen, welche Fragen da an mich heranprasseln, ich habe nichts zu verbergen, aber mir schaden, das bitte, kann ich mir nicht leisten. Nehmen Sie mir es so ab, wie ich es sage, Herr Abgeordneter.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Zeuge! Ich war vorhin nicht herinnen, wie Sie Ihre Verweigerung festgestellt haben. Sie gestatten mir daher, daß ich noch ein paar Fragen stelle, und Sie sagen halt dann drauf, ob Sie sie beantworten oder nicht.

Vorweg, was machen Sie denn jetzt? Sind Sie in der Firma?

Dkfm. **Swoboda:** Nein, mein Dienstverhältnis ist am 31. 12. 1980 beendet.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Beendet, also nicht suspendiert?

Mit Kündigung oder Entlassung? Einvernehmlich?

Dkfm. **Swoboda:** Einvernehmlich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und Sie sind derzeit bei keiner anderen Firma tätig?

Dkfm. **Swoboda:** Nein, ich studiere 40 000 Gerichtsakten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie den Iraker je gesehen?

Dkfm. **Swoboda:** Dazu möchte ich nichts sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das bezieht sich auch drauf, wenn ich Sie frage, ob Sie die Herren Puroir und Sternheim je gesehen haben?

Dkfm. **Swoboda:** Darüber möchte ich auch nichts sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie von politischen Interventionen im Zusammenhang mit dem Knoblich-Licht-Auftrag gehört?

Dkfm. **Swoboda:** Ja, davon habe ich gehört. Ich war aber selber nicht involviert. Ich hörte ... Erlassen Sie mir, verehrter Herr Abgeordneter, jetzt die politische Intervention. Es mögen welche gewesen sein, ich kann das nicht bestätigen.

Für mich hat sich das, bitte, so dargestellt, es ist ein namhafter Leuchtenauftrag zu einer Siemensfabrik in Traunreuth bestellt worden, und es gibt einige österreichische Firmen, die auf dem Gebiet der Leuchtenproduktion tätig sind. Ich persönlich habe es nicht ungewöhnlich empfunden, daß sich eine österreichische Firma bemüht, zur Auslastung ihrer eigenen Kapazität und zur Beschäftigung ihrer vorgehaltenen Arbeitskräfte einen im Ausland vergebenen Auftrag für sich selber an Land zu ziehen.

Aus meiner Sicht gab es zu dem Augenblick, als Siemens den Leuchtenauftrag in Traunreuth vergab, zwar die Kapazität österreichischer Leuchtenwerke, aber wie mir meine technischen Herren versichert haben, in dieser spezifischen Technik der Klima-Leuchten, und das ist etwas anderes, bitte, als eine normale Leuchte, keine Firma, die die Qualifikation hätte. Es sei denn, sie würde sich Investitionen oder sonst was anschaffen oder zusätzlich noch leisten.

Also ich habe aus den Interventionen der Firma Knoblich, die ich natürlich auch erfahren habe, es so gesehen, daß diese Firma sich halt bemüht, einen riesenschönen Auftrag an Land zu ziehen.

Ich persönlich war in den Fragen der Interventionen nicht involviert. Ich habe lediglich als Ergebnis offensichtlicher Interventionen vom Vorstand den Auftrag bekommen, mich um die kaufmännischen Agenden der Überleitung des Auftrages von Traunreuth zur Firma Knoblich mit einzuschalten, das heißt, dort die Stornierung und dort die Plazierung des Auftrages, und das habe ich getan.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War von Anfang an klar, daß die Hälfte oder mehr als die Hälfte dieses Auftrags in Traunreuth bleibt?

Dkfm. **Swoboda:** Das waren technische

Gespräche, Herr Abgeordneter, da war ich nicht dabei.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie wissen nicht, ob das ursprünglich geheißen hat: 46 Millionen an Knoblich, und dann sind durch geschicktes Verhandeln der Deutschen 26 Millionen doch noch draußen geblieben?

Dkfm. **Swoboda:** Ob das geschickte Verhandlungen der Deutschen waren — ich habe das so interpretiert, aber ich habe das durch niemanden bestätigt erhalten, Herr Abgeordneter, daß es eben genau jene Probleme einer österreichischen Leuchtenfirma waren, die das erste Mal Klimaleuchten herstellt, daß das eine Frage der Investitionen ist. Und ich meine als Firmenleiter, ich kann mich in die Rolle der Firma Knoblich durchaus hineindenken: Wenn ich einen Einmal-Auftrag bekomme und nicht sehe, daß aus dieser Technik ein laufendes Geschäft wird, dann würde ich mich bei Investitionen auch sehr zurückhalten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Die plötzliche Umwandlung dieses Traunreuth-Auftrages auf Knoblich hat ja in der Firma ein mittleres Erdbeben erzeugt, auch zwischen den deutschen Partnern etc. Diese Wellen sind nie an Sie herangekommen?

Dkfm. **Swoboda:** In Erfüllung dieses Auftrages, die Überleitung kaufmännisch mitzugestalten, das heißt Stornierung in Traunreuth und Plazierung bei Knoblich, würde ich mich vorsichtig ausdrücken: Also ein mittleres Erdbeben hätte ich daraus nicht ersehen, aber eine deutliche Vergrämung bis hin zu Äußerungen — ich darf das ganz offen sagen —, das scheint nach fast zwei Jahren doch etwas ungewöhnlich zu sein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber daß das nicht eine Intervention war, die der Herr Knoblich beim Generaldirektor allein durchgesetzt hat, sondern daß da Druck von außen gekommen ist, das haben Sie damals schon erfahren?

Dkfm. **Swoboda:** Ich weiß von Interventionsbriefen der Firma Knoblich, die mir allerdings erst viel später zu Gesicht gekommen sind, an namhafte Politiker dieses Landes.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): An wen zum Beispiel?

Dkfm. **Swoboda:** Ich habe in Erinnerung den Bürgermeister Gratz, glaube ich, und den Herrn Stadtrat Mayr. Mehr weiß ich momentan nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren Sie auch damit befaßt, eine Liste zu erstellen möglicher Vergeltungsmaßnahmen der Firma Siemens, wenn man ihr sozusagen den Auftrag schnappt oder den 400-Millionen-Folgeauftrag abnimmt?

Dkfm. **Swoboda:** Nein, ist mir nicht zu Ohren gekommen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Daß in Sitzungen davon geredet worden ist, Aufträge bei der VOEST zu stornieren, wenn es hart auf hart geht?

Dkfm. **Swoboda:** Auch als ich im Werk Traunreuth war, ist mir das nicht zu Ohren gelangt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie je etwas zu tun gehabt mit den Arbeiten, die die Firma Siemens für die Frau Gobauer und für die Frau Friedrich durchgeführt hat?

Dkfm. **Swoboda:** Ist mir nicht bekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Auch nicht für Winter in Skiathos oder so?

Dkfm. **Swoboda:** Ist mir auch nicht bekannt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren Sie einmal in Skiathos?

Dkfm. **Swoboda:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sind Sie ein Flieger?

Dkfm. **Swoboda:** Flieger? Ich habe weder einen Privatjet noch ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, ob Sie ein Pilot sind?

Dkfm. **Swoboda:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Da braucht man ja noch immer keinen Jet zu haben.

Dkfm. **Swoboda:** Nein, nein, bin ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Jäger?

Dkfm. **Swoboda:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie sind kein Jagdpartner des Schweitzer?

Dkfm. **Swoboda:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren Sie befreundet mit dem Schweitzer?

Dkfm. **Swoboda:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie würden Sie denn Ihre persönliche Stellung zum Schweitzer beurteilen und bezeichnen?

Dkfm. **Swoboda:** Sachbezogen in gemeinsamen Problemen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Keine privaten Kontakte?

Dkfm. **Swoboda:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren Sie in der Sache Gasturbinen oder so einmal im Ausland?

Dkfm. **Swoboda:** Entschuldigen, darf ich die Frage noch einmal hören?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ob Sie in Sachen Gasturbinen einmal im Ausland waren?

Dkfm. **Swoboda:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nie in Minnesota?

Dkfm. **Swoboda:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nie auf den Cayman-Inseln?

Dkfm. **Swoboda:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie kennen die Firma TECHMED nicht?

Dkfm. **Swoboda:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): PLANTECH, GEPROMA darf ich ja nicht fragen.

Obmannstellvertreter Ing. **Hobl:** Fragen dürfen Sie schon, Herr Abgeordneter!

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das weiß ich, ja.

Die Verbindung Fürnsinn — Knoblich, wie würden Sie denn die bezeichnen?

Dkfm. **Swoboda:** Ich kenne keine Verbindung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie Kontakte zur Firma Klug in Sankt Pölten gehabt?

Dkfm. **Swoboda:** Persönliche nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Dienstliche?

Dkfm. **Swoboda:** Auch nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mit dem Herrn Gschmeidler?

Dkfm. **Swoboda:** Kenne ich nicht persönlich.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mit dem Herrn Winkler von der AKPE?

Dkfm. **Swoboda:** Wer ist der Winkler?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Assistent von Winter.

Dkfm. **Swoboda:** Ach so. Nein, den kenne ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herrn Glaninger auch nicht?

Dkfm. **Swoboda:** Kenne ich nicht, auch nicht einmal dem Namen nach.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit dem Professor Wojda zu tun gehabt?

Dkfm. **Swoboda:** Kenne ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit der Konstruktion der APAK direkte Kontakte gehabt?

Dkfm. **Swoboda:** Nicht ich persönlich, aber sicher meine Herren, also auch die Kaufleute, weil alle Fragen der Datenverarbeitung, die ja auch bei der APAK eine gewisse Rolle spielt, zu zwangsläufigen Kontakten geführt haben. Terminpläne und, und, und.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie war der Ruf der APAK so in Ihrer Firma? War das eine pizzelige Gruppe? War die schlecht organisiert? War man der Meinung, sie versteht alles von ihrem Geschäft oder gar nichts?

Dkfm. **Swoboda:** Meine Herren hatten — ich glaube, von der fachlichen Seite her, zumindest habe ich nichts Gegenteiliges gehört, wenn etwas Gegenteiliges gekommen wäre, hätte ich das wahrscheinlich auch erfahren — hatten ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Keine Schwierigkeiten.

Dkfm. **Swoboda:** ... normale Beziehungen, darf ich es einmal so bezeichnen. Das heißt nicht, daß man nicht einmal anderer Meinung war.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und wie war das im Bereich der ABO? Haben Sie mit der etwas zu tun gehabt?

Dkfm. **Swoboda:** ABO?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Arbeitsgemeinschaft Betriebsorganisation.

Dkfm. **Swoboda:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): War Siemens nirgend als Subunternehmer, Berater ...

Dkfm. **Swoboda:** Das war nicht mein Bereich, Herr Abgeordneter.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, ich sage nur, was Sie davon wissen.

Sagt Ihnen der Begriff Wien-Sport etwas?

Dkfm. **Swoboda:** Ja.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren sie mit der Abwicklung der Finanzierung der Wien-Sport seitens Siemens befaßt?

Dkfm. **Swoboda:** Nicht der Finanzierung, aber der Werbeverträge, die mit dieser — was ist das, das ist keine Firma —, also mit dieser Wien-Sport abgeschlossen wurden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie diese Werbeverträge mit unterzeichnet?

Dkfm. **Swoboda:** Das mag sogar sein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Können Sie sich erinnern, was die Gegenleistung war für ...

Dkfm. **Swoboda:** Werbungen bei Veranstaltungen der Wien-Sport, bei Basketballspielen, Handballspielen et cetera, et cetera.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist das in irgendeiner Form präzisiert worden?

Dkfm. **Swoboda:** Doch, ja. Es ist ja auch immer eine Rückkopplung erfolgt, was, wann, welche Art Spruchbänder, Plakate, Lautsprecherdurchsagen und, und, und.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ist es eine Initiative Ihrer Werbeabteilung gewesen, diese Subvention zu geben, oder kam das direkt von der Generaldirektion?

Dkfm. **Swoboda:** Das kam meiner Erinnerung nach aus dem zuständigen Geschäftsbereich 1. Es waren ja da noch zwei oder drei Firmen, die auch solche Werbeeinschaltungen dort plaziert haben. Im Endeffekt habe ich immer nur — es war zwei Jahre, glaube ich, daß ich das mitgestaltet habe, weil es hat zwei Jahre meiner Funktion gegeben, als auch die Werbeleitung lose im Organisationsplan an mir gehangen ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Direktor Zacke und der Dkfm. Schilling, wie sind denn die mit Ihren im Zusammenhang gestanden?

Dkfm. **Swoboda:** In diesem?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja.

Dkfm. **Swoboda:** Das entzieht sich meiner Kenntnis. Schauen Sie, die Gespräche sind mit der Werbeabteilung geführt worden, ich habe die Werbeverträge zur Unterschrift vorgelegt bekommen, habe vom zuständigen Bereichsleiter — das war für mich Herr Dipl.-Ing. Amlinger — seinen Sanctus geholt, ob ihm das das wert ist, sprich, ob er es in seinem Budget unterzubringen in der Lage ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie hoch war denn das ungefähr?

Dkfm. **Swoboda:** Ich glaube, es war etwa 100 000 S oder 150 000 S, Herr Abgeordneter, ich weiß es nicht mehr exakt, pro anno.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kann es so sein, daß das Jahr überlappend war und für den einen Teil des Jahres 50 000 S und nach dem 1. Jänner ...

Dkfm. **Swoboda:** Nein, es waren immer Jahresverträge.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ja, ja, schon, aber vom September bis Ende August.

Dkfm. **Swoboda:** Das ist denkbar, ja, daß es nicht mit dem Kalenderjahr übereingestimmt hat.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und haben Sie je eine Beurteilung der Werbewirksamkeit dieser Ausgaben gesehen?

Dkfm. **Swoboda:** Das war eigentlich Sache unserer Werbeabteilung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie glauben, daß die Werbeabteilung der Initiator dieser Angelegenheit war?

Dkfm. **Swoboda:** Nicht der Initiator, aber der Verwalter.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie von dem Gipfelgespräch der am AKH beteiligten Firmen Siemens, Kapsch, Schrack, ITT beim Minister Lanc wegen dieser „Sponserung" — unter Anführungszeichen — der Wien-Sport gehört?

Dkfm. **Swoboda:** Also ich erinnere mich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie nie einen Brief des Minster Lanc in diesem Zusammenhang gesehen?

Dkfm. **Swoboda:** Habe ich nicht gesehen. Also das ist mir zumindest nicht mehr in Erinnerung, Herr Abgeordneter.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie gewußt, daß die anderen von mir genannten, beim AKH beteiligten Firmen auch zu diesen Spenden veranlaßt worden sind?

Dkfm. **Swoboda:** Ich wußte, daß diese Firmen Werbeverträge abgeschlossen haben. Ich kann Ihren Terminus „Spenden" nicht unterschreiben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Meine Terminus ... was?

Dkfm. **Swoboda:** Spenden.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich glaube auch nicht, daß es Spenden waren, sondern es waren, ich weiß nicht, wie man das nennt.

Dkfm. **Swoboda:** Es waren also Werbeverträge und Zahlungen für Werbeleistungen. So würde ich das formulieren. Ich weiß, daß die Firmen Schrack und möglicherweise auch Kapsch — ich bin nicht sicher — und wahrscheinlich auch ITT dabei waren. Für mich hat sich das bitte nicht so dargestellt als „die am AKH beteiligten Firmen", Herr Abgeordneter.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich stelle es nur fest.

Dkfm. **Swoboda:** Entschuldigen Sie, ich sage das nur.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Aber Sie können keine Wahrnehmung machen, daß eine der Firmen nicht am AKH beteiligt ist?

Dkfm. **Swoboda:** Richtig.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Damit sind wir uns wieder einig.

Noch einmal zurück zu den Namen Direktor Zacke und Dkfm. Schilling. Haben Sie mit denen Verbindung gehabt?

Dkfm. **Swoboda:** Das war und das ist ein Parallelgeschäftsbereich zu dem meinem, in dem ich tätig bin.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Waren die Gesprächskontakte da intensiv, oder ist das eher abgeschirmt voneinander gelaufen?

Dkfm. **Swoboda:** In der Causa meinen Sie?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, nein, jetzt überhaupt, generell.

Dkfm. **Swoboda:** Schauen Sie, Herr Abgeordneter! Der Bereich des Herrn Zacke oder der Bereich, wo Herr Zacke und Schilling tätig sind, ist das, was man so gemeiniglich als Schwachstrombereich bezeichnen kann. Der meinige ist der Starkstrombereich.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Kollege Bergmann, der Kollege Kapaun wollte eine Zusatzfrage. Gestatten Sie das jetzt?

Dkfm. **Swoboda:** Ich bin zwar noch nicht ganz fertig. Darf ich noch beenden? Nur, daß ich den Faden nicht verliere.

Jeder dieser Bereiche hat bestimmte Vertriebsgebiete, die sich in der Regel kaum überschneiden. Das schließt nicht aus, daß es ein Auftreten am Markt gibt, wobei beide Bereiche ihre Vertriebszuständigkeiten anzubieten haben. Und natürlich werden bei einem solchen gemeinsamen Auftreten am Markt Kontakte zwischen den Bereichen gepflogen, weil ja das Auftreten von Siemens am Markt ein einheitliches sein muß und es schwer vorstellbar ist, daß der eine Bereich den Konditionenkomplex X und der andere den Konditionenkomplex Y in das Offert schreibt, weil wir damit am Markt ein bißchen unglaubwürdig werden würden. Insoweit gibt es also Kontakte, aber die geschäftliche Abwicklung in ihrer Hauptsache ist eigentlich vollkommen parallel. Das schließt nicht aus, daß gemeinsame Richtlinien für beide Geschäftsbereiche gelten, die für das Haus Geltung haben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn Sie mir einen Zusatz dazu gestatten: Aber über die generellen Geschäftsziele und Umsatzbetrachtungen und Mitwirkung und so weiter haben Sie persönlich schon Kontakt mit Herrn Direktor Zacke?

Dkfm. **Swoboda:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Überhaupt nie gehabt?

Dkfm. **Swoboda:** Überhaupt nie.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie sind also auch privat oder beim Mittagessen oder so nie zusammengekommen, um einfach zu plaudern: Wie geht es bei euch, wie geht es bei uns?

Dkfm. **Swoboda:** Ja, sicher, das hat es einmal gegeben, natürlich. Aber das war so sporadisch. Der Herr Zacke sitzt, bitte, im Bereich Apostelgasse—Hainburger Straße, und ich sitze im Bereich Siemensstraße, das ist immerhin 15 Kilometer auseinander. Wir treffen uns nicht einmal beim Mittagstisch.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Bitte, Herr Abgeordneter Dr. Kapaun.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Um die Frage des Kollegen Bergmann nach der Wien-Sport etwas abzurunden: Hat es in Ihrem Bereich auch Sponsor- oder Werbeverträge mit anderen Sportorganisationen oder Vereinen gegeben?

Dkfm. **Swoboda:** Es könnte sein, daß da oder dort einmal vielleicht Einschaltungen in irgendwelchen Organen oder so etwas passiert sind. Ein regelmäßiger Werbevertrag wie in Richtung Wien-Sport, der eine jährliche Werbeleistung zum Ziele hatte, ist mir mit anderen Sportvereinigungen nicht bekannt.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Danke.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Herr Abgeordneter Bergmann, bitte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich habe Sie vorhin nicht in Zusammenhang mit Wien-Sport nach Ihren Beziehungen zum Direktor Zacke und zum Dkfm. Schilling gefragt, sondern aus einem ganz bestimmten Grund. Den sage ich Ihnen gleich.

Vorher noch eine Frage: Wenn auf einem Aktenvermerk Ihres Hauses, auf einem internen Aktenvermerk beim Verteiler die Bezeichnung „M" dabeisteht, was kann denn das sein? — Ich sage Ihnen gleich alle drei, vielleicht tun Sie sich dann leichter: „M", „MBV", „MAB".

Dkfm. **Swoboda:** Also „M" würde ich mit „Materialwirtschaft" bezeichnen. Wie heißt das zweite, bitte?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): „MBV".

Dkfm. **Swoboda:** Das ist zwar eine Schande, das müßte ich wahrscheinlich kennen, aber bei

den Millionen Abkürzungen kann ich das nicht sagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wenn der Chlup das unterzeichnet hat, vielleicht hilft Ihnen das.

Dkfm. **Swoboda:** Wer?

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Chlup.

Dkfm. **Swoboda:** Kenne ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das ist ein hochrangiger Mitarbeiter.

Dkfm. **Swoboda:** Ich kenne ihn sicher nicht persönlich. „MBV". Was war noch? „MAB". — Also da muß ich passen. „M" würde ich als „Materialwirtschaft" subsumieren.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Würde es Sie überraschen, wenn in internen Aktenvermerken Ihres Hauses von den vorhin vom Kollegen Steinbauer genannten „Kaffeehaus"-Gesprächen in einer völligen Selbstverständlichkeit die Rede ist?

Dkfm. **Swoboda:** Das würde mich überraschen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Also scheint doch die Verbindung zum Direktor Zacke nicht sehr stark gewesen zu sein, denn dort hat man im Jahre 1975 — auch wieder in einem Gespräch interessanterweise der vier am AKH beteiligten großen Firmen Siemens, Kapsch, Schrack, ITT — sehr bedauert, daß es die „Kaffeehaus"-Gespräche vor allem in den Bundesländern nicht mehr gibt und die Bereitwilligkeit zur Kooperation, wie man das vornehm ausdrückt. Aber davon haben Sie, wie Sie sagen, keine Kenntnis.

Dkfm. **Swoboda:** Also mit der Geschäftsgestion unseres Quasi-Parallel-Bereiches hatte ich kaum Kontakt.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sagt Ihnen die Firma Mediplan etwas?

Dkfm. **Swoboda:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Der Professor Riehtmüller?

Dkfm. **Swoboda:** Bitte, aus den Pressenachrichten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Nein, ich meine jetzt immer aus der Zeit, in der Sie tätig waren, nicht was Sie jetzt in den Zeitungen gelesen haben.

Dkfm. **Swoboda:** Nein, sagt mir nichts.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit der Infrabau einmal etwas zu tun gehabt?

Dkfm. **Swoboda:** Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mit dem Projekt Pilgram-Zentrum in Wien?

Dkfm. **Swoboda:** Kenne ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): „Neue Heimat" in Hamburg?

Dkfm. **Swoboda:** Kenne ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und noch einmal eine heikle Frage, sie werden mir gleich die Antwort wieder verweigern.

Schließen Sie aus, daß Schweitzer und Mück gewußt haben, wem die Geproma und die Plantech gehören?

Dkfm. **Swoboda:** Da möchte ich wirklich nichts darauf antworten, Herr Abgeordneter.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben vorhin auf die Fragen des Kollegen Steinbauer sehr breit in Sachen Umplanung et cetera geantwortet. Haben Sie irgendwelche Wahrnehmungen gemacht, daß sich bestimmte Politiker besonders um den Baufortschritt beim AKH bemühen?

Dkfm. **Swoboda:** Nicht aus meiner eigenen Wahrnehmung.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Es wurde also nie davon geredet, wer sich auf politischer Ebene besonders bemüht?

Dkfm. **Swoboda:** Nein. Mein Wissensstand geht dahin, Herr Abgeordneter, daß unsere technischen Kollegen, die diese Planung als ihre Funktion, ja als Aufgabe hatten, in diesen Fragen der Planung in der ersten Phase mit der Bauleitung der Arbeitsgemeinschaft, später mit der AKPE, zusätzlich APAK, ausschließlich mit diesen Herren zu tun hatten.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Das heißt, Politiker sind Ihnen nur begegnet als Intervenienten, wenn sie Ihnen einen Auftrag abgeluchst haben?

Dkfm. **Swoboda:** Das ist mir auch nicht geläufig. — Bitte sehr, das ist Ihre Diktion, Herr Abgeordneter.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Ich danke recht schön.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ich frage, ob noch gewünscht wird, dem Herrn Zeugen einige Fragen zu stellen. — Das ist nicht der Fall.

Herr Zeuge, ich danke Ihnen, daß Sie bei uns erschienen sind und uns auf bestimmte Fragen Antworten gegeben haben.

Dkfm. **Swoboda:** Danke, Herr Vorsitzender, und ich bedanke mich auch für das Verständnis für meine ganz persönliche Situation, auch

wenn der Herr Abgeordnete Steinbauer es anders interpretiert, als ich es gemeint habe. Herzlichen Dank.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Danke. Ihre Zeugeneinvernahme ist beendet.

Dkfm. **Swoboda:** Auf Wiedersehen. *(Der Zeuge verläßt den Saal.)*

Zeugeneinvernahme von Heinz Philipp

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Ich begrüße Sie, Herr Zeuge, im parlamentarischen Unterausschuß, der vom Plenum des Nationalrates mit drei Fragenkomplexen, die er untersuchen soll, beauftragt wurde, und zwar haben wir zu untersuchen die Probleme mit der Vergabe von Aufträgen durch die AKPE an die ABO beziehungsweise von Subaufträgen und deren Abwicklung, wir haben Vorwürfe zu untersuchen im Zusammenhang mit angeblichen gesetzwidrigen finanziellen Zuwendungen durch die Firma Siemens beziehungsweise von anderen Firmen, die am Projekt beteiligt sind, und wir haben zu untersuchen Vorwürfe betreffend angebliche Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit Auftragserteilungen.

Wir haben auf Grund des Geschäftsordnungsgesetzes des Nationalrats die Strafprozeßordnung sinngemäß anzuwenden, und hier ist vor allem der § 153 für Sie als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuß von Bedeutung. Der § 153 Strafprozeßordnung lautet:

„Wenn die Ablegung des Zeugnisses oder die Beantwortung einer Frage für den Zeugen oder einen seiner Angehörigen Schande oder die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines unmittelbaren und bedeutenden vermögensrechtlichen Nachteils mit sich brächte und er deshalb das Zeugnis verweigert, so soll er nur zum Zeugnis verhalten werden, wenn dies wegen der besonderen Bedeutung seiner Aussage unerläßlich ist."

Wenn ich Ihnen also das mitteilen darf.

Darf ich Sie fragen, ob Sie unter rechtskräftiger Anklage stehen, Herr Zeuge?

Philipp: Jawohl, ich stehe unter rechtskräftiger Anklage.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Wir werden das also berücksichtigen. Ich möchte Sie also noch einmal insbesondere auf den § 153 Strafprozeßordnung hinweisen.

Sie haben uns die Wahrheit zu sagen auf die Fragen, die gestellt werden, und ich darf Sie jetzt um Ihre Generalien bitten: Name, Geburtsdatum, Beruf und Wohnort.

Philipp: Mein Name ist Heinz Philipp, Philipp ist der Familienname, ich bin geboren am 26. Februar 1932 in Wien, bin österreichischer Staatsbürger. Beruf: kaufmännischer Angestellter. Meine Adresse ist: Wien XXI, Pichelwangergasse 42/3.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Danke.

Welcher der Herrn Abgeordneten möchte die ersten Fragen stellen? — Bitte, Herr Abgeordneter Dr. Kapaun.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Würden Sie uns kurz Ihren beruflichen Werdegang schildern und anschließend Ihren Aufgabenbereich und Tätigkeitsbereich bei der Firma Siemens.

Philipp: Mein beruflicher Werdegang: Ich habe nach vierjähriger Unterstufe 1951 als Handelsakademiker maturiert. Ich bin bereits 1951 gleich zur Firma Siemens gekommen und habe seit diesem Zeitpunkt als kaufmännischer Angestellter bei der Firma Siemens gearbeitet.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Und was war zuletzt Ihr Tätigkeitsbereich?

Philipp: Der letzte Tätigkeitsbereich war die kaufmännische Betreuung des kaufmännischen Innendienstes der Abteilung Installationstechnik im Rahmen der Siemens AG Österreich.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Herr Zeuge! Waren Sie in Ihrem Tätigkeitsbereich beteiligt am Zustandekommen der Geschäftsbeziehungen zwischen Siemens und der Firma PLANTECH und später GEPROMA, beziehungsweise wissen Sie vom Zustandekommen dieser Geschäftsbeziehungen?

Philipp: Im Hinblick darauf, daß, wie ich bereits einleitend gesagt habe, gegen mich ein Strafverfahren besteht, in dem ich Angeklagter bin, möchte ich zu diesen Fragen keine Aussagen machen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Dann meine Frage: Wußten auf Grund der internen Organisationsvorschriften leitende Organe der Firma Siemens von diesen Geschäftsbeziehungen?

Philipp: Auch dazu möchte ich, bitte, keine Aussage machen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Waren innerhalb der Firma Siemens die persönlichen Kontakte zwischen Herrn Dipl.-Ing. Winter und Herrn Schweitzer bekannt?

Philipp: Bitte, das steht alles im Zusammenhang mit diesem Strafverfahren gegen mich, und ich möchte nochmals betonen: Daraufhin möchte ich keine Aussage machen.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Kennen Sie die Namen Sternheim und Puroir?

Philipp: Auch hier das gleiche: Bitte keine Auskunft.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Sind Sie bereit, uns Auskunft zu geben über Ihren Wissensstand von den Arbeiten, die die Firma Siemens für den Herrn Dipl.-Ing. Winter geleistet hat?

Philipp: Auch da möchte ich keine Aussage machen, bitte.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Wissen Sie über Leistungen auf dem privaten Sektor, die von der Firma Siemens für Winter und seinen Anhang erbracht wurden.

Philipp: Auch hier, bitte, keine Auskunft.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Sind Ihnen persönlich aus den Zahlungen der Firma Siemens an die Firma GEPROMA oder PLANTECH Geldbeträge zugekommen?

Philipp: Keine Auskunft darüber, bitte.

Abg. Dr. **Kapaun** (SPÖ): Danke, Herr Vorsitzender.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Danke.

Wer möchte fragen? — Bitte Herr Abgeordneter Bergmann.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was ist Ihnen denn bekannt über die Abtretung jenes Auftrages, der dann als Knoblich-Klimaleuchtenauftrag in die Geschichte eingegangen ist?

Philipp: Mir ist insofern nur bekannt, daß ich erfahren habe, daß der Herr Geschäftsführer Sefcsik eine Pressekonferenz gemacht hat und es in dieser Pressekonferenz Vorlagen gegeben hat, die dann auch in den Zeitungen abgedruckt worden sind.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wann ist Ihnen das bekannt geworden?

Philipp: Kurz nachdem diese Pressekonferenz gewesen ist.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wann war denn diese Pressekonferenz?

Philipp: Ich glaube, das war 1980.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Also alles erst im nachhinein?

Philipp: Anläßlich ...

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie waren nicht befaßt damit, daß plötzlich ein Auftrag, den Siemens schon hatte, der nach Traunreuth vergeben wurde, plötzlich umgeleitet worden ist?

Philipp: Ich war nur insofern befaßt, daß ich den Auftrag bekommen habe, die Bestellung an die Firma Knoblich auszustellen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Und Sie haben von den politischen Interventionen der damaligen Zeit keine Ahnung gehabt?

Philipp: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was machen Sie denn jetzt beruflich?

Philipp: Ich bin freigestellt, wie bekannt. Ich habe mit 31. Dezember das Verhältnis mit Siemens gekündigt und mache momentan nichts.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie haben einvernehmlich?

Philipp: Einvernehmlich gekündigt, jawohl.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie mit der Frau Gobauer einmal etwas zu tun gehabt?

Philipp: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Mit der Frau Friedrich?

Philipp: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wer war denn der Iraker?

Philipp: Dazu, bitte, möchte ich auch, da es im Verfahren auftaucht, keine Antwort geben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie den Iraker je gesehen?

Philipp: Bitte keine Antwort.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie können mir also nicht einmal die Antwort sagen, ob es den Ihrer Meinung nach gibt oder ob es ihn nicht gibt?

Philipp: Nein. Da das im Rahmen der Anklage steht, möchte ich darüber nichts aussagen.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Kennen Sie den Herrn Winkler?

Philipp: Den Herrn Winkler kenne ich nicht.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie kennen den Assistenten des Dipl.-Ing. Winter nicht?

Philipp: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Was haben Sie denn mit der APAK zu tun gehabt?

Philipp: Mit der APAK? Ich habe eigentlich nichts zu tun gehabt mit der APAK.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sie sind nie mit der APAK in Kontakt gekommen?

Philipp: Nein.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Wie oft waren Sie denn in Liechtenstein?

Philipp: Darüber möchte ich keine Auskunft geben.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Haben Sie ein Konto in der Schweiz?

Philipp: Auch darüber gebe ich keine Auskunft.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Sind Sie beteiligt an irgendwelchen Unternehmungen, Firmen et cetera?

Philipp: Auch darüber gebe ich keine Auskunft, bitte.

Abg. **Bergmann** (ÖVP): Herr Vorsitzender! Da der Zeuge nicht bereit ist, in das Fragenpaket einzugehen, verzichten wir auf jede weitere Frage.

Obmann-Stellvertreter Ing. **Hobl:** Gibt es noch einen der Herren Abgeordneten, der Fragen an den Zeugen stellen möchte? — Das ist nicht der Fall.

Herr Zeuge, dann danke ich Ihnen, daß Sie erschienen sind. Ihre Einvernahme vor dem Untersuchungsausschuß ist beendet.

Philipp: Danke schön. *(Der Zeuge verläßt den Saal.)*

(Die Sitzung wird auf kurze Zeit unterbrochen.)

Schluß der Sitzung: 17 Uhr 5 Minuten